Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920

Bericht über die Frauenkonferenz

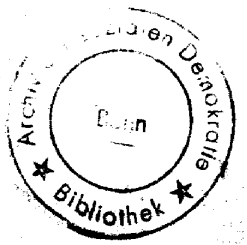
abgehalten in Kassel am 9. und 10. Oktober 1920.



C.HOCH.

Berlin 1920
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 3

X 12



Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

Hermann Müller — Philipp Scheidemann

Schriftführer:

Frau Bollmann-Halberstadt	Gruschke-Nürnberg	Mache-Breslau
Eisenbarth-Hamburg	Klupsch-Dortmund	Röhle-Frankfurt a. M.
Fritsch-Plauen	Lutz-Worms	Stahl-Spandau

Mandatsprüfungs-Kommission:

Frau Bartels-Hildesheim	Graf-Pforzheim	Riegel-Darmstadt
Brolat-Berlin	Hartwig-Stettin	Frau Röhl-Köln
Eggerstedt-Kiel	Janotta-Breslau	Ruggaber-Ulm

Geschäftsordnung für die Verhandlungen des Parteitages.

1. Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und die Redner erhalten nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen; sie müssen, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens dreißig Delegierten unterschrieben sein.

3. Bei der Verhandlung genügend unterstützter Anträge erhält zunächst der Antragsteller das Wort.

4. Bei Geschäftsordnungsanträgen genügt eine Unterstützung von zehn Delegierten. Bei Antrag auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zulässig.

5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zu deren Begründung eine Redezeit von zwanzig Minuten. Im übrigen beträgt die Redezeit zehn Minuten.

6. Die Beschlüsse werden mit Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7. Auf Antrag von mindestens dreißig Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

8. Vor Schluß des Parteitages abreisende Delegierte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Ihre Namen sind im Protokoll zu vermerken.

9. Der Parteitag tagt vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr.

Tagesordnung.

Sonntag, den 10. Oktober 1920, abends 6 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 11. Oktober 1920 und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Berichterstatter: Wels.
   b) Organisation der Kasse. Berichterstatter: Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Hildenbrand.
4. Bericht vom Internationalen Sozialistenkongreß in Genf. Berichterstatter: Meerfeld-Köln.
5. Die Wohnungsfrage. Berichterstatter: Paul Hirsch und Engler-Freiburg.
6. a) Das Parteiprogramm. Berichterstatter: Dr. Adolf Braun.
   b) Richtlinien für Agrarpolitik. Berichterstatter: Georg Schmidt.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Sitzungszeit:
vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Protokoll.

Eröffnungssitzung.

Sonntag, den 10. Oktober 1920, nachmittags 6 Uhr.

Der Parteitag wird mit Uthmanns altem Festgesang: „Auf Freunde, laßt das Lied erklingen, das Frühlingslied der neuen Zeit", gesungen von einem vielhundertköpfigen Arbeiterchor, eingeleitet.

Sodann nimmt zur Eröffnung des Parteitages das Wort Genosse

Scheidemann: Parteigenossen und -genossinnen! Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, Sie alle, die Sie von nah und fern zu diesem Parteitag erschienen sind, im Namen der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Kassel herzlich willkommen zu heißen. Ein Auftrag, der mir größere Freude gemacht haben würde, konnte mir nicht erteilt werden; denn ich bin ein Kind dieser Stadt, geboren in ihrem ältesten und für mich schönsten Teile, da, wo die obersten Stockwerke der Häuser von beiden Straßenseiten sich so nahe kommen, daß die Nachbarn sich fast die Hände reichen können. (Heiterkeit.) Ich kenne diese Stadt und liebe sie. Und ich wünsche, daß Sie alle sie kennen und lieben lernen möchten.

Kassel ist eine große Stadt, aber keine Großstadt geworden. Sie zählt jetzt mehr als dreimal soviel Einwohner als in meiner Schulzeit. Ich habe diese Stadt wachsen sehen; ich habe erlebt, wie Handel und Industrie sich entwickelten. Hier lernte ich nicht nur laufen und raufen; hier lernte ich nicht nur lesen und schreiben; hier vernahm ich auch die erste Lehre von dem demokratischen Sozialismus, der die Völker befreien soll. Das sind nun bald vierzig Jahre her!

Als ein besonderes Glück empfinde ich es, daß mein Lehrer, dem ich schon als Lehrjunge nachlief, um seinen Reden zu lauschen, der Mann, dem wir alle viel zu danken haben, daß unser Genosse Wilhelm Pfannkuch, der nahezu Achtzigjährige, frisch an Leib und Seele, heute in unserer Mitte weilt mit seiner Frau. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ihm, dem alten Kasselaner Jungen, einen ganz besonderen Gruß! (Erneuter Beifall.)

Als ich hier 1883 in die Partei eintrat, lastete das Sozialistengesetz schon fünf Jahre lang auf der Partei, sieben Jahre lang habe ich das Schandgesetz noch mit ertragen und — ich darf es sagen —: bekämpfen helfen. Die Sozialdemokratie ist in Kassel schändlich behandelt worden —: kleinlich, schäbig.

Kassel ist als ehemalige Residenz ein wirkliches Pensionopolis. Nach hier zogen die kleinen Rentner aus nah und fern, weil man hier billig lebte. Sitz zahlreicher Behörden, mit Tausenden von Beamten, die bis zur Revolution

stramm an der Kandare gehalten wurden, blühten hier die Krieger- und Beamtenvereine. Hier war auch die stärkste Organisation des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Reiche — mit angeblich mehr als 5000 Mitgliedern. Die Beamten wurden nahezu restlos in jene Organisation gezwungen. Jahrzehntelang standen uns in der Stadt größere Säle nicht zur Verfügung, so daß wir unsere Versammlungen auf benachbarten Dörfern und in Spelunken abhalten mußten. Gastwirte, Restaurateure und Hoteliers durften bis vor etwa zwölf Jahren in Kassel nicht wagen, unser Parteiorgan auszulegen. Eine Ausnahme machten nur die Wirte mit ausschließlicher Arbeiterkundschaft. Solche Wirte aber wurden von der Polizei vielfach schikaniert.

Der Kampf, den wir hier zu führen hatten, war deshalb so schwer, weil wir es niemals mit Männern von Qualität in den Reihen der gegnerischen Wortführer zu tun hatten, sondern fast ausschließlich mit politisch unwissenden Radfahrern, d. h. nach oben buckelnden und nach unten tretenden Kriecherseelen. Im Kampfe gegen unsere Partei waren die Verdächtigung und die Verleumdung bis auf den heutigen Tag die beliebtesten Waffen. Dabei zeichneten sich unsere Gegner besonders durch ihre Frömmigkeit aus. Je eifriger sie sich als Christen, Monarchisten und deutsche Männer aufspielten, um so verächtlicher waren ihre Waffen gegen uns.

Unser Kampf war also schwer; aber er war schließlich doch erfolgreich. Ich kann das am besten und kürzesten an meinem eigenen Schicksal erläutern. Als junger Sozialdemokrat — ich gehörte mit 18 Jahren schon zu den Vertrauensmännern der Partei — wurde ich — unter dem Sozialistengesetz! — von der Polizei wie alle anderen auch sorgsam beobachtet, und meinen Prinzipalen dauernd als ein gefährlicher Kerl denunziert. (Sehr richtig!) Das hieß damals: Wenn du keine Scherereien haben willst, dann entlasse den Kerl doch! So mußte ich im Jahre 1888, zum zweiten Male, wiederum existenzlos und gehetzt, Kassel verlassen, um erneut mein Glück in der Fremde zu suchen. 1905 holten mich die hiesigen Freunde als Redakteur, 1920 holten sie mich als Oberbürgermeister meiner Vaterstadt zurück. (Bravo!)

Bei den Wahlen im Juni 1920 bekannten sich von insgesamt 90 540 Männern und Frauen im Stadtbezirk Kassel durch den Stimmzettel 30 914 zur Sozialdemokratie, 10 171 zu den Unabhängigen; 49 455 stimmten für andere Parteien. Im Landkreis Kassel wählten von 18 435 Abstimmenden 9837 für uns, 2334 für die Unabhängigen; 6264 für andere Parteien. Im Landkreis Kassel haben wir also die große Mehrheit, in Stadt- und Landkreis zusammen stehen 53 256 sozialistische und unabhängige Stimmen 55 719 Stimmen anderer Parteien gegenüber. Eine einige Sozialdemokratie wäre bei weitem stärker und würde eine absolut unerschütterliche Position einnehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Mehr mag ich von Kassel jetzt nicht reden, das soll Wilhelm Pfannkuch tun. Er ist in diesem Saale der Berufenste dazu. Ich bin beauftragt, Ihnen zu sagen, wie froh wir alle sind, Sie hier bei uns begrüßen zu dürfen und wie wir aus ganzem Herzen Ihrer Arbeit Erfolg wünschen. Es mischt sich kein Wenn und Aber in diese Begrüßung; denn wir sind eins, wie wir es nie zuvor gewesen sind. (Sehr richtig!) Ungeheure Schicksale haben uns zu einer Kampfgemeinschaft zusammengeschmiedet, stärker, geschlossener als sie je gewesen ist. Wir haben gemeinsam gelitten, gemeinsam gehofft, sind gemeinsam durch eine Flut von Haß und Verleumdung geschritten, und wir wären unterwegs hundertmal zusammengebrochen, hätte uns nicht eines hochgehalten, der gemeinsame Glaube an das Recht unserer Sache, das gemeinsame Vertrauen auf unser arbeitendes Volk. (Lebhaftes Bravo!)

Dieses Vertrauen ist nicht getäuscht worden. Unsere durch den Krieg gelichteten Reihen haben sich durch den Zustrom neuer Kämpferscharen wieder geschlossen; wir sind und bleiben die stärkste Partei des Landes, die Millionenpartei, der das Schicksal der arbeitenden Massen anvertraut ist. Und das erfüllt uns mit tiefer Zuversicht, denn wir erblicken in dem organisatorischen Wiederaufstieg unserer Partei ein Zeichen für die unverwüstliche Lebenskraft unseres Volkes, das in ernster Arbeit für den demokratischen und sozialistischen Fortschritt der ganzen Menschheit seinen Platz unter den Völkern der Welt wieder einnehmen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Ein furchtbarer Krieg und ein unerträglich harter Frieden haben uns in eine Wüste hinausgestoßen, und niemand vermag zu sagen, wieviel Schritte der Weg zählt, der uns in ein besseres Land führt. Nichts ist uns gefährlicher als Illusionen, nichts ist uns notwendiger als nüchterner Wirklichkeitssinn. (Sehr richtig!) Die Geschichte wird es als das Verdienst unserer Partei anerkennen, daß sie in stürmischer Zeit, in der die Leidenschaften aufs tiefste aufgewühlt sind, den Kampf aufgenommen hat gegen die nationalistische Verblendung, aber auch gegen den Irrwahn derjenigen, die glauben, durch eine gewaltsame Bewegung des Proletariats die Leiden, die dieser Krieg geschaffen hat, mit einem Schlage beenden zu können.

Was unser arbeitendes Volk erträgt und duldet, ist unermeßlich. In dem Verständnis dafür lassen wir uns von niemand übertreffen, da wir doch Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blut sind. Wir lassen uns auch von niemand übertreffen in der Gegnerschaft gegen das kapitalistische System, das die letzte Ursache dieser Leiden ist. Wir unterscheiden uns von anderen nur dadurch, daß wir diesen Gegner besser kennen als sie und uns über die Schwierigkeit und die Dauer des Kampfes gegen ihn keinen Selbsttäuschungen hingeben. (Sehr wahr!)

Wir stehen heute mehr denn je nicht nur gegen das deutsche, sondern gegen das internationale Kapital, von dessen Geist der Vertrag von Versailles durchdrungen ist. Und wir sehen unsere gewaltige Aufgabe klar vor uns, durch eine Arbeiterpolitik, die zugleich demokratisch und sozialistisch ist, der Welt ein Beispiel dafür zu geben, welcher physischen und moralischen Leistungen ein Volk, das so tief ins Unglück gestürzt ist wie das unsere, noch fähig ist durch die Anwendung unserer Methoden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kämpfen auf diese Weise um die Sympathie und die Unterstützung der arbeitenden Völker der ganzen Welt. In diesem Kampf bietet uns unsere gegenwärtige Stellung außerhalb der Regierungskoalition eine Erleichterung.

Ich will den Debatten, die Sie hier gewiß über diese Angelegenheit führen werden, nicht vorgreifen — aber soviel glaube ich im Einverständnis mit Ihnen allen sagen zu können, daß unser Ziel nicht das Verbleiben in der Opposition ist, sondern die Gewinnung eines stärkeren Einflusses auf den Staat, eines stärkeren Einflusses als den, den wir in der vergangenen Regierungskoalition ausüben konnten. (Sehr richtig!) Dazu können wir uns nur vorbereiten durch die Aufklärung der Massen; denn nur wenn die Massen uns tragen, können wir wirklichen Einfluß üben. Diese Aufklärungsarbeit zu leisten und zu fördern ist eine der wichtigsten Aufgaben des Parteitags.

Wenn wir darin übereinstimmen, so ist damit nicht gesagt, daß wir in allen Dingen einerlei Meinung sind. Aber das erwarten wir und dessen sind wir gewiß, daß unser Meinungsaustausch hier getragen sein wird von dem unerschütterlichen Geiste der Einigkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Welche Folgen

es hat, wenn die Einigkeit zerreißt, das haben wir in den letzten Jahren schaudernd erlebt, und die Folgen davon werden uns noch täglich durch die Vorgänge in einem anderen von uns losgerissenen Teil der Arbeiterbewegung vor Augen geführt. (Sehr richtig!)

Vor wenigen Tagen haben wir den Fall des Sozialistengesetzes gefeiert, und in zwei Tagen jährt sich zum dreißigstenmal die Stunde, in der die von den Fesseln des Schmachgesetzes befreite Partei ihren ersten öffentlichen Parteitag auf deutschem Boden abhalten konnte. Am 12. Oktober 1890 eröffnete Wilhelm Liebknecht den Parteitag in Halle mit einer Rede, die er mit folgenden Worten schloß: „Sie werden die Hoffnungen des arbeitenden Volkes aller Länder nicht täuschen, auf der anderen Seite aber werden Sie die Hoffnungen derjenigen zuschanden machen, welche da wähnen, die Sozialdemokratie, die von ihren Feinden nicht besiegt werden konnte, werde sich selbst durch inneren Zwiespalt besiegen. Wohlan, ich schließe mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie!"

Am 12. Oktober 1920, also auf den Tag genau nach dreißig Jahren tritt in demselben Halle der Parteitag einer Partei zusammen, die sich bisher auch eine sozialdemokratische genannt hat, die aber der Welt ein Beispiel dafür gibt, wie man sich selber durch inneren Zwiespalt besiegt. (Sehr richtig!)

Ich frage die Arbeiter Deutschlands und der ganzen Welt, wo die wahre Sozialdemokratie zu finden ist, dort, wo man sich gegenseitig zerfleischt hat, bis nichts übrig blieb als ein brennender Trümmerhaufen, oder hier, wo man sich stets der Mahnung unseres Alten bewußt geblieben ist, das Proletariat dürfe sich nie durch inneren Zwiespalt besiegen lassen, die wir die Einigkeit gepredigt haben und immer die Einigkeit.

Selten hat ein Parteitag in entscheidenderer Stunde getagt. Im deutschen Proletariat vollzieht sich eine tiefgreifende Umschichtung. Kampfgenossen, die uns in Verkennung unserer Ziele verlassen haben, sehen sich von der neuen Parole verraten, statt in sozialistische Einigkeit in unsozialistische Spaltung geführt. Für sie alle muß der Kasseler Parteitag ein helleuchtendes Fanal sein. Er darf sich nicht in freudiger Besprechung der bisherigen Erfolge in Organisation und Mitgliederzuwachs erschöpfen. Nein, er muß neue Wege weisen. Vorwärts ohne Kompromisse, kampfentschlossen, zielsicher! (Lebhaftes Bravo!) Unser Geist, unsere Entschlossenheit muß den Sozialismus verwirklichen.

Zeigen Sie dem arbeitenden Volke, daß ihm im allgemeinen Trümmerfall noch eine Hoffnung geblieben ist, daß noch eine Partei vorhanden ist, die sich von nichts anderem leiten läßt als dem Gedanken an sein Wohl, daß der Geist der Brüderlichkeit, der Kameradschaft, ohne den alles sozialistische Wollen nur ein Zerrbild bleibt, nicht ausgestorben ist. Als die Vertreter dieser Hoffnung des deutschen Proletariats, als tatbereite Vorkämpfer einer besseren Zeit grüßen wir Sie und wünschen Ihrer Arbeit den besten Erfolg. Willkommen, Genossinnen und Genossen in Kassel, nochmals willkommen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Pfannkuch: Geehrte Parteigenossen und -genossinnen! Im Namen des Parteivorstandes — und ich darf, ohne Widerspruch zu erfahren, hinzusetzen: Im Namen aller Teilnehmer des Parteitages — danke ich den Kasseler Genossen für den herzlichen Willkommensgruß, der uns durch den Mund des Genossen Scheidemann dargebracht worden ist. Genosse Scheidemann hat meiner nach im besonderen gedacht und mir für die Parteiarbeit gedankt, die ich in sechsundzwanzigjähriger Tätigkeit in meiner Vaterstadt leisten konnte. Einen schöneren Lohn für meine Tätigkeit konnte der Partei und mir nicht

zuteil werden, als der, der darin besteht, Genosse Scheidemann an der Spitze der Verwaltung unserer beiderseitigen Vaterstadt zu sehen. (Beifall.)

Am 6. Februar vorigen Jahres, als ich die Ehre hatte, die Deutsche Nationalversammlung zu eröffnen, die die Aufgabe hatte, dem Deutschen Reich eine republikanische Verfassung zu geben, gab ich der Freude und der stolzen Genugtuung Ausdruck, die mich erfüllte, den freien Volksstaat erstehen zu sehen, für dessen Verwirklichung ich von meiner frühesten Jugend an alle meine Kraft und mein Können eingesetzt habe.

Daß ich heute an dieser Stelle und aus dem gegebenen Anlaß öffentlich reden kann, erfüllt mich mit noch größerem Stolz und mit noch lebhafterer Freude. Ein Gefühl der Befriedigung und der Genugtuung erfüllt mich an meinem Lebensabend darüber, die Saat nach reifend und ertragfähig zu schauen, an deren Ausstreuung mitzuwirken mir vor mehr als fünf Jahrzehnten vergönnt war. (Bravo!) Es war ein kleines Häuflein von Gesinnungsgenossen, die im Frühjahr 1866 zusammentraten und eine Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gründeten. Meines Wissens ist von den Gründern außer mir keiner mehr unter den Lebenden.

Die kleine Schar der Gründer war sich der Schwierigkeiten ihrer Aufgabe bewußt, aber sie war von einem Idealismus und einem Tatendrang beseelt, dem kein Hindernis zu groß erschien, um es nicht überwinden zu können.

Einige der Hindernisse hat Ihnen Genosse Scheidemann vor Augen geführt. Ich werde Ihnen weitere an der Entwicklung der Partei in Kassel zeigen.

Die bürgerliche Presse suchte uns totzuschweigen oder höhnend die Frage zu stellen: Wer sind denn die Weltverbesserer, was haben der rote Zigarrenmacher — der ist nicht mehr unter den Lebenden — und der Tischlergeselle für eine Legitimation aufzuweisen, an der Grundlage der Staats- und Gesellschaftsordnung zu rütteln? Heute geben die Tatsachen der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung die Antwort auf die gestellte Frage. Heute stelle ich mit Genugtuung fest, daß drei von den damals im Vordertreffen stehenden Gegnern heute als Mitkämpfer für die historische Kulturmission der Arbeiterklasse in unseren Reihen stehen, und zwar ein Freisinniger, ein Nationalliberaler und ein antisemitischer Konservativer (Hört! hört! Heiterkeit.), jedenfalls ein schönes Kleeblatt, welches sich bei uns zusammengefunden hat. (Große Heiterkeit.)

Trotz aller Hindernisse, von denen der Lokalmangel der stärkste war, entwickelte sich die Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sehr gut. Auf den Generalversammlungen in Braunschweig, Hamburg, Elberfeld und Berlin war Kassel vertreten. Auf der Reise nach Elberfeld machte ich die Bekanntschaft mit Bebel und Liebknecht, die sich nach drei Jahrzehnten in enge Freundschaft erweiterte.

Der Ende der sechziger Jahre nach Geltung ringenden Gewerkschaftsbewegung widmete die Arbeiterschaft Kassels die größte Aufmerksamkeit. Auf dem Gewerkschaftskongreß im September 1868 in Berlin war Kassel durch sechs Delegierte vertreten, und die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung war so vorzüglich, daß die Kasseler Genossen 1869 die Abhaltung des Verbandstages der zentralisierten Gewerkschaften übernehmen konnten. Die Abhaltung des Verbandstages, für dessen Tagung uns der Stadtbau zur Verfügung gestellt war, war ein Ereignis, das mit einem Schlag die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf uns lenkte. Zur Einholung des Präsidiums hatten sich Tausende am Bahnhofsplatz eingefunden. Die bürgerliche Presse gab zu, daß 5000 Personen zugegen gewesen seien.

Die erste Gelegenheit, sich mit einem Gegner zu messen, bot der nach der Annexion Hessens gegründete Volksverein, eine Ergänzungsorganisation der

hessischen Partikularisten, bestimmt, die Arbeiter einzufangen. Die vom Volksverein einberufene Versammlung gestaltete sich zu einem glänzenden Erfolg für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Eine Resolution, die die Arbeiter vor dem Eintritt in den Volksverein warnte und zum Eintritt in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein aufforderte, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Der Volksverein hat keinen weiteren Versuch unternommen, unsere Kreise zu stören.

Dagegen unternahmen die Genossen den Versuch, durch Erwerbung der Mitgliedschaft in dem Arbeiterfortbildungsverein Einfluß zu gewinnen, um den Saal für Versammlungszwecke zu erhalten. Der Versuch mißlang, indem sich der Verein jeder Einwirkung auf das Vermögen des Vereins entäußerte und die Verfügung über dasselbe dem freien Ermessen des Vorstandes überließ.

Nach einem Jahrzehnt dauernder Agitation konnten die Kasseler Arbeiter bei den Wahlen 1877 auf ihren Kandidaten Wilhelm Frick 4507 Stimmen vereinigen. Unter den beiden Legislaturen 1878 und 1881 gingen die Stimmen auf 1534 zurück. Das war die erste Wirkung des Schandgesetzes. 1884 war der Bann gebrochen, und wir kamen mit 4198 Stimmen in die Stichwahl, in der ich mit 98 Stimmen unterlag. Was die Genossen in der Wahlbewegung an persönlichen Opfern geleistet haben, dürfte daraus ersichtlich sein, daß beide Wahlgänge mit einem Kostenaufwand von 1100 Mk. bestritten wurden. (Heiterkeit.) Das wird Ihnen bei den heutigen Verhältnissen als ein Märchen aus fernen Zeiten erscheinen. (Heitere Zustimmung.)

Vom Jahre 1884 ab ist die Kasseler Bewegung und damit die hessische in ununterbrochenem Aufstieg. Ein gesunder tatkräftiger Teil der deutschen Sozialdemokratie, der gesunde, kerndeutsche Geist des hessischen Volkes, treu und bieder in seinem Charakter, wird redlich dazu beitragen, das gegenwärtige Elend der Spaltung der deutschen Arbeiterschaft zu überwinden im Vertrauen auf die sieghafte Idee des demokratischen Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen des Parteivorstandes erkläre ich hiermit den Parteitag für eröffnet.

Wir treten in die Konstituierung des Bureaus ein und haben zunächst zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten für die Dauer der Tagung zu wählen.

Grünwald-Hamburg schlägt die Genossen Hermann Müller und Scheidemann als Vorsitzende vor.

Der Vorschlag wird von der Versammlung einstimmig angenommen.

Pfannkuch: Ich bemerke nebenbei, daß beide Personen ehemalige Reichskanzler sind. (Stürmische Heiterkeit.) Genosse Scheidemann ist der erste Reichskanzler der deutschen Republik, Genosse Müller einer seiner Nachfolger, und ich glaube, der berechtigten Hoffnung hier Ausdruck geben zu können, daß wir sehr bald wieder in die Lage kommen — ich könnte auch sagen, in die Verlegenheit (Heiterkeit) —, die Inhaber des Reichskanzlerpostens aus unseren Reihen zu bestimmen.

Ich bitte nun den Genossen Müller, den Vorsitz zu übernehmen.

Hermann Müller: Genossinnen und Genossen! Zugleich im Namen des Genossen Scheidemann danke ich Ihnen für die Ehre und das Vertrauen, das Sie uns erwiesen haben, indem Sie uns zu Vorsitzenden des Parteitages gewählt haben. Wir bitten Sie, uns während der kommenden Woche in unserer Aufgabe zu unterstützen, damit dieser Parteitag den einheitlichen und geschlossenen Charakter erhält, der dem Willen der Massen draußen allgemein entspricht. Der Parteitag, zu dem wir heute zusammengetreten sind, ist der erste Friedensparteitag. Als wir im vorigen Jahre zu Pfingsten in Weimar zusammentraten, da hing der kommende Friedensvertrag wie eine schwere

Wolke über uns am Himmel. Die Wolke ist über uns niedergegangen, und sie hat mit den schwersten Hagelschlägen alle die Hoffnungen derer vernichtet, die nach diesem schrecklichen fünfjährigen Männermorden an einen Frieden der Versöhnung und des Ausgleichs geglaubt haben. (Sehr gut!) Wir haben bis heute über ein weiteres Jahr erlebt und können nur feststellen, daß, von einzelnen abgesehen, im Ausland nur die sozialistisch geschulte Arbeiterklasse bereit ist, dazu beizutragen, daß das gemildert und beseitigt wird, was wir immer als unerfüllbar und unerträglich an diesem Frieden bezeichnet haben. Es ist nur die Arbeiterklasse, wie die internationalen sozialistischen Zusammenkünfte gezeigt haben, die wir nach der Berner Konferenz des Vorjahres, in der Konferenz von Luzern und dem Kongreß von Genf gehabt haben. Wir wollen den Freunden draußen die Arbeit erleichtern, die sie für die Revision der unerträglichen Bestimmungen dieses Gewaltfriedens betreiben, indem wir keinen Zweifel darüber lassen, daß wir unsererseits alles tun wollen, um das wieder gutzumachen, was über die Kriegsnotwendigkeiten hinaus in den früher feindlichen Ländern gesündigt worden ist. (Sehr gut!) Aber man soll uns dazu auch die Gelegenheit und die Möglichkeit geben. Wir können nur wiedergutmachen, wenn wir selbst wieder den Glauben an die Möglichkeit einer besseren Zukunft erhalten. Die internationalen Sozialistenkonferenzen, die im letzten Jahre stattgefunden haben, haben gezeigt, daß die sozialistische Arbeiterklasse aller Länder gewillt ist, den Völkerbund, der heute nur eine Kulisse für die Ententepolitik ist, zu einem wahren Völkerbund zu machen, der auch uns zu unserem Recht kommen läßt. Wir haben keine Ursache, die Hoffnung auf die erfolgreiche Zusammenarbeit der Internationale auf diesem Gebiet aufzugeben. Wir Deutsche haben immer den höchsten Wert auf die Pflege der internationalen Beziehungen gelegt. Genosse Scheidemann hat in seiner Rede bereits auf den Hallenser Parteitag hingewiesen, den ersten vor dreißig Jahren nach dem Fall des Bismarckschen Schandgesetzes. Auch damals sandte die internationale Arbeiterklasse Gäste zu uns, und wir können zu unserer Freude feststellen, daß heute noch einige von denen, die damals vor unserem Kongresse geredet haben, für den internationalen Sozialismus am Werke sind. Ich denke vor allem an Jules Guèsde, den Schüler von Marx, der den internationalen Sozialismus den französischen Chauvinisten zum Trotz in Frankreich zu einem Faktor des politischen Lebens gemacht hat. Ich denke vor allen Dingen aber auch an Eduard Anseele, der damals sprach, und der während der deutschen Okkupation in der Kriegszeit so tapfer in seinem Gent ausgeharrt hat und für die belgischen Proletarier eingetreten ist. Unsere belgischen Freunde haben uns ein herzliches Telegramm gesandt, in dem sie das Bedauern aussprechen, daß sie zurzeit niemand hier nach Kassel senden können, weil sie selbst ihren Kongreß vorbereiten und weil ein Teil ihrer Führer auf einer Reise nach Georgien ist. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die auf der Rückkehr Befindlichen noch während dieser Tagung sich hier einstellen werden, um uns zu begrüßen. (Bravo!) Dieselben Verhältnisse walten bei unseren englischen Brüdern ob, für die Artur Henderson, der so große Verdienste für die Wiederbelebung der demokratischen, sozialistischen Internationale hat, brieflich zugleich die Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß auf dem nächstjährigen Kongreß die Verhältnisse die Entsendung von Delegierten gestatten würden. Unsere holländische Bruderpartei hat den Genossen Pierre Troelstra zu diesem Kongreß delegiert. (Bravo!) Er hat mitgeteilt, daß er zunächst durch den Poststreik in Holland verhindert ist, zu erscheinen; wir hoffen, daß er es im Laufe der Tagung noch möglich machen wird, in unserer Mitte zu weilen. Unter denen, die vor dreißig Jahren den deutschen Sozialisten nach dem Falle des Sozialistengesetzes den Gruß ausgesprochen haben, war auch

Hjalmar Branting, heute ein Senior der internationalen sozialistischen Bewegung und schwedischer Ministerpräsident. Wir waren während des Krieges gewiß mit vielem, was er gesagt und geschrieben hat, nicht einverstanden. Das ist kein Wunder, denn jeder mußte in diesem Weltringen Partei nehmen, aber unvergessen wird Hjalmar Branting sein, was er in den letzten einundhalb Jahren zur Wiederbelebung des internationalen Sozialismus geleistet hat. (Bravo!) Ich kann mich noch erinnern, im Jahre 1915 war er in Berlin zu Besuch, und er meinte, daß nach den Auseinandersetzungen dieses Weltkrieges es zehn Jahre dauern würde, bis die Sozialisten sich wiederfinden. Wenn bereits im ersten Jahre nach dem Kriege so erfolgverheißende internationale Zusammenkünfte stattgefunden haben, so verdanken wir das in erster Linie der Arbeit, die Hjalmar Branting für uns alle geleistet hat. Wir können zu unserer Freude feststellen, daß als Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie Genosse Engberg hier anwesend ist (Bravo!), der uns in guter Erinnerung ist aus jenen Tagen der Stockholmer Konferenz, wo er mit uns gemeinsam gearbeitet hat, um den Frieden — leider erfolglos — herbeizuführen, den wir alle damals schon so sehr ersehnten. (Beifall.) Eine ganz besondere Freude aber ist es mir, daß wir in unserer Mitte den Genossen Theodor Stauning als Vertreter des dänischen Sozialismus sehen. (Beifall und Händeklatschen.) Die Dänen und wir Deutsche sind immer Freunde gewesen und selbst in der Zeit, in der Otto von Bismarck den Artikel 5 des Prager Friedens nicht ausführte, hat das unsere Zusammenarbeit zum Nutzen der Arbeiterklasse nie im geringsten beeinträchtigt. Wir haben uns immer gegenseitig geholfen, und wir müssen heute feststellen, daß wir sehr stark die Nehmenden geworden sind. Ich fühle mich verpflichtet, auch von dieser Stelle insbesondere unseren dänischen Genossen den herzlichsten Dank der deutschen Arbeiterklasse auszusprechen für das großzügige Liebeswerk, das sie an unseren Kindern vollbracht haben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wir haben heute in allen deutschen Gauen arme, durch den Krieg verelendete Arbeiterkinder, die drüben in Dänemark sozialistische Pflegeeltern haben, an die sie sich ihr Leben lang erinnern werden. (Erneuter Beifall.) Das ist etwas, was uns auf ewig binden wird. Dann muß ich weiter mitteilen, daß unsere Danziger Genossinnen und Genossen die Genossin Wohlgemuth beauftragt haben, uns die Grüße der Danziger Sozialisten zu überbringen. (Bravo!) Mit tiefem Schmerz müssen wir feststellen, daß diese urdeutschen Danziger nicht mehr zum Deutschen Reich gehören. Hier ist ein Feld, auf welchem für uns Wiedergutmachung geleistet werden muß. (Sehr richtig!) Hier sind Deutsche ungefragt von Deutschland losgerissen worden, ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das während des Krieges das Kampfgeschrei der gegen uns Kämpfenden gewesen ist. Hier gibt es Arbeit in der Zukunft für einen wahren, von der internationalen Arbeiterklasse beeinflußten Völkerbund. (Sehr gut!) Denn wir wollen keinen Zweifel darüber lassen: wir weisen als demokratische Sozialisten jeden Gedanken gewalttätiger Revanche weit von uns. (Sehr richtig!) Wir wollen nur den Appell an das Recht, so, wie es in unserer Marseillaise heißt:

Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu unserer Fahne steht zu Hauf'!

In diesem Sinne, Genossen und Genossinnen, wollen wir auf diesem Parteitag an die Arbeit gehen. (Stürmischer Beifall.)

Ich bitte nun zunächst um Vervollständigung des Bureaus, und zwar hätten wir nach der alten Gepflogenheit des Parteitages zunächst neun Schriftführer zu wählen.

Auf Vorschlag von **Meier**-Sachsen werden einstimmig zu Schriftführern gewählt: Frau Bollmann-Halberstadt; Gruschke-Nürnberg; Eisenbarth-Hamburg; Fritsch-Plauen; Stahl-Spandau; Lutz-Worms; Klupsch-Dortmund; Röhle-Frankfurt a. M. und Mache-Breslau.

Hermann Müller: Wir kommen weiter zur Wahl von neun Mitgliedern der Wahlprüfungskommission. Ich mache darauf aufmerksam, daß auf dem diesjährigen Parteitag die Wahl einer besonderen Beschwerdekommission sich erübrigen wird, weil nur eine Beschwerde vorliegt, die von der Mandatsprüfungskommission mit erledigt werden kann.

Auf Vorschlag von **Pollender**-Leipzig werden in die Wahlprüfungskommission einstimmig gewählt: Brolat-Berlin; Riegel-Darmstadt; Hartwig-Stettin; Janotta-Breslau; Ruggaber-Ulm; Graf-Pforzheim; Eggerstedt-Kiel; Frau Röhl-Köln und Frau Bartels-Hildesheim.

Bei Feststellung der Geschäftsordnung beantragt

Scholich-Breslau: Ich schlage vor, in dem Entwurf, den uns der Parteivorstand unterbreitet hat, eine Aenderung vorzunehmen. Nach dem § 2 müssen neu eingebrachte Anträge außer denen zur Geschäftsordnung schriftlich eingereicht werden und von mindestens 20 Delegierten unterstützt werden. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen. Es scheint mir doch der Stärke und Würde des Parteitages zu entsprechen, die Zahl der Unterschriften von 20 auf 30 zu erhöhen, was ich hiermit beantrage. In Konsequenz dessen schlage ich vor, im letzten Satz zu streichen, daß die Zustimmung durch Zuruf erfolgen kann. Das gleiche trifft zu in § 7, wo es heißt: „Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern muß namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden." Auch da möchte ich bitten, 30 zu setzen. Außerdem heißt es im § 5, die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt, auch die Redezeit der Einbringer selbständiger Anträge ist beschränkt. Da fehlt meiner Ansicht nach ein Satz, daß alle, die zur Debatte reden, ebenfalls in der Redezeit beschränkt sind. Ich schlage vor, hier den Satz einzufügen: „In der Debatte haben die Redner eine Redezeit von 10 Minuten." Ich bitte Sie, dieser Aenderung zuzustimmen.

Vorsitzender **Hermann Müller:** Der letzte Vorschlag des Kollegen Scholich entspricht der bisherigen Praxis der Parteitage. Bei einzelnen Punkten der Tagesordnung kann natürlich etwas anderes beschlossen werden.

Der Antrag Scholich wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Im übrigen wird die so gestaltete Geschäftsordnung gegen wenige Stimmen angenommen.

Es folgt die Feststellung der endgültigen Tagesordnung.

Vorsitzender **Hermann Müller:** Zur Tagesordnung sind eine ganze Reihe Anträge gestellt, die eine Erweiterung bezwecken. Es handelt sich zunächst um die in der Vorlage abgedruckten Anträge 1, 2, 3, 4 und 258. Diese verlangen, daß die Wirtschaftspolitik als besonderer Punkt behandelt wird. Einzelne Anträge, wie der unter 2, verlangen weiter, daß Wissell dazu als Referent bestellt wird.

Die Anträge werden genügend unterstützt.

Vorsitzender **Hermann Müller:** Es kommen dann weiter die Anträge 7, 8 und 11 in Betracht, die wünschen, daß die Ernährungsfrage als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt werden soll.

Auch für diese Anträge reicht die Unterstützung aus.

Vorsitzender Hermann Müller: Ferner kommt in Betracht der Antrag 9, der haben will, daß die Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Sozialisierung des Baugewerbes behandelt wird. Die Wohnungsfrage ist als Punkt 5 auf die Tagesordnung gesetzt. Dadurch ist meiner Ansicht nach dieser Antrag erledigt. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. (Zustimmung.) Es handelt sich weiter noch um den Antrag 10, der die Agrar- und Siedlungsfrage auf die Tagesordnung gesetzt haben will. Dieser Antrag ist wohl dadurch erledigt, daß bei Punkt 6 nachträglich ein Punkt b „Agrarprogramm" mit besonderem Referenten eingesetzt ist. Ich eröffne nun die Debatte über die Tagesordnung des Parteitages.

Löbe: Die vorgeschlagene provisorische Tagesordnung des Vorstandes umfaßt bereits acht Punkte. Im Interesse einer rationellen Einteilung der Arbeit und zur Vermeidung der Hetze bei den letzten Punkten der Tagesordnung bitte ich, es bei diesem Vorschlag zu belassen. Die weitergehenden Wünsche entbehren nicht eines berechtigten Kernes und haben eine große politische Bedeutung. Die Art der Rechtsprechung ist heute eine Provokation des modernen Geistes, ein Schlag ins Gesicht des ganzen Volkes. Daß die Wirtschaftsfragen, die Sozialisierung, die Ernährungsfrage uns nahe berühren, darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber ich empfehle, diese Dinge beim Bericht der Reichstagsfraktion und der dabei entstehenden Debatte zu behandeln. Dieser Bericht steht bereits als dritter Punkt auf der Tagesordnung. Da der zweite Punkt, Bericht der Kontrollkommission, mehr formell ist, wird er eigentlich sogar schon als zweiter hier zur Verhandlung kommen und früher und in ausgedehnterem Zeitmaße könnten wir ihn also sowieso nicht zur Verhandlung stellen. Es wird auch die Möglichkeit bestehen, einzelne Materien abzusondern und eventuell durch Verlängerung der Redezeit für bestimmte Referenten diese Fragen behandeln zu lassen.

Wissell: Ich bedauere außerordentlich, den letzten Ausführungen Löbes widersprechen zu müssen. Im allgemeinen stimme ich ihm zu, aber das in der allernächsten Zeit Dringendste ist die Wirtschaftspolitik. Genosse Scheidemann hat gesagt, das Schicksal der Masse ist uns anvertraut, und wir wissen nicht, wie bald wir es auch vor anderer Stelle vertreten müssen, als vor der, wo wir jetzt stehen. Und Genossen, ich führe das Ergebnis, das jetzt vor uns liegt, nicht zum wenigsten mit darauf zurück, daß wir in der Wirtschaftspolitik vollständig versagt haben. Eine Frage von der Art wie diese müssen wir als besonderen Punkt der Tagesordnung behandeln, und es ist undenkbar bei den hundert brennenden Fragen, die etwa beim Bericht des Parteivorstandes oder der Reichstagsfraktion zur Erörterung kommen, die Zeit aufzubringen, die notwendig ist, um diese Fragen abschließend zu beurteilen. Wir können nicht warten, ob wir vielleicht im nächsten Jahre ein Programm haben, das Klarheit bringt. Wir müssen ein Programm haben, das in den allernächsten Monaten Klarheit gibt. Die Agrarfrage, so wichtig und dringlich sie ist, ist doch nicht so wichtig wie diese. Ich bitte Sie daher, evtl. unter Verkürzung der Tagesordnung den Punkt Wirtschaftspolitik aufzunehmen. Wenn das nicht möglich ist, so können wir noch überlegen, ob wir unserer Tagung nicht noch einen weiteren Tag anhängen können.

Fellisch: Ich bitte gleichfalls, den vier Anträgen stattzugeben, die einen neuen Punkt „Wirtschaftspolitik" verlangen. Ich kann mich den Gründen des Genossen Löbe, die scheinbar dagegen sprechen, nicht verschließen. Auf der anderen Seite sind die Parteigenossen des Chemnitzer Agitationsbezirks davon ausgegangen, daß wir der Partei keinen schlechteren Dienst erweisen können,

als wenn wir auf diesem Parteitag die Frage wieder unerledigt lassen. Ich erinnere daran, daß z. B. die schon auf der Tagesordnung stehende Frage der Wohnungspolitik tief einschneidet in die Frage der Wirtschaftspolitik. Vielleicht könnten wir bei der Frage der Wirtschaftspolitik ein gewaltiges Stück dieses Punktes mit erledigen. Jedenfalls müssen wir im Interesse der Agitation und der Arbeit endlich einmal wissen, was das oberste Parlament der Partei zu den Streitfragen der Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie zu sagen und zu beschließen hat.

Wels: Nicht wild durcheinander sollen die Verhandlungen über irgendeinen Punkt der Tagesordnung gehen, wie Fellisch es befürchtet, sondern in geordneter Art und Weise, entsprechend der Disziplin, die wir von jedem Parteigenossen erwarten. Dieser Disziplin entspricht es nicht, wenn in der Begründung eines Antrages auf Abänderung der Tagesordnung Bemerkungen fallen wie die, daß das Arrangement des Parteitages durch den Parteivorstand an den wichtigsten Grundfragen, die die Partei und die Arbeiterbewegung beschäftigen, vorübergeht. Sowohl Wissell wie Fellisch befinden sich im Unrecht. Der Parteitag kann sich schon bei dem Bericht des Parteivorstandes eingehend mit diesen Fragen befassen. Keiner von den Rednern wird an den wirtschaftlichen Nöten, die durch den Krieg und seine Folgen entstanden sind, vorübergehen. Was uns aber hindert, die Wirtschaftsfrage als einen besonderen Punkt aufzusetzen, ist das eine, daß wir uns in dieser Frage in den zwangsläufigsten Verhältnissen befinden, die wir auf irgendeinem Gebiete haben. Hier liegen wir in den Fesseln und Banden des Versailler Friedensvertrages. Er bestimmt auf lange hinaus unsere Wirtschaftspolitik und unsere Wirtschaftsverhältnisse. Er ist für unser Wirtschaftsleben trotz aller unserer Programme und grundsätzlichen Auffassungen noch langehin entscheidend. Darum ist die Frage der Wirtschaftspolitik eine Frage der allgemeinen Politik, und wir haben im Parteiausschuß und Parteivorstand mit größter Aufmerksamkeit und in langer Beratung uns gefragt, ob es möglich ist, die allgemeine Wirtschaftslage wirklich als besonderen Punkt zu behandeln und ob es zu einem klaren abschließenden Urteil der Partei kommen kann. Weil uns aber die Gründe der Zwangsläufigkeit maßgebend erschienen, haben wir das Spezialgebiet der Wohnungsfrage auf die Tagesordnung gesetzt, denn wir glauben, hier Endgültigeres, Abschließenderes, Grundlegenderes leisten zu können. Wir verfallen leicht in die Gefahr des Dilettantentums, wenn wir so die Tagesordnung erweitern. Von diesem Standpunkt sind alle Parteitage ausgegangen. Sie können — Wissell sowie Fellisch und alle, die mit ihnen sympathisieren — Sie können überzeugt sein, daß alles getan wird, um die Besprechung dieser wichtigsten Frage, die mit Leben und Gesundheit der Partei zusammenhängt, nicht zu kurz kommen zu lassen. Sorgen Sie mit dafür, daß die Tagesordnung nicht durch ungenügend vorbereitete Debatten und Referate eine Beschwerung erfährt, die nicht im Interesse der Partei liegt. In der Beurteilung der Wichtigkeit dieser Frage sind wir mit Wissell einig. Ich bitte Sie aber, für den Vorschlag Löbes zu stimmen.

Biester: Ich bin mir darüber klar, daß das, was Genosse Wels sagt, nicht zutreffend ist. Es handelt sich nicht darum, über diese Dinge zu reden, sondern endlich eine klare Politik zu treiben, deutlich zu zeigen, mit welchem Programm wir vor unsere Genossen treten sollen. Ich möchte noch hervorheben: Genosse Wissell sagt, wir könnten die Agrarfrage zurückstellen. Das geht unter keinen Umständen an. Wir, die wir unsere Agitation hauptsächlich in den Landgebieten betreiben, müssen verlangen, daß der Parteitag in der Agrarfrage Stellung

nimmt. Wir könnten uns über diese Frage so verständigen, wenn nicht jene Richtlinien veröffentlicht worden wären, die wir vor dem Lande auf dem Parteitag ganz entschieden bekämpfen müssen. Darum ist es notwendig, daß wir klar Stellung nehmen, wie unser Wirtschaftsprogramm in Zukunft aussehen soll. Ein Programm können wir vielleicht nicht schaffen, wohl aber die Richtlinien. Nehmen Sie diese Anträge an.

Vorsitzender **Hermann Müller:** Es ist mir gesagt worden, daß am Samstag nachmittag 5 Uhr dieser Saal anderweitig gebraucht wird. Wenn also der Parteitag über diesen Zeitpunkt hinaus fortgeführt werden soll, müßten wir uns nach einem anderen Tagungslokal umsehen.

Dräger: Ich bitte dringend, den Anträgen zuzustimmen, die besondere Referate über die Wirtschaftsfrage verlangen, und zwar bitte ich auch gleichzeitig, den Genossen Wissell hier als Referenten zu bestimmen. Bei einer Redezeit von 10 Minuten kann man beim Bericht des Parteivorstandes diese Frage nicht auch nur einigermaßen ausführlich behandeln.

Hoch: Ich stimme dem Genossen Wissell zu, wenn er sagt, daß die Wirtschaftsfrage, vor allem die Frage der Sozialisierung, d. h. also die Frage, ob und wie die Kohlenwirtschaft sozialisiert werden soll, eine Frage ist, um die sich die Politik dreht, und daß wir sie infolgedessen in entscheidender Weise behandeln müssen. Daher möchte ich entschieden vor dem Wege warnen, der eben empfohlen wird, was speziell in der Frage der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft gemacht werden soll. Wir können diese Frage nicht anders behandeln, als im Zusammenhang mit dem Bericht der Reichstagsfraktion. Daher bin ich der Meinung, daß der Weg, den Genosse Löbe gewiesen hat, der einzige Weg ist, auf dem das erreicht wird, was auch Genosse Wissell wünscht und was die ganze Arbeiterschaft verlangt. Ich würde daher empfehlen, zunächst den Vorstandsbericht zu erledigen, dabei die Wirtschaftsfragen auszuschalten, dann den allgemeinen Wirtschaftsbericht innerhalb des Vorstandsberichtes zur Erledigung zu bringen und dann dem Genossen Wissell Gelegenheit zu geben, gewissermaßen als Vorreferent über diese Frage zu reden.

Kahmann: Ich stimme dem Genossen Wels darin durchaus zu, daß die Wirtschaftspolitik nicht von der großen allgemeinen Politik getrennt werden kann. Die Reichstagsfraktion soll die Wirtschaftspolitik in weitgehendem Maße beeinflussen. Daher ist es meines Erachtens durchaus notwendig, daß wir dem Genossen Wissell und auch dem Genossen Robert Schmidt eine längere Redezeit einräumen. Ich beantrage daher, daß, nachdem der Genosse Hildenbrand seinen Bericht über die Reichstagsfraktion gegeben hat, den Genossen Wissell und Robert Schmidt eine Redezeit von 40 Minuten eingeräumt wird, um die konkreten Fragen zu behandeln.

Auer: Ich bin mit den Ausführungen des letzten Redners einverstanden, nur mit dem Schluß nicht. Es ist unmöglich, daß die Genossen Wissell und Robert Schmidt in 40 Minuten die ganzen Fragen so behandeln, wie es notwendig wäre. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß wir gerade bei diesem wichtigen Punkte den beiden Genossen die Redezeit nicht beschränken können. (Zustimmung.) Ich möchte daher beantragen, innerhalb der Diskussion des Berichts der Reichstagsfraktion die beiden Genossen unbeschränkt zum Worte kommen zu lassen.

In der Abstimmung wird beschlossen, den Punkt 3 der Tagesordnung sachlich so zu teilen, daß die allgemeine Wirtschaftspolitik und die Sozialisierungsfrage von den übrigen Teilen des Fraktionsberichts in der Debatte getrennt werden.

Wissell und Robert Schmidt sollen die übliche Referentenredezeit bekommen. Damit sind die Anträge 1 bis 4, 7 bis 10 und 258 erledigt.

Die Ernährungfrage soll bei der allgemeinen Wirtschaftspolitik mit behandelt werden.

In dieser Form wird die provisorische Tagesordnung als endgültige genehmigt. Damit sind die Anträge 5, 6, 11 und 307 erledigt.

Beschlossen wird, von 9 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr zu tagen.

Als Vertreter der dänischen Sozialdemokratie erhält das Wort

Stauning-Kopenhagen (mit stürmischem Beifall empfangen): Genossen und Genossinnen! Als Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Dänemarks überbringe ich dem Parteitag herzlichen Gruß und Dank für die Einladung, die Ihr uns habt zugehen lassen. Seit dem Jahre 1914, als der grauenvolle Weltkrieg ausbrach, haben wir keine Gelegenheit gehabt, Euren Parteitag zu besuchen. Das war unter den traurigen Verhältnissen der Kriegszeit unmöglich. Um so mehr freuten wir uns, als die deutsche Bruderpartei jetzt wieder uns und andere bat, die internationalen Bande wieder zu knüpfen. In den verlaufenen Jahren haben wir mit Bekümmernis und Schmerz die blutigen Wirkungen des Krieges betrachtet. Wir sind uns niemals über den Ursprung und die Ursachen des Krieges zweifelhaft gewesen, ob nun der eine oder andere politische Machthaber besonders dafür wirksam war, die allgemeine Spannung durch einen Krieg zur Auslösung zu bringen. Diese Frage scheint mir von ganz untergeordneter Bedeutung zu sein. Die Hauptsache ist, daß der Kapitalismus die Ursache des Krieges gewesen ist, und daß der Krieg ein Resultat der Politik war, die in allen Ländern von den Parteien der Oberklasse geführt wurde. (Lebhafte Zustimmung.) Mit tiefem Schmerz haben wir die furchtbaren Folgen des Krieges gesehen, die harten Leiden, die die Kinder und Mütter getroffen haben, das schreckliche Schicksal, unter dem die Volksmassen noch viele Jahre leiden sollen. Wir hegen die Hoffnung, daß diese furchtbaren Leiden die Bevölkerungen der einzelnen Länder zu einem unversöhnlichen Kampfe gegen den Kapitalismus und gegen den vom Kapitalismus großgezogenen Militarismus anfeuern werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Abrüstung muß das Ziel der Arbeiterklasse aller Länder sein. (Stürmisches Bravo.) Sie muß die erste Antwort an diejenigen sein, welche die Verantwortung für den grauenvollen Krieg tragen. Mit Freude haben wir gesehen, wie das deutsche Volk und in erster Reihe alle deutschen Arbeiter sich vom Imperialismus, vom Junkertum und von der Militärmacht befreiten.

Im Namen der dänischen Arbeiter begrüße ich die deutsche Republik als unseren Nachbar. Ich hoffe, daß man auch in Deutschland stets Wache stehen wird gegen die Gefahren, die unzweifelhaft der neuen Staatsordnung drohen. Die Arbeiter haben ganz besonders die Pflicht, das zu schützen und zu verteidigen, was durch die Einführung der Republik gewonnen wurde. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dieser Staatsform und mit Eurer freien Verfassung habt Ihr das Mittel zur Durchführung des Sozialismus in Euren Händen. (Sehr richtig!) Es gilt, das nötige Verständnis bei dem arbeitenden Volk zu wecken. (Sehr wahr!)

In diesem Zusammenhang muß ich noch sagen, daß wir in Dänemark die Entwicklung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit Bekümmernis betrachtet haben, die als eines der Resultate des Krieges zu verzeichnen gewesen ist. Die Trennung, die dadurch herbeigeführt worden ist, war für uns etwas sehr Trauriges, da sie selbstverständlich unsere Aktionskraft schwächt. Wir waren darüber sehr verwundert, daß gewisse Richtungen gerade daran mitwirkten, den bürgerlichen

kapitalistischen Parteien die Macht in Deutschland zu geben." (Sehr wahr!) Wir sind aber überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie, deren Vertreter hier versammelt sind, früher oder später die Partei werden wird, die wieder die ganze deutsche Arbeiterklasse unter ihrer Fahne sammelt. (Lebhaftes Bravo.)

Die furchtbaren Begebenheiten des Krieges haben, wie auf allen Gebieten, so auch im geistigen Leben etwas nachgelassen; ihre Wirkungen werden allmählich wieder verschwinden, und die Erkenntnis der alten Wahrheit, daß Einigkeit stark macht, wird wieder zurückkehren. (Zustimmung.) Die bänische Sozialdemokratie hat sich von Anfang an absolut ablehnend gegenüber den Bestrebungen verhalten, deren Ziel die Auflösung der alten internationalen Verbindung war. Ebenso bestimmt haben wir alle Versuche abgewiesen, die Arbeiter in törichte Experimente hineinzuführen, die im Widerstreit zur sozialistischen Auffassung stehen.

Wir sind treue Anhänger der sozialistischen Grundsätze von Karl Marx. Deshalb wollen wir unsere Klassen nicht in die Anarchie und das Unglück mittelalterlicher Zustände hineinführen.

Wir danken auch der deutschen Sozialdemokratie für ihren Einsatz auf demselben Gebiete und hoffen, daß unsere alte Internationale in Zukunft wieder in die Höhe wächst im Kampf mit den Richtungen, die irreführen, anstatt das arbeitende Volk freizumachen.

Dann spreche ich auch meine Freude darüber aus, daß die Grenzverhältnisse zwischen Dänemark und Deutschland durch die Entscheidung der Bevölkerung selbst in Ordnung gebracht sind. Ich danke der Sozialdemokratie, die in den schweren Jahren die einzige war, die den unterdrückten Dänen Gerechtigkeit versprach. Wir werden jetzt zur Vergeltung unser Möglichstes tun, um den Minoritäten beiderseits der neuen Grenze ihr Recht, ihre Freiheit und den ihnen zukommenden Schutz zu sichern. (Lebhafter Beifall.)

Ich komme aus einem kleinen Lande, dessen Meinung nicht sehr wiegt. Aber ich komme von einer Partei, die in den Kriegsjahren einen ehrenhaften Kampf für eine loyale Neutralität nach allen Seiten geführt hat und dadurch ein gutes nachbarliches Verhältnis zum deutschen Volke aufrechterhalten hat. (Lebhafter Beifall.)

Wir Sozialdemokraten sind wegen unserer Haltung angegriffen worden. Schwere Beschuldigungen sind wegen unseres freundschaftlichen Verhältnisses den deutschen Klassengenossen gegenüber gegen uns geschleudert worden. Das ließ uns aber nicht von unserer Bahn vertreiben, denn wir wußten, daß wir richtig handelten, sowohl als Dänen wie auch als Sozialisten. (Bravo!) Der deutschen und österreichischen Nation haben wir gern helfen wollen, indem wir einigen der vielen Kinder, deren Elend wir kannten, Freundlichkeit erwiesen haben. Wir bedauern nur, daß unsere Kraft nicht noch größer war, um dem verursachten Unglück einigermaßen abzuhelfen.

Genossen! Ich wünsche Ihnen somit Glück in Ihrer Arbeit auf dem Parteitag und hoffe, daß der Erfolg dieser Arbeit einen neuen Fortschritt unserer Bruderpartei darstellen wird, der Partei, die wir immer mit Stolz begrüßten.

30 Jahre sind seit dem Fall des Sozialistengesetzes verflossen. Großes ist seitdem erreicht. Noch mehr aber kann unter den jetzigen Voraussetzungen gewonnen werden. Der Geist der Tage des Sozialistengesetzes soll zurückgerufen werden, das Einheitsgefühl soll wieder herrschen. Dann werden die Schranken des Kapitalismus fallen, dann wird das schöne Evangelium des Sozialismus verwirklicht werden. Glück zur Arbeit für unsere große Sache. (Stürmischer Beifall.)

Engberg-Schweden (mit stürmischem Beifall begrüßt): Es ist mir eine besondere Genugtuung, auf diesem Parteitag das Wort zu ergreifen, um Ihnen die herzlichsten Glückwünsche meiner Partei zu übermitteln. Ich danke besonders dem Genossen Hermann Müller für die freundlichen Worte, die er über die internationale Gesinnung unserer Partei gesprochen hat. Ich kann versichern, daß alles, was möglich war, seitens der schwedischen Partei geleistet ist, um die alten Verbindungen in der Internationale zusammenzuknüpfen und wir werden das auch in Zukunft tun. (Bravo!)

Die Spaltung in der Arbeiterwelt ist ein großes Unheil. Denn wäre die Arbeiterschaft jetzt ganz einig, dann könnte man an den alten Prinzipien festhalten und siegesbewußt gegen den Kapitalismus zusammen vorgehen. Dann wäre der jetzige Zeitpunkt für den großen Durchbruch des Sozialismus sehr geeignet. (Sehr richtig!) Man hat gesagt, die Internationale sei gestorben. Ich möchte sagen: Die Internationale ist sehr schwach, aber niemals ist doch der sozialistische Gedanke stärker als jetzt gewesen, weil die ganze Welt nach dem Sozialismus ruft und weil das kapitalistische System bankrott geworden ist. Um aus den Wirren der Jetztzeit zu kommen, muß man sozialistische Politik treiben, und in diesem Kampf standen immer die deutschen Sozialdemokraten an der Spitze.

Auch wir Schweden sind stolz darauf, die Schüler des alten deutschen Sozialismus zu sein. Ich komme aus einem Land, wo wir den Wahlkampf abgeschlossen haben. Da hat sich gezeigt, daß die Strömung, deren Pendant in Deutschland auf dem Kongreß in Halle ist, besonders die bolschewisierende Richtung, ganz und gar in den Wahlen zerschmettert wurde. Die schwedische Arbeiterschaft hat reinen Tisch mit dem Bolschewismus gemacht (Bravo!) und gezeigt, wo der einzig mögliche Platz für die politische Zukunft der Arbeiterklasse in Schweden ist, nämlich dort, wo man an den Grundsätzen der alten Sozialdemokratie festhält. (Bravo!) Ich bin auch gewiß, daß diese Säuberung auch in der Arbeiterklasse Deutschlands von selbst kommen wird. Ideen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben, werden im Laufe der Geschichte hinweggefegt. In dem Maße, wie sie die deutsche Arbeiterschaft unter das Banner des demokratischen Sozialismus schart, wird auch die Internationale im Kampf gegen den Kapitalismus erstarken.

Ich erinnere mich einer Stelle aus dem alten Pausan, dem Schilderer des alten Griechenland. Er erzählt, als er nach Athen gekommen war, habe er ein Standbild von Prometheus, dem Titanen gesehen, und er sagt dann, daß die Athener jährlich einen Wettlauf nach diesem Standbild anordneten und daß als Regel des Wettlaufs galt, daß jedermann in seiner Hand eine brennende Fackel tragen mußte, und derjenige, dessen Fackel während des Laufes erlosch, war im Kampfe ausgestochen. Dasselbe gilt für uns. Es heißt, den Blick auf die Wirklichkeit und auf die Fragen des Tages fest zu richten, ohne deshalb die sozialistischen Prinzipien, die uns immer geführt haben, außer Sicht zu lassen. Dann werden wir auch den Sieg davon tragen. Ich hoffe, daß die deutsche Sozialdemokratische Partei in der Zukunft ihre alte, von niemand bestrittene führende Stellung behalten, und eine Politik in ihrem Lande machen wird, die auch die internationalen Verhältnisse dem sozialistischen Ziele näherrückt. In diesem Geiste wird vermutlich auch dieser Kongreß arbeiten, und ich bin glücklich, hier als Vertreter der Partei eines kleinen Landes lauschen und lernen zu können, um Eindrücke für unsere eigene Arbeit zu bekommen. Ich danke Ihnen im voraus herzlichst und wünsche Ihnen viel Glück. (Stürmischer Beifall.)

Frau **Wohlgemuth**-Danzig (mit stürmischem Beifall begrüßt): Parteigenossen und Genossinnen! Als Delegierte der Provinz Westpreußen bin ich vom Landesvorstand des freien Staates Danzig beauftragt, dem deutschen Parteitag die herzlichsten Grüße der Danziger Parteigenossen zu übermitteln. Die Danziger Parteigenossen bedauern außerordentlich, zum ersten Male seit so vielen Jahren von der Mitarbeit am deutschen Parteitage ausgeschlossen zu sein. Im Namen der Danziger Parteigenossen erkläre ich, daß unsere dortige Partei trotz der gewaltsamen Losreißung durch den Versailler Frieden nicht den Mut und die Hoffnung verliert, deutsch zu denken und deutsch zu fühlen. (Bravo!) Im Geiste sind sie eins mit den alten deutschen Parteigenossen. Sie werden nie verkennen, daß ihre einzige große Aufgabe in dieser Vereinigung mit dem deutschen Vaterlande liegt. Ihre Augen richten sich voll Spannung auf die Arbeit des deutschen Parteitags. Die Danziger Parteigenossen haben durch die gewaltsame Verbannung schwere wirtschaftliche und politische Kämpfe zu führen, nicht nur mit dem nationalen, sondern auch mit dem internationalen Kapital. Sie werden nach den alten Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei den Kampf gegen den Kapitalismus und für die Versöhnung der Völker führen. Mag auch der Kampf ein gewaltiger und schwerer sein, sie geben das Vertrauen nicht auf, daß über kurz oder lang die Danziger durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker wieder mit dem deutschen Vaterland vereint und dann wieder ein Glied in der alten deutschen Sozialdemokratie sein werden. (Bravo!)

In diesem Sinne wünschen sie den Arbeiten des Parteitags besten Erfolg. Sie hoffen von den deutschen Parteigenossen, daß sie die Danziger Parteigenossen in ihren harten Kämpfen auf das Kräftigste unterstützen werden. (Lebhafter stürmischer Beifall.)

Dr. **Krain**-Saargebiet (mit stürmischem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Auch ich spreche im Namen von Tausenden und aber Tausenden von Sozialdemokraten aus einem kerndeutschen, zu 90 Prozent von proletarischer Bevölkerung bewohnten Ländchen zu Ihnen, das durch den Friedensvertrag auf vorläufig 15 lange Jahre vom deutschen Vaterlande losgelöst wurde. Die saarländischen Genossen haben mich beauftragt, vor dem Forum der sozialdemokratischen Oeffentlichkeit klar zum Ausdruck zu bringen, wie es uns drückt, daß, nachdem soeben durch die deutsche Revolution unser Saargebiet, bisher eins der rückständigsten deutschen Länder in politischer Beziehung, zu freiheitlichem Bewußtsein aufgerüttelt worden war, durch den Friedensvertrag das Saargebiet, das zu 90 Prozent aus Proletariern besteht, zur Rechtlosigkeit verdammt worden ist. Es gibt kein einziges Staatsgebilde in der Kulturwelt, das so entrechtet ist wie wir. Wir sind ein Staatswesen, das über keine eigenen Gesetze, über keine eigene Volksvertretung verfügt, das vollständig absolut von einem Franzosen, einem Dänen, einem Belgier, einem Kanadier und einem Deutschen regiert wird, die der Völkerbund eingesetzt hat. Wir wollen hier zum Ausdruck bringen, wie schwer wir unter dieser politischen Entrechtung leiden und wie sehr wir hoffen, daß die Genossen in den bisher neutralen und feindlichen Ländern das Ihrige dazu beitragen, die teilweise unwürdige Auslegung des Friedensvertrages zu bessern.

Weiter bin ich beauftragt, heute abend die hier anwesenden Volksvertreter, namentlich die des preußischen und bayerischen Parlaments und des Deutschen Reichstags zu bitten, alles daran zu setzen, die schwere wirtschaftliche Not, in die uns der Friedensvertrag versetzt hat, zu mildern. Wir sind eingekeilt zwischen zwei unübersteigbar erscheinenden Schranken, die Zollschranke nach Deutschland hin und die Valutaschranke nach Frankreich hin. Das Leben ist teilweise 100

Prozent teurer als im übrigen besetzten Gebiet. Die deutschen Behörden müssen alles vermeiden, was irgendwie nach wirtschaftlicher Schikane gegenüber der schwerleidenden Saarbevölkerung aussehen könnte und geeignet wäre, das Resultat nach 15 Jahren anders zu gestalten, als es unser aller Wunsch ist. Ich schließe mit der Versicherung, daß das Saarland trotz aller ungünstigen Umstände sich als ein kerndeutsches Land fühlt, daß die saarländischen Sozialisten sich als deutsche Sozialisten fühlen, sich ihrer internationalen Verpflichtungen wohl bewußt sind, aber gerade auf dem Standpunkt stehen, daß sie diese Verpflichtungen nur dann tatkräftig erfüllen können, wenn man sie erfüllen läßt im Rahmen ihres deutschen Volkstums, ihrer deutschen Gesetze, Sitten und Gebräuche und im Rahmen ihres deutschen Heimatsrechtes. Gerade das deutsche Heimatsrecht ist uns genommen. Seit Monaten sind Hunderte unserer Volksgenossen ohne irgendwelche rechtliche Begründung und ohne richterliches Verhör in der Verbannung im deutschen Vaterlande und können nicht in ihre Heimat zurück, weil sie angeblich dieser ihrer Heimat gedient haben. (Pfuirufe.) Wenn es sich dabei auch nicht um eigene Parteigenossen handelt, so spreche ich doch damit gewissermaßen im Namen aller Saarländer. Wir erachten es als kein Verbrechen, wenn wir für unser deutsches Volkstum eintreten. Daß wir saarländische Sozialisten selbstverständlich jede alldeutsche Mache aufs schärfste verurteilen, brauche ich nicht hinzuzufügen.

Ich schließe in der Hoffnung, daß uns seitens der Deutschen und namentlich auch der ausländischen Parteigenossen alle erdenkliche Hilfe zuteil wird und daß wir, wenn wir nach spätestens 15 Jahren mit dem deutschen Vaterlande wieder vereint sein werden, aus dem Saarland dann noch mehr das gemacht haben, was mit der Revolution bereits in hohem Maße aus ihm gemacht worden ist: ein bis in die Knochen deutsches und rotes Saargebiet. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Hermann Müller**: Ich glaube in Ihrer aller Namen zu handeln, wenn ich der Genossin Wohlgemuth für die Ueberbringung der Grüße der Danziger und dem Genossen Dr. Krain für die Ueberbringung der Glückwünsche der Saargebietsgenossen danke. Wenn es auch schmerzlich ist, daß diese kerndeutschen Lande von uns getrennt sind und die Sozialisten sich zurzeit mit uns nicht so vereinigen können, wie wir es früher gewöhnt waren, so wissen wir doch, daß sie uns die Treue halten. Auch wir werden ihnen die Treue halten und an ihre Schmerzen denken. (Lebhafter Beifall.)

Besonders danke ich auch den Genossen Engberg und Stauning für die herzlichen Worte, die sie an den Parteitag gerichtet haben und für das große Interesse, das sie in der Vergangenheit an unseren Arbeiten genommen haben und auch an den Arbeiten dieses Parteitages nehmen werden. Ich will in diesem Zusammenhang nur noch daran erinnern, daß während der Zeit des Sozialistengesetzes die dänischen Parteigenossen es gewesen sind, die uns für einen unserer deutschen Parteikongresse in Kopenhagen Gastrecht gewährt haben. (Bravo!) Wir wissen also, daß ihre Sympathien stets werktätig umgesetzt werden konnten.

Genosse Stauning hat gemeint, daß wir als Vertreter der deutschen Arbeiter die Aufgabe hätten, die Republik zu schützen. Wir bestätigen ihm das und wir erinnern daran, daß wir beim ersten Versuch, die Republik zu sabotieren — beim Kapp-Putsch —, bewiesen haben, daß es in Deutschland Demokraten und Republikaner genug gibt, die alles daran setzen, um jeden reaktionären Putschversuch unmöglich zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind in diesen Kämpfen die Kerntruppe und können es sein, weil wir die Lehren unserer Vorkämpfer, die Lehren Bebels, des älteren Liebknecht,

Singers und Grillenbergers nie vergessen haben. Deswegen können sich unsere Freunde im Auslande darauf verlassen, daß wir auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus kommen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen! Ich habe Ihnen die Mitteilung zu machen, daß der Reichspräsident, unser Genosse Fritz Ebert, uns folgendes Telegramm gesandt hat: „Sende dem Parteitag herzliche Grüße und Glückwünsche. Möge er die Partei stärken im festen Vormarsch zum demokratischen Sozialismus. In alter Treue — —" (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ich danke dem Reichspräsidenten für das große Interesse, das er an unseren Arbeiten nimmt. Wir haben es von ihm gar nicht anders erwartet. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen, daß er immer einer der unseren bleiben wird. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Ferner hat uns unser Genosse Adolf Müller, der das Reich in Bern vertritt, einen Glückwunsch geschickt, indem er dem Parteitag guten Verlauf und besten Erfolg wünscht. (Bravo!) Wir danken auch ihm für sein Interesse.

Dann möchte ich weiter den Vorschlag machen, daß wir in Erinnerung an den ersten Kongreß nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der vor dreißig Jahren in Halle stattfand, unserem alten Parteigenossen Dietz, der damals mit Singer zusammen den Vorsitz geführt hat, ein Telegramm schicken und ihm für die Arbeit danken, die er allezeit für die Partei geleistet hat. (Bravo!) Ich stelle fest, daß der Parteitag damit einverstanden ist.

Damit wäre der geschäftliche Teil der heutigen Abendsitzung erledigt. Die nächste Sitzung findet morgen früh um 9 Uhr statt.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 8 Uhr 15 Minuten.)

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 11. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende **Müller** eröffnet die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen.

Als Vertreter der holländischen Sozialdemokratischen Partei erhält dann das Wort

Vliegen (mit stürmischem Beifall empfangen): Werte Genossen! Ich überbringe hiermit die Grüße der holländischen Sozialdemokratie, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Wir hatten beschlossen, zu diesem Kongreß den Genossen Troelstra zu entsenden und meine Person zum Parteitag der Unabhängigen zu delegieren. Der Genosse Troelstra, der, wie Sie wissen, sehr weit links steht, würde also in Ihrer Mitte anwesend gewesen sein und ich alter Sünder, den man schon vor 15 Jahren den holländischen Bernstein nannte, hätte vielleicht im Kreise der Unabhängigen eine revolutionäre Wiedertaufe erfahren können. (Große Heiterkeit.) Aber Genosse Troelstra war verhindert und eine Einladung der Unabhängigen ist uns nicht zugegangen. Wir haben in Holland einen Poststreik gehabt, wie Sie vielleicht gehört haben, und infolgedessen kann der Genosse Troelstra hier nicht anwesend sein, weil er bei dem parlamentarischen Nachspiel dieses Streiks nicht entbehrt werden kann. Unsere Regierung ist bei dieser Gelegenheit so aufgetreten, als ob das alte preußische Regime nach Wesben gezogen wäre. (Heiterkeit.) Ebensowenig wie Sie wollen wir uns auf die Dauer mit einem solchen Regime begnügen.

Ich habe nicht den Auftrag, hier die Grüße Ihres Ex-Kaisers zu überbringen. (Heiterkeit.) Als ein französischer Genosse vor einiger Zeit mir den Vorwurf machte, daß wir holländischen Sozialdemokraten nicht daran mitarbeiteten, den Kaiser ihnen auszuliefern, habe ich ihm geantwortet: „Ach, laßt den Mann bei uns bleiben; es soll ihm nicht der Vorwurf gemacht werden, daß er gekommen ist. Der Vorwurf sei, daß er zu spät gekommen ist." (Zustimmung und Heiterkeit.) Wenn er zehn Jahre früher hergekommen wäre, wäre es viel besser gewesen (Lebhafte Zustimmung), vielleicht auch für uns, aber auch gewiß für Sie und die ganze Welt. (Sehr gut!)

Parteigenossen! Ueber unsere Partei nur ein paar Worte. Auch wir haben in unserer Partei alle Strömungen, wir haben Rechner und Dichter, wir haben Realisten und Romantiker. (Zurufe: Wir auch!) Es ist uns aber gelungen, die Sozialdemokraten in einer Partei vereinigt zu halten. (Bravo!) Die kleine Gruppe, die sich jetzt die Kommunistische Partei nennt, und die nach ihrem letzten Bericht eine Zahl von 2500 organisierten Genossen hinter sich hatte — das ist kein Druckfehler (Heiterkeit.) —, bedeutet natürlich im Vergleich mit der Masse der Arbeiterschaft nichts. Die große Masse der sozialistisch denkenden Arbeiter hält sich in unserer Partei zusammen. Die Sozialdemokratie in Holland hat auch während des Krieges und nach dem Kriege einen großen Aufschwung erlebt, und wir hoffen, daß dieser Aufschwung, diese Aufwärtsbewegung sich auch weiter fortsetzen wird.

Wir haben mit großer Mehrheit beschlossen, nach Genf zu gehen und bei der Zweiten Internationale angeschlossen zu bleiben. (Bravo!) Das hat aber nicht, wie ich eben schon erwähnte, zu bedeuten, daß nun alle Parteigenossen, alle Richtungen und Strömungen damit zufrieden sind. Aber der Strömung, die jetzt in der Zweiten Internationale die Oberhand hat, werden wir uns von ganzem Herzen anschließen. Konditionen von Moskau sind uns nicht zugegangen, und wir würden auch keine annehmen. (Lebhaftes Bravo.) Die westeuropäische Demokratie, die doch auch in den kleinen Ländern vertreten ist, soll ihre eigenen Aufgaben lösen und ihre eigene Zukunft vorbereiten. Man spricht viel von den historischen Aufgaben des Proletariats. Gerade in dieser Zeit, in der die Welt sich nach einem Ausweg aus dem Chaos sehnt, wäre der Augenblick dafür gegeben, um die historischen Aufgaben des Proletariats zu erfüllen. Gerade in dieser Zeit tut es mehr als je not, daß das Proletariat einen einheitlichen Willen verkörpert und hinter diesen einheitlichen Willen eine einheitliche Aktion stellt. (Sehr wahr!) Darum ist das Notwendigste, was wir alle mit Herz und Seele und jeden Tag anstreben müssen, die Einigung des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weiß, daß ich Ihnen darüber keine Lektion zu halten brauche. Sie haben ja alles getan, was getan werden mußte. Aber ich spreche zum deutschen Proletariat im ganzen, und ich hoffe, daß die revolutionäre Zeit, welche wir durchleben, sie vornehmlich — sie ist noch nicht vorüber — zu einer Einigung des Proletariats führen wird. Das Proletariat hat noch lange Zeit, wie lange, weiß ich nicht. Wenn in dieser Zeit das Proletariat, das sozialistisch geschulte Proletariat Deutschlands zusammenhalten könnte, so würde das nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt und für die ganze Zukunft von allergrößter Bedeutung sein. (Stürmische Zustimmung.) Wenn ich diese Worte hier ausspreche, so hoffe ich, daß sie zum ganzen deutschen Proletariat hinausdringen werden. Ich erinnere an die Worte von Karl Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Diese Worte sind keine Phrase, vornehmlich nicht in dieser Zeit, die mehr als je die Einigkeit nötig hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen! Ich hoffe, daß Ihr Kongreß das Seinige dazu beitragen wird, um dieses Ziel zu erreichen. Ein großer Schritt in guter Richtung ist durch die Gründung der deutschen Republik gemacht, die ich die größte Errungenschaft des letzten Jahrhunderts nennen möchte, wenn sie dauerhaft ist. (Zustimmung.) Ich weiß, daß Sie bereit sind, hinter dieser Republik mit allen Ihren Kräften zu stehen und die Entwicklung der neuen demokratischen Republik in sozialistischer Richtung zu steuern. Ich wünsche Ihnen bei diesem Werk von weltgeschichtlicher Bedeutung den allerbesten Erfolg. Ich hoffe, daß, wenn die Berichte über diesen Kongreß an das deutsche Volk und an das Proletariat im allgemeinen hinausgehen, ein klares und deutliches Programm, ein klarer und deutlicher Wille, ein klarer Wegweiser zur Aktion entsteht, und daß dann von diesem Kongreß eine Suggestion auf das Proletariat aller Länder im einheitlichen Zusammenhalten ausgehen wird, damit das Wort Wahrheit werde, daß in Deutschland so oft innerhalb der Arbeiterschaft zum Ausdruck gekommen ist: Unser die Welt trotz alledem!

Vorsitzender **Müller**: Ich danke dem Genossen Vliegen für die herzlichen Worte, die er an uns gerichtet hat, und ich hoffe, daß sie über diesen Saal hinaus verstanden werden. (Bravo!) Denn sie haben sich an die deutsche Arbeiterklasse gerichtet. Wir wissen, welch kostbares Gut die Einigkeit gewesen ist und ich hoffe, daß im Rahmen und im Anschluß an unsere Partei die Einigkeit des Proletariats sich wieder vollziehen wird. Der Genosse Vliegen hat darauf hingewiesen, daß, von Splittern abgesehen, die holländische sozialistische Partei sich der Zweiten Internationale angeschlossen hat. Wir haben insbesondere auch der holländischen Partei dafür zu danken, daß sie während und nach dem Kriege in der Uebergangszeit uns die Möglichkeit gegeben hat, uns in Holland mit Vertretern der Proletarier aller Länder zu treffen. Bereits im März 1915 hat eine solche Zusammenkunft im Haag stattgefunden.

Ich habe weiter mitzuteilen, daß der Vorstand der Sozialdemokratie der Tschechoslowakischen Republik für die Einladung dankt, die wir ergehen ließen. Er schreibt u. a.:

„Wir sind durch einen schweren Zwist zwischen unseren Sozialdemokraten und Kommunisten nicht in der Lage, auch nur einen unserer führenden Genossen zu missen, da wir selbst unseren Parteitag für November d. J. vorbereiten müssen. Unsere Kommunisten haben keine selbständige Partei gegründet, sondern wollen den ihnen aus Moskau zugekommenen Weisungen entsprechend, unsere sozialdemokratische Partei von innen heraus zerstören."

Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß es unseren Freunden in der tschechoslowakischen Republik gelingt, auf dem Boden des demokratischen Sozialismus eine starke Partei für die Zusammenarbeit in der Internationale zu erhalten. (Bravo!)

Mir wird mitgeteilt, daß auch aus Georgien noch Vertreter eingetroffen sind. Die Namen sind mir bisher nicht mitgeteilt worden. Ich begrüße die Genossen.

Wir kommen zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Parteivorstandes, und zwar zunächst zu dem Allgemeinen. Ich erteile dem Genossen Otto Wels das Wort als Berichterstatter.

Wels (Berichterstatter): Parteigenossen! Der Ihnen gedruckt vorliegende Bericht zeigt — das können wir wohl mit Stolz sagen — ein Bild von dem Stande der Partei, von der erfolgreichen Arbeit der Parteiorganisation, wie wir es im vorigen Jahre nicht geglaubt hätten, Ihnen vorlegen zu können. Wir danken das den Parteigenossen, die in unermüdlicher Arbeit der Partei die Treue gehalten haben, vor allen Dingen den Genossen, die in Werkstätten und

Fabriken oft unter dem denkbar stärksten Terror der Partei die Treue gehalten haben und unbekümmert um Bedrohungen an Leib, Leben und ihrer wirtschaftlichen Existenz rastlos für die einmal als richtig erkannte Weltanschauung eingetreten sind. Hochmütig erklärte vor wenigen Tagen die „Freiheit", die Sozialdemokratische Partei stände jenseits des Sturmes. Weltgeschichtliches Brausen glaubte die Unabhängige Partei in dem Geschimpf ihrer Versammlungen und Zeitungen zu hören. Heute sehen wir, daß die „Freiheit"-Redaktion sich an die Oeffentlichkeit wendet, und von dem angeblich fortgeschrittensten Teil der Arbeiterschaft, der, im Gegensatz zu uns, um die schwierigsten Probleme der Weltgestaltung ringt, befürchtet, in Halle niedergeknüppelt zu werden. Ich glaube, daß mancher der Unabhängigen, wenn er unsere Tagung betrachtet, viel lieber im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei seine Tätigkeit wieder aufnehmen würde, wenn er nicht allzu sehr das Bewußtsein in sich trüge, an der deutschen Arbeiterbewegung gesündigt zu haben. (Sehr wahr!) Jetzt fegt der Sturmwind sie auseinander, während wir uns fester im Volke verankern. (Beifall.)

Wir arbeiteten im abgeschlossenen Berichtsjahr zäh an dem zentralen Aufbau unserer Organisation und unserer Presse. Die Erfolge unserer Arbeit sind auch darin sichtbar, daß unsere Presse sich nahezu verdoppelt hat. Wir haben heute 113 eigene Druckereien in unserem Dienst. Weiter hat unser Buchhandel im letzten Jahr einen ungeheuren Aufschwung erfahren. Wenn wir weiter daran denken, welche Arbeiten in der Organisation des zentralen Einkaufs für unsere gesamten Betriebe geleistet worden sind, wenn wir daran denken, was in der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Lehrer, in der Schaffung der Zentralstelle für Beamtenorganisation, in der Bearbeitung der schwierigsten Probleme geleistet ist, wie beispielsweise in der Agrarfrage, dann können wir mit gutem Gewissen und ohne Selbstlob sagen, daß das abgeschlossene Jahr eins der fruchtbarsten im Leben der Sozialdemokratischen Partei gewesen ist. (Zustimmung.) Die Organisationen der Partei bilden den Untergrund, auf dem das Gebäude unseres politischen Einflusses steht und ausgebaut werden kann.

Gewiß fanden wir in den zahlreichen Anträgen, die das rege Leben in der Partei zeigen, auch solche, in denen dem Parteivorstand der Vorwurf mangelnder Initiative gemacht wird. Aber ich glaube, es gibt keine Bezirksorganisation und keinen Ortsverein im Reiche, der nicht aus dem Kreise der Mitglieder heraus derselbe Vorwurf gemacht wird. Keine Redaktion im ganzen Reich gibt es, die nicht aus den Leserkreisen Tadel erfahren hätte. Es ist dem Parteivorstand oft schwer gefallen, dem Vorwurf mangelnder Initiative gegenüber still zu sein. Wenn man die Stellen betrachtet, die als die Hauptrufer gegen den Parteivorstand in Frage kommen, so muß man sich wundern über die Schnelligkeit, mit der sie das Umstellen der Parteitaktik verlangen. Vor den Reichstagswahlen schrieben sie: Heraus aus der Regierung! Es waren kaum acht Wochen ins Land gegangen, da hieß es schon: die Schonzeit für die Regierung ist vorbei, der Parteivorstand tut nichts, um die Regierung zu stürzen, wir müssen wieder in die Regierung hinein. (Sehr gut!) So schnell kann die Partei ihre Taktik nicht umstellen. Oft kommen wir auch in die Lage, mit einer gewissen Heiterkeit alle die Klagen zu betrachten, die gegen uns erhoben werden. Wenn z. B. die „Chemnitzer Volksstimme" einen Bericht über die Parteiversammlung des ehemaligen 19. Reichstagswahlkreises bringt und im Anschluß daran dem Parteivorstand eine Resolution übermittelt, in der erklärt wird, daß der jetzige Parteivorstand es an Initiative habe fehlen lassen und eine Reihe von Forderungen aufstellt, die mit unseren Auffassungen identisch sind, und wenn es dann am Schlusse dieser Resolution heißt:

die Parteiversammlung begrüßt die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung und der deutschen Arbeiterschaft und erblickt darin gleichzeitig das erste ernste Hoffnungszeichen zum Wiedererstehen einer neuen Arbeiterinternationale und zur Bannung des parlamentarischen Bruderkampfes,

dann müssen wir von der Parteileitung erklären: wir lehnen es ab, mit der jetzigen rein bürgerlichen Regierung Fehrenbach zusammen für die Anbahnung des sozialistischen Zeitalters verantwortlich gemacht zu werden. Wir schätzen sie anders ein. Der Vorwurf ist denn auch von uns mit einer gewissen Heiterkeit aufgenommen worden. (Sehr richtig!) Wir nehmen solche Vorwürfe nicht tragisch, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die Klagen über mangelnde Agitation nur dem Bedürfnis der Parteigenossen nach regster Betätigung entspringen.

Parteigenossen, denken Sie auch daran, daß während des Berichtsjahres aus dem Parteivorstand nach dem Parteitag in Weimar eine ganze Reihe unserer hervorragendsten Genossen ausschieden, um in die Regierung einzutreten, daß wir schwere und doppelte Arbeit zu leisten hatten. Wenn wir diese Klagen hören, dann tragen wir sie auch leicht, weil wir sagen müssen, das ist eine erbliche Belastung des Parteivorstandes, sozusagen eine Erbsünde. Derselbe Vorwurf ist erhoben worden, als die Männer im Parteivorstand an der Spitze standen, die uns immer vorbildlich bleiben werden, nämlich Bebel und Singer. Auch unter ihrer Leitung wurden dieselben Klagen erhoben. Es ist ja schließlich das gute Recht aller Mitglieder, Kritik zu üben. Wir wollen uns gewiß nicht vergleichen mit Bebel und Singer, aber wir verlangen Gerechtigkeit, wir verlangen, daß die Parteigenossen die Unterschiede zwischen jetzt und früher prüfen. Die Arbeit, die die Parteigenossen damals auf agitatorischem Gebiete zu erfüllen hatten, ist nicht zu vergleichen mit der Arbeit der heutigen Zeit. Die Schwierigkeiten, unter denen wir zu arbeiten haben, sind viel größer. (Sehr richtig!) Kaleidoskopartig wechselt die politische Situation, viel schneller wie in früherer Zeit. Die Klage, daß der Parteivorstand nicht agitatorisch genug im Lande tätig gewesen ist, können wir ebenfalls nicht anerkennen. Der Ruf nach den großen Kanonen ist auch früher erhoben worden. Aber es gibt nicht viele große Kanonen. Wir gaben sie zum Teil in die Regierung ab. Es kann vielleicht gesagt werden, daß mehr als in der letzten Zeit unsere Minister auch zum Volke während ihrer Amtstätigkeit herabsteigen müssen, und nicht nur vor den Wahlen zu den Wählern und zum Volke sprechen. (Zustimmung.)

Der Parteivorstand selbst hat getan, was er tun konnte. Ich will nur darauf hinweisen, daß Genosse Hermann Müller, Genosse Adolf Braun und ich in den letzten vier Wochen in nicht weniger als 26 Versammlungen gesprochen haben. Wir können also auch nach der Richtung hin sagen, daß die Vorwürfe, die gegen den Parteivorstand erhoben werden, nicht berechtigt sind.

Andere Anträge verlangen von uns Unmögliches, so z. B. die Herbeiführung der Einigung der Arbeiterbewegung. Wir haben stets und ständig das dringende Bedürfnis, die proletarische Einigkeit herbeizuführen, betont. Wir sind den Anträgen der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie sehr weit entgegengekommen und haben uns bereit erklärt, in einheitlicher Kampffront aller sozialistischen Parteien zu jeder Aktion gegen rechts zu marschieren. Abgelehnt wurden jene Vorschläge immer von den links von uns stehenden Gruppen. Ich brauche nur daran zu erinnern, welche Stellung die U. S. P. im Kapp-Putsch uns gegenüber einnahm, obwohl das ganze Land in Flammen stand, obwohl die Arbeiter aller Richtungen sich zusammengeschlossen hatten. Die Parteileitung der Unabhängigen erklärte hochmütig, daß sie sich mit uns nicht

an einen Tisch setzen könne. Sie haben auch den Versuch der Internationalen Kommission unter Führung des Genossen Huysmans acht Tage nach dem Kapp-Putsch, eine Verbrüderungsaktion herbeizuführen, abgelehnt. Mit prinzipiellen Parteispaltern ist eine Einigung unmöglich, auch dann, wenn der Vorschlag befolgt werden sollte, den ein unabhängiger Redner mir gegenüber in einer Versammlung der Bergarbeiter im Senftenberger Braunkohlenrevier machte. Er wollte mich beauftragen, am anderen Tage eine Konferenz der Vorstände der U. S. P., der K. P. D. und der Sozialdemokratischen Partei einzuberufen mit der bindenden Verpflichtung, niemand darf eher vom Platze aufstehen, bis die Einigung vollzogen ist. (Heiterkeit.) Das wäre also so eine Art Konklave wie bei der Papstwahl gewesen. Wenn wir einmal den unabhängigen Parteivorstand wirklich in seiner Gesamtheit zu einer Konferenz zusammenbekommen hätten, ich wäre neugierig gewesen, wie die Einigung zustande gekommen wäre, wie viele von seinen Mitgliedern den Kampfplatz so verlassen hätten, wie sie ihn betreten haben. (Erneute Heiterkeit.) Die allgemeine Verwirrung, die in der Arbeiterschaft und in der ganzen Bevölkerung als Folge des Krieges vorhanden ist, macht eine Einigung der Arbeiterschaft zurzeit unmöglich. Gewiß ist das Volk politisiert und die Arbeiter sind revolutionär geworden. Aber revolutionär ist noch lange nicht sozialistisch. Was für Sozialismen sind in diesem Jahre nicht aufgetaucht?

Ich erinnere nur an jene Tagung in Regensburg, die die Gründung einer bayerischen Sozialdemokratischen Partei beschloß und ankündigte, daß 8 Wochen später in Berlin die Gründung einer neuen Sozialdemokratischen Partei stattfinden solle. Dabei waren Leute von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie tätig. Weiter haben wir die Gründung einer deutschen Sozialdemokratischen Partei mit der Geschäftsstelle in Leipzig, die so naiv war, uns in einem Schreiben aufzufordern, ihr ihre Flugblätter zu verteilen. Wir haben die Gründung einer judenreinen Sozialdemokratischen Partei mit dem Sitz Berlin, Potsdamer Straße, erlebt. Das sind Gründungen, die mehr in die Rubrik „Heiteres" zu verweisen sind; aber sie sind auch Zeichen der geistigen Verwirrungen in unserem armen, vom Kriege geschlagenen Volke. Die Arbeiter aber, die der Sozialdemokratie den Rücken kehren, weil sie revolutionäre Worte für Taten hielten, die die Wirtschaftsrevolution, unter der die Welt in allen Fugen knackt, nicht erkennen, die die politische Macht, die sie in Deutschland in der Hand hielten, mißachteten und dem Phantom der bewaffneten Weltrevolution nachstürmen, mögen daran erkennen, wieviel Arbeit noch zu leisten ist, um dem Volke die Lehren der materialistischen Geschichtsauffassung in Fleisch und Blut übergehen zu lassen. Jetzt erst läßt sich die Bilanz des Krieges langsam übersehen. Das Ende des Krieges brachte kein Ende der Not: es fehlt an Lebensmitteln, um die Hungrigen zu sättigen, an Kleidern, um unsere Blöße zu decken, an Wohnungen, um uns zu beherbergen; es fehlt an Produktionsmitteln, um Werte zu schaffen, und vor allem fehlt es der ausgemergelten Arbeiterschaft an Kraft, um zu schaffen, wie es notwendig ist. Es gibt keine furchtbarere Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft, als die Fülle des Elends, die Hügel der Leichen, die Not der Frauen und Kinder, die dieser Krieg heraufbeschworen hat. Die Gesellschaftsordnung, die dies verschuldet, hat dreifach den Tod verdient. (Bravo!) Es ist Torheit, wenn ein Mensch glaubt, es könnte eine Aussöhnung zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, dem Wahrzeichen der bürgerlichen Gesellschaft, geben. Sie sind Todfeinde, die nichts miteinander versöhnen kann.

Die primäre Frage ist nun: wie machen wir die Arbeiterschaft reif für ihre gewaltige Aufgabe? Einst hieß die deutsche Arbeiterschaft die bestgeschulte der ganzen Welt. Heute müssen wir gestehen, daß die junge Arbeiterschaft,

die 1914 von 18 Jahren an in den Krieg zog, und heute 24 bis 29 Jahre ist, keine Gelegenheit zur Schulung hatte. Sie hat vom Sozialismus fast nichts gelernt. Sie stoßen heute, ihrem inneren Triebe folgend, zu den radikalen Parteibildungen, und dort hören sie wohl Schimpfereien über unsere Partei, erhalten aber keine Belehrung über die volkswirtschaftlichen Probleme, über Marx und Lassalle, über die wirtschaftlichen und politischen Kräfte und Hemmungen.

Vor wenigen Tagen trat mir in einer Versammlung ein junger Kommunist entgegen, der, als ich mich auf Lassalle als den Schöpfer des revolutionären Gedankens in der deutschen Arbeiterschaft berief, sagte: wie können Sie heute noch einen Referenten ernst nehmen, der sich auf Lassalle bezieht, einen Mann, der bald hundert Jahre im Grabe liegt? (Heiterkeit.) Ich sagte darauf, daß der tote Lassalle der Arbeiterschaft heute noch mehr gibt als der lebende Lenin jemals zu geben imstande ist. (Sehr gut!)

Von jener Seite hört man nur immer das eine Wort von der Notwendigkeit, die Revolution vorwärts zu treiben. Es werden Forderungen aufgestellt, die sofort durchgeführt werden sollen, ohne die im Wege stehenden Hindernisse zu beachten. Die auch dann nicht durchgeführt werden könnten, wenn U. S. P. D. und K. P. D. die Macht hätten. Es ist nur zu verständlich, wenn hierbei die am radikalsten sich gebärden, die früher überhaupt nicht organisiert waren. Sie schreien unaufhörlich: „Revolution!" und glauben dadurch die Massen zum Sozialismus zu erziehen.

Wie weit diese Auffassung von der entfernt ist, die uns einst Bebel lehrte, zeigte jene Aeußerung Bebels auf dem Parteitage, auf dem wir uns über die Neutralität der Gewerkschaftsbewegung stritten. Er erklärte damals: ich will mich verpflichten, ein Jahr lang eine Zeitung zu redigieren und nicht einmal das Wort „Revolution" oder „Sozialdemokratie" zu gebrauchen, und doch sollen meine Leser am Ende des Jahres Sozialdemokraten und Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sein. Auf Marx und Engels berufen sich jene, wenn sie gegenüber der sozialdemokratischen Erziehungsarbeiten der Partei die Diktatur des Proletariats fordern. Aber gerade Marx hat in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich" über die Diktatur des Proletariats sich in klassischer Klarheit ausgesprochen. Engels sagte im Vorwort zu diesem Buch:

> Die Pariser Kommune war die Diktatur des Proletariats; sie war aber gleichzeitig nicht die Aufhebung der Demokratie, sondern sie beruhte auf ihrer weitestgehenden Anwendung auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts. Die Regierungsgewalt sollte dem allgemeinen Stimmrecht unterworfen werden.

Marx schreibt:

> Die Kommune bildete sich aus dem durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Das allgemeine Stimmrecht sollte dem in Kommunen konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter usw. auszusuchen.

Immer wieder spricht hier Marx vom allgemeinen Stimmrecht des gesamten Volkes, nicht vom Stimmrecht einer besonderen Klasse. Die Diktatur des Proletariats war ihm ein Zustand, der bei der überwiegenden Mehrheit des Proletariats aus der Demokratie notwendig hervorgehen mußte.

Im gleichen Sinne hat Friedrich Engels in einem Artikel 1891 über den sozialdemokratischen Programmentwurf erklärt:

> Die demokratische Republik ist die spezifische Form der Diktatur des Proletariats.

Auf Marx und Engels können sich also diejenigen nicht berufen, die für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie eintreten.

Wir haben die Arbeiter über das Wesen des Sozialismus zu belehren und ihnen klar zu machen, daß der Kampf zwischen Bolschewismus und Sozialismus als Geisteskampf ausgefochten werden muß, daß sie dem Bolschewismus, der nach Wigdor Kopps eigenen Worten unvereinbar ist mit der Friedensidee des Pazifismus, die Türe zu sperren haben.

Damit lehnen wir jedes Hinarbeiten auf eine sagenhafte Weltrevolution ab. Ganz besonders lehnen wir eine Politik ab, die auch die Revision des Friedensvertrages von der Weltrevolution erwartet. Hätten wir auch innerpolitisch immer eine solche Politik getrieben, hätten wir uns mit billigen Redensarten vom Zukunftsstaat begnügt, dann wären die Sozialdemokraten niemals zu der Macht geworden, die sie heute sind. Selbstverständlich ist, daß der endgültige Sieg der Arbeiterklasse international sein muß, wenn er für das Proletariat des einzelnen Landes nicht eine Niederlage werden soll, wie wir es jetzt in Rußland erleben.

Heute predigt die K. P. D. und der linke Flügel der U. S. P., die zuerst schrien: „Wir müssen unterschreiben", den Volkskrieg gegen die Entente, um den Versailler Vertrag zu revidieren, Radek gab schon auf dem Gründungstage des Spartakusbundes die Parole aus, die deutschen Arbeiter sollen mit den Roten Armeen Rußlands die Entente am Rhein bekämpfen und ihr jeden Friedensvertrag vor die Füße werfen. Däumig rief jetzt aus: Wie lange wollt ihr noch wie gebannt auf den Friedensvertrag von Versailles starren und ihn anerkennen? — Parteigenossen! Denken Sie an die Zeit vom 9. November. Wer es damals gewagt hätte, die Fortsetzung des Krieges zu predigen, der wäre von den Volksmassen und von den zurückflutenden Truppenmassen einfach davongefegt worden. (Sehr richtig!) Sie kannten kein anderes Ziel als den Frieden. Heute aber kommen die Ultras von links mehr und mehr auf Radeks Pläne zurück und proklamieren in der kommunistischen Presse die Errichtung der proletarischen Diktatur. Es heißt in einer jener Erklärungen:

> „Die Errichtung der proletarischen Diktatur heißt Aufbau der Roten Armee. Aufbau der Roten Armee heißt Krieg gegen den Imperialismus der Entente. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Herrschaften des Völkerbundes dies eher begriffen als das deutsche Proletariat. Und der Krieg gegen den Imperialismus der Entente, der im Gegensatz zu dem von 1914 bis 1918 ein Krieg um die nackte Existenz ist, erfordert zu seiner glücklichen Durchführung eine noch viel schärfere Handhabung der Diktatur als die militärische der ersten Kriegsjahre es gewesen ist."

Parteigenossen! Diese Politik in Verbindung mit der unserer Reaktionäre stärkt die Position Fochs und Poincarés in Frankreich. Die Säbelraßler von links stehen mit den Säbelraßlern von rechts Seite an Seite. Die Männer vom Preußenbund fühlten kürzlich auf ihrer Tagung bereits soviel Oberwasser, daß Graf York von Wartenberg erklären konnte, die Geschichte Preußens ist die Geschichte seiner Könige, und die Geschichte des künftigen Preußens muß wieder die Geschichte der preußischen Könige werden. Er sagt:

> „Wir fordern, daß die Staatsgewalt Preußens wieder unter dem preußischen Staatspräsidenten hergestellt wird, hoffentlich in nicht zu langer Zeit. Ein Hirsch hat gerufen, das alte Preußen sei tot, es lebe das neue; das Gegenteil aber ist wahr: das neue Preußen ist totgeboren, das alte Preußen ist unsterblich. (Stürmischer Beifall.) Unsere Aufgabe ist, das neue Preußen, das kommen soll, vorzubereiten, die Güter des alten Preußens wie einen

heiligen Gral aus dem Sumpf der Revolution zu tragen und den Weg vorzubereiten für die Hohenzollernmonarchie."

Da war wiederum stürmischer Beifall. Die Herren vom Preußenbund fürchten in ihren dreisten Bestrebungen die radikalen Elemente nicht, die links von uns stehen. Sie fürchten nur den geschlossenen organisatorischen Willen der deutschen Sozialdemokratie (Sehr richtig!), und sie brauchen auch die Radikalen von links nicht zu fürchten, denn die „Kommunistische Arbeiterzeitung" hat am 1. September den Herren einen Freibrief ausgestellt als sie schrieb: „Die Regierung" — unseres Genossen Bauer — es war damals, als Herr von der Goltz konterrevolutionäre Bestrebungen im Osten anzettelte — „muß sobald wie möglich verschwinden, und wenn Herr von der Goltz dem revolutionären Proletariat die Mühe abnimmt, sie zu beseitigen, so haben wir nicht die geringste Veranlassung, ihm deshalb zu zürnen, selbst wenn diese Konterrevolution monarchistische Ziele auf ihre Fahnen geschrieben hat."

Parteigenossen, vergeßt das nicht! Sagt in der Aufklärung immer wieder, daß es den Kommunisten gleich ist, ob in Deutschland die demokratische Republik herrscht oder die Hohenzollernmonarchie wieder Einzug hält. Alle Errungenschaften der Revolution, freies Wahlrecht, Achtstundentag, Mitbestimmungsrecht usw. sind ihnen nichts; schmunzelnd stehen sie dabei, wenn die Reaktionäre ihre Bestrebungen öffentlich in die Welt schreien, der Republik den Garaus zu machen.

Die K. P. D. hat es auch bei Ausbruch des Kapp-Putsches abgelehnt, in den Generalstreik zusammen mit der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiterschaft einzutreten. Aber sie erlebte gleich dem Parteivorstand der Unabhängigen ihr Damaskus. Am 24. März saßen im Saale des Reichskanzlergebäudes die Führer der Unabhängigen mit dem Reichskanzler Bauer und uns zusammen und unterbreiteten den Vorschlag auf Bildung einer reinen Arbeiterregierung von Gnaden der Koalition. Zentrum und freisinnig-demokratische Arbeiter sollten mit Zustimmung ihrer Fraktionen in die Regierung eintreten, und wenn nicht viel gemacht werden könnte, so wäre es doch eine Errungenschaft, die sich schon sehen lassen könnte. Man erkannte also damals die Koalition an, und das Interessanteste dabei ist, daß die Kommunistische Partei Deutschlands in jenen Tagen den unabhängigen Wortführern eine loyale Opposition versprochen hatte. Allerdings hat die Kommunistische Partei sich deswegen nicht nur den Zorn der K. A. P. D., sondern auch des Exekutivkomitees in Moskau zugezogen. Diese fürchtete nur, in der damaligen Zeit vielleicht daneben zu hauen. In den Erklärungen, die sie auf ihrem Kongreß in Moskau abgab, heißt es: Heute habe sie eingesehen, daß sie damals hätten dazwischen fahren sollen.

Diese eine Tatsache des Gegensatzes zwischen der K. P. D. und der Exekutive in Moskau in einer solchen revolutionären Situation zeigt aber schon, daß eine selbständige Leitung der Organisation der Arbeiter in jedem Lande notwendig ist, daß sich dem auch die K. P. D. nicht entziehen kann, und sie zeigt schon die künftige Sprengung der K. P. D. aus der unmöglichen Abhängigkeit von Moskau. Die Arbeiter und Parteigenossen mögen sich darüber klar sein, daß sie, wenn sie der Politik, die von den Parteien von links zur Vernichtung des Friedens von Versailles gepredigt wird, folgen, keine Friedenspolitik treiben, sondern Kriegspolitik. Diese Politik verhindert die Revision des Friedensvertrages und macht Deutschland zum Schlachtfeld Europas. Sie wirft Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse völlig zu Boden; sie bedeutet für Jahrzehnte das Ende des Sozialismus. Darüber täusche man sich nicht, auch wenn die „Rote Fahne" in ihrer Nummer vom 8. Oktober einen telegraphischen Bericht des Berichterstatters des „Daily Herald" über den kommunistischen Kongreß in Baku bringt und darin erklärt, daß dort der Heilige Krieg proklamiert worden sei. In jenem sehr interessanten Bericht heißt es:

„Einige Mullas — arabische Geistliche — erklärten, daß die Grundsätze des Bolschewismus schon in dem altehrwürdigen Geist des Islams enthalten seien."

Es mag sein, ich kenne den Islam nicht, aber mit Bolschewismus hat der Sozialismus nichts zu tun! Dann heißt es über jenen Kongreß:

„Die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als Sinowjew den Heiligen Krieg ausrief und die 1800 Kongreßmitglieder — Kurden, Perser, Araber usw. — ihre Schwerter zückten und den Schwur leisteten."

Kurden, Perser und Araber mögen den Bolschewismus verstehen, es mag der Sozialismus sein, der ihnen verständlich ist. Sinowjew aber ist von dort nach Deutschland gereist, um nach Halle zu pilgern und dort den Heiligen Krieg gegen die Unabhängigen zu predigen, die für den demokratischen Sozialismus noch etwas übrig behalten haben. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Perser, Türken und Araber sind reif für die Heilslehre des Bolschewismus, aber Sinowjew zieht nach Halle, um Kautsky, der davon nichts verteilt, aus der Internationale zu entfernen — ein Bild zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. (Lebhafte Zustimmung.)

Nein, Parteigenossen, gerade für den internationalen Sieg des Proletariats brauchen wir den Gedanken des Völkerbundes. Der Sieg des Völkerbundes, wie wir ihn verstehen, ist die Niederlage der Imperialisten, er ist das Zeichen des ausschlaggebenden Einflusses des Pazifismus in allen Ländern. Die Waffen nieder, das heißt nieder mit der Rüstungsindustrie, nieder mit den Machtpolitikern, nieder mit dem kriegschaffenden Kapital, nieder mit der Unterdrückung des eigenen Volkes und der fremden Völker. Ist das alles niedergerungen, dann erst steht als Sieger das Proletariat auf dem Plan, das Volk, dessen Wirtschaftspolitik Sozialismus, dessen innere Politik Demokratie und dessen äußere Politik der Völkerbund ist.

Was sich heute als Völkerbund bezeichnet, ist ein Völkerbund der Kabinette. Unsere Politik muß darauf hingehen, den Bund so zu entwickeln, daß sich jede Weltrevolution unnötig macht, daß der Völkerbund die wahre unblutige, waffenvernichtende und unrechtsühnende Weltrevolution wird gegen jede Erneuerung einer Bündnispolitik.

Die zahlreichen Anträge zum Parteitage erwähnen mit keinem Wort das Gebiet der auswärtigen Politik. Dabei ist die auswärtige Politik zu einem der wesentlichsten Bestandteile unserer inneren Politik geworden. Man braucht nur die Feststellungen des Reichsfinanzministers vor dem Kabinett und die Riesensummen anzusehen, die aus dem Friedensvertrag erwachsen. Oder man braucht sich nur an den Artikel 172 der Verfassung zu erinnern, wonach jede Verfassungsbestimmung ungültig ist, die nicht im Einklang mit dem Friedensvertrag steht, um einzusehen, daß ein Land, in dem ein internationaler Vertrag, also ein Instrument der Außenpolitik, Bestandteil des Staatsgrundgesetzes ist, seine besten Kräfte auf die auswärtigen Angelegenheiten konzentrieren muß. Die Sozialdemokratie, als seine größte Partei, muß durch klare Richtlinien außenpolitisch meinungbildend und richtunggebend wirken. Wir haben das bereits in unserem schriftlichen Bericht angedeutet, und ich will es hier präziser formulieren.

Selbstverständlich muß an der Spitze die Antwort auf die Frage stehen: Wie stellen wir uns zum Versailler Friedensvertrag? Lediglich mit dem Be-

kenntnis tunlichster Vertragstreue ist es nicht getan. Unsere Stellung ergibt sich aus zwei Forderungen. Erstens aus der Revision des Friedensvertrages. Er lastet am schwersten auf der deutschen Arbeiterschaft, deren Arbeitsmöglichkeit unerträglich verkürzt, deren Leistungsfähigkeit aber durch das Sparer Abkommen wieder gewaltsam überspannt wird. Der Vertrag achtet weder das Selbstbestimmungsrecht der Völker, noch die grundlegende Forderung der Sozialdemokratie nach Schlichtung außenpolitischer Streitigkeiten durch Schiedsgerichte. Im Gegenteil, der Schiedsgerichtsgedanke hat trotz des Völkerbundversuches durch die Entente den empfindlichsten Rückschlag erlitten. Die Rechtlosigkeit des Schwächeren im internationalen Leben hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit verstärkt. Sie findet ihren Ausdruck nicht allein in der ultima ratio, im Kriege, in dem der Stärkere triumphiert, sondern der Stärkere greift jetzt auch bei unkriegerischen Einzelvorgängen in den Beziehungen der Völker unbedenklich zur Gewalt, ohne sich um Rechtsgrundsätze zu bekümmern. Das bezeugt die Vergewaltigung von Eupen und Malmedy und die widerrechtliche Uebertragung der diplomatischen Vertretung des Saargebiets an Frankreich. (Sehr richtig!) Ebenso die Versuche, Danzig nicht zu einer freien Stadt werden zu lassen, und vor allem die dauernden Einmarschdrohungen, die im Friedensvertrage keinen Anhalt finden. (Sehr richtig!)

Das ist unsere negative Haltung zum Friedensvertrag, die aber sofort positiv ergänzt werden muß, wenn wir nicht an die Seite der Nationalisten gedrängt werden sollen, die den ganzen Vertrag, insbesondere seine militärischen Klauseln, vernichten möchten. Daher unsere zweite Forderung: Durchführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete als Kernstück der Wiedergutmachung. Das Verlangen nach Wiedergutmachung ist berechtigt. Jeder Sieger in der Geschichte hat es noch gestellt. Frankreich muß es stellen, wenn es nicht untergehen will. Aber von dem Wie hängt es ab, ob die Wiedergutmachungsfrage zu einem Element nützlichen Ausgleichs oder zum Keim neuer Zerwürfnisse werden soll. Aus dieser Erkenntnis heraus müssen wir dringend warnen vor der Festsetzung bestimmter jährlich zu zahlender Schuldsummen. Ein Blick in die Darlegungen des Finanzministers Wirth zeigt, daß wir solche niemals einzuhalten vermöchten, daß also aus dem Leistungsverzug neue Verstimmung und neue Drohungen mit Repressalien erwachsen müssen.

Aehnlich steht es mit dem Versuch, das Hauptgewicht in der Wiedergutmachung auf Materiallieferungen an Kohle, an Kali, Maschinen und anderen Fabrikaten zu legen. Bei den Kohlenlieferungen haben wir ja schon erlebt, wie die Ereignisse außerhalb unseres Willens liegen, wie die oberschlesischen Unruhen die Einhaltung unserer Verpflichtungen erschweren und durchkreuzen. Aehnlich wäre es bei allen anderen Lieferungen, da bei ihrer Herstellung viel zu viel Unsicherheitsfaktoren mitsprechen. Den Hauptinhalt der Wiedergutmachung können sie also nicht bilden. Wir können Frankreich nur helfen, wenn wir unsere Arbeitskraft als Hauptleistung in die Wagschale werfen können. (Sehr richtig!) Das können wir beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Dazu wird diese Arbeit besser als irgendeine andere mit Schutt und Verwüstung zugleich einen Teil des Kriegshasses und der Kriegserinnerungen abtragen können, also einer gegenseitigen objektiveren Beobachtung das Gebiet freimachen. Mit den neu erblühenden Städten und Dörfern wird die Völkergemeinschaft wiedererwachen können, wenn Deutsche und Franzosen gemeinsam die Zerstörungen beseitigen, die der Krieg hervorgerufen hat. (Sehr richtig!)

Schließlich aber ist diese Art der Wiedergutmachung die einzige, die denen zugute kommt, die durch den Krieg gelitten haben, während alle anderen Arten mehr oder weniger kapitalistische Formen annehmen und für einzelne Früchte zu tragen bestimmt sind. Deshalb darf nicht der Unternehmer, sondern müssen die Gewerkschaften die Träger der Aktion werden. Sie müssen die Urheber des Bauplanes werden und sich nach Möglichkeit mit den französischen Genossen verständigen. Innerpolitisch wird das die große Bedeutung haben, daß ähnlich wie nach dem Abkommen von Spa die Arbeiterschaft als der einzige solvente Bürge für die Erfüllung des Friedensvertrages in die Erscheinung tritt, also auch ihre Forderungen stellen kann; außenpolitisch aber ist es ein neuer Zwang und Antrieb, sich mit der Außenpolitik zu befassen. Es ist möglich, daß man schließlich zu einem gemischten System kommt, also Beteiligung am Wiederaufbau und eine gewisse Jahreszahlung in bar oder in Materialien. Aber unter allen Umständen wird daran festzuhalten sein, daß der Wiederaufbau den weitaus größten Raum in unseren Verpflichtungen einnehmen muß. Das, Parteigenossen, ist die Stellung, die wir zum Versailler Friedensvertrag einzunehmen haben. Auf diesem Wege wollen wir den Weltkrieg materiell und gefühlsmäßig liquidieren und künftigen Kriegsverwicklungen, die ja, wie das polnische Beispiel zeigt, in Hülle und Fülle dem Vertrage innewohnen, nach Möglichkeit vorbeugen. Diese politische Arbeit muß aber noch systematischer und dauernder geleistet werden wie von der immerhin schmalen Basis des einzelnen Landes aus es möglich ist. Deshalb erstreben wir durch das internationale Bureau, das eng zusammenarbeitet mit der Internationale, die Schaffung eines internationalen politischen Generalstabs. Zweimal hat das internationale Weltproletariat nach dem Friedensschluß in die auswärtige Politik eingegriffen: mit dem Boykott gegen das weiße Ungarn und mit der strikten Neutralitätserklärung im russisch-polnischen Krieg. Es gilt nun, diese Machtentfaltung in ein bestimmtes System zu bringen, damit sie nicht von Fall zu Fall nach dem Gutdünken eines einzelnen in Aktion tritt, sondern noch ganz bestimmten Richtlinien und ganz bestimmten Formen. Sonst wird bald der Grund eines Eingreifens zweifelhaft sein, und die Parolen da und dort nicht befolgt werden oder nicht zweckmäßig am richtigen Ort und mit den richtigen Mitteln einsetzen. Das Beispiel gerade der Aktion gegen Horthy-Ungarn, wie der Kapp-Streik lehrt uns, daß das Proletariat sich Kampfesformen und Möglichkeiten schaffen muß, die nicht uns selber und unseren Klassengenossen die tiefsten Wunden schlagen. Was ein solcher Aktionsausschuß oder Generalstab für die außenpolitische Schulung der Arbeiter bedeutet, und was er für einen Machtzuwachs darstellen kann, ist noch nicht abzusehen. In England bereitet sich eine solche Einrichtung bereits vor. Dann stellt sich aber ein außenpolitischer Generalstab auch als ein kriegshinderndes Element im allgemeinen dar, durch das das Proletariat die Funktionen selbst übernimmt, die eigentlich der bürgerliche Völkerbund übernehmen sollte. Wir dürfen die Aufgabe nicht übersehen, künftige Kriege nach Kräften unmöglich zu machen. Denkt, daß wir vielleicht schon wieder mitten im Kriege stehen, daß er aber auf jeden Fall am Tore droht, der Krieg einer heiligen Allianz gegen Rußland.

Parteigenossen! Durch die polnischen Siege hat der niemals ganz unterdrückte Wunsch und Gedanke der bürgerlichen Regierungen und Klassen neues Leben gewonnen, Moskau mit Waffengewalt niederzuringen. Wird dieser Gedanke zur Ueberzeugung besonders der gesamten Entente, siegt diese französische Auffassung über die bisher hauptsächlich von Lloyd George betriebene Politik, mit Rußland zu einer Einigung zu kommen, dann hat auch die Schicksalsstunde des Deutschen Reiches, des deutschen Volkes geschlagen. Denn es wäre

unmöglich, daß wir im Gefolge eines solchen Kreuzzuges gegen Moskau, dem Bürgerschrecken der ganzen Welt, neutral bleiben könnten. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder erweist sich das deutsche Bürgertum stärker als die Arbeiterschaft, dann würde uns die Rolle des Söldnerheeres der Entente zufallen, und der Bürgerkrieg in Deutschland würde zur Tatsache, oder die Arbeiterschaft setzt ihren politischen Willen durch und hält streng zur Neutralität, dann wird Deutschland zum Schlachtfeld werden, wenn die Bolschewisten stark genug sind oder es wird zum Durchmarsch-, zum Aufmarschgelände, d. h. zur Etappe. Wenn die Entente aufs ganze geht, wäre die Zeit der Respektierung der deutschen Neutralität vorüber.

So ist also die deutsche außenpolitische Lage. Noch ist nicht zu ersehen, ob die Entente unter der französischen Ueberredung zur militärischen Machtanwendung sich entschließt oder ob der Widerstand in den eigenen Ländern so stark einsetzt, daß sie einen neuen, von der Arbeiterschaft aufs höchste verabscheuten Krieg nicht wagt. Wie immer die Entscheidung sein wird, solange noch ein Funke von Aussicht ist, müssen wir durch eine politische Aktion versuchen, der kriegerischen Auseinandersetzung vorzubeugen. Das soll unsere letzte außenpolitische Forderung sein: Was wir im Parlament gefordert haben, ist sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, ohne irgendwelche Rücksichten auf die dortige Staatsform (Sehr richtig!), nicht wegen, sondern gerade trotz des Bolschewismus! Ein Staat — und wie die Dinge liegen, kann es nur Deutschland sein — muß entschlossen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufnehmen, muß den psychologischen Wall durchbrechen, den Haß und Furcht der Bourgeoisie um Rußland gezogen haben, und muß mit der jetzigen Behandlung Rußlands als eines Pestherdes aufräumen. In fast allen Regierungen — darüber brauchen wir uns nicht zu täuschen —, in allen Wirtschaftskonzernen, allen Banktrusten der Welt sitzen Männer und sind Kräfte am Werke, die über dem politisch Unangenehmen doch auch das Wirtschaftlich-Ewige in dem großen Rußland sehen und das Wirtschaftsleben der Erde als unvollständig und ergänzungsbedürftig empfinden, solange Rußland nicht wieder in ihm aufgegangen ist. Diese Kräfte können nur ausgelöst werden, wenn ein Staat die Brücke schlägt. Die Eifersucht auf die wirtschaftliche Ausbeutung Rußlands ist groß. Nicht einen Tag würden sie vergehen lassen, wenn Deutschland in den alleinigen Besitz der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland käme, wenn wir den Anfang machten auf diesem evolutionären Wege, so würde das für viele Staatswesen das Signal sein, ihrerseits den Anschluß wiederherzustellen, und anderen würde das Verharren auf dem kriegerischen Wege zum mindesten außerordentlich erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht werden. Was an wirtschaftlichen Werten bei dem hier geforderten Schritt herauskäme, ist für mich in diesem Augenblick erst eine zweite Frage. Aber erstens bessert das Nichtstun, das Beiseitestehen an den russischen Verhältnissen absolut nichts, und zweitens wird hier eine politische Handlung mit politischen Gründen und politischen Endzielen vorgeschlagen, vor denen die wirtschaftliche Ausnutzung vorläufig zurücktreten muß. Ich fasse also diese vier Punkte kurz zusammen, indem ich auf den Umstand hinweise, daß alle vier Forderungen einer einzigen Wurzel entspringen und einem Zweck dienen, dem, kriegsverhindernd zu wirken durch Beseitigung der Ursachen, durch Schaffung zweckdienlicher Institutionen oder durch Herbeiführung eines neuen, dem Frieden dienlichen Zustandes: 1. die Revision des Versailler Friedensvertrags nach sozialpolitischen Gesichtspunkten, wie sie von der Zweiten Internationale festgelegt worden sind, 2. sofortige Inangriffnahme und Durchführung der Wiedergutmachung

in Gestalt des Wiederaufbauens der zerstörten Gebiete, 3 Schaffung eines internationalen Generalstabs durch die Internationale und 4. sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Alle diese Forderungen sind Gemeingut der zwei en Internationale, und an uns liegt es, diesen Punkten den Charakter eines internationalen Aktionsprogramms des Proletariats zu geben. Sie alle haben bereits bei den letzten Wahlen eine gewisse Rolle gespielt, und damit komme ich auf das Gebiet unserer inneren Politik.

Parteigenossen! Die letzten Reichstagswahlen haben, wie man noch heute jeden Tag von den Blättern und Rednern der bürgerlichen Parteien hören kann, den bürgerlichen Parteien einen entschiedenen Sieg gebracht. Trotz dieses Sieges aber war der erste Schritt des Führers der Deutschen Volkspartei, des Herrn Dr. Heinze, die Sozialdemokratie in das von ihm zu bildende Kabinett einzuladen, und das geschah komischerweise gerade an dem Tage, an dem das berühmte — anscheinend zu spät fertig gewordene — Plakat in Berlin angeschlagen wurde: „Von roten Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei!" Wir haben es selbstverständlich abgelehnt, in diesen merkwürdigen Mischmasch von Monarchismus und Großkapitalismus hineinzusteigen. Wenn wir während des Wahlkampfes nicht ausreichend Gelegenheit gehabt hätten, Herrn Stresemann und seine Getreuen kennen zu lernen, wäre die Erinnerung an seine Haltung während des Kapp-Putsches genügend gewesen, zu der Parole: „Hände weg!" (Zustimmung.) In den bürgerlichen Kreisen, in denen man der Sozialdemokratie ihre ganz selbstverständliche Haltung besonders übelnahm, wurde das Märchen ersonnen, wir wären verschnupft wegen des Ausfalls der Wahlen und ständen deshalb schmollend beiseite. Solche Lächerlichkeiten liegen uns natürlich fern. Wir wissen am besten, daß ein Wahlkampf kein Liebesgeflüster ist, und sind am allerwenigsten geneigt, jedes Wort auf die Goldwage zu legen. Nein, abgesehen von der prinzipiellen Weigerung mit einer monarchistischen Partei zusammenzugehen, gab es zwei prinzipielle Gründe für uns: Die bürgerlichen Parteien haben ihren Wahlkampf damit geführt, daß sie behaupteten, alles Unglück komme nur von der Mißwirtschaft der Sozialdemokraten und daß sie darüber den Sozialismus als solchen als verderbenbringendes, weltstörendes Prinzip betrachten. Demgegenüber erklären wir: Ihr bürgerlichen Parteien habt eine große Masse von Unpolitischen, von Ungeschulten, von Nachläufern durch Eure Behauptungen diesmal für Euch gewonnen. Es wäre eine politische Dummheit und ein politisches Unrecht erster Klasse, wenn wir dieser Masse der Nachläufer die Möglichkeit entzögen, auch einmal nachzuprüfen, ob tatsächlich die Sozialdemokratie an der Not des Vaterlandes schuld gewesen ist, ob denn die Bürgerlichen es wirklich besser können, ob sie das Rezept für alle die Leiden der Zeit wirklich besitzen und anwenden können. Wir hätten ja sonst schuld daran, wenn sich die nächsten Wahlen wiederum unter dieser irreführenden Parole abspielen würden, daß der volksparteiliche Schwindel wieder geglaubt werden würde, wenn wir der jetzigen Regierung nicht die Möglichkeit geben, ihren Beweis bis zu Ende zu führen. Nicht die Sozialdemokratie ist an dem Elend schuld, sondern es ist der Krieg der Herren Westarp und Stresemann (Sehr richtig!), der all das Elend auf dem Wirtschaftsgebiet, auf dem Ernährungsgebiet herbeigeführt hat. Diese Beweisführung ist gerade gegenwärtig im vollsten Gange und wir werden nichts tun, was sie irgendwie hindern kann, dem deutschen Volke die bitter notwendige Aufklärung zu geben. Aber die Rechte hat ihren Wahlerfolg nicht nur mit den Mißgriffen der Sozialdemokratie erstritten, sondern mit einem haßerfüllten Kampf gegen den Sozialismus als

solchen, gegen die Berechtigung und den Wert der unveräußerlichen Grundsätze unserer Weltanschauung. Und da sollten wir nun in einer Regierung zusammensitzen mit Männern, die nicht nur verschieden von uns denken, sondern die das Kernstück unserer Gedankenwelt als die höchste Gefahr für das deutsche Volk bezeichnen? Wir sollten mitschuldig sein an den krassen Unehrlichkeiten, wie sie innerhalb der Regierung und der Regierungsparteien sich jetzt abspielen, daß sich das neue Kabinett einstimmig für die Sozialisierung entscheidet, während der Parteiausschuß der Deutschen Volkspartei den Sozialisierungsgedanken einmütig ablehnt? Diese Machenschaften sollen wir mit dem Namen der Sozialdemokratie decken und dabei noch ehrliche Männer bleiben können? Das ist eine Unmöglichkeit für uns! (Sehr richtig!) Wir können uns mit Monarchisten nicht zusammensetzen, erst recht aber nicht mit Antisozialisten vom Schlage der Deutschen Volkspartei. (Sehr richtig!) Aus Ehrlichkeit sind wir nicht in die Regierung eingetreten und aus Ehrlichkeit werden wir dieser Regierung fern bleiben. (Bravo!) Wir müssen abwarten und werden über kurz oder lang erleben, daß Herr Stresemann dem dringlichen Liebeswerben des Herrn Grafen Westarp nachgibt und mit ihm wieder bilden einen engen Verband zur Verleumdung und Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie. Und in diesem Bund kann jeder ihrer Wortführer das werden, was sie der gegenwärtigen Regierung nicht geben konnten, nämlich Fachminister. (Heiterkeit.) Ich will nicht im einzelnen ausmalen, wie Hand in Hand mit der freundlichen Aufforderung an uns, den Groll zu begraben und in die Regierung einzutreten, die Säuberung von sozialdemokratischen Männern, sozialdemokratischen Einrichtungen und Gedanken während der Zeit der Regierung der Deutschen Volkspartei durch die Reichsämter gegangen ist. Und ich erkläre heute schon: wir werden wieder in die Regierung kommen, und wir werden uns den gründlichen Säuberungsprozeß, den jene vollzogen haben, dann zur Lehre dienen lassen. (Lebhafter Beifall.) Man muß sich ja nur die Fortschritte ansehen, die gerade in der Zeit des Entwaffnungsgesetzes die Bewaffnung und Stärkung der Reaktion gemacht, um sich darüber klar zu sein, woher heute der Wind bläst. Wir haben genau so wie die Unabhängigen gesehen, welche Gefahren das Entwaffnungsgesetz in sich schließt, aber wir haben im Unterschied zu ihnen uns von der außenpolitischen Erwägung leiten lassen, daß Deutschlands Stellung zur Entente hoffnungslos vergiftet wäre und vergiftet bleiben müßte, wenn wir die Entwaffnung nicht endlich auf der ganzen Linie durchführen würden. Diese Ueberzeugung hatten natürlich auch die Unabhängigen. Und sie hätten uns um so mehr folgen können, da von ihnen immer behauptet wurde, die Arbeiterschaft habe keine Waffen. Wir haben uns nicht an den billigen und wirkungslosen Demonstrationen der Unabhängigen beteiligt, sondern tatkräftig daran gearbeitet, die Gefahren des Entwaffnungsgesetzes zu beseitigen, indem wir durch einen Aufruf an das gesamte Volk und die Partei einen Dienst eingerichtet haben, der uns jede Nachricht über etwa versteckte Waffen übermittelt. Die Reaktion muß ungefährlich gemacht werden, und der Parteivorstand hat das zu erreichen versucht, indem er die Genossen zunächst aufgefordert hatte, in die Einwohnerwehren einzutreten, um so die Kaders der Gegenrevolution zu dezimieren. Jetzt, wo die Entente die Einwohnerwehren verboten hat, gibt es nur ein Mittel, wenn wir nicht in dem modernen Selbstschutz und der Orgeschorganisation eines schönen Tages vor der Armee der Gegenrevolution stehen wollen: die Entwaffnung.

Und nun ein Wort zur Reichstreue und zu dem vielgepriesenen vaterländischen Gefühl, dem Bekenntnis zum Deutschtum, dieser Kreise um Orgesch und um den Selbstschutz herum. Ein Herr von Kleist ist es gewesen, der in Pommern zuerst wie ein echter Quitzow erklärt hat, Pommern dächte nicht daran, sich entwaffnen zu lassen. Ihm folgten die in Brandenburg, in Ostpreußen, in Bayern, und aus allen diesen Landesteilen klang der Ruf: „Wir lassen uns nicht entwaffnen!" zu uns, und er drang natürlich auch zu den Ohren der Entente. Die erste Probe für ihre Reichstreue legen die Herren also dadurch ab, daß sie Deutschland der neuen Gefahr der Verdächtigung des Vertragsbruchs und neuen Repressalien aussetzen, wodurch von neuem die Gefahr des Einmarsches in das Ruhrgebiet und der Durchschneidung der wirtschaftlichen Schlagader Deutschlands hervorgerufen wird. Die deutschen Arbeiter werden wissen, wenn aus der ungenügenden Durchführung der Entwaffnung eine Katastrophe für uns eintreten sollte, wo sie die Schuldigen zu suchen und zu finden haben werden. Aber ihr Haß gegen alles Republikanische und Sozialistische reißt diese Waffenenthusiasten zu Zettelungen und Handlungen hin, die den Bestand des Reiches überhaupt in Frage stellen. Wenn die Nachrichten, die das „Berliner Tageblatt" vor einiger Zeit gebracht hat, richtig sind, dann bestehen zwischen allen diesen chauvinistischen Reichsfeinden unterirdische Beziehungen von ungeahnter Ausdehnung. Ob es der Graf Bothmer und seine Königspartei in München oder sein Freund Dr. Torten ist, der aus den Rheinlanden mit französischem Geld eine französische Provinz machen will, ob es hessische Föderalisten oder oberschlesische Unabhängigkeitsapostel sind, alles was sein Süppchen an dem zerbrochenen Gebälk des Deutschen Reiches kochen will, und lieber als Pensionär mit Auslandsvaluta ein beschauliches Leben führen will, steht nach diesen Nachrichten in engster Fühlung miteinander und hofft doch, vielleicht irgendwie aus seinem Patriotismus eine französische Pension herausschlagen zu können. Das sind dieselben Leute, die bei den letzten Wahlen den Rechtsparteien Schlepperdienste geleistet haben und vor und nach dem Kriege die sozialistischen Arbeiter mit ihrer internationalen Ueberzeugung als vaterlandslos hingestellt haben. Es ist eine furchtbare und nicht unverdiente Tragik, daß der Erfinder dieses Wortes heute vaterlandslos im weitesten Sinne des Wortes ist, und die vaterlandslosen Gesellen von ehemals, wie jetzt erneut im Saargebiet, unerschrocken ihr Bekenntnis zu Deutschland bekunden in dem unerschütterlichen Willen, trotz allem deutsch zu bleiben. Wer kämpft in Oberschlesien gegen die Separationsgelüste der Polen? Wer kämpft da gegen den Ehrgeiz und die Profitgier einzelner weniger, wer erklärt in Bayern durch den Generalstreik unter Einsetzung seiner wirtschaftlichen Existenz, die Pläne der Königsmacher niederkämpfen zu wollen? Der deutsche Arbeiter ist es, immer wieder der deutsche Arbeiter, die Gewerkschaftler und die Sozialdemokraten, die wirtschaftlich Schwächsten, die an Arbeitsstelle und Lage der Produktionsmittel mehr gebunden sind als jeder andere, als der Beamte und Kaufmann im Reiche, die sich immer wieder als die treuesten Söhne unseres geschlagenen Landes erweisen. (Bravo!) Sie treten in die Bresche, die der Krieg dem Deutschtum geschlagen hat, sie überlassen den Patrioten das Maulheldentum, mit dem man bei Festen und Paraden auftreten kann, und üben eine willige und wahrhaft tätige Vaterlandsliebe.

So ist es in politischer, aber auch in wirtschaftlicher Beziehung, und damit komme ich zum letzten Teil der Ausführungen, die ich hier zu machen habe. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik stehen wir vor einem neuen Problem, das wir und die ganze Welt vor dem Kriege nicht gekannt haben: es ist das Problem des Wiederaufbaues. Dieses Problem bedeutet, daß auf einmal die ganze Industrie wieder aufgebaut werden muß, die während sechs Jahren des Krieges und der Blockade mit den gewaltigsten Mitteln der Zerstörung und

mit den vereinigten Kräften der kapitalistischen Staaten zugrunde gerichtet worden ist. Jetzt soll und muß alles wieder aufgebaut werden, aber wer soll aufbauen? Der Appell geht wieder an die arbeitende Welt. Das arbeitende Volk ist es, an das sich alle wenden. Die Kapitalisten, die Imperialisten, die Bankgewaltigen, die Börse stehen dem gewaltigen Problem ratlos gegenüber. Die Industrie muß aufgebaut werden, das ist ihnen klar, aber wie, wissen sie nicht. Niemand weiß darin Rat, niemand hat bisher die Medizin dafür erfunden. Sonst, Parteigenossen, wußte man nicht, wo man mit dem Warenüberschuß hin sollte. Man stöberte die ganze Welt auf, man ging zu den Chinesen, den Negern, den Eskimos, den Malaien, allen mußte man die Fabrikate der europäischen Industrie aufbinden. Jetzt fehlt den europäischen Völkern selbst das Allernotwendigste. Die Zeitungen berichten, daß die durch den Kautschukhandel reich gewordenen Neger sich Luxusvillen erbauen, und im zivilisierten Europa geht die heranwachsende Jugend in zerrissenen Schuhen herum und kann keine Schulbücher kaufen! Die zivilisierte Welt verwildert und versinkt sichtbar in Barbarei. Es fehlt uns an allem und jedem, an Kleidung, Wohnung, Nahrungsmitteln. Bei uns in Deutschland mußten wissenschaftliche Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen und wissenschaftliche Versuche unterbleiben, weil die Mittel dazu fehlten. Unsere Gelehrten und Künstler darben und hungern. Ich brauche das Bild, daß Sie alle kennen, nicht weiter auszumalen. Es ist der Untergang der Kultur. Und von allen Seiten ertönt der Ruf: es muß mehr produziert werden! Als Sozialdemokraten betrachten wir das Problem vor allem vom Gesichtspunkt der Arbeitermassen aus. Wir wissen, ohne Industrie kann es weder Kapitalismus noch Sozialismus geben; ohne Industrie gibt es nur Massenelend allein. Die ganze Aufwärtsbewegung des Proletariats ist auf das innigste mit der Entwicklung der Industrie verbunden, sie steht und fällt mit ihr. Das haben schon die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, im Kommunistischen Manifest dargelegt. Jetzt aber sehen wir es mit eigenen Augen. Parteigenossen! Wenn wir aber an die Lösung dieses Problems herantreten, haben wir uns zunächst zu überzeugen, daß es auf der Basis einer einzelnen Nation oder eines einzelnen Staates überhaupt nicht zu lösen ist. Es ist ein Weltproblem, und deshalb habe ich am gestrigen Tage, als die Frage hier behandelt wurde, ob das Wirtschaftsproblem als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, darauf hingewiesen, daß diese Frage nicht losgelöst werden kann von der allgemeinen großen politischen Debatte, von der allgemeinen weltpolitischen Situation, von der allgemeinen Weltfrage. Sie ist ein Weltproblem. Trotz alledem können wir uns zunächst damit beschäftigen, was wir innerhalb der Staatsgrenzen, in denen sich unsere Tätigkeit als politische Partei abspielt, erreichen können. Da müssen wir vor allen Dingen daran denken, daß es gewisse Vorbedingungen der Produktion gibt, ohne die die Industrie sich überhaupt nicht entwickeln kann. Diese liegen für Deutschland in der Rohstoffbelieferung. Für die deutsche Produktion kommen hauptsächlich Kohle und Eisen in Betracht.

Unsere ganze industrielle Entwicklung ist dadurch lahmgelegt, daß wir nicht genug Kohle und Eisen liefern können. Unsere Fabriken, die städtischen Betriebe, die Verkehrsmittel haben ihre Tätigkeit enorm einschränken müssen, weil sie nicht genug Kohle und Eisen bekommen. Ohne Kohle und Eisen gibt es keinen Aufbau. Es hat sich aber herausgestellt, daß die kapitalistische Initiative auf diesem Gebiete vollkommen versagt hat. Die Kohlen- und Eisenbarone befinden sich auch bei den heutigen Verhältnissen noch außerordentlich wohl; sie haben während des Krieges durch hohe Preise riesige Gewinne gemacht und

machen sie heute noch. Sie sind aber heute nicht imstande, die Produktion zu erweitern, selbst wenn sie wollten. Das hängt jetzt sehr wesentlich von den Entschlüssen der Arbeiterschaft ab. Auf diese Weise ist für den proletarischen Klassenkampf eine eminent günstige Situation entstanden. Das ganze Problem des Wiederaufbaues der deutschen Industrie hängt von dem Willen der deutschen Bergarbeiter ab. Wer will es den deutschen Bergarbeitern verübeln, wenn sie ihre Machtstellung zur Förderung ihrer eigenen Interessen, wie des Interesses der gesamten arbeitenden Bevölkerung ausnützen?

Damit ergibt sich für uns die Frage der Verstaatlichung des Bergbaues. Diese Frage muß nach einheitlicher Auffassung des Parteivorstandes unverzüglich gelöst werden. Wir lehnen die Rathenauschen Rezepte ab, ebenso alle Vorschläge, die eine Verzögerung der Sozialisierung bedeuten. Wir sind der Ueberzeugung, daß allein durch die Sozialisierung die Grundlagen für die gesamte Produktion geschaffen werden; wenn die Bergarbeiter sehen, daß sie nicht für vereinzelte Kapitalisten, sondern für das Wohl des gesamten Volkes arbeiten, dann erst wird jene Begeisterung und Arbeitslust geweckt werden können, die für den Wiederaufbau notwendig ist.

Wir stehen auf diesem Standpunkt auch aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen; denn eine rationelle Entwicklung der Industrie wie der gesamten Volkswirtschaft verlangt gebieterisch die Zusammenfassung der Produktion von Kohle und Eisen, von Kali und Stickstoff, der Kraftquellen und der Verkehrsmittel zu einem gemeinsamen Wirtschaftssystem. Außerdem besteht die Gefahr, daß, wenn diese Zusammenfassung nicht schnellstens vom Staate erfolgt, der deutsche Bergbau in internationale kapitalistische Verbindungen eingeführt wird und dadurch internationale kapitalistische Konzerne sich die deutsche Industrie sowie den deutschen Staat überhaupt unterwerfen. Aus dem gleichen Grunde treten wir für die Verstaatlichung der Kraftquellen ein. Ein entschiedenes Eintreten dafür ist uns erst durch die Revolution ermöglicht worden. Wir würden uns vor dem Kriege schwer gehütet haben, dem alten Regime solche gewaltige wirtschaftliche Gewaltmittel in die Hand zu geben. Es war der Militarismus, der uns daran hinderte. Ihn brauchen wir in Deutschland heute nicht mehr zu fürchten. Aber der Militarismus war nicht der einzige Grund; denn der kapitalistische Staat unterjocht sich die Arbeitermassen auch ohne bewaffnete Gewalt. Die Verstaatlichung steigert die Macht der kapitalistischen Regierungen. Diese Gefahr besteht auch im Augenblick noch; aber wir besitzen jetzt ein Gegengewicht in der durch die Revolution geschaffenen Demokratie, die uns die Möglichkeit gibt, starke Positionen im Staat zu besetzen, die Staatstätigkeit zu kontrollieren und die Regierungsgewalt eventuell auch ganz in die Hände der Arbeiterklasse zu legen. Die Hauptsache aber ist, daß unter dem Schutz der Demokratie die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die politische Partei zu einer Macht und zu einem Ansehen gelangen, die ihnen früher versagt gewesen sind. In dem Ausbau dieser Organisation liegt der stärkste Schutz gegen den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht. Wir verkennen die Gefahren der Verstaatlichung keineswegs. Sie bestehen darin, daß auf diese Weise Millionen von Arbeitern in ihrer wirtschaftlichen Existenz vom Staate bzw. von der Regierung abhängig werden. Ein solcher Zustand führt leicht zur Bevormundung von oben und reizt die Machthaber zum Mißbrauch ihrer Gewalt. Es verschlägt dabei nicht viel, ob die Regierung von den besten Intentionen beseelt ist. Die allzu große Fülle von Macht führt immer zur Autokratie und zur Volksbedrückung. Das großartigste Beispiel, das die Geschichte bietet, ist Rußland. Die bolschewistische Regierung hat alles verstaatlicht, was sie nur irgendwie hat erreichen können,

und hat auf diese Weise eine wirtschaftliche Macht in ihre Hände bekommen, mit der sie neben den Bajonetten die russischen Arbeiter beherrscht. Dahinter ist der schlimmste Despotismus errichtet worden. Der Schleier, der über dem bolschewistischen Dorado lag, ist jetzt zerrissen worden. Wir wissen, welche ungeheuerlichen Zustände dort herrschen. Wir bekämpfen die Staats- wie die Lohnsklaverei auch dort, wo die Sklaven gut gefüttert werden. Wenn die Proletarier in Rußland in der Zuteilung von Lebensmitteln usw. besonders bevorzugt werden, so hindert das nicht, daß sie unfrei sind, ebensosehr wie die Sklaven des Altertums. (Sehr richtig!) Die Hauptsache ist, daß der Bolschewismus weder die Lohnarbeit noch die Ausbeutung beseitigt hat. Die bolschewistischen Staatsbetriebe unterscheiden sich von den kapitalistischen Unternehmungen nur dadurch, daß in ihnen noch weniger Ordnung herrscht und daß auf die Interessen der Arbeiter noch weniger Rücksicht genommen wird, daß die Arbeiter außer der Hungerpeitsche noch unter dem Zwange der Bajonette stehen. (Sehr gut!) Die bolschewistischen Führer bestreiten das auch gar nicht, aber sie wollen sich durch das Ideal rechtfertigen, das sie vertreten. Das ist ein alter Schwindel in neuer Auflage. Auch der kapitalistische Staat gab vor, Ideale zu vertreten, als er die Arbeiter mit der schrankenlosen Ausbeutung versöhnen wollte, indem er auf das vaterländische Interesse, auf das Interesse an der nationalen Produktion verwies. Immer mußten sich die Arbeiter dafür aufopfern. Wir können als Sozialisten keinen Betrieb anerkennen, in dem nicht die Interessen der Arbeiter voll gewertet werden.

Durch die Verstaatlichung werden die Aufgaben der Sozialpolitik nicht erledigt, sondern erst recht dringend gemacht. Der Ausbau der Sozialpolitik ist daher eine Notwendigkeit. Besondere Aufmerksamkeit muß wegen der Sache selbst und angesichts der Zerstörung des Krieges der Wohnungsreform gewidmet werden. Die Lösung dieser Frage hängt eng mit dem wirtschaftlichen Aufbau zusammen, da ja die Bauindustrie ebenso daniederliegt wie jede andere, und die Wohnungsnot ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Durch Genossenschaftsbauten, durch Förderung der Tätigkeit des Siedlungswesens und durch andere Mittel der Kollektivarbeit, durch staatliche und kommunale Hilfsleistungen muß dafür gesorgt werden, daß die Wiederaufrichtung der Bauindustrie nicht dem Bodenwucher, sondern dem Allgemeinwohl dient. Wie im Bergbau und in der Bauindustrie, muß es überall bei der Wiederaufrichtung der Produktion unser Bestreben sein, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und die kapitalistische Ausbeutung einzuschränken, womöglich aber ganz zu beseitigen.

Wir stoßen dabei jedoch auf Erscheinungen besonderer Art, die der Krieg gezeitigt hat. Der Krieg zeitigte neben der Zerstörung auch eine ungeheure Verschwendung. Die Armeeleitung verschwendete das Geld in ungezählten Millionen. Zu gleicher Zeit verhinderte die Zwangswirtschaft das reguläre kaufmännische Geschäft. Die Zwangswirtschaft der Armeeleitungen war ebensowenig Sozialismus wie die bolschewistische Zwangswirtschaft, sie war nur wie diese eine schamlose Ausplünderung des Landes. Das Ergebnis war die Ansammlung gewaltiger Geldsummen in den Händen einzelner Kriegsgewinnler und das Aufkommen des Schiebertums. Auf dem Waren- und Geldmarkt machte sich ein Umwerfen aller Preise und kaufmännischen Berechnungen geltend. Darum ist neben der Verstaatlichung die Wiederaufrichtung des ordentlichen kaufmännischen Geschäfts notwendig. Die Zeitungen brachten vor einiger Zeit Statistiken über unseren auswärtigen Handelsverkehr. Man sah, wie enorm die Warenpreise gestiegen waren, aber auch, welche großen Werte nach dem Auslande gingen. Da zugleich unsere Produktion sehr

beschränkt blieb, entsteht die Frage, worin denn diese Warenwerte bestanden. Es war der Ausverkauf Deutschlands. Ausländer kamen nach Deutschland und kauften alles, was sie fortschleppen konnten, und noch darüber hinaus. Unsere Bemühungen, geordnete Handelszustände zu schaffen, sind unmöglich, solange ausländische Kriegsgewinnler, gestützt auf den niedrigen Stand der Valuta, alle unsere Preisberechnungen über den Haufen werfen können.

Damit kommen wir zur Kernfrage, der Regelung der Valuta. Ohne eine Regelung der Valuta kann es keine Gesundung unseres Handels und unserer Industrie geben; eine Senkung der Valuta verwandelt unsere Ausfuhrpreise, mag die vorangegangene kaufmännische Berechnung des Fabrikanten noch so sorgfältig gewesen sein, in Schleuderpreise. Das Ausland beklagt sich dann über unlauteren Wettbewerb, wenn unsere Fabrikanten erklären, daß sie nicht liefern können. Eine Steigerung unserer Valuta verteuert uns die Rohstoffe und macht die Fabrikation unmöglich. Eine Stabilisierung der Valuta ist deshalb notwendig. Sie kann aber nur auf internationalem Wege erreicht werden; denn die Valutakalamität ist international. Die Lösung dieses Problems ist unter den gegebenen Verhältnissen am allerwenigsten von Deutschland abhängig. Die Verantwortung fällt auf die Staaten, die durch den Krieg zu Herren der Welt geworden sind und sich durch die Friedensverträge und im imperialistischen Völkerbund die Herrschaft gegenseitig verbrieft und verbürgt haben. Es ist vor allem die Sache der sozialistischen Parteien der Ententeländer, hier Wandel zu schaffen. (Zustimmung.) Wir deutschen Sozialdemokraten stehen hier machtlos da. (Sehr richtig!)

Ich konstatiere ferner, daß ohne eine starke Entwicklung unserer Industrie und ohne die Stabilisierung der Valuta eine Ordnung unserer Staatsfinanzen überhaupt unmöglich ist. Sie aber ist die Vorbedingung für die Entwicklung der Industrie und den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Es ist dies eine Wechselwirkung, aus der wir nicht herauskommen. Dazu kommt, daß uns der Friedensvertrag enorme Zahlungen nach dem Auslande auferlegt, nachdem man uns zuvor wirtschaftlich durch Annexionen und Okkupationen eingeschränkt, wichtige Produktionszweige wie die Luftschiffahrt und den Seeschiffbau eingeengt und den Seehandel durch Wegnahme der Handelsflotte lahmgelegt hat. Der Krieg hat uns neben dem Problem des Wiederaufbaues unserer eigenen Industrie auch noch das Problem des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete gestellt. Wir haben gesehen, daß auch der Wiederaufbau unserer Industrie nur ein Teil des Weltproblems ist. Unsere Leistungsfähigkeit nach außen ist deshalb ebenfalls von der Lösung dieses Weltproblems abhängig. Es wäre deshalb zweckmäßig gewesen, wenn man dieses Weltproblem auch auf der Seite unserer Gegner in seinem ganzen Zusammenhang erfassen würde. Das Problem hat also folgende Fassung: Wie kommen die Völker und Staaten dazu, durch gegenseitige Förderung ihrer Produktion die durch den Krieg verursachten Zerstörungen und Schädigungen möglichst schnell und ausgiebig wieder gutzumachen? Der imperialistische Friede hat der ganzen Sache eine einseitige Wendung gegeben. Man hat die gesamte Arbeit des Wiederaufbaues dem Besiegten zugewiesen. Damit ist aber das Problem nicht gelöst, sondern nur verschoben. Wir wollen gewiß alles tun, was wir tun können, um das Geschehene gutzumachen; aber wir vermögen nicht viel, solange nicht der Weltverkehr, der Welthandel, die Weltindustrie, der normale Geldverkehr und der Weltkredit wiederhergestellt und unsere Staatsfinanzen in Ordnung gebracht sind. Wir wissen aber heute noch nicht einmal, was wir an Kriegsentschädigung zu zahlen haben. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich der ungemein schweren, aber auch ebenso ehrenvollen Aufgabe bewußt, die ihr beim Wieder-

aufbau zufällt. Der Krieg war eine ungeheure Kollision der kapitalistischen Interessen. Die kapitalistische Konkurrenz, die Ueberfüllung der Warenmärkte, die die Ausbeutung der Volksmassen zur Voraussetzung hatte, waren die Triebkräfte zum Kriege, ebenso die einseitige Einstellung der Industrie auf den auswärtigen Markt und die militärische Rivalität der kapitalistischen Staaten. Diese Weltkollision führte zum Weltzusammenbruch. An dem Proletariat ist es jetzt, die zerstörte Welt wieder aufzubauen. Wir wollen das in der Weise tun, daß wir zukünftigen wirtschaftlichen Kollisionen möglichst aus dem Wege gehen. Zu diesem Zwecke müssen wir den kapitalistischen Grundsätzen sozialistische entgegensetzen, den zersetzenden Kräften der Bourgeoisie die einigenden Kräfte des Proletariats. Die Industrie soll sich nicht zum alles beherrschenden Ziel die Eroberung der auswärtigen Märkte setzen, sondern ihr eigentlicher Zweck muß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit den Gütern des materiellen und kulturellen Bedarfs sein. An die Stelle der kapitalistischen Konkurrenz setzen wir die Völkersolidarität. Wir wollen uns gegenseitig unterstützen in der Entwicklung unserer Industrien. Wir wollen den internationalen Zusammenhalt des Proletariats mit allen Kräften fördern. Unsere Organisationen müssen wir ganz anders ausbauen als bisher; sonst werden wir von den kapitalistischen Weltkonzernen überflügelt und unterjocht. Wir müssen internationale Regelungen der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne haben. Das ist unmöglich, solange nicht die Valuta international geregelt ist. So hängt das reine Arbeiterinteresse mit dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse eng zusammen. Erst gestern teilte Genosse Viegen uns mit, daß die stark beschäftigte holländische Schiffahrtsindustrie langsam zum Stillstand komme, weil die Schiffbauindustrie nicht in der Lage ist, den Konkurrenzkampf mit den deutschen Werften aufzunehmen. (Hört, hört!) Die deutschen Werften produzieren viel billiger als die holländischen. Der deutsche Arbeiter kommt so in den Ruf eines Lohndrückers. Das ist nicht die Absicht des deutschen Arbeiters. Das hängt mit der internationalen Regelung der Valutafrage zusammen. Da der Wiederaufbau der Industrie ein Weltproblem ist, muß das Proletariat, um dieses Problem zu lösen, Träger der politischen Betätigung in den einzelnen Ländern sein, vor allem die Weltorganisation entwickeln und festigen. Der Ausbau der Internationale ist eine hohe und heilige Pflicht. Die deutsche Sozialdemokratie wird ihre ganzen Kräfte für die Erfüllung dieser Pflicht einsetzen. (Bravo!)

Parteigenossen! Sie ersehen aus diesen Darlegungen die unendlichen Schwierigkeiten, die der Arbeiterklasse aus der Politik der Vergangenheit erwachsen sind. Sie sehen, daß diese Dinge ein tiefes Eindringen in die Materie voraussetzen, wenn man an ihre Lösung herangehen will. Sie erkennen, daß es nicht ausreicht, für die Lösung dieser Schwierigkeiten eine einzige beglückende Medizin zu empfehlen, die in den Schlagworten: Generalstreik, Weltrevolution, politische Arbeiterräte sich erschöpft. Eine unendliche Erziehungsarbeit gehört dazu, um der Arbeiterschaft die Größe ihrer Aufgaben klarzumachen. So alt und überlebt das Mittel, das wir Ihnen empfehlen, auch ist, es ist nicht das einzige, das Besserung und Heilung verspricht. Es ist das alte Wort, das wir tausendfach auf Parteitagungen und in Versammlungen dem Volke zugerufen haben: Agitation und Organisation, Schulung und stärkste Zusammenfassung aller Kräfte. Es ist das alte Wort unseres Meisters: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Dieses Wort steht gegenüber der frivolen Parole derer, die schon in Zimmerwald und Kienthal aussprachen, daß sie über Art und Zeit der Spaltung den einzelnen Parteien keine Vorschriften machten; die Hauptsache sei, daß die Sozialdemokratie in allen Ländern zerrissen werde.

Der Zerfall der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die Spaltung der K. P. D., die Zerreißung der K. A. P. D. in zwei Hälften zeigt, daß das von der Spaltung Geborene dazu gezwungen ist, sich immer wieder zu spalten und damit die Kraft der Arbeiterbewegung zu lähmen, zu Nutz und Frommen der Reaktion, die der Mühe der Bekämpfung der Arbeiterbewegung durch den verstiegenen Doktrinarismus dieser sonderbaren Revolutionäre überhoben wird. Ein Verbrechen, größer als alles Vorangegangene, bereitet sich jetzt vor durch die Proklamierung der angeblich revolutionären Notwendigkeit, auch die Gewerkschaften zu zerreißen. In den Gewerkschaften ringen die Arbeiter Brust an Brust mit dem Unternehmertum. In den Gewerkschaften führen sie den Kampf um die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage, um die Erziehung der Arbeiterschaft zur Uebernahme der Produktion. Die mächtige Organisation der deutschen Gewerkschaften mit ihren über acht Millionen Proletariern hat bisher den Spaltungsversuchen widerstanden. Aber jene Herostraten werden vor nichts zurückschrecken; denn es gibt auf der abschüssigen Bahn für sie kein Halten mehr, wenn sich nicht der gesunde Geist wieder zur Geltung bringt, den fünfzigjährige Erziehungs- und Organisationsarbeit sich geschaffen. Die einzige Hoffnung der deutschen Arbeiterbewegung ist die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Links von uns ein gärendes und brodelndes Chaos, ein wüstes Durcheinander, aus dem immer deutlicher die Unmöglichkeit hervortritt, die Gegensätze auszugleichen. Die Sozialdemokratische Partei hat durch das unentwegte Festhalten an den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie sich ihre Stärke bewahrt. Sie allein gibt der deutschen Arbeiterschaft die Hoffnung, daß allen Wirrungen und allen Irrungen, aber auch allen bewußten Zerstörern der einstmals so stolzen und einigen Arbeiterbewegung Deutschlands zum Trotz die Sammlung der proletarischen Massen unter dem alten Banner der Sozialdemokratie erfolgen kann. Wir sind des Sieges in der Zukunft gewiß, und wir zweifeln nicht daran, daß wir die Massen der Proletarier im Bekenntnis zur Demokratie und zum Sozialismus um uns sammeln werden, daß unser alter Schlachtruf sich als Wahrheit bewähren wird: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Darauf erhält das Wort zum Bericht über

Organisation und Kasse

Berichterstatter **Bartels**: Die Zahlen, die im diesjährigen Bericht des Parteivorstandes über die Parteiorganisation und die Parteifinanzen enthalten sind, liefern den Beweis dafür, was hinter den Behauptungen steckt, die man im letzten Jahre nicht selten in der unabhängigen Parteipresse lesen konnte: aus unseren Reihen finde eine Massenflucht ins unabhängige Lager statt. Während die Partei, die mit solchen Märchen operierte, morgen zusammentritt, um ihren völligen inneren Zerfall vor aller Welt zu demonstrieren, können wir hier feststellen, daß sich unsere Partei nicht nur glänzend in ihrer Organisationsstärke gehalten, sondern noch einen ansehnlichen Zuwachs zu verzeichnen hat. (Bravo!) Die Unabhängige Partei hat keine Mitgliederzahlen und keinen Kassenabschluß veröffentlicht, aus dem man Schlußfolgerungen über ihre Mitgliederzahl ziehen könnte. Aber aus den Anhaltspunkten, die der unabhängigen Presse zu entnehmen waren, darf man schließen, daß die unabhängige Parteileitung glücklich wäre, wenn sie nur mit der Hälfte der Mitglieder rechnen könnte, die unser Bericht aufweist. (Sehr wahr!)

Auch in unseren Reihen war im letzten Jahre vielfach die Ansicht vertreten, daß, wenn sich das politische Leben weniger stürmisch abspielen würde, ein Zurückfluten des großen Zuwachses, den wir nach der Revolution hatten, eintreten würde. Das ist nicht geschehen. Gewiß haben wir eine Fluktuation in unseren Mitgliederreihen zu verzeichnen gehabt; mancher, der aus dem Stadium politischer Indifferenz durch die bewegten Zeiten zum Himmelstürmer geworden war, hat bei uns keine Befriedigung gefunden und sich weiter nach links orientiert. Aber meist war dies kein Verlust für die Partei. So groß der Schaden für die Gesamtarbeiterschaft durch die Parteizersplitterung auch ist, einen Vorteil hat sie jedenfalls für unsere Partei gebracht: Dadurch, daß die linksradikalen Parteien das Sammelbecken für politische Querulanten wurden, blieb unsere Partei von diesen Schädlingen verschont. Unsere Partei ist dabei gesund geblieben, während die Parteien links von uns den Zersetzungskeim in sich tragen.

Der Parteivorstand ist in diesem Jahre in der glücklichen Lage, Ihnen eine einigermaßen vollständige Uebersicht über unseren Mitgliederstand usw. geben zu können. Das war im vorigen Jahre bekanntlich nicht der Fall, da zeigten die Tabellen große Lücken.

Gegenüber den ziffernmäßigen Angaben des Vorjahres haben wir eine Steigerung von 168 000 Mitgliedern oder 15,6 Proz. zu verzeichnen. Der wirkliche Zuwachs ist etwas geringer, da der vorjährige Bericht unvollständig war. Wir haben am 31. März dieses Jahres einen Gesamtmitgliederbestand von 1 180 208 aufzuweisen. Keine politische Partei verfügt über eine so große Zahl organisierter Anhänger, und wir können mit Stolz und Genugtuung konstatieren, daß trotz aller Anfeindungen von rechts und links wir mit solchen Zahlen aufmarschieren können. Das ist sicher ein Beweis der unverwüstlichen Lebenskraft, die in unserer Partei steckt.

Nicht in allen Bezirken haben wir einen Zugang zu verzeichnen. Wie Sie im Bericht auf Seite 71 sehen, haben neun Bezirke einen Rückgang an Mitgliedern aufzuweisen. Wenn dabei der Bezirk „Niederrhein" mit einem Rückgang von 13 000 Mitgliedern aufgeführt ist, so trifft dies nicht ganz zu. Es muß dabei beachtet werden, daß der aufgeführte Bezirk Krefeld sich im Laufe des Geschäftsjahres vom Bezirk Niederrhein abgetrennt hat, also dessen Mitgliederzahl bei der vorjährigen Zahl für den Bezirk Niederrhein mit einzustellen wäre.

Die hohen Zugangsziffern bei den Bezirken Görlitz, Hannover und Groß-Thüringen sind allerdings zum Teil auf den mangelhaften vorjährigen Bericht zurückzuführen. Aber gute Fortschritte haben wir in den Bezirken Breslau, Kassel, Oldenburg, Oberrhein, Franken, Baden und einigen anderen zu verzeichnen.

Die Zahl der Ortsvereine unserer Parteiorganisation ist von 6673 auf 9236 gestiegen. Auch da wird freilich der Zugang nicht ganz so hoch sein, weil die Berichterstattung im vorigen Jahre mangelhaft war.

Bedauerlich ist der Rückgang der weiblichen Mitglieder um etwa 1600. Während 15 Bezirke einen Zugang an organisierten Genossinnen von rund 20 000 aufweisen, ist in 17 Bezirken ein Rückgang von 36 000 zu verzeichnen. Diese Tatsache gibt uns die Pflicht einer vermehrten Agitation unter den Frauen. Wir wollen hoffen, daß die stattgehabte Frauenkonferenz neuen Ansporn dazu gegeben hat. Selbstverständlich bedarf es dazu der tatkräftigsten Unterstützung der Genossen. Wir wollen nicht aus den Augen lassen, daß jetzt noch mehr als früher eine starke Agitation unter den Frauen unbedingt notwendig ist, weil die Frauen bei den Wahlen einen ausschlaggebenden Faktor bilden. Die Aufklärungsarbeit unter dem weiblichen Geschlecht liegt also im eminentesten Parteiinteresse. (Sehr richtig!)

Die Neugliederung der Partei, die auf dem vorjährigen Parteitage durch Schaffung des neuen Organisationsstatuts beschlossen wurde, ist im Berichtsjahre durchgeführt worden. Damit sind die früheren Reichstagswahlkreise in Wegfall gekommen und die Organisationsgliederung ist auf die neuen Verhältnisse zugeschnitten worden. Die alte Wahlkreisorganisation war jahrzehntelang die Grundlage unserer Partei. Sie hat sich durchaus bewährt, aber ihre Aufrechterhaltung war unter den neuen Verhältnissen nicht möglich. Wenn einer der vorliegenden Anträge die alte Wahlkreisorganisation wieder eingeführt haben will, so ist dies eine Unmöglichkeit. Man kann eine Organisation nicht auf Verhältnissen aufbauen, die nicht mehr vorhanden sind. Die jetzigen Bezirksorganisationen decken sich mit den heutigen Reichstagswahlkreisen. Als Bindeglieder zwischen den Bezirken und den Ortsvereinen haben wir Unterbezirke eingeführt, die man als eine Art Ersatz der früheren Wahlkreise ansehen kann. Für diese Unterbezirke sind meist besoldete Sekretäre angestellt.

Die Neugestaltung der Organisation hat sich im großen und ganzen durchaus bewährt. Freilich ist es vielfach eine Personenfrage. Wo wir geeignete Unterbezirkssekretäre haben, hat sich die Organisation gut entwickelt. Durch diese Neuordnung ist die Bedeutung der Bezirksvorstände natürlich weit größer geworden, als sie früher war. Ihr Aufgabenkreis ist erheblich gewachsen, und wir waren deshalb von vornherein genötigt, für jeden Bezirk statt des einen Sekretärs, der früher durchgängig vorhanden war, zwei Sekretäre anzustellen.

Von der Frauenkonferenz ist ein Antrag eingebracht worden, in dem der Parteivorstand aufgefordert wird, nach Möglichkeit in allen Agitationsbezirken neben den amtierenden Bezirkssekretären auch noch eine Genossin als Sekretärin anzustellen. Der Antrag sagt: „nach Möglichkeit." Ich will deshalb annehmen, daß die Antragsteller selbst überzeugt sind, daß eine vollständige Ausführung dieses Antrages zurzeit aus den verschiedensten Gründen unmöglich ist. Daß aber der Parteivorstand der Anstellung weiblicher Sekretäre durchaus sympathisch gegenübersteht, hat er bei den verschiedensten Gelegenheiten bewiesen.

Nicht weniger als 30 Anträge beschäftigen sich mit der Beitragsfrage. Fast alle diese Anträge erkennen die Notwendigkeit einer Erhöhung an; nur über das Maß der Erhöhung gehen die Meinungen auseinander. Die gegenwärtig gezahlten Beiträge reichen nicht annähernd aus, um die großen Ausgaben zu decken, die der Organisation durch die ihr zufallenden Aufgaben gestellt sind. Die Einnahmen aus den Beiträgen stellen zwar eine respektable Summe dar, aber demgegenüber sind auch die Kosten für schriftliche und mündliche Agitation usw. außerordentlich gestiegen. Der Parteivorstand hat deshalb im Antrag Nr. 322 beantragt, daß sowohl das Eintrittsgeld wie auch der im Statut festgelegte Mindestbeitrag für die männlichen sowohl wie für die weiblichen Mitglieder gegenüber dem heutigen Stande verdoppelt werden soll. Daß in den einzelnen Bezirksorganisationen über die Mindestbeiträge hinausgegangen werden muß, liegt in der Natur der Sache. Der vorgeschlagene Mindestbeitrag hält sich immer noch in recht bescheidenen Grenzen. Zwar wird es unter den heutigen Teuerungszuständen manchem Mitgliede schwer werden, auch diesen geringen Beitrag zu opfern, aber es gibt Notwendigkeiten, an denen man nicht vorbeikommt. Wir bitten deshalb, den Antrag des Vorstandes anzunehmen und damit die weiteren hierzu gestellten Anträge für er-

ledigt zu erklären. Wir sind dabei der Meinung, daß der neue Mindestbeitrag mit dem 1. April des nächsten Jahres überall in Kraft tritt.

In den Anträgen, die sich mit der Beitragsfrage beschäftigen, taucht auch die Frage wieder auf, ob man Wochen- oder Monatsbeiträge erheben soll. Wir haben im vorigen Jahre Wochenbeiträge eingeführt und sie haben sich fast überall bewährt. Nur wenige Bezirke wollen aus alter Tradition an den Monatsbeiträgen festhalten. Man sagt, die kleinen Marken seien bei der Kassierung unbequem, und weiter, man müsse aus verschiedenen Gründen an der monatlichen Kassierung festhalten. Das sind aber keine durchschlagenden Gründe. Man kann auch bei Wochenbeiträgen eine vierzehntägige oder monatliche Kassierung durchführen. Aber man darf bei der strafferen Zentralisation, zu der wir im vorigen Jahre übergegangen sind, die einheitlichen Einrichtungen, die dafür notwendig sind, nicht mehr belasten, als es zwingend erforderlich ist. Es würde die Verwaltung außerordentlich komplizieren, wenn wir neben den Wochenmarken auch noch Monatsmarken einführen wollten. Ich bitte deshalb, daß an der eingeführten Wochenmarke festgehalten wird.

Mehrere Anträge wünschen sogenannte Staffelbeiträge, d. h. Beitragshöhen, die sich nach dem Einkommen der Mitglieder richten. Wir sind durchaus der Meinung, daß bessergestellte Parteigenossen und -genossinnen über ihren Beitrag hinaus Leistungen an die Parteikasse machen. Ich nehme an, daß das auch in vielen Fällen, mindestens doch bei Wahlen, geschieht. Trotzdem aber müssen wir Sie ersuchen, Anträge, die dahin zielen, Staffelbeiträge einzuführen, abzulehnen, da die Durchführung außerordentlich schwierig ist. Unser Verwaltungs- und Abrechnungswesen würde sich dadurch ungeheuer komplizieren. Man darf annehmen, daß in manchen Orten die ehrenamtlich tätigen Kassierer kaum diese Mehrbelastung ertragen würden. Auch muß befürchtet werden, daß die Einstufungen fortgesetzt Anlaß zu unliebsamen Debatten bei den Zusammenkünften der Mitglieder geben würden. Der Nachteil, der durch Annahme dieses Antrages entstehen würde, würde also die Vorteile überwiegen. Trotz aller Sympathie für den Grundgedanken, ersuchen wir daher um Ablehnung.

Daß wir entsprechend den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung im Laufe des Jahres mehrfach Gehaltserhöhungen unserer Angestellten vornehmen mußten, ist selbstverständlich. Wir haben diese Gehaltsregulierungen stets im Einvernehmen mit der Kontrollkommission durchgeführt.

Im Berichtsjahre sind einige Aenderungen in der Zusammensetzung des Parteivorstandes zu verzeichnen, die gleichfalls mit Zustimmung der Kontrollkommission und des Parteiausschusses durchgeführt worden sind. Durch das Eintreten mehrerer unserer tüchtigsten Mitglieder in Regierungsstellen war der Parteivorstand genötigt, sich nach Ersatz umzusehen. Während der größeren Hälfte des Jahres haben wir den Genossen Dr. Adolf Braun im Parteivorstande gehabt. Er ist uns ein sehr schätzenswerter Mitarbeiter gewesen und wir wünschen sehr, daß er dauernd dem Vorstand eingegliedert werden möge. Wir haben weiter, da die Geschäfte mit unseren Druckereien und den Zeitungsverlagen infolge der Zeitungsgründungen fortgesetzt anwuchsen, den Genossen Otto Heinrich, unseren langjährigen Druckereirevisor, in den Parteivorstand mit aufgenommen, und wir haben endlich vor den Wahlen den Parteivorstand dadurch sehr wertvoll verstärkt, daß wir vier weitere Beisitzer hinzugezogen haben, und zwar die Genossen Richard Fischer, Franz Krüger, Karl Hildenbrand und den Genossen Stampfer als Chefredakteur des „Vorwärts". Auch das hat sich durchaus bewährt.

Der Genosse Wels hat schon darauf verwiesen, daß das Verlangen nach Stellung von Referenten an den Parteivorstand sehr oft herantritt. Bei der schwachen Besetzung des Parteivorstandes konnte diesen Wünschen nicht immer Rechnung getragen werden. Soweit es aber möglich war, ist dies geschehen. Gerade in letzter Zeit sind die Mitglieder des Parteivorstandes als Redner außerordentlich aktiv gewesen. Vielfach wird darauf verwiesen, daß man in den Bezirken besonders zugkräftige Redner haben müsse; und ich empfehle deshalb allgemein, daß zu dem Mittel gegriffen wird, das verschiedene benachbarte Bezirksorganisationen bereits eingeführt haben, daß ein Austausch von Abgeordneten und führenden Genossen zwischen den einzelnen Bezirken zu diesem Zweck stattfindet.

Ueber die Tätigkeit des Parteivorstandes, soweit die schriftliche Agitation in Betracht kommt, finden Sie die näheren Angaben im schriftlichen Bericht. Ich verweise nur noch auf die Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die bereits auf dem vorigen Parteitag eine Rolle spielte; und auf die Zentrale für Beamtenagitation, die wir nach dem Beschluß des Weimarer Parteitages im Berichtsjahre geschaffen haben. Die letztere hat sich besonders bei der Reichstagswahl durchaus bewährt und eine außerordentlich lebhafte mündliche wie schriftliche Agitation unter den Beamten entfaltet. Für die Beamten ist inzwischen eine Wochenschrift, „Der freie Beamte", geschaffen worden. Ebenso hat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer eine solche Wochenschrift geschaffen, welche „Der freie Lehrer" betitelt ist. Ueber die Tätigkeit dieser Institutionen im einzelnen verweise ich gleichfalls auf den schriftlichen Bericht.

Die Zahl unserer Presseorgane hat sich auf 147 gesteigert, wovon allerdings etwa ein Dutzend Kopfblätter bestehender größerer Blätter sind. Gegen das Vorjahr wäre das ein Mehr von 52. Nicht alle diese neugegründeten Blätter, die zum Teil in eigenen Druckereien hergestellt werden, haben ihre Lebensfähigkeit bewiesen. Manche werden nur mit schweren Opfern in der Hoffnung auf eine kommende bessere Entwicklungsmöglichkeit über Wasser gehalten. Unsere Genossen haben stellenweise im Zeitungsgründen eine oft verblüffende Aktivität entfaltet, ohne zu bedenken, daß bei den heute so erschwerten Voraussetzungen diese unter Umständen ein sehr kostspieliges Experiment werden kann. Vielfach sind Zeitungen entstanden, von deren Vorhandensein auch der Parteivorstand erst erfuhr, nachdem die Blätter schon monatelang erschienen waren. Der Parteivorstand betrachtet nun durchaus nicht jedes Blatt als lebensunfähig, das Zuschüsse erfordert. Diese neugegründeten Zeitungen haben natürlich, wie das auch früher der Fall war, erst ihre Kinderkrankheiten durchzumachen. Maßgebend muß natürlich die Höhe des erforderlichen Zuschusses und die tatsächliche Entwicklung sein. Unter diesen Gesichtspunkten kann man sagen, daß sich ein Teil der neugegründeten Geschäfte durchaus erfolgversprechend entwickelt. Ein kleiner Teil erfordert über dieses Maß hinaus Zuschüsse und macht uns nicht wenig Sorgen. Einige, die nicht zu halten waren und deren Gründung von vornherein ein verfehltes Experiment war, sind eingegangen oder haben während des Berichtsjahres ihr Erscheinen einstellen müssen. In solchen Fällen, wo die Blattgründungen ohne Wissen des Parteivorstandes erfolgt sind, hat sich dieser selbstverständlich zurückhaltend verhalten, doch auch hier ist er in den verschiedensten Fällen eingesprungen, wenn das Parteiinteresse es erforderte. Die Höhe unserer Darlehnsausgaben, wie Sie sie aus dem Kassenabschluß ersehen, gibt dafür ja ein beredtes Zeugnis.

Das Ergebnis unserer Rundfrage über den Stand unserer Presse ist leider nicht vollständig. 91 Zeitungen haben die Zahl ihrer Abonnenten angegeben, und zwar haben diese Organe zusammen einen Abonnentenstand von 1 186 000. Es ist keine absolute Vergleichsmöglichkeit mit dem Vorjahre gegeben, doch läßt sich aus bestimmten Vergleichen schließen, daß eine Vermehrung unserer Abonnentenzahl im allgemeinen kaum eingetreten ist, daß vielmehr ein Teil unserer Blätter Rückgänge der Abonnentenzahl zu verzeichnen hat. Das erklärt sich daraus, daß infolge der ungeheuer gestiegenen Papier- und Materialienpreise die Abonnementsgelder unserer Zeitungen erheblich erhöht werden mußten, vielfach wohl über das Maß dessen hinaus, was ein Teil unserer Anhänger aufbringen kann. Es werden deshalb vielfach Zeitungen von mehreren Abonnenten zusammen gelesen und dadurch ist stellenweise ein Rückgang der Auflage zu verzeichnen. 89 Geschäfte haben über Einnahmen an Abonnements und Inseraten berichtet. In runden Zahlen ergibt sich daraus, daß diese 89 Zeitungen an Abonnements 26 Millionen Mark, an Inseraten 20 Millionen Mark vereinnahmt haben. Demgegenüber aber ergibt sich für diese 89 Geschäfte allein eine Ausgabe für Druck und Papier von etwa 33 Millionen Mark. Weit mehr als durch die notwendigen Steigerungen von Löhnen und Gehältern sind unsere Geschäfte belastet durch die enormen Steigerungen der Papierpreise und Druckmaterialien, stieg doch das Kilo Papier, das vor dem Kriege etwa 22 Pfennig kostete, auf 4,10 Mark! Bei manchen Geschäften liegt es so, daß das unbedruckte rohe Zeitungspapier teurer ist, als der Leser für die fertige Zeitungsnummer an Abonnementsgeld zahlt. Gegenwärtig ist ja das Papier etwas im Fallen begriffen, und man darf deshalb hoffen, daß die schlimmste Zeit für das Zeitungsgewerbe überwunden sein wird. Auch die weiteren vielfach um Hunderte von Prozent gestiegenen Materialien, wie Farbe, Oel, Matrizen, Metalle und anderes, sind im Sinken begriffen, so daß auch darin eine Entlastung unserer Geschäfte eintritt.

Die „Neue Welt", die jahrzehntelang für einen großen Teil unserer Parteipresse die Sonntagsbeilage war, hat mit dem 31. Dezember vorigen Jahres ihr Erscheinen einstellen müssen. Sie ist ein Opfer der Papierteuerung geworden. Als Ersatz haben wir die Wochenschrift „Volk und Zeit" eingeführt, die bekanntlich im Tiefdruckverfahren bisher vom Verlag für Sozialwissenschaft in Berlin hergestellt wurde. Sie hat sich nicht in dem weiten Maße eingeführt, als es früher bei der „Neuen Welt" der Fall war, schon aus dem Grunde, weil sie entsprechend den Herstellungskosten für manche Zeitungen zu teuer war. Die Tiefdruckmaschine ist jetzt seit dem 1. Oktober in den Besitz der Vorwärtsdruckerei zurückgenommen, die gemeinsam mit der Vorwärts-Buchhandlung versuchen wird, „Volk und Zeit" auszubauen. Ein Antrag in unserer Vorlage über die Schaffung eines wöchentlichen Unterhaltungsblattes, der Antrag 222, kann deshalb im Hinblick darauf getrost dem Parteivorstand überwiesen werden.

Wenn ich nun mit einigen wenigen Worten noch auf unsere weiteren zentralen Zeitschriften eingehen will, möchte ich zunächst darauf verweisen, daß in den Reihen unserer Parteiorganisation und unserer Parteigenossen es vielfach allmählich in Vergessenheit geraten zu sein scheint, daß die „Neue Zeit" die wissenschaftliche Zeitschrift der Partei ist. Die Zahl der Abonnenten der „Neuen Zeit" ist leider in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Wir bedauern dies, und ich möchte unsere Parteigenossen und die Parteiorganisationen ersuchen, sich für Agitation für die „Neue Zeit" wieder mehr einzusetzen. Wir werden bemüht sein, die Zeitschrift den gestellten Anforderungen entsprechend auszubauen, ersuchen aber auf der anderen Seite, daß alles geschieht, um der „Neuen Zeit" wieder einen größeren Leserkreis zu verschaffen. Gewiß hat auch der Bezugspreis der „Neuen Zeit" gesteigert werden müssen. Das dürfte niemand verwundern. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei den enorm gesteigerten Herstellungspreisen auch der Bezugspreis dieser Zeitschrift gesteigert werden mußte, aber er hält sich immerhin in Grenzen, die es einem großen Teil der Parteigenossen ermöglichen, diese wissenschaftliche Zeitschrift der Partei zu abonnieren und zu lesen.

Zurückgegangen ist leider auch die Leserzahl der „Gleichheit", freilich war diese Tatsache auch schon im Vorjahre zu verzeichnen. Parteigenossen und besonders Parteigenossinnen! Es ist kein gutes Zeichen für das Leben in der Partei, wenn bei 200 000 weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit" nur eine Auflage von etwa 15 000 hat. (Hört, hört!) Da müßte eine Aenderung geschaffen werden, zumal der Inhalt der „Gleichheit" es verdient, daß mehr Propaganda für dieses Blatt gemacht wird. Ich hoffe, daß auch da die Frauenkonferenz anspornend wirken wird.

Der gesteigerte Preis für den „Wahren Jacob" hat es mit sich gebracht, daß die Abonnentenzahl, wenn sie auch immerhin noch sehr ansehnlich ist, gesunken ist. Mit dem Inhalt des „Wahren Jacob" herrscht vielfach Unzufriedenheit. Wir sind deshalb bemüht, ihn zu verbessern und den Wünschen der Parteigenossen mehr anzupassen. Aber auch hier — da eine so große Partei wie die sozialdemokratische natürlich ein satirisches Blatt braucht und haben muß — möchte ich bitten, sich mehr einzusetzen für die Verbreitung des „Wahren Jacob".

Der Weimarer Parteitag verpflichtete die Parteigeschäfte durch eine Bestimmung, die in das neue Organisationsstatut hineinkam, von ihrem Reingewinn 20 Proz. an die Parteikasse abzuführen. Ich muß leider konstatieren, daß dieser Verpflichtung nicht alle Parteigeschäfte nachgekommen sind. Von den 68 Parteigeschäften, die nach unserer Aufstellung Reingewinne zu verzeichnen haben, haben im letzten Geschäftsjahr nur 25 diese 20 Proz. abgeführt. Einige sind nach Abschluß des Jahres noch hinzugekommen. Die Höhe dieses Betrages ist im schriftlichen Bericht angegeben. Es ist nicht befriedigend, daß nur eine so verhältnismäßig kleine Zahl dieser jetzt statutarischen Verpflichtung nachgekommen ist. Mildernd wollen wir in Betracht ziehen, daß es das erste Jahr ist, in dem abgeführt werden mußte, und daß weiter — das entschuldigt natürlich nicht vollständig — ein Teil unserer Parteigeschäfte trotz buchmäßigem Reingewinn doch unter Finanzschwierigkeiten zu leiden hatte, weil ein Geschäft heute eines zu großen Betriebskapitals bedarf. Wir möchten aber doch nicht verfehlen, auch von dieser Stelle aus die Säumigen an ihre Pflicht zu erinnern. Und wenn es im neuen Geschäftsjahr nicht besser geworden ist, werden wir auch nicht davor zurückschrecken von dieser Stelle aus die Parteigeschäfte namhaft zu machen, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Vielleicht würde das die erwünschte Wirkung haben. Es muß aber auch festgestellt werden, daß wir bei dieser Gelegenheit die Entdeckung machen mußten, daß nicht alle unsere Geschäftsführer in der Prozentrechnung ganz sicher sind. (Heiterkeit.) Sie haben sich dabei vielfach verrechnet, meist allerdings zuungunsten der Parteikasse. Auch hier aber darf man wohl hoffen, daß die Uebung besserend nachhelfen wird.

Ein seit Jahren angeregtes Projekt ist jetzt verwirklicht worden in der Schaffung einer Einkaufszentrale für unsere Parteigeschäfte. Diese Einkaufszentrale, die als Abteilung des Parteivorstandes geschaffen ist, hat in diesen Tagen ihre Tätigkeit endgültig aufgenommen. Es ist dabei zunächst

nicht an die Schaffung eines Lagers gedacht. Zunächst sollen durch gemeinsame große Abschlüsse mit bestimmten Fabriken und Verbänden, von denen dann unsere Geschäfte wiederum zu beziehen haben, Vorteile für die Partei wie für die einzelnen Geschäfte erzielt werden. Es können dadurch erhebliche finanzielle Vorteile erreicht werden, das haben wir jetzt schon erfahren. Je größer jedoch die Abschlüsse sind, die wir machen können, desto beträchtlicher wird natürlich auch der Vorteil sein, der dabei herausspringt. Deshalb möchten wir die Genossen bitten, überall darauf zu dringen, daß unsere Geschäfte Farbe, Matrizen wie andere Druckereibedarfsartikel und auch Papier in Zukunft nur noch durch die Einkaufszentrale beziehen. Wir hoffen, damit unseren Parteieinrichtungen mit der Zeit ansehnliche Beträge zuführen zu können.

Nun noch einige Worte zum **Kassenbericht** selbst. Seit 1913 können wir zum erstenmal wieder mit einem Ueberschuß abschließen. (Hört, hört!) Er beträgt 220 850 Mk., wovon wir 179 037 Mk. dem Vermögen zuführen konnten. Das ist freilich nur ein bescheidener Teil von dem, was in den letzten sieben Jahren dem Vermögen entnommen werden mußte. Dieser relativ günstige Abschluß ist in erster Linie zurückzuführen auf die Beitragsabführung, die gegenüber dem Vorjahre um reichlich das Vierfache gestiegen ist. Die sprunghafte Mitgliederzunahme, die wir nach dem November 1918 zu verzeichnen hatten, und die sich beim vorjährigen Abschluß in der Beitragsabführung noch nicht bemerkbar machte, trat in diesem Geschäftsjahr voll in Erscheinung. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese genannte Steigerung natürlich völlig anormal ist, und daß sie sich in dem Maße in den kommenden Jahren nicht wiederholen wird. Verdoppelt haben sich auch die „Sonstigen Beträge", die Sie unter den Einnahmen aufgeführt finden. Darunter sind die 450 000 Mark, die von den Geschäften als Anteil am Reingewinn abgeführt wurden, außerdem — um nur einige weitere Posten herauszugreifen — 60 000 Mk., die die Reichstagsfraktion als Parteibeitrag der Parteikasse zuführte, und weitere 19 000 Mk., die zum gleichen Zweck von der Fraktion der Preußischen Landesversammlung der Parteikasse überwiesen wurden. — Unter den Ausgaben finden Sie eine erhebliche Steigerung der Agitationsausgaben. Erklärlicherweise gestiegen sind auch die Ausgaben für unsere zentralen Einrichtungen: für die „Parteikorrespondenz", den Bildungsausschuß usw. Das liegt in den Verhältnissen begründet. Die Ausgaben auf Darlehnskonto haben sich mehr als vervierfacht, was zum größten Teil auf die neugegründeten Parteigeschäfte zurückzuführen ist. Die Ausgaben für die diesjährigen Reichstagswahlen sind in dem vorliegenden Abschluß jedoch noch nicht enthalten, sie werden erst im nächsten Jahre im Kassenabschluß in Erscheinung treten, und soviel kann ich jetzt schon sagen: eine sechsstellige Zahl wird dafür allerdings nicht ausreichen. (Hört, hört!) Alles in allem bedeutet der diesjährige Kassenbericht nach den vielen Defizitjahren, die wir gehabt haben, eine kleine Atempause. Bei den immens steigenden Ausgaben einen erträglichen nächstjährigen Abschluß herbeizuführen, wird unsere Aufgabe sein müssen, und das wird nur möglich sein, wenn die Parteigenossen und -genossinnen das erträgliche Opfer bringen, das wir mit der Erhöhung des Mindestbeitrages fordern. Gern anerkennen wollen wir, daß ein großer Teil der Bezirke bei der letzten Wahl kräftig durch eigene finanzielle Kraftaufwendungen mitgeholfen hat, den gewaltigen Anforderungen gerecht zu werden. In wenigen Monaten jedoch werden wir vor neuen Wahlkämpfen stehen. Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung werden wahrscheinlich noch im Laufe dieses Winters oder zu Beginn des Frühjahrs stattfinden, und es ist anzunehmen, daß die Wahl eines neuen Reichstages wahrscheinlich nicht lange auf sich warten lassen

wird. Wir müssen deshalb rüsten, um agitatorisch und finanziell diesen großen neuen Anforderungen gewachsen zu sein. Die letzte Wahl brachte uns den Verlust der Mitläuferstimmen vom Januar 1919 und damit natürlich auch einen Mandatverlust. Wir bleiben aber die stärkste Partei des Reiches, und unser Organisationsgefüge steht unerschüttert da. Das gibt uns die Bürgschaft für kommende Siege! Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt der Sammelpunkt für das gewaltige Heer der Hand- und Kopfarbeiter, die dem Ziele des Sozialismus fest und sicher entgegenmarschieren. Weder die Verleumdungen von rechts noch die Beschimpfungen von links können daran etwas ändern. Aus den Nöten unserer Zeit können uns weder kapitalistische Selbstsucht noch radikale Phrasen retten, das kann nur die systematische Durchführung des Sozialismus, wie sie unsere fest auf dem geschichtlichen Boden der alten Sozialdemokratie stehende Partei erstrebt. Diese feste Ueberzeugung soll uns die Richtschnur für unsere weitere Arbeit sein. Damit dienen wir unserem durch den Krieg und den Friedensschluß niedergetretenen Volk, damit dienen wir zugleich der gesamten leidenden Menschheit! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Müller**: Alter Uebung gemäß werden wir mit dem Bericht des Parteivorstandes den Bericht der Kontrollkommission verbinden. Das Wort hat der Berichterstatter

Brühne-Frankfurt a. M. (Kontrollkommission): Die Kontrollkommission hatte sich im letzten Geschäftsjahr mit folgenden Beschwerden zu befassen: Genosse Kühn, früher in Weimar, erhob Beschwerde gegen den Parteivorstand wegen Nichtbezahlung der Umzugskosten. Dieser kam zur Abweisung der Beschwerde, weil es Sache der Bezirksorganisation ist, solche Fälle zu regeln. Erst wenn die Bezirksorganisationen nicht genügend Geldmittel besitzen, darf der Parteivorstand eingreifen. Genosse Kühn hat in diesem Falle später seine Forderung durch den Parteivorstand ersetzt erhalten. Genosse Grün-Magdeburg führte Beschwerde wegen Verweigerung von 240 Mark Strafgeldern und Kosten wegen eines Pressevergehens in Thorn. Der Parteivorstand hatte die Zahlung abgelehnt, weil es auch hier Sache der Bezirksorganisation ist, zu zahlen. Die Kontrollkommission hat sich der Entscheidung des Parteivorstandes angeschlossen. Nach weiteren Verhandlungen wurden die Kosten durch den Parteivorstand ersetzt. Die Hilfsarbeiter beim Parteivorstand erhoben Beschwerde, weil ihre Forderungen auf Gehaltserhöhungen und Zulagen nicht ganz bewilligt waren. Nach Rücksprache der Kontrollkommission mit dem Parteivorstand wurde diese Angelegenheit in zufriedenstellender Weise geregelt. Die Hilfsarbeiter zogen daraufhin ihre Beschwerde zurück. Anschließend hieran will ich gleich bemerken, daß sich die Kontrollkommission dreimal mit der Gehaltsfrage der Bezirkssekretäre, der Mitglieder des Parteivorstandes und der Hilfsarbeiter beim Parteivorstand beschäftigt hat. Alle früheren Bewilligungen und Teuerungszulagen standen ja in gar keinem Verhältnis zu der ungeheuren Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel. Es hatte gar keinen Wert mehr, daß man von Zeit zu Zeit Zulagen gewährte. Mit diesem Flickwerk konnten wir nicht mehr auskommen. Wie die Dinge nun einmal liegen, kann der Parteivorstand seinen Hilfsarbeitern und Sekretären Gehälter bewilligen, nicht aber sich selbst. Wir haben daher in der letzten Sitzung in Berlin die Gehaltsfrage geregelt und hoffen, daß das nun für eine Zeitlang genügt und daß die Angestellten sich damit zufrieden geben.

Was die übrige Tätigkeit der Kommission betrifft, so haben wir im letzten Jahre wie auch früher die Parteigeschäfte, vor allen Dingen die Parteikasse, die Buchhandlung Vorwärts und den „Vorwärts" selbst revidiert. Auch die

Stuttgarter Geschäfte haben zwei Mitglieder der Kontrollkommission revidiert. Wir haben alles in bester Ordnung befunden und beantragen namens der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Bravo!)

Zugleich mit dem Bericht des Parteivorstandes werden der Bericht der Kontrollkommission und die zu beiden Punkten vorliegenden Anträge zur Debatte gestellt.

Vorsitzender **Müller** stellt die Unterstützungsfrage für die neu eingegangenen Anträge:

Von den zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträgen finden genügende Unterstützung die Anträge: 12 bis 19, 21 bis 23, 25, 26 bis 64, 67, 68, 71 bis 73, 75, 86, 88, 113, 121, 134, 138 Abs. 2, 162, 173, 180, 192, 196, 205 bis 213, 215 bis 217. 223, 229, 231, 234 bis 236, 287, 302, 305, 306, 315, 316, 321, 322, 324, 327, 341, 354.

Nicht genügende Unterstützung finden die Anträge: 20, 24, 65, 66, 69, 70, 74, 222, 308a.

Dr. **Quarck** regt an, zur Vorberatung des Agrarprogramms eine Kommission einzusetzen, die dann dem Plenum bestimmte Vorschläge unterbreiten könnte.

Der Vorsitzende **Müller** erwidert darauf, die Voraussetzung für die Arbeit einer solchen Kommission sei doch, daß das Referat über die Richtlinien vorher gehalten werde. Es werde sich im Laufe der nächsten Tage Gelegenheit ergeben, auf diese Frage zurückzukommen.

Der Parteitag stimmt dem zu.

Die Nachmittagssitzung soll mit der Debatte über den Vorstandsbericht beginnen.

Der Vorsitzende **Müller** teilt mit, daß die georgische Sozialdemokratie dem Parteitag in einem Telegramm die besten Glückwünsche zur erfolgreichen Arbeit übermittelt hat. (Bravo!)

Schluß der Sitzung: 1 Uhr 5 Minuten.)

Nachmittagssitzung.

Der Vorsitzende **Scheidemann** eröffnet die Sitzung.

Der Parteitag tritt in die Debatte über den Bericht des Parteivorstandes ein.

Nimmerfall: Ich habe zu dem schriftlichen Bericht des Parteivorstandes einige Berichtigungen zu bringen. Auf Seite 38 des Berichtes heißt es, daß Bayern, Franken, die Oberpfalz, Niederbayern, Oberbayern und Schwaben keinen Bericht über die Zahl der sozialistischen Magistratsvertreter eingesandt hätten. Ich teile mit, daß es in Bayern seit der Revolution keine Magistratsvertreter mehr gibt, wir haben nur noch ein Einkammersystem, nur noch Gemeinderäte und Stadträte.

Bei dieser Gelegenheit noch ein paar Worte über die Erfolge, die wir bei den letzten Gemeinde-, Kreis- und Bezirksratswahlen in Bayern hatten. Wir sind mit dem Erfolg nicht zufrieden, aber trotz alledem können wir konstatieren, daß kein Städtchen in Südbayern, das über 4000 Einwohner zählt, ohne einen Vertreter von uns im Stadtrat ist. Die größeren Städte haben den ersten und zweiten Bürgermeister aus unseren Reihen, und in vielen Landgemeinden haben wir ebenfalls neben den Gemeinderäten noch besondere Bürgermeister. Ich bitte, zu beachten, daß unsere Wahlkämpfe zu den Gemeinde-, Kreis- und Bezirksratswahlen im Juni 1919 stattfanden. Kurz vorher war die bekannte Rätezeit, wo ein Teil von theoretisch noch nicht einmal gebildeten Phrasendreschern wie Levin und Konsorten die Leute zum Bolschewismus verführten, eine ganze Reihe von armen Teufeln, die ich Kriegs- und Revolutionspathologen nenne, die man auch Ruppfack-Spartakisten nannte. Man versprach diesen Leuten in Versammlungen, daß, wenn sie bei den Rotgardisten mittun, Land bekommen würden, die Güter würden verteilt, und jeder einzelne wäre glücklich in Bayern, dem Lande des neuen Bolschewismus. Das löste natürlich eine ungeheure Furcht aus, und diese Furcht trug mit dazu bei, daß wir in den Juniwahlen 1919 so wenig Erfolg hatten.

Wir bedauern auch, daß das Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften nicht mehr wie früher besteht. Die Gewerkschaftsmitglieder waren zersplittert in U. S. P., Kommunisten und sozialdemokratische Mitglieder, und wenn in den Gewerkschaftsversammlungen versucht wurde, für die sozialdemokratische Organisation zu werben, so hieß es sofort: „Das hat mit der Gewerkschaft nichts zu tun. Auf der anderen Seite wurde aber der schärfste und gemeinste Terrorismus von den U.-S.-P.-Leuten und den Kommunisten getrieben. Das geschieht noch bis auf den heutigen Tag. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig sein, und ich möchte deshalb hier auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie betonen, daß wir nicht ohne weiteres die U.-S.-P.-Krakeler — ich rede dabei nicht von den Verführten und von den Mitläufern — in unsere Organisation aufnehmen dürfen. Das könnte die größte Gefahr für unsere eigene Partei werden. (Sehr gut!) Denn dadurch würden die ruhigen Elemente bei uns dazu gebracht, zu erklären: Dann gehe ich weg. Anders aber ist es mit den Verführten. Ich bitte, nicht zu überlesen, welchen schweren Kampf wir in Südbayern haben, wo 23 bürgerliche Blätter mit 1 123 000 Abonnenten zwei sozialdemokratischen Blättern, der „Münchener Post" und der „Schwäbischen Volkszeitung" in Augsburg gegenüberstehen. Wir arbeiten jetzt mit aller Mühe daran, unser vor dem Kriege gut eingeführtes „Bayerisches Wochenblatt" wieder hochzubringen, damit wir unter den schwierigen bayerischen Verhältnissen unserer Presse in der Landbevölkerung wenigstens einmal wöchentlich Eingang verschaffen. Ich bitte, zu beachten, daß in Oberbayern der Sitz des königlichen Försters aus alter Zeit Escherich ist, und daß wir zu gleicher Zeit dort der Dr. Heimschen christlichen Bauernorganisation gegenüberstehen. Alles dies erschwert uns die Arbeit in Bayern außerordentlich. Aber ich spreche mit unserem Delegierten aus Holland: „Trotz alledem!"

Bei all diesen Kämpfen vergessen wir unsere Freunde jenseits der bayerischen Grenzpfähle nicht: die Deutschösterreicher. Am 17 Oktober sind dort die Nationalratswahlen. Dann helfen wir mit durch Wort und Tat, damit, wenn die Zeit kommt, wo endlich einmal die Deutschösterreicher dort hinkommen, wohin sie längst wollten, nämlich in den Deutschen Reichsverband, die Saat reif ist, die wir jetzt säen, damit auch die Frucht für uns reift.

Eine Reihe von Anträgen beschäftigen sich mit der Erhöhung der Beiträge. Wir sind damit einverstanden. Die Mindestbeiträge von 30 und 40 Pf. reichen nicht einmal aus, um die Entwertung des Geldes auszugleichen. Ich richte aber als Leiter der Organisation von Südbayern den Ruf besonders an die größeren Industrieorte, wo es den Parteigenossen möglich ist, mehr Bildung durch Vorträge usw. zu geben, daß sie den Beitrag als Mindestbeitrag betrachten. Wenn in den größeren Städten nicht höhere Beiträge als die Mindestbeiträge genommen werden, dann dürfen Sie auch von den kleinen ländlichen Bezirken nicht verlangen, daß sie etwa dieselben Beiträge bezahlen wie in München und Nürnberg. (Bravo!)

Brostwitz: Der Vorstandsbericht erstreckt sich auf eine Zeit, die als die schwerste betrachtet werden kann, die die Partei jemals durchmachen mußte.

Wir befanden uns in einem furchtbaren Kreuzfeuer, wurden von rechts und links begeifert und verspottet. Unter diesen Umständen mußten wir unsere Agitation betreiben. Wenn wir trotz alledem heute konstatieren können, daß die Partei allen Stürmen von rechts und links getrotzt hat und sogar einen erheblichen Mitgliederzuwachs verzeichnen kann und über eine innere Gesundung berichten kann, so zeugt das davon, daß die Politik der alten Sozialdemokratie während des Krieges und seit der Revolution richtig war. Das gibt uns die Zukunftshoffnung, daß wir noch mehr als bisher vorwärtsschreiten werden.

Wenn wir das verflossene Geschäftsjahr überblicken, so können wir mit Genugtuung feststellen, daß es günstige Erfolge zeitigte. Wir müssen versuchen, auch für das kommende Jahr neue Waffen zu schmieden. Eine der wesentlichsten Aufgaben wird es sein müssen, die in größeren Scharen nach der Revolution zu uns gekommenen Arbeiter, Angestellten und Beamten intellektuell im Geiste des Sozialismus zu erziehen. Gerade die Kreise, die bis zur Revolution rechtlos waren und sich am Klassenkampf nicht beteiligen konnten, müssen in die Kette der sozialistischen Kämpfer eingereiht werden. Daraus erwächst uns eine schier unlösbare Aufgabe. Aber sie muß gelöst werden, und ich bitte den Parteitag, alle Anträge anzunehmen, die dahin gehen können, die Vertiefung der sozialistischen Anhänger im Geiste des Sozialismus durchzuführen. In dieser furchtbaren politischen Wirrnis wird diejenige Partei Sieger bleiben, die über klare Köpfe und die tiefste Erkenntnis der Lehren des Sozialismus verfügt. Wenn wir jetzt sehen, wie links von der Sozialdemokratie alles durcheinander läuft und wie in unserer Partei alle diejenigen geblieben sind, die auf dem Wege des demokratischen Sozialismus die großen Aufgaben der Sozialdemokratie erfüllen wollen, so müssen wir gerade auf diesem Gebiete alle Kräfte anwenden.

Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie jahrzehntelang Oppositionspartei war und vorwiegend agitatorische Aufgaben hatte. Heute aber sitzen Sozialdemokraten in allen Körperschaften. Heute ist die Bildungsarbeit in Reich, Staat und Gemeinden so umfangreich geworden, daß wir sehr oft bei Besetzung wichtiger Posten die Klage hören, daß wir nicht die Leute dafür haben. Deshalb sollten wir mit aller Kraft daran arbeiten, geschulte Sozialisten zu erziehen, die in Reich, Staat und Gemeinde diesen Pflichten nachkommen können.

Sehr wichtig ist auch die innere Festigung der Organisation. Im Vordergrund steht dabei der weitere Ausbau der Bezirksagitation. Wir wissen, mit welchem unerhörten Terror die Linksradikalen unsere Genossen in den Betrieben tyrannisiert haben. Dem können wir nur durch eine straffe Bezirksorganisation begegnen. Wenn auch der Weimarer Parteitag diese Bezirksorganisation schon geschaffen hat, so muß auch der diesjährige Parteitag für den weiteren Ausbau der Organisation sorgen.

Sehr wichtig ist auch die Gesundung der Finanzen unserer Partei. In Konsequenz dieser Auffassung sind wir mit dem Vorstandsantrag einverstanden. Wir wünschen nur, daß dieser erhöhte Beitrag dann auch im ganzen Lande gezahlt wird. Aus dem Vorstandsbericht geht hervor, daß schon drei Bezirke einen Wochenbeitrag von 40 Pf. für männliche Mitglieder haben, alle anderen zahlen nur die Hälfte. Den Beitrag für weibliche Mitglieder von 25 Pf. hat auch nur ein Bezirk. Wenn alle anderen Bezirke hier nachfolgen könnten, wäre die Finanzlage zum großen Teil schon gelöst.

Mein Vorredner sagte, daß die Großstädte in der Beitragsfrage vorangehen müßten. Dem möchte ich entgegenhalten, daß man heute nicht mehr

behaupten kann, daß die ländlichen Arbeiter nicht denselben Beitrag leisten können wie die großen Städte, weil in den großen Städten die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Not so groß ist, daß das großstädtische Proletariat häufig viel schlechter dasteht als die Arbeiter auf dem Lande.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Parteitag die Parteiarbeit im Lande beleben wird und daß der Geist des Sozialismus bis in die letzte Proletarierhütte getragen werden kann. Wenn das geschieht, dann hat auch der Kasseler Parteitag seine Pflicht erfüllt. (Bravo!)

Schnabrich: Wenn mich auf diesem Parteitage eins nicht befriedigt hat, dann war es der Bericht des Parteivorstandes aus dem Munde des Genossen Wels. Ich muß leider aussprechen, daß ein solcher philanthropischer Parteivorstandsbericht nicht dazu beitragen kann, die Klarheit und Zielsicherheit innerhalb der Parteiorganisation zu festigen. Solange der Parteivorstand sich nicht gegliedert und die einzelnen Ressorts eingeteilt in Außenpolitik, Sozialpolitik und sonstige allgemeine Politik, werden wir immer wieder auf den Parteitagen damit zu rechnen haben, daß die philanthropischen Parteivorstandsberichte kein Ende nehmen. Ich möchte deshalb für die Zukunft hoffen, daß die Vorstandsberichte etwas anders ausfallen. Unsere Politik hat einen starken Berliner Einschlag und ist durchaus nicht dem ganzen Lande angepaßt. (Heiterkeit.) Die Berliner Politik ist noch lange nicht die preußische und die preußische erst recht nicht deutsche Politik. Wer die Reichseinheit erhalten will, muß die preußische Vormundschaft abstreifen.

Wenn der Genosse Wels meinte, es werden große Kanonen als Versammlungsredner verlangt, so möchte ich erwidern: Wenn erst eine große Kanone kommen muß, um die Situation zu retten, dann ist überhaupt nichts mehr zu retten. Sie müssen sich auf die eigene Kraft verlassen. So sehr wir Gewicht darauf legen, daß unsere Parlamentarier und die bekannten Führer von Zeit zu Zeit sich den Massen vorstellen, so sehr muß ich Wert darauf legen, daß die Partei nicht die Partei der großen Redner sein darf, sondern die Partei der großen Handlungen werden muß. (Bravo!)

Ich habe vom Genossen Wels nicht gehört, welche großen Erfolge die Partei errungen hat. Daß wir in Deutschland die Republik und die Demokratie noch haben, ist einzig und allein der Sozialdemokratie zu verdanken. Würde es nach den Kommunisten und nach der U. S. P gegangen sein, so würden wir keine Demokratie mehr haben. Aber es gibt Leute, die nicht mehr daran denken, welche enormen Kämpfe es gekostet hat, um überhaupt so weit zu kommen, wie wir heute sind. Wie kann man nach einer politischen Umwälzung erwarten, daß sofort auch die ökonomische Umwälzung kommt. Das ist in der ganzen historischen Entwicklung der Menschheit noch nirgends der Fall gewesen. Deshalb muß den Massen gesagt werden, daß die gesunde Realpolitik die Notwendigkeit der Stunde ist. Nicht damit wird den Massen geholfen, daß man nur Reden hält. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Die Kommunisten und die Unabhängigen mögen diese Phrasenpolitik treiben, aber die Parteigenossen dürfen den Unabhängigen nicht nachrennen und dürfen nicht radikaler sein wollen als die Unabhängigen selber.

Wenn einer von der andern Richtung über Noske schimpft, dann schimpfen die Parteigenossen gewöhnlich mit. Wenn aber nur ein Zehntel der ganzen Unabhängigen und der Kommunisten ein Fünftel von der Courage gehabt hätten, die Noske entwickelt hat, dann wären wir in unserer ganzen agitatorischen Tätigkeit weiter.

Auf diesen Parteitag wird nicht bloß Deutschland schauen, sondern die Welt. Und da heißt es für uns: nicht nach Moskau, nicht nach Paris, nicht

nach London, aber auch nicht nach Berlin! (Schallende Heiterkeit.) So sehr wir deutschen Sozialdemokraten in Deutschland nicht verhindern konnten, daß wir in den Krieg mußten, so konnten das auch die anderen Nationen nicht. Und so müssen wir eingestehen, daß die Internationale vor dem Kriege zu schwach war. Diese Kraft muß aber die Internationale aus der neuen Entwicklung gewinnen, und wir hoffen, daß wir auf dem nächsten Parteitag mehr auswärtige Vertreter begrüßen können. (Beifall)

Cohen: Aus der Fülle der Dinge, die in dem Bericht des Parteivorstandes behandelt worden sind, greife ich nur eine Frage heraus, die der auswärtigen Angelegenheiten. Mehr als je bestimmt im Augenblick die auswärtige Politik das Schicksal unseres Landes. Wir finden entweder den rechten Weg für auswärtige Politik, dann ist der Wiederaufbau Deutschlands möglich. Wenn wir ihn nicht finden, brauchen wir uns über einen inneren Aufbau nicht lange den Kopf zu zerbrechen, weil das Ende Deutschlands dann besiegelt ist. Nun muß man leider sagen, daß Deutschland in der auswärtigen Politik stets den falschen Weg gegangen ist, vor dem Kriege, im Kriege und nach dem Kriege. Während des Krieges, wo, wie auch jetzt wieder durch die Erzbergerschen Erinnerungen bestätigt wird, der Friede mit Rußland zweimal greifbar nahe war, hat die englische Einstellung der deutschen Politik diesen einzigen Ausweg verbaut. Die dauernd gehegte Hoffnung, die die Politik Bethmann Hollwegs und die der Reichstagsmehrheit bestimmte, sich im Osten schadlos zu halten und mit England zu einer leichten Verständigung zu gelangen, hat getrogen. Leider hat auch die deutsche Sozialdemokratie — und das ist für mich besonders schmerzlich — maßgebend diese falsche Politik beeinflußt, und sie kann sich auch jetzt noch nicht auf den richtigen Weg zurückfinden. Diese englische Einstellung der deutschen Politik hat nach Beendigung des Krieges zu der Illusion geführt, man könne mit englischer Hilfe einen billigen Frieden erhalten. Das war von vornherein unmöglich. Wir konnten, nachdem der Krieg einmal bis zum bitteren Ende ausgefochten war, unmöglich noch einen Verständigungsfrieden erwarten. Dafür ist der Zeitpunkt versäumt worden. Der Frieden mußte hart werden, das entsprach den Zerstörungen des Krieges, und es konnte sich nur darum handeln, daß bei der Durchführung dieses harten Friedens unsere Lebensnotwendigkeiten die nötige Berücksichtigung fanden. Da ist nun der ungeheure Fehler begangen worden, die deutsche öffentliche Meinung von vornherein gegen das Land einzunehmen, das infolge der Kriegszerstörungen die größten Wiedergutmachungsforderungen an uns stellen mußte: gegen Frankreich. Man muß wenn man die französische Haltung verstehen will, den Versuch machen, sich einmal, wenn auch nur für einen Augenblick, in die Lage dieses Landes zu versetzen. Damit ist nicht gesagt, daß man sich seinen Standpunkt ohne weiteres zu eigen zu machen hat, aber man wird ihn ohne diesen Versuch überhaupt nicht verstehen können. So sehr ich nun der Meinung bin, daß der Versailler Friedensvertrag nimmermehr wörtlich erfüllt werden kann, so offen muß ich sagen, daß der größte Teil seines materiellen Inhalts deshalb erfüllt werden muß, weil er ganz einfach den durch den Krieg hervorgerufenen Zerstörungen entspricht. Es ist sehr oft in Deutschland ausgesprochen worden, daß diese Wiedergutmachungspflicht anerkannt wird. Wirkliche Vorschläge aber für diese Gutmachung sind erst jetzt, nachdem man mehr als ein Jahr hat nutzlos verstreichen lassen, gemacht worden. Dazu kommt, daß wir nichts getan haben, um Frankreich von unserem guten Willen, mit ihm zusammenzukommen, zu überzeugen viel zu wenig getan haben. Von vornherein haben wir, obwohl wir die Lage Frankreichs hätten erkennen müssen, alle Breitseiten nur gegen Frankreich gerichtet und die Franzosen den Deutschen als die Feinde bezeichnet,

die sich ihr Verhalten lediglich von deutschem Haß diktieren ließen. So ist allmählich eine Atmosphäre geschaffen worden, die einer Verständigung so ungünstig wie möglich sein mußte. Durch falsche Nachrichten über Frankreich, ebenso durch die Unterschlagung wichtiger Dinge ist die öffentliche Meinung vollkommen irregeführt worden. Dafür einige Beispiele: In der wichtigen Frage der Kriegsgefangenen, bei der es prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nicht gibt, und die das deutsche Volk bis ins tiefste aufrührte, weil es keinen Deutschen gab, der nicht das größte Mitgefühl mit den Kriegsgefangenen gehabt hätte, ist z. B. die Stimmung gegen Frankreich mit unwahren Mitteln eingenommen worden. Der Ausgangspunkt dieser Kampagne war die Waffenstillstandskommission. Als ich auf dem zweiten Rätekongreß Herrn Erzberger wegen dieser Stimmungsmache scharf angriff und dabei ausführte, daß es keine maßgebende und offizielle Stelle in Frankreich gäbe, die sich für die aus den Kreisen der Waffenstillstandskommission hervorgegangene Behauptung anführen ließ, daß die Kriegsgefangenen über die Ratifikation des Friedens hinaus zurückbehalten werden sollten, kam eine sehr merkwürdige Antwort. Der Vertreter Erzbergers, Dr. Driesen, mußte auf dem Rätekongreß zugeben, daß eine solche Forderung lediglich von zwei Boulevardblättern gestellt war. Wohin soll nun das führen, wenn man die Aeußerung chauvinistischer Boulevardblätter dem deutschen Volk als die offizielle Politik Frankreichs hinstellt, und wohin soll es führen, wenn eine Zeitung wie der „Vorwärts" in ähnliche Kerbe schlägt? Ende 1919 hat nämlich der „Vorwärts" es direkt ausgesprochen, daß Frankreich die Kriegsgefangenen als Faustpfand für die Erfüllung der Wiedergutmachung zurückbehalten wolle. Kein Wort daran ist wahr gewesen, aber zur Vergiftung der Volksmeinung hat dies Verhalten tüchtig mit beigetragen. Ebenso haben die damals drei offiziösen Organe in Deutschland: das Wolffsche Telegraphenbureau, die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und der „Vorwärts", als infolge der Versenkungen bei Scapa Flow ungeheure Mengen Docks und anderen Hafenmaterials von Deutschland verlangt wurden, diese Forderung als französische Forderung hingestellt. Als sich herausstellte, daß diese tödliche Forderung, die fast zur Verweigerung der Friedensunterschrift geführt hätte, in der Hauptsache von England ausging, haben sich das Wolffsche Telegraphenbureau und die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erst lange nachher und wenig deutlich dazu entschlossen, diese Tatsache mitzuteilen. Das sind nur ein paar Beispiele, die lediglich als Belege für die falsche Methode dienen sollen, wie man das deutsche und das französische Volk gegeneinander verhetzt hat. Nichts aber kommt z. B. darüber in die deutsche Presse (auch nicht in die sozialdemokratische), daß bei den Vorverhandlungen für den Versailler Frieden der französische Marschall Foch sich im Gegensatz zu England für die Schaffung eines deutschen Milizheeres eingesetzt hat. Wie wichtig das gewesen wäre, haben wir beim Lüttwitz-Putsch erlebt. Wenn wir Milderungen des Versailler Friedensvertrages durchsetzen wollen, so sind sie nur durch eine Verständigung mit Frankreich zu erreichen. Und wenn Frankreich sieht, daß Deutschland, wie es auch der deutsche Gesandte Dr. Meyer in Paris ausgedrückt hat, bis an die Grenze des Möglichen zu gehen bereit ist, und ferner sieht, daß die große Masse des deutschen Volkes absoluter Gegner der Revanchepolitik ist, so bin ich überzeugt, daß wir nicht nur die scharfen und undurchführbaren Bedingungen des Versailler Friedens mildern, sondern auch in ein erträgliches, sich immer mehr besserndes Verhältnis zu unseren französischen Nachbarn gelangen werden. (Zuruf: Besetztes Gebiet!) Gewiß, die Dinge im besetzten Gebiet sind schlimm, und jeder wird die dort vorkommenden Uebergriffe bedauern, aber die dort vorkommenden Dinge sind keine französische Sonder-

erscheinung, sie ereignen sich vielmehr überall dort, wo ein Gebiet durch fremdes Militär besetzt ist. Und wenn man die Akten über die Besetzung Frankreichs durch Deutschland nach dem Kriege von 1870/71 überprüft, so werden sich, wie ich glaube, allzu große Unterschiede nicht ergeben. Worauf es ankommt, ist nach dem Gesagten dies: Wir müssen uns endlich einmal dazu entschließen, nicht mehr auf die englische Hilfe zu hoffen. Dabei will ich nicht so weit gehen, zu verlangen, daß wir ein uns von England erzeigtes Entgegenkommen ablehnen sollen. Aber wir dürfen keinerlei englisches Entgegenkommen annehmen, das uns auf Kosten der Verständigungsmöglichkeit mit Frankreich dargebracht wird. Wir müssen begreifen, daß die durch Jahrhunderte hindurch festgehaltene englische Politik (die auch noch weiter dauern wird) von der durchaus richtigen Auffassung diktiert ist, daß die englische Vormachtstellung in Europa beruht auf den Gegensätzen, die zwischen den kontinentaleuropäischen Staaten, vor allem zwischen Frankreich und Deutschland, bestehen. England wird daher ein Interesse daran haben, diese Gegensätze aufrechtzuerhalten, so daß wir allen Grund haben, englischen Geschenken mit dem größten Mißtrauen zu begegnen und sie als Danaergeschenke zu betrachten. Den Engländern kann man diese Politik nicht übelnehmen, aber daß man sie in Deutschland, vor allem in der deutschen Sozialdemokratie, immer noch nicht begriffen hat, ist unverständlich. Die Dinge liegen einfach so: Wenn wir zur Verständigung mit Frankreich gelangen und an diese Verständigung sich die anderen kontinentaleuropäischen Staaten anschließen, so werden wir über Europa auch zur Verständigung mit England (die ich nicht weniger erstrebe als Sie) gelangen. Einen anderen Weg hierfür gibt es nicht. Nur auf diese Weise aber läßt sich auch die Kriegsgefahr der Zukunft bannen. Wer nicht alles tut, und hierfür müssen selbst die größten Opfer gebracht werden, um mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen, trägt dazu bei, das deutsche Schicksal immer wieder auf die Kriegskarte zu setzen. Nach den fürchterlichen Folgen dieses Krieges wird das niemand wollen. Nur genügt es nicht allein, zu wollen, es müssen auch die nötigen politischen Mittel angewendet werden. Nur wenn wir uns dazu entschließen und mit Ernst und Entschlossenheit schwere Opfer zu tragen gewillt sind, werden wir in der Lage sein, die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern.

Eduard Bernstein: Gewiß ist es ein Lebensbedürfnis der deutschen Republik, ein gutes Verhältnis mit Frankreich herzustellen, und wir müssen alles tun, was dazu führen kann. Ich gebe Cohen auch eines zu, daß von der deutschen Presse außerordentlich viel in dieser Hinsicht gesündigt worden ist, aber bei der französischen Presse ist es das gleiche. Viel zu viel wird ganz einseitig das Schlimme berichtet, was die anderen tun, anderes übertrieben, viele wichtige Dinge, anderes Wahres dagegen verschwiegen. Aber wir können uns auch nicht die Schwierigkeiten verhehlen, die aus der Lage Frankreichs sich ergeben und in den Machtverhältnissen seiner Parteien wurzeln. Wir haben in Frankreich eine viel stärkere Herrschaft des Militarismus als bei uns. Und vieles, was wir außerordentlich tief empfinden — wie gerade die Frage des Verbots der Dieselmotoren, die ja vorher berührt wurde —, ist der ungeheuer einflußreichen Militaristenpartei Fochs zuzuschreiben und wahrscheinlich nicht denen, die die zivile Regierung leiten. Wie man vordem Clemenceau falsch beurteilt hat, so beurteilt man nun auch vielfach Millerand falsch. Ich würde gern meine Erwartung auf die französische Sozialdemokratie setzen. Aber sie ist leider auf dem Wege nach Moskau. Ob sie wirklich hingeht oder nicht, weiß ich nicht, das richtet sich ja auch nach dem Schicksal der gestellten Bedingungen; doch hat sie im Grunde die schlimmsten Bedingungen schon akzeptiert. Erlauben

Sie mir eine geschichtliche Erinnerung: Im Jahre 1904 hielt Jaurès in Amsterdam eine flammende Rede, in der er sagte: „Woran die Völker leiden, was uns alle mit Furcht erfüllt, ist die politische Einflußlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie." „O, ich weiß wohl," fuhr er fort, „Ihr habt eine große Partei aufgebaut, die wir alle bewundern, Ihr erkämpft Siege im Wahlkampf, über die wir uns alle freuen, aber wenn es zu der großen Entscheidung kommt, dann entweicht Euch das, denn Ihr habt weder die revolutionäre Aktion noch die parlamentarische Politik." Wer unsere damalige Lage im Lichte der Ereignisse betrachtet, entdeckt in diesen Worten ein tiefes Stück Wahrheit. Noch mehr aber liegt in ihnen Wahrheit, wenn man sie auf die heutige französische Sozialdemokratie anwendet. (Sehr richtig!) Gerade durch ihre unmögliche radikale Politik ist ihr Einfluß noch geringer, als damals der unsere war. Sie könnten, obwohl sie bei der Wahl eine Anzahl Sitze verloren haben, einen unendlichen Einfluß ausüben, wenn sie eine versöhnliche innere Politik betrieben. (Sehr richtig!) Jetzt haben sie leider einen Einfluß auf die Politik Frankreichs, der gleich Null ist, und das ist eins der großen Probleme in der auswärtigen Politik, die zu lösen sind. Deutschlands Lage ist außerordentlich ernst. Große Probleme, die für den Bestand Deutschlands von gewaltiger Tragweite sind, sind noch zu lösen und hängen zum großen Teil mit davon ab, wie Frankreich sich stellt, und wir könnten Gutes nur erhoffen, wenn dort nicht die Stimme der Militaristen, sondern die der Demokraten und Sozialisten die Oberhand gewinnt. Leider sind die Aussichten außerordentlich gering. Aber wir wollen alle unser möglichstes tun, damit die Dinge sich bessern.

Zur Frage der Einigung liegt wieder der berühmte Antrag vor: Ueber die Köpfe der Führer hinweg! Was heißt das? Ich arbeite jetzt an einer Geschichte der deutschen Revolution und kann Ihnen sagen, vom ersten Tage ab hat unsere Partei — lesen Sie den „Vorwärts" vom 10. November 1918, wo er sagt, die Einigungsfrage soll nicht an den Personen einiger Führer scheitern, sondern wir sind bereit, in dieser Hinsicht die größten Opfer zu bringen (Sehr richtig!), — hat sie sich wiederholt zur Einigung bereit erklärt. Im Dezember 1918 habe ich den hier sitzenden Genossen Scheidemann in der Reichskanzlei gesprochen, und er hat mir gesagt: „Ich wäre ja der größte Schuft, wenn ich die Einigung an meiner Person scheitern lassen wollte." (Beifall.) Ich kämpfe gewiß für die Einigung, aber ehe wir darüber nicht zu einer Einigung im Wesen der Dinge gekommen sind, kann die formale Einigung nicht eintreten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Leider haben unsere unabhängigen Genossen neun Zehntel der Moskauer Bedingungen angenommen und der Demokratie den Abschied gegeben. Ihr Leipziger Programm kommt Moskau so weit entgegen, daß man so sprechen muß wie 1870, als auf dem ökumenischen Konzil in Rom die Unfehlbarkeit des Papstes erklärt wurde und die Gegenbewegung des Döllinger — Heines Erzpfaffe Döllingerius — einsetzte, ein hochstehender Prälat sagte: „Hat er schon soviel Dummheiten verschluckt, warum die eine nicht auch noch?" Tatsächlich haben unsere Unabhängigen so viel von Moskau angenommen, daß auf die paar Bedingungen Lenins kaum noch viel ankommt. Und das haben sie getan und tun sie leider heute noch, wo in viel schlimmerem Grade in Rußland das eingetreten ist, was jeder, der etwas von Volkswirtschaft kennt, voraussehen hatte, nämlich daß es zum größten Elend führen mußte. Ein bedeutender Politiker eines zwar kleinen Landes sagte schon im Mai 1918 in einer Rede von den Bolschewisten treffend: „Indem sie die Demokratie verwarfen, gelangten sie nicht zum Sozialismus, wohl aber zum Vandalismus!" Das hat sich im Laufe der Jahre immer mehr bewahrheitet. Was in Rußland

geschehen ist in bezug auf Ermordung von Geiseln, Erschießungen im größten Stil und vor allem in bezug auf die Verelendung des Volkes — letzteres, weil sich die Männer an der Spitze, die in den Kniffen des alten Systems zwar Meister sind, sich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft aber als elende Stümper erwiesen haben (Sehr richtig!), das ist eine einzige große Tragödie. Das Elend wächst von Tag zu Tag, verzweifelt geben es die leitenden Politiker dort selbst zu. Und das sollen wir in Deutschland nachmachen! (Niemals!) Auf dem Betriebsrätekongreß in Berlin hat der Kommunist Brandler ein bemerkenswertes Wort geprägt, das auf mich den tiefsten Eindruck gemacht hat: Ja, er gebe zu, die nächste Wirkung dessen, was die Kommunisten wollen, wird die sein, das Elend noch zu vergrößern. (Hört, hört!) Also, das weiß er sicher, aber dafür, daß aus dem Elend eine schönere Zukunft aufgebaut wird, hat er keine Sicherheit. (Sehr richtig!) Und diese Verantwortung für so etwas sollen wir als vernünftige und ihrer Verantwortung sich bewußte Politiker auf uns nehmen in der Hoffnung, daß möglicherweise aus dem Aschenhaufen heraus eines Tages eine schöne Zukunft aufblüht, wofür wir noch gar keine Garantie haben!

Die Krisis bei unseren Nachbarn auf der Linken sollten wir möglichst objektiv beobachten und uns aller gehässigen Aeußerungen dazu enthalten. Es ist eine Krisis, die notwendig geworden ist, und die wahrscheinlich zu einer Spaltung führen wird. Ich bin nicht der Ansicht, daß wir uns denjenigen, die als unabhängige Partei versuchen werden, weiter zu existieren, an den Hals werfen sollen; aber wir sollen auch nicht über sie herfallen. Lassen wir die Krisis sich ruhig abspielen, und lassen wir ihnen Zeit zur Selbstbesinnung; dann wird sich vielleicht auch späterhin die Möglichkeit eines Zusammengehens finden. Vergessen wir nicht: im Grunde sind wir ja doch alle eine große Familie, die zusammengehört. Im übrigen bin ich überzeugt, daß die Sozialdemokratische Partei auf dem richtigen Wege ist, um das deutsche Volk wieder aufwärts zu führen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Bohm-Schuch**: Durch die Revolution sind wir freie Staatsbürgerinnen geworden. Aber wenn selbst die Revolution den deutschen Frauen das Wahlrecht nicht gebracht hätte, wäre in dem Verhältnis der Frau zur Politik eine Umwandlung eingetreten, weil der Krieg das ganze Wirtschaftsleben und damit die Stellung der wirkenden Kräfte im Staate verändert hat. Wir werden zu der vollen Erkenntnis und Wertung der Tatsache kommen müssen, daß nicht mehr die große Politik, sondern die Wirtschaftspolitik die Führung übernommen hat, in Deutschland sowohl wie in allen übrigen Ländern. Selbstverständlich bleibt die Wechselwirkung zwischen Wirtschaftspolitik und allgemeiner Politik bestehen; aber die Führung ist durch den Krieg verschoben worden. Die Wirtschaftspolitik wird und muß das verbindende Element zwischen den einzelnen Staaten sein, die Völker müssen miteinander in neue wirtschaftliche Beziehungen treten, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen.

Es ergibt sich hieraus aber auch die Verschiebung des Kräfteverhältnisses der einzelnen Klassen im Staats- und Wirtschaftsleben. Die Arbeit — die körperliche sowohl wie die geistige — ist der erhaltende und aufbauende Machtfaktor. Deshalb gebührt den wertschaffenden Klassen der Einfluß in der Staatsleitung, den zu erringen sie bestrebt sind. Die deutsche Arbeiterschaft, vor allem die Frauen, lehnen es ab, die Führerschaft auf dem Wege der Diktatur zu erringen. Wir wollen sie auf dem Wege der Demokratie, also durch die Wahlen.

Unsere Partei wird sich in logischer Konsequenz dieser Tatsachen mit der Gewinnung der neuen Wählermassen, der Frauen und der Jugendlichen

gründlich zu befassen haben; denn sie sind für den Fortschritt auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus ausschlaggebend.

Für alle Parteien bedeutet die Gewinnung und Schulung dieser neuen Wählermassen eine Lebensfrage, am meisten aber für unsere Partei, weil wir die Partei der Massen sind. Dies müssen wir in seiner vollen Bedeutung erkennen und sowohl in der Agitations- und Organisations- wie in der gesetzgeberischen Arbeit damit rechnen.

Meinem Erachten nach werden wir unsere Agitationsarbeit auch für die Jugendlichen und Frauen mehr in die Betriebe verlegen müssen. Die äußeren wirtschaftlichen Fragen interessieren naturgemäß die erwerbstätigen Frauen zunächst am meisten, und auf dem Wege über die wirtschaftlichen Interessen müssen wir die Erkenntnis der Notwendigkeit der gesetzgeberischen Arbeit, also der politischen Betätigung bringen. Aber auch die Bildungsausschüsse haben hier ein großes Arbeitsgebiet, indem sie durch Kurse und sonstige Veranstaltungen die gewonnenen Mitglieder zu Wissenden und Erkennenden machen. Vor allen Dingen muß die politische Aufklärung an Hand des geschriebenen Wortes in anderer Weise erfolgen als bisher. Mit den großen Agitationsversammlungen ist es nicht getan; wir müssen die Frauen zu überzeugten Sozialistinnen machen. Damit komme ich zu den Anträgen bezüglich der „Gleichheit". Genosse Bartels hat schon darauf hingewiesen, in welchem Mißverhältnis zu der Anzahl der organisierten Frauen die Anzahl der „Gleichheit"-Leserinnen steht. Das kommt wohl daher, daß nicht überall in den Bezirken die Wichtigkeit der Gewinnung der Frauen voll erfaßt wird. Die Frauenkonferenz hat einen Antrag an den Parteitag weitergegeben, in dem nach neuen Wegen gesucht wird, um allen Frauen die „Gleichheit" zuzustellen, sei es durch Erhöhung des Mitgliedsbeitrages als Obligatorium oder als wöchentliche Zeitungsbeilage. Der erstere Vorschlag wird für die meisten Bezirke unakzeptabel sein, da der Mitgliedsbeitrag dann so erhöht werden müßte, daß die Gefahr besteht, daß dadurch ein Rückgang der weiblichen Mitglieder herbeigeführt weren würde, und die Gewinnung neuer Mitglieder geradezu unmöglich wäre. Dagegen erscheint mir der zweite Vorschlag sehr beachtenswert, und der Parteivorstand wird sich mit ihm eingehend zu befassen haben. Wenn die „Gleichheit" auch nicht in ihrem ganzen Umfange als Wochenbeilage zu benutzen ist (und zwar wieder aus finanziellen Gründen), so wäre es doch wohl leicht möglich, eine vierseitige Zeitungsbeilage der „Gleichheit" jede Woche zu geben.

Der Fortschritt der Gleichberechtigung der deutschen Frauen wird von allen Frauenkreisen des Auslandes mit dem größten Interesse verfolgt, und was wir für unsere Klassengenossinnen hier an Fortschritten zum Sozialismus erringen, das ebnet unseren Schwestern in den anderen Ländern den Weg zu gleichen Zielen. Mit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ist leider die wirtschaftliche auch bei uns nicht erreicht worden; sie muß von den Frauen und von unserer Partei für die Frauen erst erkämpft werden. Ein Beweis dafür ist die Entrechtung der Frauen zu den Wahlen der Berufsgerichte. Aus Berlin wird Ihnen ein Antrag zugehen, der die Regierungsverordnung zu dieser Frage betrifft. Unsere Partei ist nicht schuld daran, daß das passive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten abgelehnt wurde. Aber wir haben uns dafür einzusetzen, daß diese Ungeheuerlichkeit, die mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist, und die viele Frauen in das radikale Fahrwasser treibt, aus der Welt geschafft wird, soweit das noch möglich ist. Wo die Wahlen zu den Kaufmannsgerichten noch nicht stattgefunden haben, muß durch eine neue Verordnung der Regierung den Frauen das passive Wahlrecht ge-

geben werden, damit wir weibliche Beisitzer bei den Berufsgerichten bekommen. Wer die Mißstände kennt, die sich durch das Fehlen der weiblichen Beisitzer ergeben haben, wird für diesen Antrag eintreten müssen.

Aber auch um des letzten großen Zieles, um der Verhütung kommender Kriege willen ist es notwendig, die große Masse der Frauen für den Sozialismus zu gewinnen. Die Beziehungen zwischen den Völkern dürfen in Zukunft nicht nur geregelt werden von kühl rechnenden Kaufleuten, sondern sie müssen von verstehendem Gefühl durchströmt sein. Die Nurmännerpolitik des Verstandes konnte uns dahin bringen, daß auf die Mentalität der anderen Völker Rücksicht überhaupt nicht genommen wurde; auch dies war eine Ursache des furchtbaren Krieges. Und darum tut es not, daß auch hier neue Werte zur Auswirkung kommen. Der internationale Einfluß der Frauen in der Politik soll uns zu einem wirklichen Völkerbund und damit zur Völkerversöhnung helfen. Da auf unsere Partei die Arbeiterschaft der ganzen Welt sieht, haben wir uns im Menschheitsinteresse dafür einzusetzen, daß die deutschen Frauen in ihrer großen Masse sozialdemokratisch werden. (Lebhafter Beifall.)

Fellisch-Chemnitz: Wenn ich als Delegierter des Chemnitzer Bezirks an der Tätigkeit des Parteivorstandes Kritik übe, so bezweckt meine Kritik nicht etwa eine Kampfeserklärung an den Parteivorstand. Unsere Kritik soll nur als ein wohlgemeinter Rat, der der Sache dienen soll, aufgefaßt werden.

Genosse Wels hat in seinem Vorstandsbericht unter anderem auf die nach seiner Meinung widerspruchsvolle Politik der „Chemnitzer Volksstimme" zur Frage des Austritts aus der Regierung, bzw. des Wiedereintritts in die Regierung, Bezug genommen. Hinter der „Chemnitzer Volksstimme" stehen die Parteigenossen der sechs ehemaligen Reichstagswahlkreise, die zu dem Verbreitungsgebiet dieses Blattes gehören. Diese Parteigenossen haben sich erneut auf ihren Parteiversammlungen auf diesen Standpunkt gestellt, und auch die letzte Preßkommissionssitzung der „Chemnitzer Volksstimme" hat einmütig diese Politik gutgeheißen.

Worin liegt denn nun der vermeintliche Widerspruch, von dem Genosse Wels gesprochen hat? Wir haben, als unsere Partei nach den letzten Reichstagswahlen aus der Reichsregierung austrat, die Politik gemacht, die damals fast übereinstimmend von der ganzen Partei gutgeheißen wurde. Es war fast die allgemeine Auffassung der Partei, daß es notwendig wäre, die Herrschaften zunächst einmal allein zu lassen. In Konsequenz dieser Anschauung haben wir es gutgeheißen, daß unsere Partei die Taktik verfolgte, zunächst dieser Regierung nicht etwa Schwierigkeiten zu machen, sondern es war klug, daß die Sozialdemokratische Partei zunächst einmal diese Regierung arbeiten ließ, damit sie zeigen konnte, was sie von den gegebenen Versprechungen halten konnte. Wir sehen aber, daß die Interessen des Proletariats von der gegenwärtigen Regierung aufs schwerste mißachtet werden. (Sehr richtig!) Wir haben nun zu untersuchen, wie lange wir es mit unserem politischen Gewissen vereinbaren dürfen, diese Regierung ungestört zum Unheil des Proletariats weiter wirtschaften zu lassen. (Sehr gut!) Bei den nächsten Wahlkämpfen müssen wir die Reichsregierung selbstverständlich aufs schwerste anklagen. Dann müssen wir auf der anderen Seite auch konsequent sein und sagen: mit dieser Regierung muß in gegebener Weise Schluß gemacht werden. Diese Politik haben wir in der „Chemnitzer Volksstimme" immer vertreten und hinzugefügt: selbstverständlich geht das nur auf dem Wege über eine Neuwahl. Das ist der scheinbare Widerspruch, von dem der Genosse Wels gesprochen hat.

Wir sind im übrigen mit dem, was der Parteivorstand getan hat, im wesentlichen zufrieden. Unsere Kritik bezieht sich weit mehr darauf, daß er manches

hätte tun müssen, was er unterlassen hat. Als seinerzeit nach dem Weimarer Parteitag die wildesten Diskussionen über das wichtige Kapitel der Einwohnerwehren in der Arbeiterschaft tobten, hat es uns aufs schwerste geschadet, daß der Parteivorstand nicht bestimmter und demonstrativer seinen Protest hat in Erscheinung treten lassen. Wären wir damals in die Einwohnerwehren hineingegangen, so hätten wir sie jetzt geschlossen in unserer Hand.

Vollständig im Stiche gelassen hat uns in agitatorischer Hinsicht der Parteivorstand bei der Frage des Steuerabzugs, die uns ungeheuer viel zu schaffen gemacht hat. Hier wäre es Pflicht des Vorstandes gewesen, eine klare Parole herauszugeben.

Der Parteivorstand hat sich auch zu wenig gerührt, als wir die ersten Nachrichten von der geplanten sogenannten Schlichtungsordnung erhielten, und als die Gewerkschaften sich schon darüber unterhielten, ob ihr Koalitionsrecht in Gefahr sei. Damals wäre eine Kundgebung des Parteivorstandes erforderlich gewesen, in der festgestellt wurde, daß das Koalitionsrecht unangetastet bleiben müsse.

Auch in den letzten Tagen hat uns der Parteivorstand bei der ungeheuren Erregung, die über die unerträglichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Ernährungspolitik, besonders hinsichtlich der Kartoffelpreise, bestehen, allein gelassen. Man muß mit den Herren der Regierung in Berlin verhandelt haben, um zu wissen, daß sie tatsächlich die Haushälter der Agrarier sind. Wir verlangen in solchen Stunden eine Entscheidung der Partei. Der Parteivorstand muß begreifen, daß er uns tatsächlich durch seine Unterlassungssünden das Arbeiten im Lande ungeheuer erschwert hat. Im übrigen wollen wir mit unserer Kritik nur einen guten Rat erteilen, nichts weiter. (Beifall.)

Heilmann: Den meisten Ausführungen des Genossen Fellisch kann ich mich anschließen. Genosse Fellisch hat gesagt, er wolle nur eine brüderliche Kritik üben. Das gebe ich ihm für die Rede, die er heute gehalten hat, durchaus zu. Ich warne ihn aber davor, in der „Chemnitzer Volksstimme" weiter von einer „Richtung Fellisch" schreiben zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn wir erst wieder in der Partei Richtungen züchten, dann sind wir der Spaltung nicht mehr allzuweit entfernt. (Zustimmung.)

Genosse Fellisch hat mit Recht betont, daß das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung und die Ueberlassung der Regierungsgewalt an die bürgerlichen Parteien das Interesse des arbeitenden Volkes schwer schädigt. Das muß uns in Zukunft dazu führen, nicht so leicht „heraus aus der Regierung" zu rufen. (Sehr richtig!) Was aber die Forderung anbetrifft, daß die gegenwärtige Regierung angeklagt und fortgefegt werden muß, so stimme ich ihr durchaus zu. Jedoch darf die Fraktion die Regierung erst stürzen, wenn der Ruf auf Beseitigung der Regierung von den breitesten Massen des Volkes mit stärkster Gewalt erhoben wird, wenn wir nach dem Sturz der Regierung sofort in die Wahlen eintreten können. (Zustimmung.) Die Hauptsache wird sein, hier den richtigen Zeitpunkt abzupassen.

Ich danke dem Genossen Fellisch, daß er gerade als Chemnitzer eine Ehrenrettung Noskes vorgenommen hat, indem er sich der Kritik angeschlossen hat, daß der Parteivorstand nicht rechtzeitig dazu aufgerufen hat, in die Einwohnerwehren einzutreten. Auch bei den anderen Maßnahmen kann man zweifeln, ob alles rechtzeitig geschehen ist.

Nun wende ich mich noch zu den Ausführungen des Genossen Cohen. Er hat mit seiner heutigen Rede das getan, was die Berliner Buchdrucker jetzt indirekte Streikarbeit nennen. Er hat die Stelle der augenblicklich nicht erscheinenden „Vossischen Zeitung" vertreten, der Gazette de Foch. (Heiterkeit.)

Was die Fehler der Vergangenheit betrifft, so tun wir im Interesse auch des Genossen Cohen am besten, wenn wir sie ruhen lassen. Was sollen wir uns noch einmal über den Tag nach der Polenproklamation unterhalten, als der Genosse Cohen ein Parteiblatt durchaus veranlassen wollte, sich für den verschärften U-Bootkrieg einzusetzen, bis zu jenem Tage, da der Genosse Cohen den Termin zur Einreichung der Kandidatenliste für die Nationalversammlung auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben haben wollte. Genosse Cohen hat heftig einige falsche Zeitungsnachrichten kritisiert. Wenn hinter jeder falschen Zeitungsnachricht eine Absicht steckte und darüber eine Diskussion auf dem Parteitag stattfinden müßte, so müßten wir das ganze Jahr hindurch täglich zehn Stunden tagen. Was ist denn nun so falsch? Wer hat denn unsere Gefangenen am längsten zurückgehalten? Wer hat sich denn an der Erpressung von Scapo Flow mit beteiligt? Wer hat denn bei allen möglichen anderen Affären seinerseits ohne Mithilfe Englands Erpressungen ausgeübt? Daß Marschall Foch mehr Interesse für Heeresfragen hat als England, sei dem Genossen Cohen ohne weiteres zugegeben. Nur bleibt die Frage, ob gerade dieses Interesse für Deutschland sehr nützlich ist.

Genosse Cohen hat über die Frage der besetzten Gebiete mit einem Achselzucken gesagt, die deutsche Okkupation in Frankreich sei nicht besser gewesen. Ich bin mir nicht ganz sicher, daß der pommersche Landsturmmann durchaus mit der „schwarzen Schmach" auf einer Stufe steht, gegen die die Frauenkonferenz soeben wieder flammenden Protest erhoben hat. (Sehr gut!) Wir verteidigen die damalige Okkupation nicht, sie hat das französische Volk empört, und uns empört es heute, daß aus dem von den Franzosen besetzten Gebiete viel bewegtere Klagen zu uns dringen als aus dem Gebiet, in dem englische oder amerikanische Truppen stehen. (Bravo!)

Genosse Cohen predigt die Einigung des Kontinents. Aber gerade Frankreich zerreißt ja den Kontinent, es stachelt das imperialistische Polen an, es hat die diplomatische Vertretung des Saarreviers an sich gerissen und will das Saarrevier auch durch Einführung der Frankenwährung wirtschaftlich von Deutschland losreißen. Frankreich predigt den selbständigen oberschlesischen Staat, es stützt die Abfallbewegung in Bayern. Wo Frankreich hinkommt, sucht es den Kontinent in Stücke zu zerren. (Sehr richtig!)

Der Genosse Cohen freilich spricht immer von Frankreich und England. Das ist für den Sozialisten falsch. Er muß unterscheiden zwischen dem französischen Militarismus, dem französischen Kapitalismus und dem französischen Proletariat und zwischen dem englischen Imperialismus und der englischen Arbeiterpartei. Unsere stärkste Hoffnung ist der wachsende Einfluß und die schöne Einsicht unserer englischen Genossen. (Sehr gut!)

Als jüngst der Genosse Cachin von Moskau zurückkehrte, fragte ihn in Berlin ein Bekannter, ob er sich mit Deutschland mehr ausgesöhnt hätte. Er erwiderte darauf, das einzige, was er in Moskau gelernt hätte, sei, daß die Unabhängigen auch Verräter wären, und daß man sie auch hassen müsse.

Die französische Sozialdemokratie ist schwach und vielfach auf falschen Wegen. Darum muß der Sozialdemokrat in erster Linie von der Arbeiterbewegung in England die Revision des Versailler Friedens erhoffen. (Sehr gut!)

Genosse Cohen hat leider nicht zu den vier Forderungen von Wels Stellung genommen. Das wäre besser gewesen, als darin zu kramen, wann wir früher einmal die Wiedergutmachung abgelehnt haben. Denn in den Forderungen von Wels zur Außenpolitik steht sie mit an erster Stelle. Aber vielleicht hat Genosse Cohen nicht Stellung nehmen wollen zu der Anerkennung und der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland, gleichviel unter welchem

System, denn er vertritt ja die Theorie, daß, wer Kontinentalpolitik treibt, bis zum Aeußersten antibolschewistisch sein muß. Eine solche Politik kann die deutsche Sozialdemokratie nicht verfolgen. Sie wird gut daran tun, sich einmütig hinter die Forderungen zur auswärtigen Politik zu stellen, die Wels verkündet hat, und sie als Aktionsprogramm der Partei in den kommenden Kämpfen zu vertreten. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Braun** (Franken): Mein alter Freund Schnabrich hat den Unterschied zwischen Volksversammlung und Parteitag nicht recht herausgefunden. Er ist mit den Fremdwörtern nicht auf gutem Fuße und besitzt leider das Fremdwörterbuch von Adolf Braun nicht. (Heiterkeit.) Sonst würde er nicht sagen, daß Wels eine philanthropische Rede gehalten hat. Nichts liegt Wels ferner. Er ist ein ganz blutdürstiger Bursche, der wirklich viel Sympathien bei der K. P. D. besitzt. (Heiterkeit.) Er hat in seiner Rede gesagt:

> „Es gibt keine furchtbarere Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft als die Fülle des Elends, die Hügel der Leichen, die Not der Frauen und Kinder, die der Krieg heraufbeschworen hat. Die Gesellschaftsordnung, die dies verschuldet hat, verdient dreifach den Tod, und es wäre Torheit, wenn ein Mensch glaubte, es könne eine Aussöhnung zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, dem Wahrzeichen der bürgerlichen Gesellschaft, geben."

Wenn das Philanthropie ist, dann ist Wels ein Philanthrop. Es ist am besten, der Genosse Schnabrich kauft sich mein Fremdwörterbuch. (Heiterkeit.)

Mit dem Genossen Cohen muß man ein ernstes Wort sprechen. Wenn er auch das Fremdwörterbuch besitzt, so hat er doch seine Bibliothek nicht stark studiert, denn er sprach über eine Reihe von Dingen lediglich aus Ideen von Zeitungsartikeln von Georg Bernhard und Genossen. Wenn Genosse Cohen den Briefwechsel von Thiers mit Manteuffel zur Zeit der deutschen Okkupation von 1871 bis 1873 gelesen hätte, die sie gewechselt, wenn er besonders den Schlußbrief des damaligen Präsidenten der französischen Republik Thiers an Manteuffel, wo Thiers sich für die überaus humane Behandlung der französischen Bevölkerung während der Besatzung bedankt, dann hätte er diesen Vergleich der Zeit von 1871 bis 1873 mit der Zeit von 1918 bis 1933 oder 2033 nicht gezogen. Wenn er einmal im besetzten Gebiet gewesen wäre, wie ich wieder vor vier Tagen, dann hätte er wahrlich nicht so gesprochen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn er in dem von den Franzosen besetzten Gebiet hören würde, wie die Leute sagen: wie schön war es, als die Engländer noch da waren, und wie böse ist es jetzt, da nun die Franzosen hier sind, dann würde er nicht den Mut haben, vor einem deutschen Parteitage so zu reden, wie er es getan hat. (Bravo!) Die Franzosen verwandeln in einer Zeit großer deutscher Lebensmittelnot hunderte Hektare besten Ackerlandes in Plätze für Ballonhallen, in Flugplätze usw. Sie haben Feldbäckereien errichtet, die 400 000 Brote am Tage backen und haben 140 000 Mann in diesem Gebiet. Diese ungeheure Verschwendung schreit zum Himmel. Der Genosse Cohen kennt anscheinend nicht die Artikel, in denen berichtet wurde, daß in der französischen Kammer gesagt worden ist, daß man im besetzten Gebiet in einem Jahre vier Milliarden Goldreichsmark braucht. Das ist genau so viel wie die Kriegsentschädigung Frankreichs an Deutschland auf Grund des Frankfurter Friedens betrug. Diese Politik richtet Deutschland wirtschaftlich zugrunde und hindert jede Wiederherstellung des zerstörten französischen Gebiets. Bedächte das alles Cohen, hätte er das Verantwortlichkeitsgefühl, das ein Politiker haben muß, niemals hätte er diese Rede gehalten. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Rede ist einfach unfaßbar. Sie ist die Konsequenz einer fixen Idee, die vollständig von allen wirtschaftlichen und politischen Tatsachen absieht.

Cohen weiß wahrscheinlich gar nicht, daß die Franzosen in der Wiesbadener Gegend eigene Tageszeitungen gründen, daß sie eben erst im Saargebiet eine deutsche Zeitung aufgekauft haben und ununterbrochene Propaganda machen. Er mag mich einmal besuchen, und ich werde ihm eine ganze Bibliothek von Schriften zeigen, die in der Rheinpfalz verbreitet werden, um Stimmung gegen Deutschland und für die Angliederung an Frankreich zu machen. Weiß er nichts von Dorten und von seinen Hilfstruppen? Er spricht so zu uns, wie man doch nur sprechen kann, wenn man meint, daß man nicht vor Deutschen spricht. (Sehr gut!)

Warum man Herrn Foch viel Lob in unserem Kreise spenden soll, ist mir unverständlich. Hat Herr Cohen nicht die „Times" und die „Daily Mail" vom Anfang Juli dieses Jahres gelesen, wo mitgeteilt wurde, daß, wenn der Waffenstillstand acht Tage später unterzeichnet worden wäre, Berlin ein Trümmerfeld gewesen wäre, weil ungeheure Massen von Sprengstoff auf Berlin heruntergeschüttet worden wären. Foch ist für diesen Kriegsplan verantwortlich zu machen, denn er war der Generalissimus aller Armeen der Entente. Wahrscheinlich hat Cohen Sympathien für die Kontinentalpolitik, die Herr von Kahr in München und Herr Millerand in Paris machen. Aber dieser Kontinentalpolitik widerspricht auf das ungeheuerlichste, so durch die geforderte Zerstörung der Dieselmotoren, dieser Maschinen, den höchsten Interessen, die wir in Süddeutschland haben. Im Friedensvertrag steht, daß wir alle militärischen Maschinen zerstören müssen, aber es gibt natürlich eine Unzahl Maschinen in Deutschland, die niemals vor dem Kriege militärischen Zwecken gedient haben, vor allen Dingen die Dieselmotoren, die während des Krieges in Unterseebooten und Flugmaschinen verwendet wurden, aber heute, wo wir keine Kohle mehr haben, um die Wasserwerke zu betreiben, und um die Kohlen zu sparen, die wir doch den Franzosen liefern sollen, unbedingt notwendig sind. Diese Produktion der Dieselmotoren soll uns durch die Franzosen in einer unerhört verallgemeinernden Auslegung des Friedensvertrages verboten werden.

Ich war unlängst im Auftrage des Parteivorstandes in England und habe dort mit zwei der angesehensten Mitglieder der Labour Party gesprochen. Es ist klüger, ich nenne die Namen nicht, aber ich bin bereit, sie den einzelnen Genossen zu nennen. Sie haben mir erzählt, daß sie im Februar 1918 von einem Freunde Lloyd Georges zu einem Souper mit ihm eingeladen wurden; Lloyd George habe damals gesagt, er wolle unbedingt den Frieden mit Deutschland haben, die Labour Party solle mithelfen, im Parlament für den Frieden mit Deutschland Stimmung zu machen. Der Frieden sollte unter der Bedingung zustande kommen, daß Elsaß-Lothringen und Belgien als nicht interessiertes Gebiete von Deutschland betrachtet würden. Dafür solle dann Deutschland im Osten tun dürfen, was es wolle. Das war der letzte Augenblick, wo der Friede noch möglich war. Das hatte damals Lloyd George bei den Franzosen durchgesetzt. Dann kamen die fürchterlichen Opfer von Menschen in den Schlachten, die Ludendorff und Hindenburg noch geschlagen haben, und da hat Lloyd George den damaligen Gästen aus der Labour Party sagen lassen: Jetzt hat unser Gespräch jede Bedeutung verloren, jetzt gilt es, Deutschland ganz hinunterzudrücken. Vom Auswärtigen Amt muß festgestellt werden, ob nicht vom Inhalte dieses Gespräches mit Lloyd George auch das Große Hauptquartier Kenntnis bekommen hat.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort über die 14 Punkte von Wilson. Wilson hat sie aller Wahrscheinlichkeit nach durchaus ernst gemeint. Aber die deutsche Heeresleitung und die elende deutsche Diplomatie haben sich auf die 14 Punkte erst dann berufen, als Wilson für die Franzosen und Engländer

nicht mehr notwendig war. Die Franzosen und Engländer hätten auch ohne Wilson in dem Augenblick, wo wir den Frieden angeboten haben, Deutschland kleinkriegen können. Wilson ist deshalb unterlegen, weil die Deutschen zu spät gekommen sind, und den richtigen Augenblick versäumt haben. Wenn Genosse Cohen das alles wüßte, würde er wahrscheinlich etwas vorsichtiger gesprochen haben und nicht solche Freude an dem gehabt haben, was uns die Franzosen für gute Dinge in Aussicht stellen.

Ich schlage vor, daß der nächste Parteivorstand dem Genossen Cohen ein Reisestipendium gibt, damit er endlich einmal das besetzte Gebiet kennen lernt. Er wird dann zum letzten Male eine derartige Rede über Kontinentalpolitik gehalten haben. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.)

Eisenbarth: Wir haben jetzt Gelegenheit, die Folgen des Versailler Friedensvertrages abzuschätzen. All die Not, die über uns hereingebrochen ist, und unter der die Arbeiterschaft am allermeisten leidet, haben wir auf das Konto dieses Vertrages zu setzen. Deshalb ist es notwendig, daß auf diesem Parteitage ganz energisch gegen diesen Vertrag protestiert wird. Wir müssen den Vertrag systematisch unterhöhlen und beseitigen. Als Karthago Rom gefährlich wurde, schloß der Römer Cato jede seiner Reden mit dem Satz: Wir müssen Karthago zerstören! Dieser Friedensvertrag ist uns lebensgefährlich, er ist ein Griff an die Gurgel des deutschen Volkes, und wir müssen ihn ebenfalls mit allen moralischen Mitteln zerstören, die uns zur Verfügung stehen. Dazu brauchen wir die Hilfe der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Auf allen internationalen Tagungen muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß das internationale Proletariat das Gewissen ihrer Regierungen schärfen muß, um an der Beseitigung des Vertrages mitzuhelfen.

Nichtswürdig wären wir als deutsche Arbeiter, wenn wir uns ruhig damit zufrieden geben würden, wenn wir mit dem Fatalismus eines Orientalen einfach sagen würden: Wir lassen alles ruhig über uns ergehen. Jeder Negerstamm wehrt sich gegen seinen Sieger und wir als deutsche Arbeiter wollen uns vor allen Dingen dieses Recht nicht nehmen lassen und nachdrücklich dagegen protestieren.

In dem Bericht des Genossen Wels spielten auch die Vorkommnisse des Kapp-Putsches eine außerordentliche Rolle. Wir müssen daraus lernen, und wenn man von Fehlern und Unterlassungen spricht, dann muß man feststellen, daß wir, als wir durch den politischen Generalstreik gesiegt hatten, vieles unterlassen haben. Im Rumpfparlament in Stuttgart sprach Genosse Bauer den Satz, der jedenfalls in der damaligen Zeit der breiten Masse aus der Seele gesprochen war, daß die Hochverräter mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft werden müssen, daß wir ihre Vermögen konfiszieren würden. Aber was ist davon eingetreten? Sie sind nicht nur nicht bestraft worden, sondern eine ganze Anzahl der Rebellen ist befördert worden, ist sozusagen die Treppe heraufgefallen, ist militärisch verabschiedet worden und wartet auf den Tag, wo sie sich die Erfahrungen des Kapp-Putsches zunutze machen können. Wenn man Drohungen und strengste Strafen verkündigt, die man nicht durchsetzen kann, so fällt man als große politische Partei sehr leicht der Lächerlichkeit anheim. Wenn wir die kleinen Beamten, die zu uns gestanden haben, nicht schützen können, dann verlieren sie das Vertrauen zu unserer Partei. Wir müssen vor allen Dingen den Lehrer schützen, der auf dem entlegensten Dorf in Deutschland für uns eintritt, und allen denen, die in staatlichen Stellungen stehen, müssen wir einen moralischen Rückhalt geben.

Genosse Wels sagte in seinem Bericht, wenn man wieder in der Regierung wäre, würde man sich die Methode der jetzigen Regierung gern zu eigen machen,

man würde daraus lernen, wie man jetzt die Aemter säubert. Ja, das ist reichlich spät, denn bis wir wieder in die Regierung hineinkommen, werden sehr viele unserer Leute aus den einflußreichen Stellungen entfernt sein. Wir hätten uns die Rücksichtslosigkeit jener Kreise vorher zu eigen machen müssen, damit man uns jetzt nicht den Vorwurf machen kann, daß es für alle Zeit zu spät ist. Aber wir haben als starke Partei trotzdem noch einen gewaltigen Einfluß und müssen ihn ungesäumt zur Geltung bringen, um diejenigen zu stützen, die sich in der Verwaltung zu unserer Partei bekennen. Sicher wird der Kampf der Reaktion wieder ausbrechen. Wir wissen nicht, wann es geschieht, aber er kann uns unter Umständen äußerst gefährlich werden, wenn wir nicht gelernt haben aus den Tagen im März. In weiten Arbeiterkreisen herrscht die Besorgnis, daß das Entwaffnungsgesetz dazu führen könnte, daß die Arbeiterschaft entwaffnet wird und die Waffen aufs Land in die Hände der Grundbesitzer geliefert werden. Der Parteitag muß aussprechen, daß wir willens sind, die Macht, die uns auf Grund unserer Stärke zufällt, unter allen Umständen auszuüben, mag kommen, was wolle.

Ich habe noch auf einen Antrag einzugehen, auf Antrag 12, der verlangt, daß die Presse als Propagandamittel ausgebaut werden muß für die Wahlkämpfe. Dieser von Hamburg ausgehende Antrag verlangt vor allen Dingen, daß nicht mehr so viel Stellung genommen werden soll zu dem Streit in den Bruderparteien. Wenn auch die historische Entwicklung uns Recht gegeben hat, möchten wir doch unserer Schadenfreude nicht allzulaut in der Oeffentlichkeit Ausdruck geben, wir wollen lieber die Entwicklung abwarten. In großen Scharen werden die Anhänger der Bruderparteien von links kaum zu uns kommen. Dieser Parteitag muß vor allen Dingen klar aussprechen, daß man den Treibereien der Rechtsparteien mit aller Energie die Spitze bieten wird.

Frau **Juchacz**: In das Gebiet der großen Politik will ich mich wegen der Kürze der Redezeit nicht begeben, sondern nur zum Bericht des Genossen Bartels sprechen. In diesem Jahre ist eine verhältnismäßig große Zahl von männlichen Parteigenossen auf der Frauenkonferenz gewesen, und ich hoffe daher, daß die Partei aus dem selbstverständlichen Selbsterhaltungstrieb heraus sich einstellen wird auf die modernsten Forderungen der heutigen Zeit. Die Frauen sind Wählerinnen geworden und trotzdem müssen wir in dem diesjährigen Bericht konstatieren, daß 16 756 weibliche Mitglieder weniger vorhanden sind. Viele sind von dem politischen Leben enttäuscht worden. Von den starken Kontrasten, die sich heute in der Politik aneinander reiben, wird manche Frau zurückgestoßen. Die erwerbstätigen Frauen sind auf wirtschaftlichem Gebiet zurückgedrängt worden, und der Konkurrenzkampf zwischen den beiden Geschlechtern ist schärfer entbrannt. Diese Härte fühlen die Frauen. Dafür machen sie die Partei verantwortlich, die sie als Regierungspartei gesehen haben. Viele haben nicht begriffen, daß auch die Partei in ihrem Handeln unter einer gewissen Zwangsläufigkeit leidet. Deshalb müssen wir unser Augenmerk darauf richten, die Frauen einzuführen in die Politik, damit sie unsere Partei, ihre Theorie und unsere Tätigkeit kennen und verstehen lernen. Wir müssen uns einstellen auf das, was die Frauen von der Entwicklung unseres wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens verlangen. In den Anträgen der Frauenkonferenz wird ersucht, die sozialdemokratische Frauenbewegung noch besser in unsere Organisation einzurangieren. Ob diese Anträge Beschluß werden, weiß ich noch nicht, aber wenn sich der Parteitag eingehend damit beschäftigt, hat die Konferenz einen Zweck erfüllt, wie sie überhaupt viel erreicht hat. Von unserer Partei, die Kulturpartei im besten Sinne des Wortes sein soll und muß, ist noch viel zu erwarten. Auf den kommenden Parteitagen wird noch manche Frage Erörterung finden müssen, zu deren Behandlung in der gegenwärtigen

Situation leider kein Raum ist. Je mehr die Partei sich in ihrer Gesamtheit mit all den durch die heutige Zeit aufgerollten Fragen beschäftigt, um so weniger wird es nötig sein, dagegen zu sprechen, daß die Frauen immer etwas besonderes zu fordern haben. Das wollen sie gar nicht, die Partei soll nur die geistige und kulturelle Basis verbreitern, daß bei ihren Veranstaltungen die Wünsche der Frauen genügend berücksichtigt werden. Ich wünsche, daß wir im nächsten Jahre über eine Zunahme der Zahl der organisierten Frauen berichten können. Es ist Aufgabe der Partei, die Frauen zu der Erkenntnis zu bringen, daß sie in der Sozialdemokratie ihre Interessenvertretung finden. Bei dem parlamentarischen Bericht wird noch Gelegenheit sein, darauf hinzuweisen, daß noch lange nicht alles erfüllt ist, was die Frau von der Demokratie verlangt. Männer und Frauen bilden nur zusammen die Kulturpartei, die Sozialdemokratische Partei. (Beifall.)

Dr. Süßheim: Während der Unabhängige Parteitag unter dem Zeichen der Selbstzerfleischung steht, soll von dem unsrigen ein Strom des Lebens ausgehen, besonders zum Kampf gegen die Reaktion. Denn die Reaktion wächst. München ist heute zum Sammelpunkt aller Reaktionäre geworden. Daß Ludendorff, der so viel Schuld an Deutschlands Unglück trägt, sich in München niedergelassen hat, ist kennzeichnend. Von dort führen die Fäden nach dem blutigen Ungarn. Nicht Kahr ist in Bayern der wirkliche Herrscher, sondern Dr. Heim, dessen separatistische Bestrebungen ja bekannt sind. Nun soll auch das Reichsamnestiegesetz Halt machen an den blauweißen Grenzpfählen. Mit rücksichtsloser Schärfe wird in Bayern gegen Unabhängige und Kommunisten vorgegangen, dagegen können die Reaktionäre, die Deutschland vor die Gefahr eines Bürgerkrieges stellen, sich ungehemmt entfalten. Dem republikanischen Führerbund hat man erst jüngst in München eine Versammlung verboten. (Hört, hört!) Dagegen hat die Regierung Kahr erklärt, daß nicht gerüttelt werden darf an den bayerischen Einwohnerwehren. Diese dienen nicht zur Aufrechterhaltung der äußeren Ruhe und Ordnung, sie sind weiter nichts als die Organisation der militärischen Reaktion. Das wird immer noch nicht genügend erkannt. Es ist das Verdienst der „Fränkischen Tagespost", auf diese Gefahren und auf die Spitzel und Provokateure aufmerksam gemacht zu haben. In einer Zeit der größten Not, der zunehmenden Arbeitslosigkeit, veranstaltet man in München ein tagelanges Festschießen mit Ansammlung von Tausenden von Bewaffneten unter den Augen der Franzosen. Daß dies geschehen konnte, daß man die Einwohnerwehren bestehen lassen kann, beweist, daß zwischen Berlin-München und Frankreich Pläne gesponnen sind. (Hört, hört!) Während wir nach einer Verständigung hinarbeiten, schafft man im reaktionären Lager neuen Zündstoff für den französischen Chauvinismus. In Bayern ziehen die Königspartei und das übrige Bürgertum an einem Strang. Die Demokraten befinden sich ja in Bayern auch schon im Bannkreise der Reaktion. Die demokratischen Blätter sind fast restlos aufgekauft, und die übrigen betreiben auch ohnedies reaktionäre Politik. Die Bayerische Volkspartei hat ja in Bamberg ihr separatistisches Programm offen bekannt. So besorgt man die Geschäfte Frankreichs, betreibt die Zertrümmerung des Deutschen Reiches! Das ist keine bayerische Angelegenheit, sondern genau so, wie das preußische Wahlrecht eine deutsche Frage war, ist auch die bayerische Reaktion eine deutsche Frage. Daher muß man mit aller Schärfe auf die Gefahren aufmerksam machen. Bayern soll, wie Dr. Heim einmal gesagt hat, die Ordnungszelle in Deutschland sein, denn in den Augen dieses Herrn ist ja das übrige Deutschland bolschewistisch verseucht. Und er glaubt, in Bayern einen Block der Ordnung schaffen zu können, von dem dann die sogenannte politische Gesundung Deutschlands in

Angriff genommen werden kann. Was darunter zu verstehen ist, wissen wir Sozialdemokraten zur Genüge. Es gilt, die alte Zeit wieder erstehen zu lassen, in der alle arbeitenden Schichten der Bevölkerung unter der schwersten geistigen und politischen Unterdrückung zu leiden hatten. Es ist kein Zufall, daß gerade in unserm Lande mit dem schärfsten Geschütz gegen die Revolution und die Vertreter der Arbeiterschaft gekämpft wird, es ist kein Zufall, daß alles, was unbefriedigend, schlecht und bedauerlich ist, an unseren wirtschaftlichen Zuständen, der Sozialdemokratie und ihren Führern und der Revolution in die Schuhe geschoben wird. Man sagt, früher war es besser, und glaubt damit in der Bevölkerung den Wahn wieder hervorzaubern zu können, daß mit der Rückkehr zu dem früheren Zustand der jetzige unbefriedigende wirtschaftliche Zustand beseitigt werden kann. Wenn in Bamberg von der Bayerischen Volkspartei die Forderung erhoben wird, jeder Staat soll seine Staatsform selbst bestimmen, so wissen wir zur Genüge, daß damit das Recht proklamiert wird, die Wiederherstellung der Monarchie zunächst in Bayern zu betreiben. Die Rückkehr der Wittelsbacher würde das Ausscheiden Bayerns aus dem Deutschen Reich bedeuten. Das kann nicht oft und nachdrücklich genug festgestellt werden. Gar mancher, der für die alte Zeit schwärmt, wird sich klar darüber sein, daß Bayern allein nicht bestehen kann, sondern auf Gedeih und Verderb mit dem übrigen Reiche verbunden ist. Wir stemmen uns gegen eine derartige Entwicklung, wir sind Republikaner und überzeugte Anhänger des Reichsgedankens. Wir wissen, daß wir auf vorgeschobenem Posten stehen, und ich gebe Ihnen als Nürnberger Delegierter die Versicherung, daß wir den Loslösungsbestrebungen Heims und Kahrs den schärfsten Widerstand entgegensetzen werden. (Bravo!) An den Nürnberger Parteigenossen haben sich die Wogen der Münchener Räterepublik gebrochen, sie werden auch dafür sorgen, daß die Träume der bayerischen Monarchisten zuschanden werden. Für uns gibt es nur eine Staatsverfassung, die Republik, nur eine Zukunft, die Demokratie und den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Debatte abgebrochen und auf Montag 9 Uhr vertagt.

Vorsitzender **Scheidemann:** Die Delegierten aus den besetzten Gebieten sind bei uns vorstellig geworden, um ihren Wunsch zum Ausdruck zu bringen, dem Genossen Cohen auf seine Ausführungen zu antworten. Die Genossen aus den besetzten Gebieten sind leider nicht in der Lage, das, was sie bewegt, hier zum Ausdruck bringen zu können. (Sehr wahr!) Sie würden Gefahr laufen, die meines Erachtens niemand auf sich nehmen sollte, Opfer heraufbeschwören, die überflüssig sind. Ich glaube, die Genossen aus den besetzten Gebieten können vollständig beruhigt sein, da, was Genosse Cohen auf seine Ausführungen geantwortet werden mußte, hinreichend gesagt worden ist. Was von dem einen Genossen ausgeführt wurde, braucht nicht von anderen Rednern wiederholt zu werden, und ich hoffe, daß es einen zweiten Genossen, der sich ähnlich aussprechen würde wie Cohen, im Reiche überhaupt nicht gibt. (Lebhaftes Bravo!)

Die Genossen aus den besetzten Gebieten verzichten auf das Wort.

Es folgte der Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Brolat: Der Parteitag setzt sich zusammen aus 283 Delegierten, 9 Vertretern der Kontrollkommission, 40 Vertretern des Parteiausschusses, 16 Vertretern des Parteivorstandes, 17 Vertretern der Reichstagsfraktion, 4 Referenten und 9 Vertretern der Parteiinstitute. Proteste gegen Mandate sind nicht eingegangen. Im Namen der Mandatsprüfungskommission ersuche ich den Parteitag, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Schluß der Sitzung gegen 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 12. Oktober 1920, Vormittagssitzung.

Der Vorsitzende **Hermann Müller** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten.

Der Parteitag fährt in der Besprechung des Berichts des Parteivorstandes und der Kontrollkommission fort.

Buchwitz: Genosse Bartels sagte im Geschäftsbericht, daß der Bezirk Niederschlesien nur dadurch zu seiner Mitgliederzahl gekommen sei, daß ihm andere Bezirke einverleibt worden seien. Ich möchte demgegenüber erklären, daß seit Verschmelzung unseres Bezirks mit anderen Kreisen unsere Aufwärtsbewegung zwischen 7000—8000 Mitgliedern schwankte, woraus zu ersehen ist, daß die Tätigkeit der Genossen in Niederschlesien sich durchaus neben der Tätigkeit in anderen Kreisen sehen lassen kann. In Niederschlesien haben wir es unangenehm empfunden, daß das Agitationsmaterial des Parteivorstandes nicht auf derselben Höhe wie in früheren Jahrzehnten stand und oftmals veraltet und überholt war. Z. B. ist es vorgekommen, daß die Wahlhandbücher oft erst in den Händen der Bezirksleiter waren, wenn die Wahlen schon vorüber waren. Wir bitten den Parteivorstand, eine Stelle zu schaffen, die alle Abstimmungen in den Parlamenten so festlegt, daß es den Genossen draußen im Lande jeder Zeit möglich ist, zu erkennen, wie sich die einzelnen Fraktionen bei den verschiedenen Abstimmungen verhalten haben. Ebenso wäre es wünschenswert, die Haltung der einzelnen Fraktionen in den Kommissionen kennen zu lernen.

Ferner wünschen wir, daß der Parteivorstand fortlaufend die Bezirke über die zeitgemäße Literatur unterrichtet. Wir verlangen nicht, daß der Parteivorstand die Bücher kostenlos überweist, wünschen aber, daß uns Quellenangaben übermittelt werden, die wir im Kampf brauchen.

Eine Anzahl von Anträgen bringt den Wunsch zum Ausdruck, die Parteischule sobald wie möglich wieder zu eröffnen. Auch wir in Niederschlesien teilen diesen Wunsch, doch muß eine Umformung der Parteischule in Anpassung an die Umformung im Staate selbst stattfinden. Neben den Fächern, die früher in der Parteischule eingeführt waren, muß zugleich die neuere Gesetzgebung und Verwaltung berücksichtigt werden. Denn zweifellos ist die Stunde nicht mehr fern, wo der Schrei aus den Massen immer lauter werden wird, daß Sozialisten an der Regierung beteiligt sein müssen, und dann wird ein großer Teil führender Genossen in die Verwaltung eintreten müssen. Deshalb müssen durch die Parteischule Leute herangebildet werden, die den dann an sie gestellten Aufgaben gewachsen sind.

Niederschlesien befindet sich in einer überaus schwierigen Lage. Bei uns sind die Zufluchtsstätten der Kappisten und Lüttwitze. Wir haben aber auch eine starke Gegnerschaft in den sogenannten Deutschen Demokraten, die eine Reihe ihrer übelsten Vertreter in Niederschlesien haben. Ich erinnere nur an den bekannten Rektor Kopsch, der zweifellos, ohne umzulernen, Unterkunft auf dem äußersten rechten Flügel der Deutschnationalen finden könnte.

In Niederschlesien ist es uns aber auch nicht erspart geblieben, den Kampf mit denen zu führen, die links von uns stehen. Wir haben Monate in Niederschlesien gehabt, in denen eine Flut von Rednern der Unabhängigen Partei nach Niederschlesien kam, ebenso aus Sachsen und aus Berlin. Ihre Lockrufe

verhallten aber an dem gesunden Sinn der schlesischen Arbeiterschaft. Der beste Beweis dafür, daß wir in Niederschlesien gut im Sinne unserer Partei gewirkt haben, liegt darin, daß in Nieder- und Mittelschlesien acht Kandidaten der S.P.D. und nur ein Kandidat der U.S.P.D. gewählt wurden. Wenn uns im nächsten Jahre der Parteitag wieder zusammenruft, wollen wir in Niederschlesien einer der Bezirke sein, die dazu beigetragen haben, die zweite Million unserer Mitglieder zu erreichen. Von diesem Gedanken getragen, bitten wir, daß der Parteivorstand die vorgetragenen Wünsche erfüllt.

Ich weiß, daß dazu große Mittel notwendig sind. Wir Niederschlesier wollen einmütig dazu beitragen, für die Sanierung unserer Finanzen zu sorgen. Wir begrüßen den Antrag, Genossinnen als Bezirkssekretäre anzustellen. Der Antrag wünscht aber, daß 5 Proz. mehr als bisher von den Beiträgen an den Parteivorstand abgeführt werden. Das müssen wir im Bezirk Niederschlesien ablehnen, solange wir mit den Schwierigkeiten der Zersplitterung und den daraus folgenden Kämpfen zu tun haben. Niederschlesien will aber gern mithelfen, daß die Mitgliederzahl im neuen Jahre weitersteigt. (Lebhafter Beifall.)

Eggerstedt: Wir werden von heute ab durch die Konkurrenz, die sich in Halle auftut, etwas im Schatten leben. Wir gönnen der Konkurrenz den Ruhm, daß sie die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit mehr auf sich lenken wird als unser Parteitag. Aber Scheidemanns Wort trifft zu, daß die Kriegsirrungen und Revolutionswirren in der Partei hinter uns liegen. Selten sind wir in der Partei geschlossener gewesen als augenblicklich. Auf der Reichskonferenz in Berlin vor den Wahlen hat mancher die Stellung der U.S.P. beneidet, aber ich glaube nicht, daß heute jemand Lust hätte, nach Halle zu fahren.

Was Genosse Eisenbarth gesagt hat, unterstreiche ich: alle, die von Halle zu uns kommen, wollen wir herzlich willkommen heißen, wir können ihnen aber keine guten Worte geben. (Sehr richtig!) Er meinte, daß die Abwanderung von der U.S.P. zu uns noch nicht so groß sei. Unser Bezirk macht darin vielleicht eine Ausnahme: in den letzten Tagen lagen auf unserem Parteibureau fast täglich 20 U.S.P.-Bücher. Vor allen Dingen kehrten ältere Genossen zur alten Partei zurück. Denen wollen wir auch keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Führer der U.S.P. wollen wir nicht rufen. Wenn erst die Massen zu uns zurückkehren, werden die Führer den Weg von selbst finden.

Allmählich werden wir die Monopolstellung in der Arbeiterbewegung wieder wie früher einnehmen. Das bringt neue Aufgaben und erhöhte Verantwortung mit sich. Da müssen wir sehen alle Machtpositionen auszunutzen, die der Arbeiterklasse zur Verfügung stehen. Eine solche Machtposition ist auch die Beteiligung an der Regierung. Genosse Wels hat sich darüber gewundert, daß so rasch ein Umschwung eingetreten ist, früher rief man: Heraus aus der Regierung!, und jetzt ruft man: Hinein in die Regierung! Das ist ganz natürlich. Je länger wir den Bürgerlichen die Regierung allein überlassen, desto reaktionärer ist die Politik, die sie treiben. Deshalb sagt sich die Arbeiterschaft: So kann es nicht weitergehen. Manchem dämmert auch schon, was unsere sozialistischen Minister — ich will nicht sagen: geleistet haben, aber was sie verhütet haben, als sie in der Regierung saßen. Je mehr wir in öffentlichen Versammlungen gegen die Abstinenzpolitik der U.S.P. zu Felde ziehen, desto öfter fragen unsere Genossen, ob es richtig sei, selbst diese Abstinenzpolitik zu treiben. Allerdings ist das nicht so brennend, zumal in Preußen noch Sozialisten in der Regierung sind. Aber nach den Neuwahlen in Preußen wird diese Frage wieder akut werden.

Wir lehnen es ab, mit einer monarchistischen Partei zusammen in der Regierung zu sein. Darin stimmen wir mit allen Genossen im Reiche überein, daß mit der Deutschen Volkspartei oder gar mit den Deutschnationalen keine Regierung von uns gebildet werden kann.

Vielfach spricht man von einem Gesundungsprozeß, den das deutsche Volk unter der bürgerlichen Regierung durchmachen müsse. Hoffentlich dauert dieser Gesundungsprozeß nicht solange und kostet soviel Opfer, daß die Arbeiterklasse daran erkrankt. Wir haben das Vertrauen zur Fraktion und zum Parteivorstand, daß sie sich die Gesetze des Handelns nicht vorschreiben lassen werden, sondern selbst den Tag bestimmen, an dem wir uns wieder an der Regierung beteiligen. Allerdings brauchen wir dann auch Minister. Es ist erklärlich, daß bei den Anwärtern für Ministerposten keine große Begeisterung vorhanden ist, wieder in die Regierung einzutreten. Richtig ist, daß es vielfach an einer Unterstützung unsererseits gemangelt hat. Aber es fragt sich auch, ob die Minister alles getan haben, um in Fühlung mit den Genossen zu bleiben. Es ist sehr wohl vereinbar, Minister zu sein und doch auch die Gelegenheit zu suchen, zu den Parteigenossen zu sprechen. Durch solche Aussprache wird manche Unstimmigkeit aus der Welt geschafft; manches Mißtrauen wird verhütet. Mißtrauen soll eine demokratische Tugend sein, es ist aber auch die Wurzel alles Uebels. Durch klärende Aussprache muß versucht werden, von vornherein jedes Mißtrauen zu beseitigen.

Was der Genosse Wels darüber gesagt hat, gilt [illegible] nur für die Minister, sondern auch für die Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte, die sich auch in ihrer amtlichen Stellung erinnern müßten, daß sie noch Parteigenossen sind und einmal zu den Parteigenossen sprechen müssen. Wenn wir so in Fühlung miteinander bleiben, kann nicht so leicht eine Entfremdung eintreten. Dann blieben auch Bücher wie „Von Kiel bis Kapp" ungeschrieben. Wir würden solche Bücher sehr gern in der Literatur entbehren; es ist nur auf eine maßlose Verärgerung zurückzuführen, wenn in diesem Buche die Arbeiterklasse heftig angegriffen wird. (Widerspruch.) Sie werden das vielleicht weniger spüren. Wir in Kiel aber haben in den beiden großen Reichsbetrieben mit der Mißstimmung zu rechnen, die durch diese Bücher zulage getreten ist. Zur selben Zeit, als das Buch herausgegeben wurde, wurde an anderer Stelle in Berlin gesagt, daß die Arbeitsfreudigkeit der Genossen zu wünschen übrig läßt, während die bürgerlichen Zeitungen schreiben, daß die Arbeitsfreudigkeit gestiegen ist und die Arbeiter ihre Pflicht tun. Das ist schädlich für uns. Das ist nur dadurch zu unterbinden, daß wir in enger Fühlung miteinander bleiben.

Gern erkennen wir an, daß die Beiträge für die männlichen Mitglieder erhöht werden müssen. Schwere Bedenken haben wir gegen die Erhöhung der Beiträge der weiblichen Mitglieder, aber wir müssen uns von Parteirücksichten tragen lassen. Wenn wir 16 000 Genossinnen verloren haben, so ist das ein doppelter Verlust, einmal an Mitgliedern und dann an Erzieherinnen für unsere Kinder. Unsere Kinder sollen in sozialistischem Sinne erzogen werden. Das kann nur geschehen, wenn Frauen in der Partei stehen und mit unseren Ideen vertraut sind. Deshalb bitten wir, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder auf der alten Höhe zu belassen.

Genosse Bartels nennt es ein großes Unglück, daß wir noch Monatsbeiträge hätten; andererseits sei es gleichgültig, ob die Beiträge vierzehntägig oder monatlich kassiert werden. Wenn das einerlei sei, können wir auch bei den Monatsbeiträgen bleiben. Die Hauptsache ist, das nötige Geld abzuführen, und in dieser Beziehung kann Genosse Bartels mit Schleswig-Holstein zufrieden sein.

Franz-Kattowitz: Obgleich im Bericht viel Erfreuliches gesagt ist, kann er mich nicht befriedigen. Wir haben nicht alles getan, um die Partei instand zu setzen, ihren Aufgaben in Zukunft gerecht zu werden.

Den Antrag auf Beitragserhöhung bitte ich abzulehnen. Solange wir nicht alle übrigen Mittel zur Verbesserung unserer Finanzen ausgeschöpft haben, sollte man von einer Beitragserhöhung sowohl für die männlichen wie für die weiblichen Mitglieder absehen. Genosse Bartels sagt, daß es gelungen ist, im vorigen Jahre fast eine Viertelmillion dem Vermögen zuzuführen. Es wäre besser gewesen, dieses Geld für die Erziehungsarbeit anzuwenden.

Um die Mitgliederzahl zu erhöhen, gibt es andere Wege. Die Gewerkschaften können mit Riesenzahlen von Mitgliedern aufwarten. Es wäre deshalb zu empfehlen, daß der Parteivorstand an die Zentralinstanzen der Gewerkschaften und der sonstigen Glieder der Arbeiterbewegung herantritt und dahin wirkte, daß sie ihre Mitglieder der Partei zuführen. Zwar sagt man, daß das die Zersetzung in die Partei hineintragen würde; aber die Zersetzung ist zum Teil schon da; die kommunistische Agitation übt bereits ihre Wirkung aus. Wir wären Toren, wenn wir von der mehrheitssozialistischen Partei nicht in derselben Art und Weise unsern Einfluß auszuüben versuchten. Durch eine solche Agitation würde es uns möglich sein, unsere Mitgliederzahl nicht nur zu verdoppeln, sondern schließlich zu verdreifachen. Dadurch würde auch eine Verbesserung der Finanzen unserer Partei eintreten.

Wir haben gefunden, daß bei früheren Gelegenheiten die Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Sportvereinsbewegung usw. sich immer nur hinter die Parteibewegung stellt und von der Partei verlangt haben, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, auf der es möglich ist, eine Existenz aufzubauen. Das finden wir heute nicht mehr in dem Maße. Im Antrag Nr. 18 wird von einer Genossenschaft verlangt, die Partei möge dafür sorgen, daß auch die Genossenschaft auf gesetzlicher Grundlage Vorteile herausschlagen könne.

Derartige Anträge haben wir früher sehr viele gehabt, und sie werden auch in Zukunft wieder auftauchen. Wir sehen also, daß in der Arbeiterbewegung auch in jenen Kreisen die Erkenntnis vorhanden ist, daß wir mit der politischen Macht stehen und fallen. Die Angehörigen unserer Klasse müssen restlos der politischen Partei zugeführt werden. Wenn in dieser Beziehung alle Instanzen der Partei ihre Pflicht tun, brauchen wir nicht mehr auf jeden Parteitag über Beitragserhöhungen zu sprechen. Eine Aufbesserung der Finanzen kann durch Annahme des Antrages 62 sehr wohl erreicht werden. Ich bitte Sie also: lehnen Sie die Beitragserhöhung ab und nehmen Sie unseren Antrag an.

Leber: Die letzten Ausführungen meines Vorredners über die Beitragsfrage können wir Thüringer nicht unterschreiben. Wenn vom Parteivorstand immer neue Geldausgaben verlangt werden, und wenn auch die Bezirkssekretariate fortwährend um Geld angegangen werden, so ist es unmöglich, mit den jetzigen Beiträgen auszukommen. Wir werden um eine Erhöhung der Frauenbeiträge auf 30 Pf. und der Männerbeiträge auf 40 Pf. nicht herumkommen.

Genosse Bartels hat gestern auch auf die Organisationsfrage in Groß-Thüringen hingewiesen und hat gemeint, die Zunahme der Mitglieder sei nicht so, wie sie im Vorstandsbericht angegeben wäre. Das liegt daran, daß im Laufe des Berichtsjahres 1919-20 der Bezirksverband Groß-Thüringen ganz neu zusammengesetzt worden ist. Die Wahlkreise Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen sowie Schmalkalden sind neu hinzugekommen. Es ist infolgedessen möglich, daß in mancher Beziehung nicht ganz korrekt berichtet werden konnte.

Wenn man aber den Aufstieg der Organisation in ganz Deutschland in Betracht zieht, dann haben wir Thüringer trotz alledem einen bescheidenen Teil dazu beigetragen. Das fällt besonders ins Gewicht, wenn man berücksichtigt, daß bei der Parteispaltung annähernd die Hälfte der Thüringer Wahlkreise geschlossen zu den Unabhängigen übertrat. Der Urheber der Parteispaltung in Thüringen ist allerdings heute vollkommen kaltgestellt; er hat die Geister nicht bannen können.

Nun wird in dem schriftlichen Bericht des Parteivorstandes darauf hingewiesen, daß die Wahlen in Thüringen nicht gut ausgefallen seien. Wir geben das vollkommen zu. Die Ernährungsfrage, die Tätigkeit unserer Parteigenossen in der Reichsregierung und nicht zuletzt in den Regierungen der Einzelstaaten hat in Thüringen dazu beigetragen, daß die Unabhängigen mit ihrer Agitation gegen die alte Partei Erfolg hatten. Aber schon bei der Thüringer Landtagswahl am 20. Juni konnte man die Wahrnehmung machen, daß die Partei sich wieder in aufsteigender Linie bewegt. Die sozialdemokratischen Stimmen sind restlos gehalten worden, in manchen Wahlkreisen haben sie sogar zugenommen, während die Stimmen der Unabhängigen um 43 000 zurückgingen. Vom Standpunkte der Sozialdemokratie ist das natürlich außerordentlich bedauerlich. Im Thüringer Volksstaat, dem Vorläufer des jetzigen Landtags, hatten die beiden sozialdemokratischen Parteien die Mehrheit. Wenn die Unabhängigen nicht diese 43 000 Stimmen verloren hätten oder wenn sie der alten sozialdemokratischen Partei gegeben worden wären, würden wir auch heute die Mehrheit im Landtag haben.

Eine weitere Folge dieses Wahlresultats ist, daß die Bildung der Regierung außerordentlich schwierig geworden ist. Es ist ein Kuriosum, daß das Parlament des neuen thüringischen Staates, der am 1. Mai durch den Beschluß der Nationalversammlung gebildet werden konnte, vor wenigen Wochen auseinanderging, ohne eine Regierung bilden zu können. Jahrzehntelang haben wir Sozialdemokraten für den thüringischen Einheitsstaat gekämpft, und jetzt ist es infolge der Taktik der Unabhängigen soweit gekommen, daß die Gefahr einer Zerreißung des thüringischen Staates besteht.

Was die Vorwürfe gegen den Parteivorstand anlangt, so ist auch in Thüringen in Versammlungen die Behauptung aufgestellt worden, daß der Parteivorstand Dinge nicht erledigt hat, die erledigt werden müssen. Unsere Thüringer Parteigenossen haben es namentlich bitter empfunden, daß gerade diejenigen Genossen, die in der Regierung saßen oder sonstwie im Vordergrunde der Bewegung standen, nicht ein einziges Mal in Thüringen eine Versammlung abgehalten haben. Ich möchte wünschen, daß in Zukunft von diesen Parteigenossen in Thüringen mehr Agitation betrieben wird.

Bei uns ist auch darüber gesprochen worden, daß das Material zur Reichstagswahl vom Parteivorstand nicht rechtzeitig genug herausgegeben wurde. Ich gebe zu, daß manches schneller geschehen konnte, aber die Reichstagswahl hat uns eben überrascht, und wir waren nicht in der Lage, die Flugblätter usw. so rechtzeitig herauszugeben, wie es notwendig gewesen wäre. Im übrigen glaube ich, daß wir bei den nächsten Wahlen in Thüringen die Scharte wieder auswetzen werden.

Schönfelder: In dem Bericht des Genossen Wels hat die Besprechung der außenpolitischen Situation mit Recht einen breiten Raum eingenommen. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß auch die Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse wesentlich von der Entwicklung unserer innerpolitischen Verhältnisse abhängig ist. Genosse Heilmann hat schon darauf hingewiesen, daß wir stark unterscheiden müssen zwischen den heute noch imperialistischen

Machthabern in den ehemals feindlichen Ländern und den Arbeitern in diesen Ländern. Wir können unsere Hoffnung nur auf die Mithilfe unserer Klassengenossen in den anderen Ländern setzen. Diese Hilfe wird aber erst dann recht wirksam werden, wenn in Deutschland ein wirklich demokratischer Volksstaat besteht. Wenn Genosse Wels meinte, wir brauchten in Deutschland den Militarismus nicht mehr zu fürchten, so weiß ich nicht, ob wir nicht doch einige Sorge haben müssen. Unsere Arbeitsbrüder im Auslande hegen sicherlich gegenüber dem deutschen Militarismus noch mancherlei Befürchtung. Die Ereignisse nach den Kapptagen geben diesen Befürchtungen auch ständig Nahrung. Der Genosse Scheidemann hat der deutschen Arbeiterklasse am Sonntag für ihr Verhalten in den Kapptagen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. In diesen Tagen haben wir das Bollwerk gesehen, auf dem die deutsche Republik fest und sicher aufgebaut werden kann. Die Kampfgemeinschaft der Kapptage muß bestehen bleiben. Allerdings wissen wir, daß viele Arbeiter, Angestellte und Beamte noch bürgerlichen Parteien angehören und ihre politische Stellungnahme nach kirchlichen und anderen ideellen Gesichtspunkten orientieren, nicht nach ihren Klasseninteressen. Daher ist es notwendig, daß wir Minimalklassenforderungen aufstellen, und zwar zunächst auf dem Gebiete der Sozialisierung. Wir müssen auf diesem Gebiete mehr vom allgemeinen zum einzelnen kommen. Bei der Programmdebatte werden wir die Frage der Sozialisierung klären müssen.

Vor allen Dingen aber muß das Vertrauen zu unserem demokratischen Willen und zu unserem demokratischen Können in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gestärkt werden. In den Kapptagen haben wir eine Hochstimmung im deutschen Proletariat erlebt, die zu glänzenden Leistungen fähig war. Man meinte, jetzt setze ein neuer Abschnitt in der deutschen Revolution ein. Aber in den nächsten Tagen haben wir Enttäuschung über Enttäuschung erlebt. Unseren Klassengenossen können wir nur dann klar machen, daß wir die Forderung nach Verwirklichung des Sozialismus zu erfüllen bestrebt sind, wenn sie sehen, daß wir recht energisch die Demokratie zum Durchbruch bringen. Der ewige Ruf nach Demokratisierung der Verwaltung ist keine agitatorische Redewendung, sondern er ist die Existenzfrage für die ganze deutsche Republik und für unsere Partei. Die Lösung dieser Frage wird immer schwieriger, je länger die jetzige Koalition am Werke ist. Gewiß können wir in die jetzige Koalition nicht eintreten. Aber wir müssen darauf Bedacht nehmen, daß wir dieser Regierung nicht ein gar zu langes Lebensalter gönnen. Genosse Heilmann hat gesagt, wir müssen den günstigen Zeitpunkt abwarten. Das ist richtig; aber wir dürfen die Bestimmung dieses Zeitpunktes nicht ganz unseren Gegnern überlassen. (Sehr richtig!) Wir müssen dazu beitragen, die Atmosphäre zu schaffen, die geeignet ist, um diese Regierung hinwegzufegen. Wir werden unseren Klassengenossen immer und immer wieder sagen müssen: nicht Diktatur, aber mehr Demokratie! (Lebhafter Beifall.)

Heinrich Schulz: Die große Zahl der Anträge, die zu dem Thema: „Jugend und Bildung" gestellt worden sind, läßt das große Interesse erkennen, das in den Kreisen unserer Arbeiter für die Bildungsarbeit und die sonstigen kulturellen Aufgaben der Partei vorhanden ist. Eine Gegensätzlichkeit ist in diesen Anträgen nicht vorhanden; in fast allen wird in anderer Form der gleiche Wunsch wiederholt. Daher ist in dem Antrag Nr. 352 der Versuch gemacht worden, alle verschiedenen Wünsche auf einen Generalnenner zu bringen, so daß durch die Annahme dieses Antrages eine besondere Abstimmung über die anderen Anträge überflüssig ist.

Daß innerhalb der Partei keine Meinungsverschiedenheiten über die kulturellen Verpflichtungen der Partei vorhanden sind, zeugt von einer erfreulichen inneren Ausgeglichenheit der Partei auf diesem Gebiete. Diese Ausgeglichenheit war eigentlich immer da. Für die Partei war es immer selbstverständlich, daß sie sich tatkräftig für die Förderung von Wissen und Bildung, für die Hebung der Kultur und die Steigerung des Lebensgefühls der Arbeiter einzusetzen habe. Im Jahre 1906 haben wir in Mannheim zum erstenmal grundsätzlich zum Kulturproblem Stellung genommen. Seitdem haben wir uns im Zentralbildungsausschuß und von dort aus in einem großen Netz von Bezirks- und Ortsbildungsausschüssen über ganz Deutschland Stützpunkte und Energiezentren für unsere Kulturarbeit geschaffen. Seit 1908 ist auch eine planmäßige Arbeit auf dem Gebiete der Jugendbewegung von der Partei in Angriff genommen worden. Bis zum Kriege hat sich überall ein reges Blühen und Gedeihen trotz der behördlichen Verfolgungen entwickelt. Im Kriege aber ist nichts so rasch und völlig zusammengebrochen wie unsere Bildungsarbeit, nicht weil es ihr an Lebenskraft fehlte, sondern weil ihr alle Lebensbedingungen abgeschnürt wurden. Nach dem Kriege hat sich aber sofort wieder mit größter Schnelligkeit ein neues Leben entwickelt. Wie weit wir schon wieder gekommen sind, dafür war das Konzert am Sonntagabend in einzelnen seiner Teile ein trefflicher Beweis. Die Bahn für unsere Arbeit ist jetzt wieder frei, und zwar freier und geebneter als früher.

Neu ist in unserer Bildungsarbeit, daß wir uns auf einer ganzen Reihe von Gebieten mit Bildungsorganisationen anderer weltanschaulicher Einstellung zusammentun. Eine solche Zusammenarbeit ist möglich und in der Regel auch nützlich, soweit nicht das innerste Wesen unserer Bildungsarbeit: die Erziehung und Bildung der Arbeitermassen zum Sozialismus, in Frage kommt. Auf diesem Gebiete können wir natürlich nur in der Beschränkung auf uns selber arbeiten.

Die Frage der Volkshochschulen ist in ihrer praktischen Gestaltung noch keineswegs geklärt. Hier wird noch viel und unsicher experimentiert. Zum Teil haben wir Volkshochschulorganisationen, besonders in den Großstädten, die sich an das englische Muster der University extension anlehnen. Sollten wir aber in Deutschland dazu kommen — was ich lebhaft begrüßen würde —, das eigentliche Muster der Volkshochschule, das dänisch-schwedische Muster, zu verwirklichen, nämlich die Zusammenfassung von zwanzig bis dreißig jungen Leuten für mehrere Monate in einer häuslichen und zugleich weltanschaulichen Gemeinschaft, so würden wir dabei allerdings nicht gut mit anderen Organisationen zusammenarbeiten können; denn die weltanschauliche Einstellung vertrüge nur Gleichgesinnte. Wir dürfen uns aber dennoch auf diesem Gebiete mit Recht an den Staat wenden. Er muß auch Volkshochschulen weltanschaulicher Einstellung, sowohl der einen wie der anderen Art, unterstützen.

Auch in unserer Jugendbewegung regt sich neues Leben. Früher handelte es sich auch bei uns mehr oder weniger um Jugendpflege. Die Jugendpflege kann aber nur ein Notbehelf sein und hat nur ein Recht als Brücke zur Jugendbewegung. Wer den Reichsjugendtag in Weimar miterlebt hat, wird ihn gleich mir als ein starkes und schönes Erlebnis dauernd in Erinnerung behalten und mit mir der Meinung sein, daß er der Anfang zu einem neuen Lebensabschnitt unserer Jugendbewegung war. Wir sollten unseren Kindern und jungen Freunden dabei helfen, auf diesem Weg rüstig vorwärts zu kommen.

Zwangslos haben sich in Weimar auch die 18—25jährigen zusammengefunden. Sie nennen sich Jungsozialisten. Was sie wollen, ist im einzelnen vielleicht noch nicht klar. Das schadet auch nichts. Es handelt sich um eine neue Bewegung und um junge Menschen, die selber noch dabei sind, ihr eigenes Ich zu suchen. Diese Bewegung ist übrigens keineswegs auf die Partei beschränkt. Durch die junge Schicht aller Bevölkerungskreise geht eine neue Sehnsucht, ein neues Wollen. Diese jungen Männer sind durch den Krieg gegangen, sie haben eine alte Welt zusammenbrechen sehen und haben Grauenvolles dabei erlebt. Eine neue Welt ist im Werden, aber sie wird erst unter Schmerzen geboren. In diesem Uebergangsstadium sagen die einen: Weg mit allen Parteien, sie haben alle versagt, schließt Euch zu neutralen Organisationen zusammen! Die anderen aber sagen: Nur in der Weltrevolution, die ihre Gebote von Moskau bekommt, ruht das Heil! Diesen beiden Lockungen von rechts und links gegenüber haben unsere Jungsozialisten den ernsten Wunsch, ihre Sehnsucht und ihr Hoffen fest im Mutterboden der Partei Wurzel fassen zu lassen. (Sehr wahr!) Das ist ein schönes Ziel, und es ist Pflicht der Parteigenossen, unseren jungen Freunden bei diesem Wollen zu helfen. Unsere Jungsozialisten glauben dieses Ziel besser zu erreichen, wenn sie sich unter sich, als Gleichaltrige und Gleichgesinnte, zu besonderen Gruppen und Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen. Der Parteivorstand und der Zentralbildungsausschuß halten diesen Wunsch für verständlich und auch für vereinbar mit unseren organisatorischen Grundsätzen, sobald auf beiden Seiten der gute Wille und das gegenseitige Vertrauen vorhanden ist. Von diesem Standpunkt geht die Resolution aus, die Ihnen der Parteivorstand und der Zentralbildungsausschuß vorlegen. Ich würde mich freuen, wenn die Resolution einstimmig angenommen würde und dadurch den jungen Sozialisten ein neuer Antrieb zu reger geistiger Arbeit im Interesse der Partei gegeben würde.

Ueber diese engeren Parteiaufgaben hinaus hat die Partei aber in dieser Zeit auch die Pflicht, sich mehr noch als früher aller ernsten und wertvollen Kulturbestrebungen anzunehmen, da durch die Revolution und die Verfassung die Bahn für eine freiere Entwicklung der Kultur als in früheren Zeiten geöffnet worden ist. Mehr als früher aber auch deshalb, weil unsere Partei in dem neuen Deutschland einen ganz anderen Einfluß auszuüben vermag und infolgedessen auch höhere Verantwortung trägt. Wenn aber heute in einer Beziehung weniger Hindernisse vorhanden sind als früher, so hat sich der Kultur im neuen Deutschland ein anderes Hindernis in den Weg gewälzt, das unter Umständen geradezu katastrophal für unsere Kultur werden kann. Das ist neben der Erschütterung der seelischen Triebkräfte in unserem Volk das furchtbare materielle Elend, in das uns der Krieg gestürzt hat. Früher war kein Geld da, weil das alte System die Kulturaufgaben nicht so hoch einschätzte, wie sie es verdienten. Jetzt ist tatsächlich kein Geld da. Unser geistiges Leben ist in großer Gefahr! (Sehr richtig!) Es besteht die große und ernstliche Gefahr, daß die natürliche Fortentwicklung des deutschen Geisteslebens eine schwere Störung erfährt. Das deutsche Geistesleben ist immer hoch geachtet worden in der Welt, auch dann, wenn Deutschland politisch am Boden lag und wegen politischer Würdelosigkeit von anderen Völkern verachtet wurde. Vor und nach Jena hielt das geistige Deutschland, hielten Kant und Goethe die Verbindung mit der übrigen Welt offen, und Deutschland nahm teil am Blutkreislauf der Weltkultur. Heute steht selbst diese Möglichkeit in Gefahr! Es fehlt unserer Wissenschaft an dem Notdürftigsten. Es wäre lächerlich, wenn es nicht zu ernst wäre: die wissenschaftlichen Institute können kaum noch das Geld aufbringen, um die Ratten und Mäuse für ihre wissenschaftlichen Versuche zu kaufen. Unsere deutsche Wissenschaft steht in Gefahr, den Anschluß an die Wissenschaft des Auslandes zu verlieren, denn seit sechs Jahren fehlt fast jede Verbindung mit den wissenschaftlichen Zeitschriften und Büchern des Auslandes. Unsere Gelehrten haben kein Geld, sich angesichts der Valutaschwierigkeiten die teure wissenschaftliche Literatur des Auslandes zu kaufen, selbst unsere Bibliotheken haben nicht die Möglichkeit dazu. Unterschätzen Sie diese Gefahr nicht, es handelt sich hier um eine Art geistiger Auszehrung, die zwar nicht so aus den Gesichtern der Menschen abzulesen ist wie die körperliche in den Jahren des Krieges. Aber in der Wirkung ist sie fast noch gefährlicher. (Sehr richtig!) Auch für das deutsche Wirtschaftsleben! Warum ist denn die deutsche Wirtschaft so angesehen in der Welt? Weil ihr ständig neues Blut und neues Leben aus der deutschen Wissenschaft zugeströmt ist. Denken Sie nur an die Stickstoffproduktion. Wenn die Wissenschaft nicht mehr die Wirtschaft anregen kann, dann wird auch die Wirtschaft schwer darunter leiden. Hier handelt es sich um einen der ursächlichen Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Arbeit, und daraus entquillt doch in letzter Linie auch die hohe Achtung, die gerade die deutschen Arbeiter vor der Wissenschaft haben.

Wir müssen daraus als politische Partei unsere Schlußfolgerungen ziehen, und mit wohlerwogener Absicht trage ich Ihnen daher diese Dinge hier vor. Wir müssen die deutsche Wissenschaft und Kunst unterstützen. Ich bin überzeugt davon, daß die Parteigenossen, soweit ihr Einfluß reicht, alle Bemühungen zur Aufrechterhaltung und Förderung unserer Kultur unterstützen werden. Der Weg zur Wissenschaft führt über die Hochschulen und die höheren Schulen. Auch die Hochschulen und Hochschüler müssen sich angesichts unserer materiellen Not umstellen, wenn sie weiter existieren wollen, ohne daß dadurch die wissenschaftliche Leistung leiden darf. Die höheren Schulen erhöhen ihr Schulgeld, die Volksschulen ihre Klassenfrequenz. Das ist furchtbar für eine demokratische Republik, aber sie tut es nicht freiwillig, sondern sie wird dazu gezwungen durch die Sünden des alten Systems. Das ist die Folge der Machtpolitik des alten kapitalistischen Deutschland, die im Kriege kläglich gescheitert ist. Die deutsche Arbeiterklasse lehnt die Machtpolitik ab. Wir wollen aber unsererseits dazu beitragen, daß Deutschland seinen geachteten Platz in der Völkerfamilie wiedererlangt, und zwar können wir das nur durch eine entschlossene Kulturpolitik. Nicht der Kulturpolitik schlechthin, sondern für uns Sozialisten und Sozialdemokraten gilt es, in dieser Zeit und in Zukunft, wo wir einen starken Einfluß auf die Geschicke Deutschlands auszuüben vermögen, das am Sozialismus orientierte und durch ihn geläuterte Kulturideal in der Welt voranzutragen. Darin möge die deutsche Sozialdemokratie das edelste Ziel ihrer Mitarbeit im neuen Deutschland sehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bretthorst: Hier herrscht eine viel gehobenere Stimmung als in Weimar im vorigen Jahre, weil wir früher gefürchtet hatten, daß der Unverstand der Massen siegen würde. Man braucht gewiß nicht den kontinentalpolitischen Ideen Cohens beizutreten, aber sie abzuwürgen braucht man ihm nicht. Als ein Genosse in Weimar 19 der Friedensbedingungen für berechtigt erklärte, ist er nicht abgewürgt worden. (Widerspruch.) Wir verkennen die schwierige Lage der Genossen in den besetzten Gebieten nicht. Aber ich weiß nicht, ob der Burgfrieden so sehr notwendig ist. Ich bekam neulich eine Zeitung in die Hand, wonach die Zahl der bewaffneten Polen 1000 nicht übersteige und daß bei einer Abstimmung 95 Proz. für Deutschland stimmen würden.

Darauf wurde denn gefragt, wie es möglich war, daß diese Wenigen Oberschlesien terrorisieren konnten, und auf die Vorgänge im Januar 1919 hingewiesen, wo auch nur kleine Banden ein ganzes Land terrorisiert hatten. Das geht doch zu weit. Und wenn wir demonstrieren wollen gegen ein Unrecht, wie es in Oberschlesien geschieht, dann müssen das Leute tun, die eine reine Weste und saubere Finger haben. Was kann uns eine Demonstration zusammen mit Deutschnationalen nützen, die selber in ihrem eigenen Lande zehnmal schlimmere Greueltaten verübt haben als die Polen in Oberschlesien!

Unsere Erfolge in Breslau sind darauf zurückzuführen, daß wir rechtzeitig erkannt haben, daß es nicht darauf ankommt, Tausende von Mitgliedern zu gewinnen, sondern sie der Partei zu erhalten. Wir haben als erste das System der Unterfekretäre eingeführt. Das hat sich außerordentlich bewährt. Aber auch die Arbeit der Unterbezirke muß vergeblich sein, wenn sie nicht mehr als bisher von der Presse unterstützt werden. Der Parteivorstand hat da ja wohl seine Pflicht getan, die Zahl der Preßorgane ist gestiegen. Aber es hat einmal eine Zeit gegeben, wo man der Gründung kleinerer Zeitungen pessimistisch gegenüberstand. Man wandte ein, daß man damit die Parteizeitungen auf das Niveau der bürgerlichen Käseblätter herabdrücken wollte. Das war nicht die Absicht. Aber wir dürfen doch nicht verkennen, daß tausende und abertausende ländlicher Arbeiter von den Preßerzeugnissen leben, die nicht etwa erstklassige deutschnationale Tageszeitungen sind, sondern kleine Provinzblätter. Ich glaube, wir tun gar nicht übel, wenn wir der bürgerlichen Presse folgend kleinere Blätter schaffen. Denn die große Masse namentlich der ländlichen Arbeiter ist gar nicht in der Lage, ein erstklassiges politisches sozialdemokratisches Organ wirklich zu verdauen. Die Befürchtung, die wir früher immer hegten, daß die Parteizeitungen zusammenbrechen könnten, fällt ja heute fort. Früher mußten die Zeitungen sich von den Abonnenten erhalten, heute ist ihnen eine andere Grundlage für ihre Existenz durch unsere kommunalpolitische Betätigung gegeben.

Genosse Franz-Kattowitz empfahl, die Beitragserhöhung abzulehnen. Das ist seine persönliche Meinung. Wir anderen Mittelschlesier stehen nicht auf diesem Standpunkt. Ein Bezirksparteitag würde mit übergroßer Mehrheit die Erhöhung annehmen. (Beifall.)

Vorsitzender **Hermann Müller:** Von drei Seiten ist Schluß der Debatte beantragt. Einer dieser Anträge ist genügend unterstützt.

Zur Begründung erhält das Wort

Hug: Ich habe nicht die Absicht, den Parteivorstand von dem Folterstuhl der Kritik zu befreien, aber das ist auch nicht nötig, denn die Anklagen gegen ihn sind nicht derartig, daß er den Schmerz nicht ertragen könnte. Ueberdies können die Anträge als besprochen angesehen werden. Da die Flut der neuen Anträge bereits so sehr angewachsen ist und die Parteigenossen auch noch bei anderen Punkten zu Wort kommen können, bitte ich Sie, für diesen Antrag zu stimmen.

Biester: Wir haben noch etwas Zeit zur Aussprache, und das ist notwendig, denn im Lande ist die Mißstimmung größer als hier. (Widerspruch.) Die größte Mißstimmung herrscht allerdings gegen den Bericht der Reichstagsfraktion, aber der Parteivorstand wird davon mitbetroffen.

Vorsitzender **Hermann Müller:** Es sind nur noch 25 Redner gemeldet. (Heiterkeit.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Das Schlußwort erhält zunächst

Wels: Parteigenossen, ich kann mit Befriedigung konstatieren, daß die Kritik, die an der Arbeit des Parteivorstandes geübt worden ist, sich in außerordentlich maßvollen Grenzen gehalten hat. Das, was vom Genossen Schnabrich über meine Rede gesagt worden war, ist meiner Ueberzeugung nach auch nicht als Tadel aufzufassen, sondern eher als ein Lob, denn wenn er meine Ausführungen als philanthropischer Art bezeichnet hat, so hat er damit wohl ausdrücken wollen, daß sie durchdrungen waren von dem Gedankengang der Philanthropie, also der Menschenliebe. Jeder Satz meines Referats hält der Prüfung daraufhin Stand, daß er in Einklang steht mit den Grundsätzen des Klassenkampfes, mit den Anschauungen des Sozialismus und der Demokratie. Und wenn außerdem noch die uns bewegende Liebe zur Menschheit, die uns alle innerlich erfüllt, aus meinem Referate hervorgegangen ist, kann ich das nicht als Tadel auffassen, und auch Genosse Schnabrich wird es eher als ein Lob betrachten, wenn er mein Referat liest.

Genosse Cohen ist am gestrigen Tage hier bereits derartig zugedeckt worden, daß es sich eigentlich nicht lohnt, sich nochmals mit ihm zu befassen. Am heutigen Tage hat ja auch einer der Redner für ihn um mildernde Umstände gebeten. Ich kann aber trotz alledem nicht umhin, nochmals darauf aufmerksam zu machen, weil gerade Genosse Cohen mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, immer wieder seinen von dem Standpunkt der Partei abweichenden Gesichtspunkt vertritt und an geeigneter und ungeeigneter Stelle in die Wagschale zu werfen versucht. Ihnen ist hier beim Eintritt in den Saal ein Heft der „Sozialistischen Monatshefte" unterbreitet worden. Viele von Ihnen werden gedacht haben: Ja, bestehen die „Sozialistischen Monatshefte" überhaupt noch? Der zweite Artikel dieses Heftes ist ein solcher von Max Cohen über die sozialdemokratische Außenpolitik und den Sozialdemokratischen Parteitag. In diesem vertritt er ähnliche Gesichtspunkte wie am gestrigen Tage hier. Aber er geht noch über das hinaus, was er am gestrigen Tage glaubte, der deutschen Sozialdemokratie bieten zu dürfen. Er singt das Hohe Lied der französischen Politik in allen Tönen und ist ein begeisterter Apostel Millerands, „des französischen Sozialisten, der einmal Sozialist war und bleibt", trotz der uns allen bekannten Tatsache, daß Millerand der Vertrauensmann der französischen Reaktion ist, der Reaktionäre, die ihn gegen die Stimmen der französischen sozialistischen Abgeordneten auf den Präsidentenstuhl berufen haben. (Sehr richtig!) Ueber ihn schreibt Cohen: „Wenn Millerand — mag er immerhin, wie man hier annimmt, nur auf die französischen Interessen eingestellt sein — eine konsequente Europapolitik betreibt, so aus dem Grunde, weil er letzten Endes doch nicht anders zu denken vermag als sozialistisch. (Hört, hört!) Ob er der Partei angehört oder nicht, ob die Parteigenossen ihn Renegat nennen oder was sonst noch, spielt hier keine Rolle. Das sozialistische Denken durchdringt den Menschen, ist nicht wieder abzustreifen, vorausgesetzt, daß man es jemals besessen hat (Heiterkeit und Zustimmung), was von manchem, der in dieser Zeit das große Wort führt, allerdings sehr zu bezweifeln ist." (Rufe: Unerhört!) Das ist eine so unerhörte Schmähung, wie sie gegen die deutsche Sozialdemokratie, gegen die führenden deutschen Parteigenossen noch niemals erhoben worden ist. Ich lehne es ab, zugunsten der führenden deutschen Parteigenossen ein Wort zu dem Vergleich mit Millerand zu sagen. Ich protestiere nur gegen diese hochfahrende Schulmeisterei, der hier Max Cohen nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sondern auch die französischen Sozialdemokraten unterzieht. Denn die französischen Sozialdemokraten, die einstimmig gegen Millerand votiert haben, die ihm ein-

stimmig ihr Vertrauen entzogen haben, werden Millerand aus seiner Tätigkeit, aus ihrer Beobachtung besser kennen als Max Cohen. Und ein französischer Sozialdemokrat war es, der auf dem Genfer internationalen Kongreß die Resolution entwarf, in der Millerands Treiben zur Ausnutzung des Friedensvertrages auf das schärfste gebrandmarkt wird. Damit verlasse ich Cohen, und die Berliner Parteigenossen werden sich mit dieser ihrer Vertretung hier auf dem Parteitag in Berlin noch zu beschäftigen haben.

Der Parteitag hat dem Parteivorstand eigentlich bereits ein Vertrauensvotum erteilt, indem er dem Antrag 308 a die Unterstützung versagt hat, der dieselben Gedankengänge enthielt, die Genosse Fellisch vertritt.

Genosse Fellisch hat aber den Vorwurf erhoben, daß wir unsere Parteigenossen in einzelnen Fragen nicht schnell genug informiert hätten, z. B. in der Frage des Steuerabzugs. Für einen einigermaßen geschickten Agitator gab es doch gar nichts Leichteres, als den 10prozentigen Abzug zu begründen. Man kann sich keine revolutionärere Art der Steuererhebung denken als den Abzug vom Lohn. Für jeden ist es klar, daß die Arbeiterschaft in kurzer Zeit den Steuerabzug durch Lohnerhöhungen von sich abwälzen wird, daß der Unternehmer die Steuer wieder auf die Produkte abwälzen wird, und daß so der Steuerbetrag gewissermaßen ein Teil der Gesamtproduktion des Reiches darstellt, so daß die gesamten Ausgaben aus bestimmten Prozentsätzen der Gesamtproduktion gedeckt werden. Der Gedankengang ist so naheliegend, daß wir es nicht für notwendig hielten, darüber noch besonderes Material an die Parteigenossen zu geben.

Dem Parteivorstand wird vorgeworfen, er hätte bei der Kartoffelteuerung versagt. Wir glauben, im Parteivorstand durch Aufrufe in diesem Jahre unsere Schuldigkeit getan zu haben. Daß wir uns gegen die agrarische Auswucherung des Volkes zur Wehr setzen, ist selbstverständlich. Man kann aber den Parteivorstand nicht verpflichten, bei der Kartoffel- und Fleischverteuerung, die durch Aufhebung der Zwangswirtschaft in zunehmendem Maße eintritt, unausgesetzt mit Aufrufen zu arbeiten. Wir fordern Herabsetzung der Preise. Dieser Gedankengang ist so Allgemeingut, daß der Parteivorstand keine Anklage verdient, wenn er keine besonderen Aufrufe herausgegeben hat.

Ich wende mich nun den Anträgen zu, die mit meinem Referat in Verbindung stehen.

Der Antrag Nr. 12 verlangt, daß die Presse mehr in sozialistischem Sinne wirken solle und sich nicht so stark auf die Tagespolitik einstellen solle. Dieser Mahnung schließen wir uns gern an; wir bitten den Parteitag, diese Resolution anzunehmen.

Die Anträge Nr. 15 und 29, die an Stelle der Herausgabe der Parteikorrespondenz ein Mitteilungsblatt wünschen, sind der Prüfung wert. Die Parteikorrespondenz kann eine Umänderung und Verbesserung erfahren. Ich bitte, die beiden Anträge dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Anträge 16 und 17 verlangen Geldunterstützung für die notleidende Parteipresse. Der Parteivorstand kommt diesem Wunsche bereits in weitgehendem Maße nach; ich bitte deshalb, die Anträge dem Parteivorstand zu überweisen.

Antrag 13 sieht vor, daß die Anwesenheitslisten aus den Parlamenten den Organisationen zur Kontrollierung der Tätigkeit der Abgeordneten zugestellt werden sollen. Von der preußischen Landtagsfraktion werden den einzelnen Organisationen solche Berichte bereits geliefert. Ich bitte, den Antrag

dem Vorstand zu überweisen, der ihn dann den einzelnen Fraktionen der Parlamente zur Ausführung überweisen wird.

Die Anträge 14, 86 und 173 bezwecken die Sicherung der Revolution. Nach dem Verlauf der Debatte wird niemand daran zweifeln, daß es dem Parteitag mit der Sicherung der Revolution so Ernst ist wie den örtlichen Organisationen. Deshalb mögen auch diese Anträge durch Ueberweisung an den Parteivorstand die nötige Würdigung erfahren.

Die Anträge Nr. 88, 113, 121, 134, 180, 192, 196, 287, 302, 305, 306, 315, 316, 324, 338 und 354 beziehen sich auf den Eintritt in die Regierung. Alle Anträge sind von dem gleichen Gedanken getragen, wechseln aber in der Form. Der Parteiausschuß, die Kontrollkommission und der Parteivorstand haben diesen Anträgen grundsätzlich die Zustimmung erteilt. Durch Annahme des Antrags 324 würde allen Forderungen genügt werden, und die Partei würde dadurch die notwendigen Richtlinien mit dem Eintritt in die Regierung bekommen. Der Zusatzantrag Nr. 354 ist nicht zweckmäßig. Die darin vorgesehene 25prozentige Vermögensabgabe geht uns nicht weit genug. Das Reichsnotopfer sieht schon eine 60prozentige Wegnahme des Vermögens vor. (Zuruf: In dreißig Jahren!) — Auch daran können Aenderungen erfolgen. Die 25prozentige Vermögensabgabe würde aber eine Einengung der bestehenden Möglichkeiten bedeuten. Ich bitte deshalb, den Antrag 324 unter Ablehnung des Amendements 354 anzunehmen.

Der Antrag Nr. 18, der fordert, daß die Partei für das Genossenschaftswesen eintrete, mag angenommen werden. Ich habe mich aber gewundert, daß der Antrag noch unterstützt wurde, denn die Partei ist stets für die Stärkung aller Zweige der proletarischen Arbeiterbewegung, auch des Genossenschaftswesens, eingetreten.

Mit den Anträgen 19, 31, 32, 34, 138 Abschnitt 2 und 335, die die Durchführung der preußischen Verfassung und die Demokratisierung der Verwaltung und eine demokratische Provinzial- und Gemeindegesetzgebung verlangen, stimmen wir voll überein. Wir empfehlen, diese Anträge dem Parteivorstand zu überweisen. Sie müssen zum Teil der preußischen Landtagsfraktion und zum Teil der Reichstagsfraktion zur Durchführung zugehen.

Der Antrag 21 verlangt die Berücksichtigung wirtschaftlich schwieriger Gebiete durch Beschickung mit Rednern. Soweit der Parteivorstand dazu in der Lage ist, ist dem Antrage bereits Rechnung getragen. Die Versorgung der Provinz mit Rednern ist aber Sache der Bezirksorganisationen, die reichlich mit Sekretären besetzt sind.

Zu den Anträgen 22, 23 und 27 hat Genosse Bernstein schon zum Ausdruck gebracht, daß der Parteivorstand die Bestrebungen auf Einigung der Arbeiterklasse unterstützt. Der Fassung des Antrags 23 kann der Parteitag aber nicht zustimmen. Er verlangt die Einigung über die Köpfe der Führer hinweg, damit es möglich ist, zu gegebener Zeit eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Wenn der Antrag angenommen würde, so würde das in der jetzigen Zeit den Parteitag nicht gerade als eine sehr ernsthafte Körperschaft erscheinen lassen. (Sehr gut!) Ich bitte deshalb, die Anträge 22 und 27 als in der Politik der Partei bereits anerkannt, dem Parteivorstand zu überweisen, den Antrag 23 aber abzulehnen.

Antrag 28 verlangt die Herausgabe von Agitationsmaterial. Wir geben zu, daß Klagen über nicht rechtzeitige Lieferung von Agitationsmaterial berechtigt sein können. Wir hängen aber von den Leuten ab, die uns das Manuskript liefern, ebenso von der Druckerei und von postalischen Verbindungen, so daß mancher Vorwurf, der gegen uns gerichtet wird, auf diese Imponder-

bilien zurückzuführen ist. Wir halten den Antrag für geeignet, dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen zu werden.

Die Anträge 30, 68 und 72 betreffen die Aufstellung der Kandidaten bei den Wahlen. Antrag 30 stellt Bedingungen an den Wohnsitz des Kandidaten. Antrag 68 verlangt eine fünfjährige Karenzzeit für Kandidaten und Antrag 72 will die Aufstellung der Kandidaten den Unterbezirken überweisen. Der Antrag Nr. 30 ist undurchführbar und würde von den meisten Bezirken nicht beachtet werden. Antrag 68 ist mir sehr sympathisch. Aber auch da können Ausnahmen gerechtfertigt und geradezu notwendig sein. Ich bitte deshalb, auch diesem Antrage die Zustimmung zu verweigern, um der großen Masse von Parteigenossen, die durch den Wechsel der Verhältnisse in die Partei gekommen sind, nicht zu große Schwierigkeiten in der Ersteigung der Leiter für den Höhepunkt in der Partei zu machen. Daß die Kandidaten in den Unterbezirken aufgestellt werden sollen, ist ebenfalls nicht durchführbar. Es wird sich stets eine Einigung zwischen den Unterbezirken und den Bezirken herstellen lassen. Anderenfalls wäre es Sache der Unterbezirke, in die Bezirksstatuten Bestimmungen hineinzubringen, die ihnen diese Möglichkeit sichern. Ich bitte deshalb, diese Anträge abzulehnen.

Antrag 162 verlangt, daß als Vertreter der deutschen Republik im Auslande nur Republikaner bestellt werden sollen. Dies ist eine selbstverständliche Auffassung. Es ist Sache der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, nach dieser Richtung zu wirken. Ich bitte deshalb, diesen Antrag durch den Parteivorstand der Reichstagsfraktion zu überweisen.

Antrag 33 wünscht für die neuzugezogene Bevölkerung Helgolands das Gemeindewahlrecht, das ihm vorläufig zugunsten der alteingesessenen Bevölkerung auf die Dauer von 5 Jahren entzogen ist. Ich bitte, diesen Antrag der preußischen Landtagsfraktion zu überweisen, um dem berechtigten Verlangen der neu zugezogenen Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Ich bitte um einstimmige Annahme des Antrags 341, der sich gegen die Vernichtung der Dieselmotoren wendet.

Den Antrag 353, der in einer Volksausgabe die Wirkungen des Versailler Vertrages und des Abkommens von Spa auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse geschildert wissen will, bitte ich, dem Parteivorstand zu überweisen, damit er der Buchhandlung Vorwärts nahelegt, diesem Wunsche Rechnung zu tragen.

Bartels (Schlußwort): Ueber die Frage der Organisation und der Agitation sind nur wenige Bemängelungen vorgetragen worden. Genosse Buchwitz-Görlitz hat sich darüber beschwert, daß das Agitationsmaterial des Parteivorstandes vielfach veraltet sei. Das mag für Einzelfälle zutreffen. Aber die Bedürfnisse der Bezirke sind verschieden. Was an einer Stelle als aktuell angesehen wird, wird an anderer Stelle als überholt und unbrauchbar bezeichnet. Der Parteivorstand wird sich bemühen, noch mehr als bisher die Bezirksorganisationen mit aktuellem Agitationsmaterial zu versehen.

Wenn Genosse Buchwitz meinte, daß vieles, was in der „Parteikorrespondenz" stände, schon in der Tagespresse enthalten gewesen sei, so verkennt er den Charakter der „Parteikorrespondenz". Sie soll in der Hauptsache als Sammlung für alles wichtige Material aus der Tagespolitik dienen.

Zuzugeben ist, daß das Wahlhandbuch in einzelne entlegene Orte erst sehr spät gekommen ist. Das lag daran, daß die erste Auflage sehr rasch vergriffen war und die neue Auflage dann einzelnen Stellen nicht rechtzeitig zugehen konnte.

Die gewünschte Information über Neuerscheinungen in der Parteiliteratur wird den Genossen in Zukunft zugehen. Die Buchhandlung Vorwärts wird veranlaßt werden, auf diesem Gebiet noch aktueller als bisher zu verfahren.

Die Genossin Bohm-Schuch hat gewünscht, man solle die größere Verbreitung der „Gleichheit", die wir alle dringend wünschen, dadurch zu erreichen suchen, daß man die Wochenbeiträge so erhöhe, daß die „Gleichheit" den weiblichen Mitgliedern bei entsprechender Erhöhung der Beiträge obligatorisch geliefert werden könnte. Dieser Wunsch wird kaum realisierbar sein. Bei den früheren billigeren Preisen haben manche Bezirke dies ermöglichen können, aber bei den jetzigen hohen Kosten kann diesem Wunsche nicht Rechnung getragen werden.

Genossin Bohm-Schuch hat weiter gemeint, man könne vielleicht die „Gleichheit" oder einen Teil derselben als Wochenbeilage der Parteipresse ausgestalten. Ueber diese Anregung läßt sich reden. Ich bitte, den dahingehenden Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Desgleichen möchte ich empfehlen, die Anträge 25, 26, 343 und 344 dem Parteivorstand zu überweisen.

Dann ist verlangt worden, daß die kleine Presse mehr gefördert wird. Gerade auf diesem Gebiet ist in der letzten Zeit sehr viel geschehen. Wir werden das auch weiter tun, müssen aber von vornherein sagen, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Zur Beitragserhöhung haben sich nur einige Redner geäußert. Ich darf daher annehmen, daß die übergroße Mehrheit des Parteitags von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung überzeugt ist. Nur Genosse Franz-Waldenburg hat sich gegen eine Beitragserhöhung gewandt und gesagt, wir sollten uns an die Zentralvorstände der Gewerkschaften wenden und sie veranlassen, die Gewerkschaftsmitglieder der politischen Partei zuzuführen. Diese Ausführungen zeugen von einer gewissen Weltfremdheit. Die Gewerkschaften sind stark mit Unabhängigen und Kommunisten durchsetzt, und die meisten Zentralvorstände der Gewerkschaften nehmen daher erklärlicherweise eine zurückhaltende Stellung ein, wenn es sich um die Zugehörigkeit zur politischen Partei handelt. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß die Zentralvorstände in dieser Beziehung ziemlich ohnmächtig sind. Den Weg, den Genosse Franz gewiesen hat, können wir also nicht gehen; eine Beitragserhöhung ist notwendig. Ich hoffe, daß die große Mehrheit des Parteitags unserem Antrage zustimmt und damit alle weiteren darauf bezüglichen Anträge zur Beitragsfrage als erledigt erklärt.

Ein Genosse aus Schleswig-Holstein hat gemeint, die Frage, ob Monats- oder Wochenbeiträge könne man den Einzelbezirken überlassen. Nachdem einmal eine straffere Zentralisation eingeführt worden ist, ist diese Regelung nicht nebensächlich, wenn es auch eine Verwaltungsfrage ist. Der Parteivorstand kann und wird nur Wochenmarken herausgeben, und alle Bezirke sind verpflichtet, diese Marken vom Parteivorstand zu beziehen.

Zum Schlusse möchte ich nur noch zum Ausdruck bringen, daß wir selbstverständlich auf dem Gebiete der Agitation und der Organisation auch in Zukunft in keiner Weise erlahmen werden. Wir sind überzeugt, daß wir uns in dieser Beziehung auf die Parteigenossen verlassen können, und die Parteigenossen werden sich daran auch auf den Parteivorstand verlassen können. Arbeiten wir weiter in dem Bewußtsein, daß uns die Zukunft gehört! (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung werden angenommen die Anträge: 12, 18, 75, 321, 322, 324 mit Zusatzantrag 338 (einstimmig), 341 (unter großem

Beifall angenommen. Der Vorsitzende spricht dabei die Hoffnung aus, daß dieser Beschluß bei der Arbeiterklasse der Ententeländer ein Echo finden möge), 352, 355 und der Antrag der Kontrollkommission auf Entlastung des Vorstandes.

Abgelehnt werden die Anträge: 23, 30, 68, 72, 354.

Dem Parteivorstand überwiesen werden die Anträge: 13 bis 17, 19, 21, 22, 25 bis 29, 31 bis 34, 62, 67, 71, 73, 86, 138 Abs. 2, 173, 335, 343, 344, 353.

Antrag 33 wird der preußischen Landtagsfraktion, Antrag 162 der Reichstagsfraktion überwiesen.

Die zur Frage des Eintritts in die Regierung vorliegenden Anträge werden durch Annahme der Anträge 324 und 338 für erledigt erklärt.

Die zur Beitragsfrage vorliegenden Anträge werden durch Annahme des Antrages 322 für erledigt erklärt.

Die zur Jugend- und Bildungsfrage vorliegenden Anträge werden durch Annahme der Anträge 321, 352 und 355 für erledigt erklärt. (352 und 355 wurden einstimmig angenommen.)

Damit sind die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Reichstagsfraktion.

Als Berichterstatter erhält das Wort

Hildenbrand: Ich habe die Ehre, über die bedeutungsvollste und ereignisreichste Periode zu berichten, die je die sozialdemokratische Fraktion durchzumachen hatte. Die Fraktion hat dem Parteitag über zwei Abschnitte, in die unsere Tätigkeit zerfällt, nämlich über die Tätigkeit in der Nationalversammlung und im Reichstag, einen besonderen schriftlichen Bericht erstattet, in dem alle Einzelheiten enthalten sind. Ich werde mich daher darauf beschränken, in einem allgemeinen Umriß über die Tätigkeit der Partei zu berichten.

Wir sind mit 166 Mandaten in der Nationalversammlung tätig gewesen. 11½ Millionen Wähler haben uns zur Nationalversammlung delegiert, sicher in der Erwartung, daß wir alles daran setzen würden, nützliche und praktische Arbeit für die Arbeiterklasse zu leisten. (Sehr richtig!)

Die Aufgabe, die der Nationalversammlung gestellt war, war nach dem fürchterlichen Zusammenbruch riesengroß. Es galt, den Krieg zu liquidieren, den Frieden herbeizuführen und für die Opfer des Krieges zu sorgen, das durch den militärischen Zusammenbruch und seine Folgen zerstörte Staats- und Verfassungsrecht neu zu gestalten und der durch den Krieg vollständig verrotteten Finanzwirtschaft eine neue Grundlage zu geben. Für uns gerade galt es, neben der politischen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse im freien Volksstaat auch die Herrschaft der im Staat organisierten Volksgewalt über die gesamte Wirtschaft zu sichern und weiter der Umgestaltung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die sozialisierte Gemeinwirtschaft die Wege zu ebnen. Wahrlich eine ebenso große und schwierige wie schöne und wichtige Aufgabe. Die Ueberführung unserer hohen Ideale in die Wirklichkeit! Die Erfüllung unseres Programms, für das die deutsche Arbeiterklasse seit mehr als einem halben Jahrhundert die heißesten Kämpfe geführt und die größten Opfer gebracht hat. In der Nationalversammlung war die Stellung der Fraktion gestärkt durch die in der Regierung tätigen sozialdemokratischen Minister. Unsere Genossen in der Regierung waren bestrebt, die notwendigen Gesetzesvorlagen der Nationalversammlung so rasch wie möglich zu unterbreiten und zu fördern, so daß das ganze oben bezeichnete Programm während der kurzen

Zeit der Nationalversammlung, die im ganzen nur 15 Monate arbeitete, in Angriff genommen und in wichtigen Teilen erfüllt werden konnte.

Wenn die Erfüllung uns nicht restlos befriedigen kann, wenn sie nicht allen unseren Wünschen entspricht, dann bitte ich Sie, nicht zu vergessen, daß die Partei keine Mehrheit im Parlament hat (Sehr wahr!), daß sie die bürgerlichen Parteien zur Durchführung braucht, weil die in der Kritik und im Fordern so starke Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht den Mut aufbrachte, eine sozialdemokratische Politik zu betreiben — aus Angst vor ihren kommunistischen Diktatoren.

Wir haben den Friedensvertrag unterschreiben müssen, obgleich er die von uns angenommenen 14 Wilsonschen Punkte nicht berücksichtigt hatte und obgleich wir noch heute überzeugt sind, daß viele seiner harten Bedingungen unerträglich und unerfüllbar sind. Wir haben den Friedensvertrag unterschrieben mit der ehrlichen Absicht, alle seine Bedingungen zu erfüllen, soweit es unter Anstrengung aller unserer Kräfte möglich ist; wir haben ihn unterschrieben unter dem Zwang der Gewalttätigkeit der Sieger und unter dem Zwang der Not des Vaterlandes. Um den angekündigten Einmarsch feindlicher Truppen ins Land und damit die Fortsetzung des 4½jährigen Krieges zu verhindern, um den 800 000 Kriegsgefangenen die Fortsetzung ihrer Gefangenschaft zu ersparen und sie der Heimat, ihren Angehörigen wiederzugeben und der Hungerblockade und der körperlichen Verelendung unseres Volkes ein Ende zu machen, deshalb haben wir den Gewaltfrieden unterschrieben, nachdem die deutschnationalen Friedensgegner während des Kriegs den von uns angestrebten Verständigungsfrieden verhindert haben. Daß wir damit den Wünschen des Volkes, zum mindesten der Mehrheit des Volkes entsprochen haben und, wie ich überzeugt bin, auch unsere Parteigenossen in der Mehrheit befriedigt haben, zeigt das Wahlresultat vom 6. Juni 1920, wo das Volk in seiner großen Mehrheit die Parteien unterstützt hat, die den Frieden unterschrieben haben. Ich bin deshalb überzeugt, daß der Parteitag diesen wichtigen Beschluß der Fraktion billigen wird. (Sehr richtig!) Ich bin weiter überzeugt, daß ich die Meinung des ganzen Parteitags ausspreche, wenn ich sage: heute schon ist es der Mehrheit aller Völker und auch unseren Gegnern zum Bewußtsein gekommen, daß in der Tat ein großer Teil der uns auferlegten Bedingungen nicht restlos zu erfüllen ist. Daß alles geschieht, um diese unsere Pflicht nicht zu bestreiten, das müssen wir immer wieder denen zur Pflicht machen, die heute den Feinden ihrer Gewalttätigkeit wegen fluchen, trotzdem sie während des Kriegs in ihren Zielen und Forderungen nicht weniger gewalttätig waren und den Feinden das Konzept für ihren Gewaltfrieden geliefert haben.

Wir haben den Frieden unterschrieben. Das verpflichtet uns auch, die Konsequenzen zu tragen, berechtigt aber auch uns, alles mit Entschiedenheit abzulehnen, was über den Vertrag hinausgeht und uns unfähig macht, ihn zu erfüllen.

Allen Zweifeln zum Trotz müssen wir sagen: es ist unsere Pflicht, die Besetzung des Rheinlandes und der Pfalz zu dulden. Wir müssen die Kosten der Besetzung tragen. Aber wir sind außerstande, die maßlosen Liebhabereien einer größenwahnsinnigen Militärkaste zu tragen. (Sehr richtig!) Exerzierplätze, Flugplätze und andere Anlagen für Millionenheere, die Milliarden kosten, sind Maßnahmen, die weit über den Friedensvertrag hinausgehen. (Sehr richtig!), die wir scharf zurückweisen müssen. Ich erhebe dagegen im Namen des Parteitags im Namen unseres ausgemergelten Volkes den entschiedensten Protest.

Ich rufe den Parteigenossen aller Länder, besonders laut und vernehmlich den Franzosen zu: Der von uns stets bekämpfte deutsche Militarismus ist zerschmettert! Habt Acht, daß der Ententemilitarismus nicht größeres Unheil über euch und über die Welt bringt!

Wenn Deutschland neben allen anderen finanziellen Lasten des Friedensvertrages auf 15 Jahre hinaus noch jährlich 27 Milliarden Goldmark für das Besatzungsheer aufbringen sollte, hieße das, das ganze deutsche Volk zu Sklaven der Entente, zu Tributpflichtigen Frankreichs zu machen! Das wollen wir nicht, und das können die Arbeiter der Ententeländer auch nicht wollen, deren Schicksal mit dem unserigen auf das engste verknüpft ist. Wer die Zukunft Europas sichern will, muß mithelfen an der Versöhnung und Vereinigung aller Völker.

Im neuen Etat für 1920 werden 40 Milliarden angefordert für die Erfüllung des Friedensvertrags. Wenn daneben noch so unerhörte Summen für den Besatzungsmilitarismus von uns verlangt werden, wie soll da noch etwas bleiben für die Wiedergutmachung in Frankreich? Und wir wollen wiedergutmachen, das haben wir unterschrieben. Das ist der Standpunkt der Fraktion, und ich bin überzeugt, auch des Parteitags. Um so mehr haben wir das Recht, zu verlangen, daß man es im französischen Volke hört, mit dem uns zu gemeinsamer Kulturarbeit zu verständigen wir in Bern 1911 unter Jaurès' und Bebels Führung schon vor dem Kriege mit ganzem Herzen bestrebt waren. Möchte man es hören in Frankreich, daß wir eine baldige und ehrliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland als die einzige Garantie für die Erfüllung des Friedensvertrags und die Sicherung eines europäischen Friedens betrachten, der allein eine Wiedergutmachung der Zerstörungen des wahnsinnigen Krieges ermöglicht und der Arbeiterklasse den Weg frei macht für ihre politische und wirtschaftliche Befreiung!

Es war eine Riesenaufgabe, den Krieg zu liquidieren und für seine Opfer zu sorgen. Sie alle waren Zeugen der Demobilmachung des Zehnmillionenheeres. Sie alle waren Zeugen des fürchterlichen Durcheinanders, das ganz naturgemäß finanziell von entscheidender Bedeutung für das Deutsche Reich war. Was in unseren Kräften stand, diese Demobilmachung durchzuführen, um den dabei Beteiligten möglichst die Rückkehr in das Erwerbsleben zu sichern, das haben wir, soweit wir als Fraktion tätig sein konnten, getan. Wir haben auch nach der Demobilmachung das Los der Heimgekehrten dadurch erleichtert, daß wir trotz der großen finanziellen Lasten die Erwerbslosenfürsorge von Reichs wegen eingeführt haben, eine Maßnahme, die man noch Jahre vorher sicher nicht für durchführbar bezeichnet hätte. Der schriftliche Bericht über die Nationalversammlung zeigt eingehend die Bemühungen der Fraktion, um das Los der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Verhältnisse zwangen uns, auf diesem Gebiet viel weiter zu gehen, als es früher irgend jemand für möglich gehalten hätte. Es ist in den zu erlassenden Gesetzen das gleiche Recht für alle Kriegsbeteiligten durchgeführt worden, es sind die Unterschiede zwischen Offizieren und Mannschaften aufgehoben worden, ein Beschluß — das können Sie sich wohl vorstellen —, der in diesem Parlament sicher schwer durchzusetzen gewesen ist. Wir haben rund 1 350 000 Kriegsbeschädigte, 320 000 Witwen und 1 130 000 Waisen zu entschädigen. Nach den jetzt beschlossenen Gesetzen sind für diese Versorgung ohne die in der letzten Zeit erst beschlossenen Aufbesserungen jährlich 4¾ Milliarden Mark aufzuwenden, nicht etwa für Entschädigungen, die zu erbitten sind, sondern die als Rechtsanspruch den Betreffenden zustehen.

Ohne Zweifel ist zuzugeben, daß auch hier zahlreiche Wünsche unerfüllt geblieben sind. Die Fraktion betrachtet dieses Gebiet noch nicht als abgeschlossen und ist willens, die gerechte Sachwalterin der Opfer des Krieges zu sein und zu bleiben. Hervorheben will ich, daß ein besonderes Gesetz die Fürsorge für die Beschäftigung der Schwerbeschädigten regelt und daß dieses Gesetz nicht nur auf die Kriegsbeschädigten beschränkt wurde, sondern auch ausgedehnt auf die schwer Unfallbeschädigten, ein Beschluß, der gemessen an dem, was früher als erreichbar erschien, zweifellos von großer Bedeutung ist. Manche Kritik an den Leistungen des Reiches für die Kriegsbeschädigten erfolgt sicher ohne Kenntnis der Wirkung der Gesetze. Wenn man diese Kriegsbeschädigtengesetze genau kennt und weiß, daß neben der zu gewährenden Grundrente eine Ausgleichszulage, ein Ortszuschlag, um die verschiedenen Ortsverhältnisse auszugleichen, Teuerungszulagen und Kinderzulagen einzurechnen sind, und sich einigermaßen vorstellt, wie die Finanzkraft des Reiches dadurch angestrengt wird, dann wird man nicht bestreiten können, daß die Versorgung der Kriegsbeschädigten nach diesem Kriege in dieser Weise nur möglich war, weil die Sozialdemokratische Fraktion in der Lage war, diesen ausschlaggebenden Einfluß auszuüben. (Sehr richtig!) Denn wie die Auffassung der bürgerlichen Parteien über diese Pflicht zur Versorgung aussieht, wird dadurch deutlich illustriert, daß die durch das Gesetz geschaffene Beschäftigungspflicht der Unternehmer für die Schwerbeschädigten von vielen Unternehmern nur mit Widerwillen aufgenommen, ja geradezu sabotiert wird.

Der Neuaufbau unseres durch den militärischen Zusammenbruch und seine Folgen zerstörten Staats- und Verfassungsrechts war das wichtigste Werk der Nationalversammlung, das ihr den Namen gegeben hat. Es brachte die neue Reichsverfassung, die am 1. August 1919 abgeschlossen und am 11. August publiziert wurde. Sie wurde unter eifriger und zielbewußter Mitarbeit der Sozialdemokratie von den Koalitionsparteien gegen Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und die Unabhängige Sozialdemokratie beschlossen. Sie hat das Resultat der Revolution legalisiert, denn das Deutsche Reich ist eine Republik und alle Staatsgewalt liegt beim Volke. Das Volk wählt den Reichstag und den Reichspräsidenten. Es wählen dazu alle deutschen Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre an auf dem Wege der Verhältniswahl. Die Verfassung ist gestaltet, wie es unser Erfurter Programm forderte und wie es die sozialdemokratischen und unabhängigen Volkskommissare unmittelbar nach der Revolution proklamierten. Der Reichstag allein bestimmt die Reichsregierung, die ohne sein Vertrauen keinen Tag regieren kann. Die parlamentarische demokratische Regierungsform ist damit Recht geworden. Dazu fügt der Artikel 73 der Verfassung den Volksentscheid, den der Reichspräsident und ein Zehntel der stimmberechtigten Wähler herbeiführen können. Keine Verfassung der Welt ist demokratischer, keine gibt dem Volk größere Rechte. Diese Tatsache wird leider von vielen Arbeitern fast gar nicht mehr in ihrem Wert erkannt. (Sehr richtig!) Die Jugend hat vergessen, wie ungeheuer der Kampf war, der seit Jahrhunderten um dieses Recht geführt worden ist, sie hat vergessen, daß unsere Großväter und Urgroßväter ihr Leben dafür eingesetzt haben, daß die Sozialdemokratie ihre ganze Propaganda eingesetzt hat zur Erreichung dieses Zieles. Wir sollten uns freuen, daß es durch die Revolution gelungen ist, dies zum Recht zu machen. Die Arbeiterklasse Deutschlands ist damit im Besitz der politischen Macht, wenn sie im Volke die Mehrheit hat, wenn sie sich auf dem Boden der Demokratie vereinigt. Nur in vereinigter Macht wird sie ihre historische Aufgabe erfüllen können.

Die Verfassung ermöglicht auch die Macht des Volksstaates über die Wirtschaft im Artikel 156, der die Vergesellschaftung geeigneter privater wirtschaftlicher Unternehmungen in Gemeineigentum regelt. Einen weiteren Schritt zum Sozialismus macht der Artikel 163, wonach jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben und wenn ihm solche nicht nachgewiesen werden kann, für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt wird. Auch für die Durchführung dieser Bestimmung zu sorgen ist Aufgabe der Arbeiter. Dazu ist notwendig, daß das arbeitende Volk außerhalb der Parlamente zusammensteht, die Kraft seiner Vertretung nicht schwächt, damit diese Vertretung imstande ist, die in der Verfassung stehenden Bestimmungen zur Wirklichkeit zu machen.

Die Bildung von Arbeiterräten und Wirtschaftsräten mit Befugnissen, die über unsere früheren Forderungen noch hinausgehen, regelt der § 165 der Verfassung, der besagt: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat. Diese treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretern der Unternehmer und sonstigen beteiligten Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Die parlamentarische Geschichte zeigt, daß die Sozialdemokratie seit dem Jahre 1877 eine derartige wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse gefordert hat. Wir haben später Arbeiterkammern verlangt. Alle diese Forderungen, die dann der Nürnberger Gewerkschaftskongreß zusammengefaßt und der heutigen Zeit angepaßt hat, sind in der Verfassung festgelegt worden, und ich glaube, auch auf diesem Gebiet ist unsere Tätigkeit von der Arbeiterklasse nur zu begrüßen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist schon tätig. — Die Fraktion muß dafür wirken, daß bald der definitive Reichswirtschaftsrat gebildet wird in einer Form, daß darin die Arbeiter und die Verbraucher den ihnen zukommenden Einfluß ausüben können. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist nur ein Notbehelf gewesen, aber die Zusammensetzung des endgültigen Reichswirtschaftsrates muß genau abgewogen werden, damit dort nicht einseitige Interessen vertreten werden.

Nach heißen und langen Kämpfen ist am 18. Januar 1919 das Betriebsrätegesetz zustandegekommen. — Nicht nur gegen die äußeren Rechte und viele Unternehmer in den bürgerlichen Koalitionsparteien mußten unsere Genossen in der Kommission den Entwurf verteidigen — auch die Unabhängige Sozialdemokratie bekämpfte ihn in gehässiger Weise. Am Tage der dritten Lesung sollte ein führerloses Massenaufgebot vor dem Reichstag das Gesetz und den Reichstag stürzen! Es half nichts. Das Gesetz erhielt eine Mehrheit; es ist der erste große Schritt zur Demokratisierung des Betriebs und der Wirtschaft (sehr richtig!), die notwendigste Vorbedingung zur Sozialisierung der Produktion. Der in der vorigen Woche abgehaltene Betriebsrätekongreß hat sich mit dem Gesetz abgefunden, die Gewerkschaften werden die Schulung der Betriebsräte auf sozialem, wirtschaftlichem und technischem Gebiete fördern und sie in den Stand setzen, mit den weiter zu erlassenden Gesetzen die praktische Sozialisierung der Produktion einzuleiten.

Während des ganzen Kampfes um das Betriebsrätegesetz haben die Unabhängigen darauf verzichtet, das Gesetz nach ihren Wünschen zu verbessern. Sie haben das gar nicht versucht, sondern es uns überlassen, das Gesetz brauchbar zu machen. Sie haben uns während der ganzen Zeit in gehässigster Weise bekämpft, um am Tage nach der Annahme des Gesetzes alle ihre Kräfte einzusetzen, möglichst viel Betriebsratsposten von sich aus besetzen zu können. Wenn das Gesetz unbrauchbar war, dann war es doch erstaunlich, daß die Unabhängigen nun auf einmal, als es wirklich Gesetz geworden war, dieses große Interesse der Arbeiterklasse daran entdeckten, offenbar in der Hoffnung, die Betriebsräte für ihre Zwecke ausnützen zu können. Die Arbeiter, denen es ernst ist mit wirklichem tatkräftigem Einfluß der Arbeiter in Betrieb und Wirtschaft, werden das Betriebsrätegesetz als ein Mittel zur Vertretung ihrer Interessen auf wirtschaftlichem Gebiet benutzen, sie werden darauf verzichten, die Betriebsräte zu einem politischen Werkzeug zu machen. (Sehr richtig!) Sie können das, denn die Arbeiter wissen, daß ihre politischen Interessen im Parlament und außerhalb des Parlaments ihre richtige und tatkräftige Vertretung in der sozialdemokratischen Partei haben.

Es ist natürlich, daß wie die Verfassung, so auch diese wirtschaftlichen Gesetze dank der Abstinenz der Unabhängigen nur durch Kompromisse in der Koalition zustandegebracht werden konnten. Nicht anders war es bei den Sozialisierungsgesetzen, bei den Gesetzen, die direkt als Vorbereitung für die Sozialisierung der Produktion angesehen werden müssen, dem Sozialisierungsgesetz, einem Rahmengesetz, in welchem Reich und Staat die Möglichkeit eingeräumt wird, zur Sozialisierung reife Betriebe in gemeinwirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen, dem Gesetz, in welchem die Sozialisierung der Bodenschätze — Kohle und Kali — von vornherein als selbstverständlich benannt ist, also ein Gesetz, das wir keine Ursache haben, als bedeutungslos anzusehen, auch wenn es nicht von heute auf morgen die Produktion sozialisiert. In weitesten Kreisen unserer Partei wird anerkannt, daß die Sozialisierung nicht von heute auf morgen durch einen Mehrheitsbeschluß im Parlament durchgeführt werden kann, sondern daß die Sozialisierung auch ein Werk der Entwicklung sein wird und daß wir dort beginnen müssen, wo die Verhältnisse so weit gediehen sind, daß wir auch Erfolg haben. Aus den Berichten der Sozialisierungskommission, an denen Parteigenossen von uns beteiligt waren, ist zu erkennen, wie wenig man in diesen Dingen durch rasche und übereilte Experimente auf die Dauer erreichen kann. (Zurufe: Nichts!) Nichts wäre schlimmer, als wenn durch unüberlegte ungeprüfte Experimente der sozialisierte Betrieb in Mißkredit gebracht würde. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, daß die Tätigkeit der Fraktion sich nur auf die Vorbereitung zu diesen wirtschaftlichen Umgestaltungen beschränken mußte, daß die Fraktion aber für die Sozialisierung das Nützliche und Notwendige getan hat. Wir haben neben dem Sozialisierungsgesetz ein Gesetz zur Regelung der Kohlen- und Kaliwirtschaft und ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz bereits durchsetzen können. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen müssen, ob diese vorbereitenden Gesetze schon soweit Wirkung gehabt haben, daß aus ihnen die Konsequenz zur vollständigen Ueberführung auch der Besitzrechte durchgeführt werden kann. Nach dem, was ich aus den Berichten der Sozialisierungskommission und aus der Tätigkeit des Kohlenrats usw. beobachten konnte, bin ich überzeugt, daß es möglich ist, das Stadium der Sozialisierung des Produkts zu ersetzen durch das weitere Stadium der Sozialisierung des Eigentums. Es ist ja bekannt, daß sogar das heutige Kabinett bereits beschlossen hat, eine Gesetzesvorlage über die Sozialisierung des Bergbaues einzubringen. (Hoch: Die wird auch danach sein.) Dann bedarf es eben aller Aufmerksamkeit, um die Vorlage, wenn sie so

gedacht sein sollte, wie sie Herr v. Raumer auffaßt, so zu gestalten, wie wir sie auffassen, und es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Fraktion sein, auf diesem Gebiet endlich durchzuführen, was seit 30 Jahren Allgemeingut der weitesten Schichten des deutschen Volkes gewesen ist, daß die Bodenschätze Gemeingut des deutschen Volkes werden. Kommt der Parteitag zu dieser Ueberzeugung, so muß er sich mit aller Entschiedenheit für den ersten Vorschlag der Sozialisierungskommission aussprechen, und die Partei muß alles daransetzen, bei dem zu erwartenden Kompromiß den ersten Vorschlag möglichst weitgehend zu verbessern.

Die vorbereitenden Gesetze bilden eine geeignete Grundlage für die Weiterführung der Sozialisierung. Aber allein von der Geschlossenheit der deutschen Arbeiter wird es abhängen, ob wir auf diesem Gebiete weiter als Pioniere der Sozialisten der ganzen Welt wirken können. Wir erwarten, daß die Sozialisten der übrigen Welt unsere Arbeit ohne Voreingenommenheit verfolgen und unterstützen.

Neben diesen wirtschaftlichen vorbereitenden Gesetzen war die Frage der Schulgesetzgebung die umstrittenste Frage der Verfassung. Die Beschlußfassung über die Schulgesetzgebung hat uns nicht zugesagt, aber wir waren zu einem Kompromiß gezwungen. Wir haben diesem Kompromiß zugestimmt, weil wir die Verfassung als Ganzes wollten und in der Schulgesetzgebung gegenüber den Anhängern der anderen Weltanschauung mehr nicht durchsetzen konnten. Auf dem Gebiete der Schule wird den Eltern und den Volksgenossen die Entscheidung über den Charakter der Schule eingeräumt. Das ist in der ganzen Kritik viel zu viel vergessen worden. (Sehr richtig!) Von der Energie und der Intelligenz der Arbeiterschaft wird es abhängen, ob die Schule zu einer weltlichen oder zu einer konfessionellen gestaltet wird. Wir bedauern, daß es in den weitesten Arbeiterschichten an dieser Aufklärung fehlt, um das minimale Recht, das uns die Verfassung gibt, überall auszunutzen. (Sehr richtig!)

Niemand kann mehr als wir bedauern, daß die Entente es uns auf dem Gebiete des Heerwesens unmöglich gemacht hat, unser Programm der allgemeinen Volkswehr durchzuführen. (Sehr richtig!) Die Einführung des Miliz̈systems wäre nach dem militärischen Zusammenbruch eine Leichtigkeit gewesen. Das Volksheer hätte eine Verteidigungsmacht für die Republik werden können. Durch den wahnsinnigen Friedensvertrag zwingt uns die Entente ein Söldnerheer auf, in dem diejenigen zunächst Unterkunft gesucht haben, die das Militärwesen als Handwerk und als Lebensexistenz betrachten. Es wird dauernd eine Aufgabe der Fraktion sein, die Entente zu überzeugen, daß das Söldnerheer, das teurer als das größte Volksheer ist, eine Gefahr für unsere Finanzen ist, da es große Geldmittel aufbraucht, die wir für wirkliche Kultur- und Wiedergutmachungszwecke verwenden könnten. Die Reichswehr ist keine Einrichtung, die den Wünschen der Sozialdemokratie entspricht, sondern eine Institution, die wir leider in jenen Zeiten bilden mußten, wo ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft vergessen hatte, daß die Revolution von ihr zu verteidigen war. (Sehr richtig!)

Ein großer Teil unserer Tätigkeit wurde absorbiert durch die Sorgen für Verbesserung der Rechte der Frauen, der Mütter und der Unehelichen. Nach dem Verlauf der Frauenkonferenz kann ich verzichten, in meiner Berichterstattung hierauf näher einzugehen. Ich will nur erwähnen, daß die Fraktion in der Nationalversammlung, wo sie zum ersten Male Frauen in ihrer Mitte hatte, durch die Mitarbeit der Frauen eine wesentliche Bereicherung ihrer Arbeitskräfte und eine wesentliche Förderung gerade auf den Gebieten gefunden hat, die für die Frauenwelt von Wichtigkeit sind.

Die größten Beschwerden haben wir auf dem Gebiete der Rechtspflege. Im Interesse der Republik wäre es vielleicht besser gewesen, mit den Dynastien zugleich auch die bürgerliche und kapitalistische Rechtspflege zu beseitigen. (Lebhafte Zustimmung.) Ein großer Teil der Richter hat noch nicht begriffen, daß die staatlichen Verhältnisse sich geändert haben, und daß sie die Aufgabe haben, Recht zu sprechen, daß sie das Recht zu beobachten haben, das mit uns geboren ist, nicht das Recht der Vergangenheit. (Sehr wahr!) Wenn das Reichsgericht es fertiggebracht hat, das Amnestiegesetz so auszulegen, daß die Hauptverbrecher am Kapp-Putsch außer Verfolgung gesetzt sind, so ist das der Gipfel von Unrecht und ein bedauerliches Zeichen der Rechtsverirrung der Richter an höchster Stelle. Ich bitte, den Antrag Nr. 342, der sich mit dieser Angelegenheit befaßt, anzunehmen.

Längere Diskussionen mehr außerhalb als innerhalb der Fraktion sind über die Wirtschaftspolitik gepflogen worden. Die Fraktion hat sich über die Wirtschaftspolitik deshalb nicht mehr unterhalten, weil sie wohl wußte, daß in Zeiten, wie wir sie in den letzten zwei Jahren durchlebt haben, wo jeder Tag neue wirtschaftliche Erscheinungen bringt, kein wirtschaftspolitisches Schema aufgestellt werden kann. Hätte sich die Fraktion in wirtschaftspolitischen Dingen festlegen wollen, so hätte die Praxis die Unmöglichkeit der Durchführung gezeigt. (Sehr richtig!)

Die ganze trostlose Lage unseres Landes zeigt sich in der vollständig zerrütteten Finanzwirtschaft. Der Etat für 1920 bringt eine Ausgabe von 91,5 Milliarden Mark. Die Ausgaben im Jahre 1914 betrugen nur 3,4 Milliarden Mark. Von den 91 Milliarden sind 49 Milliarden ungedeckt. Dazu kommen noch die Fehlbeträge der Eisenbahn mit 16 Milliarden und der Post mit 2 Milliarden, so daß im ganzen ein Fehlbetrag von 67 Milliarden im Etat erscheinen wird. Dabei kennen wir noch nicht die Summen für die Wiedergutmachung. Jetzt rächt sich die leichtsinnige Finanzpolitik während des Krieges (Sehr richtig!), die alles auf Schulden nahm, das Geld milliardenweis verschleuderte, ohne Steuern zu erheben. Die vielen Steuern, die die Nationalversammlung beschlossen hat, werden nicht ausreichen, um auch nur einigermaßen gesunde Finanzen zu schaffen.

Bei den Beratungen über die Steuergesetze waren wir bestrebt, den Besitz in allen seinen Formen zur Deckung der Lasten heranzuziehen unter möglichster Schonung der kleinen Leute. Es gelang, die Steuerhoheit des Reiches festzustellen, eine Reichseinkommensteuer mit starker Progression durchzuführen. Bei der Reichseinkommensteuer wurde beschlossen, daß allen Lohnempfängern der Steuerbetrag abgezogen wird. Da die Veranlagung von den neu zu bildenden Finanzämtern nicht rechtzeitig fertigzustellen war, wurde dieser Steuerabzug provisorisch mit 10 Proz. eingeführt. Das wurde an verschiedenen Orten als Anlaß zu Streiks genommen.

Soweit Klagen über diesen Beschluß berechtigt waren, wurde ihnen am 6. Juli beim Zusammentritt des neuen Reichstages durch Aenderung des Gesetzes entsprochen, und es besteht begründete Aussicht, daß in einer weiteren Novelle das steuerfreie Minimum noch erhöht wird.

Neben der nicht zu umgehenden Erhöhung der indirekten Steuer auf Zündwaren, die im Jahre 1921 monopolisiert werden, auf Tabak, Spielkarten und den Umsatz wurden als direkte Steuern beschlossen: eine außerordentliche Kriegsabgabe für 1919, Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, das Erbschaftssteuergesetz, das Reichsnotopfer, das Kapitalertragssteuergesetz und die Reichseinkommensteuer.

Um die ganze Steuergesetzgebung aus der Zersplitterung zwischen Reich, Staat und Gemeinden herauszunehmen, wurde das Landessteuergesetz und die

Reichsabgabenordnung geschaffen, wodurch das gesamte Steuerrecht und die ganze Steuerverwaltung auf eine neue Grundlage gestellt wurden.

Bei diesen schwierigen Arbeiten haben unsere Vertreter in der Kommission großes geleistet. Wir hatten große Widerstände zu überwinden, haben aber die Genugtuung, auch auf diesem Gebiete treu unserem Programm gearbeitet zu haben.

Zu beklagen ist, daß die Eintreibung der Besitzsteuern so langsam vor sich geht. (Sehr richtig!) Hier muß kräftig nachgeholfen werden.

War schon mit der Steuergesetzgebung ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Reichsgewalt und der Reichseinheit getan, so wurde dies noch verstärkt durch den in der Verfassung ausgesprochenen Zwang zur Uebernahme der Staatseisenbahnen, der Landesposten von Bayern und Württemberg und der Wasserstraßen auf das Reich.

Die schlechte finanzielle Lage der durch den Krieg zerrütteten Eisenbahnen beschleunigte den Gang der Dinge derartig, daß der Verfassungswunsch heute schon erfüllt ist. Durch Staatsverträge, an denen auch wir viel auszusetzen hatten, übernahm das Reich die Eisenbahnen, die jetzt von einem Reichsverkehrsminister einheitlich betrieben werden. Damit ist ein weiteres von uns schon lange propagiertes Ziel erreicht. Damit ist angebahnt, was bei der Verfassungsberatung manche Parteigenossen sofort erzwingen wollten: die Unitarisierung, d. h. die Beseitigung der Einzelstaaten. Wir glauben, auf dem Wege der natürlichen Entwicklung rascher zum Ziele zu kommen, weil der zwangsweise Weg die größten Schwierigkeiten geboten hätte. Wenn erst die einzelstaatlichen Landtage empfinden, daß ihnen mit der Steuergesetzgebung und mit den Eisenbahnen die wichtigsten Tätigkeitsgebiete entzogen sind, und wenn sie erst finden, wie schwierig ihre Finanzlage werden wird, dann wird sich die Notwendigkeit der Vereinheitlichung immer mehr durchsetzen. Wie recht ich damit habe, beweist, daß dieser Tage in Karlsruhe bürgerliche Parlamentarier von Hessen, Baden und Württemberg ausgesprochen haben, daß in kurzer Zeit eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verwaltung durchgeführt werden müsse. Auch hier werden wir rascher, als anzunehmen war, zu dem von uns erwünschten Ziele gelangen.

Alle diese großen und wichtigen Materien konnten schon von der Nationalversammlnug erledigt werden, — nicht zuletzt durch die tätige und wirksame Vorbereitung unserer Genossen in der Regierung. Kein Wunder, daß die Gegner der Republik alles daran setzen, die Regierung und die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu diskreditieren. Sie fanden Helfer bei den Offizieren, die sich aus ihrer glänzenden Laufbahn verdrängt sahen.

Der Kapp-Putsch war eine militärische reaktionäre Gegenrevolution zum Sturz der Republik und ihrer Träger. Daß er mißlang, daß die Republik gerettet, das Reich vor dem Bürgerkrieg und vor der Verwaltung durch die Entente bewahrt wurde, ist das Verdienst der wahren Republikaner unter Führung der Sozialdemokratie.

Leider hat bei der nachfolgenden Reichstagswahl das Volk die Arbeit der Nationalversammlung schlecht gewürdigt und die Reaktionäre so gestärkt, daß die alte Koalition nicht zu halten war.

Die Mandatszahl der beiden sozialistischen Parteien stieg zwar von 188 auf 194 Mandate. Da aber die Demokraten von 75 auf 45 Mandate zurückgegangen waren und die Unabhängigen — mit denen allein wir keine Mehrheit bilden konnten — jede Koalition ablehnten, war die alte Koalition nicht mehr tragfähig. Mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen, lehnte die Partei ab, — wir traten aus der Regierung aus, um der Deutschen Volkspartei die Mitverantwortung für die Regierung und Gesetzgebung zu überlassen.

Obgleich die Regierung ohne die Sozialdemokratie keinen Tag regieren kann, wäre es falsch, zu verschweigen, daß unsere Stellung im Reichstag weniger stark ist, als sie es in der Nationalversammlung war. Sie wieder zu stärken, muß das Ziel der Arbeiter sein, denn um ihre Sache wird im Reichstage gekämpft.

Auch über unsere Tätigkeit im Reichstage liegt ein schriftlicher Bericht vor, auf den ich mich beziehen darf, weil daraus die Tätigkeit der Fraktion zu ersehen ist.

Einen breiten Raum in den Beratungen verlangte die Behandlung der Ernährungsfragen, unter denen die Arbeiterklasse und die Angestellten sicher am meisten zu leiden haben.

Gegen den Widerspruch unserer Vertreter im Volkswirtschaftlichen Ausschuß wurde vom 15. September ab die Kartoffel- und vom 1. Oktober ab mit 13 gegen 13 Stimmen die Fleischbewirtschaftung aufgehoben. An Kartoffeln soll eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern sichergestellt werden. Wir befürchten durch diese Maßregeln eine Steigerung der Preise und damit eine Verschlechterung der Ernährung des arbeitenden Volkes, was sicher wieder neue Reichshilfe bedingt, wenn das Reich vor Erschütterungen bewahrt bleiben soll. Die Preissteigerung ist keine Erscheinung, die sich auf Deutschland beschränkt, sondern eine internationale. In der Schweiz, in Zürich, wo der Monatslohn eines Straßenbahners heute 720 Franken beträgt, steht der Straßenbahner in bezug auf die Lebenshaltung wegen der dortigen Preisverhältnisse schlechter als bei uns in Deutschland.

Ueber die weitgehenden Maßnahmen zur Steuerung der Erwerbslosigkeit finden sich auf Seite 30 des schriftlichen Berichtes eingehende Darlegungen über die Stellung der Parteien und der Regierung und über die gefaßten Beschlüsse. Nach den Aeußerungen des Staatsministers sind für den Wohnungsbau in den Kohlenbezirken aus Reichsmitteln bereits 300 Millionen zur Verfügung gestellt. Für Notstandsarbeiten sind 470 Millionen bereitgestellt, und weitere Summen sind für Meliorationen und Wohnungsreparaturen vorgesehen. Beim Wiederzusammentritt des Reichstages sind Vorlagen zu erwarten, die noch weitere Opfer auf diesem Gebiete verlangen. Weiter ist in Aussicht genommen, daß Straßen- und Hafenbauten in Angriff genommen werden. Seit November 1918 bis März 1919 haben Reich, Länder und Gemeinden zur Erwerbslosenunterstützung bereits 1400 Millionen Mark ausgegeben. Die Fraktion hat also auch auf diesem Gebiete ihr Möglichstes getan, um den Erwerbslosen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Auch über den so lange gewünschten Abbau der Schmerzenskinder unserer kranken Wirtschaft, der Kriegsgesellschaften, finden sich dort nähere Angaben.

Nach langem Widerstreben wurde endlich die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht und in zwei Anläufen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit beschlossen.

Einen größeren öffentlichen Kampf verursachte noch die Beschlußfassung über das Entwaffnungsgesetz, das von der äußersten Rechten und der äußersten Linken bekämpft wurde. Wir haben das durch den Friedensvertrag bedingte Gesetz in der Kommission nach der Richtung verbessert, daß die Entwaffnung in allen Schichten gleichmäßig durchgeführt werden muß, und haben dem Parlament das Mitwirkungsrecht bei der Durchführung gesichert.

Wir haben in der dritten Lesung nach Annahme unserer Anträge dem Gesetz zugestimmt, weil der Zwang der Entente vorlag, und weil wir Waffen in den Händen der Zivilbevölkerung als eine stete Bedrohung für eine ruhige und friedliche Entwicklung, die wir so nötig brauchen, erblicken. Wir sind

auch dafür von den Unabhängigen beschimpft worden, obgleich wir sicher die besten Stützen der Republik und der Errungenschaften der Revolution sind.

Aus diesen Darlegungen ersehen Sie die große historische Bedeutung der Aufgaben, die der sozialdemokratischen Fraktion gestellt waren. Wir konnten mit Erfolg arbeiten, weil wir in treuer Kameradschaft einig zusammenstanden, stets in Uebereinstimmung mit dem Parteiausschuß und den Genossen im Lande waren, und weil es für uns nur ein Ziel bei unserer Arbeit gab: energische Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes, Förderung der wahren Demokratie und zielbewußte Vorbereitung der Sozialisierung der Wirtschaft.

Wir waren im Parlament ehrlich bestrebt, unsere Sache ohne persönliche und parteipolitische Leidenschaft auch besonders gegen die Parteien links von uns zu führen und bedauern es, daß es so oft nicht möglich war, den verderblichen Bruderkampf der sozialistischen Fraktionen zu vermeiden.

Wir sehen der Kritik unserer Tätigkeit durch den Parteitag ruhig entgegen — sie wird uns gerecht werden und sie kann uns nur stärken in unserer weiteren Tätigkeit, die immer geleistet wird nach dem Grundsatz: Arbeit und Treue der Partei zum Wohle des ganzen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Gemäß dem Beschlusse in der Eröffnungssitzung, die allgemeine Wirtschaftspolitik und die Sozialisierungsfrage von der Beratung des Punktes 3 der Tagesordnung, nämlich den Bericht der Reichstagsfraktion zu trennen und den Genossen Wissell und Robert Schmidt die übliche Referentenredezeit zu gewähren, sowie die Ernährungsfrage bei der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu behandeln, wird festgelegt, daß in der Nachmittagssitzung über die Gegenstände debattiert werden soll, die nicht mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik und mit der Ernährung zusammenhängen. Trotzdem soll der Genosse Hildenbrand in seinem Schlußworte das Recht haben, auch auf die Wirtschaftspolitik und die Sozialisierungsfrage einzugehen.

Dem Genossen Hackelberg-Kiel, der unter dem Sozialistengesetz ausgewiesen worden war, und der heute seinen 60. Geburtstag feiert, spricht der Vorsitzende Müller unter dem Beifall des Parteitages die Glückwünsche der anwesenden Delegierten aus, indem er der Hoffnung Ausdruck verleiht, daß der Genosse Hackelberg noch oft Gelegenheit haben werde, an den Beratungen des Parteitages teilzunehmen.

Der Vorsitzende teilt ferner mit, daß die Parteileitung der Deutschen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich für die Einladung zum Parteitag danke und dabei erkläre, daß sie leider außerstande sei, der Einladung Folge zu leisten, weil die Wahlarbeit in Deutschösterreich jeden Mann dringend erfordere. Der Vorsitzende dankt den deutsch-österreichischen Genossen für ihre Glückwünsche und für den regen Anteil, den sie immer an den Verhandlungen der Partei genommen hätten und spricht die Hoffnung aus, daß sie für die Sozialisten Deutschösterreichs einen großen Erfolg bei den Wahlen davontragen.

Der Reichswirtschaftsverband der Berufssoldaten bittet, seine Bestrebungen zu unterstützen und erklärt, daß er einen Einklang zwischen der Reichswehr und dem schaffenden Volk zu erzielen wünsche.

Die Genossen in Schönheim im Erzgebirge bitten, auf Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise hinzuwirken.

Außerhalb der Tagesordnung ist folgende genügend unterstützte Resolution (Antrag 366) eingegangen:

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wendet sich mit Entschiedenheit gegen die deutsch-völkische Hetze, die in dem Gelehrten

Magnus Hirschfeld ein erstes Blutopfer gefordert hat. Das werktätige Volk weist die Verantwortung für die wüsten Ausschreitungen, die den deutschen Namen in aller Welt besudeln, weit von sich. Der Parteitag fordert die deutschen Sozialisten auf, den deutsch-völkischen Hetzern überall mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß die klaren Linien des Klassenkampfes nicht durch blöde, den Gegenrevolutionären dienende Rassenhetzen verwischt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, daß Magnus Hirschfeld, der seinen Verletzungen inzwischen erlegen sein soll, eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war. Die Resolution wird einstimmig unter großem Beifall angenommen.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr.)

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Hermann Müller** teilt mit, daß Genosse Dietz auf das Telegramm des Parteitages geantwortet hat, daß er mit Dank von den Grüßen des Parteitages Kenntnis nimmt; im Interesse der Partei möge der Parteitag Erfolg mit sich bringen und Millionen Kämpfer, die noch für die Sozialdemokratie zu gewinnen sind, zu ihr ziehen.

Der Vorsitzende stellt darauf die Unterstützungsfrage für die Anträge zu Punkt 3: Ich würde es für Zeitverschwendung halten, für die 161 Anträge, die zum Bericht der Fraktion gestellt sind, einzeln die Unterstützungsfrage zu stellen, um so mehr, da viele dieser Anträge alle möglichen Materien behandeln und aussehen, als ob sie aus irgendeiner Gulaschkanone gekommen wären. Für künftige Parteitage möchte ich die Organisationen bitten, ihre Anträge zu präzisieren, daß nicht in demselben Satz zwei oder drei Materien behandelt werden. Anträge 117 und 326 sind zurückgezogen. Die andern stehen zur Debatte. Ich schlage vor, daß ich zunächst eine Uebersicht gebe und dann die Anträge, die die einzelnen gesetzgeberischen Materien behandeln, gemeinsam als unterstützt betrachtet werden. Ich werde im einzelnen nur zu den Anträgen die Unterstützungsfrage stellen, die die Technik der parlamentarischen Betätigung betreffen. Es sind gestellt:

Zur Frage der Sozialversicherung die Anträge 77, 78, 79, 80, 91, 93, 124 Ziffer 2, 160, 175 Abs. 1, 175 Abs. 3, 184, 185, 349. Spezialanträge sind noch 293 über die unentgeltliche Entbindung und 174 über die Sozialgesetzgebung für das Schiffahrtsgewerbe.

Zu den Versorgungsgesetzen sind gestellt die Anträge 92, 95, 124 Abs. 1, 138 Abs. 4, 148.

Dann folgt die Gruppe Jugendwohlfahrt und Jugendschutzgesetzgebung: 154, 155, 346.

Die Kinderarbeit betreffen die Anträge: 85 und 351, die Frauenarbeit: 347.

Das Frauenwahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten betrifft: 348.

165 verlangt die Bereitstellung von Kasernen für Arbeiterjugendvereine.

Die Betriebsräte behandeln die Anträge: 84, 90, 119, 136, 310 und 372.

Ein Tarifgesetz für Landarbeiter verlangen die Anträge: 102 und 109.

Zum Berggesetz liegt vor der Antrag 144 Abs. 1.

Es folgt eine Gruppe von Anträgen, die sich mit den Steuern und dem Steuerabzug befassen: 81, 87, 89, 132, 142, 144 Abs. 2, 145, 147, 151, 156, 157, 158, 166, 175 Abs. 2. Die preußische Grundsteuer im besonderen behandelt 339.

Antrag 169 verlangt die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland.

Eine weitere Gruppe von Anträgen befaßt sich mit dem Beamtenrecht und der Beamtenbesoldung: 94, 117, 118, 161, 190, 197 und 311.

Mit der Militärgesetzgebung: 97, 98, 99, 100, 188, 191 und 296.

Zum Entwaffnungsgesetz ist Antrag 159 gestellt.

Antrag 183 will Militärgebäude für Wohnungen freigemacht haben.

Mit dem Volksentscheid befassen sich die Anträge 96, 309 und 330, mit der Gemeindeverfassung 104 und 127, mit der Wahlkreiseinteilung: 128, mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz 149, mit der Ministerpension 130, mit der Siedlungsgesetzgebung: 105, 108, 114, 122, 334.

Straf- und Zivilrecht betreffen die Anträge: 129 Abs. 3 und 170, Strafrecht und Strafvollzug für Jugendliche: Antrag 350, Beteiligung der Frauen an der Rechtspflege 356, Frauenrecht und Eherecht im besonderen 345, Antrag 163 verlangt besondere Gerichte für Kappisten, Antrag 171 ein Bordellverbot, 168 betrifft die Stellenvermittlung.

Die Anträge 110 und 143 wünschen, daß der 1. Mai gesetzlicher Feiertag wird, 111 und 193 verlangen dasselbe für den 9. November. Ich bemerke dazu, daß ein weiterer Antrag sich im Druck befindet, den Tag zum Feiertag zu machen, an dem die Verfassung verabschiedet wurde.

Es folgt dann eine Gruppe Anträge, die sich mit der weltlichen Schule und der Schulgesetzgebung befassen: 101, 133, 138 Abs. 3, 141, 164, 186, 194, 220, 221, 224, 225, 227, 228, 232, 233.

Antrag 325 befaßt sich mit der Einheitsrepublik, 323 mit der Anschlußfrage für Waldeck.

Antrag 340 betrifft die Rückführung von noch im Osten befindlichen Kriegsgefangenen, 342 (Radbruch und Genossen) das Amnestiegesetz.

Ferner kommen in Betracht diejenigen Anträge, die in der abgesonderten Debatte über die allgemeine Wirtschaftspolitik zu behandeln sind, zunächst die Anträge zur Ernährungsfrage: 82, 83, 106, 107, 115, 126, 138 Abs. 1, 139, 140, 167, 181, 189, 311, 328 und 331.

Sozialisierungsfragen werden behandelt in den Anträgen 125, 133, 135, 137, 146, 150, 152, 153, 172, 179, 187, 252, 260, 282, 292, 313. Ferner liegen eine Anzahl Anträge zu Spezialfragen der Sozialisierung vor: Antrag 182, der eine Sozialisierung der Apotheken verlangt, 195, der die Sozialisierung des Fischfangs betrifft, 312, der die Sozialisierung der Eisenbahnlokomotivfabriken und Glasbläsereien verlangt, 329 über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke.

Da sich kein Widerspruch erlebt, gelten diese Anträge gemeinsam als unterstützt. Ich werde gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Reihe von Anträgen, die als Anträge des Ortsvereins Hoisbüttel laufen, von der Arbeitsgemeinschaft des Kreises Stormarn gestellt sind.

Es folgen eine Anzahl Anträge, die die parlamentarische Technik betreffen. Von diesen finden genügend Unterstützung der Antrag 76, der die Zusammenstellung der Fraktionsbeschlüsse verlangt, 116, der die Teilnahme der Abgeordneten an den wichtigen Abstimmungen fordert, 131, der eine bessere Vertretung der wirtschaftlichen Wünsche der Genossen bei den Behörden verlangt, 177, 178, 299, 300, die sich mit der Frage der Doppelmandate befassen und 298, der sich mit der Entschädigung der noch in Arbeit stehenden Parlamentarier beschäftigt.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 176, der sich gegen die Akademiker als Kandidaten und gegen die Wissenschaft im allgemeinen wendet, 120, der mißbilligt, daß die acht Vereinbarungspunkte nach dem Kapp-Putsch

nicht so ausgeführt worden sind, und 123, der haben will, daß bei wichtigen Fragen die Fraktionen und die Abgeordneten vorher die Bezirksverbände befragen.

Die unterstützten Anträge stehen mit zur Debatte.

Der Parteitag tritt in die Beratung des Fraktionsberichts ein.

Strowig: Zur Tätigkeit der Fraktion ist vor allem zu sagen, daß die einzelnen Abgeordneten ihre Tätigkeit etwas ernster nehmen sollten. Wenn man in Berlin in den Reichstag oder das Abgeordnetenhaus kommt, muß man immer staunen über die gähnende Leere. (Hört! hört!) Da sollte der Parteivorstand eingreifen, denn unsere Genossen draußen können das nicht verstehen. (Sehr richtig!) Wer nicht genug Zeit hat, soll sich nicht erst als Kandidat aufstellen lassen. (Sehr richtig!)

Bei der gegenwärtigen Finanzmisere müssen natürlich neue Steuerquellen erschlossen werden. Aber man hätte nicht den Lohnabzug einführen sollen, ehe das Reichsnotopfer erhoben ist. (Sehr richtig!) Auch sollte man nicht gleich 10 Proz. abziehen, 5 Proz. hätten zunächst auch genügt, und der Abzug müßte frühestens bei 5- bis 6000 Mark Einkommen beginnen. Uebrigens brauchen auch die Gemeinden Geld, man darf nicht alles nur dem Reiche geben.

Ueber die Tätigkeit der Fraktionen — auch in den Kommissionssitzungen — muß besser Bericht erstattet werden. Das würde uns viel gutes Agitationsmaterial schaffen, besonders, wenn der Bericht unmittelbar nach den Sitzungen herausgegeben wird.

Es ist traurig, daß den Kappbrüdern bisher auch nicht ein Härchen gekrümmt worden ist. Gegen Arbeiter würde man ganz anders vorgehen. (Sehr richtig!) Die lächerlich geringen Geldstrafen für Wucherer und Schieber sind geradezu eine Belohnung. Da muß unsere Reichstagsfraktion eingreifen. Dasselbe trifft auf die Reichswehr zu, die ganz und gar monarchisch ist. Dem Ernährungsminister Hermes muß sobald wie möglich ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden, denn es ist ein Skandal, wie dem Volke die Lebensmittel verteuert werden. (Sehr richtig!) Auf der einen Seite bieten die Schnapsbrenner 80 Mk. für den Zentner Kartoffeln, auf der anderen Seite wird es im Januar wieder so kommen, daß das arbeitende Volk nicht genug Kartoffeln zum Essen hat.

Große: Die große Zahl der Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung beweist die rege Anteilnahme der Genossen an dem neuen Deutschland. Die Parteigenossen haben es übel vermerkt, daß die Anteilnahme der Reichstagsabgeordneten nicht derart war, wie man erwartet hatte. Auch in unserem Bezirk besteht ein großer Unwille darüber, daß die Militärgerichtsbarkeit durch das Fehlen der Fraktionsgenossen im Reichstag seinerzeit nicht sofort fiel. Andererseits muß man aber anerkennen, daß große Anforderungen an die Arbeitskraft der Parteigenossen in der Nationalversammlung und im Reichstag gestellt wurden. Besonders hoch muß man die bei der Verabschiedung der Verfassung geleistete Arbeit einschätzen. Namentlich in der Schulfrage hatte die Fraktion einen schweren Stand gegenüber den bürgerlichen Parteien. Wir haben den Tag mit Freude gefeiert, als die deutsche Verfassung in Kraft trat. Denn manchen Parteigenossen hat die Besorgnis beschlichen, daß unter dem ungeheuren Terror, der damals in Deutschland herrschte, unsere Verfassung das Schicksal der 1848er teilen könnte. Um so größer war die Freude, als das Werk gelungen war, zumal die Verfassung als eine der freiesten der Welt gelten kann. Wenn auch die Verfassung in ihrem formellen Recht den bundesstaatlichen Charakter behalten hat, so trägt sie im materiellen Recht den Einheitsstaat in sich.

Auch die Leistungen der Parteigenossen auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes verdienen Anerkennung. Wir erwarten allerdings, daß insbesondere das soziale Recht entsprechend den augenblicklichen wirtschaftlichen Zuständen fortentwickelt wird. Insbesondere mögen die Genossen im Reichstag Veranlassung nehmen, die Reichsversicherungsordnung wenigstens in bezug auf die Rentenberechnung für Unfallverletzte zu ändern. Wenn heute jemand verunglückt und einen Jahresverdienst von 9000 Mk. hatte, so wird nur ein Drittel des 1800 Mk. übersteigenden Teiles in Anrechnung gebracht, so daß der anrechnungsfähige Jahresverdienst nur 4400 Mk. beträgt. Zwei Drittel davon bilden die volle Rente, so daß ein völlig Erwerbsunfähiger in diesem Falle nur 2932 Mk. Rente erhält. Das ist ein Verbrechen gegen denjenigen, der seine Arbeitskraft im Dienste des Volkes eingebüßt hat.

Der Antrag Nr. 160, der von den Invaliden unseres Bezirks eingebracht ist, ist aus der ungeheuren Not der Arbeiterinvaliden geboren. Er befaßt sich allerdings mit einer ganzen Reihe von Rechtsmaterien, die nur der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden können. Ich kann deshalb den Antrag nicht zur Annahme empfehlen, sondern bitte, ihm die nötige Berücksichtigung zuteil werden zu lassen.

Auch die Zusammenfassung und Bearbeitung des Arbeiterrechts ist eine Aufgabe der Reichsgesetzgebung. Namentlich ist die Neuregelung des Lehrlingswesens in der Gewerbeordnung eine absolute Notwendigkeit. Auch dem bürgerlichen Recht muß die Fraktion ihr Augenmerk zuwenden. Im zivilen Recht sind verschiedene Härten vorhanden, die bei der heutigen Teuerung ungeheure Wirkungen auf das Familienleben haben. Auch das Strafrecht muß infolge der Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland neu aufgebaut werden. In unserer Rechtspflege ist bisher noch nichts davon zu merken, daß wir uns in der Fortentwicklung einer Revolution befinden. Gerade auf diesem Gebiete ist aber eine Fortentwicklung am meisten nötig. (Bravo!)

Biester: Den Ausführungen des Vorredners über den Rentenbezug schließe ich mich an. Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt. In den Landgemeinden sind die Verhältnisse in bezug auf das Rentenverfahren noch schlechter als in den Großstädten. In dieser Beziehung muß unbedingt etwas geschehen, wenn die Landbevölkerung nicht verelenden soll.

Bedauerlich ist es, daß der Parteitag den Antrag, der Fraktion für ihr Verhalten nach dem Kapp-Putsch die Mißbilligung auszusprechen, nicht unterstützt hat. Wer in den kritischen Tagen unter einer empörten Arbeiterschaft, die allein 500 Gewehre in der Hand hatte, in der Nähe der Großstadt Hamburg gestanden hat, der weiß, daß unsere Genossen nur in die Betriebe hineingegangen sind, weil sie den bekannten acht Punkten vertraut haben. Heute erleben wir, daß von diesen acht Punkten, die eine neue Epoche in der Arbeiterbewegung bedeuten sollten, nicht mehr die Rede ist. Wir müssen uns hüten, daß sich die Verhältnisse über unsere Köpfe hinweg entwickeln. Mir kommt es oft vor, als gingen wir über einen tiefen Abgrund auf einer schmalen Brücke hinweg. Es bedarf aller Organisationsarbeit, um die Massen in der Partei zusammenzuhalten. In einem Kreise wie Stormarn, der seit Jahrzehnten eine Hochburg der Sozialdemokratie gewesen ist, gärt es gerade unter den ältesten und überzeugtesten Genossen. Wenn die Dinge so weitergehen und nicht rücksichtslos von der Macht Gebrauch gemacht wird, die durch die parlamentarische Maschinerie in unseren Händen ist, wird unsere Partei auf dem Lande keinen Boden mehr fassen. Es liegt die Gefahr vor, daß die Gesetze zum Spielball werden. Es ist leicht, in revolutionären Zeiten Gesetze zu schaffen, aber diese Gesetze zur Durchführung zu bringen, ist außerordentlich schwer. (Sehr richtig!)

Wenn wir die Durchführung der Gesetze durch die Macht der Organisation erzwingen wollen, so stehen dem Regierungsbestimmungen entgegen. Wenden wir uns an die Fraktion des Preußischen Landtages, so erhalten wir kaum eine Antwort auf unsere Beschwerden. Wir müssen verlangen, daß die Fraktion und die Masse draußen Hand in Hand miteinander arbeiten. Es besteht die ungeheure Gefahr, daß die Parlamente sich verselbständigen und von der Parteimasse loslösen, daß die Masse der Diktatur der Berufspolitiker ausgeliefert wird. Demokratie bedeutet für den Sozialdemokraten möglichste Durchsetzung der Selbstverwaltung. Wir finden aber, daß wir an allen Orten nichts zu sagen haben und überall mit alten Gesetzen von den alten Beamten erschlagen werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, der dem Abstimmungsergebnis unserer Parteigenossen aus 40 Ortsgruppen entspricht: Wenn die Dinge so weitergehen, haben wir kein Vertrauen mehr zur Fraktion der Sozialdemokratischen Partei. Uns droht die Gefahr des Hungers. Der ist mit den heutigen Gesetzen nicht zu bannen. Das Landbewirtschaftungsgesetz, das überall dort, wo unwirtschaftlich gearbeitet wird, eingreifen soll, ist ein papiernes Gesetz geworden, weil landwirtschaftliche Sachverständige darüber bestimmen, ob ein Betrieb wirtschaftlich ist oder nicht. Die große Gefahr besteht darin, daß wir zwar ein wunderbares Dach gebildet haben, daß wir arbeitsfähige Spitzen geschaffen haben, aber nirgends in den unteren Verwaltungen die Organisationen haben, die im Sinne der Partei arbeiten. Wir haben versucht, das durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften auszugleichen, die die Kreisarbeit in die Hand nehmen. Die ungeheure Waffe, die in der Hand der Kreisausschüsse liegt, muß endlich einmal für unsere Zwecke ausgenutzt werden. Seit langer Zeit rufen wir nach einer neuen Verwaltung und dem neuen Kreiswahlgesetz auf Grund des Reichstagswahlrechts. Aber noch immer bringt uns die alte Kreisgeometrie um unsere wohlverdienten Rechte. Es besteht die Gefahr, daß unsere Nerven in diesem Winter zusammenbrechen. Von der Kartoffelernte, die als eine Mittelernte betrachtet wird, kommt nur wenig in die Städte. Solange die Höchstpreise bestanden, konnten wir den Kampf durchführen; jetzt aber, wo die Höchstpreise abgeschafft sind, haben wir keine Macht mehr in den Organisationen auf dem Lande, den Städten zu helfen.

Der Unterschied zwischen dem Teil, den ich hier vertrete, und der Stimmung, die heute hier zum Ausdruck gekommen ist, ist der, den Robespierre in der Französischen Revolution schon ausdrückte: „Ihr wollt die Freiheit ohne die Gleichheit; wir aber sagen Euch, daß es eine Freiheit ohne die wirtschaftliche Sicherstellung nicht gibt, daß jede Freiheit ohne Gleichheit zur Knechtschaft führen muß.“ Darum sagen wir, wir brauchen eine Organisation, um unsere Macht zusammenzufassen und diese Macht rücksichtlos im Interesse der Arbeiterschaft zu gebrauchen.

Sollmann: Ein Antrag Dresden-Land fordert uns auf, so lange die Verwendung unentbehrlicher Nahrungsmittel für Brenn- und Brauzwecke nicht freizugeben, wie wir Mangel an diesen wichtigen Nahrungsmitteln haben. Obwohl ich Abstinent bin, habe ich durchaus Verständnis dafür, daß die Mehrheit unseres Volkes nicht gern von liebgewordenen Genüssen sich trennt. Aber der Parteitag muß der Meinung Ausdruck geben, daß wir, so lange wir der Welt zurufen, daß unser Volk am Verhungern ist, nicht große Mengen von Kartoffeln, Gerste, Zucker usw. für geistige Getränke verwenden dürfen. Ich bedauere deshalb, daß unsere Vertreter im Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Erhöhung des Braukontingents zugestimmt haben.

Den Antrag Nr. 154, der sich für eine Erweiterung des Jugendschutzes ausspricht, empfehle ich zur Annahme. Wir brauchen ein einheitliches Jugend-

recht. Namentlich im Lehrlingsrecht sind noch viele reaktionäre Bestimmungen, die schleunigst beseitigt werden müssen. Die proletarische Jugend gehört zu den Schichten der Arbeiterklasse, die bisher in der sozialen Gesetzgebung nach der Revolution stark vernachlässigt worden sind.

Der Parteitag hat an mehreren Stellen den Genossen Biester nicht gut behandelt, indem er über seine Ausführungen lachte. Das war unrecht. Wer den Genossen Biester in Weimar gehört hat, mußte sich sagen, daß er sich schon sehr zu seinem Vorteil gewandelt hat. Wir wollen hoffen, daß er auf künftigen Parteitagen sich noch mehr zum Guten bekehrt. (Bravo und Heiterkeit.)

Genosse Biester übte Kritik an der Durchführung der acht Punkte und sagte, wir hätten rücksichtslos von unserer Macht Gebrauch machen sollen. Er hätte hinzufügen sollen, daß unsere Macht noch durch den Ausfall der Reichstagswahl geschwächt worden ist, und ich fürchte, daß an dem Ausfall der Wahlen nicht nur Rechts- und Linkspolitiker schuld sind, sondern auch manche Parteigenossen, die die Agitation in den letzten Jahren nicht in richtiger Form geführt haben. (Sehr richtig!) Gewiß ist Kritik notwendig und fruchtbar, aber sie muß von der nötigen Kenntnis über unsere Tätigkeit ausgehen. Daran wird es aber mangeln, solange die Berichterstattung über das Parlament so miserabel ist wie bisher. Die Parteigenossen im Lande wissen nichts von den Leistungen der Fraktion in der Nationalversammlung und im Reichstag. Bei den kommenden Wahlen müssen wir die Wählermassen viel besser über die Tätigkeit unserer Fraktionsgenossen unterrichten können, als es vor den Reichstagswahlen der Fall war.

Wir müssen ferner bei unserer Kritik über die Tätigkeit des Parlaments unbedingt den Mut zur Wahrheit haben. Diesen Mut haben manche von uns in der Agitation nicht. (Sehr richtig!) Wir müssen uns vor allen Dingen davor hüten, Forderungen zu erheben, von denen wir genau wissen, daß sie in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden können. (Lebhafte Zustimmung.) Das Beispiel der Crispien und Dittmann sollten wir uns täglich warnend vor Augen halten. Wer in revolutionären Zeiten den Massen Versprechungen macht und sie in absehbarer Zeit nicht erfüllen kann, verliert das Vertrauen der Massen.

Gewiß haben die Parteigenossen das Recht, an der Parlamentsfraktion Kritik zu üben; aber wir Abgeordnete sollten auch das Recht haben, Kritik an den Wählern und an den Parteiorganisationen, die die Wahl vorbereiten, zu üben. Gerade die Wähler sollten nach meiner persönlichen Auffassung viel vorsichtiger bei der Auswahl der Kandidaten sein als bisher, nicht nur hinsichtlich des Fleißes, sondern vor allen Dingen hinsichtlich ihrer Fähigkeiten. Bei der letzten Reichstagswahl ist mancher um der lieben Kirchturmspolitik willen auf der Wahlstatt geblieben, der im Parlament wertvolle Arbeit hätte leisten können. In dieser Beziehung sollten wir den Mut haben, auch unseren Wählern die Wahrheit zu sagen. Wie bedauerlich ist es, daß wir in der Reichstagsfraktion nicht einen einzigen praktischen Landwirt, nicht einen einzigen praktischen Kenner des Handels und der Industrie haben. Eine Parteifraktion, die nur aus Parteisekretären und Redakteuren besteht, mag gut gewesen sein in einer Zeit, in der die Partei im wesentlichen eine Agitationsmaschine war. In einer Zeit, in der wir eine wichtige sozialistische und organisatorische Aufbauarbeit zu leisten haben, muß die Fraktion auch dementsprechend zusammengesetzt sein. Unsere verantwortlichen Genossen im Lande müssen soviel Selbstverleugnung und Selbstzucht aufbringen, um diesen Gedanken zu begreifen. Wir brauchen im Parlament Männer mit praktischer Erfahrung, vor allem mit Kenntnis des Wirtschaftslebens, die in der schwierigen Kommissionsarbeit ihren Mann stellen können.

Dann wünschte ich, daß die Redner und Schreiber unserer Partei unseren Vertrauensleuten in verantwortlichen Regierungsstellen ihre Arbeit nicht so sehr erschweren wie bisher, sondern den Mut haben, die Arbeit dieser Genossen auch dann zu decken, wenn sie ihnen nicht immer angenehm ist. (Sehr gut!) Wir dürfen unter keinen Umständen zulassen, daß Genossen, die unter Einsetzung ihres Lebens auf schwierigem Posten ausgeharrt haben, von jedem unwissenden und blöden Schandmaul durch die Gosse gezogen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen bedenken, daß unsere Vertrauensleute unter ganz schwierigen Verhältnissen arbeiten müssen. Wir müssen auch das anerkennen, was von unseren Vertrauensleuten geleistet worden ist. Wenn wir so arbeiten, dann werden sowohl die Abgeordneten wie die Massen im Lande in jedem kommenden Wahlkampfe in Ehren bestehen können. (Lebhafter Beifall.)

Schöpflin: Die Entwicklung der Reichswehr und eine ganze Reihe von Erscheinungen, die sich aus der Reichswehr heraus entwickelt haben, lösen mit Recht in den Reihen der Arbeiterschaft scharfe Kritik und berechtigte Erbitterung aus. Wiederholt wird in Arbeiterkreisen an der Fraktion der Nationalversammlung scharfe Kritik deshalb geübt, weil sie der Bildung der Reichswehr zugestimmt hat. Schon in Weimar ist von Noske und anderen darauf hingewiesen worden, daß wir uns damals in einer Zwangslage befanden und daß wir uns durchaus der Gefahr bewußt waren, daß aus der Reichswehr heraus eine Prätorianergarde erwachsen könnte. Jeder Kenner der Dinge wird zugeben, daß die heutige Reichswehr auf dem allerbesten Wege dazu ist. (Sehr wahr!) Wir müssen diese Entwicklung aufmerksam verfolgen. Die Reichswehr, die Organisation Orgesch, ist gewissermaßen der Hammer, mit dem die deutsche Demokratie und Freiheit zerschlagen werden soll. Der Genosse Hildenbrand hat in seinem Bericht schon darauf hingewiesen, wie diese Entwicklung möglich war. Die Masse der deutschen Arbeiter war sich nach dem Zusammenbruch nicht immer bewußt, daß sie die legitimierten Vertreter und Verteidiger der Deutschen Republik sind. (Lebhafte Zustimmung.) Unter dem Zwange der Verhältnisse haben wir damals in die Bildung der Reichswehr einwilligen müssen. Die weitere Entwicklung bis zu jener Episode, wo selbst Unabhängige nach Reichswehrbataillonen rufen mußten, haben uns in eine Lage gebracht, die zeigte, daß die Reichswehr leider notwendig war. Da ist es nicht zu verwundern, wenn der Reichswehr der Kamm geschwollen ist. Ich bin mir bewußt, daß die Gefahr, die heute in der Reichswehr liegt, zum großen Teil abgewendet werden kann, wenn die deutschen Arbeiter einsehen, daß sie die berufenen Verteidiger der Errungenschaften des 9. November sind. (Sehr richtig!) Die Reichswehrführer haben im Kapp-Putsch gesehen, daß ihnen sehr wohl Kräfte entgegengestellt werden können, denen gegenüber die Reichswehr ohnmächtig ist. Es ist weit nützlicher, wenn wir das in den Versammlungen sagen, als wenn wir immer bloß auf die Reichswehr schimpfen. (Sehr richtig!) Wir erzielen mit dieser Schimpferei nicht allzu viel. Die traurige Tatsache, daß es uns nicht gelungen ist, auch nur eine einzige republikanische Formation zu bilden, mit der man wirklich etwas anfangen konnte, hat mit zur Bildung der Reichswehr beigetragen. Ich gebe zu, daß das unter den gegebenen Verhältnissen sehr schwer war; das Prinzip soll auch nicht als undurchführbar bezeichnet werden. Aber wenn uns die Bildung einer republikanischen Formation möglich gewesen wäre, dann hätten wir auf die Reichswehr nicht zurückgreifen brauchen. Ich bitte Sie, das draußen mit aller Schärfe zu sagen. Wer hinter die Kulissen sieht, weiß, wie systematisch daran gearbeitet wird, die Reichswehr zu einem Schwert in der Hand der Reaktion zu machen. Wenn man das sagt, kann man an zwei Männern, nämlich Geßler und v. Seeckt, nicht vorbeigehen. Viele von denen, die einst an Gustav Noske so bittere Kritik

geübt haben, haben inzwischen eingesehen, daß es auch Reichswehrminister geben kann, die erheblich weniger leisten als Noske nach Auffassung mancher Kritiker geleistet hat. Herr Dr. Geßler ist heute von dem General v. Seeckt, dem Chef der Heeresleitung, voll und ganz abhängig. General v. Seeckt weiß ganz genau, was er will, und er arbeitet mit Zähigkeit auf dieses Ziel hin. Es ist einfach toll, welche geradezu klägliche Rolle Herr Dr. Geßler Herrn von Seeckt gegenüber spielt. Herr Dr. Geßler ist in sein Amt hereingekommen, ohne sich jemals mit militärischen Dingen ernstlich befaßt zu haben. Er ist gewiß ein vorzüglicher Verwaltungsbeamter und ein allezeit liebenswürdiger Mann, der immer bereit ist, einem eine Gefälligkeit zu erweisen. Aber mit seiner Verbindlichkeit kommt er bei den Offizieren nicht durch. Speziell die Offiziere des alten preußischen Schlages wollen neben guten Manieren auch eine feste Hand sehen. Im Reichswehrministerium gibt es nicht einen Offizier, der zu Herrn Dr. Geßler als Chef besonderen Respekt hätte. Da kann man sich vorstellen, wie die Dinge liegen, namentlich, wenn Herr Dr. Geßler bald am Neckar, bald am Rhein, bald am Nordseestrand, bald wo anders ist und schöne demokratische Reden hält. Man braucht nur daran zu erinnern, wie der kommende Etat aufgestellt ist. Es ist unbegreiflich, wie der Chef einer so wichtigen Verwaltung, der demokratischer Abgeordneter ist, einem solchen Etat zustimmen konnte. Wir haben schon im Reichstag darüber gesprochen und in nächster Zeit kommt mehr. Für das Hunderttausendmannheer fordert die Heeresverwaltung 45 500 Pferde an, also für jeden zweiten Mann ein Pferd; und so geht es weiter. (Hört! Hört!) Das ist nur möglich, weil Herr Dr. Geßler mit den Dingen durchaus nicht vertraut ist. Mit diesen Dingen werden wir uns befassen müssen. Ich bitte Sie, draußen in der Agitation auch darauf zu sprechen zu kommen und den Arbeitern zu sagen, daß sie gegebenenfalls bereit sein müssen, die Schärfe des militärischen Schwertes, das doch einmal gezückt werden könnte, durch die Mittel stumpf zu machen, deren Anwendung im geeigneten Moment unsere Pflicht ist. (Lebhafter Beifall.)

Bernstein: Dem Genossen Srowig, der an der Reichstagsfraktion Kritik geübt hat, weil Besucher des Parlaments oft die Fraktion außerordentlich schwach im Sitzungssaal vertreten finden, möchte ich erwidern, daß das gewiß unter Umständen bedauerlich ist, daß aber die Hauptarbeit des Parlaments in den Ausschüssen geleistet wird.

Die eindrucksvollen Worte des Genossen Schöpflin über die Zustände in der Reichswehr berühren ein Kapitel, das auch für andere Zweige unseres staatlichen Lebens bedeutungsvoll ist. Herr Dr. Geßler ist gewiß vom besten Willen beseelt, ist aber tatsächlich seiner Stellung nicht gewachsen. Die Fachleute in seinem Amt sind ihm über den Kopf gewachsen und zwingen ihm das auf, was sie wollen. Aehnliche Zustände herrschen bei anderen Aemtern.

Der Antrag 162 ersucht die Reichstagsfraktion, darauf zu dringen, daß bei der Neubesetzung unserer ausländischen Vertretungen keine Personen gewählt werden, die auch nur den geringsten Verdacht erwecken könnten, daß sie nicht vorbehaltlos auf republikanischem Boden stehen. Ich kann Ihnen diesen Antrag nur dringend empfehlen, aber es ist nicht zu erwarten, daß er eine unmittelbare Wirkung haben wird. Unsere Vertretung im Auslande läßt noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Aber vor allen Dingen muß mit größter Schärfe betont werden, daß bei unserer Vertretung im Auslande nun auch die Grundsätze zur Anwendung kommen, die der Republik ziemen. Die finanzielle Lage Deutschlands spricht für eine stärkere republikanische Einfachheit. Die Demokratisierung des diplomatischen Dienstes ist ja erst in ihren Anfängen. Aber schon heute könnte meiner Meinung nach eine viel größere Einfachheit eintreten. Wir senden heute Gesandte mit einem kostspieligen

Apparat in Länder, in denen man ganz gut nach meiner Auffassung mit einem Generalkonsul auskommen könnte. (Sehr richtig!)

Unsere deutschen Spießbürger, die natürlich für alles, was verbrochen worden ist, Sündenböcke brauchen, haben während des Krieges immerfort über unsere Diplomatie geschimpft. Ich habe schon während des Krieges darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Diplomaten im Ausland sehr verschiedener Qualität sind. Wir wissen heute, daß die Herren zum Teil sehr sachkundige Berichte nach Berlin geschickt haben, die nur nicht berücksichtigt worden sind. Die großen verantwortungsvollen Fehler werden ja immer im Zentrum gemacht. Gerade von unseren führenden Militärs sind auf politischem Gebiete große Fehler gemacht worden. Der deutsche Spießbürger schimpft aber immer auf die Diplomatie.

Mit Bezug auf die Tätigkeit der Fraktion sind ja nun eine ganze Reihe von Anträgen eingegangen. Zu ihrer Durchführung ist eine entsprechende Führung der Fraktion notwendig. Die ganze Taktik im Reichstag ist davon abhängig, wie die Parteipolitik geführt werden soll. Heute vormittag haben wir einen Antrag angenommen, den ich sehr hoch einschätze, über die Forderungen, von denen wir bei einer künftigen Regierungsbildung unsere Mitwirkung in einer Koalition abhängig machen müssen. Wenn die Republik nicht auf lange Zeit in Anarchie und in Zersetzung zerfallen soll, so werden wir nach meiner Ansicht bei der Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung, bei der wirtschaftlichen Verfassung und der sozialen Gliederung Deutschlands noch lange Koalitionsregierungen haben müssen. Und da ist es ganz gut, wenn wir uns sagen, welche Koalitionen für uns denkbar sind. Ja, sogar wenn wir die absolute Mehrheit hätten, würde ich die Heranziehung bürgerlicher Elemente für notwendig halten. (Sehr gut!) Wer das Wirtschaftsleben kennt, der weiß, daß wir bei der Sozialisierung nur schrittweise vorwärtsgehen können und einen großen Teil der Privatwirtschaft überlassen müssen, der weiß auch, daß wir der Mitwirkung bestimmter bürgerlicher Klassen bedürfen, um die Geschäfte der Republik zu führen, wenn nur die Partei führend ist und den leitenden Geist angibt. (Bravo!) Dann muß aber auch unsere Sprache danach sein. Ich werde doch nicht mit dem, von dem ich weiß, daß ich mit ihm über kurz oder lang zusammenarbeiten muß, ob er nun links oder rechts steht, eine solche Sprache führen, daß es mir eines Tages unmöglich wird, anständigerweise mit ihm zusammenzugehen! (Sehr gut!)

Großen Wert lege ich darauf, daß die erste Bedingung für ein Zusammengehen mit anderen Parteien eine pazifistische Politik ist. (Sehr richtig!) Es genügt aber nicht, zu sagen: Wir wollen keinen Krieg! Das sagen heute alle, und man kann antworten: Natürlich, der Knüppel liegt ja beim Hunde. Nein, dazu gehört eine pazifistische Erziehung des Volkes. Und was wird da noch alles vernachlässigt und gesündigt, auch in den Regierungsämtern und offiziösen Organen. Erst in diesen Tagen haben wir in einer Depesche des Wolffschen Bureaus — das ja überhaupt eine wahre Tragödie für die Republik ist (Sehr richtig!) — anläßlich des Diebstahls beim Admiral Scheer die Hinzufügung gelesen „Der Sieger von Skagerrak". Als diese Seeschlacht beim Skagerrak stattfand, bekamen wir sofort ein Telegramm: Ein Sieg erfochten, nicht ein einziges deutsches Schiff dabei verloren! Dann wurden die Trümmer an die norwegische und dänische Küste angeschwemmt, und als die Sache in Berlin auf der Pressekonferenz zur Sprache kam, sagte ein Vertreter des Oberkommandos oder auch der Marine: „Wir lassen uns das Recht auf Lüge nicht nehmen." (Hört! Hört!) Wie stark unser Volk im Kriege belogen worden ist, das sind ja bekannte Tatsachen. In einem Buch über „Ludendorff als Feldherr", von einem Soldaten, dessen Verfasser von anderen Auffassungen

ausgeht als wir, wird auch die Tatsache berührt, daß sich Ludendorff darüber aufgehalten hat, daß er im Oktober 1914 die Berliner Bevölkerung guter Dinge im Genießen fand, trotz der schlimmen Kriegslage; und daran wird vom Verfasser die treffende Bemerkung geknüpft: Wie kann er sich beschweren? Die Zivilbevölkerung richtet ihr Urteil nicht ein nach der wirklichen Lage, sondern nach der ihr vorgetragenen L ü g e ! So wuchert die Lüge heute noch, und durch sie wird weiter fortgepflanzt im Volke eine ganz falsche Auffassung über die auswärtige Politik!

In einem Antrag wird u. a. die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland verlangt. Ich als internationaler Sozialist trete natürlich für den freien Verkehr zwischen den Nationen ein und fördere also auch alles, was auf ein gutes Verhältnis mit Rußland hinwirkt, aber auch mit allen anderen Ländern. Unsere Stellung ist jedoch auch abhängig von der heutigen russischen Politik, die ja nichts anderes ausgerichtet hat als Unheil. (Sehr richtig!) Was kann denn die russische regierende Partei als Fazit ihrer Tätigkeit angeben? Sie sucht die Arbeiterklasse aller Länder zu spalten durch die Anwendung einer unerhörten Korruption, gegen die das, was der russische Zarismus in dieser Hinsicht getan, der reine Waisenknabe war. (Sehr richtig!) Wir wollen eine wirtschaftliche Anbahnung mit allen Nationen, nicht mit einer einzigen. (Stürmischer Beifall.)

Loeb: Wir haben heute morgen gehört von der Steuergesetzgebung. Der elementarste Fehler dabei ist der, daß der größte Teil des deutschen Volkes diese Gesetzgebung nicht kennt, daß er keine Ahnung davon hat, welche ungeheure Umänderung diese Gesetzgebung gebracht hat. Und wenn nun nach und nach die Mängel der Gesetzgebung sichtbar werden, so ist es die Aufgabe unserer Fraktion, diesen Mängeln abzuhelfen. Zwei große Momente haben wir im Laufe der letzten Woche gesehen: Auf der einen Seite die Vertreter des Kapitalismus zusammen auf der Finanzkonferenz in Brüssel, auf der anderen die erste Zusammenfassung der Betriebsräte Deutschlands auf ihrem Kongreß in Berlin. Wir haben das traurige Schauspiel erlebt, daß der internationale Kapitalismus sich im Grundprinzip, der Ablehnung des Sozialismus, einig war, die Betriebsräte aber hingekommen sind, um sich in nichtswürdigen Geschäftsordnungsdebatten die Köpfe einzuschlagen, so daß ein Unternehmerorgan sagen konnte, so lange derartige Debatten den Hauptpunkt bilden, können wir uns ruhig schlafen legen. (Hört! Hört!) Auf der Finanzkonferenz in Brüssel wurde jede Sozialisierung abgelehnt als nicht nötig für den Wiederaufbau, ja, sie ist zu dem Schlußergebnis gekommen, sofern diese Betriebe bereits nationalisiert sind, sollen sie in die Privatwirtschaft zurückgeführt werden. Die Franzosen haben als Vorbehalt zugunsten der Wiedergutmachung durch Deutschland sogar durchgesetzt, daß unsere Aus- und Einfuhrkontrolle, das letzte Mittel, um unsere Volksernährungswirtschaft zu kontrollieren, unterbleiben muß. Das sind derartig elementare Verlangen, daß wir dazu Stellung nehmen müssen. Der einzige Lichtblick ist der, daß man sich klar darüber wurde, daß 20 Proz. aller Ausgaben in allen Ländern durch die Rüstungen in Anspruch genommen werden, und daß da in erster Linie abgebaut werden muß.

Selbst aus unseren Reihen erleben wir Angriffe gegen den Steuerabzug. Unsere englischen Genossen haben jahrelang darum gekämpft, diesen Steuerabzug einzuführen, weil sie ihn für das wirtschaftlich beste Mittel halten, um die arbeitenden Klassen die Steuern zahlen zu lassen. Es ist eine schwere Aufgabe für die Fraktion, diesen Abzug durchzuführen, und als wir vor wenigen Tagen lasen, daß der Finanzminister Wirth zurücktreten wollte, um sein Finanzprogramm durchzusetzen, haben wir uns gefreut. Auf der anderen

Seite hat aber dieser Finanzminister gleichzeitig die schärfsten Paragraphen der Reichsabgabenordnung ermäßigt, und die Auskunftspflicht der Juweliere und Banken auf ein Minimum herabgedrückt. Sie dürfen nur in dem jeweils in Betracht kommenden Steuerfall herangezogen werden, nicht aber, wenn man erkennt, daß Steuern hinterzogen worden sind. So kann man keine Steuern einziehen. (Sehr richtig!) Wir Frankfurter haben daher in einem Antrag eine 25prozentige Vermögensabgabe verlangt. Weiter ist die Umwandlung sämtlicher Aktienpapiere in Namensaktien nötig, damit wir eine Kontrolle bekommen, wie ungeheure Gewinne dem Staat verborgen werden. Ein kleines Berliner Bankhaus hat kürzlich große Mengen Aktien eines Stahlwerks aufgekauft und plötzlich stellte sich heraus, daß Stinnes der Käufer war. Nun werden eines Tages gewaltige Mengen Aktien auf den Markt kommen, und zwar so, daß der Kurs bis zum 31. Dezember, der für die Einschätzung in Betracht kommt, möglichst tief sinkt, und Herr Stinnes kann ein sehr viel niedrigeres Vermögen einschätzen.

Ich kann Ihnen Hunderte von Fällen anführen, wo Genossen ihre Posten als Betriebsrat hingeworfen haben, weil die Unannehmlichkeiten seitens ihrer Kollegen zu groß waren. Wie wollen Sie aber die politische Macht erobern, wenn Sie nicht einmal die wirtschaftliche Macht beherrschen? Wir dürfen nicht den Genossen, die heute auf Prokuristen oder Werkmeister hören, den Sozialismus absprechen. Wir müssen uns vielmehr freuen darüber, und diese Vorposten auf dem Wege zum Sozialismus unterstützen, wenn wir endlich einmal die Wurzel unseres gefährlichen Gegners, des Kapitalismus, kennenlernen wollen. Es gilt nicht, dem Kapitalismus den Kopf abzuschlagen, sondern die Axt an seine Wurzel zu legen. Artikel 158 der Reichsverfassung verlangt ein Aufwandssteuergesetz. Wenn ein Mann, der in Chaise oder Auto fährt, nachweisen kann, daß er kein Einkommen besitzt, so müssen wir ihn dennoch durch ein Aufwandssteuergesetz heranziehen können. (Sehr richtig!) Jeder Gemeindevertreter, jedes Betriebsratsmitglied muß die Steuergesetze durcharbeiten. Das ist ein Mittel, um endlich auch einmal in wirtschaftlicher Hinsicht vorwärts zu kommn. Dazu sollte der Parteivorstand sachverständige Praktiker zur Verfügung stellen, die dann ins Land hinauskommen und uns lehren, wie die Gesetze anzuwenden sind. Ihnen allen wird z. B. sehr unklar sein, wie man die Steuern eines Landwirts feststellt? Daß dabei die ungeheuersten Unterschleife vorkommen, wissen Sie alle. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das werden wir verhindern können, wenn wir in den Steuerausschüssen der Gemeinden die Majorität haben. Nur mit intensiver Arbeit können wir diesen, letzten Endes internationalen Problemen beikommen. Amerika und England, die beiden einzigen Länder, die einen Goldüberschuß haben, haben uns in Brüssel eine Absage gegeben, sie wollen den bankrotten europäischen Ländern nicht mehr helfen. Deswegen müssen wir uns auf uns selbst besinnen und sehen, daß wir die nationale Wirtschaft und Finanzpolitik heben von unten herauf mit unseren eigenen Kräften. Dazu gehört ein ungeheures Wissen, daß wir eindringen in das System des Kapitalismus, damit der Sozialismus, wenn ihn eines Tages die Sturmwogen überrennen wollen, festgefügt steht auf dem Bau, den wir vom Kapitalismus erobern konnten. (Lebhafter Beifall.)

Eckstein: Bei der Kritik muß man die theoretische Methode des Klassenkampfes benutzen. Der Besitzer der Produktionsmittel entscheidet über die Macht im Staate. Aber man darf nicht vergessen, daß es trotzdem noch Waffen gibt, die mithelfen können, das zu sichern, was wir erreichen können. Die deutsche Revolution hat den Fehler gemacht, daß sie die Waffen nicht in die Hand der revolutionär Gesinnten gelegt hat. Nicht Bewaffnung der Zivilisten, sondern

ein republikanisches Heer, wie es in Deutschösterreich geschaffen worden ist. Wir aber haben mit angesehen, wie ein republikanischer Truppenteil nach dem andern aufgelöst, ein republikanischer Offizier nach dem andern weggejagt wurde. Das ist der historische Fehler Noskes. Aber Noske war wenigstens ein Charakter, der Reichswehrminister Dr. Geßler aber ist eine Null in den Händen des Generals Seeckt. Er konnte uns in Breslau auf unsere Frage nicht antworten, er gab uns sogar zu, daß auch er an einen neuen Militärputsch glaube. (Hört! Hört!) Punkt 7 der Gewerkschaftspunkte, der die Umgestaltung der Truppen verlangte, ist nicht verwirklicht worden, auch nicht von unseren Genossen, die damals in der Regierung waren. Man kann einem monarchistischen Offizier nicht die Waffen in die Hand geben, um die Republik zu schützen, auch wenn er noch so loyal ist. Wir können nicht zusehen, wie die Reichswehr im Verein mit der Orgesch die Errungenschaften der Republik abbaut.

Wir wollen uns nicht in die Auseinandersetzungen in Halle einmischen. Wenn aber dort Leute wie Kautsky und Hilferding an die frische Luft gesetzt werden, dann berührt das den gesamten Sozialismus. Die Leute, die mit ihrem Blute für den Sozialismus gezeugt haben, wie Eisner und andere, würden in diesem Augenblicke auch unter dem Bannfluch Lenins stehen. (Sehr richtig!) Das müssen wir den unabhängigen Arbeitern sagen, vielleicht kommt ihnen dann die Einsicht. Der Parteivorstand hat auf ein gut nachbarliches Verhältnis mit den Unabhängigen hingearbeitet, das freut uns und wir hoffen, daß wir wenigstens mit der Rechten in der Unabhängigen Partei weiter diese Beziehungen aufrechterhalten. Mit den Kommunisten wird das allerdings nicht möglich sein. Wenn wir eine konsequente sozialistische Politik weiter betreiben, werden wir weiterhin der Teil der Arbeiterklasse sein, der die Stoßkraft dieser Klasse in sich trägt. (Beifall.)

Toni Pfülf-München: Zur Schulfrage haben wir den Antrag 371 eingebracht. Seit Verabschiedung der Reichsverfassung hat sich im Geiste der deutschen Schule bis heute wenig geändert. (Sehr richtig!) Sie steht nach wie vor im Zeichen der Reaktion. Mit Sehnsucht haben wir das Reichsgesetz erwartet, das uns im Herbst vorgelegt werden wird und welches den § 174 beseitigt, welcher uns die Aenderung des gegenwärtigen Schulsystems verwehrt hat. Wir haben alle Ursache, zu betonen, daß, wenn wir die Weltlichkeit der Schule fordern, darin keine Feindschaft gegen die Religion zu erblicken ist. Wir müssen nur die Vorgänge beobachten, wie sie sich ja in Bayern abgespielt haben, um zu erkennen, wie diese Dinge in der allerschamlosesten Weise politisch ausgeschlachtet worden sind. Wir erwarten vom Reichsschulgesetz, daß es mit absoluter Klarheit eine fortschrittliche Schulpolitik in den einzelnen Ländern bringt. (Sehr richtig!) In einzelnen Ländern haben wir noch schwere Hemmungen von seiten des Zentrums, denen nur durch ein entsprechendes Reichsschulgesetz abgeholfen werden kann. Durch Artikel 146, 1 der Verfassung ist als Regelschule die Simultanschule festgesetzt. Eine Abstimmung der Eltern darüber, ob Simultanschule oder Bekenntnisschule, muß also nach dem neuen Reichsschulgesetz von vornherein ausgeschlossen sein. (Sehr gut!) Wenn wir unter dem Druck der politischen Lage im vorigen Jahre zugestanden haben, daß auf Antrag der Eltern Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen errichtet werden, so wünschen wir, daß das Reichsschulgesetz nunmehr mit Bestimmtheit zum Ausdruck bringt, daß die Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen keine Zwergschulen sein dürfen und den großzügigen Ausbau des gesamten Schulsystems nicht hintanhalten dürfen. Das trifft uns vielleicht in gewisser Beziehung auch mit, wenn es sich eben um eine Weltanschauungsschule handelt. Aber wir haben in der Resolution betont, daß wir,

soweit Bekenntnisschulen in engerem Rahmen zugelassen sind, als Gegengewicht die Weltanschauungsschulen auch weiterhin fordern werden.

Draußen im Lande muß aber auch Vorarbeit für dieses Gesetz geleistet werden. Der Reichstag wird nur dann ein fortschrittliches Reichsschulgesetz zustande bringen, wenn durch eine entschiedene Stimmung im Lande ein Zwang auf den Reichstag ausgeübt wird. Ich halte es für eine große Unterlassungssünde der Parteiorganisationen draußen im Lande, daß sie sich den Einfluß auf die Elternvereinigungen haben entgehen lassen. (Sehr richtig!) Was in dieser Beziehung noch nachgeholt werden kann, muß in der kurzen Zeit, bis das Gesetz zur Beratung kommt, noch geschehen. Dann wird mit Hilfe der Elternräte und der Gesamtpartei hoffentlich ein fortschrittliches Reichsschulgesetz zur Verabschiedung gelangen.

Auer (mit lebhaftem Beifall begrüßt): In einer Zeit, wo alles fließt, ist es unmöglich, allgemein bindende Richtpunkte aufzustellen. Wir müssen uns darum für die nächste Zukunft auf unsere allgemeinen Grundsätze, den gesunden Verstand und die nüchterne Abwägung unserer Vertreter verlassen. Das trifft für die Politik zu, erst recht für die Wirtschaft. Das sozialistische Problem ist nur zum Teil ein Machtproblem, es ist vor allem ein Produktions- und ein Organisationsproblem.

Ich möchte nachdrücklichst darauf hinwirken, daß unsere Fachleute auf dem Gebiete der Ernährung und der Wirtschaft die Tätigkeit der Reichsstellen, namentlich des Ernährungsministers, genauestens kontrollieren. Ich möchte dringendst verlangen, daß die Provisionen, die das Reich an Handel und Korporationen bei Lieferungen an die Entente zahlt, gründlich geprüft werden, und daß die heutigen unerhörten Sätze herabgesetzt werden. (Sehr richtig!) Durch diese durch nichts zu rechtfertigenden Wucherzätze werden dem deutschen Volk die durch den Friedensvertrag auferlegten Opfer unverantwortlich gesteigert.

Der Arbeitslosenfürsorge ist diesen Winter die größte Aufmerksamkeit zu widmen. (Sehr richtig!) Die Mittel für die Opfer der heutigen Wirtschaftsmisere müssen aufgebracht, den armen Teufeln und ihren Familien müssen Brennstoffe und Nahrung ausreichend gegeben werden.

Ich frage die Reichstagsfraktion, ob es richtig ist, daß die Ententekommission die Vorlage des Erwerbslosenunterstützungsgesetzes verlangt hat, bevor die Vorlage dem Reichstage zugeht. Wenn das richtig ist, erheben wir gegen dieses Verlangen schärfsten Protest. (Sehr richtig!) Es ist ein Eingriff in unsere ureigensten Interessen und ein Beweis, wie der Ententekapitalismus bemüht ist, die soziale Entwicklung in Deutschland zu hemmen.

Die Hebammenfrage ist eine Frage, der gerade unsere weiblichen Mitglieder in den Fraktionen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die heutigen Verhältnisse sind unhaltbar und eine Gefahr für Wöchnerinnen und Kinder.

In meinen Händen befindet sich ein Schriftstück der Werft Danzig, Abteilung Gewehrfabrik. Es ist eine Offerte für neue Militärgewehre, Modell 1898, genau nach den Vorschriften des preußischen Kriegsministeriums. Das Gewehr kostet 500 Mk. Im ersten Monat der Bestellung werden 7000 Gewehre geliefert, im zweiten Monat 12 500, vom dritten Monat ab monatlich 14 000. (Hört! Hört!) Die Ausfuhrbewilligung aus Danzig und die Einfuhrbewilligung bei uns ist gesichert, so heißt es in dem Schreiben weiter. Ich ersuche den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, an den maßgebenden Stellen — soweit in Deutschland überhaupt maßgebende Stellen vorhanden sind — (Heiterkeit), darauf zu wirken, daß die Waffeneinfuhr aus Danzig unterbunden wird.

Daß die Partei alles tun wird, was geeignet ist, das deutsche Oberschlesien zu erhalten, ist selbstverständlich.

Den finanziellen Verhältnissen der Gemeinden und Kreise muß die Reichstagsfraktion größere Aufmerksamkeit als bisher widmen. Abgesehen von den Fragen der Erziehung, der Hygiene usw., die den Gemeinden obliegen, ist namentlich die Wohlfahrts- und Armenpflege gefährdet, wenn die Gemeinden nicht mit genügend Mitteln ausgestattet werden. Den Gemeinden müssen endlich die Kosten ersetzt werden, die sie während des Krieges für das Reich übernommen haben. Auch muß eine einigermaßen gleiche Regelung über die Belastung des steuerfreien Einkommens herbeigeführt werden. Der große Unterschied in der Belastung der Steuerzahler in ländlichen, städtischen und Industriegemeinden muß beseitigt, die sozialen Rücksichten in den Reichssteuergesetzen müssen überall gleichheitlich zur Geltung gebracht werden.

Ueber das Verhältnis Bayerns zum Reich habe ich in Uebereinstimmung mit allen bayerischen Vertretern folgendes zu erklären:

Gegenüber den besonders im Freistaate Bayern von reaktionären Elementen im Bunde mit französischen Chauvinisten geförderten separatistischen Bestrebungen erklären wir bayerischen Sozialdemokraten unser volles Einverständnis mit der Resolution Nr. 325 über die deutsche Republik. (Bravo!) Wir wirken hierdurch zugleich entgegen einer Zerreißung Bayerns in wirtschaftlich lebensunfähige Gebilde.

Die wirtschaftliche und politische Stellung Bayerns, sein uraltes, kerndeutsches Volkstum erfordert die feste Eingliederung und Verankerung in der deutschen Republik. Das liegt im Interesse Bayerns und des Reiches.

Aus voller Ueberzeugung und mit ganzer Kraft bekämpfen wir darum jeden Absplitterungsversuch der Gegenrevolutionäre, gleichviel in welchem Gewande er auftritt. (Bravo!) Die Lockungen der französischen Nationalisten und Kapitalisten finden im sozialistischen bayerischen Volke keinen Boden. Dem Bamberger Aktionsprogramm der Bayerischen Volkspartei, das in seiner Auswirkung nur den Sieg der französischen Zerreißungsabsichten bedeutet, sagen wir den schärfsten Kampf an. (Bravo!) Auch die verwegensten Auslegungskünste und Vertuschungsversuche der Vertreter und der Presse der Bayerischen Volkspartei täuschen darüber nicht hinweg, daß die Verwirklichung des Bamberger Programms, in dessen Hintergrunde die Monarchie von Frankreichs Gnaden steht, nur durch eine Gegenrevolution zu erreichen ist. Jeder Versuch, diese Pläne zu verwirklichen, würde den völligen Niederbruch der Volkswirtschaft und eine weitere Steigerung der Leiden unseres ohnedies so gequälten Volkes herbeiführen.

Die Heimatkultur und die Stammeseigenheiten werden von uns wie bisher verteidigt werden. Sie finden nach unserer festen Ueberzeugung in einer geschlossenen deutschen Republik volle Entfaltungsmöglichkeiten nach den in Absatz 3 der Resolution ausgesprochenen Grundsätzen.

Die berechtigten Klagen über wirtschaftliche Benachteiligung Bayerns und des Südens werden aus durchsichtigen demagogischen Absichten zu Unrecht der republikanischen Staatsform zur Last gelegt. Diese Benachteiligungen sind aber das unselige Erbe aus der kapitalistisch-militaristischen Epoche Deutschlands, sie haben durch die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen der Obersten Heeresleitung eine den Süden auf das höchste schädigende Verschärfung erfahren.

Wir verlangen und erwarten, daß die Reichstagsfraktion auf Beseitigung dieser Mißstände nachdrücklichst hinwirkt, daß sie Grundlagen schafft dafür, daß alle Teile Deutschlands an dem Wiederaufbau gleichmäßig mitwirken und gleichen Anteil haben können.

So stehen wir im Kampfe gegen jede wirtschaftliche, politische und kulturelle Rückwärtsentwicklung des Deutschen Reiches fest zu dem Programm der deutschen Sozialdemokratie, das in einer geschlossenen Einheit des Reiches die notwendige Voraussetzung seiner friedlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Weltgeltung sieht. (Lebhafter Beifall.)

Keil: Im Laufe der Debatte ist wiederholt betont worden, daß der Austritt der Partei aus der Reichsregierung nicht nur Licht-, sondern auch Schattenseiten habe. Die Richtigkeit dieses Wortes zeigt sich fast auf jedem Gebiete der Reichspolitik, vor allem auf dem Gebiete der Verwaltung und bei den Steuern. Seitdem der Schatzminister von Raumer im Amt ist, werden alle Kräfte des Reichsschatzministeriums darauf eingestellt, das unter unserer Mitwirkung zustande gekommene Gesetz über die Sozialisierung der Elektrizität in sein Gegenteil umzukehren. (Hört! Hört!) Während der Staatssekretär Goldgrube, der mit der Durchführung des Gesetzes betraut war, ehrlich und entschlossen dem Reiche den entscheidenden Einfluß in der Elektrizitätswirtschaft im Kampfe mit den Interessenten zu erkämpfen versuchte, ist der neue Reichsschatzminister, der der privaten Elektrizitätsindustrie nicht fernsteht, bestrebt, das Reich vollkommen auszuschalten. Aufgabe der Reichstagsfraktion ist es, mit aller Wachsamkeit diesem Herrn auf die Finger zu sehen und ihm das Handwerk zu legen.

Mit dem Austritt unserer Partei aus der Regierung bin ich unter den Umständen, die der Juni geschaffen hat, einverstanden gewesen. Er hat aber auch Nachteile mit sich gebracht. Das zeigt sich auch auf dem Gebiete der Steuern. Leider beschäftigt man sich in unseren Kreisen viel zu wenig mit Steuerfragen. Einer der Redner hat ausgeführt, daß nunmehr, nachdem der Steuerabzug für die feststehenden Einkommen durchgeführt sei, auch die Einziehung des Notopfers und der Kapitalertragssteuer mit Eifer betrieben werden müsse. Dieser Genosse weiß demnach nicht, daß die Kapitalertragssteuer bereits seit ihrer Gesetzwerdung durchgeführt worden ist. Kein Einkommen wird so pünktlich erfaßt wie der Zinsertrag aus angelegtem Kapital.

Kein Problem ist so schwierig wie das Finanzproblem. Aus eigener Kraft werden wir dieses Problem nicht lösen können. Dazu sind internationale Vereinbarungen erforderlich. Die erste dieser Vereinbarungen wird eine Konsolidierung des Notenumlaufes durch internationale Anleihe und eine Stabilisierung des Geldkurses sein müssen. (Sehr richtig!) Dabei wird es sich nicht so sehr darum handeln, wie die deutsche Mark in Zukunft bewertet wird, sondern darum, daß eine dauernd gleichmäßige Bewertung erfolgt.

Eine weitere Voraussetzung der Ordnung der Reichsfinanzen ist die alsbaldige Festsetzung des Höchstmaßes der von den Siegerstaaten dem deutschen Volke angesonnenen Entschädigung. Diese Wiedergutmachungsforderungen müssen sich aber im Rahmen des Möglichen halten. Werden unerfüllbare Forderungen im Geiste des Versailler Vertrages erhoben, so gibt es keine Gesundung der deutschen Finanzen, keine Gesundung der deutschen Wirtschaft und auf die Dauer keine Leistungen Deutschlands an die Siegerstaaten.

Unter diesen Voraussetzungen muß die deutsche Wirtschaftspolitik konsequent auf die Verbesserung der deutschen Handelsbilanz eingestellt werden, die ein geradezu erschreckendes Bild aufweist. Die Einfuhr muß aufs äußerste beschränkt werden, soweit es sich um entbehrliche Dinge handelt. Die Ausfuhr muß soweit wie möglich gesteigert werden. Die Einschränkung der Einfuhr entbehrlicher Dinge kann durch den Ausbau der Steuergesetzgebung gefördert werden, besonders durch Schaffung einer Aufwandsteuer, wie sie Reichsfinanzminister Erzberger seinerzeit ausgearbeitet hat, mit der er aber auf den

Widerstand aller bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums gestoßen ist. Es ist in einer Zeit der allgemeinen Verarmung Deutschlands schon gefühlsmäßig unerträglich, daß eine kleine Oberschicht das Zwanzig- bis Fünfzigfache dessen für den eigenen Verbrauch beansprucht, das der breiten Masse des darbenden Volkes zusteht. Neben der progressiven Einkommensteuer muß eine viel schärfer gestaltete Aufwandsteuer für diejenigen Teile des Einkommens eingeführt werden, die über das notwendige Existenzminimum hinausgehen.

Die Grundrisse der direkten Steuergesetze, die im letzten Jahre von der Nationalversammlung gemacht worden sind, entsprechen unseren Anschauungen, aber die Ausführung läßt, soweit es sich um die Erfassung des Besitzes handelt, sehr viel zu wünschen übrig. Viele Milliarden sind für Zwecke des Luxus auf Kosten des Reiches verwandt worden. Wer reiche Kriegsgewinne gemacht und sich daraus mit Bedarfs- und Luxusgegenständen üppig ausgestattet hat, konnte bei der zögernden Durchführung der Besitzsteuer große Summen auf Kosten des Reiches verwenden. Das ist im Laufe des letzten Jahres in ungeheurem Maße geschehen. Dadurch sind der Reichskasse ungezählte Milliarden entzogen worden. Daraus ergibt sich, welche gewaltige Bedeutung es haben würde, wenn unsere Millionenpartei auch sachverständige Vertreter in der Steuerverwaltung hätte.

Dann noch einige Bemerkungen über die Frage der Besteuerung der kleinen Einkommen und die Frage des Steuerabzugs, die bekanntlich im Laufe der letzten Sommermonate hohe Wogen geschlagen hat. Wenn der gewaltige Kraftaufwand, der von den deutschen Arbeitern ohne Unterschied der Parteirichtung irrigerweise gegen das technische Steuerabzugsverfahren aufgeboten worden ist, ebenso einmütig und energisch für die Herabsetzung der Steuersätze für die niedrigen Arbeits- und Gehaltseinkommen eingesetzt worden wäre, dann würden wir längst die heute noch nicht vorliegende Zusage des Reichsfinanzministers in Händen haben. Es muß unsere Aufgabe in der nächsten Reichstagstagung sein, dafür zu sorgen, daß der Steuersatz für die niedrigen Arbeits- und Gehaltseinkommen erheblich herabgesetzt wird. Anträge in dieser Richtung haben wir schon bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes im Januar d. J. gestellt. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gewaltig verschoben. Wenn es im Januar noch erträglich war, bei den Arbeitseinkommen von 5—6000 Mk. 1500 Mk. für den Steuerpflichtigen und 500 Mk. für seine Frau und jedes Kind freizulassen und dann mit 10 Proz. anzufangen, so ist das im Juli und August desselben Jahres, nachdem unter dem Druck der allgemeinen Teuerung die Löhne beinahe auf das Doppelte gestiegen sind, aber trotzdem bei weitem nicht die Kaufkraft der damaligen 5—6000 Mk. aufweisen, einfach unmöglich. Wir müssen deshalb mit allen Kräften die Herabsetzung der Steuersätze für die niedrigen Stufen der Arbeits- und Gehaltseinkommen fordern. Eine allgemeine Herabsetzung der Steuersätze für die niedrigsten Steuerstufen dürfen wir nicht beschließen; sonst würde die gesamte mittlere und kleine Landwirtschaft auch noch den Vorteil der Befreiung von der Einkommensteuer genießen. (Sehr richtig!)

Es wird Ihnen eine Resolution vorgelegt werden, die allen Wünschen gerecht wird, die in den zahlreichen Einzelanträgen ausgesprochen worden sind. Ich möchte Sie bitten, durch Annahme dieser Resolution alle übrigen Anträge, die sich auf das Steuergebiet beziehen, für erledigt zu erklären. Die Resolution sagt am Schluß, daß es eine wichtige Aufgabe der Parteiorganisationen sei, durch Belehrung und Aufklärung die Kenntnis der Steuergesetzgebung in den Kreisen unserer Anhänger zu verbreiten. (Sehr gut!) Das muß durch Vorträge und Kurse geschehen, um vor allen Dingen diejenigen

Kräfte heranzubilden, die wir für die Arbeit in den Steuerausschüssen brauchen, damit die Steuerveranlagungen künftig nicht mehr so einseitig und so ungerecht erfolgen wie bisher. (Lebhafte Zustimmung.) In der Reichsabgabenordnung sind gesetzlich die Vorkehrungen, soweit es irgend möglich war, getroffen worden, um auch der Arbeiterschaft die notwendige Vertretung in den Veranlagungsbehörden zu verschaffen. Nun liegt es an uns, diese Möglichkeiten auszunutzen. Dazu ist das erste Erfordernis die Belehrung und Aufklärung unserer Parteigenossen über die Steuerfragen. (Beifall.)

Leuteritz: Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit zunächst auf den Antrag 340, in dem von der Fraktion verlangt wird, daß sie alles tut, damit die Tausende in Sibirien noch schmachtenden Deutschen nach Deutschland zurückgeführt werden. Sie leiden dort körperlich und seelisch, und die Zurückgekehrten sagen, daß die Russen den Gefangenen erklären, Deutschland tue für sie nichts. Wir müssen deshalb alle Mittel anwenden, um sie frei zu bekommen, aber auch dafür sorgen, daß die Russen, die noch in Deutschland sind, freigelassen werden.

Dann möchte ich die Flaggenfrage einmal zur Sprache bringen. Es ist nicht überall so wie in Kassel, wo es uns gefreut hat, neben unserer roten Fahne auch die Fahne der Republik zu sehen. Die Verfassung sagt, daß die Handelsflagge schwarz-weiß-rot sei, in der oberen inneren Ecke schwarz-rot-gold. Man sieht aber unter den deutschen Schiffen auf den Fahrstraßen niemals auch nur eines, das die deutsche Handelsflagge führt. Wir bauen ja jetzt wieder neue Schiffe, und zwar ganz emsig. Wenn ein solches Schiff vom Stapel läuft, wird es heute noch überall mit schwarz-weiß-roten Flaggen geziert. Unsere Arbeiter wehren sich dagegen, ein solches Schiff von Stapel laufen zu lassen, wenn es mit der Fahne von Kapp-Lüttwitz geschmückt ist. Die Deputation für Handel und Schiffahrt in Hamburg hat auf Veranlassung der Arbeiterschaft sich an die Reichsregierung gewandt und die Reichsregierung hat erklärt: bis jetzt ist noch schwarz-weiß-rot die Handelsflagge; für die Flagge der Verfassung sind die Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen. (Lachen und Rufe: Hört, hört!) Ich bitte die Reichstagsfraktion, alles zu tun, damit diese Ausführungsbestimmungen in eiligem Tempo erlassen werden.

Wie steht es weiter mit der Flagge der Republik? Wir wissen, daß sie schwarz-rot-gold sein soll; aber wir sehen sie nie, während man am 27. Januar und auch am Sedantage viele schwarz-weiß-rote Flaggen sehen konnte. Das lag nicht am Stoffmangel, sondern daran, daß diese Leute, die bei jeder Gelegenheit eine Flagge heraushängen, die Republik nicht gern sehen und weil die gegenwärtige Reichsregierung die Republik höchstens mit einem nassen und einem trockenen Auge ansieht. Es lag auch daran, daß die Republik keinen Tag hat, an dem die Flagge gezeigt werden soll. Wir sollten dafür eintreten, daß ein Tag festgesetzt wird, an dem offiziell gezeigt wird, daß die Republik lebt. Ein solcher Tag könnte der 9. November sein; aber der 9. November ist der Tag des deutschen Proletariats; denn der 9. November 1918 war ein Gerichtstag, an dem die Proletarier Deutschlands die Richter waren. Aber der 11. August kann zum Tage der deutschen Republik werden. Die Fraktion und der Vorstand müssen dafür sorgen, daß im nächsten Jahr am 11. August so, wie wir es in Hamburg durchgesetzt haben, die republikanische Flagge auf allen offiziellen Gebäuden zum Zeichen dessen weht, daß die Republik lebt. Es gibt zwei Dinge, die die Voraussetzung für unsere ganze Politik und für den Aufstieg Deutschlands bilden. Das Erste ist, daß die Republik sich festigt, und das Zweite, daß der Friedensvertrag revidiert wird. Zur Festigung der Republik beizutragen, dazu ist keine Partei berufener als die sozialdemokratische Partei. Deshalb bitte ich die Fraktion und den Vorstand, alles zu tun, daß zu Wasser und zu Lande die Flagge der Republik

erscheint. Wir wollen damit zeigen, daß die Republik lebt trotz Reaktion und trotz Hakenkreuzler. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Scheidemann** schlägt vor, die Debatte zu vertagen. Er teilt mit, daß die Nachricht von dem Tode des Dr. Magnus Hirschfeld unrichtig ist. Dr. Magnus Hirschfeld lebt! (Lebhaftes Bravo!)

Der Vorsitzende knüpft an diese erfreuliche Mitteilung den Wunsch, daß sich auch in diesem Falle das Sprichwort bewahrheiten möge, daß Totgesagte lange leben. (Lebhafte Zustimmung.) An der grundsätzlichen Stellung, die der Parteitag durch Annahme der Resolution, die sich auf die deutsch-völkischen Ausschreitungen bezog, zum Ausdruck gebracht hat, wird selbstverständlich durch diese Mitteilung nichts geändert.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 13. Oktober 1920, vormittags 9¼ Uhr.

Vorsitzender **Hermann Müller** eröffnet die Sitzung.

Die Debatte über Punkt 3 der Tagesordnung wird fortgesetzt, und zwar die allgemeine politische Debatte.

Franz-Kattowitz: Ich muß Ihnen als Vertreter Oberschlesiens ein besonderes politisches Kapitel, und zwar ein nicht sehr angenehmes vortragen. Die Verhältnisse, unter denen wir zu leben gezwungen sind, nötigen uns dazu, die politischen Vorgänge im Reiche mehr oder weniger nur von dem Gesichtswinkel anzuschauen, ob sie uns nützen oder schaden. Obwohl uns die Reichs- und Landespolitik, ja selbst die Politik unserer Partei nicht immer genützt hat, verzichte ich doch auf eine Kritik. Wir wünschen nur, daß man in Zukunft mehr Rücksicht auf uns nimmt. Einigkeit herrscht darüber, daß unser wirtschaftlicher Wiederaufbau von dem Versailler Friedensvertrag abhängt. Er ist nicht möglich, wenn sich nicht der Geist ändert, in welchem der Vertrag durchgeführt wird. Auf der einen Seite legt uns der Vertrag schwere Pflichten auf, auf der anderen Seite verhindert er die Erfüllung der Pflichten. Das hat sich besonders deutlich in Oberschlesien gezeigt, das ja nachgerade zum Brennpunkt der internationalen Politik geworden ist. Scheidemann hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Delegierten aus den besetzten Gebieten nicht alles sagen können, was notwendig wäre. Auch ich kann nicht alles sagen, was ich gern sagen möchte. Die Entente hat sich herausgenommen, die ganze Welt zu ordnen, aber es ist ihr nicht einmal gelungen, Ruhe und Ordnung in Oberschlesien zu schaffen, die französischen Truppen haben es nicht vermocht zu verhindern, daß zahllose blutige Opfer auf deutscher Seite gefallen sind. Oberschlesien ist nicht nur besetztes Gebiet, es ist Kriegsgebiet. Zahlreiche Opfer sind aus Ueberzeugungstreue gefallen und fallen noch täglich. Auch die letzten Metzeleien, die leider öffentlich von der interalliierten Kommission nicht verurteilt worden sind, haben ihre Entstehungsursache im Versailler Vertrag. Durch ihn ist die Brandfackel des nationalen Zwistes in eines der wichtigsten Industrierevviere der Welt geworfen worden. Die frühere reaktionäre Polenpolitik hat leider dafür gesorgt, daß diese Brandfackel den nationalistischen Haß zur hellen Flamme entzünden konnte. Die Bedeutung der oberschlesischen Frage wird noch immer nicht klar erkannt, und auch auf diesem Parteitag ist leider nur von dem Genossen Auer-München ein kurzes

Wort darüber gefallen. Es wäre notwendig gewesen, zu den Autonomiebestrebungen Stellung zu nehmen, auch zu dem eingereichten Abstimmungsreglement der Polen, das man, obwohl es gegen den Friedensvertrag verstößt, durchaus nicht mit einer Handbewegung beiseite legen kann. Verlieren wir Oberschlesien, dann können wir die Bedingungen des Friedensvertrages nicht erfüllen (Sehr richtig!) und wir bekommen neue Schwierigkeiten. Auch nach der Abstimmung wird es noch keine Klärung geben, denn die Verhältnisse liegen in Oberschlesien anders als in Westpreußen. Wenn wir auch eine deutsche Mehrheit haben werden, so ist sie doch nicht so unzweifelhaft wie dort, und die Vertreter der Entente werden sich über die Zuteilung zu Deutschland oder Polen nicht so schnell einigen. Das endgültige Schicksal Oberschlesiens wird dann von dem Geschick der deutschen Politik abhängen. Die Franzosen sind selbstverständlich dafür, daß uns Oberschlesien verloren geht, und zwar nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, weil sie Oberschlesien als Faustpfand für ihre Engagements im russisch-polnischen Krieg betrachten. Wir aber, und zwar wir als Partei haben ein großes Interesse an der Erhaltung Oberschlesiens beim Deutschen Reiche, denn nur dann ist das Klasseninteresse der Arbeiter gewahrt, die kulturellen und wirtschaftlichen Interessen liegen auf deutscher Seite. (Sehr richtig!) Für uns sind also nicht nur nationale Gründe maßgebend, wenn wir für Deutschland eintreten, sondern die Klasseninteressen der Arbeiterschaft. Die Unabhängigen haben die Parole ausgegeben: Deutschland ist Klassenstaat, Polen ist Klassenstaat, es ist gleichgültig, wo wir hinkommen. Das ist natürlich falsch. Die Ausschreitungen des zusammengelaufenen nationalistischen Janhagels in Kattowitz, der durch das Aufmarschieren des französischen Militärs gereizt wurde, haben uns sehr geschadet und wir haben diese Ausschreitungen auf das schärfste verurteilt. Diese Ausschreitungen haben den Polen den gewünschten Anlaß gegeben, ihren lange vorbereiteten Aufstand in Szene zu setzen. Wir müssen vor allen Dingen für Ruhe und Ordnung in Oberschlesien sorgen, Mord und Totschlag müssen aufhören. Wir haben auf dem oberschlesischen Bezirksparteitag eine Resolution an die Internationale gerichtet und auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat die internationale Arbeiterschaft aufgerufen, damit unsere ausländischen Genossen die Regierungen ihrer Länder beeinflussen, in Oberschlesien wieder ordnungsmäßige Zustände herzustellen. Wir haben auch bereits einigen Erfolg gehabt. In der vorigen Woche haben Vertreter aus fast allen Nationen die Verhältnisse in Oberschlesien untersucht und uns bestätigt, daß unsere Politik die richtige war und die sozialdemokratische Arbeiterschaft an den Ausschreitungen unschuldig ist. Ich bitte auch die Partei, von sich aus auf die Internationale einzuwirken, damit auch die politischen Parteien in den Ententeländern dafür sorgen, daß eine unbeeinflußte Abstimmung erfolgen kann. Darum nehmen Sie den Antrag 361, den wir gestellt haben, an, helfen Sie uns, daß der Kampf, Arbeiter gegen Arbeiter, aufhört und endlich Ruhe und Ordnung eintritt, damit auch wir dort wieder zur aufbauenden Arbeit kommen. Denn ohne die wird es nicht möglich sein, die deutsche Wirtschaft und überhaupt die ganze internationale Wirtschaft wieder aufzubauen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Grünberg: Man sucht jetzt die Frauen aus dem Erwerbsleben hinauszudrängen, nachdem in den letzten Jahren ihre Zahl außerordentlich zugenommen hat. Dazu wird die Verordnung des Demobilmachungsamtes vom 12. Februar 1919, abgeändert am 15. April 1920, benutzt, nach welcher die wirtschaftlich besser gestellten Frauen entlassen werden sollen, als welche besonders die verheirateten Fabrikarbeiterinnen gelten. Dadurch werden in reinen Industriestädten Tausende und aber Tausende verheirateter Frauen

einfach entlassen. Im ganzen handelt es sich um Hunderttausende. Wir haben damit zu rechnen, daß dadurch das Wirtschaftsleben der einzelnen Familie außerordentlich geschädigt wird. Die Frauenkonferenz, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, hat beantragt, die Fraktion möchte darauf hinarbeiten, daß diese Verordnung aufgehoben wird und Bestimmungen erlassen werden, die die Frauen ebenfalls schützen. So wie bisher geht es nicht. Wir schaffen dadurch nicht Freistellen für die Arbeitslosen, sondern vermehren nur das Elend der Arbeiterklasse im allgemeinen. Die Unternehmer benutzen diese Gelegenheit dazu, sich billige Arbeitskräfte zu schaffen, andererseits auch den Achtstundentag zu beseitigen. Wir sollten den Frauen hier schützend zur Seite stehen, und ich bitte Sie daher, dem Antrag der Konferenz Ihre Zustimmung zu geben.

Den Frauen als Staatsbürgerinnen muß man auch das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten geben. Wir haben im wirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung unser möglichstes getan, um es den Frauen zu geben. Aber die gesamten bürgerlichen Vertreter waren dagegen und wir konnten mit unserem Verlangen nicht durchdringen. Es wurde uns z. B. eingewendet, daß die Frauen darauf noch nicht vorbereitet sind. Indessen haben wir in Nürnberg z. B. ein Schiedsgericht für Hausangestellte, das örtlich mit dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht verbunden ist, dieses Schiedsgericht hat nur weibliche Beisitzerinnen, der Vorsitzende ist derselbe wie der des Gewerbegerichts. Da haben wir die Beobachtung gemacht, daß in sachlicher Beziehung die Frauen den männlichen Beisitzern beim Gewerbegericht nicht nachstehen. Diese Sachlichkeit ist sowohl von seiten der Arbeitgeberinnen wie von seiten der Arbeitnehmerinnen beobachtet worden. Was da ging, sollte auch allgemein möglich sein und die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sollten ebenfalls weibliche Beisitzer erhalten. (Sehr richtig!) Für die Millionen erwerbstätiger Frauen bedeutet es ein Unrecht sondergleichen, daß man in der heutigen Republik die Frau von diesem selbstverständlichen Recht ausschließt. Wir ersuchen unsere Reichstagsfraktion, alles mögliche anzuwenden, um auch hier den Frauen zu ihrem Recht zu verhelfen. Im Wirtschaftlichen Ausschuß, wo man unseren Antrag niedergestimmt hat, waren auch die Demokraten und das Zentrum gegen uns, die sich immer als die Vertreter des Rechtes der Frauen hinstellen. Nur eine bürgerliche Vertreterin hat für unseren Antrag gestimmt. Ferner ersuche ich, daß ein einheitliches Recht für Hausangestellte für ganz Deutschland geschaffen wird, wie es in Bayern bereits besteht. Zum Schluß ersuche ich, den Antrag Nimmerfall-Pfülf anzunehmen, daß wir einen Nationalfeiertag bekommen, damit Deutschland auch nach außen als Republik erkennbar wird. (Lebhafter Beifall.)

Graf-Pforzheim: Der große soziale Zug in der neuen Steuergesetzgebung muß anerkannt werden. Erbitterung hat aber in den Massen die Ausführung des Gesetzes hervorgerufen, der Geist in den Steuerbehörden, der nur die Armen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten erfaßt, die Reichen aber nicht so stramm anfaßt, wie es nötig ist. Vor allem müssen wir kritisieren, daß die Veranlagung noch nach dem alten Werte geschieht, daß Besitz und Vermögen nicht nach ihrer wirklichen Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Besonders die Landwirtschaft veranlagt sich nur mit einem ganz kleinen Einkommen, wenn man da auf der anderen Seite ihre Gewinne betrachtet, ist es ganz klar und selbstverständlich, daß das große Erbitterung hervorruft. Ich möchte besonders auf Antrag 147 aufmerksam machen, der fordert, daß vor allen Dingen das Vermögen richtig erfaßt wird und Steuerhinterzieher streng bestraft werden, daß besondere Steuergerichtshöfe errichtet werden, in denen nicht die alten Bureaukraten, sondern vor allem auch die Gewerkschaften vertreten sind, und daß die Hinterzieher besonders scharf und empfindlich bestraft werden. Die härteste Strafe wäre, wenn man ihr Vermögen einfach zu dem geringen Wert enteignete, wenn sie ihn zu gering angegeben haben. Den Gemeinden ist jetzt die Steuerhoheit genommen.

Durch die Revolution haben wir einen ziemlich großen Einfluß in den Gemeindeverwaltungen gewonnen, haben aber eine schlechte Erbschaft angetreten. Gerade in den Gemeinden zeigt sich die praktische Arbeit, da kann vieles gut, aber auch vieles von unserer Partei schlecht gemacht werden. Da die Gemeinden vielfach nicht wissen, wo sie nun die nötigen Mittel hernehmen sollen, empfehle ich Ihnen unseren Antrag 132. Der Parteivorstand soll Richtlinien herausgeben, wie für die Gemeinden noch Einnahmequellen erschlossen werden können. Es kommt nicht auf die Art der Steuer an, ob direkt oder indirekt, sondern auf ihre Wirkung.

In der Sozialgesetzgebung verdient gerade die Reform der Reichsversicherungsordnung unsere besondere Aufmerksamkeit und da fordern wir vor allem die Vereinheitlichung der Krankenversicherung, die ja aus politischen Motiven so sehr zersplittert ist. Die Reichsversicherungsordnung war ja ein kleines Sozialistengesetz.

Das Versorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen bedeutet auch einen Fortschritt, hat aber bei den Kriegsbeschädigten nicht volle Befriedigung hervorgerufen. Besonders protestiert der Reichsbund für Kriegsbeschädigte dagegen, daß die Ausführungsbestimmungen erlassen worden sind, ohne daß der Bund gehört wurde.

Vielfach hat man über die Aburteilung der Verbrecher des Kapp-Putsches Klage geführt. Wir verlangen, daß dafür gesorgt wird, daß die Volksverderber unschädlich gemacht werden. Die Fraktion muß im Reichstag dagegen protestieren, daß das Reichsgericht die Verbrecher straflos ausgehen läßt.

Besonders muß noch betont werden, daß der Reichsverkehrsminister Gröner die Rechte der Betriebsräte mißachtet. Wir verlangen, daß in der neuen Zeit das Betriebsrätegesetz auch von bürgerlichen Ministern gehalten wird. (Bravo!)

Frau **Jensen:** Die Reichsfrauenkonferenz hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, mit aller Energie dafür einzutreten, daß den Frauen die ihnen in der Verfassung und Gesetzgebung gewährleisteten Rechte eingeräumt werden. Das gilt besonders von dem Eherecht und den Rechten der unehelichen Kinder. Artikel 119 der Verfassung sagt: Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung der Geschlechter. Nach dem B.G.B. ist aber die Frau in allen wichtigen Angelegenheiten, z. B. in der Erziehung der Kinder und in der Bestimmung des Aufenthaltsortes der Familie, dem Willen des Mannes untergeordnet. Artikel 21 fordert, daß die unehelichen Kinder die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung wie die ehelichen finden sollen. Das B.G.B. stellt aber fest, daß das uneheliche Kind in keiner verwandtschaftlichen Beziehung zum Vater steht. Dadurch ist die gesellschaftliche Entwicklung ausgeschlossen und die leibliche und seelische Entwicklung in Frage gestellt. Solange diese Widersprüche bestehen, werden die freiheitlichen Forderungen der Weimarer Verfassung nur auf dem Papier stehen. Ich bitte deshalb, den Antrag der Frauenkonferenz einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Kirchner:** Die Frankfurter Genossen sind mit der Haltung der Reichstagsfraktion im großen und ganzen einverstanden. Besonders begrüßt haben sie es, daß sie nicht in die Koalition mit der Deutschen Volkspartei eingetreten ist, denn das wäre draußen im Lande nicht verständlich und zum Schaden der Partei gewesen.

Dankbar muß anerkannt werden, daß sich die Reichstagsfraktion immer für die Opfer des Krieges eingesetzt hat. Aber das Reichsversorgungsgesetz weist einige Mängel auf, die die Fraktion hätte verhindern müssen. Der § 28 dieses Gesetzes sieht die Gewährung einer Ausgleichszulage für diejenigen vor, die vor ihrem Eintritt ins Heer einen Beruf ausgeübt haben, der besondere Kenntnisse oder ein besonderes Maß von Verantwortung erfordert hat. Das sieht fast aus, als ob die übelberüchtigte Dreiklasseneinteilung auf das Rentenverfahren übertragen werden soll. Auch diejenigen, die direkt aus der Schule ins Heer eintraten, werden dadurch betroffen. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem § 28 haben begreiflicherweise den Unwillen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hervorgerufen. Wir fordern, daß an Stelle der Ausgleichszulage die Renten für alle Kriegsopfer erhöht werden.

Wenn der § 63 des Reichsversorgungsgesetzes in die Tat umgesetzt werden soll, so erfordert seine Durchführung soviel Arbeit, daß die Verwaltungskosten höher sind, als die von den Kriegsbeschädigten beanspruchten Renten. Das gleiche gilt vom § 64 Abs. 1, der das Ruhen der Rente für die Witwen und Waisen vorsieht. Wir hoffen, daß die Reichstagsfraktion sich auch weiter für die Kriegsopfer einsetzt, und bitten um Annahme des Antrages 92.

Was die Abänderungsanträge zu den §§ 218 bis 220 des Strafgesetzbuches betrifft, so konnten wir Frankfurter Genossen nicht verstehen, daß innerhalb der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden. Wir unterstützen die Anträge, wonach innerhalb der ersten drei Monate die Abtreibung mit Hilfe eines approbierten Arztes erlaubt sein soll, halten aber trotzdem als obersten Grundsatz die heilige und sittliche Pflicht zur Mutterschaft fest, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind.

Die Politik und Taktik der Reichstagsfraktion muß immer so eingestellt sein, daß sie draußen im Lande verstanden wird. Sie muß getragen sein vom Vertrauen nicht nur unserer Genossen, sondern der gesamten Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.)

Frau Tobenhagen: Genosse Hildenbrand führte aus, daß die freiheitlichen Rechte, die die Verfassung dem Volke gebracht hat, noch nicht tief genug der arbeitenden Bevölkerung zum Bewußtsein gekommen sind. Das hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß das wirkliche Leben ein Hohn auf die Verfassung ist. Daran ist zum Teil schuld, daß die Gesetzgebung erst der Verfassung folgen soll. Teilweise liegt es aber auch daran, daß die Verwaltungen die Verfassung sabotieren und die allgemeinen Volkssitten hinter der Verfassung herhinken. Ein Hohn ist es, wenn eine Verwaltungsbehörde in einem Reiche, das den Schutz der unehelichen Mutterschaft als Verfassungsgrundsatz aufgestellt hat, diese Mutterschaft zum Entlassungsgrund für Beamtinnen macht. Besonders schlimm aber ist es, wenn Frauenvereine dieses reaktionäre Vorgehen unterstützen und auf ihren Tagungen Beschlüsse fassen, die die Verwaltung geradezu auffordern, diese Mütter zu entlassen. Die Frauenkonferenz sah sich deshalb veranlaßt, die Reichstagsfraktion zu bitten, dahin zu wirken, daß den Verwaltungen verboten wird, uneheliche Mutterschaft als Entlassungsgrund zu betrachten. Wir bitten deshalb, den Antrag Nr. 348 einstimmig anzunehmen.

Ich habe inzwischen einen Zusatzantrag dazu eingebracht. In Preußen ist ein Ministerialerlaß vom Jahre 1883 noch heute in Kraft, der der unehelichen Mutter Schwierigkeiten macht, den Hebammenberuf zu ergreifen. Auch diese Bestimmung muß umgehend aus der Welt geschafft werden, und ich bitte, auch den Zusatzantrag anzunehmen.

Genosse Schulz hat zu Artikel 146 der Verfassung einen Antrag unter Nr. 352 eingebracht. Man vergißt bei diesem Artikel häufig, daß Reich, Länder und Gemeinden verpflichtet sind, Kindern Minderbemittelter Unterstützungen zukommen zu lassen, um die höheren Berufe zu erlernen. Auf diesem Gebiete geschieht heute so gut wie nichts. Die Stellung, die das preußische Kultusministerium in dieser Beziehung einnimmt, ist außerordentlich gefährlich. Es ist nicht angängig, daß man den Söhnen der Arbeiterschaft vom Ministerium aus sagt: Wenn Eure Eltern es nicht durchführen können, müßt Ihr Euren Beruf aufgeben. Dies ist mir zur Kenntnis gekommen, als ich einmal versuchte, einem Seminaristen durch Stipendien zu helfen. Wir haben lange genug Brotjucher in den einzelnen geistigen Berufen gehabt. Das Menschenmaterial, das aus Lust und Liebe zu seinem Beruf in die Lehranstalten geht, ist zweifellos besser als das der Brotsucher. Solange wir die Unentgeltlichkeit des Schulwesens noch nicht durchführen können, bitte ich deshalb, daß die Fraktion dafür sorgt, daß Reich, Staat und Gemeinden auch auf diesem Gebiete ihre Pflicht tun.

In einem der Anträge hieß es: die Wissenschaft hat bewiesen, daß sie nichts weiß. Man ist geneigt, solche Anträge lächerlich aufzufassen. Aber sie haben doch auch ihre guten Gründe. Die Genossen haben das Empfinden, daß die Wissenschaft den Arbeitern nicht das gegeben hat, was sie brauchen. Wir müssen dafür sorgen, daß es den Söhnen der Arbeiterschaft möglich wird, mehr als bisher in die geistigen Berufe hineinzukommen, damit die Arbeiterschaft die Wissenschaft schätzen lernt. Die Wissenschaft hat die kulturelle Bedeutung der Arbeiterschaft ja erst anerkannt. Das muß sie anerkennen und mehr auswerten lernen. Deshalb bitte ich Sie: Sorgen Sie dafür, daß den Kindern der Arbeiter das zuteil wird, was die Revolution ihnen auf diesem Gebiete versprochen hat. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Müller** teilt mit, daß vier Schlußanträge eingegangen sind, von denen einer genügend unterstützt ist.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen, jedoch mit der Maßgabe, daß Genosse Lieser-Homburg den Antrag 365, betreffend das Saargebiet, noch begründet, und daß eine Erklärung der Konferenz der preußischen Delegierten abgegeben wird.

Ferner wird mitgeteilt, daß es in der Resolution Nr. 368 statt „ohne Gesundung" heißen muß: „einer Gesundung".

Lieser: Wir Vertreter des Saargebiets müssen in unseren Ausführungen sehr vorsichtig sein, damit wir nicht Gefahr laufen, bei unserer Rückkehr in die Heimat von zwei Vertretern der marokkanischen Kultur erfaßt zu werden, um gleich mit nach Marokko abgeführt zu werden. (Pfui!-Rufe.)

Das Saargebiet ist laut Friedensvertrag für die nächsten 15 Jahre ein selbständiges Staatsgebilde. Trotzdem bestehen nach dem Friedensvertrag deutsche, bayerische und preußische Gesetze, die die Saarregierung zu respektieren verpflichtet ist. Wir betrachten uns deshalb nicht als Ausländer, wie wir immer hingestellt werden, sondern als Deutsche und wollen auch als Deutsche stets die Verbindung mit unseren deutschen Brüdern aufrechterhalten. (Lebhafter Beifall.) Das kann nur geschehen, wenn wir als Sozialdemokraten unsere Organisationen beibehalten und jede Möglichkeit ausnutzen, die Verbindung für die Zukunft noch mehr zu festigen. Das Saargebiet muß als Abstimmungsgebiet betrachtet werden, und wir müssen uns für die nächsten 15 Jahre eine gesetzliche Vertretung in den einzelnen zuständigen Parlamenten sichern. Deshalb haben wir die Resolution 365 eingebracht.

Im Saargebiet ist bisher von der deutschen Regierung eine falsche Politik eingeschlagen worden, die geradezu darauf hinausläuft, uns den Franzosen in die Hand zu spielen. Das Saargebiet ist mit dem französischen Zollsystem verbunden. Die deutsche Regierung bereitet uns in den Grenzgebieten die größten Schwierigkeiten. Wenn wir ein Paket nach dem Saargebiet schicken

wollen, so brauchen wir die Genehmigung von Berlin, die manchmal monatelang dauert. (Hört! Hört!) Auch in der Ernährung, besonders in den Kartoffellieferungen, haben wir die erdenklichsten Schwierigkeiten, die Einwohner des Saargebiets mit deutschen Kartoffeln zu versorgen. Dies trägt dazu bei, daß allmählich im Saargebiet eine Entfremdung gegenüber dem übrigen Deutschland aufkommt. Wir müssen alles daransetzen, daß nach 15 Jahren das Saargebiet ohne weiteres zu Deutschland gehört. Wir verlangen, daß die Reichstagsfraktion und die Fraktionen der Landtage Bayerns und Preußens angewiesen werden, dem Saarland eine gesetzliche Vertretung zu sichern, ebenso wie das Abstimmungsgebiet von Oberschlesien noch eine gesetzliche Vertretung hat. Sorgen Sie dafür, daß unsere Arbeit nicht zu sehr erschwert wird und daß wir die Verbindung aufrechterhalten können, dann haben Sie wenigstens mitgeholfen, daß nach 15 Jahren wir im Saargebiet als gute Deutsche und als Sozialdemokraten wieder zu Ihnen zurückkehren können. (Lebhafter Beifall.)

Otto Braun-Berlin: Die Delegierten der Republik Preußen haben mich beauftragt, folgende Erklärung abzugeben:

Die preußischen Delegierten des Parteitages begrüßen die gestern durch den Mund des Genossen Auer abgegebene Erklärung der Genossen und Genossinnen Bayerns und erklären ihrerseits, daß sie sich eins fühlen mit den bayerischen Genossen in der nachdrücklichen Ablehnung und Bekämpfung aller Bestrebungen, die, sei es durch Separation oder Anstrebung einer Hegemonie einzelner Länder oder Länderteile, auf die Zerreißung der politischen und wirtschaftlichen Einheit der deutschen Republik gerichtet sind.

Die preußischen Genossen fühlen sich auch eins mit ihren bayerischen Parteifreunden in der schärfsten Verurteilung jener konterrevolutionären Treibereien reaktionärer Kreise, die nicht nur die Errungenschaften der Revolution bedrohen, sondern auch geeignet, ja sogar darauf gerichtet sind, einen Gegensatz zwischen Bayern und Preußen hervorzurufen und zu vertiefen. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Debatte über die allgemeinen Fragen erledigt.

Der Vorsitzende **Müller** weist noch darauf hin, daß es in der Resolution Nr. 362 im letzten Absatz unter 2 statt „unter den Kranken" heißen muß: „außer den Kranken".

Der Parteitag tritt dann in den zweiten Teil der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion ein, und zwar in die Debatte über die Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Sozialisierung und der Ernährungspolitik. Gemäß dem Beschlusse in der Eröffnungssitzung erhält zunächst das Wort

Wissell: Genosse Hoch meinte am ersten Tage, die Sozialisierung, speziell die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft, sei für den nächsten Augenblick das Wichtigste, und darüber müßten wir verhandeln. Darüber brauchen wir nicht zu verhandeln; denn darüber gibt es meines Erachtens keine Meinungsverschiedenheit. Unsere Aufgabe ist lediglich, zu handeln und die Aufgabe liegt in erster Linie der Fraktion ob. Wenn sie sich entschieden hat, so oder so, etwa Verstaatlichung oder Vorschlag I oder II, dann wird, dessen bin ich sicher, jeder ohne Ausnahme auch seine Kraft dafür einsetzen, daß so gehandelt wird. Wie darüber Einmütigkeit besteht, so besteht auch über das Endziel keine Meinungsverschiedenheit. Das Endziel bleibt die für und durch die Gesellschaft betriebene Wirtschaft mit Ueberführung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in das Eigentum von Organen, die die Gesellschaft präsentieren.

Was wollen wir nun aber mit den Wirtschaftszweigen tun, in denen eine Sozialisierung noch nicht möglich ist? Alles entwickelt sich doch organisch. Sollen wir da auf dieses Wachsen keinen Einfluß zu gewinnen suchen, daß es dem Sozialismus entgegenreift? Wenn wir hier einen Einfluß gewinnen wollen, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß zwischen der kapitalistischen und der rein sozialistischen Wirtschaft noch eine ganze Menge der verschiedensten Mischformen vorhanden sind, aus denen sich die sozialistische Wirtschaftsweise entwickelt und die vom kapitalistischen Eigentum über die fortschreitende Verfügungsbeschränkung des Privateigentümers bis zur vollständigen Vergesellschaftung der Produktion durch restlose Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in der sozialistischen Wirtschaft führen. Ueber alles dies enthält unser Parteiprogramm nichts, und es konnte darüber auch nichts enthalten, denn als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Revision des Parteiprogramms vorgenommen wurde, konnte man nur in abstrakten Sätzen über den Aufbau unserer Wirtschaft in der Zukunft reden. Wenn sich auch das Ziel dem einen näher darstellte als dem anderen, so lag doch immerhin das Ziel noch in relativ weiter Ferne. Heute sind wir diesem Ziel näher gekommen. Wir sehen es selbst, und wir sehen auch die Wege zu diesem Ziel viel klarer als vor dreißig Jahren. Die einen glauben nun, daß wir dieses Ziel von heute auf morgen erreichen würden, andere wiederum meinen — und es sind sogar ganz offene und ehrliche Unabhängige und Kommunisten —, daß wir noch durch die vor dem Ziel liegenden Niederungen freien ungebundenen Kapitalismus hindurch müßten und dieser die noch vorhandenen Lücken im Zusammenschluß wirtschaftsorganisatorischer Einheiten mit den Mitteln kapitalistischer Wirtschaftspolitik schließen müssen.

Weil wir nun den Weg klarer vor uns sehen, müssen wir uns fragen, was nun zu geschehen hat. Für alle Gebiete, die noch nicht sozialisierungsreif sind, hatte der vorjährige Parteitag ganz bestimmte Richtlinien aufgestellt. Sie finden sie im Parteitagsprotokoll auf Seite 123. Der Parteitag fordert von der parlamentarischen Vertretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist; wo sie noch nicht möglich ist, ist an Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft durchzuführen. Vier Wochen nach diesem Parteitagsbeschluß war alles vorbei. Kein Parteivorstand, der doch die Durchführung der Beschlüsse des Parteitages überwachen soll, kein Mitglied des Parteivorstandes hat sich gefunden, das für die Durchführung der Beschlüsse sich eingesetzt hätte. Wo ein einzelnes Parteivorstandsmitglied in der Fraktion zu diesen Beschlüssen Stellung genommen hat, hat es sein redlichstes Teil dazu beigetragen, daß nicht diesem Beschluß entsprechend gehandelt wurde. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Man stellte dann ein neues Wirtschaftsprogramm auf, das, wie es in der Rede des Genossen Bauer am 23. Juli in der Nationalversammlung hieß, nicht negativ in der Ablehnung der sogenannten Planwirtschaft bestehen darf, sondern das positiv zu planvoller, zielklarer Wirtschaftspolitik führen muß. Genosse Bauer stellte für die künftige Wirtschaftspolitik drei Gebote auf, die richtunggebend sein sollten:

Erstens: Sozialisierung soweit als möglich, und keinerlei Neuerschwerungen für die künftige durchgehende Sozialisierung.

Zweitens: Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung.

Drittens: Fernhaltung überflüssiger Luxuseinfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßte und überhaupt jeder Einfuhr, die unseren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde.

Aber in den Grenzen dieser drei Gebote: Freiheit der Wirtschaft mit Heranziehung jeder Initiative und jedes Kredits, Dezentralisation der Mitarbeitung in der Aufforstung unseres wirtschaftlichen Lebens, zu der jede Hand und jede Beziehung gebraucht würde.

Wie hat man sich nun die Durchführung dieses Programms gedacht? Bauer hat eingehend darüber gesprochen. Zunächst sollte das reiche Erzlager des Ilseder-Peiner Bezirks in Reichsbesitz überführt werden. Ein Gesetz sollte noch in dieser Tagung dem Reichsrat und der Nationalversammlung zugehen. Ein weiteres Gesetz über die Sozialisierung der Braunkohlenerzeugung würde binnen kurzem zur Vorlage bereit gemacht werden. Damit hoffte man, Wirtschaftsgebiete von nicht zu unterschätzender Bedeutung in den Allgemeinbesitz überzuführen. Dann sollte die Steuergesetzgebung planvoller auf das Ziel eines Vermögensausgleiches eingestellt werden. Nicht nur eine Wegsteuerung der Kriegsgewinne und eine scharfe Besteuerung der alten Vermögen und der großen Einkommen, sondern auch eine weitgehende Beschränkung des Erbrechts sollten durchgeführt werden. Diese neue, von sozialer Gerechtigkeit getragene Steuergesetzgebung sollte durch die Reichseinkommensteuer gekrönt werden. Damit ruhe dann die Finanzgebarung in weitestem Umfange in den Händen des Reiches. Durch die Schaffung der Reichseisenbahnen, die Sozialisierung der Elektrizität, der Erzgewinne, der Braunkohle, der der übrige Bergbau folgen sollte, würde das Reich zum wichtigsten Faktor des ganzen Wirtschaftslebens gemacht. Mit diesen drei Machtmitteln sei im demokratischen Staat die Mehrheit des Volkes jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftsleben Form und Inhalt zu geben; das Reich sei niemandem gegenüber in Zukunft machtlos. Dieser Zustand sollte evtl. auch noch durch Schaffung zweckdienlicher Monopole herbeigeführt werden.

Was ist von alledem Wirklichkeit geworden? Nichts, nichts und noch einmal nichts. Als ich auf dem letzten Parteitag im Juni 1919 die ganze Ungunst der Verhältnisse besprach, trat mir der Genosse Schmidt mit der von mir getanen Bemerkung entgegen, daß bei uns in Deutschland noch auf lange Jahre Schmalhans Küchenmeister bleiben werde; damit könne man keine Begeisterung erwecken. Gewiß nicht! Wir kommen mit einem Strohfeuer einer Begeisterung überhaupt nicht weiter. Hat denn Genosse Schmidt Begeisterung erwecken können? Hat nicht die Politik, die getrieben wurde, bis unsere Genossen aus der Regierung austraten, eine geradezu katzenjämmerliche Stimmung in uns allen hervorgerufen? (Lebhafte Zustimmung.) Das mir damals von Schmidt empfohlene Rezept, ich solle mehrere Industrien, die dazu reif wären, sozialisieren, auch ein Getreidemonopol durchführen, hat der Kollege Schmidt selbst nicht befolgt, trotzdem er schließlich mehr Zeit dazu gehabt hätte als ich. Ich bin vier Monate Wirtschaftsminister gewesen und vier Wochen später, nachdem mir dieses Rezept gegeben wurde, nicht mehr. Mein Nachfolger war 11 Monate im Amt. Haben unsere Parteigenossen im letzten Jahr auch nur den kleinsten Versuch der Sozialisierung unternommen? Kommen Sie mir nicht mit dem Elektrizitätsgesetz. Dieses Gesetz stammt von einem bürgerlichen Minister, und seine Ausführung ist in die Hand eines bürgerlichen Ministers gelegt; es ist nichts anderes als eine Fiskalisierung, das der Nationalversammlung von einem Kabinett vorgelegt wurde, in dem damals in der Mehrzahl Parteigenossen saßen. In dem Entwurf war auch nicht mit einem Wort von einer Mitbestimmung der Arbeitnehmer die Rede. (Sehr richtig!) Wenn sich irgendwelche Möglichkeiten zur Sozialisierung geboten hätten, dann hat sie der Genosse Schmidt durch seine Wirtschaftspolitik zerschlagen. (Zustimmung.) Mit dem ersten Programmpunkt des Kabinetts Bauer, der Sozialisierung, ist es also nichts geworden.

Hat etwa der zweite Punkt, die Sicherung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung, Erfüllung gefunden? Sie wissen, daß unserem Volke heute das Dringlichste und Notwendigste in bezug auf Nahrung, Kleidung und Wohnung fehlt.

Auch der dritte Programmpunkt, die Fernhaltung überflüssiger Luxuseinfuhr, hat keine Durchführung gefunden. Die Einfuhr wurde gelockert, nicht lebenswichtige Waren, auch Luxuswaren, kamen ins Land. Man wollte praktische Wirtschaftspolitik treiben. Praktische Wirtschaftspolitik ist nichts anderes als verkörperter gesunder Menschenverstand. Ist es aber gesunder Menschenverstand, wenn ich eine Politik betreibe, die nur Erfolg haben kann, wenn irgendwie und irgendwo ein blaues Wunder entsteht? Es ist genau so wie unter Ludendorff im Kriege eine Politik getrieben worden, die auf ein Wunder hoffte, das nicht eintreten konnte. Diese angeblich praktische Wirtschaftspolitik, die in vollster Verkennung der Lage betrieben wurde, war das Verhängnisvollste, was überhaupt getan werden konnte. Am 24. Juli, einen Tag nach der Rede Bauers, sagte in der Debatte über die sogenannte Planwirtschaftsinterpellation der Genosse Schmidt wörtlich: „Ich halte es für vollständig unnötig, daß durch irgendwelche Organisationen, seien sie auch auf ganz freier Grundlage gebildet, den Interessenten vorgeschrieben wird, welche Preise sie vom Auslande zu nehmen haben (Sehr richtig! bei den Demokraten), oder ihnen erst die besondere Erlaubnis gegeben wird, ob zu jenem oder diesem Preise die Ware ausgeführt werden darf. Dem Einwand, daß unser Handel, unsere Industrie die Waren zu billig nach dem Auslande geben wird, halte ich für nicht berechtigt; solch törichte Kaufleute gibt es in Deutschland sehr wenig (Sehr richtig!) und solch törichte Fabrikanten auch nicht, die ihre Waren zu ungünstigeren Preisen auf den Weltmarkt bringen, ohne die Konjunktur auszunutzen. (Sehr richtig!) Wenn aber auch einmal einer so töricht sein sollte, um dieses einen wegen will und kann ich nicht der gesamten Industrie, dem gesamten Handel Erschwernisse machen." Und da sagten die Deutschen Volksparteiler und die Deutschen Demokraten „sehr gut"! (Hört! Hört!)

Wenn man das liest und sich vergegenwärtigt, wie diese Annahme sich als Irrtum erwiesen hat, dann begreift man wohl meine Ueberzeugung, daß die angeblich praktische Wirtschaftspolitik das Verhängnisvollste war, was überhaupt getan werden konnte. Hat diese Wirtschaftspolitik nicht dazu geführt, daß wir ärmer als vor einem Jahre geworden sind? (Sehr gut!) Soll ich in Ihre Erinnerung zurückrufen, zu welchen Preisen die Waren ins Ausland gingen? Soll ich Sie an den Artikel von Deutsch erinnern in der „Vossischen Zeitung", wo nachgewiesen wurde, daß die deutschen Waren um das Zehnfache zu billig ins Ausland verkauft wurden? Entsprechend den Grundsätzen, die im Wirtschaftsministerium aufgestellt waren und die im wesentlichen dahin gingen, „Einfuhrfreiheit für Rohstoffe", „Ausfuhrfreiheit für Fertigfabrikate" zu gewähren, mußte es dahin kommen, daß Bettwäsche und Leibwäsche, ausgenommen die aus reinem Leinen hergestellte Wäsche, daß Militärmäntel zu Hunderttausenden, d. h. also für die abgerissene Bevölkerung lebenswichtige Waren, ins Ausland gingen. Frei, ohne jede Kontrolle, und zwar bis in den Dezember 1919. Dann endlich wurde das geändert, dann hatte sich Genosse Schmidt auch zu der Erkenntnis durchgerungen, daß fast alle Kaufleute, mit wenigen Ausnahmen, zu den törichten Kaufleuten in Deutschland gehörten.

Dann kam die Verordnung vom 20. Dezember 1919, die die Außenhandelsstellen schaffen wollte. Als ich im Mai und Juni 1919 die Außenhandelsstellen errichten wollte, wurde von bürgerlicher Seite mit allen Mitteln dagegen angekämpft, weil dazu keine Rechtsgrundlage gegeben sei und weil das gegen die Grundsätze der Verfassung verstieße. Fünf Monate später sah man,

daß es ohne die Außenhandelsstellen nicht weiterging. Man ging an ihre Organisation. Endlich war man mit dem Aufbau der Außenhandelsstellen fertig, so daß schließlich am 15. Mai d. J. die Ausfuhrabgaben erhoben werden sollten, aber kaum mehr erhoben werden konnten, weil bis dahin eine ganz andere Situation durch das Steigen der deutschen Mark eingetreten war. Was sind für Milliardenverdienste gemacht worden, durch eine Ausfuhr, die in Wirklichkeit das deutsche Volk verarmt hat! Wir haben in den letzten Tagen erst die Ziffern über Ein- und Ausfuhr vom Januar 1919 bis Ende Mai d. J. bekommen. Daraus ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von über 27 Milliarden Mark. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Aber diese Uebersicht ist noch frisiert, weil in die Ausfuhr die Wiedergutmachungen hineingerechnet sind. Dieser Einfuhrüberschuß bedingt, da wir ihn doch noch nicht oder nur mit Papiermark bezahlt haben, daß wir dem Auslande gegenüber verschuldet sind. Auch die Bezahlung mit Papiermark bedeutet nichts anderes als ein Entnehmen der Waren auf Kredit. Warum hat das Ausland diese Papiermark angenommen? Um der schönen Figuren und Ornamente wegen, die wir auf einen Papierfetzen gedruckt haben, sicher nicht. Nur deshalb, weil sie eine Anweisung auf noch von Deutschland zu liefernde Waren darin sahen. Wir haben das schon verbraucht, was wir in den nächsten Jahren erst herstellen sollen. Bei kleinem fing die Erkenntnis an zu reifen, daß die bisherige Politik falsch sei. Die Außenhandelskontrolle war ein nach außen dokumentierendes Moment, daß Schmidt seine Auffassungen vom Juli 1919 als irrig erkannt hatte. Früher allerdings war es in anderen Regierungsstellen der Fall. Schon am 1. Oktober sagte Erzberger, daß die Erfahrungen, die wir mit der Zulassung des freien Handels gemacht hätten, für die Valuta und für unser ganzes volkswirtschaftliches Gebaren so verwüstend gewesen seien, daß die Reichsregierung in ernsthafte Erwägungen eingetreten sei, in welchem Umfang und von welchem Zeitpunkt ab sie wieder an eine geregelte Einfuhr denken müssen. Und am 2. Oktober sagte er, daß die Regierung zu einer Regelung der Ein- und Ausfuhr entschlossen sei und es herrsche ja auch in der Nationalversammlung erfreuliche Uebereinstimmung, daß die vielfach planlosen Einkäufe ohne Rücksicht auf das Bedürfnis des Wirtschaftslebens nicht aufrechterhalten werden könnten. Und er teilte mit, daß am Morgen des gleichen Tages auf der Valutakonferenz übereinstimmend die Auffassung zum Ausdruck gekommen sei, daß es unmöglich sei, an eine weitere Lockerung der Zwangswirtschaft heranzutreten, daß es unmöglich sei, Einfuhr und Ausfuhr vollkommen planlos laufen zu lassen.

Die Erkenntnis kam, aber nichts geschah. Ich bohrte in der Fraktion. Unsere Genossen haben mich in der Fraktion interessiert angehört, aber nichts geschah. Ich habe mich gegen die Herabsetzung der Ausmahlung des Getreides im vorigen Jahre gewandt, man hat sie geschehen lassen, obwohl es klar war, daß die geringere Ausmahlung am Ende des Erntejahres bittere Folgen zeitigen würde. Ich habe im März in der Fraktion beantragt, daß die Fraktion endlich einmal wöchentliche Uebersichten über die Anlieferung von Getreide und Kartoffeln im Vergleich mit dem Vorjahre unter gleichzeitiger Angabe der gesamten Anlieferung seit Beginn des Erntejahres und der derzeitigen Bestände von der Reichsgetreidestelle gegeben verlangte. Mein Nachfolger hatte Bedenken dagegen, weil der Vergleich zum Vorjahre erhebliche Unruhe in die Bevölkerung tragen würde. Deshalb wollte er die Zahlenangaben aus dem Vorjahre nicht machen. Die Fraktion verzichtete auf die Vorlage der Vergleichsangaben über das Vorjahr, und da ohne sie gar kein Vergleich möglich war, habe ich meinen Antrag zurückgezogen, weil er dann ganz wertlos war.

Auch auf anderem Gebiete machte sich ein Umschwung der Auffassung im Wirtschaftsministerium geltend. Im März dieses Jahres hat das parlamentarische Bekleidungsstück des Ministers, der Staatssekretär Hirsch, in einer großen Zusammenkunft berufener Wirtschaftskenner, nach dem den Teilnehmern an der Konferenz zugegangenen amtlichen Protokoll folgendes gesagt: Was die allgemeine Industriepolitik angehe, so hat sich in der letzten Zeit eine gänzliche Wandlung der Anschauungen vollzogen. Im vorigen Sommer habe man geglaubt, daß die Freiheit in der Bewegung das Wirtschaftsleben in Gang bringen werde. Diese Erwartung habe sich nicht erfüllt. Die inzwischen eingetretene Materialknappheit mache eine straffere Industriepolitik notwendig. Deshalb müßten wir unbedingt zur organisierten Wirtschaft in der Form von Selbstverwaltungskörpern kommen. Die Regierung habe auch bereits dafür gesorgt, daß die bureaukratische Wirtschaft in die Selbstverwaltung der Interessenten umgewandelt würde, unter Vorbehalt eines Einspruchsrechts bei für die Allgemeinheit wichtigen Beschlüssen, wie bei Kohle, Kali und Eisen. Das Ziel der Wirtschaftspolitik müsse gerichtet sein auf Sparsamkeit, gleichmäßige Versorgung, vernünftige Preispolitik auf dem Markt. Man wolle auch die Herstellung von Luxuswaren für das Inland verbieten, verkündete der Herr Staatssekretär. Auch in der Textilindustrie habe man mit erheblichen Eingriffen zu rechnen. Der weitere Ausbau der Handelserleichterungen sei nur da zweckmäßig, wo eine Verbandsbildung erfolgt sei, sonst würde lediglich der Schleichhandel Vorteil davon erreichen. Was ist das anders, als die Gedanken der Planwirtschaft, wie ich sie eigentlich nicht präziser hätte formulieren können (Sehr richtig!), wie sie da im März und sicherlich doch nicht ohne oder gegen den Willen des Ministers proklamiert wurden? Aber bei den Reden ist es geblieben. Ansätze wurden gemacht und es blieb doch dabei, weil man im Endergebnis nicht wußte, worauf man hinauswollte, weil man sich über die Wege zum Ziel nicht klar war. Einzelentscheidungen wurden getroffen, ohne ein festes Programm. Es hat das Dauerziel gefehlt, das in all den sich kreuzenden Strömungen und in den bunt wechselnden Zufälligkeiten des Tages festgehalten werden mußte und dem sich alle Eintagsentscheidungen unterzuordnen hatten. Und so ist man denn in einen Zickzackkurs hineingekommen, der sich von dem des alten Regimes nicht unterscheidet (Sehr gut!), der nach allen Seiten in gedankenlose Gelegenheitsmacherei auslief und darum überall abstieß. Da nutzte keine den Körper noch so erschöpfende intensive Arbeit von früh bis spät, wie sie Genosse Schmidt wahrlich persönlich geleistet hat. Aber es fehlte die klare einheitliche Richtung, die der Masse die Ueberzeugung gibt, daß die Partei wisse, was sie will. Ein klar erkennbares Wollen in der Leitung hat gefehlt und daher das Fehlen des Gefühls der Sicherheit in den Massen, ohne das ja doch keine Bewegung Schwung und Wucht bekommen kann. Im Laufe des letzten Jahres hat keiner zu irgendeiner Zeit sagen können, welche Schritte denn die Partei im einzelnen gehen würde. Lesen Sie, wenn Sie das, was ich heute vortrage, nicht im Gedächtnis behalten — und das können Sie nicht — im stenographischen Bericht noch einmal nach. Wir sind hin- und hergeschwankt und doch zu keinem positiven Ergebnis gekommen. Dann werden Sie verstehen, wenn ich sage: daß die betriebene Wirtschaftspolitik das Verhängnisvollste war, was die Partei tun konnte. Im Laufe des Jahres konnte keiner wissen, welche Schritte die Partei nun machen werde. Die Wirtschaftspolitik, die immer nur gute Hoffnungen erweckte, die aber niemals Taten hatte, die zu der immer höher steigenden Preiserhöhung beigetragen hat, diese Wirtschaftspolitik hat uns das Zutrauen der Wähler gekostet. (Sehr richtig!) Der „Vorwärts"-meint, dieses Wort würde uns aus der Grammophonplatte unserer Gegner in den nächsten Jahren noch oft entgegenhallen. Nicht die ausgesprochene Wahrheit ist es, die uns schadet, die nicht erkannte oder die nicht ausgesprochene Wahrheit. (Zuruf.) Wir würden uns einer Selbsttäuschung hin-

geben, wenn wir meinen wollten, daß es die Wirkung unserer Politik gewesen sei, wenn sich jetzt ein Umschwung in der Auffassung der bei den letzten Wahlen nach links abgeschwenkten Massen bemerkbar macht, weil sie erschrocken sehen, wohin die Politik der Unabhängigen führt, daher das Zurückströmen zu uns. Nicht weil unsere Politik den Massen so einleuchtend erscheint, sondern weil die andere so abschreckend wirkt, daher der Umschwung. (Sehr richtig!) Genossen! In dem den Gipfel parteigenössischer Polemik erklimmenden Flugblatt, das der Parteivorstand im Juni 1919 herausgeben wollte, wurde mir klipp und klar der Vorwurf gemacht, ich hätte die Arbeiter mitschuldig werden lassen wollen an der Ausbeutung des Volkes durch die Kapitalisten. Wenn irgend etwas die Partei hat mitschuldig werden lassen an einer Ausbeutung des Volkes, dann die plan- und ziellos hin- und herfahrende, von der Partei — soweit der Vorstand und die Fraktion in Frage kommt — gebilligte Wirtschaftspolitik, die seit Juli 1919 getrieben wurde. Ich will besonders betonen, daß ich im Gegensatz zu den Behauptungen des Flugblatts nur von einer objektiven, von keiner subjektiven Schuld spreche. Diese Ausbeutung hat niemand gewollt. Aber leider ist sie eingetreten und sie hat dem Volk Mittel entzogen, die in die Milliarden gehen. In der Politik kommt es nicht auf den Willen, sondern auf das Ergebnis an, und das Ergebnis der betriebenen Wirtschaftspolitik ist ein solches, daß man sagen muß: der Kapitalismus und der Handel haben sich austoben können, als ob wir nie eine Revolution gehabt hätten. (Sehr richtig!) Die Märkte sind zum Spiel- und Tummelplatz rücksichtslosen Spekulantentums geworden, dem nach keiner Richtung irgendwelche Schranken haben gezogen werden können. (Sehr richtig!) Wenn ich mir die Preiskurve seit Juli 1919 ansehe, dieses steile Emporklimmen, dann muß ich leider feststellen, daß das diametrale Gegenteil dessen eingetreten ist, was Bauer und Schmidt verkündet hatten, nicht nur als das Ziel, sondern als das sichere Ergebnis ihrer Politik hingestellt hatten. Wenn einmal in Zukunft die Geschichte unserer Zeit geschrieben werden wird, dann wird das Kapitel der Wirtschaftspolitik eine einzige Anklage sein, eine einzige Quelle nur zu berechtigter Kritik. Wir werden gewogen und zu leicht befunden werden! (Bewegung.) Gewiß, die Schuld der Unabhängigen ist noch größer als die, die ich hier aufrolle, weil sie nur Worte hatten, niemals aber den Versuch zum ernsten Handeln machten. (Sehr richtig!) Jedenfalls aber hat man die Möglichkeiten, die sich im vergangenen Jahre boten, um endlich Ordnung in die Wirtschaft zu bekommen, nicht ausgenützt; selbst in den Kreisen derer, die nach der freien Wirtschaft schrien, fing es ja an zu dämmern, daß man mit der freien Wirtschaft nicht vorwärtskomme. Es mußte ja jede Kalkulation aufhören, wo die zu bearbeitenden Rohprodukte der tägliche Spielball ungezügelter Spekulation wurden. Im Februar dieses Jahres schrieb sogar das „Berliner Tageblatt“: „Nachdem im Sommer 1919 die Blockade aufgehoben war und der jahrelang in der Binnenwirtschaft eingeführte deutsche Handel wieder in den Weltverkehr hinausgreifen konnte, haben uns die Verhältnisse bald gezeigt, daß mit den alten, vor dem Kriege von uns so erfolgreich gehandhabten Methoden des reichen weltwirtschaftlichen Ausgleichs unsere Handelsbilanz und unsere Valuta nicht in Ordnung gebracht werden konnten.“ Und es wird dann auseinandergesetzt, wie der Versuch gemacht worden ist, auch bei Inlandsverkäufen dem Weltmarkt ähnliche Preise sich zu sichern, wie der Inlandsmarkt immer mehr von Waren entblößt wurde, die zum notwendigsten Lebensbedarf gehören, während auf der anderen Seite die Kaufkraft der breiten Massen und des Mittelstandes immer tiefer herabging.

Und wie ist es gekommen, daß nichts geschah? Man starrte wie hypnotisiert nur auf das Endziel, ohne ihm näherkommen zu können und ließ das

große weite Gebiet der Wirtschaft zum Tummelplatz der wüstesten Spekulation werden. Ich bin mir natürlich klar darüber, daß der verlorene Krieg, daß diese Schäden, die sich da für uns offenbarten, schwer verwüstend gewirkt haben. Aber doch ist nicht alles getan worden, was hätte getan werden können. Am ersten Tage mußten wir von dieser Tribüne hier hören, wir seien ja in allen unseren wirtschaftlichen Maßnahmen durch den Friedensvertrag gebunden. Was heißt denn diese Bemerkung? Das heißt ja, die eigene Schwäche auf die feindliche Ueberlegenheit abwälzen. Wenn uns auf einem Gebiete noch relative Freiheit geblieben ist, dann auf dem Gebiet unserer inneren Wirtschaftspolitik. Wir haben Wiedergutmachungsverpflichtungen ungeheuerlichster Art zu erfüllen. Die sind nur möglich bei einer organisierten Wirtschaft, und diese Ordnung ist nicht nur möglich, sondern sie ist absolut geboten, gerade wegen des Friedensvertrages, gerade wegen der Ungunst unserer Lage, die nur die wenigsten im Volke in ihrer ganzen furchtbaren Größe kennen. Im Frieden konnten wir unser Volk nicht ernähren. Die landwirtschaftlichen Ueberschußgebiete, auf denen fast ein Drittel des deutschen Korns wuchs, sind verlorengegangen, der landwirtschaftliche Boden ist in seiner Ertragsfähigkeit wesentlich zurückgegangen. Wie wollen wir diese Riesenmengen von Nahrungsmitteln zur Versorgung der Bevölkerung denn überhaupt bekommen und bezahlen, wenn nicht durch unsere Waren, deren Höchstmaß nur zu erzielen ist in einer Wirtschaft, die von allen Hemmungen, die die anarchische Wirtschaftsordnung der heutigen Zeit mit sich bringt, befreit ist? Wir müssen mehr Korn einführen im nächsten Erntejahr, als wir aus der eigenen Ernte zur Versorgung der auf Ration angewiesenen Bevölkerung haben werden. (Sehr richtig! und Zuruf: Woher denn?) Das ist es ja gerade. Woher sollen wir sie nehmen. Wir müssen sie haben, um nur die notdürftigsten Rationen zu geben und müssen suchen, sie zu bekommen, wir müssen nur die Zahlungsmittel dafür schaffen. So wie es in den letzten Jahren war, daß wir immer zehren von dem, was in Zukunft von uns erzeugt werden soll, geht es auf die Dauer nicht weiter. Jetzt allerdings scheinen auch unsere Genossen in der früheren Regierung, die jetzt von irgendeinem Amt frei sind, einzusehen, daß die Wirtschaft, die wir haben, nicht weitergeht. In einem Artikel des Genossen Schmidt, den ich in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ vom 27. September finde, sagt er: „Leider trägt die jetzt eingeschlagene Wirtschaftspolitik dazu bei, diese ungünstige Lage auf dem Weltmarkt zu verschärfen, wenn sie nicht überhaupt die Ursache für den Sturz der Valuta abgegeben hat. Dem Drängen gewisser Interessentenkreise nachgebend, hat man in Deutschland viel zu sehr die Einfuhr gelockert. Man ist den Wünschen des Außenhandels in weitem Maße entgegengekommen, obwohl man sich sagen mußte, daß gerade gegenwärtig bei einer Stockung des Absatzes auf dem Weltmarkt, der Zeitpunkt der ungeeignetste ist, die Schleusen der Einfuhr weiter aufzuziehen. Mit wie wenig volkswirtschaftlicher Einsicht der Großhandel seine Politik betreibt, dafür gibt der Beschluß des Hamburger Senats, die Außenhandelsstellen aufzuheben, den besten Beweis.“ Vom Genossen Bauer las ich am 30. September im „Vorwärts“ eine Rede: „Die von der jetzigen Regierung betriebene Wirtschaftspolitik der Aufhebung der Zwangswirtschaft ist unverantwortlich. Die Lockerung der Aufsicht über den Handel mit dem Ausland und die damit verbundenen Maßnahmen tragen die Hauptschuld an der neuerlichen Verschlechterung der Valuta und der daraus zu erwartenden neuen Teuerungsquelle.“ Glatt unterschreibe ich dieses. Aber trägt diese Politik nur die Schuld an der neueren Verschlechterung der Valuta, nicht an der Verschlechterung, wie wir sie seit Juli 1919 erlebt haben? Das war ja die Folge der Wirtschaftspolitik, die unsere Genossen getrieben haben, nicht nur der neuen Wirtschaftspolitik, der Politik, von der Erzberger

schon im Oktober sagte, daß sie verwüstend gewirkt hat. Was Ihr hier beklagt, ist nur die Fortsetzung der von Euch betriebenen Wirtschaftspolitik, was wir jetzt sehen, das ist das photographisch getreue Spiegelbild Eurer Politik (Sehr gut!), nur muß man sagen: ins Riesenhafte vergrößert. (Sehr gut!)

Neben dem Streben nach der Sozialisierung dürfen wir das noch nicht zur Sozialisierung reife Wirtschaftsgebiet nicht vergessen, müssen wir den Einfluß auf dasselbe zu erreichen suchen. Wir müssen, um auch auf diesem Gebiet zum Sozialismus kommen zu können, an die Durchführung des langwierigen Prozesses der ökonomischen Umschichtung der bisherigen Warenproduktion herangehen. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen. Es wird, wie Genosse Otto Bauer in seiner Schrift „Bolschewismus und Sozialdemokratie" sagt, nur in langjähriger Entwicklung mit demokratischen Mitteln durch Einschaltung der Arbeiter zu entscheidender Mitwirkung geschehen, und diese ist nur möglich, wenn die Einsicht der Masse dazu reif ist, wenn die Arbeiterschaft dazu fähig ist. (Zurufe.) Als ich im Januar 1919 in der Revolutionsregierung mich zunächst mit den Wirtschaftsfragen intensiver befassen mußte, da war das erste, daß ich sah, daß die Einfuhr viel größer war als die Ausfuhr, und ich suchte die Einfuhr zu drosseln, sie nur auf das notwendigste zu beschränken. Ich sah die Entwertung unserer Werte, das aber habe ich allerdings nicht für möglich gehalten, daß sie eine derartige Entwertung erfahren würden, nicht zum wenigsten durch die zu große Einfuhr, die wir gehabt haben, wie sie sich in den 27 Milliarden Mark Ueberschuß der Einfuhr ausspricht. (Zurufe: Das Loch im Westen!) Wahrscheinlich wird dieser Einwand auch von denen kommen, die nach mir sprechen werden. War denn das Loch im Westen 1919 nicht da, als Erzberger in einer öffentlichen Reichstagssitzung die Maßnahmen, die ich Ihnen vorgelesen habe, verkündete? War das Loch im Westen im Dezember 1919 nicht vorhanden, als man an die Errichtung der Außenhandelsstellen ging? Hatte man denn diese Maßnahmen in Aussicht genommen, ohne die Hoffnung zu haben, trotz des Lochs im Westen schließlich der schwierigen Verhältnisse Herr zu werden? Diese Tatsache, daß man trotz des Loches im Westen selbst das tat, was allerdings notwendig war, und viel früher schon hätte geschehen müssen, beweist, daß dieser Einwand nur zum Teil begründet ist. Und wenn wirklich im Westen die Grenze offen war, darum brauchten wir doch nicht die Ein- und Ausfuhr in dem Rahmen, wie ich sie Ihnen nach den Grundsätzen des Wirtschaftsministeriums vorgetragen habe, auch an allen anderen Grenzen frei zu lassen, wie es geschehen ist. Diese Verhältnisse mußten zu der durchschnittlich fortschreitenden Verschlechterung des Wertverhältnisses der deutschen zur ausländischen Währung führen und das mußte, was noch fast schlimmer ist, zu der spekulativen Zuckung aller Zahlungsmittelwerte führen. Und daraus mußte die innere Inflation entstehen, aus der uns kein Gemisch von freier und gebundener Wirtschaft heraushilft. Heute kommen wir auch mit der reinen Zwangswirtschaft nicht weiter. Wir müssen versuchen, mit ihren Resten zu tun, was irgend getan werden kann. Aber wir können auf diesen Formen keine neue Wirtschaftsform mehr aufbauen. Selbst linksstehende Politiker meinen, wir müßten durch eine Periode des ungehinderten Kapitalismus hindurch. Lesen Sie den Vorschlag I der Sozialisierungskommission, mit welchen dürren und nackten Worten dort gesagt ist, daß eben ein verschiedenes Preisniveau im In- und Auslande nicht aufrechterhalten werden kann. Der Verkehr mit dem Auslande werde über kurz oder lang die Ausgleichung der Preise erzwingen usw. Und selbst die „Freiheit" schrieb am 16. Juli: „Auch die Arbeiterschaft, die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß eine Wiederannäherung der Völker endlich beginnt, und wenn sich diese vorläufig auch nur in kapitalistischen Formen vollzieht, müssen wir alles tun, um sie zu fördern. An dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ist nicht nur das Kapital interessiert. Die Arbeiterschaft weiß, daß sie umso rascher ihr Ziel verwirklichen, den Sozialismus erreichen wird, je ungestörter sich die kapitalistische Produktion entwickelt."

Es wäre furchtbar, wenn wir durch diese zunächst noch völlig freie kapitalistische-Wirtschaft hindurch müßten. Wir können ihr nur entgehen, wenn wir in die zunächst noch vorhandene kapitalistische Wirtschaft durch staatlichen Zwang soviel Planmäßigkeit hineinbringen, daß die kapitalistische Produktionsmaschinerie, wenn auch zunächst noch bei Erzielung privaten Unternehmerprofits, ihren Rohstoffbezug, die Warenerzeugung und den Warenverkauf nach den zweckmäßigsten Bedürfnissen der Allgemeinheit unter Aufsicht des Staates vornimmt. Wir müssen den Kapitalismus zur brauchbaren Vorstufe des Sozialismus umgestalten, erstens, weil wir Sozialisten sind, und weil zweitens sonst unsere Wirtschaft völlig zugrunde gerichtet oder soweit heruntergebracht wird, daß die Masse des Volkes ein weit elenderes Dasein führen muß, als notwendig wäre, wenn wir uns als ernsthafte Sozialisten beweisen. Das schrieb im Oktober vorigen Jahres der heute in unserer Mitte weilende Kollege Fellisch. Ich stimme ihm wörtlich darin zu. Wenn wir wieder hochkommen wollen, so kann dies nur in neuen Formen auch der nichtsozialisierungsreifen Wirtschaft geschehen. Alles drängt nach einer neuen Form. Eine Entwicklung zur Konzentration der gesamten Arbeit macht sich geltend. Sie leugnen zu wollen, hieße die Entwicklung überhaupt leugnen, und sie sich selbst überlassen wollen, hieße, sich am Volkswohl versündigen.

Wir haben als ganzes Volk einen Daseinskampf zu führen und müssen alle Kräfte zusammenreißen, um ihn zu bestehen. Da können wir das Wirtschaftsleben nicht nach wie zuvor in tausendfältige Atome zersplittert sein lassen. Wir haben den Daseinskampf kollektivistisch zu führen.

Es ist eine Phrase, von der staatlichen Gängelei der Wirtschaft, die ich wolle, zu reden. Der Staat soll nicht alles bestimmen, er soll sich auf die allgemeine Leitung beschränken und die sachlichen Funktionen der eigentlichen Betriebsführung den berufenen Wirtschaftern überlassen. Die Führung der Wirtschaft soll den beruflich gegliederten Gemeinschaften überlassen bleiben, denen für bestimmte Funktionen öffentlich-rechtliche Gewalt zu geben ist. Nur so können wir der Sonderinteressen Herr werden, die sich uns heute offenbaren.

Ich bin nicht so utopisch, zu meinen, daß das, was ist, etwa übergangen werden könnte. Ihr seids, die Ihr meinen Grundgedanken grundsätzlichen Widerstand leistet, die Ihr meint, mit Sozialismus allein und mit Einzelsozialisierungen es tun zu können, die dann wie ein Fettropfen auf der großen Konkurrenzwassersuppe herumschwimmen werden, als die sich unsere heutige Wirtschaft doch nun einmal darstellt. Ich kann das Gegebene nicht überspringen, ich kann nicht im luftleeren Raum experimentieren. Ich will die millionenfältigen, nicht zu entbehrenden Kräfte in unserer Wirtschaft, will jede Hand und jede Beziehung, wie es Bauer prägte, benutzen. Aber eine atomisierte Wirtschaft kann nicht einheitlich geführt werden, nicht von den Rücksichten aufs Gemeinwohl. In ihr müssen sich die Sonderinteressen geltend machen. Will ich die Wirtschaft nicht nur als eine Angelegenheit der einzelnen, sondern in viel höherem Maße der Gesamtheit vom Gemeinschaftsgeist durchdringen lassen, dann muß ich sie zusammenfassen, weil nur der einzelne in der Bindung der Organisation soziale Interessen lernt.

Sozialisierung, wo es möglich ist, aber sorgen Sie vor allem dafür, daß für alle Wirtschaftsmaßnahmen nur rein sachliche und nicht opportunistische Gesichtspunkte ausschlaggebend sind. Wer sachlich nicht begründeten politischen

Strömungen nachgibt, kommt auf die Dauer dabei selbst unter die Räder oder er bringt das Volk dabei unter die Räder. (Sehr gut!) Sorgen Sie auch, daß das Talent, der freie Geist des Menschen, uns nicht verloren geht. Die Männer, die durch ihr Wissen und Können für jedes Land unendlich wertvoll sind, die in leitenden Stellungen der großen Unternehmungen stehen, können wir heute noch nicht entbehren. (Sehr wahr!) Wir konnten die Mitarbeit der wirtschaftlichen und geistigen Führer der bisherigen kapitalistischen Ordnung noch nicht gewinnen, weil sie, auch soweit sie nicht selbst Kapitalisten sind, während der stürmischen Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus in Deutschland zu sehr Nutznießer der kapitalistischen Ordnung gewesen sind und sich ungeachtet ihrer sozialen Stellung subjektiv noch mit den Interessen der Bourgeoisie verknüpft sehen. Noch bedürfen wir ihrer Initiative. Kein Mensch kann gezwungen werden, mit ganzer Hingabe an der Spitze eines Unternehmens zu stehen, wenn er nicht in seinen Entschließungen frei ist. Wer das Steuer ergreift und seine Persönlichkeit zur Führung des Schiffes einsetzt, wird nie dulden, wenn er ein Mann ist, daß die ihm anvertrauten Menschen in seine Steuerung hineinreden. Er soll nicht nach Willkür handeln, er soll kaufmännisch oder technisch leiten im Rahmen einer Verfassung. Aber diese Verfassung kann sich nie weiter als auf den inneren Betrieb der Unternehmung erstrecken.

Klammern Sie sich auch nicht an Theorien. Die schönsten Theorien, die die Wege weisen, um aus dem Elend herauszukommen, nutzen uns im Augenblick nichts. (Sehr richtig!) Wenn sie uns jetzt nicht helfen, dann können wir nicht nach ihnen handeln; und wenn uns das Herz darüber bräche, wir müssen ihrer für den Augenblick entsagen. Je rationeller die Wirtschaft ist, desto eher und mehr bietet sie die Möglichkeit für die Erfüllung der kulturellen Aufgaben, wo wir am allerehesten noch wieder führend sind.

Nur durch rationelle Wirtschaft können wir der Scheinkonjunkturen mit Produktionsrückgang — ich erinnere an die Extensivität der Landwirtschaft — und der unproduktiven Erwerbslosigkeit trotz Produktionsgelegenheit — ich denke an das Bauwesen — Herr werden. Wir dürfen diese Organisationsarbeit unserer Wirtschaft nicht immer durch eigene Zweifel unterbrechen, ob wir etwa den Kapitalismus stärken würden, auch nicht durch Opportunitätsrücksichten; auch nicht demagogisch stören lassen durch Leute, denen der Profit beschnitten werden würde, und die zum Teil ihr Schäflein im Ausland im Trocknen haben, vielfach in höheren Beträgen als sie sie im Frieden hatten. Leider mit durch unsere Wirtschaftspolitik. Wir dürfen unsere Kraft auch nicht in gelegentlichen Einzelorganisationen erschöpfen. Wir müssen ein Gesamtnetz schaffen und die vorhandenen Arbeitnehmerkompetenzen nicht nur ausnützen, sondern nach Möglichkeit erweitern. Wenn wir so die vordringende proletarische Kontrolle der gesamten Wirtschaft proklamieren in Gestalt von gesetzlich geschütztem Einfluß in öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörpern — Kohlen-, Elektrizitäts-, Kalikräten usw. —, mit der Tendenz, durch vollkommensten Nationalismus die Willkür, den Profit und die Konjunkturgewinne zu verdrängen, nur dann kommen wir vorwärts. Dabei müssen wir auch anerkennen, daß die gesellschaftliche Arbeit auch nach Beseitigung des heutigen Unternehmertums dispositive, leitende Arbeitgeber und ausführende Arbeitnehmer kennen wird, und daß zwischen ihnen Interessengegensätze um den Arbeitsvertrag bestehen werden, die ausgeglichen werden müssen in einer Arbeitsgemeinschaft zwischen ihnen, deren Ziel die Produktionsförderung ist. In diesen Zustand werden wir hineinwachsen. So gesehen, ist die Arbeitsgemeinschaft mit ihrer Parität auch auf den heute noch nicht sozialisierungsreifen Wirtschaftsgebieten, zu denen die Not unserer Wirtschaft uns treiben wird, kein faules Programm, sondern wahrscheinlich eine sich zum Sozialismus

entwickelnde Endform, in der nur die jetzige Stelle des Unternehmers durch die zukünftige Rolle eines reinen Arbeitgebers ersetzt wird.

Alles wird uns aber nichts nützen, wenn wir nicht zunächst versuchen, aus dem Defizit herauszukommen. Mit rücksichtslosester Strenge, ja mit brutalster Härte müssen wir diesem Ziele zustreben. Habe ich im vorigen Jahre gesagt, daß Schmalhans bei uns noch auf lange Zeit Küchenmeister bleiben werde, so sage ich heute, daß wir mit allen Mitteln den Konsum, der nicht absolut geboten ist, zu unterbinden haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das erweckt freilich keine Begeisterung. Aber ich will nur Klarheit schaffen. (Sehr gut!) Ehe nicht jedem klar greifbar ist, daß wir als Volk bettelarm geworden sind, kommen wir nicht aus dem Elend heraus. Scheut sich die Partei, so zu handeln, dann wird die Partei untergehen, weil unser ganzes Volk dann untergehen wird.

Es ist doppelt schwer, jetzt Ordnung in unserer Wirtschaft zu schaffen, wo Schichten ein Verdienen erlebt haben, wie nie in den günstigsten Kriegsjahren und im Frieden. Eine Herkulesarbeit muß geleistet werden, und sie kann nur geleistet werden, wenn die Partei mit ganzer Kraft sich müht, sie zu vollbringen.

Der „Vorwärts" sagt in seiner Besprechung der Vorschläge von Schmidt und mir, daß die Schwäche meiner Vorschläge darin bestehe, daß sie unmittelbar kein Ziel geben, das die Phantasie beschwinge und zu höchsten Willensleistungen ansporne, sondern nur eine Summe organischer Maßnahmen, deren Einzelheiten der Kritik naturgemäß manche Angriffsfläche bieten. Wer kann aber heute ein die Phantasie beschwingendes Ziel aufstellen? Kann man das von jemand erwarten, der bettelarm ist und mit den drückendsten Nahrungssorgen belastet ist? Unser Volk kennt leider noch nicht den furchtbaren Ernst seiner Lage. Es jagt Illusionen nach. Es auf den rauhen Boden der Wirklichkeit zu nüchterner Wirklichkeitsarbeit zurückzuführen, das ist unsere Aufgabe. Nur der, der seine Lage voll kennt, kann zu höchsten Willensleistungen angespornt werden.

Der „Vorwärts" sagt, daß die Einzelheiten meiner Vorschläge der Kritik Angriffsflächen böten. Wie sollte es denn anders sein? Jeder sieht die Dinge anders, und wenige nur kennen die Lage in allen Einzelheiten. Wir haben in unserer Mitte einen Nationalökonomen von Ruf. Fragen Sie Professor Waentig, ob er Ihnen sagen kann, wie unsere Finanz- und Wirtschaftslage in allen Einzelheiten ist. Er wird Ihnen sagen, daß er es nicht sagen kann, ohne die ganzen Verhältnisse zu überschauen. Wir können sie aber erst überschauen, wenn wir organisatorisch zusammenfassen, was zusammenfaßbar ist.

Wir können kein organisatorisches Schema aufstellen, und ich stelle es nicht auf, aber wir können nach einem Prinzip arbeiten, nach Lage des Einzelfalles ist eine variable Gestaltung vonnöten. Zu Unrecht ist der Planwirtschaft der Vorwurf gemacht worden, daß sie unelastisch, bureaukratisch sei. Auf den Grundsätzen bin ich zu jeder Konzession bereit, aber nicht an den Grundsätzen.

Scheu vor organisatorischem Zusammenschluß aus Angst vor der Stärkung des Unternehmertums bringt die freie Entwicklung zu dieser Stärkung ohne jeden Einfluß der Arbeiterschaft. Die Angst, daß wir das Endziel aus dem Auge verlieren könnten, hinderte uns, das Richtige zu tun, und hinderte auch, daß wir zu den engen Verbindungen zwischen Konsumenten und Produzenten unter Ausschluß des Handels kamen. Der Handel wandte sich gegen neue Pläne, weil er weiß, daß die Entwicklung einer organisierten Wirtschaft auf vielen Gebieten dahin drängt, den Weg der Ware vom Produzenten zum Konsumenten zu verkürzen.

Für uns gilt es, nachdem wir die politische Verfassung fertiggestellt haben, auch die wirtschaftliche Verfassung unseres Reiches zu schaffen. Diese Verfassung erschöpft sich nicht in reiner Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Wie wir es auf politischem Gebiete nicht mehr dulden, daß viele Einzelstaaten kleinster Art im ewigen Krieg um den Besitz stehen, können wir es auch im Wirtschaftlichen nicht mehr dulden. Bestätigen Sie die Resolution, die im vorigen Jahre der Parteitag gefaßt hat! Handeln Sie danach unter Einsetzung Ihrer ganzen Kräfte, dann schaffen Sie die Grundlage, auf der wir zwar sehr langsam, aber doch endlich, der Not unserer Zeit Herr werden können! (Stürmischer Beifall.)

Rob. Schmidt-Karlshorst: Ich hatte mir die Auseinandersetzung so gedacht, daß auf dem Parteitage einmal von dem Vertreter der Planwirtschaft ein klares Bild der Planwirtschaft überhaupt gegeben wird. (Sehr richtig!) Aber diese Annahme ist durch meinen Vorredner nicht erfüllt worden. Er hat sehr viel von Planwirtschaft gesprochen, aber es schien mir, als ob er sie als ein Geheimmittel anpreist, dessen Zusammensetzung man nicht nennen darf, dem aber heilende Kraft unbedingt sicher ist. Aber in wirtschaftlichen Dingen darf man nicht mit Geheimmitteln operieren, am allerwenigsten in der gegenwärtigen Zeit. Wissell hat sich dann auf das sehr fruchtbare Gebiet der Kritik an der Tätigkeit unserer Parteigenossen begeben, soweit sie in der Regierung waren. Das ist keine undankbare Aufgabe, besonders, wenn man von der Verantwortung frei ist und in der angenehmen Lage der Opposition ist. Die Parteigenossen, die in der Regierung waren, sind sich klar, daß das sozialdemokratische Programm in der Regierung nicht durchgesetzt worden ist. Aber wir haben unseren Parteigenossen wiederholt gesagt, daß wir in einer Koalitionsregierung nicht restlos sozialdemokratische Politik treiben können.

Wissell hat den Vorwurf erhoben, der Parteivorstand und die Fraktion hätten nichts getan, um das durchzuführen, was der Parteitag in Weimar beschlossen hat. Wissell ist im Irrtum, wenn er annimmt, daß die undefinierbare Planwirtschaft, wie er sie in Weimar und hier vertreten hat, schließlich so durchgeführt werden soll, wie er sie sich vorstellt. Was in der Folgezeit durchgeführt worden ist, der Kohlenwirtschaftsverband, der Kaliwirtschaftsverband, der Eisenwirtschaftsbund, die Regelung der Ausfuhr, das sind allerdings Organisationsbestrebungen, die er unter Umständen wahrscheinlich selbst als Planwirtschaft bezeichnen wird. Aber ich habe gegenüber all diesen Plänen immer wieder hervorgehoben: Setzt nicht falsche Hoffnungen in diese außerordentlich geringfügigen Hilfsmittel der gegenwärtig ungünstigen Wirtschaftslage. Das sind notdürftige Behelfe, die uns zu Enttäuschungen führen und die Arbeiterschaft an unserer ganzen Politik irre werden lassen. Ist unsere Bergarbeiterschaft nicht an der Kohlenwirtschaft, die ein Stück Planwirtschaft ist, irre geworden, und fordert sie nicht mit großer Entschiedenheit, aus dieser Planwirtschaft zur Sozialisierung zu kommen? (Sehr richtig!)

Wissell hat die Frage der Sozialisierung der Ilseder Hütte angeschnitten. Ich bedauere auch, daß diese Sozialisierung in eine sehr schwankende Gemischtwirtschaft überging. Aber ich erinnere daran, daß aus den Arbeiterkreisen der Ilseder Hütte selbst der Protest gegen die Sozialisierung einsetzte. Es muß auch berücksichtigt werden, daß wir mit bürgerlichen Vertretern im Kabinett waren und infolgedessen nicht alles durchführen konnten, was wir für gut und richtig hielten.

Wissell hat darauf hingewiesen, daß in der Monopolisierung, in der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues, besonders in der angekündigten Sozialisierung des Braunkohlenbergbaues nichts geschehen ist. Die Erfüllung derartiger Aufgaben ist in einem so kurzem Zeitraume einfach unmöglich, namentlich,

wenn uns im Wirtschaftsleben die Schwierigkeiten entgegenstehen, wie unmittelbar nach dem Friedensschluß. Wir mußten erst eine gewisse Höhe der wirtschaftlichen Wiedererstarkung gewinnen. Wir durften nicht in die Betriebe hineingreifen, die gerade die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bilden. Wissell hat behauptet, man solle ihm nicht mit der Vergesellschaftung der Elektrizitätswerke kommen; denn diese Vergesellschaftung habe ein bürgerliches Kabinett beschlossen und ein bürgerliches Kabinett jetzt auszuführen. Daran sind wir doch aber nicht schuld. Ist es nicht viel richtiger, wenn wir gerade in bezug auf die Sozialisierung eines so wichtigen Betriebes den ersten Anfang gemacht haben, die rechtmäßige Grundlage dafür geschaffen haben, um nun darauf aufzubauen? (Zustimmung.) Es wird auch bei anderen Aufgaben wahrscheinlich nicht ohne einen gewissen Druck außerhalb des Parlaments abgehen. (Sehr richtig!) Wenn die Arbeiterschaft nicht schließlich energisch diese Dinge fordert, werden wir nicht vorwärts kommen. Gerade die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie ist von enormer Bedeutung, und das abgetretene Kabinett kann auf dieses Gesetz nur stolz sein. Wenn diese Sozialisierung nicht durchgeführt wird, dann ist nur die politische Konstellation daran schuld, in die wir durch die Unabhängigen hineingeraten sind. Die Rechtsgrundlage ist geschaffen, und für die praktische Durchführung müssen schließlich die Kräfte innerhalb und außerhalb des Parlaments aufgewandt werden. Die Fraktion wird alles einsetzen, um die praktische Durchführung dieses Sozialisierungsgesetzes zu fördern.

Genosse Wissell hat sich darauf berufen, ich hätte auf dem Parteitag in Weimar gesagt, mit seiner Aeußerung, daß Schmalhans bei uns jetzt Küchenmeister sei, könne keine Begeisterung erweckt werden. In welchem Zusammenhang ist denn diese Bemerkung gemacht worden? Ich habe damals Wissell den Vorwurf gemacht, daß er, als er im Wirtschaftsministerium war, mir ständig Schwierigkeiten gemacht hat. Im Jahre 1918, als wir der großen Einfuhr an Getreide und Mehl für unsere Bevölkerung bedurften, hat er mir gesagt: Diese große Einfuhr ist unmöglich, sie kann nicht mit Zustimmung des Wirtschaftsministeriums geschehen. Darauf habe ich erwidert: Nach den entsetzlichen Entbehrungen der Bevölkerung kann ich im Augenblick auf die Valuta keine Rücksicht nehmen; die Bevölkerung muß Lebensmittel erhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich sage auch heute noch im Gegensatz zu Wissell: In bezug auf die Lebensmittel möchte ich den Konsum nicht eingeschränkt haben; wenn das notwendig werden würde, dann wäre allerdings unsere Politik und unsere weitere Entwicklung in der Republik in Gefahr gebracht. (Zustimmung.) Der ganze Radikalismus hängt heute eng mit der Lebensmittelfrage zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn unsere Arbeiter genug zu essen hätten, dann wären wir über eine ganze Reihe von radikalen Strömungen heute weit hinweg. (Sehr wahr!) Wir befinden uns auch gar nicht in der katzenjämmerlichen Stimmung, von der Wissell gesprochen hat. Wenn wir damals die 700 000 Tonnen Getreide nicht eingeführt hätten, dann wäre allerdings die Republik in ernste Gefahr gekommen. (Sehr richtig!) Ich habe damals die besondere Zulage an Mehl und Speck durchgesetzt. Dabei bin ich mir natürlich der starken Einwirkung auf unsere Valuta bewußt gewesen, die vor allem durch die unkontrollierbare Einfuhr, die uns auch zu Unrecht zum Vorwurf gemacht wird, verschärft wurde. Ein Mann wie Wissell muß wissen, daß das damalige Kabinett daran vollständig unschuldig ist, sondern daß wir einer Machtposition der Entente gegenüberstanden, die jede verständige Regelung der Ein- und Ausfuhr unmöglich machte. Ich muß dem Genossen Wissell in dieser Beziehung den Vorwurf machen, daß sein Auftreten hier einen stark demagogischen Eindruck gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Wissell sagt: Wo ist die Sicherheit für Nahrung und Kleidung, die versprochen worden ist? Solche Aeußerungen habe ich während der Wahlschlacht von den Nationalisten sehr oft gehört. Jeder Wirtschaftspolitiker weiß, daß die restlose Erfüllung dieser Aufgabe unmöglich ist; wohl aber taten wir alles, was in unseren Kräften stand, um eine Besserung der Nahrung und Kleidung herbeizuführen. Er selbst widersetzte sich der Ausführung dieses Vorhabens. Wo ist die Planwirtschaft, die uns die Sicherheit für mehr Nahrung und Kleidung gibt? Es handelt sich nicht um eine Frage der Organisation, sondern der Produktion.

Genosse Wissell behauptet nun, wir seien schuld daran, daß Luxusgegenstände, für den täglichen Bedarf nicht notwendige Artikel, nach Deutschland hereingekommen sind. Wir hätten die Einfuhr freigegeben, die Ausfuhr nicht kontrolliert. Ein Mann, der Wirtschaftsminister war, mußte wissen, daß diese Angabe unrichtig ist. (Hört! Hört!) Diese Kontrolle der Aus- und Einfuhr war durch die Zollbehörden gegeben. Aber es fehlte die strenge Handhabung unserer Anordnung, die Wissell ebenso zu beklagen hatte, als er im Amte war. Die Planwirtschaft kann diese Organisation nicht durchsetzen, weil unser Beamtentum versagte (Sehr richtig!) und weil uns die Entente enorme Schwierigkeiten bereitete. Wissell sagt: Nach dem Versailler Vertrag sind wir in unserer Wirtschaft frei. Wie diese Freiheit aussieht, dafür ist der Beweis das Loch im Westen. Wissell stellt es so dar, als ob dieses Loch im Westen uns in unserem wirtschaftlichen Aufbau keinen schweren Schaden zugefügt hätte. Im Westen hatte die Entente, insbesondere Frankreich, jede Kontrolle über Ein- und Ausfuhr verboten. (Hört! Hört!) Soweit Zollabgaben in Frage kamen, wurden sie erhoben; aber ein Abweisen der Ein- und Ausfuhr irgendwelcher Artikel war von der Entente untersagt. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Die Folge war, daß Millionen von Waren zunächst in der Ausfuhr nach dem Westen gingen (Sehr richtig!); keine Behörde in Deutschland war in der Lage, das zu unterbinden. Es ging so weit, daß Industrie und Handel ihre Kontore und Betriebe aus Nord- und Mitteldeutschland auf das linksrheinische Ufer verlegten, um dort frei einzuführen, vor allen Dingen Tabak. Nun kommt der Wirtschaftspolitiker Wissell und sagt, wir seien daran schuld. Er muß wissen, daß wir keine Macht hatten, diesen Zustand zu beseitigen. Das war die Folge der kurzsichtigen Politik der französischen Regierung, die uns geradezu ruiniert hätte, wenn sie noch länger aufrechterhalten worden wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Meinem unermüdlichen Bemühen ist es schließlich gelungen, die Entente davon zu überzeugen, daß dieser Zustand unerträglich ist und daß sie selbst den schwersten Schaden davon hat. Aber auch heute haben wir noch keine scharfe Zollkontrolle. Ich weise nur auf die Zustände hin, die an der holländischen Grenze bestehen.

Es ist auch weiter zu berücksichtigen, daß in diesem Streben, dem freien Handel den Weg zu bahnen, die Interessenten kein Mittel unversucht ließen, denn es handelte sich um Millionengewinne. Bei solchen Millionengewinnen sind alle Schranken, die eine Behörde aufrichten kann, niedergelegt; auch die der Planwirtschaft versinken dabei in ein Nichts. Wir hatten damals den tiefen Stand der Valuta. Ich habe das Geschrei über den großen Ausverkauf in Deutschland überhaupt nicht mitgemacht, sondern ich bin vollständig zufrieden gewesen, daß alles das ausgeführt wurde, was wir entbehren konnten, damit unser Außenhandel in Gang kommen konnte. Besonders die Ausfuhr von Luxusartikeln war erwünscht. Damit können wir unsere Handelsbilanz verbessern. Es ist allerdings bei einer Anzahl von Waren die freie Ein- und auch die freie Ausfuhr gestattet. Aber es ist falsch, daß durch diese Anordnungen nun die Ausfuhr planlos freigegeben worden sei. Bis heute ist die

Ausfuhr von notwendigen Gebrauchsartikeln unter strenger Kontrolle. Was hat es denn für einen Zweck, wenn ich eine Handelskontrolle da einführe, wo sie mir nicht notwendig erscheint? Ich gestehe ganz offen, daß ich über die Einrichtung der Außenhandelsstellen auch heute noch gering urteile. (Zustimmung.) Ich bin der Ueberzeugung, daß eigentlich die ganze Organisation der Zollbehörde gehört und nicht einem an Tausende von Menschen gebundenen Organisationsapparat. Die Außenhandelsabgabe wird auch nicht einwandfrei eingezogen, wenn wir nicht den behördlichen Apparat dafür haben. Namentlich in Zeiten, wo wir Schwierigkeiten im Export haben wie heute, wird der Zweck der Außenhandelsstellen herabgemindert. Wenn Wissell sagte, daß die Einrichtung der Außenhandelsabgabe seine Idee gewesen sei, daß diese Idee aber viel zu spät verwirklicht wäre, so erwidere ich, daß er ja vor mir Gelegenheit hatte, diese Organisation einzuführen. Die Außenhandelsabgabe wurde so spät eingeführt, weil zunächst eine ganze Reihe von Interessentenvertretungen sich über die Außenhandelsabgabe äußern mußte und weil die Außenhandelsabgabe nicht durchgeführt werden konnte, bevor nicht das Loch im Westen beseitigt war. Es war ja die Absicht der französischen Regierung, als sie verbot, den Goldzoll im Westen zu erheben, den Handel vom Norden unseres Vaterlandes nach dem Westen abzuziehen und schließlich dem Handelsweg eine ganz andere Richtung zu geben. Mit Recht ist bis in unsere Partei hinein die Unzufriedenheit über diese Beeinflussung des deutschen Handels laut geworden. Ich hätte diesen Zustand noch verschlimmert, wenn die Außenhandelsabgabe an allen Grenzen erhoben worden wäre, aber im Westen nicht erhoben werden konnte. Jeder, der sich mit Wirtschaftspolitik beschäftigt, muß diese Hindernisse kennen, muß wissen, daß der Versailler Vertrag uns wirtschaftlich in Ketten schlägt. Die Außenhandelsstellen sind auch meines Erachtens keine dauernden Einrichtungen unseres Wirtschaftslebens, sondern nur vorübergehende Notbehelfe.

Nun hat Genosse Wissell zu meiner Ueberraschung gesagt, unsere Wirtschaftspolitik habe dazu geführt, die Preise immer weiter nach oben zu treiben. Da ist es interessant, wenn man sich daran erinnert, was Wissell in seiner Planwirtschaft wollte und was in dem Exposé enthalten ist, das er damals an das Kabinett richtete. In diesem Exposé heißt es:

> Eine Erhöhung des Brotpreises ist schon jetzt notwendig geworden; mit dem Einsetzen der neuen Ernte wird sie unvermeidlich werden. Der Getreidepreis ist während des Krieges künstlich niedergehalten worden.

Jawohl, dazu habe ich beigetragen, und ich glaube, das verantworten zu können. (Sehr richtig!) Weiter heißt es in dem Exposé:

> Eine Annäherung an den Weltmarktpreis wird schon aus dem Gesichtspunkte notwendig, da sonst an den Grenzen Mengen auf dem Schmuggelwege in das besser bezahlende Ausland abfließen.

Also, mit Gothein, seinem Antipoden, sagt Wissell: Heran an den Weltmarktpreis. Wir zahlten damals für die Tonne ausländischen Getreides 12 000 Mark. Im Inlande hatten wir noch einen Preis von 700 bis 800 Mk. Das war ein großer Unterschied. Wissell wollte den Inlandpreis an den Weltmarktpreis heranbringen. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Meine Planwirtschaft war allerdings die, mich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß unter dem Druck der Valuta die Preise im Inlande nicht noch weiter stiegen. Die 12 000 Mark, die im Auslande für die Tonne Getreide gezahlt werden mußten, hätten einen Preis von mindestens 30 Mark für das Vierpfundbrot bedeutet. Das wäre politisch und wirtschaftspolitisch unerträglich gewesen. Die Arbeiter

hätten mit Recht sagen können: Wie kommt ihr dazu, dem Unternehmertum in der Landwirtschaft diesen ungeheuren Konjunkturgewinn in den Schoß zu werfen. Wenn ich beim Getreide an den Weltmarktpreis herangegangen wäre, so hätte ich auch bei anderen Produkten, so namentlich bei der Kohle, ebenso vorgehen müssen. Die heutigen Kohlenpreise sind schon enorm hoch; die Tonne wird ungefähr 225 Mk. an der Produktionsstätte kosten. Der Weltmarktpreis hätte aber damals bei dem ungünstigen Stande der Valuta für uns 3600 Mk. betragen. Mit einem solchen Preis wäre auf dem Auslandsmarkt für die Industrie die Konkurrenz unmöglich gewesen. Es ist ein Trauerspiel, daß wir heute noch durch den Versailler Vertrag und die Wirkungen des Spaer Abkommens in den beiden letzten Monaten genötigt waren, 27 000 Tonnen Kohlen aus Amerika einzuführen. Wissell übersieht auch hier wiederum, was schließlich die Ursache des Tiefstandes unseres wirtschaftlichen Lebens ist. Ich habe bereits gesagt, nicht Organisation — obwohl ich sie nicht unterschätze — ist das Wesentliche, sondern keine Behinderung der Produktion. Die Ursache unserer Krisis ist der Umstand, daß wir nicht genügend Kohlen zur Verfügung haben, daß die Industriezweige, die noch mehr Arbeiter beschäftigen könnten, so beispielsweise die keramische Industrie, die Glasindustrie, die chemische Industrie und eine ganze Reihe von anderen Unternehmungen, ihren Betrieb wegen Mangel an Kohle nicht aufrechterhalten können.

Die Produktion der Stickstoffwerke, die so wichtig für unsere Landwirtschaft sind, können wir einfach nicht in die Höhe bringen, weil wir die Betriebe infolge des Fehlens von Brennmaterial nicht in vollem Umfange aufrechterhalten können. An Absatz fehlt es diesen Unternehmungen nicht. Und wenn er im Inlande nicht vorhanden ist, dann finden wir ihn im Auslande. Auch die Kaliindustrie konnte seiner Zeit nicht vollständig beschäftigt werden, weil sie ihre Betriebseinrichtungen aus Mangel an Kohle nicht aufrechterhalten hatte. So haben wir eine Periode des schnellen Aufsteigens der Anforderungen an Handel und Industrie, die sich besonders bemerkbar machte darin, daß wir den Außenmarkt nicht so ausnützen konnten, wie es im Interesse unserer Volkswirtschaft notwendig war. Auf der Leipziger Messe sind große Aufträge, die in die Millionen gegangen sind, abgewiesen worden, weil die Industrie sie nicht ausführen konnte, weil es an Kohle fehlte, weil die Betriebe nicht aufnahmefähig waren. Das ist der fundamentale Irrtum Wissells, daß er uns den Nachweis führen will, daß durch irgendwelche gesetzgeberischen oder Verordnungsmaßnahmen das Wirtschaftsleben diesen Tiefstand nie erreicht hätte. Nein, wir haben leider den günstigen Zeitpunkt nicht ausnützen können. Wir hätten nie diese Arbeitslosigkeit gehabt, nicht diese Summen für die Arbeitslosenunterstützung auszugeben brauchen, nicht mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten brauchen, wenn wir die Chancen des Auslandsmarktes vollständig hätten ausnützen können. Deshalb die Bemühungen des damaligen Kabinetts — und das ist besonders das Verdienst unseres Genossen Bauer — den Bergarbeitern immer wieder klar zu machen: Wir sind in einer verzweifelten Lage, ihr müßt uns helfen, von euch ist alles abhängig, ob wir das Wirtschaftsleben wieder aufwärts bringen. Die Bergarbeiter fangen an, es einzusehen, trotz der kommunistischen Agitation, die dann einsetzte und den Arbeitern sagte: Nur nicht arbeiten, denn ihr erhöht dadurch den Profit des Unternehmertums! Zerschlagen müssen wir die ganzen Betriebsorganisationen, um neu aufzubauen. Das ist ein enormer Irrtum, der uns entsetzlichen Schaden in unserem Wirtschaftsleben zugefügt hat. (Sehr richtig!) Wenn wir die Produktion aufwärts gebracht haben und die Bergarbeiter dazu bekommen haben, daß sie einsehen, es muß eine besondere Leistung in Anbetracht der ungünstigen Lage einsetzen, wenn sie schließlich dazu übergegangen sind, Mehrarbeit zu

leisten, so gebührt ihnen dafür Dank und ich wünsche nichts dringender, als daß sie sich nicht irreführen lassen, daß sie uns helfen, denn sie sind es vor allem, die uns zurückführen können zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen. Wie bitter not tut uns in dieser Lage eine weitere Steigerung unseres Exports. Unsere dänischen Parteigenossen sind an uns herangetreten — ich könnte sagen wöchentlich —: „Wir sind in bitterer Not, könnt Ihr uns nicht Kohlen liefern? Wie sollen wir unsere Betriebe aufrechterhalten?" Dasselbe von Holland, von der Schweiz, wohin wir früher unsere Kohle im Außenhandel abgegeben haben. Wir können unseren Parteifreunden nicht helfen, weil wir nicht frei sind in unserer Wirtschaft, das sage ich im Gegensatz zu Wissell. Durch den Versailler Vertrag sind wir gezwungen, 2 Millionen Tonnen monatlich nach Frankreich zu liefern, wo sie gar nicht gebraucht werden, sondern nach dem Auslande weiter verschoben werden. Und da wird behauptet, wir seien frei in unserer Wirtschaft, wir könnten tun und lassen, was wir wollten? Eine solche Kurzsichtigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet ist mir bisher noch nicht begegnet.

Und wie hat nun Wissell — da möchte ich allerdings auch wiederum auf ein Gebiet mit ihm gehen, das er uns aus seiner Planwirtschaft nicht zum Vortrag gebracht hat —, wie hat er damals in seiner Denkschrift sich die Lösung der großen Wirtschaftskrise und des wirtschaftlichen Aufbaues gedacht? Er wollte vom Kabinett 5 Milliarden Mark haben, um der Industrie Kredite zu geben für die Einfuhr von Rohstoffen, um sie mit Staatsaufträgen wieder in die Höhe zu bringen. Ich habe mich damals mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Subventionierung der Industrie gewandt. (Zuruf: Liebesgaben!) Sehen Sie sich doch die industriellen Unternehmungen an mit ihren 10, 20, ja 40 Prozent Dividende, und da noch die 5 Milliarden Staatszuschüsse hinein! Das hätte uns ganz unmöglich gemacht bei der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Das hieße, die frühere Liebesgabenpolitik für die Landwirtschaft auf die Industrie übertragen. Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Und wie er sich getäuscht hat in der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung, zeigen ja gerade die Geschäftsabschlüsse der Unternehmungen, die als geradezu glänzend bezeichnet werden müssen. Diese Dinge wären unendlich viel schlimmer, wenn wir noch aus Staatsmitteln eine Subvention hineingeworfen hätten. Ich will die Staatssubvention für den Wohnungsbau, für Kanalbauten, aber nicht, weil ich damit die Erhöhung der Produktion erhoffe. Die gegenwärtige Krise entstand nicht durch das Sinken der Produktion, sondern infolge des Unterkonsums. Unsere Aufgabe muß es sein, die Konsumfähigkeit der großen Masse zu heben, die zur Deckung ihres Bedarfs an den Markt gelangen muß, um wieder ein Aufkommen der industriellen Betriebe und der Warenproduktion herbeizuführen.

Wissell hat uns im Kabinett einen großen Plan unterbreitet, von dem wir heute nichts gehört haben. Er scheint nicht mehr in gutem Kurse zu sein. Er sagte, wir sollen bei der Besteuerung die großen Aktien einnehmen und einer besonderen Bank überantworten, und diese Bank soll die Verwalterin des industriellen Vermögens sein und dadurch die Gemeinwirtschaft schließlich an dem privaten Besitz der Aktiengesellschaften herbeigeführt werden. Zunächst ist das doch nur für einen beschränkten Kreis von Unternehmungen zulässig, für die Aktiengesellschaften. Aber was soll denn der Staat mit dem Besitz solcher Aktien, mit dem er schließlich nur eine ganz untergeordnete Bedeutung in den Wirtschaftsbetrieben erlangt. Und dann, zu welchem Kurs sollen denn die Aktien übernommen werden, zu dem jetzigen Spekulationskurs, der über das Vier- und Fünffache des eigentlichen Wertes hinausgetrieben ist? Und, wenn das Unternehmen niedergeht, die Preise sinken, die Unternehmungen fallieren, ist der Finanzminister mit seinen Aktien auf das Trockene gesetzt, dann hat

nichts als wertloses Papier und das Gelächter der kapitalistischen Welt. (Sehr richtig!) Diese Politik kann ich nicht mitmachen. Sie hat etwas Blendendes nur, wenn sie in Versammlungen oder in engerem Zirkel auseinandergesetzt wird.

Wir werden den Aktienbesitz zusammenraffen und das ist die Auflösung der kapitalistischen Produktion ganz im Geheimen und Stillen? In diese kapitalistische Spekulation wollen wir uns nicht einlassen. Wenn wir es schließlich fertiggebracht haben, eine gewisse Aufwärtsbewegung herbeizuführen, dann dürfen Sie doch auch nicht vergessen, wie die Dinge lagen, als unsere Parteigenossen im Kabinett waren, in einer Zeit, wo ein Millionenheer zurückflutete, wo für dieses Millionenheer Arbeit geschaffen werden mußte, standen wir an den schwierigsten, verantwortungsvollsten Stellen. Die Industrie war vollständig leer gebrannt mit ihren Rohstoffen. Es mußte versucht werden, Arbeit zu schaffen, aus der Rüstungsindustrie wieder in einen modernen Betrieb der volkswirtschaftlichen Bedarfsherstellung hineinzukommen. Diese Aufgaben erscheinen gegenüber dem, was heute zu erfüllen ist, doch nicht klein und unbedeutend. Und das von einem Parteigenossen selbst heruntergesetzt zu sehen als eine verfehlte Aktion, ist außerordentlich bedauerlich und nicht im entferntesten berechtigt. (Sehr richtig!) Wir haben es schließlich durchgesetzt, daß im Kohlenbergbau 130 000 Arbeiter mehr beschäftigt sind als vor dem Kriege. (Bravo!) Das ist meiner Ansicht nach eine Leistung, mit der sich das Kabinett Bauer und Müller sehr gut sehen lassen kann. Es kann ihm nicht nachgesagt werden, daß es verfehlten Projekten nachgegangen ist. Als ich in das Wirtschaftsministerium eintrat, war in der Kohlenfürsorge überhaupt noch nichts getan. (Hört! Hört!) Weder für den Bau von Wohnungen, noch schließlich für alle die Bestrebungen, in das Kohlenrevier eine größere Zahl von Arbeitern hineinzubekommen, was viel wichtiger war, als alle Planwirtschaft.

Wissell ist dann übergegangen zu einer Besprechung der Ernährungswirtschaft und hat gesagt, wenn ich ihn recht verstanden habe, wir müssen heute mehr Korn einführen, als wir aus eigener Produktion gewinnen. Das ist eine maßlose Uebertreibung und durchaus unrichtig, es läßt jede Kenntnis unserer Ernährungswirtschaft vermissen. Der Wirtschaftsminister hat erklärt, daß wir heute zwei Millionen Tonnen Getreide als Fehlbetrag buchen können, wenn wir die Ernährungswirtschaft aufrechterhalten wollen. Demgegenüber steht doch ein Fonds von sieben Millionen Tonnen, die wir erfassen und im vorigen Jahre auch erfaßt haben. Aber diese zwei Millionen Tonnen werden uns allerdings schon schwer genug und ich teile in dieser Beziehung die sehr trüben Ansichten Wissells. Aber dafür sind wir heute nicht verantwortlich. Ich glaube, daß die Bemühungen des gegenwärtigen Kabinetts, den Brotpreis nicht zu erhöhen und einen Teil der Kosten des Auslandsbedarfs im Etat als Senkungsrate für den Brotpreis einzusetzen, eine von uns als notwendig erachtete Maßnahme nunmehr auch vom bürgerlichen Kabinett übernommen worden ist. Erinnern wir uns, wie gerade die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf diesen Teil unserer Wirtschaftspolitik angegriffen hat. Heute ist diese Partei in dieselbe Notwendigkeit versetzt und muß allein beim Brot, nach meiner Berechnung, 6½ Milliarden in den Etat einstellen. So schlimm es mit unserer Ernährungspolitik steht und so sehr es zu bedauern ist, daß wir auf die Einfuhr des Auslandes angewiesen sind, so werden wir doch aus dieser tatsächlich ungünstigen Lage für absehbare Zeit leider nicht herauskommen, und ich bedaure das Abgehen von der Zwangswirtschaft, weil wir es zu schnell betreiben, obwohl ich nicht unter allen Umständen die Zwangswirtschaft für richtig ansehe. Aber ich glaube, wir machen gegenwärtig ein sehr schwieriges und sehr gefährliches Experiment auf wirtschaftlichem Gebiet und ich befürchte, Parteigenossen, daß die Rückwirkung auf das politische Gebiet außerordentlich ernste Folgen zeitigen kann. Aber ich will in den Einzelheiten hier nicht verweilen, weil ich glaube, es würde mich zu weit führen, eingehend über die ganze Ernährungswirtschaft zu sprechen.

Nur eins: Wenn Wissell wieder von der enormen Preiskurve sprach, so bin ich mir klar (so wenig das erfreulich ist), daß wir zu irgendwie beachtenswerter Preissenkung in absehbarer Zeit nicht kommen werden. Die Preise sind nicht vom Inlandsmarkt abhängig, sondern wir sind in der Bedarfsdeckung vom Auslandsmarkt abhängig, der uns die Preise für viele Waren diktiert. An sich sind die Preise auf dem Auslandsmarkt nicht so enorm hoch. Wir haben im Ausland, wenn wir den alten Wertmesser benutzen, eine drei- bis vierfache Erhöhung gegenüber der Zeit vor dem Kriege, während wir in Deutschland eine zehn- bis zwölffache Steigerung haben. Aber wir müssen unsere Wirtschaftspolitik so einstellen, daß diese Preisunterschiede bei dem unglücklichen Stand unserer Valuta nicht noch mehr zu unseren Ungunsten anwachsen.

Wissell hat ein Zitat aus einem Artikel von mir angeführt, wo ich mich dagegen wende, daß gegenwärtig die freie Einfuhr erlaubt wird und sage, daß sie vielleicht die alleinige Schuld am Sinken unserer Valuta trägt. Er hat aber gesagt — ohne den Beweis dafür zu führen —, das wäre die Folge und die Fortsetzung der Politik, die wir im Kabinett geführt haben. Das ist unwahr. Wir haben jene Freiheit in der Ein- und Ausfuhr vollständig unterbunden und ich behaupte, daß der bessere Stand der Valuta im April und Mai im wesentlichen zurückzuführen ist auf unsere Ein- und Ausfuhrpolitik, da wir endlich das Heft in die Hände bekamen. Leider läßt sich die gegenwärtige Regierung sehr stark von kapitalistischen Interessengruppen einfangen, um die freie Wirtschaft laufen zu lassen. Heute treten die gesamte bürgerliche Presse und die Vertreter des Bürgertums geradezu begeistert für die freie Wirtschaft ein. Die ganze Presse, besonders das „Berliner Tageblatt", ist voll von Anbetung dieses Prinzips, weil sie glaubt, daß ihr der letzte Spießbürger davonläuft zu der Deutschnationalen Partei, wenn sie nicht in Konkurrenz tritt mit den Deutschnationalen auf wirtschaftlichem Gebiet und die freie Entwicklung des Handels und der Industrie fordert. Es ist bedauerlich, daß hier der Eindruck erweckt werden konnte, als ob die Partei und die Fraktion auf einem anderen Standpunkt stehen, als dem einer geordneten Organisation der Ein- und Ausfuhr.

Nun sagt Wissell, daß wir mit dem Sozialismus experimentieren und nicht das gegenwärtig Erreichbare anstreben. Ol Wir wollen mit dem Sozialismus nicht experimentieren, wir wollen uns aber auch vom Sozialismus nicht abbringen lassen, und was der Planwirtschaft meiner Ansicht nach innewohnt, das ist das, daß sie den Kapitalismus organisieren will, *während wir glauben, daß es die Aufgabe des Sozialismus ist, die Arbeit zu organisieren.* (Sehr richtig!) Wir nehmen keine Opportunitätsrücksichten, und glauben, daß der Kapitalismus gestärkt wird, wenn wir die Planwirtschaft einführen. Sie ist eine ganz verkehrte Grundlage, denn Wissell hat ja selbst zugestanden in dem Artikel, den er über die Planwirtschaft geschrieben hat, daß zunächst einmal sein Wirtschaftsprinzip natürlich kein sozialistisches ist, sondern ein kapitalistisches — kurz ausgedrückt. Und das ist es, was ich für bedenklich halte, in der gegenwärtigen Zeit von den eigentlichen sozialistischen Aufgaben abzuirren und schließlich sich hineinzuversenken in Bestrebungen und Organisationsversuche, um den Kapitalismus wieder auf die Höhe seiner ehemaligen Organisation und darüber hinaus zutreiben. Das scheint mir nicht unsere Aufgabe zu sein. Die Technik und die Betriebe auf die Höhe zu bringen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, soll allerdings unsere Aufgabe sein. Die Planwirtschaft ist schließlich eine Organisation,

von der Wissell auch selbst behauptet, daß sie nichts anderes enthält, als die große Trustbildung der kapitalistischen Organisation; das kann doch nun und nimmermehr die Aufgabe des Sozialismus sein. Wenn wir die höchstentwickelte Form des Kapitalismus in Amerika in den gewaltigen Unternehmungen, Trusts usw. sehen, sollen wir das als unser Ideal betrachten, diese Organisation stärken und herbeiführen? Und es ist der gleiche Irrtum, wenn er glaubt, daß diese Organisation, wenn ich nur die Arbeiter hineinbringe, berufen wäre, eine Preissenkung und die Regelung der Produktion herbeizuführen. Der Trust wird im letzten Ende viel mehr darauf hinausgehen, der preissenkenden Tendenz Widerstand entgegenzusetzen. Das ist ja eben die Aufgabe der Trusts und Kartelle, einer Preissenkung Widerstand zu bieten und die Preisaufwärtsbewegung zu begünstigen. Und da sollen wir mitmachen? Das hat ja unseren Parteifreunden bei dem Kohlenwirtschaftsgesetz eine so große Enttäuschung gebracht. Ich verwerfe es nicht, es war ein Uebergangsmittel von gewisser Bedeutung. Aber es hat keine große Bedeutung für unser Wirtschaftsleben, denn trotz dieses Kohlenwirtschaftsgesetzes können wir nicht gerade sagen, daß dieses Gesetz die Kraftquelle ist, aus der schließlich die Besserung der Kohlenförderung entsprungen ist. Aber diese Trustbildung muß die kapitalistische Entwicklung fördern, weil sie ihrem ganzen Wesen nach dem Sozialismus abgeneigt ist. Und wie schließlich Wissell vom Standpunkt der Planwirtschaft zu einem ganz falschen Schluß kommt, ergibt seine Stellung zur Kohlensozialisierung. Ich hätte ihn lieber auf seiten von Hue, Braun und Umbreit in der Sozialisierungskommission gesehen, als an der von Dr. Rathenau und von Siemens. (Sehr richtig!) Uns das macht mich ferner stutzig in seiner Wirtschaftspolitik: Haben wirklich die Leiter der großen Elektrizitätsunternehmungen ein Interesse an der Vollsozialisierung oder sind sie nicht vielmehr daran interessiert, daß diese Entwicklung in möglichst langsamem Tempo kommt? Vielleicht haben sie sogar den Willen und Wunsch, sie zu sabotieren. Denn lassen wir uns doch nicht irremachen von der privaten Initiative, die hier mit Begeisterung auch Wissell verficht. Das habe ich bei liberalen Wirtschaftstheoretikern schon so oft gehört. Schließlich braucht eine Organisation, mit den modernen Mitteln des Staates geschaffen, unter Benutzung des Einflusses der Arbeiter und Angestellten und mit der freien Bewegungsmöglichkeit aller tüchtigen Elemente, die ausgewählt und an die Spitze gestellt werden konnten, die Initiative des Unternehmers nicht. Wo kämen wir denn hin, wenn wir einmal einem solchen Projekt zustimmen wollten, wie es Vorschlag II der Sozialisierungskommission darstellt, die Vertröstung, daß nach 30 Jahren vielleicht die Sozialisierung in dem so wichtigen Betrieb im Kohlenbergbau kommen würde! Würden wir nicht bei den Bergarbeitern, bei der gesamten Arbeiterschaft einen Sturm der Entrüstung entfesseln, wenn wir uns gegenwärtig vertrösten ließen mit dem aussichtslosen Wechsel, der nach dreißig Jahren vielleicht einmal eingelöst wird? (Sehr richtig!)

Wenn irgendwo die Vollsozialisierung mit Enteignung des Privatkapitals durchgeführt werden kann, dann im Kohlenbergbau. (Sehr richtig!) Nicht nur, weil er kapitalistisch so konzentriert ist, sondern auch, weil er auf Jahre hinaus ein vollbeschäftigtes Unternehmen ist. Der Kohlenbergbau braucht keine Sorge um den Absatz und um die Gestaltung seines finanziellen Wohles zu haben. Es ist ausgeschlossen, einem Plane zuzustimmen, daß die Herren aus den kapitalistischen Kreisen als Führer erhalten bleiben, mit der Aussicht, daß es nach dreißig Jahren aufhört. Würde die private Initiative dieses Unternehmen fördern? Dieses Experiment würde große Gefahren in sich bergen und würde uns kompromittieren können, weil es der erste Versuch wäre, an dessen Verunglückung der Kapitalismus interessiert ist. Und wenn wir damit ein Fiasko machten, so könnte man uns vorwerfen, es sei auf unsere verkehrten Theorien zurückzuführen. Wir müssen also die Chance ausnutzen, um zur Vollsozialisierung zu kommen.

Wissell sagt, warum nicht eher? Ich antworte ihm darauf: Für solche Projekte gibt es keine sofortige Durchführung; sie brauchen Zeit. Wir wurden im Kabinett durch politische Unruhen und schwerste wirtschaftliche Depressionen abgehalten. Aber jetzt müssen wir mit aller Entschiedenheit an diese Aufgaben herantreten.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß die Anteilnahme an den Gewinnunternehmungen nichts neues ist. Die Beteiligung an einer gemeinwirtschaftlichen Unternehmung in Kommunalbetrieben ist eine alte Einrichtung. In Verkehrsunternehmungen haben wir vielfach privaten Besitz gehabt, und die Gemeinden hatten sich das Recht vorbehalten, von einer Gewinnquote über ein gewisses Maß hinaus einen Teil für sich in Anspruch zu nehmen. Unsere Wirtschaftspolitik ist ja zum Teil schon ein Stück Planwirtschaft, wenn auch nicht ganz im Sinne Wissells.

Gewiß kann man einem solchen System auch nützliche Seiten abgewinnen. Ich wäre töricht, wenn ich nicht anerkennen wollte, daß Organisation notwendig ist, wo ich dauernd ein Verfechter der Zwangsorganisation in unserer Lebensmittelversorgung und auch für die Industrie während des Krieges und in der Nachkriegszeit gewesen bin. Aber ich bin weit entfernt, zu glauben, daß wir damit die Lösung der großen Wirtschaftsprobleme erreichen.

Wissell hat es so dargestellt, als ob wir auf dem Gebiete der Sozialisierung bisher noch nichts unternommen haben. Dieser Vorwurf ist ganz unberechtigt. Es sind eine ganze Reihe von Problemen vorhanden, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen müssen. Als ich aus dem Ministerium austrat, war eine Reihe von Sozialisierungsplänen in Bearbeitung. Ich glaube nicht, daß sie fortgesetzt werden. Wir müssen schließlich eine Organisation empfehlen, die nach unserem Programm ein Wirtschaftsgetriebe aufbaut, das von privatkapitalistischer Aneignung frei ist. Dieses Ziel muß der Sozialismus beibehalten. Sonst haben alle diejenigen recht, die links von uns in der Opposition gegen uns stehen. (Sehr richtig!) Wenn die „Freiheit" vor einigen Tagen schrieb: Der Parteitag wird unter dem Stigma der Wissellschen kapitalistischen Planwirtschaft stehen, so bin ich sehr im Zweifel, ob der Parteitag dieser Meinung Ausdruck gibt. So wenig ich auf die unabhängige „Freiheit" etwas gebe, so wenig scheint es mir angebracht, Agitationsstoff zu geben, wo es nicht nötig ist und wodurch unsere Parteigenossen selbst am Sozialismus irre werden.

Wir können heute in unseren Kommunalbetrieben die Vollsozialisierung mit wenig Mitteln der Umstellung der Organisation herbeiführen. Ich bedaure sehr, daß unsere Parteigenossen gerade auf diesem Gebiete praktisch herzlich wenig geleistet haben. Wenn Ihr uns Vorwürfe macht, werde ich den Spieß umdrehen und fragen: Was habt Ihr getan? Die Unternehmungen der Kommunalverwaltung, Gas- und Wasserwerke, sind sehr schnell mit dem Einfluß der Arbeiter, Techniker und sonstigen freien Organisationsbestrebungen zu verbinden und auf anderer Grundlage aufzubauen als das rein bureaukratische System es gegenwärtig durchführt. Da haben wir bereits die Ablösung des privaten Eigentums. Da fehlt nur die Ueberorganisation im modernen Geiste des Sozialismus.

Wir haben auch im Kommunalbetrieb die Möglichkeit, die Sozialisierung viel leichter auszugestalten, als in Staat und Reich; denn hier handelt es sich um kleine Betriebe, die eine Monopolstellung einnehmen können. Wir müssen den Gesetzentwurf zur Durchführung bringen, den die Sozialisierungskom-

mission für die Kommunalisierung in Vorschlag brachte, der den Gemeinden ein Monopolrecht für gewisse Erzeugnisse und für den Vertrieb gewisser Waren einräumte.

Im Zündholzgesetz ist die Bestimmung enthalten, daß bis zum 31. März nächsten Jahres die Monopolstellung für die Fabrikation und den Verschleiß von Zündhölzern durchgeführt sein soll. Ich glaube nicht, daß schon irgendwelche Vorarbeiten dafür gemacht sind. Solche Vorarbeiten sind aber dringend nötig, um zu dem versprochenen Ergebnis zu kommen. Es wird auch keine Schwierigkeiten bereiten, beispielsweise ein Monopol für Saccharin und für den Getreidehandel durchzuführen. Das Getreidehandelsmonopol stelle ich mir vor als freie genossenschaftliche Organisation der Landwirte mit Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung. Warum ist der Kampf vom Handel und von den liberalen und freien Wirtschaftstheoretikern gegen die Reichsgetreidestelle und überhaupt gegen den zentralen Einkauf geführt worden? Weil man in diesen Organisationen die ersten Anfänge einer Sozialisierung des Handels befürchtete. Wenn man die enge Verbindung in der Selbstverwaltung dieser Genossenschaften mit der Konsumgenossenschaft der Städte herbeiführt, dann haben wir auch auf dem Gebiete der freien Initiative einen großen Wirkungskreis. Wir reden so viel von Sozialisierung. Ich frage mich immer in einer solchen Zeit, wo der Konsumvereins- und Genossenschaftsbewegung ganz freie Bahn gegeben ist, und wo sie die Unterstützung zahlreicher Verwaltungsapparate hat, warum auf diesem Gebiete nicht mehr Propaganda getrieben und eine praktische Tätigkeit ausgeübt wird. Niemand kann uns hindern, hier ein Stück Sozialisierung durchzuführen. Aber es ist immer noch der alte Gedanke: der Staat hat die Stelle des Nachtwächters zu übernehmen. Nein, wir sollen doch auch schließlich der privaten Initiative in einem solchen Staatsgebilde Raum geben. Die Arbeit in organisatorischer Hinsicht auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Organisation bringt uns der Sozialisierung näher.

Ich hoffe, daß sich die Arbeiter auch in diesem genossenschaftlichen Betriebe nicht als kapitalistisch ausgebeutet betrachten, sondern als die Mitarbeiter eines Unternehmens, an dessen Gedeihen sie interessiert sind. Sie müssen das Empfinden der solidarischen Zusammenarbeit und der Betätigung zum Gemeinwohl haben, das nicht immer vorhanden ist, das wir aber erziehen wollen.

Die Gemeinden haben auch die Möglichkeit, in der Milchversorgung, im Kohlenhandel und in der Belieferung von Lebensmitteln mit der Sozialisierung voranzugehen. Das ist ein schwieriges Kapitel, aber auch hier muß nun der Anfang gemacht werden. Die Arbeiterschaft sieht, daß der Warenumschlag durch die Genossenschaft geleitet wird, daß diese die Produkte vielfach direkt aus den eigenen Betrieben bekommt und auch die Rückvergütung aus den Gewinnen den Mitgliedern zufließt; privatkapitalistische Interessen spielen hier keine Rolle mehr.

Wir mögen uns mit Theorien und Organisationsbestrebungen abmühen, soviel wir wollen, eins bleibt bestehen: Die Folgen des Krieges sind für unser Wirtschaftsleben eine vernichtende Zersetzung des Organismus. Die Nachwirkungen des Versailler Vertrages haben uns so schwere Hindernisse in der Entwicklung gebracht, daß wir für Jahre mit diesen wirtschaftlichen Erschütterungen zu rechnen haben. Das ist eine trübe Perspektive, aber sie darf uns nicht abhalten, rüstig an die Arbeit zu gehen, um überall wieder aufzubauen und zu einer gesunden volkswirtschaftlichen Entwicklung zu kommen.

Wenn wir mit diesem Programm an die Lösung der schwierigen Wirtschaftsprobleme herangehen, dann werden wir aus dem System der kapitalistischen Produktion den zielklaren Weg zum Sozialismus einschlagen; und wenn es uns dann gelingt, die Hand- und Kopfarbeiter, die im Dienst einer großen Sache ihre Kräfte freudig einsetzen, zum Aufbau am neuen Werke zu vereinen, dann hellt sich uns die Zukunft auf, und wir fassen Vertrauen zur Vollendung des Baues, in dem die friedliche Arbeit und die sittliche Gesundung des Volkes eine Heimstätte finden soll. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Müller** teilt mit, daß der geschäftsordnungsmäßige Antrag eingegangen ist, in der Diskussion über die Referate der Genossen Wissell und Schmidt jeweils abwechselnd einen Redner für und einen Redner gegen die Planwirtschaft sprechen zu lassen. (Lebhafter Widerspruch.) Der Antrag ist genügend unterstützt. Er halte es für unmöglich, nach dem Antrage zu verfahren. Planwirtschaftsgedanken habe wohl jeder einzelne im Saale. Man müsse sich aber in der Diskussion auch über die beiden Gutachten der Sozialisierungskommission und über die Ernährungswirtschaft überhaupt unterhalten.

Zur Begründung des Antrages führt **Fellisch**-Chemnitz aus, daß die Debatte von großem Interesse für alle Parteigenossen des Reiches sei, und daß die Befürchtung bestehe, daß durch die zufällige Reihenfolge der Redner entweder eine Häufung von Reden für oder eine Häufung von Reden gegen die Idee Wissells eintrete. Der Antrag bezwecke, das zu vermeiden und diene einer Klärung der Angelegenheit.

Dr. **Adolf Braun**-Berlin bezeichnet den Antrag als abwegig. Der ganze Parteitag stehe auf dem Boden des Sozialismus, und man könne keine Unterscheidung nach Planwirtschaftlern und Nichtplanwirtschaftlern vornehmen. Außerdem sei eine ganze Reihe von Problemen zu erörtern, die mit der Planwirtschaft nichts zu tun haben. Er bitte um Ablehnung des Antrages.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Vorsitzende **Müller** teilt mit, daß die Mandatsprüfungskommission am Donnerstag Vormittag 9 Uhr im Blauen Saal zusammentritt.

Folgende Druckfehlerberichtigungen werden bekanntgegeben: Im Antrag 371 ist in der zweiten Zeile in der Klammer vor „des Bekenntnisses" einzuschalten: „Schulen".

Im Antrag 370 muß es in der letzten Zeile anstelle „abgetretenen" heißen: „abgetrennten".

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 14. Oktober 1920, Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Müller** eröffnet die Sitzung.

Die Diskussion über die Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Sozialisierung und der Ernährung wird fortgesetzt.

Baentig: Ich weiß nicht, ob ich im Sinne des Parteitags spreche, wenn ich meine Ausführungen mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber beginne, daß die Debatte über diese ungeheuer wichtige Frage durch ein Rededuell zwischen zwei Männern eingeleitet worden ist, die meiner Meinung nach grundsätzlich in ihren Ansichten gar nicht so weit auseinandergehen. (Sehr wahr.) Es ist nur deshalb ein Gegensatz hervorgetreten, weil zwei verschiedene Ideen, die zwei verschiedene Probleme behandeln und die durchaus miteinander in Einklang gebracht werden können, nicht scharf herausgearbeitet worden sind.

Gestatten Sie mir von meiner beruflichen Qualität als Professor Gebrauch zu machen und die heutige Debatte mit allgemeinen Betrachtungen einzuleiten, um den Wirrwarr, der entstanden ist, etwas zu ordnen. Wir alle sind uns darüber klar, daß unser letztes Ziel der Ersatz der Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft ist. Wenn wir von Sozialisierung im allgemeinen Sinne sprechen, so handelt es sich zunächst einmal um eine Sozialisierung dem Grade nach und dann um eine Sozialisierung dem Maße nach. Die Sozialisierung dem Grade nach bedeutet eine möglichst vollkommene Beseitigung der Privatwirtschaft, insbesondere der kapitalistischen Produktionsweise. Die Sozialisierung dem Maße nach bedeutet eine möglichst allgemeine Beseitigung der Privatwirtschaft, das heißt, eine die gesamte Volkswirtschaft umfassende Umgestaltung.

Bei dem ersten Problem erhebt sich sofort die Frage, inwieweit die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise heute bereits möglich ist. Als Theoretiker können wir ganz genau sagen, wann und in welchem Umfange das möglich ist, nämlich überall da, wo die kapitalistische Unternehmung eine Art Renteninstitut geworden ist, etwa in derselben Weise, wie die mittelalterliche Grundherrschaft schließlich auf der letzten Stufe ihrer Entwicklung es war, ferner da, wo die eigentliche Unternehmertätigkeit, nämlich die spekulative Anpassung der Produktion an den Markt nicht mehr erforderlich ist. Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, die Verwandlung der kapitalistischen Unternehmung in ein Renteninstitut und das Funktionsloswerden des Unternehmers in der Anpassung des Produktionsprozesses an den Markt, dann können wir bis auf den letzten Rest vollsozialisieren. Inwieweit diese beiden Bedingungen erfüllt sind, muß von Fall zu Fall festgestellt werden. Da, wo die Besitzer der Produktionsmittel in Gestalt von Wertpapieren gar nicht mehr eine Unternehmerfunktion ausüben, ist die eine Bedingung erfüllt, und da, wo die Produktionsweise die Form einer monopolistischen Produktion angenommen hat, also nicht mehr in Anpassung auf einen wechselnden Markt stattfindet, ist die zweite Bedingung erfüllt.

Uns liegt heute das Problem der Sozialisierung der Kohle vor. Ob man sich für Vorschlag I oder II entscheidet, hängt letzten Endes von dem Urteil ab, das man über den Grad, in dem diese beiden Vorbedingungen erfüllt sind, zu fällen hat. Die Kohlenproduktion, die kapitalistische Unternehmung auf diesem Gebiete, ist mehr und mehr eine Art Renteninstitut geworden. Inwieweit die zweite Bedingung, das Funktionsloswerden des kapitalistischen Unternehmers erfüllt ist, ist die Frage, über die die beiden Richtungen der Sozialisierungskommission eben nicht ganz einig geworden sind. Ueber diese Frage kann nur derjenige ein abschließendes Urteil fällen, der auf das genaueste über die besonderen Bedingungen unterrichtet ist, unter denen heute die Kohle bei uns produziert wird. Soweit ich die Dinge übersehen kann, glaube ich, daß die Entwicklung bei uns die radikalere Form ermöglicht. Aber ich muß ausdrücklich sagen, daß ich mich in dieser besonderen Frage nicht als Sachverständiger bezeichnen darf. Im allgemeinen werden wir ja sagen müssen, daß die Wirtschaftsgeschichte im großen und ganzen uns eher das Bild einer allmählichen organischen Fortbildung darbietet, und daß man im allgemeinen wohl zweckmäßiger vorgehen wird, wenn man die kapitalistische Unternehmung allmählich zur Vollsozialisierung umbildet. Aber das kann letzten Endes nur durch besondere Sachverständige entschieden werden.

Die Frage der Sozialisierung dem Maße nach, d. h. die Frage, inwieweit wir imstande sind, die gesamte Volkswirtschaft gemeinwirtschaftlich durchzuorganisieren, liegt, wie mir scheint, Wissell besonders am Herzen. Er sagt

nicht mit Unrecht, daß es auf die Dauer unhaltbar sein würde, wenn innerhalb einer Volkswirtschaft nebeneinander große Produktionsgebiete nach ganz verschiedenen Prinzipien wirtschaften. (Sehr richtig!) Er stellt deshalb den Satz auf, die ganze Volkswirtschaft müsse einheitlich nach einem bestimmten Grundgedanken durchorganisiert werden. Das ist im wesentlichen nichts andres als der Gedanke des sogenannten englischen Gildensozialismus. Wir werden wohl damit rechnen müssen, daß das die Zukunftsform unserer Volkswirtschaft in den westeuropäischen Ländern sein wird. Dabei stützen wir uns nicht nur auf irgendwelche Vorstellungen, die uns wünschenswert erscheinen, sondern wir dürfen an historische Tatsachen anknüpfen. Wir haben, wenn wir jetzt zu einer sozialisierten Wirtschaft gelangen, nicht etwas vor uns, was in Deutschland unerhört wäre. Die mittelalterliche Stadtwirtschaft in ihrer späteren Entwicklungsform stellt uns vielmehr eine sozialisierte Wirtschaft dar, und sie zeigt uns, daß innerhalb der Stadtwirtschaft die wichtigsten Produktionsgebiete in dieser Weise sozusagen aufgeteilt oder durchorganisiert waren, wenn auch selbstverständlich nach anderen Prinzipien, als es auf der Grundlage einer kapitalistischen Wirtschaft geschehen würde. Allerdings hat Schmidt in seiner Skepsis in dieser Beziehung unzweifelhaft recht. Auch ich teile die Ansicht derer, die meinen, daß bei der heutigen Lage unserer Wirtschaft die Durchführung dieses an sich richtigen Prinzipes ungeheure Schwierigkeiten hervorrufen wird. Wir sind eben nicht imstande, eine derartig klare Durchbildung in einem Augenblick, wo von außen her sich immerfort die größten Störungen einstellen können, zu schaffen. Es fragt sich aber, ob nicht in dieser Richtung der Entwicklung vorgearbeitet werden könnte. Da komme ich auf das zurück, was ich in dem kleinen Gutachten, das ich zum Parteitag beigesteuert habe, mir auszuführen erlaubte, nämlich, daß auch die Konsumenten selbst, insbesondere die Arbeiter einen großen Einfluß auf die Durchorganisierung der ganzen Volkswirtschaft für die Zukunft dadurch gewinnen können, daß sie vor allen Dingen den Markt organisieren. (Sehr richtig!) Seien wir uns darüber klar, daß die Durchführung des sozialistischen Gedankens, soweit es sich um die ungeheure Masse der genußfertigen Waren in ihrer Mannigfaltigkeit handelt, nur in dem Umfange möglich sein wird, als wir eben den Markt organisieren und dadurch die eigentliche Unternehmertätigkeit, die spekulative Anpassung an den Markt unmöglich machen, also die Produktion wirklich auf einen empirischen, und zwar sowohl quantitativ wie qualitativ durchsichtigen und zu beherrschenden Markt einstellen. (Lebhafter Beifall.)

Otto Braun-Berlin: Selbst die Verärgerung über ein vermeintlich erfahrenes Unrecht hätte den Genossen Wissell nicht dazu berechtigt, in dieser Weise an den Regierungserklärungen und Regierungsverhandlungen der ihm nachgefolgten sozialistischen Minister eine derartige Kritik zu üben. (Lebhafte Zustimmung.) Mein Vorredner hat ganz richtig gesagt: im Prinzip sind wir uns alle einig. Aber über den neuen Weg, den Wissell einschlagen will, hat er uns so wenig konkrete Angaben gemacht (sehr richtig!), daß wir nur zu allgemeinen akademischen Erörterungen kommen würden, wenn wir in der von ihm beliebten Art in diese Materie hineinsteigen wollten. Er hat ganz richtig gesagt: es kommt jetzt darauf an, Taten zu zeigen. Deshalb will ich auch meine Ausführungen darauf beschränken, eine Tat anzuregen, einen Weg zu zeigen, der geeignet ist, uns aus der wirtschaftlichen Misere herauszubringen.

Ich habe mich hauptsächlich zum Wort gemeldet, um den Antrag 359 zu begründen. Das Wettrennen zwischen Gehältern und Löhnen einerseits und den Preisen für den wichtigsten Lebensbedarf andererseits, wird uns nie und

nimmer aus dem wirtschaftlichen Elend herausführen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Lohnerhöhungen bleiben immer um einige Nasenlängen, ja noch viel mehr hinter den Preissteigerungen zurück. (Sehr wahr!) Wollen wir zu gesunderen wirtschaftlichen Verhältnissen kommen, so müssen wir die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung drängen. Eine Gesundung ist nur von einem Preisabbau zu erwarten. (Sehr richtig!) Der Preisabbau kann aber nicht derart einsetzen, daß zuerst die Löhne herabgesetzt werden und die Preise folgen, er kann nur so erfolgen, wie der Preisaufbau vor sich gegangen ist. Der Preisaufbau ist so erfolgt, daß erst die Preise für den allerwichtigsten Lebensbedarf gestiegen sind und die Löhne und Gehälter hinterherhinkten. Wir müssen also dort mit dem Preisabbau beginnen, wo er begonnen hat. Aber das kann nicht mit nachhaltigem Erfolg in der Weise geschehen, daß die Preise für die Endprodukte herabgesetzt werden, wie wir es zum Teil jetzt bei den Verbilligungsaktionen der Lebensmittel und wichtigsten Bedarfsartikeln getan haben, sondern der Preisabbau muß beim Urprodukt, bei den Rohstoffen und Betriebsmitteln einsetzen. (Zustimmung.) Namentlich die Lebensmittelpreise können wir nur nachhaltig abbauen, wenn es uns gelingt, auf unserem eigenen Boden mit eigener Kraft soviel zu erzeugen, wie unsere Bevölkerung zur Ernährung braucht. (Sehr richtig!) Dann müssen wir aber der Landwirtschaft die zur Steigerung der Produktion erforderlichen Rohstoffe und Betriebsmittel nicht nur in hinreichendem Maße, sondern auch zu viel niedrigeren Preisen als bisher zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Durch den Unwillen über den Lebensmittelwucher sollten wir uns nicht verleiten lassen, darüber hinwegzusehen, daß bei den Betriebsmaterialien, die die Landwirtschaft braucht, die wucherische Preissteigerung sich noch viel mehr austobt. (Sehr gut!) Als nächstes Ziel muß ins Auge gefaßt werden, unsere landwirtschaftliche Erzeugung wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit zu bringen. Wir sind durch den Krieg und die Nachkriegszeit in bezug auf Anbaufläche und Flächenertrag weit zurückgekommen. Wir haben im Jahre 1913 eine Anbaufläche an Brotgetreide von 7 291 000 Hektar gehabt, im Jahre 1919 nur eine solche von 5 941 000 Hektar. Das ist ein Rückgang von 18,5 Proz. Beim Futtergetreide beträgt der Rückgang 12,5 Proz. bei den Kartoffeln 23,4 Proz., bei den Zuckerrüben 35,7 Proz. Der Flächenertrag ist beim Brotgetreide um 21,3 Proz., beim Futtergetreide um 24,2 Proz., bei den Kartoffeln um 31 Proz., bei den Zuckerrüben sogar um 36,9 Proz. zurückgegangen. Allerdings sind diese Zahlen nicht ganz absolut zu nehmen, denn niemals war die Statistik unzuverlässiger als in der Kriegszeit; aber diese Zahlen geben uns doch Auskunft über die verderbliche Richtung, in der sich unsere landwirtschaftliche Produktion in den letzten Jahren bewegt hat. Nach den genannten Zahlen sind auch die Hektarerträge ganz wesentlich zurückgegangen, nämlich um 21—36 Proz. Hier ist die Stelle, wo wir ansetzen können, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Der Rückgang der Flächenerträge ist überwiegend auf die ungenügende Düngung unseres Ackerbodens, auf die unzureichende Zuführung der zum Pflanzenaufbau erforderlichen Nährstoffe zurückzuführen. Im Verhältnis zum Jahre 1913 haben wir im Jahre 1919 unserem Boden 51,9 Proz. Stickstoff und 59,4 Proz. Phosphorsäure weniger zuführen können. Das ist ein gewaltiger Rückgang. Dabei muß noch ins Auge gefaßt werden, daß die Qualität des tierischen Düngers infolge der schlechteren Fütterung und des Mangels an Kraftfuttermitteln ganz erheblich an Nährkraft verloren hat. Besonders in diesem Jahre zeigt das Minderergebnis in unserem Körnerertrag, daß wir in den Kriegsjahren und in den Nachkriegsjahren starken Raubbau mit unserem Boden getrieben haben. Jetzt wirkt sich nämlich der Mangel an Phosphorsäure aus.

Jetzt tritt trotz Stickstoff und Kalidüngung immer mehr in die Erscheinung, daß der Boden einen Mangel an Phosphorsäure hat, der schnellstens behoben werden muß, wenn wir nicht noch schlechtere Ernten trotz günstiger Witterung erzielen wollen. Nun liegen die Dinge so, daß wir die erforderlichen Düngemittel im Inlande erzeugen können bis auf Phosphorsäure. Phosphorsäure müssen wir vom Auslande zum Teil einführen, weil die inländischen Lager nicht ausreichen. Aber es genügt nicht, daß wir diese Düngemittel der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Die hohen Preise stehen heute der zweckmäßigen und nachdrücklichen Anwendung dieser Düngemittel im Wege. Die 1920-21 zur Verfügung stehenden Düngemittel kosten nach dem augenblicklichen Preis 5 257,26 Millionen Mark. Die gleiche Menge kostete im Jahre 1913 467,18 Millionen Mark, ergibt eine Steigerung um weit über 1000 Proz. Das hat zur Folge, daß die Anwendung von künstlichen Düngemitteln für den Landwirt heute ein außerordentlich hohes Risiko bedeutet, und ihn geneigt macht, extensiv zu wirtschaften, was natürlich die allergrößte Gefahr für unsere Ernährung und damit für unsere Volkswirtschaft heraufbeschwört. (Sehr richtig!) Die diesjährige Getreideernte ist schon so gering, daß wir etwa 2 Millionen Tonnen Brotgetreide aus dem Auslande einführen müssen, die uns jetzt 12,5 Milliarden Mark kosten. Je nachdem die Valuta sich bewegt, kostet diese Einfuhr noch mehr Milliarden Mark. Da möchte ich doch dem Genossen Wissell sagen, der gestern davon sprach, daß wir zur Besserung unserer Wirtschaftslage eventl. auch die Einfuhr rücksichtslos abdrosseln müßten, diese Einfuhr können wir nicht abdrosseln, wenn wir unsere hungernde Bevölkerung nicht gleichzeitig erdrosseln wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe mit Schrecken in diesem Jahre aus einer Vorlage ersehen, daß wir auch für die Zuckereinfuhr im Jahre 1300 Millionen Mark ausgeben, also für ein Produkt, das wir früher für Millionen von Mark nach dem Auslande ausgeführt haben. Für Fleisch, Fett und Kolonialwaren werden noch weitere Milliarden aufgewendet. Da unsere Devisen, die wir durch Ausfuhr im Auslande erlangen, zu dieser dringend notwendigen Einfuhr nicht ausreichen, nimmt die Schuldknechtschaft unseres Landes dem Auslande gegenüber in steigendem Maße zu; das bedeutet, daß unsere Mark weniger kaufkräftig wird und die Teuerung im Inlande immer mehr zunimmt. Gelingt es nicht, diese Entwicklung in eine entgegengesetzte Bahn zu bringen, dann kommen wir auf den Punkt, wo wir dem Auslande auch nicht mehr die uns fehlenden dringend notwendigen Lebensmittel bezahlen können. Dann borgt uns auch niemand mehr etwas, und unser Volk ist am Verhungern. (Lebhafte Zustimmung.)

Glücklicherweise haben wir es auf diesem Gebiet in der Hand, aus eigener Kraft mit den uns im Lande zur Verfügung stehenden Mitteln eine Umkehr herbeizuführen. Wir können bei dem Stand unserer Agrikulturwissenschaft und -technik auf unserm inländischen Boden soviel erzeugen, wie wir zur angemessenen Ernährung unseres Volkes brauchen, wenn wir nur alle diese Mittel selbst unter Beiseitestellung der aus dem Privateigentum sich ergebenden Hemmungen anwenden. Wir haben uns in der Vorkriegszeit daran gewöhnt, auf die inländische Landwirtschaft und ihre Ergebnisse mit einiger Geringschätzung herabzusehen, da wir jeden Tag, infolge unserer Ausfuhr, vom Auslande das kaufen konnten, was wir brauchten. Jetzt liegen die Dinge anders; wir müssen an Lebensmitteln selbst erzeugen, was wir brauchen, da wir es nicht mehr vom Auslande kaufen können. Diese Erkenntnis muß in die weitesten Volkskreise getragen werden. Der Weg ist uns klar vorgezeichnet. Wir müssen dem Boden an Nährstoffen zuführen, was er zum Pflanzenaufbau braucht. Kali und Stickstoff haben wir im Lande, Phosphorsäure müssen wir

einführen. Wenn wir jährlich noch etwa 144 000 Tonnen Rohphosphat einführen, kostet uns das 302,4 Millionen Mark. Wenn wir dazu noch das zur Aufschließung erforderliche Schwefelkies einführen, sind das weitere 50,4 Millionen. Wir würden unsere Zahlungsbilanz, wenn wir dadurch die Getreideeinfuhr von 12,5 Milliarden Mark ersparen könnten, um die Differenz von 12,14 Milliarden verbessern. (Hört! hört!) Ohne Volldüngung keine Vollernte! Diese Erkenntnis zeigt uns den Weg, den wir zu beschreiten haben. Aber mit der Bereitstellung der zur Erzielung von Vollernten notwendigen Düngemittel ist es nicht getan. Wir müssen dafür sorgen, daß die Landwirtschaft sie auch anwendet. Der hohe Preis und die Schwierigkeiten in der Versorgung stehen dem entgegen. Ich habe jetzt in meinem Ministerium einen Vorschlag ausarbeiten lassen, den ich in diesen Tagen an die Reichsministerien bringen werde, der dahingeht, daß den Landwirten vom Reich die erforderlichen künstlichen Düngemittel derart zur Verfügung gestellt werden, daß sie ein Drittel bei der Belieferung bar bezahlen, die restlichen zwei Drittel in der Form von Getreide, nachdem die Düngung im Ertrag zum Ausdruck gekommen ist. (Sehr gut!) Wollen wir diesen Weg aber beschreiten — und das müssen wir nach meiner Ansicht —, dann ist es notwendig, daß Erzeugung und Vertrieb aus der Hand des Privatbesitzes in die Hand des Reiches kommt. (Sehr richtig!) Die Preiskontrolle durch Syndikate und ähnliche planwirtschaftliche Institutionen genügt nach meiner Ansicht nicht. Bei diesen Versuchen, Privatwirtschaft mit Gemeinwirtschaft zu kombinieren, hat sich der privatkapitalistische Profitwille noch immer als stärker erwiesen, als so stark, daß er uns, um sich durchzusetzen, die Organe der gemeinwirtschaftlichen Kontrolle korrumpiert. Was ich jetzt sage, das sage ich mit vollem Vorbehalt und Ueberlegung. Es ist doch ein unbehagliches Gefühl, daß in einer Abteilung des Reichsministeriums, das die Stickstoffpreise zu kontrollieren hat, in leitender Stellung ein höherer Beamter saß, von dem ich positiv weiß, daß er bestechlich ist. (Hört! hört!) Der Mann ist jetzt beurlaubt, ob er nicht bald in irgendein Reichsamt zurückkehrt, weiß ich nicht. Darum sage ich das an dieser Stelle.

Wie Kohle müssen wir sonach auch die künstlichen Düngemittel so schnell wie möglich in die Hand der Allgemeinheit bringen. Ich bitte Sie daher, dem Antrage 359 einmütig zuzustimmen. Er bringt uns nicht gleich das Heil von heute auf morgen, das gibt es nicht. Wer uns ein solches Rezept geben wollte, wäre entweder ein Narr oder ein politischer Verbrecher. Er zeigt uns aber einen wichtigen, Erfolg versprechenden Weg aus dem wirtschaftlichen Jammertal heraus, in das uns der Kriegswahnsinn der ehemals Herrschenden hineingeschleudert hat. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Müller**: In der Resolution 367 sind Druckfehler enthalten. Im viertletzten Abschnitt muß es in der vorletzten Zeile Eigentumsformen statt Eigentumsforderungen heißen. Ferner sind in dem folgenden Absatz am Schluß die Worte zu ergänzen: „und für die Roheisen- und Stahlerzeugung". Der Antrag 313 ist zugunsten eines im Druck befindlichen Antrages zurückgezogen.

Dr. **Nestriepke**: Man kann dem Genossen Wissell zustimmen, wenn er ausgeführt hat, daß die bisherige Wirtschaftspolitik weite Kreise, auch innerhalb der Partei, unbefriedigt gelassen hat. Die Schwierigkeiten, die sich unserer Wirtschaftspolitik entgegenstellen, sind gewiß groß, aber eine gewisse Kritik ist sowohl gegen die Tätigkeit Schmidts wie gegen die von Wissell berechtigt. Warum hat Wissell, der doch ein Verfechter der Planwirtschaft ist, beispielsweise die Möglichkeit zur Umbildung und Fortbildung der Kriegswirtschaft zur Planwirtschaft so wenig benutzt? In der Bewirtschaftung von Leder und

Schuhwerk war während des Krieges tatsächlich ein Ansatz zur Durchorganisierung eines Wirtschaftszweiges geschaffen worden. Gewiß, der Schleichhandel wußte immer noch diese organisierte Wirtschaft zu stören, aber Tatsache ist doch, daß sich an der Spitze der Schuhindustrie ein Ueberwachungsausschuß befand, der die Industrie trustartig nach Wissells Wünschen zusammenfaßte; die kleinen rückständigen Betriebe waren durch ihn stillgelegt, eine Typisierung der Herstellung durchgeführt, die Verteilung der Fertigfabrikate geschah durch eine Zentralstelle. Warum wurden diese Ansätze zu einer Planwirtschaft wieder aufgelöst? Die Folgen waren unheilvoll. Denn das Ergebnis war jene ungeheure Steigerung der Preise auf dem Leder- und Schuhmarkt, die wir erlebt haben. Unheilvoll war es auch, daß im März 1919 jene Plakate angeschlagen wurden, in denen verkündet wurde, die Sozialisierung marschiere, ja, sei schon da. Das mußte eine ganz falsche Vorstellung von unseren Zielen erwecken. Wissell mag persönlich keine Verantwortung dafür tragen, aber da er zu jener Zeit Wirtschaftsminister war, fällt das doch auf sein Konto. So ließe sich noch an manchem Kritik üben. Ich hätte allerdings gewünscht, daß die Genossen Schmidt und Wissell sich nicht nur gegenseitig Vorwürfe gemacht hätten, sondern daß jeder auch zugegeben hätte, daß er selbst Fehler gemacht habe. (Sehr richtig!)

Wichtiger als Kritik scheint mir jedoch, daß wir uns darüber klar werden, was in Zukunft geschehen soll. Ich habe viel Sympathie für die Gedanken Wissells einer Durchorganisierung der Wirtschaft, wie er sie in seinem Aufsatz zum Programmbuch der Partei niedergelegt hat. Aber wo wir die Vollsozialisierung sofort durchführen können, muß d a s geschehen. Vielleicht wären Wirtschaftskörperschaften, wie sie Wissell vorschlägt, auch zu gebrauchen, um die Steuern auf deren Mitglieder zu verteilen oder zum wenigsten, um Bürgschaften für die richtige Steuerzahlung ihrer Angehörigen zu leisten. Bei den Abzügen bei den Arbeitern und Angestellten handelt es sich ja auch nur um Vorschüsse. Was die Arbeiter so erbittert hat, ist nicht der Abzug an sich, vielmehr, daß man den Kapitalisten lange Zeit ließ und damit die Möglichkeit, große Hinterziehungen zu machen. (Sehr richtig!) Eine Einziehung bestimmter Vorschüsse noch vor Fertigstellung der endgültigen Einschätzung usw. auch bei den Kapitalisten würde sehr vorteilhaft sein. Im übrigen muß aber festgestellt werden: Die Durchführung einer Planwirtschaft nach den Wissellschen Wünschen wäre genau so eine Machtfrage wie die Vollsozialisierung da, wo sie möglich ist. Daß diese unser wichtigstes Ziel ist, das sollte auch hier in einer Resolution festgelegt werden. Und bei der Sozialisierung gilt es zu beachten: Auf keinen Fall darf eine Entschädigung bewilligt werden, wie sie etwa bei der Abfindung Wilhelms II. geplant war (Heiterkeit), und diese Entschädigung darf nur gezahlt werden auf Kosten der Kapitalisten, die sie durch Steuern aufzubringen haben.

Wir brauchen den Unabhängigen jetzt nicht nachlaufen, wenn sie sich spalten. Aber wir müssen uns bemühen, die Stimmungen zu verstehen, aus denen so mancher Arbeiter in das radikale Lager gegangen ist. Gerade die wirtschaftlichen Momente spielen da eine große Rolle. Mitunter habe ich selbst Verständnis für jene Leute, die am liebsten alles zerschlagen würden. Wenn man sich vorstellt, wie in Berlin in so vielen Restaurants und Luxusbars die vornehme Welt ihre Nächte verbringt und dann des Morgens sieht, wie vor der Markthalle die Kinder in den Abfall- und Kehrichthaufen wühlen, um faulige Reste für die Küche daheim herauszusuchen, dann werden solche Bestrebungen verständlich. Hier m u ß Abhilfe geschaffen werden. Man berufe sich nicht immer auf den Friedensvertrag von Versailles! Der Rahmen, den er uns gibt, ist immer noch weit genug, daß wir ganz andere Verhältnisse

schaffen können als heute. Und so wollen wir auch heute und an dieser Stelle unseren Willen betonen, mit aller Energie proletarische Klassenpolitik zu treiben und vorwärts zu schreiten auf dem Wege zur wirklichen Sozialisierung der Wirtschaft. (Beifall.)

Heilmann: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit zunächst auf den Antrag 329 richten. Am 2. Dezember 1919 hat die Preußische Landesversammlung mit den Stimmen aller Arbeiterabgeordneten, auch derjenigen aus dem bürgerlichen Lager, einen Gesetzentwurf über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke angenommen. Dieser Gesetzentwurf bedarf zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Reiches. Er ist infolgedessen an das Reichsministerium des Innern mit der Bitte Preußens geleitet worden, den Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen. Seit dem 2. Dezember vorigen Jahres hat das Reichsministerium des Innern diesen Gesetzentwurf bei sich liegen lassen. (Hört! Hört!) Wir fordern, daß unsere Reichstagsfraktion nun endlich darauf dringt, daß dieser von Preußen angenommene Gesetzentwurf durch die Bestätigung des Reiches Gesetzeskraft erhält. (Sehr richtig!)

Dann zu dem Antrag 331, der die Fraktion auffordert, dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes ihr Mißtrauen auszusprechen. Es handelt sich dabei nicht um den Kampf zwischen Zwangswirtschaft und freier Wirtschaft. Für beide sprechen Argumente, für beide haben sich Genossen je nach der gegebenen Lage erklärt. Es handelt sich vielmehr darum, daß der Ernährungsminister Dr. Hermes sein Amt in leichtfertiger und gewissenloser Weise dazu mißbraucht, um das deutsche Volk aufs schwerste zu schädigen. Dafür lassen Sie mich ein paar Beispiele geben. Die anderen Beispiele finden Sie vollständig zusammengestellt in zwei Artikeln des „Berliner Tageblatts" vom 1. und 2. Oktober: „Die Irrwege der Ernährungspolitik" von Dr. Franz Silberstein. Im Mai hat der Ernährungsminister Dr. Hermes der Reichsfettstelle und dem Reichsausschuß für Oele und Fette verboten, weitere Einkäufe zu machen, weil er die freie Wirtschaft, die freie Einfuhr für Oele und Fette herstellen wollte. Dann ist in den Monaten Juni, Juli und August nichts geschehen. Im September kam Dr. Hermes zu der Erkenntnis, daß sein Plan nicht durchführbar sei und gab den genannten Stellen die Anweisung, wieder einzukaufen. Inzwischen war der Preis aller Fettstoffe bedeutend gestiegen und der Stand der deutschen Mark bedeutend gefallen. Die Oele, die für die Margarinebereitung jetzt eingekauft werden, kosten 22 Mk. das Kilo statt 11 Mk. Anfang Juni. Der Schaden für das deutsche Volk beträgt bei den eingekauften Mengen allein an Oel zur Margarinebereitung 900 Millionen. (Bewegung.) Hätte Hermes den Reichsausschuß einkaufen lassen, als er einkaufen wollte, wäre die Magarine heute um fast die Hälfte billiger herzustellen. Der „Vorwärts" meldete gestern, daß der Preis der Margarine für den Verkauf von 12,50 auf 14,50 Mk. hinaufgesetzt sei wegen der ungünstigen Einkäufe durch Hermes. Diese Angabe ist irrig: Würde der Preis so heraufgesetzt, wie er in Wahrheit den Einkaufspreisen entspricht, dann müßte der Preis 20 Mk. übersteigen. (Hört! hört!) Am 1. August hat Ernährungsminister Dr. Hermes die deutsche Oelfruchternte freigegeben, nachdem sie bereits zu einem Drittel abgeliefert war, obwohl kein Interessent, kein Landwirt die Freigabe gefordert hatte. (Anhaltende Bewegung.) Die Folge war, daß der Preis für die Tonne Raps von 2500 auf 7500 Mk. stieg. (Hört! Hört!) Den Landwirten, die bereits abgeliefert hatten, wurden 2000 Mark pro Tonne nachgezahlt. (Große Bewegung.) Diese Nachzahlungen und Mehrzahlungen haben das deutsche Volk mit 315 Millionen Mark belastet. Genau so liegt es bei der Einfuhr von Schmalz. Auch hier hat der Ernährungsminister verboten, daß rechtzeitig eingekauft wurde. Schmalz, das im Frühjahr das Kilo zu 17 Mk. zu kaufen war, wird jetzt mit 35 Mk. vom Deutschen Reich eingekauft. Genossinnen und Genossen, was das bedeutet, wird Ihnen klar werden, wenn Sie sich den mindesten Einfuhrbedarf des deutschen Volkes vergegenwärtigen. Wir brauchen in den nächsten Monaten 2 Millionen Tonnen Getreide für 13 Milliarden Mark, wir brauchen Oele und Fettstoffe für die Margarinebereitung, 200 000 Tonnen für 4 Milliarden, wir brauchen 30 000 Tonnen Schmalz für zwei Milliarden, 100 000 Tonnen Fleisch und Speck für drei Milliarden Mark. Das sind allein für die nächsten Monate an Einfuhrbedarf 22 Milliarden Mark. Aber Genossinnen und Genossen, diese Summe ist berechnet zu einer Zeit, wo der Dollar auf 60 Mk. stand, während er heute bereits auf 67 Mk. steht. Und jede drei Mark, die der Dollar im Werte steigt, bedeuten eine Milliarde Mark Ausgaben für Deutschland mehr. Jetzt können Sie sich vergegenwärtigen, wie sich in den nächsten Monaten die deutsche Valuta und die Deckung unseres Ernährungsbedarfes gestalten wird.

Dazu kommt, was Hermes in der Getreidewirtschaft getan hat. Durch die Freigabe der Fleischwirtschaft ist die Erfassung des Getreides unmöglich geworden. Soweit wir aber einführen müssen, hat Hermes verboten, daß die Reichsgetreidestelle selbst einkauft. Der Einkauf geschieht in der Weise, daß ausländische Importeure dem Getreidehändler den Vertrag geben, und daß dieser, wenn die Reichsgetreidestelle ihn akzeptiert, mit dem deutschen Getreidehändler den Vertrag abschließt und sich für diese Arbeit 1,5 Proz. Provision berechnet. (Hört! Hört!) Hunderte von Millionen werden auf diese Weise sinnlos herausgeworfen, um ein paar hundert Getreidehändler maßlos zu bereichern.

Was diesen Maßnahmen namentlich auch bei der Fetteinfuhr einen außerordentlich gehässigen Charakter gibt, ist, daß der holländische Margarinekonzern, insbesondere der von Jürgens, die Einfuhrpolitik des Dr. Hermes benutzt, um außerordentlich hohe Profite einzuheimsen, weil der Konzern sich rechtzeitig eindeckte, und der Einkauf nach den Vorschriften des Deutschen Margarineverbandes erfolgt, wo die ausländischen Firmen die Mehrheit haben, so daß sie dem deutschen Volke diktieren, in welchem Maße sie es auswuchern wollen. Jürgens ist überdies einer der opferwilligsten Spender für die Parteikasse des Zentrums.

Bei den Kartoffeln hat Hermes erklärt, daß die seinerzeit festgesetzten 25 Mk. kein Höchstpreis seien. Um Schaden abzuwenden, werde er den Kartoffelhandel konzessionieren. Er weiß also nicht einmal, daß dieser Handel bereits seit 1916 konzessioniert ist, ohne daß dadurch das Geringste gebessert worden wäre.

Unbeschadet der Stellung zu den übrigen Ministern und um den Streit über Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft scheint es mir notwendig, diesen Mann, der das Leben des deutschen Volkes im kommenden Winter gefährdet, sofort aus seinem Amt zu entfernen. (Lebhafter Beifall.) Der Reichspräsident hätte alle Ursache, seine Verfassungsrechte zu benutzen, diesen Schädling zu beseitigen. (Sehr gut!) Die Massen sind wegen der Ernährungspolitik des Dr. Hermes in Bewegung geraten, sie werden ihn stürzen, entweder ohne uns oder mit uns. Unsere Pflicht ist es, uns an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Ich bitte den Parteitag, den vorliegenden Antrag ohne weiteres anzunehmen, damit die Fraktion eine klare Richtlinie hat: Fort mit diesem Volksschädling! (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Müller** teilt mit, daß in der Resolution 367 im vierletzten Absatz Zeile 2 hinter „das Privateigentum" einzuschalten ist: „an Produktionsmitteln".

Hoch: So dankbar es im Augenblicke sein mag, gegen einzelne Personen der Regierung loszuziehen, so erreichen wir doch damit nichts. Wenn wir den Dr. Hermes beseitigen und die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bleiben wie sie sind, so bekommen wir eben einen anderen Dr. Hermes. Ob er besser ist, ist eine andere Frage. (Sehr richtig!)

Mit allgemeinen Ausführungen und persönlichen Angriffen kommen wir nicht vorwärts. Die Not ist so groß, daß gehandelt werden muß. Jede Kritik ist zu begrüßen, wenn sie darauf hinausgeht, uns zu sagen, was wir im Augenblick tun können. Wissell hat aber in seinen in vielen Punkten durchaus dankenswerten Ausführungen nicht mitgeteilt, was jetzt geschehen muß. Darum allein aber handelt es sich.

Vor allem handelt es sich dabei um die Frage der Sozialisierung der Kohlenbergwerke. Wir müssen uns darüber einig sein, welchen Weg wir da zu beschreiten haben. Entschieden müssen wir uns gegen den zweiten Sozialisierungsvorschlag wenden, der die Enteignung der Kohlengruben auf 30 Jahre hinausschieben will, so daß die Gegner der sozialistischen Wirtschaft Gelegenheit haben, zu sabotieren, was in Angriff genommen werden soll. Wir müssen uns auf den Boden sofortiger Enteignung und Sozialisierung der Kohlenförderung und Kohlenverteilung stellen. Die Frage der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke ist nicht nur eine rein technische, sondern die entscheidende politische Frage des Augenblicks.

Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß wir im jetzigen Reichstage keine Mehrheit für eine wirkliche Sozialisierung der Kohlengruben bekommen. Auf Zeitungsnachrichten, die besagen, die Regierung arbeite schon einen entsprechenden Entwurf aus, darf man nicht hineinfallen. Wenn einer ausgearbeitet wird, so wird er durchaus das Gegenteil von dem sein, was wir verlangen. Deshalb müssen wir den Weg des Volksbegehrens betreten, den uns die Verfassung an die Hand gibt. (Beifall.) Von einer Reichstagsauflösung verspreche ich mir in diesem Augenblicke so gut wie nichts. Der neue Reichstag würde nicht wesentlich anders als der jetzige zusammengesetzt sein. Wir sollen immer für den Wahlkampf gerüstet sein, aber es ist falsch, die ganze Aufmerksamkeit auf die Auflösung des Reichstages zu lenken. Der jetzige Reichstag muß vor die einzelnen Fragen gestellt werden. Wenn wir den Weg des Volksbegehrens beschreiten, und den auf Grund des ersten Entwurfes des Sozialisierungsausschusses ausgearbeiteten Gesetzentwurf, wenn er vom Reichstag abgelehnt wird, der Oeffentlichkeit vorlegen und sie zum Kampf gegen den Kohlenwucher aufrufen, dann bekommen wir eine Mehrheit. (Sehr richtig!)

Ich beantrage, dem vorletzten Absatz der Resolution Nr. 367 hinzuzufügen:

> Sollte für die sofortige Enteignung und Sozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung keine Mehrheit im Reichstag oder im Reichsrat vorhanden sein, dann ist das Volksbegehren durchzuführen.

Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen. (Beifall.)

Bauer: Genosse Wissell nimmt, seitdem er wegen Meinungsverschiedenheiten im Juli vorigen Jahres aus der Regierung ausgeschieden ist, eine sonderbare Stellung ein. Anstatt im Rahmen derjenigen Körperschaften, die dazu berufen sind, seine Ideen zu vertreten, greift er seine Kollegen in der Regierung, die Fraktion und den Parteivorstand in einer Weise an, die nicht parteifördernd ist. (Sehr richtig!) Wohin soll es führen, wenn sozialdemokratische Minister Wissells Beispiel nachahmen wollten? Wir würden uns geradezu lächerlich machen und die Partei in Grund und Boden ruinieren. (Sehr richtig!) Ich habe zu Wissells Angriffen bisher nie Stellung genommen,

weil ich es verabscheue, solche Dinge, die einen mehr persönlichen Charakter tragen, in aller Oeffentlichkeit auszufechten. Ich sagte mir: Wissell wird sich beruhigen, er ist jetzt etwas erregt und seine Nerven haben stark gelitten. Aber in dieser Erwartung habe ich mich leider getäuscht. Wissell hat sich mehr und mehr zum Propheten und Fanatiker einer abstrakten Idee entwickelt. Er glaubt, daß nur die restlose Durchführung dieser Idee uns das wirtschaftliche Heil bringen kann.

Wissell behauptete, daß das Programm, das ich namens des Koalitionskabinetts am 23. Juli 1919 in der Nationalversammlung entwickelt habe, nicht verwirklicht sei. Er rief pathetisch aus: Nichts, gar nichts von alledem ist durchgeführt! Diese Art der Kritik geht über das parteigenössisch Zulässige weit hinaus. Wissell bläst hier vollkommen in das Horn der Rechtsparteien. Kritik ist nötig und, wenn sie sachlich begründet ist, auch heilsam; sie muß sich aber im Rahmen des parteigenössischen Interesses halten. Hier wird aber Kritik in der Hauptsache aus Rechthaberei und Fanatismus für eine bestimmte Theorie geübt. Wissell erkennt selbst an, daß die Regierung in praxi gemäß seinen Ideen verfahren hat, und sagt: früher habt Ihr es abgelehnt, später ist Euch aber die Erkenntnis gekommen, da habt Ihr, wenn auch unvollständig, durchführen müssen, was ich seinerzeit vorgeschlagen habe. Die Behauptung Wissells, daß dreimal nichts geschehen sei, ist nicht nur parteischädlich, sondern vollkommen falsch. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung haben in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan. Die alte Koalitionsregierung unter Führung der Sozialdemokraten hat so gewaltige Fortschritte auf dem Wege der Besserung unseres Wirtschaftslebens erzielt, wie man sie vor Jahresfrist noch nicht für möglich hielt.

Wissell war seinerzeit Volksbeauftragter, also aktives Mitglied der Regierung. Vom Februar 1919 an übernahm er die Führung des Wirtschaftsministeriums. Er hätte uns doch sagen sollen, was er in den fünf Monaten seiner Ministertätigkeit geleistet hat oder nicht hat leisten können, weil er Widerstand bei seinen Parteigenossen oder der Gesamtregierung gefunden hat. Seine Ausführungen erwecken den Eindruck, als ob er gehindert worden sei, seine Kraft zu entfalten. Nichts von alledem ist wahr. Wissell hat dem Kabinett während seiner Ministertätigkeit keine einzige Vorlage unterbreitet, die abgelehnt worden wäre. (Hört! Hört!) Sachliche Differenzen sind kaum vorgekommen. Wissell hatte nur mit dem damaligen Reichsschatzminister Gothein häufig Zusammenstöße, weil Gothein Beschwerden über die Art erhob, wie das Wirtschaftsministerium die Ein- und Ausfuhrfragen erledigte und dem freien Handel oder doch der Lockerung der Zwangswirtschaft das Wort redete. Die Beschwerden, die damals gegen die Art der Ein- und Ausfuhr erhoben wurden, waren berechtigt. Anträge auf Ausfuhrgenehmigung blieben manchmal monatelang unerledigt.

Um den Differenzen ein Ende zu machen, kam das Kabinett etwa im Mai vorigen Jahres zu dem Ergebnis, einen diktatorischen Ausschuß einzusetzen, dem Wissell, Robert Schmidt und Gothein angehörten. Diese drei sollten über die wichtigen Ein- und Ausfuhranträge kurzerhand entscheiden. Wissell ist lediglich an der unsachlichen Art gescheitert, wie er seine Ideen vertreten hat. Seine ganze Kraft konzentrierte er auf Denkschriften über die Planwirtschaft.

Nun wird immer der Eindruck hervorgerufen, als ob Wissell allein für eine planmäßige Regelung unserer Wirtschaft im gemeinnützigen Sinne kämpfte und wir Anhänger der freien Wirtschaft seien. Davon ist gar keine Rede. Von sämtlichen sozialdemokratischen Ministerkollegen hat niemand auf dem Standpunkt der unbedingt freien Wirtschaft gestanden, sondern auch wir hielten eine planmäßige Regelung der Wirtschaft für unbedingt nötig, damit das privat-

kapitalistische Interesse zurückgedrängt würde und gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund kämen. Die Hauptarbeit Wissells bestand in Ausarbeitung von Denkschriften und wunderbaren Zeichnungen über die Organisation der Planwirtschaft. Wenn man sich eine solche Zeichnung ansah, wurde einem ganz wirr im Kopf. Wenn wir eine solche Ueberorganisation geschaffen hätten, hätten wir Jahre gebraucht, um die Dinge gesetzlich zu fixieren, und weitere Jahre, um die Organisationen aus dem Boden emporwachsen zu lassen. Es waren abstrakte Ideen, die Aufstellung eines Systems, das uns in neue Verhältnisse führen sollte, ohne daß wir zur Sozialisierung zu kommen brauchten. Wissell hat mir gegenüber mehr als einmal erklärt: die Sozialisierung ist vorläufig nicht durchführbar, wir wollen zunächst einmal meine Planwirtschaft durchführen.

Diese Planwirtschaft ist gar kein eigenes geistiges Produkt Wissells, sondern das Produkt seines Unterstaatssekretärs von Möllendorff, der diese Planwirtschaft bereits unter der Ministerschaft unseres Genossen Dr. August Müller vertreten hat und sie damals bereits den Volksbeauftragten eingehend vortrug.

Anfang Mai überreichte mir als Arbeitsminister Wissell eine sehr umfangreiche Denkschrift mit Zeichnungen, die die Gliederung der Planwirtschaftsorganisation zeigten. Er wünschte, daß ich diese Denkschrift, die ans Kabinett gerichtet war, mit unterzeichnen sollte. Ich mußte es bei meiner Ueberlastung ablehnen, die Denkschrift bis zum nächsten Tage durchzusehen, und bat mir drei Tage Zeit aus. Ich sah dann an einem Sonntag die Denkschrift durch und besprach die Sache am Montag mit Wissell. Ich erklärte ihm: Du wirst mir doch nicht zumuten, daß ich eine Denkschrift unterschreibe, in der unglaubliche Angriffe gegen die Regierung, der ich angehöre, und insbesondere auch gegen mich selbst erhoben werden. (Heiterkeit.) Da sagte Wissell: den Passus, der Dich angreift, gebe ich ohne weiteres preis. Ich habe ihn dann gebeten, daß wir am nächsten Tage die einzelnen Punkte durchsprechen, und ihm erklärt: im großen Ganzen bin ich durchaus mit dem, was Du erstrebst, einverstanden, nur die Art, wie die ganze Sache gemacht werden soll, und die gegen die Regierung erhobenen Angriffe müssen wir noch einmal besprechen. Da stand er hitzig auf — er war damals schon mit seinen Nerven außerordentlich herunter — und sagte: entweder unterschreibst Du, oder ich mache die Sache allein. Ich erklärte dann: Bitte, reiche Deine Denkschrift allein ein.

Das hat er getan. Zur Erörterung der Denkschrift sind wir in den nächsten Wochen nicht gekommen, weil damals die Beratungen über die Friedensverhandlungen das Kabinett fast ausschließlich in Anspruch nahmen. Am dritten Pfingstfeiertag begann der Parteitag in Weimar. Wissell verlangte von dem damaligen Ministerpräsidenten Scheidemann, daß noch vor dem Parteitag die Entscheidung über sein Wirtschaftsprogramm getroffen werde. Am Sonnabend tagte von 9 Uhr an eine Konferenz, die sich mit den Friedensverhandlungen beschäftigte. Am Nachmittag um 2 Uhr wurde, da Wissell erklärte, es sei ein Ultimatum, und er würde demissionieren, eine Sitzung anberaumt. Wissell hatte niemals im Kabinett darüber gesprochen, welche Wirtschaftspolitik er vertritt. Ich erhob deshalb als einer der ersten gegen diese Art Widerspruch und verlangte erst Unterlagen. Auch andere Redner sprachen in diesem Sinne. Wissell erklärte sich darauf mit einer vierzehntägigen Vertagung der Entscheidung über seine Wirtschaftspolitik einverstanden. Man hätte glauben sollen, daß damit die Sache einstweilen ruhte und die Frage zunächst innerhalb des Kabinetts und der Reichstagsfraktion zur Entscheidung gebracht werden sollte. Statt dessen ging Wissell von der Kabinettssitzung zur Bahn, fuhr mit einer fertigen Anklagerede nach Weimar und erhob schon in Weimar die schärfsten Anklagen gegen die Regierungspolitik und gegen das Verhalten seiner Parteigenossen.

Die Denkschrift, die vertraulich sein sollte, wurde mit all den Angriffen und Anklagen gegen die eigenen Parteigenossen in der Regierung veröffentlicht. Möllendorf hat die Denkschrift in die „Vossische Zeitung" lanziert. So wurde der Kampf geführt. Sie werden mir zugeben, daß das unkollegial und nicht parteigenössisch ist, und daß eine solche Art des Zusammenarbeitens einfach zur Schädigung der Partei führen muß. (Sehr richtig!) Solange ich mit anderen Genossen zusammen auf einen Posten gestellt bin, habe ich mich im Rahmen dieser Körperschaft zu bewegen. Wenn ich mit meinen Kollegen nicht einig werde, gehe ich an die Fraktion, und dann hat schließlich erst der Parteitag zu sprechen. Statt dessen ging Wissell dazu über, die ganze Oeffentlichkeit der Partei zu mobilisieren, um sich durchzusetzen. Eine Entscheidung über die Wirtschaftspolitik konnte damals nicht innerhalb vierzehn Tagen herbeigeführt werden, weil inzwischen der Friedensvertrag in unseren Besitz gelangte und sich dann ausschließlich unsere Tätigkeit auf diesen Friedensvertrag konzentrierte. Es kam infolge des Friedensvertrages in der Woche vom 15. bis 22. Juni zur Krise und niemand wußte, ob wir in die Lage kommen würden, eine Regierung zustande zu bringen. Ich wurde damals gegen meinen Willen gezwungen, die Ministerpräsidentschaft zu übernehmen und den schwersten Gang meines Lebens anzutreten, nämlich in der Nationalversammlung die Annahme des Vertrages von Versailles zu empfehlen. Wissell verlangte dann von mir eine Entscheidung über seine Planwirtschaft. Er kam zu mir und verwies auf einen Parteitagsbeschluß, indem er behauptete, eine Ablehnung seiner Planwirtschaft verstoße gegen den Weimarer Parteitagsbeschluß. Ich war im ersten Augenblick verblüfft, habe mir dann den Parteitagsbeschluß angesehen und festgestellt, daß die Behauptung Wissells doch eine etwas kühne Schlußfolgerung ist. Ich stehe durchaus auf dem Boden dieses Beschlusses und habe auch mit allen Kräften darauf hingearbeitet, diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen. Kein einsichtiger Mensch wird aber glauben, daß die volle Umgestaltung unserer Wirtschaft sich etwa in Monaten bewerkstelligen läßt. Das wird die Aufgabe von Jahren sein. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Regierung muß erst einmal Zeit haben, um die Dinge vorzubereiten; auf dem Boden dieser Resolution stehen wir alle. Es wäre nicht nötig gewesen, daß Wissell seinen Abschied nahm, wenn er nicht mit dem ihm eigentümlichen Eigensinn die wörtliche Annahme des Möllendorffschen Schemas vom Kabinett verlangt hätte. Diese Annahme wurde mit allen Stimmen gegen die Wissellsche abgelehnt, und er wandte sich dann an die Fraktion. Die Fraktion hat in Weimar über die Dinge verhandelt, und sie hat mit allen gegen drei oder vier Stimmen meine Haltung gebilligt und Wissell Unrecht gegeben. (Zustimmung.) Gegenüber einer solchen Entscheidung hätte Wissell doch nun soviel Selbstbeherrschung und Parteidisziplin besitzen müssen, daß er nicht in die Oeffentlichkeit ging und nun die Genossen in der Regierung angriff. Denn damit hat er eine eminent parteischädigende Tätigkeit vollführt. (Lebhafte Zustimmung.) Wissell nahm, nachdem die Partei gegen ihn entschieden hatte, seinen Abschied und der damalige Ernährungsminister, Robert Schmidt, übernahm auch das Wirtschaftsministerium. Erst von da ab begann eine fruchtbringende und praktische Arbeit für den Wiederaufbau unseres daniederliegenden Wirtschaftslebens, und von da ab kamen wir erst aus den doktrinären Erörterungen zu praktischer Arbeit.

Was ist nun von dem Programm vom 23. Juli 1919 durchgeführt worden? Wissell sagt ja bekanntlich: nichts! Zunächst einmal wurde das Programm von allen Seiten in der Partei gebilligt. Wir sind davon ausgegangen, daß in

erster Linie die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, eine Stabilisierung der Staatsmacht erforderlich war, weiterhin Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Produktion. Dazu gehört in erster Linie eine Steigerung der Kohlenförderung und eine Besserung der Ernährung. Im Jahre 1919 war die Kohlenförderung auf ein Minimum heruntergegangen. Kommunistische Horden unterbrachen alle vier Wochen die Produktion, und Kommunisten und Unabhängige erklärten offen, daß sie unser Wirtschaftsleben zugrunde richten wollten, um zum Bolschewismus zu gelangen, und sie brachten die Bergleute durch eine geschickte Agitation zu einem Ausstand unter der Parole des Sechsstundentages. Der Ausstand begann Anfang April. Verhandlungen, die ich als Arbeitsminister mit den Führern der Bergarbeiter in Weimar hatte, führten zu dem Ergebnis, daß es unmöglich sei, den Sechsstundentag zur Durchführung zu bringen. Aber angesichts der Vorgänge im Ruhrgebiet wurden unsere erprobtesten Gewerkschaftsführer wankend; sie teilten mit, der Sechsstundentag ließe sich nicht abwenden. Der Sechsstundentag wäre aber unser Verderben gewesen, denn dann wäre die Kohlenförderung noch um ein weiteres Siebentel zurückgegangen. Ich ging also nach Essen und habe dort gemeinsam mit dem Kollegen Severing alle Maßnahmen getroffen, um den Streik zum Scheitern zu bringen. Das ist uns auch gelungen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, nachdem mit den Gewerkschaftsführern eine Vereinbarung getroffen war, wonach die Arbeitszeit von 7½ Stunden auf 7 Stunden verkürzt werden sollte. Dann begann eine planmäßige Arbeit, um die Kohlenförderung zu steigern. Es war auch keine leichte Sache, 130 000 neue Arbeitskräfte in das Ruhrgebiet zu führen und sie bei dem Wohnungsmangel zu bewegen, in Baracken zu wohnen. Die Kohlenförderung stieg. Bereits bei den Verhandlungen in Essen habe ich den Gewerkschaftsführern gesagt, die Bergarbeiter könnten den Sechsstundentag nicht bekommen, sie müßten sich vielmehr in absehbarer Zeit auf Ueberstunden gefaßt machen, wenn nicht unsere Wirtschaft zugrunde gehen sollte. Trotz der Widerstände habe ich immer und immer wieder mit Zähigkeit auf diese Notwendigkeit hingewiesen, bis es dann im Winter dieses Jahres gelang, das Ueberschichtenabkommen im Kohlenbergbau zum Abschluß zu bringen und damit die erste Voraussetzung für eine aufsteigende wirtschaftliche Entwickelung zu schaffen. Alles das sollte doch dem Genossen Wissell die Unrichtigkeit seiner Behauptung vor Augen führen, daß wir nichts geleistet hätten. Gerade durch die Steigerung der Kohlenproduktion, die ein Werk der alten Koalition und in erster Linie der sozialdemokratischen Minister ist, haben wir die Möglichkeit einer aufsteigenden wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen und damit auch die Möglichkeit der Erfüllung des Abkommens von Spa. Der jetzigen Regierung ist damit überhaupt erst die Existenz ermöglicht worden. Im Winter 1919 hatten wir mit der Demobilmachung alle Hände voll zu tun; die Kriegsbetriebe mußten umgestellt werden, die Arbeitslosigkeit war ungeheuer, und da, wo noch Arbeit vorhanden war, fehlte Kohle. Im Herbst 1919 steigerte sich die Kohlenproduktion, Aufträge gingen ein, und die Arbeitslosigkeit ging von Monat zu Monat zurück. Es kam soweit, daß einzelne Industrien sogar überbeschäftigt waren. Nun muß man bedenken, daß unsere ganze Tätigkeit damals dadurch ungeheuer erschwert wurde, daß wir noch unter dem Waffenstillstand lebten, der erst am 10. Januar dieses Jahres sein Ende erreicht hat. Bei jeder neuen Verlängerung des Waffenstillstandes kamen neue erpresserische Forderungen der Entente, die immer wieder unser ganzes Wirtschaftsleben aufs schwerste erschütterten. Durch den Waffenstillstand und durch die inneren Verhältnisse Deutschlands sank das Vertrauen zur deutschen Wirtschaftskraft im Auslande immer mehr und infolgedessen auch unsere Valuta, deren Sinken der Genosse Wissell meiner Regierung zum Vorwurf macht, ob-

schon doch unter seiner Ministerschaft ebenso ein Sinken der Valuta zu verzeichnen war. Nur hielt diese Entwicklung, als er ausschied, nicht sofort an, sondern die Valuta ging weiter rapide, infolge der außen- und innenpolitischen Verhältnisse, herunter. Unser Bestreben war es, Festigkeit in unsere Wirtschaft zu bringen. Wir wurden dabei aber, wie Genosse Schmidt schon ausgeführt hat, durch das Loch im Westen gehindert. Solange der Waffenstillstand bestand, weigerte sich die Entente beharrlich, uns die Möglichkeit zu geben, dieses Loch im Westen zu schließen. Nach dem Friedensvertrag gelang es, die Entente davon zu überzeugen, daß die Schließung dieses Loches auch in ihrem Interesse läge. Die Regierung hat in durchaus klarer Weise ihr Programm durchgeführt. Sie hat Ein- und Ausfuhrstellen von langer Hand vorbereitet und organisiert. Unter Mitwirkung der Industrie und der Arbeitnehmerschaft wurden Selbstverwaltungsorgane geschaffen, die die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr auszuüben hatten. Es ist durchaus falsch, wenn Wissell die Behauptung aufstellt, daß Leinen und Militäruniformstücke ausgeführt werden durften. Für solche Dinge hat ständig ein Ausfuhrverbot bestanden. Wenn solche Dinge ausgeführt worden sind, dann ist es durch das Loch im Westen geschehen.

Die allerlebhafteste Sorge für uns war es, unserem hungernden Volke Lebensmittel zu verschaffen. Zahlungsmittel dazu hatten wir nicht. Wir mußten infolgedessen dazu übergehen, unseren Goldbestand anzugreifen und Goldreserven in das Ausland zu bringen, damit uns Kredite gewährt wurden. In den Sitzungen, in denen wir uns mit dieser Frage beschäftigten, hat Wissell gemeinsam mit dem Präsidenten der Reichsbank auf das heftigste diese Lebensmittelversorgungspolitik bekämpft, weil er immer nur durch die Brille der Planwirtschaft diese ganzen Dinge ansah und verlangte, daß das Gold mindestens zur Hälfte für den Einkauf von Rohstoffen reserviert blieb. Wir haben gesagt: was nützen uns die Rohstoffe, wenn unser Volk vor Hunger zusammenbricht? Erst müssen wir die Ernährungsbasis schaffen. Wissell stand auch hier mit seiner Auffassung allein. Jetzt kommt er und erhebt gegen uns den Vorwurf, das wir zu viel eingeführt und dadurch die Valuta und unsere Wirtschaft geschädigt hätten. Ich glaube, das deutsche Volk hat nichts davon gemerkt, daß wir zu viel an Lebensmitteln eingeführt haben. Es war immer noch ein ungeheures Defizit vorhanden. Ebenso macht uns Wissell einen Vorwurf daraus, daß damals die Ausmahlung des Mehls verbessert wurde. Im Sommer 1919 war es dringend notwendig, dem Volke, das körperlich und seelisch vollkommen herunter war, eine etwas bessere Nahrung zu bieten. Es ist ja auch daraufhin mehr und mehr Beruhigung eingetreten, trotzdem nur kleine Verbesserungen auf dem Gebiete der Ernährung durchgeführt werden konnten. Die Rohstoffe sind dann auch ins Land gekommen, und die Arbeitslosigkeit konnte auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden. Die Ausfuhr stieg, das Vertrauen des Auslandes wuchs und infolge dieser durchaus programmatischen und planvollen Wirtschaftspolitik hat sich auch die Valuta von Woche zu Woche gebessert. Ich habe kein Material zur Verfügung, weil ich auf derartige Ausführungen nicht vorbereitet war; aber meiner Erinnerung nach kosteten beispielsweise 100 Schweizer Franken, die im Dezember 1919 zirka 2000 Mk. gekostet hatten, im Mai 1920 nur noch 650 Mk. Infolgedessen begann das Vertrauen im Auslande sich zu heben und die Preise fingen an, zu sinken. Wenn wir unsere Politik und unsere Wirtschaftspolitik in Ruhe hätten fortführen können, wenn nicht Kapp-Putsch und Wahlen gekommen wären, dann wären die Auswirkungen dieser Entwicklung im Herbst voll in die Erscheinung getreten. Diese Ergebnisse sind ein glänzender Erfolg der mühevollen und planmäßigen Arbeit der alten Koalition unter Führung der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Die Deutsche Volkspartei, die

Partei des Wiederaufbaues hat uns, bevor sie in die Regierung eintrat, alles Mögliche an Verbilligung der Nahrungsmittel und der Bedarfsgegenstände versprochen. Seitdem wir aber eine rein bürgerliche Regierung unter Mitwirkung der Volkspartei haben, haben wir ein ständiges Sinken der Valuta und eine immer weitere Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel, natürlich auch der Rohstoffe, zu verzeichnen. Das ist die Folge der neuen Wirtschaftspolitik und der Tätigkeit der Fachmänner aus der Deutschen Volkspartei.

Wissell fragt nun: hat etwa der Punkt des Programms, der von der Sicherung des Bedarfs der Minderbemittelten an Kleidung und Nahrung, Erfüllung gefunden? Das ist denn doch eine etwas demagogische Fragestellung. Im Sinne der Vollerfüllung hat diese Zusage keine Erfüllung gefunden, aber wir haben das Beste getan, was in unseren Kräften stand.

Bezüglich der Sozialisierung soll nach der Behauptung des Genossen Wissell nichts geleistet worden sein. Wir haben damals erklärt: alle Kraftquellen, die Kohle, die Erze und die Elektrizität wollen wir in das Gemeineigentum überführen, wir wollen die Reichseisenbahnen schaffen. Die Sozialisierung der Kohle konnte nicht erfolgen, weil zunächst einmal das Verhalten der Entente in bezug auf die Wiedergutmachungsfrage abgewartet werden mußte. Nach den Verhandlungen in Spa sollte das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenproduktion vorgelegt werden. Ein Vorwurf ist also unberechtigt. Was die Verreichlichung der Erzschätze anbelangt, so hat das Kabinett seinem Versprechen gemäß einen Gesetzentwurf über die Ueberführung der Ilseder Hütte in Reichseigentum vorgelegt. Im Laufe der Verhandlungen hat Minister Meyer einen überaus günstigen Vertrag mit den Besitzern der Ilseder Hütte abgeschlossen. Die Fraktion hatte zu entscheiden, ob sie dem zustimmen wollte. Ich habe mich dagegen gewandt, weil ich verlangte, daß das Versprechen, die Ilseder Hütte zu sozialisieren, durchgeführt würde. Die Fraktion hat nach den Ausführungen des Genossen Hue beinahe einstimmig gegen mich entschieden und sich auf den Boden des Vertrages gestellt, den Minister Meyer abgeschlossen hatte. Kann Wissell infolgedessen mir oder den sozialistischen Mitgliedern der Regierung einen Vorwurf machen? Man sieht also, in welcher illoyalen Weise Wissell seinen Kampf führt.

Bezüglich des Elektrizitätsgesetzes sagt Wissell, dieses Gesetz stamme von einem bürgerlichen Minister und seine Ausführung sei in die Hände eines bürgerlichen Ministers gelegt, es sei nichts anderes als eine Fiskalisierung. In dem Entwurf, der von einem Kabinett vorgelegt worden wäre, in dem in der Mehrzahl Parteigenossen saßen, sei nicht mit einem Wort von dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter die Rede. Soviel Worte, soviel Unsinn. Wir waren doch eine Koalitionsregierung, und welcher Minister eine Aufgabe auszuführen hat, hängt von der Ressortzuständigkeit ab. Wir haben im Kabinett die Einbringung des Elektrizitätsgesetzes einmütig beschlossen, und der Minister Meyer hat die Vorlage in durchaus ehrlicher und sachkundiger Weise eingebracht. Natürlich muß in einem Koalitionskabinett auch ein bürgerlicher Minister solche Gesetze durchführen. Der Vorwurf, daß das Gesetz nur eine Fiskalisierung sei, ist der alte Vorwurf der Kommunisten, die immer davon ausgehen, daß die Arbeiter den Betrieb, in dem sie sich befinden, selbst verwalten sollen. Das lehnen wir ab. (Sehr richtig!)

Betriebe, die in den Besitz der Gesamtheit übergehen, werden von den Beauftragten der Gesamtheit geleitet und nicht von Beauftragten der Arbeiter des Betriebes. (Lebhafte Zustimmung.) Wissell sagt weiter, wir hätten nicht mit einem Wort das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter geregelt. Das ist absichtlich nicht geschehen. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter kann nicht in

jedem Sozialisierungsgesetz geregelt werden, sondern es wird für die Gesamtwirtschaft geregelt. In einem Staatsbetrieb soll der Einfluß der Arbeiter kein anderer sein wie im Privatbetrieb, er soll im Gegenteil im Privatbetrieb größer sein als in einem Betrieb, der der Gesamtheit gehört.

Ich meine also: alle Vorwürfe Wissells fallen in sich zusammen. Wissell hat sich genau wie der Genosse Cohen in seiner Kontinentalpolitik ein Rezept, das er Planwirtschaft nennt, zurechtgemacht. Wissell sieht alles nur vom Gesichtspunkt der Möllendorffschen Planwirtschaft aus. Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von Vorgängen aus unserer Regierungszeit vor Augen führen. Ich will aber darauf verzichten. Ich glaube, daß die große Mehrheit des Parteitages sich nach dem Ergebnis der Debatte ein Urteil bilden wird, das nicht zugunsten des Kollegen Wissell ausfällt. Der Parteitag und mit ihm die gesamte Partei wird meiner Auffassung nach die Ueberzeugung gewinnen, daß die Männer, die die Fraktion auf verantwortliche Posten in der Regierung gestellt hat, nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht erfüllt haben, daß die Arbeit, die sie im Interesse des Volkes geleistet haben, fruchtbringend gewesen ist, und daß der Fonds, den wir der neuen Regierung übergeben haben, nunmehr in verantwortungsloser Weise verwirtschaftet wird. (Lebh. Beifall.)

Dr. **Landauer**: Es ist vielleicht begreiflich, wenn sich auf dem Parteitag das Gefühl regt: es ist genug gesprochen über Wissell. Aber seien wir uns darüber klar: wenn wir nicht die Grenzen der Berechtigung der Wissellschen Ideen klar auf dem Parteitag sehen, wird diese Frage noch lange aufwühlend und zerstörend in der Partei fortwirken. In allererster Linie wichtig ist es, daß wir sehen, wo die Streitpunkte in der Debatte nicht liegen. Der Streitpunkt liegt nicht in der Frage des Ziels. Wir alle wollen eine geordnete Wirtschaft, die durch die Allgemeinheit betrieben wird. Wir wollen also den Besitz der Allgemeinheit an den Produktionsmitteln und weiterhin die planmäßige Ordnung. Und die Hauptfrage ist die: wo soll begonnen werden, bei der Ueberführung des Besitzes in den der Allgemeinheit, oder soll die planmäßige Ordnung schon eintreten, wo wir sie durchführen können und wo wir noch nicht in der Lage sind, die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen? Kein Problem ist es, ob zur Zeit schon in den noch nicht sozialisierbaren Betrieben ordnende Eingriffe geschehen sollen. Denn dafür sind wir unbedingt. Aber auch die Gegner Wissells sehen in den ordnenden Eingriffen keine Maßnahme zur Sozialisierung, sondern nur zur Abstellung der schwersten Mißgriffe, die uns durch die Not aufgedrängt sind. Von Fall zu Fall wird man zu prüfen haben, ob sie notwendig sind. Das ist keine Gelegenheitsmacherei. Dieser Ausspruch Wissells — er möge mir verzeihen — ist nur ein Schlagwort, das ganz und gar nicht paßt. Unter den gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen erfahren wir täglich, daß jede wirtschaftliche Maßnahme ihre ungünstigen Seitenwirkungen hat und es ist die Frage jedes einzelnen Falles, ob diese unangenehmen Seitenwirkungen größer oder kleiner sind als der Nutzen der Maßnahme. Selbstverständlich kann es gar nicht darauf ankommen, ob sich bei dem einen oder anderen System der Sozialisierung zunächst ein Fehlschlag herausgestellt. War denn die Kaliwirtschaft, die nach dem System Wissells aufgebaut ist, kein Fehlschlag? Genosse Wissell hat in seinen mehr als 1½ stündigen Ausführungen nur mit einem einzigen nichtssagenden Satz das Hauptbedenken gegen seine Vorschläge gestreift, daß ordnende Eingriffe eine Zwangssyndizierung der Betriebe voraussetzten und daß in diesen sich regelmäßig eine Stärkung der Macht des Großunternehmertums ergibt. Das haben wir am deutlichsten in der Kaliwirtschaft gesehen. Genosse Wissell behauptet in seiner Programmschrift, das sei eine Zufälligkeit gewesen

daß dies sich in allen Wirtschaftszweigen gezeigt hat, die nach dem System der Planwirtschaft aufgebaut sind. Alle anderen Wirtschaftspolitiker betrachten das nicht als Zufall. Wir glauben, daß die Planwirtschaft, wie sie Genosse Wissell durchführen will, eine Verstärkung der zum Kapitalismus drängenden Bestrebungen bedeutet, einen Schritt vom Sozialismus weg, weil sie die Kraft des Kapitalismus so stärkt, daß es unmöglich wird, die Sozialisierung durchzuführen. Genosse Wissell hat mit Recht die große Bedeutung der führenden Persönlichkeiten für das Wirtschaftsleben hervorgehoben, und da möchte ich fragen, spielen diese Persönlichkeiten in der Planwirtschaft nicht eine ausschlaggebende Rolle, nehmen sie nicht in den Selbstverwaltungskörpern naturgemäß eine führende Stellung ein und glaubt er denn, daß diese, die an dem Kapitalismus direkt oder indirekt interessiert sind, sich dazu hergeben würden, wenn sie glaubten, daß dadurch der Sozialismus verstärkt wird? Die große Anziehungskraft des Wissellschen Systems beruht zweifellos darin, daß er sofort ein Aktionsprogramm für die Sozialisierung aufstellt. Wir haben dasselbe bei dem System Dr. Neurath in Bayern gesehen. Damit können wir allerdings nicht aufwarten. Wer sich zu den Grundgedanken bekennt, die Schmidt in seiner Programmschrift ausgeführt hat, wird darauf verzichten müssen, ein Aktionsprogramm für die gesamte Wirtschaft sofort aufzustellen. Damit ist nicht gesagt, daß wir uns heute schon intensiv die Köpfe zerbrechen, wie der nächste und übernächste Schritt aussehen soll. Wir brauchen uns heute noch nicht auf die Sozialisierung des Kohlenbergbaues festzulegen. Können wir den Massen einen ungefähren Ausblick auf den weiteren Weg nicht geben, so werden solche Gedanken wie diejenigen Wissells immer wieder auftauchen und zu einem Schaden für die Partei werden. In den Mittelpunkt unseres Sozialisierungsprogramms muß der Gedanke treten: Nationalisierung der Staats- und Gemeindebetriebe. Kein Satz in der Programmschrift des Genossen Schmidt ist so wichtig wie der, daß der Staatsbetrieb die vollkommenste Form der Sozialisierung ist. Das mag als eine Selbstverständlichkeit erscheinen. Wer aber die Erörterungen innerhalb der Partei in der Sozialisierungsfrage kennt, wird es zum mindesten nicht als eine Ueberflüssigkeit betrachten. Der Gedanke, der seitens der bürgerlichen Politiker immer wieder vertreten und in verschleierter Form auch in sozialistischen Kreisen Eingang gefunden hat, daß der Staatsbetrieb nicht wettbewerbsfähig ist, ist ein Vorurteil und kommt mir vor wie die Haltung der französischen Regierung zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, als sie die Einführung des elektrischen Telegraphen ablehnte mit dem Hinweis auf den optischen Telegraphen, der vorzüglich sei. Allerdings ist der Staatsbetrieb in der heutigen Form in keiner Weise wettbewerbsfähig, aber er ist der Vervollkommnung fähig, und es sind noch nicht einmal die ersten Schritte getan, um seine Nationalisierung auszuprobieren. Da müssen wir einsetzen. Mit einem Satz Schmidts kann ich mich allerdings nicht einverstanden erklären, daß wir nämlich nicht experimentieren dürften. Ich gebe die politische Schattenseite jedes Experiments in der Sozialisierungsfrage rückhaltlos zu. Trotzdem sage ich, es ist unmöglich, eine neue Wirtschaftsordnung nach völlig neuen Grundsätzen aufzubauen, wenn man nicht experimentiert. Wir brauchen Versuchsbetriebe im Besitz der Allgemeinheit, wo ausprobiert wird, in welcher Form es möglich ist, die wirtschaftlichen Betriebe herauszulösen aus der bureaukratischen Verwaltungsmaschine und die Interessen der darin Arbeitenden mit den Interessen der Allgemeinheit zu verknüpfen. Da möchte ich nun die Bitte ganz besonders an die Reichstagsfraktion richten: es wäre mir, und ich glaube auch vielen Parteigenossen, sehr wertvoll, etwas zu erfahren, wie es mit den reichseigenen Betrieben steht, insbesondere mit den ehemaligen Heeresbetrieben. Hier wird

es notwendig sein, daß wir mit allen Mitteln dafür sorgen, die Nationalisierung durchzuführen. Dann haben wir nicht nur theoretisch das Problem der Sozialisierung gelöst, sondern auch praktisch das Problem der politischen Macht. Denn in diesem Augenblick sprengen wir die bürgerlichen Parteien. Kein Schlagwort ist in politischer Beziehung für uns schlimmer als das sich immer wiederholende Schlagwort, daß ja der Staatsbetrieb niemals wettbewerbsfähig sein kann mit dem Privatbetrieb. (Lebhafter Beifall.)

Bernay: Keiner von uns verkennt wohl die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich in der Zeit, wo unsere Genossen in der Regierung waren, der Sozialisierung entgegenstellten. Ich nehme den Meinungsaustausch Wissells und Robert Schmidts nicht tragisch, auch nicht, daß sie der Lösung unserer Schwierigkeiten nicht Herr geworden sind. Uns zieht das Bleigewicht unserer Verschuldung in die Tiefe. Eines Tages wird auch der letzte Halt unsern Fingern entgleiten, wenn wir uns an die alten Formen halten. Auch eine geregelte Wirtschaft wird uns nichts nützen. Zu der Verschuldung kommt noch die Entwertung unseres Geldes, das heißt, unserer deutschen Arbeit. Wenn der Schweizer Arbeiter 200 Mk. verdient am Tag, so kann er damit die vielfache Arbeit des Deutschen einkaufen. Diesen Vorsprung können wir niemals einholen. Auch die Angleichung an die Weltmarktpreise nützt uns nichts. Das hätte die völlige Entwertung unseres Geldes zur Folge, wie es überhaupt keinen Wert mehr hat. 84 Milliarden Papiergeld schwirren bei uns oder im Ausland herum. Ein Drittel ist im Ausland fest investiert und ein Drittel befindet sich in den Händen der Schieber, der Aasgeier des deutschen Volkes. Sie können nicht zur Besteuerung herangezogen werden, sie treten aber jedesmal unheilvoll in Erscheinung bei jeder wirtschaftlichen Maßnahme. Eine Zwangsanleihe würde die Verschuldung nicht aufheben, sie würde aber eine Festigung des bürgerlichen Systems bedeuten. Wenn dieses nichts taugt, dann soll es sobald wie möglich verschwinden. Wollen wir auf einen Gott warten, der vom Himmel erscheint? Wir müssen einmal selbst Gott sein, wir müssen den Mut aufbringen zur Tat! Ich muß es einmal aussprechen, daß ich auf einen Minister warte, der den Mut hat, sich zur Klarheit und Wahrheit durchzuringen und in einer starken glücklichen Inspiration vielleicht einen Strich macht durch die Schuldknechtschaft des Krieges. Ich weiß nicht, wie wir sonst aus der Not herauskommen wollen. Immer weiter, immer tiefer stricken wir uns in die Verschuldung hinein. Ich rede natürlich nicht von der Nichteinhaltung der Friedensbedingungen von Versailles; wir müssen suchen, diese Friedensbedingungen einzuhalten. Ob es uns gelingt, weiß der Himmel oder auch der weiß es nicht. Aber diesen Bedingungen können wir besser nachkommen, wenn wir uns endlich freigemacht haben von der Nutznießung dieser Aasgeier des Krieges an unserer Wirtschaft. Die Folge wäre natürlich eine Erschütterung des ganzen Staates, aber sind die gegenwärtigen Erschütterungen nicht auch groß genug? Wir müssen herauskommen aus der Wirtschaftsordnung, unter deren Trümmern wir sonst noch begraben werden. Die Angst vor dem Auslande ist natürlich nicht ganz unberechtigt. Ich weiß, daß wir in diesem Augenblick vom Ausland abgeschnitten werden, ich weiß, daß wir auf uns selbst gestellt uns nicht ernähren könnten, aber ich glaube, daß ein neues Reich, ein neues Deutschland, das auf neuer Grundlage anfangen wollte, mindestens dieselbe Kreditfähigkeit bei dem ernsten Ausland haben würde, wie das verschuldete und verrottete Wirtschaftssystem von heute. Ein frischer Zug von Produktions- und Arbeitsfreudigkeit würde wieder im deutschen Volke aufflammen und selbst, wenn wir unsere deutschen Schlösser und Museen verpfänden müßten, um eine Anleihe zur Ernährung zu bekommen, würde ich nicht davor zurückschrecken. Aber auf

der alten zerfallenen Grundlage weiter zu wirtschaften, erscheint mir als ein gefährliches Experiment und auf keinen Fall dürfen unsere Genossen sich an der Fortführung einer solchen Wirtschaftsordnung durch Anteilnahme an der Regierung beteiligen. Unsere Genossen im Lande richten ihre Blicke auf diese Tagung, sogar die Augen ganz Deutschlands sind in diesen Tagen nach Kassel gerichtet und erwarten von ihr ein klares Ziel, wohin wir in Zukunft steuern sollen. Ein fester unbeirrter Wille und ein klares Ziel sind heute mehr notwendig als je. Und wenn wir dieses Ziel finden und den unbeirrbaren Willen bekunden, reißen wir die Massen wieder mit zu dem gemeinsamen Ziel, das uns vor Augen schwebt. Dann wird es uns gelingen, ein Haus aufzubauen, wo das deutsche Volk auch für die Dauer in freier Gemeinschaft eine freie und würdige Wohnstätte findet.

Eberhard: Wer den Genossen Wissell reden hört, gewinnt den Eindruck, daß er von der Unfehlbarkeit seiner Ideen überzeugt ist. Das ist seine Stärke, weil er suggestiv auf die Zuhörer wirkt, das ist auch seine Schwäche, weil es ihn zum Eiferer macht. Wie kann ein Wirtschaftspolitiker den Satz aussprechen, daß wir frei sind in unseren wirtschaftlichen Entschließungen. Wir sind so frei, wie etwa der Arbeiter die Freiheit hat, Fleisch in den Fleischerläden zu kaufen. Wie hier die Mittel der Arbeiterbevölkerung entzogen sind, um etwas zu kaufen, so sind von den Gegnern Deutschland die Mittel zum Wiederaufbau entzogen. Die Kohle ist das Blut im deutschen Wirtschaftskörper. Wenn wir ihm das Blut entziehen, muß er krank werden. Wenn unsere Genossen in der Regierung alles getan haben, um die Kohlenförderung zu heben, haben sie damit den Anfang des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft in die Hand genommen. Unsere Arbeitslosigkeit ist nur deshalb so groß, weil dieses Blut im Wirtschaftskörper fehlt. Ich stehe mitten im tätigen Wirtschaftsleben. Auf die Glas- und Porzellanindustrie ist bereits hingewiesen worden. Dort könnten wir Hunderttausende exportieren, wenn wir nur produzieren könnten. Ebenso ist es in der mir nahestehenden chemischen Industrie. Ich erinnere an Wasserglas, Aetznatron und Soda, für deren Herstellung wir die besten Einrichtungen besitzen, die wir aber nicht ausnützen können, so daß wir Soda einführen müssen. (Hört! Hört!) Die deutsche Soda kostet 100 Mark je 100 Kilo, die eingeführte aber 400 Mk. (Hört! Hört!) Die Frage der Kohlenbeschaffung ist zweifellos die Hauptfrage, wenn das deutsche Wirtschaftsleben überhaupt wieder in Gang gebracht werden soll.

Mit Recht ist gesagt worden, daß die Idee Wissells nicht neu ist. Ich erinnere mich, daß ich in der Sozialisierungskommission der bayerischen Abgeordnetenkammer gegen dieselben Ideen, die Professor Neurath aufgestellt hatte, zu kämpfen hatte. Große Pläne wurden entworfen, aber die Arbeiterschaft verlangte, daß einmal praktisch etwas geschieht. Wir haben alle Veranlassung, keine neuen Enttäuschungen in die Arbeitermassen hineinzutragen. Die Vorgänge in Halle werden eine weitere Zerreißung der Arbeiterschaft bringen. Ein großer Teil derjenigen, die ihre Hoffnung auf die Unabhängigen gesetzt haben, werden zum Indifferentismus zurückkehren und schwer wieder zu gewinnen sein. (Sehr richtig!) Deshalb meine ich, je mehr wir uns auf den Boden der realen Wirklichkeit stellen, desto sicherer werden wir zu einer Neugestaltung unserer Wirtschaftsweise kommen.

Dr. Adolf Braun: Wir betrachten unsern Freund Wissell als einen der tüchtigsten Parteigenossen, von dem wir noch viel für die Partei erhoffen. Er macht uns aber die allergrößten Schwierigkeiten, sicher nicht aus bösem Willen, sondern weil er sich in eine Sackgasse verrannt hat. Er glaubt, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Viktor Hugo hat einmal gesagt: Ich

brauche nur einen schönen Titel, das andere findet sich von selbst. Für einen französischen Roman mag das genügen; aber was wir wollen, darf nicht Phantasie sein, sondern muß aus der Wirklichkeit herauswachsen. Mögen andere Staatsromane schreiben, wir müssen mit der Zwangsmäßigkeit unserer Wirtschaft rechnen, die uns nicht die Freiheiten des Handelns gewährt, mit denen Wissell rechnet. Er unterschätzt die Wirkungen des Versailler Friedens. Wenn man schöne Pläne aufstellt und dann unsere Dieselmotore zerstört und Milchkühe an die Entente abgeliefert werden sollen, dann wird einem das Konzept zu oft zerrissen.

Ich will keine Witze über die schönen Zeichnungen Wissells machen. Er hat Sinn für Architektur. Aber bei der Architektur, die nicht nur Zeichnung ist, ist alles in Statik und Dynamik bis aufs kleinste ausgerechnet; wenn man einen Stein herausnimmt, bricht das Ganze zusammen. Diese Steine reißt aber die Entente täglich aus unserem Wirtschaftsleben heraus. Wie bei vielen Erfindern ist bei Wissells Plänen Fanatismus vorhanden. Ich hoffe, daß Wissell nach diesem Parteitag von dieser Erfinderkrankheit gesunden wird. Sie tritt bei ihm noch in ganz annehmbaren Formen auf, bei Möllendorff aber tritt sie in brutalen, rücksichtslosen Formen in die Erscheinung. Möllendorff hat in Heidelberg in so absprechender Weise über alles, was mit der Sozialdemokratie im Zusammenhang steht, gesprochen, daß Wissell mit aller Entschiedenheit in der Oeffentlichkeit von ihm abrücken müßte. Wissell ist aus der Metallindustrie hervorgegangen. Er kennt den Schraubstock und weiß, was man in den Schraubstock hineinzwängen kann. Aber mit Quecksilber kann man am Schraubstock nichts machen. Unsere ganze Wirtschaft ist aber ein Quecksilber; mit den unsichtbaren Faktoren unseres Wirtschaftslebens kann man in der „Planwirtschaft" nichts anfangen. Unlängst habe ich einmal gelesen: Feuer kann man nicht in Holz fangen und aufheben. Im Vergleich zu dem Feuer, das unsere Wirtschaft ununterbrochen verzehrt, sind alle diese Pläne nichts als hölzerne Gefäße. Wir können nicht so planmäßig arbeiten, weil wir nicht Herren unserer Wirtschaft sind, sondern eine Oberherrschaft über uns besteht. Wir dürfen die Riesenhaftigkeit des Problems nicht unterschätzen. Je klarer wir über die Kompliziertheit der Verhältnisse sind, desto mehr werden wir erkennen, daß es kein medizinisches Allheilmittel für unsere Wirtschaft gibt.

Ueber die Mängel der Resolution 367 bin ich durchaus im klaren. Aber sie erklären sich aus der Zweckbestimmung. Die Resolution soll eine ganze Anzahl anderer Anträge überflüssig machen. Einer meiner Freunde hat die Resolution abfällig beurteilt und erklärt, sie verlange, der liebe Gott solle die Kartoffeln billiger machen. Das ist durchaus unbegründet. Wir wenden uns nicht an den lieben Gott, sondern wir weisen auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Wirtschaft hin und zählen im einzelnen die Mittel auf, die zu ihrer Behebung dienen können.

Wir begreifen durchaus den Antrag des Genossen Heilmann, dem Landwirtschaftsminister Hermes ein Mißtrauensvotum zu erteilen. Aber man soll die Arbeit im Parlament nicht unterschätzen. Sie dürfen uns nicht solche bindenden Aufträge geben, sondern müssen Vertrauen zu uns haben. Ich bitte, den Antrag an die Fraktion zu überweisen, nicht aber als Anweisung an die Fraktion zu betrachten.

Mit allen Abänderungsvorschlägen der Resolution, so mit der Vergesellschaftung der Erzbergwerke, bin ich durchaus einverstanden, auch damit, daß wir zum ersten Male den Volksentscheid bei dem Problem der Sozialisierung anwenden, wenn unsere Sozialisierungsvorschläge im Reichstage und bei der Regierung unüberwindlichen Widerstand finden. Dann werden wir der Ar-

beiterklasse ganz Deutschlands beweisen, daß wir in der Sozialisierungsfrage die Führung haben.

Wissell hat dadurch, daß er sich in der Sozialisierungskommission in Gegensatz zu uns gestellt und mit Rathenau, von Siemens und Batocki dem Vorschlag II zugestimmt hat, uns eine schwere Niederlage beigebracht. Wenn er mit uns gestimmt hätte, hätten wir die Mehrheit für den Vorschlag I gehabt. (Hört! Hört!) Indem Wissell für den Antrag II gestimmt hat, hat er seine Planwirtschaft einfach als antisozialistisch verurteilt. (Beifall.)

Der Vorsitzende **Scheidemann** teilt mit, daß mehrere genügend unterstützte Anträge auf Schluß der Debatte vorliegen.

Gegen den Schlußantrag führt **Fellisch**-Chemnitz aus, daß die Debatte bestätigt habe, daß der gestrige Antrag der Chemnitzer Genossen, abwechselnd einen Redner für und gegen die Planwirtschaft sprechen zu lassen, berechtigt gewesen sei. Die Debatte habe einen einseitigen Verlauf genommen, es müßten noch einige Redner zu Worte kommen, die dem Vorschlage Wissells sympathischer als die bisherigen Redner gegenüberstehen.

Der Vorsitzende **Scheidemann** widerspricht der Auffassung, daß die Debatte sich hauptsächlich um die Planwirtschaft gedreht habe.

Der Schluß der Debatte wird darauf mit großer Mehrheit beschlossen.

Der Parteitag gibt seine Zustimmung, daß die Genossen Wissell und Robert Schmidt noch Gelegenheit erhalten, vor dem Schlußwort des Referenten sich zu äußern.

Wissell: Wenn ich die Gedanken der Planwirtschaft in meinen ersten Ausführungen nicht so behandelt habe, wie es einige Redner gewünscht hätten, so deswegen, weil ich annahm, daß nach dem letzten Parteitage, der eine im wesentlichen von mir stammende Resolution angenommen hat, und meinem Beitrag in der Programmbroschüre, die Mehrzahl der Parteigenossen über die Idee der Planwirtschaft unterrichtet war. Aus den Ausführungen des Genossen Schmidt habe ich allerdings entnommen, daß er noch nicht begriffen hat, worum es sich handelt. Es kam mir gerade so vor, als ob ich ein Loch neben ihm vorbei in die Wand rede.

Genosse Schmidt hat gesagt: Nicht auf die Organisation kommt es an, sondern im wesentlichen auf die Steigerung der Produktion. Will ich denn unsere Wirtschaft organisieren aus Freude am Organisieren, oder halte ich nicht die Organisation unserer Wirtschaft nur deshalb für nötig, weil nur bei einer organisierten Wirtschaft das Höchstmaß an Gütern erzeugt wird, das überhaupt erzeugt werden kann. Nur um die Produktion zu steigern, halte ich eine Organisation der Wirtschaft für nötig. In einer tausendfältig zersplitterten Wirtschaft, in der einer gegen den anderen arbeitet und nur auf seinen Profit sieht, ist es unmöglich, die Produktion so zu steigern, wie es notwendig ist.

Sie haben die wahnsinnig hohen Zahlen gehört, die Ihnen Genosse Heilmann vorgetragen hat. Was wir zum Leben notwendig haben und was wir ins Land hereinbringen müssen, müssen wir doch bezahlen; dauernd auf Kredit können wir nicht leben, denn das führt zu einer weiteren Verschlechterung des Wertes der deutschen Mark. Da wir kein Gold haben, können wir doch nur mit dem international anerkannten Zahlungsmittel, mit Waren, bezahlen. Um diese Waren in den Mengen, die erforderlich sind, zu erzeugen, versuche ich, in das Gegeneinander unserer Wirtschaft Ordnung zu bringen, mit dem Ziel, das Höchstmaß von Waren herzustellen.

Schmidt hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte bewußt die Unwahrheit gesagt, als ich auf die Verhältnisse der Ein- und Ausfuhr und auf die Grundsätze, die dafür im Wirtschaftsministerium obwalteten, eingegangen bin. Ich habe ausdrücklich gesagt, das Wirtschaftsministerium hat Grundsätze aufgestellt, die im wesentlichen auf Einfuhrfreiheit für Rohstoffe und Ausfuhrfreiheit für Fertigfabrikate gingen. Ich füge jetzt hinzu: das hat bewirkt, daß Seidengespinst und Rohseide ohne Kontrolle eingeführt werden konnten, wo wir Seide nur zu einem kleinen Prozentsatz für unsere Industrie gebrauchen; und die Ausfuhrfreiheit für Fertigfabrikate hat, wie ich nochmals ausdrücklich betone, dazu geführt, daß Bettwäsche und Leibwäsche, mit Ausnahme der aus Leinen hergestellten, und daß Militärmäntel in ungezählter Menge ohne Kontrolle im reellen Handel ins Ausland gingen. Das ging bis in den Dezember 1919 hinein.

Genosse Schmidt hat weiter gesagt, ich hätte eine Angleichung des Weltmarktpreises erstrebt, und zwar zu einer Zeit, als in Deutschland der Brotgetreidepreis 700 Mark und der Weltmarktpreis 12 000 Mark betrug. Er hat dabei einen Satz aus meiner Denkschrift, die das Datum vom 7. Mai 1919 trägt, verlesen. Genosse Schmidt, der doch die Preise für die nächste Ernte festgesetzt hat, weiß nicht einmal, daß einschließlich der Prämien, die den Landwirten im letzten Dezember zugebilligt waren, und die einen so großen Sturm der Entrüstung bei den Parteigenossen erregten, im Dezember 1919 erst der Preis von 700 Mk. erreicht worden ist, und er weiß nicht, daß im Januar und Februar dieses Jahres, wo wir für 100 Gulden 3980 Mark zahlen mußten, der Weltmarktpreis für Getreide ungefähr 11 000 Mark betrug. Im Mai, als ich die Denkschrift schrieb, zahlten wir für 100 Franken 233 Mark und für 100 Gulden 446 Mark.

Wenn ich mir diese Sätze noch einmal ansehe, so muß ich sagen: sie sind richtig. Ich schrieb Anfang Mai:

> Eine Erhöhung des Brotpreises ist schon jetzt notwendig geworden. Mit dem Einsetzen der neuen Ernte wird sie unvermeidlich werden. Der Getreidepreis ist während des Krieges künstlich niedergehalten worden. Seine Annäherung an den Weltmarktpreis wird schon aus dem Grunde notwendig, da sonst an den Grenzen große Mengen auf Schmuggelwegen an das besserzahlende Ausland gehen. Schon jetzt macht sich dieser Schmuggel geltend.

Ich habe gesagt, das sei notwendig, weil wir unter den Verhältnissen, wie sie damals standen, schon in unserer Getreidewirtschaft ein Defizit von einer Dreiviertelmillion zu verzeichnen hatten. Das Defizit, das mir damals ungeheuerlich erschien, ist im Laufe der Zeit auf rund 10 Milliarden durch die wahnsinnige Entwertung der Valuta gestiegen. Diese Entwertung ist im hohen Grade durch die zu große Einfuhr von Waren bedingt, die nicht absolut geboten war. Wir haben einen Einfuhrüberschuß von über 27 Milliarden Mark und dabei ist diese Rechnung künstlich fristiert.

Genosse Schmidt hat weiter gesagt, ich hätte die Industrie subventionieren wollen. Was ich darüber geschrieben habe, halte ich wörtlich aufrecht:

> Das Reich stellt zu dem Zwecke, die deutsche Gütererzeugung insbesondere durch Erteilung von Aufträgen zu fördern und dadurch die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft zu ermöglichen, einen Reichsfonds von mehreren Milliarden Mark zur Verfügung, deren bankmäßige Verwaltung einer Reichsvermögensbank zuteil werden würde. Die Gewinne der aus diesem Fonds mit Aufträgen bedachten Betriebe sollen dahin begrenzt werden, daß Gewinne, die über den Satz von 5 Prozent des Stammkapitals, einschließlich des ausgewiesenen Reservefonds erzielt werden, zu drei Vierteln an einen

Reichsfonds abzuliefern sind, von dem zwei Drittel zur Förderung der Gütererzeugung und ein Drittel zur Förderung sozialer Aufgaben, z. B. Erhöhung der Invalidenrenten, verwendet werden.

Schmidt sagte, wir hätten für das zurückflutende Millionenheer Arbeit schaffen müssen zu einer Zeit, wo unsere Industrie aller Rohstoffe bar war. Ja, zu dieser Zeit wurde der Gedanke des Reichsfonds geboren, ein Gedanke, der jetzt durch die Subventionierung der Betriebe, die sich nicht aufrechterhalten können, der Verwirklichung in anderen Formen entgegengeht.

Schmidt sagt, im Kohlenbergbau hätte ich nichts getan. Ich stelle fest, daß ich in meiner Denkschrift schon darauf hingewiesen habe, daß der Kohlenbergbau ein Siedlungsproblem ist und wir mindestens 700 Millionen Mark dazu brauchten. Im Kabinett wurde gesagt, daß gegen derartige Forderungen die Entente sofort Einspruch erheben würde.

Schmidt und Braun haben dann auf meine Stellung in der Sozialisierungskommission hingewiesen. Sie wissen nichts von den Sondervoten Batockis oder von Siemens', nichts davon, daß fünf der Arbeitermitglieder, die den Vorschlag I unterzeichnet haben, sich bereit erklärt haben, falls ihre Vorschläge nicht zu verwirklichen sind, auch für den Vorschlag II zu stimmen. Ich lasse mir nicht in meine Tätigkeit in einer Kommission wissenschaftlicher Art hineinreden, in der die einzelnen Mitglieder nur nach ihrer Ueberzeugung und nicht nach den Parteidoktrinen urteilen. Würde bei solchen wissenschaftlichen Untersuchungen die Parteidoktrin ausschlaggebend sein, dann würde jede wissenschaftliche Forschung geradezu unterbunden.

Genosse Bauer sagt, ich sei im Lande herumgereist und hätte gegen die Regierung und gegen die Fraktion gehetzt. In diesem Saale sitzen viele Genossen, die mich in den letzten Jahren haben reden hören, und sie wissen, daß ich die Schuld an den Verhältnissen in erster Linie der Arbeiterschaft zugeschoben habe, weil sie den Blick nur auf den einzelnen Betrieb gerichtet hat und den Einblick in die Wirtschaftsdinge vermissen ließ. (Sehr richtig!)

Bauer und Schmidt haben gesagt, durch die Organisierung unserer Wirtschaft würde eine wesentliche Stärkung des Unternehmereinflusses erreicht. Diese Stärkung wird kommen, wenn wir nicht die Wege gehen, die wir gehen müssen. Ich will den Einfluß der Arbeiter einschalten, die mir die Gewähr bieten, daß diese organisatorische Zusammenfassung die allgemeinen Interessen wahre. Das, was ich gewollt habe, setzt sich durch, und dieser Parteitag ist ein Beweis dafür, daß unsere Parteigenossen schon in hohem Maße wirtschaftliche Erkenntnis erfaßt hat. (Lebhafter Beifall.) Der Redner muß einer körperlichen Indisposition wegen vorzeitig abbrechen.

Robert **Schmidt**: Die Ablehnung der von Wissell nach einer bestimmten Schablone aufgestellten Planwirtschaft schließt nicht zugleich die Folgerung in sich, jede Organisation des Wirtschaftslebens abzulehnen. Im Gegenteil war es unsere Aufgabe und sie wird es auch in Zukunft sein, je nach den Umständen Organisationen durchzuführen, die im Interesse des Wirtschaftslebens notwendig sind. Dringender als je ist es aber notwendig, die Partei vor Illusionen zu bewahren, nicht den Glauben zu stärken, als ob irgendeine Organisation gegenüber den enormen Schwierigkeiten, die unser Wirtschaftsleben dem Wiederaufbau bietet, das alleinige Hilfsmittel sei, das uns retten kann. Wissell hat sich darauf berufen, daß der letzte Parteitag die Resolution angenommen habe, die von ihm herrühre. Wir haben auf dem letzten Parteitage nicht so eingehend über die Planwirtschaft gesprochen, daß wir sagen können: es ist mit Sicherheit anzunehmen; in der Beschlußfassung des Parteitages wäre zugleich zum Ausdruck gebracht, daß wir für alle Wissellschen Anregungen sind. Er hat

sich darauf berufen, daß ich gesagt habe: nicht die Organisation ist das Entscheidende, sondern die Produktion.

Das hat er so ausgelegt, als ob er glaubt, gerade durch seine Organisation würde die Produktion die richtige Grundlage erhalten und die beste Förderung. Gegen das Kohlenwirtschaftsgesetz habe ich grundsätzlich durchaus nichts einzuwenden, aber es wäre das Törichteste, bei der Arbeiterschaft den Glauben zu erwecken, daß die Organisation, die wir beim Kohlenwirtschaftsgesetz haben, die Ursache der Steigerung der Produktion gewesen ist. Die Ursache der Steigerung der Produktion in der Kohlenförderung ist unsere Verhandlung mit den Bergarbeitern gewesen. Der Kohlenwirtschaftsrat hätte das nie erreicht. Der Einfluß ist von den Gewerkschaften, von den Arbeitern aus anderen Berufen ausgegangen, die immer wieder den Bergarbeitern vorgehalten haben, wie gerade der Mangel an Kohlen eine ungünstige Rückwirkung auf die Produktion in anderen Berufen ausübt. Das schien mir auch das Richtige zu sein, deshalb mein Ausspruch: die Kohlenproduktion muß zunächst in ihrer Grundlage gefestigt werden, um von da aus die übrigen Produktionszweige zu befruchten. Ich stelle das immer wieder fest, woran Wissell vorübergeht, daß die Industrie die vielen Aufträge nicht zur Ausführung bringen konnte, weil keine Kohle vorhanden war. Jeden Tag sind zu mir Arbeiter gekommen und haben mir das vor Augen geführt. Wissell hat sich in die Idee verrannt, daß mit der Planwirtschaft überall geholfen werden könnte. Ich bin aber zu dem Ergebnis gekommen, daß die Kohlenförderung, die den lebenspendenden Faktor unserer gesamten Industrie darstellt, gesteigert werden muß. Unsere Kohlenproduktion war vor dem Kriege 190 Millionen Tonnen, sie ist auf 107 Millionen Tonnen im Jahre 1919, also nahezu auf die Hälfte herabgegangen; dazu kommen die 24 Millionen Tonnen, die wir an die Entente abliefern müssen. Da hilft uns keine Organisation, es hilft uns nur der gute Wille, der Eifer und die Erkenntnis unserer Bergarbeiter. So hart die Anforderung ist, die wir an die Bergarbeiter stellen müssen, wir können nicht anders, sonst geht unsere Wirtschaft zugrunde.

Im Gegensatz zu Wissell habe ich mich immer im Interesse unserer Gesamtwirtschaft auf den Standpunkt gestellt, daß wir so viel als möglich aus Deutschland ausführen sollen. Ich bestreite aber mit aller Entschiedenheit, daß wir, wie Wissell behauptet hat, Wäsche und Militärmäntel frei herausgelassen haben.

Dann hat Wissell den Standpunkt vertreten, wir müssen an die Weltmarktpreise herankommen. Die Konsequenz wäre gewesen, daß wir, wenn wir bei den Lebensmitteln an die Weltmarktpreise herangegangen wären, dasselbe auch bei der Kohle und den anderen Industriezweigen hätte eintreten müssen. Das ist die törichte Wirtschaftstheorie, die Herr Gothein vertreten hat, die wir aber als Sozialisten nicht vertreten können. (Sehr richtig!) Wenn Wissell glaubt, das mit dem Industriefonds erreichen zu können, was er uns hier vorgeführt hat, so täuscht er sich, wenn er der Auffassung ist, daß die Industrie die Gewinne abführen würde, daß sie ihre Bilanzen nicht verschleiern dürfe. (Sehr richtig!) Ich bin fest überzeugt, wir hätten heute die heftigsten Vorwürfe aus der gesamten Arbeiterschaft zu hören, wenn wir Wissell gefolgt wären.

Ueber dieses Kapitel ließe sich ja noch sehr vieles sagen. Das ist wiederholt mit Recht erhoben worden. Wir leiden unter den Nachwirkungen eines unglückseligen Krieges. Die Aufgabe, die uns gestellt ist, ist schwierig, aber wir müssen aus diesen traurigen und üblen Verhältnissen herauszukommen suchen. Besser wird es nicht dadurch, daß der eine gegen den andern Vorwürfe erhebt. (Beifall.) Erst dann wird es besser werden, wenn wir gemeinsam zusammenarbeiten, um den besten Weg zu finden. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Scheidemann gibt bekannt, daß von den Hamburger Delegierten folgende Erklärung eingegangen ist:

In dem Rededuell Wissell gegen Schmidt ist auf einen Beschluß des Hamburger Senats hingewiesen worden, der angeblich die Aufhebung der Außenhandelsstellen gefordert haben soll. Es handelt sich hier um einen Irrtum; nicht der Hamburger Senat, sondern das Hamburger Parlament, die Bürgerschaft, hat den fraglichen Beschluß gefaßt, und der Beschluß lautet nicht dahin, daß die Außenhandelsstellen sofort aufgehoben werden sollen — das verlangte die demokratische Fraktion auf Drängen des Großhandels —, sondern die Hamburger Bürgerschaft, in der unsere Partei die Mehrheit hat, ersuchte in ihrem Beschluß die Reichsregierung um eine Prüfung der Frage, ob die Handelsstellen aufgehoben werden könnten. Zu diesem Beschluß ist sie gelangt auf Grund der vielfach zu schärfster Kritik herausfordernden Geschäftsführung dieser Reichswirtschaftsstelle. Begier.

Darauf erhält das Schlußwort

Hildenbrand: Ich möchte zunächst die Stellung des Parteivorstandes zu den einzelnen zum Fraktionsbericht vorliegenden Anträgen kurz erläutern, und zwar möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, sämtliche Anträge, die zur Sozialversicherung gestellt worden sind, durch Annahme der Resolution 362 für erledigt zu erklären. Durch die Annahme dieser Resolution wird allen Wünschen Rechnung getragen.

Den Antrag Hamburg 174, der verlangt, daß die baldige Herausgabe eines zeitgemäßen Gesetzes für die schiffahrttreibende Bevölkerung in Angriff genommen wird, da die jetzigen Bestimmungen veraltet sind, möchten wir Sie bitten, der Fraktion zu überweisen. Die Fraktion wird in diesem Sinne alles tun, was in ihren Kräften steht, um die bestehenden Bestimmungen durch andere zu ersetzen.

Den Antrag 346 für die Reichsjugendgesetzgebung, der von der Frauenkonferenz dem Parteitag vorgelegt wurde, bitten wir anzunehmen, weil wir auch der Meinung sind, daß in diesem Sinne gewirkt werden muß. Wenn wir ihn annehmen, erledigen sich dadurch die Anträge 351 und 355. Wir schlagen Ihnen vor, die Anträge betreffend Kinderarbeit, Jugendschutz und Frauenarbeit der Fraktion zu überweisen, ebenso alle Anträge zum Betriebsrätegesetz. Die vielfachen Anträge, ein Tarifgesetz für die Landarbeiter zu schaffen, die Anträge zur Ausgestaltung der Berggesetze, sollten nach unserem Vorschlage ebenfalls der Fraktion überwiesen werden. Eine große Reihe Anträge sind gestellt zur Steuerfrage; wir schlagen Ihnen vor, alle diese Anträge durch Annahme des Vorschlages 368 als erledigt zu erklären. Genosse Quarck hat zu diesem Antrag einen Zusatzantrag gestellt, der eben erst verteilt worden ist. Diesen bitten wir, nicht anzunehmen, sondern der Fraktion zu überweisen, weil es nach unserer Meinung nicht angängig ist, ohne nähere Prüfung des Zusammenhanges und der Möglichkeiten schon einen bestimmten Prozentsatz vorzuschlagen. Ich kann hinzufügen, daß anzunehmen ist, daß die Regierung beim Zusammentritt des Reichstages vorschlagen wird, daß ein Teil des Notopfers sofort eingezahlt werden muß. Diese Vorlage wird den Wünschen des Genossen Quarck wesentlich entgegenkommen. Dann ist ein Antrag 131 gestellt, betreffend die Regelung der Grundsteuer in Preußen. Da der Parteitag der preußischen Fraktion keine Anweisung geben kann, schlagen wir Ihnen vor, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, der sich mit der Fraktion in Verbindung setzen wird. Bei dem Antrag, der den Anschluß an Rußland verlangt, gehen wir davon aus, daß die Antragsteller nicht

einen einseitigen Anschluß an Rußland wollen und andere politische Kombinationen dadurch gewissermaßen unmöglich machen wollen. Wir glauben, wir tun gut, den Antrag 169 der Fraktion zu überweisen. Denselben Vorschlag möchte ich für alle Vorschläge betreffend das Beamten- und Militärrecht, das Entwaffnungsgesetz, zum Volksentscheid, über die Gemeindevertretung, Wahlkreisänderung und alle zur Staatsangehörigkeit vorliegenden Anträge machen. Antrag 130, der die Ministerpensionen regeln will, sollte nach unserer Meinung nicht angenommen werden, weil er für das Reich nicht in Frage kommt und wir nicht übersehen können, wie die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sich gestalten. Wir beantragen ebenfalls Ueberweisung an die Fraktion. Alle Anträge betreffend ein Siedlungsgesetz und Straf- und Zivilrecht, möchte ich ebenfalls vorschlagen, der Fraktion zu überweisen. Antrag 163 — Mannheim —, der verlangt, daß das Verfahren gegen die Kapp-Putschisten durch ein Sondergericht wieder aufgenommen werden soll, können wir nicht empfehlen, weil es nicht angängig ist, nach erfolgter Amnestie eine Wiederaufnahme der Einzelverfahren ins Werk zu setzen. Wir können den Antrag unmöglich annehmen. Antrag 171, der ein Bordellverbot ausspricht, 168 über die Stellenvermittlung, bitten wir ebenfalls der Fraktion zu überweisen. Alle Schulanträge, die gestellt worden sind, schlagen wir vor, durch die Annahme der Resolution Pfülf (371) für erledigt zu betrachten. Antrag 325, der die Durchführung der Einheitsrepublik in Deutschland will, bitten wir anzunehmen, weil er einer allgemeinen Ueberzeugung der Partei entspricht, die eigentlich von niemand bestritten wird, weil er ferner auch mit den Erklärungen der bayerischen und preußischen Parteigenossen im Einklang steht. Den Antrag, der den Anschluß Waldecks an ein größeres Staatsgebiet fordert, ebenso Antrag 340, der für die Befreiung der russischen Kriegsgefangenen Forderungen aufstellt, bitten wir, der Fraktion zu überweisen. Den Antrag 342, Radbruch und Genossen, der das Verfahren bei der Kapp-Amnestie bespricht, bitten wir anzunehmen, um deutlich unsere Stellung gegen dieses unverständliche Verfahren zum Ausdruck zu bringen. Anzunehmen bitten wir den Antrag 361, der die oberschlesische Frage behandelt; 357, der das besetzte Gebiet betrifft, und 365, der die Verhältnisse im Saargebiet betrifft, bitten wir mit dem Antrag 370, der Ostpreußen behandelt, an die Fraktion zu überweisen. Die Anträge zur Ernährung, die in großer Zahl gestellt worden sind, werden in der Hauptsache wohl erledigt werden können durch Annahme des Antrages Otto Braun 359, der ja im speziellen die Sozialisierung der Düngemittel verlangt und von uns zur Annahme vorgeschlagen wird. Der Antrag 331, bezüglich der Stellungnahme gegen den Ernährungsminister Hermes, bitten wir dringend, der Fraktion zu überweisen. Es ist nach unserer Meinung nicht empfehlenswert, hier diesen Antrag in der Form, in der er gestellt wird, anzunehmen. Die Fraktion muß erst Gelegenheit haben, das tatsächliche Material zu prüfen und zu untersuchen, wie weit sich ein derartiges Vorgehen als dringend notwendig erweist. Alle Sozialisierungsanträge — und sie sind ja in großer Zahl gestellt — möchten wir vorschlagen, durch die Annahme des Antrages 367 und des dazu gestellten Zusatzantrages zu erledigen. An die Fraktion zu überweisen schlagen wir vor den Antrag 182, der die Sozialisierung der Apotheken im besonderen fordert, 195, der die Sozialisierung des Seefischfangs betrifft, 329, der die Fraktion auffordert, das im preußischen Landtage angenommene Gesetz über die Sozialisierung der Charlottenburger Wasserwerke im Reichstag zu beschleunigen. Antrag 116 — Groß-Berlin —, der verlangt, daß die Abgeordneten der Partei in den Parlamenten mindestens bei wichtigen Abstimmungen unbedingt anwesend zu sein haben, bitten wir natürlich anzunehmen. Er enthält

eine Selbstverständlichkeit und die Fraktion gibt sich alle Mühe, eine möglichst starke Frequenz aufrechtzuerhalten. Aber schon im vorigen Jahre auf dem Parteitag in Weimar hat Genosse Loebe auf die vielen Schwierigkeiten bei der Erreichung dieses Zieles hingewiesen. Jedenfalls ist aber die Annahme des Antrages eine Stärkung für den Fraktionsvorstand, der dadurch einen größeren Druck auf die Parteigenossen ausüben kann. Den Antrag 377, der zum so und sovielten Male die Doppelmandate verwirft, bitten wir abzulehnen, weil auf diesem Gebiet der stetige Tropfen den Stein bereits erheblich ausgehöhlt hat. Fast allenthalben sind die Doppelmandate beseitigt, jedenfalls liegt es aber in der Hand der Parteigenossen selbst, sie zu beseitigen (Sehr richtig!) und eine Annahme auf dem Parteitag ist in der Tat nicht notwendig, weil Sie ja doch nicht alle Ausnahmen verhindern können, deren Zulassung eben auch wieder Sache der beteiligten Parteiinstanzen sein und bleiben muß. Antrag 298 bitten wir der Fraktion zu überweisen.

Parteigenossen! So ist das umfangreiche Material nach verschiedenen Materien geordnet, und wenn Sie so verfahren, wie wir es Ihnen vorschlagen, dann bin ich überzeugt, daß den Wünschen der Parteigenossen, die sich in den Parteiversammlungen so große Mühe gegeben haben, alle Materien von Grund aus zu regeln, am besten entsprochen wird.

Ich kann mich bei meinem Schlußwort, soweit der Bericht der Fraktion in Betracht kommt, kurz fassen. Eigentliche Anklagen gegen das Verhalten der Fraktion sind ja nicht erhoben worden und die vielen wertvollen Anregungen, die gegeben worden sind, können die Fraktion nur veranlassen, darauf einzugehen und darauf zu drängen, daß diese Anregungen auch erfüllt werden. Zur Wirtschaftspolitik noch mehr zu sagen, als ich in dem Bericht schon ausgeführt habe, halte ich nach dieser umfangreichen wissenschaftlichen, jedenfalls die Frage klärenden Diskussion wirklich nicht für nötig. Aber das eine darf ich wohl sagen: der Parteitag ist sicher in seiner großen Mehrheit der Meinung, daß Wissells Planwirtschaft nichts gemein hat mit einer sozialistischen Wirtschaft. Wir brauchen allerdings einen Plan in unserer Wirtschaftspolitik, aber Schemata aufzustellen ist nicht ratsam bei den täglich wechselnden Verhältnissen in der Wirtschaftspolitik. Der Parteitag ist auch zweifellos, das hat die Diskussion ergeben, unzweideutig für die Vollsozialisierung, er will nichts wissen von Rathenauschen Halbheiten, die uns in der Tat auf dem Wege zur Sozialisierung hemmen, nicht fördern können.

Die Anregungen des Genossen Große-Hamburg auf Hebung der Mängel der Unfallversicherung kommen den Bemühungen der Fraktion entgegen. In der Fraktion besteht keinerlei Zweifel darüber, daß die Zeit gekommen ist, in der Frage der sozialen Versicherungsgesetzgebung, wie es Genosse Graf hier verlangt hat, möglichst rasch zu einer Vereinheitlichung zu kommen. Daß das natürlich eine ungeheure und bei den Parteiverhältnissen im Parlament schwierige Aufgabe ist, wird jeder, der sich einmal mit dieser Materie beschäftigt hat, zugeben. Aber gemacht muß es unter allen Umständen werden. Auf die Anfrage des Genossen Landauer über die Ausgestaltung der Reichswerke möchte ich sagen, daß die Uebernahme der verschiedenartigen großen und während des Krieges aufgeblühten Militärwerkstätten und Staats- bzw. Reichsbetriebe außerordentlich schwierig war, daß es ein sehr gewagtes Experiment ist und daß es alle Kräfte braucht, um diese Betriebe konkurrenzfähig mit der Privatproduktion zu erhalten, wird ebenfalls von keiner Seite bestritten werden. Diese Aufgabe ist deshalb so groß, weil die Arbeiter in diesen Betrieben noch nicht begriffen haben, daß sie den Beweis für die Tüchtigkeit dieser Betriebe zu liefern haben. Die Arbeiter in diesen Betrieben sind und waren wenigstens

vielfach der Meinung, daß, weil sie während des Krieges in diesen Betrieben beschäftigt worden sind, sie auch ein absolutes Anrecht haben, dort dauernd beschäftigt zu bleiben, ohne Rücksicht, ob diese Betriebe vom Staate rentabel oder auch nur erhaltend bewirtschaftet werden könnten. Ich möchte den Arbeitern in diesen Werken zurufen, zu bedenken, daß es in ihrer Hand liegt, bei diesem Experiment den Nachweis zu liefern, daß diese Werke konkurrenzfähig sind. Wenn uns das nicht gelingt bei diesem ersten Experiment, dann sind die Arbeiter die Geschädigten, nicht nur die Arbeiter in diesen Betrieben, sondern die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Daß wir dieses Experiment mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen und verfolgen können, das ist dadurch garantiert, daß an der Verwaltung dieser Betriebe unser Parteigenosse Zernicke beteiligt ist und im Aufsichtsrat der Reichswerke die Genossen Wissell, Legien und Stahl beteiligt sind. Weil unsere Partei durch diese Personen gewissermaßen die Verantwortung mitträgt, steigert sich auch die Verantwortlichkeit der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Es ist in der Debatte und in mancherlei Anträgen der Wunsch ausgesprochen worden, die Berichterstattung über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion besser auszugestalten. Vom Sekretariat der Fraktion ist beabsichtigt, einen neuen Weg zur Vermittelung des Materials einzuschlagen, damit die Arbeit der Fraktion schneller und besser zur Grundlage der Agitation im Lande gemacht werden kann.

Ich glaube damit zum Schluß kommen zu können und kann, indem ich dem Parteitag danke für die günstige Beurteilung unserer Tätigkeit, nur noch im Namen der Fraktion die Versicherung aussprechen, daß wir auch in Zukunft nichts anderes sein wollen als die Beauftragten der Partei, deren Willen und Absichten durchzuführen wir ernstlich bestrebt sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung 1 Uhr 5 Minuten.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Müller**: Der Parteitag kommt zur Abstimmung über die zum Punkt 3 der Tagesordnung gestellten Anträge.

Der Antrag Nr. 362, betr. Sozialversicherung, wird gemäß dem Antrage des Berichterstatters angenommen.

Der Antrag 174, der ein verbessertes Gesetz für die im Schiffahrtsgewerbe Beschäftigten verlangt, wird an die Reichstagsfraktion überwiesen.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die übrigen zur Sozialversicherung gestellten Anträge durch die Annahme des Antrages 362 erledigt sind.

Die Anträge 92, 95, 124 Abs. 1, 138 Abs. 4 und 148, betreffend das Reichsversorgungsgesetz, werden der Fraktion überwiesen.

Der Antrag 346, betr. Vorlage eines Gesetzes über die Jugendwohlfahrtspflege, wird angenommen; die übrigen zu dieser Frage vorliegenden Anträge — 154 und 155 — werden als erledigt erklärt.

Die Anträge 85 und 351, betreffend den Kinderschutz, Antrag 347, betreffend Frauenarbeit, Antrag 348, betreffend das Frauenwahlrecht für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Antrag 358, betreffend den Schutz der unehelichen Mütter, die Beamtinnen sind, der dazu gestellte Zusatzantrag 369a, der Antrag 377, betreffend die Krankenschwestern, und der Antrag 165, betreffend Arbeiterjugend, werden der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 84, 90, 119, 136, 310 und 372, die sich die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes zum Ziel setzen, werden der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 102 und 109 über die Tarifgesetzgebung für Landarbeiter sowie der Antrag 144, Ziffer 1, betreffend die Berggesetzgebung, werden ebenfalls der Fraktion überwiesen.

Zu den Anträgen, die sich mit den Steuern und dem Steuerabzug befassen, beantragt der Berichterstatter Hildenbrand, den Antrag 368 anzunehmen und den dazu gestellten Zusatzantrag 379 der Fraktion zu überweisen, den Antrag 339 dem Parteivorstand zwecks Weitergabe an die Fraktion der Preußischen Landesversammlung zu überweisen und die übrigen zur Steuergesetzgebung vorliegenden Anträge für erledigt zu erklären. — Der Parteitag beschließt demgemäß.

Der Antrag 169, betreffend die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland, wird entsprechend der Erklärung des Berichterstatters Hildenbrand, daß der Antrag nicht so aufgefaßt werden dürfe, als ob es sich um eine ausschließliche Anlehnung an Rußland handele, der Fraktion überwiesen.

Von den zur Beamtengesetzgebung und Beamtenbesoldung vorliegenden Anträgen ist Antrag 117 zurückgezogen. Die übrigen dazu vorliegenden Anträge werden an die Fraktion überwiesen.

Die zur Militärgesetzgebung gestellten Anträge 97, 98, 99, 100, 188, 191 und 296 werden der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 159 und 183 über das Entwaffnungsgesetz und die Militärgebäude werden an die Fraktion überwiesen.

Zu den Anträgen 96, 309 und 330, betreffend den Volksentscheid, wird Ueberweisung an die Fraktion beschlossen.

Die Anträge 104 und 127, betreffend die Gemeindeverfassung, werden ebenfalls der Fraktion überwiesen.

Der Antrag 128 über die Wahlkreiseinteilung wird der Fraktion überwiesen.

Antrag 149, betreffend das Staatsangehörigkeitsgesetz, wird der Fraktion überwiesen.

Der Antrag 130 über die Ministerpensionen wird der Fraktion überwiesen.

Zu den Anträgen 105, 108, 114, 122 und 334, die das Siedlungsgesetz betreffen, wird Ueberweisung an die Fraktion beschlossen.

Die Anträge 129 Abs. 3, und 170, betreffend das Straf- und Zivilrecht, 345, betreffend das Eherecht, 350, betreffend den Strafvollzug für Jugendliche, und 356, betreffend die Beteiligung der Frauen an der Rechtspflege, werden der Fraktion überwiesen.

Zum Antrag 163, betreffend Sondergerichte für Kappisten, ist vom Berichterstatter Ablehnung beantragt worden, mit der Begründung, daß das Amnestiegesetz soeben erst erlassen sei. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages 163. Der Vorsitzende Müller erklärt hierauf, daß nunmehr die Fraktion entscheiden müsse, was mit dem Antrag anzufangen sei. (Heiterkeit.) Er halte es für unmöglich, daß die Fraktion, nachdem sie eben erst ein Amnestiegesetz verlangt habe, wieder mit derartigen Anträgen komme. (Lebhafte Rufe: Abstimmung wiederholen! Die Fragestellung war unklar! — Gegenrufe: Wir protestieren dagegen!)

Mit großer Mehrheit wird beschlossen, die Abstimmung zu wiederholen, da ein großer Teil der Delegierten die zur Abstimmung gestellte Frage mißverstanden habe.

In der wiederholten Abstimmung wird darauf der Antrag 163, entsprechend dem Antrage des Berichterstatters, abgelehnt.

Der Antrag 171, betreffend das Verbot der Bordelle, wird an die Fraktion überwiesen.

Dem Antrage auf Ueberweisung des Antrages 168, betreffend die Stellenvermittlung, wird zugestimmt.

Die Anträge 110 und 143, betreffend den Maifeiertag, 111 und 193, betreffend Erklärung des 9. November zum Feiertag, 363, betreffend Erklärung des Verfassungstages zum Nationalfeiertag, werden der Fraktion überwiesen.

Der Antrag 371, betreffend die weltliche Schule und die Schulgesetzgebung, wird einstimmig angenommen. Die übrigen zur Schulgesetzgebung gestellten Anträge werden durch diese Abstimmung für erledigt erklärt.

Der Antrag 325, betreffend eine einheitliche, unteilbare Republik, wird einstimmig angenommen. Das Abstimmungsergebnis wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Antrag 323, betreffend den Anschluß von Waldeck, wird der Fraktion überwiesen.

Antrag 340, betreffend die Kriegsgefangenen, wird einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Müller bemerkt dazu, daß es sich um die Rückbeförderung der in Sibirien befindlichen Kriegsgefangenen handele, daß aber in Teilen von Sibirien die russische Regierung nichts zu sagen habe und der Antrag nur mit dieser Einschränkung gelten könne.

Antrag 342, Radbruch und Genossen, betreffend die Ausführung des Amnestiegesetzes, wird einstimmig angenommen.

Die Entschließung 361, betr. Oberschlesien, wird einstimmig vom Parteitage angenommen.

Antrag 357 über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Antrag 365, betreffend die Bevölkerung des Saargebiets, wird der Reichstagsfraktion überwiesen.

Antrag 370, betreffend Ostpreußen, wird der Reichstagsfraktion überwiesen.

Der Antrag 359, betreffend die Sozialisierung der Düngemittel, wird einstimmig angenommen.

Antrag 328, der die Leitung des Parteitages beauftragt, für einen Aufruf an die Landwirtschaft*in der Ernährungsfrage zu sorgen, wird bei geringer Beteiligung der Delegierten an der Abstimmung dem Parteivorstand zur Erledigung überwiesen.

Zu Antrag 331, betreffend das Mißtrauensvotum für den Landwirtschaftsminister Hermes, stellt der Vorsitzende Müller unter Zustimmung der Versammlung fest, daß der Parteitag mit der Tendenz des Antrages einverstanden sei, und daß die Fraktion alles tun müsse, die Nachprüfung der auf dem Parteitage vorgetragenen Angaben vorzunehmen und dafür zu sorgen, daß in der Ernährungswirtschaft andere Wege eingeschlagen werden müssen. Bei Annahme des Antrages müsse die Fraktion bezüglich der Form des Vorgehens gegen den Landwirtschaftsminister und in bezug auf den Zeitpunkt das Entscheidungsrecht behalten. — Der Antrag wird darauf mit 138 gegen 137 Stimmen angenommen.

Die übrigen zur Ernährungsfrage vorliegenden Anträge werden der Fraktion überwiesen.

Von den die allgemeine Wirtschaftspolitik und die Sozialisierung betreffenden Anträgen wird Antrag 367 mit dem Zusatzantrag 378 unter großem Beifall einstimmig angenommen; die Anträge 182, betreffend Sozialisierung der Apotheken, 195, betreffend Sozialisierung des Seefischfanges, 312, betreffend Sozialisierung der Eisenbahnwagen- und Lokomotivfabriken, und 329, betreffend die Charlottenburger Wasserwerke, werden der Fraktion überwiesen;

die übrigen zur Wirtschaftspolitik und Sozialisierung gestellten Anträge werden als erledigt erklärt.

Antrag 76, der eine Zusammenstellung der Beschlüsse der Fraktion betrifft, wird an die Fraktion überwiesen, Antrag 116 wird angenommen, Antrag 131 wird der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 177, 178, 299 und 300, die die Frage der Doppelmandate betreffen, werden gemäß dem Vorschlage des Referenten unter Billigung der Tendenz der Anträge abgelehnt, da sie nicht restlos durchgeführt werden können.

Antrag 298 wird an die Fraktion und den Parteivorstand überwiesen.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht vom internationalen Sozialistenkongreß in Genf.

Berichterstatter **Meerfeld:** Die alte Internationale, die so mächtig schien, die scheinbar von der Klassensolidarität der Arbeiter aller Kulturländer getragen war, und die uns mit weltbürgerlichem Bewußtsein erfüllte, lag im August 1914 scheinbar ohnmächtig am Boden, furchtbar getroffen von den Schlägen, die der Wahnsinn des Krieges ihr versetzt hatte. Die Kleingläubigen unter uns hielten sie damals für immer vernichtet und aus den bürgerlichen Kreisen wurde diese scheinbare Vernichtung mit Hohn und Spott begleitet. Wir standen damals vor der erschütternden Tatsache, daß die internationale Solidarität die ernste Probe nicht bestanden habe und wir empfanden schmerzvoll die Lücke, die zwischen Wollen und Vollbringen klaffte. Der tragische Niederbruch der Internationale im Jahre 1914 hatte in unseren Reihen Kleinmütigkeit und Verzagtheit zur Folge. Dennoch war die Idee der Internationale nicht tot, im Gegenteil, je länger der Krieg dauerte, desto stärker wuchs in den besten Köpfen allenthalben die Ueberzeugung, daß die Menschheit nur auf der Grundlage internationaler Solidarität gesunden könnte, daß eine neue Geistigkeit, ein neues weltbürgerliches Bewußtsein die Menschen durchdringen müsse, daß der Imperialismus, diese letzte Form kapitalistischer Expansion, zu weichen habe. Schon während des Krieges ist namentlich auf deutscher Seite für diese Idee mit größtem Eifer gearbeitet worden. Ich darf auf die Bereitwilligkeit unserer Partei hinweisen, an Konferenzen in Amsterdam und in Stockholm mitzuwirken. Nach Beendigung des Krieges ist sofort versucht worden, die zerrissenen Fäden aufs neue zu knüpfen. Die Konferenzen von Bern im Februar 1919, von Luzern im August 1919 dienten diesem Versuche. Die Luzerner Konferenz beschloß die Einberufung eines Kongresses nach Genf, der Ende Juli 1920 zusammentrat. Dort haben die von Ihnen entsandten deutschen Delegierten fünf Tage lang versucht, gemeinsam mit den Genossen der anderen Länder die internationalen Beziehungen erneut zu knüpfen. In Genf waren 16 Nationen vertreten. England, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Rußland Dänemark, Schweden, Holland, Polen, die Schweiz, Litauen, Estland, Neu-Seeland, Asurbeitschan und Georgien. Es war schmerzlich, daß Länder wie Oestereich und die Tschechoslowakei nicht vertreten waren, was aber nur darauf zurückzuführen war, daß die Parteien dort eine Verschärfung der inneren Streitigkeiten fürchteten, wenn sie zunächst zu den internationalen Fragen Stellung nähmen. Andere Länder waren nur durch Teile vertreten, so beispielsweise Italien, Frankreich und die Schweiz nur durch kleine Teile. Angemeldet waren insgesamt 118 Delegierte, dazu eine Anzahl von Gästen, darunter Renaudel, der dem Kongreß mit großer Teilnahme folgte.

Im Mittelpunkte der Genfer Verhandlungen standen drei große Fragen: die Kriegsschuldfrage, mit der zusammen die Völkerbundsfrage verhandelt wurde, dann die Frage der Sozialisierung und schließlich die Frage der politischen Methoden des Sozialismus. Bei der Frage der Kriegsschuld drohte sogleich ein leidiger Konflikt namentlich zwischen Deutschland und einer Anzahl der übrigen Länder auszubrechen, der zunächst nicht beilegbar erschien. Der Präsident des Kongresses, der Engländer Shaw, der mit großem Geschick seines Amtes waltete und der überall bemüht war, Gegensätze auszugleichen, wollte die Kriegsschuldfrage überhaupt nicht behandelt wissen. Aber andere Länder verlangten das, nicht zum mindesten deshalb, weil sie glaubten, eine Klärung dieser Frage den Arbeitermassen schuldig zu sein. Es wurde zunächst eine äußerst mühsame Arbeit in der zuständigen Kommission geleistet, der unter anderem die Denkschrift über die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie vorlag, die den Titel trug: „Zur Frage der Verantwortung am Weltkriege", und in der dargelegt wurde, daß die kapitalistisch-imperialistischen Wurzeln die tiefsten Ursachen des Krieges seien und in der daran anknüpfend die Kriegspolitik unserer Partei begründet und gerechtfertigt wurde. Freimütig — das waren wir dem Kongreß und der Geschichte schuldig — wurde in dieser Denkschrift bekannt, daß wir deutschen Sozialdemokraten, namentlich in der Auslandspolitik und gegenüber der Agitation der Alldeutschen, die tatsächlichen Gefahren etwas gar zu spät erkannt hätten. Ferner wurde ausgesprochen, daß zum Unglück Europas und der ganzen Welt die deutsche Revolution fünf Jahre zu spät gekommen sei. Freilich — so wurde gleich hinzugefügt —, gewisse Revolutionen werden nicht gemacht, sie können nicht gemacht werden; wenn sie ausbrechen sollen, müssen sich erst die geschichtlichen, sozialen, wirtschaftlichen Voraussetzungen entwickeln. Wörtlich hieß es dann in dieser deutschen Denkschrift:

> Lagen die tieferen Ursachen des Weltkrieges in den imperialistischen Strömungen aller Länder und in der unglücklichen Mächtekonstellation, so lag sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopflosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber.
>
> Aber die deutsche Sozialdemokratie ist auch noch heute der Ueberzeugung, daß die Grundlinien ihres Verhaltens durch die Ereignisse selbst vorgeschrieben waren, und sie kann sich auch heute noch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie bestrebt war, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern.

Nun versuchte ein Teil der Delegierten, namentlich der französische Teil, einzelne Sätze aus dieser Denkschrift herauszugreifen und in der Schuldresolution zu verwenden. Die ganzen Verhandlungen in der Kommission haben uns abermals gezeigt, daß noch eine starke Einseitigkeit vorhanden ist und daß es sehr schwer war, die Kriegspolitik der deutschen sozialdemokratischen Partei, die namentlich durch die Agitation der U. S. P. in eine ganz falsche Beleuchtung gerückt worden war, dem Verständnis der früheren feindlichen Länder und sogar einem Teil der neutralen Genossen näherzubringen. Der erste Entwurf einer Resolution wurde von uns als unannehmbar verworfen. Man setzte sich abermals zusammen, um den Entwurf in unserem Sinne zu verbessern. Auch die Verbesserung genügte uns durchaus noch nicht; wir hätten eine etwas gerechtere Fassung, eine stärkere Berücksichtigung unserer zwingenden Gründe für unsere Kriegspolitik gewünscht. Aber die Sache schien uns doch letzten Endes des Streites nicht wert, der dahin auszumünden drohte, daß der ganze Kongreß ergebnislos auseinanderging. Die deutsche Delegation stand vor der Frage, ob nicht weit höher als eine Entschließung, deren Wert man ja sehr verschieden einschätzen kann, die Tatsache stand, daß sich die Internationale wieder zusammenfand. Das letztere war für uns in Genf ausschlaggebend. Der Wortlaut der Entschließung hat niemand von uns restlos befriedigt, aber wir gaben um des höheren Zieles willen nach. Wir können auch den Inhalt

der Resolution verantworten; dafür ist der beste Beweis die Haltung der französischen Bourgeoispresse, die wütend über diese Entschließung hergefallen ist und den französischen Sozialisten die schwersten Vorwürfe wegen ihrer Zustimmung zu dieser Resolution gemacht hat. Der „Temps" zum Beispiel erklärte die deutschen Sozialisten, die in Genf an dieser Entschließung mitgearbeitet hätten, für gefährlicher als die russischen Bolschewisten. Es galt für uns, eine Kompromißformel zu finden. Eine endgültige Beantwortung der Schuldfrage ist in Genf nicht erfolgt und konnte nicht erfolgen; diese Frage kann nur von der Geschichte beantwortet werden. Wer sich bemüht, die gewaltigen Probleme unserer Zeit zu meistern, die Völker einander wieder zuführen will, darf nicht an dem starren Buchstaben seines vermeintlich noch so gut fundierten Rechtsstandpunktes festhalten, sondern muß auch die Kunst des Nachgebens verstehen und etwas Völkerpsychologie treiben. Es ist festzustellen, daß die Annahme dieser Entschließung alle Hindernisse, die der praktischen Arbeit dieses Kongresses im Wege standen, mit einem Schlage forträumte, daß von da ab ein überaus herzlicher Verkehr zwischen allen Delegierten vorhanden war, und daß die Engländer, die Deutschen und die Belgier fortan den festen Kern des Kongresses bildeten.

Eng verbunden mit der Entschließung über die Schuldfrage war die Entschließung über den Versailler Vertrag und den Völkerbund. Diese Entschließung läßt aber noch manches zu wünschen übrig. Immerhin stellt sie fest, daß das Versailler Diktat die Welt in Unsicherheit gelassen habe, daß es neue Kriegsgefahren geschaffen habe, und daß der Völkerbund in seiner jetzigen Form ganz unzulässig sei, daß er aber ein wahrer Bund der Völker werden müsse, der auch die Verteilung der Rohstoffe, der Weltvorräte, der Transportmittel und der Kriegslasten vornehmen solle; nur dann könne auch die Befreiung des Proletariats erfolgen. Die Entschließung enthält sehr scharfe Anklagen gegen den Imperialismus und den neuen Militarismus der Siegerstaaten, gegen die Brutalitiät des Diktats von Versailles. Sie fordert allgemeine Abrüstung, die sofortige Zulassung der besiegten Länder zum Völkerbund. Namentlich ein belgischer Delegierter begründete in äußerst warmherziger Weise die Entschließung, deren hauptsächlicher Verfasser ein Franzose war. Eine Resolution der Hamburger Genossen, die zum 4. Punkt der Tagesordnung eingegangen ist, verlangt, daß die Sozialisten aller Länder gegen die Rechtsverletzungen und Vergewaltigungen des Friedensdiktats protestieren sollen. Das ist — so sagt die Resolution mit Recht — internationale Pflicht, und wir können hinzufügen: es ist Pflicht der Solidarität und des sozialistischen Gewissens. Die Sozialisten aller Länder dürfen nicht ruhen und rasten, bis der Frieden von Versailles einem wahren Völkerfrieden gewichen ist.

Die Sozialisierung war eine weitere der großen auf dem Kongreß in Genf zu behandelnden Fragen. Auch hierfür war in der Kommission bereits wertvolle Vorarbeit geleistet worden. Ein holländischer Genosse erstattete darüber einen instruktiven Bericht, und die Resolution, die er vorschlug, wurde einstimmig angenommen. Sie bezeichnete die Sozialisierung als Ziel, bemerkte aber, daß überall in jedem Lande, je nach dem Stande der ökonomischen Entwicklung, vorgegangen werden müsse. Zu dieser Frage sprachen deutscherseits die Genossen Molkenbuhr und Buck, die besonders betonten, daß bei uns die Sozialisierung dringlich sei, weil sie eine Vorbedingung des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft und des Wiedergedeihens Deutschlands überhaupt sei. Die Entschließung entscheidet drei Wortformen der Sozialisierung: nationale, kommunale und genossenschaftliche. Je nach der Eigenart der zu sozialisierenden Objekte muß immer eine dieser drei Formen berücksichtigt werden. Landbesitz, Großgrundbesitz, Bergwerke, Erzschätze müssen national sozialisiert werden; eine ganze Menge anderer Dinge kommunal und wieder andere genossenschaftlich. Es war interessant, in Genf zu beobachten, daß heute schon eine ganze Menge von Fragen für uns Deutsche praktische Bedeutung gewonnen haben, die in anderen Ländern noch im Stadium theoretischer Erwägungen stehen. Während früher die deutsche sozialdemokratische Partei zwar wegen ihrer Stärke geachtet, aber wegen ihres tatsächlich geringen Einflusses auf die Wirtschaft und die Politik ihres Landes bemitleidet wurde — ich erinnere nur an die Kontroverse zwischen Bebel und Jaurès auf dem Amsterdamer Kongreß —, ist das heute total anders geworden. Politisch sind wir eins der fortgeschrittensten Länder der Welt, vielleicht das fortgeschrittenste Land der Welt überhaupt. Wir haben das Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an, wir haben das Frauenwahlrecht und eine ganze Menge anderer Dinge in der Verfassung verankert, die die anderen Länder noch lange nicht erreicht haben. Wirtschaftlich ist es kaum anders, trotz unserer Armut; denn nirgends in der Welt werden die Fragen der Sozialisierung so unmittelbar praktisch behandelt, nirgends setzt sich mit solcher Wucht der Wille der Massen unter die großen Probleme der Vergesellschaftung der Produktion wie in Deutschland. Heute können wir darum mit Stolz in dieser Beziehung sagen: Deutschland in der Welt voran!

Eine weitere Hauptfrage in Genf war die Frage: Demokratie oder Diktatur, die im Rahmen der Frage des politischen Systems des Sozialismus behandelt wurde. In dieser Frage ist eine formelle Entscheidung nicht gefallen. Die Kommission mußte feststellen, daß die Zeit zu kurz sei, um einen ausführlichen Bericht zu erstatten. Sie legte den Entwurf einer Resolution vor, mit der Maßgabe, daß er diskutiert werden solle und daß das neu zu wählende Exekutivkomitee die genaue Ausarbeitung der Resolution zu bewerkstelligen habe. Aber zu der Grundfrage, der Frage: Demokratie oder Diktatur, nahm der Kongreß nichts desto weniger ganz klar Stellung. Das war die Streitfrage. Unser Genosse Bernstein sagte ganz mit Recht in seinem Schlußwort: In Moskau herrscht die Sekte, herrscht Rückfall in die Kinderkrankheiten der sozialistischen Bewegung. Bei uns herrscht Volksbewegung und strömendes Leben. Die Entscheidung des Kongresses in dieser Frage konnte nicht zweifelhaft sein. Er faßte seine Ansicht dahin zusammen: Für die Demokratie und gegen die Diktatur, für die großen Prinzipien der Völkerkultur und der politischen Freiheit.

Es war einiger Widerspruch da; ein Engländer und ein Estländer suchten für Lenin eine Lanze zu brechen; aber sie hatten nur geringen Erfolg. Es ist verständlich, daß sie mit der politischen Demokratie für ihre Länder nicht zufrieden sind. Das sind wir auch nicht. Auch wir wissen, daß die politische Demokratie durch die soziale, die wirtschaftliche Demokratie ergänzt werden muß; aber von den Grundsätzen — das wurde in Genf mit großer Klarheit herausgearbeitet — kann nie und nimmer abgewichen werden. Der Präsident des Kongresses, Shaw, ist in Rußland gewesen, hat mit eigenen Augen die Dinge studiert, wie jüngst auch unsere deutschen Unabhängigen. Shaw erstattete Bericht über seine dortigen Beobachtungen. Er sagte, daß hinter der mitunter glänzenden Fassade nur das graue Elend lauere, daß Terror, Hinrichtungen, Hungersnot und die völlige Zerrüttung der Wirtschaft die typischen Erscheinungen des bolschewistischen Rußlands seien, daß der Bolschewismus sich nur dadurch am Leben erhalten könne, daß er seine eigenen Grundsätze preisgebe, indem er beispielsweise die Bauern sämtlich zu Privateigentümern gemacht habe, statt das Land einer kommunistischen Bewirtschaftung zuzuführen. Das Buch von Otto Bauer, das jüngst erschienen ist, das jeder lesen muß, der den Bolschewismus studieren will, sagt ja dasselbe unter ausführlicher Begründung. Daß der Weg, den die Zweite Internationale geht und den wir

deutschen Sozialdemokraten gehen, der richtige Weg ist, von dem nicht abgewichen werden darf, zeigt das Schicksal der U. S. P.; es zeigt, daß es auf der schiefen Bahn kein Halten mehr gibt. (Sehr richtig!) Das Schicksal der U. S. P. sollte für die Sozialisten aller Länder eine Warnung sein, namentlich für diejenigen, die noch hin- und herschwanken und nicht wissen, wem sie sich anschließen sollen. Das Kennzeichen der Moskauer Internationale sind Terror und Militarismus. Die Sozialisten anderer Länder, die noch unentschieden hin- und herschwanken, sollten sich auch darüber klar sein, daß für eine vierte Internationale neben Moskau kein Platz ist, daß sie dann im luftleeren Raum hin- und herschweben, wenn sie nicht den Mut haben, sich zur Zweiten Internationale zurückzufinden.

Der Geist der Solidarität, der Menschlichkeit feierte in Genf geradezu bei den Reden des englischen Genossen Mac Donald, der Frau Snowden, des belgischen Genossen de Brouckère und unserer Genossin Juchacz Triumphe. Sie schilderten übereinstimmend das Elend Europas und die Notwendigkeit einer international zu organisierenden Hilfe für die hungernde Bevölkerung Europas. Bei diesen Debatten flutete durch den sonst so nüchternen Kongreßraum ein Strom der warmen Menschlichkeit. Hier empfand man, daß der Mensch zum Menschen sprach, daß nicht der Geist von Spa, nicht der Geist von Foch, nicht der Geist von Ludendorff regierte, sondern daß hier wahre Menschlichkeit herrschte. Diese Szene bildete geradezu die Krönung des Kongresses.

Ich finde eben unter den Anträgen — ich möchte das hier einschalten — die Resolution Juchacz, die das Gewissen der Welt dagegen aufruft, daß wir wiederum 810 000 Milchkühe an die Entente abliefern sollen. Gegen diese Forderung muß sich das Gewissen der Welt aufbäumen, und von hier aus wollen wir schon den Sozialisten aller Länder zurufen, daß sie die Pflicht haben, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, um dieses furchtbare Attentat auf die Gesundheit unserer Kinder zunichte zu machen.

Von den Arbeiten des Kongresses ist sonst noch zu erwähnen der Beschluß, das Internationale Bureau von Brüssel nach London zu verlegen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die englische Partei nachträglich ihre Zustimmung dazu gibt.

Bei der Bildung des Exekutivkomitees wurde Henderson an Stelle von Vandervelde zum Präsidenten gewählt. Shaw wurde zum Kassierer und Huysmans abermals zum Sekretär gewählt. Unser Genosse Wels gehört ebenfalls dem Exekutivkomitee an.

Insgesamt können wir sagen, daß langsam der Geist der Internationale zurückkehrt. Was wir in Genf zustande gebracht haben, sind erste Anfänge, aber es sind ganz verheißungsvolle Anfänge.

Wir können heute sagen, daß durch die furchtbaren Lehren des Krieges die Zeit des Ueberschwanges, der Kraftüberschätzung und der Phrase, die auf früheren Kongressen manchmal gar zu sehr in den Vordergrund traten, endgültig vorüber ist, daß der Krieg uns ernüchtert hat, daß er den Sinn für die Tatsachen geschärft hat, und gerade weil diese Gesundungskur eingetreten ist, bietet ja die neue Internationale die Gewähr eines neuen tatkräftigen Wirkens für die Arbeiterklasse aller Länder. Auch das ist ja eine Folge der geistigen Revolutionierung durch den Krieg, daß heute die Arbeiter mehr als je den Geist der Solidarität erfaßt und daß die Arbeiter diese ihre Macht heute ganz anders als früher erkannt haben, und gegebenenfalls wissen werden, von dieser Gewalt Gebrauch zu machen. Und gerade weil wir auch das in Rechnung stellen können, können wir sagen: Genf ist ein verheißungsvoller Anfang neuen internationalen Lebens. Und von den Sozialisten der anderen Länder — das möchte ich wiederholen — hoffen wir und erwarten wir, daß sie von dem gleichen Gefühl der Brüderlichkeit beseelt werden, daß sie das gleiche starke Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit gegen die Welt- und Menschheitsprobleme haben, das uns in Genf beherrscht hat und die ganze deutsche sozialdemokratische Partei beherrscht. Genf und Spa! Diese Gegenüberstellung ist wohl notwendig. Spa lag in gleicher Linie mit Versailles, derselbe unversöhnliche Geist, dieser Geist einer untergegangenen Welt, der in Versailles herrschte, dem Friedensdiktat den Stempel aufdrückte, herrschte ja auch in Spa, wo man befangen war in den alten kapitalistischen Anschauungen, die alten Staatskünste einer abgelebten Diplomatie nicht entbehren konnte, mit militärischen Zwangsmitteln drohen zu können glaubte und die Völker wie Sachen behandeln zu können. Demgegenüber wissen wir — und das haben wir in diesem Jahre nach dem Kriege nachdrücklich gesehen und wiederum inbrünstig gelernt —, nur durch den Geist der Internationale kann die Welt wieder gesunden, nur durch die Züchtung eines neuen Menschentums, einer neuen Geistigkeit im Sinne wahrhafter Völkerversöhnung ist die Rettung der Welt möglich. Darum ist der Kongreß von Genf ein zwar bescheidener aber verheißungsvoller Anfang und eine Quelle der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, und von dem Zusammenbruch der Internationale kann man mit dem Dichter sprechen: Bald richt ich mich rasselnder in die Höh, bald kehr ich reisiger wieder. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Müller** stellt die Unterstützungsfrage für die vorliegenden Anträge.

Mit zur Debatte stehen die Anträge 198 und 201, die sich im allgemeinen mit dem Ergebnis der Genfer Konferenz befassen, 199, 200 und 204, die sich mit der besseren Ausgestaltung des internationalen Nachrichtenwesens der Partei befassen, 202, 203, der eine Denkschrift über Versailles verlangt, und ferner 376, der vom Referenten gestellt ist, und 381, der sich mit der neuen Forderung an Milchkühen beschäftigt. Die Anträge 376 und 381 sind während der Tagung eingereicht und bereits genügend unterstützt. Auch für die übrigen Anträge reicht die Unterstützung aus.

Im Antrag 376 sind einige Druckfehler zu berichtigen. Es muß heißen in Zeile 3: statt „diesem Rahmen", „ihrem Rahmen". Im vorletzten Absatz in der dritten Zeile von unten an Stelle von „an die beteiligten Völker" ist zu setzen „an die besiegten Völker".

Darauf wird die Diskussion eröffnet.

Eisenbarth-Hamburg: Nachdem die erste Internationale 1914 zusammengebrochen war, haben wir seit Monaten die Fäden wieder aufgenommen. Es ist interessant, wie weit die Wiederaufnahme dieser Beziehungen auch in den Geist unserer Parteigenossen im Auslande eingedrungen ist. So waltet z. B. nicht überall bei der Behandlung unserer Seeleute im Auslande das Prinzip der Menschlichkeit und Brüderlichkeit ob, wenn sie, sei es nun auf deutschen oder fremden Schiffen, ausländische Häfen anlaufen. In Bremen hat man sich vor einigen Tagen mit der Behandlung der deutschen Seeleute im Auslande eingehend beschäftigt und festgestellt, daß von allen Ländern, die mit uns im Kriege lagen, in England unsere Seeleute am unwürdigsten behandelt werden. (Hört! Hört!) Diese Feststellung müssen wir machen, weil die englische Delegation nach den Ausführungen Meerfelds in Genf gerade diejenige gewesen ist, die den Geist der internationalen Solidarität theoretisch am besten bekundet hat. Einmal ist die Internationale bereits zusammengebrochen und wenn wir jetzt endlich die Beziehungen mit vieler Mühe wieder angeknüpft haben, so verlangen wir, daß diejenigen unserer Brüder, die uns in Ausübung ihres schweren Berufes wieder mit der Weltwirtschaft verbinden müssen, bei ihrer Ausübung so behandelt werden, wie es die Menschlichkeit verlangt. Vor vier Monaten

hat in Genua die Internationale Seemannskonferenz stattgefunden. Trotzdem war es vor einigen Wochen noch nicht möglich, daß deutsche Seeleute in England an Land gehen durften, nur die Kapitäne durften zu dienstlichen Obliegenheiten an Land gehen. Man hat unseren Seeleuten sogar verweigert, ihre Notdurft auf dem eigenen Schiff zu verrichten und sie gezwungen, an Land zu gehen und bei diesen Landgängen waren sie schweren Mißhandlungen ausgesetzt. (Hört! Hört!) Angeblich sollen sanitäre Gründe für diesen Zwang maßgebend sein. Wir haben einen anderen Begriff von Menschlichkeit und Solidarität. (Bravo!) Es ist ferner vorgekommen, daß einem deutschen Fischdampfer, der infolge schweren Seeganges in Seenot geriet, und der keinen Kohlenvorrat mehr hatte, so daß er einen englischen Hafen anzulaufen gezwungen war, die Hilfe verweigert wurde, und es bedurfte erst vieler Verhandlungen, ehe man ihm Kohlen gab. (Lebhaftes Hört! Hört!) Wenn wahre internationale Solidarität wieder Platz greifen soll, ist es notwendig, daß wir uns keine Tarnkappe über die Augen ziehen, sondern derartige Feststellungen an dieser Stelle machen. Deutsche Seeleute, die versuchten, in England Uhrenschmuggel zu treiben, wurden von einem englischen Richter zu mehrmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt, und in der Begründung des Richters — dafür machen wir die englischen Arbeiter nicht verantwortlich, aber wir verlangen, daß unsere englischen Klassengenossen gegen eine solche Urteilsbegründung protestieren — hieß es, daß man mit derartig moralisch minderwertigen Menschen jeden Verkehr abbrechen müsse. (Hört! Hört!) Wir wissen, daß in England die Stimmung gegen uns den Siedepunkt erreicht hatte, als der unbeschränkte U-Boot-Krieg einsetzte. Wir wissen heute, daß dieser U-Boot-Krieg Amerika zu unserem Feind machte und uns den Krieg verlieren ließ, daß die Auslieferung unserer Schiffe durch den deutschnationalen Helfferich geschehen ist — nicht etwa durch Erzberger — durch den Helfferich, der in der entscheidenden Stunde umfiel und sich auf die Seite der Obersten Heeresleitung stellte. Er hat dazu beigetragen, daß unsere Schiffe ausgeliefert und unsere Weltwirtschaft zerstört wurde. Wenn man in England so mit den deutschen Seeleuten verfährt, dann gibt man unseren Deutschnationalen wieder eine Waffe in die Hand zur Entfachung der nationalen kriegerischen Leidenschaften und gefährdet ernstlich die Zweite Internationale. (Sehr richtig!) An dieser Entfachung wünschen nur unsere Reaktionäre wieder ihre Suppe zu kochen. Das lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Wir Deutschen haben vor dem Kriege und zu jeder Zeit gezeigt, daß wir internationale Solidarität zu üben wissen. Denken Sie nur an die Durchführung des Boykotts gegen den weißen Terror in Ungarn. Wir und Oesterreich haben ihn durchgeführt, und in anderen Ländern hat man es verabsäumt, uns dabei zu helfen. Dies alles glaubte ich in diesem Zusammenhang einmal aussprechen zu müssen, wenn wir zu einer Gesundung kommen wollen. Wenn aber wahre Solidarität und Menschlichkeit wieder einkehren soll, wie sie nach den Ausführungen des Genossen Meerfeld in den Worten der englischen Delegation wahrzunehmen war, dann verlangen wir unter allen Umständen eine andere Behandlung unserer Seeleute. (Sehr richtig!) Wir verlangen sie um so mehr, weil wir jetzt in dieser Zeit ganz außerordentlich darauf angewiesen sind, moralisch unterstützt zu werden im Auslande. Mögen es sich alle Nationen, die mit uns im Kriege gewesen sind, gesagt sein lassen, daß, wenn wieder richtig Frieden werden soll im Herzen aller Menschen, andere, mildere Sitten Platz greifen müssen. Die Behandlung unserer Seeleute in den französischen Häfen ist im Verhältnis nicht derartig wie in den englischen, wenn man bedenkt, daß Frankreich dasjenige Land ist, das sonst am allerschlimmsten gegen uns vorgeht. Ich möchte auch deshalb gegen unsere Behandlung in England protestieren, weil in deutschen Seemannskreisen das törichte Verlangen besteht, mit Repressalien gegen die englischen Seeleute vorzugehen. Das ist töricht und unzweckmäßig, und dieses Gefühl darf nicht in unserer Seemannschaft Platz greifen. Die Wiederaufrichtung der internationalen Solidarität soll nicht bestehen in leeren theoretischen Erörterungen und Phrasen, sondern in praktischen Handlungen. (Beifall.)

Kummer: Zweifellos ist die Frage der Internationale die wichtigste, die uns heute zu beschäftigen hat. Denn der Wiederaufbau auf wirtschaftlichem Gebiet kann uns nur gelingen, wenn wir den Friedensvertrag ändern, und dabei können wir uns nur auf die Solidarität der Arbeiter der anderen Länder stützen. Nun ist ja die neue Internationale gegründet worden. Ich kann aber den Optimismus des Genossen Braun in seinem Bericht nicht teilen. Schon vor dem Kriege haben wir die Internationale zu optimistisch beurteilt. Ich möchte die schrecklichen Erfahrungen von 1914 nicht wiederholt sehen. Die schönen Reden und Resolutionen haben uns 1914 gezeigt, daß sie auf keiner gesunden Basis beruhten. Die Spuren von 1914 schrecken. Jeder hat damals den Wunsch ausgesprochen, daß diese Erfahrungen sich nicht wiederholen dürfen. Heute haben wir eine solche Gelegenheit, und die möchte ich benutzen. Der Wunsch nach einer tatkräftigen Internationale besteht ja wohl in anderen Ländern auch, aber es nutzt nichts, daß er nur bei einem kleinen Kreis von Führern besteht. Wir müssen die Arbeitermassen erfassen. Wir müssen im Auslande wieder werben bei den Massen. Meerfeld spricht ja davon auch in seiner Resolution: „Sie erwartet die Unterstützung der Arbeiter der ganzen Welt." Wir hören leider im Auslande nicht das Echo, das wir erwartet haben. Wir müssen die Solidarität hineinbringen in die Köpfe der Arbeiter selbst. Vor kurzem haben wir in Kopenhagen auch über die Internationale gesprochen. Da hat man uns aus den Kreisen der Arbeiter gesagt, daß ihr Vertrauen zur Zweiten Internationale sehr gering sei. Vor allem wird uns in Deutschland zum Vorwurf gemacht, daß wir nicht energisch genug gegen unsere Kriegsverbrecher vorgehen. Die deutsche Arbeiterklasse muß für die Verbrechen unserer Uniformierten im Auslande büßen. Aber auch im Ausland wird manches Unrecht begangen. In Belgien liest man vieles, was nicht geeignet ist, der Versöhnung zu dienen. Im „Peuple" lese ich jetzt wieder einen Artikel, „Le martire des petites boches", „Das Martyrium der kleinen Boches"! Wir müssen unseren Parteigenossen draußen sagen, daß sie erst einmal für die Beseitigung dieser chauvinistischen Ausdrücke sorgen müssen.

Im Internationalen Arbeitsamt befindet sich nur ein einziger Deutscher. Deutschland hatte von jeher eine starke Gewerkschaftsbewegung und wird in der Weltwirtschaft eine große Rolle spielen. Wir verlangen deshalb, daß Deutschland im Internationalen Arbeitsamt seiner Stärke entsprechend vertreten wird. Es sind Dutzende von Engländern und Franzosen darin, zum Teil höhere Offiziere. Ein Amt, das der Arbeit gewidmet ist, müßte in der Hauptsache von Arbeitern besetzt sein.

Im vorigen Jahre habe ich auf dem Parteitag den Antrag gestellt, so bald wie möglich Auslandskorrespondenzen zu schaffen, damit die deutsche Presse besser über das Ausland unterrichtet wird. Der Parteivorstand erklärt, er habe den Antrag nicht ausführen können, weil es an Geldmitteln fehle. Soviel es aber auch kosten mag, die Summe wird klein sein im Verhältnis zu dem ungeheuren Schaden, den eine feindliche Stimmung im Auslande verursacht. Eine bessere Berichterstattung im Auslande würde in dieser Hinsicht Zinsen tragen.

Wir sind über die Verhältnisse im Auslande völlig im Unklaren. Ich war verblüfft, in Kopenhagen zu hören, daß in Frankreich die Masse der Arbeiter

von einer reinen Geldgier erfaßt ist, nichts mehr vom Sozialismus und von Menschheitsidealen wissen will. Zum Beweise wurde angeführt, daß der französische Metallarbeiterverband von 280 000 Mitgliedern 170 000 verloren hat. Denselben Rückgang haben auch andere Gewerkschaften. Schlimmer als diese Zahlen ist die Einbuße an moralischer Autorität. Der Vorstand müßte deshalb darauf sehen, daß wir ohne Rücksicht auf die Kosten bessere Berichte bekommen. Eventuell müßte er an die Mithilfe der Genossen im Auslande appellieren. Sicherlich wäre eine Anzahl Genossen gern bereit, vorläufig die Berichterstattung zu übernehmen.

Schließlich möchte ich der Fraktion ans Herz legen, dafür zu sorgen, daß jedem Gesandten im Ausland ein Sozialattaché beigegeben wird, der das Denken und Fühlen der Arbeiterklasse erforscht. Außerdem müssen wir auch unsererseits bessere Berichte ins Ausland bringen. Was seit der Revolution im Ausland geschrieben wird, stammt meist von Kommunisten und Unabhängigen. Ganz selten findet man einmal einen sachlichen Bericht im Auslande über die Zustände bei uns. Sie können sich vorstellen, in welchem Rufe die deutsche Mehrheitssozialdemokratie und das neue Deutschland überhaupt im Auslande steht. Jedes einzelnen Genossen Pflicht ist es, die Verbindungen zu benutzen, um sachliche Berichte ins Ausland zu bringen. In der Werbearbeit für die Demokratie und das neue Deutschland können wir uns ein Beispiel an der Propaganda nehmen, die Sowjetrußland in der ganzen Welt betreibt.

Ich bitte also, das möglichste zu tun, daß wir uns eine bessere Stellung im Ausland schaffen, daß im Ausland das Mißtrauen beseitigt wird, damit wir uns besser kennen und lieben lernen. (Beifall.)

Loeb: Wenn man im feindlichen oder neutralen Ausland Verhandlungen zu führen hat, hat man immer den Eindruck, daß dort die Arbeiterkreise die Träger des Chauvinismus werden. Der französische Kapitalist einigt sich viel schneller mit dem deutschen Kapitalisten, als der französische Sozialist mit dem deutschen Sozialisten. Für den Genossen Cohen ist es vielleicht nicht uninteressant, daß nach dem Abkommen von Spa in der französischen Kammer die schärfsten Anklagen gegen die Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen von Sozialisten vorgebracht wurden.

Wenn die Internationale einen praktischen Vorschlag braucht, so soll sie die vier Punkte des Genossen Wels annehmen. Darin ist alles enthalten, was für den internationalen Aufbau gebraucht wird. Wie wir für unsere nationale sozialistische Entwicklung eine praktische Unterlage brauchen, und wie wir die Wirtschaft erst praktisch beobachten müssen, so müssen wir auch für den internationalen Sozialismus eine praktische Grundlage schaffen.

Leider haben wir auf dem Genfer Kongreß die Amerikaner nicht vertreten gesehen. Eines der Hauptziele der Internationale muß darauf gerichtet sein, die amerikanischen Sozialisten, die in ihrer Zahl immer mehr wachsen, in die Internationale hereinzubekommen, um ihnen durch den Druck von außen eine gewaltige Stoßkraft im eigenen Lande zu sichern.

Ein Hauptziel ist ferner damit erreicht, daß wir die englischen Gewerkschaften und Sozialisten durch die Verlegung des Sekretariats nach London zu schärferer Mitarbeit heranziehen konnten. Von der Arbeiterschaft Frankreichs, die selbst im Kriege sehr klein geworden ist, ist auf der Internationale nichts zu erwarten. Deswegen ist auch hier wie in der Politik überhaupt für uns die Richtung nach der englischen Linie hin gegeben.

Der erste Redner schilderte die Erfahrungen der Seeleute. Wir dürfen nicht vergessen, daß vor sieben Monaten im Hafen von Boulogne und Brest von französischen Seeleuten die Beladung von Schiffen mit Lebensmitteln für

deutsche Kinder und Frauen verweigert wurde, daß dort der Chauvinismus die Internationale besiegt hat. Auch diese Völker müssen einsehen, daß sie praktisch mitarbeiten müssen.

Wenn Klage geführt wird, daß im Internationalen Arbeitsamt kein Deutscher sitzt, so liegt das daran, daß dieses Amt eine Abteilung des Völkerbundes ist, in den Deutschland noch nicht aufgenommen ist. Der Völkerbund ist ein absolut kapitalistisches Unternehmen, von dem wir nichts zu erwarten haben. Deshalb müssen wir, um den Sozialismus international zu erreichen, einen eigenen Völkerbund schaffen, den Völkerbund des Sozialismus. (Beifall.)

Begier: Mit der Kritik des Genossen Cunow in der „Neuen Zeit" über den Genfer Kongreß bin ich einverstanden, soweit es sich um die Teilnahme der französischen Delegation handelt. Ich bedaure, daß unsere Genossen es nicht abgelehnt haben, mit diesen „Auch-Sozialisten" zu verhandeln. Ich bin aber nicht einverstanden mit der Kritik Cunows, daß die deutschen Delegierten mit Annahme der Schuldresolution zu weit gegangen seien. Zum Beweise dafür verweise ich auf die Denkschrift des Parteivorstandes. Diese hat leider den ausländischen Sozialisten die Grundlage dafür gegeben, zu versuchen, noch schärfere Sätze in die Schuldresolution hineinzubringen. Der deutsche Parteivorstand schreibt in der Denkschrift:

> Daneben wurde nicht genügend beachtet, daß die Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstages, und damit auch der Sozialdemokratie, eine Gefahr bleiben mußte; und diese Gefahr nicht rechtzeitig und energisch genug bekämpft zu haben, ist die Schuld, zu der wir uns vor aller Welt freimütig bekennen . . . . . Ihr (der Revolution) nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben, ist die Schuld, deren wir deutschen Sozialdemokraten, um es noch einmal zu sagen, uns anklagen müssen.

Diese Sätze haben leider die Handhabe gegeben, auf unsere Delegierten einen Druck auszuüben, und es ist anzuerkennen, daß unsere Delegierten sehr geschickt waren, wenn es ihnen gelang, die neue Resolution so abzufassen, wie sie jetzt vorliegt.

Nicht zufrieden bin ich mit dem Verlauf der Konferenz insofern, als die im Anschluß an die Konferenz in Aussicht genommene Besprechung über die Presse nicht stattfinden konnte. Cunow hat sehr richtig darauf hingewiesen, welche ungeheure Bedeutung gerade die Bedienung der ausländischen Presse auch für uns hat.

Man kann der Auffassung sein, daß die Worte der Resolution über den Versailler Vertrag und den Völkerbund zum Teil nicht scharf genug gewählt sind. Aber es kann sich heute nicht darum handeln, tönende Phrasen in dieser Richtung zu dreschen, sondern unsere Aufgabe ist es, den Tatsachen nüchtern ins Auge zu sehen. Wir deutschen Sozialdemokraten können mit der Resolution einverstanden sein. Wenn man glaubt, die deutschen Delegierten hätten in Genf keinen Einfluß gehabt, so sage ich im Gegenteil, daß sowohl bei der Frage des Versailler Vertrages wie des Völkerbundes und bei der Resolution über die Sozialisierung der deutsche Einfluß sehr wahrnehmbar ist. Dasselbe kann man bei der Stellungnahme der Genfer Konferenz zum politischen System der Zweiten Internationale behaupten.

Den Antrag 198, der die Stellungnahme der deutschen Delegierten in der Schuldfrage verurteilt, halte ich für unannehmbar. Die Anträge 199 und 200 bitte ich jedoch ohne weiteres anzunehmen. Wir müssen unter allen Umständen dafür sorgen, daß das gegenseitige Verständnis besser wird. Ein besseres Verständnis muß nicht nur durch Pressekorrespondenzen erzielt werden, sondern auch durch persönliche Einwirkungen. In welcher Form das bei unseren Geld-

mitteln am besten zu erreichen ist, müssen wir dem Parteivorstand überlassen. Ich muß zu meinem Bedauern gestehen, daß ich bisher nicht gesehen habe, daß der Parteivorstand im letzten Jahre das in dieser Beziehung mögliche getan hat. Ich hoffe, daß wir zum nächsten Parteitag einen erfreulicheren Bericht darüber hören werden.

Der Vorredner hat gesagt, wir müßten uns eventuell einen eigenen neuen Völkerbund aufbauen. Diesen Weg können wir nicht beschreiten. Der gegenwärtige Völkerbund ist kein Ideal, aber wir haben die Pflicht, ihn mit allen Mitteln zu verbessern. Es muß uns gelingen, mit der altgewohnten deutschen Zähigkeit das durchzusetzen, was wir für unbedingt notwendig halten. Nur auf dem Wege über die Internationale ist unser Los zu verbessern. Es ist deshalb überflüssig, hier die Frage aufzuwerfen, ob unsere Betätigung in der Internationale überhaupt Zweck hat. Wir müssen diesen Weg einschlagen, ob wir wollen oder nicht. Der Versailler Vertrag kann in unserem Sinne nur geändert werden, wenn wir es verstehen, die Sympathie der ausländischen Sozialisten zu erringen und das muß mit allen Mitteln erstrebt werden. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Anträge, die darauf hinauslaufen, die internationalen Beziehungen wieder zu kräftigen, anzunehmen. (Bravo!)

Der Vorsitzende **Müller** teilt mit, daß ein genügend unterstützter Schlußantrag eingebracht ist.

Röhle führt zur Begründung aus, daß der Parteitag sich über die Stellung zur Internationale einig sei, im Gegensatz zu Halle, wo der Streit über die Frage der Internationale tobe.

Leuteritz widerspricht dem Schlußantrage. Man sei verpflichtet, sich über den Versailler Friedensvertrag noch in ganz anderen Worten auszusprechen, als in der Resolution Meerfeld geschehe.

Der Vorsitzende **Müller** macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß der Parteitag sich schon bei den Verhandlungen über den Vorstandsbericht über den Friedensvertrag ausgesprochen habe und daß auch der schriftliche Bericht des Parteivorstandes zu diesem Thema Stellung genommen habe.

Der Schlußantrag wird hierauf angenommen.

Meerfeld (Schlußwort): Ich bitte, den Antrag Osthavelland-Neuruppin, der eine Mißbilligung der Schuldresolution verlangt, abzulehnen. Im übrigen bitte ich, alle Anträge durch Annahme der von mir unterzeichneten Entschließung für erledigt zu erklären.

Die im Antrage Hamburg verlangte Einrichtung eines internationalen Nachrichtendienstes ist durchaus begrüßenswert. Wir müssen mit allen Mitteln dahin streben, eine solche Einrichtung zu schaffen. Schritte in dieser Richtung sind längst eingeleitet. Es ist bereits ein Abkommen mit der amerikanischen und englischen Arbeiterpresse in Arbeit, um Nachrichten zwischen dieser und der deutschen sozialdemokratischen Presse auszutauschen. Daran muß sich der Versuch einer großen Organisierung des Nachrichtendienstes anschließen. Wenn wir uns vor Augen halten, wie ungemein vergiftend der bürgerliche Nachrichtendienst vor dem Kriege, während desselben und in der Nachkriegszeit gewirkt hat, dann müssen wir unsere Pflicht erkennen, alles zu tun, hier Abhilfe zu schaffen, und einen eigenen internationalen sozialistischen Nachrichtendienst zu organisieren.

Leider war es in Genf nicht möglich, die Pressefrage im Plenum zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden dadurch außerordentlich erschwert, daß jede Rede in zwei andere Sprachen übersetzt werden mußte. Hinzu kam, daß die Engländer und andere Delegierte zu einem bestimmten Termin abreisen

mußten. Dadurch konnte die wichtige Frage der Organisierung des Nachrichtendienstes nicht erledigt werden. Sie muß aber geregelt werden und wir hoffen, daß die bereits eingeleiteten Schritte zu einem guten Erfolge führen.

Genosse Cunow hatte recht, wenn er sagte, die ausländische Presse sei über die deutschen Verhältnisse fast ausschließlich durch die U. S. P. und die kommunistische Presse unterrichtet. Das ist ein Krebsschaden, den wir mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Ein großer Teil der unüberwindlichen Voreingenommenheit ist auf diese einseitige, zum Teil verleumderische Bedienung der Presse des Auslandes zurückzuführen. Die U. S. P. trägt die Verantwortung für diese Vergiftung der internationalen Beziehungen und die Schädigungen der deutschen Arbeiterklasse. (Beifall.)

Entgegentreten muß ich dem Genossen Cunow, wenn er das belgische sozialistische Blatt „Peuple" anklagt, noch immer die Bezeichnung „Boches" zu gebrauchen. Wir haben feststellen können, daß der „Peuple" diese gehässige Bezeichnung, die ich keineswegs beschönigen will, nur im Feuilleton gebraucht, daß aber in den Spaltenartikeln das Wort „Boches" nur ironisch aus der Bourgeoisie-Presse übernommen wird. Ich bin aber weit davon entfernt, alles zu verteidigen, was sich heute noch sozialistische Organe draußen leisten. Wir sind erst am Anfang einer neuen Verständigung, und der ungeheure Haß und das große Mißtrauen müssen erst überwunden werden, bevor die Welt wiedergesunden kann. Von diesem Haß kann ich aber einen großen Teil der Sozialisten im Ausland nicht ausnehmen.

So ist es auch mit der Frage betreffend die Seeleute. Leider hat heute erst die Elite der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in anderen Ländern den Gedanken der Internationale wieder so weit erfaßt, daß sie die Solidarität praktisch übt. Die größere Masse ist heute leider noch nicht soweit. Es muß unsere Aufgabe sein, in den internationalen sozialistischen Bureaus und in der gewerkschaftlichen Internationale solchen Dingen nachzugehen und an das Gewissen der Arbeiter der anderen Länder zu appellieren, damit diese Dinge sich nicht wiederholen.

Wir Deutschen haben immer in dem Rufe gestanden, am internationalsten zu denken, eine Eigenschaft, auf die wir stolz sein können. Wir wollen Gerechtigkeit walten lassen, verlangen aber auch Gerechtigkeit gegen uns. Das Ausland muß sich aus der geistigen Verwirrung des Krieges zur geistigen Gesundung zurückfinden.

Wir suchen uns immer in die Psyche anderer Länder hineinzuversetzen. Wir müssen aber erwarten, daß man auch uns Verständnis entgegenbringt, daß man die Pflicht internationaler Solidarität, die wir voll und ganz anerkennen, nicht außer acht läßt. Aber wir brauchen deshalb daran doch nicht zu verzweifeln, daß diese Pflicht nach und nach erfüllt wird, und daß der Geist, der sich bereits in Genf so hoffnungsvoll zeigte, nach und nach große Schichten erfaßt und schließlich wieder die ganze Arbeiterschaft der Kulturländer umfassen wird.

Der Antrag Spandau ist insofern ganz überflüssig, als er auf einer falschen Voraussetzung fußt, nämlich auf der ursprünglichen Resolution, die ja gar nicht angenommen worden ist. In der angenommenen Resolution steht der Satz, den die Spandauer Entschließung mißbilligen will, daß wir den Militarismus nicht früh genug bekämpft hätten, nicht.

Es ist mit Recht in der heutigen Diskussion auf die beiden Pole Halle und Kassel hingewiesen worden. Ich bin von Genf ausgegangen, von dem versöhnlichen Geist, von dem wahren Geist des Völkerbundes, der sozialistischen Solidarität, der in Genf trotz allem, was man an der Internationale sonst noch auszusetzen haben mag, doch erfreulicherweise bei allen dort vertretenen

Nationen zu verzeichnen war. Man hat mit Recht gesagt: Lassen wir die Unabhängigen und Kommunisten in Halle darüber streiten, ob sie sich zur Dritten oder Zweiten Internationale stellen, wir stellen uns auf den Boden der Zweiten, der demokratischen Internationale; wir sind überzeugt, den richtigen Weg zu gehen. Wenn wir in Genf den anderen Sozialisten die Bruderhand entgegengestreckt haben, und wenn diese Hand freudig genommen und warm gedrückt wurde, dann können wir mit um so größerem Stolze sagen, daß wir die richtigen Wege gegangen sind, die uns zu einer neuen Völkersolidarität führen, die wir alle erstreben und für die Genf immerhin ein verheißungsvoller Anfang gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag 198 wird zurückgezogen. Die übrigen Anträge, die zu Punkt 4 der Tagesordnung gestellt worden sind, werden durch einstimmige Annahme des Antrages 376 für erledigt erklärt, mit der Maßgabe, daß die Anträge 199, 200 und 204, die das Nachrichtenwesen und seine internationale Organisation betreffen, vom Parteivorstand berücksichtigt werden sollen und die Anträge 202 und 203 vom Parteivorstande weiterberaten werden sollen.

Die Resolution 381a wird unter großem Beifall einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende **Müller** spricht namens des Bureaus die Hoffnung aus, daß das internationale Proletariat die Stimme des Parteitages hört, da die Forderung der Entente keine Kontinentalpolitik sei, sondern organisierter Mord von deutschen Kindern und Greisen.

Außerdem wird beschlossen, zur Beratung der Richtlinien zum Agrarprogramm und der dazu gestellten Anträge eine Kommission einzusetzen, die aus folgenden Mitgliedern bestehen soll: Georg Schmidt, Adolf Braun, Otto Braun, Erhard Auer, Dr. Quarck, Scholich-Breslau, Miß-Köln, Gentner-Pegnitz, Becker-Barthmannshagen, Brandenburg-Stendal, Ruggaber-Ulm, Maier-Heidelberg und Hoin-Limburg.

Da ein Beschluß, wann die Beitragserhöhung in Kraft treten soll, noch nicht gefaßt worden ist, stellt der Vorsitzende Müller nachträglich fest, daß der Referent, Genosse Bartels, in seinem Schlußwort davon gesprochen habe, daß die Beitragserhöhung bis zum 1. April 1921 durchgeführt sein soll. Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; es ist also demgemäß beschlossen.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 35 Minuten.)

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 15. Oktober 1920, Vormittagssitzung.

Vorsitzender Hermann **Müller** eröffnet die Sitzung und macht darauf aufmerksam, daß morgen vormittag die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie des Zentralbildungsausschusses stattfindet und ersucht um Vorschläge bis mittags 12 Uhr.

Leuteritz-Hamburg schlägt für den Parteivorstand 10 Mitglieder vor. Die Kontrollkommission als Aufsichtsinstanz ist der Meinung, daß der Vorstand um zwei Sekretäre verstärkt werden muß. Als Vorsitzende werden vorgeschlagen Wels und Müller, als Kassierer Bartels und Heinrich, als Sekretäre Dr. Adolf Braun, Genossin Juchacz, Molkenbuhr, Pfannkuch und in Zuwahl Krüger-Berlin und Stelling-Lübeck.

Vorsitzender **Müller**: Es scheint notwendig, noch die Zahl der Beisitzer zu bestimmen.

Leuteritz schlägt vor, statt drei Beisitzer jetzt sechs zu wählen.

Vorsitzender **Müller**: Die Namen sind jetzt noch nicht vorzuschlagen, sondern schriftlich dem Bureau einzureichen. Der Parteivorstand hat im Laufe des verflossenen Jahres die Uebung wieder aufgenommen, die vor dreißig Jahren auf unserem Hallenser Parteitag beschlossen wurde, daß der Parteivorstand den jeweiligen Redakteur des „Vorwärts" als stimmberechtigtes Mitglied zu seinen Sitzungen zuzieht, um dadurch den für das Parteileben notwendigen Kontakt zwischen Parteileitung und Zentralorgan herzustellen. Ich nehme also an, daß, wenn Sie die Vorschläge des Genossen Leuteritz annehmen, Sie gleichzeitig damit einverstanden sind, daß diese Uebung beibehalten wird, die nur verlassen war, als der „Vorwärts" keinen Chefredakteur hatte. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, ebensowenig gegen die sachlichen Vorschläge des Genossen Leuteritz, es ist so beschlossen.

Der Parteitag tritt darauf in den Punkt 6 der Tagesordnung ein:

Das Parteiprogramm.

Berichterstatter **Dr. Adolf Braun**: Werte Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich mit einer historischen Reminiszenz beginnen. Der erste Meinungsausdruck unserer Partei, der freilich nicht unter den Voraussetzungen zustande kam, die heute für ein Programm notwendig sind, der aber doch die Richtlinien für die Partei bestimmte, ist in einem Artikel zu finden, den der „Sozialdemokrat" von Jean Baptist von Schweitzer im Jahre 1865 veröffentlichte. Es wird Ihnen merkwürdig modern erscheinen, was da als Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zum Ausdruck gebracht wurde. Es heißt da:

„Drei große Gesichtspunkte sind es, die das Streben und die Tätigkeit unserer Partei bestimmen: Wir bekämpfen jene Gestaltungen des europäischen Staatensystems, welche unnatürlich die Völker trennend und verbindend aus dem feudalen Mittelalter in das 19. Jahrhundert sich hinübergeschleppt haben — wir wollen fördern die Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze zivilisierte Welt. Wir wollen nicht ein ohnmächtiges und zerrissenes Vaterland, machtlos nach außen und voll Willkür im Innern — das ganze gewaltige Deutschland wollen wir, den freien Volksstaat. Wir verwerfen die bisherige Beherrschung der Gesellschaft durch das Kapital — wir hoffen zu erkämpfen, daß die Arbeit den Staat regiere."

Jedem dieser Worte, jedem dieser Sätze können wir heute unter dem Drucke des Versailler Friedensvertrages und in der bitteren Not zustimmen, unter der wir mehr als je leben. Fast in der Mitte zwischen diesem ersten Meinungsausdruck der sozialdemokratischen Partei — von Lassalle haben wir keine programmatische Zielsetzung — und dem, was wir jetzt erstreben, liegt das Erfurter Programm vom Jahre 1890/91, näher noch Jean Baptist von Schweitzer, als der Arbeit, die wir heute zu verrichten haben. Jetzt haben wir zu einem neuen Programm zu gelangen! Gewaltig rasch ist die Zeit fortgeschritten, seitdem wir zum letzten Male programmatisch gearbeitet haben. Drei Jahrzehnte sind seitdem verstrichen, die Welt ist völlig anders geworden. Deutschland ist nicht mehr das Deutschland Wilhelms II., Deutschland ist aber auch leider nicht mehr der drittgrößte Industriestaat der Welt, Deutschland ist verarmt und verelendet, die Menschen in Deutschland sind auch nicht mehr die, die sie im Jahre 1890 waren. Der Krieg hat uns erschüttert, hat uns seelisch zermürbt, hat das sittliche Bewußtsein des deutschen Volkes auf den tiefsten Stand gebracht. Wir sind ein gänzlich anderes Volk geworden, unsere Bedürfnisse sind andere geworden. Wir sind zur Selbstprüfung mehr genötigt als jemals vorher. Aenderung unseres Parteiprogramms ist Selbstprüfung unserer Partei. Jeder von uns aber, jede Gruppe sollte das gewaltige Bedürfnis empfinden, sich selbst zu prüfen. Der Krieg und die Revolution, ein Krieg, wie er niemals

vorher gewesen ist, haben die Menschen anders gemacht, haben aber auch die Grundlagen, auf denen sich unser Programm zu entwickeln hat, vollständig umgestaltet. Aus den Worten, die Wilhelm Liebknecht 1890 in seinem Referat über das Parteiprogramm in Halle gesprochen hat, steht ein Satz fest, so lange es eine Sozialdemokratie geben wird, daß nämlich das sozialdemokratische Programm die Kollektivarbeit sämtlicher Parteigenossen sein muß. Wir wollen kein Parteiprogramm, das von irgendeiner Gruppe von Menschen geschaffen wird außerhalb von uns oder von einer kleinen Gruppe unter uns. Wir wollen auch nicht den heiligen Geist von Moskau über uns ergießen lassen. (Sehr richtig!) Wir wollen ein Programm der deutschen Arbeiterklasse schaffen aus dem Willen und der Tatkraft, aus der Ueberlegung und Erfahrung der Gegenwart, aber auch aus den Zukunftshoffnungen, dem Zukunftswillen der deutschen Arbeiterschaft. Wir wollen, daß dieses neue Parteiprogramm die geistige Anstrengung unseres arbeitenden Volkes sein soll. Wir freuen uns, ein gutes Zeichen dafür zu haben, daß die deutsche Arbeiterschaft mit ihrer lebhaften Anteilnahme dabei ist. Ueber alle Maßen überrascht waren wir darüber, daß der Gutachtenband, den der Parteivorstand zum Programm herausgegeben hat, in zwei Monaten vier Auflagen erlebt hat und die fünfte Auflage unter die Presse gekommen ist.

Ein Parteiprogramm ist die Festlegung des Willens einer Klasse für das, was werden soll. Ueber die Notwendigkeit eines neuen Parteiprogramms sind wir uns deshalb im klaren, trotz aller Einwendungen, die auch ich zu machen haben werde, weil wir zu der Ueberzeugung gelangen mußten, daß das Erfurter Programm nicht mehr den Anforderungen zu genügen vermag, die die deutsche Arbeiterklasse an ein neues Programm zu stellen hat. Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft wie unter den Völkern ist grundsätzlich verschoben. Wir können kein Programm haben, in dem als Zukunftsforderungen das steht, was durch die Macht der Arbeiterklasse schon zur Tatsache geworden ist. Wir wollen uns ein Programm schaffen, unter dessen Fahnen nach den Irrungen und Wirrungen unserer Tage das gesamte Proletariat Deutschlands wieder vereinigt werden kann. Wir wollen eine Fahne aufrichten für den einigen geschlossenen Willen der Arbeiterklasse. (Bravo!) Wir fühlen uns nicht nur als Sozialdemokratische Partei Deutschlands, sondern als Flaggenträger für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. In diesem stolzesten Sinne wollen wir Klassenpartei sein, indem wir alles zusammenzufassen bestrebt sind, was mit Kopf und Hand für Deutschland und die Welt schafft. So klar es ist, daß wir zu einem Programm gelangen müssen, so deutlich türmen sich gewaltige Schwierigkeiten dieser Arbeit entgegen. Jeder Tag bringt uns neue Schwierigkeiten. Gestern lernten wir aus der Debatte, in der die Gegensätzlichkeit, die — wenn auch durchaus nicht genügend — in den Namen Wissell und Schmidt zum Ausdruck kommt, wie unsicher, wie unklar die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind, wie unmöglich die Richtungslinien zu ziehen sind für das, was Deutschland künftig sein wird. Gerade unsere Partei, die weiß, daß sich vor allem aus wirtschaftlichen Voraussetzungen politische Gestaltungen ergeben, die wirtschaftliche Ziele haben, wird nur ein Programm aufstellen können, das auf der Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen beruhen soll. Wir müssen sagen, daß aus diesen spezifisch marxistischen Erwägungen für unsere Partei die Schaffung eines Programms außerordentlich schwierig sein wird. Wir wollen nichts von unseren letzten Hoffnungen und Wünschen aufgeben, aber doch in den Entwicklungstendenzen fußend unser Programm aufbauen. Hierfür ist die wichtigste Voraussetzung, diese Entwicklungsrichtung unserer Wirtschaft zu erkennen. Das vermag heute der Weiseste der Weisen nicht. Wir wissen, daß wir in einer zwangsläufigen Wirtschaft leben, die durch den Versailler Friedensvertrag wesentlich bedingt wird. Ununterbrochen werden uns Bedingungen unseres wirtschaftlichen Sollens von außen aufgenötigt, die wir ertragen und erdulden müssen. Aber welche dieser Bedingungen und wann sie eintreten, können wir leider nicht beurteilen, weil es nicht in unserer Hand liegt, das zu bestimmen. Wir wissen auch, daß sich die ganze Arbeiterbewegung, daß sich auch unsere Partei in einer tiefen Krisis befindet, daß mannigfache Strömungen herrschen, die nicht leicht auf eine gemeinsame Linie zu bringen sind. Schwierigkeiten und Hemmungen sind mit der Schaffung eines Programms verknüpft.

Es liegt Ihnen auch eine Resolution vor, die verlangt, daß bis zum 1. Juli nächsten Jahres das Programm vorgelegt werden muß. Ich habe sie selbst eingebracht, um den Weg und das Ziel unserer Arbeit klarzustellen. Ich bin mir aber durchaus bewußt, daß wir vielleicht nicht zum Ziel kommen können, weil die Schwierigkeiten, die unserem guten Willen entgegenstehen, nicht zu überwinden sein werden.

Neben diesen allgemeinen Schwierigkeiten ergeben sich aus dem reinen Problem der Programmbildung besondere Hemmungen. Als wir 1890 das Programm bildeten, waren wir eine Partei, die eben die Fesseln des Sozialistengesetzes abgeworfen hatte, die einem Umsturz- und Zuchthausgesetz entgegengingen; wir waren eine Partei, die Wilhelm mit seinem Erlaß vom 4. Februar noch fördern zu können meinte, das war zu einer Zeit, als man noch glaubte, daß Kaiser und Demokratie, wie Pastor Naumann sagte, zu einer höheren Einheit zu vereinigen waren. Jetzt sind wir aus einem Objekt der Gesetzgebung zu ihrem Subjekt geworden. Dadurch ist unsere Aufgabe noch schwerer geworden.

Wir konnten uns im Jahre 1891 auf kurze prägnante Forderungen beschränken, weil wir bloß allgemeine Grundsätze aufzustellen hatten, welche weder im Reiche noch im Lande, noch in den Kommunen für uns im Bereich des Durchführbaren lagen. Heute sind wir eine Partei, die in zahlreichen Gemeinden die Mehrheit hat, die stärkste Partei im Reichsparlament, eine überaus starke Partei in allen Landesparlamenten. Dadurch ist unsere Verantwortlichkeit unverhältnismäßig größer geworden. Wir haben auch noch ganz anders gewachsene Schwierigkeiten. Als wir das erste Programm machten, gab es auch schon Unabhängige, aber Unabhängige innerhalb unserer Organisation, während wir jetzt proletarische Parteien außerhalb unserer Organisation haben. Die Ausgangspunkte der Kritik sind andere geworden.

Wir können uns heute nicht mit ganz kurzen Programmsätzen über die Gesundheitspflege, Schule, Militarismus mehr begnügen, es nicht mehr so leicht auf zwei ganz kleine Oktavseiten zusammenpressen. Wir müssen ein ganz genaues Programm für die einzelnen politischen Gebiete machen. Es genügt nicht mehr, z. B. ein Kommunalprogramm zu machen, weil wir nicht für die Stadt Berlin und den Ort Posemuckel das gleiche Programm haben können, wir müssen verschiedene Kommunalprogramme bilden. Wir müssen das Gesamtparteiprogramm entlasten durch Spezialprogramme. Dadurch es ermöglichen und einen klaren gemeinsamen Ausdruck in engem Raum für das zu finden, was wir wollen. Das Programm darf kein Buch werden, es muß aber seine Ergänzung finden, in einer ganzen Anzahl von Nebenprogrammen. Aber ich bin weit entfernt davon, daß wir nur Programme und kein Programm machen.

Wenn wir Programme machen für die Frauen, Agrar-, Gesundheits-, Schul-, Kommunalfragen, müssen wir daneben auch ein gemeinsames Programm geben, das alle diese Programme bindet und zusammenfaßt und mit ihnen nicht im Widerspruch stehen darf. Wir dürfen kein Schulprogramm machen, das die

Schulmeister, Eltern und Schulkinder allein interessiert und die Sozialdemokratie als Gesamtheit nicht. Wir müssen ein gemeinsames festes Programm schaffen, das gestützt wird durch eine Reihe von Nebenprogrammen. Daraus ergeben sich für uns eine große Anzahl von Aufgaben, die wir nicht in einem Jahre bewältigen können, da uns die geistigen Kräfte dazu nicht zur Verfügung stehen. Das soll kein Bekenntnis zu der Armut an Geist in unserer Partei sein! Wir haben so viele Aufgaben in der Politik, Organisation und Agitation, wir haben in so mannigfacher Weise für das Wohl der Arbeiterklasse zu wirken, daß wir keine Menschen haben, die ihre Tätigkeit auf die Programmarbeit allein oder auch nur in besonders starkem Maße konzentrieren können. Schrittweise werden wir vorgehen müssen, nach und nach diese Programme auszuarbeiten haben.

Den Einwand, daß wir um deswillen heute kein Programm schaffen können, weil wir in absehbarer Zeit wieder in die Regierung einzutreten haben werden, und weil dieses Programm rote Ketten für unsere künftigen Reichskanzler und Minister bilden würde, kann ich nicht gelten lassen. Wir machen hier nicht die Programmerklärung der künftigen deutschen Regierung, sondern wir machen ganz ohne jede Rücksicht auf diese Tätigkeit unser Parteiprogramm, für das die sozialdemokratische Arbeiterklasse eintreten soll, ausgehend von den tatsächlichen Verhältnissen, von den Hoffnungen dessen, was sie erstrebt. Wir sind in absehbarer Zeit, vor allem nach dem traurigen Zusammenbruch der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, nicht in der Lage, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden, jede Regierung, an der wir mitwirken, wird in absehbarer Zeit eine Koalitionsregierung sein, in der wir bemüht sein werden, soviel Macht zu haben, als irgend denkbar ist.

Deshalb wird dieses Programm ohne Rücksicht auf die Erklärung eines künftigen sozialdemokratischen Reichskanzlers gemacht werden, wie der Parteitag und die deutsche Arbeiterklasse es will und nicht, wie es dem kommenden Reichskanzler angepaßt ist. (Sehr richtig!) Der kommende Reichskanzler aber wird mit den anderen Parteien eine programmatische Erklärung der Reichsregierung auszuarbeiten haben, dabei sich auf dieses Programm berufen und möglichst viel von diesen Forderungen in seine Erklärung hineinzuzwingen haben. In diesem Sinne wird das Programm auch für die künftigen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, auch für die Gestaltung der deutschen Politik von praktischer Bedeutung sein. Wir wollen also durchaus nicht im luftleeren Raum fechten. Wir wollen uns aber auch in gar keiner Weise lediglich von praktischen Rücksichten auf die Staatsmänner bestimmen lassen. Wir wissen, daß wir eine Reihe von allgemeinen Grundsätzen aufstellen werden, die auch jeder sozialdemokratische Minister ganz unbedingt anerkennen wird.

Wir haben in unserem Parteiprogramm mit den historischen Voraussetzungen zu rechnen. Wir müssen die wirtschaftlichen Kräfte des Kapitalismus und die Triebkräfte und Hemmungen der Arbeiterbewegung klar zum Ausdruck bringen, ebenso unseren allgemeinen Friedenswillen, den Widerstand gegen jede Abenteurer- und Revanchepolitik. Wir müssen aber auch mit aller Deutlichkeit die Grenzlinien gegen die anderen Parteien ziehen.

Den größten Schwierigkeiten werden wir doch begegnen, wo wir mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen haben. Wenn im Erfurter Programm im Geiste von Karl Marx die wirtschaftliche Entwicklung vorgezeichnet ist und die Notwendigkeit, aus ihr zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, erklärt ist, so war das damals durchaus richtig. Aber heute sind wir leider nicht in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung mit dieser Klarheit zu übersehen. Wohl sehen wir einzelne Riesengewinne der kapitalistischen Gesellschaft. Aber

die Genossen sollen sich hieraus nicht zu Verallgemeinerungen verleiten lassen. Die deutsche Wirtschaft ist nicht so reich, wie es nach den Ueberschüssen einzelner industrieller Unternehmungen mit ihren großen Konjunkturgewinnen erscheint. Wenn Sie nach Ihrer Heimat zurückfahren, können Sie die Schornsteine zählen, aus denen kein Rauch aufsteigt, Sie werden erstaunen über die Statistik, die sich Ihnen darbietet. Eine Unmasse industrieller Betriebe ist stillgelegt. Die heutigen Kapitalgewinne können auch nicht mit denen vor einem Jahrzehnt verglichen werden. Die Reichsmark von heute ist eine Zwergmark gegen die Mark vor zehn Jahren. Damals bestand das Kapital der Unternehmungen in festem Gold, heute besteht es in schwankendem Papier. Man überschätze auch nicht die Vorteile des Kapitalismus und lasse sich von agitatorischen Ausnutzungen der Zahlen der Handelszeitungen nicht verleiten, größere Profite des Kapitals vortäuschen zu lassen, als sie tatsächlich bestehen. Alles ist heute ins Schwanken geraten, auch die Vergleichbarkeit, die die Voraussetzung der Statistik ist. Nicht nur die Reichsmark, auch Fabrikgebäude, Maschinen und dergleichen haben einen anderen Wert, als man vielfach annimmt. Ein Fabrikgebäude, das nicht benutzt werden kann, Maschinen, die in der Konstruktion veralten, sinken ebenso im Werte wie die Papiermark.

Ueberschätzen Sie auch nicht die Gewinne der Landwirtschaft. Ihnen steht die ungeheure Verteuerung aller Werkzeuge und Industrieprodukte gegenüber, die das Land braucht. Die Lebenshaltung des kleinen Landwirts ist gewaltig gestiegen. Vor allem aber ist aus der intensiven Landwirtschaft eine extensive geworden. Die scheinbar sich aufblähenden Gewinne der Landwirtschaft zeigen unter einem höheren wirtschaftlichen Gesichtspunkt den vollständigen Niedergang unserer Wirtschaft. Wir müssen befürchten, aus einem intensiven Industriestaat immer mehr zu einem extensiven Agrarstaat zu werden.

Wir wissen auch, wie glänzend unsere Stellung in der Weltwirtschaft vor dem Kriege war. Diese Stellung ist vollständig verändert. Wir sind nicht mehr das Land, das halb Europa mit Zucker versorgte, das Unmassen von Textilwaren nach Afrika und Amerika lieferte, das in vielen chemischen Produkten, in Porzellan- und Glaswaren eine Monopolstellung hatte. Wir führen nichts mehr aus, wir müssen ungeheure Mengen einführen. Wir haben kein Stück Zucker für den Kaffee, führen keinen Zucker mehr aus, und doch haben wir früher nach England soviel Zucker geliefert, daß man dort die Schweine mit deutschem Zucker gemästet hat.

Hieraus sehen Sie die gewaltige Kompliziertheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und die Schwierigkeit, daraus zu einem Programm zu gelangen. Aber lassen Sie sich nicht zu einem Pessimismus verleiten. Unsere Staats- und Privatwirtschaft geht vielfach einem Bankrott entgegen, die tiefsten Erschütterungen stehen Europa bevor, und doch haben wir keinen Untergang des Abendlandes zu befürchten. Deutschlands höchst gewerteter Produktionsfaktor, auch wenn sein Kapital gewaltigen Schaden erleidet, ist die durch Jahrhunderte entwickelte Qualifiziertheit der Arbeitskraft, die auf dem europäischen Kontinent keine andere große Volkswirtschaft aufweisen kann. (Sehr richtig!) Die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse wird uns erhalten, sie wird ein neues Deutschland schaffen. Zur Hoffnungslosigkeit haben wir keinen Anlaß. Aus dem zerrütteten und wirtschaftlich niedergebeugten Deutschland, das von Engländern und Franzosen aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet werden sollte, werden wir doch wieder ein mustergültiges Wirtschaftsgebiet für die ganze Welt schaffen. Wir wissen, daß dieses Deutschland eine ganz andere Wirtschaft haben muß, daß die deutsche Arbeiterklasse, die uns aus all dem Elend herausheben soll, unter ganz anderen industriellen und allgemein wirtschaftlichen Voraussetzungen zu wirken haben wird, als es bisher gewesen ist. Als Sklaven der

Großindustrie, der Handelsherren und der Bankmächte wird Deutschland nicht gesunden, sondern nur dann, wenn die deutsche Arbeiterschaft auch die Herrschaftsgewalt über die deutsche Wirtschaft bekommt. Diese Gedanken müssen in unserem Programm klar zum Ausdruck kommen.

Als die Väter des Erfurter Programms an die Arbeit gingen, stellten sie ein Programm für eine Partei der Industriearbeiter auf. Heute sind wir weit hinausgewachsen über diesen engen Kreis. Heute sind wir zu einer Partei geworden, die auch Angestellte und Beamte umfaßt, die sich auf Industrie, Handel, Landwirtschaft, Schiffahrt usw. erstreckt. Wir sind eine Partei der Kopfarbeiter und Handarbeiter jeder Art. In diesem Saal sehen wir Arbeiter vom Universitätsprofessor bis zum ungelernten Arbeiter. Entsprechend dieser Zusammenfassung müssen wir auch unser künftiges Programm gestalten. Dabei dürfen wir aber niemals den Mutterboden unserer Partei vergessen. Wir sind aus einer Partei der Industriearbeiter hervorgegangen, auch heute noch bilden die Industriearbeiter den Kern und die große Mehrzahl unserer Mitglieder.

Wir werden uns durch irgendwelche Liebhabereien für einzelne Gruppen von Angestellten, Beamten usw. in der Partei nicht verleiten lassen dürfen, in dem Programme darf kein einziges Wort den Interessen der Industriearbeiterschaft widersprechen. Das ist für uns das historisch Gewordene und eine Lebensfrage für unser künftiges Werden.

Vielfach ist gewünscht worden, daß wir uns nur auf ein Aktionsprogramm beschränken, es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß unsere Arbeit lediglich ein Aktionsprogramm zeitigen wird. Ich bitte aber dringend, uns keine Fesseln anzulegen. Wir wollen unserer Aufgabe in möglichst hohem Maße genügen. Die künftige Programmkommission soll sich die größten Ziele setzen und nur dann Beschränkungen auferlegen, wenn sie erkennt, daß diese Ziele nicht zu erreichen sind.

Ein ebenso jugendlicher wie übereifriger Parteigenosse hat mir gegenüber mit großer Zähigkeit die Meinung vertreten, daß wir unbedingt bis morgen Mittag ein Aktionsprogramm fertigstellen müssen. Dieser Wunsch ist nicht zu erfüllen, wenn wir uns nicht zu oberflächlicher und unüberlegter Arbeit zwingen. Die Arbeit muß mit aller Gründlichkeit unter der Voraussetzung weitestgehender Diskussion in allen Parteizeitungen und in zahlreichen Versammlungen durchgeführt werden. Alle Kräfte der Partei müssen zu ernstester Mitarbeit herangezogen werden. Die Aufgabe der zu wählenden Programmkommission ist nicht leicht. Nichts wäre peinlicher, als wenn die Kommission den Ernst ihrer Aufgabe nicht vollkommen erfaßte.

Wir werden auch stark mit Nebenprogrammen zu rechnen haben. Wir hoffen, daß die Richtlinien für unsere agrarische Agitation Ihren Beifall finden werden. Ich halte es für gut, ein Programm mit den spezifischen Forderungen der Industriearbeiterschaft vielleicht in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auszuarbeiten und dem nächsten Parteitag vorzulegen. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß einzelne Gruppen der Parteigenossen, z. B. die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, den Versuch macht, ein sozialistisches Schulprogramm auszuarbeiten, wobei ich aber die Lehrer bitte, keine pädagogische Enzyklopädie zu schreiben. Das Programm soll kein Programm für die Lehrer sein, sondern innerhalb der Arbeiterklasse verbreitet werden. Die Spezialprogramme müssen in steter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Grundforderungen ausgearbeitet werden. Wir dürfen z. B. nicht spezifische Schulprogramme machen, die den Schulmeistern und vielleicht den Eltern gefallen; die Landesprogramme müssen in der ganzen Entwicklung zum Sozialismus fest wurzeln. Deswegen bitte ich die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, die Ausarbeitung eines Schulprogrammes nicht isoliert, sondern unter Heranziehung von anderen Parteigenossen vorzunehmen.

Die Arbeit, die wir zu leisten haben, wird Bedeutung weit über die Grenzen Deutschlands hinaus haben. Wir werden die einzige sozialdemokratische Partei sein, die nach dem Kriege und nach der Revolution ein neues sozialdemokratisches Programm aufstellt. Das Bedürfnis nach einem neuen Programm besteht aber bei allen sozialdemokratischen Parteien. Wir werden bei Aufstellung des Programms nicht nur die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft, Löhne, Arbeitszeit, Kinderschutz und ähnliches berücksichtigen müssen, sondern auch die ganze Stellung des Arbeiters in Handel, Industrie, Verkehr usw. Die ganze veränderte Position der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Werden muß mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung treten. Auch diese Arbeit wird für die Bruderparteien im Auslande von größter Bedeutung sein.

Wir werden nicht nur mit aller Sorgsamkeit nach den wirtschaftlichen Zuständen und nach den wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen zu fragen haben, wir müssen auch von Realitäten ausgehen, wenn wir für die deutsche Arbeiterklasse ein Programm ausarbeiten wollen. Vor allen Dingen müssen wir von der Betrachtung des Versailler Friedens ausgehen. Wir müssen in Gemeinschaft mit den anderen sozialistischen Parteien zu einer Aenderung des Friedensvertrages kommen, wie es in dem ausgezeichneten Beschluß des Internationalen Kongresses zu Genf zum Ausdruck gebracht ist. Wir dürfen das Programm nicht mit der Blindheit der U. S. P., der K. P. D., der K. A. P. D., der Syndikalisten usw. machen, das auf Täuschung der Arbeiter hinausläuft und unerfüllbare Hoffnungen enthält. Das Programm darf nicht von der Erkenntnis des Möglichen absehen, muß die wirtschaftlichen Zustände und die politischen Schwierigkeiten unseres Landes berücksichtigen. Mit Generalstreiks, Terrorismus und Handgranaten gestaltet man eine Gesellschaft nicht um. Mit ihnen gewöhnt man am ehesten diejenigen, die man in Furcht setzen will, an die Gefahren, die gar nicht so schrecklich sind, wie die Gläubigen an die heilige Handgranate meinen.

Wir werden deshalb die Bedeutung des Versailler Friedens in unserm Programm deutlich betonen müssen. Dadurch werden wir auch zu etwas gelangen, was im Erfurter Programm vollständig vernachlässigt ist, nämlich zur Betrachtung der auswärtigen Politik. Wir werden die Stellung zum Völkerbund zu berücksichtigen haben; wir werden sagen müssen, welchen Völkerbund die Arbeiterklasse aller Länder und damit auch Deutschlands in dem Programm zu fordern hat. Wir werden die Demokratisierung des Völkerbundes, die sofortige Aufnahme Deutschlands und Oesterreichs in den Völkerbund und die Stärkung des Völkerbundes sowie seine Ueberhoheit über das politische und wirtschaftliche Werden der einzelnen Länder zum Ausdruck bringen müssen. Der Völkerbund soll die produktiven Kräfte fördern, er soll das Geldwesen internationalisieren, die Finanznöte ausgleichen, er soll über den Schiffsraum im Interesse aller Völker verfügen, er soll die Konkurrenzverhältnisse ausgleichen und die völlige Gleichstellung aller Nationen ermöglichen auch im Interesse der Nationen, die heute dank ihres Sieges eine Monopolstellung einnehmen und zugrunde gehen werden, wenn die Staaten sich nicht entwickeln können, die die Vorrangstellung der Sieger nicht besitzen.

Wir werden unser Programm mit Klugheit und Vorsicht aufstellen müssen. Wir müssen uns vor Illusionen hüten. Wir wollen die Arbeiter zur Kritik dessen erziehen, was phantastisch und undurchführbar ist.

Wir wollen weiter von der Reichsverfassung ausgehen. Den politischen Rechtszustand, der durch die Reichsverfassung geschaffen ist, wollen wir anerkennen. Wir wollen aber auch die Protokolle des Verfassungsausschusses

erleichtern, um daraus zu zeigen, daß wir vieles besser gewollt haben. Wir werden uns unserer internationalen Stellung auch darin bewußt sein, daß wir unsere Beziehungen zu andern Völkern mit voller Klarheit zum Ausdruck bringen. Das können wir aber nur tun, wenn wir einer gewissen Solidarität mit den anderen sozialistischen Parteien sicher sind.

In der inneren Politik wollen wir die Stellung des Reiches stärken und das Streben der Landeshoheiten nach partikularistischen Rechten bekämpfen. An Stelle der aus dynastischer Interessenpolitik erwachsenen Zusammensetzung der Länder wollen wir aus dem ganz sich wieder entwickelnden Partikularismus nach einem Regionalismus streben, der zusammenfaßt, was wirtschaftlich und nach Stammeseigentümlichkeit zusammengehört. (Sehr gut!) Wir werden alle Reichsinstitutionen, die wir von den Ländern übernommen haben, möglichst auszubauen suchen und für die Bevölkerung sympathisch zu gestalten haben. Bei Steuern ist das allerdings nicht leicht, da sie bei der großen Masse des Volkes nicht sympathisch aufgenommen werden. Bei der Post, dem Verkehrswesen und in der Ausgestaltung der Briefmarken und Münzen haben wir eine Reihe Möglichkeiten, das Reich allen sympathisch zu gestalten, die zunächst fester am Lande als am Reich hängen.

Wir werden uns hüten müssen, religiöse Engherzigkeit in das Programm hineinzunehmen. Das ist ein Gebiet, das außerhalb des Wesens der Politik liegt. Wir wollen keine Einmengung der Kirche in unsere sozialistische Entwicklung, wir wollen uns aber auch nicht einmengen in das, was Herzenssache des einzelnen ist; alle diese Versuche sind bisher immer gescheitert. Wir wollen in unserer Stellung zur Kirche und Religion auf dem Boden der realen Tatsachen bleiben. Bei aller Betonung des international Notwendigen wollen wir uns freihalten von jedem Fanatismus für das Ausland, von jeder Unterschätzung des eigenen Volkes. Bei aller Klarheit darüber, daß Männern und Frauen die gleichen Rechte zu sichern sind, wollen wir doch nicht übersehen, daß für die Frauen besondere Voraussetzungen gegeben sind, als Mütter, als Träger der Sittlichkeit, als Sicherer der Familiengemeinschaft. Diese besonderen Interessen der Frauen werden wir in unserem Programm zum Ausdruck bringen müssen.

Wir werden uns hüten, eine absolute Egalisierung von Mann und Weib zu verlangen, wenn wir auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau, von Arbeiter und Arbeiterin, von Jüngling und Mädchen, von Staatsbürger und Staatsbürgerin fordern. Es ist uns klar, daß in Erziehung, Gesundheitspflege, Arbeitsrecht, Schule der Frau eine besondere Berücksichtigung zu sichern ist. Ich glaube, wir werden zu einem besonderen Frauenprogramm als Stützpunkt unseres Gesamtprogramms kommen müssen. (Bravo!)

Wenn wir von der Frauenfrage sprechen, so ist nur ein kleiner Schritt bis zur Wohnungsfrage. Gerade die Frau leidet oft sehr unter der fürchterlichen Wohnungsnot. Ueber die Wohnungsfrage werden wir ja zwei bedeutsame Referate zu hören bekommen. Ich werde auf die speziellen Fragen, die Fragen der Gesundheitspflege, die Frage der unerhörten Verwüstungen, die durch Krieg, durch Syphilis und andere Geschlechtskrankheiten, durch die Vermehrung der Tuberkulose, durch Nierenkrankheiten usw. hervorgerufen worden sind, hier nicht eingehen. Auch hier werden wir zu einem Spezialprogramm kommen, weil wir die Aufgaben, die uns gestellt sind, in unser Gesamtprogramm nicht bringen können. Das gleiche gilt von den Fragen der Sozialpolitik im weitesten Sinne. Die ganze Stellung des Arbeiters im Betriebe, die bedeutsamen Probleme des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung, der Arbeitslosigkeit werden in ein besonderes Programm hineingearbeitet werden müssen, das natürlich wieder aufs engste mit dem Gesamtprogramm, mit dem Frauenprogramm, mit dem Wohnungsprogramm und allen übrigen Programmen verknüpft sein wird.

Auch auf dem Gebiete der Steuerfragen werden wir dafür zu sorgen haben, wie das auch bereits in einer Resolution zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die hohen Vermögen und Einkommen noch stärker unter Entlastung der kleinen Lohn- und Gehaltseinkommen steuerlich erfaßt werden.

Wichtiger als alles wird die Ueberführung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in einen sozialisierten Betrieb sein. Wir werden Sozialisierung und Kommunalisierung, Vorkaufs- und Expropriationsrecht des Reiches und der Staaten mit aller Schärfe zu betonen haben. Wir werden den Ausbau und die Sicherung der Demokratie in den Vordergrund der politischen Prinzipien unseres Parteiprogramms zu stellen haben.

Ich möchte Ihnen aber auch sagen, wie wir uns dieses Programm schaffen wollen. Die Resolution Nr. 381, die meinen Namen trägt, legt Ihnen das klar. Wir wollen eine möglichst kleine Körperschaft haben, die dem künftigen Parteitag gegenüber die Verantwortung für alle Arbeiten trägt, die den Zentralpunkt der ganzen Programmarbeiten bilden soll und die möglichst weite Kreise der Partei zur Mitarbeit heranziehen soll. Wir beabsichtigen, eine Programmkommission von sieben Personen vorzuschlagen, die sich sofort auf diesem Parteitag konstituiert und die noch auf diesem Parteitag einen größeren Kreis von Parteigenossen zur Mitarbeit einzuladen hat, um womöglich noch in diesem Monat eine große Generaldebatte über die Möglichkeiten der Programmbildung, über die Bildung von Unterkommissionen usw. vorzunehmen. Wir wollen für diese Kommission das Recht der Kooptation haben, sowohl für die gesamte Arbeit, wie für einzelne Fragen. Wir wollen endlich daran denken, auch Sachverständige im weitesten Sinne des Wortes vorzuladen, damit sie bei den Formulierungen im einzelnen mitwirken können. Die große Kommission soll beim Abschluß der Arbeiten wieder zusammentreten und die Gesamtarbeit begutachten. Ich stelle mir vor, daß ähnlich wie bei der Schaffung der bayerischen Verfassung die ganze Arbeit zur stilistischen Ueberarbeitung Sachverständigen vorgelegt wird, damit auch in sprachlicher Form das Beste geleistet wird; denn ein sprachlich schönes Programm wirkt natürlich am allerbesten.

Lassen Sie mich dann auch die Namen derjenigen nennen, die wir im Parteiausschuß und im Parteivorstand für die Programmkommission vorgesehen haben. Es ist eigentlich nicht meines Amtes, es wäre vielleicht besser, wenn aus dem Parteitag heraus Vorschläge gemacht werden. Aber da wir im Parteiausschuß und im Parteivorstand diese Liste aufgestellt haben, ist es meiner Meinung nach klüger, sie so zu lassen und so zu begründen, wie sie dort begründet worden ist. Wir gingen von dem Gesichtspunkte aus, daß diese Kommission vor allen Dingen eine Zusammenfassung der Kopf- und Handarbeiter sein müsse, daß aus der Zusammensetzung der Kommission nicht irgendwelche falschen Schlüsse gezogen werden dürfen über das, was in das Programm hineinkommen soll. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein Mann wie Eduard Bernstein nach seinen theoretischen Kenntnissen und nach seiner ganzen bisherigen Arbeit in diese Kommission hineingehört. Trotzdem haben wir dagegen gestimmt, Bernstein in diese Kommission hineinzuwählen. Wir hoffen aber auf seine Mitarbeit nach jeder Richtung hin. In die Siebener-Kommission wollten wir ihn nicht wählen; denn unter seinen verschiedenen geschichtlichen Verdiensten innerhalb der Arbeiterbewegung ist das eine, daß er der Vater des Revisionismus ist. Wenn wir also unter sieben Leuten Eduard Bernstein haben, so werden die anderen sechs einfach hinter seinem Namen verschwinden, man wird sagen, wir wollten ein Programm des Revisionismus machen, was uns nicht einfällt. Man hat dagegen eingewandt,

daß Bernstein die radikale Note vertritt. Er ist ja eben erst aus der U. S. P. zu uns gekommen. Aber Eduard Bernstein war in der U. S. P. aus pazifistischen Beweggründen, nicht aus den Beweggründen, die bei der Programmbildung in Betracht kommen. Wir haben andererseits gesagt, daß der leitende Redakteur der „Neuen Zeit", der Genosse Cunow, unbedingt in der Kommission sein muß. Der Parteivorstand war ferner der Meinung, daß ich, der ich die bisherige Vorarbeit geleitet habe, in die Kommission kommen soll. Damit hätten wir zwei Intellektuelle, die vor allem auf Grund ihrer ökonomischen Bildung, auf Grund ihrer ökonomischen Kenntnisse und Arbeiten in die Kommission hineingekommen sind. Deswegen waren wir der Ueberzeugung, daß der dritte Intellektuelle kein Mann der Oekonomie sein soll, sondern ein Mann, der dem staatlichen Wesen, dem staatlichen Werden, der staatlichen Konstruktion Interesse widmet. Daher haben wir den Genossen Gradnauer, der über die deutsche Verfassung Tüchtiges publiziert hat und gründlich diese Verhältnisse studiert hat, für die Kommission empfohlen. Wir waren dann der Meinung, daß auch eine Frau unbedingt in der Kommission sein muß und haben die Genossin Pfülf als die geeignete Vertreterin der spezifisch weiblichen Interessen auf Grund ihrer ganzen Tätigkeit, namentlich in der Nationalversammlung und im Reichstag für die Kommission gewünscht, weil wir der Ueberzeugung waren, daß sie die Zusammenhänge der weiblichen Interessen mit den allgemein menschlichen und sozialistischen Interessen klar erkannt hat. Wir haben weiter die Freude, in dem Genossen Molkenbuhr Ihnen einen Mann vorschlagen zu können, der bei der Bildung des Programms von 1875, das uns allen so teuer ist, weil es den Namen des Einigungsprogramms der deutschen Sozialdemokratie trägt und bei der Bildung des Programms von 1891 mitgewirkt hat. Wir wünschen ihn in der Kommission, damit die innige Verbindung des Programmwerkes mit der Vergangenheit in die Erscheinung tritt. Ferner haben wir den Genossen Hermann Müller-Potsdam, einen leider als solchen viel zu wenig geschätzten Historiker der deutschen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, also auch einen Mann, der die Tradition vertritt, in die Kommission entsenden wollen. Ich kann Ihnen allen das kleine Schriftchen empfehlen, das Hermann Müller aus Anlaß dieses Parteitages über die bisherigen Programmbildungen geschrieben hat, das allein schon, ganz abgesehen von der ausgezeichneten Geschichte der Lithographen und Steindrucker, deren erster Teil eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist, ihn für die Wahl in diese Kommission legitimiert. Endlich haben wir als dritten aus der Arbeiterklasse stammenden Mann an den Genossen Keil gedacht, der ein alter Parlamentarier ist und die Steuerfragen und wirtschaftlichen Probleme beherrscht. Obwohl ich sehr wohl weiß, daß innerhalb und außerhalb dieses Saales noch sehr viele sind, die in diese Programmkommission hineingehörten, möchte ich Sie doch bitten, die Kommission nicht weiter zu vergrößern. Wir versichern Ihnen, daß so viele Parteigenossen, als nur irgendwie angezeigt ist, zu den Arbeiten der Kommission herangezogen werden. Wir werden wahrscheinlich die Möglichkeit haben, schon morgen oder übermorgen die Namen in der Parteipresse zu nennen. Wir müssen alles daran setzen, die Arbeiten der Programmkommission auch tatsächlich auszuführen. Wenn ich auch nicht ein formales Versprechen abzugeben berechtigt bin, so kann ich doch erklären, daß wir alles daran setzen wollen, daß unsere Arbeiten das Ergebnis zeitigen, was überhaupt aus ihnen erwachsen kann. Wir wollen ein Programm schaffen, das unsere ganze Arbeiterbewegung beflügelt, das zeigt, was wir wollen, das aber auch dann, soweit es möglich ist, Feind und Freund zeigt, daß wir mit aller Kraft für die volle Demokratisierung Deutschlands, für die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, für die sozialistische Lehre zu Nutzen und Frommen derer, die der Gesellschaft gegenüber durch geistige und körperliche Arbeit ihre Pflicht erfüllen, eintreten.

Möge diesem Wirken der Partei voller und glänzender Erfolg gesichert sein! (Lebhafter Beifall.)

Als Berichterstatter zu Punkt 6b:

Richtlinien für die Agrarpolitik

erhält dann das Wort:

Georg Schmidt: Seit langer Zeit war man in der Partei bestrebt, zu einer Klärung über die agrarischen Probleme zu kommen. Jedoch jedem Genossen, der sich mit dieser Frage beschäftigte, kam bald die Erkenntnis, wie unendlich schwierig die Fragen der Agrarpolitik sind. Es ist ein beliebtes Mittel, besonders unserer Gegner aus dem bürgerlichen Lager, daran Kritik zu üben, daß die Sozialdemokratie zu einer klaren Erkenntnis in den Agrarfragen noch nicht gekommen sei. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß auch innerhalb der bürgerlichen Kreise, ganz besonders der Agrarwissenschaftler, heute noch ein lebhafter Streit darüber besteht, wie sich die Entwicklung in der Landwirtschaft gestaltet, so daß man also auch hier zu einer Klärung noch nicht gekommen ist. Wenn wir auf dem Breslauer Parteitag und auf die Bestrebungen kurz vor dem Kriege zurückblicken, so sehen wir, daß auch in dieser Frage die Sozialdemokratie allein versucht hat, bahnbrechend zu wirken, um die richtigen Ziele zu erforschen, die wir in der Agrarpolitik einzuschlagen haben. Die Gegner sind allzu leicht zum Spott bereit; aber wir können sie mit Recht fragen, was sie in dieser Sache geleistet haben.

Die vom Parteivorstand eingesetzte Agrarkommission ist auch nicht so vermessen, nun zu behaupten, daß die von ihr vorgeschlagenen Richtlinien ein Agrarprogramm darstellen. Wir legen Wert auf die Bezeichnung „Richtlinien für die Agrarpolitik". Ganz besonders auf dem Gebiete der Agrarpolitik muß gesagt werden, es ist nicht notwendig, alles in starren Programmpunkten festzulegen. Gilt dieser Standpunkt heute fast allgemein, so noch vielmehr für das Thema, was ich im Auftrage der Agrarkommission zu behandeln habe.

Die sozialdemokratische Partei hatte in der Vergangenheit ihren hauptsächlichen Anhang unter der industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft. Ganz naturgemäß waren die Forderungen und die Taktik der Partei auch im Hinblick auf die Verhältnisse in der Industrie und dem Gewerbe orientiert. Trotzdem steht fest, daß schon lange vor dem Kriege und ganz besonders bei den Wahlen nach dem Kriege die Partei einen erheblichen Anhang unter der Landbevölkerung feststellen konnte.

Die große Not des Volkes bezüglich der Ernährung, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen hervorgerufen ist, zwang die Bevölkerung, sich mehr mit den agrarischen Fragen zu beschäftigen. Es wird heute soviel geredet und geschrieben über eine Verständigung zwischen Stadt und Land. Leider muß konstatiert werden, daß davon in der Partei nicht viel zu merken ist. Im Gegenteil, durch eine einseitige Agitation, besonders des Bundes der Landwirte, der Landbünde und gleichartiger Organisationen wird nur an den Egoismus der Landbevölkerung appelliert. Dadurch wird der Gegensatz zwischen Stadt und Land noch mehr hervorgerufen.

Darum ist ausdrücklich in den einleitenden Sätzen der Richtlinien gesagt, daß wir der land- und forstwirtschaftlich tätigen Bevölkerung eine auskömmliche und gesicherte Existenz schaffen wollen, um eine ausreichende und gesunde Ernährung des ganzen Volkes unter erträglichen Bedingungen sicherzustellen. Wenn ferner gleich-

zeitig an den guten Willen der in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft wirkenden Bevölkerung appelliert wird, so ist hiermit gesagt, daß dort, wo der gute Wille vorhanden und in die Praxis umgesetzt wird, wir nicht daran denken, mit Zwangsmaßnahmen einzugreifen. Die organisierte Arbeiterschaft wird alle Bestrebungen fördern, die darauf hinauslaufen, die Ernährung des Volkes sicherzustellen, und um dies zu erfüllen, muß in erster Linie alles getan werden, was die landwirtschaftliche Produktion steigern kann.

Die zur Gemeinwirtschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren. Wir handeln mit dieser Forderung getreu den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei. Wenn dabei vorläufig nur an die dafür reifen Betriebe gedacht wird, so entspricht dies auch den Prinzipien, die wir seit jeher vertreten haben. Darüber besteht heute wohl kein Streit mehr, daß die ökonomische Entwicklung in der Landwirtschaft sich nicht mit der Schnelligkeit vollzogen hat, als dies in der Industrie der Fall ist. Soweit Sozialdemokraten zu dieser Frage Stellung genommen haben, wurde immer betont, daß die Sozialisierung der Landwirtschaft wohl erst in letzter Linie in ihrem vollen Umfange eintreten wird. Wo aber heute schon in einzelnen Betrieben die Vorbedingungen für die Gemeinwirtschaft erfüllt sind, haben wir keinen Anlaß, darauf zu verzichten. Da gesagt ist, daß die übrigen Besitzverhältnisse nicht zu stören sind, ist damit ausgesprochen, daß ganz besonders der kleine Besitzer von dem Geschrei der Gegner, die Sozialdemokraten wollten alles enteignen, sich nicht verblüffen lassen soll. Es gibt weite Gebiete in der Landwirtschaft, wo je nach den Verhältnissen, unter denen gewirtschaftet werden kann, an der gegenwärtigen Betriebsweise nichts geändert wird. Immer natürlich vorausgesetzt, daß der Besitz von Grund und Boden dazu verpflichtet, die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens im Dienste der Allgemeinheit zu vollziehen, wie es im Artikel 155 der Reichsverfassung ausgesprochen worden ist.

In einer Schrift „Die Sozialisierung" von Genossen Adolf Braun, die kurz nach der Revolution erschienen ist, wird zu diesem Kapitel folgendes gesagt:

„Aus all unseren Ausführungen über die Sozialisierung geht klar hervor, daß niemals an eine gleichzeitige und an eine unterschiedslose Sozialisierung gedacht wurde. Ebenso suchten wir deutlich zu machen, daß die Sozialisierung nur vorgenommen werden kann bei genauer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedingungen jedes einzelnen Betriebes und unter der Feststellung, daß die Sozialisierung zum gesellschaftlichen Vorteil gereichen, somit wirtschaftlich ersprießlich sein wird. Daß der landwirtschaftliche Betrieb in seiner bäuerlichen Form auf lange absehbare Zeit nicht vergesellschaftlicht werden soll, ist durchaus klar. Kein einziger sozialdemokratischer Theoretiker hat den bäuerlichen Besitz mit den Fabriken wirtschaftlich gleichgestellt."

In ähnlicher Form hat sich auch Kautsky im Februar 1919 in seinen Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm bezüglich der Landwirtschaft ausgesprochen. Wenn wir die Stellung der Partei zur Agrarfrage überblicken, so ist festzustellen, daß von diesen Grundsätzen ausgehend die Frage immer behandelt wurde. Wenn aber irgendwo von einer Enteignung gesprochen wurde, so geschah dies immer nur mit dem Endziel, das Land in öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen.

Es muß auch hier wiederum betont werden, daß die Ueberführung des Grund und Bodens in den Staatsbesitz die Verstaatlichung, nicht schon Sozialisierung ist. Wenn man von Sozialisierung spricht, dann handelt es sich nicht nur um Verstaatlichung, sondern auch um die sozialistische Betriebsweise. Man hört von denen, die derartig wichtige volkswirtschaftliche Probleme so leichthin behandeln, die in den Gutsbetrieben tätigen Landarbeiter könnten die genossenschaftliche Bewirtschaftung der Güter heute schon übernehmen. Ich bezweifle, daß ein großer Teil der Landarbeiterschaft heute schon geistig dafür reif ist, daß dabei auch die volkswirtschaftlichen Grundsätze beachtet werden. Anstatt einem Unternehmer einer Vielheit von Unternehmern die Produktion im Betriebe zu übertragen, liegt nur dann ein Anlaß vor, wenn ein Vorteil für die Allgemeinheit erzielt wird. Sonst führt dies auch zum Betriebsegoismus in der Landwirtschaft, der gar zu leicht zu einer ungerechten Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte führt. Damit die Entwicklung in der Landwirtschaft nicht diesen Verlauf nimmt, ist es unsere vornehmste Aufgabe, die Bauern und ganz besonders die Landarbeiterschaft geistig und sittlich so zu erziehen, damit sie späterhin diese wichtige Mission erfüllen können.

Die Frage der Betriebsgröße, ob Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieb für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion von größerer Bedeutung ist, ist abschließend unter uns und auch unter den Agrarwissenschaftlern noch nicht geklärt. Daher sagen wir, daß diese Frage nur beurteilt werden kann unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, des Klimas und der Möglichkeiten von Bodenbehandlung und Bodenbearbeitung. Als wichtig möchte ich dabei noch hinzufügen, daß auch die Verkehrsverhältnisse hier wesentlich mitsprechen. Auch noch andere Verhältnisse sind maßgebend zur Beurteilung, ob in dieser oder jener Gegend der Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieb diejenige Produktionsform ist, bei der der größtmöglichste Ertrag aus dem Boden herausgeholt werden kann. Bei der Frage der Betriebsgröße haben wir nicht nur daran zu denken, neue Kleinbetriebe zu schaffen, sondern wesentlich ist auch, schon bestehende Kleinbetriebe so mit Boden auszustatten, daß der Betriebsinhaber auch tatsächlich eine Existenz hat.

Es herrscht ein großer Streit darüber, ob der Groß- oder Kleinbetrieb für die Volksernährung am meisten geleistet hat. Es würde zu weit führen, die Für- und Gegenbeweise hier anzugeben. Das eine muß aber beachtet werden, wenn man die Leistungen der Betriebe vergleichen will, daß man nur solche Betriebe von verschiedener Größe in Vergleich stellen darf, die in bezug auf die natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse den gleichen Voraussetzungen und Erzeugungsbedingungen unterliegen. Ganz besonders ist bei der Beurteilung dieser Frage zu beachten, ob diese Betriebe auch mit dem nötigen Betriebskapital in gleicher Weise, je nach Bedarf, ausgestattet waren. Ferner ist zu berücksichtigen, daß alle Beispiele, die herangezogen werden, sich doch nur auf die privatkapitalistische Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft stützen können. Trotz des Vermögens der Besitzer wird in vielen landwirtschaftlichen Betrieben das vorhandene Betriebskapital nicht angewandt, weil die Inhaber der Betriebe es nicht für notwendig halten, intensiv zu wirtschaften.

Das beste Beispiel dafür haben wir heute. In den Genossenschaften, Sparkassen und Banken des platten Landes ist Geld im Ueberfluß. Trotzdem wird dieses Kapital in der Regel nicht zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verwandt, weil der Privatbesitzer fürchtet, daß dieses Kapital sich

nicht sofort reichlich genug verzinst, oder daß gar zugesetzt werden muß. Praktisch liegen die Verhältnisse doch so, daß während und nach dem Kriege in der Landwirtschaft ein Raubbau betrieben wurde. Die großen Ueberschüsse haben die Landwirte zum Teil gern eingenommen. Diese wieder in den Boden hineinzustecken, fällt ihnen nicht ein, weil sie als Privatkapitalisten immer mit dem Profit rechnen. Damit will ich aussprechen, daß wir die Schäden des Krieges bald einholen würden, wenn nicht vom privatkapitalistischen Standpunkte aus gewirtschaftet würde. Ich habe mit diesen Ausführungen schon etwas vorgegriffen, weil ich betonen wollte, daß die Frage des angewandten Betriebskapitals auch bei der Beurteilung der Frage, ob Groß-, Klein- oder Mittelbetrieb den meisten Ertrag abwirft, eine große Rolle spielt.

Meiner Ansicht nach haben wir bei Beurteilung der Betriebsgröße uns von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Wer den bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellt, wird natürlich dahin kommen, möglichst viele Kleinbetriebe einzurichten. Ich neige dazu, daß der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt ausschlaggebend ist. Das von Idealisten so oft geschilderte Bild der vielköpfigen ländlichen Familie kann ich nicht als ein Ideal ansehen. Als Sozialdemokraten haben wir allen Anlaß, daran zu denken, daß, wenn wir die Köpfe revolutionieren wollen, dann die Menschen entsprechend zu bilden sind. Diese notwendige Erziehung und Bildung des Nachwuchses ist meiner Ansicht nach nicht möglich, wenn neben der Arbeit im Betriebe auch die hauswirtschaftliche Tätigkeit alle Kräfte in Anspruch nimmt. Ich brauche dieses Bild allen denen, die in die Lebensverhältnisse der Landarbeiter- und Kleinbauernfamilien Einblick haben, nicht weiter auszumalen. Sozialistischer Grundsatz ist doch, unter Ausnutzung aller technischen Fortschritte und wissenschaftlichen Erkenntnisse die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft möglichst zu schonen und trotzdem eine Steigerung der Produktion zu erzielen.

Die Voraussetzungen für die Durchführung der sozialistischen Grundsätze sind meiner Ansicht nach auch in der Landwirtschaft hauptsächlich in größeren Betrieben gegeben. Im allgemeinen ist aber die Betriebsfrage von folgenden Gesichtspunkten aus zu beurteilen: Nicht Zerschlagung des Großgrundbesitzes auf jeden Fall darf unsere Losung sein, sondern Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb sind dort zu erhalten und zu fördern, wo die natürliche Grundlage für eine der drei hauptsächlichsten Betriebsgrößen gegeben ist. Wir sollten es unterlassen, die Frage der Betriebsgröße wieder einmal prinzipiell zu entscheiden. Wenn wir uns von den vorstehenden Richtlinien leiten lassen, dürften wir überall im Lande dafür Verständnis finden.

Abschließend zu diesem Kapitel will ich noch das Urteil eines konservativen Mannes anführen. Professor Backhaus-Berlin, der sich neben theoretischen Erkenntnissen auf eine dreißigjährige landwirtschaftliche Erfahrung in Deutschland und Amerika beruft, sagt in der Broschüre „Agrarreform", die Anfangs 1919 herausgegeben wurde, folgendes:

Ebenso nachteilig, wie die Anhäufung von Grund und Boden in einzelnen Händen bei geringer Arbeiterzahl, ist die zu weitgehende Zerstückelung. Sie führt zu unselbständigen Betrieben, welche sich mangels Nebenbeschäftigung nicht erhalten und namentlich eine moderne Landwirtschaft nicht durchführen können. Die Zersplitterung des Grundbesitzes, die Gemengelage und die Winzigkeit der ganzen Verhältnisse führen zu einer Arbeitsverschwendung, d. h. es wird sehr viel Arbeitskraft auf unnötige Weise, z. B. auf Wege, vergeudet. Die geringste Arbeitsteilung ist unmöglich. Männer, Frauen und

Kinder verrichten viele Arbeiten, die für sie nicht passen. Moderne Hilfsmittel, insbesondere Maschinen, Geräte und Hilfsstoffe, die eine gewisse Größe der Durchführung und besondere Einsicht erfordern, kommen nicht zur Anwendung. Daraus ergibt sich aber, wie sehr die Hauptmasse der Landwirtschaft noch verbesserungsbedürftig ist. Gerade unter den deutschen Großbetrieben befinden sich ganz hervorragende Landwirtschaften. Aber dann kommen auch wieder Güter vor, die sich in einem jämmerlichen Zustande befinden, besonders, wenn Güterspekulanten ihr Wesen treiben, Landgüter zu kaufen, um durch Preissteigerung und durch einige äußere Ausschmückungen ohne wesentliche Erhöhung des Ertragswertes mühelos einen Gewinn zu erzielen. Mit Recht verlangt man von dem Arzt, den man das wertvollste Gut der Nation, Leben und Gesundheit des Volkes, anvertraut, Studium und Approbation, während der Landwirt, der das zweitwichtigste Gut, den Grund und Boden verwaltet, in großem Umfange ohne den Nachweis irgendwelcher Fachkenntnis und Befähigung, sein Gewerbe betreiben kann. Viele Großgüter befinden sich im Besitz von Nichtlandwirten oder von Personen, die ihren Wohnsitz nicht auf ihrem Eigentum nehmen, ohne daß für Vertreter mit entsprechenden Kenntnissen gesorgt ist. Bei landwirtschaftlichen Kleinbetrieben ist genügend Erfahrung und handwerksmäßige Routine meist vorhanden. Aber es fehlt im großen und ganzen an der nötigen Bildung zur Leitung des modernen Landwirtschaftsbetriebes. Hier werden naturwissenschaftliche Kenntnisse von den komplizierten Gesetzen der Pflanzen- und Tierernährung, der chemischen und physikalischen Vorgänge bei der Bodenbearbeitung, dem Pflanzenbau und der Verarbeitung der Erzeugnisse, Kenntnisse der vielen vorhandenen botanischen, zoologischen und mineralischen Erscheinungen beansprucht. Aber auch die volkswirtschaftlichen Gesetze, kaufmännischer Ueberblick und die Erfahrung sowie die schwierigen, technischen Errungenschaften der Neuzeit werden gefordert. Die Anwendung des Kunstdüngers, der neuesten Maschinen, die Sortenwahl, die Hochzucht, die richtige Verwertung der Produkte erfordern soviel theoretische Kenntnisse, daß im allgemeinen der kleinbäuerliche Landwirt diese Gebiete nicht beherrschen kann.

Wir fordern ferner, daß Reich, Staat und Gemeinde alles zu erfüllen haben, was die Produktivität und einen intensiven Betrieb in der Landwirtschaft herbeiführt. In diesen knappen Sätzen ist sehr viel enthalten. Ich will nur die Frage der Beschaffung des künstlichen Düngers herausgreifen. Die Abschnürung Deutschlands während des Krieges hat es dahin gebracht, daß wir bezüglich der Stickstoffbelieferung vom Auslande vollkommen unabhängig geworden sind. Heute liegt es aber leider so, daß der Landwirtschaft der Stickstoff zu Preisen offeriert wird, die die Rentabilität ganz besonders im Hinblick auf den Rückgang der Ernteerträge sehr in Frage stellen. Auf der anderen Seite sehen wir, daß die künstlichen Düngerfabriken und deren Vereinigungen hohe Dividenden ausschütten. (Sehr richtig!) Wir haben nicht bei der Sozialisierung der Kohle Halt zu machen, sondern wir müssen auch daran denken, recht bald dazu überzugehen, die Düngerfabriken zu sozialisieren, damit auch diese von gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen aus betrieben werden. (Sehr richtig!)

Zu einem intensiven Betrieb in der Landwirtschaft gehört aber auch die Beschaffung der dafür geeigneten technisch vollkommenen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, ferner die Verwendung von erstklassigem Saatgut, die Züchtung von je nach Klima geeigneten Viehrassen, die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten, die Belehrung der Landwirte, in welcher Form zu düngen ist usw. Das alles sind Fragen, die man dem einzelnen Landwirt zur Entscheidung nicht ohne weiteres überlassen darf. Diejenigen Landwirte, die

alles erfüllen, um aus dem Boden das herauszuholen, was nach wissenschaftlicher Erkenntnis möglich ist, bei denen wird eine Beaufsichtigung ihrer Betriebe nicht notwendig sein. Dort aber, wo dies nicht erfüllt wird, muß ein Beaufsichtigungsrecht des Staates ausgeübt werden (Sehr richtig!), wobei es ohne einen Zwang, um die von allgemein volkswirtschaftlichen Grundsätzen notwendigen Maßnahmen zur Durchführung zu bringen, nicht abgehen wird. Daß diese Beaufsichtigung ausgeübt wird von theoretisch und praktisch gebildeten Personen, ist selbstverständlich. Man wird uns damit kommen, daß dadurch wieder neue Beamten geschaffen würden. Wir denken nicht an eine Bureaukratisierung des platten Landes, sondern Praktiker sollen hier mitwirken, den größtmöglichen Ertrag aus dem deutschen Boden herauszuholen. Für jeden Kenner ist es doch eine offenkundige Tatsache, daß in derselben Gegend, wo unter den gleichen Verhältnissen zu wirtschaften ist, in dem einen Betrieb vorbildlich gewirtschaftet wird und hohe Erträge erzielt werden, während der nebenan liegende Betrieb viel geringere Erträge aufweist, ja wo man oftmals von einer direkten Lotterwirtschaft reden kann. (Sehr richtig!)

Darum ist in unseren Richtlinien gesagt, daß Nichtbearbeitung, unwirtschaftliche Verwertung und Raubbau des Bodens die Enteignung nach sich zieht. Wenn wir die gegenwärtigen Verhältnisse betrachten, so sehen wir überall, daß die Zwangswirtschaft im allgemeinen gescheitert ist, weil der Staat von Anfang an nicht die Machtmittel angewendet hat, die allein einen Erfolg versprochen hätten. Hätten wir ein wirksames Enteignungsgesetz gehabt, dessen Bestimmungen auch in den einzelnen Fällen angewendet worden wären, dann wäre die Zwangswirtschaft nicht so zusammengebrochen, wie sie tatsächlich zusammengebrochen ist. (Sehr richtig!) Daher haben wir mit aller Entschiedenheit den Grundsatz zu vertreten, daß diejenigen Grundbesitzer, ob groß oder klein, die den Grund und Boden nicht so bewirtschaften, wie es notwendig ist, damit zu rechnen haben, daß ihr Betrieb enteignet wird. (Sehr richtig!) Alle Ermahnungen und gutes Zureden haben meiner Ansicht nach nicht viel Zweck. Darin ist in den letzten Jahren wahrlich genug geleistet worden. Es muß eine Drohung dahinter stehen, die aber auch zur Ausführung kommt. Dabei gilt der Grundsatz, daß Konjunkturgewinne bei der Enteignung nicht mitbezahlt werden, sondern nur der jeweilige Ertragswert in Anwendung kommen darf. Es heißt im Artikel 153 der Reichsverfassung:

> „Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entscheidung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offenzuhalten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen."

Es ist also durch die Reichsverfassung die Möglichkeit gegeben, ein Gesetz zu machen gegen die Landwirte, die extensiv wirtschaften. Wir glauben die Zustimmung weiter Volkskreise zu haben, daß es eine unserer nächsten Aufgaben ist, bei der Gesetzgebung dahin zu wirken, daß ein wirksames Enteignungsgesetz ganz besonders gegenüber den Grundbesitzern, die ihre Pflicht dem Staate gegenüber nicht erfüllen, geschaffen wird. Wohl wissen wir, daß bei dem traurigen Stand der Finanzen des Reiches dies Forderungen sind, die sich nicht so schnell erfüllen lassen. Trotzdem müssen wir diesen Grundsatz vertreten, und wo sich dazu Gelegenheit bietet, auch durchführen.

Von einem gefestigten Grundbesitz oder der „ererbten Scholle" kann man nicht reden. Es ist erwiesen, daß durchschnittlich alle 15 Jahre land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen ihren Besitzer wechseln. Der große Einfluß dieses Besitzwechsels auf die Steigerung der Grundrente und damit zusammenhängend auf die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist allgemein bekannt. Ich stütze mich bei diesen Angaben, daß durchschnittlich alle 15 Jahre aller landwirtschaftlicher Besitz wechselt, auf eine Arbeit des Professors Dade in dem Werke „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft". Man sehe sich nur die Inserate der landwirtschaftlichen Presse an, wo man leicht feststellen kann, wie umfangreich der Güterhandel ist. (Sehr gut!) Darum verlangen wir, daß als erste Maßnahme die Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz zu unterbinden ist. Der freie Handel mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz kann nicht weiter bestehen bleiben.

Ueber die Siedlungspolitik will ich mich nur kurz äußern. Das Reichssiedlungsgesetz stellt ja das deutsche Volk vor derartig große Aufgaben, daß man mit Recht von einer vollkommenen Neugestaltung der Agrarverhältnisse in Deutschland sprechen kann. Im Reichssiedlungsgesetz finden wir leider im wesentlichen nur allgemeine Sätze. Es kommt auf die Ausführungen an und hier liegt das Schwergewicht in den Ländern. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bringen es schon von selbst mit sich, daß dieses weitgesteckte Programm in absehbarer Zeit nicht so erfüllt werden kann. Nach meiner Erfahrung besteht auch bei der Landarbeiterschaft vorläufig nicht so das Verlangen, sich in einem eigenen Heim anzusiedeln. Grund dafür ist die noch bestehende Abhängigkeit vom Gutsbesitzer. Der Landarbeiter überlegt nämlich, ob in der Umgebung reichlich genug Arbeitsgelegenheit ist. Er wird sich nicht ansiedeln, wenn er nur zwei bis drei Gutsbesitzer in der Umgebung hat, bei denen er Arbeit finden kann. Wenn es gelingt, in der Umgebung der Städte und in Industriegebieten Siedlungen anzulegen, dann ist schon ein großes Werk erfüllt. Im übrigen muß wohl auch ausgesprochen werden, daß unser Grundsatz nicht ist, eine wahllose Zerschlagung der landwirtschaftlichen Großbetriebe zu befürworten, sondern daß auch bei der Forderung der Ansiedlung die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte zu beachten sind, wie schon vorher gesagt ist. Meiner Meinung nach ist im Reichssiedlungsgesetz ein Fehler, weil das Land dem Großgrundbesitz genommen wird und dem kleinen Besitzer zu Eigentum gegeben wird. Da ist der sozialistische Grundsatz nicht richtig gewahrt. (Sehr richtig!) Es war seither doch unser Standpunkt, das vornehmste Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz zu überführen. Man hätte den Weg der Erbpacht wählen sollen. Wir haben allen Anlaß, darauf zu achten, daß dem Volke keine Versprechungen gemacht werden, die auf absehbare Zeit nicht erfüllt werden können und mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar sind. Wir müssen es schon den Liberalen überlassen, den Grundsatz zu vertreten: Bauerngut an Bauergut von Königsberg bis zum Bodensee. (Sehr richtig!)

Für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist ferner sehr wichtig der Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens, ganz besonders der Fortbildungs- und Fachschulen. Was auf diesem Gebiete noch getan werden kann, das besagt vielleicht am besten eine Schilderung des gegenwärtigen Standes des landwirtschaftlichen Fachschulwesens in Preußen von Dr. Fest in der „Neuen Zeit", Heft 17/18, 1920, wo u. a. folgendes gesagt ist:

> „Die niederen landwirtschaftlichen Fachschulen dienen in der Hauptsache der Ausbildung der künftigen Leiter von bäuerlichen Betrieben. In Preußen bestehen neben 11 Ackerbauschulen mit drei- bis viersemestrigem Lehrgang und teilweise auch praktischer Ausbildung 247 Winterschulen mit zweisemestrigem Lehrgang, insgesamt also 258 niedere landwirtschaftliche Fachschulen bei 392 189 Betrieben von über 10 bis 100 Hektar, also eine Schule auf

1526 Betriebe. Es fehlen etwa noch 120 Schulen, um erreichen zu können, daß annähernd alle Leiter von Betrieben zwischen 10 bis 100 Hektar eine solche Schule besuchen können. Im letzten Friedensjahr (1913) besuchten 10811 Schüler die damals vorhandenen 251 Schulen, also entfiel ein Schüler auf 36 Betriebe von 10 bis 100 Hektar."

Im wilhelminischen Zeitalter ist also für die Bildung der bäuerlichen Bevölkerung sehr wenig geleistet worden. Heute dagegen verlangt man bei unserer trostlosen Finanzlage, daß alle diese Kulturaufgaben erfüllt werden.

Daß die Verkehrsverhältnisse zu verbessern sind, bedarf wohl keiner besonderen Betonung, wie ebenso die Sicherung der Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Licht, Kraft und Wasser. Seit jeher war die Sozialdemokratie für jeden technischen Fortschritt und wird auch hier für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und die Versorgung der Landwirtschaft mit allen technischen Fortschritten eintreten. Bei dieser Gelegenheit darf auch daran erinnert werden, wie viel unter dem wilhelminischen Zeitalter in dieser Beziehung versäumt wurde. Man sehe sich nur die Kleinbahnen an, wie dabei in der Regel jeder Gutshof mit einer Haltestelle direkt am Gutshof beglückt wurde, während die Bewohner der Bauerndörfer weite Wege zurückzulegen haben, um zur nächsten Station zu kommen. Ich erinnere zum Beispiel nur an das Gut Dahme in der Mark, wo Dr. Rösicke den Bahnhof bei seinem Gutshof hat und ebenso ist es bei dem Gute des Freiherrn von Wangenheim in Pommern der Fall. Beide sind seit langem Führer des Bundes der Landwirte. (Sehr richtig!) Diese Interessenwirtschaft der großagrarischen Kreise zu durchkreuzen und Verkehrs- und Kraftanlagen zugunsten der gesamten ländlichen Bevölkerung auszubauen, wird die Aufgabe der Sozialdemokratie sein.

Die Sozialdemokratie wird auch alles unterstützen, was zur Bodenverbesserung beiträgt. Bei der Umlegung der Grundstücke, der sogenannten Flurbereinigung, wird es unvermeidlich sein, in die Besitzverhältnisse der einzelnen einzugreifen. Wir müssen uns bei der Erörterung dieser und anderer Fragen darauf gefaßt machen, daß die Liebe zur Scholle den einzelnen oft dahin bringen wird, gegen Maßnahmen zu kämpfen, die in seinem eigenen Interesse liegen. In einzelnen Gemeinden, leider noch viel zu wenig, wurde die Zusammenlegung der verstreut liegenden Grundstücke schon vollzogen. Nachdem die Besitzer nun eingesehen haben, daß die Bewirtschaftung zusammenhängender Flächen viel zweckmäßiger ist als in der Gemengelage, haben sie sich bald mit den neuen Verhältnissen befreundet. So werden wir bei Durchführung der in den Richtlinien festgelegten Forderungen sehr oft auf Widerstand in den landwirtschaftlichen Kreisen stoßen. Ueberlieferung und Festhalten an alten Arbeitsgewohnheiten ist ein charakteristischer Zug der ländlichen Bevölkerung. Es wird ihr manche Verbesserung aufgedrängt werden müssen. Was in der Praxis und wissenschaftlich erprobt und bewährt ist, muß durchgeführt werden, weil nur dadurch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion möglich ist. Agitatorische Gesichtspunkte haben meiner Ansicht nach zurückzutreten, wenn volkswirtschaftlich notwendige Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

Stellt sich die Sozialdemokratie auf den Standpunkt, der Landwirtschaft zu geben, was unbedingt erforderlich ist, dann werden und müssen sich die Landwirte auch gefallen lassen, daß ihnen nicht ohne weiteres zugebilligt werden kann, mit dem wertvollsten Produktionsmittel, dem Grund und Boden, frei schalten und walten zu dürfen. Wohl ist zu beachten, daß die Landwirtschaft ein Gewerbe ist, das in hohem

Maße individuell zu betreiben ist und wo vieles von der persönlichen Entschlußfähigkeit und dem Verantwortlichkeitsgefühl des Unternehmers abhängt. Aber es gibt viele Landwirte, bei denen die Voraussetzung nicht zutrifft, daß sie mit dem Gute, das ihnen anvertraut ist, so wirtschaften, wie es das Wohl des gesamten Volkes erfordert. Darum werden sich diese Landwirte auch einen Eingriff in ihre Betriebsweise gefallen lassen müssen.

Ich will hier bei diesem wichtigen Kapitel noch Vorschläge von praktischen Landwirten anführen, die politisch nicht zu uns gehören. Zuerst Backhaus in der schon genannten Broschüre „Agrarreform". Dieser stellte folgende allgemeine Grundsätze auf:

„Der Landmann hängt an seiner Scholle, ist mißtrauisch gegen Neuerungen, besitzt starkes Freiheitsgefühl und betrachtet Eingriffe der Behörden in seinen Wirkungskreis mit großem Widerstreben. Die zerstreute Lage der Landwirtschaftsbetriebe erschwert die Kontrolle behördlicher Maßnahmen, Umgehungen können deshalb stets stattfinden. Eine passive Resistenz ist sehr leicht möglich. Alles dies führt zu einem Rückgange der Erträge, was besonders in heutiger Zeit vermieden werden muß. Auf dem Wege der Ueberzeugung von der Notwendigkeit gewisser Umänderung und durch freiwillige Durchführung derselben wird man deshalb im großen und ganzen bei der Agrarreform besser fahren. Ein gewisser Zwang ist jedoch für die notwendige Umgestaltung nicht zu entbehren. Die Enteignung des Landes gegen Entschädigung unter gewissen Vorbedingungen in schonender Form ist ein wesentliches Hilfsmittel. Die Existenz solcher Bestimmungen wird in den meisten Fällen eine freiwillige Regelung ermöglichen. Ich habe bei der Einrichtung von Mustergütern und Ansiedlungen in Südamerika in leitender Stellung die Erfahrung machen müssen, daß selbst in einem jungfräulichen Lande, sobald nicht staatliche Ländereien zur Verfügung standen und Privatbesitz, wenn auch vielfach nur zur Abrundung, herangezogen werden mußte, ein freihändiger Erwerb die größten Schwierigkeiten bot. Nachdem ein Gesetz das Recht der Enteignung für den Staat anordnete, gelang es fast ausschließlich, sie zu enteignen. Nur in ganz einzelnen Fällen wurde die Enteignung mit der gesetzlich vorgesehenen Abschätzung usw. vorgenommen. Um eine bessere Besitzverteilung herbeizuführen, insbesondere die innere Kolonisation zu ermöglichen und gleichzeitig die Bodennutzung wie den Bodenertrag zu verbessern, würde, falls auf eine andere Weise nicht Abhilfe möglich ist, ein diesbezügliches Gesetz die Enteignung von Privatgrundbesitz vorsehen können, wenn eine zu große Anhäufung von Landbesitz in privater Hand stattfindet, wenn eine schlechte Bewirtschaftung des Landes stattfindet, wenn insbesondere seßhafte Arbeiter mangeln und wenn die Gefahr der Devastierung des Landes sowie der Gebäude und des Inventars vorliegt. Ein derartiges Gesetz ist rechtlich und volkswirtschaftlich wohl zu vertreten, weil der Grundbesitz gewisse Verpflichtungen nach sich zieht, und weil die für das Allgemeinwohl wertvollsten Kräfte nur gefördert und nicht benachteiligt werden."

So sagt Backhaus und ich glaube, wir können uns diesen Grundsätzen anschließen. Und Dr. Büsselberg sagt in der 1919 erschienenen Schrift: „Die Landwirtschaft im neuen Deutschland" über planmäßige, unter Umständen obligatorische Wirtschaftsberatung folgendes:

„Zur planmäßigen Wirtschaftsberatung im größeren Umfange ging die Ritterschaftsdirektion der Provinz Brandenburg über, als um die letzte Jahr-

hundertwende für eine Reihe großer Güter die Verzinsung der Landschafts-Hypotheken in Frage gestellt war. Schon im ersten Jahre brachten die meisten Betriebe statt der Verluste hohe Gewinne. Die Vorteile der Wirtschaftsberatung bestehen in der Verbreitung von Erfahrungen, der Erhöhung des Wirkungsgrades eines organisatorisch veranlagten Leiters, und zwar dadurch daß ihm möglichst viele Betriebe unterstellt werden. Auch ist ein Zentralinstitut am ehesten in der Lage, spezialistisch ausgebildete Fachleute für die Nebenaufgaben heranzuziehen. Sehr oft ist der eine Landwirt mehr oder weniger nur Viehzüchter, der andere versteht von Viehwirtschaft nichts. Die Leiter abgelegener Wirtschaften werden in Zukunft daran denken müssen, durch den Ausbau von Nebengewerben ihre Erzeugnisse zu konservieren und dadurch marktfähiger zu machen. Ein einzelner ist fast ausnahmslos einseitig, wenn er auch auf mehreren Gebieten gute Kenntnisse und Erfahrungen besitzt; er wird sich, entweder aus Unkenntnis oder aus Mangel an Neigung schwer dazu verstehen, Wirtschaftszweige zu entwickeln, die ihm weniger liegen, oder Kulturen anzulegen, für die der erfahrene Fachmann mit Sicherheit große Gewinne voraussagen kann und die unter Umständen die Wirtschaft vor dem Untergange bewahren. Auf demselben Boden und unter demselben Klima, oft unmittelbar nebeneinander, blühen Musterbetriebe und gehen rückständige Wirtschaften zugrunde. Täglich ergeben sich in der Landwirtschaft neue Lehren; der Krieg drängt vielfach zur Wirtschaftsumstellung, von der Uebergangszeit ist ähnliches zu erwarten und doch fehlt es noch vollständig an dem planmäßigen Austausch der Erfahrungen und an der Verallgemeinerung von guten Wirtschaftsmethoden, die an einzelnen Stellen erprobt wurden. Jeder Betrieb beginnt sozusagen von vorn mit dem Sammeln seiner Erkenntnisse und muß entsprechend Lehrgeld dafür bezahlen. Oberster Grundsatz jeder Organisation muß die Sammlung und Zusammenfassung von Erfahrungen und ihre Verbreitung, sowie die Kontrolle durch Spezialisten von der Zentralstelle aus sein. Nicht einzelne Wirtschaftsberater können die Aufgaben neuzeitlicher Wirtschaftsführung am vollkommensten erfüllen, sondern nur Wirtschaftsberatungsinstitute, denen eine Reihe von Mitarbeitern zur Verfügung stehen."

In meiner Schrift „Sozialdemokratie und Landwirtschaft" habe ich Auszüge aus einem Aufsatz in dem Werke „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft" wiedergegeben, die von dem Vorsitzenden des vorläufigen Reichswirtschaftsrates von Braun stammen und auch einen Eingriff in die landwirtschaftliche Betriebsweise befürworten, so wie es hier schon gesagt ist. Ich führe dies an auch als Abwehr gegenüber unseren Gegnern, die immer behaupten, nur die Sozialdemokratie sei dafür, von der Zwangswirtschaft das Gute zu behalten.

Es ist noch zu unterstreichen, daß bei Durchführung aller Maßnahmen Landeskulturstellen einzurichten sind und daß die Maßnahmen nur unter Hinzuziehung und Mitberatung aller landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungen zu erfolgen habe. Daß hierbei der Artikel 165 der Verfassung zu beachten ist, und bei Beratung dieser so überaus wichtigen berufswirtschaftlichen Fragen die Landarbeiter paritätisch vertreten sein müßten, ist selbstverständlich.

Bezüglich der Forsten haben wir uns grundsätzlich für die Verstaatlichung der größeren zusammenhängenden Waldflächen zu erklären. Es ist vielleicht interessant, einen kurzen Ueberblick über Besitzverteilung der Forsten zu geben.

Im Jahre 1900 wurden im Deutschen Reich folgende Forstflächen festgestellt:

Kronenforsten	257 302	ha
Staatsforsten	4 430 090	„
Staatsanteilforsten	29 793	„
Gemeindeforsten	2 258 090	„
Stiftungsforsten	211 015	„
Genossenschaftsforsten	306 214	„
Privatforsten	6 503 365	„ (Hört! Hört!)
zusammen	13 995 869	ha

Beachten Sie bitte die erheblichen Anteile der Privatforsten.

An diesen Besitzverhältnissen wird sich, abgesehen von den sogenannten Kronenforsten, nicht viel geändert haben. Es bleibt das Ziel, die Ueberführung der größeren Forstflächen in Staatsbesitz. Notwendig ist aber, daß die Bewirtschaftung aller Wälder unter Staatsaufsicht gestellt wird. Auch darauf ist zu achten, daß Boden, der zum landwirtschaftlichen Betriebe geeignet ist, nicht aufgeforstet wird. (Sehr richtig!) Andererseits haben wir aber allen Anlaß, daß dort aufgeforstet wird, wo der geeignete Waldboden vorhanden ist. (Sehr richtig!)

Ferner ist in den Richtlinien die genossenschaftliche Organisation und die Ausschaltung des Zwischenhandels behandelt. Der Zwischenhandel hat sich ganz besonders auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels durch die dadurch verursachte erhebliche Verteuerung sein Urteil selbst gesprochen. Es steht fest, daß bei der Ueberführung der landwirtschaftlichen Produkte vom Erzeuger bis zum letzten Konsumenten eine erhebliche Verteuerung stattfindet. Alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Erfassung und den Absatz der landwirtschaftlichen Produkte unter Ausschaltung des Zwischenhandels durch Verbindung der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Konsumgenossenschaften der werktätigen Bevölkerung zu fördern, werden von der Sozialdemokratie unterstützt. Ein Zusammenarbeiten der uns nahestehenden Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist zu begrüßen. Aber ebenso wichtig ist die betriebsgenossenschaftliche Organisation in der Landwirtschaft. Die Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten kann ganz besonders für die Kleinbetriebe am zweckmäßigsten durch die Genossenschaften erfolgen. Ebenso steht es mit dem Absatz der Produkte durch Molkereigenossenschaften, Viehverwertungsgenossenschaften usw.

Wir stellen ferner auch eine Reihe von sozialen Forderungen auf, die für Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftliche Arbeiter gelten sollen. Man redet heute soviel von der Ueberführung von Arbeitskräften auf das Land. Durch den Zusammenschluß der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in ihrer gewerkschaftlichen Organisation haben diese ein besseres Einkommen erzielt. Dadurch wird mit der Zeit der Unterschied zwischen den Lohnverhältnissen städtischer Industrieller und land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter beseitigt. Was aber das Haupthindernis der Abwanderung nach dem Lande ist, das sind die leider noch so zahlreichen schlechten Wohnungsverhältnisse auf dem Lande. Obwohl auch in den Städten und Industriebezirken schlechte Wohnungsverhältnisse bestehen, ist es doch für jeden denkenden Menschen erklärlich, daß ein Arbeiter, der an städtische Wohnungen mit ihren verschiedenerlei Vorteilen gewöhnt ist, diese nicht so leicht mit einer Landarbeiterwohnung vertauschen wird. In dieser Hinsicht Ordnung zu schaffen, ist vor allen Dingen eine Aufgabe der Grundbesitzer auf dem Lande.

Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß auch jetzt, wo das Bauen so kostspielig ist, trotzdem mit verhältnismäßig geringen Mitteln sich Vieles bessern läßt, wenn bei den Besitzern nur der gute Wille dazu vorhanden wäre. Die Tatsache, daß diejenigen Besitzer, die gute Wohnungsverhältnisse haben, auch nicht über Arbeitsmangel zu klagen haben, besagt genug. Auf den Einwand der Gegner, wir wollten Wohnungen auf dem Lande haben, die, wie man immer spöttisch sagt, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet sind, einzugehen, erübrigt sich. Es kommt aber noch ein anderes hinzu, was den städtischen Arbeiter nicht so leicht veranlaßt, nach dem Lande abzuwandern. Das sind die Gelegenheiten zur Bildung und Unterhaltung, die auf dem Lande in der Regel nicht vorhanden sind. Hier einzugreifen und alle Bestrebungen zu fördern, die darauf hinauslaufen, den Aufenthalt auf dem Lande annehmlich zu gestalten, wird Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Bestrebungen von Organisationen, die in dieser Hinsicht wirken, haben wir zu unterstützen.

Bezüglich der Pächter ist ein weitgehender Pächterschutz vor übermäßiger Ausbeutung durch die Verpächter unbedingt erforderlich. Die geradezu willkürliche Steigerung der Pachten durch die Verpächter bringt viele Pächter oder solche Kleinbesitzer und Arbeiter, die sich noch Land zupachten müssen, an den Rand des Ruins. Es ist unbedingt erforderlich, daß schon in allernächster Zeit die sozialdemokratische Partei bei der Gesetzgebung dahin zu wirken hat, dieser rigorosen Behandlung entgegenzutreten. Das gleiche gilt aber auch gegenüber den Domänenpächtern, die auch nicht freizusprechen sind, daß sie mit dem Pfand, das ihnen in Gestalt einer langjährigen Pacht an Staatsland übergeben ist, in vielen Fällen Wucher treiben.

Daß die Sozialdemokratie die Bestrebungen unterstützt, die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeiterschutzgesetze festzulegen, bedarf keiner besonderen Unterstreichung, ebenso der Satz, daß alle Zweige der Sozialversicherung den Bedürfnissen der Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter anzupassen sind. Die Sozialdemokratie als die Partei, die sich in überwiegendem Maße auf die breite Masse des Volkes stützt, wird alle Bestrebungen unterstützen, die zu einer Erleichterung der Existenz jener Volksschichten beitragen. Bezüglich der landwirtschaftlichen Arbeiter ist noch ganz besonders hervorzuheben, daß ihnen erst die sozialdemokratische Regierung die Gleichstellung mit den übrigen Arbeitern gebracht hat. Obwohl man bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein der Ueberzeugung war, daß die nun beseitigten Gesindeordnungen und Ausnahmegesetze längst überliefert waren, haben die Landarbeiter es erst der Revolution zu verdanken, daß sie als freie Menschen erklärt wurden. Gegenwärtig laufen wieder Bestrebungen, die Landarbeiterschaft in dieser oder jener Form ausnahmegesetzlich zu behandeln. Die Sozialdemokratie wird allen diesen Bestrebungen entgegentreten. Man kann für die Landwirtschaft und die Landarbeiter Gesetze schaffen, die ein anderes Recht darstellen, als für die übrigen Bevölkerungskreise. Es darf aber niemals für die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung, ganz besonders die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft, ein ungünstigeres Recht geschaffen werden.

Ganz besonders ist aber darauf hinzuwirken, daß der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft beim Betriebsrätegesetz die gleichen Rechte gewährt werden, wie dies sonst gilt. Heute ist dadurch, daß in der Land- und Forstwirtschaft erst bei zehn ständig Beschäftigten ein Obmann und bei zwanzig ständig Beschäftigten ein Betriebsrat zu wählen ist, das Betriebsrätegesetz für einen erheblichen Teil der bäuerlichen Betriebe nicht zuständig. In diesen Tagen ist von den Vertretern der Landarbeiter auf dem Betriebsrätekongreß

erklärt worden, es sei unbedingt notwendig, auch hier die Gleichstellung herbeizuführen. Sollen die Betriebsräte ihre Aufgabe in der Land- und Forstwirtschaft erfüllen, dann darf vor den bäuerlichen Betrieben mit der Einführung der Betriebsräte nicht Halt gemacht werden. Bei dieser Gelegenheit will ich kurz bemerken, daß an diesem Zustand die Unabhängigen ein erhebliches Teil Schuld tragen. (Sehr richtig!) Ihre Vertreter in dem Ausschuß der Nationalversammlung, der das Betriebsrätegesetz beraten hat, haben bei der Abstimmung gefehlt. Dadurch hatten die bürgerlichen Parteien ein leichtes Spiel, weil wegen des Fehlens der Unabhängigen der Verschlechterungsantrag der Deutschnationalen zur Annahme gelangte.

Wir haben ferner darauf hinzuwirken, daß die ausländischen Arbeiter nicht wahllos in das Land kommen. Heute sind viele einheimische Landarbeiter arbeitslos. Es ist nicht unsere Aufgabe, die ausländischen Arbeiter zu bekämpfen, sondern es muß notgedrungen auf dem Lande eine Kontrolle ausgeübt werden, daß dort, wo einheimische Arbeiter vorhanden sind, keine ausländischen Arbeiter eingestellt werden.

Eine der dringendsten Aufgaben ist, daß unsere Vertreter die Errichtung von Landarbeitsgerichten fordern, die nach der Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf dem schnellsten Wege die vielen Einzelstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Landwirtschaft zu schlichten haben.

Ferner ist zu fordern der Schutz der Frauen, Jugendlichen und Kinder in der Land- und Forstwirtschaft. Nicht nur gegenüber der Ausbeutung im Arbeitsverhältnis, wo noch so vieles zu regeln ist, sondern es sind auch Wohlfahrtseinrichtungen zu fordern und bestehende Einrichtungen weiter auszubauen.

Wir haben ferner darauf hinzuwirken, daß eine zuverlässige land- und forstwirtschaftliche Statistik geführt wird. Sind doch z. B. die Ernteschätzungen sehr unzuverlässig, wie während des Krieges genügend festgestellt wurde.

Wenn in den Schlußsätzen der Richtlinien gesagt ist, daß im Rahmen dieses Aktionsprogrammes in einzelnen Gebieten besondere Forderungen aufgestellt werden können, so entspricht dieses den eigenartig gelagerten Verhältnissen, daß je nach Gegend Abweichungen notwendig sind. Es ist jedoch erforderlich, daß aufzustellende Forderungen zuerst dem Parteivorstand zur Begutachtung und Bestätigung zu unterbreiten sind.

Damit komme ich zum Schluß. Es war meine Aufgabe, diese schwierigen Fragen zusammengedrängt zu behandeln. Daß man dabei nicht auf alles hinweisen konnte, ist selbstverständlich. Wollte man dieses erfüllen, dann wären mindestens ein Dutzend Referate erforderlich gewesen.

Zusammenfassend möchte ich nochmals darauf hinweisen, es bleibt unser Ziel, das vornehmste Produktionsmittel, den Grund und Boden, in den Allgemeinbesitz zu überführen. Die Sozialisierung der Land- und Forstwirtschaft bleibt ebenfalls unser Ziel. Es ist aber ausgesprochen, daß erst die Vorbedingungen dafür erfüllt sein müssen. Als nächste Aufgabe betrachte ich, alle Maßnahmen zu unterstützen, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herbeiführen. Es besteht die Gefahr, vielmehr es wird jetzt schon vielfach so gehandelt, daß die Landwirte zum extensiven Betriebe übergehen, indem wertvolles Ackerland als Weide angelegt wird, vom Hackfruchtbau zum Körnerbau übergegangen wird, oder ertragfähiges Land brach liegen bleibt.

Die Gefahren für die deutsche Volksernährung sind erheblich. Derartige Zustände dürfen nicht eintreten. Wollen wir aber dagegen auftreten, dann haben wir in allernächster Zeit dafür zu sorgen, daß ein wirksames Enteignungsgesetz gegen die Grundbesitzer geschaffen wird, die entgegen dem in der Verfassung festgelegten Grundsatz handeln, daß Eigentum an Grund und Boden dazu verpflichtet, dieses im Dienste für die Allgemeinheit zu bearbeiten. Es liegt mir fern, in diesem Zusammenhange Bedingungen über den Wiedereintritt in die Regierung aufzustellen oder dieses Thema überhaupt zu erörtern. Mein persönlicher Standpunkt ist aber der: Wenn der Tag kommt, daß wir mit dieser oder jener bürgerlichen Partei die Regierung übernehmen müssen, muß diese Forderung ganz bestimmt aufgestellt und deren Erfüllung zur Bedingung der Regierungsübernahme gemacht werden.

Die Mitglieder der Kommission unterbreiten hiermit die Richtlinien dem Parteitag zur Entscheidung und haben den Wunsch, wenn sich der Parteitag unseren Richtlinien im allgemeinen anschließt, daß dann auch von den Parteigenossen im Lande diese beachtet werden und damit ein einheitliches Handeln herbeigeführt wird. (Lebhafter Beifall.)

Zur Unterstützungsfrage über die zum Parteiprogramm und den Richtlinien zum Agrarprogramm gestellten Anträgen gibt

Auer folgende Erklärung ab: Die vom Parteitage gestern abend eingesetzte Kommission hat sofort zu den Richtlinien der Agrarpolitik und den dazu vorliegenden Anträgen Stellung genommen. Bei dieser Beratung wurde nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß die Richtlinien in verschiedenen wichtigen Punkten verbesserungsbedürftig seien. Angesichts der großen Umwälzungen, die wir durchleben, haben die Genossen, von denen die Anträge gestellt sind, sich bereit erklärt, auf die Begründung ihrer Anträge zu verzichten, und ich bin beauftragt, dem Parteitag mitzuteilen, daß diese Anträge hiermit zurückgezogen sind.

Die Kommission hat nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen, dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten, er wolle beschließen, über den Punkt der Tagesordnung „Richtlinien für Agrarpolitik" in eine Debatte nicht einzutreten (Bravo!), ferner dem Parteitag zu empfehlen, den vorliegenden Richtpunkten, wie sie die neue Fassung der Beilage 319 enthält, einmütig zuzustimmen. Als Vorsitzender der Kommission habe ich den Auftrag, Sie dringendst zu bitten, dem wohlerwogenen Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben. (Bravo!)

Der Vorsitzende **Müller** stellt die Unterstützungsfrage zu den Anträgen 253, 255 bis 257, 259, 261 bis 268, 272, 275 bis 278, 283, 288, 381, 274 und 291. — Die Anträge werden genügend unterstützt. Die zum Agrarprogramm gestellten Anträge werden als erledigt erklärt. Der Antrag 270, der neben dem Agrarprogramm ein Kommunal- und Schulprogramm wünscht, wird genügend unterstützt. Der Antrag 286 wird, soweit er ein Kleinbauernprogramm verlangt, für erledigt erklärt; soweit er ein Programm für Kleinhandwerker verlangt, erfährt er nicht genügende Unterstützung. Die Anträge 290, 309 und 320, die sich auf das Kommunalprogramm beziehen, werden ausreichend unterstützt. Der ausreichend unterstützte Antrag 373, betr. Richtlinien für die auswärtige Politik, wird mit zur Debatte gestellt. Dem Antrage, über die Richtlinien zum Agrarprogramm nicht in die Debatte einzutreten, wird mit großer Mehrheit zugestimmt. Der Parteitag tritt darauf in die Debatte ein über Punkt 6a der Tagesordnung:

Das Parteiprogramm.

Lauffkötter: Bei dem Gegenstand, den wir heute zu behandeln haben, handelt es sich um die beiden Fragen: Muß die Sozialdemokratische Partei überhaupt ein Programm haben, und muß sie ein neues Programm haben? Ich bejahe beide Fragen. Weiter kommt es darauf an, welchen Inhalt und welche Form das Programm haben soll. Da meine ich, daß wir zunächst im Programm festlegen müssen, daß wir Kultursozialismus treiben. Das Ziel des Sozialismus ist die Hebung der Menschheit auf eine höhere Kulturstufe. Der Sozialismus hat sich im Laufe der Zeit gemausert. Früher war er mehr materialistischer Art. Wirtschaftliche Fragen standen im Vordergrund. Man nannte den Sozialismus eine Magenfrage. Im Laufe der Zeit ist er zu einer Kulturfrage geworden. Der Wirtschaftssozialismus ist nur eine Vorbedingung des Kultursozialismus. Hauptsächlich haben wir kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Der Kultursozialismus läßt sich aber nicht ohne eine gründliche Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens verwirklichen. Es müßte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Sozialdemokratie das menschliche Zusammenleben auf eine neue Grundlage stellen werde, auf die des Solidarismus, der Gerechtigkeit, der Menschenliebe. Dabei handelt es sich um Fragen der Familie, der Ehe, der Sittlichkeit, der Kunst, der Kultur, um Frauenfragen, Bildungsfragen, Kinderfragen.

Sodann kommt die schwierige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß wir den Sozialismus, der bekanntlich vielseitig ist, in einer bestimmten Form wirtschaftlich verwirklichen wollen: in der Form des demokratischen Sozialismus. Wir lehnen zunächst den autorativen obrigkeitlichen Sozialismus ab, andererseits aber auch den autoritätslosen Sozialismus, weil er den Gesetzen des menschlichen Zusammenlebens widerspricht. Nur in der Form der Demokratie läßt sich der Sozialismus verwirklichen. Hierbei spielt die Frage zwischen Zwang und Freiheit im Wirtschaftsleben eine große Rolle. Wir müssen eine zusammengefaßte planmäßige Organisationsweise haben. Die planlose Erwerbswirtschaft soll durch eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft ersetzt werden, in der jeder einzelne das Mitbestimmungsrecht hat. Die wirtschaftliche Demokratie ist die Grundlage, weil sie uns die einzige Möglichkeit bietet, wieder das zu schaffen, was im Wirtschaftsleben unentbehrlich ist: Initiative, Tatkraft, Pflichtgefühl, Verantwortlichkeitsbewußtsein, Tüchtigkeit und Freiwilligkeit.

Dann müssen wir im Parteiprogramm scharf zur Frage des Staates Stellung nehmen. Im Erfurter Programm kommt das Wort „Staat" und „Verstaatlichung" überhaupt nicht vor. Man glaubte damals, der Staat sei eine vorübergehende Erscheinung. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat aber der Staatsgedanke eine große Stärkung erfahren. Wir müssen bestimmt dazu Stellung nehmen, ob wir dem Staat wirtschaftliche Aufgaben zuweisen können. Die Kriegswirtschaft hat gezeigt, daß der heutige Staat unfähig ist, wirtschaftliche Aufgaben zu lösen, nicht nur deswegen, weil er nicht die genügende Zahl vorgebildeter Beamten hat, sondern auch, weil deren Reellität sehr in Zweifel gezogen werden kann. Wir müssen auch mit allgemeinen Redensarten brechen. Der Ausdruck „Vergesellschaftung der Produktionsmittel" hat überhaupt keine Bedeutung. Im Programm heißt es: Die Produktionsmittel sollen in den Besitz der Gesellschaft übergeführt werden. Das klingt sehr schön. Wenn aber einer käme und erklärte: Ich will meinen Betrieb in den Besitz der Gesellschaft überführen, können Sie mir die Adresse der Gesellschaft geben, so kämen wir in Verlegenheit. Der Ausdruck ist seinerzeit als Notbehelf aufgenommen worden, um den Ausdruck „Verstaatlichung" zu vermeiden. Der Begriff „Gesellschaft" ist ein abstrakter Begriff. Wir müssen sagen: Welche Aufgaben wirt-

schaftlicher Art können wir dem Reich, den Staaten, den Städten, den Gemeinden usw. überweisen? Es handelt sich um Fragen, die sich auf das Verhältnis der sozialdemokratischen Weltanschauung zum Staatsgedanken beziehen. Dazu kommt die Frage des Verhältnisses von Religion, Kirche und Staat, von Religion und Sozialismus. Mit dem Ausdruck „Religion ist Privatsache" können alle diese Fragen nicht aus der Welt geschafft werden. Religion ist nur Privatsache, soweit sie eine innere Ueberzeugung ist; sie ist Gemeinschaftssache, sobald sie zu einer Gesellschaftseinrichtung, zu einer sozialen Erscheinung wird. Dann müssen wir uns von Staats- und Parteiwegen gründlich mit dieser Frage beschäftigen. (Sehr richtig!) Die Religion als Gesellschaftssache ist eine öffentliche Angelegenheit.

Was die Form des Programms anbetrifft, so müssen die prophetischen Ausblicke in die Zukunft, die uns bei dem früheren Programm immer hindernd im Wege standen, unterbleiben. Wir müssen das Programm so gestalten, daß es für die Gegenwart zutrifft. Jedes Programm ist der Ausdruck der Erkenntnis eines Menschen oder einer Gruppe. Wie sich die Verhältnisse in den letzten Jahren verändert haben, ist Ihnen bekannt. Also keine unerfüllbaren Versprechungen, keine Illusionen, sondern Tatsachen und Wirklichkeitssinn müssen aus dem Programm hervorleuchten.

Dann müssen wir zur Frage der Diktatur, des Terrorismus im weitesten Sinne scharf Stellung nehmen. Wir müssen darauf hinweisen, daß es unmarxistisch ist, die Gewalt zu wollen. Marx und Engels lehnten den Willen zur Gewalt ab. Die Anwendung der Gewalt ist die ultima ratio, wenn alle rechtlichen und sonstigen Mittel versagen.

Ferner möchte ich der Kommission den Rat mit auf den Weg geben, das Programm möglichst populär abzufassen. (Sehr richtig!) Die Sprache des Programms muß klar und deutsch sein, damit jeder es verstehen kann. Zum Schlusse gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß es der Kommission gelingen möge, ein Programm zu schaffen, mit dem wir moralische Eroberungen machen können. (Beifall.)

Waentig: Ich habe schwer verstehen können, wie man Zweifel darüber haben kann, ob das Programm unserer Partei reformbedürftig ist oder nicht. Das Programm einer Partei soll sagen, was die Partei will, und soll das in einer werbenden Form zum Ausdruck bringen. Es ist klar, daß das alte Programm zu seiner Zeit diese Bedingung erfüllte. Aber ebenso sehr ist klar, daß das Programm in seiner heutigen Form nicht mehr das sagt, was die Partei will, und nicht mehr in der werbenden Form, die geeignet ist, immer neue Anhänger heranzuziehen. Eine ganze Anzahl von Punkten des Programms sind erfüllt, eine ganze Anzahl wichtigster Forderungen des Tages kommen in ihm nicht zum Ausdruck. Vor allen Dingen möchte ich auf die Stellung der Partei, der ganzen deutschen Arbeiterklasse zum Staate, zum Volke hinweisen, die sich infolge der Entwicklung der Dinge vollkommen verschoben hat, ferner auf die Stellungnahme der Partei zum deutschen Geistesleben und zu den deutschen Universitäten. Auch hier ist ein Wandel eingetreten. Ich möchte Sie auf die ungeheuer verhängnisvolle Tatsache hinweisen, daß die Vernachlässigung dieser Frage, der Frage der Erziehung des Beamtentums, des Richtertums aufs tiefste in unser heutiges Leben hineingreift. Wir beklagen uns heute über Rechtssprüche der Gerichte, über Mißgriffe der Verwaltung, über das Versagen unserer Diplomatie während des Krieges. Aber bis heute ist eine Aenderung dieser Zustände nicht eingetreten. (Sehr richtig!) Die Berliner Bureaukratie sabotiert auch heute noch die Reformbestrebungen der Universitäten und der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten. Es wäre eine

Illusion, zu erwarten, daß irgendeine Bureaukratie sich selbst regeneriert. Es bedarf des stärksten Druckes, um hier einen Wandel herbeizuführen. Mit der Aufstellung praktischer Forderungen, gewissermaßen mit Willenserklärungen der Partei ist es aber nicht getan. Ein Programm muß, um werbende Kraft zu haben, eine allgemeine Idee zum Ausdruck bringen. (Sehr richtig!) Das ist in dem Erfurter Programm auf wissenschaftlicher Grundlage geschehen. Das Erfurter Programm enthält eine Einleitung, die eine wissenschaftliche Theorie zum Ausdruck bringt. Für die damalige Zeit war das gewiß das Richtige. Trotzdem muß man sich grundsätzlich gegen diese Form erklären. Die Wissenschaft ist in ewigem Fluß begriffen. Ein Beweis dafür ist der Einfluß der Einsteinschen naturwissenschaftlichen Theorie. Wieviel mehr ist das der Fall auf dem viel schwankenderen Gebiete der Gesellschaftswissenschaft. Da kann es passieren, daß dadurch, daß die theoretische Begründung sich als brüchig erweist, der Teil eines Programms, der werbend wirken soll, geradezu abstoßend wirkt. Das ist bis zu einem gewissen Grade heute eingetreten. Obgleich ich nicht Volkswirtschaftler bin, bin ich dagegen, in der Einleitung zum Aktionsprogramm irgendeine neue Theorie zu entwickeln. Wir sollen uns nur zu einem Kulturideal bekennen. In dieser Richtung ist die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ungeheuer. Das Kulturideal des deutschen Volkes wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts geschaffen und bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts durch diejenige Gruppe in unserem Volke fortgebildet, die wir Bürgertum nennen. Es war im wesentlichen eine kleinbürgerliche Gruppe. Seit der Entwicklung des Kapitalismus und dem Aufsteigen der modernen Bourgeoisie in Deutschland ist eine stärkere Materialisierung in der Kultur entstanden, wie sie in der Weltgeschichte noch kaum dagewesen ist. Gegen diese Materialisierung der Kultur muß sich die deutsche Arbeiterklasse erklären und muß das Banner wieder aufnehmen, das den bürgerlichen Schichten in der Mitte des 19. Jahrhunderts entfallen ist. Nur dann wird auch das Ziel des Antrages 205, nämlich die Gewinnung der Kopfarbeiter, verwirklicht werden können. Glauben Sie mir, daß unter denjenigen, die heute noch zu den sogenannten bürgerlichen Parteien gehören, sich eine ungeheure Zahl von Menschen findet, die längst von diesen materialistischen Ideen innerlich abgefallen sind, die aber nicht den Anschluß finden können, weil sie fälschlicherweise glauben, daß die sozialdemokratische Partei als Arbeiterpartei sich auf einer sogenannten materialistischen Geschichtsbetrachtung aufbaue. An dem Tage, wo dieser Irrtum zerstört wird, werden wir einen ungeheuren Aufschwung nehmen. Gerade von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich den Wunsch aussprechen, daß das neue Programm in diesem Sinne ein neues Glaubensbekenntnis der deutschen Arbeiterklasse enthalten möge. (Lebhafter Beifall.)

In den Bildungsausschuß werden dann folgende vom Parteivorstand vorgeschlagene Mitglieder einstimmig gewählt: Frau Bohm-Schuch, Dr. Eduard David, Dr. Franz Diederich, Hugo Heimann-Berlin, Hellmann-Hamburg, Karl Korn-Berlin, Löbe-Breslau, Dr. Radbruch-Kiel, Sassenbach-Berlin, Schreck-Bielefeld, Heinrich Schulz-Berlin.

Dr. Knack-Hamburg: Wer wie ich als ärztlicher Fachmann im politischen Leben steht, kann diese Debatte nicht ohne einige Worte und Wünsche zur Neuordnung unseres Gesundheitswesens vorübergehen lassen. Wir wissen, daß unser Volk durch die Folgen des Krieges und der Revolution am Körper derart krank ist, daß wir Aerzte kaum wissen, wie die Volksgesundheit wieder aufgebaut werden kann, um so weniger, als wir nicht unter den günstigen finanziellen Staatsverhältnissen der Friedenszeit, sondern in einem wirtschaftlichen Zusammenbruch leben. Insofern werden der Kommission, die sich mit

der Neuordnung des Gesundheitswesens zu beschäftigen hat, sicherlich außerordentliche Schwierigkeiten erwachsen, schon für die nächste Zukunft die praktischen Richtlinien für den Aufbau unseres Gesundheitswesens zu geben. Man soll aber darum vor allen Dingen vermeiden, Schlagwörter zu gebrauchen. Ein solches Schlagwort ist nach meiner Ueberzeugung die „Sozialisierung" des Gesundheitswesens. Wir haben im vorigen Jahr als Aerzte und Sozialpolitiker im Verein für öffentliche Gesundheitspflege in Weimar über die Frage der „Sozialisierung" des Gesundheitswesens eingehend gesprochen, sind aber ohne Resultat nach Hause gegangen. Ich kann mir nur eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens und eine Durchdringung desselben mit sozialem Geist vorstellen. Dazu aber ist notwendig, in unserem Programm die Richtlinien für eine durchgreifende Politisierung unseres Gesundheitswesens festzulegen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Nationalversammlung sich nicht hat entschließen können, ein Reichsgesundheitsministerium zu schaffen. Aber auch damit allein wäre es nicht getan gewesen, wir müssen außerdem Gesundheitsministerien und politisch geleitete Gesundheitsverwaltungen nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch bis tief hinein in die kleinen und kleinsten Städte und ländlichen Verwaltungsbezirke haben. Nur wenn der politische Geist sich Schulter an Schulter mit dem ärztlichen Sachverstand stellt, können wir eine soziale Durchdringung des Gesundheitswesens erreichen. Ich stelle mir diese Politisierung so vor, daß nicht nur ein Politiker als leitender Kopf vorhanden ist, sondern daß bis in die Krankenhäuser, bis in die kleinsten Räume hinein Männer und Frauen an der Gesundheitspflege mitarbeiten, die das politische Vertrauen der breiten Massen haben. Wir haben in Hamburg bereits in dieser Weise bei der nachrevolutionären Neuordnung unsere Gesundheitsbehörde organisiert, und wir haben bereits die Erfahrung, daß wir dadurch den Geist in die Gesundheitspflege hineinbringen können, den wir fordern. Nur, wenn wir durch diese Politisierung das Gesundheitswesen fest in der Hand haben, ist es uns möglich, den zahlreichen Wünschen und Anträgen, u. a. auch auf dem diesjährigen Parteitag bezüglich der Neuordnung des Hebammenwesens, der Geburtshilfe, des Apothekenwesens, des Versicherungswesens, der neuzeitlichen Ueberwachung der Prostitution und der von weiten Kreisen unserer Frauen verlangten Neuordnung der Bevölkerungspolitik, gerecht zu werden. Unsere Reichstagsfraktion hat ja bereits entsprechend diesen Forderungen der Frauenwelt durch einen Antrag auf Abänderung des Strafgesetzbuches in den §§ 218 und 219 nachzukommen versucht, aber es wird bei einer so tiefgreifenden Gesetzesänderung nur dann möglich sein, unsägliches Frauenelend zu verhüten und wirklich die bestehenden sozialen Schäden und Gefahren zu bannen, wenn wir auf die geschilderte Weise das Gesundheitswesen fest in unserer Hand haben. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß gerade die Aerzte, die doch Tag für Tag das unselige Elend unserer minderbemittelten Bevölkerung sehen, in ihrer überwiegenden Mehrheit heute noch den reaktionären Parteien angehören. (Sehr richtig!) Das ist für mich stets ein Problem gewesen, das ich kaum habe verstehen können. Man sieht hier eben so recht kraß und deutlich, wie der einzelne Mensch durch seinen wirtschaftlichen Werdegang in seiner politischen Entwicklung beeinflußt und gehemmt wird. Wir müssen die Gefahr vermeiden, daß eine ärztliche Beamtenherrschaft das Gesundheitswesen in der Hand behält, wie es heute noch im Reichsgesundheitsamt und zahlreichen regionären Gesundheitsbehörden möglich ist, wo nicht der Politiker regiert, sondern der kalte, bürgerlich-reaktionäre Verwaltungsbeamte.

Eine außerordentlich wichtige Rolle spielt für unseren Wiederaufbau und unsere weitere staatliche Entwicklung die Frage der Beamtenpolitik. Ich habe es bedauert, daß in dem Programmbuch unserer Partei, das uns sonst so ausgezeichnete Beiträge zu verschiedenen Fragen gebracht hat, die Beamtenfrage nicht besonders behandelt worden ist, daß das Programmbuch nur einige Bemerkungen verstreut in verschiedenen Artikeln darüber enthält. Wir haben durch die Revolution das erfreuliche Ergebnis zu verzeichnen, daß sich die mittleren und unteren Kreise der Beamtenschaft eng mit der Arbeiterschaft zusammengefunden haben, und wir haben es dankbar empfunden, daß der Kapp-Putsch durch das feste Zusammenhalten der Arbeiter, Angestellten und Beamten abgewehrt worden ist. Wir haben mehr und mehr erkannt, daß beim Schutz der Verfassung und der Abwehr reaktionärer Putschversuche heutzutage ein Lokomotivführer, der seine Maschine stillstehen läßt, oder ein Telegraphenbeamter, der seinen Dienst verweigert, unter Umständen eine weit größere Wirkung ausübt, als irgendein Arbeiter eines nicht lebenswichtigen, wenn auch noch so großen Industriebetriebes. Ein enges Zusammenhalten der mittleren und unteren Beamtenschaft mit der Arbeiterschaft und den Angestellten ist nur zu erzielen, wenn wir auch in unserem Programm eine konsequente Beamtenpolitik festlegen, die die Beamten mit sozialistischem Gebiet durchdringt, indem wir den Beweis liefern, daß wir in den Besoldungsordnungen und ähnlichen Dingen mit der ganzen Wucht unseres sozialdemokratischen Einflusses auch für die Beamten sorgen. Das war bei den bisher neugeschaffenen Besoldungsordnungen des Reiches und der Länder leider noch nicht möglich, weil wir an eine Koalitionspolitik gebunden waren. Wir müssen in unserer kommenden Beamtenpolitik zum Ausdruck bringen, daß, wenn ein Volk in Not ist, die hohen Beamten nicht enorm hohe Gehälter bekommen können und die niederen Beamtenklassen zum Teil nicht das erhalten, was sie zum Leben notwendig haben. (Zustimmung.) Für uns muß als Richtung gelten, während der Zeit der Not oben zu nehmen und unten zuzulegen. Wir müssen das auch unseren höheren akademisch vorgebildeten Beamten gegenüber offen aussprechen, die sich so gerne als die geistigen Führer des Volkes betrachten. Wer geistiger Führer des Volkes sein will, muß es dadurch beweisen, daß er auf seinen eigenen Vorteil zugunsten des wirtschaftlich Schwächeren in Zeiten der Not verzichtet. Daran denken die höheren Beamten aber heute gar nicht. Wir müssen auch dafür sorgen, daß den Beamtinnen ihr Recht wird, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn bezahlt wird, und daß auch die Frau, die in einer Beamtentätigkeit steht, das volle und uneingeschränkte Recht auf die Mutterschaft hat. Wir müssen auch in unseren eigenen Reihen den Geist ertöten, der, irregeleitet durch die wirtschaftliche Not mancherorts, zurzeit dahingeht, verheiratete Beamtinnen aus ihren Stellungen zu verdrängen. Damit würden wir wertvolle Frauenarbeit verlieren und unsere Frauenbewegung auf lange Zeit hinaus hemmen. Das aber darf nie und nimmer geduldet werden. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr: Der Genosse Laufkötter sagte, wir müßten unser Programm insofern ändern, als wir danach streben müßten, Kultursozialismus zu treiben. Ich glaube, die gewaltigste Kulturbewegung, die jemals in der Welt Raum gehabt hat, ist die sozialistische Bewegung. (Sehr wahr!) Deshalb ist eine Aenderung nicht nötig. Merkwürdig war es auch, daß Genosse Laufkötter der Meinung ist, wir hätten uns lediglich an die Gesellschaft und niemals an den Staat gewandt. Er ging sogar so weit, zu behaupten, daß das Wort Staat im Erfurter Programm nicht vorkomme. Es heißt aber unter Punkt 2: „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde." Wenn Genosse Laufkötter das Erfurter Programm einmal vollständig durchsehen würde, würde er finden, daß wir zwar nicht gefordert haben, es soll ein Staat gebildet werden oder die Menschen sollen in politische Organisationen, die Staaten sind, zusammengefaßt werden — das war nicht nötig,

da die staatlichen Organisationen vorhanden waren —, daß aber eine Reihe von Forderungen aufgestellt worden sind, durch die staatliche Einrichtungen im Interesse des Volkes geändert und neue eingeführt werden sollten.

Ich habe nun schon zum dritten Male die Ehre, an der Schaffung eines Parteiprogramms mitzuwirken. Ich war 1875 und 1891 an der Bildung des Parteiprogramms beteiligt, wir ändern heute das Parteiprogramm zum dritten Male, nicht, weil wir andere geworden sind, sondern weil die Zeiten sich geändert haben. Wenn das Gothaer Programm wesentlich im Hinblick auf die beiden bis dahin bestehenden Richtungen geschaffen wurde, um die Eisenacher und Lassalleaner miteinander zu verschmelzen, so handelt es sich da um eine Zeit, die politisch und ökonomisch von der Gegenwart verschieden war. Damals hatten wir die Gründerperiode hinter uns; wir lebten in einer Zeit des Gründerkrachs, in jener Zeit, in der der Kapitalismus anfing, sich in Deutschland wild zu entwickeln. Das war etwas, was wesentlich auf die ganze Agitation, auf die Denkweise, auf das Streben der Partei von Einfluß sein mußte. In den Jahren 1875—1891 hat die kapitalistische Entwicklung in Deutschland wesentliche Fortschritte gemacht, und 1891 standen wir in jener Periode, in der die Kapitalisten selbst dabei waren, die Grundlage der alten kapitalistischen Ordnung zu erschüttern, indem durch die Gründung von Kartellen die freie Konkurrenz möglichst beseitigt wurde. Den damaligen ökonomischen Verhältnissen mußte im Parteiprogramm Rechnung getragen werden. Wir hatten die politischen Forderungen im wesentlichen darauf abgestimmt, den Kampf gegen den militaristischen, Polizei-, Junker- und Klassenstaat zu führen.

Heute sehen wir aber den alten Militärstaat zusammengebrochen. Wir haben die Republik und haben jetzt einmal die praktischen Einrichtungen zur Ausgestaltung der Republik zu schaffen, die Rechte des gesamten Volkes zu wahren. Das ist eine andere Grundlage, und aus dem Grunde müssen wir ein anderes Programm aufstellen. Ebenso liegt es auf wirtschaftlichem Gebiet. Das alte Wirtschaftsleben ist zusammengebrochen. Da kann es keine Neukonstruierung des Zusammengebrochenen geben, das widerstreitet der Geschichte, sondern eine neue Zukunft aufzubauen ist unsere Aufgabe. Das muß im Programm zum Ausdruck kommen, welches die Richtlinien sind, wie wir jene Ziele erreichen wollen. Das Programm muß wesentlich anders gestaltet werden, nicht als ob wir andere geworden sind, sondern wir müssen nur um so schärfer betonen, daß wir das bleiben, was wir gewesen sind, wir müssen nur unseren „Zukunftsstaat" neu aufbauen. Da heißt es, gründlich umzugestalten. Es ist bereits angedeutet worden, nach welcher Richtung hin alles zu ändern ist, während wir sonst im wesentlichen nur ein Agitationsprogramm haben mußten, um Anhänger zu werben. Als solche haben das Gothaer und das Erfurter Programm ihren Zweck erfüllt. Als das Gothaer Programm geschaffen wurde, hatten wir etwa 400 000 Reichstagsstimmen. Das Gothaer Programm hat uns soweit gebracht, daß wir die stärkste Partei im Reiche geworden sind. Dann hat uns das Erfurter Programm bis heute als Grundlage unserer Agitation ausgereicht. Jetzt aber heißt es einmal zeigen, wie die sozialistische Partei ihre Ziele verwirklichen will, und hoffentlich gelingt es uns, ein Programm zu schaffen, von dem wir sagen können: es ist Vorarbeit für Jahrhunderte geschaffen. (Lebhafter Beifall.)

Eduard Bernstein: Darüber, daß wir ein neues Programm haben müssen, herrscht Einstimmigkeit. Die Frage ist nur, welches die Art dieses Programmes, die Grundlage seines Wesens sein soll. Da stehen sich allerdings noch die Anschauungen gegenüber. Es ist die Ansicht ausgesprochen worden, daß wir eigentlich nur ein Aktionsprogramm oder etwa Aktionsprogramme brauchen. Wenn wir aber ein Bedürfnis nicht haben, so ist es dieses! (Sehr richtig!) Wir haben

so viel Aktionen, Aufträge, Vorschläge, Absichten, wie man nur mag. Sehen Sie sich nur die Beschlüsse des heutigen Parteitages an, wieviel Aktionen da von der Partei und ihrer Fraktion verlangt werden. (Sehr richtig!) Auf eines können wir dagegen nicht verzichten: nämlich, daß die Sozialdemokratie ihr Programm stützt auf wissenschaftliche Erkenntnis, daß ihr Programm nicht nur der Ausdruck eines Willens ist, sondern die Wiedergabe einer Erkenntnis, daß wir also ebensogut, wie wir seinerzeit dem Erfurter Programm solche Darlegungen vorausschickten, auch jetzt eine Zusammensetzung unserer Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklung, die kurz und volkstümlich sein kann, dem Programm voranstellen. (Sehr richtig!) Selbstverständlich wollen wir uns da aller Prophezeiungen enthalten, die zu bestimmt lauten. Nur das Wesen der heutigen Gesellschaft und die vor uns liegenden Entwicklungstendenzen müssen wir kennzeichnen, und damit den einzelnen sagen, warum sie sich der Sozialdemokratie anschließen müssen.

Das Wort vom theoretischen Sinn der deutschen Arbeiter ist ja ein bißchen übertrieben gewesen. Wir haben leider noch einen zu großen Prozentsatz von Arbeitern, bei denen er nicht vorhanden ist. Aber wir haben auch einen großen Prozentsatz von solchen, bei denen er bereits entwickelt ist, und bei diesen wollen wir ihn weiterpflegen. Wir müssen ein Programm haben, das in gedrungenen Sätzen die Erkenntnisse und den Willen der Partei zusammenstellt, daran anschließend aber einzelne Programme mit Bezug auf die bestimmten Fragen, die unserer warten.

Selbstverständlich bin ich mit dem Genossen Laukötter einverstanden, daß wir den Kulturcharakter der Sozialdemokratie energisch zum Ausdruck zu bringen haben. Lassalle hat allerdings den Arbeitern das Wort von der Magenfrage zugerufen, aber derselbe Lassalle hat auch den Arbeitern das ideale Moment des Sozialismus aufgezeigt in seiner Schrift „Das Arbeiterprogramm", eine Schrift, die noch heute nicht überlebt ist, die ich noch heute als die erste Einführung jedem in die Hand gebe, der sich über die Grundidee des Sozialismus unterrichten will. Und dann noch eins: Die Grundlage der sozialistischen Erkenntnis bleibt trotz allem doch in ihren großen Zügen diejenige Geschichtsauffassung, die uns Marx und Engels gelehrt haben. Nicht alle einzelnen Sätze ihrer Schriften, nicht gewisse Prophezeiungen, wohl aber die großen Gedanken der sozialen Entwicklungslehre. Sie müssen in kurzen Worten, wenn nicht ausdrücklich das Programm, so doch seinen Geist diktieren. Vor einem müssen wir uns dabei nur hüten, das ist das Verfallen in eine Marx-Scholastik (Sehr richtig!), die sich in unsere Literatur eingeschlichen hat und besonders in Halle und bei Lenin ihre üblen Wirkungen zeigt. Vor 20 Jahren schon habe ich geschrieben — und das ist mir damals sehr übel genommen worden: „Heute steht es so, daß man aus Marx alles herauslesen kann." Es sollte aber keine Herabsetzung von Marx sein. Marx hat nur zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Verhältnissen, in bezug auf bestimmte Fragen, entsprechend verschiedene Auffassungen gehabt und auch eine verschiedenartige Sprache geführt, besonders in bezug auf den heute berühmten Streit über Diktatur und Demokratie. Diejenigen, die sich auf Marx für die Diktatur berufen, haben daher genau so viel recht, wie diejenigen, die sich auf ihn für die Demokratie berufen. Unsere Stellung zu diesen Fragen haben wir aus den gewordenen Verhältnissen, aus der Entwicklung und dem Charakter unserer Bewegung zu bestimmen, nicht aber aus Aeußerungen von Marx, die man verschieden deuten kann. Marx baute seine Theorie zu einer Zeit aus, wo es noch keine festorganisierte Arbeiterpartei gab, wo noch in keinem Lande die Arbeiter das Wahlrecht hatten, wo noch keine Erfahrungen vorlagen über die große schöpferische Kraft der Demokratie in Staaten moderner Entwicklung. Wir haben aber

seitdem diese Erfahrungen gemacht, und alle Wissenschaft ist nur gesammelte Erfahrung, die zusammengefaßt ist unter bestimmten leitenden Gesichtspunkten. Darauf kommt es an.

In dem ausgezeichneten Referat des Genossen Georg Schmidt über die Agrarfrage ist auch die Frage berührt worden, daß eine Abwanderung von den Städten, von der Industrie in die Landwirtschaft erforderlich sein wird. In der Tat werden wir bei dem gegenwärtigen Stand der deutschen Wirtschaft allerdings damit zu rechnen haben, daß ein großer Prozentsatz unserer Industriearbeiter nicht mehr in der Industrie Beschäftigung findet und sich der Landwirtschaft wird widmen müssen. Aber wir wollen diese nicht zu Landarbeitern im alten Stil werden lassen. Das wäre eine soziale Herabdrückung. Ich halte eine neue Form der Siedelung für notwendig und möglich, wo wir die Arbeiter teilnehmen lassen am Kulturleben der Gegenwart — nicht bloß an gewissen materiellen Kulturgenüssen. Das ist allerdings nur durchzuführen durch das Mittel, auf das Georg Schmidt hingewiesen hat, und was schon in der Verfassung angekündigt ist: durch ein außerordentlich starkes Enteignungsrecht, und ich füge hinzu: durch ein mit Energie angewandtes Enteignungsverfahren. (Sehr richtig!) Ich bin mir natürlich nicht im Zweifel darüber, daß diese Anwendung erst kommen wird, wenn der Reichstag etwas anders zusammengesetzt ist als gegenwärtig.

Nun ist vom Genossen Braun gesagt worden in seinem Referat, daß ich der Vater des Revisionismus sei. Ich will meinen Teil Vaterschaft nicht ableugnen, muß aber in aller Bescheidenheit hinzufügen: es waren der Väter ihrer mehr. (Heiterkeit.) Der große Revisionist war indes die Zeit, die allgemeine Entwicklung, und heute stehen wir alle auf neuem Boden. Wir alle haben Auffassungen, die wir früher hatten, revidiert. (Zuruf Dr. Brauns: Auch durch die Revolution!) Selbstverständlich. Die Dinge haben sich entwickelt und haben uns manches anders anschauen gelehrt. Wir sind den Tatsachen erheblich nähergetreten, die wir aus der Ferne sahen, und nun ist das Bild, das sie gewähren, ein anderes. Das muß in unserem Programm mit aller Klarheit zum Ausdruck kommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Dietz: Wir badischen Parteigenossen sind Ihnen von früher her als die Vertreter aus dem liberalen Musterländle bekannt, die den Parteitag wiederholt beschäftigt haben, weil sich die Landtagsfraktion herausgenommen hatte, für den Etat zu stimmen. Wir haben aber nach der Revolution bereits am 5. Januar gewählt und vor der Reichsverfassung am 21. März 1919 unsere Verfassung so frei und demokratisch ausgestaltet, daß die Reichsverfassung sich unser Verhältniswahlsystem zum Vorbild genommen hat. Wir sind also mit einem vollen Tropfen demokratischen Oeles gesalbt. Aber gerade deshalb kann es uns — nicht gerade allen, aber sehr vielen — auf Grund unserer demokratischen Erfahrungen etwas Angst werden, wenn wir hören, schon vor diesem Parteitag in dem Gutachtenband und nun auch noch auf dem Parteitag von gar zu vielen Seiten, welche geheimnisvollen Wirkungen dieser formal juristischen Demokratie zugeschrieben werden, ohne daß wir irgendeine soziale Demokratie im Sinne von Marx und Engels haben. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die formaljuristische Demokratie ihre Grenzen haben muß. Und wenn soviel gesagt wird: Nur durch die Demokratie zum Sozialismus!, so ist es unsere Pflicht, Feinden und Freunden zu sagen, daß auch für uns die formal-juristische Demokratie nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zweck. (Sehr gut!) Und daß wir, wenn sie versagt, dann auch andere Mittel werden anwenden müssen. In staatsrechtlicher Beziehung danken wir die Republik nicht der formal-juristischen Demokratie, sondern die Revolution des 9. November,

die Diktatur der Arbeiter und Soldaten und wer sonst die Revolution gemacht hat, hat sie herbeigeführt. Erst hinten nach haben wir sie uns bestätigen lassen von der formal-juristischen Demokratie. Diese Demokraten sind dann auf den Boden der Tatsache getreten, weil sie geglaubt haben, die Arbeiter werden sich die Demokratie nicht wieder nehmen lassen. Wir werden uns auch die Errungenschaften der Revolution nicht nehmen lassen, wie es jetzt in Bayern versucht wird, wo man durch eine Volksabstimmung eine bäuerliche und kleinbürgerliche Mehrheit für das Königstum herbeiführen möchte und die Reichsverfassung zu Fall bringen möchte, nach welcher jeder Bundesstaat Republik sein muß. Deswegen müssen wir eine Grenze der formalen Demokratie feststellen. Die andere Grenze liegt auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Wir sind alle einig in dem kommunistischen oder sozialistischen Zukunftsziel der Demokratie im weitesten Sinne. Aber das liegt in weiter Ferne. Heute leben wir in der kapitalistischen Welt. Für diese brauchen wir die formal-juristische Demokratie, weil wir in der Minderheit sind. Aber zwischen der Welt, in der wir stehen und der sozialistischen Welt liegt ein langes kampfreiches Uebergangsstadium, über das Marx 1875 in seinem Programmbrief zum Gothaer Programm gesagt hat: Zwischen kapitalistischer Wirtschaft und kommunistischer liegt die Uebergangsperiode, und dieser Uebergangsperiode entspricht auch eine besondere Form des Staates, nämlich die Diktatur des Proletariats. Genosse Bernstein hat auch bereits hervorgehoben, daß heute das, was Marx unter Diktatur verstanden hat, der verschiedensten Auslegung fähig ist, und ich will deshalb nicht diesen theoretischen Streit hier entfachen, obwohl ich vor 32 Jahren zu Schmollers Füßen gelernt habe, Marx zu widerlegen, ihn heute mir aber nicht mehr widerlegen lasse. Diesen Weg zum Sozialismus können wir nicht gehen ohne Expropriation der Expropriateure. Wenn die bürgerliche Mehrheit im Reich und in den Ländern die Durchführung des Sozialismus von Sozialisierungskommission zu Kohlenkommission, von Beratung zu Beratung schleppt, und es wird doch niemals etwas, wollen wir uns das gefallen lassen? Es gibt eine Grenze, jawohl, aber sie kommt von außen. Ich erinnere an Lassalles Rede vor dem Kammergericht: „Die Revolution braucht nicht gewaltsam zu sein, sie kann kommen in voller Gesetzlichkeit, wenn man beizeiten sie einführt, rechtzeitig und von oben herab. Wenn man das aber versäumt, dann kommt sie mit Gewalt usw." Was machen wir dann? Wollen wir wieder diese Frage umgehen? Es geht doch der Sturm durch die Welt. Wollen wir uns wieder, wie damals, von Engels sagen lassen: „Der Hauptfehler des Programms ist der, daß die wichtigsten Dinge nicht darin stehen?" Wollen wir es dulden, daß die Partei sich an das opportunistische Hinarbeiten auf kleine Tagesfragen gewöhnt und nicht gerüstet ist, wenn die Gewalt unvorhergesehen an sie herantritt? In dem Programm sollte offen ausgesprochen werden: Der Parteitag verlangt, daß diese Grenzen der Demokratie anerkannt werden, und er sollte aussprechen, daß die Partei jeden Versuch, die geltende formal-juristische Demokratie zur Wiedereinführung der Monarchie auszunutzen, mit allen Mitteln unterdrücken wird. Und wenn man die Sozialisierung und Expropriation verschleppt, nicht in der Lage und gewillt ist, diejenigen Aktionen, die dann von selber kommen werden, zu verhindern. Sprechen Sie das aus, es ist uns durch Halle gezeigt, die Stunde der Revolution kann kommen, es ist ¾12. Dieser Druck kann vielleicht die bürgerliche Demokratie bestimmen, uns nicht mehr hinzuhalten. Zeigen Sie der Arbeiterschaft, daß wir nicht so verbürgerlicht sind, daß wir ihr in den Arm fallen könnten, wenn ungewollt von uns die neue Revolution ausbrechen sollte. (Teilweiser lebhafter Beifall.)

(Schluß gegen 1 Uhr.)

Nachmittagssitzung.

Der Vorsitzende **Scheidemann** eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß der Wunsch bestehe, die Vorstandswahl bereits heute abend vorzunehmen, weil ein Teil der Delegierten über Nacht abreisen müsse. — Der Parteitag stimmt dem Vorschlage zu.

Der Antrag Nr. 295 wird nicht ausreichend unterstützt.

Der Parteitag fährt darauf in der Besprechung des Punktes 6a der Tagesordnung fort.

Dr. Sachs: Ein Parteiprogramm muß die Forderungen enthalten, die die Partei alsbald durchführen will. Das alte Programm der Partei enthielt im zweiten Teile auch Gegenwartsforderungen, die innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft verwirklicht werden sollen. Bei Aufstellung der neuen Gegenwartsforderungen wird die Programmkommission davon ausgehen müssen, daß wir uns in einer Zeit des Ueberganges zu einer anderen Gesellschaftsordnung befinden.

Selbstverständlich ist es, daß im Programm die Forderung erscheint, daß sozialisiert wird, wo es nur irgend möglich ist. Von größter Wichtigkeit wäre es, wenn es gelänge, den Staatsbetrieb mit dem Privatbetrieb wettbewerbsfähig zu machen, was er heute meist nicht ist. Heute wird ein großzügiger Versuch gemacht, etwas derartiges durchzuführen. Ich erinnere an die Deutschen Werke, die eine Aktiengesellschaft im Besitze des Reiches bilden und die Heereswerkstätten übernommen haben, die kein Monopolbetrieb sind, sondern mit der Privatindustrie konkurrieren sollen.

Die Programmkommission wird aber auch nicht an der Frage vorbeigehen können, was dort geschehen soll, wo noch nicht sozialisiert werden kann. Man hat vielfach die sogenannte Planwirtschaft als ein theoretisches Gebilde hingestellt. Das ist nicht richtig. Sie liegt im Zuge der Entwicklung. Wir haben nicht mehr zwischen freier kapitalistischer Wirtschaft und gebundener Wirtschaft zu wählen. Die freie Wirtschaft, wie wir sie zum Teil in der Vorkriegszeit hatten, kehrt nie wieder. Ueberall sehen wir, wie sich die Unternehmer aufs engste zusammenschließen. Es fragt sich, ob wir diese Organisation der Unternehmer völlig ausschalten oder unter Kontrolle stellen können. Gegen die Planwirtschaft ist eingewendet worden, daß durch die Zwangsorganisation die Macht der Unternehmer gestärkt würde. Würde aber die Macht der Unternehmer geringer sein, wenn wir nicht Zwangsorganisationen, sondern völlig unkontrollierte Unternehmerverbände, Trusts usw. hätten? Ich glaube nicht, daß wir die Kohlenpreise noch so niedrig hätten, wie sie jetzt sind, wenn die Kohlenmagnaten die Kohlenpreise so festsetzen könnten, wie sie wollen. Der Braunkohlenpreis wäre nicht um 15 Proz. gesunken, wenn nicht die Kohlenwirtschaft unter einer — wenn auch ungenügenden — staatlichen Kontrolle stände.

Wir sagen immer, wir können nur dort sozialisieren, wo ein Wirtschaftszweig reif ist, d. h. wo die Organisation und Konzentration einen sehr hohen Grad erreicht hat. Warum soll es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein, diese Organisation und Konzentration eines Wirtschaftszweiges herbeizuführen? Die Abneigung gegen die Planwirtschaft hat ihre Ursache wohl darin, daß man in der Sozialdemokratie die Sozialisierungsfrage immer von einem zu einseitigen Standpunkt aus betrachtet hat. Wir erstreben durch die Sozialisierung erstens die Beseitigung allen Profits, zweitens aber eine so zweckmäßige Organisation der Wirtschaft, daß der Ertrag der Arbeit erhöht wird. Wir wollen eine bessere Verteilung, vor allem aber eine erhöhte Produktion. Bekanntlich kann die Lage der Massen auf Kosten des Profits der Unternehmer nicht nennenswert gebessert werden. (Sehr gut!) Wir würden, auch in einer sozialistischen Gesellschaft, einen großen Teil dessen, was heute den Sozialisten als Gewinn zufließt, zur Beschaffung neuer Produktionsmittel verwenden müssen. Eine Sozialisierung ohne Steigerung der Produktion würde also nichts nützen. Umgekehrt könnte eine Steigerung der Produktion etwa durch Einführung der Planwirtschaft unter Umständen die Lage der Massen erheblich bessern. Eine völlige Beseitigung des Profits können wir überhaupt nicht in einem Lande allein, sondern nur international durchführen.

Der Name Walter Rathenaus ist in einem Zusammenhange genannt worden, daß man daraus schließen könnte, er werde für einen gewöhnlichen Unternehmervertreter gehalten. Ich wünschte, wir hätten in der Partei eine Anzahl Leute, die die wirtschaftlichen Probleme so tief erfaßt haben und unsere Wirtschaft so gründlich kennen, wie Walter Rathenau. Wenn die Programmkommission ihre Aufgabe gut erfüllen soll, wird sie gerade an den Ideen dieses Mannes nicht vorübergehen können.

Dringend notwendig brauchen wir eine Art Planwirtschaft auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhr. Es mag richtig sein, daß wir für die notwendige Stabilisierung der Valuta die Hilfe des Auslandes brauchen. Es ist aber nur eine halbe Wahrheit. In der Hauptsache müssen wir uns selbst helfen. Wenn es uns nicht gelingt, eine aktive Handelsbilanz herzustellen, kann uns auf die Dauer keine auch noch so hohe ausländische Anleihe zu einer Stabilisierung der Valuta verhelfen. Wir müssen unbedingt die Einfuhr irgendwie entbehrlicher Waren aufs äußerste einschränken. Im Frieden hatten wir eine passive Handelsbilanz. Das konnten wir uns leisten, weil uns jährlich Milliarden aus dem Ertrag des im Ausland angelegten Kapitals und aus den Erträgnissen unserer Schiffahrt zuflossen. Diese Einnahmen haben wir aber nicht mehr, sondern wir haben alljährlich Milliarden für die Wiedergutmachung zu zahlen.

Wir müssen uns über den furchtbaren Ernst des Problems der Einfuhr klar sein. Mit jedem Pfund Tabak und Kaffee wächst die Gefahr, daß wir eines Tages für unsere bunten Papierzettel auch die notwendigsten Lebensmittel im Ausland nicht mehr bekommen, daß wir die schrecklichste Hungersnot im Lande haben. Deshalb muß die Partei auch den Mut haben, auch unpopuläre Forderungen aufzustellen, die zunächst von den Massen nicht verstanden werden. Wir müssen unter Umständen einzelne Existenzen zertreten, um das ganze Volk zu erhalten. In dem neuen Programm muß deshalb auch der Satz stehen, daß wir unsere Einfuhr aufs äußerste beschränken müssen und zu einer günstigen Handelsbilanz gelangen müssen. Wenn das Programm dem Grundsatz Rechnung trägt, daß die Sozialdemokratie die Vorkämpferin für eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaft sein will, dann wird dieses Programm in hohem Maße wertvoll für die Partei sein, denn man wird in weiten Kreisen des Volkes einsehen, daß wir aus diesem furchtbaren Wirrwarr im Wirtschaftsleben nur herauskommen können, wenn wir die ganze Wirtschaft so planmäßig wie möglich gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Frau Zabe: Das Erfurter Programm ist zum Teil erfüllt. Wir haben die persönliche und politische Freiheit. Von geschäftstüchtigen Menschen ist sie benutzt worden, um sich unermeßlich reich zu machen, und das Volk ist dabei immer ärmer geworden. Der Landmann zieht aus deutscher Erde unermeßliche Gewinne. (Sehr richtig!) Wir dürfen den Interessenvertretern der Landleute, die dauernd von der Not des Landmannes sprechen, nicht glauben. Die Genossen im Lande erwarten von uns ein Programm, das es ihnen ermöglicht, alle Säumigen zu Kämpfern zu machen, um bei der nächsten Wahl eine Mehrheit aufzubringen. Unsere höchste Pflicht ist es, für ein leichtver-

ständliches Programm zu sorgen, das die Menschen begeistert und zeigt, was wir wollen. Es gilt heute, Hunderttausende zu retten, die vor dem Verhungern sind. Alle geistig Hochstehenden und wirtschaftlich Schwachen müssen sich zusammenfinden, um in diesem Kampfe um die Existenz des deutschen Nachwuchses die Deutschen zu unterstützen. Wir müssen immer wieder betonen, daß die Haushaltungen der Arbeiter immer sehr bescheiden waren, daß die Löhne ums Vier- bis Sechsfache gestiegen sind, während die Lebensmittel um das Fünfzehn- bis Zwanzigfache teurer sind. Alles Geld, das in Parlamenten für Wohlfahrts- und Erholungszwecke bewilligt wird, kann den Untergang der Massen nicht aufhalten, sondern nur hinhalten. Unsere höchste Pflicht ist es, in dem neuen Programm festzulegen, daß die Massen zur körperlichen Gesundung gelangen müssen. Nur der gesunde Körper kann einen gesunden Geist haben. Auch nach sittlicher Gesundung müssen wir streben. Sie kann nur durch geistige Klarheit, durch Bildung und Wissenschaft eintreten.

Wir müssen in dem neuen Programm unsere Stellung zum Kriege darlegen. Wir wollen keinen Krieg, sondern eine internationale Völkergemeinschaft. Nur dadurch werden wir den grausamen Friedensvertrag mildern können.

Unser Programm muß Richtschnuren für die Vertreter im Reichsparlament und in den Landesparlamenten, für den Parteivorstand und für den letzten Genossen sein. Nur vom Sozialismus kann eine Rettung ausgehen, nicht von den Rechtsparteien, die noch immer das Unglück der Massen gewollt haben. Die Rechtsparteien wollen ein demütiges Volk, damit sie um so besser leben können. Das haben sie in der Jetztzeit gezeigt, wo sie ruchlos und brutal über uns fortgeschritten sind. Sie fragen nichts nach Deutschland, sie fragen nur nach ihrer eigenen Lebenshaltung, nach Besitz, Hab und Gut. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Scheidemann** teilt mit, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen ist.

Biester widerspricht dem Schluß der Debatte. Die Meinung der Delegierten sei noch zu wenig zum Ausdruck gekommen. Derartig ernste und wichtige Dinge müßten in aller Gründlichkeit erörtert werden.

Dem Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

Dr. Adolf Braun (Schlußwort): Ich wundere mich, daß man so großen Wert legt, noch länger über das Programm hier zu sprechen, wo doch bis Ende Juni nächsten Jahres eingehende Erörterungen über das Parteiprogramm stattfinden sollen. Jeder Parteigenosse ist gebeten, sich lebhaft an dieser Erörterung zu beteiligen. Das Wort von Wilhelm Liebknecht, daß unser Parteiprogramm eine Kollektivarbeit der Partei sein soll, soll sich nicht auf diesem Parteitag bewahrheiten, sondern in den neun Monaten, die diesem Parteitag folgen.

Privatim ist mir gesagt worden, daß meine Ausführungen zu wenig positiv gewesen seien. Ich bin mit dieser Kritik durchaus einverstanden. Es ist heute ebenso schwierig, ein Programm zu machen, wie eine Programmdebatte einzuleiten. Es liegt das in der ganzen Unsicherheit der Welt, die man in England ebenso wie in Rußland empfindet. Alle politischen Parteien leiden unter schwerster Krise. Auch die Arbeiterbewegung befindet sich in einem krisenhaften Zustande. Wenn nun in England der Gildensozialismus und in Rußland der Bolschewismus auftauchen und die Menschheit wie eine heilige Sache entflammen, so sind das Zeichen der tiefen Unruhe in der Arbeiterschaft. Der Gildensozialismus in England, vor kurzem erstanden, ist bald überholt. Die Störungen in der Arbeiterschaft sind so außerordentlich groß, daß sie immer

nach etwas neuem streben. Es ist ein ununterbrochenes Tasten in der fortwährend quellenden Gegenwart, um einen Punkt zu finden, von dem man die Zukunft erkennen kann.

Ein Parteiprogramm zu schaffen, ist deshalb außerordentlich schwierig und verantwortungsvoll, diese Arbeit verdient alle Ihre Unterstützung.

Es wurde mir vorgeworfen, ich hätte die Beamtenpolitik nicht erwähnt. Das ist richtig. Aber was ist heute sozialistische Beamtenpolitik. Wir sehen die Beamten nach gesteigerten, immer höheren Gehältern, nach Einreihung in höhere Rangstufen streben. Das ist Gewerkschaftspolitik. Unsere Partei hat auch ein Aktionsprogramm für die Beamten, aber die sozialistische Gestaltung des Beamtenwesens ist ein noch ungelöstes, weil überaus schwieriges Problem des Sozialismus. Wir sehen in dem Beamtenwesen weit mehr Reste des alten Systems, als Ansätze zu einem neuen System. Wie streiten sich noch heute die Beamten um den Rang, um die Einreihung, um Dinge, die mit dem Wesen der Demokratie wenig zu tun haben. In einer sozialistischen Ordnung wird das Beamtentum etwas durchaus neues sein müssen, während das Beamtentum heute noch ein gewaltiger erratischer Block in einer Gesellschaft ist, die sozialistisch werden möchte, die aber noch mit tausend Fesseln an den alten Obrigkeitsstaat gebunden ist. Daher ist das Beamtenproblem, wenn um Weltanschauungsfragen gestritten wird, überaus schwierig.

Vom Genossen Bernstein ist wie immer, so auch heute, sehr viel Gutes und Schönes gesagt worden. In seinen letzten Ausführungen hat er sich gegen meine Stellung zum Revisionismus gewandt; wenn er es auch nicht ausdrücklich betont hat, schien er doch die Meinung hervorrufen zu wollen, daß sich das, was er als Revisionist wollte, durch die Entwicklung erfülle. Meiner Meinung nach ist die deutsche Entwicklung bis zum Kriege, und vor allem während des Krieges, der beste Beweis dafür, daß Bernstein die Zukunft nicht vorausgesehen hat. Wenn ich gegen die Wahl des Genossen Bernstein in die Siebenerkommission bin, so deshalb, weil er noch heute an den Revisionismus glaubt, weil wir aber, die wir ein Parteiprogramm machen wollen, nicht den Glauben erwecken wollen, daß Bernstein, der in tausenderlei Fragen Bannerträger für uns gewesen ist, auch in dieser Frage Bannerträger ist.

Gegen den Genossen Dr. Dietz muß man sich mit großer Entschiedenheit wenden. (Sehr richtig!) Der Genosse Dietz, der außerdem noch Rechtsanwalt ist, entrüstet sich über die formal-juristische Demokratie. Ist das heute, wo wir allen Scharfsinn der Durchführung einer wirklichen Demokratie in Deutschland zu widmen haben, unsere Aufgabe? (Sehr richtig!) Es gibt ja hier und da Politiker, die sehr eigenartig sind und die zur unzeitgemäßen Zeit etwas sagen, was in sie nicht paßt. (Sehr richtig!) Scheidemann hat vor einigen Monaten im Reichstag sehr richtig ausgeführt, es fällt uns gar nicht ein, die Demokratie als die letzte Form des Staatswesens zu betrachten. Sicherlich wird es eine Zeit geben, wo wir auch die Demokratie zu überwinden haben werden, wo wir zu höheren Formen staatlichen Wesens innerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung kommen werden. Zuerst wollen wir aber das Durchgangsstadium der Demokratie erreicht haben, bevor wir die Demokratie überwinden. (Sehr gut!) Was Dietz sagt, wird ebenso im Lager der äußersten Reaktion, wie im Lager derer, die in Halle siegen wollen, mit Begeisterung aufgenommen werden. (Zustimmung.) Dietz hat selbst bekundet, daß er früher als Sozialdemokrat für die Erhaltung der Monarchie in Baden gewesen sei, weil Baden ein „Musterländle" gewesen wäre. Jetzt ist er für die Räterepublik und gegen die Demokratie. Genosse Dietz, rufen Sie nicht noch mehr Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter hervor; es ist schon genug Verwirrung vorhanden. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Hat Genosse Dietz etwa die Tage des

Kapp-Putsches verschlafen? Gerade während des Kapp-Putsches haben wir gesehen, wie notwendig es ist, daß das deutsche Volk kraftvoll zur Verteidigung der Demokratie zusammensteht. Diese Stärke der Demokratie wollen wir nicht dadurch abschwächen, daß wir mit immer neuer Zweifelhuberei die Arbeiter verwirren und unsere Aktion erschweren.

Ich glaube, es ist das Beste, wenn wir uns an die Arbeit machen. (Sehr richtig!) Wir wollen möglichst schnell zur Bildung der Programmkommission kommen und die Arbeiten beginnen. Wir wollen trotz aller Hemmungen und Schwierigkeiten alles daran setzen, um den Parteigenossen im Frühsommer des nächsten Jahres ein Programm vorlegen zu können, das ihre Zustimmung findet.

Als Referent habe ich dann noch die Aufgabe, zu den verschiedenen Anträgen Stellung zu nehmen. Ich möchte Sie vor allen Dingen bitten, meinen Antrag unter Nr. 381, der die Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung des Parteiprogramms mit weitgehenden Rechten, so mit dem, größere Kommissionen zu bilden, Sachverständige zu laden und Mitglieder zu kooptieren, vorsieht, anzunehmen; alle übrigen Anträge zum Parteiprogramm aber der Kommission zu überweisen.

Weiter möchte ich Sie bitten, die Richtlinien zur Agrarpolitik anzunehmen. Diese Richtlinien haben sicherlich viele Mängel. Aber in dem Augenblick, wo wir Spezialforderungen, die aus eigenartigen landwirtschaftlichen Verhältnissen erwachsen, generalisieren, belasten wir wieder das Programm für große Teile Deutschlands, in denen diese Forderungen keine Bedeutung haben. Die Agrarverhältnisse, die Agrargeschichte und die Agrargesetzgebung weichen in den verschiedenen Teilen Deutschlands so sehr voneinander ab, daß wir uns mit wenigen allgemeinen Forderungen begnügen müssen, die für alle Landesteile Deutschlands anwendbar sind.

Wir werden nach wenigen Jahren das Programm und auch die Richtlinien erneut prüfen müssen. Immer kritisch gegen uns selbst, so kommen wir ständig zum Besseren.

Ich möchte Ihnen weiter empfehlen, die Richtlinien für die auswärtige Politik, die in dem Antrag Wels und Genossen auf Nr. 373 festgelegt sind, anzunehmen. Alles übrige ist Aufgabe derer, denen Sie das Vertrauen schenken, in der Kommission zu arbeiten. Wir wollen von festen sozialistischen Prinzipien ausgehen, aber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und Schwierigkeiten an die Arbeit gehen. (Lebhafter Beifall.)

Zu einer Erklärung namens der badischen Delegation erhält dann das Wort

Schöpflin: Im Namen der badischen Delegierten möchte ich folgende Erklärung abgeben. Die ersten Sätze in der Rede des Genossen Dr. Dietz mußten den Eindruck hervorrufen, als ob der wesentlichste Teil der badischen Parteigenossen die Auffassung vertritt, die der Genosse Dr. Dietz zum Ausdruck gebracht hat. / Ich weiß, daß der Genosse Dr. Dietz diesen Eindruck nicht absichtlich hervorrufen wollte. Ich kann erklären, daß zahlenmäßig nennenswerte Teile der Parteigenossenschaft diese Auffassung nicht vertreten. Die Tatsache, daß Genosse Dr. Dietz Delegierter ist, spricht nicht dagegen. Wir haben ihm nur Gelegenheit geben wollen, nachdem er dieselbe Auffassung bei uns in viel schärferer Weise vertreten hat, seine Anschauung auf dem Parteitag bei Gelegenheit der Programmdebatte zu vertreten, weil er ein alter und in Baden sehr erprobter Parteigenosse ist. Wir in Baden sind keineswegs von dem alten demokratischen Standpunkt abgewichen und werden davon auch nicht abweichen. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung wird der Antrag 381 (Bildung einer Programmkommission) mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen zum Parteiprogramm gestellten Anträge werden der Programmkommission überwiesen.

Die Richtlinien zum Agrarprogramm werden einstimmig angenommen, ebenso Antrag 373, die Richtlinien für die auswärtige Politik.

In die Programmkommission werden folgende acht Mitglieder gewählt: Bernstein, Adolf Braun, Cunow, Gradnauer, Keil, Molkenbuhr, Müller-Potsdam und Frau Pfülf.

Es folgt der nächste Gegenstand der Tagesordnung.

Die Wohnungsfrage.

Als Berichterstatter erhält das Wort

Paul **Hirsch:** Zu den furchtbarsten Folgeerscheinungen des Weltkrieges gehört neben der Nahrungsmittelnot und dem Mangel an Gebrauchsgegenständen aller Art die Wohnungsnot. In gewissem Umfange hat es eine Wohnungsnot, die sich in dem Mangel an Wohnungen und in fortgesetzten Mietsteigerungen äußerte, mit denen die Steigerung des Einkommens nicht Schritt hielt, von jeher gegeben. Aber während sie sich früher im wesentlichen auf Großstädte und Industriezentren beschränkte und sich fast ausschließlich den Arbeitern und Kleinbürgern fühlbar machte, hat sie sich heute auch auf Mittel- und Kleinstädte, ja selbst auf das platte Land ausgedehnt und, von geringen Ausnahmen abgesehen, alle Schichten der Bevölkerung ergriffen.

An dieser Erscheinung darf eine Partei wie die sozialdemokratische, die unbeschadet ihres Endziels auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Lage der Arbeiterklasse zu heben bestrebt ist, nicht achtlos vorübergehen. (Sehr wahr!) Wollen wir verhüten, daß weite Kreise des deutschen Volkes völlig verelenden und zu barbarischem Dasein herabsinken, wollen wir verhüten, daß unsere Jugend körperlich und sittlich zugrunde gerichtet wird, so müssen wir die Axt an die Wurzel des Uebels legen und mit allen Mitteln dem Wohnungselend zu Leibe gehen. Solange wir nicht imstande sind, gesunde Wohnungen in ausreichender Zahl zu schaffen, werden wir der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit nicht Herr werden, werden die ungeheuren Opfer im Kampfe gegen die Tuberkulose vergebens gewesen sein, wird alles Predigen gegen die zunehmende Unsittlichkeit des Volkes nichts helfen. (Zustimmung.)

Der Einfluß der Wohnung auf Krankheit und Sterblichkeit wird heute von keiner Seite mehr bestritten. Die statistischen Erhebungen der Ortskrankenkassen, die Untersuchungen hervorragender Sozialhygieniker sprechen eine leider nur zu beredte Sprache. Wir wissen, daß mit der Ausbreitung der Mietkasernen Hand in Hand geht eine Zunahme der Säuglingssterblichkeit, namentlich der künstlich ernährten Kinder, wir kennen den innigen Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Beschaffenheit der Wohnungen, wir haben gesehen, in wie zahllosen Fällen überfüllte Wohnungen letzten Endes den Mann dem Alkoholismus, halbwüchsige Mädchen und Burschen der Prostitution oder dem Verbrechertum in die Arme treiben. Noch immer gilt das Wort, das Miquel einst gepredigt hat: „Gute Wohnung, billige Wohnung, reichliche Wohnung gibt gute Gesellschaft, gutes Familienleben, und dies gibt den festen Halt, welcher die Arbeiter tüchtig und ehrenswert macht." Und nicht minder recht hat Graf Posadowsky, wenn er sagt: „Die Wohnungsfrage lösen, heißt den wichtigsten Teil der sozialen Frage lösen."

Zu der Lösung der Wohnungsfrage, die nur zugleich mit der sozialen Frage überhaupt gelöst werden kann, werden wir heute ja kaum kommen. Das

ist auch nicht die Aufgabe, die wir uns zu stellen haben. Zu längeren theoretischen Auseinandersetzungen ist die Zeit heute weniger angetan als je. (Sehr richtig!) Worauf es für den Augenblick ankommt, was die Stunde von uns erheischt, ist praktische Arbeit zu leisten, die Wege zu suchen, auf denen wir aus dem jetzigen Elend herauskommen, auf Mittel zu sinnen, um für die Zukunft ähnlichen verheerenden Katastrophen vorzubeugen.

Das wird im wesentlichen Sache meines Mitreferenten Genossen Engler sein. Ich für meine Person werde mich darauf beschränken müssen, in aller Kürze die Ursachen der Kalamität zu untersuchen und die bisher von den gesetzgebenden Körperschaften ergriffenen, sowie die noch geplanten Maßnahmen einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Eine der Hauptursachen der Wohnungsnot haben wir von jeher in der Spekulation in Grund und Boden erblickt. Wir konnten ziffernmäßig nachweisen, wie sehr der Grund und Boden von Jahr zu Jahr stieg, wie er durch fortwährendes Handeln in die Höhe gewuchert wurde und wie er, wenn er endlich der Bebauung erschlossen wurde, einen so hohen Verkaufswert erlangt hatte, daß schon allein die Mieten verhältnismäßig hoch bemessen werden mußten, weil sonst das Geschäft nicht rentabel war. Deshalb haben wir auch, unterstützt von bürgerlichen Bodenreformern, die Vergesellschaftung des Grund und Bodens gefordert, eine grundsätzliche Forderung, die aufzugeben oder abzuschwächen kein Anlaß für uns vorliegt. (Zustimmung.) Ebensowenig hat sich unsere theoretische Auffassung als irrig erwiesen, daß durch Verordnungen, die eine möglichst umfangreiche Ausnutzung der Bauplätze zulassen, vor allem die Mietkasernen, der Preis des Grund und Bodens weiter in die Höhe getrieben wird, und daß nicht die teuren Bodenpreise die Mietkasernen hervorgerufen haben, sondern daß umgekehrt die Bauordnungen, die der Mietkaserne zu ihrem Siegeslauf verhelfen, die Bodenpreise in die Höhe treiben. Zu diesem Grundübel hat sich heute noch ein anderes gesellt, das zum mindesten für die nächsten Jahre von ebenso großem, wenn nicht von noch größerem Einfluß ist: Die ungeheuer gestiegenen Herstellungskosten der Wohnungen. (Sehr richtig!)

Schon früher hat es nicht an Stimmen gefehlt, die die Wohnungsfrage als eine Baukostenfrage bezeichneten. Mit Unrecht. Denn wenn auch im Laufe der Zeit die Preise für Materialien und die Arbeitslöhne gestiegen, die baupolizeilichen Vorschriften verschärft und die Baugewohnheiten luxuriöser geworden sind, so standen doch die hierdurch bedingten Mehrkosten in keinem Verhältnis zu der Verteuerung der Wohnungen. Durchaus zutreffend hat denn auch Adolf Wagner mit nicht mißzuverstehenden Worten denen, die die gestiegenen Löhne der Bauarbeiter für die Wohnungsnot verantwortlich machen wollen, zugerufen:

„Ihr Pharisäer und Schalksnarren, das hebt ihr hervor, den Splitter in unserem Auge seht ihr, daß wir etwas mehr Lohn verlangen und dadurch das Bauen etwas verteuern; aber über den riesigen Balken in eurem eigenen Auge geht ihr leicht hinweg, daß ihr das Zehnfache der Verteuerung durch die Bodenspekulation herbeiführt, indem ihr den Grund und Boden so maßlos in die Höhe treibt."

Auch heute noch, wo sich das Bauen um das Zwölf- bis Fünfzehnfache verteuert hat, ist es eine grobe, in ihrer Absicht nur zu durchsichtige Uebertreibung, immer und immer auf die gestiegenen Bauarbeiterlöhne hinzuweisen. (Sehr wahr!) Gewiß sind die Löhne der Bauarbeiter, ebenso wie die aller übrigen Arbeiter und wie die Gehälter der Beamten und Angestellten in die Höhe gegangen, wenn auch nicht annähernd in dem Maße, wie der Geldwert gesunken ist, aber weit mehr sind die Preise für die Materialien gestiegen.

Daß die höheren Bauarbeiterlöhne nicht in dem Maße verteuernd wirken, wie das durch den Wucher und die Unternehmergewinne geschieht, geht, wie Sie dem Jahrbuch des Deutschen Bauarbeiterverbandes entnehmen können, aus der Tatsache hervor, daß Baufachleute heute die Löhne mit ungefähr einem Drittel der Gesamtbaukosten kalkulieren, während bekanntlich in der Vorkriegszeit für Baustoffe und Löhne je die Hälfte gerechnet wurde. „Diese Verschiebung der Baukosten wird verursacht durch den Unternehmergewinn und durch die wucherische Ausnutzung des Baustoffmangels. So betrug z. B. vor dem Kriege der Preis für 100 Kilogramm Zement 4 Mk., der amtlich festgesetzte Preis im Jahre 1919 aber 60 Mk. Dafür war aber nicht genügend Zement zu haben, und wer bauen mußte, zahlte auch den Wucherpreis von 150 Mk. frei Bau. (Hört! hört!) Der Preis des Bauholzes, das vor dem Kriege mit etwa 40 Mk. der Kubikmeter bezahlt wurde, stieg im Jahre 1919 bis zu 1500 Mk. Für 1000 Ziegelsteine, die früher für 20 Mk. erhältlich waren, zahlte man 200 Mk. und mehr. Die Zement- und Kalkwerke konnten, obwohl sie einen Teil des Jahres still lagen oder mit Betriebseinschränkungen arbeiteten, infolge ihrer Konjunkturausnutzung hohe Dividenden auswerfen. So zahlten an Dividenden und Vergütungen: Rheinisch-Westfälische Zementindustrie 15 Proz., „Silesia"-Oppeln 16 Proz., Portlandzementwerke Höxter-Godelheim 20 Proz., Portlandzement- und Wasserkalkwerke „Mark" 25 Proz., Deutsche Portlandzementwerke „Adler" 26 Proz. und Wickingsche Portlandzementwerke 28 Proz. Daß die Baumeister nicht zurückstehen wollten und „der Zeit entsprechende" Unternehmergewinne und Meistergelder in Anrechnung bringen, ist allgemein bekannt." Ich habe diesen Angaben von fachkundiger Seite nichts hinzuzufügen, die Zahlen sprechen für sich und widerlegen das Märchen von der durch die unermeßlichen Forderungen der Bauarbeiter bedingten Steigerung der Baukosten. (Sehr richtig!)

Schon vor Ausbruch des Krieges wies die Produktion an Wohnungen einen rückläufigen Charakter auf. Nach den Ermittlungen des Reichsstatistischen Amtes war im Jahre 1913 in 69 Städten, aus denen Angaben vorlagen, der Zugang an Wohngebäuden mit 9975 Gebäuden um 2687 Gebäude geringer gewesen als im Jahre 1912 mit 12 662 Gebäuden. Der Wohnungszugang war nur in 10 Städten größer, dagegen in 30 Städten kleiner gewesen als 1912. Während zu Beginn des Jahres 1914 gewisse Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des seit Jahren daniederliegenden Baugewerbes nicht unberechtigt zu sein schienen, da sich in Verbindung mit einem Zusammenschmelzen der Wohnungsvorräte eine Erleichterung des Geldmarktes bemerkbar machte, erstickte der Ausbruch des Krieges diese Hoffnung im Keime. Die Verhältnisse auf dem Baumarkt wurden nicht besser, sondern noch schlechter. Der Zugang an Wohngebäuden, der 1913 nur in 23 Städten größer gewesen war als 1912, in einer Stadt ebenso groß, in 46 dagegen geringer, war 1914 bereits in 47 Städten geringer und nur in 23 größer als 1913. Insgesamt war der Zugang in 72 Städten mit 9255 Gebäuden um 1963 Gebäude kleiner als 1913 mit 11 218 Gebäuden. In 13 Städten war der Wohnungszugang größer, in 37 kleiner als 1913.

Auch in einem verminderten Absatz von Baustoffen kam der Rückgang der Bautätigkeit deutlich zum Ausdruck. Die Berliner Mörtelwerke, die aus dem Mörtelabsatz unter Zugrundelegung von Erfahrungssätzen über das Verhältnis des Mörtelverbrauchs zum Ziegelverbrauch den Absatz an Mauerziegeln in Groß-Berlin berechnet haben, kamen zu dem Ergebnis, daß der Absatz von 1910 bis 1914 von 1855 auf 541 Millionen Ziegeln, also um mehr als ein Drittel, gesunken war. In ähnlichem Maße war der Absatz des Ziegeleiverbandes Breslau, der Vereinigten Ziegeleien von Graudenz, der

Münchener Ziegelverkaufsvereinigung, der Vereinigten Speyerer Ziegelwerke, des Dortmunder Verkaufsvereins für Ziegelfabrikate und aller übrigen Unternehmungen gesunken.

Für den Kenner der Dinge konnte es hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß wir nach Friedensschluß mit einer großen Wohnungsnot zu rechnen haben würden. Von mehr als einer Seite ist die Regierung rechtzeitig auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden. Der Hauptausschuß des Deutschen Vereins für Wohnungsreform schildert bereits in einer Eingabe vom Juli 1915 die Gefahr einer Kleinwohnungsnot in vielen Teilen des Reichs, verkunden mit wesentlichen Mietsteigerungen und großen spekulativen Ausschreitungen auf dem Grundstücks- und Wohnungsmarkte, der Dezernent des Verbandes Groß-Berlin, Stadtbaurat Beuster, kommt in seiner 1915 erschienenen Schrift über städtische Siedelungspolitik zu dem Ergebnis, daß bei der zu erwartenden starken Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die öffentlichen und Industriebedürfnisse Geld nach dem Kriege zunächst für den Baumarkt nur zu unerträglich hohen Sätzen, mithin für den Kleinwohnungsmarkt praktisch überhaupt wohl kaum zur Verfügung stehen werde. Er sieht ein vorläufiges Versagen der Privatunternehmung auf dem Kleinwohnungsmarkte voraus und kommt zu dem Schluß:

„Wenn daher nicht auf neuen Wegen eine kräftige Vermehrung der Kleinwohnungen mit großer Schnelligkeit herbeigeführt wird, so werden wir nach menschlicher Voraussicht, wie nach dem Kriege 1870/71, so auch nach diesem Kriege mit einer heftigen Kleinwohnungsnot zu rechnen haben mit all ihrem Wohnungselend infolge Ueberfüllung der Wohnungen und Zusammendrängung auch in ungesündesten Quarlieren. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Krieger in überfüllte und überteuerte Wohnungen zurückkehren sollen, dann müssen wir uns zu einer schnellen und durchgreifenden Aktion entschließen."

Diese und ähnliche Warnungen, insbesondere auch die wiederholten Hinweise der Generalkommission der Gewerkschaften und des Vorstandes des Deutschen Städtetages haben nicht die genügende Beachtung gefunden. Und das, obwohl sogar die preußische Regierung in den Motiven zu dem Entwurf eines Wohnungsgesetzes vom Jahre 1918 ausdrücklich betont, daß, soweit sich die Verhältnisse zurzeit übersehen lassen, das Mißverhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Kleinwohnungen und der Mangel an solchen nach dem Kriege eher noch stärker als bisher fortdauern und damit die Gefahr gegeben sein werde, daß die bisherigen Mißstände im Wohnungswesen, anstatt gebessert zu werden, sich noch weiter verschlimmern. (Hört! hört!)

Die Untätigkeit der Regierungen, die nicht nur so gut wie nichts getan haben, um die Bautätigkeit und damit die Wohnungsproduktion zu fördern, sondern die sogar der wucherischen Ausnutzung des Baustoffmangels und damit der Verteuerung der Baukosten hilf- und ratlos gegenüberstanden, hat sich bitter gerächt. In den deutschen Großstädten mit über 100 000 Einwohnern sind im Jahre 1919 insgesamt 1667 Wohnhäuser mit 10 088 Wohnungen einschließlich der sogenannten Notwohnungen und Baracken erstellt worden, davon 1007 Wohnhäuser oder 60,41 Proz. und 2672 Wohnungen oder 26,49 Proz. von gemeinnützigen Bauvereinigungen. Die Ueberteuerungszuschüsse des Reichs, auf die ich noch zu sprechen komme, haben die Bautätigkeit nicht wesentlich zu beleben vermocht. Die Wohnungsnot und mit ihr das Wohnungselend hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Volksgesundheit, die Sittlichkeit, ja die Kultur des deutschen Volkes aufs höchste gefährdet ist. (Sehr richtig!)

Untersuchen wir nun, in welcher Weise die gesetzgebenden und die Verwaltungskörperschaften ihrer Pflicht nachgekommen sind, so sei zunächst daran erinnert, daß eine positive Wohnungspolitik auch nach der alten Reichsverfassung zu den Aufgaben der Reichsgesetzgebung gehörte. Auf diesem Standpunkt hat sich bekanntlich nicht nur der Reichstag wiederholt gestellt, sondern auch Herr Dr. Delbrück hat als Staatssekretär im Reichsamt des Innern keinen Zweifel daran gelassen, daß das Reich sehr wohl befugt sei, ein Wohnungsgesetz zu schaffen. Hierzu hat sich die Reichsregierung weder vor noch nach Ausbruch des Krieges entschlossen, und auch der Reichstag hat sich auf Palliativmittel beschränkt. So hat er u. a. in der Sitzung vom 22. Mai 1916 beschlossen: 1. Erhöhung des Wohnungsfürsorgefonds für Arbeiter und Angestellte des Reichs von 5 auf 10 Millionen Mark und Ausdehnung auf Kriegsbeschädigte und Witwen der Gefallenen; 2. Reichsunterstützung für die Gemeinden und Kommunalverbände, die den Kriegsteilnehmern bzw. Hausbesitzern Mietbeiträge gewährt haben, und Reichshilfe für die Abbürdung der während des Krieges gestundeten Mieten bzw. Hypothekenzinsen der heimkehrenden bedürftigen und schwach bemittelten Krieger unter Mitwirkung der Gemeinde; 3. Erhöhung der Reichsbürgschaft für zweite Hypotheken auf 250 Millionen Mark und Ausdehnung von den Arbeitern und gering besoldeten Beamten des Reichs auf die Forderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene; 4. Erlaß eines Kriegerheimstättengesetzes; 5. Erlaß eines Erbbaugesetzes; 6. Reform der Zwangsversteigerung; 7. Sicherung der Hausbesitzer und Mieter gegen die Folgen des Krieges durch Aenderung der Zahlungsfristen bei Hypothekenschulden über die Kriegszeit hinaus, aber nicht generell, sondern im einzelnen Falle, und ebenso im einzelnen Falle Schutz der Mieter gegen willkürliche, der Billigkeit widersprechende Kündigung und Steigerung des Mietzinses.

Trotzdem die Annahme dieser Beschlüsse mit großer Mehrheit erfolgt war, sind sie bis heute noch nicht im vollen Umfange verwirklicht worden. (Hört! hört!) Das gleiche gilt von dem Antrage, den die Abgeordneten Hitze und Jäger im Juni 1917 in der Wohnungskommission des Reichstages eingebracht haben und der darauf hinausläuft, daß 1. das Reich die Initiative in der Wohnungsreform ergreifen und dafür sorgen solle, daß alle dabei notwendigen Faktoren (Reich, Einzelstaat, Gemeinde, gemeinnützige und private Tätigkeit) in der richtigen Verteilung zu einem großzügigen Reformwerke zusammenwirken, 2. das Reich seinen Standpunkt aufgeben solle, wonach es nur für seine eigenen Angestellten und Arbeiter mit finanziellen Aufwendungen sorgen oder nur auf Grund einzelner, eng gefaßter Spezialgesetze vorgehen dürfe, und daß 3. in einer neuen Reichsbehörde, einem Reichswohnungsamt, eine Zentralstelle für die gesamten Aufgaben der Wohnungsfürsorge geschaffen werden solle.

Die Reichsregierung nahm zunächst eine abwartende Haltung ein und überließ die Wohnungsgesetzgebung den Einzelstaaten. Unter diesen wiederum hat Preußen, das bis dahin die Wohnungsfürsorge aufs ärgste vernachlässigt hatte, sich endlich kurz vor dem Zusammenbruch zu durchgreifenden Maßnahmen aufgerafft, die aber leider unter dem Zeichen „zu spät" standen und deshalb bis zum heutigen Tage nicht viel mehr als papierne Bedeutung haben. Am 1. April 1918, also zu einer Zeit, wo das Bauen schon beinahe unmöglich war und die Wohnungsnot einen hohen Grad erreicht hatte, trat endlich das preußische Wohnungsgesetz zugleich mit dem sogenannten Bürgschaftssicherungsgesetz in Kraft. Sein Zweck ist die Beseitigung der im Wohnungswesen vornehmlich der minderbemittelten Bevölkerungskreise vielfach hervorgetretenen Mißstände. Liest man heute

die Begründung zu dem Entwurf, so gewinnt man eine gewisse Genugtuung darüber, daß die preußische Regierung, wenn auch reichlich spät, sich zu Anschauungen bekannt hat, die von sozialdemokratischer Seite und von bürgerlichen Bodenreformern schon seit vielen Jahrzehnten vertreten waren. Wieviel Elend hätte gemildert, wieviel Unglück hätte verhütet werden können, wenn die Regierung rechtzeitig vernünftigen Erwägungen und wohldurchdachten Ratschlägen zugänglich gewesen wäre! (Sehr gut!) Die Mißstände im Wohnungswesen sind nach der Begründung im wesentlichen darauf zurückzuführen,

„daß in denjenigen Gemeinden, in welchen die Bevölkerung fortgesetzt wächst, die Herstellung kleiner gesunder Wohnungen, wenn nicht dauernd, so doch in gewisser Wiederkehr längere Zeiträume hindurch hinter dem von der Bevölkerungszunahme gegebenen Verhältnisse zurückbleibt, während zugleich ältere Häuser beseitigt werden, in denen bisher minderbemittelte Familien zu angemessenen Mietpreisen ein leidliches Unterkommen fanden. Dazu kommt, daß infolge einer ungesunden Boden- und Häuserspekulation die Mietpreise zu unverhältnismäßiger Höhe getrieben werden. Die auf Kleinwohnungen angewiesenen Bevölkerungskreise sind daher genötigt, bei der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses auf das denkbar bescheidenste Maß hinabzugehen, neben gesundheitlich bedenklichen Wohnungen besonders häufig ungenügende Teilwohnungen, die des erforderlichen Abschlusses gegen andere Wohnungen entbehren, zu beziehen, und, zumal wenn sie größere und teuere Wohnungen zu mieten gezwungen sind, fremde Personen als Abmieter, Einlieger und Schlafgänger bei sich aufzunehmen. Der Mangel einer ausreichenden Zahl gesunder und preiswerter kleinerer Wohnungen erschwert zugleich das im gesundheitlichen Interesse vielfach dringend gebotene Einschreiten gegen die aus früheren Zeiten überkommenen Wohnungen und gegen die zunehmende Unterbringung von Menschen in Räumen, die zu dauerndem Aufenthalt ursprünglich nicht bestimmt und auch bisher nicht benutzt worden sind. Des weiteren hat an vielen Orten, und zwar nicht nur in den größeren Städten und ihrer Umgebung, sondern zum Teil auch bereits in den Industrieörfern, hauptsächlich auch der Umstand die Wohnungsverhältnisse ungünstig beeinflußt, daß immer mehr über das durch den Stand der Bodenpreise gerechtfertigte Maß hinaus Wohnhäuser mit vier und mehr Stockwerken errichtet worden sind. Auch abgesehen von der Rückwirkung auf die Steigerung der Bodenpreise ist dadurch ein wachsender Teil der ärmeren Bevölkerung auf unerwünscht hochgelegene Wohnungen verwiesen worden. Am nachteiligsten sind die Folgen dieser Entwicklung dort gewesen, wo solche Häuser mehrere Quergebäude und Seitenflügel erhielten, so daß zugleich eine erhebliche Zahl von licht- und luftarmen Hinter- und Seitenwohnungen entstanden sind.

Das preußische Wohnungsgesetz will durch eine Reihe von Vorschriften, auf die im einzelnen einzugehen, zu weit führen würde, die Möglichkeit der Beschaffung von Bauland erleichtern und gleichzeitig durch Bereitstellung von Mitteln die Bautätigkeit fördern. Ergänzt wird dieses Streben durch das Bürgschaftssicherungsgesetz, das den Finanzminister ermächtigt, zwecks Förderung der Herstellung gesunder Kleinwohnungen die Bürgschaft für zweite Hypotheken namens des Staates zu übernehmen. Obwohl die Regierung zugibt, daß ihre frühere Wohnungsfürsorge nicht mehr der Bedeutung gerecht wird, die das Wohnungswesen für die Gesundheit der Nation nach den schweren Verlusten des Krieges gewonnen hat, und obwohl sie einsieht, daß die Wohnungsfrage vielfach über den Bereich der kommunalen Wirtschaft hinausgewachsen ist, begnügt sie sich doch mit recht bescheidenen Mitteln. Zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit sind ganze 20 Millionen, zur Deckung der dem

Staate aus den Bürgschaftsverträgen erwachsenden Verpflichtungen ganze 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. (Hört! hört!)

Daß es zur Gesundung des Wohnungswesens über die beiden Gesetze vom 1. April 1918 hinaus noch anderer Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung bedarf, darüber sind sich die gesetzgebenden Körperschaften klar gewesen. Das Abgeordnetenhaus hat denn auch in einer Reihe von Entschließungen an die Regierung das Ersuchen gerichtet:

a) in Erwägung darüber einzutreten, ob und in welcher Weise durch Ausbau der Reichsgesetze vom 19. Juli und 20. Dezember 1911 dem größeren Wohnungsbedürfnisse kinderreicher Familien entsprochen werden kann. Als kinderreiche Familien gelten solche, in deren Haushalt sich mehr als vier Kinder im Alter bis zu 18 Jahren befinden;

b) zur allmählichen weiteren Besserung des Wohnungswesens auch noch folgende Maßregeln zu fördern:

1. die geeignete Gestaltung des Nahverkehrs für Haupt-, Klein- und Nebenbahnen,
2. die Ueberlassung oder den Verkauf von fiskalischem Gelände zu angemessenen Bedingungen für Klein- und Mittelwohnungsbau,

c) möglichst bald den Entwurf eines allgemeinen Baugesetzes vorzulegen, durch das die geltenden gesetzlichen Bestimmungen den Anforderungen und Bedürfnissen des neuzeitlichen Städtebaus entsprechend geändert und ergänzt sowie durch das die Rechte der Gemeinden und der durch Anwendungen solcher gesetzlichen Bestimmungen Betroffenen gewahrt und geregelt werden,

d) im Bundesrat auf baldigen reichsgesetzlichen Ausbau des Erbbaurechts, insbesondere nach der Richtung seiner leichteren und sicheren Beleihbarkeit, hinzuwirken,

e) auf die Einrichtung von Anstalten hinzuwirken, die die Umwandlung von Anliegerlasten und von etwa sonst nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes zu entrichtenden Beiträgen in Renten übernehmen.

Auch das Herrenhaus unseligen Angedenkens hat in einer Entschließung erklärt, daß es die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Wohnungswesens durch die Erledigung des Wohnungsgesetzes und des Bürgschaftssicherungsgesetzes nicht für möglich hält.

„Soll der Wohnungsnot, die besonders nach dem Friedensschluß stark hervortreten wird, vorgebeugt werden, so bedarf es großer staatlicher Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete, namentlich der ausgiebigen Bereitstellung von Bauland, Baugeld und Verkehrsmitteln und einer engen Zusammenarbeit des Staates mit den durch die Wohnungsnot bedrohten Gemeinden."

Auf dem Papier war also alles aufs beste bestellt. An Versicherungen des Wohlwollens gegenüber den heimkehrenden Kriegern haben es die Regierungen ebensowenig fehlen lassen, wie an theoretischen Untersuchungen. Wie aber sah es in der Praxis aus? Die Wohnungsnot nahm von Monat zu Monat einen größeren Umfang an, die Neubautätigkeit ruhte fast gänzlich. Eine Vorstellung von dem Wohnungsmangel gewinnt man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in zusammen 37 Städten im Jahre 1912 ein Zugang von 61 335 Wohnungen, im Jahre 1917 dagegen nur noch von 1712 Wohnungen zu verzeichnen war, mit anderen Worten: im Jahre 1912 waren noch mehr als 35mal soviel Wohnungen hergestellt worden wie im Jahre 1917. Allein im Bezirk Berlin betrug die Zahl der wohnungsuchenden Familien im Februar

dieses Jahres 32 000, im April bereits 40 000, im Bezirk Groß-Berlin 80 000, in München 12 000, in Hamburg gleichfalls 12 000. (Hört! hört!) Aehnlichen Verhältnissen begegnen wir in allen Großstädten, ja sogar in Mittel- und Kleinstädten und teilweise sogar auf dem Lande. (Zurufe: Ueberall!) In ganz Deutschland belief sich im Februar dieses Jahres die Zahl der Haushaltungen, die eine geeignete Wohnung suchten, auf eine Million. (Lebhaftes Hört! hört!) Die vielfach verbreitete Annahme, die durch die Verluste auf den Schlachtfeldern und durch die vermehrte Sterblichkeit in der Heimat in Verbindung mit dem Geburtenrückgang herbeigeführte Abnahme der Bevölkerung bedeute zugleich auch eine Verminderung der Haushaltungen, hatte sich als irrig erwiesen. Der Tod des Ernährers führt nur selten die Auflösung des Haushalts und die Aufgabe der Wohnung herbei. Im Gegenteil, der Bedarf an Kleinwohnungen stieg, weil zahlreiche ihres Ernährers beraubte Familien ihren Wohnungsbedarf einzuschränken gezwungen waren. Dazu kam die große Zahl der Kriegsgetrauten, die sich endlich nach einem eigenen Heim sehnten, der Zuzug von Ausländern, von Auslandsdeutschen, von Vertriebenen, von Bewohnern und Beamten aus den abgetretenen oder besetzten Gebieten. Nach einer Auskunft, die Stadtrat Loehning Ende April d. J. in der Berliner Stadtverordnetenversammlung erteilte, waren allein aus Polen und Galizien nicht weniger als 50 000 bis 60 000 Personen nach Berlin zugewandert. Innerhalb eines Zeitraumes von 7 Monaten waren 8800 deutsche Beamtenfamilien in den Bezirk des Wohnungsverbandes Groß-Berlin zugeströmt, der tägliche Zuzug auf Dringlichkeitsschein in Groß-Berlin war von 60 Familien im Jahre 1919 auf mehr als 200 Familien im Jahre 1920 angewachsen, darunter über die Hälfte Reichs- und Staatsbeamte. (Hört! hört!)

Schließlich darf man nicht übersehen, daß der Wohnungsmarkt — worauf besonders der Vorsitzende des Neuköllner Wohnungsamtes, Magistratsassessor Brumby, aufmerksam macht — noch dadurch ungünstig beeinflußt würde, daß vielfach höhere Wohnansprüche gestellt werden, einmal und hauptsächlich von der im Verhältnis zur Verelendung der breiten Massen wachsenden Schar der Kriegsgewinnler und Schieber, sodann von den Werktätigen, denen der Anfang der sozialen Erlösung gestattete, sich aus der jeden Gebildeten beschämenden Schmach elendester Wohnungen zu befreien.

Angesichts des Ruhens der Bautätigkeit mußte das dem preußischen Wohnungsgesetz zugrunde liegende Streben auf Besserung der Wohnungsverhältnisse in den Hintergrund treten. Auch die Erbbauverordnung vom 15. Januar 1919, die das Erbbaurecht des bürgerlichen Gesetzbuches näher ausgestaltet, um unbemittelten Kreisen das Bauen ohne Kapitalaufwendung für Grund und Boden zu ermöglichen, konnte so gut wie nichts an der Wohnungsnot ändern, denn wenn nicht gebaut werden kann, nützt auch die Beschaffung von Baugelände nichts. (Sehr richtig!) Das gleiche gilt für die Verordnungen vom 17. November 1918, 11. Dezember 1918, 15. Januar und 9. Dezember 1919, die die Enteignung von Grundeigentum zum Bau von Wohnhäusern dadurch erleichtern, daß sie sie in die Hände der Demobilmachungskommissare und in die der Bezirkswohnungskommissare legen, falls der besondere Notstand ein außerordentliches Eingreifen erheischt.

Von größerer Bedeutung ist die Uebernahme der Ueberteuerung bei Bauten auf das Reich. Die Bundesratsverordnung vom 31. Oktober 1918 bestimmt, daß das Reich zur Behebung der durch die vorübergehende übermäßige Verteuerung des Bauens eingetretenen Hinderungen für die Beschaffung neuen Wohnraums Baukostenzuschüsse für die Einrichtung von Neubauten und Behelfsbauten, sowie für die Einrichtung von Notwohnungen gewährt, und zwar soll die Gewährung von Baukostenzuschüssen nur stattfinden während des Krieges und in der ersten Uebergangszeit nach dem Kriege, solange ein Anreiz für das private Unternehmertum zur Herstellung von Neubauten auf privatwirtschaftlicher Grundlage fehlt und eine dringende Wohnungsnot das unbedingte und dauernde, alsbald nicht zu befriedigende Bedürfnis nach Beschaffung von Wohngelegenheiten außer jeden Zweifel stellt. So eng die Bestimmungen auch gehalten waren, war es doch immerhin möglich, mit einem Kostenaufwand von 1300 Millionen Mark im Jahre 1919 etwa 70 000 Wohnungen zu erstellen, bestenfalls ein bescheidener Anfang, wenn man bedenkt, daß der durch den natürlichen Bevölkerungszuwachs bedingte Bedarf an Wohnungen vor dem Kriege jährlich 200 000 betrug. Seit Anfang dieses Jahres ist das Reich dazu übergegangen, statt verlorener Zuschüsse Baudarlehen zu geben. Aus den Bestimmungen des Reichsrats vom 10. Januar 1920 ist hervorzuheben, daß die Wohnungen, für die Darlehen gegeben werden, nach Größe, Anordnung, Raumzahl, Raumhöhe und Ausstattung die notwendigsten Anforderungen nicht überschreiten dürfen, und daß die nach den örtlichen Verhältnissen wirtschaftlichste Bauweise gefordert wird. Für Wohnungen, die Arbeitgeber sich für ihre Arbeiter und Angestellten errichten, sogenannte Werkwohnungen, werden Reichsdarlehen nicht gewährt; zu Wohnungen, die landwirtschaftliche Arbeitgeber für die in ihrem landwirtschaftlichen Betriebe Beschäftigten errichten, sogenannte landwirtschaftliche Werkwohnungen, können sie gewährt werden, wenn der Mietsvertrag in keine rechtliche Abhängigkeit vom Arbeitsvertrag gebracht wird. Voraussetzung der Gewährung ist unter anderem die Beteiligung der Gemeinden oder Gemeindeverbände an der Aufbringung der Baukosten; nur bei landwirtschaftlichen Werkwohnungen kann von einer Beteiligung der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes abgesehen werden. Die Beschränkung der Reichsdarlehen auf Wohnungen bestimmter Größe sieht die Verordnung nicht vor. Der Reichsrat rechnete bei Erlaß seiner Verordnung damit, daß sich mit 500 Millionen Mark Darlehen etwa 41 000 Wohnungen herstellen lassen, eine Rechnung, die sich inzwischen wohl als falsch erwiesen haben dürfte. Außerdem sollen für das Reichskohlenrevier jährlich 600 Millionen zum Bau von mindestens 20 000 Bergmannswohnungen aus einer Kohlenabgabe flüssig gemacht werden.

Daß die Reichszuschüsse völlig unzulänglich sind, ergibt sich daraus, daß als Einheitshöchstsatz pro Quadratmeter Wohnfläche 165 Mk. bzw. 150 Mk. in ländlichen Gemeinden und kleinen Städten mit vorwiegend ländlichem Charakter festgesetzt sind, in anderen Gemeinden 180 bzw. 165 Mk., je nachdem, ob es sich um ein höchstens zweigeschossiges oder um ein höheres Wohnhaus handelt, während in Berlin im März 1920 ein Quadratmeter Wohnfläche in einer bescheidenen Vierzimmerwohnung einen Aufwand von 850 Mk. erforderte. (Hört! hört!) Wenn ich auch nicht ganz so weit gehe, wie Dr. Wagner, der den Plan, Ueberteuerungen der Neubauten durch eine Darlehens- oder Anleihewirtschaft oder gar durch einen Aufschlag zu dem Kohlenpreis zu decken, als Münchhausenpolitik bezeichnet, so gebe ich doch zu, daß es unmöglich ist, auf die Dauer eine solche Politik zu betreiben, denn die Schulden, die Reich und Gemeinden dadurch kontrahieren, müssen letzten Endes doch auch einmal getilgt werden. Das scheint auch die Regierung einzusehen, denn in den Motiven zum Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, auf die ich noch zu sprechen komme, heißt es ausdrücklich:

> Auch in den nächsten Jahren wird ohne Zuschüsse nicht auszukommen sein, ohne daß abzusehen ist, wann die allgemeine Wirtschaftslage es wieder ermöglichen wird, daß die Kosten von Neubauten durch die Mieten verrentet

werden können. Solange man in den Zuschüssen nur eine Uebergangsmaßnahme für kürzere Zeit sah, konnte ihre Aufbringung durch Anleihen gerechtfertigt erscheinen. Nachdem aber das Gegenteil feststeht, muß für diese Aufwendungen besondere Deckung beschafft werden. Dies ist ganz besonders dringlich, denn die Gemeinden sind infolge ihrer Finanzlage nicht imstande, die nach den Bestimmungen des Reichsrats vom 10. Januar 1920 notwendigen Beihilfedarlehen für 1920 zu gewähren, wenn sie nicht binnen kurzer Frist Gewißheit erhalten, daß die hierfür erforderlichen Beträge durch eine besondere Steuer wieder einkommen. Das gleiche gilt aber auch vom Reiche. Die Reichsfinanzverwaltung hat der Einstellung von 650 Millionen Mark zur Unterstützung der Bautätigkeit von Reichsmitteln in den Haushaltsplan des Reiches für 1920/21 nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung zugestimmt, daß dieser Betrag besonders gedeckt wird.

Die Deckungsfrage ist der Kern des Problems. Solange es nicht gelingt, den Wohnungsbau zu finanzieren, werden alle anderen Maßnahmen, mag der ihnen zugrunde liegende Gedanke auch noch so richtig sein, auf dem Papier stehen bleiben. Was nützt es, durch das Reichssiedelungsgesetz vom 11. August 1919 in Verbindung mit dem preußischen Ausführungsgesetz vom 12. Dezember 1919 Siedlungsland bereitzustellen, wenn die Möglichkeit zur Gründung neuer Ansiedlungen fehlt? Was nützt das Reichsheimstättengesetz vom 10. Mai 1920, das sich darauf beschränkt, die neue Rechtsform der Heimstätten rechtlich zu gestalten, aber ausdrücklich auf die Bereitstellung von Mitteln an Land und Geld zur Beschaffung von Heimstätten verzichtet? Wahrlich, an Verordnungen und Gesetzen fehlt es nicht, aber ihre Ausführung stößt in der Praxis auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Es hat sich gezeigt, daß ein Wohnungsbau auf privatwirtschaftlicher Grundlage selbst mit noch so hohen staatlichen Unterstützungen in absehbarer Zeit ein Ding der Unmöglichkeit ist, und daß wir deshalb allen Grund haben, der Frage der Sozialisierung des Bauwesens mehr als bisher unsere Aufmerksamkeit zu widmen. (Sehr richtig!)

Auf das besondere Wohnungsnotrecht, das sich im Laufe der Zeit herausgebildet hat, näher einzugehen, erübrigt sich. Die Mieteinigungsämter haben zweifellos manches Gute geschaffen, aber die Wohnungsnot können sie ebensowenig beheben, wie die Mieterschutzverordnungen dazu imstande sind, und auch die Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 und 22. Juni 1919 in der Fassung vom 11. Mai 1920 ist nur ein schwacher Notbehelf; man hüte sich davor, die Wohnungsmangelverordnung zu überschätzen oder gar den Anschein zu erwecken, als ob sie das Uebel an der Wurzel fasse. Durch § 2 dieser Verordnung ist der Gemeindebehörde das Recht gegeben, zu untersagen, daß ohne ihre vorhergehende Zustimmung

a) Gebäude oder Teile von Gebäuden abgebrochen,

b) Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager- und Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräumen, verwendet werden,

c) mehrere Wohnungen zu einer vereinigt werden.

Es soll die Beseitigung von Wohnungen verhindert und weiter durch die Bestimmung des § 5, wonach der Verfügungsberechtigte auf Anfordern der Gemeindebehörde unbenutzte Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume zur Herrichtung als Wohnräume gegen Vergütung zu überlassen hat, die Möglichkeit der Herstellung von Wohnungen durch zeitweise Enteignung geeigneter Räume geschaffen werden. Endlich

bietet die Verordnung die gesetzliche Unterlage für die Rationierung des Mietraumes und zur Bekämpfung des Mietwuchers. Alles in allem eine von sozialen Gesichtspunkten geleitete Verordnung, die aus der Not der Zeit geboren ist und bei richtiger Handhabung ihre Wirkung nicht verfehlen wird, an die man aber übertriebene Hoffnungen nicht knüpfen darf. (Sehr gut!)

Nun einige Worte über die Mietsteuer, die die Oeffentlichkeit in letzter Zeit in hohem Grade beschäftigt hat. Der Gedanke der Mietsteuer ist schon älteren Datums. Soweit ich die Literatur zu übersehen vermag, hat Dr. Wagner bereits 1916 die Einführung einer Mietsteuer zu wohnungspolitischen Zwecken angeregt. Allerdings konnte man damals noch nicht mit einer so rapiden Steigerung der Baukosten rechnen, wie wir sie heute erleben. Man schätzte die Erhöhung der Mieten für die neu zu erbauenden Wohnungen auf etwa 70 Proz. über den Mietpreis der alten. Um die Preise herabzudrücken, regte Wagner an, die Mehrkosten des Baues der neuen Wohnungen gegenüber dem früheren Stande auf die Gesamtheit der bestehenden Wohnungen abzuwälzen und zu diesem Zwecke eine Mietsteuer in einer Höhe zu erheben, daß auch über die Finanzierung der gewöhnlichen Neubautätigkeit hinaus noch Geldmittel zur Erfüllung anderer wichtiger wohnungspolitischer Zwecke, z. B. zur Abbürdung der während des Krieges entstandenen Mietschulden, zur Behausung kinderreicher Familien, zur Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und zur Sanierung des Hausbesitzes wie zur Hebung veralteter Stadtteile zur Verfügung ständen. Hand in Hand mit der Mietsteuer sollte nach Wagner die Festsetzung von Höchstmieten gehen, und zwar sollte durch Einschätzung des Mietwertes jeder vermieteten Wohnung an dem Veranlagungstage diejenige Grenze bestimmt werden, über die hinaus die Miete nicht gesteigert werden darf. Die Durchführung dieses Planes sollte nach vorbereitender landesgesetzlicher Regelung durch die Gemeinden erfolgen, in deren Hand auch die Verwendung der aufkommenden Mittel liegen sollte. Es handelt sich also, kurz gesagt, um eine Uebertwälzung der Neubaumehrkosten auf die Gesamtheit der alten und der neu entstehenden Wohnungen.

Der Vorschlag des Reichsarbeitsministers, der sich zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues verdichtet hat, bewegt sich in ähnlicher Richtung, ist aber nicht verbunden mit der Festsetzung von Höchstmieten. Die Nutzungsberechtigten solcher Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, sollen zunächst für die Rechnungsjahre 1920/21 eine Abgabe zur Beschaffung von Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues entrichten. Mit Zustimmung des Reichsrates und eines vom Reichstag zu wählenden Ausschusses kann die Reichsregierung die Forterhebung der Abgabe für je ein weiteres Rechnungsjahr, jedoch nicht über 1924 hinaus, anordnen. Zu der Abgabe, die von den Ländern in Höhe von 15 Proz. des Nutzungswertes bzw. des Feuerversicherungswertes oder auch als Zuschlag zu bestehenden Steuern vom Grundvermögen zu veranlagen ist, sollen die Gemeinden noch weitere 15 Proz. erheben. Dieser Prozentsatz soll mit Zustimmung der obersten Landesbehörde ganz oder teilweise in Fortfall kommen, andernfalls aber auch erhöht werden dürfen.

Nach den Schätzungen der Regierung, die aber auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch haben, würden den Ländern und Gemeinden hiernach pro Rechnungsjahr etwa 1500 Millionen Mark zur Schaffung neuen Wohnraums zufließen. Ich glaube, daß diese Schätzung zu hoch gegriffen ist. Man vergißt bei allen Steuern, welch hoher Prozentsatz schon allein durch die Verwaltung aufgezehrt wird. (Sehr richtig!) Vom Rohertrag der Abgabe haben die Länder und Gemeinden 15 Proz. an das Reich abzuliefern. Dieser Betrag ist bestimmt

erstens zum Ausgleich zwischen den Ländern, d. h. zur Unterstützung derjenigen Länder, in denen das Wohnungsbedürfnis infolge besonderer Umstände, z. B. großen Zustroms von Flüchtlingen und dergleichen, Aufwendungen verursacht, die die Leistungsfähigkeit der Länder ungewöhnlich in Anspruch nehmen; zweitens zur Verzinsung und Tilgung des Betrages von 650 Millionen, die aus Reichsmitteln für das Rechnungsjahr 1920 zur Unterstützung der Bautätigkeit zur Verfügung gestellt sind.

Der Vorschlag des Reichsarbeitsministers hat in sozialdemokratischen Kreisen keine Zustimmung gefunden. Selbst Genosse Ellinger, der den Grundgedanken für gut hält, wendet sich dagegen, daß mit den auf diese Weise von der Allgemeinheit aufgebrachten Mitteln wieder neues Privateigentum geschaffen wird; er fordert, daß die mit Hilfe dieser Mittel erbauten Wohnungen soziales, gesellschaftliches Eigentum werden. Wenn die Allgemeinheit die Mittel zum Bau neuer Wohnungen aufbringen solle, müsse sie verlangen, daß das ganze Wohnungswesen vergesellschaftet wird.

Nebenbei bemerkt: was bedeuten die 1,5 Milliarden im Vergleich zu dem gewaltigen Wohnungsbedarf in Deutschland? Kaum einen Tropfen auf den heißen Stein. (Sehr richtig!) Zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses sind heute jährlich mindestens 150 000 Wohnungen erforderlich. Rechnet man mit einem Erstellungspreis von durchschnittlich 80 000 Mk. pro Wohnung, was nach den Auskünften, die mir von Fachleuten gegeben sind, eher zu niedrig gegriffen sein dürfte, so würden rund 12 Milliarden jährlich an Baukosten aufzubringen sein. Nach Ansicht des Dirigenten der Abteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen im Reichsarbeitsministerium, Dr. Glaß, würden hiervon allenfalls 1,5 Milliarden rentierlich durch Mieten gedeckt werden können, während der Rest aus öffentlichen Mitteln hergegeben werden müßte. Das ist aber bei der Finanzlage des Reichs völlig ausgeschlossen. Es kann sich daher nach Dr. Glaß einzig und allein darum handeln, von Reichs wegen das Notwendigste zu tun, d. h. da einzusetzen, wo gleichzeitig mit der Hebung der Wohnungsnot eine Förderung unserer Produktivität erreicht werden kann. Das ist einmal der Fall bei der Herstellung von Wohnungen für die Bergarbeiter, da hierdurch eine Vermehrung der Belegschaften ermöglicht und die Kohlenförderung gehoben wird, zum andern beim Bau von Landarbeiterwohnungen, die dem Grundbesitz eine Heranziehung von weiteren Arbeitskräften und damit eine intensivere Wirtschaft gestatten.

Wie sollen also angesichts der Riesensummen, die erforderlich sind, die Länder und Gemeinden auch nur entfernt das Wohnungsbedürfnis regeln? Auf diese Frage bleibt uns die Regierung die Antwort schuldig. Sie macht nicht einmal den Versuch, das Problem zu lösen. Statt dessen bemüht sie sich, ihrem Entwurf ein soziales Mäntelchen umzuhängen. In einer offiziösen Notiz zur Rechtfertigung des Entwurfes heißt es:

> Die Wohnungsnot, die immer unerträglicher wird, kann nur durch Neubauten gelindert werden. Diese erfordern aber auf Jahre hinaus besondere Zuschüsse, da die Herstellungskosten, die zurzeit teilweise etwa das Zehnfache der Friedenspreise betragen, aus den Mieten nicht verzinst werden können. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden läßt jedoch solche Zuschüsse nur möglich erscheinen, wenn dafür Deckung aus einer besonderen Quelle erfolgt. Für längere Zeit wird die bisherige Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr in vollem Umfange aufrechterhalten werden können. Da die Wohnungsmieten im Vergleich zu der allgemeinen Preissteigerung niedrig geblieben sind, wird dann damit zu rechnen sein, daß die Wohnungsmieten und mit ihnen die Preise der bebauten Grundstücke eine recht erhebliche Steigerung erfahren, so daß trotz der anzuerkennenden hohen Selbstkosten des privaten Hausbesitzes noch ein darüber hinausgehender erheblicher Wertzuwachs für den Vermieter zu erwarten ist. Greift die Gesetzgebung nicht rechtzeitig ein, so würde eine erhebliche Belastung der Mieter zugunsten des privaten Hausbesitzes erfolgen, für die es nach dem soeben Gesagten an jeder Rechtfertigung fehlt. Dies muß verhütet werden, indem die betreffende Steigerung von vornherein für die Gesamtheit nutzbar gemacht wird. Die so verfügbar werdenden Mittel können dann zur Gewährung von Zuschüssen von Neubauten Verwendung finden, so daß ein Ausgleich zwischen den Mieten in alten und neuen Wohnungen hergestellt wird.

Der geplanten Abgabe liegt daher ein sehr berechtigter sozialer Gedanke zugrunde: Die Verhinderung eines sachlich nicht gerechtfertigten Wertzuwachses für den privaten Hausbesitz. Sie hat andererseits die einzige Quelle, aus der die für die Neubautätigkeit dringend notwendigen Gelder geschöpft werden können. Wenn daher die Erhebung einer Abgabe vom Grundbesitz zur Finanzierung der Neubauten nicht erfolgt, so würde die bisherige Wohnungsnot mit all ihren bedenklichen Folgen für die weitesten Kreise der Bevölkerung verewigt werden.

Ich muß offen gestehen: für diese Art von Sozialpolitik fehlt mir jedes Verständnis. Ebenso wenig leuchtet es mir ein, wenn in der Begründung des Entwurfs davon die Rede ist, daß das Entstehen eines Wertzuwachses der Grundstücke in der Hand des privaten Besitzers durch Vorwegnahme der Steigerung für die Allgemeinheit von vornherein ausgeschlossen wird. Eine Wegsteuerung des Wertzuwachses bedeutet der Vorschlag der Regierung in keinem Falle. Es handelt sich um eine einfache Ertragssteuer, noch dazu in rohester Form, um eine Steuer, deren Einführung sogar das preußische Kommunalabgabengesetz von 1893 verbietet. Und diese Steuer soll eingeführt werden in einer Zeit, in der dem Mieter, dem sie zu drückend ist, jede Möglichkeit fehlt, in eine billigere Wohnung überzusiedeln, in der er auf Gnade und Ungnade dem Hauswirt überliefert und mit Steuern anderer Art schon mehr als reichlich gesegnet ist. (Sehr richtig!) Vergessen wir doch nicht, daß die Höchstmietenverordnung vielfach nur auf dem Papier steht, und daß in der Praxis die Höchstmietsteigerung längst zu einer Mindestmietsteigerung geworden ist. Die geplante Mietsteuer ist ungerecht, sie wirkt antisozial, weil sie gerade die minderbemittelten Kreise, gemessen an ihrem Einkommen, prozentual weit höher belastet als die bemittelten und unter den unbemittelten wieder diejenigen am härtesten trifft, die infolge hoher Kinderzahl gezwungen sind, über ihre Verhältnisse hinaus für Miete zu verausgaben. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich lehne also den Entwurf, wie er uns vom Reichsarbeitsminister unterbreitet worden ist, rundweg ab. Ich möchte auch, falls der Reichsrat ihm zustimmt, unsere Genossen in der Reichstagsfraktion dringend bitten, diesem Entwurf ihre Zustimmung zu versagen.

Wenn ich die Mietsteuer in der vorgeschlagenen Form verwerfe, so erkläre ich mich damit doch nicht grundsätzlich gegen die Bereitstellung öffentlicher Mittel für Zwecke des Wohnungsbaues überhaupt. Selbstverständlich kann ohne Geld nicht gebaut werden; aber es ist nicht gleichgültig, woher das Geld kommt und wie es verwendet wird. Damit, daß auch die Mieten im Laufe der Zeit erheblich steigen, werden wir uns abfinden müssen. Das müssen wir auch unseren Parteigenossen klar machen. Es geht nicht an, daß wir in Volksversammlungen etwa davon sprechen, daß eine Mietsteigerung ganz ausgeschlossen ist. Wir müssen der Bevölkerung reinen Wein einschenken, ihr sagen, wie die Verhältnisse heute liegen und sie davon überzeugen, daß sie im

Laufe der Zeit mit ganz erheblich höheren Mieten zu rechnen haben wird. (Sehr wahr!) Die Mietsteigerung können wir also nicht verhindern. Wohl aber können wir verhindern, daß das von der Allgemeinheit aufgebrachte Geld einzelnen Kapitalisten zugute kommt (sehr richtig!); wir müssen Mittel und Wege finden, es der Allgemeinheit zuzuwenden. Eines dieser Mittel, nicht das alleinige Allheilmittel, wohl aber ein geeignetes Mittel, erblicken wir in dem Ihnen unterbreiteten Vorschlag, den mein Mitreferent, Genosse Engler, des näheren begründen wird. Nur auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage ist heute die Erstellung von Wohnungen noch möglich. (Sehr richtig!) Auf die private Bautätigkeit können und dürfen wir uns nicht verlassen.

Die Förderung des Kleinwohnungsbaues auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage in Verbindung mit einer großzügigen Sozialisierungspolitik ist es, was wir von der Gesetzgebung verlangen. Die Zeit des Herumdokterns an Symptomen ist vorüber. Es gilt, das Uebel an der Wurzel zu packen, ihm energisch zu Leibe zu gehen. Viel ist versäumt worden, aber noch ist es nicht zu spät, die Sünden der Vergangenheit gutzumachen und dem Geiste der neuen Zeit entsprechend den Wohnungsbau auf eine neue, moderne Grundlage zu stellen. Nur so werden wir imstande sein, auf dem Gebiete des Wohnungswesens, wenn auch nicht sofort, so doch in absehbarer Zeit erträgliche Zustände zu schaffen und zu verhindern, daß unser so schwer geprüftes Volk zu einem barbarischen Dasein verurteilt wird. (Lebhafter Beifall.)

Als Mitberichterstatter erhält dann das Wort

Engler: Die Wirtschaftsgeschichte der Völker zeigt, daß immer wieder die bittere Not als die Erzieherin der Menschlichkeit auftreten mußte, weil die Menschheit ohne Not nichts lernt und konservativ am alten klebt. Auch in der Wohnungsfrage wurden keine entscheidenden Schritte unternommen, bevor der Krieg die bitterste Wohnungsnot über unser Volk gebracht hat.

Man war in Deutschland stolz auf die Errungenschaften und Erfolge unserer Sozialgesetzgebung und hat ganz übersehen, daß es nicht in erster Linie darauf ankommt, soziale Schäden zu heilen, sondern die Ursachen der Schäden zu beseitigen.

Die Hauptursache unserer sozialen Not ist die Wohnungsnot, und nur deren Beseitigung kann uns dauernden und wirklichen Frieden bringen.

Schon vor dem Kriege hatten wir in zweifacher Beziehung Wohnungsnot. In den meisten Städten und Industrieorten war ein zahlenmäßiger Wohnungsmangel zu verzeichnen. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen war in den letzten Jahren vor dem Krieg immer mehr zurückgegangen. Die privaten Bauunternehmer haben sich vom Kleinwohnungsbau immer mehr zurückgezogen, und die Baugenossenschaften waren noch zu schwach, um allen Anforderungen gerecht zu werden.

Außer durch den zahlenmäßigen Mangel an Wohnungen, äußert sich die Wohnungsnot auch noch dadurch, daß eine große Zahl von Wohnungen nicht den hygienischen und kulturellen Anforderungen entsprach, die wir stellen müssen. Die große Mietkaserne verdrängte immer mehr das kleine Wohn- und Miethaus. Die Mietkaserne war nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den Kleinstädten immer mehr vorherrschend geworden.

Die Hauptursache der Wohnungsnot, wie sie mit der Mietkaserne und ihren Hinter- und Seitenbauten verbunden ist, liegt in unserem Bodenrecht. Eine gesunde Wohnungsreform hat deshalb zur Voraussetzung eine richtige Bodenreform. In keinem andern Kulturstaat hat man das Bodenrecht dem

kapitalistischen Spekulationsbedürfnis so eng angepaßt, wie bei uns in Deutschland. In keinem andern Kulturstaat sind die Bodenpreise so hoch gestiegen wie bei uns, und nirgends wurde eine solche Wohndichtigkeit erreicht wie in deutschen Städten.

Der Jesuitenpater Saedler schreibt in seiner Broschüre „Neuland in Sicht" über diese Frage: „Die Wohnungsverhältnisse des überwiegenden Teiles der unbemittelten Stadtbevölkerung waren schon vor dem Kriege völlig unhaltbar. In Groß-Berlin wohnten nach Ausweis der Wohnungs- und Bevölkerungsaufnahme vom 1. Dezember 1910 von der Gesamtbevölkerung 68 000 (2,4 Proz.) in Wohnungen von nur einem einzigen Raum, 789 000 (27,8 Proz.) in Wohnungen, bestehend aus 1 Zimmer und Küche, 940 000 (32,7 Proz.) in Wohnungen, bestehend aus 2 Zimmern und Küche. Von den 470 000 Berliner Wohnungen der letzten Zählung vor dem Kriege waren 43,6 Proz. einräumig, d. h. ein heizbarer Raum mit Küche; 28 Proz. zweiräumig.

In anderen norddeutschen Großstädten waren die Verhältnisse noch ungünstiger. So waren z. B. in Görlitz 44,7 Proz., in Magdeburg 45,8 Proz., in Neukölln 54,0 Proz., in Königsberg 54,1 Proz., in Barmen 54,8 Proz. und selbst in Düsseldorf 35,0 Proz. aller Wohnungen einräumig. Aehnlich ist es fast in sämtlichen deutschen Großstädten.

Angesichts dieser Tatsachen sieht sich das „Statistische Jahrbuch deutscher Städte" zu dem beschämenden Grundsatz gezwungen, nur solche Wohnungen als „überbevölkert" zu erklären, die entweder gar kein oder nur ein heizbares Zimmer haben und dauernd von sechs oder mehr Personen belegt sind, oder die bei nur zwei heizbaren Zimmern dauernd elf oder mehr Personen beherbergen. Solch übervölkerter Wohnungen gab es am 1. Dezember 1905 in Plauen 3690, in Leipzig 3987, in Berlin 24 440, in Königsberg 4630, in Hamburg 5662, in Chemnitz 7457."

Mit Recht konnte schon im Jahre 1902 der englische Staatsmann Beaconsfield sagen, daß in England kein sozialer Schaden vorhanden sei, der sich auch nur im entferntesten mit der deutschen Wohnungsnot vergleichen ließe.

Die schon vor dem Krieg herrschende Wohnungsnot wurde noch gesteigert, durch den Ausfall an Wohnungsbauten während des Krieges. Bei normaler Entwicklung wären in diesem Zeitraum etwa 1 Million neuer Wohnungen entstanden. Zu diesem Ausfall an Wohnungen kommt noch als verschärfender Faktor die starke Zunahme der Eheschließungen. Nach dem Kriege fehlte es an Baumaterial und Geld, um Wohnungen zu erstellen. Dazu kam ein rapides Steigen der Preise für Baustoffe und Arbeitslöhne, so daß die Baupreise heute das 10—12fache der Friedenspreise betragen. Die Privatbautätigkeit war dadurch vollständig lahmgelegt. Nur schwerreiche Leute konnten es sich hin und wieder erlauben, ein neues Wohnhaus zu bauen.

Die Baugenossenschaften aus der Vorkriegszeit waren auch nicht in der Lage, die Bautätigkeit in genügendem Umfange wieder aufzunehmen. Es konnte auch keine Baugenossenschaft Wohnbauten erstellen, ohne daß der weitaus größte Teil der Baukosten vom Staat und der Gemeinde übernommen wurde. Dadurch stieg die Wohnungsnot in einem Maße, daß vielen Familien der wirtschaftliche und sittliche Ruin droht. Durch Mieterschutzgesetze wurden die schlimmsten Formen des Mietwuchers beschnitten. Durch Wohnungsrationierung wurde auch eine Anzahl Wohnungen beschafft, ohne daß aber eine fühlbare Besserung auf dem Wohnungsmarkt eingetreten wäre. Mit Polizeimaßnahmen ist eine dauernde und durchgreifende Hilfe nicht zu erreichen.

In der Schrift des Parteivorstandes zur Programmrevision nehmen die Genossen Ellinger, Hirsch und Lindemann zur Wohnungsfrage Stellung und die beiden letzteren kommen zu der Meinung, die genossenschaftliche Bautätigkeit

würde nie ausreichen, um das Wohnbedürfnis zu befriedigen. Genosse Hirsch weist den Gemeinden die Aufgabe des Wohnungsbaues zu. Genosse Lindemann ist der Meinung, daß wir versuchen müßten, die private Bautätigkeit wieder zu beleben. Für die Lösung der Wohnungsfrage handelt es sich aber nicht nur um die Frage, wer baut, sondern auch um die Eigentumsfrage für Boden und Haus. Aber auch für die reine Bauausführung bin ich anderer Meinung als Hirsch und Lindemann. Genossenschaften werden rationeller und billiger bauen als Gemeinden und die privaten Unternehmer. Wenn die Gemeinde baut, werden die Ansichten des Bauamtes und die einer Kommission allein maßgebend sein. Wir müssen aber danach streben, daß der Wohnungsbenützer wieder in den Mittelpunkt der Frage gestellt wird. Unsere schönen Altstädte sind entstanden, als die Baukünstler und Handwerker auf die Wünsche der Bauherren Rücksicht nehmen mußten.

Die individuellen Bedürfnisse und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Bauherrn waren maßgebend. Das Bauen auf genossenschaftlicher Grundlage wäre in einem gewissen Grade Rückkehr zu den alten Verhältnissen. Die Wohnungsinhaber würden wieder Bauherr und Eigentümer der Wohnungen, zwar nicht jeder einzelne für sich, sondern als Genossenschaftsmitglieder. Der Einwand, daß beim Bauen durch die Gemeinde die städtischen Kollegien als Sachverwalter der Gesamtheit auftreten können, ist nicht stichhaltig. Die städtischen Kollegien sind nach ganz anderen Gesichtspunkten gewählt, als sie für die Lösung der Wohnungsfrage erforderlich sind. Es ist auch ganz unmöglich, den städtischen Kollegien diese Arbeit noch aufzubürden. Die heutigen Stadtverwaltungen sind nicht in der Lage, die Riesenarbeit des Wohnungsbaues und der Wohnungsverwaltung auf sich zu nehmen. In den städtischen Kollegien sind auch die privatwirtschaftlichen Interessenten noch so stark vertreten, daß dort mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wäre; aus allen diesen Gründen müssen wir die Lösung der Wohnungsfrage auf genossenschaftlicher Grundlage anstreben.

Die private Bautätigkeit ist auch, selbst wenn wir die Wohnungen im Privatbesitz lassen, auf lange Zeit ausgeschaltet. Die Grundbesitzer und Bauunternehmer behaupten zwar, sie würden mit der Bautätigkeit in dem Moment einsetzen, wo die Mieterschutzbestimmungen außer Kraft treten. Sie verlangen also die Beseitigung der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete.

Es ist aber leicht zu beweisen, daß die privaten Unternehmer auch dann nicht bauen würden, wenn sie in den schon bestehenden Häusern freie Bahn für Mietsteigerungen hätten. Der private Bauunternehmer baut nur, wenn die zu erwartende Miete die Zinsen für das aufgewendete Kapital und die anderen Auslagen deckt, oder wenigstens zu erwarten ist, daß dieser Zeitpunkt bald kommt; denn nur dann hat er Aussicht, das Haus möglichst rasch mit Gewinn zu verkaufen.

Aussichten auf Spekulationsgewinne an Neubauten bestehen aber jetzt nicht, weil Baukosten und Mieten in einem zu großen Mißverhältnis stehen, das Mieterträgnis würde kaum ¾ Proz. des Bauaufwandes verzinsen und niemand weiß beim Beginn des Baues, wie hoch sich die Kosten bis zur Fertigstellung belaufen.

Vor dem Kriege war es möglich, eine kleine Dreizimmerwohnung mit Dachkammer etwa zum Preise von 8000 bis 10 000 Mk. zu erstellen und dann gegen eine Jahresmiete von 500 bis 600 Mk. zu vermieten. Jetzt beträgt der Aufwand für eine solche Wohnung 80 000 Mk. Wenn dieses Haus sich für den privaten Unternehmer rentieren sollte, so müßte es etwa das Zehnfache der Friedensmiete einbringen. Es müßte die Miete von 500 auf 5000 Mk. steigen. Es würde natürlich niemand in ein derartig teures, neues Haus ziehen, so

lange er in einem von früher bestehenden Hause eine billigere Wohnung erhält, das wissen die Bauspekulanten ganz genau und würden deshalb kein neues Haus bauen, bevor nicht in den schon bestehenden Häusern die Mieten auf den Betrag gestiegen sind, mit dem sich auch die Neubauten rentierten.

So gewaltige Mietsteigerungen können sich nur in einem langen Zeitraum vollziehen und würden die schwersten politischen Erschütterungen im Innern nach sich ziehen, wir hätten sicher auf Jahre hinaus mit fortgesetzten Unruhen zu rechnen. Unter den gegebenen Verhältnissen würde deshalb bei freier Wirtschaft zunächst gar nichts geschehen, um die Wohnungsnot zu lindern.

Aber auch dann, wenn die Mieten auf diese Höhe emporgestiegen wären, würden die privaten Bauunternehmer noch keine Häuser erstellen, weil jeder Unternehmer damit rechnen müßte, daß die Baupreise einmal zurückgehen. Auch ein Haus hat nach den kapitalistischen Wirtschaftsgesetzen nur den Wert, der im gegebenen Zeitpunkt für die Erstellung erforderlich ist. Würden also die Baupreise, die jetzt von 1 auf 12 gestiegen sind, wieder auf 6 oder 8 zurückgehen, so würde damit auch der Wert der teuer erstellten Häuser sinken. Dieses Risiko würde kein Privatunternehmer eingehen. Wir müssen deshalb dem Volk klarmachen, daß die privaten Besitzer nicht darum nach dem freien Spiel der Kräfte rufen, um die Bautätigkeit zu ermöglichen, sondern lediglich deshalb, um die Mieten in den schon bestehenden Häusern zu steigern und dadurch die Verkaufspreise ihrer Häuser zu erhöhen. Um welche Summen es sich dabei handelt, zeigen folgende Zahlen:

Der Wert der Wohngebäude in Deutschland wird auf 80 Milliarden Friedenswert geschätzt. Steigen die Mieten unter Beibehaltung des Privatbesitzes auch nur um 150 Proz. und rechnen wir 50 Proz. für gestiegene Unterhaltskosten und Steuern, so würden die Häuser doch auf den doppelten Verkaufswert steigen und die Hausbesitzer hätten einen Gewinn von 80 Milliarden gemacht. Die Gesamtheit hätte jährlich 5 Milliarden mehr an Miete und Bodenrente aufzubringen, ohne für die Lösung der Wohnungsfrage etwas zu erreichen. Bauen würde aber trotz zweieinhalbfacher Miete niemand, weil die Baukosten nicht nur um 150, sondern um 1000 Proz. gestiegen sind. Das Steigen der Miete hätte aber notwendigerweise ein Steigen der Warenpreise, ein Steigen der Löhne und Gehälter im Gefolge. Die Geldentwertung würde weiter getrieben, unsere Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande würde dauernd auf das äußerste erschwert. Diese volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte werden viel zu wenig beachtet, obwohl sie auch für kapitalistische Kreise von Interesse sind.

Wir müssen uns stets gegenwärtig halten, daß die Hausbesitzer beim Steigern der Miete immer zwei Ziele im Auge haben; zunächst wollen sie die momentane Mieteinnahme für sich erhöhen; in der Hauptsache aber handelt es sich für sie darum, mit dem Mietwert auch den Verkaufswert des Hauses zu erhöhen. Des weiteren ist zu beachten, daß der private Unternehmer nicht baut, um zu besitzen, sondern um zu verkaufen, und auch ein großer Teil derjenigen Personen, die den Bauunternehmern die neuerstellten Häuser abkaufen, kaufen ebenfalls nur, um möglichst rasch wieder mit Gewinn zu verkaufen. Wenn nun auch nicht zu befürchten ist, daß die Mieten in absehbarer Zeit sich den heutigen, ungeheuren hohen Baukosten anpassen werden, so ist doch, solange wir eine kapitalistische Wohnungsbewirtschaftung haben, mit einem fortgesetzten Steigen der Wohnungsmieten zu rechnen. Trotz aller Mieterschutzbestrebungen sind die Wohnungsmieten und dadurch auch die Verkaufspreise der Häuser in den letzten zwei Jahren fortgesetzt gestiegen. Die Mietsteigerungen werden immer damit begründet, daß die Unterhaltungskosten so ungeheuer gestiegen seien, und es kann nicht bestritten werden, daß für eine gute Wohnungsunterhaltung eine Mietpreissteigerung von durchschnittlich

etwa 25 Proz. der Friedensmieten erforderlich wäre. Wir können aber tagtäglich beobachten, daß die gestiegenen Mieterträgnisse nur in seltenen Fällen dazu benutzt werden, um die Wohnungen zu unterhalten, sondern in erster Linie zur Erhöhung der Verkaufspreise.

Die Verkaufspreise sind im allgemeinen um mindestens 30 Proz. gegenüber dem Jahr 1914 gestiegen. In Einzelfällen, wo es sich dem Käufer darum handelte, für sich selbst eine Wohnung zu erlangen, sind sogar Steigerungen von 50—60 Proz. zu verzeichnen. Die Sperrgesetze, die in den einzelnen Staaten erlassen wurden, sind vielfach dadurch umgangen worden, daß neben dem Verkaufspreis, der im Grundbuch eingetragen wurde, dem Verkäufer noch eine Extrasumme zugeschoben wurde. Man muß auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Beobachtung machen, daß alle Bestimmungen, die den Wohnungswucher verhindern sollen, in immer größerem Umfange umgangen werden. Auch auf diesem Gebiet finden die Wucherer und Schieber immer wieder ein Hintertürchen. Diese Hintertürchen würden sie bei Annahme der unzulänglichen Reformvorschläge unter Belassung des Privateigentums auch wieder finden.

In den Kreisen der Wohnungsreformer, auch unter denen, die außerhalb unserer Partei stehen, greift deshalb immer mehr die Ueberzeugung um sich, daß wir mit dieser Art Gesetzgebung auf die Dauer nicht auskommen. Schon verschiedene Personen, die sich noch im vorigen Jahr gegen die von Dr. Kampffmeyer vorgeschlagene Sozialisierung des Wohnungswesens gewendet haben, treten jetzt dafür ein. Auch Bodenreformer, die früher die Meinung vertraten, daß es genüge, eine durchgreifende Bodenreform durchzuführen, um die Wohnungsfrage zu lösen, kommen jetzt immer mehr zu der Ansicht, daß bei den Verhältnissen, wie sie durch den Krieg herausgebildet würden, die Bodenreform allein nicht genügt. Früher konnte der Haus- und Grundbesitzer als wesentlichen Gewinn nur den gestiegenen Bodenwert kapitalisieren und als Spekulationsgewinn einstecken. Jetzt würde aber jeder Besitzer eines zu Friedenspreisen erbauten Hauses auch die so rapid gestiegenen Baupreise der Miete zugrunde legen und den Verkaufspreis dementsprechend erhöhen. Wenn wir die Häuser im Besitz und in der Verwaltung der Kapitalisten lassen, dann können wir das Steigen der Mieten und Verkaufspreise durch Schutzbestimmungen und Sperrgesetze wohl hemmen, aber nicht aufhalten. Der Prozeß wird sich nur etwas langsamer vollziehen, als beim ganz freien Spiel der Kräfte. So wie bei der Lebensmittelbewirtschaftung die Festsetzung von Höchstpreisen ohne gemeinwirtschaftliche Erfassung der Produkte versagte, so wird auch hier jeder Versuch, der nicht auf gemeinwirtschaftliche Verwaltung der Wohnungen abzielt, versagen.

Es sind schon verschiedene Vorschläge und Versuche gemacht worden, das Steigen der Wohnungsmieten in einem gesunden Rahmen zu halten und die gestiegenen Mieterträgnisse für den Neubau von Wohnungen und für die Wohnungsunterhaltungen nutzbar zu machen, ohne das Privateigentum anzutasten. Auch der Mietsteuergesetzentwurf der Regierung ist ein solcher Versuch. Wenn man diese Vorschläge genau besieht, so gewinnt man den Eindruck, daß manche Leute vor der Sozialisierung eine noch größere Angst haben, als vor der Wohnungsnot. Sie preisen ihre Mittel oft geradezu mit dem Hinweis an, daß dadurch die Sozialisierung aufgehalten werden könne, und das ist ihnen die Hauptsache. Bei logischem Durchdenken dieser Vorschläge findet man, daß sie letzten Endes doch versagen müssen. An dem kapitalistischen Wirtschaftsbaum können eben keine gemeinwirtschaftlichen Früchte reifen.

Es ist der Vorschlag gemacht worden, für den Hausbesitzer eine Grundmiete festzusetzen als Verzinsung des Anlagekapitals; dazu soll der Hausbesitzer Zuschläge erheben dürfen für Wohnungsunterhaltung, Entschädigung für Verwaltungsarbeit, Steuern usw. Bei der Durchführung dieses Vorschlages würden die höchsten Verwaltungs- und Unterhaltungskosten, die höchsten Steuersätze, die sich irgendwo ergeben, zugrunde gelegt; wir erhielten eine gewaltige Mietsteigerung, ohne die Garantie, daß die einzelnen Besitzer ihre Mietwohnungen auch unterhalten. Es wäre die Arbeit für die Aufstellung eines Mietkatasters zu leisten und ein umständlicher Kontrollapparat erforderlich. Dabei wäre fast die gleiche Verwaltungsarbeit zu leisten wie bei der Sozialisierung, aber ohne gemeinwirtschaftliche Erfolge. Das gleiche gilt von der geplanten Mietsteuer. Diese Mietsteuer wäre, wie Staatssekretär Hirsch mit Recht sagte, eine rohe Ertragssteuer, ohne jeden sozialen Charakter. Es ist ganz unrichtig, wenn in der Begründung des Entwurfes die Steuer als eine Art Wertzuwachssteuer bezeichnet wird. Die Väter des Entwurfes sprechen von baldiger Aufhebung der Zwangswirtschaft, sie rechnen mit einem Steigen der Mieten und einem Sinken der Baupreise und schließlich würden sich dann Miete und Baupreis auf einer gewissen Höhe treffen. Nehmen wir einmal an, die Stabilität der Preise wird auf den vierfachen Baupreisen vom Jahre 1913 erreicht, so hätten wir bei gleichbleibenden Bodenpreisen auch für alle billig erstellten Häuser mindestens die dreifache Miete, dreifache Verkaufspreise, und die Mietsteigerung würde dann mit Aufhören der Mietsteuer voll in die Taschen der Hausbesitzer fließen, ohne daß durch die Riesenopfer, die den Mietern dadurch auferlegt würden, die Wohnungsnot beseitigt würde. In dieser Richtung arbeiten sogar unsere Reichsämter. Einige Aemter verlangen, daß in neuen Wohnungen, zu welchen sie Zuschüsse gewähren, die Mieten um 50 Proz. höher angesetzt werden als die Friedensmieten. Der Reichspostminister verlangt sogar 100 Proz. Zuschlag. Diese Sonderbehandlung der neuerstellten Häuser ist zu verwerfen, schon deshalb, weil dadurch den Baugenossenschaften das Odium des Preistreibens aufgebürdet wird.

Unter den Verhältnissen, wie sie durch den Krieg geschaffen wurden, ist es notwendig geworden, nicht nur den Boden, sondern auch das Wohnungswesen in gemeinwirtschaftliche Verwaltung zu bringen.

Man hätte sicher bei ruhiger Weiterentwicklung unserer Friedenswirtschaft mit einer durchgreifenden Bodenreform vieles zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen können; aber die Stabilität der Mietpreise und die Ausschaltung der Spekulationsgewinne hätte die beste Bodenreform doch nicht in dem erwarteten Maße bringen können. Miethöhe und Spekulationsgewinn werden eben nicht ausschließlich vom Bodenpreise bestimmt. Bei einem Rückblick auf die letzten 40 Jahre vor dem Kriege können wir feststellen, daß schon in diesen Jahren, wenn auch langsam und von vielen unbemerkt, ein stetiges Steigen der Baupreise zu verzeichnen war und auch dieses Steigen der Baupreise ist neben dem Steigen der Bodenwerte von den Besitzern der schon bestehenden Häuser immer dem früheren Anlagewert zugeschlagen worden. In Süddeutschland wurden Ende der siebziger Jahre für den Kubikmeter Mauerwerk 14 Mk. bezahlt, im Jahre 1914 aber schon 18 Mk. Für den Kubikmeter fertige Zimmerarbeit 40 Mk. und im Jahre 1914 58 Mk. So wie bei den beiden Hauptfaktoren in der Bauherstellung, so war es auch bei allen anderen Bauberufen. Es ist sicher nicht zu hoch gegriffen, wenn wir mit einer Steigerung der Baupreise von 25 Proz. vom Jahre 1870 bis 1914 rechnen. Die Mietpreise der schon bestehenden Häuser haben sich immer den Mietpreisen der Häuser angepaßt, die später zu teuerem Preise und auf teuerem Boden erstellt wurden und deshalb haben sich die Mieten noch bedeutend mehr erhöht als

die Bodenpreise. Die Mehrleistung der Mieter ist aber immer nur dem Kapitalisten zugute gekommen.

Daß unsere Bauordnungen sehr viel zum Steigen der Bodenpreise beigetragen haben, ist eine bekannte Tatsache. Die Bauordnungen kamen eben unter dem Einfluß der Bodenspekulanten zustande. Die Haus- und Grundbesitzer hatten durch ungerechte Wahlrechte überall, besonders aber in Preußen, in der Gemeindeverwaltung ein verhängnisvolles Uebergewicht. In allen Städten ist die Tatsache zu verzeichnen, daß in den Straßen mit geschlossener Bauweise und hohen Mietkasernen der Boden wesentlich teurer ist als dort, wo offene Bauweise vorgeschrieben und nur zwei- oder dreistöckige Wohnhäuser erstellt werden dürfen.

In welchem Maße wir durch die Bodenwerte belastet werden, zeigt die von den Bodenreformern festgestellte Tatsache, daß, wenn es gelungen wäre, die gestiegenen Erträge der Häuser und des Bodens im Laufe der letzten 50 Jahre für die Allgemeinheit sicherzustellen, sie ausgereicht hätten für die Schuldentilgung an Häusern und Boden und zur Deckung sämtlicher Friedenssteuerbedürfnisse in Staat und Gemeinden.

Man hört jetzt bei uns recht bewegliche Klagen über die Lasten, die uns durch den Friedensschluß aufgebürdet sind. Aber gerade aus den Kreisen, die am beweglichsten darüber klagen können, hört man kein Wort der Klage darüber, daß uns schon vor dem Krieg die Haus- und Grundbesitzer eine viel größere Last aufgebürdet haben. Betrugen doch die Hypothekenschulden vor dem Krieg in Deutschland schon 85 Milliarden Mark. Und wenn jetzt die Mieten auch nur um das zwei- bis dreifache des Friedensbetrags steigen würden, so wäre die Last, welche das deutsche Volk dadurch tragen müßte, um das Vielfache größer, als was unsere militärischen Gegner von uns verlangen. Dabei haben wir Aussicht, daß die Forderungen, die von jener Seite an uns gestellt werden, in etwa drei Jahrzehnten ihre Befriedigung finden, während diese Last immer weiter steigen würde, weil jede Mietsteigerung vom Hausbesitzer sofort kapitalisiert und in Hypotheken festgelegt wird. Auch die höchsten Mieten, die wir den Kapitalisten zahlen, dienen nicht dazu, die Last für die Zukunft etwas zu erleichtern. Jeden Reformvorschlag müssen wir aber gerade auf diese Wirkung hin prüfen. Wir dürfen nicht zugeben, daß Mietsteigerungen durchgeführt werden, ohne eine dauernde und richtige Lösung der Wohnungsfrage zu finden.

Beim Prüfen der Vorschläge, die aus bürgerlichen und Regierungskreisen in der letzten Zeit gemacht wurden, habe ich nur einen einzigen Vorschlag — den von Georg Heyer — gefunden, der dahin führen würde, daß ein Teil der Mieterträgnisse in der Weise zur Hypothekentilgung verwendet würde, daß dadurch die Allgemeinheit für die Dauer einen Gewinn hätte. Heyer verlangt diese Art Tilgung allerdings nur für den Boden; aber auch das wäre schon ein großer Gewinn. Von verschiedenen Reformern wird eine planmäßige Hypothekentilgung verlangt; dadurch würde manches gebessert, aber mit der Verpflichtung, daß der Hausbesitzer jährlich einen gewissen Prozentsatz an seiner Hypothekenschuld tilgen muß, wird das Privateigentum am Haus und die damit verbundene dauernde Ausbeutung nicht beseitigt. Wenn wir die Miete so hoch festsetzen, daß in einem gewissen Zeitraum die Hypothekenschuld getilgt werden kann und muß, so haben zwar die Mieter die Schuld getilgt, aber sie sind nachher nicht Eigentümer der Häuser, sondern der Hausbesitzer kann das Haus jederzeit zum Marktpreis wieder verkaufen und das Spiel beginnt wiederum von neuem. Das Ziel jeder richtigen Wohnungsreform muß daher sein, daß das, was die Mieter mehr leisten, als was der Hausbesitzer berechtigterweise fordern kann, auch wieder den Mietern zugute kommt. Das ist aber nur durch gemeinwirtschaftliche Verwaltung zu erreichen. Als Beispiel kann man hierfür die Genossenschaften anführen. Diese setzten die Mietpreise so hoch, daß durch die Mieten die Hypothekenzinsen, die Verwaltungs- und Unterhaltungskosten und die Schuldentilgung bezahlt werden konnten. Die Tilgungsquoten wurden in der Regel so festgesetzt, daß die Häuser in 40 Jahren abbezahlt sind. Nach Ablauf dieser Zeit sind die Häuser dann schuldenfreies Eigentum der Genossenschaft und der Ertrag kann wieder für Wohnungsbau verwendet werden. Diese genossenschaftliche Wirtschaftsmethode gilt es auf sämtliche Mietwohnungen zu übertragen.

Auf privatwirtschaftlichem Gebiet ergibt sich folgende Rechnung: Ein Haus im Jahre 1875 mit einem Aufwand von 70 000 Mk. gebaut, erforderte für Verzinsung, Unterhaltung und Schuldentilgung eine Miete von etwa 4150 Mk. Damit könnte das Haus in etwa 45 Jahren bezahlt sein. Der private Besitzer zahlte in der Regel aber keine Schulden ab, sondern er steigerte die Miete entsprechend der allgemeinen Steigerung der Bau- und Bodenpreise in dieser Zeit um mindestens 25 Proz., also auf 5300 Mk. Dadurch erhöht sich der Verkaufspreis und im Normalfalle sind die Hypothekenschulden von 56 000 Mk. (80 Proz. des Anlagewertes) auf 70 000 Mk. gestiegen und dadurch ist die erhöhte Miete für immer festgelegt.

Die baugenossenschaftliche Entwicklung, die erst in bescheidenen Anfängen steckte, ist durch den Krieg aus ihrer ruhigen Bahn geworfen und gewaltig vorwärts getrieben worden. Trotzdem sind die freien Genossenschaften nicht in der Lage, die gestellten Aufgaben zu erfüllen und man hört deshalb oft den Einwand, daß die Genossenschaften immer nur in ganz bescheidenem Umfange an der Lösung der Wohnungsfrage gearbeitet hätten und nie Großes leisten könnten. Richtig ist, daß die Genossenschaften bis zum heutigen Tag nicht viel aus eigener Kraft leisten konnten. Das liegt aber nicht im Genossenschaftswesen begründet, sondern ist darauf zurückzuführen, daß nur ein ganz geringer Bruchteil der Mieter sich genossenschaftlich organisierte. Es ist deshalb verkehrt, aus den bisher geringen Leistungen der jungen Genossenschaften den Schluß zu ziehen, daß diese Wirtschaftsorganisationen auch unter anderen Verhältnissen versagen werden. Das kapitalistische Unternehmertum in der Form, daß es Wohnungen zum Verkauf und Vermieten, also gewissermaßen für den Markt produziert, ist auch erst wenige Jahrzehnte alt und diese Wirtschaftsmethode hat deshalb sicherlich keinen Anspruch auf ewigen Bestand.

Es hieße am Sozialismus verzweifeln, wenn wir nicht glauben könnten, daß gerade dieser kapitalistische Wirtschaftszweig durch die Genossenschaft ersetzt werden kann und muß.

Eine Hauptschwierigkeit liegt allerdings darin, daß sich über die Bedeutung der Wohnungsfrage und deren Lösung bis jetzt nur wenig Menschen Gedanken gemacht haben. Trotzdem diese Frage gegenwärtig fast jedem auf den Nägeln brennt, gelingt es nicht, große Volksteile für diese Sache in richtiger Weise in Bewegung zu bringen. Wer einigermaßen erträglich wohnt, glaubt, daß die Wohnungsfrage für ihn gelöst sei und kümmert sich nicht darum, wie seine Nebenmenschen wohnen. Nur wenige haben begriffen, daß es auch für sie von Bedeutung ist, wie der andere wohnt.

Besonders in Arbeiterkreisen begnügt man sich damit, allgemein gehaltene Forderungen an Staat und Gemeinde zu stellen. In den Kreisen der Beamten ist schon mehr Interesse vorhanden, und die Tatsache, daß unter Beamten, Angestellten und Technikern so viel ehrliche Begeisterung für eine richtige Lösung der Wohnungsfrage vorhanden ist, gibt uns auch die Gewißheit, daß die Durchführung der Vergesellschaftung des ganzen Wohnungswesens möglich ist, sobald die interessierten Kreise den festen Willen dazu bekunden.

In weiten Kreisen des Volkes ist man unzufrieden, weil seit der Revolution auf dem Gebiet der Sozialisierung noch so wenig erreicht ist, und mit einem gewissen Recht.

Wenn unsere Partei die auf sie gesetzten Hoffnungen auf diesem Gebiet nicht erfüllen konnte, so liegt das bei der Wohnungsfrage, wie auch auf anderen Wirtschaftsgebieten, nicht nur an den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern auch daran, daß wir vor dem Krieg wohl das sozialistische Endziel propagierten, uns aber wenig Gedanken darüber machten, wie die Sozialisierung auf den einzelnen Gebieten unseres Wirtschaftslebens durchgeführt werden kann.

Hätten wir uns eingehender mit diesen Fragen beschäftigt, so hätten wir schon früher die Einsicht gewonnen, daß nicht in erster Linie die Produktion, sondern die Warenverteilung sozialisiert werden muß. Also in diesem Falle nicht in erster Linie die Baubetriebe, sondern die Verwaltung der fertiggestellten Wohnungen und des Bodens. Wir hätten dann vielleicht auch zuerst den Kohlenhandel und dann die Produktion sozialisiert. Wir hätten sicher die Konsum- und Baugenossenschaften anders bewertet und gefördert. In unserer Partei wurden aber die Konsumgenossenschafter und diejenigen, welche in den Baugenossenschaften tätig waren, vielfach mitleidig über die Achsel angesehen, weil sie auf die genossenschaftliche Entwicklung große Hoffnungen setzten. Jetzt kommt manchem die Einsicht, daß uns starke Genossenschaften über viel Schwierigkeiten weghelfen würden. Man erwartete früher zuviel von der Gesetzgebung und verschloß sich der Erkenntnis, daß es viel mehr auf die eigene Arbeit, als auf die Gesetzgebung ankommt. Es ist eine Tatsache, die nicht bestritten werden kann, daß wir nach der Revolution bis zu einem gewissen Grade ratlos vor den wirtschaftlichen Aufgaben standen, die uns gestellt waren. Es ist daher auch begreiflich, daß Vorschläge für die Vergesellschaftung des Wohnungswesens nur vereinzelt und zaghaft gemacht wurden.

Der erste Vorschlag, der an die Oeffentlichkeit kam, war der Heimstättengesetzentwurf von Dr. Kampffmeyer. Seine Vorschläge wurden im wesentlichen aufgegriffen von Baurat Dr. Wagner und Ellinger, Redakteur am „Grundstein", die sie in manchen Punkten ergänzten und verbesserten. Beide verlangen die Vergesellschaftung auf genossenschaftlicher Grundlage, unter Ablehnung der Verstaatlichung und der Kommunalisierung.

Sehr beachtenswerte Vorschläge sind auch von Architekt Georg Heyer in seiner Schrift „Deutsches Siedelungsrecht" gemacht. Er verlangt die Beseitigung des Eigentums an Boden und will dafür ein erbliches Nutzungsrecht geben. Die Grundrente will er der Allgemeinheit durch Erhebung einer Grundrentenabgabe zugänglich machen. Er geht dabei von dem Gedanken aus, daß auch die Landwirte damit einverstanden sein werden. Darin dürfte er sich wohl täuschen; unsere Landwirte sind Eigentumsfanatiker und lassen sich nur schwer davon überzeugen, daß sie bei einer anderen Form des Bodenbesitzes ebenso gut oder noch besser fahren würden. Wie notwendig ein Erfassen der Grundrente wäre, geht aus der Tatsache hervor, daß die Pachtpreise für landwirtschaftliche Gebäude um das 5- bis 15fache gestiegen sind. Dadurch heimsen die jetzigen Besitzer Riesengewinne ein. Die Verkaufspreise steigen unheimlich. Die neuen Besitzer nehmen entsprechend hohe Hypotheken auf und in Zukunft verlangen die Landwirte diesen Bodenpreisen entsprechend auch die Preise für ihre Produkte, ein Senken der Lebensmittelpreise wird dadurch unmöglich gemacht. Auch hier tritt die gleiche Erscheinung ein, wie bei den Wohnungsmieten.

Das von Heyer vorgeschlagene Nutzungsrecht an Stelle des Eigentums an Boden wäre besonders für die Kleinlandwirte von Vorteil. Die Lasten, welche

durch Ueberteuerung der Neubauten entstehen, will Heyer dadurch decken, daß auf die schon bestehenden Gebäude Hypotheken aufgenommen werden, und zwar rechnet er, daß die bestehenden Gebäude mit etwa 75 Proz. des Friedenswertes belastet werden können. Es würde dadurch ein Betrag von etwa 60 Milliarden für Neubauten frei werden. Den Grund und Boden will er vollständig von den Gebäuden trennen und mit Hilfe der Grundrentenabgabe schuldenfrei machen, so daß in einem gegebenen Zeitpunkt die Volksgemeinschaft schuldenfreier Besitzer des Bodens wäre und aus der Grundrente einen wesentlichen Teil ihrer Steuern decken könnte. Die Vorschläge Heyers für eine durchgreifende Bodenreform, die einer Sozialisierung gleichkäme, sollten unsere Gesetzgeber ernstlich studieren, denn ohne weitgehende Beseitigung des Privateigentums am Boden kann weder die Wohnungsfrage noch die landwirtschaftliche Siedelungsfrage gelöst werden. Für die Gebäude will Heyer das Privateigentum beibehalten. Die Hausbesitzer sollen zu Verbänden zusammengefaßt werden und diesen Verbänden sollen die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben übertragen werden, welche zur Lösung der Wohnungsfrage notwendig sind. Heyer ist der Meinung, daß dafür allerdings erforderlich sei, die unreellen und unsozialen Hausbesitzer auszuschalten.

Mit dem verbleibenden Rest würde man aber auch noch bittere Erfahrungen machen. Es wäre auch das erstemal in der Wirtschaftsgeschichte eines Volkes, daß ein Stand eine große wirtschaftliche Aufgabe in der Weise löst, daß die Privatinteressen seiner Standesgenossen dabei zurückstehen müssen und die Interessen eines anderen Standes dabei gewahrt werden. Wir würden mit den Hausbesitzern die gleichen Erfahrungen machen wie mit den kapitalistischen Kriegsgesellschaften.

Wir müssen schon dabei bleiben, daß die Wohnungsbenützer selbst die Sache in die Hand nehmen. Daß die Gemeindeverwaltungen nicht geeignet sind, den Wohnungsbau und die Wohnungsverwaltung zu übernehmen, ist weiter vorn schon ausgeführt. Aber noch viel weniger kann der Staat die Aufgabe bewältigen. Staat und Gemeinde haben wohl auch wichtige Funktionen dabei zu erfüllen; die wirtschaftliche Seite muß aber den Genossenschaften vorbehalten bleiben. Sozialisierung durch Verstaatlichung müßte auf diesem Gebiet mit tödlicher Sicherheit zu einer Bureaukratisierung führen. Schon der Aufbau der staatlichen Beamtenorganisation würde dieser Sache verderblich werden. Wirtschaftliche Organisationen ertragen keinen Beamtenapparat, in dem die Leute nach dem Dienstalter vorrücken; hier kann nur die Tüchtigkeit entscheiden. Durch eine genossenschaftliche Organisation, in der Männer mit Entschlußkraft an der Spitze stehen, läßt sich die Sache in verhältnismäßig kurzer Zeit gesund und organisch aufbauen. Dadurch, daß man den Genossenschaften weitgehende Bewegungsfreiheit gibt, können Fehler, die bei der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zutage treten, rasch beseitigt werden.

Den Genossenschaften würden folgende Aufgaben zufallen: Erwerb und Verwaltung der Wohnungen, Erstellung von neuen Wohnungen, Wohnungsunterhaltung, Wohnungssanierung und Gebäudeversicherung.

Den Genossenschaften müßten durch Gesetz die Rechte öffentlich-rechtlicher Körperschaften verliehen werden. Sie könnten natürlich nicht freie Genossenschaften im Sinne des heutigen Genossenschaftsgesetzes sein, sondern Pflichtgenossenschaften, denen ein jeder angehören müßte, der nicht über eine eigene Wohnung verfügt und 20 Jahre alt ist.

Der notwendige Einfluß von Staat und Gemeinde ist nicht in die Genossenschaften, sondern in die Wohnungs- und Siedelungsämter zu verlegen. Diese Aemter gliedern sich in städtische und Bezirkswohnungsämter; diese unter-

stehen einem Landeswohnungsamt. Ein Reichswohnungsamt bildet den Schlußstein. Die Beamten der Aemter wären Gemeinde- oder Staatsbeamte.

Den Wohnungs- und Siedlungsämtern wäre zu übertragen: Die Feststellung der Boden-, Gebäude- und Mietwerte der einzelnen Wohnungen im Wert- und Mietkataster; die Festsetzung und Erhebung der Wohnungsabgaben für diejenigen Gebäude, die in Privatbesitz bleiben; die Bildung von Schiedsgerichten für Streitfälle zwischen Genossenschaften und Hausbesitzern, zwischen Hausbesitzern und Mietern. Den Wohnungsämtern wäre weiter zu unterstellen die Festlegung der Bebauungspläne, die ganze Baupolizei, Festsetzung der Mieten bei Neubauten und die Kontrolle der Wohnungsgenossenschaften, soweit ein öffentliches Interesse vorliegt; die Durchführung der Enteignungsverfahren, die Festsetzung der Grundrentensteuer, die Verteilung des Bodens, soweit er sich nicht mehr in Privatbesitz befindet, an Siedler und Heimstätteninhaber; Erwerbung bzw. Enteignung des Bodens, der für Wohnzwecke und landwirtschaftliche Siedelungen gebraucht wird. Um es kurz zusammenzufassen: die Wohnungs- und Siedelungsämter würden alle die Tätigkeiten ausüben, die jetzt durch die Siedelungsämter, Grundbuchämter, durch die Baupolizei, durch die Mieteinigungsämter, Wohnungsämter und zum Teil auch durch die städtischen und staatlichen Bauämter ausgeübt werden. Diese Zusammenlegung ist dringend erforderlich, wenn nicht ein Neben- und Gegeneinanderarbeiten stattfinden soll. Jedem Wohnungs- und Siedlungsamt ist ein Ausschuß anzugliedern, der gewählt wird von den Gemeindeverwaltungen, Landwirten, Landarbeitern, Hausbesitzern, Wohnungsgenossenschaften und anderen Interessentenkreisen. Die Tätigkeit der Ausschußmitglieder ist ehrenamtlich.

Um eine enge Verbindung zwischen den Wohnungs- und Siedlungsämtern einerseits und den Wohnungsgenossenschaften andererseits herzustellen, muß den Wohnungsgenossenschaften das Recht gegeben werden, ein Viertel der Ausschußmitglieder zum Wohnungs- und Siedelungsamt zu wählen und die Wohnungs- und Siedelungsämter müssen das Recht erhalten, ein Viertel der Ausschußmitglieder in den Genossenschaften zu bestimmen.

Es ist natürlich nicht möglich, hier einen juristisch fertigen Gesetzentwurf über die Errichtung von Wohnungsgenossenschaften, oder den Aufbau der Wohnungs- und Siedelungsämter vorzulegen, oder deren inneren Ausbau bis ins einzelne darzulegen. Es können nur die Richtlinien angegeben werden, nach denen zu handeln ist. Der Ausbau des landwirtschaftlichen Siedelungswesens kann in diesem Zusammenhang nur insoweit erörtert werden, als es mit der Wohnungsfrage in engerem Sinne in Verbindung steht. Diese Frage muß mit der Agrarfrage behandelt werden. Beide Fragen berühren sich aber aufs engste.

Wenn wir, gestützt auf die Erfahrungen der letzten Jahre, zu dem Resultat kommen, daß die Wohnungsfrage nur durch Sozialisierung der gesamten Mietwohnungen zu lösen ist, dann ist die Frage zu beantworten, wie das gemacht werden soll. Daß auch nach meiner Auffassung als Organisationsform hierfür nur die Genossenschaft in Frage kommt, habe ich schon dargelegt. Ich weiche aber in manchen Punkten von der Auffassung, wie sie Kampffmeyer vertritt, ab. Nach dem Kampffmeyerschen Vorschlag sollten in die Genossenschaft auch die Hausbesitzer einbezogen werden. Dadurch würden wir den Genossenschaften aber einen bösen Pfahl in das Fleisch setzen. Die Hausbesitzer finden ihre Interessenvertretung im Ausschuß der Wohnungs- und Siedlungsämter, in den Kommissionen zur Festsetzung der Miet- und Verkaufswerte für Boden und Haus, und in den Schiedsgerichten. Hausbesitzer, die dadurch, daß sie ihre Häuser an die Wohnungsgenossenschaften abtreten müssen, ihre Eigenschaft als Hausbesitzer verlieren, sollen erst dann Mitglied der Genossenschaft werden, wenn die Auseinandersetzung mit ihnen beendet ist. Der Kampf zwischen Privat- und Allgemeininteresse muß außerhalb der Genossenschaft ausgefochten werden.

Nach dem Vorschlag von Kampffmeyer sollten die Genossenschaften auch Tätigkeitsgebiete übernehmen, die ich den Wohnungsämtern zuweisen möchte. Dafür wollte er, neben den Hausbesitzern, auch dem Staat und der Gemeinde großen Einfluß in der Genossenschaft einräumen.

Wenn aber die Wohnungsgenossenschaften nur ihren eigenen Besitz verwalten und für die Neubautätigkeit nur die Mittel haben, die ihnen von den Wohnungsämtern zugewiesen werden, so haben andere nicht mitzureden, außer durch die Vertretung über das Wohnungsamt. In der Genossenschaft, die eine Pflichtgenossenschaft ist, muß derjenige, der eine Wohnung hat, dem helfen, der keine hat. Genau wie in der Krankenkasse der Gesunde dem Kranken hilft.

Baurat Dr. Wagner schlägt vor, jeweils etwa 1000 Wohnungen zusammenzufassen. Ich halte das nicht für zweckmäßig. Ob ganz große Städte getrennt werden sollen, kann noch geprüft werden. Im allgemeinen wird es sich nicht empfehlen, Gemeinden zu teilen. Es werden sich mit der Zeit Unterabteilungen bilden, denen man den Einzug der Mieten, die Hausüberwachung, und vielleicht gegen Ueberlassung einer jährlichen Pauschalsumme auch die Instandhaltung der Wohnungen übertragen kann. In kleinen Verbänden kann auf diese Art das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen und die Sorgfalt in der Wohnungsbehandlung durch gegenseitige Kontrolle gehoben werden. Die allgemeine Verwaltung und vor allem die Finanzverwaltung, muß aber bei der genossenschaftlichen Spitze sein. Die Genossenschaften sollen auch nicht zu groß sein; es soll unter den Genossenschaften ein edler Wettstreit möglich und für alle interessierten Genossenschafter kontrollierbar sein. Die Früchte guter oder schlechter Verwaltung müssen jedem sichtbar und fühlbar sein. Darin liegt der große Wert der Genossenschaften, daß tüchtige und gemeinnützige Männer und Frauen Gelegenheit haben, zur Geltung zu kommen. Sie haben auch Gelegenheit zur Schulung.

Wir haben bei der Genossenschaft eine Art der Sozialisierung, bei welcher der Individualismus zum Nutzen der Allgemeinheit zur Geltung kommt und nicht unterdrückt wird. Die einzelne Genossenschaft kann sich jederzeit ohne Schwierigkeit Bedürfnissen und Wünschen anpassen, ohne daß langwierige Gesetzesänderungen notwendig sind. Regierung und Volk müssen nur Zutrauen zur genossenschaftlichen Organisation fassen. Eine opferwillige Genossenschaft kann, ungehindert durch rückständige Gemeinschaften, ihre Ziele verfolgen, kann neue Wege und Mittel erproben, kann sich ganz ihren Verhältnissen anpassen. Der organische Aufbau der Genossenschaften wird dem der großen Konsumgenossenschaften ähnlich sein.

Um eine für die Allgemeinheit richtige Lösung der Wohnungsfrage zu ermöglichen, ist der Zusammenschluß der Wohnungsgenossenschaften zu Landes- und Reichsverbänden notwendig. Von den zu Neubauten zur Verfügung stehenden Mitteln muß den Zentralorganisationen ein beträchtlicher Teil zur Verfügung stehen, damit an der richtigen Stelle gebaut werden kann. Es ist notwendig, dies scharf zu betonen. Kaum war der Mietsteuertarifentwurf veröffentlicht, kam schon von einzelnen Städten die Forderung, daß der Ertrag, der in einer Stadt erzielt wird, auch in vollem Umfange dort bleiben müsse. Das gleiche würden dann auch die Gemeinden verlangen. Der Grundsatz, daß das bestehende Haus die Last des neuen Hauses mit tragen helfen muß, ist richtig. Gäbe man aber der Forderung einzelner Städte nach, so

müßte jede Stadt in einem gewissen Prozentverhältnis zu ihrem alten Häuserbestand wachsen, ohne Rücksicht darauf, ob sich Arbeitsgelegenheit findet oder nicht. In den Städten ballen sich die Menschenmassen zusammen und vermehren die Zahl der Arbeitslosen. Im Kohlengebiet, wo auf lange Zeit hinaus die Arbeitsgelegenheit gesichert ist, herrscht der bitterste Wohnungsmangel. Am Oberrhein, wo durch die Kraftwerke und andere günstige Bedingungen die chemische Industrie einen mächtigen Aufschwung nimmt, ist große Nachfrage besonders nach qualifizierten Arbeitern; aber wegen Wohnungmangels können keine Arbeiter zuziehen. Die dort liegenden kleinen Orte können aber selbst mit Hilfe der Mietsteuer nur wenig leisten. Auch örtliche Wohnungsgenossenschaften wären dort, auf sich allein gestellt, zur Untätigkeit verurteilt. Es wäre volkswirtschaftlich doch das Verkehrteste, dort zu bauen, wo wenig Arbeit ist, statt dort, wo voraussichtlich dauernd Arbeitsgelegenheit ist. Gewiß muß auch in den Städten gebaut werden. Es kann den Städten von vornherein ein bestimmter Anteil an dem Ertrag der schon bestehenden Häuser für die Erstellung von Neubauten zugewiesen werden; weitere Beträge aber nur dann, wenn ein wirkliches Bedürfnis vorliegt. Mit der alten Oberbürgermeister-Politik, die ihren ganzen Ruhm darin sah, nur die Einwohnerzahl recht stark zu vermehren, muß gebrochen werden. Das ist notwendig im Interesse der Wohnungs- und Baureform und notwendig im Interesse der Volksernährung und Volksgesundheit. Gewiß ist in den Städten die Kultur gepflegt worden, aber man konnte die Masse nicht teilnehmen lassen und wird das auch in Zukunft nicht fertigbringen. Die verteuerten Verkehrsmittel werden den Großstädter noch mehr vom Naturgenuß ausschließen als es früher der Fall war. Deshalb muß es unser Bestreben sein, möglichst viele Menschen dorthin zu bringen, wo sie Anschluß an die Natur haben, dorthin, wo sich ihre Wohnung in einen eigenen Hausgarten erweitern kann.

In den Großstädten ist das Hauptaugenmerk auf die Wohnungssanierung zu richten. Wir wollen nicht noch mehr Menschen in den Großstädten zusammenziehen, sondern Luft schaffen in den entsetzlichen Mietwohnungsvierteln. Es wäre z. B. eine große Kulturtat, wenn wir eine Million Menschen aus Berlin herausbringen könnten. Erst wenn wir in unseren Großstädten die schlimmsten Wohnungsviertel niedergelegt und zu Spielplätzen umgewandelt haben, ist die Wohnungsfrage gelöst. In der Weise vorzugehen, wie im Kohlengebiet, wo man die Baukosten einfach auf die Kohlenpreise schlägt, ist volkswirtschaftlich verwerflich und auch nur in einem Wirtschaftszweig möglich, wo man Monopolpreise diktieren kann. Deshalb ist es notwendig, daß die Zentralstellen über einen beträchtlichen Teil der eingehenden Mittel verfügen.

Die Durchführung der Sache müßte etwa in der Weise vor sich gehen: Durch ein Notgesetz wäre festzulegen, daß der Staat allen Boden und alle Gebäude zu dem Wert enteignen kann, wie sie im Jahre 1914 zur Steuer angemeldet waren. (Im endgültigen Gesetz könnte für Einzelfälle anders bestimmt werden.) Es müßte verboten werden, bebaute Grundstücke mit mehr als 80 Proz. und unbebaute Grundstücke mit mehr als 60 Proz. des oben angegebenen Wertes mit Hypotheken zu belasten. Damit wäre der Spekulation ein Riegel vorgeschoben und auf diejenigen, welche sich Grundbesitz erwerben oder erworben haben, um ihre Kriegsgewinne zu verschleiern, brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen.

Dann müßten die für die Gründung der Wohnungsgenossenschaften und die für die Errichtung der Wohnungs- und Siedlungsämter notwendigen gesetzlichen Bestimmungen erlassen werden.

Durch das Gesetz sind die erforderlichen Schritte einzuleiten, um den gesamten Boden nach und nach in Gemeinbesitz zu bringen, und zwar zunächst den Boden, den wir für Siedlungs- und Wohnungszwecke brauchen. Für die Landwirtschaft kann an Stelle des Privateigentums ein erbliches und mit gewissen Einschränkungen auch verkäufliches Nutzungsrecht treten, wenn dadurch eine bessere Bodenausnutzung und größere Leistungsfähigkeit als beim Großbetrieb erzielt wird. Das Ziel, den Boden wieder in Gemeinschaftsbesitz zu bringen, dürfen wir nicht aufgeben. Bevor dieses Ziel erreicht ist, gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Von einer gewissen Ertragsfähigkeit ab hätte jeder Nutznießer des Bodens eine der Ertragsfähigkeit entsprechende Rente zu bezahlen. Auch bei privatem Besitz müßte die Besteuerung der Landwirte auf der Grundrente aufgebaut werden.

Durch Gesetz müßte weiter festgelegt werden, auf welche Gebäude sich die Sozialisierung zu erstrecken hat. Im allgemeinen auf alle Häuser, die Mietwohnungen enthalten, und solche Einfamilienhäuser, die sich leicht und zweckmäßig zu mehreren Wohnungen aufteilen lassen. Wo ein öffentliches Interesse vorliegt, muß den Wohnungsämtern das Recht zustehen, auch andere Häuser zu erfassen, so z. B., wenn eine große Villa für Kinderklinik, Kinderhort, für Schulzwecke oder ein Altersheim oder sonst etwas Derartiges geeignet ist. Die Wohnungsämter müssen aber auch das Recht haben, in besonderen Fällen, wo ein öffentliches Interesse vorliegt, auf die Erfassung von Mietwohnungen zu verzichten. In den Gemeinden, in denen sich nur wenig Mietwohnungen befinden, könnte die Sozialisierung wenigstens zunächst unterbleiben.

Für alle Wohnungen ohne Unterschied, auch für alle gewerblichen Gebäude, ist der Mietwert, der Bauwert und der Bodenwert festzulegen. Die Genossenschaften übernehmen die Miethäuser in Verwaltung und nach Durchführung des Verfahrens auch in Eigentum. Die Uebernahme geschieht nach dem Wert von 1914. Als Wertmesser dienen: Steuerwert, Feuerversicherungswert, Wertangabe bei der Festsetzung der Wehrsteuer oder des Reichsnotopfers. Der Uebernahmepreis wird vom Wohnungsamt festgesetzt. Die bisherigen Besitzer und die übernehmende Genossenschaft haben das Recht, gegen die Festsetzung bei den eigens für diesen Zweck geschaffenen Schiedsgerichten Beschwerde einzulegen. Das Schiedsgericht entscheidet endgültig. Die Genossenschaften können Hypotheken, die auf den Gebäuden ruhen, mit übernehmen und neue Hypotheken aufnehmen.

Die Grundmieten sind so festzusetzen, daß die Genossenschaften davon Zinsen, Steuern, die Unterhaltungskosten und die Schuldentilgung bestreiten können. Zu tilgen wären mindestens ½ Prozent und die ersparten Zinsen. Damit wäre die Schuld im Zeitraum von 56 Jahren getilgt. Mit Rücksicht auf die vernachlässigte Wohnungsunterhaltung ist die Grundmiete so festzusetzen, daß im Verlauf einiger Jahre das Versäumte nachgeholt werden kann. Die Genossenschaften übernehmen auch die auf dem Baugrund ruhenden Schulden, soweit es sich um schon bebaute Grundstücke handelt. Dafür sind sie auf einen Zeitraum von etwa 50 Jahren von der Grundrentensteuer zu befreien. Der Boden wird aber Gemeineigentum.

Auch die privaten Hausbesitzer müssen an ihren Gebäuden eine planmäßige Schuldentilgung vornehmen. Bei einer späteren Uebernahme durch die Genossenschaft wird der getilgte Betrag von dem festgesetzten Katasterwert in Abzug gebracht.

Die Wohnungsämter haben für die Festsetzung der Grundmieten gewisse Richtlinien aufzustellen. Durch Sachverständigenkommissionen muß der Satz

für jede Wohnung festgesetzt werden. Die Genossenschaften müssen die Möglichkeit der Uebernahme haben, ohne daß sie das Einspruchsrecht gegen die Wertfestsetzung verlieren. Es wird sich notwendig machen, daß in vielen Fällen für die Uebergangszeit einfach die gegebenen Mieten zugrunde gelegt werden.

Der Mietkataster und der Wertkataster sind die Grundlage für jede Reform. Selbst diejenigen, welche sich mit einer Mietsteuer oder einer Wohnluxussteuer begnügen wollen, brauchen diese Grundlage. Auch unsere Mieteinigungsämter verlieren den Boden unter den Füßen, wenn diese Unterlage nicht geschaffen wird. Diese Unterlage brauchen wir aber auch, wenn wir die jetzt bestehenden Gemeindesteuern gerecht gestalten wollen, und brauchen sie erst recht für die Grundrentensteuer. Diese von vielen so sehr gefürchtete Arbeit der Katasteraufnahme, die oft als Schreckgespenst gegen die Sozialisierung dient, bleibt uns auf keinen Fall erspart. Der Wert aller Gebäulichkeiten und des Bodens muß festgestellt werden und dieser Wert bildet die Grundlage für Steuern, für die Versicherung bei Ausübung des Vorkaufsrechts und bei Enteignungen. Im Wohnungskataster muß stehen: Größe der einzelnen Wohnung; Grundmietebetrag; dann der Uebernahmewert des Hauses und der Bodenwert. Für die Aufnahme des Wert- und Mietkatasters müssen natürlich die Wohnungsämter auf gewisse Zeit eine beträchtliche Arbeit leisten.

Für die Beschaffung der Mittel ist folgendes zu beachten: Es ist unmöglich, dauernd einen großen Teil des Wohnungsaufwandes aus allgemeinen Steuermitteln zu bestreiten. Sobald wir wieder stabile Preisverhältnisse haben, müssen die Mieten so geregelt werden, daß damit der Wohnungsaufwand bestritten werden kann. Es können daher die Mieten unmöglich auf dem Stand von 1914 gehalten werden. Wenn die Mieten auf dieser Höhe bleiben sollten, dann müßten nicht nur die gestiegenen Neubaukosten, sondern auch der größte Teil der Wohnungsunterhaltung auf Staatskosten übernommen werden. Es dürften keine neuen Steuern auf Gebäude gelegt werden. Wer dem Volke vormacht, wir könnten auf der jetzigen Miethöhe auch nur annähernd bleiben, der treibt ein böses demagogisches Spiel. In welcher Weise bei gemeinwirtschaftlicher Verwaltung und bei welchen Gegenleistungen die Mieten steigen und die Mittel für Neubauten dauernd zu beschaffen sind, und wie sich die Entwicklung bei privatwirtschaftlicher Verwaltung gestalten würde, ist weiter unten dargestellt. Hier soll zunächst gezeigt werden, wie wir über das nächste Jahr hinwegkommen und nicht auch das Jahr 1921 für den Wohnungsbau verloren geht. Die Beschaffung der Geldmittel ist für die Uebergangszeit in folgender Weise möglich: Die Wohnungsämter erhalten das Recht, für die benötigte Summe Pfandbriefe auszugeben und zu den bestehenden Mieten Zuschläge zu erheben, um die für die Verzinsung und Tilgung notwendige Summe aufzubringen. Dieser Mietzuschlag wird für die ersten Jahre hinter den im Mietsteuergesetz vorgeschlagenen Sätzen zurückbleiben. Die Zuschläge können gestaffelt werden nach der Größe der Wohnfläche, die auf die einzelne Person entfällt. Kinderreiche Familien sind besonders zu schonen. In dem Mietsteuergesetzentwurf ist vorgesehen, die Steuer in einer Höhe zu erheben, daß dadurch alljährlich die ganzen Uebertteuerungszuschüsse gedeckt werden können. Das ist unmöglich und würde uns unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu schwer belasten, oder es könnte nicht genügend gebaut werden. Für die dauernde Finanzierung der Neubauten und Wohnungssanierung kann man dem von Heyer vorgeschlagenen Prinzip zustimmen, den Weg, den er gehen will, müssen wir ablehnen. Heyer verlangt die hypothekarische Belastung der schon bestehenden Gebäude, um Geld für die Neubauten zu erhalten. Die so beschafften Mittel will er durch die organisierten Hausbesitzer verwalten und verwenden lassen. Die Hausbesitzer sind zur Tilgung der ihnen auferlegten Hypotheken verpflichtet. Daß wir den Hausbesitzern die Sache nicht anvertrauen können, ist schon dargelegt; auch die Beleihung der einzelnen Häuser ist nicht angängig und auch nicht notwendig. Die Beschaffung des Kredits kann durch weitere gesetzliche Maßnahmen gefördert werden.

In der gleichen Weise ist das Geld für die Ueberführung des Bodens aus Privateigentum in Gemeinschaftseigentum zu beschaffen. Hier dient als Sicherheit die Grundrentenabgabe, die von den Nutznießern des Bodens zu bezahlen ist. Für diese Schulden ist allerdings eine raschere Tilgung vorzusehen als für die Hypothekenschulden der Wohnungsgenossenschaften.

Ein Zukunftsbild können wir uns aus der folgenden Darstellung gestalten. Nehmen wir die geschätzte Summe der Gebäudewerte in Deutschland zu 80 Milliarden Friedenswert als richtig an und legen wir eine Friedensmietrente von 6 Proz. zugrunde, so ergibt sich ein Mietertrag von 4800 Millionen. Wenn nun im ersten Jahr des Bestehens der neuen Ordnung 200 000 Wohnungen gebaut werden sollen und für jede Wohnung ein Ueberteuerungszuschuß von 50 000 Mk. erforderlich ist, so kommen wir auf eine Summe von 10 Milliarden. Rechnen wir dafür 4 Proz. Zins, 1 Proz. Tilgung, so brauchen wir für den Aufwand eines Jahres den Betrag von 500 Millionen für Zins und Tilgung; das würde die Mieten um 10,4 Proz. erhöhen. Nun kommen allerdings zu den 6 Proz. Friedensrente der Häuser schon Zuschläge für die gestiegenen Unterhaltungskosten, vielleicht in Höhe von 25 Proz. des früheren Mietbetrags oder 1½ Proz. des Anlagewerts, so daß wir schon mit 125 Proz. der bisherigen Miete beginnen. Wenn wir jährlich 10 Milliarden Ueberteuerungszuschüsse leisten und damit die Mieten jährlich um 10 Proz. steigen, so haben wir in sieben Jahren die doppelte Friedensmiete.

Wir würden dann im Laufe der Zeit in den zu Friedenspreisen erstellten Häusern statt 6 Proz. 12 Proz. vom Anlagewert als jährliche Miete bezahlen. Bei den neuen Häusern, vorausgesetzt, daß sie das achtfache gegenüber den Friedenspreisen kosten, 1½ Proz.

Daß eine solche Durchschnittsmiete nur bei gemeinschaftlicher Verwaltung zu erreichen ist, liegt für jeden denkenden Menschen klar. Daß aber auch bei der Sozialisierung eine Steigerung der Mieten nicht zu vermeiden ist, das werden unsere Gegner dem Volke recht laut verkünden. Es wird vielleicht auch mancher Mieter sagen, diese Art der Geldbeschaffung sei eine Mietsteuer, nur in anderer Form, als sie vom Reichsrat vorgeschlagen wurde. Dem ist aber klar entgegenzustellen: Bei der Durchführung der Mietsteuer blieben die Häuser im Privatbesitz und würde, wie weiter vorn schon dargestellt ist, eine viel höhere Mietsteigerung eintreten, und in wenigen Jahren würde die ganze Mietsteigerung nur noch dem Hausbesitzer zugute kommen. Die Mietpreise wären dadurch für immer auf der einmal erreichten Höhe festgelegt, ohne daß etwas zur dauernden Lösung der Wohnungsfrage geschehen würde. Wir müssen immer darauf hinweisen, daß bei gemeinwirtschaftlicher Verwaltung eine 100proz. Mietsteigerung erst im Laufe von sieben Jahren und nur dann erreicht wird, wenn wir 25 Proz. davon alljährlich für Wohnungsunterhaltung aufwenden, wenn die Baukosten dauernd den achtfachen Betrag gegenüber dem Friedenszustand betragen; wenn wir jedes Jahr 200 000 neue Wohnungen erstellen. Das sind in sieben Jahren 1 400 000 neue Wohnungen. Dabei wären wir noch in der Lage, eine Schuldentilgung einzuleiten, wobei der eine Teil der Schuld in 56 und der andere Teil in 42 Jahren getilgt wäre, so daß unsere

Nachkommen die Aussicht haben, einmal auf freiem Boden, in schuldenfreien Häusern zu wohnen. Dann erst wird das Wort des Dichters zur Wahrheit werden, daß ein freies Volk auf freiem Grunde wohnt.

Dieses Zukunftsbild ist keine Utopie, sondern kann bald reale Gestalt gewinnen, wenn nur die nichtkapitalistischen Kreise erst lernen, ihre Interessen mit der gleichen Energie und Zähigkeit zu verteidigen, wie es die kapitalistischen Kreise tun.

Nun ist allerdings die Wohnungsfrage nicht nur eine Geldfrage, sondern auch eine Produktionsfrage, und unsere Putschisten von links könnten gerade an dieser Frage lernen, daß soziale Umwälzungen nicht durch Zerstörung, sondern nur durch Arbeit gefördert werden können.

Hier kam es aber zunächst darauf an, zu zeigen, daß diese Frage auch von der finanziellen Seite lösbar ist.

Einzelne Personen, auch Sozialdemokraten, sind der Meinung, daß man dem vorgeschlagenen oder einem geänderten Mietsteuergesetz zustimmen solle, weil auf anderem Wege das Geld für das nächste Jahr nicht beschafft werden könne. Ich glaube dargelegt zu haben, daß es auch auf anderem Wege geht; und wenn die Wohnungs- und Siedlungsämter nicht rasch genug geschaffen werden können, so kann der Staat selber die Geldmittel aufnehmen. Wenn der Reichstag die Wohnungssozialisierung und die damit verbundene Sicherheit für die Pfandbriefe in Aussicht stellt, so wird auch der Staat das Geld leichter erhalten.

Wir dürfen uns nicht in einem Streit über eine geeignete Steuerart verlieren. Wir müssen auch vorsichtig sein, damit nicht durch eine neue Steuer die Sozialisierung erschwert oder unmöglich gemacht wird.

Auch die Hinweise auf die Schwierigkeiten, die sich der Sozialisierung entgegenstellen, dürfen uns nicht schrecken. Bei jeder nur einigermaßen wirksamen Wohnungsreform sind fast die gleichen Arbeiten zu leisten und fast alle die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich bei der Sozialisierung auch ergeben. Unsere Wohnungs- und Bodenkapitalisten, die Interessenten an den Hypothekenbanken mit ihrem ganzen Anhang sind schließlich bereit, für kurze Zeit einmal Opfer zu bringen, wenn nur die Hauptsache verhindert wird und für die Zukunft alle Ausbeutungsmöglichkeiten erhalten bleiben.

Wenn sich Schwierigkeiten vor uns auftürmen, so wollen wir uns immer wieder die Frage vorlegen: Was wird und was muß uns die privatwirtschaftliche Entwicklung bringen? Was haben wir bei privatwirtschaftlicher Entwicklung zu erwarten?

Die Antwort lautet: Eine viel raschere und höhere Mietsteigerung, keinen Wohnungsbau und keine Schuldentilgung. Keine Aussicht auf freien Boden und Haus, sondern fortgesetzt steigende Lasten ohne Beseitigung der Wohnungsnot, und mit neuem Mut und Energie werden wir an die Arbeit gehen.

Den Berechnungen ist zugrunde gelegt eine Entschädigung der Hausbesitzer, ihren wirklichen Aufwendungen entsprechend, eine normale Verzinsung der Gelder, die achtfachen Baukosten der Friedensmiete und die Aufbringung der Mittel allein durch das zu steigernde Mietertragnis. Als Ausgangspunkt sind die heutigen Geldverhältnisse genommen.

Die Entschädigung der Hausbesitzer nach dem Stande von 1914 ist volkswirtschaftlich richtig. Eine Vermögensabgabe kann mit dieser Sache nicht verbunden werden. Das ist Sache anderer staatlicher Maßnahmen. Wollte man ohne Entschädigung enteignen, so würde man in erster Linie die Hypothekengläubiger treffen. Sparkassen und Hypothekenbanken sammeln ihre Gelder meistens bei kleinen Sparern, und diese wären dann die Leidtragenden.

Es sind in letzter Zeit verschiedene Vorschläge gemacht worden, wie man Geld zu ganz niederem Zinsfuß oder zinsfrei beschaffen könne. Wenn das möglich ist, dann wird die Sache ja erleichtert. Ich habe diese Vorschläge nicht berücksichtigt, um auf ganz realem Boden zu bleiben. Wir sehen auch, wohin die zinsfreie Geldbeschaffung des Staates mit Hilfe der Notenpresse führt.

Man darf aber damit rechnen, daß die Baukosten wieder von der jetzigen Höhe zurückgehen, was die Durchführung auch erleichtern würde. Es ist aber auch nicht notwendig, daß die ganzen Mittel durch Mieterhöhungen aufgebracht werden. Vielleicht kann auch das Reich die Geldbeschaffung zu niederem Zinsfuß durch Steuerfreiheit der Pfandbriefe ermöglichen. Es ist leicht möglich, durch Zuschläge zur Einkommensteuer namhafte Zuschüsse aufzubringen. Auch wirtschaftliche Betriebe, die über einen gewissen Prozentsatz rentieren, wären mit einer entsprechenden Steuer heranzuziehen. Es wäre auch zu erwägen, ob man nicht für unverheiratete Angestellte und Arbeiter, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Wohnungsbeitrag erheben kann. Auf Grund der geleisteten Beiträge könnten diese Leute dann auch Anspruch auf Wohnung erheben. Diese Gelder könnten einesteils zur Errichtung von Ledigenheimen, andernteils für kinderreiche Familien verwendet werden. Auch die Gemeinden können zu gewissen Leistungen herangezogen werden. Sicher ist, daß die Last im Laufe der Zeit nicht schwerer wird, als hier angenommen ist; wenn aber die wirtschaftlichen Verhältnisse doch dazu führen würden, so wäre es unter privatwirtschaftlichen Verhältnissen doppelt schwer. Im Laufe der Zeit müßten in gleichem Maße wie die Mieten auch die Wohnungsabgaben der im Privatbesitz befindlichen Häuser steigen.

Die Wohnungsabgabe ebenso wie die Beträge, welche die Wohnungsgenossenschaften als Mietzuschüsse zur Grundmiete erheben, und die Grundrentenabgabe werden von den Wohnungs- und Siedlungsämtern verwaltet. Die Wohnungsabgaben und Mietzuschläge werden nur zur Verzinsung und Tilgung der für Neubauten überteuerung und Wohnungssanierung aufgenommenen Schulden verwendet; die Grundrentensteuer zur Tilgung der Bodenschulden und Schaffung von ländlichen Siedlungen. Das landwirtschaftliche Siedlungswesen ist den Wohnungs- und Siedlungsämtern in der gleichen Weise zu unterstellen wie die Wohnungsgenossenschaften.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen ist schon oft das Verlangen ausgesprochen worden nach einem Zurückfluten aus der Industrie in die Landwirtschaft. Dieser fromme Wunsch wird sich nicht erfüllen. Wer in der Stadt geboren ist, taugt selten zur Landwirtschaft. Wir müssen aber danach trachten, daß in Zukunft mehr Leute in der Landwirtschaft bleiben können, so daß nicht der ganze Bevölkerungsüberschuß nach der Industrie drängt. Wir können in den Städten etwas Luft schaffen durch Verlegung der Industrie auf das Land, durch zahlreiche Errichtung von ländlichen Wohnheimstätten. Dadurch erschließen wir viel Boden der Spatenkultur und gärtnerischen Bebauung, wodurch viel mehr Nahrungsmittel produziert werden als heute.

Daß bei der Errichtung landwirtschaftlicher Siedlungen aus den Erträgnissen der Grundrentensteuer Zuschüsse gegeben werden müssen, ist selbstverständlich. Auch bei der Verlegung oder Neueinrichtung gewerblicher Betriebe, besonders bei wirklich genossenschaftlichen Betrieben, sollten, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, Zuschüsse gegeben werden. Ein öffentliches Interesse liegt auch dann vor, wenn es sich darum handelt, der syndizierten Industrie Konkurrenz zu schaffen.

Nun werden gegen die Sozialisierung der Wohnungen allerlei Einwände erhoben. Ueber die Einwände, die von privatwirtschaftlicher Seite gegen diese

wie gegen jede Sozialisierung gemacht werden, brauche ich nichts zu sagen. Die Hausbesitzer machen aber geltend: sie hätten vor dem Krieg mit Gold bezahlt und erhielten jetzt geringwertiges Papier. Dem ist entgegenzuhalten: Durchschnittlich 80 Proz. des Häuser- und Bodenwerts haben die Hausbesitzer durch Hypotheken gedeckt. Das Geld stammt fast immer von kleinen Sparern und Rentnern, die ihr Geld auf Sparkassen, Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften usw. einzahlten, selbst aber nicht Hausbesitzer sind. Würde man den Hausbesitzern gestatten, nach dem gesunkenen Geldwert zu verkaufen, so würden die Sparer, die wirklich Gold gaben, doch nur den gleichen Betrag in Papier erhalten und müßten außerdem die ungeheuer gestiegenen Mieten bezahlen. Kein Hausbesitzer würde den wirklichen Geldgebern auch nur einen Pfennig mehr in Papier geben, als er in Gold erhielt. Deshalb hat er auch keinen Anspruch darauf.

Es wird behauptet, die Genossenschaft werde einförmig bauen. Das wird sie jetzt unter dem Zwange der Not bis zu einem gewissen Grade tun müssen. Aber auch jetzt zeigen tüchtige Baukünstler, daß man auch mit einfachen Mitteln Schönes schaffen kann, und namhafte Baukünstler treten gerade von diesem Gesichtspunkte aus für die Sozialisierung ein. Wenn in Zukunft protzenhafter Luxus auf der einen Seite und die schrecklichen Kasernen mit ihren Hinter- und Seitenbauten auf der anderen Seite in neuen Stadtvierteln nicht mehr zur Geltung kommen, wenn in den sogenannten besseren Vierteln nicht mehr jedes Haus ein Kunstwerk für sich ist, so wird das Stadtbild nur gewinnen. Der wirklichen Kunst, der Schönheit und der Behaglichkeit wird sicher mehr Rechnung getragen werden als jetzt. Auch individuellen Bedürfnissen kann die Genossenschaft mindestens ebenso gut Rechnung tragen wie die private Spekulation. Eine wichtige Aufgabe der Genossenschaften besteht gerade darin, bei den Mitgliedern guten Geschmack und Wohnungskultur zu fördern und sie zur Mitarbeit heranzuziehen. Wo der Wille vorhanden ist, beim Bauen mit eigener Arbeit zu helfen, muß auch die Gelegenheit dazu geboten werden, was auch wesentlich zur Verbilligung beitragen wird. Wir haben jetzt schon einzelne Beispiele, wo kleine Gruppen in gegenseitiger Zusammenarbeit billige Häuser erstellten.

Dann sollen die Verwaltungskosten zu hoch werden. Ich bestreite, daß die Verwaltungskosten höher werden als bei der Privatwirtschaft; allerdings wird in den Genossenschaftsabrechnungen ein beträchtlicher Posten dafür stehen. Aber wie steht es heute? Scheinbar arbeiten viele Hausbesitzer umsonst. In Wirklichkeit rechnen sie doch mindestens mit einem Verkaufsgewinn. Dann gibt es beim nächsten Besitzer eine Mietsteigerung, die allerdings nicht Verwaltungskosten heißt. Dann müssen wir jetzt die Architekten, Techniker, Agenten, Unternehmer, Bauämter usw. auch bezahlen, nur heißt es auch hier nicht Verwaltungskosten. Aber was will diese ganze Frage gegenüber der Tatsache beweisen, daß wir nur unter gemeinwirtschaftlicher Verwaltung bei verhältnismäßig geringer Mietsteigerung die Möglichkeit zu einer richtigen Lösung der Wohnungsfrage haben, während die andere Seite nur eine Mietsteigerung bringen würde.

Die Sozialisierung der Wohnungen ist auch notwendig wegen der Wohnungsunterhaltung. Im Privatbesitz geht ein großer Teil der Wohnungen dem Verfall entgegen.

Weiter wird gesagt, die Durchführung sei schwierig. Dessen sind sich alle diejenigen, welche die Sozialisierung fordern, wohl bewußt. Ungeheuer schwierig ist die Aufgabe, vor der wir stehen; aber wir stehen vor einer zwingenden Notwendigkeit; es gibt keine andere Möglichkeit, die Wohnungsfrage zu lösen.

Wenn wir den durch die wirtschaftlichen Verhältnisse vorgeschriebenen Weg nicht bald betreten, so werden die Verhältnisse noch schlimmer und die bitterste Not wird uns zwingen, den Weg doch zu gehen; nur werden die Schwierigkeiten dann noch größer sein.

Die Schwierigkeiten werden auch noch dadurch erhöht, daß wir bei der Durchführung der Sozialisierung einem in Verbänden und Syndikaten organisierten Unternehmertum gegenüberstehen. Die Macht dieser Unternehmerringe kann nur gebrochen werden, wenn wir auch die Baubetriebe und die Baustoffindustrie sozialisieren, und zwar durch die Wohnungsgenossenschaften.

In den letzten zwei Jahren sind hauptsächlich durch Maurer und Bauhilfsarbeiter Produktivgenossenschaften gebildet worden. Diese Genossenschaften haben den Baugenossenschaften und auch dem Staat und den Gemeinden im Kampf gegen das Unternehmertum wertvolle Dienste geleistet. Sie leisten für die Sozialisierung auch wertvolle Pionierarbeit. Aber Sozialisierung ist es nicht. So wichtig und zweckmäßig diese Genossenschaften jetzt sind, unser Ziel muß doch darüber hinausgehen. Wenn wir zu einer geregelten Bedarfsdeckung kommen wollen, dann müssen eben die Verbraucher die Produktion in die Hand nehmen. Damit ist nicht gesagt, daß mit dem Zustandekommen der Wohnungsgenossenschaften nun die privaten Unternehmer und die Produktivgenossenschaften sofort zu verschwinden haben. Dieser zweite Teil der Sozialisierung wird sich nur schrittweise, nach Bedarf und Zweckmäßigkeit und im Benehmen mit den in Betracht kommenden Arbeitern vollziehen. Es ist aber gut, wenn man sich in Bauarbeiterkreisen von vornherein darüber klar ist, daß ihre Produktivgenossenschaften zwar ein Fortschritt für die Volkswirtschaft sein werden; eine notwendige Schulung, eine Vorstufe für die Sozialisierung; daß aber bei wirklicher Sozialisierung die Produktion auf diesem Spezialgebiet in die Verwaltung der Wohnungsgenossenschaften kommen muß. Vorläufig ist das noch nicht möglich, und die Wohnungsgenossenschaften werden nach ihrem Zustandekommen noch geraume Zeit mit Produktivgenossenschaften und Privatunternehmern arbeiten. Vielleicht kommt aber die Zeit, wo die Bauarbeiter als Gewerkschaftler froh sind, wenn ihnen die Produktion abgenommen wird.

Die Sozialisierung der Baustoffabriken wird schon im Interesse der Baustoffverbilligung notwendig. Der Wucher der Zementfabriken und Ziegeleien wird bald unerträglich. Hier braucht es nur eine sinngemäße Anwendung der Reichsverfassung, um diese Betriebe zu enteignen. Gegen den Satz: „Das Eigentum verpflichtet" wird von diesen Leuten täglich verstoßen.

Die Schwierigkeit der Aufgabe darf uns nicht schrecken. Wer die Dinge dieser Welt umgestalten will, muß auch die Menschen umgestalten. Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir der Masse des Volkes gute Wohngelegenheit geben. Die Wohnungs- und Siedlungsfrage ist die wichtigste soziale Frage der Gegenwart, die unter den heutigen Verhältnissen nur durch Sozialisierung auf genossenschaftlicher Grundlage gelöst werden kann. Mögen sich an allen Orten Genossen finden, die ihre ganze Kraft für diese Sache einsetzen. Wir werden kräftige Unterstützung finden auch aus anderen Kreisen. Wenn sich die bürgerlichen Parteien auf Grund ihrer parlamentarischen Machtstellung einer Lösung der Frage entgegenstellen, dann machen wir die Frage zur Wahl- und Kampfparole. Durch nichts können wir soviel Anhänger gewinnen und durch nichts die Einigung der Arbeiterschaft so fördern, als wenn wir die Sozialisierung auf diesem Gebiet in den Mittelpunkt der Erörterungen und der Tätigkeit stellen.

Die privatwirtschaftlichen Interessentengruppen, wie Hausbesitzervereine, Unternehmerverbände, Hypothekenbanken, haben sich schon zu einer Kampf-

organisation gegen die Sozialisierung zusammengeschlossen. Sie werden uns in der durch Inserate gefügig gemachten Presse mit allen Mitteln bekämpfen. Wir werden mit ihnen in allen gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften zusammenstoßen. Wir müssen aber den Kampf aufnehmen. Wir müssen dem Bund der kapitalistischen Nutznießer einen Volksbund für Wohnungs- und Bodensozialisierung entgegenstellen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Müller** schlägt vor, die Diskussion über die beiden Referate zu vertagen. (Zustimmung.)

Die Delegierten werden ersucht, beim Verlassen des Saales die Wahlzettel für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission an die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission abzugeben.

Genosse **Nestriepke**-Wilmersdorf hat um Mitteilung folgender Erklärung gebeten:

Meine Ausführungen vom 14. Oktober enthalten die Frage an den Genossen Wissell, weshalb er, ein Verfechter der Planwirtschaft, den Ansätzen zur Durchorganisation der Wirtschaft, wie sie in der Kriegszwangswirtschaft von Leder und Schuhwerk gegeben war, nicht fortgeführt hat. Ich habe mich inzwischen überzeugt, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft gegen den Widerspruch des Genossen Wissell und erst nach seinem Rücktritt erfolgt ist. Meine Kritik an diesen Maßnahmen trifft deshalb nicht den Genossen Wissell.

Die Sitzung wird um 6½ Uhr geschlossen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 16. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende **Müller** eröffnet die Sitzung.

Zunächst erhält als Vorsitzender der Mandatsprüfungskommission zum Bericht über die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission das Wort

Brolat: Das Resultat der Wahl für den Parteivorstand ist folgendes: Abgegeben wurden 330 Stimmzettel; alle waren gültig. Es haben Stimmen erhalten: Hermann Müller 327, Otto Wels 309, Friedrich Bartels 330, Otto Heinrich 325, Wilhelm Pfannkuch und Hermann Molkenbuhr je 328, Marie Juchacz 312, Dr. Adolf Braun 316, Franz Krüger 262, Johann Stelling 318. Als Beisitzer: Richard Fischer 329, Otto Frank 326, Karl Hildenbrand 327, Adolf Ritter 326, Elfriede Ryneck 321 und Heinrich Schulz 312 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: die Genossen Luise Schröder 9, Fehlisch 5, Frau Bohm-Schuch, Gustav Bauer, Leuteritz, Wissell, Schäpflin, Meerfeld je 2, Bauer-Altona, Loebe, Wiester, Miß und Sollmann je 1.

Das Resultat der Wahl für die Kontrollkommission ist folgendes: Abgegeben wurden 325 Stimmen, davon waren 9 ungültig. Es haben Stimmen erhalten: Genosse Brühne 303, Loebe 282, Brey 280, Hengsbach 275, Pinkau 261, Fischer 248, Helene Grünberg 212, Müller und Schönfelder je 212, Ströbel 140, Vollmann 131, Körner 127 und Hug 125. Die ersten neun Genossen sind somit gewählt.

Vorsitzender **Müller:** Sie haben den Bericht über die Wahlen gehört. Gestatten Sie mir dazu einige Bemerkungen. Unter den in den Parteivorstand Gewählten befindet sich nicht mehr der Genosse Braun, der hoffentlich noch auf

lange Zeit preußischer Ministerpräsident ist. Das geschah auf Wunsch von Otto Braun selbst. Wir haben uns in einer Sitzung des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes mit der Frage des Verbleibens der Genossen im Parteivorstand, die in Ministerstellen berufen werden, beschäftigt. Sie werden sich erinnern, daß auf dem Parteitag in Weimar die damals in Ministerstellungen befindlichen Genossen trotzdem in den Parteivorstand gewählt worden sind. Auf Grund der praktischen Erfahrungen sind wir aber dahin übereingekommen, Ihnen vorzuschlagen, diesen Brauch nicht mehr innezuhalten. Der Parteivorstand muß der Reichsregierung und der preußischen Regierung gegenüber völlig freie Hand haben (Sehr richtig!), um so mehr, da wir es ja zunächst wenigstens nur mit Koalitionsregierungen zu tun haben werden. Wir hoffen, daß der Ausgang der preußischen Wahlen so sein wird, daß unsere preußischen Genossen in der preußischen Regierung bleiben, weil wir das im Interesse der weiteren Durchführung der Demokratisierung Preußens für unbedingt erforderlich halten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe nur grundsätzlich zu bemerken, daß für den Fall, daß ein früheres Mitglied des Parteivorstandes aus der Regierung ausscheiden sollte, nach Ansicht des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes dahin Vorsorge getroffen werden soll, daß diesem ausscheidenden Mitglied nach Anhörung dieser Körperschaften und mit seiner Uebereinstimmung Gelegenheit gegeben werden soll, seine Tätigkeit im Parteivorstand fortzusetzen. (Bravo!) — Wird zu meiner Erklärung das Wort gewünscht? — Wenn das nicht geschieht, stelle ich fest, daß der Parteitag mit meinen Ausführungen einverstanden ist.

Darauf erhält als Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission das Wort

Brolat: Die Mandatsprüfungskommission hatte sich mit einem Beschwerdefall, der den Genossen Hohnrath-Aachen betraf, zu beschäftigen. Die Vergehen, die dem Genossen Hohnrath zum Vorwurf gemacht werden, liegen bis zum Jahre 1916 zurück. Das erste Verfahren gegen ihn wurde im Jahre 1918 eingeleitet. Es haben mehrere Schiedsgerichte oder Bezirkskommissionen getagt. Das letzte Schiedsgericht tagte am 12. April dieses Jahres unter dem Vorsitz des Genossen Leverenz-Krefeld. Es fällte über den Genossen Hohnrath ein Urteil wegen seiner Vergehen, die darin beruhen, daß er erstens als Angestellter der Parteiorganisation sich geschäftliche Manipulationen hat zuschulden kommen lassen, die einer Kritik nicht standhalten, und daß er zweitens ohne Auftrag der Parteiorganisation dem französischen Kommandanten der Besatzungstruppen gegenüber sich dazu hat hinreißen lassen, im Namen der Partei eine Erklärung über den Anschluß einer selbständigen Rheinlandrepublik an Frankreich abzugeben. (Hört! Hört!) Ich möchte dem Parteitag nur das unterbreiten, was der Genosse Hohnrath an den Genossen Ebert geschrieben hat. Er schreibt:

> Ich möchte namens der Sozialdemokratischen Partei erklären, daß wir uns gegen die Pläne der Selbständigmachung der Rheinlandrepublik mit allen Mitteln wehren werden. Wir erstreben die einige deutsche Republik, nicht ein Deutschland, das in eine Anzahl Einzelrepubliken aufgelöst sei. Ein so aufgelöstes Deutschland würde der Resonanzboden aller Reaktionären werden. Wir hätten das alte Regime gestürzt, die Liquidation des Krieges in die Hand genommen und wären bereit, alle Konsequenzen zu tragen, die uns der kommende Friede auferlegt. Wir wären bereit, erneut in Not und Tod zu gehen für das neue freie Deutschland. Kein Fürst dürfte je mehr in die Lage kommen, in Deutschland oder einem Teile desselben eine Kabinettspolitik zu treiben. Die großdeutsche Republik sei unsere Losung.

Sollte es aber den reaktionären monarchistischen Parteien gelingen, Deutschland in eine Anzahl selbständiger Republiken zu zerreißen, um so unter neuer Flagge die alte Herrschaft wieder zu stipulieren, und würden dadurch Rheinland und Westfalen von Deutschland abgerissen durch die Schuld der deutschen Reaktion, so würden wir dagegen bis zum äußersten kämpfen. Sollte uns nicht beschieden sein, die Einheit Deutschlands zu erhalten, so wollten wir noch viel weniger wie unter dem zusammengebrochenen Kaisertum unter dem Banner der kapitalistischen Republik Rheinland und Westfalen leben. Wir würden eher an die französische Nation die Bitte richten, die ganze linke Rheinseite in Frankreich aufzunehmen. Ich bäte, das Hauptquartier der Alliierten hiervon zu unterrichten.

Die Genossen des betreffenden Kreises sehen eine Anmaßung darin, daß der Genosse Hohnrath ohne Mandat und ohne vorher mit den Parteikörperschaften gesprochen zu haben, sich zu einer solchen weitgehenden Erklärung hinreißen ließ. Ferner ist die Partei, da Hohnrath länger als 15 Jahre in der Partei tätig ist, und bis zum Jahre 1917 Angestellter der Parteiorganisation war, in eine Lage gekommen, die unhaltbar ist. Infolgedessen hat das Schiedsgericht dem Genossen Hohnrath eine scharfe Rüge erteilt. Der Kreisverband Aachen hat Berufung gegen dieses Urteil wegen zu großer Milde eingelegt, Genosse Hohnrath hat wegen zu großer Schärfe des Urteils Berufung eingelegt. Die Beschwerdekommission ist einstimmig nach Anhörung der Genossen und auch unter Hinzuziehung des Genossen Hohnraths zu dem Entschluß gekommen, beide Beschwerden zurückzuweisen. Ich habe Sie zu ersuchen, dieser Entscheidung beizutreten.

In der Abstimmung werden beide Beschwerden gemäß dem Antrage des Berichterstatters zurückgewiesen.

Der Parteitag fährt dann fort bei der Beratung des Punktes 5 der Tagesordnung:

Wohnungsfrage.

Die Anträge 237—251, 288, 289, 317 und 318 sind genügend unterstützt und stehen zur Diskussion.

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Fellisch: Wenn sich der diesjährige Parteitag mit dem Problem der Wohnungsfrage beschäftigt, so hat er das den außergewöhnlichen Zeitverhältnissen entsprechend von ganz anderen Gesichtspunkten aus zu tun als früher. Es handelt sich vor allen Dingen darum, daß wir die Armen, die vor wenigen Jahren aus den Unterständen des Schlachtfeldes zurückgekehrt sind, nun von dem Schicksal befreien, daß sie in Unterständen der Heimat ihr Dasein fristen müssen. Darum liegt die Frage zunächst so: Wie schaffen wir auf möglichst schnellem Wege neue Wohnungen? Es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, daß die allgemeinen Schwierigkeiten einen rascheren Bau von Wohnungen nicht zulassen. Nur ein totales Versagen unserer wirtschaftlichen Organisation ist die Ursache dafür, daß nicht so viele Wohnungen gebaut werden, wie nach Maßgabe des vorhandenen Baumaterials und der Arbeitskräfte gebaut werden könnten. Wir haben in der Sächsischen Volkskammer im Haushaltsausschuß A drei Tage mit den bedeutendsten Bausachverständigen unserer engeren Heimat über diese Frage beraten. Wir hatten auch die führenden Männer der allgemeinen Baugenossenschaften hinzugezogen und konnten dort Feststellungen machen, die aller Beschreibung spotten. Wir haben festgestellt, daß trotz des Geschreis über die Baustoffnot in Sachsen zeitweise soviel Ziegel vorhanden waren, daß sie zu Hunderttausenden nach Ostpreußen befördert werden mußten, weil sie einfach bei den heutigen Preisen nicht gekauft werden konnten. Wir haben weiter

festgestellt, daß alle Ziegeleien, die dem Ziegelring angeschlossen sind, pro 1000 Stück bis 100 Mk. mehr verlangen als die wenigen Außenseiter, daß eine einzige Dresdener Allgemeine Baugenossenschaft zu einem einzigen Bauprojekt Kalk gebrauchte, den sie vom Kalkring direkt um 100 000 Mk. billiger erhalten hätte; der Kalkring teilte jedoch mit, er könne die Lieferung nicht direkt ausführen, weil ein Kartellvertrag bestehe, wonach der Kalk über die Kalkhändler gehe. Es gelang der Baugemeinschaft, von diesen 100 000 Mk. unverdienten Gewinnes 30 000 Mk. auf gütlichem Wege herabzuhandeln. Beim Zement konnten wir feststellen, daß in einer fünfmonatigen Bauzeit bei einer Dresdener Baugemeinschaft der Zement um 1300 Prozent im Preise gestiegen war. Damals war der Zement in öffentlicher Bewirtschaftung. Wenn der Parteitag auf dem Gebiete der Wohnungspolitik fruchtbare Arbeit leisten will, dann ist es höchste Zeit, das zu tun, was möglich ist, um der freien Wirtschaft in der Baustoffindustrie endlich einmal ein Ende zu machen und sie hinsichtlich der Produktion und der Preisbildung unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Ich habe im Haushaltungsausschuß A der Volkskammer diesen Vorschlag mit dem Erfolg begründet, daß selbst ein führender Volksparteiler, der bedeutende Kommunalpolitiker Oberbürgermeister Dr. Blüher sich zu der Erklärung herbeiließ, wenn eine wiederholte Drohung nicht genüge, um die Baustoffspekulation zu einem reellen Geschäftsgebaren zu veranlassen, dann müßte er selbst sich für die Planwirtschaft in der Baustoffindustrie als Notmaßnahme erklären. Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß die von uns geschaffene Landesstelle für Gemeinwirtschaft durch ihren Vertreter erklären ließ, daß sie gegen die Planwirtschaft sei, weil sie glaube, daß das nicht der richtige Weg zum Sozialismus wäre.

In welcher Weise können wir nun die großen Hindernisse beseitigen, die unseren Wohnungsbau so erschweren? Darüber sollten wir uns unterhalten und nicht über Zielprogramme, über die wir ja doch einiger sind, als die meisten von uns glauben. (Sehr richtig!) Uns fehlt auf jedem Gebiet ein Arbeitsprogramm für die allernächsten Wochen und für die Zeit bis zum nächsten Parteitag. (Sehr richtig!) So ist es auch auf dem Gebiete der Wohnungspolitik. Wenn ich auch im Grunde der Resolution der Genossen Hirsch und Engler zustimme, so meine ich doch, daß wir innerhalb der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung unverzüglich daran gehen müssen, dem gemeinen Baustoffwucher ein Ende zu machen. Wir haben in Sachsen mit der Selbsthilfe angefangen. Einige Baugenossenschaften wollen ihre eigenen Ziegeleien einrichten. Das hat den Vorzug, daß man sich aus eigener Erfahrung heraus über die Herstellungspreise einig werden kann. Aber im Grunde habe ich gegen ein solches Verfahren nicht unerhebliche Bedenken. Denn auch eine Ziegelei, die heute von einer Baugemeinschaft erworben wird, wird sich den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung fügen müssen oder sie wird elend Schiffbruch leiden.

So und nicht anders liegen heute die Dinge. Aus diesem Grunde wiederhole ich: die Planwirtschaft in der Baustoffindustrie ist die Hauptsache, denn wenn wir auf diese Weise den Wohnungsbau heben, heben wir das ganze deutsche Wirtschaftsleben. Durch unsere unglückliche heutige Wohnungspolitik machen wir nämlich nicht bloß hunderttausende Arbeiter arbeitslos, sondern auch brotlos. Aus diesem Grunde sage ich auch: Baukostenzuschüsse erst dann aus öffentlichen Mitteln, wenn wir wirklich die Gewähr haben, daß sie den Konsumenten zugute kommen. Auch der Mietsteuer dürfen wir erst dann zustimmen, wenn wir uns von der Regierung die nötigen Sicherungen verschafft haben, daß sie nicht wieder verpulvert wird, wie es mit den Baukostenzuschüssen tatsächlich geschehen ist. Ich hätte es deshalb gern gesehen, daß der

Parteitag nicht nur diese Richtlinien angenommen, sondern auch eine öffentlich-rechtliche Kontrolle über die Baustoffproduktion und die Preisbildung ganz energisch verlangt hätte. (Beifall.)

Silberschmidt: Beim gegenwärtigen Stand unserer Arbeit erscheint mir eine eingehende Diskussion nicht mehr am Platze. Das Wichtigste in der Wohnungsfrage ist, daß endlich der Parteitag Anlaß nimmt, eine allgemeine Richtlinie und damit die Führung in der Wohnungsfrage zu übernehmen. Heute haben wir zahlreiche Korporationen, die alle in dem Ziele einig sind, aber eine klare Richtung gebende Linie aus der dazu berufenen Partei war nicht vorhanden. Es ist das Verdienst dieses Parteitages, das jetzt gebessert zu haben. An den Richtlinien will ich nicht herummäkeln, sondern nur den einen Punkt herausgreifen, daß bis zur Vergesellschaftung die Beschaffung der Mittel nicht durch eine Mietsteuer geschehen soll, sondern auf andere Weise. Mit diesem Satz können wir für die nächste Baukonjunktur nichts anfangen, und es ist zu befürchten, daß diese wieder nutzlos verstreicht. Die Vorlage der Regierung wird abgelehnt, aber ein Ersatz dafür, um in dem nächsten Baujahre an die Milderung der Wohnungsnot heranzugehen, konnte in den Richtlinien nicht angegeben werden. Es ist nur gesagt, es soll in anderer Weise geschehen. Auch damit können wir nichts anfangen. Ehe eine neue Vorlage da ist, wie sie unseren Forderungen entspricht, vergeht mindestens ein neues Jahr. Für die Uebergangsperiode, bis die Vergesellschaftung des Wohnungswesens eintritt, brauchen wir ein Aushilfsmittel. Wir müssen also mit allem Nachdruck von der Reichsregierung fordern, daß sofort für die nächste Bauperiode ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. (Sehr richtig!) Wir müssen unter allen Umständen möglichste Ernährung und Behausung der Bevölkerung verlangen. (Sehr richtig!) Wir sehen heute in sämtlichen Großstädten und Industriegebieten Tausende von Familien in Lauben und kleinen Behelfswohnungen Sommer und Winter hausen. Bei Ausbruch einer Seuche wären diese Wohnungen die allergrößte Gefahr. Ich bitte, daß die Funktionäre der Partei und unsere Vertreter in den Parlamenten, die von den Baugewerkschaften erhobene Forderung auf eine Milliarde Mark unterstützen. Wir sollten, ehe der Parteitag auseinandergeht, für die weitere Betreibung der Agitation und der praktischen Arbeit noch eine besondere neue Aufgabe stellen. Was uns gehindert hat, die Wohnungsfrage genügend zu fördern, das ist die große Zahl der Aufgaben, die die Parteiinstanzen haben. Ich bitte Sie daher, dem Antrage 389 Ihre Zustimmung zu geben, daß der Parteivorstand beauftragt wird, eine Kommission zu berufen, die die Gesetzesvorschläge zur Vergesellschaftung des Wohnungswesens auszuarbeiten hat. Die Antragsteller glauben, daß die Frage so besser gelöst wird, als wenn es der Parteivorstand tut, der sie immer nur behandeln kann, wenn ihm die großen politischen Fragen Zeit dazu lassen. Diese Kommission soll indessen kein Begräbnis erster Klasse bedeuten, sondern sie soll die Wohnungsfrage mit Nachdruck fördern. Auch den Antrag 388 bitte ich Sie anzunehmen, der alle parlamentarischen Vertreter verpflichtet, die Sozialisierung im Baugewerbe zu fördern und die Gewerkschaften der Bauarbeiter dabei zu unterstützen. Wir fordern von der Regierung die notwendigen ersten Mittel. In dem Antrag Groß-Stettin werden Konferenzen der Parteivertreter für diese Angelegenheit gefordert. Vor dem Zusammentritt dieser Konferenzen müssen schon von der Kommission die Richtlinien und Vorschläge aufgestellt sein. Betrachten Sie bitte die Bestrebungen der Bauarbeiter und die neugegründeten sozialen Baubetriebe als einen Anfang zum Sozialismus. Die Bauarbeiter haben es satt, nur für die Kapitalisten zu arbeiten. (Beifall.) Ihre Arbeitslust wird steigen, ihr guter Wille für die

Sache wird sich bedeutend beleben, wenn aus diesem Parteitag der Impuls hervorgeht, sie auf dem Wege der Sozialisierung zu unterstützen. Die deutsche Sozialdemokratie muß der Mittelpunkt sowohl der Praxis als auch der Agitation für diese Endziele werden und um sie müssen sich die anderen Glieder, die sich philanthropisch mit dem Wohnungswesen beschäftigen, gruppieren und Rat für die Durchführung des großen Problems finden. (Lebhafter Beifall.)

Demmer: Die gestrigen Referate haben hier eine solche Unaufmerksamkeit gefunden, daß man annehmen muß, die Wohnungsfrage sei für die Delegierten nicht so brennend wie andere Fragen. (Sehr richtig!) Und doch muß gerade sie gelöst werden, wenn wir nicht die Erbitterung besonders im besetzten Gebiet noch steigern wollen. Im besetzten Gebiet, wo die Franzosen die Wohnungskalamität immerfort steigern, ist es erforderlich, sofort zu helfen. Jede freiwerdende Wohnung muß den Franzosen gemeldet werden, ob sie sie in Anspruch nehmen wollen. (Hört! Hört!) Ein sehr großer Teil des Hausbesitzes ist bereits in die Hände von Franzosen, Engländern, Amerikanern übergegangen (Hört! Hört!) und das nimmt täglich zu. Bis zu 10 Proz. der Häuser sind bereits an das Ausland verkauft. (Bewegung.) Wie sollen wir da später einmal die Enteignung betreiben? Gewiß ist ein Teil der Hausbesitzer in einer mißlichen Lage (Sehr richtig!), und möchte deshalb gern an die Ausländer verkaufen. Ein Hotel ist z. B. letzthin für den vierfachen Wert verkauft worden. Da werden die Preise natürlich erhöht und es ist begreiflich, wenn die Hausbesitzer im besetzten Gebiet eine 75proz. Mietsteigerung verlangen. Darum sollte man die Mietsteuervorlage der Regierung nicht kurzerhand abweisen, sondern versuchen, aus ihr das Beste zu machen. Wir müssen die aus ihr fließenden Beträge verwenden, um bei Neubauten die Ueberteuerungszuschläge zu verzinsen und zu amortisieren. Aber die Verwendung der Steuer sollte nicht von Reichs wegen erfolgen, weil sie dann wieder in die Hände der Bureaukraten fällt. Der genossenschaftliche Zusammenschluß ist das richtige. Die Genossenschaften sollen selbst bauen und vermieten, sowie die Mieten einziehen. Uns wird von den Stadtverwaltungen immer gesagt, die neuen Wohnungen würden doch von den Franzosen beschlagnahmt, wenn die Städte bauen. Bei den Genossenschaften besteht diese Gefahr nicht. Der Privatbesitz muß bei Neubauten ganz und gar unmöglich gemacht werden, z. B. mit Hilfe des Erbbaurechts oder des Erbpachtrechts. Die preußische Regierung wurde vor kurzem aufgefordert, eine Staatsdomäne als Erbpachtland herzugeben. Da verlangte sie dieselben Konjunkturpreise wie beim Verkauf an Private. (Rufe: Hört! Hört! Unerhört!) Durch die Genossenschaften können wir jetzt schon einiges tun, z. B. den Hausbesitzern, die verkaufen wollen, ihre Häuser abkaufen. Dazu müssen sie nur die nötigen Mittel haben. Wenn jetzt einmal ein Haus abbrennt, besteht gar keine Möglichkeit, es wieder aufzubauen, denn die Versicherungen sind zu niedrig. Darum muß von seiten der Fraktion versucht werden, in die Mietsteuervorlage das hineinzuarbeiten, was uns im Kampf gegen die Wohnungsnot Erfolg verspricht. (Lebhafter Beifall.)

Frau Schumann: Wenn jetzt wieder Boden und Keller zu Wohnungen ausgebaut werden müssen, so ist dieser Zustand geradezu unerträglich. Vor allem wird die Gesundheit unseres Volkes dadurch aufs schwerste geschädigt. Die Tuberkulose nimmt überall überhand und die Gesundheit unserer Kinder wird aufs schwerste gefährdet. Auch die Sittlichkeit leidet unendlich darunter. Wenn heute gerade von bürgerlicher Seite geklagt wird, daß die Jugend sittlich verwahrlost, so ist das zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß die Menschen in engen Räumen zusammengepfercht werden. Wir müssen nun einen Weg suchen, wie wir dem abhelfen können. Der Schwierigkeiten bin ich

mir voll bewußt. Aber dennoch müssen wir versuchen, die Frage zu lösen. Die großen Wohnungen sollen nun geteilt werden, aber das ist noch nicht in ausreichendem Maße geschehen, denn die Besitzer wehren sich zum großen Teil, andere Einwohner aufzunehmen. Da müssen wir zu schärferen Maßnahmen greifen. Viel wird auch von der Abrüstung des Militärs gesprochen, aber die Kasernen werden immer noch vom Militär festgehalten. Die Kasernen müssen entweder für Bureauzwecke hergegeben werden oder aber vollständig niedergerissen und zu Neubauten verwendet werden. Das Wichtigste ist das Neubauen. Denn Keller und Bodenräume dürfen wir nicht ausbauen, die Mittel, die dazu aufgewendet werden, sind geradezu zum Fenster hinausgeworfen. Diese Wohnungen wieder zu beseitigen, erfordert ja auch wieder Kosten. Alles das sind nur kleine Mittel. Wir sollten aber auch versuchen, die Luftschlösser, die jetzt allenthalben unbewohnt stehen, für Wohnungszwecke zu benutzen oder für Kindererholungsheime. Ich möchte nur die Kasseler Genossen auf das Schloß Wilhelmshöhe hinweisen. Staat und Reich müssen Neubauten erstehen lassen. Die Gemeinden leiden zwar sehr unter der Finanznot, sie machen aber zu allen möglichen Zwecken Anleihen, da könnten sie eine solche endlich auch einmal für Neubauten aufnehmen. Für diese brauchen wir nun allerdings auch Material.

Die Kohlenfrage ist dabei der wichtigste Faktor. Es muß dazu beigetragen werden, die Ziegeleien instand zu halten. Besonders in Pommern sind viele Ziegeleien niedergelegt. Staatliche Mittel müssen angewandt werden, um das zu verhindern. Beim Wohnungsbau schafft man nicht nur Wohnungen für die vielen Tausende, die eine Wohnung suchen, sondern auch Arbeitsgelegenheit. Dadurch heben wir das moralische Empfinden der Menschheit, und der Staat spart die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Durch Wohnungsneubauten wird der Menschheit wieder Obdach gegeben, die Gesundheit des Volkes wird gefördert, und die Sittlichkeit wird gehoben. Gerade wir Sozialdemokraten legen Wert auf die Hebung der Moral des Volkes.

Ich empfehle die vorliegenden Anträge zur Annahme. Trotz der ungeheuren Kosten und Schwierigkeiten müssen wir mit aller Kraft dafür eintreten, daß die maßgebenden Stellen ihre ganze Kraft einsetzen, um den Wohnungsbau zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Grein**: Das Gebot des Wohnungswesens ist eine der wichtigsten sozialen Fragen, bei deren Behandlung die Partei zeigen kann, daß sie nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit dem Gefühl sich der Sorgen unseres Proletariats erfolgreich annimmt. Gerade im Mietswohnungswesen besteht mehr als in irgendeinem anderen Gebiet des privaten Lebens noch der Druck des Kapitalismus. Die Mietspreissteigerungen sind besonders dort in die Erscheinung getreten, wo Lohnerhöhungen der Arbeiterschaft, Angestelltenschaft und Beamten stattgefunden haben, wo das Hausagrariertum oft in der unverschämtesten Weise darauf hinwies, daß die Lohnerhöhungen dem Hausagrariertum zugute kommen müßten. Und das trotz der Tatsache, daß seit Kriegsbeginn die Unterhaltung der Häuser kaum etwas gekostet hat, weil keine Materialien und Arbeitskräfte zur Verfügung standen!

Die Frage hat auch eine gesundheitliche Bedeutung. Auf dem internationalen Kongreß für Jugendfürsorge in Genf wurde nachgewiesen, wie furchtbar die Tuberkulose unter der Jugend grassiert. Das bezieht sich nicht nur auf Großstädte, sondern namentlich auch auf die kleineren Orte. Im Bergarbeiterrevier an der Saar ist die Wohnungsnot und im Zusammenhang damit die Tuberkulose- und Säuglingssterblichkeit besonders groß.

Das Wohnungswesen ist eines unserer sozialisierungsreifsten Gebiete. Ich empfehle, nicht bloß das Mietswohnungswesen zu sozialisieren, sondern auch

dem Kapitalismus in Gestalt der luxuriösen Privatbauten zu Leibe zu gehen. Ich erinnere an die Villen und Landhäuser im Umkreise der Großstädte, an die Prachtbauten und Luxushotels in Kurorten. Die Sozialisierung dieser Wohngelegenheiten läge im Interesse der Aermsten unseres Volkes, der notleidenden Frauen und Kinder und der Kriegsbeschädigten.

Im Hinblick auf den uns vorliegenden Antrag, der die sofortige Nutzbarmachung aller in Reichs- und Staatsbetrieb befindlichen Gebäude fordert, werfe ich die Frage auf, weshalb nicht schleunigst dafür gesorgt wird, daß die Unzahl von Schlössern und öffentlichen Gebäuden für Wohnungslose dienstbar gemacht wird. Wohl werden mannigfache Ausreden über den Kunstwert, die Umbaukosten usw. gemacht. Aber das notleidende Volk kann nicht begreifen, daß aus kunsthistorischen und sonstigen Bedenken diese Wohnräume unbenutzt bleiben, gewissermaßen als wollte man damit zeigen, daß den Herrscherfamilien eine Stätte zur Rückkehr bereitgehalten wird.

Das gilt auch für die Kasernen. Im besetzten Gebiet sind alle Kasernen, Schulgebäude usw. mit Militär belegt. Im unbesetzten Gebiet sehen wir, daß eine große Menge solcher Bauten für die oft sehr geringe Zahl von Militärpersonen, Sicherheitspolizeimannschaften usw. zur Verfügung gestellt sind. Dasselbe gilt auch für die zahlreichen Dienstwohnungsgebäude und für die Pfarrhäuser, die ebenfalls für notleidende Proletarier in Anspruch genommen werden können.

Ich verlange die schleunigste Rationierung des Wohnungswesens bis zur vollständigen Sozialisierung. Wir dürfen uns durchaus nicht von den Bedenken leiten lassen, daß durch die Zwangseinquartierung von Proletariern in besser situierten Familien ein unerträglicher Kriegszustand zwischen den beiden sozialen Gruppen eintreten würde. Gerade in den sogenannten höheren Kreisen wird die Wohnungsnot mit einem gewissen Hohn behandelt. Vielfach spotten Theaterstücke, Kasinovorstellungen und Vereinsvergnügungen über solche Zwangseinquartierungen. Gerade im nachnovemberlichen Deutschland kann gezeigt werden, daß sich auf diesem Gebiete praktische Politik treiben läßt. Ich empfehle den Genossen, rücksichtslos mit Anträgen auf diesem Gebiete vorzugehen. Wenn die gegnerischen Parteien solche Anträge ablehnen, beweisen sie eine Volksfremdheit, die uns nur erwünscht sein könnte. Aber aus taktischen Gründen werden auch manche der von uns gestellten Anträge angenommen werden, um das angeblich volksfreundliche Herz auch der anderen Parteien zu zeigen.

Ich schließe mit dem Wunsch, daß unsere Partei gerade im Wohnungswesen, wo schon unendlich viele Unterlassungssünden begangen sind, so schnell wie möglich zeigen möge, daß sie ein tiefes Gefühl für die soziale Not des Volkes hat. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Müller** gibt bekannt, daß zwei Schlußanträge eingegangen sind, von denen einer genügend unterstützt ist.

Schnabrich empfiehlt die Annahme des Schlußantrages, da die Frage für den Parteitag genügend geklärt sei.

Der Schlußantrag wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Der Vorsitzende **Müller** macht darauf aufmerksam, daß es im Antrag 389 in der Ueberschrift statt „Antrag zu VII der Tagesordnung" heißen muß: „Antrag zu V der Tagesordnung", und daß in der zweiten Zeile vor „Sachverständigen" eingefügt werden muß: „anderen".

Hirsch (Schlußwort): Aus dem plötzlichen Abbruch der Debatte darf nicht der Schluß gezogen werden, daß die Partei der Wohnungsfrage nicht das genügende Interesse entgegenbringt. Aber die dabei zu erörternden Fragen

sind so heikler Natur, daß es kaum möglich ist, in diesem Gremium zu einem abschließenden Urteil zu kommen. (Sehr wahr!)

Aufgabe der vom Genossen Silberschmidt beantragten Kommission wird es sein, die Mittel und Wege zu finden, um zunächst ein Aktionsprogramm für die nächsten Monate zu schaffen, sodann aber ein weitergehendes Programm, das unsere Forderungen an die Gesetzgebung enthält.

Die vorgelegten Leitsätze bedeuten nicht der Weisheit letzten Schluß und enthalten nicht das Endziel der Sozialdemokratie. Die Leitsätze besagen, was auf dem Wege zur Gesundung auch schon innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erreicht werden kann.

Besondere Beachtung verdienen die Beschlüsse, die der Deutsche Bauarbeiterverband auf seinem letzten Verbandstage gefaßt hat. Selbstverständlich unterstützt die Sozialdemokratische Partei die Bestrebungen der Bauarbeiter in jeder Beziehung, schon weil ein enger Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und der Arbeitslosigkeit im allgemeinen besteht. (Sehr richtig!)

Genosse Silberschmidt wies sehr richtig darauf hin, daß, wenn wir die Mietsteuer verwerfen, die nächste Baukonjunktur ungenutzt vorübergehen könnte. Aber auch wenn die Mietsteuer nach dem Vorschlage des Reichsarbeitsministers angenommen wird, ist die nächste Baukonjunktur bereits verflossen. Es handelt sich zunächst nur um eine Vorlage an den Reichsrat. Bis zur Verabschiedung durch den Reichsrat und den Reichstag werden noch einige Wochen vergehen. Natürlich müssen wir für die Uebergangszeit Maßnahmen ergreifen, um die Bautätigkeit alsbald zu fördern. Wir müssen von der Regierung verlangen, daß sie schon in den diesjährigen Reichshaushaltsplan Mittel zur Förderung der Bautätigkeit einstellt.

Zu dem Wunsche, daß die Erhebung der Mietsteuer nicht vom Reich aus erfolgen, sondern von den Gemeinden geregelt werden möge, wird die Reichstagsfraktion Stellung nehmen können, wenn sie sich erst grundsätzlich über die Mietsteuer klar ist. Die Ansichten darüber gehen auch innerhalb der Sozialdemokratie auseinander. Aber völlige Uebereinstimmung herrscht darin, daß wir einer Mietsteuer, deren Erträge privaten Kapitalisten zugute kommen, niemals unsere Zustimmung geben können. (Beifall.) Die Mittel, die von der Gesamtheit aufgebracht werden, müssen der Gesamtheit wieder zugute kommen.

Auch der Forderung auf Beseitigung der freien Wirtschaft in der Bauindustrie stimme ich zu. Selbst wenn es nicht gelingt, die Frage auf gesetzlichem Wege schnell zu regeln, können wir mit einzelnen Maßnahmen auf diesem Gebiete vorangehen und dahin wirken, daß bestimmte Betriebe genossenschaftlich zusammengefaßt werden. Auch da, wo wir genügenden Einfluß in den Gemeinden haben, können wir versuchen, bestimmte Betriebe in gemeindliche Regie zu überführen. Ein solches Experiment würde sich sicher bewähren, und andere Gemeinden würden nachfolgen.

Ich nehme an, daß die Ueberweisung der Anträge und Leitsätze an die Kommission kein Begräbnis erster Klasse bedeutet, sondern daß der Parteitag den Wunsch ausspricht, daß die Kommission unverzüglich an die Arbeit geht. (Sehr gut!) Weite Kreise des Volkes verlangen vom Parteitag Rettung aus der furchtbaren Kalamität. Täuschen wir die Erwartungen, die das Volk auf uns stellt, nicht, lassen wir es nicht bei Worten bewenden, sondern lassen wir den Worten bald Taten folgen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Müller** teilt mit, daß der Berichterstatter **Engler** auf das Schlußwort verzichtet.

Der Antrag 389 wird in der darauf folgenden Abstimmung einstimmig angenommen. Alle zu Punkt 5 der Tagesordnung vorliegenden Anträge sind damit der vom Parteitag zu bildenden Kommission überwiesen.

Es folgt die Beratung Punkt 7 der Tagesordnung:

Sonstige Anträge.

Der Antrag 380, betreffend Förderung des Genossenschaftswesens, wird genügend unterstützt und ohne Debatte angenommen.

Die Anträge 297, 303 und 304, betreffend Aufrechterhaltung des Schnapsboykotts und Wirkung der Partei im Sinne der Essener Beschlüsse gegen den Alkoholgenuß, werden genügend unterstützt und dem Vorschlage des Vorsitzenden **Müller** entsprechend der Parteigenossenschaft zur Berücksichtigung empfohlen.

Die Anträge betreffend eine Welthilfssprache, darunter der Antrag 226, betreffend Esperanto, werden ausreichend unterstützt und ohne Debatte dem Vorschlage des Vorsitzenden entsprechend dem Parteivorstand überwiesen.

Der Antrag 375 betreffend Sympathieerklärung für die im Zeitungsgewerbe Ausgesperrten, wird insoweit für erledigt erklärt, als der Zeitungsstreik beendet ist; insoweit er ausspricht, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen Abzüge vom Lohneinkommen nicht gestattet sind, wird er ohne Debatte angenommen.

Als Ort des nächsten Parteitages schlägt der Antrag 301 Altona vor, der Antrag 332 Kiel, der Antrag 383 Düsseldorf, der Antrag 387 Mannheim.

Jakob: Ich bin von den Kieler Genossen beauftragt, dafür einzutreten, daß der nächste Parteitag in Kiel stattfindet. Kiel war fast ein Jahrhundert lang das Stelldichein monarchischer Kreise. Alljährlich kam in der Kieler Woche Wilhelm II. mit seinen Getreuen und den Vertretern des preußischen Junkertums und des Finanzkapitals nach Kiel. Jetzt ist es anders geworden. Eine starke sozialdemokratische Organisation in Kiel bittet darum, daß im nächsten Jahre die Parteigenossen nach Kiel kommen, um zu zeigen, daß wir in einer neuen Zeit leben. Bisher haben die Parteitage immer im Westen und Süden stattgefunden, noch nicht einmal aber im hohen Norden.

Nach des Tages Mühe bietet Kiel etwas ganz Eigenartiges. Wir können Sie aufs blaue Meer hinausführen. Dort finden Sie Erfrischung, und wenn Sie ans Land zurückkommen und etwas angegriffen sind, finden Sie Stärkungsmittel von eigenartiger Wirkung. Diese Stärkungsmittel werden so zusammengestellt, daß jeder sie vertragen kann.

Weiter haben wir in Kiel den Genossen Dr. Alberti, den Sie ja aus seiner früheren Tätigkeit kennen. Es wird ihm eine hohe Freude sein, dem Parteitag mit einer Vorstellung von hoher künstlerischer Bedeutung aufwarten zu können.

Wenn Sie dann in Ihre Heimat zurückkehren, werden Sie Ihren Frauen und ihren Kindern auch etwas mitbringen wollen, und dann haben Sie die echten Kieler Sprotten und Bücklinge, die Sie mitnehmen können. (Heiterkeit.)

Daher möchte ich Sie bitten, erfüllen Sie den Wunsch der Kieler Genossen. Denken Sie daran: Kiel bietet viel! (Beifall.)

Gerlach: Ich habe Sie namens der niederrheinischen Delegation zu bitten, den nächsten Parteitag in Düsseldorf abzuhalten. (Bravo!) Seit mehr als 13 Jahren hat kein Parteitag in dem westlichen industriellen Bezirk, der für Deutschland so außerordentlich wichtig ist, stattgefunden. Ein Parteitag in Düsseldorf wäre auch eine politische Demonstration ersten Ranges, da ein Teil Düsseldorfs auch noch zum besetzten Gebiet gehört. Infolgedessen haben Sie auch in Düsseldorf die beste Gelegenheit, Anschauungsunterricht darüber

zu erhalten, wie die Besatzungsbehörden wirken. Sie können in Düsseldorf noch die traurige Tatsache konstatieren, daß auf der diesseitigen Rheinbrücke die spanischen Reiter der Belgier stehen und Schießscharten gegen Deutschland zu gemacht sind. Wir bitten Sie daher dringend, den nächsten Parteitag in Düsseldorf stattfinden zu lassen. Das Bedenken, daß vielleicht von seiten der Unabhängigen, die ja bisher in Düsseldorf zahlenmäßig stärker waren als die Sozialdemokratische Partei, Störungen entstehen könnten, halte ich nicht für stichhaltig; erstens, weil ich solche Störungen nicht fürchte und zweitens, weil ich glaube, daß wir uns derartiger Störungen zu erwehren wissen. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie nochmals dringend, den nächsten Parteitag in Düsseldorf abzuhalten.

Kirchner-Altona: Ich habe im Namen der Parteigenossen Altonas die Bitte auszusprechen, den nächsten Parteitag in Altona abzuhalten. Wir können Ihnen versichern, daß wir in Altona ein Lokal zur Verfügung haben, das jedweden Anforderungen entspricht, auch in bezug auf die Akustik. Wir haben Ihnen auch in Altona recht viel zu bieten und zu zeigen. Altona hat trotz seiner Einwohnerzahl von 180 000 stets im Schatten der Großstadt Hamburg gestanden. Wenn Sie also nach Altona kommen, kommen Sie in das Groß-Hamburg hinein; deshalb bitte ich Sie ganz besonders, diesem Antrage zuzustimmen.

Leber: Ich ersuche Sie, alle gestellten Anträge dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß zu überweisen und heute eine Entscheidung über den nächsten Tagungsort nicht vorzunehmen.

Maier: Ich habe den Auftrag, den Parteitag zu bitten, den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten. Sie kennen ja Mannheim schon als einen früheren Tagungsort und wissen, daß Mannheim für die Abhaltung eines Parteitags vorzüglich geeignet ist. Wenn Sie von Mannheim aus das besetzte Gebiet betreten wollen, so brauchen Sie nur über die Rheinbrücke zu gehen. Außerdem liegt Mannheim in der Pfalz, und was die Pfalz für Deutschland bedeutet, müssen Sie sich von einem Pfälzer sagen lassen. (Beifall.)

Es wird gemäß dem Antrag Leber beschlossen, sämtliche Anträge bezüglich des nächsten Tagungsortes dem Parteiausschuß und Parteivorstand zu überweisen.

Der Antrag 369 wird ausreichend unterstützt. Zu einer Begründung erhält das Wort

Neue: Genosse Wels führte in seinem Vorstandsbericht bereits an, daß die auswärtige Politik der wichtigste Bestandteil der inneren Politik sei. Die auswärtige Politik wird in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen. Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag dem Parteitag zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag Neue auf Nr. 369 wird dem Parteiausschuß und dem Parteivorstand ebenfalls zur Berücksichtigung überwiesen.

Auf Antrag des Genossen Schönfelder wird über den Antrag 388, der durch Annahme des Antrages 389 für erledigt erklärt war, nachträglich doch noch abgestimmt. Er wird einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Das Schlußwort hält

Vorsitzender **Müller:** Genossinnen und Genossen! Am Schlusse unserer Tagung glaube ich, verpflichtet zu sein, an erster Stelle unseren Kasseler Genossen zu danken für die Aufnahme, die sie dem Parteitag gewährten. (Bravo!) Jeder Parteitag ist in gewissem Sinne auch abhängig von dem Milieu, in dem er stattfindet. Unsere Kasseler Genossen haben uns am Sonntagabend in der Eröffnungsfeier einen Auftakt gegeben, wie wir ihn in gleicher

Schönheit lange Jahre nicht erlebt haben (Zustimmung), einen Auftakt, der uns die sachliche Arbeit in der verflossenen Woche wesentlich erleichtert hat.

Genossen und Genossinnen! Dieser Parteitag ist ein Parteitag sachlicher Arbeit gewesen. Diejenigen, die Sensationen von ihm erwartet haben, sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. (Sehr gut!) Wir hatten auch nicht die Absicht, etwa den Hallenser Parteitag in der Konkurrenz zu schlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Das heißt nicht, daß wir keine Gegensätze hätten. Die Debatte über die Wirtschaftspolitik hat gezeigt, daß auch in unserer Partei gegensätzliche Meinungen vorhanden sind. Das soll und muß so sein. Aber wir haben diese Gegensätze kameradschaftlich ausgetragen, und nur in diesem Sinne werden wir vorwärts kommen.

Ich will keine großen Vergleiche mit der Hallenser Tagung ziehen. Aber ich kann doch wohl feststellen, daß dort nicht nur Gegensätze vorhanden gewesen sind, sondern daß auch eigentlich keine kameradschaftliche Kampfgemeinschaft mehr vorhanden gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.) In Halle waren die Vertreter der Rechten und der Linken eigentlich nur in einem einig. Das haben von der Rechten Ludwig-Hagen und von der Linken Richard Müller gleichmäßig ausgesprochen mit den Worten: Unsere Partei ist morsch und muß zerbrechen. Demgegenüber können wir feststellen, daß unsere Partei sich auf diesem Parteitag stark gezeigt hat. (Sehr wahr!) Wie stark die Gegensätze in Halle sind, geht ja daraus hervor, daß dort die einzelnen Richtungen in so blinder Wut losgehen, daß sie gegen sich selbst arbeiten. Ich erinnere daran, daß am Mittwoch das Zentralorgan der unabhängigen Sozialdemokratie „Die Freiheit" die Herausgabe des neuen Mitteilungsblattes für die Anhänger der Dritten Internationale in einer Notiz angezeigt hat, die die Ueberschrift trug: „Eine neue Giftspritze". (Sehr gut! und Heiterkeit.) „Die Freiheit" hat damit erklärt, daß sie selbst die alte Giftspritze ist. (Heiterkeit.) Sie hat sich damit treffend selbst charakterisiert. In diesem Zusammenhang können wir feststellen: unsere Partei ist nicht zuletzt deshalb in der Stärke, die wir zu unserer Freude hier sehen, erhalten geblieben, weil sie bei der Spaltung das Gift aus dem Parteikörper ausgeschieden hat. (Sehr richtig!) Das ist eigentlich das einzig Erfreuliche an der sonst so verdammenswerten Spaltung. (Zustimmung.)

Genossinnen und Genossen! In Halle war auch von unserer Partei die Rede. Als Berichterstatterin des Parteivorstandes hat die Genossin Zietz u. a. erklärt, daß am 13. Januar d. J. von der Regierung Bauer, Müller, Noske ein Blutbad inszeniert worden sei (Unruhe), und daß wir dabei am Fenster gestanden hätten. Ich stelle fest, daß das einfach gelogen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Mitglieder der Regierung waren damals von der Frivolität und von der Feigheit der Anstifter jener gewissenlosen Demonstration gleichmäßig überrascht. (Sehr gut!) Die Genossin Zietz hat weiter die Behauptung aufgestellt, daß die Unabhängige sozialdemokratische Partei beim Kapp-Putsch zuerst die Parole des Generalstreiks ausgegeben hätte. (Große Heiterkeit. — Wels: Geschlafen hat sie!) Auch das ist eine Geschichtsfälschung, wie in unserem Parteivorstandsbericht bereits festgestellt worden ist. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat den Kapp-Putsch genau so verschlafen, wie sie die Revolution vom 9. November verschlafen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist bereits auf dem ersten Rätekongreß, im Dezember 1919, festgestellt worden, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Revolution auf den 11. November datiert hatte, weil in der Woche vorher ihre Zentralleitung das Proletariat noch nicht reif für die Revolution hielt. Die Revolution brach dann am 4. November in Kiel, am 6. November in Hamburg, am 7. November in München und in anderen Städten und dann in Berlin am 9. November aus.

Die Unabhängige Sozialdemokratie war von dieser Revolution auch in Berlin völlig überrascht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weiß nicht, was auf dem Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei die kleine Schäferin mit diesen Behauptungen eigentlich bezweckt hat. Ob sie etwa glaubt, daß sie mit solchen Lügen beim Auseinanderbersten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei die Arbeiter hinter ihrer Fahne halten kann? (Sehr gut!) Sie wird sich darin täuschen. Die Arbeiter werden in steigendem Maße zu uns kommen, weil sie wissen, daß unsere Partei für sie arbeitet (Bravo!), daß bei uns die Kritik nicht Selbstzweck ist, sondern nur ein Motor zur gesteigerten Vertretung der Arbeiterinteressen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich sagte schon: Kritik muß sein, und Kritik muß in der Partei auch dann da sein, wenn eine Partei durch die Verhältnisse und gegen ihren Willen gezwungen ist, an einer Koalitionsregierung teilzunehmen. Wir begrüßen die Kritik, und ich glaube feststellen zu können, daß niemand mehr die Berechtigung der Kritik an den Handlungen der Regierungsmitglieder einsieht als diejenigen, die den Dingen am nächsten stehen, nämlich die Minister selbst, die Ihr Vertrauen in die Regierung gesandt hatte. Niemand von uns hat Sehnsucht, wieder in die Regierung einzutreten. Ich stelle fest, daß der Parteitag erklärt hat: es müssen zwingende Gründe vorhanden sein, wenn die Sozialdemokratische Partei wieder Genossen in die Regierung schicken soll. (Bravo!)

Bei der Betrachtung dieser Verhältnisse ist viel von der Zwangsläufigkeit dieser Verhältnisse die Rede gewesen, einer Zwangsläufigkeit, die der unglückliche Ausgang des Krieges mit sich gebracht hat. Wir, die wir bei jeder Bewegung, die wir tun wollen, täglich die Ketten des Versailler Vertrages fühlen, wissen, wieviel Zwangsläufigkeit in unseren elenden Verhältnissen vorhanden ist. (Sehr richtig!) Aber, Parteigenossen, wir dürfen uns durch dieses Wort von der Zwangsläufigkeit nicht zum Fatalismus treiben lassen. (Lebhafte Rufe: Sehr wahr!) Wir sind da, um die Dinge zu meistern, und unser Volk ist verloren, wenn wir die Dinge nicht meistern können. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir die Dinge meistern wollen, dann brauchen wir in erster Linie einen großen Optimismus. (Sehr richtig!) Es war erfreulich, daß der diesjährige Parteitag diesen Optimismus gezeigt hat.

Es ist nun, wenn von der Rettung unseres Volkes und von der Sicherung der Arbeiterklasse die Rede gewesen ist, auch viel von den Richtlinien gesprochen worden, die gegeben werden müssen. Es ist die erste Pflicht einer Partei wie der unseren, den Weg zum Ziel zu suchen. Aber in einer Zeit, in der die Wirtschaft der ganzen Welt revolutioniert ist, lassen sich beim besten Willen nicht für alles Richtlinien aufstellen. (Sehr wahr!) Die Revolution, in der wir mitten darin sind, ist ein Prozeß, der noch lange nicht abgeschlossen ist, und es können täglich aus den Umwälzungen, die im europäischen Wirtschaftsleben vor unseren Augen vor sich gehen, sich neue Tatsachen ergeben, die uns zwingen, einen Umweg zu machen, um zum Ziele zu kommen. Es können sich aber auch Dinge ereignen, die uns vielleicht helfen, den Weg abzukürzen. Darum ist die Hauptsache für uns, daß wir nie das Ziel aus den Augen verlieren. (Sehr wahr!) Wenn Verhältnisse kommen sollten, die so stark sind, daß sie alle Wegweiser umstürzen, dann müssen wir als Kompaß unseren wissenschaftlichen Sozialismus behalten, der uns doch zum Ziele vorwärts führen soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir wollen an diesem wissenschaftlichen Sozialismus festhalten; das hat die Programmdebatte gezeigt. Wir haben eine Programmkommission eingesetzt, die zu prüfen hat, ob an dem grundsätzlichen Teil unseres Parteiprogramms Aenderungen notwendig sind. Auch das Erfurter Programm war ja nicht der Weisheit letzter Schluß. (Sehr wahr!) Wir haben zu dem werdenden

Neuen Stellung zu nehmen, das sich in den letzten dreißig Jahren ereignet hat, und wir haben zu ihm Stellung zu nehmen auf Grund der Methoden, die uns Marx und Engels gelehrt haben. Ganz gründlich — darüber war sich wohl der Parteitag einig — muß der zweite Teil unseres Programms, der die Gegenwartsforderungen enthält, umgeändert werden. Da wird sich zeigen, daß wir doch in den dreißig Kampfjahren, die seit dem Hallenser Parteitag vergangen sind, auf den verschiedensten Gebieten vorwärts gekommen sind, daß wir eine Reihe von Reformen durchgesetzt haben. Wir sind im Begriff, weitere Reformen anzubahnen. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit an das Wort des alten Liebknecht erinnern, daß Revolution und Reform keine Gegensätze sind. Der Parteitag hat im einzelnen zu solchen Reformfragen Stellung genommen, zuletzt zur Wohnungsfrage. Er hat der Partei und der Fraktion Wege gewiesen, die unserer Auffassung nach gegangen werden müssen, damit wir aus diesem fürchterlichen Wohnungselend herauskommen. (Sehr wahr!) Der Parteitag hat vor allen Dingen aber auch zu der Kernreform der nächsten Zeit, nämlich zur Frage der Sozialisierung Stellung genommen. Und er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Kohlengewinnung, die Kohlenverteilung, die Stahl- und Eisenerzeugung für die volle Sozialisierung reif sind. Wir können uns auf diesem Gebiet nicht mit Zwischenreformen abspeisen lassen (Sehr richtig!), die meiner Ansicht nach niemand etwas nützen würden, auch den Unternehmern nicht. Die Unternehmer, die das Eigentum behielten und die einen Teil der Verantwortung behielten, aber nicht die volle Verantwortung zu tragen hätten (Sehr richtig!), sie würden uns, wenn wir diesen Weg gingen, für jedes Fiasko verantwortlich machen und sie würden außerdem für sich selbst einen fortwährenden Anreiz zur Sabotierung der Bestrebungen finden, die wir für dringend notwendig halten.

Genossinnen und Genossen! Ich weiß, daß gegen die Sozialisierung besonders im Auslande Bedenken bestehen. Ich habe im letzten Jahre so viele Ausländer und darunter welche, die uns wohlmeinend gesinnt waren, über diese Frage gehört. Aber wenn sie mir ihre Bedenken mitteilten, habe ich ihnen immer und immer wieder erklärt: die Sozialisierung insbesondere des Kohlenbergbaues ist bei uns notwendig, damit die Arbeitsfreudigkeit der Kohlenarbeiter erhalten bleibt. (Sehr richtig!) Und wir sind von der Arbeitsfreudigkeit der Kohlenarbeiter abhängig, wenn Deutschland leben soll und wenn Europa die Wiedergutmachung erhalten soll, die wir nach seiner Auffassung leisten sollen. Die Kohlenindustrie ist nun einmal die Grundlage aller Industrien und wir kommen aus unserem finanziellen, aus unserem Währungselend nur heraus, wenn alle Industrien zu höchsten Leistungen ihrer Arbeiter und Angestellten kommen. Aber wir verlangen nicht nur die Sozialisierung der dafür reifen Industriezweige, sondern auch in der Landwirtschaft muß es mit der Sozialisierung vorangehen. (Sehr richtig!) Und da kommt in erster Linie die Sozialisierung der großen Waldungen, die noch vielfach im Privatbesitz sind, in Betracht. Wir müssen diesen agrarischen Fragen die größte Aufmerksamkeit schenken und die einstimmige Annahme der Richtlinien, die Ihnen zum Agrarprogramm vorgelegen haben, hat gezeigt, daß der Parteitag sich der Größe und der Notwendigkeit dieser Aufgabe bewußt ist. Wir müssen uns der Dinge auf dem Lande annehmen, denn dort auf dem Lande sucht sich die Reaktion einen Stützpunkt nach dem anderen zu schaffen. Wir werden in der nächsten Zeit nicht nur in dem industriellen Sachsen, sondern auch in Preußen die Landtagswahlen haben. Ich hoffe, daß nach den Erfahrungen, die das deutsche Volk mit der rein bürgerlichen Regierung des sogenannten Wiederaufbaues gemacht hat, unsere Partei in Sachsen und Preußen Fortschritte machen wird. (Bravo!) Diese Wahlen müssen uns und dem Auslande zeigen, daß das

alte Preußen wirklich tot ist, daß in dem neuen Deutschland eine preußische Reaktion keinen Platz hat. (Sehr gut!) Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag hat sich einstimmig in einer Resolution, die die Preußen und die Bayern besonders befürwortet haben, für die eine unteilbare deutsche Republik erklärt. (Lebhafter Beifall.) Ich möchte dazu noch feststellen, daß die verflossenen Monate gezeigt haben, daß diese junge Republik eine große Anziehungskraft besitzt. Ich erinnere an die Abstimmungen, die wir in Schleswig, in West- und Ostpreußen gehabt haben, und ich hoffe, daß die Abstimmung in Oberschlesien einen ähnlichen Erfolg für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse mit sich bringt. (Erneuter Beifall.) Aber ich denke bei der Gelegenheit auch der Kärntnerdeutschen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen), insbesondere unserer Genossen dort, die auch hier in erster Linie für das Deutschtum gekämpft haben, und die haben wollen, daß bald der Völkerbund das Selbstbestimmungsrecht der Völker wahr macht, und daß die österreichischen Deutschen und insbesondere die Deutschen dort unten in der Südostmark sich mit den deutschen Brüdern in der deutschen Republik vereinigen können. (Stürmischer Beifall.) Wir sind bereit, diese Republik zu schützen. Das haben die Iden dieses März gezeigt. Die deutsche Republik kann nicht wie ein Cäsar durch einen Dolchstich an einem Tage beseitigt werden. Wir haben im März gezeigt, daß wir die Maßregeln zu treffen wissen, die zum Schutz der Republik notwendig sind, und daß wir die Männer besitzen, die diese Maßregeln durchführen. (Bravo!)

Ausländer, die Deutschland besuchen, werden oft an der Republik irre, weil das Republikanische zu wenig sichtbar ist. Kommen Ausländer in Deutschland in öffentliche Lokale, so finden sie Kaiserbüsten und Kaiserbilder in allen möglichen und unmöglichen Aufmachungen. Das schien früher verständlich, wo es der deutschen Bourgeoisie gut ging, obwohl auch daran Wilhelm II. wahrlich unschuldig war. Heute hängen diese Bilder sicherlich nur noch nach dem Gesetz der Trägheit da. Oder sollte man in bürgerlichen Kreisen nach Veröffentlichung der Randbemerkungen immer noch Sympathie für den feigen Deserteur und entthronten Narren haben?

Bismarck sagt im dritten Band seiner Gedanken und Erinnerungen, daß Wilhelm II. alle schlechten Eigenschaften seiner Vorfahren geerbt hätte, und daß er von den Nüchternen, die keine guten und keine schlechten Eigenschaften gehabt hätten, nichts geerbt hätte. Das ist einer der Gründe, warum der dritte Band nicht herauskommt. Jedenfalls bleibt es unverständlich, wie das Bild eines typischen Vertreters der degenerierten Hohenzollernfamilie heute noch überall herumhängt. Das sind keine Nebensächlichkeiten. Die Nationalisten schreien am lautesten nach der Revision des Versailler Vertrages. So lange so offen und zahlreich diese monarchistischen Symbole in Deutland aushängen, wird die Arbeit der Revisionsfreunde gehemmt und gehindert. Es ist bedauerlich, daß uns bisher Symbole für das Neue fehlen. Wir haben keinen republikanischen Nationalfeiertag und keine republikanische Nationalhymne. Und wieviel schwarz-rot-goldene Fahnen gibt es in Deutschland?

Die Fraktion wird sich von neuem mit den Anträgen auf Schaffung eines Nationalfeiertages zu befassen haben. Es waren ferner auch Anträge gestellt, die verlangten, daß unser 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Wir haben die Maifeier nicht als besonderen Punkt auf der Tagesordnung des diesmaligen Parteitags gehabt. Ich möchte für mich persönlich hierzu erklären, daß wir natürlich haben wollen, daß die Maifeier einmal gesetzlicher Feiertag werden soll. (Bravo!) Aber ich glaube nicht, daß wir ihn haben wollen von der Gnade der bürgerlichen Koalitionsregierung und der Deutschen Volkspartei. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir wollen die Maifeier zum gesetzlichen Feiertag erklären, wenn wir gesiegt haben. (Sehr richtig!) Wir haben eine Revolution

gehabt, aber wir haben noch nicht gesiegt, das wollen wir wahrheitsgemäß feststellen. Aber wenn auch der 1. Mai zunächst nicht gesetzlicher Feiertag ist, so wollen wir Arbeiter ihn feiern, als ob er ein gesetzlicher Feiertag wäre. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Am 1. Mai muß das Proletariat mobil gemacht werden, insbesondere aber auch auf dem platten Lande, damit die Reaktion sieht, daß wir uns von ihrem Selbstschutz nicht im geringsten bange machen lassen. Am 1. Mai sollen die Junker auf dem Lande insbesondere wissen, daß sie mit dem Feuer spielen, wenn sie einen neuen Putsch versuchen. (Sehr richtig!) Wer die Republik mit Gewalt beseitigen will, der ist für uns vogelfrei. (Sehr richtig!) Die Maifeier muß in Stadt und Land zu einem Gradmesser unserer Macht werden.

Aber noch eins, Parteigenossen: Es ist auch auf diesem Parteitag wieder von der Einigung des Proletariats die Rede gewesen, und unsere Verhandlungen haben gezeigt, für wie notwendig wir die Einigung halten. Die Maifeier ist eigentlich heute noch das einzige, was die drei sozialistischen Parteien gemeinsam haben, und deshalb müssen wir sie besonders hochhalten. Wenn wir in allem wieder so einig sein werden, wie wir es noch in der Maifeier sind, dann werden wir unwiderstehlich sein.

Und nun noch ein kurzes Wort zur Zweiten Internationale. Sie haben den Bericht über die Verhandlung des Genfer Kongresses auf dieser Tagung gehört, haben die warmen Begrüßungsworte gehört, die die Vertreter unserer Bruderparteien hier ausgesprochen haben. Sie haben gesehen, wie unsere Partei zu arbeiten imstande ist, unsere Partei, die ja so oft vor der Internationale draußen totgesagt worden ist. Als wir in Stockholm waren, haben dort die Vertreter der Unabhängigen immer und immer wieder verbreitet: Die sollen nur warten, bis die Arbeiter aus dem Kriege zurückkehren! Die werden schon dafür sorgen, daß diese mehrheitssozialistische Partei ihr Ende findet! Das Gegenteil ist eingetreten. Wir haben alle Stürme des Krieges und alle Stürme der Revolutionszeit überdauert, und wir werden auch weiter den Beweis liefern, daß wir unverwüstlich sind. Wir wissen aus den Worten der Vertreter unserer Bruderparteien, daß sie uns dankbar dafür sind, daß wir auf dem Boden der Demokratie unsere sozialistische Partei so stark erhalten haben, und daß wir nach den Stürmen dieses Krieges uns als so starke geschlossene Partei mit den Bruderparteien des Auslandes wieder vereinigen konnten. Und so wollen wir mit ihnen auf ewig zusammenbleiben zur Sicherung des Friedens der Welt und zum Wiederaufbau Europas. In diesem Sinne, Parteigenossen, bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie, sie lebe hoch! hoch! hoch!

Die Delegierten haben sich erhoben und stimmen in diesen Ruf begeistert ein. Mit der Absingung der ersten und — zum ersten Male auf einem Parteitag — auch der dritten Strophe der Arbeitermarseillaise, die das Bekenntnis zur Demokratie enthält, schließt der Parteitag um 11½ Uhr.

Anträge.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Dresden-Land: „Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik" ist als besonderer Beratungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen.

2. Chemnitz: Auf die Tagesordnung ist als besonderer Punkt noch zu setzen: „Die Wirtschaftslage". Referent: Rudolf Wissell.

3. Vorhalle: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist die „Wirtschaftspolitik" zu setzen.

4. Niedersprockhövel: Die „Wirtschaftspolitik" soll auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden.

5. Glatz und Habelschwerdt: Der Parteitag wolle auf seine Tagesordnung setzen: „Die gegenwärtige Rechtsprechung". Zur Behandlung dieses Themas soll der Parteitag den Parteivorstand beauftragen, einen geeigneten Referenten zu bestellen.

6. Rückers (Kr. Glatz): Der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des Parteitages setzen: „Die Rechtsprechung in der Gegenwart". Zur Behandlung dieses Punktes möge der Parteivorstand einen geeigneten Referenten bestellen.

7. Hamburg: Der Parteitag wird ersucht, zu der Frage des „Preisabbaues" Stellung zu nehmen.

8. Groß-Berlin: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Ernährungsfrage." Ein kundiger Referent ist zu bestellen.

9. Unterbezirk Ostsachsen: Auf dem Parteitag ist als besonderer Punkt „Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Sozialisierung des Baugewerbes" zu behandeln. Hierzu ist ein fachkundiger Referent zu bestellen. Den Vertretern in Parlamenten sind Leitsätze als Richtschnur zu unterbreiten.

10. Rendsburg: Die „Agrar- und Siedlungsfrage" ist auf die Tagesordnung zu setzen.

11. München: Es ist Vorsorge zu treffen, daß die „Ernährungsfrage" auf dem Parteitag die ihr für die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes zukommende Behandlung und Würdigung findet. Eventuell ist die „Ernährungsfrage" als besonderer Tagesordnungspunkt einzusetzen.

Bericht des Parteivorstandes.

12. Hamburg: Der Parteitag empfindet es als zwingende Notwendigkeit, daß die Parteipresse ihrer Mission im Klassenkampf der Arbeiterschaft mehr gerecht werden muß. Die mehr als notwendig hervortretende Behandlung und Glossierung tagespolitischer Ereignisse und die dadurch bewirkte Zurücksetzung grundsätzlicher Aufklärung in populärer Weise dürfen nicht weiterhin das Wesen unserer Presse sein. Bei der ungeheuren Bedeutung der Presse und in Berücksichtigung der sich steigernden Uebernahme der bürgerlichen Presse durch das Großkapital liegt eine gewaltige Aufgabe auf der Arbeiterpresse.

Hier gilt es, noch durchgreifende Aenderungen herbeizuführen.

Der Parteitag muß in dieser Frage in ernster Weise seinen Willen bekunden.

13. Hamburg: Der Parteivorstand und die Landesparteivorstände haben dafür zu sorgen, daß die Anwesenheitslisten des Reichstags und der Landesparlamente alljährlich in den Wahlkreisen bekanntgemacht werden, damit die Wähler säumige Abgeordnete zur Rechenschaft ziehen können.

14. München: Zur Sicherung der Errungenschaften durch die Revolution möchte der Parteitag eingehend Stellung nehmen und den Parteivorstand beauftragen, dieser Frage sein besonderes Augenmerk zu schenken.

15. München: Zur Erreichung und Durchführung einheitlicher, die Gesamtpartei umfassender Aktionen, die vom Parteivorstand zweckmäßig beschlossen sind, ist Voraussetzung, daß die Beschlüsse restlos und gleichzeitig zur Kenntnis der Bezirks- und Ortsvereinsvorstände der Großstädte und Industrieorte kommen. Diese Benachrichtigung geschieht am besten in Form eines Mitteilungsblattes seitens des Parteivorstandes, das regelmäßig, und wenn nötig nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat zu erscheinen hat. In demselben sollen auch sonstige für die Gesamtorganisation und Agitation wichtigen Fragen kurz behandelt werden. Die Bezirks- und Ortsvereinsvorstände der Großstädte und Industrieorte sind verpflichtet, für die Durchführung der durch das Mitteilungsblatt bekanntgegebenen Beschlüsse innerhalb des angesetzten Zeitraums Sorge zu tragen.

16. Reutlingen: Wir beantragen, daß die sozialdemokratische Provinzpresse, die vielerorts mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, durch Zuwendung von Geldmitteln unterstützt werden soll.

17. Bezirkskonferenz Görlitz: Der Parteivorstand soll die Parteipresse in der Provinz besser finanziell unterstützen, damit diese den berechtigten Anforderungen entsprechen kann.

18. Reutlingen: Wir beantragen: Die Sozialdemokratische Partei möchte dem Genossenschaftswesen ihre tatkräftige Unterstützung leihen, und es möchte namentlich veranlaßt werden, daß die Mitteilungen der „Genossenschaftlichen Korrespondenz" regelmäßig Aufnahme in der Parteipresse finden.

19. Osthavelland und Ruppin: Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion der Preußischen Landesversammlung zu beauftragen, daß neben der Fertigstellung der Preußischen Verfassung die weitere Demokratisierung der preußischen Verwaltung schnellstens durchgeführt wird. Dazu gehört als Grundlage eine neue Städte- und Landgemeindeordnung.

20. Jastrow (Westpreußen): Bei Vorkommnissen wie dem letzten Kapp-Putsch müssen die einzelnen Ortschaften durch Kuriere benachrichtigt werden, damit man auch auf dem Lande weiß, was vorgeht.

21. Jastrow (Westpreußen): Bei Wahlen müssen die Provinzen, speziell die reaktionäre Ecke Pommern, Westpreußen, mehr durch Redner beschickt werden. Die Dörfer müssen bei Wahlen durch uns mehr bearbeitet werden. Dazu sind Redner notwendig. Unsere Gegner sind uns in rednerischer Agitation über. (Bei der letzten Wahl hat nicht ein Kandidat der Liste Wels unseren Bezirk bereist.)

22. Benthe. Der Parteitag wolle beschließen, eine recht baldige Einigung sämtlicher sozialistischen Parteien herbeizuführen, da die Arbeiterschaft durch die Zersplitterung leidet und die Interessen derselben mehr geschädigt als gefördert werden.

23. Sörup. Wir wünschen, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht wird, zwischen den sozialistischen Parteien eine Einigung zustande zu bringen. Wenn dieses sich nicht anders erreichen läßt, dann durch eine über

die Köpfe der Führer hinweg vorgenommene Urabstimmung, damit es uns ermöglicht ist, zu gegebener Zeit eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Auf keinen Fall wünschen wir, in eine Koalitionsregierung der Rechtsparteien einzutreten.

24. Glatz. Der Parteitag wolle beschließen, daß eine Rechtsschutzversicherung für alle Genossen gegründet wird, nach welcher alle Genossen berechtigt sind, den Rechtsschutz für sich in Anspruch zu nehmen.

25. Bezirk Linker Niederrhein. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Umgestaltung der „Gleichheit" dahingehend vorzunehmen, daß es jeder Genossin möglich ist, dieselbe zu beziehen.

26. Mörs: Die am 18. August in Krefeld tagende Frauenkonferenz für den Bezirk Linker Niederrhein beantragt, dem Parteivorstand anheimzugeben, eine baldmöglichste Revidierung des Bezuges der „Gleichheit" vorzunehmen.

27. Stade: Der Parteitag wird ersucht, Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, eine Einigung in der Arbeiterklasse herbeizuführen. Es sollte nichts unversucht bleiben seitens unserer Partei, um die Uneinigkeit in der Arbeiterschaft zu beseitigen. Der Ernst der Zeit erfordert ein festes Zusammengehen des ganzen deutschen Proletariats.

28. Osnabrück: Der Parteivorstand wird beauftragt, in Zukunft frühzeitiger als bisher Agitationsmaterial und ganz besonders in größerem Umfange vor den Wahlen herauszugeben.

29. Bezirk Oestl. Westfalen: Die „Parteikorrespondenz" erscheint in der bisherigen Form nicht mehr, an Stelle derselben gibt der Parteivorstand ein politisches „Mitteilungsblatt" heraus, das nur nach Bedarf erscheinen braucht.

30. Neuwied: Der Parteitag wolle beschließen: Bei der Aufstellung der Reichs- und Landeslisten für die Kandidaten zum Reichs- und Landtag sind vorzugsweise Kandidaten zu berücksichtigen, die in solchen Wahlkreisen ihren Wohnsitz haben, in denen die Sozialdemokratische Partei, weil sie dort in erheblicher Minderheit ist, aus der Wahl im Wahlkreise selbst eine zu schwache Vertretung erhält. Gerade in diesen Kreisen ist eine nachdrückliche Vertretung der Wählerinteressen durch ansässige sozialdemokratische Vertreter notwendig und kann zur Ausbreitung und Stärkung der Partei in den gefährdeten Kreisen wesentlich beitragen.

31. Rückers (Kr. Glatz): Der Parteitag wolle die Genossen in der Preußischen Landesversammlung verpflichten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die preußische Provinzial- und Gemeindeverfassungsgesetzgebung noch vor Auflösung der Preußischen Landesversammlung festgelegt werde.

32. Glatz und Habelschwerdt: Der Parteitag wolle die Genossen in der Preußischen Landesversammlung verpflichten, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die preußische Provinzial- und Gemeindeverfassungsgesetzgebung noch vor Auflösung dieser Landesversammlung erledigt wird.

33. Helgoland: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand sowie die Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften und der preußischen Regierung dafür einzutreten, daß auch auf der Insel Helgoland endlich die Neuwahlen zur Gemeindevertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlsystem, ohne Verlängerung der Aufenthaltsdauer, vorgenommen werden.

34. Vorhalle: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, so schnell wie möglich eine preußische Landeskonferenz einzuberufen, damit diese mit den Mitgliedern der Landtagsfraktion S. P. D. die Fragen der preußischen Verfassung und die der Städte- und Landgemeindeordnung durchberät.

Organisation und Agitation.

35. Brunsbüttel: Das Eintrittsgeld ist von 50 Pf. auf 1,50 Mk. und bei Wiederaufnahme auf 3 Mk. zu erhöhen.

36. Hamburg: Der Beitrag der männlichen Mitglieder beträgt 40 Pf. pro Woche, für weibliche Mitglieder 20 Pf. pro Woche.

37. Flensburg: Die regelmäßigen Beiträge für männliche Mitglieder betragen pro Mann und Woche 30 Pf., für weibliche Mitglieder 15 Pf.

38. Unterbezirk Bremervörde: Der Parteitag wolle beschließen, die Beiträge für Stadt und Land zu staffeln und für ländliche Ortsvereine nicht über 30 Pf. wöchentlich für männliche Mitglieder zu erheben. Die Beiträge für Frauen sind möglichst niedrig zu halten und dürfen für ländliche Ortsvereine 20 Pf. wöchentlich nicht übersteigen.

Bei höheren Beiträgen laufen die ländlichen Ortsvereine Gefahr, einen erheblichen Teil der Mitglieder zu verlieren.

39. Mannheim: Der niedrigste Beitrag für männliche Mitglieder beträgt ab 1. Januar 1921 30 Pf., der Beitrag für weibliche Mitglieder 20 Pf. Von den Beiträgen erhält der Zentralvorstand in Berlin 20 Prozent.

40. Frankfurt-Lebus: Der einheitliche Wochenbeitrag soll für Männer 40 Pf., für Frauen 20 Pf. nicht übersteigen. Bezirken ländlichen Charakters ist das Recht einzuräumen, von rein landwirtschaftlichen Arbeitern einen etwas ermäßigten Beitrag zu erheben.

41. Frankfurt-Lebus-Weststernberg: Der einheitliche Wochenbeitrag soll für Männer 40 Pf., für Frauen 20 Pf. nicht übersteigen. Bezirken und Ortsgruppen ländlichen Charakters soll das Recht eingeräumt werden, für rein landwirtschaftliche Arbeiter einen etwas ermäßigten Beitrag festzusetzen.

42. Unterbezirk Schaumburg-Lippe: Der Parteitag wolle beschließen, daß der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder auf 30 Pf. und für weibliche auf 20 Pf. festgesetzt wird.

43. Bezirkskonferenz Ostsachsen: Der Parteitag wolle beschließen, die Mindestbeiträge für männliche Mitglieder auf 40 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen.

44. Ostsachsen: Der Mindestbeitrag ist für männliche Mitglieder von 20 Pf. auf 40 Pf. und für weibliche Mitglieder von 15 Pf. auf 20 Pf. pro Woche zu erhöhen.

45. Koblenz und Neuwied: In Anbetracht der Entwertung des Geldes und der damit verbundenen Steigerung der Unkosten für Agitation und Verwaltung und zur Bestreitung der hohen Unkosten der kommenden Wahlen beschließt der Parteitag, den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder auf 50 Pfennig und für weibliche Mitglieder auf 30 Pf. zu erhöhen.

46. Altona: § 4 des Organisationsstatuts ist folgende Fassung zu geben. Hinter dem fünften Satz ist folgendes einzufügen: „Mit Zustimmung des Parteivorstandes können die Bezirksorganisationen Monatsbeiträge erheben, deren finanzielles Ergebnis jedoch nicht hinter dem der Wochenbeiträge zurückbleiben darf."

47. Mecklenburg-Lübeck: Die Beiträge sind nicht über 100 Proz. zu erhöhen, da sonst die Gefahr besteht, daß verschiedene neue Ortsvereine wieder eingehen werden.

48. Rückers (Kr. Glatz): Der Parteitag wolle beschließen, daß die Beiträge gestaffelt werden und der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Bezirke bzw. Berufsgruppen Rechnung zu tragen ist.

49. Rückers (Kr. Glatz): Die Beitragsleistung der Genossen ist unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit und der Wirtschaftsgebiete staffelmäßig auszubauen.

50. Wilsnack: Die wöchentlichen Beiträge werden nach den ortsüblichen Löhnen klassifiziert.

51. Stade: Der Parteitag wird ersucht, die Beiträge nicht über 100 Prozent zu erhöhen.

52. Parchim: In Bezirken mit einer politisch rückständigen Arbeiterschaft ist, um die Agitation nicht zu erschweren, die Staffelung der Beiträge einzuführen.

53. Wilsendorf: Der Parteitag wolle bei der Beratung der Beitragserhöhung die momentane schlechte wirtschaftliche Lage und die damit verbundene finanzielle schlechte Stellung der Parteigenossen in weitem Maße berücksichtigen. Zudem würde eine enorme Steigerung der Beiträge auf unüberwindliche Schwierigkeiten in der Agitation auf dem Lande stoßen.

54. Rengersdorf (Kr. Glatz): Für die ländlichen Gebiete ist eine Beitragserhöhung vorläufig nicht in Kraft treten zu lassen.

55. Brunsbüttel: Eine Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder ist abzulehnen.

56. Groß-Kiel: Der Beitrag für weibliche Mitglieder ist nicht zu erhöhen.

57. Seehausen: Die regelmäßigen Beiträge sind nicht zu erhöhen.

58. Schirding: Von einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrags ist abzusehen.

59. Nienburg a. S.: Bei Neuregulierung der Parteibeträge möge der Parteitag beschließen, daß der Wochenbeitrag für Männer bis zum Jahreseinkommen von 10 000 Mk. 30 Pf. beträgt, für jede 5000 Mk. mehr 10 Pf. höher, bis zum Höchstbetrage von 1 Mk.

60. Hoisbüttel: Der Parteitag lehnt eine Erhöhung der Beiträge und eine Gleichstellung der Frauenbeiträge mit den Männerbeiträgen ab. Er erwartet eine Steigerung der Gesamteinnahme nur durch Staffelung der Beiträge nach dem Einkommen und die Erhöhung der Mitgliederzahlen, und erwartet regste Agitation zur Stärkung der Organisation.

61. Bezirksverbandstag Franken: Bei Festsetzung der Beiträge ist eine Staffelung vorzunehmen.

62. Waldenburg: Aus agitatorischen Gründen findet eine Beitragserhöhung zurzeit nicht statt. Um aber der Partei die notwendigen finanziellen Mittel zuzuführen, werden die Bezirks- und Ortsvereine angewiesen, in allen Betrieben auf die Einführung sozialdemokratischer Vertrauensmänner hinzuarbeiten, die ihrerseits darüber zu wachen haben, daß alle Beschäftigten des Betriebes ihrer Parteipflicht nachkommen.

Darüber hinaus wird der Parteitag beauftragt, die Zentralinstanzen der Gewerkschaften sowie alle übrigen Glieder der Arbeiterbewegung zu verpflichten, darüber zu wachen, daß ihre Mitglieder auch politisch organisiert sind.

Die gegenwärtige Parteispaltung darf hierbei als Hinderungsgrund nicht in Frage kommen.

63. Bezirksvorstand für Südbayern: Der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder wird von 20 auf 30 Pf. und der für weibliche Mitglieder von 15 auf 20 Pf. pro Woche ab 1. Januar 1921 festgesetzt. Außerdem beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, Wochenbeitragsmarken zu 40 und 50 Pf. herstellen zu lassen, die denjenigen Ortsvereinen überlassen werden sollen, die höhere als die Mindestbeiträge bestimmen. Der Parteitag erwartet von den Ortsvereinen, daß sie der teuren Wirtschaftszeit entsprechend baldmöglichst höhere als die Mindestbeiträge zur Durchführung bringen. Die Ablieferung an die Zentralparteikasse bleibt wie bisher 25 Proz. pro Marke.

64. Metternich: Von der Erhöhung der Beiträge ist unter allen Umständen jetzt abzusehen, da bei einer eventuellen Erhöhung mit einem unbedingten Rückgang der Mitgliederzahl, besonders in den ländlichen Bezirken, bestimmt gerechnet werden muß.

65. Strehlen: In Zukunft muß jeder Unterbezirk, ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl, durch einen Delegierten vertreten sein.

66. Strehlen: Alle Bezirke mit mehr als 10 000 Mitgliedern haben höchstens zwei Delegierte zu dem Parteitag zu entsenden.

67. Hamburg: Den taubstummen Parteigenossen ist es zu überlassen, sich in ihren örtlichen Bezirken zu selbständigen Sektionen zusammenzuschließen. Für ihre besonderen Zwecke (Taubstummenzeitungen) ist ihnen ein bestimmter Teil der Beiträge, etwa 40 Proz., zu belassen. Die Sektionen haben die Aufgaben und Rechte der Ortsvereine.

68. Rostock: Kandidaten zum Reichstag, Landtag oder Stadtverordnete sowie Delegierte zu Parteitagen müssen mindestens 5 Jahre Mitglied der Partei sein.

69. Waldenburg: Erfahrungen bei den verschiedenen politischen Aktionen, namentlich auch bei den Reichstagswahlen, haben gezeigt, daß allzu straff gespannte Zentralisation unserer Organisationsform die Aktionsfähigkeit stark behindert.

Um diese aber zu erhöhen und der Parteiorganisation mehr Schlagkraft zu verleihen, beantragen wir, möglichst wieder die alte Kreisorganisation einzuführen, oder doch den Bezirken die Freiheit zu lassen, unter besonderer Berücksichtigung der geographischen und wirtschaftlichen Lage dies zu tun.

70. Wehrstedt: Bei allen Wahlen, auch Vorstandswahlen, soll nur ein Drittel alter Bestand und zwei Drittel neuer Bestand gewählt werden, damit einmal den Parteigenossen Gelegenheit gegeben wird, sich auch in dieser Beziehung zu bilden, wir benötigen viele Kräfte, aber die Tore zur Ausbildung sind verschlossen, weil immer dieselben Genossen nur als Kandidaten aufgestellt werden und in Frage kommen. Die Abgeordneten verlieren auch die Fühlung mit den Parteigenossen, und darunter leidet vor allem das Vertrauen.

Die wichtigsten Posten müssen von altbewährten Parteigenossen besetzt werden, aber es muß eine Möglichkeit geschaffen werden, unsere Partei so zu bilden, daß bei Verwirklichung des Sozialismus auch unsere Kräfte nicht versagen, wie wir dieses schon jetzt feststellen müssen!

71. Frankfurt a. M.: Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, die vom Weimarer Parteitag beschlossene Betriebsorganisation überall durchzuführen und mit der erforderlichen Energie auszubauen.

72. Eckernförde: Der deutsche Parteitag wolle beschließen, die Kandidaten zu den Parteitagen werden auf den Unterbezirkskonferenzen nominiert, welche den Parteitagen voraufgehen müssen.

73. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle beschließen: Als Gegengewicht gegen die Bestrebungen der „Orgesch" und ähnlicher reaktionärer Vereinigungen seinen Parteimitgliedern den Beitritt zum Republikanischen Führerbund zu empfehlen.

74. Stollberg: Die Zusammensetzung des Parteiausschusses hat zweckmäßiger durch werktätige Parteifreunde, die in ständiger Fühlung mit den Massen sind, zu erfolgen.

75. Osthavelland und Ruppin: Der Parteitag möge beschließen, daß Mitglieder, die einer gelben Organisation oder dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande als Mitglieder angehören, nicht Mitglieder der Partei sein können.

Bericht der Fraktion des Reichstages.

76. Elberfeld: Die Reichs- und Landtagsfraktion sind verpflichtet, nach jedem Tagungsabschnitt eine Zusammenstellung der Beschlüsse der Parlamente und deren wichtigsten Kommissionen zu geben. Aus diesen Berichten muß das Abstimmungsergebnis der einzelnen Parteien zu ersehen sein. Parteivorstand und Presse haben für eine schnelle Verbreitung dieser Berichte Sorge zu tragen. Ebenso sind die laufenden Parlamentsberichte ausführlicher zu bringen.

77. Kiel: Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, beim Deutschen Reichstag dahin zu wirken, daß die Renten der Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenrentner dem heutigen Geldwert entsprechend erhöht werden. Die Reichstagsfraktion soll dahin wirken, daß die Renten der oben genannten Rentenempfänger so erhöht werden, daß sie für die notwendigen Lebensbedürfnisse ausreichend sind.

78. Curau: Die Reichstagsfraktion möge dahin wirken, daß die Krankenkassenversicherung auf reichsgesetzliche Grundlage gestellt wird. Die Arzt- und Apothekerkosten für die Versicherten und deren Familien sind von den Krankenkassen zu übernehmen.

79. Osnabrück: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dahin wirken zu wollen, daß die unzulängliche Sozialversicherung zentralisiert und so ausgebaut wird, daß die Renten auskömmliche sind.

80. Rinteln: Der Parteitag möge sich mit der Frage der Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten befassen und Richtlinien schaffen für eine durchgreifende materielle Sicherstellung im Alter.

81. Curau: Bei Jahreseinkommen von 7500 Mk. soll der zehnprozentige Steuerabzug nicht in Frage kommen.

82. Dresden-Land: Die gespannte Wirtschaftslage bedingt auf das Dringlichste den Abbau der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. In der Erwägung, daß die Verwaltungskörperschaften, die mit der Verwaltung der unter Zwangswirtschaft fallenden Lebensmittel und Bedarfsartikel beauftragt sind, durch unfachgemäße Organisation eine unberechtigte Verteuerung und Verschlechterung der Waren mit sich bringen, wird der Parteitag ersucht, sich mit aller Entschiedenheit für eine Reformierung der betreffenden Institutionen einzusetzen.

Die Reform muß rücksichtslos durchgeführt werden und soll sich von den obersten Reichsstellen bis zu den Kommunalverbänden erstrecken.

Zu diesem Zwecke wird vorgeschlagen, eine Nachprüfung der betreffenden Aemter durch fachkundige Arbeiter und Angestellte zu beantragen.

Angestellte und Beamte in leitenden Stellen, die Gegner der Zwangswirtschaft sind, sind zu entfernen.

83. Curau: Zur Besserung der wirtschaftlichen Lage ist ein Preisabbau dringend notwendig.

84. Osnabrück: Die Reichstagfraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes im Interesse der Arbeiterschaft durchzusetzen.

85. Chemnitz: Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Kinderarbeit sofort verboten wird.

86. Benthe: Der Parteitag wolle beschließen, daß auf den Parteivorstand sowie auf die Reichs- und Landtagsfraktion dahingehend eingewirkt wird, daß in Zukunft in der Gesetzgebung schärfere und radikalere Maßnahmen ergriffen werden, um die Rechte und die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zu festigen.

87. Singen a. H.: Der Parteitag macht es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Pflicht, beim Wiederzusammentritt des Reichstags darauf zu dringen, daß in der Einkommensteuergesetzgebung das steuerfreie Einkommen in die Höhe gesetzt wird und die progressive Besteuerung bei den Einkommen bis zu 10 000 Mk. mit 5 Proz. beginnt. Jene Schichten, die nicht gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sind sofort gegen Interimsquittung nach den bestehenden Steuersätzen heranzuziehen. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind unter Schonung der Kleinbetriebe nicht nach dem Ertragswert, sondern nach der Größe des Besitzes landwirtschaftlicher Nutzungsfläche heranzuziehen.

88. Alsdorf: Der Parteitag möge beschließen: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt nicht in eine Regierung mit den bürgerlichen Parteien ein.

89. Bonn: Die Fraktion wird ersucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das Steuereinkommengesetz dergestalt geändert wird, daß

1. das steuerfreie Einkommen von 1500 auf 6000 Mk. erhöht wird,
2. daß die Staffelung bereits mit 5 Proz. beginnend anfängt,
3. den Gemeinden das Recht der Besteuerung des steuerfreien Einkommens erst bei Einkommen von 12 000 Mk. an gestattet ist.

90. Frankfurt a. M.: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, von der Regierung die sofortige Einbringung der auf Grund der §§ 70 und 72 des Betriebsrätegesetzes zu schaffenden Gesetze zu verlangen. Dabei ist in dem Bilanzgesetz vorzusehen, daß die dem Betriebsrat vorzulegende Bilanz alle in der handelsrechtlichen Bilanz vorzusehenden Angaben enthalten und außerdem

1. eine mögliche Spezialisierung der einzelnen Vermögensstücke,
2. die Angabe, wie sich der Geschäftsgewinn ohne Abschreibungen stellen würde,
3. eine Spezialisierung des Geschäftsunkostenkontos.

91. Karlsruhe: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu veranlassen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß dem Reichstag sobald als möglich ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, nach dem die Alters- und Invalidenrente so ausgebaut wird, resp. die Sozialisierung des gesamten Versicherungswesens in die Wege geleitet wird, daß der Arbeiterschaft ein den Verhältnissen entsprechender Ruhelohn und deren Witwen und Waisen eine Rente gewährt wird, ähnlich den Kommunal- und Staatsbeamten.

92. Frankfurt a. M.: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, unverzüglich in der kommenden Reichstagssession auf eine Aenderung derjenigen Bestimmungen im Reichsversorgungsgesetz zu drängen, die den berechtigten Widerspruch der Kriegsopfer hervorgerufen haben. In Betracht kommen hauptsächlich die §§ 28, 63 und 64 und die am 31. Juli 1920 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu den §§ 25 Abs. 3 und 28 des Reichsversorgungsgesetzes.

93. Mannheim: Der Parteitag wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß sich der Reichstag mit der Umgestaltung und dem Ausbau der Arbeiterversicherung befaßt.

94. Leer: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, zur Förderung der Demokratisierung der Verwaltung und zur Befreiung der Beamten von der Willkür reaktionärer Vorgesetzten die sofortige Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes über Beamtenräte zu verlangen. Es ist mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Beamtenräte ein Mitbestimmungsrecht erhalten und daß sie auf Grund demokratischer Wahlen zusammengesetzt werden.

95. Mannheim: Das Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorgegesetz ist einer Umarbeitung zu unterziehen im Zusammenwirken mit den berufenen Vertretern der Organisation der Kriegsbeschädigten.

96. Osnabrück: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß das Gesetz über den Volksentscheid mit möglichster Beschleunigung und mit der Bestimmung verabschiedet wird, daß dasselbe auch für die einzelnen Bundesstaaten Geltung hat, falls in diesen der Volksentscheid noch nicht durch Verfassung oder Gesetz geregelt ist.

97. Glatz und Habelschwerdt: Der Parteitag möge alle zuständigen Organe der Partei verpflichten, dahin zu wirken, daß in der Deutschen Republik die Militärgewalt unter allen Umständen der Zivilgewalt untergeordnet wird.

98. Aachen: Abschaffung jeder Wehrpflicht und vollständige Abrüstung.

99. Rückers (Kr. Glatz): Der Parteitag möge alle zuständigen Organe der Partei verpflichten dahin zu wirken, daß in der Deutschen Republik die Militärgewalt der Zivilgewalt unter allen Umständen untergeordnet wird.

100. Stade: Der Parteitag wird ersucht, dahin zu wirken, daß die gesamte Reichswehr aufgelöst und durch streng republikanisch gesinnte Männer in eine Polizeitruppe umgewandelt wird.

Die Reichswehr bildet gegenwärtig eine öffentliche Gefahr für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes.

101. Elberfeld: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, dahin zu wirken, daß mit größter Beschleunigung die hemmende Wirkung des Sperrparagraphen (Artikel 174 der Verfassung) beseitigt wird.

102. Groß-Stettin: Durch die Sabotage der Tarifverhandlungen zwischen dem Landarbeiterverband und den landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbänden (Landbund) seitens verschiedener Großgrundbesitzer ist es zu Störungen in der landwirtschaftlichen Produktion in Pommern und anderen Gebieten gekommen. Die Fraktion wolle daher im Reichstag dahin wirken, daß ein Gesetz geschaffen wird, das das Tarifwesen der landwirtschaftlichen Arbeiter regelt. Es müßte auf Grund eines Reichsgesetzes die Garantie geschaffen werden, daß von Zeit zu Zeit seitens der Regierung gemeinsam mit den Organisationen der Landarbeiter und der Arbeitgeber bezirksweise durch Verhandlungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt und durch Gesetz zwingende Form erhalten.

103. Afferde: Sämtliche Forsten, welche durch Vermächtnisse privilegiert sind, sind zu kommunalisieren, damit das Allgemeinrecht gefördert werden kann.

104. Afferde: Beseitigung oder Verschmelzung der Realgemeinden mit den politischen Gemeinden.

105. Benthe: Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei wolle dahin wirken, daß die Industriearbeiter, welche auf dem Lande wohnen und die bis jetzt außerhalb aller Siedlungs- und Pachtlandgesetze stehen, berücksichtigt werden.

106. Aurich: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion sowie die Genossen des Reichswirtschaftsrats mit der Ausarbeitung und Einbringung eines Gesetzentwurfs, welcher den Preisabbau 1. für Grund und Boden und 2. der Pachtpreise für landwirtschaftliche Ländereien herbeiführt, weil ohne diese Maßnahme an eine wesentliche Verbilligung der notwendigen Lebensmittel nicht zu denken ist.

107. Osnabrück: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion sowie die Genossen des Reichswirtschaftsrats mit der Ausarbeitung und Einbringung eines Gesetzentwurfes, welcher den Preisabbau 1. für Grund und Boden und 2. der Pachtpreise für landwirtschaftliche Ländereien herbeiführt, weil ohne diese Maßnahmen an eine wesentliche Verbilligung der notwendigen Lebensmittel nicht zu denken ist.

108. Hamburg: Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, umgehend nachstehenden Antrag dem Reichstage als Gesetzvorlage zugehen zu lassen: 1. Alles 1914 im Kulturzustande, d. h. in Nutzung und landwirtschaftlicher Bearbeitung gewesene Land, das aber 1920 nicht mehr in Nutzung und landwirtschaftlicher Bearbeitung stand, der Zwangsbewirtschaftung, gegebenenfalls durch Enteignung, zuführen zu wollen. 2. Alle in Privatbesitz befindlichen kulturfähigen Oedländereien zu enteignen und den Siedlungsgenossenschaften respektive Vereinen sowie auch an private Personen, soweit selbige sich verpflichten, die landwirtschaftliche Bewirtschaftung und Nutzung vorzunehmen, zu mäßigem Zinsfuß in Erbpacht zu überweisen.

Weiter wolle die Reichstagsfraktion dem Reichstage nachstehende Gesetzesvorlage zugehen lassen: „Bei allen Veräußerungen und Verkäufen von Grundstücken, gleichgültig, ob mit Wohnhäusern bebaut oder in landwirtschaftliche Kultur genommen, erhält der Staat das Vorkaufsrecht. Jeglicher unverdienter Wertzuwachs, der sich bei Verkäufen für den Verkäufer ergibt, ist von den Landesfinanzämtern einzuziehen."

109. Straubing: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß Zentraltarifverträge, welche zwischen den einzelnen Vertragskontrahenten, sei es für das Reich (Reichstarife), sei es für die Länder (Landestarife), abgeschlossen werden, umgehend, ohne daß hierbei die in Frage kommenden Unternehmer oder Arbeitnehmer noch befragt werden brauchen, rechtsverbindlich durch die zuständigen Reichsstellen (Reichsarbeitsministerium) oder durch die zuständigen Landesstellen (Soziales Ministerium) erklärt werden.

110. Flensburg: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, rechtzeitig einen Antrag im Reichstag zu stellen, damit der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erhoben wird.

111. Ortsgruppen Ober- und Nieder-Sprockhövel. Die Reichstagsfraktion möge bei Beginn der Session des Reichstags sofort den Initiativantrag einbringen, den 9. November als nationalen Feiertag festzusetzen.

112. Nienburg: Aus den Reihen der sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten ist eine Agrarkommission zu bilden. Ihre Aufgabe ist, die Reden und Teile von Reden der Gegner der Sozialdemokratie so zusammenzustellen, daß sie den führenden Genossen auf dem Lande als Agitationsstoff dienen können. Außerdem hätte diese Kommission Auszüge aus den Agrargesetzen den Genossen auf dem Lande zugänglich zu machen, damit diese stets imstande sind, die Gesetzesausführung der unteren Verwaltungsorgane genau zu überwachen.

113. Stade: Pressenotizen und sonstige Gerüchte bringen die Nachricht, daß unsere Partei beabsichtigt, recht bald wieder in die Regierung einzutreten.

Da nach Ansicht unserer Genossen die Zeit augenblicklich äußerst ungünstig ist, wird beantragt, daß der Parteitag beschließen möge, daß unsere Partei sich fernhalte von der Regierung. Die Parteien, die während des letzten Wahlkampfes unseren Genossen stets Unfähigkeit vorwarfen und noch vorwerfen, mögen vorläufig ruhig weiterregieren, bis sie allem Volke ihre eigene Unfähigkeit bewiesen haben. Desgleichen wäre erwünscht, daß, bevor unsere Partei sich an der Regierung beteiligt, eine Klärung innerhalb der Arbeiterbewegung stattgefunden hat, wofür jetzt berechtigte Hoffnungen vorliegen.

114. Hildesheim: Die Fraktionen des Reichstages und der Preußischen Landesversammlung werden beauftragt, dafür einzutreten, daß das Kleingartengesetz vom 31. Juli 1919 dahin abgeändert wird, daß den Kleingärtnern bis zu 2 Morgen Land zur Verfügung gestellt wird an Stelle von bisher bis zu ¼ Morgen oder bis 1000 Quadratmeter.

115. Groß-Berlin: Der Parteitag möge beschließen: Die Fraktion des Reichstags wird beauftragt, mit aller Energie dahin zu wirken, daß die Regierung endlich ernsthafte Schritte gegen den Schleichhandel und den Wucher unternimmt.

116. Groß-Berlin: Der Parteitag fordert die Abgeordneten der Partei in den Parlamenten auf, mindestens bei wichtigen Abstimmungen unbedingt anwesend zu sein.

117. Groß-Berlin: Die gesetzliche Regelung der Gehälter für die Reichs- und Staatsbeamten läßt hinsichtlich der Besoldung der Kommunalbeamten die Finanzlage der kleineren Arbeiterstädte und -gemeinden unberücksichtigt. Viele kleine Städte und Gemeinden werden durch diese Regelung gezwungen, ihren Beamten Gehälter zu zahlen, die das Vielfache des höchsten Eventuallohnes eines Arbeiters in gleicher Stadt ausmachen.

Die letzthin veröffentlichte Auslegung der Bestimmungen schafft diese Mißverhältnisse nicht ab.

Die weitere Bestimmung, daß für die Kinder auch der höchstbesoldeten Beamten Kinderzulagen und dieselben Teuerungszulagen gezahlt werden, schafft eine Benachteiligung für die gering besoldete Beamtenschaft, die angesichts der wirtschaftlich schweren Lage dieser Kreise und der Arbeiterschaft erbitternd wirken muß.

Wir beantragen, den Parteitag zu ersuchen, die Reichstagsfraktion und die des Landtages zu beauftragen, mit allen Mitteln sobald wie möglich auf Abhilfe hinzuwirken.

118. Oldenburg: Die Reichstagsfraktion möge sofort für die Schaffung eines Beamtenrätegesetzes eintreten.

119. Oldenburg: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür einzutreten, daß auf dem schnellsten Wege ein Gesetz im Reichstage geschaffen wird, wonach die Betriebsräte in die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften gewählt werden können.

120. Hoisbüttel: Der Parteitag spricht der Fraktion und den ehemaligen Regierungsmitgliedern seine Mißbilligung aus über die schwächliche Haltung namentlich bei der Durchführung der 8 Punkte nach dem Kapp-Putsch und erwartet, daß in Zukunft die Interessen des Proletariats rücksichtslos vertreten werden.

121. Bezirkskonferenz Görlitz: Der Parteitag spricht der Reichstagsfraktion sein Vertrauen zu der Haltung bei der Regierungsbildung aus.

122. Hoisbüttel: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, sofort Gesetzesvorschläge einzubringen: 1. Zur Sicherung der selbstwirtschaftenden Kleinbauern und Tagelöhner, die Pachtland im Besitz haben, gegen Kündigungen und Landwucher. 2. Zur Sicherung des Anrechtes jeder Familie der

ländlichen Gemeinden auf ein angemessenes Stück Land zur Selbsternährung durch die Gemeinden.

123. Hoisbüttel: Der Parteitag fordert, daß die Vertrauensmänner der Partei in der Regierung und Fraktion mehr als bisher die Verbindung mit den Parteimitgliedern aufrechterhalten und sich in erster Linie als Beauftragte der organisierten Arbeiterschaft fühlen und als solche handeln, und bei Entscheidungen, welche für die Parteientwicklung außerordentlich bedeutungsvoll sind, die Bezirksverbände befragt werden.

124. Hoisbüttel: Der Parteitag wolle beschließen, dahin zu wirken,

a) daß seitens der Reichstagsfraktion ein Antrag auf Aenderung des Kriegshinterbliebenengesetzes dahin einzubringen ist, daß alle in demselben vorhandenen Unterschiede beseitigt werden, die Renten einheitlich zu bemessen sind, so daß auf die Berufs- bzw. Standesunterschiede keine Rücksicht zu nehmen ist;

b) daß unverzüglich die Erhöhung der Renten der Alters-, Invaliditäts-, Unfall- und Krankenversicherung erreicht wird, so daß dieselbe die Höhe des Geldwertes erreichen, den arbeitsunfähigen Rentenempfängern aber eine den Verhältnissen entsprechende auskömmliche Rente gewährleistet wird.

125. Hoisbüttel: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, durchzusetzen, daß wichtige gewerbliche Betriebe, die nur aus kapitalistischem Interesse stillgelegt wurden, baldigst wieder in Betrieb gesetzt werden, und wenn die Unternehmer sich dem widersetzen, die Regierung den Betrieb auf Kosten des Unternehmers führt.

126. Sonneberg i. Th.: Der Parteitag fordert unsere Genossen in den Regierungen und Parlamenten auf, energisch jede weitere Verteuerung der Lebensmittel zu verhindern.

127. Waldenburg (Schles.): Der Parteitag wolle beschließen: Die Fraktionen des Reichstages und der Landesversammlung wollen darauf hinwirken, ein Gesetz zustande zu bringen, welches auch den Kreis- und Gemeindevertretern die Immunität gesetzlich gewährleistet.

128. Breslau: Die Reichstagsfraktion hat unverzüglich einen Antrag auf Neuregelung der Reichstagswahlkreise zu stellen. Bei der Neueinteilung ist besonders auf eine Verkleinerung der Wahlkreise Bedacht zu nehmen. Ferner ist auch der Eigenart von Großstädten, Industriebezirken und rein agrarischen Gegenden nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Diese Neueinteilung ist beschleunigt zu beantragen.

129. Glasbach: Die Sozialisierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu beschleunigen, und zwar möglichst ohne Entschädigung der gegenwärtigen Besitzer. Ferner sollen gegen die Treibereien der Reichswehroffiziere die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Weiter soll sich die Partei mit aller Kraft einsetzen für Revision des heutigen Straf- und Zivilrechts, um ähnliche Schandurteile wie gegen die Marburger Studenten zu vermeiden.

130. 5. badischer Landtagswahlkreis. Die Partei steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß parlamentarischen Ministern ein Anspruch auf Ruhegehalt nicht gewährt werden kann, sofern nicht besonders gelagerte Fälle eine Ausnahme als angezeigt erscheinen lassen.

131. Neuwied: Zur Herstellung einer besseren Fühlungnahme zwischen den Wählern und den Abgeordneten zum Reichstag und dem Landtag sind geeignete Organisationsmaßnahmen zu treffen, die darauf abzielen, einerseits die Wähler über die politische Gesamtlage als auch über die Absichten der Gesamtpartei dauernd zu unterrichten und andererseits eine wirksame Vertretung der im Wahlkreise bestehenden Interessen der Wähler bei den zuständigen höheren Reichs- und Staatsbehörden zu gewährleisten.

132. Pforzheim: Nachdem den Gemeinden die Steuerhoheit genommen ist, andererseits aber die vom Reiche zugewiesenen Mittel in keiner Weise ausreichen, die sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinden zu erfüllen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, in Kürze Richtlinien darüber herauszugeben, in welcher Weise noch weiter zu schaffende Einnahmequellen von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern angenommen und verantwortet werden können.

Die Art dieser Steuern, ob direkt oder indirekt, spielt dabei keine Rolle; maßgebend ist die Wirkung, und diese soll in der Hauptsache nur die besitzenden Klassen treffen, da Arbeiter, Angestellte und Beamte eine weitere Belastung nicht mehr ertragen können.

133. Rostock: Der Parteitag wolle auf die Reichstagsfraktion einwirken, daß sie sich für eine Planwirtschaft im Sinne Wissells einsetzt.

134. Brühl: Die Parteimitgliedschaft Brühl erwartet vom Parteitag, daß er sich gegen den Eintritt der Partei in die Regierung ausspricht, solange nicht die Gewißheit gegeben ist, daß ein starker sozialistischer Einschlag in der Regierung zum Ausdruck kommt.

135. Wiesbaden: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, in aller Schärfe dafür zu arbeiten, daß das Sozialisierungsproblem in den lebenswichtigen Industriezweigen (Kohlen, Erze, Eisen, Stahl, Chemische Industrie, Bauwesen, Papierherstellung) in zweckmäßigster Form schleunigst durchgeführt wird.

136. Magdeburg: Die wirtschaftliche Verfassung in ihrer jetzigen Form bietet der Arbeiterschaft keine Gewähr für eine spätere Erfüllung ihrer Hoffnungen. Darum fordert sie den Aufbau des Betriebsrätegesetzes in der Hauptsache dahin, daß es möglich sein wird, aus den Reihen der Arbeiterschaft Führer heranbilden zu können, die in der Praxis der Wirtschaftsführung technischer, ökonomischer und kaufmännischer Art eingeweiht und imstande sind, in gegebener Zeit die wirtschaftliche Macht übernehmen zu können.

137. Schneidemühl: Der Parteitag wolle beschließen: Die Sozialisierung des Bergbaus unter allen Umständen zu fordern und der Reichstagsfraktion entsprechende Anweisung zu geben.

138. Koblenz und Neuwied: Neuordnung der Lebensmittelversorgung. Der Parteitag verurteilt scharf die Aufhebung der Zwangswirtschaft durch die bürgerliche Regierung. Die freie Wirtschaft hat nicht vermocht, die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Der Parteitag fordert eine Neuordnung der Lebensmittelversorgung auf folgender Grundlage:

Die Erfassung geschieht einheitlich im ganzen Reichsgebiet nach einer von einer Reichszentrale auf Grund der Erntefläche, Bodenklasse und Ernteschätzung festgestellten Lieferungspflicht der Gemeinden. Die Verteilung auf die Verbrauchsgemeinden geschieht nach einem einheitlichen Schlüssel. Die Bedarfsbefriedigung der Erzeugergemeinden erfolgt grundsätzlich aus den Beständen der betreffenden Gemeinden, der Ueberschuß wird auf Anweisung der übergeordneten Erfassungsorganisation an die nächsten Bedarfsgebiete abgegeben. Zur Erfassung der Erzeugnisse innerhalb der Gemeinden werden von und aus den Arbeitern, Angestellten und Beamten Erfassungsorgane gebildet. Die Erfassung bei den Erzeugern liegt einzig und allein in den Händen dieser Erfassungsorganisationen. In Gemeinschaft mit den Verbrauchsgemeinden des Kreises bilden sie Kreisverbände, die aus sich heraus die Provinzialverbände bilden. Die bilden die Staats- und diese die Reichszentrale. In allen Körperschaften müssen Vertreter der Regierung mit weitgehenden Einspruchsrechten vertreten sein. Den Erfassungs- und Verteilungsorganisationen stehen Eingriffe in den Produktionsprozeß zu, um die Produktion zu sichern und zu

fördern. Sie können unbeschadet des Einspruchsrechts des Besitzers landwirtschaftliche Betriebsinhaber, die ihre Pflicht nicht erfüllen, entschädigungslos enteignen und den Betrieb mit dem gesamten Betriebsmaterial weiterführen. Die Großbetriebe sind zu verstaatlichen.

Demokratisierung der Verwaltung. Der Parteitag verpflichtet sämtliche, insbesondere die in der Staats- und Kommunalverwaltung sowie den staatlichen und kommunalen Vertretungen befindlichen Parteigenossen, mit allen erreichbaren Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die gesamte Verwaltungsorganisation vereinfacht wird und daß der gesamte, insbesondere der höhere Beamtenapparat nach neuzeitlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt wird.

Einheitsschule. Das Programm der Einheitsschule ist mit Beschleunigung durchzuführen.

Für die Opfer des Krieges. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichsregierung zu veranlassen, das Versorgungsgesetz der Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten einer beschleunigten Revision zu unterziehen.

139. Kranichfeld: Der Parteitag wolle beschließen, mit allen Mitteln bei der Regierung darauf hinzuwirken, daß unter Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung von Getreide eine Aenderung in der jetzigen Bewirtschaftung eintritt nach folgenden Richtlinien:

Die Verbraucher (Bäcker) sind berechtigt, auf Grund ihres Verbrauches ihre Körnerfrucht vom Erzeuger selbst zu kaufen in bestimmten hierfür geltenden Bezirken unter strenger Einhaltung von Höchstpreisen. Zur Kontrolle erhalten die Verbraucher Ausweiskarten, welche bei Abschluß eines Kaufes vom Käufer sowie Verkäufer auszufüllen und zu unterschreiben sind und vom Gemeindevorstand beglaubigt und gestempelt werden. Nach Abschluß des Kaufes werden diese Ausweiskarten entweder direkt oder durch das Bürgermeisteramt der Reichsgetreidestelle zur Kontrolle eingesandt. Durch dieses Verfahren würde erreicht, daß erstens aller Zwischenhandel und dementsprechende Verteuerung des Brotes in Wegfall käme. Dann wäre auch eine gewisse Freiheit des Kaufes gewährleistet, was auch zur Preissenkung mit beitragen würde; zweitens würde die Güte des Endproduktes der Frucht bedeutend verbessert, denn wenn die Frucht beim Bauer im Stroh und auch gedroschen längere Zeit lagert, trocknet selbige besser aus und gibt besseres Mehl und dementsprechend auch besseres Brot, wogegen beim jetzigen Verfahren, zumal beim Prinzip der Druschprämien, die Frucht auf schnellstem Wege (also unausgetrocknet, feucht) an den Kommunalverband geliefert wird, wodurch die Frucht erstens schon schwerer wiegt und zweitens durch Stockig- und Muffigwerden sehr verdirbt und schlechtes Mehl liefert.

Daß durch dieses Prinzip dieselbe Bewirtschaftung des Getreides ohne die bisherigen Nachteile zu erzielen ist, wird wohl ohne weiteres zugestanden werden müssen.

140. Kranichfeld. Der Parteitag wolle beschließen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Regierung Deutschlands Richtlinien herausgibt, um den jetzigen Wucherpreisen Einhalt zu tun. Gleichzeitig auch verschärfte Strafbestimmungen, um der Einhaltung dieser Richtpreise größtmögliche Geltung zu verschaffen.

Diese Richtlinien müßten als Grundlage haben, daß sämtliche Preise aller Lebensmittel, Waren, Arbeiten und Arbeitserzeugnisse unserem Valutastand in der Weise angepaßt würden, daß diese Preise also nicht höher sein dürften, als wie dies entsprechend unserem Valutastand angezeigt wäre, um uns dem Auslande gegenüber vor Schaden zu bewahren.

Wenn also zum Beispiel unsere Valuta auf 1 : 10 steht, so müßten auch sämtliche Preise so eingestellt werden, daß sie bloß den zehnfachen Betrag der

Vorkriegspreise kosten dürfen; selbstredend müßten also auch sämtliche Löhne und dergleichen Forderungen hierauf eingestellt sein, also nicht, daß z. B. ein Arbeiter an Lohn bloß das 3- bis 5fache von früher bekommt und für Lebensmittel das 15- bis 20fache bezahlen muß.

Alle über diese Sätze hinausgehenden Forderungen dürfen von den Preisprüfungsstellen nur bei außergewöhnlichen Verhältnissen zugestanden werden.

Sonstige Uebertretungen dieser Höchstpreise, vor allem Schieberpreise und Schiebereien überhaupt, müssen mit den schwersten Strafen belegt und möglichst mit Zuchthaus geahndet werden.

Den Richtlinien müssen die Vorkriegspreise zugrunde gelegt werden.

Durch diese Preisregelung würde sicher eine große Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft und wieder einigermaßen Zufriedenheit beim Arbeiter und der großen Masse des Volkes erzielt.

141. Sörup: Wir wünschen, daß so schnell wie möglich Neuwahlen der Schulvorstände in den Landgemeinden stattfinden auf Grund des Verhältniswahlsystems, da es von der Allgemeinheit nicht verstanden wird, daß noch zwei Jahre nach der Revolution einzelne Gutsbesitzer und Bauern drei bis 4 Stimmen besitzen. Unser demokratisches Empfinden sträubt sich gegen derartige verfassungswidrige feudalen Rechte. Die Arbeiter in den Landgemeinden haben es bitter empfunden, daß der Gesetzgeber die ländlichen Schulverhältnisse nicht genügend berücksichtigt hat.

142. Sörup: Wir verlangen eine Revision der Steuergesetzgebung, dahingehend, daß jedem Arbeiter sein Existenzminimum unversteuert bleibt. Das steuerfreie Einkommen müßte auf 10 000 Mk. erhöht werden.

143. Sörup: Der Parteitag möge dahin wirken, daß von der sozialistischen Fraktion sofort ein Antrag zum Reichstag über eine Erklärung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag im Deutschen Reich in Angriff genommen wird.

144. Neukirchen: 1. Der Parteitag wolle mit aller Energie dafür eintreten, daß das Reichsknappschafts- und Reichsberggesetz sobald wie möglich zustande kommt.

2. Der Parteitag wolle dafür eintreten, daß das Kindergeld von der Einkommensteuer frei bleibe. Die Versammlung sieht darin ein großes Unrecht, daß die Familienväter von dem viel zu geringen Kindergeld noch Steuern zahlen sollen.

145. Ilsenburg: Unter Einreichung eines Entwurfs zu einer Gemeindegrundsteuerordnung an den Parteitag als Material wird beantragt, die Abgeordneten unserer Partei zu ersuchen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Durchführung dieser Steuerordnung ermöglicht.

146. 5. badischer Landtagswahlkreis: Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist in erster Linie die Bautätigkeit von Staat und Gemeinde in jeder Weise zu fördern unter gleichzeitiger Ausschaltung übermäßiger Unternehmergewinne. — Verhinderung des Abbruchs von Ziegeleien und des Verkaufs industrieller Anlagen an das Ausland. — Die deutsche Ausfuhrindustrie, insbesondere soweit ihre Erzeugnisse zum Austausch von Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht kommen, ist vom Reich durch Gewährung von Darlehen zu unterstützen, damit die Ausfuhrindustrie, wenn möglich, voll beschäftigt werden kann.

147. 5. badischer Landtagswahlkreis: Der Parteitag erhebt auf das schärfste Protest, daß bei Anwendung der Steuergesetze zuerst die erwerbstätigen Schichten getroffen würden und bis heute Kapital und Besitz verschont geblieben sind. Auch die Erfassung der Vermögen fordert zum Protest heraus dank der reaktionären Besetzung der verantwortlichen Beamtenstellen. Die Werte an Liegenschafts- und Betriebsvermögen sind auf ihren tatsächlichen Stand einzuschätzen. Die heute noch gültigen Steuerwerte sind vor 15 bis 20 Jahren festgelegt worden. Wenn der Besitz mit der Angabe dieser niederen Werte fortfährt, hat der Staat in dieser Höhe bei allen geeigneten Objekten die Enteignung durchzuführen.

Um eine scharfe Bestrafung der vermögenden Steuerhinterzieher herbeizuführen, sind besondere Steuergerichtshöfe mit geeigneten Fachmännern und Beisitzern zu errichten. Den Gemeinden sind von seiten des Reiches soviel Mittel zu überweisen, daß sie auch ihre sozialen und kulturellen Aufgaben erfüllen können.

148. 5. badischer Landtagswahlkreis: Die heutige Parteikonferenz beauftragt die Genossen im Reichstag, mit aller Entschiedenheit für Verbesserungen im neuen Versorgungsgesetz für Kriegsbeschädigte einzutreten und erwartet, daß auch der Parteitag sich dieser Frage warm annimmt.

149. München: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dem Reichstag bei dessen Zusammentritt sofort einen Antrag zu unterbreiten, dahingehend, daß das Staatsangehörigkeitsgesetz so gestaltet wird, daß den Deutschösterreichern, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben, die Steuern und Abgaben entrichten und einen ungetrübten Leumund besitzen, die Aufnahme in den deutschen Staatsverband erleichtert wird.

150. München: Die Reichstagsfraktion wolle beantragen, daß die Mittel für die Zwecke der Landessiedlung, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, entsprechend erhöht werden.

151. München: Die außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München ersucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck auf einer sozial gerechteren Regelung des Abzugs der Einkommensteuer zu bestehen.

Eine Staffelung bzw. Minderung des Prozentsatzes bei geringeren Einkommen muß unbedingt durchgeführt werden. Bei gekürzter Arbeitszeit hat der Steuerabzug ganz zu unterbleiben.

Der Millionenschaden, den die Reichskasse durch die unerhört lange Hinauszögerung der Durchführung der Steuern aus Besitz erleidet, und die es dem Kapitalbesitz ermöglicht, mit den dem Staat entzogenen Millionen die öffentliche Meinung zu kaufen und zu vergiften und reaktionäre Einrichtungen zu finanzieren, macht es der Reichstagsfraktion zur ernstesten Pflicht, sich für die rascheste Durchführung der Besitzsteuern mit aller Kraft einzusetzen.

152. Karlsruhe: 1. Festsetzung einer Vermögensgrenze und Abgabe des darüber hinausgehenden Vermögens an das Reich. Die abgegebenen Vermögensteile sollen dem Wirtschaftsleben nicht entzogen werden; nur die daraus anfallenden Zinsen und Dividenden werden zur Zahlung der Zinsen für die Reichsschulden und zu deren Abtragung verwandt.

2. Um auch einen genügenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu gewinnen, wird ferner die Hälfte der Einlage an jedem der Rohstoffgewinnung, der Warenherstellung oder -veredelung dienenden Unternehmen und den Bankunternehmen, deren Grundkapital die Vermögensgrenze erreicht, auf das Reich überschrieben. Soweit dies nicht durch die Abgabe von Anteilen nach Ziffer 1 möglich ist, geschieht die Ueberschreibung gegen Entschädigung. Für die Zahlung dieser Entschädigung erhält das Reich angemessene Stundungsfristen.

3. In der Regel werden alle Unternehmen eines Industriezweiges kartelliert.

4. Die Unternehmer bleiben in der Regel Inhaber der Betriebe und erhalten für ihre Tätigkeit einen angemessenen Gewinnanteil oder eine angemessene Bezahlung. Ihr Anteil am Unternehmen darf von ihnen nur unter bestimmten Voraussetzungen veräußert bzw. an sie ausgezahlt werden.

5. Handel darf nur mit behördlicher Erlaubnis getrieben werden. Handel ohne Erlaubnis wird mit Freiheitsstrafe und daneben mit Einziehung des dadurch erzielten Vermögenszuwachses oder des halben Gesamtvermögens (der höhere Betrag ist einzuziehen) bestraft.

6. Unbeschadet der Tätigkeit der Steuerbehörden gelten die Betriebsräte der betreffenden Betriebe als Kontrollorgane und als Organe zur Wahrung des Reichsinteresses bei der Durchführung der Gesetze; ihre Befugnisse sind durch Aenderung des Betriebsrätegesetzes hinreichend zu erweitern.

153. München: Die Reichstagsfraktion wolle veranlaßt werden, eine Gesetzesänderung in bezug auf die Gewinne der Industrie, des Handels und des Gewerbes herbeizuführen. Geschäftsbetriebe müssen auf Grund ihres Betriebskapitals überwacht werden, die erzielten Gewinne dürfen 15 bis 20 Proz. des Betriebskapitals nicht überschreiten. Erzielte Ueberschüsse sollen dem Staate und insbesondere den staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen zugewiesen werden.

154. Ostsachsen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt die Forderung des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, schnellstens ein Reichsjugendgesetz im Sinne der von diesem Verband ausgearbeiteten Denkschrift zu schaffen, als vollberechtigt an. Ihre Vertreter in den einzelnen Parlamenten und Körperschaften müssen darauf hinarbeiten, daß umgehend diese berechtigte Forderung der Arbeiterjugend erfüllt wird.

Als besonders dringend wird die Schaffung des in der erwähnten Denkschrift geforderten Jugendschutzes anerkannt.

Im Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind unter Arbeiterschutz dementsprechende Richtlinien für den Jugendschutz mit aufzunehmen.

155. Hamburg: Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, den Entwurf des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Insbesondere ist eine Aenderung des § 49 Absatz 3 nötig in dem Sinne, daß für alle hilfsbedürftigen Jugendlichen das Jugendamt und nicht erst der Ortsarmenverband einzutreten hat.

156. Wiesbaden: Der Parteitag beauftragt Fraktion und Vorstand, die Finanz- und Steuerfrage mit aller Schärfe zu behandeln, insbesondere für die sofortige Einziehung der Besitzsteuer und des Reichsnotopfers besorgt zu sein. Die Reichstagsfraktion möge dafür wirken, daß in die Justizämter an Stelle der bereits übermäßig vorhandenen Juristen, Offiziere a. D. und Bureaukraten aus denjenigen Kreisen der Steuerzahler Personen gewählt, ernannt und angestellt werden, welche infolge des Steuerabzugs bereits ihren Steuerpflichten nachgekommen sind. Diese Personen sind den Reihen des werktätigen Volkes zu entnehmen, besonders den Gewerkschaften, Konsumvereinen, wobei auf ihre kaufmännische Vorbildung und ihre organisatorische Begabung mehr Gewicht zu legen ist, als wie auf juristische Kenntnisse und Beamtenqualifikation, so daß dann und dadurch in den Finanzämtern eine den derzeitigen politischen Verhältnissen entsprechende Vertretung des ganzen Volkes konstatiert werden kann.

Ferner ist dafür zu sorgen, daß der Steuerabzug nicht nur die Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, sondern daß alle Unternehmer für ihre Person dasselbe Verfahren zu beobachten und Marken zu kleben haben, mindestens aber in der Höhe ihres höchst bezahlten Arbeiters oder Angestellten. Bei der endgültigen Veranlagung findet dann die entsprechende Verrechnung statt.

157. Pr.-Eylau: Die Besteuerung der Grundrente ist nachdrücklichst durchzuführen. Der Parteivorstand und die parlamentarischen Ausschüsse haben eine diesbezügliche Gesetzesvorlage schleunigst einzubringen.

Da diese Arbeiten nur von Genossen geleistet werden können, die in Steuer- und Bodenfragen eingearbeitet sind, ist darauf Bedacht zu nehmen, möglichst viele derartige Kandidaten zu den bevorstehenden Landtags-, Reichstags- usw. Wahlen aufzustellen.

158. Frankfurt a. M.: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, das Finanzproblem mit größter Energie zu behandeln, insbesondere weitere Verzögerung der Veranlagung zu verhindern und auf größte Sparsamkeit in allen Aemtern zu drängen;

für sofortige Aufhebung der Abwicklungsstellen des Krieges zu wirken;

an dem Steuerabzug vom Einkommen festzuhalten;

demgegenüber aber auch die steuerliche Erfassung der Einkommen, die nicht in Gehalt oder Lohn bestehen, aufs schärfste durchzuführen,

auf die schnellste Erhebung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und des Reichsnotopfers ohne weitere Verzögerung der Veranlagung zu dringen;

ein Aufwandsteuergesetz vorzulegen, das gestattet, den verschwenderischen Verbrauch der Zensiten mit hohem Einkommen progressiv zu besteuern;

eine Novelle zum Einkommensteuergesetz vorzulegen, die die Banken zwingt, den Finanzämtern Mitteilung über die Finanztransaktionen ihrer Angestellten zu machen.

159. Quedlinburg: Vom Parteitag wird erwartet, daß unverzüglich Schritte unternommen werden, die eine Umarbeitung des Entwaffnungsgesetzes in die Wege leiten, weil die Handhabung des jetzigen Gesetzes der werktätigen Bevölkerung Grund zu der Annahme gibt, daß die Entwaffnung nur einseitig von der Arbeiterklasse gefordert wird.

160. Hamburg: Der Parteitag nimmt Stellung zur Reorganisation der Reichsversicherungsordnung sowie zur neuen Reichsarmengesetzgebung und beauftragt die Reichstagsfraktion, mit aller Energie für folgende Forderungen der Arbeiterinvaliden einzutreten:

1. Gleichstellung aller Zivilbeschädigten und Hinterbliebenen in den Versorgungssätzen mit den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. 2. Reichsgesetzliche Regelung der Erwerbsbeschränkten- und Erwerbsunfähigenfürsorge unter Loslösung von der Armenpflege. 3. Errichtung von Reichs-, Landes- und Ortsfürsorgestellen der Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen nach dem Muster der Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen. 4. Schaffung eines Beirats für Arbeitsinvalidenfürsorge im Reichsarbeitsministerium. 5. Mitbestimmungsrecht der Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen bei allen Fürsorgemaßnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden. 6. Eine einheitliche Arbeiterversicherung, die alle Arten der Versicherung umfaßt, wie Alters-, Invaliden-, Unfall-, Hinterbliebenen-, Kranken-, Angestellten- und Erwerbslosenversicherung, Ferienversicherung. 7. Wahl der Beisitzer und Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu den Beschluß- und Spruchkammern der Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und des Landes- und Reichsversicherungsamts sowie den übrigen Behörden der Reichsversicherungsordnung nach dem jetzigen Reichstagswahlsystem. 8. Beteiligung der Arbeitnehmer an der Geschäftsführung und Verwaltung der Reichsversicherung. 9. Aufhebung der prozentualen Festsetzung der Arbeitsunfähigkeit durch das Aerztegutachten. Ein solches Gutachten kann nur unter Mitbeteiligung von Facharbeiterausschüssen festgesetzt werden. 10. Der Weg von und nach der Arbeit ist versichert. 11. Gewerbekrankheiten und Berufskrankheiten sind versicherungspflichtig. 12. Invalidität tritt statt bei 66⅔ Proz. bei 50 Proz. Erwerbsunfähigkeit ein, wie bei der Angestelltenversicherung. 13. Den Arbeitern darf das Anrecht auf Invaliden- und Altersrente usw., welches durch das Kleben der dazu nötigen Anzahl Marken erworben wird,

nicht verloren gehen, wenn sie in bestimmten Zeiträumen bei Arbeitsunfähigkeit nicht geklebt haben. 14. Allen Renten liegt der tatsächliche Verdienst zugrunde. 15. Bei den Versicherungsbehörden Trennung von Verwaltung und Rechtsprechung. 16. Das Recht auf Rekurs und Revision muß erweitert werden. 17. Dauerrente ist Dauerrente und nicht, wie heute, nur auf zwei Jahre festzusetzen. 18. Ferienversicherung unter der Voraussetzung unbedingter Notwendigkeit nach dem Markensystem der Invalidenversicherung und im Anschluß an diese. 19. Ein genügender Ausgleich der Renten mit den heutigen Lebensmittelpreisen und den Preisen der heutigen Lebensbedürfnisse für die Rentenempfänger bis zu den ältesten Jahrgängen.

161. Hamburg: Der Parteitag wird ersucht, seine Aufmerksamkeit den Beamten- und Staatsangestelltenfragen zuzuwenden; insbesondere die Genossen im Reichstage und in den Parlamenten zu beauftragen, mit allen Kräften für die Behebung der Notlage der unteren und mittleren Beamten einzutreten. Ebenso ist auf eine baldige gesetzliche Festlegung der Beamtenausschüsse und Beamtenräte zu dringen.

162. Frankfurt a. M.: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf zu dringen, daß bei der Neubesetzung unserer ausländischen Vertretungen (Botschafter, Gesandten und Konsuln) darauf zu achten ist, daß keine Personen gewählt werden, die auch nur im geringsten den Verdacht erwecken könnten, daß sie nicht vorbehaltlos auf dem republikanischen Boden stehen.

163. Mannheim: Der Sozialdemokratische Verein Mannheim richtet an den deutschen Parteitag den Antrag, nachdem das Verfahren gegen die Führer des Kapp-Putsches vom Reichsgericht, trotzdem diese von der allgemeinen Amnestie ausgeschlossen wurden, eingestellt wurde, auf dem allgemeinen Parteitag mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß nunmehr die Aburteilung durch Sondergerichte, welche vom Reichstag zu ernennen sind, erfolgt.

164. Rostock: Der Parteitag wolle auf die Reichstagsfraktion einwirken, daß sie sich für sofortige Aufhebung der Privatvorschulen einsetzt.

165. Kamenz: Der Parteitag verlangt von den Abgeordneten im Reichstag, daß sie dafür eintreten, daß den Arbeiterjugendbildungsvereinen in leerstehenden Kasernen Räume als Heime zur Verfügung gestellt werden.

166. Hamburg. In Erwägung, daß das Erbschaftssteuergesetz in der bestehenden Form nicht durchgreifend in Anwendung gebracht werden kann, beauftragt der Parteitag die Fraktion, für die gesetzliche Einsetzung von amtlichen Testamentsvollstreckern einzutreten und weitergehend einen allgemeinen Testamentszwang in Vorschlag zu bringen.

167. Hamburg: Die Fraktion wird beauftragt, von der Regierung scharfe Maßnahmen gegen den Wucher zu verlangen, um einer katastrophalen Aeußerung des Volksunwillens vorzubeugen.

168. Hamburg: Der Parteitag wolle beschließen: Die Fraktion hat dafür einzutreten, daß die gewerbsmäßige sowie jede private und Vereinsstellenvermittlung restlos, unter schwerster Geld- und Freiheitsstrafandrohung, durch Gesetz verboten wird.

169. Hamburg: Die Reichstagsfraktion und die Partei haben mit allen Mitteln die wirtschaftliche Anlehnung an Rußland zu erstreben.

170. Hamburg: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, schnellstens die Revision des Entmündigungsverfahrens, das gar nicht mehr zeitgemäß ist, zu betreiben.

171. Hamburg: Die Genossen der Reichstagsfraktion werden beauftragt, umgehend darauf hinzuwirken, daß durch reichsgesetzmäßige Regelung das Halten von Bordellen und ähnlichen der gewerbsmäßigen Unzucht dienenden Einrichtungen unmöglich gemacht wird. Als Muster könnte das Gesetz über die Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit und venerischen Ansteckung vom 11. Oktober 1906 in Dänemark gelten, dessen § 3 lautet:

„Es ist verboten, ein Bordell zu halten. Derjenige, der dieses Verbot übertritt, wird mit Besserungsstrafe, Zwangsarbeit oder Gefängnis bei gewöhnlicher Gefängniskost bestraft."

Eine derartige Bestimmung wäre spätestens zu verabschieden mit dem seit 10. März 1920 dem Reichsrat im Entwurf vorliegenden Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

172. Hamburg: Da bisher alle Besserungsbestrebungen zur durchgreifenden Hebung der Volksernährung und Erhaltung unserer Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften angesichts der trostlosen Wirtschaftslage ein negatives Resultat gezeitigt haben, wird der Parteitag dringend ersucht, ausgiebig Stellung zu einer positiven durchgreifenden, dem erwerbstätigen deutschen Volk so notwendigen Besserung, insbesondere der Kohlenversorgung, der Ernährung, der zeitgemäßen Reform der Erwerbslosenfrage und produktiven Erwerbslosenfürsorge sowie der endlichen Verwirklichung der Arbeitslosenversicherung zu nehmen.

173. Hamburg: Der Parteitag fordert, daß unsere Genossen und Genossinnen in den maßgebenden Aemtern dem reaktionären Treiben arbeiterfeindlicher Elemente rechtzeitig größere Beachtung schenken und energischer entgegentreten als bisher. Eventuell sind Ueberwachungsstellen einzurichten und diese nicht nur mit Genossen, sondern auch mit geeigneten Genossinnen zu besetzen.

174. Hamburg: Die Partei hat die baldige Herausgabe eines zeitgemäßen Gesetzes für die Schiffahrt treibende Bevölkerung zu betreiben, da die gegenwärtigen Bestimmungen veraltet sind und in der Praxis äußerst hemmend wirken.

175. Ostsachsen: Die Familienunterstützung ist durch Reichsgesetz bei sämtlichen Krankenkassen einzuführen.

Das steuerfreie Existenzminimum ist auf das Doppelte zu erhöhen.

Die Frage der Erwerbslosenfürsorge in Verbindung mit dem Arbeitsnachweisgesetz ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

176. Wehrstedt: Die Kandidaten zu den Parlamenten sollen prozentual so verteilt werden, daß nicht die Akademiker den größten Teil der Sitze einnehmen; die Mehrzahl muß aus Arbeitern bestehen.

Die Wissenschaft hat uns bewiesen, daß sie nichts weiß; die Akademiker und Wissenschaftler tragen die Hauptschuld an der Zersplitterung der Arbeiterklasse.

177. Wehrstedt: Doppelmandate sind unzulässig; das heißt, wer Mitglied einer Landesversammlung ist, kann als Reichstagskandidat nicht in Frage kommen.

Die Doppelmandate sind sofort zu beseitigen.

178. Rostock: Doppelmandate sind unter allen Umständen zu vermeiden.

179. Augsburg: Der Parteitag beauftragt die Fraktion, die nun abgeschlossenen Arbeiten der Sozialisierungskommission in einem Gesetzentwurf zusammenfassend dem Reichstag zuzuleiten. Als Grundlage den Vorschlag 1 (Minderheitsvorschlag) der Kommission zu nehmen, dabei zu beachten, daß jede Staatsbureaukratie ausgeschaltet und nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren wird. Alle Betriebsleiter sowie Angestellte sind auf Dienstvertrag anzustellen.

180. Bremerhaven: Es wird verlangt, daß die Sozialdemokratie in keine Koalitionsregierung eintritt, die unter Einschluß der Deutschen Volkspartei gebildet wird. Eine Beteiligung an der augenblicklichen Reichsregierung darf deshalb für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommen.

181. Augsburg: Der Parteitag möge beschließen, die Fraktion zu beauftragen, unverzüglich dahin zu wirken, daß die Rationen der noch bewirtschafteten Lebensmittel erhöht werden, um so das Hamstern einzuschränken.

Die Erfassung geschieht einheitlich im ganzen Reichsgebiet nach Bodenklasse; bei der Ernteschätzung haben außer den Gemeindebehörden Vertreter der Distriktsbehörden unter Einschluß der Konsumenten mitzuwirken.

Um das Schieber- und Schleichhändlerunwesen wirksam zu bekämpfen, wird die Fraktion beauftragt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der bei Verfehlungen neben Zuchthausstrafe die Konfiszierung des Vermögens nicht nur des Schiebers, sondern auch des Erzeugers vorsieht. Lehnt der Reichstag den Gesetzentwurf ab, so wird der Parteivorstand beauftragt, sofort ein Referendum zu beantragen und alle Vorbereitungen hierzu zu treffen.

182. Augsburg: Der Parteitag wird beauftragt, einen Gesetzentwurf zu verlangen, der die alsbaldige Ueberführung der Apotheken in Gemeinwirtschaft zum Zweck hat.

183. Augsburg: Der Parteitag beauftragt die Fraktion, auf das Reichsschatzministerium mit allem Nachdruck einzuwirken, daß die militärischen Gebäude, soweit sie nicht für militärische Zwecke dringend benötigt werden, für Wohnzwecke freigemacht werden.

184. Dresden-Land: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei der Reichsregierung auf Schaffung eines Gesetzes hinzuwirken, das der Zersplitterung im Krankenkassenwesen begegnet.

185. Dresden-Land: Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, die sofortige Schaffung eines Reichspensionsgesetzes für alle Staatsbürger bei der Reichsregierung zu beantragen.

186. Dresden-Land: Der Parteitag wolle die Fraktion beauftragen, von der Regierung die Bereitstellung von Erziehungsbeihilfen für alle Kinder unter Anlehnung an die Sätze der Kinderbeihilfen, die Staats- und Gemeindebeamten gewährt werden, zu fordern.

187. Dresden-Land: Die Vertreter unserer Partei in den Parlamenten und Regierungen werden beauftragt, mit allen Kräften für eine planmäßige Gestaltung unserer Volkswirtschaft einzutreten. Der Parteivorstand hat dem nächsten Parteitag, wenn bis dahin eine völlige Neuformulierung unseres Parteiprogramms nicht möglich ist, ein wirtschaftliches Aktionsprogramm vorzulegen, in dem die Grundsätze der Planwirtschaft aufgenommen sind.

188. Mannheim: Der Sozialdemokratische Verein richtet an den Parteitag das dringende Ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Angelegenheit General v. Seeckt-Heereskammer sowie Eisenbahnminister Gröner-Betriebsräte eingehend untersucht und ein wahrheitsgemäßer Bericht herausgegeben wird.

189. Dresden-Land: Um einer weiteren Verschlechterung und Verteuerung der unentbehrlichen Lebensmittel vorzubeugen, fordern wir vom Parteitag, daß er sich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzt, daß unentbehrliche Nahrungsmittel, wie Brotgetreide, Gerste, Kartoffeln, Zucker, für Brenn- und Brauzwecke nicht freigegeben werden, solange die werktätige Bevölkerung an diesen unentbehrlichen Nahrungsmitteln Mangel leidet.

190. Dresden-Land: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion umgehend zu veranlassen, daß auf dem Verordnungswege baldigst

oder durch beschleunigten Gesetzentwurf die Altersgrenze für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Reich, Staat und Gemeinden auf 60 Jahre herabgesetzt werde.

191. Dresden-Land: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Reichstag sofort einen Antrag einzubringen, der die sofortige Entlassung derjenigen verantwortlichen Personen in der Reichswehr verlangt, welche in der letzten Zeit in der gröblichsten Weise gegen die Verfassung und deren republikanischen Geist verstoßen haben. In Zukunft sind ebenfalls gegen solche Personen die schärfsten Maßnahmen anzuwenden.

192. Magdeburg: Der Parteitag möge erwägen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, alle parlamentarischen Machtmittel zur Eroberung der politischen Macht zu benutzen und eine Regierungsbildung anzustreben, in der die Sozialdemokratie vertreten ist. Nur von dem Mitwirken der Sozialdemokratie in der Regierung erhoffen wir eine Gesundung unserer Verhältnisse.

193. Vorhalle: Der Parteitag wolle der Reichstagsfraktion den Auftrag erteilen, gleich bei Beginn der Session des Reichstags den Initiativantrag einzubringen, den 9. November zum Nationalfeiertag zu erheben.

194. Bremen: Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bis zur Durchführung der Einheitsschule für begabte Volksschülerinnen zwei Ergänzungsschuljahre eingeführt werden, deren Erledigung die Berechtigung zum Eintritt in soziale Bildungsanstalten, Kindergärtnerinnenseminare und Seminare für Haushaltslehrerinnen gibt.

195. Brandenburg-Westhavelland: Der Parteitag möge beschließen, daß die Fraktion der Reichstagsabgeordneten alle geeigneten Schritte unternimmt, um eine schleunige Sozialisierung des Seefischfangs und Seefischhandels herbeizuführen.

196. Eschwege: Der Parteitag wolle beschließen, einen Eintritt in die Regierung entschieden abzulehnen, bevor nicht erst eine Klärung durch Neuwahlen geschehen ist.

197. Eschwege: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Reichstagsfraktion in Zukunft nicht mehr den Forderungen der Staatsbeamten zustimmt, damit keine so großen Unterschiede im Gehalt zwischen Beamten und Arbeitern mehr zustande kommen, wie es bis heute noch besteht.

Bericht vom Internationalen sozialistischen Kongreß.

198. Osthavelland und Ruppin: Der Unterbezirkstag für Osthavelland und Ruppin mißbilligt die auf der Genfer Konferenz angenommene Resolution, in der der deutschen Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht wird, nicht frühzeitig und scharf genug das militärische System bekämpft zu haben. Der Unterbezirk ist im Gegenteil der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie in dieser Beziehung stets ihre Pflicht getan hat.

199. Hamburg: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in sorgfältiger und energischer Weise die in Genf wieder angeknüpften internationalen Beziehungen auszubauen, ganz besonders aber sein Augenmerk auf ein gut funktionierendes internationales Nachrichten- und Informationsbureau zu lenken.

200. Hamburg: Dem nächsten Internationalen Sozialistenkongreß ist ein Antrag auf Errichtung eines Internationalen Presse- und Propagandabureaus zur schleunigen Ausführung zu unterbreiten.

Zwecks Festigung der internationalen Beziehungen tauschen die sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder zu gegenseitiger Berichterstattung Genossen und Genossinnen aus, die zur besseren Ueberwindung der Valutaschwierigkeiten am zweckmäßigsten von dem gastgebenden Lande zu unterhalten sind.

201. Hamburg: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses in Genf am 31. Juli 1920.

Der Parteitag begrüßt es mit Genugtuung, daß der Kongreß in Genf entgegen dem Vertrage von Versailles das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker als einzige Grundlage des Friedens bezeichnet, und daß er vom Völkerbund erwartet, daß dieser die Landesgrenzen, die durch den Vertrag von Versailles willkürlich festgesetzt sind, durch Grenzen ersetzt, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen. Ferner begrüßt es der Parteitag, daß der Kongreß den Charakter des Versailler Friedensvertrages als einseitig und somit als ein Diktat der Sieger bezeichnet, das vom Geist des Imperialismus erfüllt ist und den besiegten Völkern unerschwingliche Lasten auferlegt, das weiter den Militarismus der Siegerstaaten unberührt und allmächtig läßt, die Verteilung verschiedener Teile der Erde zu ausschließlichem Nutzen der Kapitalisten der Siegerstaaten regelt und in seinem ganzen Inhalt und Geist dem Frieden nicht dient, sondern den Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit belätzt.

Indessen ist über Deutschland eine wirtschaftliche Krise hereingebrochen, die erschreckend deutlich zeigt, daß der Vertrag von Versailles weit schlimmeres ist als ein einseitiges Diktat. Der Vertrag ist jetzt bereits die vollendete Lähmung Deutschlands in politischer, wirtschaftlicher und seelischer Beziehung.

Hunderttausende deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen sind völlig erwerbslos, andere Hunderttausende arbeiten in halben und Drittelschichten. Millionen Frauen und Kinder darben, degenerieren und verkommen mit ihren Männern in dem Elend, das nach den Schrecknissen des Krieges nun der Vertrag von Versailles über sie gebracht hat. Die Kaufkraft des deutschen Volkes ist zusammengebrochen. Millionen Arme wissen nicht, wie sie sich kleiden, wie sie Familien gründen, wie sie sich nähren sollen. Dazu ruht auf allen Deutschen das stumpfe Bewußtsein der Ohnmacht und Entwürdigung. Vor allen Völkern ist allein das deutsche Volk des Selbstbestimmungsrechts entkleidet worden, durch Machtspruch sind Deutsche millionenweise ohne Befragung unter polnische, tschechoslowakische und italienische Fremdherrschaft gezwungen worden. Und durch Machtspruch wird den Deutschen Oesterreichs untersagt, sich mit der Republik Deutschland zu vereinigen. Tausendfach verstößt der Vertrag von Versailles gegen die Grundsätze der Menschlichkeit, die zugleich Grundsätze des internationalen Sozialismus sind.

Die deutsche Sozialdemokratie wirkt mit ihrem ganzen Einfluß rückhaltlos für die Erfüllung geschlossener Verträge, aber sie hält es auch für ihre heiligste Pflicht, Verträge, die am Ende den Zusammenbruch Deutschlands bewirken, ebenso rückhaltlos zu charakterisieren. Die deutsche Sozialdemokratie will jede schwere Last an der Wiedergutmachung des schrecklichen Krieges mittragen, aber es wäre widersinnig, zu schweigen, wenn die Last erstickend wirkt.

Gestützt auf die Genfer Beschlüsse, wendet sich darum der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie an die Sozialisten aller Länder, besonders an die sozialistischen Brüder und Schwestern Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens:

Verhelft mit aller Kraft dem deutschen Volke zur Gleichberechtigung mit andern Völkern, helft, daß die Deutschen Westpreußens, Posens, Tschechoslowakiens und Tirols nachträglich über ihr Schicksal selbst bestimmen können. Verhelft dem deutschösterreichischen Volke zum Selbstentscheidungsrecht über sein staatliches Schicksal. Behütet die deutschen Proletarier, auf denen am Ende alle Arbeits- und Geldlasten ruhen, vor dem völligen Zusammenbruch und vor völliger Verelendung und Verzweiflung, indem ihr in euren Ländern mächtig die Stimme der Menschlichkeit und des Verlangens nach wirklichem Völkerfrieden erhebt, und mit heiligem Solidaritätsgefühl für die Aenderung des Versailler Vertrages nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und für die Milderung der Lasten des deutschen Volkes wirkt und kämpft.

Sozialisten aller Länder! Der Vertrag von Versailles verletzt die heilige Sache des Sozialismus überall, indem er sie gegen ein Volk verletzt. Der Vertrag von Versailles verwundet den in der ganzen Welt aufstrebenden Sozialismus überall, indem er ihn durch die Verarmung und Verelendung des gut sozialistischen Proletariats in Deutschland tödlich schlägt. Durch die Tat müßt ihr darum zeigen, daß die sozialistische Solidarität mächtig ist und sieghaft über den kapitalistischen Imperialismus zu triumphieren vermag.

202. München: Die deutsche Sozialdemokratie beantragt beim Internationalen Sozialistischen Bureau den sofortigen Austausch von Parteigenossen der Länder, die als Bevollmächtigte ihrer Landesparteien tätig sind und gemeinsame Hilfsaktionen fördern.

203. Wiesbaden: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Denkschrift über den Friedensvertrag von Versailles in den Weltsprachen in möglichst populärer Form herauszugeben und mit Unterstützung des Internationalen Bureaus darauf hinzuwirken, daß der Friedensvertrag so geändert wird, daß für das deutsche Volk die Lebensmöglichkeit nicht unterbunden wird. An der Milderung des Friedensvertrages hat auch das Internationale Proletariat im Interesse unseres gemeinsamen Zieles ein eigenes Interesse. Eventuell ist ein Aufruf seitens des Parteitages an das sozialistische Proletariat aller Länder zu erlassen.

204. Mannheim: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, um, gestützt auf die neu erstandene Zweite Internationale, einen internationalen Pressenachrichtendienst für die sozialistische Presse baldigst zu schaffen.

Jugend und Bildung.

205. Groß-Berlin: Der Parteitag empfiehlt den Parteiorganisationen, größeres Gewicht als bisher auf die Gewinnung der Kopfarbeiter, insbesondere der Akademiker, für die Partei zu legen. Durch geeignete Maßnahmen, etwa durch Bildung von Werbeausschüssen, ist die Gewinnung der für die Verwirklichung des Sozialismus so notwendigen geistigen Arbeit zu fördern.

206. Groß-Berlin: Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen der jungen Parteigenossen von 18 bis 25 Jahren in vielen Orten des Reiches, die sich in besonderen Bildungsgemeinschaften innerhalb der Partei zu wahren Sozialisten erziehen wollen. Der Parteitag fordert die Parteigenossen, insbesondere die Bildungsausschüsse auf, die Bestrebungen der jungen Genossen nach Kräften zu fördern.

207. Groß-Berlin: Der Parteitag fordert diejenigen Parteizeitungen, denen es nur irgend möglich ist, auf, nach dem Muster des „Hamburger Echo" monatliche Jugendbeilagen herauszugeben, in denen Arbeiterjugend und Jungsozialisten zu Worte kommen.

208. Groß-Berlin: Der Parteitag möge beschließen, in den größeren Orten (Kreisen) Parteischulen einzurichten, in denen neben den üblichen Fächern Verwaltungstechnik im Staats- und Kommunewesen gelehrt wird.

209. Brandenburg-Westhavelland: Der Parteitag wolle beschließen, die örtlichen Wahlvereine anzuweisen, die jungsozialistischen Vereinigungen in ihren Bestrebungen (auch finanziell) zu unterstützen.

210. Lübeck: Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins ersucht den Parteitag, sich mit der jungsozialistischen Bewegung zu befassen und ihre Förderung zu beschließen. Der parteipolitischen Weiterbildung der Parteimitglieder im Alter von 18 bis 25 Jahren ist besondere Wichtigkeit beizumessen.

211. Stade: Der Parteitag wolle beschließen, daß in jedem Bezirk Kurse eingerichtet werden zwecks Ausbildung von Rednern.

212. Eckernförde: Der Parteitag möge die Frage, ob nicht in den einzelnen Parteibezirken Unterrichtskurse eingerichtet werden können, prüfen.

213. Mittweida: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, auf schnellstem Wege die Parteibildungskurse, wie sie vor dem Kriege bestanden, wieder aufzunehmen und neu auszubauen.

214. Eßlingen: Der Sozialdemokratische Verein Eßlingen anerkennt die dringende Notwendigkeit einer internationalen Hilfssprache zur internationalen Verständigung der Arbeiterschaft und Sozialisten für die Interessen des Sozialismus und zur Erledigung der internationalen Angelegenheiten, überlegt die wichtige und drängende Frage des Ausbaues der internationalen Organisation und beauftragt den Parteitag, die Welthilfssprache Esperanto vorzuschlagen und die Einschreibung dieser Frage in das Programm des Parteitages zu veranlassen.

215. Frankfurt a. M.: Die „Bildungsarbeit" ist wieder in vollem Umfange aufzunehmen. Wanderlehrer sind anzustellen, die besonders das Gebiet der Volks- und Weltwirtschaft zu behandeln haben.

Das Experiment der früheren Berliner Parteischule für ganz Deutschland nach dem alten Muster ist nicht zu wiederholen; statt dessen sind in den verschiedenen Parteizentren Deutschlands Parteischulen nach dem Muster der Berliner Arbeiterbildungsschule zu errichten.

216. Rostock: Der Parteivorstand wird beauftragt, in den einzelnen Bezirken Bildungskurse durch Wanderredner einzurichten.

217. Rostock: Die Parteischule ist möglichst bald, spätestens innerhalb eines Jahres, zu eröffnen.

218. Stuttgart: Der Sozialdemokratische Verein anerkennt die dringende Notwendigkeit einer internationalen Hilfssprache zur internationalen Verständigung der Arbeiterschaft. Hierzu wird dem Parteitag in Kassel die Welthilfssprache Esperanto vorgeschlagen mit dem Ersuchen, diese Forderung in den zweiten Teil unseres Parteiprogramms aufzunehmen.

219. Afferde: Die Sozialdemokratische Partei wolle dahin wirken, daß unter allen Völkern neben der Muttersprache eine Einheitsweltsprache in allen Schulen eingeführt wird.

220. Norden: 1. Einführung der Simultanschule. 2. Die Einheitsschule ist durchzuführen. 3. Der Pastor soll nicht eo ipso Mitglied des Schulvorstandes sein. Der § 174 der Reichsverfassung muß eine Aenderung erfahren. 4. Den Vorsitz im Schulvorstand führt ein Lehrer. 5. Die Volksschulklassen dürfen nicht stärker belastet sein als die der höheren Schulen, wo in den oberen Klassen kaum 10 bis 20 Schüler auf eine Lehrkraft entfallen. Die Höchstzahl der Schüler soll nicht über 30 steigen. 6. In den Städten sind

sämtliche Schulen den Volksschulen anzugliedern. (Prinzip der Einheitsschule.) 7. Der Fortbildungsschulunterricht ist für alle Knaben und Mädchen obligatorisch einzuführen. 8. An dem Haushaltungsunterricht haben alle Mädchen, einerlei, welche Schule sie besuchen, teilzunehmen. In allen Städten und Flecken ist eine Haushaltungsschule einzurichten, an der die Mädchen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre teilnehmen müssen. 9. Sämtliche Lehrer der höheren und niederen Schulen erhalten die gleiche Ausbildung.

221. Bezirksleitung Linker Niederrhein: Sämtliche Geschichtswerke, ganz gleich, ob es sich um deutsche oder preußische Geschichte, um die Geschichte der Literatur oder um die der Pädagogik und des Erziehungswesens handelt, sind vom einseitigsten reaktionären, meist auch vom widerwärtigsten konfessionellen Standpunkte aus geschrieben. Es fehlen jene Werke, welche die geschichtlichen Tatsachen vom Standpunkte und Gesichtsfelde eines freidenkenden, sozialdemokratisch fühlenden und sozial geschulten Wissenschaftlers und Lehrers aus darstellen, Werke, aus denen alles Reaktionäre, Theologische, Konfessionelle, Militaristische und Dynastische, einer Demokratie und Republik Widerstrebende entfernt bleibt, die nur das bringen, was der modernen geschichtlichen Kritik standhält und geeignet ist, junge freisinnige sozialdemokratische Menschen und Lehrer zu erziehen. Unser Antrag an den Parteitag geht daher dahin, daß: 1. geeignete Männer umfassender Bildung und freisinnigen Geistes mit der Abfassung und Herstellung solcher Geschichtswerke beauftragt werden; 2. durch Bereitstellung von Mitteln jenen Männern Gelegenheit gegeben wird, genannte Werke ohne Sorge und Rücksichtnahme zu verfassen; 3. ihnen die Drucklegung und weiteste Verbreitung ihrer Werke garantiert wird.

222. Barel: Der Parteitag wolle prüfen, ob es angebracht ist, eine illustrierte Wochenschrift, verbunden mit einer Modezeitung, herauszugeben, um die bürgerlichen Unternehmungen dieser Art aus den Arbeiterhäusern zu entfernen und auf diese Weise besonders unter den Frauen agitatorisch zu wirken.

223. Neumünster: Der Parteitag beschließt, nach Möglichkeit Bezirksparteischulen nach dem Muster der alten Berliner Parteischule einzurichten.

224. Hoisbüttel: Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion der Preußischen Landesversammlung aufzufordern, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die geplante bildungsfeindliche Anordnung, wonach in der Volksschule auf 60 Schüler eine Lehrkraft vorgesehen ist, nicht zur Durchführung kommt. Ebenso hat sie ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei Besetzung der Posten der Schulaufsicht auch im weitesten Maße auf Personen mit sozialistischer Weltanschauung zurückgegriffen und das Elternbeiratsgesetz im Sinne der sozialistischen Bestrebungen ausgebaut wird.

225. Bad Berka: 1. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Regierung und die Gewerkschaften gemeinsam, in enger Zusammenarbeit mit der Parteileitung im Deutschen Reiche „Volkshochschulheime" schaffen, ähnlich dem, wie es in Dreißigacker bei Meiningen besteht.

2. Die Gebäude für die Heime sollen beschafft werden, indem dem Reich durch Gesetz das Recht verliehen wird, Besitzern, die mehr als 4 Schlösser oder 4 größere Güter (über 1000 Morgen) ihr Eigen nennen, eine Besitzung zu enteignen, sofern keine Schenkung erfolgt. Eine Entschädigung an die Eigentümer soll nicht gezahlt werden.

3. Die Unterhaltungskosten des Heims werden aufgebracht:

a) durch Schulgeld der Besucher;

b) durch Mittel, die dadurch beschafft werden, daß von allen Dividenden, die höher sind als 9 Prozent, ½ Prozent, von allen, die höher sind als

12 Prozent, 1 Prozent und von allen, die höher sind als 15 Prozent, 2 Prozent zugunsten der Heime einbehalten werden. Sollten diese Mittel nicht genügen, dann wären von allen Zinsen, die mehr als 20 Prozent betragen, 3 Prozent einzubehalten.

4. Die nötigen Büchereien erhalten ihren Grundbestand an Büchern dadurch, daß alle Verlage verpflichtet werden, an jedes Heim ein Freiexemplar der gewünschten Bücher zu liefern.

5. Die Besucher sind jugendliche Arbeiter, die einen sechsmonatigen Kursus im Volkshochschulheim durchmachen. Hat der jugendliche Arbeiter aus berechtigten Gründen nicht die Mittel, so vermittelt ihm die Gewerkschaft eine Freistelle. Der Arbeitgeber hat den jugendlichen Arbeiter zu beurlauben; d. h. er hat ihn nach beendetem Kursus wieder einzustellen. Der Antrag auf Wiedereinstellung muß spätestens 3 Wochen nach Kursusschluß gestellt werden.

6. Jedes Gewerkschaftskartell (Ortskartell) wird Mitglied eines Volkshochschulkeimes.

7. Es sollen zunächst 100 Volkshochschulheime geschaffen werden.

226. Sonneberg (S.-M.): Jede wirkliche Internationale, jede wirkliche Verständigung verschiedensprachiger Völker ist und bleibt unmöglich, solange die Menschen keine gemeinsame Sprache sprechen, solange sie nur durch Dolmetscher miteinander reden können.

Der Parteitag wählt daher eine Kommission, die unverzüglich in Verbindung mit den sozialistischen Parteien der anderen Länder untersucht, inwieweit eine gemeinsame Weltsprache (Esperanto) in den Dienst der sozialistischen Internationale gestellt werden kann.

227. Lauenburg a. d. Elbe: Der Parteitag wolle unsere Abgeordneten in der Preußischen Landesversammlung auffordern, mit allen Mitteln und mit aller Schärfe den § 42 des Entwurfs des Volksschullehrer-Diensteinkommengesetzes zu bekämpfen, welcher für je 60 Schüler nur eine Lehrkraft vorsieht und nur ¼ der persönlichen Schulkosten zuzüglich 100 Mark Beschulungsgeld für jeden Schüler auf die Staatskasse übernehmen will, während die Schulgemeinden den übrigen Teil der Unterhaltungskosten aus eigenen Mitteln aufbringen sollen. Diese Vorlage bedeutet den Tod der deutschen Volksschule.

228. Lauenburg a. d. Elbe: Der Parteitag wolle beschließen, bei der preußischen Regierung darauf hinzuwirken, daß bei der durch die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht notwendig gewordenen Neubesetzung der Schulaufsichtsbeamtenstellen mehr als bisher Vertreter der sozialistischen Weltanschauung berücksichtigt werden.

229. Lintfort: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um den Mitgliedern der S.P.D. durch Literatur und Vorträge und Einführung von besonderen Kursen zu ermöglichen, das Verständnis für Volkswirtschaft und Kommunalpolitik zu fördern.

230. Unterbezirk Ostsachsen: Der Gründung von Gruppen der Jugendsozialisten ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. In allen Orten, in denen Gruppen der S.P.D. bestehen, müssen den Verhältnissen entsprechend Einrichtungen getroffen werden, welche die Aufgabe haben, die jugendlichen Parteigenossen und -genossinnen durch Vorträge, Veranstaltungen usw. zu überzeugten Sozialisten heranzubilden und an die Partei zu fesseln.

231. München: Der Parteitag wolle beschließen: Den Bestrebungen der Jungsozialisten ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Bildung jungsozialistischer Arbeitsgemeinschaften ist auf der Grundlage weitestgehender Selbständigkeit derselben zu fördern.

Diese schließen sich im Reiche zentral zusammen. Als vorläufiges Organ der Jungsozialisten wird die „Arbeiter-Bildung" bestimmt.

232. Weiden-Löbenich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erhebt Widerspruch gegen die im Entwurf zu einem Volksschullehrer-Diensteinkommengesetz im § 42 festgesetzte Klassenfrequenz von 60 Kindern. Dieser Paragraph wird den gründlichen Niedergang unseres Volksschulwesens zur sicheren Folge haben. Die Schülerzahl darf unter keinen Umständen 45—50 übersteigen. Bei Ersparung überflüssiger oder unsinnig hoher Heereskosten werden die für unsere Volksschule so dringend notwendigen Mittel schon freigemacht werden können.

233. Magdeburg: Der Parteitag wolle der Forderung der sozialdemokratischen Lehrerschaft auf Ausarbeitung eines Schulprogramms Rechnung tragen.

234. Frankfurt a. M.: Die Jugendorganisationen sind im ganzen Reiche an die Parteiorganisationen eng anzugliedern; wo erstere noch nicht bestehen, sind solche zu gründen.

235. Mecklenburg-Lübeck: In jedem Bezirk sind Rednerkurse einzurichten, an denen geeignete Genossen unentgeltlich teilnehmen können.

236. Der Parteivorstand wird beauftragt, umgehend eine Parteischule zu eröffnen, um tüchtige Genossen für die Agitation heranzubilden.

Des weiteren sind Wanderlehrer anzustellen, die in den Agitationsbezirken kleinere Kurse über Einführung in den Sozialismus abhalten.

Die Wohnungsfrage.

237. Groß-Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Zur Hebung der Wohnungsnot ist in den Parlamenten die Sozialisierung der Bautätigkeit und der Baustoffindustrie zu fördern; die Mittel zu deren Durchführung sind durch das Reich bereitzustellen.

238. Brandenburg-Westhavelland: Die vom Reichsarbeitsministerium zur Behebung der Wohnungsnot vorgeschlagene allgemeine Mietsteuer wird wegen ihres unsozialen Charakters abgelehnt. Eine durchgreifende Besserung auf dem Gebiet des Wohnungswesens verspricht nur die Sozialisierung der die Baustoffe liefernden Industrien. Ein wertvoller Beitrag zu den dem Staat durch eine großzügige Wohn- und Siedlungspolitik entstehenden Kosten ist die Wohnungsluxussteuer, die alle diejenigen Räume steuerlich erfassen soll, die der Bewohner von Wohnräumen über seinen Wohnungsbedarf hinaus bewohnt. Um Härten vorzubeugen, soll die Steuer nicht oder wesentlich geringer behoben werden bei Personen mit einem Einkommen bis zu 15 000 Mk. jährlich. Die Wohnungsluxussteuer ist nicht als Gemeindesteuer, sondern als Reichssteuer zu erheben und in einer Reichsbaukasse zu sammeln. Mit ihrer Hilfe soll das Reich die Bau- und Siedlungstätigkeit da beleben, wo Wohnungsbauten notwendig und zugleich genügend Arbeitsmöglichkeiten für die die neuen Wohnungen Beziehenden bestehen. Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags zu ersuchen, den vorstehenden Antrag gesetzgeberisch zu verwerten.

239. Groß-Stettin: Die ungeheure Wichtigkeit der Wohnungsfrage für die gesamte Bevölkerung macht es zur zwingenden Notwendigkeit, daß die Partei und ihre Vertretungen in den gesetzgebenden Körperschaften

und Kommunen der Frage ihre Aufmerksamkeit und Kraft zuwenden. Daher muß gefordert werden, daß die weitestgehenden Mittel des Staates und der Gemeinden angewandt werden, um der Wohnungsnot zu steuern und den Wohnungsbau zu fördern.

Es ist bekannt, daß vielfach viele Ziegeleien auf Abbruch verkauft worden sind. Dem muß mit staatlichen Mitteln entgegengewirkt werden. Die sozialdemokratischen Fraktionen der gesetzgebenden Körperschaften müssen fordern, daß auf gesetzlichem Wege und durch Staatsmittel Ziegeleien modernisiert und produktionsfähig gemacht werden, um so durch eine vermehrte Produktion der Bausteine einen beschleunigten Wohnungsbau zu ermöglichen.

Der Parteivorstand muß daher für die einzelnen Landesteile des Deutschen Reiches Konferenzen mit den sozialdemokratischen Kommunalvertretern aus den verschiedensten Bezirken abhalten, um ein einheitliches Vorgehen in der Wohnungsfrage vorzubereiten.

240. Leipzig: Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion ersuchen, nachstehende Forderungen der Reichsregierung zu unterbreiten und im Reichstag mit Nachdruck zu vertreten:

1. Die in erster Linie notwendigen Rohstoffe wie Holz, Steine, Zement und Eisen durch das Reich sicherzustellen.

2. Alle verfügbaren Gelder, die in der Arbeiterversicherung aufgespeichert sind, sofort für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

3. Aufnahmen von Zwangsanleihen vorzunehmen, die ausschließlich nur für den Wohnungsbau verwendet werden dürfen.

241. Luckenwalde: Die vom Reichsarbeitsministerium zur Behebung der Wohnungsnot vorgeschlagene allgemeine Mietsteuer wird wegen ihres unsozialen Charakters abgelehnt. Eine durchgreifende Besserung auf dem Gebiet des Wohnungswesens verspricht nur die Sozialisierung der die Baustoffe liefernden Industrien.

Ein wertvoller Beitrag zu den dem Staat durch eine großzügige Wohn- und Siedlungspolitik entstehenden Kosten ist die Wohnungsluxussteuer, die alle die Räume steuerlich erfassen soll, die der Bewohner von Wohnräumen über seinen Wohnungsbedarf hinaus bewohnt. Um Härten vorzubeugen, soll die Steuer nicht erhoben werden bei Personen mit einem Arbeitseinkommen bis zu 20 000 Mk. jährlich.

Die Wohnungsluxussteuer ist nicht als Gemeindesteuer, sondern als Reichssteuer zu erheben und in einer Reichsbaukasse zu sammeln. Mit ihrer Hilfe soll das Reich die Bau- und Siedlungstätigkeit da beleben, wo Wohnungsbauten notwendig sind und zugleich genügend Arbeitsmöglichkeiten für die die neuen Wohnungen Beziehenden besteht.

Der Parteitag wolle beschließen, die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages zu ersuchen, den vorstehenden Antrag gesetzgeberisch zu verwerten.

242. Ostsachsen und Dresden-Land: Antrag des 5. Unterbezirks: Die Vertreter der S.P.D. aller Gemeinde- und Staatsparlamente werden beauftragt, den außerordentlich schlechten Wohnungsverhältnissen und der dadurch bedingten großen Arbeitslosigkeit des Baugewerbes ihr ganz besonderes Augenmerk zu schenken und schnellstens alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die bestehende Wohnungskatastrophe zu beheben. Sie haben deshalb auch mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß die Sozialisierung der baustofferzeugenden Industrie endlich durchgeführt wird und daß die von den Bauarbeitern gegründeten Produktivgenossenschaften für das Baugewerbe die größtmögliche Unterstützung erfahren: a) in finanzieller Natur, b) bei Vergebung von Arbeiten.

243. Dresden-Land: Die Vertreter der Partei in den Regierungen und Volksvertretungen werden beauftragt, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß im kommenden Jahr ausreichende Mittel für Baukostenzuschüsse zur Verfügung gestellt werden, damit der Wohnungsbau in möglichst großem Umfange in Angriff genommen werden kann.

244. Hamburg: Durch Schaffung eines besonderen Reichswohnungsamts als oberste Instanz sowie Einführung von Obermieteinigungsämtern als Rekursinstanzen der Mieteinigungsämter eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung und Rechtsprechung auf allen Gebieten der jetzt sehr im argen liegenden Wohnungs- und Mietfragen im gesamten Deutschen Reich herbeizuführen. Ebenso die gleiche Durchführung einer zeitgemäßen, lediglich dem Allgemeinwohl dienenden Boden- und Grundreform mit allem Nachdruck zu fordern.

245. Hamburg: Die sozialdemokratischen Fraktionen der Parlamente werden beauftragt, nachdrücklichst dafür einzutreten, daß die früheren fürstlichen Schlösser in bedeutend höherem Maße als bisher in Anspruch genommen werden als Invalidenheime oder als Heime für erholungsbedürftige Kinder.

246. 5. badischer Landtagswahlkreis: Um Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit zu bringen, sind alle Mittel und Wege anzuwenden, daß Gesetze erlassen werden, die Staat und Gemeinden das Vorkaufsrecht sichern unter gleichzeitiger Ausschaltung übermäßiger Gewinne des Verkäufers, und zwar auf der Grundlage und im Wege des Ausbaues des in Baden bestehenden Grundstücksperrgesetzes.

247. Metternich: Die Wohnungsnot fordert mit gebieterischer Gewalt energische Schritte zur Abhilfe. Der Ortsverein Metternich stellt daher den Antrag an den Parteitag, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Regierung die Schaffung örtlicher Mieteinigungsämter beantragt, die sich wie folgt zusammensetzen: 1. aus einem von allen wahlberechtigten Bürgern zu wählenden nichtjuristischen Vorsitzenden; 2. aus zwei von den Mietern und Vermietern zu wählenden Beisitzern. Gegen die Entscheidung dieser Aemter ist eine Berufung nur dann zulässig, wenn das Urteil grobe Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen aufweist. Die Urteile bedürfen der einfachen Bestätigung der bisherigen Mieteinigungsämter.

248. Karlsruhe: Zur Verminderung der Wohnungsnot ist eine weit schärfere Rationierung der Wohnungen durchzuführen. Zur Kontrolle sind bei den Wohnungsämtern Kontrolleure aus Arbeiter- und Beamtenorganisationen heranzuziehen.

249. Bezirksverband Franken: Die Sozialdemokratische Partei hat mit allen Mitteln die Sozialisierung des gesamten Bauwesens herbeizuführen und die Sozialisierungsbestrebungen des Bauarbeiterverbandes zu unterstützen. Es erscheint dies als einzige Möglichkeit, die Wohnungsnot zu beheben.

250. Göttingen: Der Parteitag wolle sich den Bestrebungen und Beschlüssen des Deutschen Bauarbeiterverbandes zur Behebung der Wohnungsnot anschließen.

251. Göttingen: Der Parteitag wolle eine Resolution beschließen, welche eine Regelung der Mietsteuer verlangt, derart, daß Wohnungen, die ihrer Größe und der in Frage kommenden Personenzahl nach richtig ausgenützt werden und den normalen Bedarf nicht überschreiten, von der Mietsteuer befreit werden. Dagegen sollen nicht genügend ausgenutzte Wohnungen (Luxuswohnungen) besonders scharf herangezogen werden.

Das Parteiprogramm.

252. Groß-Berlin: Der Parteitag in Weimar 1919 nahm eine Entschließung zur Sozialisierung an, in der es heißt:

„Der Parteitag fordert daher von der parlamentarischen Vertretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist. Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist an die Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft) durchzuführen."

Der Parteitag erkennt diese Entschließung nochmals und ausdrücklich an.

253. Brandenburg-Westhavelland: Der Parteitag möge die Frage der Revision des Parteiprogramms einer Kommission überlassen, die den kommenden Parteitagen Bericht erstatten wird. Der Parteitag möge für die Arbeiten unserer Genossen in der Partei, den Organisationen, in Staat und Gemeinden allgemeine Richtlinien aufstellen und diese zur Grundlage eines Aktionsprogramms machen, das vor allen Dingen von der Tendenz getragen werden soll, die Verbindung zwischen den Parteigenossen im Lande und den Genossen in Parlamenten, Regierungen, an leitenden Stellen usw. enger zu gestalten.

254. Sorau-Forst: Der Parteitag möge beschließen, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms einzusetzen.

255. Bezirkskonferenz Görlitz und Breslau: Die vom Parteitag zur Revision des Parteiprogramms einzusetzende Kommission soll sich angelegen sein lassen, an Stelle des zweiten Teiles ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches die zu verwirklichenden Gegenwartsforderungen enthält. Die planmäßige Organisation der Wirtschaft, die Reform der Verwaltungs- und Industriebehörden, Schulfragen, die Stellung der Betriebsräte im Wirtschaftsleben müssen der wesentlichste Inhalt des Aktionsprogramms sein.

256. Weida: Angesichts der Tatsache, daß nur eine starke, in sich geeinte Sozialdemokratische Partei das werktätige Volk aus den Fesseln des Kapitalismus befreien und dem Sozialismus entgegenführen kann, steht die Ortsgruppe Weida der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Standpunkte, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, um zugleich das Proletariat vor den weiteren Schäden der Selbstzerfleischung zu bewahren, den Wiederzusammenschluß mit dem der Zweiten Internationale angehörenden Teile der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erreichen. Aus diesem Grunde ist die Revision des Parteiprogramms derart vorzunehmen, daß einer Einigung innerhalb der beiden sozialistischen Parteien die Wege geebnet werden.

257. Nordhausen: Der Parteitag wolle beschließen: Der zweite Teil des Erfurter Programms wird von einer zu wählenden Kommission einer den neuen Zeitverhältnissen entsprechenden Umarbeitung unterzogen. Die wichtigste Forderung ist hierbei die Inangriffnahme der Sozialisierung.

258. Meiningen: In Erwägung dessen, daß in den „Vorschlägen für die Erneuerung des sozialdemokratischen Programms" das Wesen und Wirken der Planwirtschaft von den Genossen Wissell und Robert Schmidt für und wider sehr eingehend erwogen wird, und in besonderer Berücksichtigung dessen, daß die immer mehr überhandnehmende Wirtschaftssabotage gewisser großkapitalistischer Betriebe (siehe Annullierungsprämie der Daimler-Werke) sehr bald zu einem katastrophalen Massenelend führen muß, beantragt die heutige Versammlung, den Punkt „Wirtschaftspolitik" als dringende Angelegenheit auf dem Kasseler Parteitag mit zu behandeln und dabei gleichzeitig die Genossen Wissell und Robert Schmidt als Referenten und Korreferenten für und wider die Planwirtschaft zu bestellen.

259. Hoisbüttel: Die Zwangswirtschaft hat vollkommen versagt. Der Parteitag wählt daher eine Kommission, die in kürzester Frist einen Programmentwurf ausarbeitet, welcher die volle Umorganisation der Ernährungswirtschaft auf Grundlage der Anbau- und Lieferungspflicht der Erzeugergemeinden nach Anbaufläche, Bodenklasse und Ernteschätzung vornimmt. Auf Grundlage der Steigerung der Produktion, durch staatliche Organisation der Beschaffung billiger und vollwertiger Produktionsmittel, durch Maßnahmen, die eine volle Besetzung der Betriebe mit ausreichenden Arbeitskräften und restloser Bebauung des Grund und Bodens sicherstellen. Auf Grundlage der Bildung von Wirtschaftskörpern durch genossenschaftliche Organisation der Erfassung und Verteilung durch die Erzeuger und Bedarfsgemeinden.

260. Wellenbach: Beschleunigung der Sozialisierung aller reifen Betriebe ohne jede Entschädigung.

261. Groß-Berlin: Der Parteitag wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Hebammen als Staatsbeamtinnen angestellt und deren berufliche Tätigkeit nach einem staatlich festgelegten Tarif ausgeübt wird, der in vernünftigen Grenzen gehalten ist, wenn es bei der augenblicklichen Finanzlage des Reichs noch nicht möglich sein sollte, gemäß unserer alten sozialistischen Forderung (Verstaatlichung des Hebammenwesens) die Geburtshilfe überhaupt ohne irgendwelche Unkosten für die Eltern zu gewähren.

262. Chemnitz: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist grundsätzlich für den geschlossenen deutschen Einheitsstaat. Sie erblickt in der noch bestehenden deutschen Kleinstaaterei und ihrer Weiterverhaltung eine Gefährdung der Reichs-, Finanz- und Wirtschaftsinteressen und eine schwere Gefahr für die völkische und politische Einheit, sowie für die Sicherheit der Republik. — Die sozialdemokratischen Fraktionen der Einzellandtage haben deshalb die Pflicht, streng nach diesem Grundsatz zu wirken.

Der Grundsatz dieses Antrages soll, falls die Partei nicht früher in diesem Sinn Entschließung faßt, im neuen Parteiprogramm deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

263. Bad Berka: Der Parteitag wolle beschließen, bei der Aufstellung des neuen Parteiprogramms, um dasselbe für die breiten Massen verständlicher zu gestalten, den Gebrauch der Fremdwörter möglichst vermeiden zu wollen.

264. Ostsachsen: Forderung der Erziehung durch die Arbeitsgemeinschaft der neuen Kultur: Arbeitsschule.

Forderung der Einheitsschulen. Zum Begriff der Einheitsschule im weiteren Sinne gehört auch die Ausbildung der Eltern zu Erziehern und soziale Fürsorge für werdende Mütter und Kinder.

Forderung der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen Schulrechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Forderung der Selbstverwaltungskörper für die Schule (Kindergarten-hochschule), die sich bis zum Reichskulturrat aufbauen, bestehend aus Eltern, Lehrern und Vertretern des Staates.

Forderung der pädagogischen Fakultäten an den Universitäten.

265. Ostsachsen: Die persönliche und staatliche Unterstützung des Genossenschaftswesens ist in das Programm aufzunehmen.

266. Breslau und Görlitz: Das Erfurter Programm wird in seinem praktischen Teil außer Kraft gesetzt.

Das Aktionsprogramm der Partei enthält von jetzt ab folgende Forderungen:

A. Politische Forderungen.

1. Allgemeine Abrüstung. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeikräfte. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Selbstbestimmungsrecht der Völker.

2. Eine einheitliche und unteilbare demokratische Republik mit voller Selbstverwaltung in Ländern, Landesteilen und Gemeinden in solchen Angelegenheiten, die regionale bzw. lokale Bedeutung haben.

3. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken. Ausschaltung jedes Einflusses der Militärgewalt auf nichtmilitärische Verhältnisse bis zur völligen Abrüstung.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

5. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollständig selbst ordnen.

6. Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, die als allgemeine Einheitsschule die gesamte Jugend bis zum Alter von 18 Jahren aufnimmt und entsprechend der individuellen Veranlagung und Neigung auf das Leben und den späteren Lebensberuf vorbereitet. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Unterbringung der Schüler und Schülerinnen in der öffentlichen Schule. Selbstverwaltung des öffentlichen Schulwesens durch Selbstverwaltungskörper, die sich aus Vertretern der Erziehungsberechtigten, der Lehrerschaft und der Jugend zusammensetzen.

7. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes in Strafsachen. Rechtsprechung in Strafsachen durch vom Volke gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe.

B. Sozialpolitische Forderungen.

1. Wirtschaftliches Rätesystem nach den Beschlüssen des Weimarer Parteitages.

2. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.

3. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung durch allgemeine Krankenversicherung. Mutterschaftsversicherung.

4. Ausreichende Erwerbslosenversicherung.

5. Umfassender Jugendschutz. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Erwerbsarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren in solchen Industriezweigen, in denen die Arbeit besonders gesundheitsschädlich ist. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

6. Umfassende Wohnungspolitik. Beschaffung von Kleinwohnungen unter regelnder Mitwirkung eines Reichswohnungsamtes.

C. Wirtschaftliche Forderungen.

1. Vollsozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genügend fortgeschritten ist. (Kohle, Eisen, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel.) Dazu Schaffung sich selbstverwaltender Körperschaften, durch deren Organisation das Allgemeininteresse gefördert wird, unter Steigerung und Verbilligung der Produkte bei steigender Gewinnbeteiligung der Allgemeinheit.

2. Gewinnbeteiligung des Reiches an Unternehmungen monopolistischen Charakters, die zur Sozialisierung noch nicht geeignet sind.

3. Uebernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich-monopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen. Heranziehung der Genossenschaften, vor allem zur Lebensmittelversorgung.

4. Förderung des Kleinsiedlungswesens unter Abgabe der Siedlung zu Erbpacht. Ueberführung der modernen, landwirtschaftlichen Großbetriebe in Eigentum des Staates oder der Genossenschaften.

267. Hamburg: Der Sozialdemokratische Verein stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag möge die Einsetzung einer Kommission zur Erneuerung des Parteiprogramms beschließen und dieser Kommission die nachstehenden Wünsche zur Berücksichtigung überweisen:

1. An dem Klassenkampfstandpunkt, den die Arbeiterklasse innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft einzunehmen hat, ist grundsätzlich festzuhalten.

2. Ebenso an dem Ziel einer freien sozialistischen Gesellschaft, wie es im Erfurter Programm aufgestellt ist.

3. Mit größtem Nachdruck ist jedoch zu erklären, daß der Kampf der Arbeiter nicht nur ein politischer, sondern zugleich ein wirtschaftlicher und kultureller sein muß. Die Bedeutung der Gewerkschaften und Genossenschaften als Mittel zur Verhinderung einer schrankenlosen Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse muß ausdrücklich hervorgehoben und auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Hand- und Kopfarbeiter in einheitlich geleiteten wirtschaftlichen Organisationen hingewiesen werden. In gleicher Weise ist die Notwendigkeit der geistigen Hebung der Arbeiterklasse durch Bildungsanstalten zu betonen.

4. Unter den politischen Forderungen ist aufzunehmen die Ausgestaltung der deutschen Republik zu einem Einheitsstaat, der durch eine zweckmäßige Dezentralisation insbesondere auch den deutschen Handels- und Seestädten eine ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung angemessene Selbstverwaltung und Entwicklungsmöglichkeit einräumt.

Neben dem allgemeinen Programm, dessen Umfang tunlichst einzuschränken ist, sollen Aktionsprogramme für die Tätigkeit der Partei auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Grund- und Bodenfrage, des Gesundheitswesens sowie der Steuerpolitik und des Schulwesens usw. ausgearbeitet werden.

268. Hamburg: Künftige wichtige Veröffentlichungen zum Parteiprogramm sind vom Parteivorstand in Broschürenform und zu billigem Preise den Parteigenossen zur Verfügung zu stellen, so daß weiteste Kreise der Partei sich eingehend mit der Programmfrage beschäftigen können.

269. Lübeck: Aufstellung spezieller Forderungen zur Durchführung der Sozialisierung des Bodens.

270. Bremerhaven: Es wird erwartet, daß der Parteitag neben einer Kommission für den Entwurf eines neuen Parteiprogramms eine Anzahl von Kommissionen einsetzt, die Richtlinien aufstellen für die gegenwär-

tige sozialdemokratische Kommunalpolitik, Siedlungspolitik, Schulpolitik und andere Gebiete.

271. Bramsche: Es wird die Schaffung eines den veränderten Verhältnissen entsprechenden Agrarprogramms beantragt.

272. Ohmstede: Der Parteitag wolle beschließen, dem grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms folgenden Zusatz zu geben:

Das Kapital hat die Gesellschaftswirtschaft von der Einzelwirtschaft zur Genossenschaftswirtschaft entwickelt, Technik und Wissenschaft in ihren Dienst gestellt und damit die Rationellität auf eine so hohe Stufe gebracht, daß die Gesellschaft in der Lage ist, so viel Werte zu erzeugen, als zur Befriedigung aller Existenzbedürfnisse ihrer Glieder erforderlich sind. Wenn trotzdem die große Masse des Volkes schweren Entbehrungen ausgesetzt ist, hat das seine Ursache darin, daß die Möglichkeit besteht, daß sich einzelne Menschen in großem Umfange Existenzmittel über ihren gegenwärtigen Bedarf aneignen. Existenzmittel, die ein Mensch über seinen gegenwärtigen Bedarf besitzt, sind Privateigentum. Die Möglichkeit, Existenzmittel in Privateigentum zu verwandeln und sie damit der Gesellschaft zu entziehen, ist unbegrenzt, dagegen sind die von der Gesellschaft erzeugten Werte begrenzt. Das Privateigentum hat heute einen großen Umfang angenommen und entzieht der Gesellschaft so viel Werte, daß ihr nicht so viel bleibt, um die dringendsten Bedürfnisse vieler Menschen zu befriedigen. Die Nichtbefriedigung notwendiger Existenzbedürfnisse bedeutet für den Menschen den Untergang. Somit erzeugt das Privateigentum die Unsicherheit der Existenz und damit das Streben nach Privateigentum. Privateigentum hat die Unsicherheit der Existenz, diese wieder das Privateigentum zur Folge. Dadurch, daß ein Mensch nach Privateigentum leiten läßt, gestaltet der Kapitalismus die Formen der zwingt diese gleichfalls, nach Privateigentum zu streben. Einer zwingt alle, und alle zwingen den einzelnen. So entsteht eine übereinzelmenschliche Macht, der sich kein Mensch entziehen kann, der Kapitalismus. Dadurch, daß sich jeder Mensch in jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich von dem Streben nach Privateigentum leiten läßt, gestaltet der Kapitalismus die Formen der Gesellschaftswirtschaft und bewirkt, daß diese für die Gesellschaft oft schädliche, widersinnige Formen annehmen, die die ganze Gesellschaft gefährden können. Deshalb erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Beseitigung des Kapitalismus, und an dessen Stelle den Sozialismus, das Streben des Menschen, in möglichst kurzer Zeit, mit einem möglichst geringen Aufwand von Arbeitskraft so viel Werte zu erzeugen, als zur Befriedigung seiner Existenzbedürfnisse erforderlich sind.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf Privateigentum, das heißt, auf der bestehenden Möglichkeit und Notwendigkeit für den Menschen, Existenzmittel über seinen gegenwärtigen Bedarf zu besitzen. Grundlage des Privateigentums ist die besitztragende Eigenschaft des Geldes, seine Ursache die Unsicherheit der Existenz des Menschen.

Deshalb erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters durch den Staat.
2. Eine laufende Entwertung des Geldes.

Für die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters ist erforderlich:

1. Die Umwandlung des Geldlohns in einen konstanten Wertlohn durch Gesetz, das bestimmt, daß in allen größeren Orten Kommissionen gebildet werden, welche laufend die Lebensmittelpreise am Orte feststellen und an der Hand dieser Feststellungen in kurzen Zwischenräumen den Betrag errechnen, den ein Arbeiter haben muß, um seine Existenzbedürfnisse voll und ganz zu

befriedigen, und das jeden Arbeitgeber verpflichtet, den so festgestellten Betrag seinen Arbeitern als Mindestlohn zu zahlen.

2. Ein Volksfürsorgegesetz, das allen Kranken, Invaliden, Arbeitslosen, Witwen und Waisen eine ausreichende, dem Mindestlohn ihres Wohnortes prozentual angepaßte Unterstützung gewährt.

Die Durchführung dieser Gesetze bedeutet eine dauernde Steigerung der Löhne und infolgedessen aller Preise, die gleichbedeutend ist mit einer laufenden Entwertung des Geldes.

273. Rendsburg: Da die so notwendige Enteignung des Großgrundbesitzes und Ueberführung desselben in Gemeineigentum bisher in keiner Weise in Angriff genommen ist, auch das Siedlungsgesetz (obwohl wir die Schwierigkeiten der Beschaffung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Maschinen usw. nicht verkennen) nicht in dem Maße zur Durchführung gelangt, wie es im Interesse unserer ländlichen Volksgenossen gefordert werden muß (hat doch zum Beispiel die Aufteilung von 400 Morgen Land des Gutes Altenhof bei Eckernförde durch Begünstigung der Bauern dazu geführt, daß acht zumeist am Orte geborene Arbeiterfamilien Vornstein verlassen müssen, so daß statt einer Besiedlung eine Entsiedlung stattfindet, weil die Schleswig-Holsteinische Höfebank anscheinend nicht unparteiisch handelt, indem sie Kaufangebote sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter ablehnte), beantragen wir, auf die Tagesordnung des deutschen Parteitages die Agrar- und Siedlungsfrage zu setzen und fordern vom Parteitag, daß er mit allem Nachdruck die sofortige Inangriffnahme der Enteignung des Großgrundbesitzes und eine großzügige Siedlung unter Ausschaltung privatkapitalistisch arbeitender Institutionen mit aller Macht durchzudrücken versucht. Gerade das Versagen dieser berechtigten Forderung verursacht mit Recht den größten Nährboden für die Aufnahme der radikalen unabhängigen und kommunistischen Phrasen, dadurch aber eine wirkliche Sozialisierung auf dem Boden der Demokratie gefährdend.

274. Hoisbüttel: Der Parteitag beschließt für die nächste Arbeit ein Aktionsprogramm, das sich ausspricht für rücksichtslosen Klassenkampf zur Erzwingung sofortiger Sozialisierung der großen Betriebe in Industrie und Landwirtschaft, für eine sozialistische Regierung und gegen jede Koalition mit dem Bürgertum, wenn nicht auch eine Beteiligung der übrigen sozialistischen Parteien erfolgt.

275. Rüstringen-Wilhelmshaven: Die zur Revision des Erfurter Programms einzusetzende Kommission ist zu beauftragen, die Grundsätze der Sozialdemokratischen Partei in einer wissenschaftlichen Begründung unabhängig von dem besonders aufzustellenden Aktionsprogramm niederzulegen.

Begründung: Die Aktionsfähigkeit der Partei nach außen, bei Wahlkämpfen, Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen usw., könnte dadurch ganz wesentlich gewinnen, indem es nicht langwieriger Beratungen (Einberufung mehrerer Parteitage usw.) bedarf, eine Aenderung der aufgestellten Forderungen im Aktionsprogramm vorzunehmen. Auch können durch die Entwicklung überholte Forderungen leicht fallen gelassen, sowie neue Forderungen aufgestellt werden, was nicht möglich ist, wenn beide Teile organisch zu einem Ganzen verbunden sind.

Bei Wahlkämpfen wird unseren in der Agitation tätigen Genossen die Stagnation unseres Programms immer und immer wieder vorgehalten und können diese dann nicht mit für die Partei einheitlich aufgestellten, nur die Verhältnisse der gegebenen Zeitumstände berücksichtigenden Forderungen dieser Kampfesweise wirksam begegnen.

276. Rüstringen-Wilhelmshaven: Es ist eine Kommission einzusetzen, welche die Aufgabe hat, fortlaufend die allgemeinen Wirtschaftsfragen, vorwiegend Sozialisierungs-, Agrar-, Wohnungs- und Siedlungsfragen, eingehend zu prüfen, den Fraktionen der Parlamente zur Schaffung einschlägiger Gesetzentwürfe Anregungen zu geben und dem nächstjährigen Parteitage Vorschläge bezüglich der Aufnahme entsprechender Leitsätze in das Parteiprogramm zu machen.

277. Stuttgart: 1. daß die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe vorgenommen, daß insbesondere die Bodenschätze, wie Kohle, Kali, der Großgrundbesitz sowie die Forsten in die Gemeinwirtschaft überführt werden;

2. daß eine planmäßige Organisation der übrigen Wirtschaft durchgeführt wird, wobei die Vorschläge des Genossen Wissell als Grundlage dienen;

3. daß die Produktionskosten der Lebensmittel und der wichtigeren Bedarfsartikel fortlaufend einwandfrei amtlich festgestellt und öffentlich bekanntgegeben und daß Einrichtungen zur Ausschaltung des die Waren verteuernden Zwischenhandels geschaffen werden; wo solche Einrichtungen bereits bestehen, sind sie vom Staat und den Gemeinden zu fördern;

4. daß endlich die im September 1919 durch Gesetz verkündete Kriegsgewinnsteuer erhoben wird, daß die Wucher- und Schiebergewinne erfaßt und vom Staate restlos eingezogen werden;

5. daß die Einkommensteuer von den Unternehmern nicht von den früheren niederen, sondern ebenso wie bei den Arbeitern und Angestellten von den späteren höheren Einkommen erhoben wird;

6. daß der wirtschaftlichen Benachteiligung der kinderreichen Familien durch schleunigen Ausbau der Wochenhilfe abgeholfen wird;

7. daß die Reform der Sozialversicherung sofort in Angriff genommen wird und daß alle Versicherungsarten (Krankheit, Unfall, Invalidität, Erwerbslosigkeit) zu einem einheitlichen Verwaltungskörper unter Beseitigung des jetzigen bureaukratischen Systems zusammengefaßt werden;

8. daß die Durchführung des Jugendfürsorgegesetzes und die Berufung von Fürsorgern aus den Kreisen der organisierten Arbeiter nicht länger verzögert wird;

9. daß das Justizwesen, vornehmlich das Strafrecht, zeitgemäß reformiert wird.

278. Provinzialkonferenz der S.P.D. in Ostpreußen: Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der zweite Teil des Erfurter Programms durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung überholt ist,

daß aber die Zukunft der deutschen sozialdemokratischen Bewegung gerade von der Gestaltung der praktisch möglichen und erreichbaren Ziele abhängt,

daß deshalb auch das zukünftige Programm ein Aktionsprogramm sein muß, wenn es eine zielweisende Bedeutung haben sollte,

halten wir es für unbedingt wichtig, daß zwar einmal der staatspolitische Gedanke der Demokratie im zweiten Teil des Programms festgelegt wird, daß aber der volle Nachdruck auf die wirtschaftlichen Programmfragen gelegt wird.

Wir verlangen ein sozialdemokratisches Wirtschaftsprogramm, das die klare Unterscheidung trifft: 1. welche Wirtschaftsgebiete unverzüglich sozialisiert werden müssen (Kohle, Eisen, Stahl, Kali, Stickstoff, Großmaschinenbau, Großgrundbesitz), 2. welche Wirtschaftsgebiete nach den Vorschlägen des Genossen Wissell paritätisch und gemeinwirtschaftlich zu organisieren sind, 3. welche Wirtschaftsgebiete der sogenannten freien kapitalistischen Wirtschaft noch nicht zu entziehen sind.

279. Hoisbüttel: Die Partei hat, auch mit den stärksten ihr zu Gebote stehenden Mitteln, eine schnelle Durchführung der Sozialisierung der Landwirtschaft herbeizuführen. Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß das deutsche Volk nicht eher wieder zur Ruhe und zum Wohlstande gelangen kann, bevor es nicht gelungen ist, die Erträge der deutschen Landwirtschaft auf die denkbar größte Höhe zu bringen. Die Steigerung der Erträge auf das notwendige Maß kann nur geschehen durch die vollkommene Sozialisierung der Landwirtschaft, durch die an Stelle der heutigen zerfahrenen Erzeugung eine rationelle, auf den Großbetrieb und großzügiger wissenschaftlicher Erfahrung aufgebaute Produktion tritt.

Der Parteitag verwirft deshalb die Bestrebungen der Siedlungspolitik, durch die die landwirtschaftliche Erzeugung in zahllose Zwergbetriebe zerlegt wird. Er ist der Auffassung, daß nie und nimmer solche Zwergbetriebe imstande sind, die Produktion zu heben, die Ernährung des deutschen Volkes und die Existenz der Kleinsiedler zu sichern. Das kann nur der vollkommen mit den besten Maschinen ausgestattete sozialisierte Großbetrieb.

Darum fordert der Parteitag die Schaffung eines vollständigen sozialistischen Agrarprogramms, das zur endgültigen Beschlußfassung dem nächsten Parteitag vorzulegen ist.

Als Grundforderungen der Gegenwart stellt er heute schon auf: sofortige Einführung weitgehender gesellschaftlicher Bewirtschaftung der großen Ländereien, die dem Reich und den Ländern gehören, wie Truppenübungsplätze, Domänen und Staatsgüter. Das Recht, Grundstücke als Eigentum zu erwerben, besitzen nur das Reich, Staat und Kommunalverbände, um dem Auskauf der heutigen ländlichen Bevölkerung durch das Großkapital vorzubeugen. Schnelle Einführung eines Erbrechts zugunsten des Reiches, das den beweglichen und unbeweglichen Besitz, soweit er der Warenerzeugung dient, in absehbarer Zeit Gemeineigentum werden läßt.

Forderung eines Gesetzes zur sofortigen Enteignung der landwirtschaftlichen Betriebe, die durch Vernachlässigung und Raubbau die Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes in Frage stellen.

Zusammenschluß der ländlichen Gemeinden zu Wirtschaftsgenossenschaften durch Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens, das An- und Verkauf aller Bedarfsgegenstände regelt.

Der Parteitag verpflichtet die Genossen allerorts, die Aufklärungsarbeit dieser Ideen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben und ruft das deutsche Volk auf, sozialistische Vertreter in die Parlamente zu entsenden, um die Macht zu schaffen, die notwendig ist, recht bald die Enteignung des großen Grund und Bodens und Umwandlung desselben in Gemeineigentum zu erreichen, um dadurch Deutschland vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten und vom nagenden Hunger zu befreien.

280. Hoisbüttel: Die Genossen in den Landesversammlungen ersucht der Parteitag, darauf zu dringen, daß so bald wie möglich die Gutsbezirke in Gemeindebezirke umgewandelt werden, damit den Genossen endlich Gelegenheit gegeben wird, in der Vertretung mitzuberaten.

281. Stade: Der Parteitag möge Stellung nehmen zum Reichssiedlungsgesetz in Verbindung mit den Grundprinzipien unserer Partei.

282. München: Die Stellungnahme der Partei zur Sozialisierungsfrage soll auf dem Parteitag klar und unzweideutig festgelegt werden.

283. Augsburg: Dem einschlägigen Satz des Parteiprogramms möge folgende Fassung gegeben werden: Religion ist Privatsache, nicht Parteisache. Die religiöse Ueberzeugung des einzelnen genießt innerhalb der Partei volle Freiheit und Achtung.

284. Frankenstein-Reichenbach: Im neuen Parteiprogramm ist Stellung zur Siedlungsfrage zu nehmen.

Die Unterbezirkskonferenz wünscht, daß die Partei die Siedlungsbestrebungen nach besten Kräften fördert.

285. Bezirksverband Franken: Der Parteitag soll sich mit der Agrarfrage befassen und eine Kommission einsetzen, die ein Agrarprogramm ausarbeitet.

286. Reutlingen: Wir ersuchen den Parteivorstand, der Ausarbeitung eines Kleinbauern- und Kleinhandwerkerprogramms nähertreten zu wollen.

287. Luckenwalde: Die Betätigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an Gesetzgebung und Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde richtet sich nach den wirtschaftlichen, politischen und taktischen Grundsätzen, wie sie nach dem Zusammenbruch des Kapp-Abenteuers zwischen den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften beschlossen und verkündet wurden, insbesondere sind — unter Wahrung aller außenpolitischen Verträge und unter sorgfältigster Schonung des Wirtschaftslebens —

1. alle Vorteile privatkapitalistischen Eigennutzes auszumerzen und durch eine gemeinwirtschaftliche Ausnutzung sachlicher und persönlicher Produktionskräfte zu ersetzen;
2. die Umwandlung des Heeres in eine Truppe republikanischen Geistes zu erstreben;
3. die Schule in eine allgemeine, jedem frei zugängliche und unentgeltliche Anstalt zur Bildung des Körpers und Geistes, frei von Einflüssen der Kirche, der Politik und der Standesvorurteile, umzuwandeln;
4. produktive Erwerbslosenfürsorge durch land-, forst- und verkehrswirtschaftliche Unternehmungen treiben und zu diesem Zwecke die notwendigen Enteignungsgesetze zu schaffen;
5. die Wohnungsfürsorge durch Uebernahme der Baumittel und der Verhinderung der Bodenspekulation zu ermöglichen und zu verstärken;
6. außerpolitisch die Grundsätze des Völkerbundes auf Frieden und Freundschaft mit allen Nationen hochzuhalten unter Wahrung der Interessen unseres Volkes. Jede Abstimmungspropaganda in Gemeinschaft mit rechtsstehenden Parteien, die ja nur jede Gelegenheit benützen, um den Revanchegedanken zu schüren, ist abzulehnen;
7. eine schleunige Aenderung der Rechtspflege in sozialistischem Sinne ist anzustreben;
8. die Verstaatlichung des Heilverfahrens ist zu beschleunigen;
9. die Ernährung nach einem planmäßigen Wirtschaftsprogramm der Bodenkultur sicherzustellen.

Es ist Pflicht aller Parteigenossen, jede Regierung zu unterstützen und an ihr sich zu beteiligen unter Wahrung der sozialdemokratischen Grundsätze, die diese Forderungen sich zu eigen macht, dagegen jede Regierung aufs schärfste zu bekämpfen, die diese Forderungen ablehnt.

In Würdigung dieses Grundsatzes fordern die Versammelten die sozialdemokratische Fraktion auf, bei nächster Gelegenheit zwecks Neuwahlen zum Reichstag der jetzigen Regierung ihr schärfstes Mißtrauen auszudrücken.

288. Wiesbaden: Der Parteitag soll eine Kommission bestimmen, die einen Gesetzentwurf vorbereitet, der den ersten Teil unseres Parteiprogramms: Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeinbesitz, zur Grundlage hat.

289. Köln: Baldmöglichst ist ein Agrarprogramm herauszugeben.

290. Frankfurt a. M.: Eine Kommission ist einzusetzen, die die Aufstellung eines einheitlichen Kommunalprogramms vorbereitet.

291. Frankfurt a. M.: Dem Parteitag wird vorgeschlagen, von der Revision des Parteiprogramms zurzeit abzusehen, dafür aber ein für die dringendsten Aufgaben geeignetes „Aktionsprogramm" vorzubereiten, das u. a. insbesondere regelt:

a) die Demokratisierung der Behörden,
b) die Beseitigung der Klassenjustiz,
c) die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes,
d) die sofort in Angriff zu nehmenden Maßnahmen der Planwirtschaft und Sozialisierung.

292. Wiesbaden: Die Sozialdemokratische Partei fordert, daß alle Erwerbslosen produktiv beschäftigt werden. Ihre Arbeitskraft muß vorzugsweise in den Dienst der Hebung unserer Ernährungswirtschaft gestellt werden. Eine intensivere Bearbeitung des Ackerbodens muß die landwirtschaftlichen Produkte vermehren. Wo die Landwirte es nicht verstehen, Mehrarbeiter vorteilhaft und nützlich zu verwenden, müssen die Kommunen selbständig handeln. Alles brachliegende Gelände muß Kulturland werden, wenn nötig müssen im Enteignungsverfahren größere Komplexe Ackerboden erworben werden, welche zu Gartenland umzuarbeiten sind. Zugleich damit verbunden ist eine rationelle Kleintierzucht zu pflegen. In diesem Sinne muß auch den in der Industrie nicht immer voll Beschäftigten, wie überhaupt allen Arbeitswilligen jederzeit Arbeitsgelegenheit geboten sein. Solche Arbeiten haben als produktive Notstandsarbeiten zu gelten und erhalten vom Reich entsprechende nötige Zuschüsse.

293. Breslau. In Anbetracht, daß unsere Partei seit Jahrzehnten „freie medizinische Hilfe" für alle Volksgenossen als einen ihrer Programmpunkte erklärt hat, beschließt die heute in Breslau tagende Frauenkonferenz: Parteitag und sozialdemokratische Landtagsfraktion wollen mit allen Kräften darauf dringen, daß die Landesregierung Gesetzentwürfe beschleunigt, die mindestens und vorerst vollständige unentgeltliche Entbindungshilfe gewähren und im notwendigen Anschluß daran das Hebammenwesen verstaatlichen.

294. Groß-Stettin, Pommern. Die Organisierung der Kleinbauern ist die zwingende Notwendigkeit. Aus diesen Gründen und aus der Tatsache heraus, daß in einzelnen Bezirken bereits Bauernbünde bestehen, ist eine Kommission von sieben Personen zu wählen, zu der Sachverständige aus der Kleinbauernschaft hinzugezogen werden, die gemeinsam die Frage der Organisierung der Kleinbauern beraten und eine einheitliche und zweckmäßige Form der Organisation für Kleinbauern finden sollen.

295. Stade. Durch die parlamentarische Tätigkeit unserer Genossen im Parteivorstande hat die Arbeit dieser Genossen im Vorstande leiden müssen, so daß der Vorstand unserer Partei auf viele für uns lebenswichtige Fragen nicht genügend Sorgfalt hat legen können.

Es wird daher beantragt, daß die Zusammensetzung des Parteivorstandes dahingehend eine Aenderung erfährt, daß im Vorstande nur 2 Genossen, die als Parlamentarier tätig sind, anwesend sein dürfen, während alle anderen Mitglieder des Vorstandes frei von derartigen Arbeiten sein müssen.

Sonstige Anträge.

296. Mellenbach: Wir erheben schärfsten Protest gegen Umtriebe der reaktionären Offiziere der Reichswehr bzw. der Sicherheitswehr. Gleichzeitig fordern wir die Beseitigung des Reichswehrministers Dr. Geßler sowie des Verkehrsministers Gröner wegen ihres brutalen Vorgehens.

297. Andernach: In Anbetracht der außerordentlichen guten Wirkungen, die der auf dem Parteitage der S.P.D. in Leipzig im Jahre 1909 beschlossene Schnapsboykott ausgelöst hatte, stellt hiermit die Ortsgruppe Andernach den Antrag, den Schnapsboykott erneut auszusprechen mit dem Zusatz: „Alle Parteigenossen verpflichten sich, von heute ab keinen Branntwein oder sonstige hochprozentige Getränke als Genußmittel zu trinken und mit allen zu Gebote stehenden Kräften den Kampf gegen diesen gefährlichsten der Volksfeinde zu führen."

298. Hildesheim: Der Unterbezirkstag beauftragt den Parteitag, zur Entschädigungsfrage derjenigen Mandatsinhaber in den parlamentarischen Körperschaften Stellung zu nehmen, welche völligen Arbeitslohnausfall durch ihre Tätigkeit haben, und für diese die Entschädigung derartig zu erhöhen, daß die in kapitalistischem Arbeitsverhältnis stehenden Genossen die Gelegenheit haben, derartige öffentliche Mandate zu bekleiden.

299. Wehrstedt: Den einzelnen Wahlvereinen sind mehr Rechte einzuräumen bei Aufstellung der Kandidaten zu den Parlamenten und Parteiämtern, damit den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, zu der Aufstellung ihrer Kandidaten Stellung zu nehmen. Wir wollen die wahre Demokratie!

300. Wehrstedt: Diejenigen Parteigenossen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, wie Bürgermeister, Landräte, Stadträte usw., dürfen vorläufig nicht aufgestellt werden, da dieselben in den eigenen Aemtern unentbehrlich sind. Die Genossen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, haben schon jetzt auf ihr Reichs- oder Landtagsmandat zu verzichten.

301. Altona: Der nächste Parteitag findet in Altona statt.

302. Hamburg: Entschließung zur politischen Lage: Die Entwicklung der innerpolitischen Lage sowohl wie die Ereignisse in der auswärtigen Politik zwingen zur ernsthaften Prüfung der Frage, ob die Sozialdemokratische Partei weiterhin mit verschränkten Armen dem Verlauf der Dinge zusehen soll. Die Regierungsbildung seitens der bürgerlichen Parteien hat bewiesen, daß ihre Forderung nach Fachministern nur Wahlpropaganda darstellte und das Ergebnis der Verhandlungen in Spa zeigte selbst den Einsichtslosesten, daß auch die bürgerliche Regierung den Ententestaaten gegenüber ebenso nachgeben mußte wie die frühere sogenannte sozialistische. In der inneren Politik, in der Ernährungswirtschaft usw. sind Zustände eingerissen, die für die Zukunft das allerschlimmste für die minderbemittelte Bevölkerung befürchten lassen. Bei dieser Sachlage hält der Parteitag ein baldiges energisches Eingreifen der sozialdemokratischen Fraktion für unbedingt erforderlich, wenn nicht anders möglich, auf dem Wege über baldige Neuwahlen zum Reichstag, von denen erwartet wird, daß aus ihnen eine arbeitsfähige sozialistische Regierung hervorgehen wird.

303. Mannheim: Den Beschluß des Parteitages in Leipzig von 1909 betreffend „Branntweinboykott" zu erneuern.

304. Frankfurt a. M.: Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, mit aller Schärfe den Kampf gegen den Alkoholgenuß im Sinne der Essener Beschlüsse weiterzuführen.

305. Frankfurt a. M.: Resolution. Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt ist mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei der Regierungsbildung einverstanden. Er begrüßt ihre ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber, die nach dem Ausgang der Reichstagswahl das Gegebene war.

306. Eßlingen: Resolution. Die heute im Saale zur Friedrichsaue tagende Parteiversammlung erwartet von dem Parteitag, daß er solange den Eintritt in die Regierung ablehnt, bis die Voraussetzungen für ein ersprießliches Arbeiten unserer Parteigenossen in der Regierung gegeben sind, so vor allem in der Frage der Sozialisierung des Bergbaues.

Nachträglich eingegangene Anträge.

I. Tagesordnung des Parteitages.

307. Melsungen: Die Agrarfrage an erster Stelle zu behandeln.

II. Bericht des Parteivorstandes.

308. Hanau: Der Parteitag wird ersucht, für die schleunige Herausgabe von Richtlinien praktischer Art für die Vertreter der S.P.D. in kommunalen Körperschaften einzutreten. Dadurch soll unseren Kommunalvertretern ihre Arbeit in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht erleichtert und dieselbe möglichst einheitlich in die Richtung unserer sozialistischen Ziele eingelenkt werden.

308a. Schwarzenberg: Es ist das Empfinden weiter Kreise der Parteigenossen, daß die Arbeit des Parteivorstandes in den letzten Jahren es an der nötigen Tatkraft hat fehlen lassen. Es ging dem Parteivorstand jede Initiative ab, er ließ sich treiben. Der Parteitag wird aufgefordert, hierin Wandel zu schaffen.

Die Generalversammlung wünscht dringend, daß die Parteiinstanzen zu der jetzigen Regierungspolitik eine entschiedene Stellung einnehmen. Eine Mitarbeit mit der kappistenschützenden und reaktionsfreundlichen bürgerlichen Reichsregierung ist ausgeschlossen. Die Wege, die die jetzige Reichsregierung eingeschlagen hat, bedrohen die Sicherheit der Republik. Eine geschlossene Kampffront des Proletariats ist der heiße Wunsch aller Proletarier. Es sind deshalb alle daraufhinzielenden Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern, soweit es ohne Aufgabe der Grundsätze unserer Partei möglich ist.

IV. Bericht der Reichstagsfraktion.

309. Hanau: Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß das Gesetz über den Volksentscheid und das Volksbegehren (Art. 73 der Verfassung) sofort geschaffen wird.

310. Hanau: Die Fraktion soll dafür eintreten, daß das Betriebsrätegesetz verbessert und durch die Gesetze über Bezirks- und Reichsarbeiterrat erweitert wird.

311. Hamburg-Nordwest: Der Parteitag möge zum Ausdruck bringen, daß den Beamten dieselben Rechte zwecks Beamtenräte zugestehen sind, wie dies bei Einrichtung der Betriebsräte geschehen ist.

312. Hamburg-Nordwest: Der Parteitag wolle beschließen, das gesamte Eisenbahnwesen auf das Reich zu übernehmen sowie die Lokomotiv- und Wagenfabriken, die Glasbläsereien usw. zu verstaatlichen.

313. Hanau: Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, sofort, wenn nötig durch Volksbegehren, für ein Gesetz einzutreten gegen die gefährlichen Aus-

wüchse des Großkapitalismus (Vertrustung der Kohlen-, Eisen- und Papierindustrie, der Presse, Verteuerung der Lebensmittel u. a.). Bezüglich der Bodenschätze, Kohle, Erz, Kali, ist auf sofortige Sozialisierung zu drängen, eventuell ist zum Zustandekommen dieser Sozialisierung das Volksbegehren zu Hilfe zu nehmen.

314. Hamburg-Nordwest: Die am 19. September tagende Unterbezirkskonferenz Unterweser des Bezirks Hamburg-Nordwest erblickt in der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln und Fleisch eine schwere Gefahr für die allgemeine Volksernährung, die freie Kartoffelbewirtschaftung hat bereits heute zu außerordentlich hohen Preisen geführt und diese werden bis zum Frühjahr noch weit mehr anziehen, wodurch in erster Linie die arbeitende Klasse zu leiden hat, da dieser die Mittel fehlen, sich für ein ganzes Jahr einzudecken. Besonders schwer leiden die Arbeitslosen unter dieser Preisgestaltung. Auch die Viehpreise ziehen bereits bedeutend an, so daß innerhalb kurzer Zeit mit für die Arbeiterklasse unerschwinglichen Fleischpreisen zu rechnen ist. Die Versammelten erblicken in der zügellosen freien Wirtschaft den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens und der Volksernährung. Sie ersuchen deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit allen Mitteln und Kräften für eine planmäßige Gestaltung der Erfassung und Verteilung der für die Volksernährung unbedingt notwendigen Lebensmittel einzutreten.

315. Hanau: Der Eintritt unserer Partei in die Regierung ist ausgeschlossen, solange keine Sicherheit für die Durchführung der sozialistischen Regelung unseres Wirtschaftslebens gegeben ist.

316. Hamburg-Nordwest: Die Konferenz des Unterbezirks Unterweser verlangt, daß die Sozialdemokratie in keine Koalitionsregierung eintritt, die unter Einschluß der Deutschen Volkspartei gebildet wird. Eine Beteiligung an der augenblicklichen Reichsregierung darf deshalb für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommen.

317. Viersen: Die Reichsregierung ist zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den eine Wohnungsluxussteuer für das Reich eingeführt wird. Einen Anteil der Wohnungsluxussteuer erhalten die Gemeinden. Abgesehen davon, daß durch diese Steuer eine erhebliche Einnahmequelle geschaffen wird, soll der Ertrag aus der Wohnungsluxussteuer zur Hebung der Bautätigkeit und damit zur Behebung der Wohnungsnot dienen.

Eine etwa geplante Mietsteuer wird als nicht im Interesse der minderbemittelten Volksklassen liegend und als unsoziale Maßnahme abgelehnt.

VII. Die Wohnungsfrage.

318. Hamburg-Nordwest: Enteignung des unbebauten Terrains für den Bau von Wohnhäusern durch die Gemeinde.

Errichtung von Zwangsgenossenschaften mit Hinzuziehung der Mieter und der Gemeindevertretung, um den Bau, die Uebernahme und die Verwaltung von Wohnhäusern zu betreiben.

Regelung des Wohn- und Siedlungswesens durch das Reich.

Bekämpfung der Wohnungsnot und des Wohnungselends durch die Forderung einer planmäßigen und tatkräftigen Siedlungspolitik mit besonderer Berücksichtigung des ländlichen Siedlungswesens.

Vergesellschaftung des Wohnungswesens durch Ueberführung der vorhandenen Mietwohnungen und aller für den Wohnungsbau erforderlichen Grundstücke in die Verwaltung und den Besitz von Heimstätten und Heimstättenverbänden.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrie.

VIII. Das Parteiprogramm.

Sozialdemokratische Richtlinien der Agrarpolitik.

319. Um der land- und forstwirtschaftlich tätigen Bevölkerung eine auskömmliche und gesicherte Existenz zu schaffen und um die ausreichende und gesunde Ernährung des ganzen Volkes unter erträglichen Bedingungen sicherzustellen, muß die Land- und Forstwirtschaft durch die Einsicht, den guten Willen und durch die Tätigkeit der in der Land- und Forstwirtschaft wirkenden Bevölkerung selbst gefördert werden. Diese muß dauernd unterstützt werden durch die Regierungen und vor allem durch die organisierte Arbeiterklasse.

Der Parteitag begrüßt das große Interesse, das die Genossen und Genossinnen den agrarischen Problemen entgegenbringen. Der Parteitag stellt für die politische und wirtschaftliche Wirksamkeit im Interesse der ländlichen Bevölkerung das Folgende fest:

1. Die zur Gemeinwirtschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren. Die übrigen Besitzverhältnisse sind nicht zu stören.

2. Die Vorteile des Klein-, Mittel- und Großbetriebes in der Landwirtschaft sind unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, des Klimas, der Möglichkeiten von Bodenbehandlung und Bodenbearbeitung zu beurteilen. Eine Uebereinstimmung über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Größenklassen der landwirtschafftlichen Betriebe ist jetzt nicht möglich.

3. Von Reich, Staat und Gemeinde hat alles zu geschehen, was die Produktivität und einen intensiveren Betrieb in der Landwirtschaft steigern kann.

4. Nichtbeachtung sowie unwirtschaftliche Verwertung und Raubbau des Bodens hat die Enteignung nach sich zu ziehen.

5. Jede Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu unterbinden.

6. Der Handel mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist zu sozialisieren.

7. Die Siedlungspolitik ist zu fördern und unter besonderer Berücksichtigung der Kultivierung der Oed- und Heideländereien, deren rationelle Bewirtschaftung unter Zuhilfenahme der technischen Errungenschaften nach den Leitsätzen dieses Aktionsprogramms zu sichern ist. Die von Kriegs- und Revolutionsgewinnlern erworbenen Ländereien sind zu Siedlungszwecken zu enteignen.

8. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert vor allem den Ausbau der Volksschulen sowie der landwirtschaftlichen Fortbildungs- und Fachschulen.

9. Die Verkehrsverhältnisse sind durch Ausbau der Kleinbahnen, Land- und Wasserstraßen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Land- und Forstwirtschaft gründlich zu verbessern.

10. Licht-, Kraft- und Wasserversorgung ist der ländlichen Bevölkerung zu sichern.

11. Die Produktion und Verteilung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe, besonders der künstlichen Düngemittel und der Kohlen, ist zu sozialisieren.

12. Alle Maßnahmen, wie Bodenverbesserung, Umlegung der Grundstücke (Flurbereinigung), Saatzucht, Bekämpfung der Pflanzenschädlinge, der Tierseuchen usw., sind kräftig zu unterstützen. Die Ausführung dieser Maßnahmen ist zu sichern durch Anstellung von praktisch vorgebildeten Kreislandwirtschaftsinspektoren und durch Einrichtung von Landeskulturstellen bei den unteren Verwaltungsbehörden unter paritätischer Hinzuziehung aller landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungen.

13. Die Ausschaltung des Zwischenhandels mit landwirtschaftlichen Produkten ist zu beschleunigen.

14. Die kredit-, betriebs- und absatzgenossenschaftliche Zusammenfassung der Kleinbetriebe ist nach jeder Richtung kräftig zu fördern.

15. Die engste Zusammenarbeit der Großeinkaufsgesellschaft mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist auf das lebhafteste zu begrüßen.

16. Die Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter sind gegen Ueberarbeit und Unfallgefahr zu schützen. Ihnen ist eine gesunde Wohnung und befriedigende Lebenshaltung zu sichern. Die Arbeitsbedingungen sind durch Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeiterschutzgesetze festzulegen. Alle Zweige der Sozialversicherung sind den Bedürfnissen der Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter anzupassen.

17. Sozialisierung aller Zweige des land- und forstwirtschaftlichen Versicherungswesens.

18. Schaffung einer erschöpfenden, zuverlässigen land- und forstwirtschaftlichen Statistik.

19. Die Aufklärung der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung hat unter Festhaltung unserer Parteigrundsätze zu geschehen.

20. Im Rahmen dieses Aktionsprogramms können für Gebiete mit besonders eigenartig vorherrschenden Betriebs- und Besitzformen in der Land- und Forstwirtschaft ergänzende Forderungen aufgestellt werden. Sie sind vor ihrer Veröffentlichung dem Parteivorstand zur Bestätigung vorzulegen.

320. Hamburg-Nordwest: Die Konferenz beantragt, daß neben der Revision des Parteiprogramms auch eine Revision des Kommunalprogramms vorgenommen wird und daß alsbald eine Gemeindevertreterkonferenz einberufen wird, die Richtlinien für die Kommunalpolitik, Siedlungspolitik, Schulpolitik und andere Gebiete aufstellt.

IX. Sonstige Anträge.

321. Parteivorstand und Bildungsausschuß: Der Parteitag begrüßt mit lebhafter Freude die geistige Regsamkeit der Jungsozialisten und ihr Streben nach Erringung innerer Selbständigkeit.

Der Parteitag verpflichtet daher die Parteiorganisationen, die Bestrebungen der Jungsozialisten tatkräftig zu unterstützen. Insbesondere sind dort, wo sich genügend jüngere Parteimitglieder finden, im Rahmen der Parteiorganisation, deren Beschlüssen sie unterstehen, jungsozialistische Gruppen zu errichten.

Sie haben vornehmlich folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Den jungen Genossen und Genossinnen durch geeignete Veranstaltungen (Kurse, Vorträge, Diskutierabende) Gelegenheit zu geben, sich zu Sozialisten zu erziehen und sich durch Arbeit im eigenen Kreise (erzieherische Arbeitsgemeinschaften) Gelegenheit zur Vertiefung der sozialistischen Weltanschauung sowie zur inneren Einstellung auf die hohen Aufgaben, die der Sozialismus ihnen stellt, zu geben.

2. Sich politisch zu schulen.

3. Sich für eine rege aktive Anteilnahme am Parteileben zu interessieren.

Der Mittelpunkt zur Förderung der jungsozialistischen Bestrebungen ist als Organ des Parteivorstandes der Zentralbildungsausschuß; in den Orten und Bezirken kommen dafür die Bildungsausschüsse unter Beteiligung der örtlichen Parteiinstanzen in Betracht. Die Leitung und Verwaltung der Gruppen liegt selbständig in den Händen der jungen Genossen mit der Maßgabe, daß hierzu ein Vertreter der Parteiorganisation und des Bildungsausschusses hinzugezogen wird. Die Bildungsausschüsse müssen besonders bei der Auswahl der Wissensgebiete und bei der Vermittlung von Referenten maßgebend mitwirken.

Das Organ für die Jungsozialisten ist die „Arbeiter-Bildung", für die den jungsozialistischen Gruppen eine rege Mitarbeit und Agitation zur Pflicht gemacht wird.

322. Parteivorstand: Der § 4 des Organisationsstatuts ist wie folgt zu ändern: „Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mk., das voll den Bezirken verbleibt. Der wöchentliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 40 Pf. und für weibliche 30 Pf. usf."

Der vierte Satz des § 4 ist wie folgt zu fassen: „In rein ländlichen Gebieten kann auf Antrag und mit Zustimmung des Parteivorstandes der Mindestbeitrag ermäßigt werden."

323. Kreis der Twiste (Waldeck): Die heute, den 26. September 1920, in Helsen tagende Kreiskonferenz der Sozialdemokratischen Partei im Kreise der Twiste (Waldeck) beantragt: „Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, die Initiative für Waldeck in der Anschlußfrage Waldecks an Preußen zu ergreifen und im Reichstag den Anschluß Waldecks an Preußen schleunigst zu fordern und einzuleiten."

324. Parteivorstand und Ausschuß: Resolution betreffend Regierungsbildung. Da das Ergebnis der Reichstagswahlen der früheren Koalition eine tragfähige Mehrheit nicht mehr gewährte, da eine nach rechts hin erweiterte Koalition mit den Interessen der Arbeiterklasse nicht vereinbar war, da die U. S. P. D. sich weigerte, in eine zur Verteidigung der republikanischen Einrichtungen und zur Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften der Revolutionszeit zu bildende Regierung einzutreten, war nach den Reichstagswahlen der Austritt der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierung notwendig geworden.

Der Parteitag billigt daher die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung ausdrücklich.

Ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und eine pazifistische auswärtige Politik erheischen, ihn zwingend erfordern.

325. Parteivorstand und Ausschuß: Resolution über die Einheitsrepublik. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands und die Neuordnung des durch die Kriegsfolgen aufs schwerste erschütterten Reichshaushalts sind nur unter Mitwirkung aller Volkskräfte in einem auf demokratischer Grundlage ruhenden, einheitlich geleiteten Staatswesen durchzuführen.

Der Parteitag bekennt sich daher zur Forderung der einen und unteilbaren deutschen Republik.

Den nach dem Willen ihrer Bevölkerung in der deutschen Republik auf Grund von Stammeseinheit oder wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit zusammengeschlossenen Ländern ist zur Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten im Rahmen der Reichsverfassung volle Selbstverwaltung zu gewähren.

Die auswärtige Politik ist ausschließlich Sache des Reiches.

Der Parteitag verurteilt alle separatistischen Bestrebungen auf das schärfste und erwartet, daß die Arbeiterklasse in allen Teilen Deutschlands auch fürderhin bereit sein wird, die Einheit der Republik gegen jeden Absplitterungsversuch mit allen Mitteln zu verteidigen.

326. Kutil-Hamburg: Der Parteitag wolle auf die Reichstagsfraktion und die gesetzgebenden Körperschaften wirken, daß bei Lohnbeschlag-

nahme die Kahlpfändung, die jetzt für Steuer und Alimentation (Unterhaltungspflicht) zulässig ist, wegfällt, ebenso daß bei erkennbarer Schuld der Frau während der Scheidung die Unterhaltungspflicht unterbleibt.

327. Geesthacht: Die großen Werke unserer Vorkämpfer Marx, Engels, Bebel usw., die für den Sozialismus grundlegend sind, sind heute mehr eine Notwendigkeit denn je. Diese sich zu verschaffen, ist denen, denen diese Schriften zugedacht sind, heute eine Unmöglichkeit. Der Parteivorstand wird deshalb ersucht, von diesen Schriften eine Heftausgabe herauszugeben, die es jedem Genossen ermöglicht, sich in den Besitz derselben zu setzen.

327a. Henni Lehmann: Zusatz zu Antrag 220. Ausdehnung der Bestimmungen des § 174 Str.-Ges.-B. über Verletzung eines Abhängigkeitsverhältnisses zu unsittlichen Zwecken auf Arbeitgeber und deren Angestellte, die das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeitnehmerin zur Vornahme unzüchtiger Handlungen mißbrauchen.

328. Schnabrich: Der Parteitag beauftragt seine Leitung, an die Landwirtschaft einen Aufruf zu erlassen, alles einzusetzen, um die Volksernährung zu sichern.

329. Heilmann: Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, den von der Preußischen Landesversammlung im Dezember 1919 als Antrag an die Reichsregierung beschlossenen Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Charlottenburger Wasserwerke, der seither vom Reichsministerium des Innern verschleppt wird, sofort als Gesetzentwurf im Reichstage einzubringen.

330. Heilmann: Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, mit aller Tatkraft die Verabschiedung des Gesetzes über die Volksabstimmung zu beschleunigen.

331. Heilmann: Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes wegen seiner leichtfertigen Ernährungspolitik — unbeschadet der sonstigen Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zum Kabinett Fehrenbach — das Mißtrauen auszusprechen.

332. Eggenstedt: Der nächste Parteitag findet in Kiel statt.

333. Lauschner: Der Parteitag erhebt entschieden Einspruch gegen die Bestimmung des Gesetzentwurfs über die Aufbringung der persönlichen Volksschullasten (Landesschulklasse), die besagt, daß von dem Staate nur für so viel Schullasten die Staatsbeiträge gezahlt werden, die für je 60 Schulkinder erforderlich sind. Der Parteitag erblickt darin die Wiederkehr der reaktionären Bestrebungen des alten Obrigkeitsstaates, die Bildung der großen Volksmassen auf möglichst niedriger Stufe zu halten. Er fordert einmütig vom preußischen Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung den aufgestellten Grundsatz, die durchschnittliche Besetzung der Volksschulklassen auf vierzig Schüler zu bemessen, durchzuführen.

334. Lauschner: Der Parteivorstand hat seinen ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Staatsregierung für die nunmehrige und ungesäumte Durchführung des Reichs-Siedlungsgesetzes in Oberschlesien mit besonderem Nachdruck Sorge trägt, um der katastrophalen Wohnungsnot wirksam abzuhelfen.

335. Lauschner: Der Parteivorstand ist aufzufordern, geeignete Schritte zu unternehmen, damit die Demokratisierung der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden baldtunlichst durchgeführt wird.

336. Lauschner: Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mk. Der wöchentliche Mindestbeitrag in industriellen Kreisen für männliche Mitglieder 40 Pf., für weibliche 30 Pf.; für ländliche Kreise für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche 20 Pf.

337. Lauschner: Der Parteivorstand ist aufzufordern, auf den Herrn Reichsarbeitsminister einzuwirken, zur schärferen Erfassung der leerstehenden und großen Wohnungen, Schlösser (s. Wilhelmshöhe), die mit der Durchführung der Wohnungsverordnungen betrauten Behörden mit diktatorischen Vollmachten auszustatten.

338. Eckstein: Zusatzantrag zu Antrag 324. Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, kann nicht in Frage kommen.

339. Dietrich: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bei der Preußischen Landesversammlung die zeitgemäße Revision der ländlichen Grundsteuer (Gesetz vom 21. Mai 1867) und der allgemeinen Gebäudesteuer zu erwirken.

340. Reitze: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, die Regierung aufzufordern, sofort erneute Schritte bei der russischen Regierung wegen der Rückbeförderung der noch in Sibirien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu unternehmen, denn diese Deutschen sehen dem kommenden Winter in Rußland infolge der Ernährungsschwierigkeiten mit Schrecken entgegen. Ferner soll die deutsche Regierung veranlaßt werden, die russischen Kriegsgefangenen schleunigst in ihre Heimat zurückzubefördern.

341. Auer: Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die Kulturwelt aufmerksam zu machen auf das Verlangen der Entente, die Dieselmotoren in Deutschland zu vernichten.

Diese Motore dienen nicht der Herstellung von Kriegsmaterial, sie sind vielmehr ein hervorragendes Mittel, durch Anwendung einer der genialsten, Rohstoffe ersparenden Erfindungen den Wiederaufbau zu fördern, und so nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Kulturwelt unschätzbare Dienste zu leisten.

Der deutschen, ohnedies so schwer leidenden Arbeiterschaft würde die Zerstörung der Motore einen schweren Schlag versetzen und den gesunden, friedlichen Wettbewerb der Völker hemmen.

Der Parteitag ruft die Arbeiterschaft aller Länder, die Techniker und Erfinder, alle Freunde des technischen und kulturellen Fortschritts auf, dem kulturschädlichen Vorhaben der Ententemachthaber mit allen Mitteln entgegenzuwirken.

342. Biester: Resolution. Das Reichsgericht scheint dem Amnestiegesetz eine Auslegung geben zu wollen, nach welcher als „Urheber und Führer" des Kappunternehmens nur diejenigen von der Straffreiheit ausgeschlossen wären, die man nicht hat: Die Kapp und Lüttwitz. Diese Auslegung steht mit den Auffassungen in scharfem Widerspruch, die in allen Verhandlungen zu unzweideutigem Ausdruck kamen und die im Plenum des Reichstags ein Vertreter der Regierungsparteien, der Abgeordnete und Reichsgerichtsrat Burlage, unmißverständlich formuliert hat. Während in Bayern und anderswo noch zahlreiche Revolutionäre im Gefängnis sitzen, werden führende Kappverbrecher auf freien Fuß und in die Lage versetzt, das Werk der Gegenrevolution weiterzutreiben. Wir warnen davor, gerade in diesen schweren Monaten das Gerechtigkeitsgefühl des arbeitenden Volkes einer gefährlichen Belastungsprobe auszusetzen. Wir verlangen, daß auch die Justiz endlich den Geist unseres neugewordenen Gemeinwesens in sich aufnehme.

343. Frauenkonferenz: Der Parteivorstand wird aufgefordert, nach Möglichkeit in allen Agitationsbezirken neben den amtierenden Bezirkssekretären auch noch eine Genossin als Sekretärin anzustellen.

Zur Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben werden von allen erhobenen Beiträgen 5 Proz. mehr als bisher an den Parteivorstand abgeführt.

344. Frauenkonferenz Der Parteitag wolle beschließen, je nachdem es zweckmäßig für die Bezirke erscheint, von den Frauen den gleichen Beitrag wie für die Männer zu erheben, ihnen aber dafür die „Gleichheit" obligatorisch zu liefern, oder aber die „Gleichheit" den Tageszeitungen als Wochenbeilage beizulegen.

345. Frauenkonferenz: Der Parteitag richtet an die Reichstagsfraktion das dringende Ersuchen, mit aller Energie dahin zu streben, daß die den Frauen in der Verfassung gewährleisteten Rechte in der Gesetzgebung durchgeführt werden. Besonders gilt dies auch von dem Eherecht und von den Rechten der unehelichen Kinder.

346. Frauenkonferenz: Ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das der gegenwärtigen Zersplitterung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ein Ende macht und eine planmäßige, umfassende, den Bedürfnissen des gesamten Volkskörpers entsprechende Regelung der Wohlfahrtspflege bringt, ist schleunigst in die Wege zu leiten. Insbesondere ist eine grundlegende, gesetzliche Reform der Armenpflege, der Jugendwohlfahrt, zu der auch das Jugendbesserungsrecht im Sinne eines Jugenderziehungsrechts an Stelle des Jugendstrafrechts gehört, sowie des Kinderschutzes vorzunehmen.

347. Frauenkonferenz: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dafür zu sorgen, daß die die Frauenarbeit erschwerenden Bestimmungen der Demobilmachungskommission aufgehoben und in der gleichen Weise wirkende Verordnungen nicht wieder erlassen werden.

348. Frauenkonferenz: Der Parteitag beauftragt die Fraktion des Reichstages, die verfassungsmäßig festgelegte Gleichberechtigung der Frau auch im beruflichen Wahlrecht — zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten und zu den einzelnen Instanzen der Angestelltenversicherung — energisch zu vertreten. Es ist darauf hinzuwirken, daß sofort eine Ergänzung des Regierungserlasses zu den Kaufmannsgerichtswahlen dahin erfolgt, daß überall da, wo die Wahlen noch nicht stattgefunden haben, auch Frauen als Beisitzer gewählt werden können.

349. Frauenkonferenz: Vorschlag zum Ausbau der Sozialgesetzgebung: Auch Witwen, die ihren Mann infolge von Krankheit verloren haben, erhalten eine Unterstützung.

350. Frauenkonferenz: I. Das ganze Gebiet der Jugendlichen-Kriminalität muß aus dem Bereiche des Strafrechts in den Bereich der Erziehung gebracht werden.

II. Das jugendliche Verbrechertum ist vorbeugend zu bekämpfen durch Aufhebung der sozialen Mißstände, welche die Ursache der meisten Verbrechen darstellen und durch staatliche Fürsorge für alle gefährdeten Kinder und Jugendlichen.

III. Gerichtsverfahren gegen Jugendliche, auch in der Form von Jugendgerichten, widersprechen dem Geiste der Erziehung. Gefängnisstrafen dürfen in keinem Falle über Jugendliche verhängt werden. Der kriminell gewordene Jugendliche soll dem Jugendamte unterstellt werden, das seinen erweiterten und vertieften Aufgaben entsprechend auszubauen ist. Diese Instanz veranlaßt zunächst gründliche seelische und körperliche Beobachtung des jungen Straffälligen und sorgfältige Prüfung seiner bisherigen Lebensverhältnisse, um ihn der geeignetsten erzieherischen oder heilpädagogischen Behandlung zuführen zu können.

IV. Die Fürsorgeanstalten sind zu verstaatlichen oder doch weitgehender staatlichen Aufsicht zu unterstellen und durch staatliche Unterstützung vom Ertrage der Kinderarbeit wirtschaftlich unabhängig zu machen. Die Prügelstrafe ist unverzüglich abzuschaffen.

V. Solange gegen Jugendliche noch gerichtlich vorgegangen wird, muß die psychiatrische Untersuchung und Beobachtung schon im Vorverfahren obligatorisch werden.

351. Frauenkonferenz: Da die Kinderarbeit in erschreckendem Umfange zugenommen hat, wird die Fraktion ersucht, schleunigst für eine Reform des Kinderschutzgesetzes und für ein Verbot jeder gewerblichen Kinderarbeit einzutreten.

352. Schulz: Der Parteitag stellt mit Genugtuung fest, daß die Novemberrevolution und die Verfassung der jungen deutschen Republik das kulturelle Leben Deutschlands von vielen Fesseln des alten Polizeistaats befreit haben. Aber es gilt nunmehr erst, trotz der wirtschaftlichen und seelischen Nöte des deutschen Volkes, auf der freigewordenen Bahn ein vertieftes und vom Volke aus ständig angeregtes Kulturleben zu entwickeln und zu pflegen. Die Sozialdemokratische Partei wird getreu ihrer alten Ueberlieferung alle wertvollen Bestrebungen auf dem weiten Gebiete des geistigen Lebens, der Wissenschaften und Künste, der Erziehung und des Unterrichts, der Volksbildung und der Jugendbewegung, tatkräftig fördern.

Der Parteitag verpflichtet die Genossen und Genossinnen in Reich, Staat und Gemeinde in erster Linie für eine entschlossene Schulreform als die Voraussetzung für die geistige Hebung der Volksmassen einzutreten. Der Parteitag verweist hierbei auf die alten Schulforderungen der Partei, insbesondere auf die Weltlichkeit, Einheitlichkeit und Unentgeltlichkeit des Schulwesens, auf die Einführung der Arbeit in den Erziehungsplan und auf die Notwendigkeit einer tatkräftigen und fortschrittsfreudigen Reichsschulgesetzgebung.

Der Parteitag begrüßt daher die zahlreichen Anträge, die eine Förderung der kulturpolitischen Aufgaben der Partei wünschen; er erwartet, daß die zuständigen Organe der Partei, besonders die Bildungs- und Jugendausschüsse und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, im Sinne dieser Anregung unter Heranziehung aller zur Mitarbeit bereiten geistigen Arbeiter innerhalb der Partei ihre Arbeit erweitern und ausbauen.

353. Loeb: Der Parteivorstand wird ersucht, in Anbetracht des ungeheuren Einflusses, den der Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spa, auf unser Wirtschaftsleben haben, von beiden Verträgen, eine billige mit gemeinverständlichem Kommentar versehene Ausgabe zu schaffen, damit alle Volksgenossen in der Lage sind, diese beiden Verträge kennen zu lernen.

354. Röhle: Zusatz zu Antrag 324: Den dritten Absatz hinter dem Wort „Wirtschaftszweige" wie folgt zu fassen: „insbesondere des Bergbaues, Sanierung der Reichsfinanzen durch eine 25prozentige einmalige Vermögensabgabe und eine auswärtige Politik im Sinne der Volksversöhnung erheischen, ihn zwingend erfordern.

355. Leuteritz: Der Parteitag wiederholt die Erklärung des vorjährigen Weimarer Parteitags, daß die parteigenössischen Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen verpflichtet sind, sich in erster Linie der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen als tätige Mitglieder anzuschließen.

Die äußerste Rechte und die äußerste Linke in der deutschen Lehrerschaft begegnen sich, außer in dem Bestreben, eine organische Reform des Schulwesens zu verhindern, in dem Versuche, den deutschen Lehrerverein zu zertrümmern.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen hat demgegenüber schon auf ihrer Gründungsversammlung zu Ostern 1919 erklärt, daß sie die parteigenössischen Lehrer und Lehrerinnen lediglich als Politiker innerhalb der Partei zur besseren Förderung bestimmter Parteiaufgaben (Bildungs- und Jugendarbeit, Schulreform) zusammenschließen will, daneben aber eine tätige Mitarbeit innerhalb des deutschen Lehrervereins für dringend erforderlich hält. Der Parteitag billigt diese Erklärung, setzt aber zugleich als selbstverständlich voraus, daß der deutsche Lehrerverein sich seinerseits nicht in den Dienst parteipolitischer Bestrebungen stellt, sondern sich immer mehr zur politisch-neutralen Berufsorganisation der deutschen Lehrerschaft im gewerkschaftlichen Sinne entwickelt.

356. Juchacz: Der Parteitag erklärt, daß der ablehnende Beschluß des Rechtsausschusses der Preußischen Landesversammlung vom 7. Juli d. Js. und die Antwort der Reichsregierung auf die Kleine Anfrage von Mitte Juli zur Zulassung der Frauen als Richter, Anwälte, Schöffen und Geschworenen jedes Verständnis für eine demokratische Auffassung der Frauenfrage und für die Heranziehung aller Volkskräfte zum kulturellen Wiederaufbau Deutschlands, sowie jeden Willen, die Verfassung auch in dieser Beziehung durchzuführen, vermissen lassen.

Der Parteitag fordert alle Genossen und Genossinnen auf, jene mehr als berechtigte Forderung mit aller Kraft erneut aufzunehmen und ihre Verwirklichung auf das Nachdrücklichste betreiben zu helfen.

357. Diehl: Der Parteitag spricht den von gegnerischen Truppen besetzten Gebieten Deutschlands seine Sympathien aus und dankt den Volksgenossen in diesen Landesteilen für ihr treues Festhalten an der deutschen Republik und ihre erfolgreiche Niederkämpfung aller Loslösungsbestrebungen.

Der Parteitag protestiert gegen die ungeheuerliche und in dieser Höhe ganz unnötige Belastung Deutschlands durch die Kosten für die Besatzungstruppen. Mit den vielen Milliarden, die durch die militaristische Besatzung verschleudert werden, könnten dringende Wiederaufbauarbeiten geleistet werden. Der Aufmarsch, den der Ententemilitarismus auf Kosten Deutschlands in den besetzten deutschen Gebieten unternimmt, ist ein wesentlicher Teil des Ruins der deutschen Finanzen, eine Beeinträchtigung des Selbstbestimmungsrechts, eine Förderung der französisch-belgischen Annexionisten, eine Verkümmerung der staatsbürgerlichen Rechte, eine Behinderung der sozialistischen Arbeiterbewegung, eine Verstärkung deutschnationalistischer Strömungen, ein großes Hindernis der wünschenswerten Annäherung zwischen Deutschland und den Volksstaaten.

Der Parteitag fordert die soz. Internationale auf, im Sinne der in Genf beschlossenen Resolution auf eine Verringerung der Besatzungstruppen und Abkürzung der Besatzungsdauer hinzuwirken.

358. Frauenkonferenz: Der Parteitag beauftragt die Fraktion des Reichstages, die Regierung über ihre Stellung zu den vielfachen Verstößen der Verwaltungsbehörden gegen Artikel 119 und 121 der Verfassung wie folgt zu befragen:

„Ist der Regierung bekannt, daß die Verwaltungsbehörden des Reiches, der Staaten und der Kommunen, insonderheit die Reichspostverwaltung, wiederholt gegen die Bestimmungen der Artikel 119 und 121 der Verfassung, in denen der Mutterschaft Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates und den unehelichen Kindern die Schaffung der gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung wie den ehelichen gewährleistet wird, und gegen den Artikel 128 der Verfassung, der bestimmt, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden sollen, durch Entlassung unehelicher Mütter aus dem Dienst verstoßen haben? Und ist sie bereit, der Verfassung in den Verwaltungen durch Erlaß einer Verfügung: Uneheliche Mutterschaft ist kein Entlassungsgrund für Beamtinnen und kein Hinderungsgrund für die Einstellung von Beamtinnen, Geltung zu verschaffen?"

359. Otto Braun (Antrag zu Punkt 3 der Tagesordnung): In Erwägung, daß lediglich durch die Steigerung der Lebensmittelerzeugung auf inländischem Boden die Ernährungsnot des deutschen Volkes nachhaltig behoben und der Wiederaufbau unserer zusammengebrochenen Wirtschaft wirksam gefördert werden kann, in weiterer Erwägung, daß diese Steigerung unter den obwaltenden Verhältnissen nur durch weitgehendste Anwendung künstlicher Düngemittel erzielt werden kann, dieser Anwendung aber die hohen Düngemittelpreise im Wege stehen, beauftragt der Parteitag die Reichstagsfraktion, sofort nach Zusammentritt des Reichstages die schleunige Ueberleitung der Betriebe, die künstliche Düngemittel herstellen, aus privatkapitalistischem Besitz in den Besitz der Allgemeinheit mit Nachdruck zu betreiben.

360. Noltmann: Zur Linderung der Wohnungsnot und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sind zunächst folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Bauindustrie soll aufgefordert und ermuntert werden, ihre Betriebe nicht stillzulegen und ihre unentbehrliche Tätigkeit nicht aufzugeben.
2. Als Gegenleistung sollen Staaten und Gemeinden die Garantie übernehmen für eine Abnahme der Bauten nach Vereinbarung.
3. Das Reich soll allen denen, die Wohnungen bauen, einen den rentierlichen Wert übersteigenden Betrag in Inlandsgeld als Ueberteuerungszuschuß zur Verfügung stellen. Der Zuschuß wird als Sicherheitshypothek auf das Grundstück eingetragen.
4. Die Höhe der jährlich zur Verfügung zu stellenden Zuschüsse soll sich nach dem Grade des Wohnungsbedarfs und der Zahl der Arbeitslosen im Bauberufe richten.

361. Hauke: Der sozialdemokratische Parteitag spricht den oberschlesischen Volksgenossen, die im Kampfe um ihre weitere Zugehörigkeit zum Deutschen Vaterlande stehen, seine wärmste Sympathie aus.

Der Parteitag bedauert die nationalistischen Ausschreitungen, die sich in Oberschlesien ereignet haben. Die terroristischen Gewalttaten, die fortwährende Bedrohung von Leib und Leben, die unter den Augen der französischen Besatzungstruppen verübt werden, unterbinden auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieses wichtigen Rohstoffgebietes. Daraus ergibt sich die Gefahr, daß Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag und dem Kohlenabkommen von Spa nicht nachkommen kann.

Die freiorganisierte Arbeiterschaft hat durch das planmäßig vorbereitete bewaffnete Vorgehen der Polen schwere Opfer bringen müssen. Viele haben für ihre deutsche Ueberzeugungstreue den Tod erlitten. Tausende mußten und müssen heute noch flüchten, weil in vielen Orten die Polen die Wiedereinsetzung der ordnungsmäßigen Verwaltungsorgane zu verhindern suchen.

Der Parteitag fordert, daß seitens der interalliierten Besatzungsmächte der Gefahr einer terroristischen Beeinflussung der Abstimmung entgegengewirkt wird. Er fordert die Sicherung unbeeinflußter Stimmabgabe und appelliert an die Genossen der Ententeländer, daß sie bei ihren Regierungen für strenge, unparteiische Durchführung der durch den Friedensvertrag übernommenen Pflichten Sorge tragen und einer Verfälschung des Selbstbestimmungsrechtes der Oberschlesier entgegentreten.

362. Molkenbuhr: Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, dahin zu wirken, daß Einrichtungen zur Verhütung von Krankheiten, Unfällen, Invalidität und Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Wo eine Verhütung nicht möglich ist, sind die Opfer durch die Arbeiterversicherung vor materiellem Verfall zu schützen.

Die Arbeiterversicherung ist einer gründlichen Reform zu unterwerfen und den Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen.

Es ist dahinzustreben, daß

1. die Versicherung auf alle Bedürftigen ausgedehnt wird,
2. die Versicherung außer den Kranken, Unfallverletzten, Invaliden, Alten und Hinterbliebenen, auch den Schwangeren und Müttern sowie den Arbeitslosen ausreichende Subsistenzmittel sowie die sonst nötige Hilfe gewährt,
3. die Organisation vereinfacht und unter volle Selbstverwaltung der Versicherten gestellt wird.

363. Nimmerfall: Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion aufzufordern, für die Schaffung eines Nationalfeiertages zur Würdigung der Entstehung der Reichsverfassung und zur Vertiefung republikanisch-demokratischer Gesinnung im Volke zu wirken.

364. Dr. Dietz: Zu Ziffer 1 des Agrarprogramms:

Der forst- und landwirtschaftliche Großgrundbesitz ist für die Gesamtheit zu enteignen. Welcher Besitz als Großgrundbesitz anzusehen ist, wird nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder und Provinzen bestimmt. Ebenso wird nach den Verhältnissen des Einzelfalles bestimmt, ob und was für eine Entschädigung zu gewähren ist (einmalige Abfindung in Grund und Boden, oder Geld, oder zeitlich beschränkte Natural- oder Geldrente).

Die übrigen Besitzverhältnisse sind nicht zu stören. Neue Besitzverhältnisse dürfen unter Verwendung von Allgemeingut nur mit Aufrechterhaltung des Allgemeineigentums in der Form von zeitlich beschränkten Lehen (Allmande, Nießbrauch, Leihe oder Pacht) begründet werden.

365. Dr. Grein: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sowie die bayerischen und preußischen Landtagsfraktionen werden beauftragt, auf die Reichsregierung sowie die betr. Landesregierungen einzuwirken, damit Maßnahmen getroffen werden, nach denen der Bevölkerung des Saargebietes eine gesetzliche Vertretung im Reichstag und in den bayerischen und preußischen Landesparlamenten gegeben wird.

366. Sollmann: Der Parteitag wendet sich mit Entschiedenheit gegen die deutsch-völkische Hetze, die im Gelehrten Magnus Hirschfeld ein erstes Blutopfer gefunden hat. Das werktätige Volk weist die Verantwortung für diese wüsten Ausschreitungen, die den deutschen Namen in aller Welt besudeln, weit von sich. Der Parteitag fordert die deutschen Sozialisten auf, den deutsch-völkischen Hetzern überall mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß die klaren Linien des Klassenkampfes nicht durch blöde, den Gegenrevolutionären dienende Rassenhetze verwischt werden.

367. Adolf Braun: Der Parteitag spricht den festen Willen aus, alle Kraft der Partei auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu konzentrieren.

Der Tiefstand der deutschen Volkswirtschaft und ihre ungünstige Stellung in der Weltwirtschaft sind katastrophale Wirkungen eines die Wirtschaftskraft Deutschlands erschöpfenden, die Wirtschaftskraft der Welt erschütternden Krieges und eines unerhörten Gewaltfriedens, deren Folgen erst nach Jahrzehnten überwunden werden können.

Trotz der Riesenhaftigkeit des Problems, die deutsche Volkswirtschaft zu gesunden, schreckt das klassenbewußte Proletariat vor dieser Aufgabe nicht zurück. Es weiß, daß es seine geistige und körperliche Kraft zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft und Kultur dauernd anwenden muß.

Unser Wirtschaftsleben wird weiter gehemmt, unser Auslandsmarkt gestört durch die kriegerischen Verwicklungen im Osten, durch die mannigfache Behinderung des freien Handelsverkehrs mit dem Auslande, durch die Maßnahmen der Entente, durch die harten Forderungen des Versailler Friedensvertrages und durch die aus all diesen Schwierigkeiten erwachsende Unsicherheit unseres Geldwesens und des damit im Zusammenhang stehenden ungünstigen Standes der Valuta.

Viel zu gering ist der uns zur Verfügung gebliebene Kohlenvorrat. Darunter leiden die Industrien, die durch genügende Aufträge in der Lage wären, ihren Betrieb voll auszunützen.

Die Konsumfähigkeit der großen Masse ist durch die Preissteigerung aller unentbehrlichen Produkte zu unerträglicher Höhe unterbunden. Das erhöht die Schwierigkeiten der Industrie und verschärft die Krise.

Die Sozialdemokratische Partei setzt alles daran, die Hindernisse, die der Gesundung und Kräftigung unseres Wirtschaftslebens entgegenstehen, zu beseitigen: so durch die Steigerung des Einflusses der Arbeiter auf den Produktionsprozeß und durch die volle Verwirklichung dessen, was die Verfassung über den organisatorischen Aufbau der Arbeitervertretung im Reich und in den Bezirken vorsieht.

Stillegung und Vernichtung noch leistungsfähiger Betriebe muß verhindert werden.

Eine gesunde Preisgestaltung der für unsere Industrie unentbehrlichen Rohstoffe durch eine zielklare und weitsichtige Handelspolitik und Produktionsförderung erstrebt werden.

Im engsten Zusammenhange stehen die energisch zu fördernden Bemühungen, selbst unter großen Opfern zu einer Gesundung unseres Geldwesens auf völlig neuen wirtschaftlichen Grundlagen zu kommen.

Der weitere Ausbau, die gesetzliche Regelung und die produktive Gestaltung der Arbeitslosenfürsorge wird von der Sozialdemokratischen Partei nachdrücklichst gefördert werden. Die Konsumfähigkeit der breiten Schichten der Bevölkerung ist zu steigern; alles hat zu geschehen, um den Abbau der Lebensmittelpreise herbeizuführen und damit die Konsumfähigkeit und die körperliche wie geistige Leistungsfähigkeit der breiten Masse zu steigern. Hierzu ist notwendig die Förderung des Genossenschaftswesens, eine weitgehende Kommunalisierung lebenswichtiger Betriebe, insbesondere des Handels mit Lebens-, Genuß- und Heilmitteln, die Intensivierung der Landwirtschaft und die Erhaltung der Zwangswirtschaft, wo sie die Steigerung der Lebensmittelpreise verhindert.

Die Ansätze zur Preiskontrolle durch das Reich sind auszudehnen und auszubauen; sie haben alle übermäßigen Gewinne in Landwirtschaft und Industrie, in Handel und Verkehr hintanzuhalten.

Alle diese Einzelforderungen treten zurück hinter unsern festen Willen, alle Kraft zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel zur Anwendung zu bringen.

Kann diese auch nur schrittweise geschehen, so muß sie doch großzügig in Angriff genommen werden. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist zu beseitigen, wo es die Gesundung unseres Wirtschaftslebens hemmt und wo es durch höhere gesellschaftliche Eigentumsformen schon jetzt ersetzt werden kann.

Deshalb ist die Sozialisierung tatkräftig überall dort zu fördern, wo innerhalb der Produktion die Voraussetzungen gegeben sind. Das gilt vor allem für die Kraftquellen und hier in erster Reihe für den Kohlenbergbau und für die Roheisen- und Stahlerzeugung.

Dieser prinzipiell entscheidende Schritt ist ohne Vorbehalt mit voller Klarheit und im ausdrücklichen Gegensatz gegen das private Eigentum am Kohlenbergbau, also im Sinne des Antrages I der Sozialisierungskommission zu tun.

Der Parteitag empfiehlt allen Parteigenossen und -genossinnen, in dieser entscheidenden Aktion für die später vollkommene Verwirklichung sozialistischer Produktionsweise zusammenzuwirken.

368. Keil: Die deutschen Finanzen lassen sich ohne grundlegende internationale Maßnahmen, deren erste die Konsolidierung des Notenumlaufs und die Stabilisierung des Wechselkurses sein müssen, einer Gesundung nicht entgegenführen.

Eine weitere Voraussetzung der Verhinderung der völligen Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens und der grenzenlosen Verschärfung des Elends der Arbeiterklasse bildet die alsbaldige Festsetzung des in den Grenzen des Möglichen zu haltenden Höchstmaßes der von den Siegerstaaten an Deutschland gestellten Entschädigungsforderungen.

Unter diesen unerläßlichen Vorbedingungen obliegt der Reichsregierung die Pflicht, die deutsche Wirtschaftspolitik auf das Ziel einer wirksamen und nachhaltigen Verbesserung unserer Handelsbilanz einzustellen. Diesem Ziel müssen neben den wirtschaftlichen alle steuerpolitischen Maßnahmen untergeordnet sein.

Die direkte Reichssteuergesetzgebung des letzten Jahres entspricht in ihren Grundrissen diesen Anforderungen, hat sich aber als lückenhaft und unzulänglich erwiesen und die Steuerverwaltung hat bei der Durchführung derselben versagt. Bei der verspäteten Erfassung des in der Kriegszeit erzielten Vermögenszuwachses und bei der Belastung der Vermögensbestände durch das Reichsnotopfer werden ungeheure Summen durch Verschwendung, Verschiebung, berufsmäßige Instruierung der Steuerpflichtigen über die Steuersabotage und falsche Deklarierung der pflichtgemäßen Besteuerung entzogen. Auf der anderen Seite ist das kleine Arbeitseinkommen, das schon von den indirekten Steuern hart und ungerecht getroffen wird, auch noch durch die neue Einkommensteuer einer Ueberlastung unterworfen.

Aufgabe der Reichstagsfraktion ist es, für die Entlastung des kleinen Lohn- und Gehaltseinkommens, für die rasche und scharfe Durchführung der Besteuerung des Besitzes, für die alsbaldige volle Einziehung des Reichsnotopfers und für die weitgehendste Einschränkung des Ueberverbrauchs der Träger großer Einkommen mittels einer Aufwandsteuer einzutreten.

Den Parteiorganisationen erwächst die Pflicht, durch Vorträge und Kurse über das Steuerwesen die Kräfte heranzubilden, die als Vertreter der Arbeiterklasse in die Steuerausschüsse entsandt werden müssen, wenn eine gerechte Steuerveranlagung erreicht werden soll.

369. Ulmann: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist als besonderer Punkt die „Auswärtige Politik" zu setzen und ein Referent und Korreferent zu bestellen.

369a. Steinhäuser (Zusatzantrag zu 358): Der Parteitag beauftragt die Fraktion des Preußischen Landtages, für die Aufhebung des Ministerialerlasses von 1883, der unehelichen Müttern die Ausbildung für den Hebammenberuf versagt, schleunigst zu sorgen.

Die Fraktionen der Parlamente derjenigen Länder, in denen ähnliche Verfügungen gelten, werden zu gleichem Vorgehen beauftragt.

370. Fürst: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck für die Interessen Ostpreußens einzutreten und die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Kultur in dieser vom Mutterland abgetrennten Provinz sicherzustellen.

371. Pfülf: Da nach den Erklärungen der Reichsregierung die Vorlegung eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung (Schulen des Bekenntnisses und der Weltanschauung) in diesem Winter zu erwarten ist und bereits eine lebhafte Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten der Bekenntnisschulen eingesetzt hat, erklärt der Parteitag: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält mit aller Entschiedenheit an ihrer alten programmatischen Forderung der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens fest.

Der Parteitag erklärt aber aufs neue und ausdrücklich, daß diese Forderung nicht irgendwelcher Feindseligkeit gegen die Religion, sondern lediglich der unerschütterlichen Ueberzeugung entspringt, durch die Ausschaltung des bekenntnismäßigen Religionsunterrichts und seine Uebertragung an die Religionsgemeinschaften den Gedanken der Einheitsschule am besten zu verwirklichen; nur die Zusammenfassung der Kinder und die Gliederung der Schulen nach schultechnischen und pädagogischen Erwägungen, unbeschadet der konfessionellen und weltanschaulichen Gegensätze der Eltern, aber unter ihrer achtungsvollen Würdigung gemäß Artikel 147 der R.-V. gewährleisten eine gute Entwicklung unseres Schulwesens nach den Grundsätzen einer gesunden Schulreform, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der zeitgemäßen Gebote wirtschaftlicher Sparsamkeit."

In diesem Sinne ist auch Artikel 146 Abs. 1 der R.-V. aufzufassen, durch den die gemeinschaftliche Schule für alle Kinder als die Regelschule festgelegt wird. Die in Artikel 146 Abs. 2 unter dem Druck der damaligen politischen Lage von der Partei zugestandenen Abweichungen von der Regelschule dürfen nicht zu einer Zertrümmerung unseres Schulwesens führen. Höher noch als die Errichtung weltanschaulicher Sonderschulen, auf deren Lebensberechtigung die Partei im übrigen als Gegengewicht gegen die Bekenntnisschule grundsätzlich Wert legt, steht die Erhaltung und Schaffung großer und leistungsfähiger Schulsysteme.

Der Parteitag verpflichtet die Reichstagsfraktion, in diesem Sinne ihren Einfluß bei der Beratung des zu erwartenden Reichsgesetzes einzusetzen. Von den Parteigenossen im Lande erwartet der Parteitag, daß sie die Fraktion bei diesem Bemühen tatkräftig unterstützen.

372. Kieß: Dem Betriebsrätegesetz ist folgender Paragraph beizufügen: Kein Mitglied eines Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenrats, kein Betriebsobmann darf wegen einer als Rat oder Obmann getanen Aeußerung verfolgt werden, soweit nicht dieses Gesetz (das B.-R.-G.) ein anderes bestimmt.

373. Mehnert: Als Aktionsprogramm der Partei in bezug auf die auswärtige Politik sind die folgenden vier Punkte (aufgestellt im Referat von Otto Wels) anzunehmen:

1. Die Revision des Versailler Friedens nach sozialistischen Gesichtspunkten, wie sie von der zweiten Internationale festgelegt worden sind.
2. Sofortige Inangriffnahme und Durchführung der Wiedergutmachung in Gestalt des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, möglichst durch Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen beider Länder.

3. Schaffung eines internationalen proletarischen Aktionsausschusses für die auswärtige Politik der Arbeiterklasse durch die zweite Internationale.
4. Sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

374. Andrée: Sozialdemokratische Richtlinien in der Agrarpolitik. Die Ueberführung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Geräten, Werkzeugen, Maschinen — in gesellschaftliches Eigentum ist das Ziel der Sozialdemokratie auch auf agrarpolitischem Gebiete; nur sie vermag einerseits der land- und forstwirtschaftlich produktiv tätigen Bevölkerung eine auskömmliche und gesicherte Existenz zu schaffen und andererseits eine ausreichende und gesunde Ernährung des ganzen Volkes unter erträglichen Bedingungen sicherzustellen.

Als Mittel und Wege zu diesem Ziele stellt der Parteitag fest:

1. Reich, Staat und Gemeinden haben die Produktivität und einen intensiveren Betrieb in der Landwirtschaft zu steigern durch:
   a) Förderung der Bodenverbesserungen (Meliorationen), Umlegung der Grundstücke (Flurvereinigung), Saatzucht, Bekämpfung der Pflanzenschädlinge, der Tierseuchen usw. Die Ausführung dieser Maßnahmen ist zu sichern durch Bestellung von praktisch und theoretisch vorgebildeten Kreislandwirtschaftsinspektoren, durch Errichtung von Landeskulturstellen bei den unteren Verwaltungsbehörden unter paritätischer Hinzuziehung aller auf demokratischer Grundlage aufzubauenden landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungen.
   b) Bereitstellung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe, besonders der künstlichen Düngemittel; Sicherstellung der Kraft-, Licht- und Wasserversorgung der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung.
   c) Ausbau der Kleinbahnen, der Land- und Wasserstraßen sowie der sonstigen Verkehrsmittel, die eine vorteilhafte Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ermöglichen.
   d) Förderung der Kredit-, Betriebs- und absatzgenossenschaftlichen Zusammenfassung der Betriebe.
   e) Abschluß von direkten Lieferungsverträgen mit den Verwaltungen der großen Städte und, wo das nicht zu erreichen ist, mit den Konsumgenossenschaften der großstädtischen Arbeiter zwecks Ausschaltung des verteuernden Zwischenhandels.
   f) Ausbau der Volksschulen sowie der landwirtschaftlichen Fortbildungs- und Fachschulen und der wissenschaftlichen Versuchsanstalten.
   g) Schaffung einer erschöpfenden und zuverlässigen land- und forstwirtschaftlichen Statistik, insbesondere Feststellung von Wirtschafts- und Haushaltsrechnungen typischer Betriebe aller Besitzformen.

Bodenpolitische Maßnahmen.

2. Der privat- und volkswirtschaftlich so überaus schädlichen anormalen Preissteigerung des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens ist entgegenzuwirken durch
   a) Einführung des gesetzlichen Vorkaufsrechts des Staates, der Gemeinden oder gemeinnütziger Organisationen für alle Fälle des Eigentumswechsels bei landwirtschaftlichen Grundstücken über den zweiten Grad der Verwandtschaft hinaus.
   b) Verbot des gewerbsmäßigen Güterhandels.

   c) Anwendung des Enteignungsrechts auf unbearbeiteten, vernachlässigten oder unwirtschaftlich bearbeiteten Grund und Boden, besonders bei brach liegendem Heide- oder Oedland.
   d) Aufhebung der Realgemeinden.

Siedlungspolitik.

3. Die Siedlungspolitik des Staates und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Verbände ist im Einklang mit den übrigen Leitsätzen dieses Aktionsprogramms durchzuführen. Insbesondere ist erforderlich:
   a) großzügige Erschließung der Oed- und Heideländereien.
   b) Beschaffung von Siedlungsland im Wege der Enteignung (Landlieferungsverbände) evtl. durch Bildung von Zwangsgenossenschaften.
   c) Uebergabe des Siedlungslandes an die Siedler in der Form der Erbpacht. Siedlung im Wege genossenschaftlichen Großbetriebes, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist.
   d) Bevorzugung der Kriegsbeschädigten resp. der Kriegsteilnehmer bei der Auswahl der Siedler.

Sozialpolitische Forderungen.

4. Zum Schutze von Leben und Gesundheit der produktiv landwirtschaftlich Tätigen ist erforderlich:
   a) die sinngemäße Uebertragung aller Sozialversicherungs- und Arbeiterschutzgesetze auf die Landwirtschaft.
   b) Festlegung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge und Schiedsgerichte.
   c) Förderung des Wohnungswesens auf dem Lande.
   d) Vergesellschaftung aller Zweige des land- und forstwirtschaftlichen Versicherungswesens.

Im Rahmen dieses Aktionsprogrammes können für die Gebiete mit besonders eigenartig vorherrschenden Betriebs- und Besitzformen in der Forst- und Landwirtschaft ergänzende Forderungen aufgestellt werden. Sie unterliegen der Beschlußfassung der zuständigen Bezirksparteitage und der vom Parteivorstande zu berufenden Sachverständigenkommission.

375. Sollmann: Der Parteitag spricht den streikenden und ausgesperrten Angestellten und Arbeitern des Berliner Zeitungsgewerbes seine Sympathie aus. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage gestattet unter keinen Umständen eine Reduzierung des Einkommens, wie sie von den Berliner Zeitungsunternehmern durchgeführt werden soll. Der Parteitag hofft, daß es den Streikenden und Ausgesperrten gelingt, die Bestrebungen des Unternehmertums abzuwehren.

376. Meerfeld: Der Parteitag stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses von Genf. Er begrüßt das rasche Wiedererstehen der Zweiten Internationale und spricht die Ueberzeugung aus, daß nur in ihrem Rahmen die Vereinigung des Weltproletariats möglich ist, die die unumgängliche Voraussetzung für seine Befreiung aus den Banden des Weltkapitalismus bildet. Er begrüßt die klare Einsicht des Genfer Kongresses, daß der Frieden von Versailles eine Frucht dieses Weltkapitalismus ist, da er den besiegten Völkern unerträgliche Lasten auferlegt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt, den Militarismus in den siegreichen Staaten steigert und neue Kriegsgefahren schafft.

Der Parteitag erklärt sich namens der deutschen Sozialdemokratie, die den weitaus größten Teil der deutschen Arbeiterklasse umfaßt, bereit, im Einver-

ständnis mit den übrigen Gliedern der Internationale jede Anstrengung zu unternehmen, um eine gewaltsame Austragung der durch den Imperialismus geschaffenen Völkerkonflikte unmöglich zu machen. Nicht im Kampfe mit den Proletariern der anderen Länder, sondern brüderlich mit ihnen vereint will die deutsche Arbeiterklasse den gegenwärtigen gefährlichen Zustand beseitigen und durch einen neuen ersetzen, der den Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus entspricht und den dauernden Weltfrieden verbürgt.

In diesem Sinne lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit des internationalen Proletariats erneut auf die unerträglichen Wirtschaftsverhältnisse, in die das deutsche Volk durch die übertriebenen Forderungen der Sieger versetzt worden ist, auf die Leiden der Bevölkerung der besetzten Gebiete, auf die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts an die besiegten Völker, auf ihre Ausschließung aus dem Völkerbund, schließlich auf die unabsehbaren Gefahren, die aus einer fortgesetzten Politik der militärischen Interventionen und Besetzungen entstehen müssen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist entschlossen, die Sünden der einstigen Machthaber Deutschlands gutzumachen, indem sie durch ihre ökonomischen Anstrengungen die Wunden des Krieges heilen hilft, die deutsche Republik als wichtige Bürgschaft des Weltfriedens gegen alle reaktionären Anschläge verteidigt und durch den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft dem Kapitalismus ein Ausbeutungsgebiet nach dem andern entreißt. Sie erwartet in diesem Bestreben, das nicht allein ihrem Wohl, sondern den solidarischen Interessen der Arbeiter aller Länder dienen soll, Verständnis und tatkräftige Unterstützung der Arbeiter und Sozialisten der ganzen Welt.

377. Gertrud Graf: Aus breiten Kreisen der Krankenschwestern, sowohl derjenigen in freien Verbänden als auch derjenigen in religiösen und sonstigen Gemeinschaften, kommt der Ruf nach Besserung ihrer sozialen und rechtlichen Lage. Viele Schwestern, die aus Liebe zu Kranken, Notleidenden und Kindern zu diesem Beruf gekommen sind, leiden unter dem despotischen Druck der Mutterhäuser, unter Gewissenszwang, langer Arbeitszeit und einer Entlohnung, die der heutigen Zeit nicht mehr entspricht. Die Fraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß den Schwestern Gelegenheit gegeben wird, ohne Gewissenszwang und ohne Gefährdung ihrer Existenz ihre Berufsinteressen wahrzunehmen.

Bei der gesetzlichen Neuregelung des Gesundheitswesens im Reich wie in den Einzelstaaten ist die Berufsausbildungs-, sowie die Existenzmöglichkeit des Krankenpflegepersonals sicherzustellen.

378. Bretthorst: Im Antrage 367 ist dem vorletzten Absatz zuzufügen:

Sollte für die sofortige Enteignung und Sozialisierung der Kohlenförderung und Kohlenverteilung keine Mehrheit im Reichstage, aber im Reichsrate vorhanden sein, so ist das Volksbegehren durchzuführen.

379. Quarck (Zu Antrag 368): Im vorletzten Absatz hinter dem Wort „Aufwandsteuer" einzuschalten: „sowie für eine sofortige einmalige, mindestens 25prozentige Vermögensabgabe zur Schuldentilgung einzutreten."

380. Gruschke: Entsprechend seiner grundsätzlichen Stellung zur privatkapitalistischen Wirtschaftsweise erblickt der Parteitag in den bestehenden Organisationen der Konsumenten und ihrer Großeinkaufszentralen ein geeignetes Mittel, den unhaltbaren Zuständen bei Beschaffung, Lagerung und Verteilung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände entgegenzuwirken.

Der Parteitag fordert deshalb die Verbraucher auf, die Konsumgenossenschaftsbewegung mit allen erdenklichen Mitteln zu fördern.

Desgleichen hält es der Parteitag für dringend geboten, die Bemühungen der gewerblichen Arbeiter zur Errichtung von Produktionsgenossenschaften weitestgehend zu unterstützen.

381. Adolf Braun: Zur Beratung des Parteiprogramms wird eine Kommission aus sieben Mitgliedern gewählt.

Diese Kommission hat sich noch auf dem Parteitage zu konstituieren und in spätestens Monatsfrist unter Heranziehung eines Kreises von etwa 15 anderen Parteimitgliedern in Berlin eine Konferenz abzuhalten, die die Umgrenzung, den Plan und die Einteilung der Arbeit der Programmkommission zu bestimmen hat. Diese Konferenz ist spätestens in der zweiten Hälfte des Juni 1921 wieder zusammenberufen und ihr der Entwurf des neuen Parteiprogramms zur Begutachtung vorzulegen.

Die Programmkommission hat das Recht, zur Bildung einzelner Unterkommissionen wie zu sonstigen Arbeiten Mitglieder zu kooptieren, und zwar für die Ausarbeitung einzelner Teile des Programms wie des gesamten Programms. Außerdem ist die Programmkommission befugt, Sachverständige zu laden.

Die Programmkommission wird verpflichtet, spätestens am 1. Juli 1921 den Entwurf des Parteiprogramms im „Vorwärts" zu veröffentlichen und den anderen Parteizeitungen Gelegenheit zu geben, gleichzeitig mit dem „Vorwärts" den Entwurf des Parteiprogramms zum Abdruck zu bringen.

381a. Resolution Juchacz: Der sozialdemokratische Parteitag, als Vertretung der größten Partei Deutschlands, nimmt mit tiefster Empörung von den ungeheuren Wiedergutmachungsforderungen der Entente, insbesondere von der Forderung auf Lieferung von 810 000 Kühen Kenntnis. Damit würden die unbedingt für die Fortführung der Ernährung in Deutschland nötigen Reserven in einem namentlich für die Kinder und Mütter wesentlichen Teile zerstört. Die Wirkung der Erfüllung dieser Forderungen wäre weit grausamer als die Hungerblockade.

Der Parteitag appelliert an das Proletariat der ganzen Welt, dieses Attentat auf die Existenz des deutschen Volkes verhindern zu helfen und dieser neuen Vergiftung der internationalen Beziehungen entgegenzutreten.

382. Jeziorowski: Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion und den Fraktionen aller Länder, daß sie für schleunigste Bereitstellung sämtlicher freigewordenen Kasernen und sonstigen militärischen Dienstgebäude sowie für die Heranziehung aller nur irgend entbehrlichen Räume in Reichs- und Staatsgebäuden für Wohnungszwecke ganz energisch eintreten.

Nicht Offiziere sollen darüber befinden, welche und wieviel verfügbare Räume in Kasernen usw. der Zivilbevölkerung überlassen werden sollen, sondern in jedem Falle muß ein dem Provinzoberhaupt beizuordnender bevollmächtigter parlamentarischer Arbeitervertreter nach Anhörung der örtlichen Zivilbehörden und Wohnungskommissionen die sofortige Freigabe von durchaus entbehrlichen Diensträumen für Wohnzwecke veranlassen können.

383. Gerlach: Der nächste Parteitag findet in Düsseldorf statt.

384. Schnabrich zu 364: Ziffer 1 des Agrarprogramms wie folgt zu ändern:

Der forst- und landwirtschaftliche Großgrundbesitz von 100 Hektar ab ist für die Gesamtheit zu enteignen. Welcher Besitz im übrigen als Großgrundbesitz anzusehen und zu enteignen ist, wird nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder und Provinzen bestimmt. Ebenso wird nach den Verhältnissen des Einzelfalles bestimmt, ob und was für eine Entschädigung zu gewähren ist.

(Einmalige Abfindung in Grund und Boden, oder Geld, oder zeitlich beschränkte Natural- oder Geldrente).

Die übrigen Besitzverhältnisse sind nicht zu stören. Neue Besitzverhältnisse dürfen unter Verwendung von Allgemeingut nur mit Aufrechterhaltung des Allgemeineigentums in der Form von zeitlich beschränkten Lehen (Allmande, Nießbrauch, Leihe oder Pacht) begründet werden.

Das Land, das der Grundbesitzer verpachtet, geht sofort in den Besitz der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes über, in dem das Land liegt.

385. Vogel: Mit Rücksicht darauf, daß zu den dem Parteitag vorliegenden Richtlinien über Agrarpolitik Anträge neu gestellt werden, beantragen wir, zunächst von einer Diskussion abzusehen. Dagegen beantragen wir die Einsetzung einer Kommission mit dem Auftrag, die endgültige Fassung der Richtlinien vorzunehmen und dem Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

In die Kommission beantragen wir zu wählen: Georg Schmidt, Adolf Braun, Erhard Auer, Dr. Quarck, Scholich-Breslau, Miß-Köln und Gentner-Pegnitz. Ferner wären die Träger des vorliegenden Abänderungsantrages zur Beratung beizuziehen.

386. Leitsätze zur Behandlung der Wohnungsfrage: Eine Wohnungsnot, die sich nicht nur in dem Mangel an Kleinwohnungen, sondern auch darin äußerte, daß ein großer Teil der Wohnungen den kulturellen und hygienischen Anforderungen nicht entsprach, bestand schon vor dem Kriege.

Das private Unternehmertum, das sich immer mehr vom Kleinwohnungsbau zurückgezogen hatte, stellte mit Ausbruch des Krieges den Wohnungsbau fast völlig ein.

Trotz aller Hinweise auf die bei Kriegsende zu erwartende Katastrophe sind die Regierungs- und Verwaltungsbehörden über vorbereitende Maßnahmen nicht hinausgekommen.

Positive Maßnahmen wurden zu spät ergriffen und mußten bei dem rapiden Steigen der Baukosten und dem Mangel an Baustoffen und dem dadurch ermöglichten Baustoffwucher versagen.

Nur durch eine umfassende Neubautätigkeit kann wirksam geholfen werden.

Die Erfahrung lehrt, daß die Wohnungsfrage privatwirtschaftlich nicht mehr zu lösen ist. Unter privatwirtschaftlicher Herrschaft würden, wenn auch langsam, so doch sicher die Mieten für alle schon bestehenden Wohnungen auf die Höhe steigen, wie sie den heutigen Neubaukosten entspricht, ohne daß die gestiegenen Mieteinnahmen dem Neubau und der Wohnungssanierung dienstbar gemacht würden. Das einzige Mittel zur wirklichen Abhilfe ist die Ueberführung der vorhandenen Mietwohnungen in die Verwaltung und in das Eigentum von Selbstverwaltungskörperschaften öffentlichen Rechts.

Aufgaben dieser Körperschaften sind: Wohnungsneubau, Wohnungsverwaltung, Wohnungsunterhaltung und Wohnungssanierung.

Hand in Hand mit der Vergesellschaftung der Mietwohnungen hat der Erlaß eines Reichswohnungsgesetzes und die Errichtung eines Reichswohnungsamts zu gehen. Dem Reichswohnungsamt sind die Landeswohnungsämter, den Landeswohnungsämtern sind die Bezirks- und Gemeindewohnungsämter zu unterstellen.

Unter Aufsicht dieser Aemter sind den Selbstverwaltungskörperschaften alle Aufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu übertragen.

Das Reichswohnungsgesetz hat Erleichterungen für die Enteignung von Grund und Boden durch Reich, Länder und Gemeinden zu schaffen. Es sind durch sozialpolitisch ausgestaltete Bauordnungen und Bebauungspläne sowie durch ein zeitgemäßes Umlegungsverfahren die Erstellung von Kleinwohnungen mit Garten zu fördern und die Bodenspekulation auszuschalten. Die Wohnungsaufsicht ist für das ganze Deutsche Reich zu regeln.

Das Realkreditwesen ist durch Verstaatlichung der Hypothekenbanken zu reformieren.

Bis zur Vergesellschaftung der Mietwohnungen ist die Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau auf der Grundlage zu regeln, daß die Erträgnisse der vor dem Kriege erstellten Wohnungen für die Neubauten mit herangezogen werden.

Die vom Reichsarbeitsministerium vorgeschlagene Mietsteuer ist abzulehnen, weil sie auf die soziale Lage des werktätigen Volkes keine Rücksicht nimmt und keine Gewähr dafür bietet, daß die von der Gesamtheit aufgebrachten Mittel gemeinwirtschaftliche Verwendung finden.

Hirsch. Engler.

387. Hahn: Der nächste Parteitag findet in Mannheim statt.

388. Silberschmidt: Der Parteitag verpflichtet die Parteileitung, die parlamentarischen Vertretungen in Reich, Ländern und Gemeinden sowie die Parteipresse, die Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien zu fördern und die Sozialisierungsbestrebungen der Verbände der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter zu unterstützen.

389. Haus Antrag zu V der Tagesordnung: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Kommission aus Vertretern der Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderen Sachverständigen zu berufen, die die Gesetzesvorschläge zur Vergesellschaftung des Wohnungswesens auszuarbeiten hat.

Der Kommission werden sämtliche zu Punkt V der Tagesordnung vorliegenden Anträge überwiesen.

Bericht

über die Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten am 9. und 10. Oktober 1920 in Kassel.

Erster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 9. Oktober 1920, Vormittagssitzung.

In dem Riesengebäude der Kasseler Stadthalle beginnt morgen der Sozialdemokratische Parteitag seine Arbeiten. Während in dem gewaltigen Hauptsaal, in dem der Parteitag selber tagen wird, die Zimmerleute noch eifrig bei der Arbeit sind, die innere Einrichtung den Bedürfnissen einer großen Parteitagung anzupassen, trat vormittags um 10 Uhr im blauen Saal der Stadthalle die Sozialdemokratische Frauenkonferenz zusammen. Wie der ganze Bau der Stadthalle wohl das schönste Versammlungs- und Konzertlokal ist, das es neben dem Mannheimer Rosengarten in Deutschland gibt, so bildet der Blaue Saal mit seiner Farbenharmonie in blau und gold, seinen mächtigen Säulen und seinen kristallenen Kronen einen besonders anmutigen Rahmen für diese Frauentagung. Zahllose bunte Herbstblumensträuße auf den Tischen beleben noch das farbenreiche Bild.

Schon frühzeitig versammeln sich die Delegierten, die weiblichen Mitglieder der deutschen Parlamente und die männlichen Gäste der Frauentagung. Zu Beginn der Verhandlungen sind über 250 Teilnehmer erschienen. Man sieht vom Parteivorstand Otto Wels, die früheren Reichskanzler Philipp Scheidemann und Hermann Müller, den Staatssekretär Heinrich Schulz, den Reichstagspräsidenten Loebe, Dr. Adolf Braun, Dr. Max Quarck, den Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes August Brey und viele andere Partei- und Gewerkschaftsführer, auch den Bürgermeister von Berlin Ritter sowie Erhard Auer, der endlich von den Folgen des Attentats im Landtagsgebäude in München nahezu genesen ist. Die in der sozialdemokratischen Frauenbewegung hervorragend tätigen Genossinnen sind vollzählig zur Stelle. Am heutigen Sonnabend vormittag tagt Vorstand und Kontrollkommission, während am Nachmittag eine Sitzung des Parteiausschusses stattfindet.

Kurz nach 10 Uhr eröffnet im Namen des Sozialdemokratischen Parteivorstandes Frau Marie Juchacz die Frauentagung.

Wels: Genossinnen! Es ist die stärkste Frauenkonferenz sozialdemokratischer Frauen, die sich am heutigen Tage hier zusammengefunden hat. Sie sind aus allen Teilen des Reiches zusammengekommen, getragen von dem Gedanken, fruchtbare Arbeit für das Proletariat, für die heranwachsende Generation zu leisten, Waffen für die Zukunft zu schmieden. Die Frau gewinnt im politischen Leben an Bedeutung. Keine der politischen Parteien, die sich in früherer Zeit der politischen Frau ablehnend gegenüberstellten, vermochte auf diesem Standpunkt stehen zu bleiben. Bis hinein in die Reihen der Konservativen hat man sich damit abgefunden, die Frau als gleichberechtigt im Rahmen der politischen Betätigung zu betrachten. Die Sozialdemokratie als Vorkämpferin für die Frauenrechte hat einen glänzenden Triumph zu verzeichnen. Dank auch den Frauen, die in der sozialdemokratischen Bewegung das Banner der Gleichberechtigung der Frau zuerst erhoben und zum Siege geführt haben. Sie alle, die Sie hier zusammengekommen sind, stammen aus unseren Organisationen. Sie haben erkannt, daß die Organisation das Machtmittel ist, durch welches die Frauen sich ihre Rechte erobern können. Das Sturmeswehen der Revolution warf den Frauen das gleiche, freie und allgemeine Wahlrecht in den Schoß und stellte sie als den größten Teil der Bevölkerung gleichberechtigt den Männern nicht nur an die Seite, sondern gab ihnen auch gemäß ihrer Zahl einen größeren Einfluß als den Männern. An Ihnen ist es nun, diese Rechte für die Frauen nutzbar zu machen. Rechte allein nützen nichts, man muß verstehen, sie auszunützen, mit den Waffen, die man in die Hand bekommen hat, nun auch zu kämpfen. Sonst ist der, der die Waffen besitzt, aber ungeschickt in ihrer Führung ist, auch einem Schwächeren unterlegen.

Sie haben dafür zu sorgen, daß die politische Schulung der Frauen in einer Organisation erfolgt, die durch Ihre Hilfe immer mächtiger und stärker anschwellen muß, die sich nicht nur, wie früher die bürgerliche Frauenbewegung, auf spezifisch weibliche Betätigungsgebiete, auf Jugendpflege und Fürsorge erstreckt, sondern Sie haben dafür zu sorgen, daß die Frau, die in Haus und Fabrik dem Manne nicht nachsteht, ihm auch als Staatsbürgerin in vollem Maße gleichgestellt wird. Sie haben in unserer Partei dafür den geeigneten Boden. Gestützt durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung sind Sie in der Lage, dieses Ziel zu erreichen. Wenn Sie im Anschluß an Ihre Verhandlungen den Beratungen des Parteitages beiwohnen, so werden Sie die Ueberzeugung schöpfen können, daß es für uns keine Trennung der Geschlechter gibt, sondern daß für uns das Interesse der Arbeiterschaft ohne Unterschied des Geschlechts obenan steht. Sie werden aus Ihren Verhandlungen ebenso wie aus den Beratungen des Parteitages neue Kraft schöpfen, um in der Heimat weiterarbeiten zu können. Sie werden das hier Gehörte und Gelernte den Millionen von Frauen draußen im Lande übermitteln und es nutzbar machen für die Organisation. Nicht durch Schlagworte und Phrasen erobern die Frauen die Welt, sondern der Gedanke der Agitation, der Organisation, des festen Zusammenschlusses ist es, der seit 50 Jahren von uns in die Köpfe der Arbeiter hineingehämmert worden ist, der allen Irrungen und Wirrungen der heutigen Zeit zum Trotz wiederum erhoben und zur ersten Aufgabe gemacht werden muß. Wenn Sie in dieser Richtung arbeiten, dann werden Sie die Unterstützung der ganzen Partei haben, die auch auf Ihre Tagung mit Spannung sieht, wie auch die Frauenbewegung links und rechts Ihre Tagung mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen wird. Wenn die Berichte über diese Tagung, über das Anwachsen der Frauenorganisation in der Sozialdemokratischen Partei in die Oeffentlichkeit kommen, dann werden auch die sogenannten revolutionären Frauen Gelegenheit nehmen, sich mit den Ergebnissen dieser Tagung zu befassen. Wenn Zielklarheit, Ruhe und feste Besonnenheit Ihre Verhandlungen erfüllt, dann wird das Werk, das Sie erstreben, die Fernstehenden für uns zu erobern, in Erfüllung gehen, trotz aller, die glauben, mit radikalen Phrasen die Welt im Sturm zu erobern, dabei aber das Unterste zu oberst kehren.

In diesem Sinne heiße ich Sie namens des sozialdemokratischen Parteivorstandes herzlich willkommen und wünsche Ihren Arbeiten im Interesse der notleidenden Menschheit, im Interesse der heranwachsenden Generation besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Windisch**-Kassel: Genossinnen und Genossen! Im Namen des Bezirksvorstandes Kassel und im Namen der Kasseler Genossinnen heiße ich Sie herzlich willkommen. Es ist das erstemal, daß eine solche Tagung in Kassel stattfindet, und wir freuen uns herzlich darüber, sie mitzuerleben. Wir hoffen, von den Ergebnissen der Konferenz den besten Gebrauch machen zu können. Unsere Bewegung in Kassel steckt noch sehr in den Anfängen, es sind nur wenige Genossinnen, die sich uns angeschlossen haben, doch diese bilden einen guten Kern, und ihre Willenskraft läßt darauf hoffen, daß auch diejenigen Genossinnen, die uns noch fernstehen, mit der Zeit herangezogen werden können. Ich denke sogar, Ihnen versprechen zu können, daß wir einen besseren Bericht über unsere Tätigkeit geben können, wenn wieder einmal in Kassel ein Bezirksfrauentag stattfindet. (Beifall.) Ich wünsche, daß diese Tagung unter einem guten Stern steht und heiße Sie alle nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag der Genossin Scholz werden als Vorsitzende gewählt die Genossinnen Juchacz, Ryneck und Windisch-Kassel, zu Schriftführerinnen die Genossinnen Todenhagen-Berlin, Schröder-Altona, Gier-München und Graf-Köslin.

In die Mandatprüfungskommission werden gewählt die Genossinnen Ansorge, Schilling, Bollmann, Arning und Scheibenhuber.

Die Konferenz tritt in die Tagesordnung ein. Erster Punkt ist:

Die politische und organisatorische Wirksamkeit der Frauen in der Partei.

Juchacz: Die Referentinnen haben sich dahin geeinigt, daß zu diesem Punkt zunächst Genossin Röhl sprechen soll. Für den zweiten Punkt der Tagesordnung: Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt war ursprünglich neben dem Genossen Caspari die Genossin Anna Blos bestimmt. Sie ist leider ernstlich erkrankt, und ich spreche ihr im Namen der Konferenz unser allerherzlichstes Bedauern aus.

Frau **Röhl** erstattet ihr Referat: Sehr geehrte Genossinnen und sehr geehrte Genossen! Unser Genosse Wels hat in seinen begrüßenden Worten schon auf die ungeheure Wichtigkeit unserer heutigen Zusammenkunft hingewiesen. Mit Recht hat er hervorgehoben, daß viele Richtungen der Frauenbewegung auf die Arbeiten und Beschlüsse der sozialdemokratischen Frauenkonferenz ihre Blicke lenken, und er hat darauf hingewiesen, welche Bedeutung überhaupt unseren Bestrebungen und unseren Arbeiten zukommt. Wir alle müssen uns bewußt sein, welche ungeheuren Gebiete von uns bearbeitet werden müssen, und ich darf wohl sagen, daß die Referate, die heute zur Debatte stehen, so wichtige Probleme berühren, daß es uns allen schmerzlich sein wird, daß wir in der kurzen uns zur Verfügung stehenden Zeit vieles nur annähernd streifen können. Von einer ganz gründlichen Erfassung und Aussprache wird wahrscheinlich in dieser kurzen Tagung nicht die Rede sein können. Wenn ich aber einen Wunsch aussprechen darf, so ist es der, daß die Anregungen, die hier gegeben werden, so wirksam nach außen hin in die Erscheinung treten, daß, wenn wir im nächsten Jahre wieder zusammenkommen, wir schon berichten können von größeren Erfolgen unserer Frauenbewegung.

Wir sozialdemokratischen Frauen betrachten es als feste Formel, daß unsere Frauenbewegung ein ganz selbstverständliches Gebiet der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung überhaupt ist. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir mit unseren Männern gemeinsam in der Partei arbeiten. Aber diese Gemeinsamkeit der Grundauffassung hat doch vielleicht hin und wieder dazu geführt, daß unsere Auffassungen über die Aufgaben und die Ausdehnungsmöglichkeit der sozialdemokratischen Frauenbewegung erstarrt und veraltet sind.

Was nach einer Richtung hin eine Stärke gewesen ist, der Rückhalt bei unseren Männern in der Organisation, ist meines Erachtens aber auch nach einer anderen Richtung hin eine gewisse Schwäche gewesen. Unsere Bewegung hat nämlich nicht alle die Frauenbewegung berührenden Fragen in ihrer vollen Eigenart erfassen können. Ich hoffe, daß ich von niemanden hier im Saale mißverstanden werde, wenn ich das ausspreche, und will in meinen Ausführungen das noch näher belegen. Das eine dürfen wir aber wohl sagen, daß wir erst dann in der Frauenbewegung etwas erreichen, wenn wir einen festgefügten und gut durchgebildeten Stamm von Frauen haben, die sich durchsetzen können, die in der Lage sind, all das, was eigentlich selbstverständlich sein müßte, bei den Männern innerhalb der Organisation zu erreichen. Das ist sehr schwer für eine Frau, die in der Bewegung doch nun einmal neuer ist als im allgemeinen der Mann, und die nun einmal nicht in dem Umfang über das Maß von Schulung und Ausbildung verfügt, wie es vielfach die Männer in die Bewegung mitbringen. Es ist sehr schwer für diese Genossinnen, sich in den von der Organisation für sie geschaffenen Stellen durchzusetzen. In meinen Ausführungen will ich Ihnen weiterhin begreiflich machen, wie wir ein lebendigeres geistiges und organisatorisches Leben in unsere Organisation bringen können. Ich will nicht gerade Vorschläge machen, die darauf hinauslaufen, daß wir zu einer anderen Form der Frauenorganisation als solcher kommen müssen, aber ich will doch versuchen, einige wenige Gedanken zu äußern, die die Möglichkeit hierfür offen lassen. Und als den ersten Punkt meiner Ausführungen möchte ich die Frage stellen, die etwas in die Vergangenheit hinüberzielt: *welche Frauen haben wir von der Sozialdemokratie in unserer Organisation erfaßt?* Zum besseren Verständnis dessen, was nachher gesagt werden soll, muß ich mir einen ganz kurzen Rückblick gestatten. Damit ist auch Genossin Pfülf einverstanden, die ihre Arbeit mehr darauf gerichtet hat, die uns alle so besonders bewegenden Probleme der Gegenwart zu behandeln.

Wenn wir also die erste Frage: *Welche Frauen erfaßten wir in der Agitation?* aufwerfen, müssen wir sagen: Die sozialdemokratische Frauenbewegung ist aus der Männerbewegung herausgewachsen und entstanden. Frauen, die den Drang und neben dem Gefühl den Willen hatten zur Befreiung, Frauen, die durch das Buch Bebels „Die Frau und der Sozialismus" als Frau und als Geschlechtswesen den Sozialismus als die Offenbarung der Frau gesehen und begriffen haben, sind in unserer Bewegung eigentlich sehr wenig gewesen. Die Frauenorganisation ist herausgewachsen aus der Tatsache, daß die Arbeiterbewegung sich der Männer bemächtigte, die aus den verschiedensten ökonomischen, wirtschaftlichen Gründen die Organisierung, den Zusammenschluß und den politischen Kampf in der Sozialdemokratie anstrebten. Es waren doch zumeist die *Frauen der Parteigenossen*, die mit dem Gedanken der Organisation erfüllt wurden, und es waren hier eben *nicht alle* Frauen, sonst wäre ja unsere sozialdemokratische Frauenbewegung sehr stark, sondern es waren nur die Frauen *der* Männer, die erkannt hatten, daß wir ohne die Frauen nicht zum Sozialismus gelangen. Mit anderen Worten: die sozialdemokratische Frauenbewegung war zunächst mehr oder weniger auf den vernünftigen Sinn der Männer angewiesen, die die Frauenbewegung als unbedingt notwendig für den Fortschritt der Menschheit erkannt hatten. Neben diesen Frauen waren es dann die Arbeiterinnen, zu denen wir Zugang erlangten, weil die Not und das Elend sie mit uns verbanden. Wer die Berliner Frauenbewegung kennt, wer die ganze Literatur darüber, wer zum Beispiel darüber den Abschnitt in Lily Brauns

Memoiren gelesen hat, der ist sich klar über das Warum und Weshalb der Form, in der die Frauenbewegung in der Partei herangewachsen ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch einige Ausführungen über die Art der Agitation in Wort und Schrift machen, über die Art der Agitation durch die Presse, Flugblätter, Broschüren, über die Form der Agitation überhaupt, wie wir sie in den Jahrzehnten, die hinter uns liegen, beobachten konnten, wo wir ja selbst mehr oder weniger mitgewirkt und mitgearbeitet haben. Da sehen wir, daß die Art und die Formen der Agitation aus den damaligen Verhältnissen heraus notwendig waren und daß infolge des ganzen Umschwungs der Verhältnisse die Wege, die wir jetzt zu gehen haben, etwas andere sein müssen. Unsere ganze Art der Agitation hat naturgemäß andere Formen bekommen müssen, weil sich in diesen Jahren, besonders in den beiden letzten, ein gewaltiger Umschwung vollzogen hat. Aber der Grundsatz der Frauenagitation, den Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus" sehr richtig zusammengefaßt hat, wird auch heute noch unser Leitmotiv sein im Kampf um die Befreiung der Frau, der Satz, daß Frauen und Arbeiter gemein haben, Unterdrückte zu sein, und die Fortsetzung dieses Satzes, der ja in unser aller Bewußtsein so fest steht, daß die Frauen noch viel mehr Unterdrückte sind als die Männer, eben weil sie Frauen sind, weil sie dem weiblichen Geschlecht angehören, dem Geschlecht, das jahrhundertelang unter einer Unterdrückung geistiger und seelischer Art gelitten hat. Daraus erwächst als eine Lehre aus der Vergangenheit und als eine Erkenntnis für die Zukunft der Gedanke, der ja schon seit der Frauenkonferenz von 1917 in uns eingezogen ist, daß es sich empfiehlt, die Frauenagitation mehr als es früher geschehen ist, nach der psychologischen Seite hin stark auszubauen. Es genügt nicht allein zu sagen, daß die Frau als Arbeiterin und als Geschlechtswesen unterdrückt ist. Es muß vielmehr in der Agitation, die ja die Frauen der Arbeiterklasse erst einmal erfassen soll für den Sozialismus, das Gebiet gepflegt werden, welches die Frau als Mutter umfaßt und alles, was dazu gehört, die Frau als Erzieherin, die Frau als Hausfrau. Das Gebiet der Frau als Hausfrau muß viel mehr die Würdigung erfahren, die ihm gebührt. Dazu kommen die Probleme der Frau als Beamtin, als Angestellte, als Studierende, der Frau als Arbeiterin in der Fabrik und daheim, und noch viele andere Gebiete, die sich der Frau im Laufe der letzten Jahre erschlossen haben. Es ist gar kein Streit darüber möglich, ob diese Berufsarten der Frau mehr vom gewerkschaftlichen oder mehr vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet werden müssen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir an diese Fragen vom Standpunkt der Politik und Kultur aus herangehen müssen. Ich möchte diese meine letzten Ausführungen als eine Anregung betrachtet wissen, mehr als es bislang geschehen ist, das Gebiet der psychologischen Behandlung der Frauenwelt, die wir für den Sozialismus gewinnen müssen, zu pflegen.

Als eine zweite Frage, die wir kurz beantworten wollen, nenne ich die Möglichkeit der Organisierung der Frau innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung. Sie werden mir ja in der Diskussion wohl bestätigen, daß es ungeheuer schwer ist, die durch die Agitation erfaßten Frauen nun auch für die Organisation und für das Leben innerhalb der sozialdemokratischen Partei reif zu machen. Es ist immer viel eher möglich, die Frauen überhaupt für einen sozialistischen Gedanken zu gewinnen als die Frau zu organisieren. Das hat die verschiedensten Ursachen. Die ledige Frau wird sich noch viel eher für die Parteiorganisation und für das organisatorische Leben gewinnen lassen als das junge Mädchen. Sie alle wissen, daß unsere sozialdemokratische Frauenbewegung sich viel mehr auf die verheirateten

Frauen stützt. Die ledigen Frauen spielen nicht in dem Maße in unserer Bewegung eine Rolle, wie es z. B. in der bürgerlichen Frauenbewegung der Fall ist. Ein erschwerendes Moment für die Organisierung der jungen Mädchen ist die ganze Art der Frauenerziehung, wie sie durch das proletarische Heim und wie sie auch durch die Volksschule erfolgt; denn dabei werden die allgemeinen und besonderen Bedürfnisse einer Pflege der Frauenbewegung nicht so erfüllt, wie es notwendig wäre. Bei dem jungen Mädchen ist es die Lebenslust, oftmals nur das Amüsierbedürfnis, die Hoffnung auf den Mann und das Sehnen nach hausfraulicher Arbeit, die zusammengenommen Ursachen für die politische Gleichgültigkeit des Mädchens bilden. Bei der verheirateten Frau ist zumeist das wirtschaftliche Hindernis die Veranlassung dafür, daß ihre Organisierung so schwer ist. Es gibt Tausende von Parteigenossen in unserer Bewegung, die es als selbstverständlich bezeichnen, daß sie allein organisiert sind. (Sehr richtig!) Tausende von unseren Männern sind überzeugt, daß es vollkommen genüge, wenn sie sozialdemokratisch organisiert seien. Ich will damit nicht sagen, daß das nun ein besonderes Schuldkonto des Mannes ist, sondern ich will nur aussprechen, daß diese Männer sehr engstirnig sind; denn sie erkennen das große Ziel des Sozialismus überhaupt nicht; sonst könnten sie zu einer solchen Mißachtung der Persönlichkeit der Frau überhaupt nicht kommen. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Mißachtung der Persönlichkeit der Frau ist auch sogar im kleinen Bezirk bei führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei zu finden. Wenn durch meine Ausführungen das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Frauenbewegung bei diesen Männern gestärkt wird, dann habe ich viel erreicht. (Sehr gut!)

Genossin Pfülf hat in ihrem Gutachten zum Programm schon in treffenden Sätzen darauf hingewiesen, daß die ganze unmoderne Art der Haushaltsführung, die ganze unmoderne Art der Organisierung des Familienlebens, wie wir sie heute haben, die Frauen am Boden hält, sie einfach nicht zu der Entfaltung kommen läßt, wie wir sie im Gesamtinteresse der Menschheitsbewegung notwendig hätten. Der Grund dafür, daß die verheirateten Frauen sich so schwer organisieren lassen, liegt hauptsächlich in dem Lebensstil, der heute noch in den proletarischen Haushaltungen selbstverständlich ist (Sehr richtig!), der noch nicht durch eine ganz andere Form der Organisierung des Haushalts überwunden werden kann. Wenn ich hier sage, daß die Zukunft der Frauenbewegung von der Lösung dieser Frage abhängig ist, so bewege ich mich wahrscheinlich in den Gedankengängen der meisten hier anwesenden Genossinnen, die sicherlich der Genossin Pfülf zugeben werden, daß sie die Situation ganz richtig gekennzeichnet hat. (Zustimmung.)

Der dritte Punkt betrifft die Frage: Wie hat sich die bisherige Wirksamkeit der Frau in der Organisation abgespielt? Die Frauenbewegung — dessen hat uns ja der Genosse Wels versichert — genießt den besonderen Schutz der Sozialdemokratischen Partei. Aber die Frauenbewegung als solche hat bisher meiner Meinung nach noch nicht die besondere Pflege, die ihr zusteht, genossen. (Sehr richtig!) Die Pflege der Frauenbewegung ist heute tatsächlich von den Genossinnen abhängig, die in der Bewegung tätig sind und die ein ungeheures Maß von persönlicher Aufopferung und Selbstentäußerung im Kampfe für den Sozialismus leisten. (Lebhafte Zustimmung.) Das trifft für jede einzelne Genossin, die draußen im Lande im kleinsten Kreise für den Sozialismus arbeitet, zu. Sie alle haben als Distriktsleiterinnen, als Bezirksführerinnen, als Mitglieder der Ortsvorstände und der Bezirksvorstände ein ungeheures Maß von Arbeit, das in vielen Fällen über ihre Kräfte geht, übernommen. Ich will hier nicht davon sprechen, daß unsere

Parteigenossen in der Bewegung aus irgendeiner bösen Absicht heraus die Wichtigkeit der Frauenbewegung nicht so anerkennen, wie es notwendig ist. Die Genossen, soweit sie Aemter haben, sind mit den Arbeiten der allerwichtigsten Art dauernd beschäftigt. Die vielen Gebiete, die sich aus der ursprünglich verhältnismäßig einfachen Arbeiterbewegung entwickelt haben und die die Menschen leider innerhalb unserer Bewegung gar zu sehr in ihrer Kraft zersplittern, nehmen die Kraft der Männer so fort, daß ihnen das Gefühl für die Wichtigkeit der Frauenbewegung nicht so innewohnt, wie es der Fall sein müßte. Was aber für die Frauenbewegung allerorts hätte geschehen können, wäre die Ueberwindung der verschiedensten Widerstände gewesen, beispielsweise die Erfüllung der Forderungen nach Parteisekretärinnen. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang ein Beispiel dafür anführen, wie die Dinge heute liegen. Vor dem Kriege schon bestand im Parteivorstand der Gedanke, überall, besonders aber in den katholischen Teilen Deutschlands, die Frauenbewegung besonders zu pflegen. Dieser Gedanke war in so starkem Maße vorhanden, daß man im Rheinlande eine Sekretärin anstellte. Die Verhältnisse während des Krieges brachten es mit sich, daß diese Sekretärin ins Hauptbureau berufen wurde. Das Rheinland ist ein Gebiet, das ungeheuer schwer zu beackern ist, weil dort der Katholizismus und somit das Zentrum dominieren. Wir haben im Rheinland mittlerweile eine sehr große Anzahl von Sekretären zur Pflege der Arbeiterbewegung bekommen, aber noch keine Sekretärin, die die Fäden wieder anknüpfen könnte, die während des Krieges zerrissen wurden. Ich will damit nicht etwa eine Anklage erheben, aber hier ist doch nach meiner Ueberzeugung der Beweis erbracht, daß die Pflege der Frauenbewegung, nachdem wir das Frauenwahlrecht bekommen haben, nicht von selber kommt, sondern daß von oben herunter und von unten herauf im vollsten Bewußtsein dessen, daß die Frage des Sozialismus zunächst die Frauenfrage ist (Sehr richtig!), eine Lösung dieser Frage zu erstreben ist. Wie nun die bisherige Wirksamkeit unserer Frauen innerhalb der Parlamente war, wissen Sie. Wir sind, weil wir die große Zahl organisierter Frauen nicht hinter uns haben, zahlenmäßig nicht so stark vertreten, wie es nötig wäre. Sie kennen ja die berühmte Wendung in allen Statuten und Bestimmungen, daß immer „möglichst" eine Genossin irgendwo vorhanden sein muß, und Sie wissen, daß oftmals die örtlichen Verhältnisse zufälligerweise eine Persönlichkeit an die Spitze bringen, die für den betreffenden Ort nicht die geeignetste Persönlichkeit ist, sondern die an einem anderen Platze vielleicht viel Besseres leisten könnte. Die Frau in der Bewegung hat die Aufgabe, innerhalb der Gesamtorganisation die Frauenbewegung zu fördern; sie ist gewissermaßen die Führerin im kleinsten Kreise. Von ihr wird verlangt, daß sie die Rechte der Frauen in der Organisation wahrnimmt. Wenn nun die Genossen in den einzelnen Orten und Distrikten nicht ein hervorragendes Maß von Einsicht für die Frauenbewegung überhaupt besitzen, dann haben die in den Vorständen sitzenden Frauen eine sehr schwierige Arbeit zu vollführen. Wir sind tatsächlich bei unserer bisherigen Wirksamkeit immer auf die Einsicht der Genossen angewiesen gewesen, und wir werden darauf auch in der Zukunft angewiesen sein. Diese Einsicht können aber die Männer nicht ohne weiteres haben, weil sie in der Gesamtbewegung so außerordentlich stark belastet sind. Ich möchte deshalb an die Genossinnen den Appell richten, daß sie die Zuversicht und den Mut mitnehmen, um draußen innerhalb der Bewegung vorwärts zu kommen. Dieses Bewußtsein brauchen wir, wenn wir die schwere Arbeit der Frauenagitation und Frauenorganisation weiter leisten wollen.

Der vierte Punkt bezieht sich auf „die Organisation und die Berücksichtigung der Fraueninteressen in der Organisation". Wir, die wir schon lange Jahre in der Bewegung stehen, haben als eine selbstverständliche Formel das Gefühl mitzubringen, daß die Sozialdemokratische Partei unser gemeinsamer Kampfesboden ist. Diese Formel kann aber zu einer Erstarrung des geistigen Lebens innerhalb der Frauenbewegung führen. Ich habe nichts so bedauert als die Tatsache, daß im vergangenen Jahre auf dem Parteitag in Weimar die vielleicht etwas unglücklich ausgedrückte Forderung der Frankfurter Genossinnen nicht die Berücksichtigung und das Verständnis gefunden hat, das der ganzen Frauenbewegung zukommen muß. Der Verkehr der Parteigenossinnen in der Bewegung ist vielleicht durch die Art des Verkehrs mit dem Parteivorstand nach vielen Richtungen hin gehemmt. Der ganze Verkehr spielt sich vom Parteivorstand zu den Bezirksorganisationen ab, und wir haben oft beobachtet, daß beispielsweise Rundschreiben, die für die Frauen in den Bezirksorganisationen bestimmt waren, gar nicht an die Stelle gelangten, wo sie hingehörten. (Hört, hört!) Wäre nun in der Bezirksorganisation eine Sekretärin oder überhaupt eine Frau, die in ständiger Fühlung mit den Bezirkssekretariaten stände, so könnte jeder Eingang vom Parteivorstand sofort von dieser zuständigen Frau daraufhin geprüft werden, ob er die Frauenbewegung etwas angeht oder nicht. Wir brauchen in dieser Beziehung nicht nach neuen Formen der Organisation zu suchen. Wir haben diese Form des Verkehrs mit dem Hauptvorstand in der Tat schon an manchen Stellen. Was wir aber brauchen, ist, daß der schriftliche Verkehr zwischen dem Parteivorstand und den Bezirkssekretariaten sich sofort auf die Frauenbewegung auswirkt. Die Parteigenossinnen, die in den Bezirksorganisationen irgendwie als Sekretärinnen usw. tätig sind, müssen durchsetzen, daß allem, was die Frauenbewegung angeht, sofort die Beachtung geschenkt wird, die notwendig ist. Die Dokumente, die mit Bezug auf die Frauenbewegung ins Land hinausgehen, dürfen nicht in die Papierkörbe wandern. Ich möchte an die Sekretäre, die wir in den Bezirken haben, die Bitte richten, daß sie, solange wir keine größere Wirksamkeit der Frauen als Sekretärinnen haben, alles das, was die Frauenbewegung betrifft, an die zuständige Stelle weiterleiten.

Als fünften Punkt möchte ich die Frage aufwerfen: Haben die Frauen im jetzigen Organisationskörper die vollste Bewegungsfreiheit? Theoretisch ist diese Frage mit ja zu beantworten, aber praktisch müssen wir sie verneinen. Nur dort, wo ein alter Stamm der weiblichen Parteimitglieder vorhanden ist, nur gewissermaßen in den Hochburgen der Frauenbewegung, ist vielleicht eine sehr große Lebendigkeit vorhanden; aber die jetzige Form der Organisation gewährleistet nicht in dem wünschenswerten Maße die Bewegung der Frau in der Organisation. Hier müssen Mittel und Wege gesucht werden, um nun in die ganze Bewegung Leben hineinzutragen. Wie das geschehen kann, dafür ein Beispiel. Ich verweise auf die Hamburger Organisation und deren Richtlinien für die Agitation und für die Organisation. In der von einem Vorstandsmitglied herausgegebenen Broschüre „Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung" finden die Genossinnen wesentliches für die Organisation niedergelegt. Wenn wir uns an allen Ecken und Kanten innerhalb der Organisation stoßen, so haben wir vor allen Dingen die in dieser Broschüre enthaltenen Gedankengänge anzuwenden, um somit zu einer größeren Lebendigkeit für die Frauen im jetzigen Organisationskörper zu kommen. Ich habe doch in Weimar den Eindruck gewonnen, daß diese Selbstverständlichkeit von den Genossinnen noch nicht so erkannt worden ist, wie es wünschenswert wäre. Die notwendige

Bewegungsfreiheit haben die Frauen bisher noch nicht; aber das liegt auch zum Teil an den führenden Genossinnen selbst. Es muß alles das, was uns die Organisation bietet, bis ins kleinste durchgeführt werden.

Als sechster Punkt ist die Frage zu beantworten: Ist heute die Möglichkeit gegeben, eine individuelle Behandlung der Frauenprobleme und Zeitfragen herbeizuführen? Die Möglichkeit, diese ganzen Probleme, wie sie namentlich in der letzten Zeit aufgetaucht sind, zu pflegen, ist tatsächlich gegeben; aber es kommt immer noch darauf an, in welchem Umfange wir innerhalb der Frauenbewegung ein größeres geistiges Leben pflegen und beobachten können. In der Praxis sieht es auch hier so aus, als ob die individuelle Behandlung der Frauenprobleme, die ich in Punkt 1 und Punkt 2 gestreift habe, nicht in der gründlichen Form erfolgen kann, wie es notwendig und wünschenswert wäre. Die Voraussetzung muß zunächst erfüllt sein, daß die führenden Genossinnen im Lande, im kleinsten Kreise, nicht nur untereinander, sondern auch mit dem Zentralbureau in Berlin in regem Verkehr stehen. Ich weiß aus Besprechungen in Berlin, daß dieser rege briefliche Verkehr der Parteigenossinnen im Lande mit dem Zentralbureau nicht in dem wünschenswerten Maße besteht. Es kommt hierbei tatsächlich auf die Genossinnen draußen im Lande an. Wenn irgendeine Frage die führenden Genossinnen bewegt, dann wäre es meines Erachtens eine Selbstverständlichkeit, daß sie die ihnen zur Verfügung stehenden Adressen in Berlin als Anschrift benutzen, um ihre Gedanken, ihre Wünsche und Forderungen sofort dem Frauenbureau oder der Vertretung im Parteivorstande zu übermitteln. Wenn die Möglichkeit zu einer individuelleren Behandlung der Frauenprobleme und Zeitfragen geschaffen werden soll, dann ist es eine Vorbedingung, daß die Genossinnen im Lande diesen Problemen auch die notwendige Beachtung schenken. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß die Korrespondenz mit den Genossinnen im Lande so rege wird, daß der Parteivorstand von selbst darauf kommt, etwa die zweite oder gar die dritte Sekretärin anzustellen. Wir müssen dazu kommen, daß die bestimmten Gebiete von Frauen bearbeitet werden, die sich nun eine gewisse Arbeitsteilung schaffen, damit die Arbeit in der Frauenbewegung nicht mehr länger auf den Schultern von zwei Genossinnen im Parteivorstande allein ruht, wobei die eine Frau sogar noch ehrenamtlich diese Arbeit leistet. Solange wir dieses Verhältnis haben, können wir zu einer individuelleren Behandlung der Frauenfrage und Zeitprobleme nicht gelangen. Das ungeheure Maß von Arbeit, das sich anhäuft, muß auf mehrere Schultern verteilt werden.

Ich komme zu dem siebenten Punkt meiner Ausführungen, nämlich zur Mitarbeit der Frau im Reich und in den Ländern. Obgleich wir die Partei der Gleichberechtigung sind, obgleich wir der Frauenbewegung innerhalb der Partei immer das größte Maß von Verständnis entgegengebracht haben, so zeigt doch die Zahl der Mandate, die die Frauen haben, wie die Dinge tatsächlich liegen. Ich nehme auch hier selbstverständlich keine Böswilligkeit an; aber es kommt auf das Maß von Verständnis an, und dieses Maß von Verständnis ist nicht zureichend. Wir müssen von dieser Stelle aus den Appell an unsere Männer richten, daß sie versuchen, sich alle ein größeres Maß von Verständnis anzueignen. (Lebhafte Zustimmung.) Denn die Zahl der Frauenmandate zeigt, daß dieses Maß von Verständnis sehr klein ist, und daß man die Wichtigkeit der Frauenprobleme noch nicht voll erfaßt hat. Durch die Mitarbeit der Frau im Reiche und in den Ländern sind beinahe täglich neue Gedanken in den Vordergrund des allgemeinen Interesses getreten, so daß auch eine bessere Verständigung bei den maßgebenden Stellen bei der Vorarbeit

für diese Wahlen herbeigeführt werden muß. (Sehr gut!) Ich habe es tatsächlich direkt als einen großen Schönheitsfehler empfunden, daß unsere sozialdemokratische Bewegung es nicht fertiggebracht hat, irgendwo in einem Landesteil an die Spitze eine Frau zu stellen, und zwar als Zeichen dafür, daß sie ein ungeheures Gewicht auf die Arbeit der Frau legt. (Zurufe.) Alle schönen und anerkennenden Worte über die Wichtigkeit der Frauenbewegung müssen Worte bleiben, wenn wir nicht Beweise dafür bekommen, wenn man nicht auch nach außen hin dokumentiert, daß die Frauenbewegung eine sozialistische Frage ist. Natürlich muß die Frau, die für die Arbeit in der Frauenbewegung ausgewählt wird, qualitativ alles das mitbringen, was nun für die Ausdehnung sozialistischer Ideen mit Rücksicht auf die Frauen gewünscht und verlangt werden kann. Bei der Auswahl der Frauen muß darauf gesehen werden, daß ihre Mitarbeit im Reich, in den Landesparlamenten, in der Gemeinde usw. aus einer Quelle des Verstehens und den Fähigkeiten entspringt, die die Mitarbeit der Frau auch in dieser Weise fruchtbar gestalten. Wir Frauen lehnen es ab, nur deshalb in irgendwelchen Organen vertreten zu sein, nur, weil wir Frauen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wir stehen selbst in unseren Bezirken dafür ein, daß nur nach Maßgabe der Qualität, ebenso wie bei den Männern, verfahren wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch folgendes berühren. Ich habe durch die Mitarbeit in der Nationalversammlung und dadurch, daß ich die Genossinnen im Lande kennengelernt habe, auch vieles gesehen, was ich nicht als schön bezeichnen kann. Namentlich bedauere ich den Mangel an gegenseitigem Gedankenaustausch zwischen den Vertreterinnen des Reichs- und der Landesparlamente. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen in dieser Beziehung unbedingt neue Wege einschlagen. Ein gegenseitiger schriftlicher Verkehr zwischen den Genossinnen im Reich und den Genossinnen der Landesparlamente muß herbeigeführt werden. Sie dürfen nicht nebeneinander arbeiten, sondern miteinander. Die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit ist mir vor allen Dingen in der Nationalversammlung beim Bevölkerungspolitischen Ausschuß klar geworden. Wir arbeiteten in diesem Ausschuß der Nationalversammlung ohne jede Verbindung mit dem Bevölkerungspolitischen Ausschuß in der Preußischen Landesversammlung. Erst als das Hebammengesetz und verschiedene andere Dinge in der Preußischen Landesversammlung beraten wurden, kamen wir zu der Erkenntnis, daß Anknüpfungspunkte zwischen diesen beiden Ausschüssen als eigentlich selbstverständlich gegeben waren. Auf diesem Gebiete muß ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den Genossinnen in den einzelnen Parlamenten herbeigeführt werden. Ich weiß zum Beispiel nichts von Baden, nichts von Württemberg, nichts Genaueres von Preußen und den Arbeiten, die dort geleistet werden. Allerdings sehe ich allerlei Schwierigkeiten für die Durchführung dieses Vorschlags. Aber ich würde z. B. eine Zusammenkunft der Reichs- und Landesparlamentarierinnen begrüßen. Vor allen Dingen aber, wenn das nicht möglich ist, müßten die weiblichen Mitglieder der Fraktionen im Reich und in den Landtagen zusammenfassende Berichte über die Tätigkeit an die Zentralstelle zu einem größeren geistigen Austausch geben. (Sehr gut!) Es gibt da ungeheuer wichtige Gebiete, so vor allen Dingen die kulturellen Fragen, die Schul- und Erziehungsfrage, dann das Gesundheitswesen usw.

Ich komme zum achten Punkt meiner Ausführungen, zu der Mitarbeit der Frau in der Gemeinde und zu den Beziehungen dieser Frauenarbeit mit dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Die Wohlfahrtsarbeit ist ja schon von den Frauen unserer Be-

wegung in Angriff genommen worden. Die Arbeit unserer Parteigenossinnen vollzieht sich aber in der Gemeinde mehr oder weniger naturgemäß nach den in den örtlichen Bezirken vorhandenen Gepflogenheiten und Besonderheiten. Was ich aber sehr vermisse, ist auch hier der Zusammenhang der weiblichen Vertreter in den Gemeinden mit den Genossinnen in ganz Deutschland. Damit komme ich auf die Frage, welche Literatur uns als sozialistische Gemeindeverordnete überhaupt zur Verfügung steht. Wir sind mit unseren Männern zunächst auf die Gedankengänge angewiesen, die in der „Kommunalen Praxis" niedergelegt sind. In der „Kommunalen Praxis" habe ich aber bis heute noch keine besondere Pflege der Aufgaben gefunden, die in das Gebiet der Frauenarbeit in der Gemeinde fallen. Wir sind, wie in vielen Dingen, so auch nach dieser Richtung hin, noch rückständiger als die bürgerlichen Frauen, die eine eigene kommunalpolitische Zeitschrift „Die Frau in der Gemeinde" haben. Das Kapitel „Gleichheit" wird ja auf unserer Tagung eine besondere Erörterung erfahren. Auf jeder Frauenkonferenz ist die Frage der Frauenpresse besprochen worden. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn wir bei der „Gleichheit" eine Frauenbeilage etwa alle vierzehn Tage hätten, die gerade das Gebiet „Die sozialdemokratische Frau in der Gemeinde" behandelt. (Sehr richtig!) Allerdings können wir unserer Genossin Schuch diese neue Belastung nicht zumuten. Aber ich darf, wenn auch die finanzielle Seite der Frage große Schwierigkeiten machen wird, doch wohl sagen, daß eine solche Frauenbeilage eigentlich ein natürliches Organ wäre. Wir kämen damit zu einem Ausbau unserer Frauenzeitschrift, wie wir ihn als Sozialisten nur wünschen können. Am Oberrhein haben wir eine sozialdemokratische Gemeindezeitung. Wenn derartige Gemeindezeitungen nach Bezirken, Kreisen usw. gegründet würden, dann wäre vielleicht noch ein zweiter Vorschlag zu machen, daß diese Parteizeitungen, die also bestimmte Landesteile zu bearbeiten hätten, eine Frauenrundschau oder Frauenecke als Beilage bekämen. Wenn mein erster Vorschlag nicht realisierbar ist, dann müßte wenigstens darauf hingewirkt werden, daß die Orts- oder die bezirksweise herausgegebenen Gemeindezeitschriften eine größere Bewegungsfreiheit für die Frau innerhalb der Gemeinde schaffen.

Wenn ich im Zusammenhang mit Punkt 8 die Wohlfahrtsarbeiten auf dem Gebiete der Frauenbewegung genannt habe, so gehört das nach meinem Gefühl organisch zusammen. Wir haben, seitdem wir Gemeindeverordnete sind, einen Einblick in die sozialen und charitativen Aufgaben bekommen, wie sie in den großen und kleinen Gemeinden entstanden sind. Es ist selbstverständlich, daß die Wohlfahrtseinrichtungen in den Gemeinden fast allenthalben ein ähnliches Gepräge haben, nämlich das Gepräge des Ineinandergreifens der öffentlichen Wohlfahrtsarbeit mit der privaten. Damit müssen wir rechnen. Die Stadt Köln hat zum Beispiel eine Zentrale für öffentliche Wohlfahrts- und Armenpflege. Dieser Zentrale gehören zunächst an die beiden Bürgermeister, von denen der eine das gesundheitliche Gebiet der Stadt bearbeitet und der andere die sozialen Aufgaben in der Armen-, Waisen- und sonstigen Fürsorge. An der Spitze der Zentrale steht ein Beigeordneter, und als Stellvertreter ein zweiter. Ihr gehören sämtliche Vereine außerhalb der Stadt Köln an, die sich mit sozialen Aufgaben beschäftigen. Diese Verquickung städtischer Arbeit mit privater Wohlfahrtsarbeit ist im ganzen rheinischen Gebiet vorhanden. Während des Krieges ist es uns gerade in Köln immerwährend zum Bewußtsein gekommen, daß wir als sozialdemokratische Frauen nicht das Maß von Mitarbeit erreichen konnten, was wünschenswert und notwendig gewesen wäre, weil wir eben die „Sozialdemokratische Partei" waren. Während des Krieges haben sich aber in allen Orten bei der Zusammenarbeit zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauen die verschiedensten Berührungspunkte ergeben. Eins war für uns allerdings immer sehr hinderlich, nämlich der Umstand, daß wir von den bürgerlichen Frauen als ein sozialdemokratischer Frauenverein angesehen wurden, es aber doch gar nicht waren. Auf diese Weise kam sehr oft eine Irreführung bei den verschiedensten Dingen zustande, die uns nicht immer zuträglich war. Wenn wir uns nun den Aufbau der Wohlfahrtsarbeit in unserer Partei ansehen, so müssen wir gerade als Gemeindeverordnete es begrüßen, wenn uns die Möglichkeit gegeben ist, in größerer Wirksamkeit als bisher bei den vorhandenen, ineinandergreifenden öffentlichen Einrichtungen mitzuarbeiten. Dazu ist der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt die geeignete Organisation. Es ist die Aufgabe der Frauenorganisation, den Gedanken der Wohlfahrt in sozialistischem Sinne, den Gedanken der sozialen Verpflichtungen der Gemeinde viel mehr zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen gegen den Begriff der „Wohltätigkeit" im bürgerlichen Sinne mit allen Mitteln ankämpfen.

Zu Punkt 9 möchte ich dann noch einige kurze Ausführungen über die Stärke und die Wirksamkeit der bürgerlichen Frauenbewegung machen. Ich will dabei die bürgerliche Frauenbewegung weder überschätzen noch unterschätzen; aber es ist mir persönlich so gegangen — und ich glaube, einer ganzen Anzahl von Genossinnen auch —, daß ich als junge Genossin den ganzen Umfang und den ganzen Inhalt der bürgerlichen Frauenbewegung nicht von vornherein klar überblickt habe, sondern daß ich mir diese Kenntnis erst durch die Erfahrungen erwerben mußte! (Sehr richtig!) Nämlich die Kenntnisse darüber, daß die bürgerliche Frauenbewegung nicht eine Sportbewegung, sondern eine Arbeitsbewegung ist. Die bürgerliche Frauenbewegung ist in der Tat eine aus den Verhältnissen entstandene geistige Bewegung. Es ist auch zu beachten, daß z. B. der Bund deutscher Frauenvereine immerhin etwa 883 000 Mitglieder in seinen Reihen zählt, und daß etwa 26 namhafte Zeitschriften herausgegeben werden, die man als sehr ernst zu nehmende Organe bezeichnen muß und die die individuellen Bedürfnisse der Frauenbewegung beleuchten. Das ist doch ein Ausdruck dafür, daß ein lebendiger, geistiger Gedankenaustausch über alle Zeitfragen und Frauenprobleme dort vorhanden ist.

Die bürgerliche Frau empfindet eben zunächst als Bürgerliche und nimmt ihre bürgerlichen Fraueninteressen wahr. Aber die Zahl der über 800 000 organisierten bürgerlichen Frauen und die Zahl ihrer geistigen Ausdrucksmöglichkeiten, also ihrer Presse, sollte uns doch vor Augen führen, daß die besonderen Erfordernisse der Frauenbewegung bei ihnen größere Beachtung finden, als das bei unseren geringeren Mitteln in der sozialdemokratischen Frauenbewegung vorläufig noch möglich ist. Wenn ich z. B. allein an die Abstinenzbewegung der Frauen denke, kommt es mir so recht zum Bewußtsein, daß wir allerlei Hemmungen zu überwinden haben, um die Besonderheiten unserer Aufgaben immer richtig und immer im richtigen Umfang studiert und populär dargestellt zu sehen. Der große Vorteil der bürgerlichen Frauenbewegung liegt zu einem Teil ja auch darin, daß sie es verstanden haben, die sogenannten besseren Berufe, die gelernten Berufe der Frauen zu benützen als ein Glied der bürgerlichen Frauenbewegung. Die Revolution hat viele geistigen Kräfte auch unter den Frauen freigemacht. Aber es gibt doch z. B. noch weite Kreise von Beamtinnen und weiblichen Angehörigen der verschiedensten Berufe, die eigentlich viel eher zu uns, zur Sozialdemokratie, gehörten als zu den Bürgerlichen. Vielleicht würden sie auch kommen, wenn sie das Bewußtsein hätten, in unserer Partei die besondere Eigenart ihrer Lebenslage gepflegt und gefördert zu sehen. Viele dieser Frauen hält ja Standesvorurteil und Klassendünkel ab, zur sozialdemokratischen Bewegung überhaupt zu kommen, aber ich

habe doch mit sehr vielen ernsthaften Frauen gesprochen, die in der demokratischen Bewegung stehen, also unter der Leitung von Gertrud Bäumer und anderen, und ich muß sagen: Viele von ihnen würden für die sozialdemokratische Frauenbewegung zu gewinnen sein, die doch nicht eine ausgesprochene Arbeiterbewegung ist, wie der Sozialismus überhaupt nicht eine Wissenschaft allein für die Handarbeiter ist, sondern für das ganze Volk. Unter den 26 bürgerlichen Frauenzeitschriften gibt es solche für Lehrerinnen, Hausbeamtinnen, die Bestrebungen der Abstinenz, Kindergartenzeitschriften und solcher der Sexualethik usw. Außerdem haben wir noch in einzelnen Landesstellen besondere Zeitschriften: Eine bayerische Frauenzeitung, im Rheinland und anderen Landesteilen. Jedenfalls bringen diese maßgebenden Zeitschriften eine Reihe von besonderen Gebieten zum Ausdruck, die auch in der Frauenbewegung innerhalb der Sozialdemokratie von Tag zu Tag mehr Berücksichtigung verlangen.

Als letztes muß bei uns der Gedanke Beachtung finden, daß wir neue Momente in der Agitation und in der Organisation brauchen, daß wir bei der Pflege der geistigen Lebendigkeit der Frauen nach neuen Wegen und Möglichkeiten suchen müssen, weil wir Sozialdemokraten sind, und weil wir uns von den Zeitverhältnissen nicht erst antreiben und überrumpeln lassen können, sondern in vielen Dingen auch den Zeitverhältnissen vorauseilen müssen. In unserer Gesamtpolitik und in unserer Parteibewegung lassen wir uns oft allzu sehr von den Verhältnissen treiben. Diese neuen Momente der Agitation mögen noch so verschieden sein, sie müssen aber immer unseren Zeitverhältnissen und der besonderen Psyche der Frauen Rechnung tragen. Wir brauchen für unsere Organisation und die Pflege der Lebendigkeit der Frauen einen lebhafteren Gedankenaustausch mit der Zentralstelle unserer Genossinnen in der Partei. Mit den Genossinnen im Parteivorstand müssen wir wegen der einzelnen besonderen Frauenfragen in viel engere Fühlung treten und auch für die Presse und die Zusammenarbeit der Parlamentarierinnen im gesamten Deutschland habe ich ja Anregungen gegeben. Dieser größere Zusammenschluß muß für uns alle der Antrieb sein, nach dieser Aussprache auf der Frauenkonferenz daheim in diesem Sinne und Gedankengang zu wirken. Wir müssen die sozialistische Frauenbewegung zum ausschlaggebenden Faktor in der Frauenbewegung überhaupt machen. Alle ihre Probleme müssen auch von uns und für uns erfaßt, verarbeitet und angewandt werden, immer im Hinblick auf den großen Gedanken der Befreiung der Arbeiterklasse, Männer und Frauen, durch die Männer und Frauen mit dem festen Willen zur wirklichen Befreiung. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Pfülf** erstattet das Korreferat: Liebe Genossen und Genossinnen! Es ist mir die Ehre, nein, besser gesagt, die Freude geworden, vor Ihnen über die politische Wirksamkeit der Frauen zu sprechen. In diesem Zusammenhang mag die Frage auftauchen, ob von einer besonderen politischen Aufgabe der Frauen überhaupt, und nun gar innerhalb der Sozialdemokratie, die Rede sein kann. Ob mit dem Eintritt der Frauen in die Politik lediglich eine Vermehrung der abgegebenen Stimmen evtl. Verschiebungen in der Stärke der Parteien und damit eine Richtungsänderung der Politik bewirkt worden ist, oder ob durch die Politisierung der Frauen eine langsame Wandlung in Inhalt und Geist der Politik schon fühlbar ist oder nicht doch zu erwarten steht?

Es ist schwer, diese Fragen der Reihe nach zu beantworten, so eng ineinander verschlungen erscheinen hier Ursachen und Wirkungen. Ich will es trotzdem versuchen.

Selbst wenn zuträfe, was Richard Bahr heuchlerisch klagend in einem Artikel über den neuen Reichstag behauptet, daß nämlich die Frauen uns politisch in kein Neuland blicken lassen — ich bezweifele übrigens stark, ob das von den Leuten seines Schlages als Gewinn gebucht werden würde —, selbst dann wäre die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen als eine Großtat unserer Partei, als ein Akt der Gerechtigkeit gegen den bisher rechtlosen Teil der Staatsbürger, als ein Akt, der das Persönlichkeitsbewußtsein der Frau gehoben und damit eine wichtige Vorbedingung ihrer individuellen Entwicklung geschaffen hat, anzusehen. Diese nächste, wenn auch nicht an der Oberfläche liegende Wirkung des Frauenwahlrechts ist es aber gewesen, welche die Männer der sämtlichen bürgerlichen Parteien zu Gegnern des Frauenwahlrechts in der Vergangenheit gemacht hat und sie trotz aller parteioffiziellen Erklärungen auch heut noch sein läßt. Denn die individuelle Entwicklung der Frau bedroht nicht nur ihren Besitzstand an der Frau, sondern auch die schöne und bequeme Fabel des höheren Wertes des männlichen Geschlechts innerhalb der menschlichen Gattung und damit ihr Monopol auf die Herrschaft in der Familie und im Staat. Diese hier geschilderte Grundstimmung ist nicht etwa nur in konservativen Männern vorhanden, sondern sie ist auch durchaus die des liberalen Bürgertums, der Demokraten; denn es ist schon so wie Hobbes sagt: „Die meisten Menschen hören mit dem konsequenten ethischen Denken sofort auf, sobald dasselbe ihren Lieblingsgewohnheiten entgegentritt, ihre Verdauung stört, ihr Selbstgefühl antastet, ihre Eitelkeit entlarvt, ihr vergangenes und ihr gegenwärtiges Leben richtet. Sie wollen nicht weiter denken, sie wollen ihre Flausen und Halbheiten nicht aufgeben."

Und wie steht es in dieser Beziehung in der Sozialdemokratie? Intellektuell, das heißt mit dem Verstand, treten die Sozialdemokraten natürlich für die individuelle Entwicklung der Frauen, für ihre wirtschaftliche und soziale Befreiung ein, denn sie wissen ganz gut, welche ungeheure Gefahr für die sozialistische Entwicklung das Gegenteil bedeuten würde. Aber die große Masse der organisierten Arbeiterschaft ist mit dem Herzen nicht für die Befreiung der Frau (Sehr richtig!), und man mag über Gefühlsmomente noch so verächtlich denken, im letzten Ende sind sie doch immer die stärkeren. Wer von den Genossinnen Gelegenheit hat, viel in Bezirksfrauenkonferenzen zu arbeiten, wird wissen, wie die Klagen der Genossinnen in dieser Richtung eine bewegliche Sprache sprechen. Der Geschlechtsstolz trägt eben nur zu gern den Sieg davon über die Prinzipien. Die aus diesen Tatsachen hervorgehende Erkenntnis, daß die Befreiung der Frau nur durch die Frau selbst erkämpft werden kann (Sehr richtig!), zeigt uns bereits, daß es in der Tat besondere politische Arbeitsgebiete für die Frauen gibt. Diese Erkenntnis hat aber auch zu einer merkwürdigen Bestrebung geführt, die ich in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen möchte, da sie auch Anhängerinnen unter den Sozialistinnen hat; es ist der Gedanke, eine eigene Frauenpartei zu gründen, die selbständige Listen zu den Parlamenten aufstellt und auf diese Weise den Fraueneinfluß in der Gesetzgebung stärkt. Ich will einmal ganz davon absehen, daß die Geschlechtssolidarität, die zu einem äußeren durchschlagenden Erfolg notwendig wäre, bei den Frauen durchaus nicht vorhanden ist; ich will nur von der inneren Schwierigkeit reden, Menschen der verschiedensten Weltanschauung zu einer Partei zu vereinen. Was für ein Zwitter müßte das werden! Vielleicht erlauben Sie mir, Ihnen an einer Einzelfrage anschaulich vorzuführen, an einigen Kulturdokumenten aus dem Jahre 1920, nämlich die Stellungnahme der Frauen verschiedenster Weltanschauung zur unehelichen Mutterschaft. Der Verband deutscher Volksschullehrerinnen

beschloß auf seinem außerordentlichen Verbandstag 1920 in Kassel: „Der Verband deutscher Volksschullehrerinnen lehnt die uneheliche Mutter als Volkserzieherin ab, da die Lehrerin eine Persönlichkeit sein muß, die getragen wird vom Vertrauen der Eltern, und die vor allen Dingen der heranwachsenden Jugend ein Vorbild in Sitte und Selbstzucht sein soll." Die Post- und Telegraphenbeamtinnen erklärten auf dem 9. Verbandstag in Hamburg mit 229 gegen eine Stimme: „Das Wesen des Beamtentums bedingt, im Gegensatz zu den freien Berufen, die Unterordnung der vollen Persönlichkeit unter Gesetz und Sitte, die in der unehelichen Mutterschaft grundsätzlich einen Makel sieht." (Hört, hört!)

Das kann man nur Selbstbeschmutzung nennen. In Preußen sind neue Bestimmungen über die Zulassung von Hebammenschülerinnen erlassen worden und auf Verlangen der Standesvertretung der Hebammenschaft wurde in die Bestimmungen aufgenommen: „Besonders darf sie nicht unehelich geboren haben." (Lebhaftes Hört, hört!) Gibt es da für eine sozialistische Frau noch die Möglichkeit, mit solchen Leuten zusammen eine geschlossene politische Partei zu bilden, in der sich der einzelne doch mehr oder minder dem Gesamtwillen unterordnen muß? Nachdem ich so, wie ich glaube, Ihnen vor Augen geführt habe, daß es nicht möglich ist, eine eigene politische Frauenpartei zu bilden, lassen Sie mich zu meinem Ausgangspunkt zurückkehren, daß es unsere Aufgabe ist, den besonderen Frauenaufgaben innerhalb der Partei zum Durchbruch zu verhelfen.

Genosse Wels hat uns heute schon gesagt: Wir dürfen nicht stehen bleiben bei der Frauenfrage, sondern für uns ist das ganze staatsbürgerliche Leben von größtem Interesse. Ich unterschreibe jedes Wort, das er gesagt hat, aber ich setze an die Spitze, wenn wir volle Staatsbürger sein wollen, müssen wir zuerst dafür sorgen, daß die Frauenfrage im engeren Sinn weitere glückliche Lösung finde. Was ist in dieser Richtung von den wenigen Genossinnen, die bis jetzt in deutschen Parlamenten gearbeitet haben, geschehen? Im Jahre 1919 wurde die deutsche Verfassung verabschiedet. Sie bestimmt in ihrem Artikel 119: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter." Ferner: „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates." Es kommt dann die Fürsorge für die unehelichen Kinder, denen dieselbe Grundlage für ihre Entwicklung zu schaffen ist wie den ehelichen usw. Was bedeuten nun diese in der Verfassung niedergelegten Sätze? Sie sind nicht Gesetze, sondern lediglich Richtlinien für die künftige Gesetzgebung und Schranken gegen eine etwaige reaktionäre Gesetzgebung. Wir fühlen, seit diese alten Forderungen der Frauen sich in der Verfassung verdichtet haben, um so mehr den Gegensatz, der sich zwischen der Reichsverfassung und dem heutigen bürgerlichen Gesetz zeigt. Ich bin vollkommen derselben Auffassung, die Genosse Radbruch in seinem Beitrag zum Gutachtenband zum Ausdruck gebracht hat: Wir haben nicht viel Interesse an diesem bürgerlichen Gesetzbuch, weil es vollkommen im Geiste der bürgerlichen Auffassung geschrieben ist und seine Reform infolgedessen außerordentlich schwer ist. Was wir also heute bei dem politischen Kräfteverhältnis zunächst erreichen können, ist natürlich nicht das letzte, sondern es ist eben nur eine Reform. Lassen Sie mich zunächst auf die erste Forderung zurückgehen, nämlich die Gleichstellung von Mann und Frau in der Ehe. Es ist Ihnen ohne weiteres klar, daß das heutige Eherecht dieser Forderung in keiner Weise entspricht. (Zustimmung.) Die Ehe war ursprünglich nichts anderes als ein Kaufgeschäft. Der Mann hat die Frau gekauft, sie war sein Eigentum, er konnte sie jeden

Augenblick wegschicken, sie aber war zeitlebens an diesen Mann gebunden, wenn er es wollte. Dieser Kauf hat sich allmählich in einen Tausch verwandelt insofern, als nun ein Vertrag aufgesetzt wurde, weil die Frau auch eine Mitgift mitbrachte. Dieses Vertragsverhältnis hat allmählich eine Veredelung der Ehe mit sich gebracht, weil ja nun auch der Mann gewisse Verpflichtungen in der Ehe auf sich nehmen mußte. Aber es ist immer noch das Recht des Stärkeren gewesen, das in den Ehesitten späterer Zeiten geherrscht hat. Und auch heute noch haben wir ein gesetzlich geschütztes Vorrecht des Mannes in der Ehe. Das neue Gesetz ist um die Jahrhundertwende entstanden, und wie in allen Gesetzen, spiegeln sich auch in diesem die politischen Machtverhältnisse der Zeit. Es ist ja nicht so, daß sich in unseren menschlichen Gesetzen ein irgendwo in den Sternen geschriebenes Sittengesetz widerspiegelt, sondern es sind die politischen Machtverhältnisse, die sich darin zeigen, und das sehen wir gerade in den Ehegesetzen sehr deutlich.

In diesen Gesetzen ist der Frau die juristische Handlungsfähigkeit zuerkannt, nicht aber ist ihr die ehefrauliche Handlungsfähigkeit in voller Freiheit gestattet, sie ist beschränkt durch die Hausherrschaft des Mannes, allerdings in recht verbindlichen Ausdrucksformen: „Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Meinung des Gatten." Der Mann hat das Entscheidungsrecht nicht nur in rein männlichen Angelegenheiten, sondern er greift damit auch hinüber in die besondere Sphäre der Frau, in ihr Hausfrauentum und in ihre Mutterrechte und -pflichten. Wir haben heute nicht mehr nur wie früher eine väterliche Gewalt, sondern eine elterliche, aber die mütterliche Gewalt setzt erst nach dem Tode des Mannes ein oder im Falle seiner Verhinderung. Die Frau kann das Kind vor Gericht nicht vertreten, auch nicht bei Rechtsgeschäften, sie kann das Vermögen des Kindes nicht verwalten und über den Aufenthalt des Kindes entscheidet ebenfalls der Mann. In der Pflege, in der Fürsorge und Erziehung der Kinder ist also die Frau dem Willen des Mannes vollkommen untergeordnet. Die historische Entwicklung des gesetzlichen Güterstandes will ich nur ganz kurz streifen. Früher legte die Frau ihr eingebrachtes Gut in die Hände des Mannes. Nicht nur dies wurde nun sein Eigentum, sondern auch wo immer die Frau eigenen Arbeitsverdienst hatte, war auch über diesen der Mann der alleinige Herr. Das hat sich in den neuen bürgerlichen Gesetzen soweit geändert, daß heute die Frau wenigstens ihren eigenen Arbeitsverdienst als ihr zugehöriges Vorbehaltsgut behalten kann. Am schlimmsten daran sind bei einer derartigen Regelung natürlich die berufs- und vermögenslosen Hausfrauen, denn ich brauche Ihnen als sozialistischen Frauen nicht zu sagen, was die wirtschaftliche Abhängigkeit für die Persönlichkeit eines Menschen bedeutet. (Sehr richtig!) Die Wirkung des heutigen Eherechts auf die Frau hat die Wirkung, die eine zu starke Autorität alle Zeit auf den Menschen ausgeübt hat. Sie führt zu den kleinen verächtlichen Listen, die die Frauen anwenden, und die Sie genugsam aus den Witzblättern kennen, zu tausend Täuschungen und Lügen, die den Charakter und den Mut zu der eigenen Ueberzeugung schwächen. Die starke männliche Autorität unterdrückt auch die Urteilsfähigkeit der Frau, und vor allen Dingen — was mir besonders schwierig erscheint — sie hat ihr allmählich den Willen genommen, Verantwortung überhaupt tragen zu wollen. (Sehr richtig!) So ist der schöne Satz entstanden: „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit." Marianne Weber hat über dieses Problem gesagt: „Wenn die Frau aus Bequemlichkeit um des äußeren Friedens willen oder um dem Mann zu gefallen gegen ihre innere Stimme seinem Willen gehorcht, begeht sie einen Frevel an der Menschenwürde, und die

Folgen solchen Verhältnisses wenden sich auch auf den Mann — ja, ich möchte das dahin erweitern: in einer Zeit politischer Befreiung auf die Gesamtheit — zurück. Die ihm Untergeordnete bleibt in der Gesamtheit ihres Wesens „untergeordnet", ein halbes Kind, weltfremd, geistig genügsam, beschlossen in ihrem häuslichen Kreis, mit ihren Interessen am rein Persönlichen und Kleinen haften." Sie hat — um die Worte eines anderen Schriftstellers zu gebrauchen — Hingebung geübt und dabei Gott verloren, d. h. die in ihr wohnende Idee, der sie zur Wirklichkeit zu verhelfen hat. Wenn man den Frauen, auch denen innerhalb unserer Organisation den gewiß berechtigten Vorwurf macht, daß sie so leicht persönlich werden, daß sie die große Linie nicht zu sehen vermögen, und daß das Sachliche ihnen gleichgültig ist, so liegt das an den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, liegt im heutigen Eherecht begründet, und ein persönlicher Vorwurf gegen die Frau kann daraus nicht abgeleitet werden.

Lassen Sie mich zu einem anderen Teil des Eherechts kommen, der noch mehr der Reform bedürftig erscheint: die Ehescheidung. Wie ich Ihnen gesagt habe, war der Mann ursprünglich völlig frei, für die Frau aber war die Ehescheidung etwas Unmögliches. Später hat die Mitgift die Scheidung erschwert, aber nicht etwa auf seiten der Frau, sondern auf seiten des Mannes, weil ja für ihn nun die Ehe mit der Frau etwas wirtschaftlich Wertvolles war. In Rom gab es die freie Ehe, in der beide Teile sich prüfen konnten, in einer recht merkwürdigen Form, die auch in unserer Zeit manchmal als Forderung wieder auftaucht: als Probeehe. (Heiterkeit.) Man ging auf ein Jahr zusammen, fand man nach diesem einen Jahr, daß man wirklich zusammengehörte, daß die Ehe keine Täuschung war, dann erst wurden die Formalitäten vollzogen. Wenn einer von beiden Teilen aber vorher auf drei Tage fortging, begann die Rechnung wieder von neuem. So konnte sich die Frau der Besitzergreifung durch den Mann entziehen. Die Unmöglichkeit der Ehescheidung, die wir heute noch haben, ist durchaus ein Kind der katholischen Kirche. Diese hat die Ehe zum Sakrament erhoben, vielleicht ursprünglich in der sehr schönen Absicht, die Eheunsitten dadurch leichter bekämpfen zu können mit dem Gedanken, daß Ehen im Himmel geschlossen werden. Später wurde dadurch dem Mann eine neue Waffe gegen die Freiheit der Frau in die Hand gegeben. Uebrigens hat die Unmöglichkeit der Ehescheidung, die durch die katholische Kirche in das Leben der Völker hineingekommen ist, eine merkwürdige Folge gehabt: Wir treffen nämlich in allen rein katholischen Ländern, z. B. in Italien, die auch heute noch keine Ehescheidung kennen, eine viel lazere Ehemoral als in anderen Ländern. Das liegt daran, daß die Ueberspannung eines Ideals allezeit einen gewaltigen Rückschlag erzeugt hat. Mit der Unlösbarkeit der Ehe war der Verzicht auf die Reinheit der Ehe verknüpft, natürlich wieder nur auf seiten des Mannes. Nebenbei hat sich die Kirche ja schon mit der Schwachheit ihrer Glieder abzufinden gewußt, indem sie wenigstens den reichen Leuten Dispens erteilte. Bei uns ist die Eheschließung ein bürgerlicher Akt, infolgedessen auch die Ehescheidung. Noch im preußischen Landrecht vom Jahre 1794 war sie viel toleranter. Damals konnte man sich scheiden lassen, wenn auf seiten eines Ehegatten unüberwindliche Abneigung vorlag oder beide Teile einwilligten. Damit war man dem Zwang überhoben, daß man, selbst wenn ein schweres Verschulden vorlag, seine rein persönlichen Dinge vor das Gericht zerren zu lassen brauchte und alle jene schmutzigen und häßlichen Dinge, die sich heute bei Ehescheidungsprozessen vollziehen. Heute muß auf der einen Seite ein schweres Verschulden vorliegen, nicht nur ein Versehen bei der Wahl. In den Motiven zu dem neuen Gesetzbuch wird geltend gemacht, daß „der christlichen Gesamtauffassung des deutschen Volkes entsprechend, die Ehe als eine vom Willen der Ehegatten unabhängige rechtliche und sittliche Ordnung und ihrem Begriff und Wesen nach unlöslich" ist. Als Scheidungsgründe werden unbedingte und bedingte angegeben. Unbedingte Scheidungsgründe sind: Ehebruch, Bigamie, widernatürliche Unzucht, Lebensnachstellung und böswilliges Verlassen; bedingte: ehrloses Verhalten, grobe Mißhandlung — wie grob muß die Mißhandlung aber sein? (Sehr gut!) — und jede schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, aber nur, wenn nach Ueberzeugung des Richters dadurch die Ehe unheilvoll zerrüttet ist. Wie gesagt, in dem zweiten Falle handelt es sich lediglich um das Urteil des Richters, ob er das Vergehen für stark genug hält, die Ehe zu lösen.

Kein Scheidungsgrund ist heute einseitige Abneigung oder gegenseitige Einigung. Heute gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder man ist sehr reich, nimmt sich einen sehr geschickten Rechtsanwalt, der auf sehr geschickte Weise ein Verschulden konstruiert, dann gelingt die Scheidung. Oder man ist vermögenslos, dann bleibt man zeitlebens gekettet an den Menschen, mit dem man sich auseinandergelebt hat und der vielleicht die Persönlichkeiten der aneinander Gebundenen vollkommen vernichtet. Wie entwürdigend dieser Zustand ist, brauche ich Ihnen wohl nicht weiter vor Augen zu führen. Er nimmt allen denjenigen, die mit Verantwortlichkeitsgefühl belastet sind, den Mut zur Ehe und besonders den Mut zur frühen Ehe, die ich für so außerordentlich wichtig halte. Denn wenn junge Menschen heiraten, ist die Gefahr, daß sie sich auseinander entwickeln, außerordentlich groß, und da muß die Möglichkeit sein, daß man — ohne sich gegenseitig zu beschmutzen — in einer schönen, ethischen Weise diese Ehe lösen kann. Wir als sozialistische Frauen müssen deshalb bei der Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches, die hoffentlich nicht mehr allzulange auf sich warten läßt, fordern, daß unsere Genossinnen in den deutschen Parlamenten mit aller Energie dafür eintreten, daß das Eherecht nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung reformiert wird, daß die Gütertrennung als der gesetzliche Güterstand eingeführt wird, ferner, daß die Lösbarkeit der Ehe auch möglich ist bei einseitiger Abneigung, oder wenn beide Ehegatten sich entschließen, die Ehe zu lösen.

Besonderes Augenmerk werden wir bei der Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches auf die Besserstellung der unehelichen Kinder zu richten haben. Ihre Rechtsstellung war ja auch Gegenstand der Beratungen der allgemeinen Fürsorgewoche in Jena. Die deutschen Berufsvormünder haben die Frage dort erörtert. „Es ist mit Genugtuung zu begrüßen," so sagen die von ihnen beschlossenen Leitsätze, „daß der Entwurf eines Reichswohlfahrtsgesetzes die Berufsvormundschaft für alle unehelichen Kinder vorsieht." Wir müssen sagen, wenn die Berufsvormundschaft für alle unehelichen Kinder notwendig ist, dann auch für alle ehelichen (sehr richtig!), denn die Verhandlungen über Kindesmißhandlungen haben gezeigt, daß die ehelichen Kinder nicht mehr geschützt sind als die unehelichen. „Dagegen sollte in diesem Gesetz die öffentliche Versorgung der Kinder von den Formen und Einrichtungen der Armenpflege völlig losgelöst werden." Das können wir nur begrüßen. „Das uneheliche Kind muß von Jugend an aus öffentlichen Mitteln jederzeit den Unterhalt bekommen, der von den Verpflichteten nicht rechtzeitig geleistet wird." Das wird Genosse Caspari vielleicht noch näher beleuchten. „Uneheliche Kinder, deren Väter festgestellt sind — sei es durch Anerkennung oder durch Urteil —, sind verwandt mit dem Vater und der Mutter, sowie mit den Verwandten des Vaters und der Mutter." Nach dem heutigen Stand ist das uneheliche Kind nur mit der

Mutter verwandt, so daß also die alte Form des Mutterrechts sich erhalten hat in dem Recht gegen das uneheliche Kind. Damit hängt aber auch zusammen, daß das uneheliche Kind den Namen der Mutter führt. Ich kann mich nicht begeistern für den Gedanken, daß man von vornherein dem unehelichen Kinde den Namen des Vaters geben soll. Das war ja bis spät in das Mittelalter hinein so; erst unter dem Zwang der Zünfte, die keine neuen Mitglieder haben wollten, hat das Kind den Namen der Mutter annehmen müssen. Es gibt viele uneheliche Mütter, die es viel lieber sehen, wenn ihr Kind ihren eigenen Namen führt, als den Namen des unehelichen Vaters. Ferner wird in den Grundsätzen die Forderung aufgestellt: „Unterhaltsanspruch und Erbrecht sind in derselben Weise zu regeln wie bei den ehelichen Kindern" — aber nun kommt eine gummiartige Bestimmung — „soweit nicht aus der besonderen Stellung der unehelichen Kinder und aus Rücksicht auf die Familie Abweichungen unvermeidlich sind." (Bewegung.) Wann wird sich denn nicht nachweisen lassen, daß die Stellung des unehelichen Kindes oder daß Rücksicht auf die Familie diese Abweichung eben befürworten? Das können wir als sozialistische Frauen niemals mitmachen. (Zustimmung.) Eine wichtige Forderung ist noch die, daß, wo nicht feststeht, wer der Vater des Kindes ist, alle, die während der Empfängniszeit der Mutter beigewohnt haben, zu den Alimentenkosten herangezogen sind. Es ist eine unserer vornehmsten Pflichten, überall, wo wir in einem Stadt-, Land- oder Reichsparlament wirken, für die Gleichstellung des außerehelichen Kindes einzutreten, selbst wenn der große Frauenweltkongreß zu Genf im Juni 1920 sich dagegen mit aller Entschiedenheit ausgesprochen hat. (Hört, hört!) Professor Martin Gruber in München hat zu dieser Stellung des außerehelichen Kindes auch geschrieben und hat die größere Heranziehung der Männer zu den Alimentenkosten mit aller Ausdrücklichkeit betont. Seine Ausführungen verdienen indessen wirklich in aller Oeffentlichkeit festgenagelt zu werden. Er sagt, es müßten alle Hemmungen gegen das uneheliche Kind geschaffen werden schon deshalb, weil die Kombinationen von Anlagen zu unglücklich seien, weil es doch so oft vorkomme, daß „das Kind zu der mütterlichen sittlichen Gemeinheit die hohe Intelligenz des verlockten Vaters erbt." (Große Bewegung und lebhaftes Hört, hört!) Er kommt ferner zu dem Schluß, daß man der unehelichen Mutter das Recht über ihr Kind völlig zu entziehen habe, um die uneheliche Mutterschaft nicht zu einem guten Geschäft werden zu lassen. Das verdient ebenfalls Beachtung. (Hört, hört!) Er verlangt, daß weder die Mutter noch der Großvater mütterlicherseits Vormund werden darf und zwangsweise Fürsorgeerziehung so schnell wie möglich einzusetzen habe. (Lebhaftes Hört, hört!) Professor Gruber weiß wenig von Ethik, sonst hätte er das nicht geschrieben. Wenn wir etwas tun können, dann müssen wir das mütterliche Verantwortlichkeitsgefühl heben, selbst wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß die uneheliche Mutter eine Mutter zweiten Ranges ist. Gebt ihr alle Verantwortung für ihr Kind, dann wird sie sittlich gehoben werden. Ich stehe allerdings nicht auf dem Standpunkt, daß wir sozialdemokratischen Frauen die uneheliche Mutter isoliert von der ehelichen als Mutter zweiten Grades zu bezeichnen haben. Die Verfassung sagt: die Mutterschaft, schlechthin, hat Anspruch auf die Fürsorge des Staates. Für uns gibt es sowohl als Sozialistinnen wie als Staatsbürger überhaupt nur eine Art der Mutterschaft, und die ist uns heilig.

Wichtig ist dann, daß wir in unserer politischen Arbeit nicht übersehen, wie sich ein sehr weittragender Prozeß vollzieht, wie nämlich der Staat allmählich die wirtschaftlichen Funktionen der Familie übernimmt, in dem Augenblick, da wir mit Mehrheitsbeschluß der bürgerlichen Parteien in die Verfassung hineingeschrieben haben — bei dieser Bestimmung sieht man ordentlich den Professor in Filzpartoffeln schleichen —: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besondern Schutz der Verfassung" schrieben wir gleichzeitig: „Kinderreiche Familien haben Anspruch auf die ausgleichende Fürsorge des Staates." Der Staat übernimmt also damit eine Funktion, die früher lediglich Funktion der Familie gewesen ist. Wenn die Entwicklung so weiter geht, wie ich es in dem Gutachterband geschildert habe, daß die Mutter wenigstens während der zwei ersten Lebensjahre des Kindes wirtschaftlich freigestellt wird, daß wir staatliche Kinderzulagen gewähren, dann hört die Familie auf, wirtschaftlicher Zweckverband zu sein, was sie für die meisten Menschen in der Hauptsache gewesen ist. Ich glaube, daß diese auflösende Tendenz für die Familie nicht hintanzuhalten sein wird. Alles, was wir tun können, ist, daß wir die Schäden abwehren, die sich daraus ergeben. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, die Erscheinungen abzulehnen, wir müssen das, was als Neues in der Luft liegt, erfassen und zu gestalten suchen, sonst sind wir keine Führer. Es scheint mir allerdings wichtig, daß, wenn der Staat in so hohem Maße wirtschaftliche Funktionen der Familie übernimmt, es nicht mehr angängig ist, daß durch Vererbung der Privatvermögen innerhalb der Familie die Kinder sichergestellt werden. Es ist dann vielmehr nötig, daß das Erbrecht innerhalb der Familie reduziert wird und die dem Staate dadurch anheimfallenden Vermögen mögen dazu dienen, unserer aufwachsenden Generation in ihrer Gesamtheit bessere Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, als das bis jetzt möglich gewesen ist.

Mutterschutz und Kinderfürsorge, Anerkennung auch der unehelichen Mutter, Wohnungsreform, Bodenreform und Siedlungsreform erscheinen mir als ein weit wichtigeres Mittel, die Freudigkeit zur Bevölkerungsvermehrung zu heben, als Strafgesetzparagraphen das tun können. Wir haben es begrüßt, daß ein Teil unserer Reichstagsfraktion den Antrag empfohlen hat, jene Strafgesetzesparagraphen, welche sich mit der Abtreibung beschäftigen, einer Neuregelung zu unterziehen. Ich weiß, daß wir auch in unseren Kreisen bei Leuten, die nicht weiter sehen als ihre Nase, großen Widerstand in solchen Dingen erleben. Aber sorgen Sie dafür, überall draußen, wo Sie in der politischen Arbeit stehen, daß die soziale Hygiene auf alle mögliche Weise ausgebaut wird, dann wird es nicht notwendig sein, derartige Paragraphen in das Strafgesetzbuch hineinzuschreiben. Die deutschen Frauen sind noch nicht so degeneriert, daß sie keine Kinder bekommen wollen. Es ist ihre tiefste Sehnsucht, es müssen nur für die Kinder die richtigen Lebensbedingungen geschaffen werden. (Sehr richtig!)

Den Grundsatz: Mehr Sozialhygiene, weniger Strafgesetze, möchte ich auf das ganze Gebiet der Jugendwohlfahrt ausdehnen. Ich möchte aber die Frage des Strafgesetzbuches nicht verlassen, ohne Sie aufzufordern, dort, wo immer Sie eine politische Stimme in die Wagschale zu werfen haben, für die Abschaffung der Todesstrafe einzutreten. (Beifall.) Wo immer Sie eine politische Stimme haben, da betonen Sie den Menschenwert, da betonen Sie, daß man nicht den einzelnen strafen darf für das, was die Gesellschaft an ihm verbrochen hat. Wirken Sie in diesem Sinne auch in dem kleinsten politischen Kreis, der Ihnen zur Verfügung steht, in der Familie. Schaffen Sie die Prügelstrafe ab (Sehr richtig!), sorgen Sie dafür, daß sie auch in unseren Schulen abgeschafft wird, dann wirken Sie zugleich auch dafür, daß wir freie Menschen bekommen, lehren Sie die Menschen, aus Verantwortungsgefühl, nicht aus Furcht ihr Leben zu führen. Dann werden wir auch über das letzte und schwierigste hinwegkommen. (Beifall.)

Wichtig für die Frauen ist dann auch noch die Neuordnung des Versicherungswesens, besonders das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das wir bekommen werden. Ich bitte Sie, dafür einzutreten, daß die arbeitslose Frau das gleiche bekommt wie der arbeitslose Mann (Zustimmung), wenigstens die ledige Frau. Denn wenn wir schon nicht einsehen, daß wir nicht den gleichen Lohn bekommen, so noch viel weniger, daß die Nichtarbeit der Männer auch noch wertvoller sein soll, als die Nichtarbeit der Frauen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch bei dem durch den Friedensvertrag vorgesehenen internationalen Arbeitsamt müssen wir mit allem Ernst, der uns zur Verfügung steht, geschlossen eintreten für den gleichen Lohn der Frauen. Das gilt namentlich auch bei Tarifabschlüssen für die Gewerkschaften. Ich möchte nicht dahin mißverstanden werden, daß ich die politische Arbeit, das politische Denken und unsere politische Sehnsucht auf diesen einen Gegenstand beschränkt wissen wollte. Es gibt schlechterdings nicht eine Frage des öffentlichen Lebens, an der die Frau nicht interessiert wäre bis in alle ihre Tiefen hinein. Aber ich habe über die Frauenfrage deswegen gesprochen, weil ich die Lösung dieser Probleme für die Vorbedingung dafür halte, daß wir, die wir die politische Freiheit erlangt haben, nun aufsteigen von der politischen Freiheit zur politischen Reife. Und das ist nur möglich, wenn der individuellen Entwicklung der Frau alle Möglichkeiten gegeben sind.

Dann wird es auch nicht so bleiben, wie Richard Bahr gesagt hat, daß die Frauen die Männer nicht in ein Neuland haben blicken lassen. Lassen Sie uns nur zur Entwicklung kommen, dann werden wir Ihnen schon unser Neuland zeigen, namentlich in den Beziehungen der Völker zueinander, daß die Frauen ihrem eigensten Wesen nach Gegner aller Gewaltspolitik sind, daß eine Kulturpolitik, wie die Frau sie wünscht und ersehnt, nur möglich ist als eine Politik des Friedens. Und in diesem Sinne möchte ich Sie warnen, sich nicht von Strömungen ergreifen zu lassen, die heute Deutschland zu überfluten drohen. Bis tief hinein in das Proletariat hat der Versailler Friedensvertrag mit seinen fürchterlichen Bestimmungen schon eine Stimmung erzeugt, die zu Konsequenzen führen kann, die wir nicht wünschen. Alles, was wir tun können mit aller Willenskraft, die uns zur Verfügung steht, ist, Verständigung mit den anderen Völkern zu suchen und so die Bestimmungen dieses Friedensvertrages zu annullieren und nichtig zu machen. Arbeiten Sie dieser Stimmung, die den neuen Krieg schafft, entgegen.

Und wenn die Frau die individuelle Entwicklungsstufe einmal besitzen wird, die wir durch unsere Arbeit erst erreichen müssen, dann wird sich, wie ich hoffe, ein tiefer Wandel in der politischen Kultur vollziehen. Es ist meiner Ansicht nach bei uns noch ein Zeichen großer Schwäche, daß sich die Frauen schon geehrt fühlen müssen, wenn ihnen Männer sagen, daß sie fast „männlich Politik" betreiben. (Heiterkeit.) Wir haben lange genug reine Männerpolitik gehabt, ich kann aber nicht sagen, daß mein Herz von tiefstem Vertrauen in diese reine Männerpolitik erfüllt ist. Wenn es überhaupt Sinn haben soll, der Frau das Wahlrecht zu geben, dann nur den, daß sie das ihrige hineinträgt in die Politik. Es ist nicht an dem, daß Gefühlswerte etwas sind, was man aus der Politik ausschalten kann. Das tun auch die Männer nicht. Sie tun nur, als ob sie es täten. (Heiterkeit.) Wir wollen mit vollem Bewußtsein das Gefühlsmoment in die Politik hineintragen. Ich erinnere Sie an Rabindranath Tagores Ausspruch: „Die politische Kultur Europas ist wissenschaftlich, nicht menschlich." Und seitdem Machiavelli sein Buch vom Fürsten geschrieben hat, wo er eine reinliche Scheidung zwischen der Moral des öffentlichen Lebens und der privaten Moral vornimmt, seitdem sind die Beziehungen der Völker nicht besser geworden. Ich wünsche, daß die Zukunft die Frauen stärker vertreten sehen wird innerhalb der maßgebenden öffentlichen Körperschaften, damit neben der Intelligenz des Kopfes auch die des Herzens vertreten sein möge, damit wir in der Politik einmal die Güte finden, die wir heute so schmerzlich vermissen. Dazu ist natürlich notwendig, daß wir unsere sittlichen Ueberzeugungen auch auf das politische Leben übertragen. Denn reale Forderungen erfüllen sich von selbst, wenn sie nur in der Richtung des Stromes der Entwicklung gehen, aber die Form bestimmt der lebendige Mensch. Darum lassen Sie sich die Worte Lassalles zu Herzen gehen: „Die Zeit vollbringt sich, doch vollzieht sie sich anders mit Euch, anders gegen Euch. Weh' Euch, wenn sie sich gegen Euch vollbringt." In der politischen Arbeit gibt es nichts Großes und nichts Kleines, alles ist wichtig. Besonders wichtig ist, daß jeder sich überlegt, wo die Grenzen seines politischen Könnens sind und daß er seine politische Arbeit dort beginnt, wo die Kraft seines Könnens das beste leistet. Es ist nicht gesagt, daß allein in den Parlamenten die wichtigste Arbeit im politischen Leben geleistet wird. Wieviel wichtige Arbeit muß auch draußen geleistet werden, um den Menschen erst einmal den Begriff ihrer Menschenwürde zu geben. (Sehr wahr!) Daran mitzuarbeiten, ist jede von Ihnen berufen. Sie können sich dieser Verpflichtung auf keine Weise entziehen. Lassen Sie sich bei dieser Arbeit nicht niederdrücken weder durch menschliche Schwächen andrer, noch durch eigenes Unvermögen, welches jeder zuzeiten empfindet. Ihr Gutsein sei nicht etwas Verschwommenes, sondern muß aus der Erkenntnis fließen. In dem Sinn hat Romain Rolland ausgesprochen, es gäbe nur ein Heldentum: die Welt erkennen, wie sie ist und sie trotzdem zu lieben. Diese Liebe verdichten Sie bitte zu Wille und Tat, indem Sie helfen, die Menschheit weiter zu bringen. Und darum zum Schluß nur das eine Wort: So wollen, daß man kann! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende **Juchacz** macht darauf aufmerksam, daß bereits 17 Redner für die Diskussion vorgemerkt sind. Auf ihren Vorschlag wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Darauf tritt um 1 Uhr 10 Minuten die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Der Kongreß wird durch die Vorsitzende, Frau **Rhneck**, eröffnet.

Auf Vorschlag der Genossin **Kirchner** beschließt der Kongreß, zunächst das Referat des Genossen Dr. Caspari über „Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt" entgegenzunehmen und sodann über alle drei Referate gemeinsam zu diskutieren.

Referent Dr. **Caspari:** Genossen und Genossinnen! Es ist dankbar zu begrüßen, daß die diesjährige Frauenkonferenz zu dem wichtigen Thema der Wohlfahrtspflege und der Jugendwohlfahrt Stellung nehmen will. Allerdings ist es völlig ausgeschlossen, im Laufe eines Nachmittags alle die Probleme, die mit den Worten „Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt" sich verbinden, auch nur annähernd zu erschöpfen. Auf der anderen Seite haben wir und die sozialdemokratischen Frauen in erster Linie die Verpflichtung, zu den Problemen, die nun schon seit Jahrzehnten die Oeffentlichkeit beschäftigen, Stellung zu nehmen.

Wenn wir uns mit der Wohlfahrtspflege und insbesondere mit der Jugendwohlfahrt beschäftigen, so können wir feststellen, daß der Begriff der

Wohlfahrtspflege durchaus nicht klar ist. Ein sehr bekannter Wohlfahrtsfachmann bürgerlicher Richtung hat die Wohlfahrtspflege jüngst einmal folgendermaßen definiert: „Wohlfahrtspflege ist der Inbegriff aller Maßnahmen und Einrichtungen, die die Förderung, den Schutz und die Fürsorge der minderbemittelten Bevölkerung auf wirtschaftlichem, gesundheitlichem und erzieherischem Gebiet zum Ziel haben." Ein anderer bürgerlicher Vertreter der sogenannten freien Liebestätigkeit hat noch hinzugesetzt: „Außerhalb der Sphäre rechtlich gesicherter Ansprüche." Von dieser Definition wollen wir einmal ausgehen. Sie bedeutet, daß es keinen Rechtsanspruch auf Wohlfahrtspflege seitens des Individuums gegenüber dem Staate gibt. Diese Definition ist diktiert vom rein bürgerlichen kapitalistischen Gesichtspunkte aus. Sie ist nicht nur einseitig, sie ist geradezu falsch. Niemand, der die Jugendpflege kennt, kann sagen: Jugendpflege ist nicht Wohlfahrtspflege. Die Jugendpflege kommt aber nicht nur der minderbemittelten Bevölkerung zugute. Es wäre schlimm um eine Jugendpflege bestellt, die sich einseitig mit der minderbemittelten Bevölkerung beschäftigen würde, sie wäre das Gegenteil einer Jugendpflege, wie wir sie immer aufgefaßt haben. Denken Sie weiter an die Wohnungspflege, an die Berufsberatung, die zweifellos ein Zweig der Wohlfahrtspflege ist. Die Berufsberatung wird in steigendem Maße gerade von den Kreisen in Anspruch genommen, die auf der anderen Seite diese schöne Definition der Wohlfahrtspflege in die Welt setzen und verteidigen.

Für mich bedeutet Wohlfahrtspflege die Summe aller derjenigen Bestrebungen, die das Gedeihen der Allgemeinheit durch fürsorgerische Maßnahmen fördern. Damit ist zweierlei zum Ausdruck gebracht. Erstens, daß die Wohlfahrtspflege planmäßig, nach bestimmtem System, zu arbeiten hat, daß sie umfassende Einrichtungen zu schaffen hat und damit der Gesamtheit zugute kommt; es ist nicht allein Aufgabe der Wohlfahrtspflege, körperlich, geistig, sittlich kranken Bevölkerungsteilen zu helfen, sie zu heben, sondern man muß auch die zweite Seite betrachten; die Wohlfahrtspflege dient auch insofern dem Aufstieg der gesamten Menschheit, als sie die kranken Teile, wenn notwendig unter Zwang, behandelt, entfernt, für sie sorgt. Ich erinnere nur an die Tuberkulosenfürsorge, die die Hilfe zum Gegenstande hat, die an dem einzelnen kranken Individuum geleistet wird. Aber leisten wir denn die Wohlfahrtspflege nur zu dem Zwecke, um dem einzelnen Menschen zu helfen? Nein, wir müssen sagen: Der weitere und höhere soziologische und sozialethische Zweck der Wohlfahrtspflege liegt darin, nicht nur den Kranken zu treffen, sondern die Krankheit, das Uebel selbst zu fassen, und damit ist die Wohlfahrtspflege einer der Faktoren, die an dem Aufstieg der Gesellschaft, der Menschheit, mitwirken.

Damit unterscheidet sich auch die Wohlfahrtspflege von der reinen Wohltätigkeit, die rein individualistisch arbeitet, hier und da gibt, spendet. Die Wohltätigkeit ist niemals systematisch, und sie schafft nicht Einrichtungen, die der gesamten Menschheit zugute kommen. Wo die Wohltätigkeit sich mit einem solchen Mantel umgibt, da ist sie schon Wohlfahrtspflege geworden. Gerade die Tuberkulosenfürsorge zeigt uns handgreiflich das Wesen der Wohlfahrtspflege; einerseits Schutz gegenüber dem Kranken, Schutz gegenüber dem betroffenen Individuum, andererseits aber auch Schutz der Gesellschaft gegenüber dem Krankheitsträger! Beides muß zusammenkommen; dann haben wir erst Wohlfahrtspflege.

Wir müssen fordern, daß wir in Deutschland endlich gesetzgeberische Maßnahmen gerade auf dem Gebiete der Tuberkulose bekommen, die es uns ermöglichen, Kranke aus ihrer Umgebung, evtl. auch gegen ihren Willen, herauszunehmen. Wir müssen hier gegen den Unverstand der Massen ankämpfen, die oft nicht einsehen, daß die Herauslösung des Kranken aus der Umgebung nicht nur dem Kranken hilft, sondern auch der Gesellschaft einen unschätzbaren Dienst leistet. Nicht alles, was im Staat zur Förderung des Gedeihens der Allgemeinheit durch Fürsorgemaßnahmen geschieht, ist Wohlfahrtspflege. Warum ist beispielsweise die Sozialversicherung keine Wohlfahrtspflege? Die Sozialversicherung ist zwar eine staatliche Wohlfahrtsmaßnahme, aber sie ist nicht Wohlfahrtspflege. Der Begriff der Pflege setzt die Beziehungen von Mensch zu Mensch voraus, die wir in der Sozialversicherung vergeblich suchen. Wir haben jetzt z. B. ein Gesetz über die Wochenhilfe. Dieses Gesetz ist aber noch keine Wohlfahrtspflege. Wenn zu dieser Wochenhilfe die behördlich oder durch eine Vereinigung geleitete Schwangerenfürsorge hinzukommt, dann wird die Wohlfahrtsmaßnahme des Staates durch die behördliche oder freie Wohlfahrtspflege ergänzt. Das charakteristische der Wohlfahrtspflege ist also, alle die Vorkehrungen zu treffen, damit die Allgemeinheit durch Fürsorgemaßnahmen weiterkommt und insbesondere durch die Pflege am Individuum erst die Beziehung von Mensch zu Mensch geschaffen wird. Das ist es, was die Wohlfahrtspflege zu dem macht, was sie sein soll: Dienst am Einzelmenschen. Durch diesen Dienst am Einzelmenschen fördern wir die Erhaltung und den Aufstieg der gesamten Menschheit. Damit ist zugleich verbunden, daß die Wohlfahrtspflege nicht erst als heilender Faktor einzusetzen hat. Wir sind in der gesamten Gesetzgebung in Deutschland viel zu sehr Chirurg als Hygieniker gewesen; wir haben viel zu sehr operiert, statt vorzubeugen und vorzubauen. (Sehr richtig!) Das Wesen der Wohlfahrtspflege besteht meiner Meinung nach in höherem Maße darin, vorzubeugen, als zu heilen. Beugen wir vor, dann brauchen wir nicht so viel zu heilen. In einem der früheren preußischen Etats erschien die Fürsorgeerziehung mit etwa 12 Millionen Mark, während für die Zwecke der Jugendpflege in demselben Etat nur 500 000 Mk. vorgesehen waren. (Hört, hört!) Wenn man also nur 500 000 Mk. für vorbeugende Maßnahmen ausgibt, dann kann man sich nicht wundern, wenn man nachher an chirurgischen Kosten 12 Millionen Mark aufzuwenden hat. (Sehr richtig!)

Aus der Begriffsbestimmung der Wohlfahrtspflege, wie ich sie eben gab, folgt, daß etwa folgende große soziale Gebiete der Wohlfahrtspflege zuzurechnen sind. Bisher hat den Platz der Wohlfahrtspflege in Deutschland vorwiegend die sogenannte Armenpflege eingenommen. Wenn die bürgerlichen Theoretiker und Praktiker der Wohlfahrtspflege sagen: Wohlfahrtspflege ist der Inbegriff von Maßnahmen für die minderbemittelte Bevölkerung, so ist das im Grunde genommen nichts anderes als die Verbrämung einer etwas erweiterten Armenpflege. Die Armenpflege, wie wir sie heute haben, ist selbstverständlich im höchsten Maße reformbedürftig. Das Unterstützungswohnsitzgesetz stammt ja vom Jahre 1870 und ist im Jahre 1908 revidiert worden. Wir haben da etwa folgende Forderungen zu stellen: Zunächst hätten alle etwa noch bestehenden Beschränkungen politischer, öffentlicher und privater Rechte und Ehrenrechte aufzuhören, die mit dem Genuß der Armenpflege verbunden sind. Solche Einschränkungen bestehen z. B. noch in manchen Gemeindestatuten. Wenn derjenige, der im Sinne des Gesetzes arm wird, sich an den gesamten Volkskörper, den Staat, um Hilfe wendet, so ist er deshalb nicht ein geringwertigeres Individuum. Er muß dieselben bürgerlichen Rechte und Ehrenrechte besitzen wie jeder andere. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man sich in bürgerlichen Kreisen auch noch so sehr dagegen stemmt, so muß der Rechtsanspruch auf Unterstützung im Wege eines Verwaltungsstreitverfahrens verwirklicht werden. Was macht denn die Armenpflege heute so unpopulär? Das Gesetz ist nicht allein daran schuld, sondern auch die Leute, die das

Gesetz ausführen, das sind vielfach die Ehrenbeamten aus dem bürgerlichen Lager, die den Armen als einen lästigen Eindringling in ihre Nachmittagsruhe betrachten. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß geändert werden. Der Arme soll einen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben, wenn er hilfsbedürftig ist, den er in einem geregelten Verwaltungsstreitverfahren verwirklichen kann. Die Gesichtspunkte der Sozialversicherung, bei der wir ja auch einen geregelten Verwaltungsgang haben, müssen auch hier angewendet werden. Ich freue mich, daß ein so prominenter Vertreter aus dem bürgerlichen Lager, wie der Geheime Justizrat Dieffenbach, einer der Führer in dem Deutschen Verein für private und öffentliche Fürsorge, sich offen und ehrlich auf diesen Standpunkt gestellt hat.

Wir müssen weiter eine genaue Festlegung der Voraussetzungen, der Art und des Maßes der öffentlichen Unterstützung verlangen. Alles das ist heute verschwommen. Wir müssen vor allem die Beseitigung des berüchtigten Unterstützungswohnsitzprinzips fordern. (Lebhafte Zustimmung.) Die Armenverhandlungen beginnen heute damit, daß man nach dem Geburtsort, nach dem Vater usw. fragt, und dann wird der ganze Apparat der polizeilichen Ermittlungen in Bewegung gesetzt, und schließlich bekommt man heraus, wo der Betreffende vor soundso viel Jahren seinen Unterstützungswohnsitz erworben hat, ohne ihn bisher verloren zu haben. Und dann kommt das scheußlichste was es gibt, nämlich der § 5 des Freizügigkeitsgesetzes, die Abschiebung des Armen aus armenrechtlichen Gesichtspunkten heraus. (Sehr richtig!) Gerade die Frauen müssen fordern, daß an Stelle des Unterstützungswohnsitzprinzips das Prinzip des gewöhnlichen Aufenthalts gesetzt wird. Dieser Gesichtspunkt ist ja auch in dem Entwurf des Jugendwohlfahrtsgesetzes für die Jugendlichen durchgesetzt worden.

Dann müssen wir unbedingt fordern, daß ein Unterschied zwischen der Unterstützung der Erwachsenen und der Unterstützung der Jugendlichen gemacht wird. Die Unterstützung der hilfsbedürftigen Jugendlichen muß in die Hände der Jugenderziehungsbehörden gelegt werden, und als solche spreche ich die Jugendämter an. Um aber zu einer gesunden Armenpflege zu kommen, ist vor allem notwendig die Uebernahme der Armenlasten oder wenigstens ihres größten Teiles auf das Reich, auf die Länder. Es geht unter keinen Umständen an, daß man den Kommunen, denen man zum erheblichsten Teile ihre Einnahmequellen genommen hat, die ungeheuren Armenlasten beläßt. (Sehr richtig!) Darunter leiden nicht nur die Kommunen, sondern vor allen Dingen die Armen selbst. (Zustimmung.) Die Leute bekommen in den meisten deutschen Gegenden Unterstützungssätze, die weit unter dem Existenzminimum liegen. Die Gemeinden, die heute 200 und 250 Mk. monatlich zahlen, sind an den Fingern aufzuzählen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es gehört dann in das Gebiet der Wohlfahrtspflege die ganze sogenannte Kriegsfolgenhilfe, also die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, ferner die Gesundheitspflege. Dem, was Genossin Röhl vorhin über Köln sagte, kann ich nicht beipflichten. Ich hoffe, sie da mißverstanden zu haben. Richtig ist, daß alle diese sozialen, diese wohlfahrtspflegerischen Maßnahmen in einer Hand in den Kommunen vereinigt werden müssen (Sehr richtig!), denn sonst kommt es zu einem trostlosen Nebeneinanderarbeiten und zu dem schauderhaften Ressortpartikularismus, zu dem Gegeneinanderarbeiten, das ja nicht nur in den Kommunen, sondern auch weiter nach oben gang und gäbe ist. Die Gesundheitspflege wird in der Zukunft ungeheure Aufgaben zu leisten haben, namentlich die kommunale Gesundheitspflege. Eine Aufgabe möchte ich besonders unterstreichen, nämlich die Fürsorge für die Prostituierten.

Die Prostitution müssen wir endlich einmal, so lange es überhaupt dieses schauderhafteste, was Menschengeist ausdenken kann, gibt, gleichsam, wenn ich diesen Ausdruck in diesem Zusammenhang brauchen darf, so sittlich machen, wie sie überhaupt gemacht werden kann. Dazu ist notwendig, daß die Reglementierung fällt, daß die ganze Fürsorge für diese Frauen und Mädchen auf die Gesundheitsbehörden übertragen wird. (Sehr richtig!)

Ich rechne weiter zur Wohlfahrtspflege auch das sehr umstrittene Gebiet der Volksbildung. Ich weiß, daß dieses Gebiet für manche Kreise ein Rührmichnichtan ist. Man sagt: Ueberlaßt diese Dinge der Schule, den Lehrern. Ich habe von der Volksbildung eine ganz andere Auffassung. Gerade die Volksbildung ist ein prominenter Faktor der Wohlfahrtspflege. Die Bildung am Menschen, die durch die Volksbildung verwirklicht wird, ist in erster Linie ein vorbeugendes Mittel der Verwahrlosung und Verelendung. Wir dürfen nicht immer nur an die gesundheitliche Schädigung unseres Volkes denken, sondern auch an die geistige und sittliche Schädigung, wie wir sie heute in jedem Ort sehen. Ihr können wir nur näherkommen durch eine wirklich von sozialem Geist durchwehte Volksbildung. Man darf allerdings nicht in den Fehler verfallen, daß man nun etwa zu dem Volk mit der Geste des Gebers hinabsteigen will. Die beste Volksbildung ist diejenige, die ebenso viel von dem Schüler erhält wie sie ihm gibt.

Weiter gehört in das Gebiet der Volkswohlfahrtspflege das ganze Rechtsauskunfteiwesen und was sich daran schließt. Wir haben gehört, daß im Reichsjustizministerium ein Entwurf für ein sogenanntes obligatorisches Güteverfahren in Vorbereitung ist. Ich habe in dem Wohlfahrtsamt, das ich leite, diesen Dingen etwas vorgegriffen, und zwar nach Frankfurter Muster. Die Frankfurter haben meines Wissens die Ehre, die ersten auf dem Gebiete gewesen zu sein, und zwar ist man von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß sehr viel Nationalvermögen, sehr viel sittliche Würde und Werte jahraus, jahrein im Volke durch das nutzlose Herumprozessieren verloren gehen. (Sehr wahr!) In jeder Kommune müßte deshalb meiner Auffassung nach ein Rechtsfriedensamt gebildet werden. Man soll nicht erst den Weg zu den Stufen des Gerichts heraufinden, sondern bevor es zum gerichtlichen Verfahren kommt, soll man zur Kommune gehen und soll dort den ganzen Streitfall vortragen. In 90 Proz. der Fälle wird man, wenn ein verständiger Mensch die Dinge leitet, die Parteien unter einen Hut bringen können. Es ist geradezu beschämend, daß auch Proletarier sich nicht scheuen, der geringsten Dinge wegen vor Gericht zu laufen. (Sehr wahr!) Dieses Uebel abzustellen, ist Aufgabe der Wohlfahrtspflege. Gerade hier wird sich mit kristallener Klarheit die Beziehung von Mensch zu Mensch zeigen.

Ich rechne weiter zur Wohlfahrtspflege die Arbeits- und Berufspflege, das ganze große Gebiet des Arbeitsnachweises, der Berufsberatung, der Lehrstellenvermittlung usw., auch der Erwerbslosenversicherung. Ich weiß, daß ein Gesetz für die Regelung der Erwerbslosenversicherung in Vorbereitung ist. Ich weiß nicht, ob man immer noch die Erwerbslosenversicherung an die Krankenkassen angliedern will. Ich für meinen Teil fordere, daß man die Erwerbslosenversicherung da angliedert, wo auch sonst die Fürsorge für die Erwerbslosen kulminiert, nämlich im kommunalen Arbeitsnachweis, dem es zur Aufgabe gestellt ist, die Erwerbslosen zu vermitteln.

Als letztes und vielleicht schönstes Gebiet der Wohlfahrtspflege bleibt die Jugendwohlfahrtspflege. Wir wissen, daß ein Jugendwohlfahrtsgesetzentwurf vorliegt. Meines Erachtens ist es Zeit, uns zu fragen: brauchen wir nicht

statt dieses Haufens von einzelnen Gesetzen endlich einmal ein deutsches Wohlfahrtsgesetz? (Lebhafte Zustimmung.) Das Für und Wider weiß ich wohl abzuwägen. Es wird gesagt: die Zeit ist in Gärung, wir müssen mit Teilreformen vorlieb nehmen. Ich glaube, daß die Zeit noch eine ganze Weile in Gärung bleiben wird, und da ist es doch besser, wenn man einmal den großen Schnitt macht, anstatt immer wieder Flicken einzusetzen. Das ist natürlich auch eine Frage der Gesetzgebungstechnik. Selbst dem Fachmann fällt es heute schwer, sich in dem ungeheuren Wust der sozialpolitischen Bestimmungen auch nur einigermaßen zurechtzufinden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen zu einer Kodifikation eines deutschen Wohlfahrtsrechts kommen, und diese Kodifikation in Angriff zu nehmen, halte ich für eine Pflicht der Sozialdemokratie.

Nun kommen wir zur Jugendwohlfahrt, die einer Frauenkonferenz, die praktische Arbeit leisten will, nur allzu nahe liegt. Sie wissen, daß im Artikel 8 der Reichsverfassung gesagt ist: das Reich hat die Gesetzgebung über die Bevölkerungspolitik, die Mutterschafts-, Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge. Wir finden hier den Ausdruck: „Jugendfürsorge". Ich habe selbst Debatten beigewohnt, in denen man sich darüber stritt, wie das gesetzgeberisch gemeint gewesen sei; ob der Ausdruck Jugendfürsorge nicht allgemein im Sinne von Jugendwohlfahrt zu verstehen sei. Ich habe in den Debatten betont, daß, wenn man etwa daran gedacht habe, nur die Jugendfürsorge durch das Reich regeln zu lassen, so sei doch auf den Art. 9 der Reichsverfassung zu verweisen, der besagt, daß, soweit ein Bedürfnis für den Erlaß von Vorschriften vorhanden ist, das Reich die Gesetzgebung über die gesamte Wohlfahrtspflege hat. Ich möchte den Menschen in Deutschland sehen, der ernstlich behaupten wollte, daß für den Erlaß eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes heute kein Bedürfnis vorhanden ist. Wir fordern so schnell wie möglich den Erlaß eines Jugendwohlfahrtsgesetzes. Sie werden aus der Presse entnommen haben, daß ein solcher Gesetzentwurf seit Monaten im Reichsministerium des Innern fertig vorliegt. Ich hatte selbst die Ehre, an dem Gesetzentwurf mitzuarbeiten und kenne daher auch seine Mängel. Der Entwurf ist bei weitem nicht das, was wir etwa wünschen. Aber er hat eine ganze Menge guter Seiten. Wenn wir in der Lage wären, alles das durchzuführen, was der Entwurf bietet, würden wir ein gut Stück auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt weiterkommen. Wir sind aber hier nicht dazu da, Kritik an vorhandenen Regierungsentwürfen zu üben. Unsere Aufgabe ist, überhaupt Stellung zur Jugendwohlfahrt zu nehmen und unsere Forderungen zu präzisieren. Wenn wir ein Gesetz für die Jugend schaffen wollen, so muß es die Jugendpflege und die Jugendfürsorge umfassen, darf aber dabei die Jugendbewegung nicht außer acht lassen. Die Definitionen der Jugendpflege und Jugendfürsorge sind Ihnen ja wahrscheinlich geläufig. Unter Jugendpflege versteht man herkömmlich die Pflege der sog. in jeder Beziehung normalen, gesunden Jugend. Unter Jugendfürsorge versteht man den Inbegriff der Maßnahmen, die sich mit der irgendwie körperlich, geistig, sittlich abnormen Jugend befassen. Schwieriger ist schon die Frage der Jugendbewegung. Die Jugendbewegung kann man am ehesten dann in ihrer wahren Bedeutung erkennen, wenn man sie der Jugendpflege gegenübersetzt. Bei der Jugendpflege ist das Verhältnis des Erwachsenen zur Jugend das des Subjekts zum Objekt. Bei der Jugendbewegung ist die Jugend allein Subjekt. Bei der Jugendpflege ist der Erwachsene der Erzieher; bei der Jugendbewegung ist die Jugend selbst Erzieher, und darum ist die Jugendbewegung ein so außerordentlich wertvoller Faktor, den wir auch von Parteiwegen gar nicht genug unterstützen können. (Sehr richtig!) Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, daß wir zwar nicht die Jugendbewegung in dem Jugendwohlfahrtsgesetz behandeln können, aber die Vertreter der Jugendbewegung müssen wir nachher zur positiven Arbeit gewinnen.

Welches soll nun das Ziel des Gesetzes sein? Es soll Jugendpflege und Jugendfürsorge umfassen. Aber damit ist das Ziel nicht erschöpft. Das Ziel bedeutet nichts anderes als Erhaltung und Förderung jedes Menschenlebens von der Geburt bis zur Volljährigkeit. Bereits vor der Geburt hat die Fürsorge einzusetzen, und zwar in der Form der Schwangerenfürsorge, wie wir sie in einer ganzen Reihe von Städten schon haben. Um jedes Menschenleben von der Geburt bis zur Volljährigkeit zu erhalten und zu fördern, dazu ist notwendig, daß wir den Erziehungsanspruch des Kindes sicherstellen. Alles, was mit unserer Jugend geschieht, ist letzten Endes Erziehung. Man darf Erziehung nicht nur als die geistige und sittliche Erziehung auffassen. Auch die Pflege des Säuglings ist schon Erziehung. Heute liegen die Dinge so, daß das Kind nach bürgerlichem Recht einen Erziehungsanspruch gegenüber seinen Eltern hat. Aber vollkommen fehlt der Erziehungsanspruch gegenüber dem Staat. Auch die Weimarer Verfassung hat zu meinem Bedauern nicht den Satz ausgesprochen, daß jedes deutsche Kind ein Recht auf körperliche, geistige und sittliche Erziehung hat. Dieses Grundrecht des Kindes hätte in der Verfassung verankert werden müssen. Wenn es vergessen worden ist, so ist es Zeit, es durch das Jugendwohlfahrtsgesetz nachzuholen. Nun wird gesagt: das ist letzten Endes doch nur Theorie. Heute vormittag ist von der Genossin Pfülf schon gestreift worden, daß die Entwicklung dahingeht, daß sich die Funktionen der Familie immer mehr von den Funktionen des Staates ablösen. Auch auf der letzten Fürsorgetagung in Jena hat Klumker, umbrandet und umtost von dem Widerspruch der bürgerlichen Kreise, in geradezu herzerfrischender Weise gesagt: Machen wir uns doch nichts vor; die Familie versagt ja heute schon in soviel Fällen, daß es ein Wahnsinn ist, immer von der Familie und dem Schutz der Familie zu sprechen, wo doch die Familie selber immer wieder den Schutz beim Staate sucht. (Sehr richtig!) Ich bin der letzte, der etwa sagen würde: Wir reißen alle Kinder aus der Familie heraus und lassen sie staatlich erziehen. Aber wir wollen auch nicht sagen, daß die Familie ein unbedingtes Anrecht auf Erziehung ihrer Kinder hat. Das Kind hat umgekehrt ein Anrecht auf Erziehung durch die ihm nahestehende Familie. Wird ihm dieses Recht aus irgendeinem Grunde nicht gewährt, dann hat die große Familie, der Staat, einzusetzen. (Sehr richtig!) Dieser Grundsatz muß an die Spitze des Gesetzes gestellt werden. Der Ausdruck Familie ist allerdings ein verschwommener Begriff. Das Wort Familie ist ein Fremdwort, stammt aus dem Römischen Recht und hat ganz andere Voraussetzungen als wir heute damit verbinden. Ich stimme mit Klumker vollkommen überein, wenn er sagt: Familie ist nur ein schönes Wort, wo ein Begriff fehlt. Der Begriff ist nicht vorhanden und diesen Begriff ersetzen wir eben durch das schöne Wort: Familie. Es heißt immer in bürgerlichen Kreisen: „Lassen Sie uns die Familie". Wenn man aber fragt, was denn die Familie ist, dann wird einem gesagt: Ja, das muß man im Gefühl haben. (Heiterkeit.) Das Kind hat nur einen rechtlichen Erziehungsanspruch gegen seine Eltern und das uneheliche Kind gegen seine Mutter. Wenn diese Personenkreise ihre Erziehungspflicht nicht erfüllen, dann hat die staatliche Erziehung einzusetzen. Wenn wir das aber durchsetzen wollen, dann ist es notwendig, Organe zu schaffen. Die öffentliche Jugendhilfe soll also einsetzen, wenn die bürgerlichen Erziehungsberechtigten versagen: aber sie muß ein Gerüst unter sich haben. Dieses Gerüst schaffen wir in Form der Jugendwohlfahrtsbehörden. Als unterste Jugendwohlfahrtsbehörde ist das Jugendamt anzusprechen. Was unseren bisherigen Jugendämtern mangelt, ist vor allem ein einheitlicher Auf-

gabenkreis. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen. Nach meiner Auffassung muß jeder Selbstverwaltungsbezirk (Kommune, Kreis usw.) ein Jugendamt haben, das als eine Abteilung des Wohlfahrtsamtes besteht. Aber wichtiger ist die Art der Zusammensetzung des Beirats oder der Deputation, die dem Jugendamt, der Behörde, erst Fleisch und Blut verleiht. In das Jugendamt gehören Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung hinein, der Arbeiter, die Arbeiterin, der Gewerkschaftsvertreter, vor allem auch der Arzt, und wenn die Bürgerlichen so großen Wert darauf legen, dann meinetwegen auch die Geistlichen, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß auch die freie Weltanschauung ihre gebührende Berücksichtigung finden. Das Jugendamt bleibt ein totes Gebilde, wenn nicht eine von erzieherischem Geist beseelte Persönlichkeit an der Spitze steht und wenn nicht hinter dem Jugendamt als das Rückgrat des Ganzen dieser Beirat steht, der seine Ergänzung aus der werktätigen Bevölkerung findet.

Ich komme dann zu den Aufgaben der Jugendämter. Diese Aufgaben sind natürlich gewaltige, verantwortungsreiche. Die Jugendämter haben sich nicht nur mit Jugendfürsorge zu befassen, sondern in ebenso starkem Maße mit der Jugendpflege. Die Jugendfürsorge allein den Jugendämtern zu geben, wie bürgerliche Kreise wollen, würde bedeuten, die Jugendämter von vornherein in Mißkredit zu bringen. (Sehr richtig!) Die schönste Jugendaufgabe ist, Jugendpflege zu treiben. Was ist denn Jugendpflege letzten Endes anders als vorbeugende Jugendfürsorge? (Zustimmung.) Es ist also nicht nur aus Gründen der Praxis, sondern auch aus Gründen des inneren Zusammenhangs erforderlich, daß die Jugendämter die Träger der jugendpflegerischen und jugendfürsorgerischen Bewegung in diesen Selbstverwaltungskörpern sind.

Es wird einem oft entgegengehalten: ja, wo bleibt denn dann die freie Liebestätigkeit? Sie wollen alles sozialisieren, kommunalisieren. Es herrscht eine merkwürdige Begriffsverwirrung in dem Lager rechts von uns. (Sehr richtig!) Wenn der Staat eine seiner ureigensten Aufgaben, die zum Teil bisher von der freien Liebestätigkeit allein erfüllt worden ist, zu sich herüberzieht, dann kommen diese Kreise und tun so, als wenn ihnen eine Domäne genommen werden sollte. Die Jugend ist nicht der freien Liebestätigkeit wegen da; (sehr richtig!) wenn die freie Liebestätigkeit im Jugendamt mitarbeiten will, so ist das außerordentlich zu begrüßen. (Lebh. Zustimmung.) Aber in vielen Orten haben sich die Kreise, die es bisher als ihre Domäne betrachtet haben, die sog. freie Liebestätigkeit auszuüben, zurückgezogen, seitdem die unter sozialistischem Einfluß stehenden Gemeindeverwaltungen bestimmte Aufgabenkreise der Wohlfahrtspflege der Kommune unterstellt haben. (Hört, hört!) Wenn das bürgerliche passive Resistenz sein soll, dann soll man nicht mit dem Wort von der freien Liebestätigkeit kommen, dann soll man einfach sagen: Wir tun das nur, wenn man uns jeden Willen tut. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß die behördliche Wohlfahrtspflege und die sog. freiwillige Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege Hand in Hand arbeiten müssen. Die Behörde kann niemals — das liegt nun einmal im Charakter der Behörde — so lebenswarm arbeiten wie ehrenamtlich tätige Personen, die wir aus den Kreisen der freiwilligen Tätigkeit nehmen.

Die Aufgaben der Jugendämter kann man in drei Gruppen teilen: die Wohlfahrt des noch nicht schulpflichtigen Alters, die Wohlfahrt des schulpflichtigen Alters und die Wohlfahrt für die schulentlassene Jugend. Die Wohlfahrt des noch nicht schulpflichtigen Alters beginnt mit der Schwangerenfürsorge. Die Schwangerenfürsorge hat sich vor allem auf die unehelichen Mütter zu erstrecken, sie soll pflegerische, wirtschaftliche, ärztliche und rechtliche Beratung und Hilfeleistung darbieten. Sie muß den Jugendämtern angegliedert werden. Das

ganze Gebiet des Mutterschutzes kommt natürlich hinzu, ebenso die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. Außerdem die Schaffung von Mütterheimen usw. Die Schaffung von Mütterheimen ist eine Forderung, die wir namentlich im Interesse der unehelichen Kinder zu stellen haben, damit Mutter und Kind nicht durch die Not des Lebens voneinander getrennt werden und das Kind Pflegestellen überwiesen wird.

Bei der Fürsorge für das schulpflichtige Alter wird es sich um die Erfassung der Kinder vom sechsten bis zum vierzehnten Lebensjahr handeln.

Die Fürsorge für die schulentlassene Jugend ist vielleicht die schwierigste. Sie wird heute am wenigsten betrieben. Auf diesem Gebiete ist besonders viel notwendig, da es sich hier wesentlich um den Einfluß auf die Charakterbildung der Jugendlichen handelt.

Eine weitere wichtige Forderung, die wir auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt zu stellen haben, ist die, daß endlich einmal eine reichsrechtliche Regelung des deutschen Pflegekinderwesens kommt. In dem preußischen Entwurf für ein Jugendfürsorgegesetz von 1917 war noch das Wort Haltekind gebraucht und wir haben damals dagegen gewettert, daß dieser scheußliche Name in das Gesetz hineinkommt. Man hält Tiere, Kinder pflegt man. (Zustimmung.) Und deshalb gebührt dem Abschnitt nicht die Ueberschrift „Haltekinderwesen", sondern „Pflegekinderschutz". Der Jugendwohlfahrtsgesetzentwurf hat dieses Wort akzeptiert und einen Abschnitt „Pflegekinderschutz" vorgesehen. Er enthält einen einheitlichen Rahmen für die Schutzbestimmungen für ganz Deutschland. Heute besteht eine Unzahl von Polizei- und Ministerialverordnungen für das Pflegekinderwesen: man verschiebt die Kinder nur zu gern in die Gebiete, wo der geringste Pflegekinderschutz besteht, wo die geringste Aufsicht über die Kinder vorhanden ist. Und nun erst das Schutzalter. Eine Stadt hat das zweite Lebensjahr festgesetzt, eine andere das sechste, eine andere das achte und zehnte. Dabei ist das naheliegendste, das 14. Lebensjahr, die Beendigung der Schulpflicht. Jeder, der ein fremdes Kind, das noch nicht 14 Jahre ist, zu sich in Pflege nehmen will, bedarf nach meiner Meinung der behördlichen Erlaubnis. Was heißt aber „fremdes Kind?" Wir müssen alle atavistischen Reminiscenzen in punkto Familie beiseite stellen. (Sehr richtig!) Fremdes Kind ist jedes Kind, das nicht bei den Eltern oder bei der unehelichen Mutter erzogen wird. Wer also ein noch nicht 14jähriges fremdes Kind in Pflege nehmen will, bedarf der Erlaubnis der Behörde, aber nicht mehr wie heute, der Polizeibehörde, sondern der Jugenderziehungs-, der Jugendwohlfahrtsbehörde, des Jugendamtes. Es ist ja nicht unbekannt, daß die unehelichen Kinder den größten Prozentsatz der Pflegekinder ausmachen. Und wenn Sie weiter wissen, daß die Unehelichen viermal so straffällig sind wie die ehelichen Kinder, wenn Sie weiter wissen, daß sie weit mehr Arbeitsscheue und Prostituierte liefern als die Ehelichen, so drängt sich die Frage auf: liegt das nicht am Ende an der Pflege des Kindes? Was erwarten wir von einem Menschenkind, das wie eine Ware herumgeschoben wird, herumgestoßen wird von Pflegestelle zu Pflegestelle und nicht einmal den elementarsten Schutz genießt! Da erkennen wir, daß diese Menschenkinder mit Notwendigkeit asoziale Elemente werden müssen, sich gegen diejenigen wenden müssen, die nicht genug Schutz und Liebe für sie aufgebracht haben, als sie klein und schwach und hilfsbedürftig waren. Wir brauchen dann auch eine Bestimmung, nach der die Jugendämter jeder Zeit, wenn Gefahr im Verzuge ist, das Kind aus der Pflegestelle entfernen können.

Genossin Pfülf hat schon das Problem der Berufsvormundschaft angeschnitten. Es ist ja untrennbar verbunden mit dem Problem des unehelichen Kindes und seines Schutzes. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, zu diesem

Schutze der Unehelichen Stellung zu nehmen, das wäre Beratungsstoff für einen ganzen Tag. Das A und O, das wir uns einhämmern müssen, ist: erwarten wir die Fortentwicklung und den Schutz der Unehelichen unter keinen Umständen allein von einer Aenderung des bürgerlichen Rechts. Nicht das bürgerliche Recht — — und ich spreche wirklich aus der Praxis — ist berufen, die Lage der unehelichen Kinder fortzuentwickeln. Nehmt den Schutz der Unehelichen heraus aus dem bürgerlichen Recht in das öffentliche Recht und geht endlich einmal den Weg, den ich seit Jahren immer wieder gepredigt habe: bringt die Unehelichen unmittelbar unter den Schutz des Staates, schafft ein gesetzlich geregeltes Vorschußverfahren vom Tage der Geburt an mit Rückgriff gegen die Unterhaltspflichtigen und Ihr werdet nicht mehr die halbe Sterblichkeit der Unehelichen haben und eine gesunde Nachkommenschaft, die nicht mehr ein unsoziales Element bildet! Heute wird ein uneheliches Kind geboren, um meistens sofort um seine Existenz kämpfen zu müssen. Ein eheliches Kind — die Ausnahmsfälle sind nicht mitzuzählen — genießt den Schutz dessen, der es erzeugt hat. Für das uneheliche Kind sorgt höchstens eine Mutter. Und wir wissen ja, welchen Schichten diese Mutter in der Regel angehört, unter welcher sozialen Not diese Mütter leben, wir wissen, welche scheußlichen gesellschaftlichen Flüche und Hemmungen dieser Mutter auf den Weg gelegt werden. Diese Mutter ist dann von Staats wegen berufen, das Kind zuerst zu schützen, solange der Unterhaltsprozeß noch nicht abgeschlossen ist. Der Vater? Ja, der Prozeß beginnt, man weiß das Ende nicht und man erfährt nur allzu oft, daß das Kind über den Prozeß hinweggestorben ist, einfach aus Not. Ich habe beim Berliner Vormundschaftsamt über 2000 Alimentenprozesse vor den Gerichten vertreten und kenne das. Aus dem Elend, unter dem die Unehelichen leiden, kommen wir nur heraus, wenn der Staat sich aufrafft zur sozialen Erkenntnis und zu der sozialen Tat, daß für jedes uneheliche geborene Kind Staatsmittel zu seiner Lebenshaltung bereitgestellt werden, so daß es leben kann, und das ist nicht nur notwendig zurzeit der Geburt, sondern in allen Phasen seiner Entwicklung muß der Staat im Notfalle eingreifen. Zahllos sind die Fälle, in denen die Väter jahrelang zahlen, sich dann aber plötzlich verheiraten und es ist aus mit der Unterstützung. Bis dann die Vollstreckung durchgeführt ist, ist das Kind wieder verelendet. Das uneheliche Kind, das ja nach der heutigen Gesetzgebung von seiner Mutter gezwungenermaßen zur Welt gebracht wird — Abtreibung ist ja heute noch in jedem Stadium der Schwangerschaft strafbar —, von dem man später verlangt, daß es ein sozial wertvoller Faktor der Menschheit wird, kann auch vom Staat verlangen, daß er es schützt, solange es sich selbst zu schützen außerstande ist. Hand in Hand damit muß eine kräftige Berufsvormundschaft gehen. Diese dürfen wir nicht wie heute in das konfessionelle Band schmieden lassen und in dem Jugendwohlfahrtsgesetz ist eine meiner Ueberzeugung nach außerordentlich glückliche Bestimmung enthalten, die besagt: Das Jugendamt ist Amtsvormund über jedes uneheliche Kind mit der Geburt. Das Jugendamt! Zunächst eine merkwürdige Vorstellung: eine Behörde! Die Ausführung der Bestimmung wird dadurch ermöglicht, daß das Jugendamt die Ausübung der Obliegenheiten einzelnen seiner Mitglieder oder Beamten übertragen kann. Dadurch wird jede Schwierigkeit überwunden. Wird also — wenn dies Gesetz wird — künftig ein uneheliches Kind geboren, so hat es im gleichen Augenblick einen Vormund, einen Berufsvormund, das Jugendamt, und im Jugendamt wird natürlich dieser oder jener Beamte bestimmt: Du bist Vormund. Der Segen der Berufsvormundschaft ist ja bei den Verhandlungen im 16. Ausschuß 1917 noch nicht ganz klar gewürdigt worden. Man hat sich damals besonders wohl auf der Zentrumsseite und weiter rechtsstehender Seite immer wieder zurückgezogen hinter die sittliche Bedeutung des Einzelvormundes. Der Entwurf des preußischen Jugendfürsorgegesetzes, dessen Verfasser zweifellos diesen Kreisen näher stand als uns, hat mit herzerfrischender Deutlichkeit gesagt, wie sehr die Einzelvormundschaft in Deutschland versagt hat. Wenn die Berufsvormundschaft für die unehelichen Kinder besser ist, ist es konsequent, die Ehelichen in der Einzelvormundschaft zu lassen. (Zuruf: Bürgerliche Frauenbewegung.) Ja, die hat verschwommene Vorstellungen. Die Jugend ist der Jugend wegen da. Wir haben die Kinder ihrer selbst wegen zu schützen und das beste Mittel ist gerade gut genug, um das durchzuführen. Darum fordern wir die Berufsvormundschaft für die unehelichen wie für die ehelichen Kinder.

Ich sagte vorhin bei dem Armenwesen, daß die Unterstützung hilfsbedürftiger Kinder vom Jugendamt zu erledigen sei. Aber das ist noch nicht ausschlaggebend für unsere Forderungen. Viel wichtiger ist: was haben wir einem hilfsbedürftigen Minderjährigen zu gewähren? Das Bundesamt für Heimatwesen hat einmal entschieden, daß ein 14jähriger Junge nicht mehr hilfsbedürftig ist, da er in der Lage sei, sich selbst zu unterhalten. Hat ihn die Schule entlassen, dann kann er den Kampf mit dem Leben aufnehmen. An die Spitze des Jugendwohlfahrtsgesetzes haben wir zu setzen: Jedes Kind hat ein Recht auf körperliche, geistige und sittliche Erziehung, dann besteht aber auch die Verpflichtung des Staates, hilfsbedürftigen Minderjährigen von Staats wegen die Erziehung zu gewähren und dazu gehört vor allem die Berufsbefähigung. Auch das ist in den Entwurf des Jugendwohlfahrtsgesetzes aufgenommen worden. Wenn diese Bestimmungen Gesetz werden, dann sind wir der Verwirklichung dessen näher, was ich für den Schutz der Unehelichen besonders gefordert habe. Das Jugendamt hat nach dem Entwurf die Unterstützung für jeden hilfsbedürftigen unehelichen Minderjährigen zu leisten. Es ist nur die Frage, ob der Entwurf Gesetz wird. Vorläufig ruht er in der Dunkelkammer.

Wir haben weiter eine gründliche Revision der Fürsorgeerziehung zu fordern. Wir wissen, daß weite Kreise der Bevölkerung der Fürsorgeerziehung völlig ablehnend gegenüberstehen. Schlimmer noch als die gesetzlichen Bestimmungen ist die Ausführung des Gesetzes. Am meisten hat nun einmal die Anstaltsfürsorge versagt, und das Mißtrauen ist auch daraus herzuleiten, daß Richter aus merkwürdigen Gesichtspunkten heraus Fürsorge verfügt haben. Solche Urteile brennen im Herzen des Volkes und sind nicht zu vergessen. Die Fürsorgeerziehung muß das letzte Mittel der Jugendfürsorge bleiben. Wir haben etwas anderes ihr voranzusetzen: Die Schutzaufsicht. (Sehr richtig!) Die Schutzaufsicht ist anzuordnen, wenn sie zur Verhütung der Verwahrlosung der Kinder geboten erscheint. Heute haben wir dieses Institut nur nach einem preußischen Ministerialerlaß. Wir müssen es aber auf eine gesetzliche Grundlage stellen und für wichtiger als die Schutzaufsicht, die das Vormundschaftsgericht ausspricht, halte ich die freiwillige Schutzaufsicht, wie ich sie z. B. im Jugendamt Neukölln propagiert habe, im Einvernehmen mit den Eltern, denen die Jugend entglitten ist oder zu entgleiten droht. Die Leute wußten oft nicht mehr, wie sie ihre Kinder erziehen sollten. Wir sagten: Gehen Sie nicht zum Vormundschaftsgericht, machen Sie nicht den Fehler so vieler Proletariereltern und beantragen selber die Fürsorgeerziehung, denn dann ist es so schwer, die Kinder wieder herauszubekommen. Haben Sie Vertrauen zu uns im Jugendamt. Wir werden einmal freiwillig ohne jede behördliche Formalität die Schutzaufsicht übernehmen. Ich habe dann diesen Familien eine geeignete Persönlichkeit beigeordnet. Und diese arbeitet dann an den Jugendlichen, und letzten Endes sind es, abgesehen von erblichen Anlagen, die vielleicht

auch zu beheben sind, Erziehungsmängel gewesen, die damit wieder reparier: werden konnten. Die Schutzaufsicht ist, wenn sie vom Vormundschaftsgericht übertragen wird — das ist der weitere Weg —, selbstverständlich in erster Linie dem Jugendamt zu übertragen. Ich muß mich auf kurze Leitsätze für die Fürsorgeerziehung beschränken, wie sie Ihnen ja auch wohl genehm sind. Sie darf nur reine Erziehungsmaßnahme sein und nur das letzte Mittel der Fürsorge. Eine reichsrechtliche Regelung erheischen die Voraussetzungen für die Ueberweisung in Fürsorgeerziehung, selbstverständlich den Fortfall jeder Unterscheidung zwischen einem armen und einem reichen Kind. Dann ist zu regeln, wer die antragsberechtigte Behörde ist, die örtliche Zuständigkeit, der Rechtsmittelgang, Beendigung der Erziehung mit dem 20. und nicht mit dem 18. Lebensjahr, die Aufhebung, die Grundzüge für die Durchführung. Alles andere werden wir der Landesgesetzgebung zu überlassen haben.

Nicht minder wichtig ist folgendes: Das Reichsjustizministerium hat vor kurzem dem Reichsrat eine Vorlage zugehen lassen, betitelt: Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes, der ein deutliches Kompromiß ist zwischen den fortgeschrittenen Auffassungen der Jugenderzieher und den alten Auffassungen der Juristen. Es wird heute so gern gesagt, die Jugend sei verwildert und es müsse schärfer zugefaßt werden usw. Darüber habe ich meine eigenen Gedanken. Ich muß sagen: die Jugend ist keinen Deut mehr verwildert als es die Erwachsenen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und die Verwilderung der Jugend ist ein getreuer Spiegel der maßlosen Verwilderung weitester Bevölkerungskreise. (Erneute Zustimmung.) Ich erinnere nur an etwas, was uns, die wir in der Parteiagitation stehen, sehr nahe liegt: wenn man sich so ein modernes Versammlungsbild vor Augen führt (Sehr gut!) und dort die Methoden von Leuten kennen lernt, die einen andersdenkenden Arbeiter als Lump und Verräter hinstellen, erwartet man nicht, daß diese ihre Kinder zu idealen Menschen erziehen. (Stürmisches Sehr richtig!) Genossen, solche Dinge erleben wir nicht nur auf der Linken, auf der rechten Seite herrscht genau dieselbe Verwilderung, und es ist mir eben sehr treffend hineingerufen worden „Lehrerversammlung", jene berühmte Berliner Versammlung, in der Dr. Löwenstein sein Programm entwickeln sollte. Aber nun zum Kernpunkt zurück. Leibniz hat einmal gesagt: „Gebt mir die Jugend an die Hand und ich ändere das Jahrhundert." Bei uns kann die Jugend aber sagen: Wer ist denn überhaupt vorhanden, dessen Hand ich fühle? Wo sind denn die starken Erziehungsfaktoren in der Familie und wo bleibt denn die Erziehung des Staates? Man schimpfe nicht immer nur auf die Jugend, sondern untersuche die Ursachen für die Kriminalität der Jugend, und wir werden zu einer anderen Behandlung dieser Jugend kommen.

Die Grundzüge des Regierungsentwurfs kann ich in wenigen Worten darlegen: die Strafunmündigkeit wird erhöht bis zum vollendeten 14. Lebensjahr, für die Jugend über 14 bis 18 Jahre kann der Jugendrichter auf Strafe oder Erziehung erkennen bei entsprechender Einsichts- und Willensreife. Erziehungsmaßnahmen kämen in erster Linie in Betracht; also Erziehungsmaßnahmen vom Strafrichter ausgesprochen! Dann ein vereinfachtes Verfahren. Ich habe mit besonderer Freude den Antrag 3 der heutigen Tagung gesehen von der Ortsgruppe München, der in jeder Beziehung dem entspricht, was ich Ihnen als Forderung zu unterbreiten hätte. Der Entwurf, wie ihn das Reichsjustizministerium jetzt vorgelegt hat, ist ein Kompromiß, eine Halbheit und geht dem Problem aus dem Wege. Man erhöht das schutzbedürftige Alter bis zum 14. Lebensjahr, und zwischen dem 14. und 18. läßt man letzten Endes je nach der Zusammensetzung des Gerichts Strafe oder Erziehung stattfinden. Die

jugendliche Kriminalität beruht zum Teil auf schlechter Anlage, im übrigen aber, und zwar wesentlich, auf der Ungunst der Verhältnisse, unter denen die Jugendlichen aufwachsen, wie mangelnde Erziehung, schlechte Umgebung, Schund und Schmutz, und was sich sonst an die Jugendlichen herandrängt. Dazu kommen seelische Anomalien zur Zeit der Geschlechtsreife. Der bekannte Berliner Psychiater Professor Kramer hat festgestellt, daß 50 Proz. aller Jugendlichen psychische Anomalien aufzuweisen haben. Und wenn man die Verhandlungen eines Jugendgerichts wochen- und monatelang verfolgt und den Strom der Jugendlichen vor seinen Augen vorbeipassieren läßt, so muß man sagen: der allergrößte Teil ihrer Verfehlungen waren dumme Jungenstreiche aus irgendeinem dunklen Gefühl heraus getan, oft aus dem Gefühl heraus, das nach Betätigung drängt, und nur nicht gerade in guter Betätigung sich auswirkte. Als Konsequenz ergeben sich für mich Erziehungsmaßnahmen (Sehr richtig!) und nicht Strafen, aber nicht nur Erziehungsmaßnahmen an Jugendlichen, die schon kriminell geworden sind, nein, an der gesamten Jugend. Je mehr Erziehung wir ihr zuteil werden lassen, um so weniger Kriminelle bekommen wir; erziehen und damit vorbeugen, damit wir desto weniger zu heilen haben! (Beifall.) Wenn wir aber Erziehungsmaßnahmen auch bei der bereits kriminell gewordenen Jugend anwenden wollen, dann ist dazu nicht das Strafgericht berufen. Der Jugendliche, dem Erziehungsmaßnahmen vom Strafgericht zudiktiert werden, wird sich immer als Bestrafter fühlen, er müßte denn kein Jugendlicher sein. Man kann zwar durch Erziehungsmaßnahmen auch strafen, aber man kann niemals durch Strafen erziehen. (Sehr richtig!) Und darum müssen wir dahin kommen: Fort mit den Jugendgerichten! Alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr gebt in die Hand der Jugenderziehungsbehörde. Wir wollen Erziehungsausschüsse bei den Jugendämtern bilden, in diesen mag der Vormundschaftsrichter sitzen, das schadet nichts, vor allem aber der Seelenarzt, und dann wollen wir dort — Männer und Frauen gemeinsam — beraten, was mit diesen Jugendlichen, die irgendwie gestrauchelt sind, geschieht. Aber ist es nicht ein Skandal, wenn ein deutsches Schöffengerichtsurteil jüngst erst wieder Gefängnis gegen einen Jugendlichen verhängt, der eben erst 12 Jahre alt geworden ist? (Hört, hört!) Das ganze Jugendstrafrecht gehört in den Orkus, an seine Stelle setzen wir ein Jugendbesserungsrecht als Jugendwohlfahrtsrecht und darum gehört es auch in das Jugendwohlfahrtsgesetz. Einen Punkt habe ich noch außer Betracht gelassen, der aber allzu wichtig ist, als daß wir ihn nicht erwähnen wollen: das ist die Kostenfrage. Es hilft gar nichts, wenn wir Forderungen aufstellen, von denen wir wissen, daß sie nach der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches und der Kommunen nicht erfüllt werden können. Sie haben wahrscheinlich alle die gestrige Entschließung des Reichsrats gelesen, in der sehr klar gesagt wird, daß der Eingriff schon bei Aufstellung des Haushaltsplans geschehen muß und daß er heute auch vor anerkannten Notwendigkeiten nicht mehr Halt machen darf. Und ich glaube mich nicht ganz zu irren, daß das zunächst nicht so sehr ministerielle Autos und Empfangszimmer treffen wird wie die Wohlfahrtspflege. Und da leuchtet wie ein Fanal in unserer Zeit das Vorgehen von Arbeitern, die den Geist wirklich erfaßt haben, Arbeiter im Waldenburger Kohlenrevier, jetzt auch im Sachsen und in Bielefeld. Sie haben so sozialistisch gehandelt, wie sie meines Dafürhaltens nur handeln konnten. Sie haben nicht gewartet auf die Hilfe des Staates, sondern haben an ihre Stelle die Hilfe durch die breite Masse der Arbeiterschaft gesetzt. (Bravo!) Die Waldenburger haben beschlossen, jeden Monat eine Ueberschicht zu machen. Den Gewinn aus ihr geben sie restlos für Wohlfahrtszwecke her, genau wie der Unternehmer den Gewinn für diese Zwecke hergeben muß. Das macht im

Jahre 5 Millionen Mark aus. Um diesen Gedanken durchzuführen, bedarf es allerdings wirklicher Einsicht und ich glaube, daß wir vielleicht gerade in den Kreisen, die mit dem Wort Sozialismus und Marxismus besonders krebsen gehen, nicht überall auf besonderes Entgegenkommen stoßen werden. Trotzdem müssen wir mit allen Fasern unseres Herzens darum kämpfen, daß die Arbeiterschaft einsieht: Die Wohlfahrtspflege trifft nach der heutigen ökonomischen Gestaltung, wenn sie auch ein Schutz der Allgemeinheit sein soll, in erster Linie euch und eure Kinder, und ihr müßt die Kosten aufbringen, müßt zeigen, daß ihr stärker seid als die Entwicklung. Clemenceau soll ja gesagt haben, es sei nun einmal Deutschlands Los, daß 16 Millionen Deutsche durch den Friedensvertrag sterben müssen. Tatsache ist das eine, daß bei der jetzigen Finanzlage des Staates und der Kommunen Millionen Menschen werden weiter verelenden und sterben müssen, wenn die Arbeiter, die Angestellten und Beamten und auf der anderen Seite das Unternehmertum nicht von sich aus die sittliche Kraft aufbringen, die Werte von sich aus zu geben, die die Wohlfahrtspflege braucht. Die schönste Wohlfahrtsgesetzgebung bleibt auf dem Papier stehen, wenn wir nicht die nötigen Mittel haben.

Mit den Mitteln allein ist es selbstverständlich auch nicht getan. Die Wohlfahrtspflege ist letzthin Dienst am Einzelmenschen, um dadurch die gesamte Menschheit weiterzuentwickeln. In erster Linie sind natürlich die Frauen berufen, da Bannerträgerinnen und Pioniere zu sein. Wir haben ja einen Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt geschaffen, und wenn heute vormittag über den organisatorischen Zusammenschluß und die Betätigung der sozialdemokratischen Frauen gesprochen worden ist, so sage ich: Gut, aber gebt diesen in der Partei organisierten Frauen nun auch sofort ein praktisches Betätigungsfeld. Das werden wir tun, wenn wir überall unsere Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt kräftig ausbauen. Allerdings muß betont werden, jedes Experimentieren auf eigene Faust hat unter allen Umständen zu unterbleiben. Es ist einfach skandalös, daß trotz der klar ausgegebenen Parole des Hauptausschusses Ortsvereine verschwommene Wohlfahrtsvereine mit Unabhängigen und Kommunisten zusammen gründen. Gewiß hört auch für mich nicht bei den Kommunisten die Wohlfahrtspflege auf. Aber was wir organisatorisch zu schaffen haben, schaffen wir allein. (Sehr richtig!) Denn wir wollen auf diesem Gebiet für uns Träger von sittlichen Ideen sein, die die allgemeine sozialistische Idee weiter zu tragen und zu fördern geeignet sind. Darum müssen wir diese Dinge parteipolitisch aufziehen. Darum haben die Genossinnen herauszugehen und die Arbeiterinnen heranzuziehen zu unseren Organisationen und Ortsausschüssen, damit von uns eine karitative Tätigkeit ausgeht. Die Arbeiterschaft wird es Ihnen danken. Wenn die Arbeiterschaft die bürgerliche Liebestätigkeit an sich hat arbeiten lassen, bin ich überzeugt, daß sie ungleich lieber unsere Tätigkeit an sich wird arbeiten lassen, die, geleitet von unseren Frauen, getragen ist von unserem Geiste. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Schilling** erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Wir begrüßen heute 109 Delegierte auf unserer Frauenkonferenz, und zwar geschickt aus 30 Bezirken, aus:

	Delegierte	Frauen	Männer
Ostpreußen	3	3	—
Pommern	2	2	—
Brandenburg	2	2	—
Großberlin	6	6	—
Görlitz	2	2	—
	15	15	—

	Delegierte	Frauen	Männer
Uebertrag	15	15	—
Breslau	8	4	4
Oberschlesien	2	2	—
Halle	1	1	—
Magdeburg	3	1	2
Schleswig-Holstein	5	5	—
Hamburg	7	5	2
Hannover	4	4	—
Gr. Thüringen	2	1	1
Leipzig	1	1	—
Chemnitz	5	3	2
Dresden	2	2	—
Kassel	3	3	—
Frankfurt	1	1	—
Westfalen	6	5	1
Oldenburg	1	1	—
Hessen	6	5	1
Pfalz	3	2	1
Niederrhein	3	3	—
Oberrhein	3	3	—
Würzburg	2	2	—
Franken	6	3	3
Oberbayern	2	2	—
Südbayern	2	2	—
Lübeck	2	2	—
Baden	1	1	—
	96	79	17
Parteivorstand	3	2	1
Hauptwohlfahrtsausschuß	2	1	1
Parteiausschuß	2	2	—
Kontrollkommission	1	1	—
Gleichheitsvertretung	1	1	—
M. d. R.	3	3	—
L. V. Pr.	1	1	—
	109	90	19

Bezirke: 30.

Die Mandatsprüfungskommission bittet, die Mandate sämtlich für richtig zu erklären. (Zustimmung.)

Die Konferenz tritt darauf in die Diskussion ein.

Vorsitzende **Nyneck**: Es liegen bereits 31 Wortmeldungen vor. (Bewegung.) Drei Referate haben uns in so ausführlicher Weise die Aufgaben vor Augen geführt, die wir uns in der nächsten Zeit zu stellen haben. Da ist es wohl angebracht, daß die Vertreter und Vertreterinnen der einzelnen Bezirke soweit irgend möglich zum Wort kommen. Das ist nur möglich, wenn der einzelne Redner und die Rednerin sich recht beschränkt. Nicht jeder muß seine zehn Minuten voll ausnutzen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

May-Dessau: Wir sind nicht nur hierhergekommen, um drei Referate entgegenzunehmen; ich wünsche, daß morgen vormittag weitergetagt wird.

Vorsitzende **Ryneck**: Wir haben den Wunsch, daß recht viele zu Worte kommen. Darum habe ich gebeten, sich recht kurz zu fassen. Wenn wir die Redezeit nicht beschränken, werden nur wenige sprechen können.

Franz-Chemnitz: Ich kann nicht einsehen, daß die Diskussion ausnahmslos beschränkt werden muß. Man kann nicht das ganze Material der Referate in zehn Minuten erledigen. Ich beantrage, daß den Vertretern von Anträgen 20 Minuten gewährt werden.

Vorsitzende **Ryneck**: Uns liegen 23 Anträge vor. (Hört, hört!) Das ist also unmöglich.

Der Antrag Franz wird abgelehnt, der Antrag Ryneck angenommen.

Frau Dr. **Quarck**-Frankfurt a. Main: Ich gebe meiner Freude Ausdruck, daß wir soviel Männer unter uns sehen. Auf der ersten Frauenkonferenz während des Krieges waren es sehr wenige. Ich freue mich, weil ich annehme, daß diese Anwesenheit auf den Willen der Frauen und Männer daheim zurückzuführen ist. So hat z. B. Frankfurt den männlichen Delegierten zum Parteitag die Verpflichtung auferlegt, den Frauentag zu besuchen. Das bedeutet eine Mehrausgabe von zwei Tagen. Dieses finanzielle Opfer für uns Frauen freut uns, und ich hoffe, daß dies gute Beispiel Nachahmung finden wird.

Genossin Röhl hat nun gezeigt, daß die Frauenorganisation hauptsächlich aus Frauen besteht, deren Männer in der Parteiorganisation stehen, also aus Ehefrauen, und daß es schwer ist, an die arbeitenden Frauen heranzukommen. — Mit Hilfe der Ehemänner gelinge die Gewinnung der Frauen. Ich möchte diesen Kreis erweitert sehen und sagen mit Hilfe des Freundes, des Kameraden, gewinnen wir die arbeitenden jungen Frauen. Die Gewerkschaften werden da allerdings auch ihren Teil beitragen müssen und es muß ein Zusammenarbeiten mit ihnen herbeigeführt werden. Erst wenn die jungen Männer der Gewerkschaften die Ueberzeugung von der Wichtigkeit der politischen Organisation älterer Arbeitskameradinnen gewonnen haben werden, werden auch diese ein Verständnis dafür gewinnen. Hier gilt es einzusetzen.

Genossin Röhl hat mir aus dem Herzen gesprochen, als sie die Verbindung unter den Zentral- und Lokalorganisationen stärken wollte. Wir müssen aber nicht nur von der Provinz her die Spitzenorganisationen informieren, sondern auch umgekehrt. Im Reichstag sind etliche Ausführungsgesetze zur Verfassung gemacht worden, die geeignet gewesen wären, diese Verbindung herzustellen. So ist z. B. die Einteilung der Wahlkreise revidiert worden. Es sind kleinere Wahlkreise geschaffen worden. Ich nehme an, daß sich unsere Frauen in Berlin bewußt gewesen sind, daß das einen außerordentlichen Einfluß auf die Wahl von Frauen haben wird. Wenn wir jetzt kleine Wahlkreise haben, wird es schwer sein, unter den wenigen Mandaten eines einer Frau vorzubehalten. Hier hätte von der Spitze aus nach der Provinz Weisung ergehen müssen, wie wir die Sache zu behandeln haben und in welcher Weise wir Aufklärung verbreiten und Unterstützung unseren Vertreterinnen in den Zentralgewerkschaften hätten leisten können. Auch bei der Herausnahme der §§ 218, 219 des Strafgesetzbuches aus der gesamten Materie hätte man zunächst die Genossinnen in der Provinz aufmerksam machen müssen. Die bürgerliche Frauenbewegung, die uns heute in ihrer Wirksamkeit geschildert wurde, hat einen großen Fehler gemacht, sie war in ihren Arbeiten selten aktuell. Wollen wir diese Fehler aber vermeiden, so müssen wir von der Spitze, also von Berlin aus, orientiert werden.

Die Rednerin beantragt zur Geschäftsordnung, daß das Referat des Genossen Caspari erst am Sonntag diskutiert wird.

Vorsitzende **Ryneck**: Wir können nicht nach der ersten Diskussionsrednerin unseren Beschluß nach der Mittagspause wieder umwerfen.

Der Antrag Quarck wird abgelehnt.

May-Dessau: Die Frauen haben nun seit einem Jahre das Wahlrecht; was haben sie nun erreicht? Gewiß, die Frauen sind in die Versammlungen und in die Armen- und Wohlfahrtspflege gekommen; in der Gemeindeverwaltung haben sie sich weniger bewährt. Es fehlt eben den Frauen an der nötigen Vorbildung. (Zurufe: Den Männern auch!) Nun habe ich erfahren, daß die Parteileitungen es nicht gern sehen, wenn die Frauen mit Wünschen nach Fortbildung an sie herantreten. Deshalb haben wir bei uns kleine Zusammenkünfte veranstaltet zur Weiterbildung. Aber diese Zusammenkünfte zur kommunalpolitischen Ausbildung sind sehr schlecht besucht. (Sehr richtig!) Ich habe daraufhin einen schriftlichen Unterricht eingeführt, aber das bringt uns nicht ans Ziel. Durch Rednerkurse und ähnliches müssen wir auch eine Vorratskammer an tüchtigen Frauen schaffen.

Wenn Genossin Röhl erwähnte, es wäre notwendig, die soziale Bewegung zu stärken, und wenn sie auf der anderen Seite die Anstellung von Sekretärinnen verlangte, so scheint mir das erstere das Wichtigste zu sein; denn wenn nicht eine Vertiefung des sozialen Lebens herbeigeführt wird, dann nützt dieses Mittel auch nichts. Die proletarische Frau muß letzten Endes sozialistisch werden.

Schradin-Reutlingen: Genossin Quarck hat vorhin gesagt, daß unsere Versammlungen ganz allmählich mit Männern durchsetzt werden. Es ist erfreulich, daß die Männer unserer Arbeit mehr Aufmerksamkeit schenken als bisher. In der Wahlbewegung haben wir die Freude gehabt, die Frauen in den Wahlversammlungen zu sehen. Es war das Interesse, die politischen Parteien kennen zu lernen. Da ist es die Aufgabe der Agitatorinnen, die Frau zu fassen. Ich habe die Wahrnehmung gemacht, daß die Frauen nur da zu fassen sind, wo die Gefühle sich konzentrieren, bei ihrer Mütterlichkeit. Von da aus finden sie das Gefühl der Verantwortlichkeit, nun mitzuarbeiten, namentlich soweit es sich um die Schule und ihre Kinder handelt. Ich erinnere an das Jugendfürsorgegesetz. Als wir über das Jugendfürsorgegesetz in unseren Versammlungen sprachen, da hatten wir das Interesse der Frauen. An den Männern liegt es nicht, wenn die Frauen nicht organisiert sind. Die Schuld liegt bei der Frau und zum großen Teil auch bei uns als Agitatorinnen, weil wir es nicht verstanden haben, das Seelenleben der Frau so zu erfassen, daß wir sie zwangen, uns zu folgen. Man darf nicht von der Versammlung weggehen, wenn man einen brausenden Beifall hat. Dann hat die Agitatorin einzusetzen, um die Frauen in Rede und Gegenrede zu verantwortungsvollen Müttern zu machen. Von da aus kann die Frau dann zu den großen öffentlichen Aufgaben geführt werden. Wenn wir hinausgehen zur Agitation, müssen wir uns erst die Versammlungen ansehen, wie sie zusammengesetzt sind. Es ist unrichtig, mit fertigen Referaten in die Versammlungen hineinzugehen. Man muß sich das Vertrauen der Frauen erwerben und sie nach ihrer psychologischen Einstellung behandeln. Wir in Württemberg haben schon vor der Revolution in diesem Sinne gearbeitet. Das Jugendfürsorgegesetz ist in Württemberg geschaffen. Wir haben hart um dieses Gesetz gekämpft. Von einer Wohlfahrtspflege konnte vor der Revolution keine Rede sein. Nach der Revolution, als wir im Gemeinderat saßen, haben wir danach getrachtet, die Wohlfahrtspflege dahin auszudehnen, daß an der körperlichen und geistigen Ertüchtigung des Kindes gearbeitet wird. Durch das Jugendfürsorgegesetz haben wir diese Voraussetzungen geschaffen. Mindestens drei Frauen müssen in den Jugendämtern vertreten sein. Wir

haben die Möglichkeit, mit Hilfe der Gewerkschaften die Sache so auszugestalten, daß die Jugendfürsorge in die Hände der Partei gelegt werden kann. Das ist nur möglich, wenn Interesse vorhanden ist, und dieses Interesse muß erweckt werden.

Dr. Caspari hat von dem Friedensvertrag von Versailles gesprochen mit seinen Folgen für unsere Kinder. Wir haben den Hebel hier anzusetzen, indem wir sagen: wer Leben erweckt, hat die Pflicht, das Leben zu erhalten; und wenn der Staat uns zwingt, Leben zu erwecken, ist es seine Pflicht, auch dieses Leben zu erhalten. Wir müssen alle Frauen an ihrem Mutterinstinkt packen, eine Regelung der Geburtenzahl durchführen, damit uns zielklare Kämpferinnen und mutige Menschen erstehen können. (Bravo!)

Leber-Jena: In dem Referat der Genossin Röhl und von anderen ist von den Bezirksleitern und Bezirkssekretariaten die Rede gewesen. Man kann manches von dem, was gesagt worden ist, unterschreiben. Vor allem ist sehr unangenehm empfunden worden, daß der Vorstandsbericht uns klarlegte, daß in 16 Bezirken eine Abnahme der weiblichen Mitglieder von 16 756 zu verzeichnen ist. In meinem Bezirk haben wir eine Zunahme der weiblichen Mitglieder gehabt. Wir haben uns im Bezirksvorstand mehr wie einmal mit der Frage beschäftigt, woran es liegt, daß die Frauen nicht prozentual so zugenommen haben wie die Männer. Die Frauenbewegung krankt bei uns zum Teil daran, daß wir nicht genügend weibliche Agitatoren haben. Früher, vor der Parteispaltung, hatten wir wenigstens einige Redner. Wir sind heute wieder auf dem besten Wege, Kräfte zu bekommen, und dann ist vielleicht ein Fortschritt zu verzeichnen.

Die Genossin Röhl hat gesagt, der Verkehr zwischen Parteivorstand und den Bezirkssekretariaten ist nicht so, daß die Frauenbewegung dabei profitieren könnte. Aber wie liegen die Dinge? Der Parteivorstand kommt zuerst mit allerlei Mitteilungen und Rundschreiben an die Bezirkssekretäre heran, dann der Jugendhauptvorstand, der von den Bezirkssekretären Rücksicht auf die Jugendbewegung verlangt. Dann kommt die Bildungszentrale, dann die Beamtenzentrale, und neuerdings hat die Genossin Juchacz mit den Fürsorgebestrebungen auch alles mögliche getan, wozu die Bezirkssekretäre Stellung nehmen sollen. Wenn man das alles in Betracht zieht, was die Bezirkssekretäre erledigen sollen, müßten viel mehr Kräfte in Frage kommen. Es gibt keinen anderen Ausweg, als daß die Sekretariate mit weiblichen Sekretären besetzt werden, die dann die Fragen der Frauenbewegung, der Wohlfahrtspflege usw. so bearbeiten, wie sie im Nebenamt nicht bearbeitet werden können. Wir haben in unserem Bezirksvorstand eine Intellektuelle gebeten, sich der Frauenfragen, der Wohlfahrtspflege usw. anzunehmen; aber sie wird auch nicht alle Wünsche befriedigen können. Es scheitert zunächst an der Geldfrage, besoldete Kräfte einzustellen.

Dann ist davon gesprochen worden, daß die Parteigenossinnen in den Gemeindeparlamenten ihren Aufgaben noch nicht überall gewachsen sind. Dasselbe trifft auch zum Teil für die Männer zu. Die Schuld tragen zum Teil auch die Männer selbst. Es gibt ja Bezirke, wo die Genossen noch nicht einmal so entgegenkommend waren, daß sie den Genossinnen ein Mandat zu dem Parteitag zugebilligt haben. Wir müssen dafür sorgen, daß hier eine Aenderung eintritt. Wenn die sozialdemokratische Frauenbewegung Führerin der Frauenbewegung überhaupt sein soll, dann müssen Frauen und Männer gemeinsam arbeiten und jede Plänkelei beiseite lassen.

Anforge: Wir haben uns schon in früheren Jahren mit denselben Forderungen beschäftigt, wie wir sie heute behandeln. Wir haben aber bei unseren

Berichten in der Heimat bei unseren Genossen heftigen Widerstand gefunden. Als ich in meinem Bezirk die Forderung der Wohlfahrtspflege vertrat, wurde mir gesagt: Die Genossen in den Parlamenten werden die Arbeit schon ausführen.

Was die besondere Frauenagitation betrifft, so haben wir leider die Erfahrung machen müssen, daß man in bezug auf Frauenagitation nicht dieselben Mittel anwendet, als wenn man Männerversammlungen abhält. Es scheitert immer an der Kostenfrage. Für die Männerversammlungen läßt man große Plakate drucken, für die Frauenversammlungen müssen einige Zeilen in der Zeitung genügen.

Wenn Genossinnen irgendwie eine Agitationstour unternehmen, so wissen sie, daß diese Agitation Riesengeldmittel erfordert, und wenn dann plötzlich derartige Touren abgesagt werden, dann ist das eine Enttäuschung, die nicht nur momentan wirkt, sondern oftmals nicht wieder gut gemacht werden kann. Wir haben in Ostpreußen die Erfahrungen gemacht, daß auch die Bezirksleitung einen großen Teil der Schuld trägt. Es wurde uns oftmals gesagt: Wir haben schon vier-, fünfmal Versammlungen angesetzt, aber jedesmal kommen keine Referenten, daher wollen wir jetzt von besonderer Reklame absehen. Die Frauenbewegung darf auch nicht davon abhängen, daß die eine oder andere Genossin glaubt, zurückgesetzt zu sein und dann die Arbeit niederlegt. Wir sind nicht um unserer selbst willen, sondern der Partei willen da, und wir haben unsere persönlichen Wünsche zurückzustellen. (Zustimmung.)

Der Bewegungsfreiheit der Frau werden außerordentliche Hindernisse in den Weg gelegt, auch bezüglich der Anstellung von Parteisekretärinnen. Sekretärinnen müssen aber eingestellt werden.

Während der Wahlen haben wir gesehen, daß die Unabhängigen alle ihre Kandidatinnen an die Spitze der Liste gestellt hatten. Man hat uns immer in den Versammlungen entgegengehalten: Seht, ihr Mehrheitssozialdemokraten, das ist die Gleichberechtigung der Frau, eure weiblichen Kandidaten stehen nur als Dekorationsmittel auf der Liste.

Was die bürgerliche Frauenbewegung anbelangt, so haben wir viel zu verächtlich über sie geurteilt. Dieser Wahn hat uns zu einem guten Teil geschadet. Wir zerbrechen uns nun den Kopf, wie wir diese Scharte auswetzen sollen. Unsere Genossen sagen uns immer: Ja, Genossinnen, wollt ihr denn Zukunftsmusik? Weiter nichts! Wir müssen versuchen, der Zeit vorauszueilen und unsere Vorkehrungen zu treffen, damit wir nicht unvorbereitet sind. Ich wünschte, alle Genossen gingen hinaus, um möglichst viel Zukunftsmusik zu treiben. Dann werden Sie jederzeit Ihre Agitation danach einrichten können zum Nutzen der Partei und der Frauenbewegung.

Elias-Dortmund: Worauf ich hinweisen muß, ist die Tatsache, die die Genossin Röhl in so wundervoll einfacher Weise heute morgen zu Gemüte geführt hat, die Tatsache, daß wir Bewegungsfreiheit haben müssen, wenn wir etwas leisten sollen. Einige der bestehenden Hemmungen wurden angeführt: Kleinstirnigkeit der Männer, die in so krassem Gegensatz steht zu der Theorie von dem kleinen Gehirn der Frau, die angeblich einer der Gründe für unsere Verklavung war. Gewiß haben die Frauen ein kleineres Gehirn als ein Teil der Männer, aber für die Arbeitsleistung ist nicht die Quantität, sondern die Qualität maßgebend.

Hemmend tritt uns wieder auch der Egoismus der Männer in den Weg, der um so gefährlicher ist, weil er im Unterbewußtsein der Männer wurzelt. Die Sozialdemokratische Partei hat von Anfang an die Gleichberechtigung der Frau auf ihre Fahne geschrieben. Aber trotzdem bleibt bei einer großen Zahl

unserer Genossen ein kleiner Vorbehalt. Sie denken: „Selbstverständlich ist die Frau ein vollwertiger Mensch wie jeder andere; nur meine Frau, die soll da nicht mitmachen." Das ist der Grund, warum so viele Frauen unserer Genossen noch nicht einmal organisiert sind.

Aber die Hemmung der Bewegungsfreiheit geht auch von den Frauen aus. Wie lange wird denn auf diesem Gebiet gearbeitet? Vieles ist schon geleistet worden, aber noch lange nicht genug. Unsere Frauen widersetzen sich zum Teil noch ihrer Mobilmachung. Die Sekretärinnen haben da eine ungeheuer schwierige Arbeit zu leisten. Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir die Gleichberechtigung haben. Aber erst dann, wenn die Männer und wir selbst davon überzeugt sind, daß wir vollwertige Menschen sind, werden wir zum Ziele kommen. Fort mit der Nörgelei gegen unsere Arbeit; wir müssen auch geistige Bewegungsfreiheit haben. Wenn wir Zeitschriften herausgeben und neue Bildungswege einschlagen, dann darf nicht immer gesagt werden: Das verstößt gegen den und jenen Paragraphen. Die Sozialdemokratie ist doch ein lebendiger Organismus, der imstande sein muß, Krankes auszuscheiden, Neues und Gutes aufzunehmen. Hier gilt es, Raum zu schaffen.

Wir müssen das Volk erfüllen mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit alles Guten und Schönen. Wir müssen aber erst den Sinn dafür wecken. Die Frauenwelt in ihrer Mehrheit krankt an einer Vorliebe für seichte, nichtssagende, alberne Makulaturliteratur; sie krankt an der Vorliebe für Courths-Mahler-Romane. Ich mache den Vorschlag, daß wir beschließen: Es sollen vorzügliche Romane geschaffen werden, die diesem Unterhaltungsbedürfnis entgegenkommen; das, was die Frauen noch nicht fähig sind, mit Verstand aufzufassen, soll ihnen in einwandfreier Weise in diesem Gewande geboten werden.

Minna Schröder: Ich hätte gewünscht, daß das Referat von Caspari auf dem Parteitag gehalten worden wäre, weil es genau so gut für die Männer gilt, wie für uns, namentlich, was die Frage der Wohlfahrtspflege betrifft. Eine Frauenkonferenz soll uns doch vor allen Dingen die Aussprache darüber bringen, wie in den einzelnen Orten gearbeitet wird. Wir sehen als Genossinnen in Hamburg, daß wir niemals auf einen anderen Weg kommen können, wenn wir als Sonderorganisation neben unserer Hauptorganisation stehen. So sind die Hamburger Richtlinien auch nicht gemeint. Wir können nur dann etwas schaffen, wenn wir, Männer und Frauen, gemeinsam für den Sozialismus kämpfen. Wir haben zu wenig Kräfte, die sich unserer Arbeit widmen. Selbst wenn wir schon einen weiblichen Redakteur in Hamburg haben, so kann doch diese Genossin nicht das leisten, was sie leisten müßte. In jeder Parteizeitung muß das zusammengetragen werden, was sich auf die Frauenbewegung bezieht. Dazu brauchen wir auch Sekretärinnen. Trotz der finanziellen Schwierigkeiten wollen wir Arbeit für die Gesamtpartei leisten, und wir wollen darum fordern, daß Frauen, die wirklich Zeit und Verständnis haben für die Fragen, um die es sich handelt, als Parteisekretärinnen eingestellt werden.

Wir müssen weiter fordern, daß unsere Hausfrauenarbeit von unseren Genossen anerkannt wird. Unsere Hausfrauentätigkeit ist ein Beruf, die Ehe nicht eine Versorgungseinrichtung. Wir haben einen großen Teil Schuld daran, daß wir uns immer wieder zurückdrängen lassen von den Genossen. Wir müssen festhalten an der Ueberzeugung, daß die Frauen notwendig sind für die allgemeine Arbeit.

Zu dem Antrag München, der die Internationale betrifft, möchte ich folgendes sagen: Wir haben die internationale Tagung in Genf gehabt, sie ist ein Rumpfparlament gewesen. Wir müssen aber die Forderung erheben, daß Annäherungen versucht werden. Wenn wir gemeinsam mit den Männern

für die Abänderung des Versailler Friedens wirken wollen, können wir es nur auf dem Wege der Internationale.

Ich will gewiß nicht nörgeln. Aber das eine müssen wir hochhalten: Wenn wir überzeugte Sozialdemokraten sind, wollen wir so sprechen, wie uns ums Herz ist. Daher müssen wir fordern, daß wir uns neben die Männer stellen können. Die Organisation, wie sie in den Hamburger Richtlinien zum Ausdruck kommt, führt uns zum Ziel. Wir wollen die Bildung, die uns bisher vorenthalten ist, nachholen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus sind unsere Richtlinien zu verstehen. Wir müssen zusammen mit den Männern für unsere Ideale kämpfen. So kommen wir zum Sozialismus! (Bravo!)

Luise Kähler: Aus dem Vortrag der Genossin Röhl klang heraus, als ob die Abgeordneten der preußischen Landesversammlung nicht genügend mit den Reichstagsabgeordneten zusammengearbeitet hätten. Es wurde das Hebammengesetz erwähnt. Gerade in diesem Punkte haben es sich die preußischen Abgeordneten zur Aufgabe gestellt, da, wo das Reich versagt, voranzugehen. Ich möchte auch an die Abgeordneten im Reichstag die Frage richten, warum die Frauen bei den Kaufmannsgerichten nicht das aktive und passive Wahlrecht bekommen haben. Ich bitte die Abgeordneten, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die Frauen dieses Wahlrecht bekommen, ebenso dafür, daß die Hausangestellten die Verkürzung der Arbeitszeit erhalten. Bei der letzten Wahl hat es uns ungeheuer geschadet, daß die Hausangestellten über alle diese Dinge nicht so aufgeklärt waren, wie es notwendig gewesen wäre. Wir wollen weiter dafür eintreten, daß die Hausangestellten unter das Ortskrankenkassengesetz kommen. Heute sind sie noch unter dem Landkrankenkassengesetz.

Da augenblicklich das Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge vorliegt, möchte ich weiter betonen, daß auch da wieder die Hausangestellten vergessen worden sind. Ich bin immer dafür gewesen, daß die Tätigkeit der Hausangestellten als ein wirklicher Beruf aufgefaßt wird. Aber so lange den Hausangestellten nicht reichsgesetzlich so entgegengekommen wird wie allen gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen, solange können wir nicht dafür eintreten, daß die übrigen Arbeiterinnen der Hauswirtschaft zugeführt werden. Daher möchte ich Sie bitten, meinen Antrag zu unterstützen. Wenn die Sache wirklich so geregelt ist, wie es in dem Antrag vorgesehen ist, dann wird es keine Erwerbslosen mehr geben.

Was das uneheliche Kind anbetrifft, so können wir uns dem anschließen, was Genossin Pfülf gesagt hat. In der preußischen Landesversammlung ist kürzlich von einer unserer Genossinnen ein Antrag begründet worden, der sich auf das Zölibat der Lehrerinnen bezog. Bei der Debatte über diese Frage war es eine Zentrumsfrau, die für Beibehaltung des Zölibats der Lehrerinnen sprach. Man muß sich wundern, daß Frauen, die durch das allgemeine Wahlrecht in das Parlament hineingekommen sind, derartig vorschrobene Ansichten zum Ausdruck bringen.

Weiter ist gesagt worden, daß wir für alle weiblichen Arbeiter die gleichen Löhne fordern müssen wie für die männlichen. Dann müssen wir aber auch mit allem Nachdruck betonen, daß die gleiche Arbeit dafür geleistet werden muß. (Sehr richtig!) Wenn wir als Gewerkschaftlerinnen eine derartige Forderung erheben, muß auch tatsächlich die gleiche Arbeit geleistet werden. Bei den Tarifverhandlungen wird uns ja auch oft genug gesagt: Die Frau kann nicht so ausdauernd arbeiten wie der Mann. Auch viele Genossen sind heute noch nicht davon überzeugt, daß wir als Frauen gleiche Arbeit leisten können.

Wenn weiter über die Jugendpflege gesprochen wurde, so hätte ich den dringenden Wunsch, daß unsere Jugend so gepflegt werden könnte, wie das

Militär früher gepflegt worden ist. Damit könnten wir alle zufrieden sein. Weiter möchte ich wünschen, daß überall da, wo leere Kasernen bestehen, Jugendämter eingerichtet werden möchten. Damit wäre auch Platz für Kinderheime u. dgl. geschaffen.

Ein Wort zur Schundliteratur. Wir haben in Berlin einen bedeutenden Vorkämpfer gegen die Schundliteratur gehabt, unseren Genossen Sassenbach. Wenn Hunger nicht weh tun würde und wenn man schon immer dafür plädiert hätte, daß die Arbeiter keine Schundliteratur drucken sollen, so glaube ich, hätten wir unsere Genossen schon längst für diese Frage erwärmt. Aber wo soll man anfangen? Wir haben gehört, daß auch die Courths-Mahler schon zur Schundliteratur gerechnet wird. Wenn man so vorgeht, würde ungeheuer viel vom Büchermarkt allein verschwinden. Ich weiß nicht, ob der gegenwärtige Moment dafür geeignet ist.

Frau **Bohm-Schuch**: Zu den ganz vorzüglichen Ausführungen des Genossen Caspari ist sachlich meiner Meinung nach überhaupt nichts hinzuzufügen. Ich möchte aber anregen, und ein dahingehender Antrag ist von uns Berlinern heute an Stelle des Ihnen vorliegenden Antrages 6 schon gestellt worden, daß, solange ein umfassendes Reichsjugendwohlfahrtsgesetz nicht vorliegt, eine Reform des bestehenden Kinderschutzgesetzes als eine der dringlichsten Aufgaben betrachtet wird. Gerade die Ausführungen des Genossen Caspari haben die Dringlichkeit der Reform von neuem gezeigt.

Dann möchte ich der Genossin Kähler sagen, daß ebenfalls von Berlin ein Antrag über die weitere Regelung der Hausangestelltenfrage vorliegt, außerdem ein Antrag, der die Fraktion bittet, dahin vorstellig zu werden, daß für die noch nicht stattgefundenen Kaufmanns- und Gewerbegerichtswahlen noch eine Verordnung herauskommt, die den Frauen das verfassungsmäßig gewährleistete staatsbürgerliche Wahlrecht nun auch bei den Berufsgerichten gibt. Es schlägt ja einfach der verfassungsmäßig garantierten Gleichberechtigung ins Gesicht, wenn die Frauen gerade zu den Berufsgerichten nicht das aktive und passive Wahlrecht haben sollten. Seit dem Bestehen der Kaufmannsgerichte hat sich immer wieder erwiesen, wie notwendig es ist, daß Frauen als Beisitzerinnen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten tätig sind.

Dann möchte ich gegenüber der Frau Dr. Quarck einige Irrtümer richtigstellen. Es ist gesagt worden, es müßte, bevor solche Dinge, wie sie z. B. durch den Antrag zu den §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches vorgeschlagen werden, zunächst von der Reichstagsfraktion aus mit den Genossinnen im Lande Fühlung genommen werden. Das ist, wie bei jeder Frage, bei der es sich um eine Gesetzesänderung handelt, geschehen, und zwar durch die „Gleichheit". Es ist die Pflicht der führenden Genossinnen im Lande, die „Gleichheit" so zu lesen, wie sie gelesen werden muß, wenn die Genossinnen informiert sein sollen. Ebenso liegt die Sache mit der Wahlkreiseinteilung. Auch da hat die Gleichheit sofort, als der Plan auftauchte, ausführlich und eingehend Stellung dazu genommen.

In diesem Zusammenhange noch ein Wort über die „Gleichheit". Von Berlin liegt ein Antrag vor, wieder das Obligatorium für die „Gleichheit" einzuführen. Aehnliche Anträge liegen ja auch aus anderen Bezirken vor. Man beantragt, daß entweder der Mitgliedsbeitrag für die Frauen so erhöht wird, daß es möglich ist, die „Gleichheit" obligatorisch zu liefern, oder daß die „Gleichheit" als wöchentliche Beilage den Parteizeitungen beigelegt wird. Beide Pläne werden einfach nicht zu verwirklichen sein. Allerdings müssen wir einen Ausweg suchen, um den jetzt bestehenden Zustand abzuändern. Es

nützt uns nichts, wenn wir Frauen für unsere Partei in Riesenversammlungen gewinnen, dann aber nicht die Möglichkeit haben, sie auch zur Erkenntnis des Sozialismus zu führen. (Zustimmung.) Das ist nur möglich durch eine systematische Erziehungsarbeit, die sich nur in kleinen Zusammenkünften leisten läßt und deren Grundlage das geschriebene Wort bilden muß. Wenn alle Genossinnen die „Gleichheit" lesen würden, so wäre ja weiter nichts notwendig. Aber nur 13 000—14 000 lesen unser Zentralorgan. Alles Reden über unsere Gleichberechtigung ist ein Unsinn, wenn wir nicht dafür sorgen, daß tatsächlich das Bewußtsein der Gleichberechtigung die Frauen durchdringt. Dazu ist es notwendig, daß wir für unser Blatt werben und irgendeine Möglichkeit der Verbreitung suchen.

Von der Genossin Röhl ist vorgeschlagen worden, der „Gleichheit" eine besondere Beilage für das kommunalpolitische Gebiet beizufügen. Ich kann mich für diesen Vorschlag nicht erwärmen; er würde eine neue finanzielle Belastung der „Gleichheit" bedeuten. Ein Hauptargument gegen den Bezug unserer Zeitung ist aber immer der Preis. Die „Gleichheit" enthält ja auch bereits sehr viele Artikel über Kommunalpolitik, Wohlfahrtspflege, Sozialpolitik usw., wenn diese Artikel auch vielleicht nicht immer für die in den Kommunen tätigen Frauen genügen. Da möchte ich aber an Sie alle, die Sie in den Kommunalverwaltungen tätig sind, das dringende Ersuchen richten: schicken Sie mir doch Artikel aus Ihrer eigenen Tätigkeit, sorgen Sie dafür, daß wir praktisch das kommunalpolitische Gebiet anders ausgestalten können. Die gegenseitigen praktischen Erfahrungen müssen ausgetauscht werden. Auf kommunalpolitischem Gebiet ist es so, daß die Theorie nur ein Teil dessen ist, was wir gebrauchen. (Beifall.)

Blase-Mannheim: Von der Genossin Röhl haben wir gehört, daß es gut ist, wenn unsere Genossinnen sich allüberall betätigen, ganz besonders aber in allen Körperschaften vertreten sind und Mitarbeiterinnen für unsere Sache zu werben. Ich kann diesen Wunsch nur unterstützen. Manchmal scheuen sich die Genossinnen, beim Vorstande notwendige Anforderungen zu stellen. Wir dürfen nicht zurückhaltend sein, sondern müssen die Forderungen, die wir für nötig halten, in den einzelnen Vertretungen zum Ausdruck bringen.

Genossin Röhl hat gesagt, wir sollten mit den Genossinnen in den Parlamenten mehr als bisher zusammenarbeiten, das heißt, die Genossinnen in den Parlamenten sollten Berichte über ihre Tätigkeit einschicken. Dem stimme ich vollständig zu; aber ich muß bemerken, daß ein großer Teil der Genossinnen zwar oftmals den Willen hat, in diesem Sinne zu arbeiten, daß ihnen aber vielfach die notwendige Zeit dazu fehlt. (Zustimmung.)

Genossin Röhl hat auch davon gesprochen, daß die Rundschreiben des Parteivorstandes nicht immer in die richtigen Hände gelangen. Da möchte ich den Vorschlag machen, daß die Genossinnen Juchacz und Ryneck stets und ständig mit Adressen von den Genossinnen versehen werden, die in den einzelnen Landesteilen in den Vorständen sitzen, und diese beiden Genossinnen sollten dann das notwendige Material den Genossinnen im Lande direkt zuschicken. (Sehr richtig!)

Bezüglich der „Gleichheit" stehen wir alle auf dem Standpunkt, daß sie eine andere Ausgestaltung erfahren muß. Die Abonnentenzahl hat in Mannheim nicht zu-, sondern abgenommen. Die Genossinnen sagen, es fehle ihnen die notwendige Zeit, sie kämen nicht einmal dazu, die Tageszeitungen genau zu lesen. Außerdem wird von Mannheim der Wunsch geäußert, ob es nicht möglich wäre, der „Gleichheit" eine illustrierte Zeitung beizulegen, eine Modezeitung mit Schnittmustern usw. Damit könnten wir noch viele Abonnenten gewinnen.

Was die Wohlfahrtspflege betrifft, so haben wir im Badischen Landtag schon im Jahre 1909 dahin gearbeitet, daß in den einzelnen städtischen Kommissionen Frauen mit teilnehmen. Dort haben unsere Genossinnen ihre ganze Kraft bei der Mitarbeit in den Kommissionen zur Verfügung gestellt. In der Wohlfahrtspflege haben wir in Baden schon sehr Treffliches geleistet. Erst vor wenigen Tagen haben wir zwanzig Genossinnen beauftragt, in der Armenpflege kräftig mitzuwirken. An der Spitze der ganzen Sache steht ein Parteigenosse, ein ehemaliger Arbeitersekretär, der in der Lage ist, die Genossinnen zu allen Arbeiten mit heranzuziehen.

Das Referat der Genossin Pfülf war uns aus dem Herzen gesprochen, namentlich als sie davon sprach, daß die unehelichen Kinder mit den ehelichen gleichgestellt werden müssen. Hier ist noch vieles zu tun, namentlich von den Genossinnen in den Parlamenten.

Zum Schluß möchte ich darauf hinweisen, daß wir in Baden in diesem Winter in unseren sieben Bezirken Frauenkonferenzen einberufen und dort jede einzelne Genossin zur Mitarbeit auffordern werden. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, das, was wir heute gehört haben, nun auch in die Tat umzusetzen.

Die Vors. **Rynek** gibt bekannt, daß Frau Adele Schreiber in einem Telegramm aus Rotterdam der Frauenkonferenz den besten Erfolg wünscht.

Es wird beschlossen, Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 9 Uhr, mit der Beratung fortzufahren.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr.)

Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzende **Juchacz** eröffnet den zweiten Verhandlungstag Sonntag, 9 Uhr 25 Minuten.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Frau **Sachse**-Altenburg: Ich bedauere es sehr, daß unser Bezirk keiner Genossin ein Mandat für den Parteitag gegeben hat. Genossin Schröder betonte gestern, sie hätte lieber auf dem Parteitag das Referat des Genossen Caspari gehört. Wir, die wir nicht am Parteitag teilnehmen können, sind aber erfreut, das Referat hier gehört zu haben. Wir müssen doch diese Anregungen auch unseren Genossinnen draußen übermitteln können. In Groß-Thüringen sind wir mit dem Fortschreiten unserer Bewegung sehr zufrieden. Trotzdem müssen natürlich die Beziehungen unter den Genossinnen noch mehr gepflegt werden, das ist auch unser Verlangen. Leider fehlt es ja immer an dem nötigen Geld.

Unsere Genossinnen im Lande können nicht verstehen, daß Punkt 5 unseres Erfurter Programms immer noch nicht erfüllt ist. Darüber müssen wir die Genossinnen draußen aufklären.

In das Kindergemüt einzudringen, ist unsere Hauptaufgabe. Dafür unsere Genossinnen zu gewinnen, ist außerordentlich schwer. Gewiß fehlen uns noch die nötigen sozialistischen Kenntnisse, Genosse Max, aber die Genossen selbst haben es ja bis zur Revolution versäumt, uns zu den Arbeiten heranzuziehen. (Zustimmung.) Genossin Wachenheim macht nun in der „Gleichheit" gute Vorschläge für die Frauenbildung. Solche Unterrichtskurse, wie sie sie vorschlägt, müssen wir überall draußen einrichten. (Beifall.)

Frau **Siloff**-Kiel: In nächster Zeit sollen die Beiträge für die Frauen bedeutend erhöht werden. Das müssen wir Schleswig-Holsteiner bekämpfen. Meist geht doch der Beitrag für Mann und Frau aus einer Kasse. (Sehr richtig!) Die Erhöhung würde keinen Vorteil bringen, da uns dann zuviel Mitglieder verlorengehen. Die Bezirke erheben ja außerdem auch noch Zuschläge. Dafür soll die „Gleichheit" nun umsonst geliefert werden. Das bedeutet aber für viele Genossinnen keinen Vorteil, denn sie lesen bis jetzt die „Gleichheit" nicht, bezahlen sie also auch nicht, weil sie kein Interesse daran haben. Wir haben in Kiel besondere Frauenabende eingerichtet, namentlich für die Wohlfahrtspflege. Die bürgerlichen Frauen legten plötzlich ihre Aemter nieder, als auch Arbeiter zur Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege herangezogen werden sollten. Da brauchten wir plötzlich etwa 300 neue Kräfte. Es ist auch so gegangen, und unsere tätigen Genossinnen haben viel Freude an der Arbeit erlebt. In Kiel ist die behördliche wie die private Wohlfahrtspflege zusammengefaßt worden, und jetzt sollen auch noch amtliche Helferinnen angestellt werden, die dann bestimmten Familien zugeteilt werden, so daß nicht mehrere Frauen in ein und dieselbe Familie kommen. Das empfehle ich auch anderwärts.

Ich hätte gewünscht, daß der Antrag über die Abtreibung begründet worden wäre, ehe ich das Wort erhielt, weil mir nicht klar ist, ob die Abtreibung etwa bis zum letzten Augenblick gestattet sein soll. Das halte ich für übertrieben.

Dr. **Knack**-Hamburg: In 10 Minuten kann ich leider nicht einen Antrag von dem Umfange begründen wie den unserigen über das Recht der Frau auf Unterbrechung der Schwangerschaft. Bei der augenblicklichen Geschäftslage denke ich ihn mir übrigens nur als Material für die Diskussion, auch für die Diskussion draußen im Lande. Ich habe es außerordentlich bedauert, daß aus dem Kreise unserer Genossinnen zu dem Antrag unserer Reichstagsfraktion bisher so wenig Stellung genommen worden ist. (Sehr richtig!)

Als Arzt muß ich als unerläßliche Vorbedingung jedweder Gesetzesänderung fordern, daß die Gewähr gegeben ist, daß dieser tiefe ärztliche Eingriff so sicher und zuverlässig ausgeführt wird, wie nur irgend möglich. Wir dürfen darum nicht nur gegen die Kurpfuscher vorgehen, sondern wir müssen auch der genügenden Vorbildung der Aerzte unsere besondere Aufmerksamkeit schenken, da diese keinesfalls ohne weiteres allen Forderungen entspricht. Selbstverständlich müssen wir gegen die gewerblichen Kurpfuscher aufs schärfste vorgehen. Unsägliches Elend haben sie über die Frauenwelt gebracht. Aber auch eine Frau selbst kann sich durch die Handhabung der unseligen Mutterspritze außerordentlich schaden. Darum müssen wir die Frauen auch in ihrem Recht beschränken, gegen ihren eigenen Körper vorzugehen. Denn alles Frauenunglück ist letzten Endes Staatsunglück. Wir müssen dann aber auch selbstverständlich dafür sorgen, daß auch die breiten Massen der minderbemittelten Frauen von dem Recht der Unterbrechung der Schwangerschaft durch den Arzt wirklich Gebrauch machen können. Das ist nur möglich, wenn wir ihnen die Mittel dazu mit Staatshilfe zur Verfügung stellen. Woher wir diese Mittel nehmen, muß im Reichstag geprüft werden. Dazu wird eine Aenderung der Reichsversicherungsordnung nötig sein, da § 192 derselben die Bestimmung enthält, daß die Satzung der Kasse bei einer durch schuldhafte oder vorsätzliche Handlung des Versicherten bedingten Erkrankung die Krankenhilfe verweigern kann. Die Form der wirtschaftlichen Hilfe können wir hier heute natürlich nicht festlegen. Die Krankenkassen müssen dazu gehört werden, denn sie wissen ja heute vielfach schon nicht, wie sie die nötigen Gelder für ihre Verpflichtungen beschaffen sollen. Die wirtschaftliche Hilfe muß natürlich in dem Geiste geschaffen werden, der durch unsere neuen Reichsgesetze über

die Wöchnerinnenfürsorge gegeben ist, d. h. nicht nur die Versicherten selbst und ihre Angehörigen müssen die Unterstützung empfangen, sondern alle sozial bedürftigen Schwangeren. Jede Frau wird sich klar sein müssen, daß diese Operation eine Gefahr für sie bedeutet. Aber wenn wir durch hinreichende ärztliche und soziale Hilfe alle etwaigen körperlichen Gefahren durch eine künstliche Unterbrechung aufs äußerste beschränkt haben, müssen wir den Unabhängigen folgen, die verlangen, daß eine Grenze der Schwangerschaftsunterbrechung nicht festgelegt wird, bis zu der der Eingriff noch erlaubt ist; das muß vielmehr die Frau mit ihrem Arzt entscheiden. Denn dieselben sozialen Gründe, die die Frau bei Beginn der Schwangerschaft dazu führen, diese zu unterbrechen, können auch in späteren Monaten eintreten; ich erinnere nur an die Frauen, die im Besitze mehrerer Kinder plötzlich durch Krankheit oder Unfall ihren Gatten verlieren und nun glauben, eine bereits seit mehr als drei Monaten bestehende Schwangerschaft nicht austragen zu können, oder an Bräute, die unter gleichen Schwangerschaftszeiten ihren Verlobten und zukünftigen Gatten verlieren und sich nun nicht nur sozialer Not, sondern auch gesellschaftlicher Aechtung ausgesetzt sehen. Wir wollen doch besser die jedesmalige Entscheidung in die Hand von Arzt und Frau legen und nicht neue gesetzliche Komplikationen für die Zukunft schaffen. Diese gesetzlichen Neuerungen werden natürlich auch ihre Rückwirkungen auf den § 217 des St.G.B. ausüben, auf die Bestrafung des Kindesmords, und eine neue Fassung desselben bedingen. Auch müssen wir ernstlich überlegen, wie § 220 zu ändern ist. Ihn ganz aufzuheben, wie es die Unabhängigen verlangen, geht nicht an, aber bei geistig Minderwertigen, bei Verbrechern u. dgl. sollte man die Schwangerschaft allerdings unterbrechen dürfen, wenn nach wissenschaftlicher Erkenntnis der genügende Grund dafür vorliegt. Das beabsichtigen wohl auch die Unabhängigen nur; die Unklarheit ihres Antrags ist nach meiner Meinung darauf zurückzuführen, daß sie uns rasch zuvorkommen wollten. Wenn wir aber schon die Unterbrechung der Schwangerschaft erlauben, so müssen erst recht die Empfängnis verhütenden Mittel dem freien Verkehr freigegeben werden und alle noch dagegenstehenden strafrechtlichen Bestimmungen (unter § 184, 3) müssen beseitigt werden, ebenso alle Hindernisse gegen die weitestgehende Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift.

Fallen diese Schranken, so ist damit gleichzeitig ein wichtiges Kampfmittel gegeben im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten. (Sehr richtig!) Darum ist ja auch in dem Gesetzentwurf, der dem Reichsrat bereits seit Monaten vorliegt, eine Abänderung des § 184 vorgesehen. Weil nun einmal das Wort „Geschlechtskrankheiten" hier wiederholt gefallen ist, so muß ich sagen: die Not, die Gefahr dieser Krankheiten brennt uns so auf den Nägeln, daß es höchste Zeit für die Reichstagsfraktion ist, alles daran zu setzen, alle noch etwa vorliegenden Bedenken fallen zu lassen und dafür zu sorgen, daß das neue Gesetz bald verabschiedet wird. Wir können nicht zusehen, daß von Tag zu Tag Tausende von Menschen mehr dieser Krankheit zum Opfer fallen. Ehe wir kein neues Recht haben in diesem Kampfe, können wir auch nicht mit neuen Mitteln und neuen Formen erfolgreich vorgehen. (Lebhafter Beifall.)

Professor Dr. **Radbruch**: Den Antrag des Genossen Dr. Knack halte ich sachlich für nicht sehr glücklich und taktisch für sehr unglücklich. (Sehr richtig!) Er geht einerseits über den Antrag unserer Fraktionsgenossen im Reichstag hinaus, andererseits bleibt er dahinter zurück. Wir wollen auch die Frau von Strafe befreit wissen, die ohne Heranziehung eines Arztes eine Abtreibung vornimmt (Sehr richtig!), nicht weil wir die Abtreibung billigen, sondern weil wir Straflosigkeit gerade denen zuteil werden lassen wollen, die sie am meisten

nötig haben. Gerade die törichten, unerfahrenen unehelichen Mütter auf dem Lande, die zu unverständig sind, den Weg zum Arzt zu finden, gerade diese Aermsten der Armen würde der Antrag Dr. Knacks unter Strafe lassen. Andererseits geht sein Antrag über den unserigen hinaus, weil er die Abtreibung bis in den Geburtsvorgang hinein straflos läßt. Straflos sein würde sogar die Hebamme, die im Anfang des Geburtsvorganges das Kind ums Leben brächte. Das hat Genosse Knack wohl selbst nicht gewollt. Ueber den Zeitpunkt, die Grenze, bis zu der die Abtreibung erlaubt ist, können wir mit den ärztlichen Sachverständigen diskutieren. Wir haben die Dreimonatsgrenze gewählt, weil wir annahmen, daß nach diesen drei Monaten die Gefahr sich so vermehrt, daß man die Abtreibung lieber früher vornehmen soll, andererseits weil wir einen Zeitpunkt wählen wollten, in dem die Schwangerschaft unter allen Umständen schon erkennbar ist. Daß eine Grenze da sein muß, ist klar. Es war eine Uebereilung der Unabhängigen, die uns unseren Antrag wegnehmen wollten, rund und nett den § 382 zu streichen. Der Antrag des Genossen Knack ist auch taktisch sehr unglücklich, weil er gerade alle die Fragen so recht vor die Oeffentlichkeit und die Gegner rückt, die wir in den Hintergrund gestellt wissen wollten. Wir wollten zunächst einmal Straflosigkeit, das andere kommt später. Unser Antrag wird durch das, was dieser Antrag sagt, in ein ganz falsches Licht gerückt. Unser Antrag ist nicht auf Freigabe der Abtreibung gerichtet, sondern lediglich auf Aufhebung eines Klassenstrafrechts. Im allgemeinen bleibt ja die Abtreibung sowieso straflos, wenn aber Bestrafung eintritt, dann trifft sie nicht wohlhabende Kreise, sondern die Armen, die in irgendeine Höhle der Kurpfuscherei fallen, in der sich später eine Liste der Hereingefallenen vorfindet. Nun wird gesagt, die Konsequenz wäre, daß sich die Abtreibung außerordentlich verbreiten würde. Das wird uns immer wieder entgegengehalten von Leuten, die sagen, dann würde jede Frau abtreiben. Wir sollten solche Leute dann einmal ganz lange schweigend ansehen. (Sehr richtig!) Und dann sagen: Wie sehen Sie die Welt an? Ist nach Ihrer Ansicht die Welt so beschaffen, daß die Frau sich lieber das Glück der Mutterschaft versagen will, als in diese Welt und in diese Gesellschaftsordnung hinein Kinder gebären zu wollen? Und wenn Sie die Welt so ansehen, ist es dann wohl das richtige Mittel, einen Gebärzwang auszuüben, oder ist nicht vielmehr das richtige Mittel, diese Welt mit allen Kräften zu verbessern, dahin zu verbessern, daß die Frau es wieder als ein Glück empfindet, Kinder, und zwar viel Kinder zu haben? (Lebhaftes Sehr richtig!) In diesem Sinne müßte die Propaganda getrieben werden, nicht unter dem Gesichtspunkt der Freigabe, wir betrachten es als ein Unglück, daß so etwas geschehen muß, wir wollen nur die Opfer dieser Strafbestimmung retten. Weil der Antrag, der uns hier vorliegt, die ganze Diskussion auf eine falsche Bahn zu drängen geeignet ist, bitte ich Sie, sich in der zukünftigen Agitation, in Versammlungen und in der Presse nicht in den Bahnen dieses Antrages zu bewegen, sondern das den ärztlichen Fachleuten zu überlassen und sich zu beschränken auf die Hauptfrage: die Straflosigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Kirchner**-Frankfurt: Die drei Referate haben uns wertvolle Anregungen für die Agitation unter den Frauen gegeben. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, wie schwer es ist, die Frauen zu gewinnen, noch schwerer, sie zu halten. Wir müssen sie für den Sozialismus erziehen, Bildungskurse einrichten. In Frankfurt mußten wir leider erfahren, daß der Besuch reiner Frauenveranstaltungen nicht den Erwartungen entsprach. Prozentual hatten aber an den allgemeinen Bildungskursen die Frauen mehr teilgenommen als

die Männer. Darum nehmen sie nur zu den reinen Frauenfragen in Genossinnenkreisen Stellung. Wir dürfen nicht zu separatistisch sein. In unserer Partei lebt ein Zug, der unsere Frauenbewegung allzusehr ins bürgerliche Fahrwasser bringen will. Wir sind eine proletarische Partei, darum müssen wir das bekämpfen. Wir in Frankfurt haben zu den §§ 218 und 220 keine besonderen Anträge gestellt, unterstützen aber die zu ihrer Abänderung eingebrachten Anträge. Wir bedauern, daß sich in der Fraktion noch Widerstände geltend machen. Die Bürgerlichen sind natürlich gegen die Abänderung, weil sie möglichst viel Proletarier brauchen als Kanonenfutter und als Arbeiter, die gegenseitig Lohndrücker spielen. Wir wollen allerdings auch möglichst viel Proletarier haben, denn wenn wir die haben, haben wir die Macht. Aber die Existenzbedingungen müssen dazu vorhanden sein. Wir wollen auch die Freiheit der Abtreibung, aber nur durch die Aerzte, damit die Frauen nicht in die Hände von Kurpfuschern fallen.

Genosse Caspari meinte, es sei schwer, die Mittel für die Wohlfahrtspflege aufzutreiben. Es muß aber mehr wie je heute Wohlfahrt und Jugendpflege getrieben werden. Wir müssen den Wiederaufbau der sittlichen Kräfte des Volkes in Angriff nehmen. Mag auf einer anderen Seite gespart werden. Gefreut hat es mich, daß hier Frankfurt gelobt worden ist. Bei uns ist ja die Mitarbeit unserer Genossinnen in der Wohlfahrtspflege schon alt und besonders segensreich. Was uns möglich war, sollte aber auch allerorts möglich sein. Wir Frauen müssen in der Partei ein mitbestimmender Faktor werden. Darum hinaus in die Agitation. (Beifall.)

Frau **Wohlgemuth**-Danzig: Genosse Caspari hat uns gesagt, daß gerade wir Frauen zur Wohlfahrtspflege berufen sind. Da müssen wir bedauern, daß gerade wir sozialdemokratischen Frauen zu wenig Gelegenheit hatten, uns für diesen Beruf auszubilden und daß wir auch diese Gelegenheiten noch zu wenig benutzt haben. Das ganze Erzieherpersonal der Fürsorgeanstalten muß planmäßig eine ganz andere Ausbildung bekommen. Gerade diese Leute sind nicht darauf eingestellt, unsere Jugend so zu erziehen, daß sie wirklich draußen brauchbare Menschen werden. Vor allem müssen wir dafür sorgen, daß die privaten Fürsorgeanstalten, mit denen Verträge abgeschlossen werden, einer ganz strengen Kontrolle unterworfen werden, und zwar gerade die christlichen Fürsorgeanstalten. Keiner von Ihnen würde es für möglich halten, wenn ich Ihnen die Zustände im Osten schilderte.

Von uns sozialdemokratischen Frauen wird viel zu wenig Stellung genommen zu wichtigen Gesetzentwürfen in den Parlamenten. Dabei werden meistens unsere Genossinnen draußen im Lande von den führenden Genossinen benachrichtigt. In solchen Fällen muß doch in den kleinsten Orten Stellung genommen werden. Als der Gesetzentwurf für das neue Wahlgesetz in Preußen herauskam, wollten sich die Frauen in der Landesversammlung mit Minister Severing in Verbindung setzen. Der Entwurf läuft nämlich darauf hinaus, ein frauenloses Parlament zu schaffen. (Sehr richtig!) Wir sind aber nicht gehört worden. (Hört, hört!) Man hat über unsere Köpfe hinweg beschlossen. Wenn wir Frauen nicht darauf hinwirken, werden wir gar keine Frauen in das Preußenparlament hineinbekommen. Auf dem Gebiete des Hebammenwesens haben wir Parlamentarierinnen wirklich positive Arbeit geleistet und wir hoffen, daß das Hebammengesetz eine gesunde Reform bringt. Wir wünschen übrigens dringend, daß die Frauen im Reichstag sich mit uns bei diesen wichtigen Fragen mehr als bisher in Verbindung setzen.

Die Agitation und Organisation ist ja in den einzelnen Gebieten verschieden. Im Osten ist die Frauenorganisation noch sehr schlecht. (Sehr richtig!)

Das ist auch Schuld der Genossinnen, in deren Händen die Leitung der Organisation draußen liegt. Wenn unsere Rednerinnen dorthin kommen, sind häufig die Versammlungen gar nicht organisiert. Wir sind uns durchaus darüber im klaren, daß wir gegen unsere Genossen oft den stärksten Kampf zu führen haben. Auf einer ostpreußischen Konferenz sagte ja ein Parteisekretär, die Frauen sollten erst einmal dafür sorgen, daß die Kaiserbilder aus den Schulen verschwänden, dann könnten sie mitreden. Als ich dagegen auftrat, wurde ich von unseren Genossen nicht unterstützt. (Hört, hört!)

Den Antrag 10 (Hamburg) können wir als Frauen nicht unterstützen, denn wir verlangen die Berufstätigkeit der Frau. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit können wir allerdings darauf hinwirken, daß streng geprüft wird, wo wirklich eine Frau zurücktreten muß hinter einen Mann, niemals aber können wir das in Anträgen ins Land gehen lassen, wie dieser Antrag es fordert. (Zustimmung.)

Frau **Tesch**: Für uns Frauen ist es ganz unmöglich, einen solchen Antrag hinausgehen zu lassen, denn wir Frauen sind uns wohl bewußt, daß wir auch einmal hinter den Männern zurückstehen müssen, sobald unsere Männer guten Verdienst haben. Aber diesen Antrag dürfen wir nicht stellen, sonst wird er uns später unter anderen Verhältnissen auch immer wieder vorgehalten. Unsere Agitation wird uns ja gerade dadurch so sehr erschwert, weil immer gesagt wird, es genügt, wenn der Mann organisiert ist, weil er ja doch die Beiträge für Frau und Töchter zahlt. Leider gilt ja der Beruf der Hausfrau nicht als Erwerb. Darum ist die Frau vom Mann so sehr wirtschaftlich abhängig, das müssen wir bekämpfen.

Wir haben leider zu sehr versäumt, der Jugendbewegung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, namentlich der weiblichen Jugendbewegung. Viele Genossinnen schicken zwar ihre Jungen hin, nicht aber ihre Töchter, weil sie ihren sittlichen Verderb fürchten, oder sich zu gut dünken, sie mit den Proletariertöchtern zusammenzubringen. Hätten Sie den Geist der Jugend in Weimar gesehen, so hätten Sie alle Ihre helle Freude gehabt. Dieser Anblick war für uns Alten geradezu eine Steinachsche Verjüngungskur. Wir dürfen unsere Jugend nicht auf den Sportplätzen verbürgerlichen lassen. Wir wollen ihr nicht die Freude am Sport rauben, aber wir wollen sie auch zur ernsten Arbeit heranziehen. Wir Alten müssen unseren Nachwuchs heranbilden.

Es ist so viel von der Gleichberechtigung der Frau die Rede. Sollten nicht auch unsere Genossen versäumt haben, den nötigen Einfluß auf die Frau auszuüben, sie über diese Frage aufzuklären?

Für die wohlhabenden Kreise hat das Strafrecht wegen Unterbrechung der Schwangerschaft schon früher nicht bestanden. Auch ich fordere Straffreiheit.

Arning: Als Vertreterin des Niederrheins möchte ich zu dem Referat der Genossin Röhl bemerken, daß das Streben der Genossinnen dahin gehen muß, eine geschlossene Organisation zu schaffen. Die Frauen müssen eine ebenso festgefügte Organisation bekommen wie die Männer; denn nur dann können wir unseren Forderungen Nachdruck verleihen, und dann werden auch manche Härten, die uns jetzt die Arbeit so sehr erschweren, verschwinden. In erster Linie müssen wir die Durchsetzung des Parteikörpers mit tüchtigen weiblichen Funktionären anstreben. In der Agitation ist es notwendig, zuerst bei unseren Parteigenossen anzufangen. Eigentlich wäre es selbstverständlich, daß die Frauen der Parteigenossinnen sofort der Partei zugeführt werden, denn die Mitgliedschaft verpflichtet doch, den sozialistischen Gedanken weiterzutragen.

Durch die Einstellung von Sekretärinnen wird nach meiner festen Ueberzeugung die Frauenbewegung zu einer größeren Selbständigkeit geführt. Es

muß aber verlangt werden, daß dann die Sekretärinnen von den Sekretären auch als vollwertige Arbeitskräfte anerkannt werden. (Sehr richtig!) Auch in der Partei muß unbedingt die wirtschaftliche Gleichstellung durchgeführt werden.

Bezüglich der „Gleichheit" haben die Genossinnen vom Niederrhein den Antrag gestellt, die Reichsfrauenkonferenz möge den Parteitag ersuchen, folgendem Beschluß zuzustimmen:

> Die Parteizeitungen werden ersucht, die „Gleichheit" als wöchentliche Beilage einzuführen. In den Bezirken, in denen aus finanziellen oder technischen Gründen eine derartige Belieferung unmöglich ist, müssen die Frauenbeiträge entsprechend erhöht werden, damit dann eine obligatorische Belieferung der Frauen mit der „Gleichheit" erfolgt.

Es muß unbedingt gelingen, die „Gleichheit" wieder zum geistigen Bindemittel der Frauen zu machen, weil wir nicht nur die Frauen gewinnen, sondern erziehen und schulen müssen. Durch die Aufhebung des Obligatoriums haben wir am Niederrhein eine ganze Reihe von Frauen verloren. Die „Gleichheit" muß den Frauen wieder zugänglich gemacht werden, weil sie tatsächlich das Richtige für unsere Frauen bringt. Wenn unser Antrag abgelehnt werden sollte, so würden wir uns mit dem Groß-Berliner Antrag begnügen.

Mit den Ausführungen des Genossen Caspari bin ich voll und ganz einverstanden. Wir müssen allerorts versuchen, die ganze Wohlfahrtspflege mit sozialistisch gesinnten Männern und Frauen zu durchsetzen; auf diese Weise kommen wir ein gutes Stück weiter auf dem Wege zum Sozialismus. Die Anregungen, die uns auf der diesjährigen Frauenkonferenz gegeben worden sind, werden wir in die Tat umzusetzen versuchen.

Ein Antrag Hans auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Berthold-Köln: Als Vertreterin der Kölner Frauen möchte ich namentlich in bezug auf die Mitarbeit der Frauen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei einige Wünsche vorbringen. Genossin Röhl sagte in ihrem Vortrag, es sei den Genossinnen bisher nicht möglich gewesen, sich durchzusetzen. Das trifft auch für Köln zum großen Teil zu. Die Genossen, deren eigene Frauen nicht einmal der Partei angehören, sind die größten Schreier, wenn es gilt, den Frauen nachzusagen, daß die Frauenbewegung ein Hemmschuh des Aufstiegs sei. Wir haben alles mögliche versucht, um uns durchzusetzen. Ich möchte die Genossen, die immer Kritik an der Frauenbewegung üben, bitten, doch auch einmal an die Zeit zurückzudenken, wo sie noch Anfänger in der Parteibewegung waren.

Bezüglich der „Gleichheit" wünschen die Genossinnen im Rheinland, daß versucht wird, namentlich den politischen Teil der Zeitung allgemeinverständlich zu gestalten. Wenn auch die „Gleichheit", namentlich die Beilage „Die Frau und ihr Haus", sich die Sympathie bei unseren Genossinnen erworben hat, so ist doch die Tatsache vorhanden, daß gerade die politischen Artikel, die unsere Frauen aufklären sollen, zu schwer sind. Auch hätte ich den Wunsch, daß in der „Gleichheit" kleinere Geschichten geboten werden, die den Frauen die Dinge schmackhaft machen.

Die Vertreterinnen in den Kommunen bitte ich, dafür zu sorgen, daß dort auch die „Gleichheit" gehalten wird. Für die bürgerlichen Frauen werden ja auch alle bürgerlichen Zeitungen gehalten. Es ist traurig, zu hören, daß die „Gleichheit" nur eine Abonnentenzahl von 11 000 hat. (Beifall.)

Schröder-Altona: Ich bitte, folgender Entschließung, die ich zusammen mit mehreren Genossinnen ausgearbeitet habe, zuzustimmen:

> Die Reichsfrauenkonferenz richtet das dringende Ersuchen an die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit aller Energie dahinzustreben, daß die den Frauen in der Verfassung gewährleisteten Rechte in der Gesetzgebung durchgeführt werden. Besonders gilt dies auch vom Eherecht und von den Rechten der unehelichen Kinder.
>
> Es wird ferner beschlossen, diese Entschließung dem Parteitag mit der Bitte um Unterstützung zur Kenntnis zu bringen.

Von Genossin Pfülf haben wir schon gehört, daß das, was in der Verfassung niedergelegt ist, an und für sich noch kein Recht für die Frauen bedeutet, sondern nur dazu dient, den Weg zu ebnen, damit im Bürgerlichen Gesetzbuch, im Strafgesetzbuch usw. eine wirkliche Gleichberechtigung der Frau durchgeführt wird. Nun ist seit der Verabschiedung der Verfassung über ein Jahr verflossen. Bisher ist aber, wie wir wissen, noch nichts geschehen, um diese Rechte in die Tat umzusetzen. Wir halten es für notwendig, daß unseren Genossen in der Reichstagsfraktion wie auf dem Parteitage das einmal vor Augen geführt wird. Dem letzteren dient der zweite Absatz der Entschließung. Genossin Pfülf hat gestern gesagt: Die Befreiung der Frau muß das Werk der Frauen selbst sein. Das ist richtig; aber vorläufig brauchen wir dazu auch noch die Männer. Daher bitte ich Sie, meiner Entschließung sowie dem Antrage, die Entschließung dem Parteitage vorzulegen, zuzustimmen.

Zabe-Hamburg: Wenn wir in Betracht ziehen, daß alle Arbeit, die wir leisten, ehrenamtlich ist, so ist unsere Frauenbewegung geradezu glänzend zu nennen. Sie wird der bürgerlichen Frauenbewegung sehr bald überlegen sein, wenn wir berufsmäßige Politikerinnen haben werden.

Ebenso wie die Männer, die auch nicht gleich hervorragend tüchtig gewesen sind, müssen sich auch die Frauen allmählich einarbeiten. Es ist aber nicht möglich, daß die Frau neben ihrer Wirtschaft dasselbe leistet wie der Mann, der berufsmäßiger Politiker ist. Man hat jetzt überall nach Möglichkeit Frauen einzustellen, die sich dann mit aller Kraft der Arbeit widmen sollen. Deshalb bin ich für die Anstellung von Parteisekretärinnen. Man darf nicht sagen, die Frauen seien nicht vorgebildet. Die allerwenigsten von uns haben eine politische Vorbildung genossen. Wir sind aus unserer Hausfrauentätigkeit herausgegangen und haben mit Eifer für unsere Sache gearbeitet. Da sollte man nicht sagen, daß wir nichts leisten.

Ein Wort zur „Gleichheit". Die „Gleichheit" wird meiner Auffassung nach vorzüglich geleitet; sie bringt alles das, was aktuell ist, und zwar nach Möglichkeit auch in ausführlicher Weise. Wir müssen in unseren Frauenversammlungen die einzelnen Artikel besprechen, damit diejenigen, die die „Gleichheit" noch nicht halten, wißbegierig werden.

Auch ich bin der Meinung, daß die Genossinnen, die im Reichsparlament sitzen, viel intensiver mit den Frauen in den Landesparlamenten zusammenarbeiten müssen. Wir in den Landesparlamenten kennen viel besser die Bedürfnisse der Frauen, die im häuslichen und wirtschaftlichen Elend stecken und können infolgedessen viele Anregungen geben. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die heute herrschen, machen uns vielfach die Menschen geistig tot. Wir in den Reichs- und Landesparlamenten müssen uns für eine wirtschaftliche Umstellung einsetzen. Sonst brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn unsere Bewegung langsam abstirbt. Durch eine Besserung der wirtschaftlichen Lage kann auch das sittliche Elend allmählich aus der Welt geschafft werden.

Es ist tief bedauerlich, daß die erwerbslosen Frauen weniger bekommen als die erwerbslosen Männer. Man muß auch den Frauen ein Existenzmini-

mum geben und darf nicht sagen: die Frau braucht nicht soviel wie der Mann. Ich bitte Sie daher, den Hamburger Antrag anzunehmen.

Wir Hamburgerinnen haben außerdem den Antrag eingebracht, daß Frauen von Beamten in dieser Zeit der Not nicht arbeiten sollen. Wir wollen kein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterfrau, wie es jetzt besteht. Entweder muß das Demobilmachungsgesetz aufgehoben werden oder aber es muß auch auf die Beamtinnen ausgedehnt werden. Die Beamten sind ja sowieso schon bedeutend besser gestellt als die Arbeiter, und wir können infolgedessen ihren Frauen nicht gestatten, zu arbeiten. Denn größeres Einkommen bedeutet größere Anteilnahme an den Gütern.

Von dem Genossen Dr. Caspari sind viele Fragen angeschnitten worden, aber die aktuellsten Fragen sind zum Teil mit wenigen Sätzen erledigt worden. Ich erinnere nur an die Frage der Prostitution.

(Die Redezeit ist abgelaufen.)

Franz-Chemnitz: Durch die ganzen Ausführungen der Rednerinnen auf der Frauenkonferenz zieht sich wie ein roter Faden das tiefe Bedauern darüber, daß die politische Gleichberechtigung der Frauen von den Männern nicht anerkannt wird. Ich möchte nun die Frage aufwerfen: haben Sie etwas getan, um sich diese Machtstellung zu erringen? Haben Sie schon einmal in großzügiger Art und Weise bei Ihren Geschlechtsgenossinnen versucht, sich die Position zu erwerben, die notwendig wäre, um evtl. als Listenführerin bei einer Reichs- oder Landtagswahl aufzutreten? Die Dinge liegen so, daß Ihre Tätigkeit wesentlich verschieden ist von der der Männer. Vor allen Dingen kommt in Frage, daß Sie in der gegenwärtigen Zeit die Aufgabe haben, für die Kinder zu sorgen, die durch die Hungerblockade und den Krieg unterernährt sind. Von einem großen Teil der Frauen wird diese Tätigkeit auch bereits ausgeübt, aber noch nicht in zusammenfassender Weise. Sie haben leider viel zu sehr den bürgerlichen Korporationen, vor allen Dingen dem Roten Kreuz, dieses Gebiet überlassen. Wenn Sie noch lange über die Wohlfahrtspflege reden und nicht handeln, werden Ihre Kinder sukzessive verhungern. (Zurufe.) Die Verhältnisse sind viel schlimmer, als man denkt. In einem Ort im Erzgebirge mit 1 296 Kindern sind 1090 in Klasse 3 und 4 der Unterernährung; das sind solche, die in allererster Linie der Tuberkulose, der Rachitis usw. ausgesetzt sind. In der Amtshauptmannschaft Auerbach sind von 15 000 Kindern 10 274 in Klasse 3 und 4, also schwer unterernährt und tuberkuloseverdächtig; in der Amtshauptmannschaft Chemnitz von 13 730 Kindern 7 658; in der Amtshauptmannschaft Marienberg sind 4000 Kinder von 8000 schwer unterernährt und in Klasse 4; in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg sind 6409 Kinder in Klasse 3 und 4. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Berlin, in Oberschlesien und anderen Gebieten. In einzelnen Ortern gibt es überhaupt keine Kinder, die nicht unterernährt sind. Diese Zahlen beweisen, wie notwendig es ist, daß man sich mit der Frage der Kinderhilfe mehr beschäftigt. Ich arbeite seit einem Jahr in der Hilfe für die unterernährten Kinder. In Dänemark sind in einem Jahr 17 000 Kinder untergebracht worden. Leider hat sich das Rote Kreuz in dieses dänische Hilfswerk mit eingeschlichen, das auf diese Weise seinen brüchigen Glanz wiederherstellen will. (Zustimmung.) Ich habe keine Veranlassung, das Rote Kreuz zu schonen. Für uns kann es keine andere Aufgabe geben, als die Hilfe für unsere Kinder in die eigenen Hände zu nehmen. Das Rote Kreuz ist eine Organisation, die lediglich große Bureaus einrichtet, um ihre Leute unterzubringen. Ein Regierungsrat von Schimmelpfennig, der während der Kapptage aus dem preußischen Ministerium herausgeworfen wurde, ist jetzt in Breslau in der Wohlfahrtspflege

Schatzmeister geworden. (Hört! hört!) Wir können mit den bürgerlichen Organisationen nicht zusammengehen. Ich habe Ihnen daher eine Resolution vorgelegt, die die Bildung eines Reichsausschusses vorsieht. Aus allen Bezirken des Reiches sollen Vertreter ernannt werden, die selbst die Sorge für die Kinder in die Hand nehmen. Wenn im Erzgebirge 60 000 und in Breslau allein 35 000 Kinder schwer unterernährt sind, so ist das eine Riesensumme von Kindern, für die wir sorgen müssen. Es handelt sich um die Zukunft der Kinder Ihrer Klassengenossen. Wenn Sie diese Hilfsorganisation selbst in die Hand nehmen, dann werden Sie auch den Resonanzboden finden, der es Ihnen ermöglicht, eine politische Machtstellung zu erringen. Nur dann wird auch der Völkerhaß, der gegenwärtig noch besteht, beseitigt werden können. Infolge der dänischen Kinderhilfe ist jetzt schon bei den Dänen ein ganz anderer Geist eingezogen. Wenn Sie die Kinderhilfe in die Hand nehmen, und wenn Sie nicht allein für die Kinder der S.P.D. sorgen, sondern auch für die Kinder der U.S.P.D. und K.P.D., dann ist auch das Bindeglied für eine einheitliche Organisation gegeben. (Beifall.)

Frau **Selbert-Rohde**: Ein Gedanke, der sowohl in den beiden ersten Referaten wie auch in den Diskussionsreden zum Ausdruck kam, hat meine besondere Beachtung gefunden: nämlich der, daß wir zwar heute die Gleichberechtigung für unsere Frauen haben, daß aber diese Gleichberechtigung immer noch eine rein papierne ist. Wir müssen nun dahin wirken, daß die Gleichberechtigung in der Praxis bis zur letzten Konsequenz durchgeführt wird. Bei einiger Objektivität muß man zugeben, daß in den letzten zwei Revolutionsjahren die Gleichberechtigung der Frau immer noch reine Theorie geblieben ist. Es liegt mir fern, unseren Parlamentariern und Parlamentarierinnen einen Vorwurf zu machen; aber alle Körperschaften müssen einen mehr subjektiven weiblichen Zug bekommen. Wenn man die statistischen Zahlen im Bericht des Parteivorstandes verfolgt, so muß man mit großem Bedauern feststellen, daß in einem Bezirk überhaupt keine Gemeindevertreterin angegeben ist, namentlich, wenn man bedenkt, daß die Gebiete der kommunalen Arbeit und der sozialen Fragen spezifisch weibliche Gebiete sind. In dieser Beziehung muß es anders werden.

Eine der notwendigsten Aufgaben der Frauenbewegung ist die Aufklärungsarbeit in den Reihen unserer eigenen Parteigenossinnen. Diese Aufklärungsarbeit kann aber nur erfolgreich sein, wenn wir sie auf separativem Wege vornehmen, wenn wir an besonderen Frauenabenden Aufklärung in die Köpfe der Frauen hineinhämmern. Einen besonderen Anlaß zur intensiven Aufklärungsarbeit bietet die Tatsache, daß gerade politisch tätige Frauen, auch Arbeiterfrauen, infolge ihrer Schwäche für alles Extreme, eine besondere Neigung für radikale Phrasen und radikale Richtungen haben. Hier einzugreifen muß eine Hauptaufgabe der Aufklärungsarbeit sein. Man muß den Frauen immer wieder vor Augen führen, daß das rein Wirkliche allein das wahre Ideelle ist.

Zu den Ausführungen des Genossen Caspari möchte ich bemerken, daß jetzt, nachdem unsere Volkskraft durch die fünf Kriegsjahre so verelendet ist, eine ganz intensive Wohlfahrtsarbeit notwendig ist. Ein Unterschied nur besteht: Vor dem Kriege hatte man Geld für diese Arbeit und es geschah nichts; heute sind wir finanziell vollkommen ausgepowert, und trotzdem sehen wir, daß überall eine intensive Wohlfahrtspflege wenn nicht getrieben so doch projektiert wird. Wir Frauen nun müssen dafür sorgen, daß der bisherigen Wohlfahrtspflege der Charakter mitleidiger Wohltätigkeit genommen und zu einer wirklichen Wohlfahrtspflege im sozialistischen Sinne umgestaltet wird. Wir als

Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß Wohlfahrtspflege eine Aufgabe des Staates ist; daher müssen wir endlich einmal mit der alten Heilmittelchenmethode, mit der privaten und öffentlichen Bettelei Schluß machen. Anstatt jetzt den Gedanken einer großen Reichssammlung, der ich durchaus unsympathisch gegenüberstehe, zu propagieren — und der Arbeiterwohlfahrtsausschuß hat ja bekanntlich den Aufruf mitunterzeichnet —, sollte vielmehr das Krebsübel bei der Wurzel gefaßt und die auf steuergesetzlichem Wege herangezogen werden, die letzten Endes die Schuldigen an der Verelendung unseres Volkes sind, die kapitalistische Gesellschaft. Es sind dieselben, die heute noch in Bädern und Luftkurorten unseren Kranken die Sonne wegnehmen. Und wenn heute Tuberkulose und Aehnliches unter unserem Volke so furchtbar grassieren, so liegt das daran, daß in Fabrik und Mietkaserne die Hauptseuchenherde zu finden sind. Eine Wohlfahrtssteuer müßte die Mittel schaffen, um unsere Wohlfahrtspflege auf eine gesunde Basis zu bringen.

Zum Schlusse möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die Früchte dieser Frauenkonferenz sowie auch des kommenden Parteitages keine Utopien bleiben, sondern vielmehr in der allernächsten Zukunft zum Wohle der Frauenbewegung zu Realitäten heranreifen. (Beifall.)

Klara Braun: Wir haben auf der diesjährigen Frauenkonferenz wieder gesehen, daß die in Aussicht genommene Zeit nicht ausreicht. Ich möchte deshalb anregen, im nächsten Jahre mindestens drei Tage für die Frauenkonferenz vorzusehen.

Man hat viel über Wohlfahrtspflege, Tuberkulosenfürsorge, Jugendpflege und dergleichen gesprochen. Man hat sich aber noch nicht gefragt, wodurch nun die Tuberkulose eigentlich unter die Menschheit getragen wird. Um die Menschheit zur Gesundung zu bringen, müßte meiner Meinung nach beim Viehbestand mit einer scharfen tierärztlichen Kontrolle angefangen werden.

Dem Genossen Mah-Dessau, der sich über die Unfähigkeit der Gemeindevertreterinnen ausließ, möchte ich zurufen: wer trägt die Schuld daran, wenn die Gemeindevertreterinnen noch nicht so geschult sind, wie sie sein sollten? Die Schuld tragen zum großen Teil unsere Genossen, die seither immer die Aemter versehen haben; sie sollten uns mehr zur Hand gehen, damit wir gerade in der Gemeindepolitik mehr durchgebildet werden.

Im Gegensatz zu der Genossin Schradin-Reutlingen, die gestern unsere Genossen auch so sehr in Schutz nahm, bin ich nicht der Meinung, daß wir Frauen allein schuld daran sind, wenn unsere Frauenbewegung noch nicht größere Fortschritte gemacht hat. Die Genossen sind daran schuld, namentlich diejenigen Genossen, die es unterlassen, sogar ihre eigenen Frauen mit in die Versammlungen zu bringen.

Todenhagen: Wenn wir das Problem der Frauenfrage auf unseren Tagungen aufrollen, kommen wir immer wieder zu dem Schluß, daß wir andere Wege gehen müssen als bisher; zuguterletzt sind es dann aber doch dieselben Wege, die wir bisher gingen. So ist es auch diesmal. Man sagt: wir brauchen eine größere Selbständigkeit. Dem steht auf der anderen Seite die Gefahr des Separatismus gegenüber. Man sagt vor allen Dingen: wir müssen auf die besondere Eigenart der Frau eingehen, sie da packen, wo sie am besten zu erfassen ist, und daß wir sie in besonderen Zirkeln erfassen müssen bei ihrer Mütterlichkeit. Ich habe das Gefühl, daß wir bei besonderen Veranstaltungen die Gefahr einer gewissen Einseitigkeit laufen. (Sehr richtig!) In den besonderen Frauenveranstaltungen werden niemals die großen Gesichtspunkte der Politik behandelt. In bezug auf die Frauenfrage müssen wir uns auch an den Mann von anderen Gesichtspunkten aus wenden. Beide sollen zum

Sozialismus erzogen werden. Wir haben den Egoismus des Mannes und den der Frau zu überwinden. Der Egoismus des Mannes ist ein ganz anderer als der der Frau, und beide sehen die Probleme der Politik mit den Augen dieses Egoismus an. Sie müssen miteinander versuchen, ihn zu überwinden. Nun zu unserem Antrag für die Interessen der unehelichen Mütter und Kinder. Wenn man über die Frage der Mutterschaft als Ledige und Kinderlose spricht, begegnet man sehr häufig dem Einwand, daß man dafür nicht kompetent sei. Die Mütterlichkeit, die nur auf physischer Grundlage aufwächst, ist nicht die Mütterlichkeit, die in der höchsten Form einer reinen Menschlichkeit zum Ausdruck kommt. (Sehr richtig!) Zu dieser reinen Menschlichkeit wollen wir uns durch den Sozialismus erziehen. Es kommt aber auch darauf an, Väterlichkeit beim Manne zu erziehen. Das Problem des unehelichen Kindes konnte nur deshalb so traurig werden, weil man diese Regungen im Manne bei der Erziehung vielfach ertötet hat. Die Frauen haben in der Erziehung Fehler begangen, die sich rächen mußten. Sie haben beispielsweise nie gelitten, daß der Knabe ebenso wie das Mädchen mit der Puppe spielte. Wenn man aber dem Knaben sagt, daß er anders sein muß als das Mädchen, dann ist der Mann in seinem Verhalten zum Kinde so fremd, wie es eben der uneheliche Vater ist. Wir sollten mehr in gemeinsamen Veranstaltungen Männer und Frauen für unsere Ideen und für die Bewegung reif machen.

Ich hätte gewünscht, daß wir nicht nur das vorzügliche Referat des Genossen Caspari auf dem Parteitag gehört hätten, sondern auch zu der prinzipiellen Frage der Wohlfahrtspflege überhaupt Stellung genommen hätten. Die Wohlfahrtspflege ist heute viel zu sehr eine Hauptausschußarbeit; sie geht viel zu wenig in die Massen hinein. Die ganzen Beschlüsse werden vom Hauptausschuß ausgearbeitet, und wir müssen uns ihnen anpassen. Ich hätte gewünscht, daß der Hauptausschuß uns über das berichtet hätte, was er auf Grund der Richtlinien getan hat und was er in Zukunft zu tun gedenkt. Eine ganze Reihe von Fragen bedürfen der Klärung.

Den Antrag, der zu dem Verhalten der Amtsstellen der Verwaltung gegenüber den unehelichen Müttern Stellung nimmt, brauche ich vor Ihnen nicht zu begründen. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß die sozialdemokratischen Frauen sich auf alle Fälle dafür einsetzen werden, daß den unehelichen Müttern ihre Mutterrechte gewährt werden.

Die Hamburger Genossinnen haben weiter den Antrag eingebracht, daß die Reichstagsfraktion sich dafür einsetzen soll, auch diejenigen Bestimmungen der Demobilmachungskommissare, die die Erwerbsarbeit der verheirateten Arbeiterin erschweren, möglichst bald aus der Welt zu schaffen. Es geht nicht an, daß die Arbeiterfrau ihr Kind zum Handeln auf die Straße schicken muß, während man der Beamtenfrau ein doppeltes Einkommen gewährleistet. Das ist ein Unrecht, das beseitigt werden muß. (Beifall.)

Die Vorsitzende **Juchacz** gibt bekannt, daß folgende Resolution vom Vorstand vorbereitet worden ist:

Die Sozialdemokratische Reichsfrauenkonferenz beantragt: Der Parteitag wolle beschließen: Ein Reichswohlfahrtsgesetz, das der gegenwärtigen Zersplitterung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ein Ende macht und eine planmäßige, umfassende, den Bedürfnissen des gesamten Volkskörpers entsprechende Regelung der Wohlfahrtspflege bringt, ist schleunigst in die Wege zu leiten. Insbesondere ist eine grundlegende gesetzliche Reform der Armenpflege, der Jugendwohlfahrt, zu der auch das Jugendbesserungsgesetz im Sinne eines Jugenderziehungsrechts

an Stelle des Jugendstrafrechts gehört, sowie des Kinderschutzes vorzunehmen.

Außerdem läuft folgende Entschließung ein:

Die Frauenkonferenz beauftragt die Reichstagsfraktion, dafür zu sorgen, daß die die Frauenarbeit erschwerenden Bestimmungen der Demobilmachungskommissare aufgehoben und in der gleichen Weise wirkende Verordnungen nicht mehr erlassen werden.

Begier-Hamburg: Den Ausführungen der Genossin Todenhagen möchte ich mich anschließen. Auch ich bin der Meinung, daß die Frage der Jugendwohlfahrt und der Wohlfahrtspflege außerordentlich wichtig ist und daß wir uns damit eingehend auf dem Parteitag hätten befassen müssen. Gegen die vorgelegte Resolution wird nichts einzuwenden sein.

Ich kann aber nicht umhin, mich gegen einige Aeußerungen des Genossen Dr. Caspari zu wenden. Zunächst kann ich nicht einsehen, warum die Volksbildung der Wohlfahrtspflege unterstellt sein soll. Das kann nur in wenigen Nebenpunkten der Fall sein.

Dann wundert es mich außerordentlich, daß ich den Genossen Dr. Caspari erst darüber belehren muß, daß im Buchdruckgewerbe ein Tarifvertrag besteht, nach dem die Buchdrucker verpflichtet sind, alles das zu setzen, was ihnen vom Prinzipal vorgelegt wird. Sonst würde man ja auch dazu kommen, daß die Buchdrucker die Zensoren alles dessen würden, was gedruckt wird. Diese Zensurtätigkeit müßte dann selbstverständlich ebenso auf die politische Literatur ausgedehnt werden, wo es auch viel Schundliteratur gibt.

Ich möchte dann auf den Antrag Nr. 7 aufmerksam machen, der im großen und ganzen dieselbe Tendenz verfolgt wie der Antrag der Genossin Schröder-Altona. Nur sind dort die unehelichen Kinder nicht besonders erwähnt worden. Einen Satz aus diesem Antrage möchte ich Ihnen aber ins Gedächtnis zurückrufen. Es heißt in dem Antrag:

Noch heute, zwei Jahre nach der Revolution, werden keine Anstalten gemacht, um die Forderungen des Erfurter Programms auf Abschaffung aller Gesetze, welche die Frauen in privatrechtlicher Beziehung benachteiligen, zur Verwirklichung zu bringen.

Das ist die Konstatierung einer allgemein bekannten Tatsache. Unsere Frauen in der Reichstagsfraktion sind jetzt über ein Jahr im Parlament tätig. Ich muß schon gestehen: wenn ich als Ihre Geschlechtsgenossin dort anwesend gewesen wäre, würde ich nicht so geduldig zugesehen haben, wie das bisher von den Genossinnen geschehen ist. Ich bin der Meinung, daß die Reichsverfassung über allen Gesetzen steht. Unsere Genossinnen hätten mit aller Energie verlangen müssen, daß eine kurze Ausführungsbestimmung etwa folgenden Inhalts herausgekommen wäre: „Sämtliche Gesetze, die der Verfassung entgegenstehen, sind aufzuheben." (Zuruf: Das steht schon in der Verfassung!) Dann begreife ich erst recht nicht, warum die Frauen es nicht verstanden haben, das in der Praxis durchzusetzen. Es müßte auch längst gesetzlich festgelegt sein, daß die Frauen als Richter, Geschworene und Schöffen in der Rechtsprechung mitwirken können.

Ein anderer Antrag aus Hamburg, Nr. 12, lautet:

Ich beantrage, daß sich die Frauenkonferenz eingehend mit der Frage, überall in Deutschland neben der Parteiorganisation und Arbeiterjugendorganisation auch Kinderabteilungen einzurichten, worin Kinder von etwa 6 bis 14 Jahren aufgenommen werden, beschäftigt.

Die Genossinnen werden vielleicht sagen: Nun wollen die Hamburger sogar die Kinder in der Partei organisieren. So ist der Antrag natürlich nicht aufzufassen. Ich möchte auf die Praxis aufmerksam machen, die in Hamburg schon seit Jahren befolgt wird. In Hamburg besteht der „Ausschuß zur Förderung der Jugendspiele", in dem die Eltern organisiert sind. Die Eltern haben das Recht, ihre Kinder in alle Veranstaltungen zu senden, die dieser Ausschuß abhält, und zwar erstrecken sich diese Veranstaltungen auf Turnen, Wandern, Einrichtung von Leseabenden, Handbetätigung usw. Wir sind der Meinung, daß es sehr wichtig für unsere ganze Parteiarbeit wäre, wenn in allen Städten derartige vollständig neutrale, aber von unsern Mitgliedern geleitete Kinderabteilungen vorhanden wären. Wir wollen auf diese Weise die Kinder von jung auf an uns gewöhnen. Nach der Entlassung aus der Schule werden sie dann in unsere Jugendbewegung kommen und so allmählich unserer Partei zugeführt.

Man hat auf der Frauenkonferenz viel über das schlechte Zusammenarbeiten mit den Genossen im Lande geklagt. Ich gebe zu, daß die Genossen einen großen Teil Schuld haben. Aber auch die Genossinnen finden nicht immer den richtigen Weg. Auf beiden Seiten wird gesündigt.

Die sogenannten Hamburger Richtlinien sind von verschiedenen Seiten gelobt worden. Ich kann konstatieren, daß man eine vernünftige Frauenarbeit darauf aufbauen kann. Aber leider ist bei der praktischen Durchführung dieser Richtlinien von den Genossinnen nicht immer der richtige Weg innegehalten worden. Die Genossinnen können zum Teil nicht begreifen, daß sie von allen Veranstaltungen auch dem Parteivorstand Mitteilung machen müssen.

Wenn unsere Parteigenossen und -genossinnen fruchtbringende Arbeit leisten wollen, dann müssen sie von vornherein den guten Willen mitbringen, nun auch gegenseitig recht viel Geduld zu üben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß kein Mensch fehlerfrei ist. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann wird die Frauenbewegung mit der Zeit das werden, was sie sein soll: der festeste Pfeiler der Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Es folgen die Schlußworte der Referenten.

Frau **Röhl**: Ich kann in meinem Schlußwort nicht jeden Debatteredner erwähnen, im Grunde hat ja auch keiner von ihnen mein Referat so kritisiert, wie ich es gewünscht hätte. So hätte ich gewünscht, daß zu den direkten Vorschlägen, die ich gemacht habe, eine Aussprache stattgefunden hätte. Ich hatte verschiedene Punkte zusammengefaßt und sie als Anregung gegeben, und gerade auf diese Punkte ist nur die Genossin Bohm-Schuch eingegangen, und zwar auf die eine Anregung, daß die „Gleichheit" eine Kommunalpolitische Beilage bekommen soll. Ich hatte hinzugefügt, daß, wenn die Schwierigkeiten zur Schaffung einer kommunalpolitischen Zeitschrift der Sozialdemokratie so groß sind, dann aber in den einzelnen Bezirken, in denen Gemeindezeitungen herausgegeben würden, eine Frauenrundschau und eine besondere Berichtsecke oder dergleichen geschaffen würden. Ich möchte empfehlen, diese Anregung in den Bezirken weiterzugeben und darauf hinzuwirken.

Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Genosse Leber-Jena hier in seinen Ausführungen zum Schluß sagte, daß auch er sich zu der Ansicht bekehrt hat, daß es unbedingt notwendig ist, daß wir weibliche Parteibeamte zur besonderen Pflege der Frauenbewegung bekommen. Dem Genossen May aber muß ich sagen, er hat meine Ausführungen über einen regen Gedankenaustausch zwischen den einzelnen Bezirksstellen und der Zentralstelle der Frauenbewegung, die ich machte, um zu einem größeren geistigen Verkehr zu kommen, vollkommen falsch dargestellt und sicherlich auch falsch verstanden. Ich gebe zu, daß man etwas falsch verstehen kann. Ich muß aber doch sagen,

daß er das in einer Weise dargestellt hat, daß ich mich dagegen wehren muß. Er meinte, es käme nur darauf an, recht viel Briefe zu schreiben, damit die Arbeit in den Parteibureaus sich häuft und man neue Kräfte anstellen muß. Das ist eine falsche Darstellung; ich habe nur gesagt, daß die Genossinnen selber von der knappen Zeit sich soviel abringen möchten, um alle diese unter den örtlichen lokalen Verhältnissen gemachten Erfahrungen mitzuteilen, daß sie dann nach Berlin und den einzelnen Ländern verbreitet werden und dort Anregungen schaffen.

Der Genossin Kähler aus der Preußischen Landesversammlung, die hier in der Diskussion geradezu mustergültig gesprochen hat, muß ich sagen, daß sie ihren Einfluß als Führerin einer Gewerkschaft wie alle in der Gewerkschaftsbewegung stehenden Frauen aufbieten muß, um zu einem besseren Zusammenarbeiten mit den in der Partei tätigen Frauen zu kommen. Ich glaube, Genossin Quarck brachte die Anregung, daß die in den Gewerkschaften organisierten Frauen, die ja doch zum großen Teil ledige Frauen wären, auf dem Wege über die Gewerkschaften und durch Vermittlung der führenden Frauen in den Gewerkschaften der Parteiorganisation mehr zugeführt werden könnten. Die Ausführungen der Genossin Quarck sind durchaus zu unterstreichen. Ich hatte mir für meine Schlußausführungen auch das zurückbehalten, darauf hinzuweisen, daß es, auch wenn wir, wie Genossin Todenhagen sagte, immer wieder den alten Weg gehen, es doch darauf ankommt, in welchem Umfange dieser Weg gegangen wird. Ich wollte auf die zwingende Notwendigkeit hinweisen, daß z. B. die in der Gewerkschaft, in der Arbeiterwohlfahrt, in der Partei tätigen Frauen zu einem engeren Austausch all der Dinge kommen, die in ihrem Umkreis von besonderer Bedeutung sind.

Wir haben ja die verschiedensten Korrespondenzbureaus, die Artikel durch die Parteipresse gehen lassen. Eine ausgesprochene Frauenkorrespondenz, die imstande ist, alle die Probleme der Frauenbewegung durch geeignete Schriftstellerinnen an die Zeitungen zu bringen und so durch das ganze Land, fehlt uns aber, eine Korrespondenz, die sich mit all den großen und kleineren Fragen, mit der äußeren Politik, mit der inneren Politik, mit Wirtschaftsfragen, mit sozialen Fragen, mit Kulturfragen, Schulfragen, mit der Hygiene, der Sexualethik, der Wohlfahrtsarbeit von Zeit zu Zeit und dauernd beschäftigt. Solche systematische Agitationsarbeit fehlt uns noch in dem Umfang, wie wir es unbedingt erforderlich haben. Ich darf wohl hier an alle die Frauen, die schreiben können, die Aufforderung richten, mit ihren Gedanken zunächst an die „Gleichheit" zu gehen. Die „Gleichheit" müßte dann, wenn die Artikel nicht alle untergebracht werden können, sie an eine Stelle weitergeben, die sie weiter verwertet für unsere gesamte Presse.

Ich möchte jetzt nur noch einige allgemeine Ausführungen machen, und zwar zunächst eine, die mir besonders am Herzen liegt. Was wir in unserer Parteibewegung, in jedem Zweige der Bewegung unbedingt nötig haben, das ist das unbedingte gegenseitige Vertrauen der männlichen und weiblichen Parteigenossen. Darüber hinaus ist ja auch das unbedingte Vertrauen und der Glaube an die guten Absichten jeder einzelnen tätigen Genossin unter den Genossinnen selbst nötig. Wir verfallen in der Bewegung alle leicht in den Fehler, daß einer dem andern oftmals in bestimmten Fragen ein Mißtrauen entgegenbringt, das sich vielleicht sogar menschlich auswirkt; wir haben es nicht nur in der allgemeinen Bewegung, sondern auch in der Frauenbewegung zu verzeichnen, daß Handlungen, Anregungen, ein bestimmte Art, wie der einzelne seine Arbeit leistet, mit Mißtrauen angesehen wird. Es kann nicht alles sich in Harmonie und Wohlgefallen abspielen und entwickeln, aber ich möchte doch

noch einmal den Satz aussprechen, daß überhaupt der Grundbegriff aller sozialistischen Arbeit der ist, daß wir gegenseitig Vertrauen haben zu dieser großen Arbeit. Wir Sozialisten wollen eine Welt erobern, wir wollen die sozialistische Welt schaffen, wir wollen die Entwicklung anbahnen, daß eben diese Welt, in der wir leben, in der so furchtbar viel Elend, Not und Verzweiflung ist, mit dem Geist wahren Menschentums und wahrer Menschlichkeit erfüllt wird. Und wenn ich immer wieder sehe, daß man sich über den allerkleinsten Kram streitet und sogar verfeindet, dann muß ich fragen: Sieht allen denen das große Ziel vor Augen, für das wir kämpfen wollen? (Zustimmung.) Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, warum wir eigentlich arbeiten. Genosse Begier hat gesagt, was eigentlich die Frauenkonferenz und der Parteitag alles noch für Probleme erörtern müßte. Und zum Schluß kommt man immer zu der Ansicht: wie man es macht, mag es nicht ganz richtig sein, gut gemeint ist es jedenfalls. Vom besten Willen beflügelt ist jedenfalls alles, was zur Erörterung steht. Die Fülle der Probleme ist so groß geworden, daß wir eigentlich nicht wissen, an welchem Ende wir anfangen wollen. Was wir heute nicht erledigt haben, morgen nicht erledigen können, muß lebendig bleiben, muß ein Ansporn sein, es bei künftiger Arbeit ins Auge zu fassen. Wenn sowohl die Referate wie die Aussprache überall die Auswirkung haben, daß wir im Lande wieder mit frischem Mut an die Arbeit gehen, besonders an die zunächstliegende Arbeit, die Frauenarbeit, dann hat die Konferenz ihren Zweck erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Pfülf**: Genosse Franz hat in der Diskussion mit Recht die Frage gestellt: Wo sind denn Ihre Taten, daß Sie Forderungen stellen? Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß unsere Taten noch nicht groß sind. Aber eins möchte ich Ihnen sagen: Vielleicht wäre mehr geschehen von den sozialdemokratischen Frauen, wenn sie ihre Kraft nicht hätten verschwenden müssen an Hemmungen innerhalb der Partei selbst. (Sehr richtig!) Wenn sie ihre Kraft hätten verwenden können zum Wohle der Partei. Wenn Genossin Todenhagen sagt, daß in den reinen Frauenversammlungen die große Gefahr der Einseitigkeit liege, muß ich ihr darin vollkommen zustimmen. Aber man soll das eine tun und das andere nicht lassen (Zustimmung) und vor allen Dingen den einen pädagogischen Grundsatz festhalten, daß man immer einen Anknüpfungspunkt haben muß, wenn man einen Menschen weiterfördern will, daß man vom Nahen zum Entfernten gehen muß, und das Nahe ist nun einmal das Hausfrauentum und die Mutterschaft. Daran müssen wir anknüpfen, und von hier aus müssen wir den engen Zusammenhang zwischen den ökonomischen, sozialen und politischen Erscheinungen den Frauen klarzumachen versuchen.

Es ist weiter der Vorwurf erhoben worden, daß von oben herunter, von der Zentralstelle der Partei sowohl, als auch von der Reichstagsfraktion, nicht genügend Anregung hinausgehe in die Parteikreise. Es will mir scheinen, als ob wir in diesen Gedankengängen noch zu sehr Mitglieder des Obrigkeitsstaates waren, in welchem man erwartet hat, daß alles Gute von oben komme. (Sehr gut!) Wir leben heute in einem demokratischen Staat, und ich denke, es liegt im Sinn und Zweck der Demokratie, daß die Bewegung von unten her eingesetzt und von unten her ihr Wille zwingend wird.

Eine andere Genossin hat erklärt, daß sie den Eindruck gewonnen habe, daß eine große Gefahr darin liege, wenn die Frauenbewegung zu sehr in das bürgerliche Fahrwasser gerät. Wenn ich sie recht verstanden habe, hat sie gemeint, daß zu sehr die individuelle Entwicklung betont worden sei und daß

wir damit in den schrankenlosen Individualismus des Bürgertums verfallen. Es wäre mir außerordentlich leid, wenn meine Ausführungen nach dieser Richtung hin verstanden worden wären. Die Frauen haben in der Vergangenheit viel Hingebung geübt, aber sie haben Gott darüber vergessen; damit ist gemeint, daß sie ihren Eigenzweck vergessen haben, daß sie darüber vergessen haben, was sie als Frauen der Gemeinschaft aller zu geben haben. Wir aber wollen nicht irgendwie die Geschlechtsfeindschaft, die im Unterbewußtsein der Menschheit ruht, vertiefen und verschärfen, sondern die Aufgabe der sozialdemokratischen Frau ist es, die Interessengegensätze von Mann und Frau in einer höheren Einheit zu verschmelzen, in der Einheit sozialen Menschentums. Nicht durch Selbstauslöschung werden wir der Gesellschaft am besten dienen, sondern wenn wir unsere Persönlichkeitsentwicklung von dem Standpunkt auffassen, daß wir aus uns das beste machen müssen, damit der Gesellschaft das Beste zuteil werde. (Lebhafter Beifall.) In diesem Sinne, habe ich gemeint, muß auch die Persönlichkeit der Frau entwickelt werden, um ihren Dienst an der sozialistischen Gesellschaft zu leisten.

Lassen Sie mich von diesem reinen Frauenproblem einen Schritt weitergehen! Wir kämpfen gegenwärtig mit unseren eigenen Klassenbrüdern den Kampf um Demokratie oder Diktatur. Wir haben uns unseren Parteigrundsätzen entsprechend für die Demokratie entschieden. Aber das heißt auch nicht Selbstauslöschung, um allen gerecht zu werden. Das heißt auch Selbstbehauptung, d. h. auch, den sozialistischen Geist deswegen vertiefen und pflegen, denn Demokratie bedeutet ein viel schwierigeres Kampfmittel, als es die Gewalt gewesen ist. Politische Bewegung in der Demokratie, die zum Sozialismus führen soll, muß sozialistischen Geist akkumuliert haben. Womit wollen Sie kämpfen, wenn nicht Ihr tägliches Leben diesen sozialistischen Geist atmet? Womit wollen Sie kämpfen, wenn Sie nicht selbst das geworden sind, was Sie durch Ihre Parteizugehörigkeit vorgeben, wenn Sie nicht Sozialisten geworden sind? Auch hier heißt es nur: Weiterentwicklung zum Wohle der Partei und der Gesellschaft.

Lassen Sie mich diesen Gedanken noch weiter hinausverfolgen in die Gemeinschaft der Völker hinein. Ich habe gestern gesagt, daß ich es als eine der vornehmsten Aufgaben der sozialdemokratischen Frauen ansehe, die Verständigung unter den Völkern zu pflegen, die Völkergemeinschaft herbeizuführen, nicht in dem Sinn, wie es von vielen Frauen auch links von uns geschieht, auch hier nicht Selbstauslöschung. Glauben Sie, daß wir der Völkergemeinde damit dienen, daß wir unsere ganze Volkspersönlichkeit auslöschen, daß wir nur anerkennen, was an den anderen gut und schön ist und in dem eigenen Volke das Gute und Starke nicht pflegen? Wir werden diese Völkergemeinschaft in fruchtbarem Sinne nur dann bekommen, wenn sich jedes Volk seiner besonderen Kraft bewußt ist und dieser entsprechend in der größten Gemeinschaft der Menschen, in der Völkergemeinschaft, wirkt. In diesem Sinne lassen Sie mich den Schluß damit machen: Laßt uns unsere Arbeit erkennen und laßt sie uns tun, zum Wohle der sozialistischen Gesellschaft! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Dr. Caspari: Auch ich kann mich in Anbetracht der vorgerückten Zeit und der Tatsache, daß die Diskussion naturgemäß nicht viel neues gebracht hat, kurz fassen. Von einem Redner ist gesagt worden, wir sprechen zuviel über die Wohlfahrtspflege und müßten mehr handeln. Wenn wir auf einer solchen Tagung wie hier über die Wohlfahrtspflege sprechen, liegt darin bereits eine Tat. Eine Tat erblicke ich darin, daß wir uns endlich einmal klar werden auf diesem Gebiet, was wir eigentlich wollen, und daß wir klar erkennen, was die Sozialdemokratische Partei als ihre Aufgabe zu erfassen hat, und nunmehr danach handeln.

Weiter ist hier das Rote Kreuz angegriffen worden usw. Darauf will ich nicht im einzelnen eingehen. Ich möchte nur eins zum Ausdruck bringen: Bei der Forderung, mit aller Entschiedenheit unsere Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt zu schaffen, verkenne ich unter keinen Umständen in Anbetracht der heutigen Verhältnisse, daß wir auf das Zusammenarbeiten mit der bürgerlichen Liebestätigkeit heute noch angewiesen sind. (Zurufe: Leider!) Jawohl leider, aber es wäre falsch und entspräche nicht unserer auf das Praktische gerichteten Politik, wenn wir mit ihnen nicht zusammenarbeiten wollten. Wir dürfen uns nicht in das Nebelland verlieren, wir sind noch immer auf diese Kreise angewiesen. Das weiß jeder, der praktisch Wohlfahrtspflege getrieben hat.

An dem Antrage zu § 218 und 219 des St.G.B. habe ich ein besonderes Interesse, weil ich als einer der Begründer der Berliner Schwangerenfürsorgestelle recht tief in das Seelenleben gerade der hilfsbedürftigsten schwangeren Frauen Einblick nehmen konnte. Ich kann mir kaum einen durchdachteren Antrag auf diesem Gebiet denken als den, der jetzt von unserer Reichstagsfraktion gekommen ist, ich kann mir aber nichts Törichteres und Unpraktischeres denken, als nun die Oeffentlichkeit gegen unseren eigenen Antrag einzunehmen (Sehr richtig!), so daß nicht nur der von den Hamburger Genossinnen eingebrachte Antrag fällt, sondern auch unser Antrag der Reichstagsfraktion in den Orkus gleitet. Ich möchte als Mann gerade hier unter Frauen auf etwas hinweisen, was ich in der praktischen Tätigkeit richtig kennengelernt habe: das ist die ungeheure heilige Freude der Frau am werdenden Kind. Wenn man so als Mann und Familienvater seine Frau in diesen Monaten beobachtet hat, da möchte ich die Frau sehen, die da sagt: Wenn die Abtreibung ganz straflos ist, lasse ich abtreiben! (Sehr richtig! — Zuruf Dr. Knacks: Habe ich denn das gesagt?) Das sind die kranken Frauen, nicht die sozialistischen Frauen, die sich ihre Zukunft bereiten wollen. (Lebhafter Beifall, Zuruf Dr. Knacks: Das habe ich ja nicht gesagt!) Das ist aber doch die logische Auswirkung Ihres Antrages. Mag die Versammlung durch ihre Abstimmung beweisen, welchen Gedankengängen zu folgen sie gewillt ist.

Eine der grundsätzlichen Fragen will ich noch einmal hervorheben: die Kostenfrage. Eine der Genossinnen hat gesagt, die Kosten für die Wohlfahrtspflege müssen aufgebracht werden. Ja, die Kosten müssen aufgebracht werden, nur von wem in diesem Augenblick? Auch hier dürfen wir nicht Vogelstraußpolitik betreiben und uns hinter Dingen verschanzen, die anders liegen, als unser Gemüt es will, wie sie aber unser kritischer Verstand nun einmal zu sehen gezwungen ist. Es ist Tatsache, daß die Kommunen am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. (Zustimmung.) Der Staat lebt von der Hand in den Mund. Und auf der anderen Seite ist es Tatsache, daß die Wohlfahrtspflege getrieben werden muß. So lautet das Problem, und da müssen wir als Sozialdemokraten Mittel und Wege finden, um von uns aus weiterzukommen, nicht immer das elende Schielen nach oben, aus uns, aus der werktätigen Masse heraus muß die Hilfe kommen. (Sehr richtig!) Die Waldenburger, die Rothenbacher, die Bielefelder Arbeiter sind Pioniere dafür, wie man den Sozialismus durchzuführen hat. Wenn ich auch gesagt habe, daß die Wohlfahrtspflege allen Volkskreisen zugute zu kommen hat, so ist doch heute nicht zu verkennen, daß die Wohlfahrtspflege zuerst da ist, um diese verelendete, geistig und körperlich, leider vielfach auch sittlich heruntergekommene Masse wieder aufzurichten, denn wir können den Sozialismus als politische Bewegung nicht weiter betreiben, wenn wir nicht beim Individuum anfangen und es zum Sozialisten machen. Auch das ist einer der Zwecke der Wohlfahrtspflege. Wenn wir das

aber wollen: selbst ist der Mann, selbst ist die Partei! (Beifall.) Die Befreiung der Arbeiterklasse ist das Werk der Arbeiterklasse selbst. So ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit der Schluß, daß die Befreiung nur geschehen kann mit der Wohlfahrtspflege, also müssen wir auch die Kosten von uns aus aufbringen, solange der Staat nicht dazu in der Lage ist. Folgen wir also auf dem Wege, der jetzt eingeschlagen worden ist! Es kommt nur darauf an, daß man auch unseren männlichen Genossen einmal klipp und klar zum Bewußtsein bringt, welche Bedeutung die Wohlfahrtspflege nicht bloß für das körperliche Gedeihen, sondern auch für die Stoßkraft des Sozialismus besitzt. (Zuruf: Das gehört auf den Parteitag.) Darüber kann man vielleicht verschiedener Ansicht sein. Ich für meinen Teil freue mich, daß ich mein Referat vor den sozialdemokratischen Frauen habe halten können (Lebhafte Zustimmung), weil sie auf diesem Gebiete mehr Gemütswerte aufzuweisen haben, als nun einmal ein Mann aufzubringen imstande ist, weil sie berufen sind, Bannerträgerinnen zu sein. Bringen Sie werktätige Liebe, planmäßige Wohlfahrtspflege zu treiben, in Herz und Köpfe auch unserer sozialistischen Männerwelt. Wenn das der Erfolg der Konferenz ist, dann bin ich froh, daß ich das Referat hier gehalten habe und nicht auf dem Parteitag. (Beifall.) Wenn wir die Wohlfahrtspflege zu dem machen wollen, was sie sein soll, dann müssen wir handeln nach Goethes Wort: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen." (Lebhafter Beifall.)

Darauf folgt die Abstimmung über die Anträge.

Zum Ausbau der „Gleichheit" wird folgender Antrag 4 Groß-Berlin angenommen:

4. Groß-Berlin: Der Parteitag wolle beschließen, je nachdem es zweckmäßig für die Bezirke erscheint, von den Frauen den gleichen Beitrag wie für die Männer zu erheben, ihnen aber dafür die „Gleichheit" obligatorisch zu liefern, oder aber die „Gleichheit" den Tageszeitungen als Wochenbeilage beizulegen.

Dadurch ist der folgende Antrag 18 Niederrhein erledigt.

18. Niederrhein: Die Frauenkonferenz des Bezirks Niederrhein beantragt: Die Reichsfrauenkonferenz möge den Parteitag ersuchen, folgendem Beschluß zuzustimmen: Die Parteizeitungen werden ersucht, die „Gleichheit" als wöchentliche Beilage einzuführen. In den Bezirken, in denen aus finanziellen oder technischen Gründen eine derartige Belieferung unmöglich ist, müssen die Frauenbeiträge entsprechend erhöht werden, damit dann eine obligatorische Belieferung der Frauen mit der „Gleichheit" erfolgt.

Die Anfrage Hamburg: Wie denkt sich die Frauenzentrale den weiteren Ausbau der „Gleichheit"? Würde es sich empfehlen, gute, fortlaufende Romane aufzunehmen? wird der Redaktion als Material überwiesen.

Folgender Antrag Wachenheim wird in getrennter Abstimmung gegen wenige Stimmen angenommen:

Der Parteivorstand wird aufgefordert, nach Möglichkeit in allen Agitationsbezirken neben den amtierenden Bezirkssekretären auch noch eine Genossin als Sekretärin anzustellen.

Zur Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben werden von allen erhobenen Beiträgen 5 Proz. mehr als bisher an den Parteivorstand abgeführt.

Vorsitzende **Juchacz**: Der Antrag „Die Frauenkonferenz möge beschließen, das Referat des Genossen Caspari soll als Broschüre gedruckt und unter den Genossinnen zur Aufklärung über unsere Ziele in der Wohlfahrtspflege verbreitet werden", kann nur dem Parteivorstand überwiesen werden. Wir

müssen bedenken, daß man bei der ungeheuren Papierteuerung und den heutigen Arbeitslöhnen nicht mehr Hunderttausende von Broschüren kostenlos in die Masse werfen kann.

Der Antrag findet gegen wenige Stimmen Annahme.

Folgende Anträge Hamburg (7, 8 und 9) werden auf Vorschlag der Vorsitzenden der Kommission überwiesen, die der Parteitag zur Revision des Programms oder zur Schaffung eines Aktionsprogramms einsetzen wird.

7. Die Hamburger Genossinnen richten an die Frauenkonferenz die Bitte, energisch für die rechtliche Gleichberechtigung der Frauen einzutreten.

Die politische Gleichberechtigung haben wir erreicht, die wirtschaftliche ist in der Durchführung begriffen. Aber noch heute, zwei Jahre nach der Revolution, werden keine Anstalten gemacht, um die Forderungen des Erfurter Programms auf Abschaffung aller Gesetze, welche die Frauen in privatrechtlicher Beziehung benachteiligen, zur Verwirklichung zu bringen.

Nicht nur in den Gesetzen selbst, auch bei der Ausführung der Gesetze durch die Gerichte muß die Gleichberechtigung der Frauen, wie dies in anderen Ländern schon der Fall ist, auch in Deutschland durchgeführt werden.

Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Ausschluß der Frauen vom Amt der Richter, Schöffen usw. stehen im Widerspruch zum Artikel 119 der Verfassung, der festlegt, daß die Ehe auf der Gleichberechtigung beider Geschlechter beruht, und zum Artikel 128, daß alle Staatsbürger ohne Unterschied zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen sind.

Pflicht der sozialdemokratischen Frauen ist es, auch hier, wie im politischen und wirtschaftlichen Kampf, voranzugehen und nicht zu ruhen, bis das Ziel erreicht ist.

8. Wir beantragen, daß die Frauenkonferenz der S. P. D. die Gleichstellung der Frau auch bezüglich der Entlohnung fordert, also der Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, zur Durchführung kommt.

9. Wir beantragen, daß die Frauenkonferenz der S. P. D. gleiche Unterstützung für weibliche und männliche Erwerbslose fordert.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird ein Antrag Wachenheim-Todenhagen, der die Aufhebung der Demobilmachungsverordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen für Männer verlangt:

Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion dafür zu sorgen, daß die die Frauenarbeit erschwerenden Bestimmungen der Demobilmachungskommissare aufgehoben und in der gleichen Weise wirkende Verordnungen nicht mehr erlassen werden

einstimmig der Reichstagsfraktion überwiesen. Dadurch ist der Antrag 10, Hamburg, erledigt:

10. Hamburg: In Anbetracht der immer mehr um sich greifenden Erwerbslosigkeit und der dadurch bedingten Not ist es unbedingt notwendig, daß die Verordnung des Demobilmachungskommissars, nach der die gleichzeitige erwerbstätige Beschäftigung von Mann und Frau verboten ist, streng durchgeführt wird, damit mehr Arbeitsstellen für Erwerbslose frei werden. Wir verlangen, daß das Gesetz auch auf die Beamten angewandt wird, solange die Arbeitslosigkeit es erfordert.

Einstimmige Annahme findet die vom Vorstand vorgeschlagene Entschließung:

1. Das ganze Gebiet der Jugendlichen-Kriminalität muß aus dem Bereiche des Strafrechts in den Bereich der Erziehung gebracht werden.

2. Das jugendliche Verbrechertum ist vorbeugend zu bekämpfen durch Aufhebung der sozialen Mißstände, welche die Ursache der meisten Verbrechen darstellen und durch staatliche Fürsorge für alle gefährdeten Kinder und Jugendlichen.

3. Gerichtsverfahren gegen Jugendliche, auch in der Form von Jugendgerichten, widersprechen dem Geiste der Erziehung. Gefängnisstrafen dürfen in keinem Falle über Jugendliche verhängt werden. Der kriminell gewordene Jugendliche soll dem Jugendamte unterstellt werden, das seinen erweiterten und vertieften Aufgaben entsprechend auszubauen ist. Diese Instanz veranlaßt zunächst gründliche seelische und körperliche Beobachtung des jungen Straffälligen und sorgfältige Prüfung seiner bisherigen Lebensverhältnisse, um ihn der geeignetsten erzieherischen oder heilpädagogischen Behandlung zuführen zu können.

4. Die Fürsorgeanstalten sind zu verstaatlichen oder doch weitgehender staatlicher Aufsicht zu unterstellen und durch staatliche Unterstützung vom Ertrage der Kinderarbeit wirtschaftlich unabhängig zu machen. Die Prügelstrafe ist unverzüglich abzuschaffen.

5. Solange gegen Jugendliche noch gerichtlich vorgegangen wird, muß die psychiatrische Untersuchung und Beobachtung schon im Vorverfahren obligatorisch werden.

Ebenso der Antrag 3, München:

Die Generalversammlung wolle die Delegierten beauftragen, bei der Beratung über Jugendwohlfahrt auf der Reichsfrauenkonferenz für folgende Grundsätze einzutreten:

1. Das ganze Gebiet der Jugendlichenkriminalität muß aus dem Bereiche des Strafrechts in den Bereich der Erziehung gebracht werden.

2. Das jugendliche Verbrechertum ist vorbeugend zu bekämpfen durch Aufhebung der sozialen Mißstände, welche die Ursachen der meisten Verbrechen darstellen und durch staatliche Fürsorge für alle gefährdeten Kinder und Jugendlichen.

3. Gerichtsverfahren gegen Jugendliche, auch in der Form von Jugendgerichten, widersprechen dem Geiste der Erziehung. Gefängnisstrafen dürfen in keinem Falle über Jugendliche verhängt werden. Der kriminell gewordene Jugendliche soll dem Jugendamte unterstellt werden, das seinen erweiterten und vertieften Aufgaben entsprechend auszubauen ist. Diese Instanz veranlaßt zunächst gründliche seelische und körperliche Beobachtung des jungen Straffälligen und sorgfältige Prüfung seiner bisherigen Lebensverhältnisse, um ihn der geeignetsten erzieherischen oder heilpädagogischen Behandlung zuführen zu können.

4. Die Fürsorgeanstalten sind zu verstaatlichen oder doch weitgehender staatlicher Aufsicht zu unterstellen und durch staatliche Unterstützung vom Ertrage der Kinderarbeit wirtschaftlich unabhängig zu machen. Die Prügelstrafe ist unverzüglich abzuschaffen.

5. Solange gegen Jugendliche noch gerichtlich vorgegangen wird, muß die psychiatrische Untersuchung und Beobachtung schon im Vorverfahren obligatorisch werden.

Ein Antrag der Genossin Schröder:

Die Reichskonferenz richtet das dringende Ersuchen an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit aller Energie dahin zu streben, daß die den Frauen in der Verfassung gewährleisteten Rechte in der Gesetzgebung durchgeführt werden. Besonders gilt dies auch vom Eherecht und den Rechten der unehelichen Kinder.

Dieser Antrag wird einstimmig dem Parteitag mit der Bitte um Unterstützung überwiesen.

Zwei andere Anträge, die miteinander im Zusammenhang stehen, finden Annahme mit der Maßgabe, daß der Vorstand im Einvernehmen mit den Antragstellern sie zu einem Antrag formulieren soll. Der Antrag lautet nun:

Der Frauentag beauftragt die Fraktion des Reichstages, die Regierung über ihre Stellung zu den vielfachen Verstößen der Verwaltungsbehörden gegen Artikel 119 und 121 der Verfassung wie folgt zu befragen:

Ist der Regierung bekannt, daß die Verwaltungsbehörden des Reiches, der Staaten und der Kommunen, insonderheit die Reichspostverwaltung wiederholt gegen die Bestimmungen der Artikel 119 und 121 der Verfassung, in denen der Mutterschaft Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates und den unehelichen Kindern die Schaffung der gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung wie den ehelichen gewährleistet wird, und gegen den Artikel 128 der Verfassung, der bestimmt, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden sollen, durch Entlassung unehelicher Mütter aus dem Dienst verstoßen haben? Und ist sie bereit, der Verfassung in den Verwaltungen durch Erlaß einer Verfügung: Uneheliche Mutterschaft ist kein Entlassungsgrund für Beamtinnen und kein Hinderungsgrund für die Einstellung von Beamtinnen, Geltung zu verschaffen?

Zum gesetzlichen Verbot der Kinderarbeit findet der abgeänderte Antrag 6, Groß-Berlin, einstimmige Annahme:

Da die Kinderarbeit in erschreckendem Umfange zugenommen hat, wird die Fraktion ersucht, schleunigst für eine Reform des Kinderschutzgesetzes und für ein Verbot jeder gewerblichen Kinderarbeit einzutreten.

Dadurch sind die Anträge 1, Chemnitz:

Die Reichsfrauenkonferenz ersucht die Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß die Kinderarbeit sofort verboten wird,

und 13, Hamburg:

Gänzliches Verbot der gewerblichen Kinderarbeit für jedes schulpflichtige Alter, Artikel 122 der Reichsverfassung,

erledigt.

Mit Zustimmung des Antragstellers wird folgender Antrag Hamburg (Dr. Knack) der Reichstagsfraktion als Material überwiesen:

Die Reichskonferenz ersucht den Parteitag, zu beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt:

1. In Abänderung und Erweiterung des von ihr betreffend das Recht der Frau auf künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft gestellten Antrages dahin zu wirken, daß das Reichsstrafgesetzbuch, etwa wie folgt, abgeändert wird:

§ 218 (Fruchtabtreibung).

Die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft darf nur durch einen im Deutschen Reiche approbierten, in der Geburtshilfe erfahrenen Arzt bzw. eine Aerztin vorgenommen werden. Schwangere, welche wider besseres Wissen dieser Bestimmung zuwiderhandeln, werden mit Gefängnis bis zu ¼ Jahr bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Haft nicht unter drei Tagen ein. Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher, ohne im Besitz einer für das Deutsche Reich gültigen ärztlichen Approbation zu sein, mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tötung bei ihr angewandt oder ihr beigebracht hat.

§ 219 (Kurpfuscherei).

Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer ohne im Besitz einer für das Deutsche Reich gültigen ärztlichen Approbation zu sein, einer Schwangeren, welche ihre Frucht abgetrieben oder getötet hat, gegen Entgelt die Mittel hierzu verschafft, bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.

Wer im Besitze der für das Deutsche Reich gültigen ärztlichen Approbation, aber ohne genügende Erfahrung in der Geburtshilfe die Unterbrechung einer Schwangerschaft vornimmt, wird, falls dadurch eine bleibende Schädigung der Schwangeren statt hat, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, falls dadurch der Tod der Schwangeren verursacht wird, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein; sie erlischt nach einem halben Jahr.

Als in der Geburtshilfe erfahrener Arzt gilt:

a) Wer bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nach erfolgter Approbation mindestens fünf Jahre lang eine allgemein ärztliche Praxis mit geburtshilflicher Tätigkeit unbeanstandet ausgeübt hat;

b) wer nach erfolgter Approbation mindestens ½ Jahr lang an einer geburtshilflichen Klinik oder einer dieser gleichzuachtenden Anstalt unter Leitung eines anerkannten Spezialarztes für Frauenkrankheiten tätig gewesen ist;

c) wer, ohne die unter a und b aufgeführten Vorbedingungen erfüllt zu haben, vor einer aus mindestens einem beamteten Arzte der regionalen Gesundheitsbehörde und einem staatlich beauftragten Spezialarzt für Geburtshilfe bestehenden Kommission den Befähigungsnachweis zur künstlichen Unterbrechung der Schwangerschaft erbracht hat.

§ 220 (Fruchtabtreibung wider Willen der Schwangeren).

Wer die Leibesfrucht einer Schwangeren ohne deren Wissen oder Willen vorsätzlich abtreibt oder tötet, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Ist durch die Handlung der Tod der Schwangeren verursacht, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein. Ausgenommen von dieser Strafbestimmung sind diejenigen Fälle, in denen nach Entscheidung einer aus mindestens vier ärztlichen und rechtsgelehrten Sachverständigen bestehenden Kommission aus Gründen körperlicher oder geistiger Minderwertigkeit der Eltern im öffentlichen Interesse die Unterbrechung der Schwangerschaft vorgenommen wird.

2. Dafür Sorge zu tragen, daß die von einer Schwangeren gewollte Unterbrechung ihrer Schwangerschaft als Krankheit im Sinne der Reichsversicherungsordnung anzusehen ist, und daß derartige Frauen ähnlicher ärztlicher und wirtschaftlicher Hilfe teilhaftig werden, wie sie in den reichsgesetzlichen Bestimmungen über Wöchnerinnenfürsorge vom 26. September 1919 und 30. April 1920 vorgesehen ist.

3. Baldigst alle Strafbestimmungen (besonders § 184, 3 des Reichsstrafgesetzbuches) zu beseitigen, die den Verkehr mit empfängnisverhütenden Mitteln zurzeit noch entgegenstehen.

Ebenso der Antrag 14, Hamburg:

Auch Witwen, die ihren Mann infolge von Krankheit verloren haben, erhalten eine Unterstützung, also Erweiterung und Ausbau der Alters-, Invaliden- und Unfallversicherungsgesetze,

und folgender Antrag Wachenheim:

Die Frauenkonferenz beauftragt die Reichstagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß gleichzeitig mit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit der Hausangestellten, die von der Fraktion beantragt ist, die übrigen Fragen des Arbeitsverhältnisses der Hausangestellten gesetzlich geregelt werden.

Dazu gehören besonders: Regelung der Arbeitszeit, des Urlaubs, der Kündigungsfrist, der Wohn- und Ernährungsbedingungen, Einbeziehung in die Unfallversicherung, Krankenversicherung der Ortskrankenkassen überall dort, wo solche bestehen, Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht, Ausschaltung der privaten Stellenvermittlung.

Der Antrag 5, Groß-Berlin:

Die Frauenkonferenz von Groß-Berlin beauftragt ihre Delegiertinnen, auf dem Frauentag in Kassel dahin zu wirken, daß Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, die es ermöglichen, daß die ihren Haushalt ohne fremde Hilfe versehenden Frauen als werteschaffend und werterhaltend für das Volksganze von der Gesetzgebung anerkannt werden und ihnen gleich den anderen freien Berufen eine Vertretung im Reichswirtschaftsrat zugestanden wird,

wird dem Frauensekretariat und den weiblichen Mitgliedern der Parlamente überwiesen, damit sie sich mit diesem Gedanken beschäftigen.

Dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt wird folgender Antrag 17, Niederrhein, zur Berücksichtigung überwiesen:

Da die Mütterausbildung als ein wichtiger Faktor zur Gesundung des deutschen Volkes (der deutschen Familie) und zum Aufbau unseres Wirtschaftslebens angesprochen werden muß, sind Mittel zur Errichtung von entsprechenden Ausbildungskursen verfügbar zu machen.

Die theoretische Seite würde die wissenschaftliche Schulung der Mütter durch gemeinverständliche Vorträge aus dem Gebiete der Haushaltungskunde, der Kinderpsychologie usw., durch belehrende Besichtigungen von heilpädagogischen, hauswirtschaftlichen usw. Instituten vorsehen.

Die praktische Seite würde eine gründliche Aus- und Fortbildung in Koch-, Flick-, Einmach-, Säuglingspflege- usw. Kursen gewährleisten,

ebenso folgender Antrag 16, Niederrhein:

Die Frauenausschüsse der Gewerkschaften des neutralen Auslands (Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz) sind aufzurufen, sich einzusetzen: 1. für einwandfreie berufliche Unterbringung erwerbsloser deutscher Mädchen, 2. für gute pflegerische Aufnahme unterernährter, erholungsbedürftiger deutscher Kinder,

und der Antrag 12, Hamburg:

Ich beantrage, daß sich die Frauenkonferenz eingehend mit der Frage, überall in Deutschland neben der Parteiorganisation und Arbeiterjugendorganisation auch Kinderabteilungen einzurichten, worin Kinder von etwa 6 bis 14 Jahren aufgenommen werden, beschäftigt.

Ferner liegt die Resolution Franz-Chemnitz vor:

Die am 9. Oktober in Kassel tagende Reichskonferenz der Frauen erblickt in der Fürsorge für die hungernden und leidenden Kinder eine ihrer wesentlichsten Aufgaben.

Furchtbar ist das Elend, welches durch den Krieg und die Hungerblockade über die deutschen Kinder hereingebrochen ist. Zu Tausenden und aber Tausenden werden sie Opfer der Tuberkulose, und die Zukunft eines großen Kulturvolkes steht durch die Unterernährung auf dem Spiel.

Betroffen werden von diesem Schicksal hauptsächlich die Kinder der Hand- und Kopfarbeiter, die nichts tun können, um das grausame Schicksal ihrer Kinder abzuwenden.

Die Konferenz sozialdemokratischer Frauen erachtet es deshalb als ihre Pflicht, zu fordern, daß die Arbeiterklasse aufgerüttelt wird, in dieser Frage einig und geschlossen zu handeln. Die Hilfe des Staates allein ist hier zu schwach, durchgreifend zu helfen, deshalb müssen alle Kräfte gelöst werden, die helfen an diesem großen Werk der Kinderrettung. Rettung kann aber nur eine umfassende Organisation der Kräfte bringen. Die bürgerlichen Klassen Deutschlands haben seit der Revolution es vielfach an dem Opfersinn mangeln lassen, der notwendig wäre, umfassende Hilfe leisten zu können, vielmehr haben die Großproduzenten die Aushungerung der Bevölkerung durch schamlosesten Wucher fortgesetzt.

Die Arbeiterklasse muß deshalb selbst dieses Rettungswerk organisieren.

Diese Organisation besteht in der Bildung eines Reichsausschusses aus Vertretern aller Bezirke. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, diesen Reichsausschuß zu bilden und die Führung bewährten organisatorischen Kräften zu übertragen. Parteivorstand und Gewerkschaftsbund haben die Aufgabe, mit allen Kräften die Tätigkeit des Reichsausschusses zu unterstützen.

Aufgabe des Ausschusses ist es, durch Sammlungen und Veröffentlichung von Berichten die Arbeiterklasse der ganzen Welt von der Gefahr zu unterrichten, die dem deutschen Volke droht und an ihr soziales Gewissen zu appellieren.

Aufgabe des Ausschusses ist es, auch in Deutschland den besitzenden Kreisen, besonders den Landwirten, das Gewissen zu schärfen für ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber den Kindern.

Aufgabe des Reichsausschusses ist es, durch Aufrufe an die organisierte Arbeiterschaft Mittel zu schaffen zur Erholung der Kinder, denn nur durch zusammenfassende Arbeit wird es möglich sein, in großem Maße zu helfen.

Die Reichskonferenz sozialdemokratischer Frauen dankt den ausländischen Genossen und Freunden deutscher Kinder, besonders den dänischen Parteigenossen, für ihr bisheriges Liebeswerk und hofft, daß es auch möglich sein wird, durch dieses Liebes- und Aufklärungswerk den Haß und die Voreingenommenheit der Völker untereinander zu beseitigen und diese einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen.

Die Resolution wird dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt als Anregung überwiesen.

Vorsitzende **Juchacz** stellt fest, daß sich die Antragsteller selbst hierbei der Stimme enthalten haben. (Hört, hört!)

Zur Friedensfrage liegen die beiden Anträge 2, München:

Der Frauentag möge an die Internationale den Antrag stellen, dieselbe möchte in kürzester Zeit einen internationalen Frauentag einberufen. Dieser soll für den allgemeinen Weltfrieden eintreten. Die Frauen aller Länder mit ihren Kindern mögen sich im Geiste möglichst zur gleichen Stunde in dem Gedanken für dieses Ziel vereinen,

und 11, Hamburg, vor:

Die Frauenkonferenz wird ersucht, ganz energisch Stellung zu nehmen gegen jeden Krieg und für strikteste Innehaltung der Neutralität im Krieg zwischen Rußland und Polen.

Dazu bemerkt Vorsitzende **Juchacz**: Eine derartige Aktion ist nur möglich, wenn die Initiative von anderer Seite, d. h. von außenstehender Seite, ergriffen würde. Ich möchte bitten, daß über die Anregung München, ohne daß ich dem Gedanken des Weltfriedens ins Gesicht schlagen will, zur Tagesordnung übergegangen wird. Dem Antrage 11, Hamburg, entsprechend hätte eine Resolution verfaßt werden können.

Die Konferenz ist damit einverstanden.

Einstimmige Annahme findet folgende Resolution Bremen:

Die Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands protestiert ganz entschieden gegen das wucherische Treiben der Lebensmittelschieber, welche die notwendigsten Lebensmittel und Schlachtvieh ins Ausland verschieben, während große Massen der deutschen minderbemittelten Bevölkerung, vor allem deren Kinder, an Unterernährung zugrunde gehen. Die Frauenkonferenz fordert von allen Genossinnen und Genossen, die in Kommunen, Staat oder Reich als Parlamentsvertreter tätig sind, daß sie sich mit aller Kraft gegen dieses volksvernichtende Treiben der Lebensmittelverteuerung zur Wehr setzen. Ueberall sind unverzüglich Schritte einzuleiten, um das schlimmste, eine katastrophale Hungersnot in den Städten, zu verhüten.

Die Frauenkonferenz überreicht diesen Protest dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vorsitzende **Juchacz**: Ich bitte, dem Vorstand der Frauenkonferenz Vollmacht zu geben, die Anträge zu sortieren, drucken zu lassen und dem Parteitag, dem Parteivorstand oder den Körperschaften, für die sie bestimmt sind, zu übergeben. (Zustimmung.)

Franz-Chemnitz (persönlich): Nach der Art der Behandlung der Resolution habe ich darauf verzichtet, für die Resolution zu stimmen, weil ich nicht mehr das Vertrauen habe, daß sie zu einer praktischen Tat wird.

Frau **Steinhäuser** (außerhalb der Tagesordnung): Genossen und Genossinnen! Ich kann es nicht unterlassen, am Schlusse unserer Frauentagung auch auf jene Frauen hinzuweisen, die unter der Besetzung so unendlich viel zu leiden haben. (Beifall.) Wir wollen von dieser Stelle aus die Versicherung abgeben, daß wir mit ihnen fühlen und leiden und alles daran setzen werden, die schwarze Schmach im besetzten Gebiet sobald wie möglich zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende **Juchacz**: Wir sind nun am Schlusse der Reichsfrauenkonferenz angelangt und viele von Ihnen werden ja noch weitere Tage hier bleiben, um an den Beratungen des Parteitages teilzunehmen. Es ist mir ein Bedürfnis, zu sagen, daß ich den Eindruck gehabt habe, daß Sie mit dem allergrößten Ernst sich mit den Problemen befaßt haben, die die heutige sozialistische Frauenwelt überhaupt beschäftigen. Diese Konferenz hat uns drei ganz vorzügliche Referate gebracht. Von allen drei Referaten möchte ich hoffen, daß die Genossinnen und Genossen sie so in sich aufgenommen haben, daß sie sie so verarbeiten werden, daß es ihnen möglich sein wird, bei alledem, was sie nun und in nächster oder fernerer Zukunft tun, die Nutzanwendung daraus ziehen zu können zum Besten der Partei — ich sage mit Absicht der Partei — und zum Besten des Sozialismus, nicht allein der Frauenbewegung als solche. (Sehr richtig!) Denn die Frauenbewegung ist nur ein Glied des großen Ganzen. Sie strebt wie die Sozialdemokratische Partei in ihrer Gesamtheit zum Sozialismus und sie will dem Sozialismus dienen. Die sozialdemokratische Frauenbewegung, also alle in ihr organisierten Frauen, haben das Bestreben, ihre Kräfte so zur Entfaltung und Anwendung zu bringen, daß damit dem Sozialismus und der Partei am allerbesten gedient wird. Daß dieses Bestreben vorhanden ist, das haben die Referate, das hat aber auch die nachfolgende Aussprache bewiesen. Alle, die sich in den Dienst der großen Arbeiterbewegung gestellt haben, sind beseelt von dem großen schöpferischen und

fortschrittlichen Geist, von dem Gefühl, daß wir alle dem Sozialismus zu dienen verpflichtet sind. Das ist das, was ich am Schluß dieser Konferenz zum Ausdruck bringen muß.

Und nun möchte ich eine Schlußfolgerung daran knüpfen, nämlich die, daß Sie alle, wenn Sie hinausgehen, nicht dem Buchstaben getreu das, was Sie hier gehört haben, auf die Bewegung anwenden, sondern daß Sie über das Gehörte hinaus selbst denken, selbst Ihre Erfahrungen sammeln und dann weiterleiten an die Stellen, die ihrerseits nun weiterverarbeiten müssen. Dann werden wir, wenn wir im nächsten Jahre wieder zusammenkommen, uns wieder gegenseitig gereifter, fertiger, vollwertiger gegenüberstehen. Noch eins möchte ich sagen: Wir müssen die Zahl der sozialistischen Kämpfer und Kämpferinnen vermehren. Dazu ist jeder einzelne, der selbst den sozialistischen Gedanken in sich aufgenommen hat, verpflichtet, überall dort, wo sich Gelegenheit dazu bietet — und die bietet sich täglich und stündlich —, dafür zu sorgen, daß die Reihen der Kämpfer und Kämpferinnen für den Sozialismus vermehrt werden, daß aber auch das Wissen und Können der einzelnen vertieft wird. Vor allen Dingen möchte ich, daß die alten, schon lange in der Bewegung stehenden Genossen und Genossinnen ihr Augenmerk darauf richten, die jungen, elastischen, aufnahmefähigen Elemente beiderlei Geschlechts zu uns herüberzuziehen, ihre Kraft und Fähigkeiten in den Dienst des Ganzen zu stellen. Das ist die größte Hauptsache, daß wir nicht allein treu unsere Pflicht erfüllen, sondern auch darüber hinaus, wo es notwendig ist, uns selbst verleugnen können und den vielen, die nur danach hungern und lechzen, auch etwas mitzuarbeiten an den großen Kulturaufgaben, die die Partei sich gesteckt hat, dazu Gelegenheit zu geben, sie freundschaftlich zu stützen, ihnen zu helfen, hineinzudringen in die Bewegung, ihnen mit dem freundschaftlichen Rat zur Seite zu stehen. Wenn wir diesen Gedanken, der letzten Endes doch auch wieder in der großen Idee der Solidarität und des Sozialismus wurzelt, praktisch draußen in der Bewegung zur Anwendung bringen, dann kann es uns nicht fehlen, dann werden wir im nächsten Jahre über einen zahlenmäßigen und ideellen Fortschritt berichten können. Deshalb wünsche ich, daß Sie alle über den Dingen stehen, daß Sie ohne die Kleinlichkeiten des täglichen Lebens und die Kleinarbeiten in der Parteiorganisation zu unterschätzen, es doch verstehen, sich selbst persönlich über die Dinge zu stellen und immer die Sache als das Große, als das Erstrebenswerte anzusehen. Ich glaube am Schlusse dieser Konferenz ganz bestimmt sagen zu können, daß wir wieder einmal nicht umsonst zusammengewesen sind, daß es vorwärts gehen wird bis zum nächsten Jahre. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Frau Dr. **Quarck**: Ich glaube im Namen aller zu sprechen, wenn ich unseren beiden verehrten Vorsitzenden den herzlichsten Dank für die Leitung der Geschäfte ausspreche. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Frauenkonferenz um 1 Uhr 25 Minuten mittags.

Anwesenheitsliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Ackermann, Friedrich	Augsburg	Oberbayern-Schwaben
Albrecht, Aug. Friedrich	Berlin	Verb. der Arbeiterjugendvereine
Andree, Ernst	Hannover	Hannover
Arning, Marie	Elberfeld	Rechter Niederrhein
Auer, Erhard	München	Oberbayern-Schwaben
Azor, Luise	München	Oberbayern-Schwaben
Baer, Otto	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Bartels, Elise	Hildesheim	Hannover
Bartels, Friedrich	Berlin-Tempelhof	Mitglied des Parteivorstandes
Barth, Josef	Reinhausen	Oberpfalz-Niederbayern
Bartosch, Karl	Neustrelitz	Mecklenburg-Strelitz
Bargolini, Ludwig	Ladenburg	Baden
Bauer, Albert	Schrammberg	Württemberg
Bauer, Gustav	Berlin	Reichstagsfraktion
Bauer, Paul	Merseburg	Halle
Baumann, Andreas	Nienburg	Hannover
Bayerer, Alfons	Regensburg	Mitglied des Parteiausschusses
Beck, Else	Gleiwitz	Oberschlesien
Becker, Artur, Gutsbes.	Barthmannshagen	Pommern
Begier, Johs.	Hamburg 21	Hamburg-Nordwest
Berg, August v. d.	Kirschau, Sa.	Ostsachsen
Bernatz, Hermann	Bad Dürkheim	Pfalz
Bernstein, Eduard	Schöneberg-Berlin	Reichstagsfraktion
Bethke, Karl	Freiberg	Ostsachsen
Biester, Louis	Hoisbüttel	Schleswig-Holstein
Birnast, Frau Anna	Breslau	Mittelschlesien
Blase, Therese	Mannheim	Baden
Bohm-Schuch, Frau Klara	Berlin-Britz	Redaktion „Gleichheit“
Bollmann, Minna	Halberstadt	Mitglied des Parteiausschusses
Bombach, Richard	Wilsdruff	Ostsachsen
Brandenburg, Ernst	Stendal	Magdeburg-Anhalt
Brauer, Heinrich	Eisenach	Groß-Thüringen
Brauer, Max	Altona	Schleswig-Holstein
Braun, Dr. Adolf	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Braun, Otto	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Brehmer, Karl	Rostock	Mecklenburg-Lübeck
Bretthorst, Heinrich	Brieg	Mittelschlesien
Brey, August	Hannover	Mitglied der Kontrollkommission
Briat, Fritz	Berlin	Groß-Berlin
Broßwitz, Konrad	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	Mitglied der Kontrollkommission
Brumme, Otto	Leipzig	Leipzig
Bruns, Bernhard	Berlin	Groß-Berlin
Bubert, Walter	Osnabrück	Oldenburg-Ostfriesland
Buchwitz, Otto	Görlitz	Niederschlesien
Buhl, C.	Leipzig	Mitglied des Parteiausschusses
Castan, Ernst	Chemnitz	Chemnitz
Castien, Hermann	Bielefeld	Oestl. Westfalen
Castrup, Wilhelm	Bielefeld	Oestl. Westfalen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Cohen (Reuß)	Neubabelsberg	Groß-Berlin
Conrads, Wilhelm	Hochemmerich	Linker Niederrhein
Cunow, Heinrich	Berlin	Redaktion „Neue Zeit“
Daemisch, Fritz	Höchst a. M.	Hessen-Nassau
Dehne, Heinrich	Stadthagen	Oestl. Westfalen
Demmer, Karl	Wiesbaden	Hessen-Nassau
Deutsch, Emil	Oels	Mittelschlesien
Dewald, Georg	Bamberg	Franken
Dichtl, Adolf	München	Oberbayern-Schwaben
Dietrich, Otto	Falkenberg	Halle
Dietz, Dr.	Karlsruhe	Baden
Drautz, Karl	Senftenberg	Brandenburg
Dreger, Alfred	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Drescher, Reinh.	Halle a. S.	Mitglied des Parteiausschusses
Eberhard, Konrad	Zirndorf	Franken
Eberle, Hugo	Görlitz	Mitglied des Parteiausschusses
Ecker, Fritz	Weiden	Oberpfalz-Niederbayern
Eckstein, Ernst	Breslau	Mittelschlesien
Eggerstedt, Otto	Kiel	Schleswig-Holstein
Eggert, Willi	Stuttgart	Württemberg
Eichler, Conrad	Brandenburg	Brandenburg
Eisenbarth, Heinrich	Hamburg 19	Hamburg-Nordwest
Elias, Luise	Dortmund	Westl. Westfalen
Elsner, Georg	Dresden-A.	Ostsachsen
Engler, Wilhelm	Freiburg	Referent
Evers, Elise	Hannover-Linden	Hannover
Fauth, Gottlob	Bremen	Hamburg
Fehlisch, Bruno	Liegnitz	Niederschlesien
Feller, Hermann	Hildesheim	Hannover
Fellisch, Alfred	Chemnitz	Chemnitz
Fengler, Julius	Northeim	Hannover
Ferl, Gustav	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Franke, Reinhold	Schweidnitz	Mittelschlesien
Fischer, Friedrich	Stuttgart	Mitglied der Kontrollkommission
Fischer, Richard	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Fischer, Theodor	Berlin	Mitglied des Parteiausschusses
Frank, Julius	Kattowitz	Oberschlesien
Frank, Otto	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Franz, Alfred	Chemnitz	Chemnitz
Frerichs, Fritz	Rüstringen	Oldenburg-Ostfriesland
Freudenberg, Frau Marie	Rüstringen	Oldenburg-Ostfriesland
Freudenberger, Felix	Würzburg	Franken
Freudendahl, Frau	Altona-Bahrenfeld	Schleswig-Holstein
Friedla, Frau	Bunzlau	Niederschlesien
Friedrich, Otto	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Fritzsch, Arno	Limbach	Chemnitz
Fritzsch, Eugen	Plauen i. V.	Chemnitz
Funk, Waldemar	Köln	Obere Rheinprovinz
Fürst, Walter	Königsberg	Ostpreußen
Garlipp, Wilhelm	Essen	Rechter Niederrhein
Gebhardt, Magnus	Burg	Magdeburg-Anhalt
Gegner, Gustav	Stolp	Pommern
Gehrke, Ernst	Stralsund	Pommern
Gehrmann, Karl	Harburg	Hannover
Gentner, Hans	Pegnitz	Franken
Gerlach, Paul	Düsseldorf	Rechter Niederrhein
Godknecht, Wilh.	Wismar	Mecklenburg-Lübeck

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Gottwald, Frau	Hirschberg	Niederschlesien
Graeger, Fritz	Oldenburg	Oldenburg-Ostfriesland
Graf, Frau Gertrud	Köslin	Pommern
Graf, Oskar	Pforzheim	Baden
Grein, Dr. Hch.	Neunkirchen	Oberrhein
Groll, Oskar	Lindau	Oberbayern-Schwaben
Grosse, Berthold	Hamburg 19	Hamburg-Nordwest
Gruenwald, L.	Hamburg	Mitglied der Kontrollkommission
Grünberg, Helene	Nürnberg	Mitglied der Kontrollkommission
Grund, Paul	Marburg	Hessen-Nassau
Gruschke, Otto	Nürnberg	Franken
Günther, Max	Schwarzenberg	Chemnitz
Haberland, Karl	Elberfeld	Mitglied des Parteiausschusses
Haberlandt, Wilh.	Flensburg	Schleswig-Holstein
Hackelberg, Rudolf	Kiel	Mitglied des Parteiausschusses
Hagen, Anton	Leipzig	Leipzig
Hahn, Karl	Mannheim	Mitglied des Parteiausschusses
Hähnsen, Louis	Magdeburg	Mitglied des Parteiausschusses
Hammer, Richard	Ludwigshafen	Pfalz
Hänsch, Hermann	Zittau	Ostsachsen
Hartsch, Erwin	Mylau i. V.	Chemnitz
Hartwig, Theodor	Stettin	Pommern
Häublein, Konrad	Hausham (Oberbay.)	Oberbayern-Schwaben
Hauke, Frau Frieda	Kattowitz	Reichstagsfraktion
Hauke, Paul	Kattowitz	Oberschlesien
Haus, Berta	Gregersdorf b. Arys	Ostpreußen
Hauschild, Richard	Kassel	Hessen-Nassau
Hansen, F,	Pries-Friedrichsort, Holstein	Schleswig-Holstein
Haverkamp, J.	Bochum	Westl. Westfalen
Heilmann, Ernst	Charlottenburg	Groß-Berlin
Heinrich, Otto	Siemensstadt-Spand.	Mitglied des Parteivorstandes
Heitmann, Karl	Oldenburg	Oldenburg-Ostfriesland
Helfers, Rosa	Hameln a. W.	Mitglied des Parteiausschusses
Hengsbach, Klemens	Köln	Mitglied der Kontrollkommission
Hensler, Fritz	Dortmund	Westl. Westfalen
Hielscher, Paul	Hirschberg, Schles.	Niederschlesien
Hierl, Michael	Schwabach	Franken
Hildenbrand, Karl	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Hippel, Julius	Lütgendortmund	Westl. Westfalen
Hirsch, Paul	Charlottenburg	Referent
Hoch, Gustav	Hanau	Reichstagsfraktion
Höcker, Heinrich	Herford	Oestl. Westfalen
Hoereth-Menge, Edith	München	Franken
Hoffmann, Hugo	Frankfurt a. O.	Brandenburg
Hoffmann, Max	Guben	Brandenburg
Höga, Klemens	Augsburg	Oberbayern-Schwaben
Hohnsbehn, Gustav	Neumünster	Schleswig-Holstein
Hoin, Richard	Limburg	Hessen-Nassau
Holl, Urban	Landshut	Oberpfalz-Niederbayern
Höpfner, Franz	Hemelingen b. Bremen	Hamburg-Nordwest
Hoppe, Martha	Berlin	Groß-Berlin
Hoßbach, Friedr.	Eschwege	Kassel
Hüffmeier, Emil	Hamburg-Fuhlsbüttel	Hamburg-Nordwest
Hug, Paul	Rüstringen	Oldenburg-Ostfriesland
Hünlich, Oskar	Rüstringen	Mitglied des Parteiausschusses
Jakobs, Heinrich	Kiel	Schleswig-Holstein
Jakobsen, Johann	Itzehoe	Schleswig-Holstein
Jakubowicz, Michael	Berlin	Buchhandlung Vorwärts
Janotta, Erhard	Breslau	Mittelschlesien

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Jensen, Toni	Kiel	Schleswig-Holstein
Jeziorowski, H.	Lötzen	Ostpreußen
Juchacz, Marie	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Kahmann, Hermann	Dresden	Reichstagsfraktion
Kähler, Wilhelmine	Berlin-Steglitz	Ostpreußen
Kaisen, Wilh.	Bremen	Hamburg-Nordwest
Kaspar, Adolf	Fahrnau	Baden
Kayser, Richard	Landsberg a. W.	Brandenburg
Keil, W.	Ludwigsburg	Reichstagsfraktion
Kieß, Paul	Jena	Groß-Thüringen
Kirchner, Georg	Altona	Schleswig-Holstein
Kirchner, Johanna	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Kirschmann, Emil	Köln	Obere Rheinprovinz
Klauder, Karl	Saalfeld a. S.	Groß-Thüringen
Kleemann, Wilh.	Bremerhaven	Hamburg-Nordwest
Klingner, Franz	Coburg	Franken
Klupsch, Fr.	Dortmund	Mitglied des Parteiausschusses
Knack, Dr. Andreas	Hamburg 20	Hamburg-Nordwest
Koch, Richard	Zwickau	Chemnitz
Köhler, Hermann	Göppingen	Württemberg
Köhrich, Paul	Oschersleben	Magdeburg-Anhalt
Körner, Bruno	Ludwigshafen	Mitglied des Parteiausschusses
Kraft, Beigeordneter	Fechenheim	Hessen-Nassau
Kraft, Ernst	Mannheim	Baden
Krätzig, Hermann	Berlin	Reichstagsfraktion
Kröger, Wilh.	Rostock	Mitglied des Parteiausschusses
Krüger, Franz	Cöpenick-Uhlenhorst	Mitglied des Parteivorstandes
Kummer, Fritz	Offenbach a. M.	Hessen
Kunde, Artur	Schlüchtern	Hessen-Nassau
Kunzmann, Theodor	Döbeln	Leipzig
Lacher, Hans	Walchshofen b. Aichach	Oberbayern-Schwaben
Landauer, Dr. Otto	München	Oberbayern-Schwaben
Landgraf, Emil	Glauchau	Chemnitz
Lau, Joh.	Hannover	Mitglied des Parteiausschusses
Lauffötter, Franz	Hamburg 19	Hamburg-Nordwest
Lauschner, Kurt	Königshütte	Mitglied des Parteiausschusses
Lawatsch, Berta	Breslau	Mitglied des Parteiausschusses
Leber, Herm.	Weimar	Mitglied des Parteiausschusses
Lehner, Wally	Regensburg	Oberpfalz-Niederbayern
Leuteritz, Max	Hamburg	Mitglied des Parteiausschusses
Leverenz, Fr.	Crefeld	Mitglied des Parteiausschusses
Lieser, Heinrich	Homburg (Saarpf.)	Pfalz
Lindinger, Alois	Passau	Oberpfalz-Niederbayern
Loeb, Walter	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Löbe, Paul	Breslau	Mitglied der Kontrollkommission
Lohmann, Richard	Berlin	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokrat. Lehrer
Lübke, Friedrich	Uelzen	Hannover
Lübbring, Jos.	Königsberg i. Pr.	Reichstagsfraktion
Ludwig, Alfred	Meißen	Ostsachsen
Ludwig, Pauline	Reichenbach	Chemnitz
Lutz, W.	Worms	Hessen
Lützner, Otto	Dresden-A.	Ostsachsen
Maaß, Bruno	Chron-Vegesack	Hamburg-Nordwest
Mache, Karl	Breslau	Mittelschlesien
Marhenke, Wilhelm	Hannover-Linden	Hannover
Markwardt, Karl	Lüneburg	Hannover
Marx, Franz	Bonn	Obere Rheinprovinz
Matschke, Frau Anna	Berlin	Mitglied des Parteiausschusses

Name	Wohnort	Bezeichnung des Kreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Matthey, Franz	Cottbus	Brandenburg
Matyssiak, Roman	Lipine	Oberschlesien
May, Otto	Dessau	Magdeburg-Anhalt
Maier, Emil	Heidelberg	Baden
Meerfeld, Jean	Köln	Referent
Mehnert, Bruno	Chemnitz	Mitglied des Parteiausschusses
Meier, Richard	Zwickau	Mitglied des Parteiausschusses
Meier, Wilhelm	Detmold	Ostfl. Westfalen
Meisel, Edmund	Crimmitschau	Chemnitz
Merck, Hubert	Kaiserslautern	Pfalz
Meyer, Hermann	Solingen	Rechter Niederrhein
Michel, Willi	Minden i. W.	Ostfl. Westfalen
Miß, Konrad	Köln	Mitglied des Parteiausschusses
Molkenbuhr, Hermann	Berlin-Schöneberg	Mitglied des Parteivorstandes
Moltmann, Karl	Schwerin	Mecklenburg-Lübeck
Moosdorf, Kurt	Gießen	Hessen
Müller, Ernst	Duisburg	Rechter Niederrhein
Müller, Hermann	Berlin-Tempelhof	Mitglied des Parteivorstandes
Müller, Hermann	Lichtenberg	Mitglied der Kontrollkommission
Müller, Max	Chemnitz	Chemnitz
Müller, Otto	Neuhaldensleben	Magdeburg-Anhalt
Nestriepke, Dr. Siegfried	Wilmersdorf	Groß-Berlin
Neue, Paul	Emden	Oldenburg-Ostfriesland
Neumann, Bruno	Allenstein	Ostpreußen
Nimmerfall, Hans	München	Mitglied des Parteiausschusses
Ohlendorf, Fritz	Braunschweig	Hannover
Orphall, Wilhelm	Leisnig	Leipzig
Ossowski, Waldemar	Hindenburg	Oberschlesien
Pagels, Alex.	Berlin	Groß-Berlin
Partzsch, Willy	Großolbersdorf	Chemnitz
Pauler, Rudolf	Brackwede	Ostfl. Westfalen
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Pflüger, Albert	Stuttgart	Württemberg
Pförtner, Georg	Fürth	Franken
Pfülf, Antonie	München	Reichstagsfraktion
Pikard, Emil	Koblenz	Obere Rheinprovinz
Pinkau, Karl	Leipzig	Mitglied der Kontrollkommission
Pinkert, M.	Dresden-A.	Mitglied des Parteiausschusses
Poetzsch, Hugo	Berlin	Mitglied des Parteiausschusses
Pohlmeyer, P.	Münster	Westfl. Westfalen
Popken, Georg	Schönebeck	Magdeburg-Anhalt
Pollender, Berta	Leipzig	Leipzig
Quarck, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Radbruch, Prof. Dr. G.	Kiel	Reichstagsfraktion
Radermacher, Jos.	Düren	Obere Rheinprovinz
Rahmig, Ludwig	Hoyerswerda	Niederschlesien
Ramm, Otto	Minden	Kassel
Ranft, Heinrich	Pirmasens	Pfalz
Reese, Gottlieb	Trier	Obere Rheinprovinz
Reichardt, Hermann	Halberstadt	Magdeburg-Anhalt
Reimann, Max	Rathenow	Brandenburg
Reimann, Wilhelm	Dittersbach	Mittelschlesien
Reitz, Karl	Nürnberg	Franken
Reitze, Frau Johanna	Hamburg	Mitglied des Parteiausschusses
Rennert, Louis	Meiningen	Groß-Thüringen
Riegel, Heinrich	Darmstadt	Hessen
Rinke, Karl	Reuß	Linker Niederrhein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Ritter, Adolf	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Röhl, Frau Elisabeth	Köln	Obere Rheinprovinz
Röhle, Paul	Frankfurt a. M.	Mitglied des Parteiausschusses
Ruggaber, Karl	Ulm a. D.	Württemberg
Ryneck, Elfriede	Bln.-Baumschulenweg	Mitglied des Parteivorstandes
Sachs, Dr. Max	Briesnitz	Ostsachsen
Sachsenröder, Florus	Schmölln, S.-A.	Groß-Thüringen
Sander, August	Wiesenau b. Hann.	Hannover
Scheidemann, Philipp	Kassel	Kassel
Schiller, Artur	Sprottau	Niederschlesien
Schilling, Frau Minna	Döbeln, Sa.	Reichstagsfraktion
Schiskowski, Aug.	Hamm i. W.	Westl. Westfalen
Schlebusch, Hubert	München-Gladbach	Linker Niederrhein
Schlegel, Friedrich	Berlin	Groß-Berlin
Schlichtinger, Rudolf	Regensburg	Oberpfalz-Niederbayern
Schlicke, Alexander	Bln.-Grunewald	Reichstagsfraktion
Schmidt, Fritz	Siegen i. W.	Westl. Westfalen
Schmidt, Georg	Cöpenick	Referent
Schmidt, Gustav	Köln-Ehrenfeld	Obere Rheinpfalz
Schmidt, Richard	Berlin	Mitglied des Parteiausschusses
Schmidt, Robert	Karlshorst	Reichstagsfraktion
Schnabrich, Michel	Hersfeld	Kassel
Schneiberg, Karl	Marlow	Mecklenburg-Lübeck
Schneider, August	Mainz	Hessen
Scholich, Gustav	Breslau	Mitglied des Parteiausschusses
Scholz, Gertrud	Neukölln	Groß-Berlin
Schönfelder, Adolf	Hamburg 22	Hamburg-Nordwest
Schöpflin, Georg	Karlsruhe	Reichstagsfraktion
Schradin, Laura	Reutlingen	Württemberg
Schreck, Karl	Bielefeld	Reichstagsfraktion
Schröder, Luise	Altona	Mitglied des Parteiausschusses
Schubarth, Wilh.	Gummersbach	Obere Rheinprovinz
Schubert, A. O.	Mühlhausen i. Thür.	Groß-Thüringen
Schubard, Max	Ueckermünde	Pommern
Schumann, Frau Elisab.	Stettin	Pommern
Schumann, Oswald	Mahlsdorf	Reichstagsfraktion
Schulz, Adolf	Berlin	Druckereirevisor
Schulz, Berta	Herne	Mitglied des Parteiausschusses
Schulz, Heinrich	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Schulz, Hermann	Elbing	Ostpreußen
Schultz, Albert	Rostock	Mecklenburg-Lübeck
Seidel, Berta	Herne	Westl. Westfalen
Selbert, Elisabeth	Niederzwehren	Kassel
Severing, Karl	Bielefeld	Mitglied des Parteiausschusses
Siering, Willi	Berlin	Brandenburg
Silberschmidt, Hermann	Cöpenick	Reichstagsfraktion
Simon	Neusalz (Oder)	Niederschlesien
Skuhr, Max	Einfal b. Altena i. W.	Westl. Westfalen
Sollmann, Wilhelm	Köln	Reichstagsfraktion
Srowig, Georg	Klettendorf	Mittelschlesien
Stahl, Emil	Spandau	Brandenburg
Stahlberg, Heinrich	Paderborn	Oestl. Westfalen
Stahmann, Heinrich	Dessau	Magdeburg-Anhalt
Stampfer, Friedrich	Berlin	Redakteur des „Vorwärts“
Steinmeyer, Otto	Stuttgart	Mitglied des Parteiausschusses
Steinhäuser, Marg.	Offenbach a. M.	Hessen
Stelling, Joh.	Schwerin	Mecklenburg-Lübeck
Stenzel, Otto	Ebersbach	Ostsachsen
Strobel, Robert	Bernburg	Magdeburg-Anhalt
Struve, Johannes	Kassel	Kassel

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Suchomel, Ottomar	Petne	Hannover
Süßheim, Dr. Max	Nürnberg	Franken
Teßloff, Ernst	Stade	Hamburg-Nordwest
Thiele, Adolf	Halle	Halle
Thielicke, Karl	Altenburg, S.-A.	Groß-Thüringen
Thomas, Hermann	Heidenau	Ostsachsen
Todenhagen, Minna	Berlin	Mitglied des Parteiausschusses
Thöne, Georg	Wetzenhausen	Mitglied des Parteiausschusses
Töneböhn, Heinrich	Recklinghausen-Süd	Westl. Westfalen
Ullenbaum, Wilhelm	Elberfeld	Rechter Niederrhein
Ulrich, Fritz	Heilbronn	Württemberg
Verdieck, Willi	Kiel	Schleswig-Holstein
Vockenroth,	Bövinghausen bei Lütgendortmund	Westl. Westfalen
Vogel, Hans	Nürnberg	Mitglied des Parteiausschusses
Vogel, Heinrich	Hamburg 36	Hamburg-Nordwest
Waentig, Heinrich	Halle	Halle
Wagner, Friedrich	Ludwigshafen	Pfalz
Wagner, Frau Dr.	Stendal	Magdeburg-Anhalt
Waigand, Ludwig	Bremen	Mitglied des Parteiausschusses
Warnke, Marie	Schwerin	Mecklenburg-Lübeck
Weber, Frau Magdalene	Bielefeld	Oestl. Westfalen
Wegener, Kurt	Berlin	Bildungsausschuß
Weiße, Karl	Aachen	Obere Rheinprovinz
Weimann, Richard	Berlin	Bildungsausschuß
Wels, Otto	Bln.-Friedrichshagen	Mitglied des Parteivorstandes
Wendemuth, Karl	Waldenburg	Mittelschlesien
Wermuth, Karl	Neukölln	Groß-Berlin
Westphälinger, Karl	Osnabrück	Oldenburg-Ostfriesland
Weyers, Cäsar	Krefeld	Linker Niederrhein
Widmann, W.	Offenbach a. M.	Mitglied des Parteiausschusses
Wiegand, Gustav	Piesteritz	Halle
Wiendl, Josef	Traunstein	Oberbayern-Schwaben
Wimmer, Thomas	München	Oberbayern-Schwaben
Winzer, Otto	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Winzer, Wilhelm	Breslau	Mittelschlesien
Wissell, Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Wittich, Bruno	Butzbach-Oberhessen	Hessen
Wittrock, Christ.	Kassel	Kassel
Wohlgemuth, Toni	Danzig	Ostpreußen
Wolff, Theodor	Tilsit	Ostpreußen
Wuschick, Adolf	Berlin	Groß-Berlin
Zabe, Grete	Hamburg 21	Hamburg-Nordwest
Zaun, Jakob	Frankenthal	Pfalz
Zimmer, Hugo	Besenhorst a. d. E.	Schleswig-Holstein
Zimmermann, Paul	Niederlößnitz	Ostsachsen
Zumtobel, Reinhold	Freiburg i. Br.	Baden

Vor Schluß der Verhandlungen sind abgereist die Genossen: Oskar Groll, Lindau; Alois Lindinger, Passau; Josef Barth, Reinhausen; Wally Lehner, Regensburg; Urban Holl, Landshut; Fritz Ecker, Weiden; Rudolf Schlichting, Regensburg; Nimmerfall, München.

Sprechregister des Parteitages.

Auer 16, 109, 210.

Bartels 43, 84.
Bauer 152.
Begier 183.
Bernatz 161.
Bernstein, Eduard 58, 104, 216.
Biester 15, 80, 100, 222.
Bohm-Schuch 60.
Braun, Ad. 65, 143, 162, 187, 222.
Braun, Otto 120, 145.
Bretthorst 79.
Brolat 70, 258, 259.
Broßwitz 53.
Brühne 51.
Buchwitz 71.

Cohen 56.

Demmer 263.
Dietz, Dr. 218.
Dräger 16.

Eberhard 162.
Eckstein 107.
Eggerstedt 72.
Eisenbarth 67, 179.
Engberg 19.
Engler 238.

Fellisch 14, 62, 143, 164, 260.
Franz (Kattowitz) 74, 114.

Gerlach 267.
Graf 116.
Grein 264.
Große 99.
Grünberg 115.
Grünwald 10.

Heilmann 63, 150.
Hildenbrand 86, 168.
Hirsch 225, 265.
Hoch 16, 152.
Hug 80.

Jakob 267.
Jensen 117.
Juchacz 68.

Kahmann 16.
Keil 111.
Kirchner 117, 268.
Knack 213.
Krain 20.
Kummer 181.

Landauer 159.
Laukötter 211.
Leber 74, 268.
Leuteritz 113, 184, 186.
Lieser 119.
Löbe 14.
Loeb 106, 182.

Maier 268.
Meerfeld, 174, 184.
Meier (Sachsen) 13.
Molkenbuhr 215.
Müller, Hermann 10, 13, 14, 16, 21, 22, 24, 51, 52, 71, 80, 97, 114, 119, 120, 143, 148, 151, 171, 179, 184, 186, 187, 210, 258, 265, 266, 268.

Nestrepke 148, 258.
Neue 268.
Nimmerfall 52.

Pfannkuch 8, 10.
Pfülf 103. 108
Pollender 13.

Quarck 52.

Röhle 184.

Sachs 220.
Scheidemann 5, 52, 70, 114, 164, 168, 220, 222.
Schnabrich 55, 265.
Scholich 13.
Schönfelder 75.
Schöpflin 103, 224.
Schmidt, Georg 197.
Schmidt, Robert 132, 166.
Schulz, Heinrich 76.
Schumann 263.
Silberschmidt 262
Sollmann 101.
Srowig 99.
Süßheim 69.
Stauning 17.

Todenhagen 118.

Vliegen 22.

Waentig 143, 212.
Wels 15, 24, 81.
Wissell 14, 120, 164.
Wohlgemuth 20.

Zabe 221.

Sachregister des Parteitages.

Anträge zur Tagesordnung des Parteitages 274, 315.
— zum Bericht des Parteivorstandes 274, 315.
— zur Organisation und Agitation 277.
— zum Bericht der Reichstagsfraktion 280, 315.
— zum Bericht vom Internationalen sozialist. Kongreß 295.
— zur Wohnungsfrage 301, 316.
— zum Parteiprogramm 304, 317.
— Sonstige 314, 318.
Agrarpolitik, Referat über die Richtlinien der — 197.
Agrarprogramm, Wahl der Kommission für das — 186.
Auswärtige Politik 31, 56, 61, 75, 81.

Bayerns Separatismus 69, 110.
„Beamte. Der freie" — 47.
Beamtenagitation, Zentrale für — 47.
Beitragsfrage 45, 74, 85.
Bericht der Mandatsprüfungskommission 70, 259.
— der Kontrollkommission 51.
— des Parteivorstandes 24. Debatte 52.
— der Reichstagsfraktion 86. Debatte 99.
— vom Internationalen Sozialistenkongreß in Genf 174. Debatte 179.
Betriebsrätegesetz 90.
Bildungsfrage 77.
Bureau des Parteitages 4. Wahl 13.

Einigung 59.
Entwaffnungsgesetz 95.
Ernährungsfragen 95, 101, 120.
Erwerbslosigkeit 95, 109.

Frauenagitation 61, 68.
Frauenfrage 115, 117.
Friedensvertrag 32, 67, 87.

„Gleichheit" 49, 61, 85.

Heereswesen 92.

Jugendbewegung 77.
Jungsozialisten 78.

Kapp-Putsch 94, 100.
Kasse 43, 50.

Landwirtschaft, O. Braun über — 146.
Lehrer, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokrat. — 47.
„Lehrer, Der freie" — 47.

Mitgliederstand 44.

„Neue Welt" 48.
„Neue Zeit" 48.

Oberschlesien 80, 114.
Organisation 43.

Parteigeschäfte 49.
Parteikorrespondenz 84.
Parteiprogramm, Referat über das — 187. Debatte 210. Schlußwort 222.
Parteitag, Nächster — 268.
Planwirtschaft 125, 153.
Presse 47.

Rechtspflege 93.
Reichsflagge 113.
Reichswehr 99, 103.
Reichstagswahlen 35.

Saargebiet 119.
Schulfrage 108.
Schulgesetzgebung 92.
Siedlungspolitik 203.
Sozialisierung 91, 120, 144.
Steuer 93, 106, 112, 116.

Tagesordnung 3, 13.

Valuta 41.
Verfassung 89.
„Volk und Zeit" 48.
Volkshochschulen 77.

„Wahrer Jacob" 49.
Wahl d. Parteivorstandes 258.
— der Kontrollkommission 258.
— des Bildungsausschusses 213.
— der Programmkommission 225.
Wirtschaftspolitik, Referat Wissell über — 120. Schlußwort 164.
— Referat Rob. Schmidt 132. Schlußwort 166.
— Debatte 143.
Wohnungsfrage, Die — Referat Hirsch 225. Schlußwort 265.
— Referat Engler 238.
— Debatte 260.

Ergebnis der Abstimmungen
über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 274—335.)

Nicht genügend unterstützte Anträge:

20, 24, 65, 66, 69, 70, 74 (52), **120** (98), **123** (99), **176** (98), **222** 52), **295** (220), **308a** (52).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge:

1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 (17), **35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 64** (86), **77, 78, 79, 80** (171), **81, 87** (172), **88** (86), **89** (172), **91, 93** (171), **101** (173), **103, 112** (210), **113, 121** (86), **124** Ziffer 2 (171), **125** (173), **132** (172), **133** (173), **134** (86), **135, 137, 138** Abs. 3, **141** (173), **142, 144** Ziffer 2, **145** (172), **146** (173), **147** (172), **150** (173), **151** (172), **152, 153** (173), **154, 155** (171), **156, 157, 158** (172), **160** (171), **164** (173), **166** (172), **172** (173), **175** Abs. 1 und 3 (171), Abs. 2 (172), **179** (173), **180** (86), **184, 185** (171), **186, 187** (173), **192** (86), **194** (173), **196** (86), **201** (186), **205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 215, 216, 217** (86), **220, 221** (173), **223** (86), **224, 225, 227, 228,** (173), **229, 230, 231** (86), **232, 233** (173), **234, 235, 236** (86), **252** (173), **254** (210), **258** (17), **260** (173), **269, 271, 273, 279** (210), **282** (173), **284, 285, 286** (210), **287** (86), **289** (210), **292** (173), **293** (171), **294** (210), **302, 305, 306** (86), **307** (17), **313** (173), **315, 316** (86), **317** (192), **327** (86), **327a** (86), **333** (173), **336** (86), **349** (171), **354** (86), **364, 374, 384, 385** (210).

Abgelehnte Anträge:

23, 30, 68, 72 (86), **163** (172), **177, 178, 299, 300** (174).

An den Parteivorstand überwiesene Anträge:

13, 14, 15, 16, 17, 19, 21, 22, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 62, 67, 71, 73, 86, 138 Abs. 2, **173** (86), **199, 200, 202, 203, 204** (186), **214, 218, 219, 226** (267), **298** (174), **301** (267), **328** (173), **332** (267), **335** (86), **339** (172), **343, 344, 353** (86), **369** (268), **383, 387** (267).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge:

76 (174), **82, 83** (173), **84, 85, 90, 92** (171), **94** (172), **95** (171), **96, 97, 98, 99, 100, 102, 104, 105** (172), **106, 107** (173), **108, 109** (172), **110, 111** (173), **114** (172), **115** (173), **118** (172), **119** (171), **122** (172), **124** Abs. 1 (171), **126** (173), **127, 128, 129** Abs. 3, **130** (172), **131** (174), **136** (171), **138** Abs. 1 (173), Abs. 4 (171), **139, 140, 143** (173), **144** Ziffer 1 (172), **148** (171), **149, 159, 161** (172), **162** (86), **165** (171), **167**

168 (173), **169, 170, 171** (172), **174** (171), **181, 182** (173), **183, 188** (172), **189** (173), **190, 191** (172), **193, 195** (173), **197, 296** (172), **298** (174), **309** (172), **310** (171), **311** (172), **312, 314, 323, 329** (173), **330, 334, 345** (172), **347, 348** (171), **350** (172), **351** (171), **356** (172), **358** (171), **363, 365** (173), **369a** (171), **370** (173), **372, 377** (171), **379** (172).

Zurückgezogene Anträge:

117 (172), **198** (186), **326** (97).

Dem Parteiausschuß überwiesen:

301, 332 (267), **369** (268), **383, 387** (267).

Anträge, die der Programmkommission überwiesen wurden:

253, 255, 256, 257, 259, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 270, 272, 274, 275, 276, 277, 278, 280, 281, 283, 288, 290, 291, 308, 320 (225).

Der Wohnungskommission überwiesen:

237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 318, 337, 360, 382, 386 (267).

Angenommene Anträge:

12 18 (85) Presse, **75** (85) Mitgliedschaft, **116** (174) Anwesenheitspflicht der Parlamentarier, **319** (225) Richtlinien der Agrarpolitik, **321** (85) Bildung der Jungsozialisten, **322** (85) Mitgliederbeitrag, **324** (85) Regierungsbildung, **325** (173) Einheit der Republik, **331** (173) Ernährungsminister, **338** (85) Zusatz zu 324, **340** (173) Kriegsgefangene, **341** (85) Dieselmotoren, **342** (173) Kappverbrecher, **346** (171) Jugendwohlfahrt, **352** (86) Kultur und Schule, **355** (86) Lehrer, **357** (173) Ententemilitarismus, **359** (173) Düngemittel, **361** (173) Oberschlesien, **362** (171) Reform der Arbeiterversicherung, **366** (97) Gegen Rassenhetze, **367** (173) Sozialisierung, Ernährung, **368** (172) Steuerwesen, **371** (173) Schule, **373** (225) Auswärtige Politik, **375** (267) Zeitungsstreik, **376** (186) Internationale, **378** (173) Zusatz zu 367, **380** (267) Genossenschaften, **381** (225) Programmkommission, **381a** (186) Ententeforderung, **388** (268) Sozialisierung des Baugewerbes, **389** (267) Wohnungskommission.

Der Parteigenossenschaft zur Berücksichtigung empfohlen:

297, 303, 304 (267).

Anwesenheitsliste der Frauenkonferenz.

Ansorge, Marie, Neusalzbrunn
Arning, Marie, Elberfeld
Azor, Luise, München

Bartels, Elise, Hildesheim
Beck, Else, Gleiwitz, Ob.-Schl.
Begier, Joh., Hamburg
Bernst, Minna, Kassel
Berthold, Köln-Kalk
Bielstein, Crefeld
Birnast, Anna, Breslau
Blase, Therese, Mannheim
Bohm-Schuch, Berlin
Bollmann, Minna, Halberstadt
Braun, Frau Klara, Weilburg a. Lahn
Brehmer, Karl, Rostock
Bretthorst, Heinrich, Brieg

Caspari, Dr., Brandenburg a. H.

Dettmer, Lina, Minden i. W.
Dreger, Alfred, Lübeck

Eberhard, K., Nürnberg
Elias, Luise, Dortmund
Evers, Elise, Linden b. Hannover

Franz, Alfred, Chemnitz
Freudenberg, Marie, Rüstringen
Freudendahl, Altona
Friedla, Bunzlau

Gier, Rosa, München
Goldberg, Luise, Hartau
Gottwald, Hirschberg i. Schl.
Graf, Gertrud, Köslin
Grünberg, Helene, Nürnberg

Hauke, Frieda, Kattowitz
Haus, Bertha, Gregersdorf
Helfers, Rosa, Hameln
Heymann, Johanna, Berlin
Hiller, Emilie, Heilbronn
Hoereth-Menge, München
Hoffmann, Frau, Geestemünde
Hoppe, Martha, Berlin

Janotta, Erhard, Breslau
Jensen, Toni, Kiel
Juchacz, Marie, Berlin
Jungmittag, Clara, Bremen

Kähler, Luise, Berlin
Kähler, Wilhelmine, Berlin-Steglitz
Kaplonek, Grete, Laurahütte, O.-S.
Kiesel, Ernestine, Würzburg
Kirchner, Johanna, Frankfurt a. M.
Kloiber, Therese, Fürth i. B.
Knack, Andreas, Hamburg
Koch, Richard, Zwickau
Krämer, Maria, Saarbrücken

Lawatsch, Breslau
Leber, Hermann, Jena
Lehmann, Henni, Göttingen
Lehner, Wally, Regensburg
Lieser, Heinrich, Homburg
Lubitz, Minna, Rinteln
Ludwig, Pauline, Reichenbach i. V.

Mache, Karl, Breslau
Marschke, Anna, Berlin
May, Otto, Dessau
Meyer, Dora, Altona
Müller, Albert, Frankfurt a. M.
Müller, Frieda, Berlin
Müller, Max, Chemnitz

Noack, Clara, Dresden-N.

Obletshauser, Ottilie, München

Peschke, Elisabeth, Cottbus
Pförtner, Fürth
Pfülf, Toni, München
Pollender, Bertha, Leipzig

Quarck-Hammerschlag, Meta, Frankfurt a. M.

Rauk, Anna, Darmstadt
Reitz, Karl, Nürnberg
Reitze, Johanna, Hamburg
Rhode, Elisabeth, Niederzwehren bei Cassel
Röhl, Elisabeth, Köln-Klettenberg
Röpert, Marie, Halle a. S.
Ryneck, Elfriede, Berlin-Baumschulenweg

Sachse, Emma, Altenburg
Seidel, Bertha, Herne i. W.
Siloff, J., Kiel
Scheibenhuber, Else, Lichtenberg
Schilling, Minna, Döbeln i. S.
Scholich, Gustav, Breslau
Scholich, Marie, Breslau
Schlichtinger, Rud., Regensburg
Scholz, Gertrud, Berlin-Neukölln
Schradin, Laura, Reutlingen
Schröder, Luise, Altona-Ottensen
Schröder, Minna, Hamburg
Schulz, Bertha, Herne i. W.
Schumann, Elisabeth, Stettin
Steinhäuser, Marg., Offenbach a. M.

Teich, Johanna, Frankfurt a. M.
Todenhagen, Minna, Berlin
Töneböhn, Heinrich, Recklinghausen

Vockenroth, Bövinghausen

Wachenheim, Hedwig, Berlin
Wagner, Helene, Chemnitz
Wagner, Frau Dr., Stendal
Warnke, Marie, Schwerin i. M.
Weber, Magdalene, Bielefeld
Weyers, Cäsar, Crefeld
Windisch, Amalie, Cassel
Winzer, Otto, Magdeburg
Wohlgemuth, Toni, Berlin

Zabe, Grete, Hamburg

Sprechregister der Frauenkonferenz.

Ansorge 374.
Arning 385.

Begier 392.
Berthold 386.
Blase 379.
Bohm-Schuch 378.
Braun, Klara 390.

Caspari 357, 396.

Elias 375.

Franz 372, 388, 405.

Juchacz 338, 357, 380, 391, 398, 404.

Kähler, Luise 377.
Kirchner 357, 383.
Knack 381.

Leber 374.

May 371, 373.

Pfülf 348, 395.

Quarck 372, 406.

Radbruch 382.
Röhl 338, 393.
Ryneck 357, 371, 372, 380.

Sachse 380.
Schilling 370.
Schradin 373.
Schröder 376, 386.
Selbert-Rohde 389.
Siloff 380.
Steinhäuser 405.

Tesch 385.
Todenhagen 390.

Wels 336.
Windisch 338.
Wohlgemuth 384.

Zabe 387.

Sachregister der Frauenkonferenz.

Agitation 389.
Anträge 386, 387, 388, 392,
— Abstimmung über — 398—404.

Bericht der Mandatsprüfungskommission 370.
Bürgerliche Frauenbewegung 347.

Debatte, Beginn der — 372.

Ehescheidung 352.

Eröffnung der Konferenz 336.

„Gleichheit" 346, 378, 381, 386, 387, 394, 398.

Organisation 389.

Resolution betr. Reichswohlfahrtsgesetz 391.

Schwangerschaft, Unterbrechung der — 381.

Uneheliche Kinder 353, 365, 387.

Wahl des Bureaus 338.
— der Mandatsprüfungskommission 338.
Wirksamkeit der Frauen in der Partei, Die politische und organisatorische — Referat Frau Röhl 338 Korreferat Frau Pfülf 348.
Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt — Referat Dr. Caspari 357.

Bericht des Parteivorstandes

über das Geschäftsjahr

1919

Berlin 1920

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Kassel 1920.

Allgemeines.

Zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges ist der Parteivorstand wieder in der Lage, der Partei einen jährlichen Bericht zu erstatten. Dem Parteitag zu Würzburg mußte er über eine vierjährige, und dem zu Weimar über eine zweijährige Tätigkeitsperiode berichten. Der Parteitag zu Weimar, der erste nach der Revolution, tagte noch unter dem Zeichen des Waffenstillstandes. Erst wenige Tage später beschloß die Nationalversammlung, den Friedensbedingungen ihre Zustimmung zu geben. Würzburg und Weimar waren Kriegstagungen, in Kassel findet der erste Friedensparteitag statt.

Seit dem 20. Juni 1919 steht die Politik der Partei dauernd unter dem Zeichen ihrer Zustimmung zur Unterschrift des Friedensvertrages, die nicht ohne nachhaltige Auseinandersetzungen in den verantwortlichen Körperschaften und der Parteipresse erfolgte. Genosse Scheidemann stand auch am entscheidenden Tage zu seiner ursprünglichen Ansicht, der Vertrag sei „undurchführbar und unerfüllbar", und trat deshalb von seinem Posten als Ministerpräsident zurück. Mit ihm schied Genosse Landsberg aus dem Kabinett. Andere Parteigenossen, vor allem auch solche, die im Auslande lebten, teilten ihre Auffassung. Diese Tatsachen, mehr aber noch die Hetze der Rechtsparteien, die sich bis auf den heutigen Tag nicht entblöden, die Unterzeichnung als das größte Verbrechen am deutschen Volke zu bezeichnen, machen es nötig, hier kurz noch einmal die Gründe darzulegen, die die Mehrheit der Partei von der schmerzlichen Notwendigkeit der Unterzeichnung überzeugten und nachzuweisen, daß sich diese Gründe auch weiter als stichhaltig erwiesen haben. Diese Darstellung wird auch die gesamte auswärtige Politik der Partei rechtfertigen.

In den Junitagen 1919 bezweifelten viele Gegner der Unterschrift, daß ein feindlicher Einmarsch erfolgen werde. Heute besteht wohl Einmütigkeit über seine absolute Gewißheit. Heute kennen wir die bis ins kleinste gehenden Vorbereitungen, die damals getroffen waren, und an einzelnen Stellen, wohin der Gegenbefehl nicht rechtzeitig gelangte, wurden tatsächlich durch französische Truppen deutsche Dörfer und Flecken besetzt. Wir haben in der Zwischenzeit den rechtswidrigen, sogar von den anderen Alliierten nicht gebilligten Einmarsch der Franzosen in den Maingau erlebt und in Spa gar die Uebereinstimmung der Entente darin, daß ein Vormarsch und eine Besetzung bei einem Verzug in der Wiedergutmachung berechtigt sein könnten.

Dazu befanden wir uns damals im Stadium des jeweils kündbaren Waffenstillstands, nach dessen Kündigung kriegerische Handlungen nach Kriegsrecht vorgenommen werden konnten, und weiter ging es damals um den ganzen Vertrag mit all den darin enthaltenen Rechten und Ansprüchen, während es bei

dem später vollzogenen Einmarsch in Frankfurt a. M., wie bei der angedrohten Besetzung des Ruhrgebiets, jeweils um eine einzige Klausel und ihre Nichterfüllung ging. Schließlich aber haben der vollzogene und der angedrohte Einmarsch uns die zwei Punkte gezeigt, an denen die Entente uns am Leben fassen zu können glaubt und an denen — das haben uns auch die französischen Veröffentlichungen bewiesen — nicht nur der Vormarsch zur Erzwingung der Unterschrift, sondern zur Zertrümmerung Deutschlands einsetzen sollte.

Der Einmarsch an diesen beiden Stellen bedeutete das Ende des Reichs als zusammenhängendes und als wirtschaftlich lebensfähiges Staatsgebilde. Die Mainlinie riß Süd- von Norddeutschland, die Besetzung des Ruhrgebietes riß West- von Nord- und Ostdeutschland, welches letztere insbesondere Oberschlesien und Ostpreußen selber von einer Invasion, wie sie die Provinz Posen erfahren hat, bedroht war. Geblieben wäre, wenn der Vormarsch sich nicht bis Berlin erstreckt hätte, der Teil von Preußen und Mitteldeutschland, der weder landwirtschaftlich noch wirtschaftlich sich erhalten kann, während alle wertvollen Ueberschußgebiete dem Vormarsch zum Opfer gefallen wären. Nimmt man dazu die — nach dem Urteil aller süddeutschen Ministerpräsidenten, die am 22. Juni 1919 in Weimar versammelt waren — damals überall vorhandenen Separationsbestrebungen, die noch nicht in der klaren Erkenntnis von der Notwendigkeit der Reichseinheit, als der Voraussetzung für das wirtschaftliche Wohlergehen für alle Teile, ein Gegengewicht gefunden hatten, so erkennt man, was auf dem Spiele stand, wenn man es auf den absolut sicheren Einmarsch ankommen ließ. Dabei kann von einer Aufzählung der möglichen Kriegshandlungen — der Gefangennahme der Wehrfähigen, der Erhebung von Kontributionen, der Festnahme von Geiseln usw. — abgesehen werden, obwohl sie in den besetzten Gebieten sogar während des Waffenstillstandes und nach dem Friedensschluß, also nicht während des Kriegszustandes, vorgekommen sind.

Das war die Lage und waren die Erwägungen, die zum Unterschreiben des Friedensvertrages zwangen. Die damalige Haltung der Partei ist jetzt restlos gerechtfertigt worden durch die Stellungnahme der rein bürgerlichen Regierung Fehrenbach in Spa, die dort unter der Zustimmung auch all derer — mit Ausnahme der Deutschnationalen — die gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages waren, das Kohlenabkommen unterschrieben hat, um, wie der volksparteiliche Justizminister Heintze im Reichstage ausführte, das Ruhrgebiet vor der Besetzung zu retten. Es waren genau dieselben Erwägungen, die in Spa wie in Versailles zur Unterschrift führten:

daß die Einheit Deutschlands über allem stehen müsse, daß keinerlei Politik einen Sinn habe, wenn das Objekt, für das man Politik treibt, nämlich das Reich, dabei zertrümmert werde und verschwinde.

Gegen die Nationalisten, welche in der Unterzeichnung nicht den Ausdruck abweichender Ansicht, sondern ein „Verbrechen" zu sehen vorgeben, kann zur Haltung der Partei festgestellt werden:

Die politisch Konsequenten haben schon in Versailles, die Inkonsequenten erst in Spa unterschrieben.

Vermieden wurde durch beide Unterschriften das gleiche: die Zertrümmerung des Reichs, nur daß diese in der Zeit von Versailles sicherer, gründlicher und umfassender vorgenommen worden wäre als bei einer Weigerung in Spa. In beiden Fällen waren wir zum Tode verurteilt. Ob einmal oder mehrmals, ist für den Verurteilten einerlei. Die auswärtige Politik der Partei konnte in dem laufenden Berichtsjahr nur eingestellt sein auf die Auffassung:

1. Der Vertrag von Versailles ist ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Er ist ein Werk von Staatsmännern, die dem Siegestaumel und den von ihnen selbst geschaffenen uferlosen Ansprüchen der öffentlichen Meinung ihrer Länder nichts entgegenstellen konnten und wollten, sondern die durch den Sieg erzeugte Besinnungslosigkeit schrankenlos walten ließen.

2. Unsere Aufgabe muß sein, den Völkern der Entente Zeit zu geben, zur Besinnung zu kommen, alles zu unterlassen — vor allem Revanchegeschrei, Säbelrasseln usw. —, was das Zurbesinnungkommen der Völker verzögern könnte und weiter alles zu tun — vor allem Erfüllung des Vertrages bis an die Grenze der Möglichkeit —, um diesen Prozeß zu beschleunigen.

3. Deutschland für die Dauer dieses Prozesses bis zur Wiederkehr der Besinnung, der Erkenntnis von der notwendigen wirtschaftlichen Solidarität der Völker als Ganzes und am Leben zu erhalten.

Von diesen Auffassungen hat die Partei sich bei ihrer Stellungnahme zu Scapa Flow, zur Liquidierung des Baltikum-Abenteuers, zur Frage der Auslieferung der Kriegsschuldigen und schließlich auch zu Spa leiten lassen.

Die Partei konnte sich aber mit einer passiven Politik des Abwartens unter Vermeidung jeder neuen Aufputschung allein nicht zufriedengeben. Die Zeit verlangt aktive Politik, und eine täglich vor neue Fragen gestellte Partei kann sich nicht mit allgemeinen Schlagworten wie Weltrevolution, Völkerbund, Pazifismus, Internationale beheifen, sie bedarf konkreter Richtlinien. Deshalb tat die Partei alles, um zunächst die Beziehungen zu der zweiten Internationale zu pflegen. Diese ist das Forum, vor dem sie immer von neuem die Verletzungen und Beeinträchtigungen vorzubringen haben wird, welche die Sache der internationalen Arbeiterschaft durch den Versailler Frieden erfährt. Heute schon ist die Zweite Internationale in seiner Verurteilung einig. Im eigenen Lande hat die Sozialdemokratie alles getan, was in ihrer Kraft stand, um Deutschland völkerbundsfähig und als wirtschaftlichen Partner begehrenswert machen kann. Je mehr die Arbeiterschaft der Welt in Deutschland ihre Forderungen erfüllt sieht, je mehr die Forderungen des Sozialismus und der Demokratie hier zu Fleisch und Blut werden, desto schwerer wird den kapitalistischen Regierungen der Entente jede neue Vergewaltigung Deutschlands, desto reger wird auch das Bestreben der Arbeiter der Ententeländer sein, sich die Errungenschaften zu erkämpfen, deren sich der deutsche Arbeiter in politischer Beziehung erfreut. Die Partei setzte alles daran, um dem Wort von der Propaganda der Tat einen neuen menschlicheren Sinn zu geben, indem sie durch die Ausgestaltung der deutschen Republik und ihre Festigung für immer den sichersten Beweis dafür zu erbringen suchte, daß ein neues Deutschland als Friedenssicherung entstanden ist. Damit war auch unsere Stellung zu Sowjetrußland gegeben. Die Partei war es, die vor allen Dingen dafür Sorge trug, daß in der auswärtigen Politik der Fehler vermieden wurde, den in der Vorkriegszeit fast alle Parteien machten: unsere außenpolitischen Handlungen nach innerpolitischen Erwägungen zu bestimmen. Die Partei ist Gegner des Bolschewismus, nicht aus kapitalistischen, sondern aus sozialistischen Gründen. Sie lehnt Diktatur, Teror und roten wie weißen Militarismus ab, ebenso aber auch die Verpflanzung von überstürzten wirtschaftlichen Experimenten auf unser Land, wo die Zerstörung der Sowjetmethode verzehnfacht sich wiederholen müßte. Aber noch schärfer und in wohlverstandenem, eigenem und sozialistischem Interesse lehnt sie es ab, daß von außen her irgendeinem Volke eine Staatsform aufgedrängt oder genommen werden soll. Innerpolitische Kämpfe dürfen nur im Innern jeden Landes ohne jede Einmischung von Dritten ausgefochten

werden. Selbst der augenfälligsten Diktatur einer Minderheit darf keine außenstehende Macht entgegentreten; die eigene Kraft eines Volkes muß solche anormalen Zustände korrigieren und der Demokratie zum Siege verhelfen. Deshalb lehnte die Partei jedes internationale Einschreiten gegen Sowjetrußland nicht nur ab, sondern hat es mit jedem legalen Mittel bekämpft.

Deshalb hat sie sich auch nicht durch die Staatsform Rußlands abhalten lassen, den weltpolitischen Zusammenhang Rußlands und Deutschlands, die wie keine anderen Länder aufeinander angewiesen sind, zu betonen und alles zu tun, um die zwei Völker in geistige und wirtschaftliche Verbindung zu bringen. Deshalb hat die Partei sich als erste gegen die von der Entente geforderte Teilnahme Deutschlands an der Blockade gegen Rußland erklärt. Die Partei hat *alles* getan, um der möglichsten Beschleunigung der Wiederaufnahme nicht nur der Handels-, sondern auch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland zu dienen. Irgendeine Angst vor „Infizierung" durch Propaganda darf davon nicht zurückhalten, denn Ideen kommen nicht mit einem beglaubigten Gesandten, sondern dringen auf tausendfältigen, nicht zu sperrenden Wegen von Volk zu Volk. Die Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, in einem geistigen, nicht zu vermeidenden Kampf dem Sozialismus über den Bolschewismus zum Siege zu verhelfen.

Bis in das erste Friedensjahr hinein aber währten die Beunruhigungen des öffentlichen Lebens, die von politisch rechts wie links orientierter Seite unternommenen Versuche auf den gewaltsamen Umsturz der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse. Die Partei stimmte am 11. August 1919 endgültig den staatsrechtlichen Auffassungen zu, die in der Reichsverfassung niedergelegt sind, die Deutschland durch den Willen seiner Bevölkerung im demokratischen Staatswesen den Weg zur sozialistischen Wirtschaftsordnung in friedlicher Arbeit freimacht. Durch die Partei wurde der Arbeiterschaft in erbitterten monatelangen Kämpfen mit dem Unternehmertum und bei völliger Abstinenz der Unabhängigen das wirtschaftliche Betriebsrätesystem, und damit eine Waffe in die Hand gegeben, die ihr trotz mancher Mängel gegenüber dem Zustand von 1914 ungeheure Vorteile bringt; eine Waffe, die durch die in der Verfassung gegebenen Rechte jederzeit geschärft und verstärkt werden kann.

Die Unabhängigen und Kommunisten benutzten jene Zeit, in der das Leben Deutschlands mehr als einmal an einem Zwirnsfaden hing, durch Propagierung des politischen Rätesystems zu einer beispiellos verantwortungslosen Hetze. Die Unabhängigen hatten seit dem Leipziger Parteitag den ihnen nahestehenden Arbeitern immer wieder das Wort eingehämmert: „Alle Macht den Arbeiterräten". Systematisch peitschten sie die Arbeitermassen unter der Behauptung auf, daß sie durch das von der Sozialdemokratie geforderte Betriebsrätegesetz endgültig versklavt werden sollten, wiewohl die deutschen Unternehmer in vertraulichen Rundschreiben die Frage prüften, ob es nicht zweckmäßiger sei, bei Annahme des Betriebsrätegesetzes die Betriebe zu schließen und damit dokumentierten, wie ganz anders sie die Rechte bewerteten, die den Arbeitern hier erneut gegeben werden sollten. Man trieb, nachdem das Feuer angebrannt und die Massen erhitzt waren, in sinnloser Weise zum Streik! Dazu kam die den Verkehr lahmlegende Streikbewegung der Eisenbahner, die stetig sinkende deutsche Valuta, die dadurch verursachte Preissteigerung und Not. Man suchte auch die Bergarbeiter in den Ausstand zu treiben, um so alle Arbeiter der Industriezweige, die die „Hand an die Gurgel des Staats legen konnten", in Verbindung mit dem Kampf zu bringen, der in Berlin gegen das Betriebsrätegesetz geführt werden sollte. Der 13. Januar wird stets einer der schwärzesten Tage der deutschen Arbeiterbewegung sein und bleiben.

An ihm offenbarte sich die ganze Gewissenlosigkeit der kommunistischen und unabhängigen Räteapostel. Obwohl in jenen Tagen Gaswerke, große Hüttenwerke, ganze Industrien wegen Kohlenmangels feierten, die arme Bevölkerung in ihren Wohnungen vor Kälte zitternd erschauerte, Hunderttausende deutsche Kriegsgefangene dem Rücktransport in die Heimat entgegensahen, veranlaßten die Unabhängigen und Kommunisten die Eisenbahner zum Streik und warfen so Millionen deutscher Volksgenossen in die Qualen weiterer Trennung von ihren Angehörigen in Feindesland. Gerade jetzt hielt man den Augenblick für gekommen, um den gewalttätigen Umsturz, der am 6. Januar 1919 mißglückte, und damals zu Schöpfung des „Neuen Militarismus" zwang, zu versuchen. Der Angriff erfolgte gegen den Reichstag, das Sinnbild der Selbstregierung des deutschen Volkes und der Republik, der die Nationalversammlung beherbergte, die zur Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes auf Drängen der sozialdemokratischen Partei zu besonderer Sitzung zusammengetreten war. Zu Zehntausenden wurden die Massen aufgerufen und auf den Kampfplatz geführt. Mochten auch Tausende von Arbeitern nur durch brutalen Terror aus den Fabriken herausgetrieben sein, der Zweck war erreicht. Die Massen umwogten das Reichstagsgebäude, aber kein Ordner, kein Führer war bei ihnen. Unabhängige Reichs- und Landtagsabgeordnete beobachteten in Sicherheit von den Fenstern des Reichstages aus die Entwicklung. Immer deutlicher zeigte sich, daß bestimmte Gruppen die Massen zum Sturm auf das Haus und gegen die Sicherheitswehr drängten, die lediglich den Zugang zum Hause freihielt, um die Versammlungsfreiheit der Nationalversammlung zu schützen. Erst als mehrere Soldaten blutüberströmt in das Haus gebracht wurden, die Massen zum Sturm ansetzten, als die Flügeltüren des Eingangs zusammengedrückt waren und der Weg für eine „Bartholomäusnacht" im Reichstage freistand, als *die Auseinandersprengung der Nationalversammlung* nur eine Frage von wenigen Minuten als erster siegreicher Auftakt der Revolte zum Sturz der Regierung war, wurde von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht. Keine fünf Minuten später, und die Nationalversammlung wäre gewesen. Es gab kein anderes Mittel, um das Leben derer zu schützen, die das deutsche Volk in den Reichstag entsandte, um seine Interessen wahrzunehmen und Deutschland der politischen und wirtschaftlichen Gesundung entgegenzuführen. 42 Tote und über 100 Verwundete waren das Opfer des furchtbaren Entschlusses, und während draußen zum Teil Unschuldige mit ihrem Blut das Straßenpflaster färbten, standen die Führer der Unabhängigen im Reichstage in Sicherheit. Niemand in der Welt wird sie von der Blutschuld freisprechen, Zehntausende von Menschen vor die Maschinengewehre beordert zu haben, um dann verbrecherischen Elementen die Führung zu überlassen, sich selbst aber in sicherem Schutz zu begeben. In der Tat ist die putschistische Taktik der Kommunisten seit dem Leipziger Parteitag in rasender Eile Eigentum der Unabhängigen geworden, und die wenigen demokratischen Elemente stehen machtlos den Diktatoren gegenüber. Die sozialdemokratische Partei war in dieser Situation gezwungen, klar und scharf gegen solche Gewaltpolitik Stellung zu nehmen. Das war notwendig, weil sonst das deutsche Wirtschaftsleben völlig zerschlagen, das Volk und zunächst die Arbeiterschaft in unermeßliche Not hineingetrieben worden wäre. Zugleich aber hätte sie sich selbst das Grab gegraben, weil alle ruhigen, besonnenen Elemente im Volke den Glauben an die Demokratie und insbesondere den Glauben an den Sozialismus verlieren mußten. Die Stimmung im Lande wurde ohnehin den Konterrevolutionären immer günstiger, weil hoffnungsvolle wirtschaftliche Verhandlungen, die große Hilfe für das Reich versprachen, in dem Augenblick scheiterten, als die Aufstandsbewegung im Ruhrrevier sich wiederum zeigte, und sie zerschlugen

sich völlig, als die Vorgänge in Berlin dem Wahnwitz die Krone aufsetzten. Allerdings haben die Unabhängigen, genau wie am 6. Januar 1919, die Absicht der gewaltsamen Erhebung bestritten, aber ebenso sicher, wie es heute feststeht, daß am 5. Januar 1919, nach der eigenen Erklärung Ledebours, die revolutionären Obleute die gewaltsame Erhebung mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen hatten, so steht die Absicht des gewaltsamen Umsturzes fest bei jener Aktion gegen die Nationalversammlung, die als einzige Folge eine Erstarkung der reaktionären Kräfte hatte. — Die Partei ist während des Berichtsjahres Gegenstand heftigster Angriffe gewesen, weil sie die Bildung der Reichswehr als notwendig vertrat und trotz zahlloser Uebergriffe einzelner Organe immer wieder zu verteidigen verpflichtet war. Es ist kein anderer, als der ehemalige unabhängige Volksbeauftragte Emil Barth, der in seinem Buch „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution" darauf hinweist, daß gerade jene verbrecherische Januarbewegung es war, die uns mit dem von den Unabhängigen dreimal verfluchten neuen Militarismus segnete. Er sagt von jener Aktion am 6. Januar:

„In Berlin wurde Verschwörer gespielt. Daß man dreist und tollpatschig spielte, man spielte mit Menschenleben und mit der Revolution, das zeigte sich schnell . . . ."

„Die Januarbewegung ist die Geburtsstunde der Freiwilligenkorps, der Einwohnerwehren, der Antibolschewistenliga, mit ihren die Städte verschandelnden Plakaten, der wilden Hetze zu Judenpogromen, der Restauration des Heeres und des Herr-im-Hause-Standpunktes der Schlotbarone, der lähmenden und gewalttätigen Auseinandersetzung innerhalb des Proletariats."

Die Gewaltpolitik der Unabhängigen und Kommunisten, die immer häufiger werdenden Putsche, zwangen dazu, die Reichswehr immer wieder gegen sie einzusetzen. Dieser Umstand trug die Hauptschuld, daß Teile derselben sich immer stärker allein auf den Kampf gegen links einstellten und ständig reaktionärer wurden. Immer wieder betonte die Partei ihren Willen zur politischen Einigung der Arbeiterschaft, denn immer stärker traten die reaktionären Tendenzen nicht nur in der Reichswehr, sondern auch bei den Zeitfreiwilligenformationen und der Einwohnerwehr hervor. In all diesen Organisationen war die sozialdemokratische Arbeiterschaft in vielen Landesteilen leider nur schwach vertreten, trotz der wiederholten Aufforderungen der Parteileitung.

In einem großen Teile des Offizierkorps und der Beamtenschaft wurde trotz der Eidesleistung auf die republikanische Verfassung eine immer dreistere konservativ-monarchistische Agitation betrieben, der man leider nicht in allen Regierungskreisen mit dem notwendigen Mißtrauen gegenüberstand. Man vertraute vielmehr der oftmals abgegebenen Erklärung, daß Offiziere der Reichswehr trotz ihrer abweichenden Gesinnung niemals eidbrüchig werden würden.

Dazu kam der immer schroffer zutage tretende Gegensatz zwischen Stadt und Land. Großgrundbesitzer und Bauern verstanden es, in immer steigendem Umfange Waffen auf das Land zu verschieben. In Pommern kam es geradezu zu einer garnisonartigen Belegung der Güter und Dörfer mit Angehörigen aufgelöster Baltikumformationen und die Landbünde erwiesen sich als ausgesprochen konterrevolutionäre Organisationen.

Die Parteileitung hatte der Regierung aus ihrer Besorgnis, daß der Ausbruch eines reaktionären Putsches nur eine Frage kürzester Zeit sein könne, kein Hehl gemacht, sondern ihr in schriftlichen und mündlichen Verhandlungen immer wieder Ausdruck gegeben.

In der Tat waren denn auch die Vorbereitungen für den gewaltsamen Umsturz seit Monaten betrieben worden, doch obwohl in der Umgebung der Regierung zahlreiche unterrichtete Beamte und Offiziere waren, blieb sie ungewarnt. Am 3. März wurden die parlamentarischen Führer der Rechtsparteien bereits von den Absichten der Kapp und Lüttwitz unterrichtet. Auch sie hüllten sich in Schweigen, um den Verlauf der Aktion abzuwarten, und sich dann „auf den Boden der Tatsachen" stellen zu können. Spätere Aufrufe, die Haltung der Presse und das Vorgehen ihrer Organisationen im Reiche bewiesen die völlige Uebereinstimmung der Rechtsparteien mit den Putschisten. Als am 11. März die Regierung endlich sichere Informationen erhielt und zur Verhaftung der Haupträdelsführer schreiten wollte, wurden diese rechtzeitig gewarnt und entflohen zu den, für den Einmarsch in Berlin bestimmten Truppen nach Döberitz. Fast alle verantwortlichen Offiziere der Reichswehrtruppen in Berlin aber lehnten es in der Nacht vom 12. zum 13. März ab, die heranziehenden Meuterer mit Feuer zu empfangen und die Führer der Sicherheitswehr stellten sich nach dem Einmarsch mit größter Eile den Usurpatoren mit ihren Truppen zur Verfügung.

Die Regierung durfte sich den Rebellen nicht ausliefern. Sie war zur Organisation des Widerstandes verpflichtet und verließ zu diesem Zwecke Berlin im Einverständnis mit den anwesenden Vertretern der Partei. Für diese war es klar, daß das ganze Volk zum erbitterten Kampfe für die Demokratie, für die Sicherung der Reichseinheit und des zugleich schwer bedrohten Friedens aufgerufen werden müsse.

Das geschah durch folgenden Aufruf, der in den frühesten Morgenstunden des 13. März zunächst telephonisch an 20 der größten deutschen Städte hinausgegeben wurde und den allgemeinen Generalstreik einleitete:

Bürger, Arbeiter, Parteigenossen!

Der Militärputsch ist da! Die Baltikumlandsknechte, die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen und eine diktatorische Regierung zu bilden

mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze!

Bürger der Republik, Arbeiter und Genossen!

Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landsknecht-Regiment

zu unterwerfen. Wir paktieren nicht mit den Baltikumverbrechern!

Deutsche Bürger, Arbeiter und Genossen!

Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmer geschlagen, Eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden.

Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht! Deshalb:

Legt die Arbeit nieder! Streikt!

Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab!

Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite! Es gibt nur dieses eine Mittel gegen die Rückkehr Wilhelms II.

Lahmlegung des gesamten Wirtschaftslebens!

Keine Hand darf sich mehr rühren! Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen!

Generalstreik auf der ganzen Linie!

Proletarier vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung.
Ebert. Bauer. Noske. Schlicke. Schmidt. David. Müller.
Der Parteivorstand der S. P. D. Otto Wels."

Gemeinsam mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war die Parteileitung nunmehr bemüht, eine einheitliche Kampfesfront der Arbeiterschaft zu schaffen und einen einheitlichen Aufruf der sozialistischen Parteien und der verschiedenen Gewerkschafts-, Angestellten- und Beamtenorganisationen an die Bevölkerung zu erlassen. Das scheiterte an dem doktrinären Verhalten der unabhängigen Parteileitung. Während im ganzen Reiche die Arbeiter erkannten, daß nur in gemeinsamer Aktion der Feind bezwungen werden könne und sich Schulter an Schulter der Reaktion entgegenwarfen, glaubte der unabhängige Parteivorstand in Berlin vor seiner Zustimmung zu dem schon zur Tat gewordenen Zusammengehen Garantien für die zukünftige Politik der S. P. D. verlangen zu sollen. Wir sollten uns erst gegen die Regierung Ebert-Bauer erklären, gegen die der Kampf zu gleicher Zeit geführt werden müsse. Es könne keinem Arbeiter zugemutet werden, für sie in den Generalstreik zu treten.

Sodann sollten wir uns unbedingt für die sofortige allgemeine Bewaffnung der Arbeiter aussprechen, der selbst von unabhängiger Seite widerraten wurde, und schließlich forderte man, daß die Partei sich von ihrer Stellung zur Demokratie abwende und zur Diktatur des Proletariats bekenne.

Die Vertreter der Partei betonten demgegenüber, daß die Ausrufung der Diktatur des Proletariats in diesem Augenblick die stärkste Hilfeleistung für die Putschisten wäre und ihnen das gesamte Bürgertum in die Arme triebe, daß eine solche Aktion nur einen wochenlangen Kampf mit der endgültigen blutigen Niederwerfung der Arbeiterschaft zur Folge haben könne. Die Bewaffnung der Arbeiter und die Anwendung der Waffen müßten unter Kontrolle der Organisationen stattfinden. Das aber sei unmöglich. Es gelte, nicht nur die Arbeiter, sondern auch das Bürgertum und die evtl. treugebliebenen Truppen zum Kampf zu vereinen. Sei der Putsch niedergeschlagen, so sei eine Neubildung der Regierung unter Teilnahme der Unabhängigen unbedingt erforderlich. Ein Vertreter der Kommunisten gab die Erklärung ab, daß sie es überhaupt ablehnten, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft am Generalstreik teilzunehmen. Die Arbeiterschaft sei jetzt nicht in der Lage, den Entscheidungskampf für die kommunistische Rätediktatur aufzunehmen. — Die unabhängige Parteileitung konnte dieser Höhe prinzipieller Untätigkeit allerdings nicht mehr folgen, der kommunistische Flügel hatte aber doch Einfluß genug, um es abzulehnen, mit der S. P. D. gemeinsam den Streikaufruf zu unterzeichnen, der denn auch unterblieb. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die „Afa" fügten den Aufrufen der S. P. D. und U. S. P. D. den dritten Aufruf hinzu, zu dem sich später noch der Aufruf der Demokraten zum allgemeinen Volksstreik gesellte.

Das Bestreben der Unabhängigen Parteileitung war ganz offenbar, die Gelegenheit zu einem vernichtenden Schlage gegen die S. P. D. zu benutzen. Sie kam dabei immer stärker in Gegensatz zu dem Verhalten der unabhängigen Organisationen im Reiche wie zu den Gewerkschaften. Obwohl sie einen auf „unabhängige" Anregung unternommenen Einigungsversuch der zum Studium der politischen Verhältnisse Deutschlands in Berlin weilenden internationalen Kommission, ohne mit dieser zu verhandeln, mit den Worten zurückwies, sie könne sich mit der S. P. D. nicht an einen Tisch setzen, zwang der Verlauf der Bewegung sie doch bald zu einer anderen Stellung.

Glänzend wurde der Generalstreik durchgeführt. Das Volk eroberte sich in ihm das Recht auf die Demokratie, die ihm die Revolution mühelos in den Schoß geworfen hatte. Immer würgender wurde der Druck auf die verbrecherischen Gewalthaber in der Wilhelmstraße. Der Mordertaß, durch den die Kapp-Lüttwitz ihre schon nach einigen Tagen erschütterte Stellung befestigen

sollte, zeigte ihre ganze Hilflosigkeit in der hier zum ersten Male in solcher Furchtbarkeit zur Anwendung gekommenen Waffe des politischen Streiks:

„§ 1. Die Rädelsführer, die sich der in der Verordnung zur Sicherung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens unter Strafe gestellten Handlungen schuldig machen, werden ebenso wie die Streikposten mit dem Tode bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem 16. März 1920, nachmittags 4 Uhr, in Kraft. Der Reichskanzler: Kapp."

Glaubte man durch die Bedrohung mit gemeinem Mord die Arbeiterschaft einzuschüchtern, so zeigte sich nur zu bald, daß das Volk richtig zu lesen verstand. Mit lachendem Hohn, einem trotzigen: Nun erst recht, das ist das Ende! wurde die Proklamation aufgenommen. So also sah die von Kapp und Genossen versprochene „Sicherung und Erweiterung der Arbeiterrechte" aus!

Ludendorffs, ihres Hauptberaters Bemühungen gelang es, Kapp und Lüttwitz noch einige Tage länger auf ihren Plätzen festzuhalten, als es ihrer eigenen Ueberzeugung von der unabwendbaren Niederlage gegen die vom Zorn des ganzen Volkes getragene Streikbewegung entsprach. Und in der höchsten Not griff man wieder zu dem so oft bewährten Mittel, die Bolschewistenfurcht des Bürgertums als Rettungsanker zu benutzen. Man verbreitete die Nachricht:

„In Berlin solle am 16. März, abends 6 Uhr, die Räterepublik ausgerufen werden. Die Kommunisten hätten Kapp und seinen Leuten ein Ultimatum gestellt." In dieser Notlage sei Kapp zum Rücktritt bereit und Lüttwitz stelle die ihm unterstehenden Truppen der alten Regierung zum Kampf gegen den Bolschewismus zur Verfügung.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei wiesen schroff ein solches Anerbieten zurück, sie verlangten die sofortige Zurückziehung der Truppen und erklärten, wenn die meuterischen Soldaten zum Kampf, auch gegen kommunistische Arbeiter, verwendet würden, werde die sozialdemokratische Arbeiterschaft im Kampf gegen *dieses* Militär auf die Seite der Unabhängigen und Kommunisten treten. Die Parteileitung lehnte jede Verhandlung mit den Verschwörern ab und brachte das auch dem in Berlin anwesenden Reichsminister Schiffer, an den die Kappleute sich gewandt hatten, durch folgende Formulierung zur Kenntnis.

1. Keine Verhandlungen, sondern bedingungslose Kapitulation von Kapp-Lüttwitz.

2. Keine Zusagen in politischen Fragen, keine Amnestie in irgendeiner Form.

3. Sofortige Entfernung der aufrührerischen Truppen aus Berlin, Entwaffnung und Bestrafung. Ausschluß jeder weiteren Verwendung dieser Truppen.

Diese Forderungen entsprachen auch den Auffassungen der in Stuttgart weilenden Mitglieder der Reichsregierung, mit denen die Parteileitung in ständiger Verbindung stand.

So in die Enge gedrängt, traten zunächst Kapp und dann Lüttwitz zurück und der böse Spuk hatte sein vorläufiges Ende erreicht. Es bedurfte aber noch wiederholten und starken Drängens der Arbeiterschaft, ehe die meuterischen Truppen Berlin verließen.

Der Abbruch des Generalstreiks für das Reich erfolgte sodann nach langwierigen Verhandlungen, durch welche die notwendigen Sicherheiten gegen eine Wiederholung derartiger Putsche geschaffen und andere als dringend empfundene demokratische und sozialistische Maßnahmen zur Durchführung kommen sollten. Allgemein war das Empfinden, daß der Sieg des Volkes über

die konservativ-militaristische Reaktion durch eine sichtbare Steigerung des Einflusses der Arbeiterschaft im Sinne einer demokratischen und sozialen Politik seinen Ausdruck finden müsse.

Als Grundlage hierfür sollten die in der Vereinbarung zwischen den Vertretern der Regierung und der Parteien sowie der Gewerkschaftsvertretungen formulierten 8 Punkte dienen:

„1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reiche und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen und ihren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamte volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme der Kohlensyndikate und des Kalisyndikats durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sichereitswehren unangetastet.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Land und Stadt. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Noske und Heine ihr Abschiedsgesuch bereits eingereicht haben."

Ferner erklärten sich die Vertreter der Regierungsparteien bereit, in ihren Fraktionen auf unverzügliche Aufhebung der in Schutzhaft Befindlichen zu bringen.

Der Zentralvorstand der Unabhängigen war bei den entscheidenden Verhandlungen nicht vertreten. Er spielte beim Abbruch des Streiks eine ebenso sonderbare Rolle wie beim Eintritt in denselben. Wieder erklärte Crispien, er habe keine Vollmacht, den Vereinbarungen zuzustimmen, weil er nicht wisse, ob die Abmachungen dem Zentralvorstand seiner Partei genügen würden. In der Tat protestierte dann auch diese im letzten Stadium des Streiks gebildete „Berliner Zentralstreikleitung", die sich aus Anhängern des linken Flügels der U. S. P., der K. P. D. und des roten Vollzugsrats zusammensetzte, gegen den durch Abbruch des Streiks an der Arbeiterklasse geübten „Verrat" und gefährdeten den gleichzeitigen Abbruch des bisher in glänzender Einmütigkeit geführten Kampfes.

In erneuten Verhandlungen schlugen die Unabhängigen sodann die Bildung einer reinen Arbeiterregierung, unter Anerkennung der Notwendigkeit einer Koalitionsregierung, vor. Die Forderung der Diktatur des Proletariats wurde von ihnen nicht mehr erhoben. Sie verstanden darunter die Beteiligung der bürgerlichen Parteien an der Regierung durch Heranziehung von Vertretern der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Die sozialdemokratische Partei erklärte sich bereit auf diesen Grundlagen zu verhandeln. Die Arbeiterregierung scheiterte jedoch an dem Widerstand der Demokraten und des Zentrums, ohne die eine Mehrheit im Parlament nicht erreichbar war.

Die Verschwörung der Kapp-Lüttwitz war von langer Hand vorbereitet, wenn sie auch vielleicht in Berlin verfrüht ausbrach. Nach der Erklärung des Kapitänleutnants Erhardt sollte an 30 Stellen im Reich zu gleicher Zeit losgeschlagen werden. Besonders waren es jedoch Ostpreußen, Pommern und Schlesier, die in die aufständische Bewegung hineingezogen wurden. In Ostpreußen trat auch der bisher sozialdemokratische Oberpräsident Winnig auf die Seite der Kappregierung und gestaltete dadurch die Situation zu einer besonders schlimmen. Dem festen Auftreten der Königsberger Sicherheitswehr unter dem Genossen Lübbring war es in erster Linie mit zu danken, daß der Spuk in Ostpreußen mit der Niederwerfung der Putschisten in Berlin ebenfalls zerstob.

Mit größter Brutalität herrschten die Putschisten in Schlesien und besonders in Breslau. Hier wütete tatsächlich der weiße Schrecken. Die Druckerei der „Volkswacht" wurde durch Handgranaten zerstört, Verhaftungen zu Dutzenden vorgenommen, die Gefangenen auf das schwerste mißhandelt, Versammlungen durch Soldaten auseinander getrieben. Als am Donnerstag die ersten Meldungen von dem Ende der Kapp-Herrschaft in Berlin eintrafen, suchte das Generalkommando Verhandlungen nach, für welche die Arbeiterschaft als Voraussetzung den Abzug der Truppen forderte. Am selben Tage erfolgte der Abmarsch, bei dem es noch zu ernsthaften Zusammenstößen und wilden Schießereien kam, die zahlreiche Opfer forderten.

Die schlimmsten Auswirkungen hatte der Putsch jedoch im Ruhrrevier, in dem die linksradikalen Gruppen über einen starken Anhang verfügten. Hier schlug der Gedanke durch: Eine Rätediktatur der in Berlin aufgerichteten reaktionären militärischen Diktatur gegenüberzustellen. Hier war in der ersten Empörung die Stimmung für die proletarische Diktatur mächtig emporgeschlagen. An vielen Orten wurden Arbeiterräte gebildet, denen sich nicht nur S. P. D., U. S. P. und K. P. D., sondern vielfach auch Demokraten und christliche Arbeiter eingliederten. Das Auftreten verschiedener Freikorps führte zur Bewaffnung der Arbeiter, zur Bildung der roten Armee. Am 16. März fanden dann Verhandlungen unter Leitung des Genossen Severing statt, auf Grund deren die Mehrzahl der Bergarbeiter die Arbeit wieder aufnahm.

Indessen war die Entwicklung im Ruhrgebiet aber leider eine verhängnisvolle geworden. Es kam zu blutigen Kämpfen zwischen der Reichswehr und der roten Armee, in der nach dem Ausscheiden unserer Parteigenossen und eines Teiles der Unabhängigen die kommunistischen Elemente immer mehr die Oberhand gewonnen hatten. Diese aber wollen, auf die „roten Truppen" gestützt, den Kampf bis zur Errichtung der Räterepublik weiterführen. Verhandlungen führten am 23. März zu einem Waffenstillstand und am kommenden Tage zu dem sogenannten Bielefelder Abkommen, das neben den Berliner acht Punkten folgende Vereinbarungen enthält:

Bielefelder Abkommen.

Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Erwerbsgruppen erklären, daß sie ihre Forderungen zur Entwirrung der aus dem Kapp-Putsch entstandenen Lage mit der Verfassung und der Regierung auf Grund folgender Vereinbaung in Einklang bringen wollen:

1. Es wird Straffreiheit denen gewährt, die in der Abwehr des gegenrevolutionären Anschlages gegen Gesetze verstoßen haben, wenn die Verstöße und Vergehen vor Abschluß dieser Vereinbarungen, spätestens aber bis zum 25. März, vormittags 8 Uhr, erfolgten. Auf gemeine Verbrechen gegen Personen und Eigentum findet diese Bestimmung keine Anwendung.
2. Unter die aufzulösenden konterrevolutionären Truppen (Punkt 7 der Berliner Vereinbarungen) fallen nach Ansicht der Kommission die Korps Lützow, Lichtschlag und Schulz.
3. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- oder Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb 10 Tagen geschehen. Danach tritt an die Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft und den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.
4. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.
5. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit sofort zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.
6. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden.
7. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.
8. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos 6 und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Ferner erklärte der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen werde, der bei allen militärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mit zu befinden hat, gehört werden soll.
9. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 3 bis 6 festgesetzte Regelung erfolgt ist.
10. Herr Reichspostminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vortragen, mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.
11. Weder den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.

Indessen hatten neben den Kommunisten allerhand dunkle Elemente bei den roten Armeen immer mehr das Heft in die Hand bekommen. Plünderungen und Gewalttätigkeiten waren an der Tagesordnung. Die Arbeiterschaft wurde durch Bedrohung mit dem Tode gehindert, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen die Arbeit aufzunehmen. Den Gemeindeverwaltungen wurden Kontributionen erpreßt, unsere Zeitungen in Duisburg und Essen wurden unterdrückt. Jetzt verlangten Gemeindeverwaltungen und Organisationen aller Art, auch Vertretungen der U. S. P., von der Regierung die Herstellung der Ordnung, sei es auch durch den Einmarsch der Reichswehr. Einem von der Regierung gestellten Ultimatum an die noch Bewaffneten ließ jedoch der kommandierende General Watter derartig kurzfristige Ausführungsbestimmungen folgen, daß ein neuer Generalstreik im Ruhrrevier nicht zu vermeiden war. Seine Uebertragung auf Berlin und das Reich konnten jedoch in Verhandlungen verhindert werden, die von der Regierung mit den Gewerkschaften und den Vorständen der sozialistischen Parteien geführt wurden. Die Regierung erkannte das Bielefelder Abkommen als bindend für sich an und verlängerte die von General Watter gestellte Frist um 48 Stunden. Leider hatten sich die roten Truppen indessen in zahlreiche einzelne plündernde Haufen aufgelöst, die jeder friedlichen Einwirkung unzugänglich waren und mit der organisierten Arbeiterschaft längst nichts mehr zu tun hatten. So wurde der Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrrevier dennoch notwendig und erst unter schweren Kämpfen konnte die Ordnung hergestellt werden.

Das gleichzeitige Ergebnis des verbrecherischen Putsches war sodann die Forderung der Entente auf sofortige Entfernung der überzähligen Reichswehrtruppen aus dem Ruhrrevier, und als dies aus den oben dargelegten Gründen sich nicht so schnell als möglich erwies, erfolgte die Besetzung des Maingaus und die Androhung des Einmarsches in das Ruhrrevier durch die Franzosen.

Die gewaltige Abwehrbewegung des Volkes gegen die Wiederkehr des alten monarchistisch-militaristischen Regiments zeigte den unverbesserlichen Reaktionären, daß gegen den geschlossenen Willen der Arbeiterklasse in Deutschland keine Herrschaft bestehen kann. Es war ein Sieg des republikanischen Gedankens und ein Bekenntnis zur Demokratie gegen jede, wie auch immer geartete Diktatur. Die Partei hat in jenen Tagen Großes geleistet. Sie war das Zentrum des Widerstandes. Trotz der unterbrochenen telegraphischen, postalischen und Eisenbahnverbindungen, des oft geradezu verhängnisvoll wirkenden Mangels der Verständigung durch die Presse zeigte sich durch ihre organisatorische Schulung gerade die sozialdemokratischen Arbeiter fast allerorts in vorbild-

licher Weise allen Anforderungen, die auch die schwierigsten Situationen an sie stellten, gewachsen. Dennoch wollen wir nicht verhehlen, daß die Hauptlehre, die wir aus diesem Kampfe gezogen haben, die ist: Bereit zu sein zu neuem Kampf, mit gesteigerter Energie und Hingebung.

Wir halten die Waffen bereit, sie dürfen nicht rosten, denn wir wissen nicht, wie bald wir sie wieder gebrauchen.

Der Bericht umfaßt organisatorisch die Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920. Es erschien jedoch erforderlich, ihm ein Kapitel über die am 6. Juni stattgefundene Reichstagswahl einzugliedern, das sich an anderer Stelle befindet. Wir beschränken uns deshalb hier auf eine kurze Schilderung der durch den Wahlausfall veranlaßten Politik der Partei.

Die Wahlen brachten das wohl allgemein erwartete Ergebnis einer Stärkung der Opposition von rechts und links. Die laut hinausgeschrienen Hoffnungen der Unabhängigen, unsere Partei zu überflügeln, sind dennoch zu Wasser geworden. Wir blieben mit starkem Stimmenvorsprung die stärkste Partei im Reich und dementsprechend auch im Reichstag. Immerhin hatten die Koalitionsparteien einen großen Stimmenverlust zugunsten der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen zu konstatieren. Hand in Hand mit der Stärkung der Unabhängigen ging eine Stärkung der Reaktion. Die skrupellose Agitation der bisherigen Opposition machte insbesondere die Sozialdemokratie für alles verantwortlich, worüber bei irgendeiner Bevölkerungsgruppe Unzufriedenheit bestand. Daran war bei den durch den Vertrag von Versailles bedingten Zwangsläufigkeiten des wirtschaftlichen Lebens kein Mangel. Sehr bald zeigte sich, daß die „Sieger" mit ihrem angeblich glänzenden Erfolge nichts anzufangen wußten. Obwohl die beiden sozialistischen Parteien zusammen mit 190 Mandaten den beiden Rechtsparteien mit 126 Mandaten weit überlegen waren, erklärte das Zentralorgan der U. S. P., die „Freiheit", noch ehe das genaue Wahlresultat bekannt war, die einzige Lösung der durch die Niederlage der Koalition verursachten Krise sei eine Regierung der Rechten mit Helfferich an der Spitze. Die Partei stand demgegenüber auf dem Standpunkt, daß der Erfolg der Rechten allein die Koalition nicht erschüttert hätte. Eine einige Sozialdemokratie hätte die Koalition ohne weiteres aufrechterhalten können. Erst der Erfolg der Unabhängigen machte die Koalition unhaltbar, deshalb lag der Schlüssel zur Lösung der Krise zunächst bei ihnen. Nur die Unabhängigen konnten, indem sie sich zur positiven Mitarbeit bereit erklärten, die Notwendigkeit, eine Regierung der Rechten zu bilden, beseitigen. Versagten die Unabhängigen ihre Mitarbeit zu dem Zweck, eine Rechtsregierung zu verhindern, so waren Zentrum und Demokraten zum Anschluß nach rechts gezwungen. Für die Partei war eine Beteiligung an einer weiter nach rechts tendierenden Regierung unmöglich. Sie mußte, entsprechend den von ihren Wortführern schon im Wahlkampf abgegebenen Erklärungen, zu ihr in Opposition treten. Es wäre nach einem Wort von Karl Kautsky „politischer Selbstmord" gewesen, wenn sie allein in die Koalitionsregierung eingetreten wäre. Die Unabhängigen nehmen die Auslieferung des ganzen Staatsapparates an die bürgerlichen Parteien, die Aufgabe der von ihnen zu besetzenden Machtpositionen scheinbar leicht, weil sie unter dem Druck ihres linken Flügels jede gemeinsame Arbeit mit uns abzulehnen gezwungen waren, wie schwer auch die Schädigung der Arbeitermassen durch die so herbeigeführte Erweiterung der Machtposition der bürgerlichen Parteien werden konnte. Das erweist der Briefwechsel zwischen den mit der Kabinettsbildung beauftragten Genossen Hermann Müller und Crispien, dem Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Hermann Müller schrieb:

„Zur Lösung der mir gestellten Aufgabe wende ich mich zuerst an die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Wahlen brachten der U. S. P. D. 80 Mandate und machten sie damit zur zweitstärksten Partei des künftigen Reichstages. Die Beteiligung der U. S. P. D. an der Regierung ist deshalb das Nächstliegende.

In unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der U. S. P. an der Regierung aber deshalb besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin verstärkte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts verteidigt, reaktionäre Attentate auf den Achtstundentag und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit abgewehrt werden können und eine auswärtige Politik durchgeführt werden kann, die den republikanischen und pazifistischen Ideen der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht."

Anschließend bat er Crispien zu einer Besprechung, wobei er zum Schluß auf die Dringlichkeit der Regierungsbildung wegen der in Spa zu führenden Verhandlungen hinwies.

Auf dieses Schreiben ist am 11. Juni nachmittags sofort nach Eingang eine Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie, gezeichnet Crispien, eingegangen, die die Ablehnung der U. S. P. mit dem folgenden Wortschwall begründet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Im Auftrage des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übermittele ich Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung vom 11. Juni zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neuzubildende Regierung:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat.

Der Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher grundsätzlich bekämpft hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die der U. S. P. D. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben, für die energische Fortsetzung ihrer Politik des rücksichtslosen proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft.

Zur Erkämpfung dieses Zieles ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik zu machen, haben ihre Vertreter unausgesetzt eine Politik der Anlehnung und des Kompromisses mit den Vertretern der alten staatlichen Bureaukratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus betrieben, so daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mitschuldig zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus und Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewaltpolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft. Die seitdem betriebene rechtssozialistische Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien hat dazu

geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vormarsch zu behindern.

Das Erstarken der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromißpolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verwirrenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzlich klare und konsequente sozialistische Politik, die die Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt.

Ergibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Uebergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.

Durch diese Antwort dürfte wohl auch nach Ihrer Ueberzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein."

Dieser Brief enthält nahezu soviel Worte wie Unwahrheiten und falsche Voraussetzungen. Um angeblich keinen „Verrat" an den Arbeitern zu begehen, übten sie ihn tatsächlich, indem sie die politische Macht an die Rechtsparteien auszuliefern bereit waren, wie der linke Flügel der Unabhängigen durch sein Spielen mit dem Bolschewismus, durch seine putschistische Taktik schon vorher das Menschenmöglichste zur Stärkung der Reaktion getan hatte. Auch in einer rein sozialistischen Regierung wollten sie unserer Partei nicht einmal gleiches Recht gewähren, obwohl für uns fast 6 Millionen Stimmen abgegeben wurden gegen 4,8 Millionen der Unabhängigen.

Trotzdem hatten wir diese Antwort vorhergesehen und die Parteipresse bereits am 9. Juli darauf in vertraulichem Rundschreiben vorbereitet, ebenso wie wir für diesen Fall die Verantwortlichkeit der Rechtsparteien für die Regierungsbildung festgestellt hatten. Diese bemühten sich krampfhaft, die Partei zur Teilnahme an derselben zu bewegen. Selbst die „Deutschnationale Volkspartei" erklärte nach all den ungeheuerlichen Verunglimpfungen unserer Partei in einem ebenso unwahrhaftigen wie scheinheiligen Schreiben:

„Es kann also festgestellt werden, daß die Deutschnationalen bereit sind, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden für die praktische Wiederaufbauarbeit finden läßt."

Die Einladung des Führers der Deutschen Volkspartei zum Eintritt in eine von ihm zu bildende Regierung lehnte die Partei unter Hinweis auf ihre nationalistische, den Frieden gefährdende Tendenz mit der Motivierung ab, daß es der Sozialdemokratie schon in der alten Koalition in vielen Fragen schwer möglich gewesen sei, eine Mittellinie zu finden, so beim Betriebsrätegesetz, der Steuerpolitik und der Beratung der Verfassungsvorlage. In Zukunft würde das ganz unmöglich sein, besonders in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Es sei überhaupt merkwürdig, wie die Deutsche Volkspartei, die während der Wahl unter dem Feldgeschrei kämpfte:

„Von roten Fesseln macht Euch frei
Allein die Deutsche Volkspartei"

jetzt eine Regierungsbildung ohne diese „roten Fesseln" für sich als unmöglich erklärte. Auch gegenüber den Bemühungen der Zentrumspartei in ein Kabinett Trimborn oder Fehrenbach einzutreten, beharrte die Partei auf ihrem ablehnenden Standpunkt.

Damit war nicht gesagt, daß die Partei nunmehr in eine den Unabhängigen gleichgeartete grundsätzliche Opposition gegen jede Handlung der neugebildeten Regierung eintreten würde, sie hat vielmehr, auf dem Boden der Tatsachen stehend, jede einzelne Aktion derselben geprüft in voller Objektivität und als einziges Motiv ihres Handelns das Wohlergehen der breiten Masse des arbeitenden Volkes im Auge gehabt.

* * *

In dem Berichtsjahr hatten sich in vier Fällen die zuständigen Bezirksvorstände mit Ausschlußanträgen zu befassen.

In einem Fall wurde die Abhaltung des Schiedsgerichts gegenstandslos. Die auf Anregung des Parteivorstandes herbeigeführte Aussprache der Beteiligten ergab eine Ausgleichung der bestandenen Differenzen. Ein anderer Fall fand seine Erledigung dadurch, daß der Antragsteller es ausdrücklich ablehnte, Schiedsrichter zu ernennen. Im dritten Fall ist das Verfahren noch in der Schwebe. Dagegen wird sich mit dem vierten Fall die Beschwerdekommission zu beschäftigen haben.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts, die auf Berufung des Beschuldigten gegen den Entscheid des zuständigen Bezirksvorstandes eingelegt war, hat der Kreisvorstand des Kreisverbandes Aachen durch einstimmigen Beschluß Berufung an den Parteitag eingelegt.

Auf Beschluß des Parteiausschusses wurde der Parteivorstand seit März 1920 durch die Genossen Dr. A. Braun, Hildenbrand, Fr. Krüger und R. Fischer als Beisitzer verstärkt.

Organisation.

Der rapide Aufschwung der Mitgliederzahlen unserer Parteiorganisationen, der nach der Revolution zu verzeichnen war, ließ oft die Befürchtung laut werden, daß ein Zurückebben des Mitgliederstandes eintreten würde, wenn das politische Leben weniger stürmische Wellen schlagen würde. Bis jetzt ist davon nichts zu spüren. Wohl sind Austritte wie Uebertritte nach links zu verzeichnen, aber das Gesamtbild zeigt, daß die Organisation nicht nur durchaus stabil geblieben ist, sondern eine kräftige Vorwärtsbewegung aufweist. Die Gesamtmitgliederzahl steigerte sich gegen die Ziffer des Vorjahres um etwa 168 000 oder 15,6 Proz., eine Steigerung, die wir vor dem Kriege als überaus günstig ansahen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die vorjährigen Angaben über den Mitgliederstand unvollständig waren. Eine restlose Erfassung ist auch in diesem Jahre nicht zu verzeichnen, doch sind die Lücken erheblich geringer. Der tatsächliche Steigerungssatz ist daher niedriger wie der auf Grund der vorliegenden Zahlen errechnete. Ein Vergleich, wie sich in den einzelnen Bezirken die Mitgliederbewegung gestaltete, läßt sich wegen der unten erwähnten teilweisen Abänderung der Bezirksgrenzen nicht geben. Berücksichtigt man diese und die vorjährigen Lücken, so ergibt sich, daß von den 32 Bezirken 25 einen Zugang von 181 854 männlichen und 14 einen solchen von 20 122 weiblichen Mitgliedern aufweisen. In 7 Bezirken sind die männlichen um 44 737 und in 17 Bezirken die weiblichen Mitglieder um 36 878 zurückgegangen. Daraus ergibt sich, daß der Zuwachs sich nur auf die männlichen Mitglieder erstreckt, bei den weiblichen dagegen ein Rückgang von etwa 16 000 zu verzeichnen ist, was für unsere Organisationen Anlaß sein muß, der Agitation unter den Frauen besondere Beachtung zu schenken. — Die Entwicklung der Mitgliederbewegung in den letzten 15 Jahren zeigt die umstehende Tabelle, aus der die Wirkungen des Krieges und der Revolution klar ersichtlich sind.

Mitgliederbewegung in den Geschäftsjahren 1906—1920.

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme %	Abnahme %
1906	384 327	—	—
1907	530 446	38,0	—
1908	587 336	10,7	—
1909	633 309	7,8	—
1910	720 038	13,6	—
1911	836 562	16,1	—
1912	970 112	15,9	—
1913	982 850	1,3	—
1914	1 085 905	10,50	—
1915	515 898	—	47,5
1916	432 618	—	16,0
1917	243 061	—	44,3
1918	249 411	2,5	—
1919	1 012 299	305,9	—
1920	1 180 208	15,6	—

Die Zahl der Ortsvereine beträgt nach den Berichten 9236 gegen 6673 in der unvollständigen vorjährigen Zusammenstellung.

Die Umbildung der Wahlkreise zu den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 ließ eine Neueinteilung unserer Agitationsbezirke notwendig erscheinen, da die neuen Wahlkreise vielfach über die bisherigen Bezirksabgrenzungen hinausgingen, wodurch die Wahlarbeiten erheblich erschwert wurden. Obgleich die Wahlkreiseinteilung noch nicht als feststehend betrachtet werden konnte, haben wir im Berichtsjahre unsere Bezirke dieser angepaßt, was sich bei der diesjährigen Reichstagswahl als vorteilhaft erwies.

Neben dem Bezirk Elsaß-Lothringen, der mit dem Waffenstillstand von Deutschland abgetrennt wurde, verloren wir im letzten Jahre die Bezirke Westpreußen und Posen, die gegen den Willen des größten Teiles der Bevölkerung von den Siegern Deutschland entrissen und dem neuen Staate Polen angegliedert wurden. Nur Randstreifen dieser ehemaligen Provinzen entgingen diesem Schicksal und blieben bei Deutschland. Wir haben diese Restteile den nächstgelegenen Parteibezirken angegliedert. — Entsprechend den Bestimmungen des vom Weimarer Parteitag beschlossenen Organisationsstatuts wurde unter Begutachtung der Bezirksvorstände einheitliches Verwaltungsmaterial vom Parteivorstand herausgegeben und in den Bezirken eingeführt. Wenn auch der Uebergang stellenweise einige Schwierigkeiten bereitete, läßt sich doch schon jetzt sagen, daß sich die Neueinrichtung bewähren wird und das Zusammenarbeiten des gesamten Verwaltungsapparates dadurch eine wesentliche Förderung erhalten hat, mit deren weiterer Auswirkung zu rechnen ist. Auch die Beitragsmarken werden jetzt einheitlich vom Parteivorstand geliefert. Damit sind zugleich die Wochenbeiträge überall eingeführt worden. Nach dem Organisationsstatut beträgt der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder 20 Pf., für weibliche 15 Pf. pro Woche. Erhoben wurden am Jahresschluß von männlichen Mitgliedern in 3 Bezirken 40 Pf., in 3 Bezirken 25 Pf., in 25 Bezirken 20 Pf. Wochenbeitrag. Von den weiblichen Mitgliedern wurden in einem Bezirk 25 Pf., in 3 Bezirken 20 Pf., in 26 Bezirken 15 Pf. und in einem Bezirk 10 Pf. die Woche erhoben. In den meisten Bezirken wurde außerdem für den Wahlfonds ein monatlicher Extrabeitrag in Höhe von 1 Mk. gezahlt. Die außerordentliche Steigerung der Agitations-, Wahl- wie Verwaltungskosten macht eine Erhöhung des Mindestbeitrags unumgänglich nötig, da diese mit den jetzigen Beiträgen nicht zu decken sind.

Durch den neuen Organisationsaufbau sind die alten Wahlkreisorganisationen, die früher die Grundlage der Parteiorganisationen bildeten, in Wegfall gekommen. Die früheren Kreisorganisationen haben für den Aufbau der Partei stark beigetragen. Manche älteren Parteigenossen haben das Aufgeben dieser bewährten Gliederung deshalb bedauert. Sie hatte jedoch mit der neuen Wahlkreiseinteilung ihre Existenzberechtigung verloren und mußte daher dem Zweckmäßigeren weichen. — Das Schwergewicht, sowohl für die Agitation wie für die Verwaltung des Bezirks, liegt nunmehr in den Bezirksvorständen. Als Bindeglied zwischen diesen und den Ortsvereinen sind Unterbezirkssekretariate geschaffen. Die durch diese Umwandlung den Bezirksvorständen übertragenen neuen Tätigkeitsgebiete machten jedoch eine Vermehrung der Sekretäre unumgänglich nötig. Es wurde daher beschlossen, daß in der Regel für jeden Bezirk zwei Sekretäre von der Hauptkasse besoldet werden sollten, von denen einer die Agitation, der zweite die Verwaltungsgeschäfte bearbeiten sollte. In den größeren Bezirken sind neben diesen noch weitere Sekretäre aus Bezirksmitteln angestellt, von denen zum Teil besondere Gebiete, wie Kommunalpolitik, Beamten-, Jugend-, Frauen-, Landagitation u. a. bearbeitet werden. Einschließlich der Unterfekretäre wie des Bureauhilfspersonals beträgt die Zahl der Angestellten in den Bezirken zurzeit 311, davon 53 weibliche. Die Zahl der aus der Parteikasse besoldeten Bezirkssekretäre beträgt gegenwärtig 58.

Das Bestehen von Bildungsausschüssen wird aus 488 Orten gemeldet. Jugendausschüsse befanden sich in 561 Orten; Kinderschutzkommissionen in 93 Orten. Aus 287 Orten wird berichtet, daß dort regelmäßige Zusammenkünfte weiblicher Mitglieder stattfinden, die der Agitations- und Aufklärungsarbeit dienen. Dazu die Tabellen auf Seite 71 und 72.

An den Parteivorstand überwiesene Anträge.

Die Anträge 9, 10, 11, 25, 54, 69, 81, 160, 165, 170, 187 (1), 189 enthalten Anregungen für eine Revision des Parteiprogramms, die Schaffung eines Agrarprogramms bzw. Einsetzung einer Kommission zur Beratung desselben und Forderungen, die nur in Verbindung mit der eventuellen Revision des Parteiprogramms zum Gegenstand der Beratung gemacht werden können. Durch die Maßnahmen zur Diskussion und Erneuerung des Parteiprogramms, die einen besonderen Punkt der Tagesordnung des Parteitages zu Kassel bilden, hat der Parteivorstand den Ueberweisungsbeschlüssen des Weimarer Parteitags Rechnung getragen.

Die Anträge 12, 60, 96 verlangten vom Parteivorstand die Einrichtung von Kursen zur Ausbildung von politischen Beamten, ferner die Errichtung einer Zentralstelle, durch welche für politische Beamtenstellen geeignete Parteigenossen ermittelt und listlich geführt werden sollten.

Der Parteivorstand hat bei allen sich bietenden Gelegenheiten auf eine stärkere Durchsetzung des Beamtenkörpers mit Parteigenossen gedrungen und war für eine schnelle Demokratisierung der Verwaltung im Reich, in Staat und Gemeinde unausgesetzt tätig. Die Einrichtung von Kursen oder eine als politische Arbeitsvermittlungsstelle fungierende Zentrale erschien ihm jedoch völlig unzweckmäßig. Die wörtliche Ausführung der in den Anträgen gegebenen Anregungen ist deshalb unterblieben.

Die Anträge 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 172 betreffen meist die Agitation durch die Presse. Sie fordern u. a. eine Feuilletonzentrale für die kleineren Blätter, ein Wunsch, dem durch die Lieferung von Romanen

auf Matrizen durch die Buchhandlung Vorwärts entgegengekommen ist. Der geforderten Schaffung einer lokalen kleinen Presse hat der Parteivorstand große Geldmittel geopfert. Die Klagen über ungenügende Berücksichtigung bei der Papierzuteilung haben ihm Grund zu häufigen Besprechungen mit den betreffenden Reichsstellen gegeben, als deren Ergebnis in vielen Fällen eine Abstellung der gerügten Mißstände zu verzeichnen war.

Der Antrag verlangt vom Parteivorstand ein Eintreten bei der preußischen Staatsregierung zugunsten einer schnellen Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse in dem ehemaligen Fürstentum Hohenzollern. Dem ist der Vorstand durch Uebermittlung der Resolution an den preußischen Ministerpräsidenten nachgekommen.

Die Anträge 232 und 246 verlangen die Anstellung ständiger Auslandskorrespondenten, damit die sozialdemokratische Presse in ihren Berichten über die politischen Vorgänge im Auslande nicht mehr auf die Nachrichten der bürgerlichen Presse angewiesen ist. Der Parteivorstand hat über diese Frage wiederholt beraten, doch ist die Aufnahme eines wirklich erfolgreichen Auslandsdienstes für die Parteipresse im Berichtsjahre — sowohl durch den geringen Wert des deutschen Geldes im Auslande, als den Mangel an geeigneten Personen nicht durchführbar gewesen.

Der Anregung des Antrags 238, der Parteivorstand möge einen sozialdemokratischen Bauernverein ins Leben rufen, beschäftigte den Parteivorstand gelegentlich der Gründung derartiger Vereine in Bayern, dem Rheinland und anderen Gegenden. Der Vorstand beabsichtigt die Einberufung einer Konferenz unter Teilnahme von Vertretern dieser Bauernvereine, um über die zweckmäßigste Art der Tätigkeit für diese Organisationen geeignete Unterlagen zu erhalten.

Der Antrag 240: Zur Förderung der politischen Aufklärung und Organisation der Beamten im sozialistischen Sinne ist eine Zentralstelle beim Parteivorstand zu schaffen, ist vom Vorstand durchgeführt. Der Bericht der Zentralstelle für Beamtenagitation findet sich an anderer Stelle.

Frauenbewegung.

Nach dem zahlenmäßigen Bericht ist in 15 Bezirken die Zahl der organisierten Frauen gestiegen, während in 17 eine Abnahme zu verzeichnen ist. Besonders stark sind an dem Verlust die Bezirke beteiligt, bei denen der Bericht von 1919 eine sprunghaft starke Zunahme zeigte. Das ist ein Beweis, daß es schwieriger ist, weibliche Mitglieder zu halten als zu gewinnen. Ist das bei männlichen Genossen schon schwer, so vollends bei den erst seit kurzer Zeit gleichberechtigt im politischen Leben stehenden Frauen, bei denen noch alle in der zeitlichen Entwicklung wurzelnden Vorbedingungen hierfür fehlen. Die Politik enttäuschte manche Frau. Die Bruderkämpfe, die wirtschaftliche Not sowohl auf dem Waren- wie auf dem Arbeitsmarkt, die Demagogie der gegnerischen Parteien von rechts und links, die es verstanden, auf die sich politisch unsicher fühlenden Frauen einzuwirken, machte der Partei auch bei den Wahlen Abbruch. Um so erfreulicher ist die verstärkte Anteilnahme der politisch gefestigten Genossinnen an der Arbeit innerhalb der Partei und in der öffentlichen Tätigkeit.

Die planmäßig betriebene Schulungsarbeit in Frauenabenden und Kursen unter der Leitung von Frauen nimmt ständig zu, die Zahl der Rednerinnen wächst. Noch nicht überall sitzen in den Bezirksleitungen und noch weniger in den örtlichen Vorständen Genossinnen. Doch mehr als früher achten die Genossinnen darauf, daß ihnen dort und in den Bildungsausschüssen, Preßkommissionen usw. Plätze eingeräumt werden. In einzelnen Bezirken hat man Genossinnen als Sekretäre mit der besonderen Aufgabe, die Frauenbewegung zu fördern, angestellt, auch in die Redaktionsstuben der Tagespresse sind schon vereinzelt Genossinnen eingezogen. Um die Bewegung zu heben, hat man vielfach Frauengruppen (auch Agitationsausschüsse) gebildet, die in Uebereinstimmung mit der Gesamtpartei eine eigene Wirksamkeit entfalten. Die Gefahr einer Sonderorganisation ist nicht vorhanden, weil unsere Parteibewegung in sich gesund ist und das Bestreben zeigt, der Frauenbewegung in ihren gerechten Forderungen entgegenzukommen, und sie in ihren daraus resultierenden Forderungen zu unterstützen. Wie die Frauen am besten zum Vorteil der Gesamtpartei in der Organisation tätig sind, das lehrt am besten das unter den Druckschriften angegebene Büchlein: „Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung".

Neben zahlreichen Kreiskonferenzen tagten im laufenden Jahre nach den Berichten in den Bezirken: Brandenburg, Groß-Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, Oberrhein, Baden, Schleswig-Holstein, Zwickau, Franken, Oberpfalz-Niederbayern, Oberbayern-Schwaben, Kassel und Breslau Bezirksfrauenkonferenzen, die sich mit Organisation und Aufbau, ebenso mit den die Frauen besonders interessierenden Spezialfragen: Erziehung in Schule und Haus, Wohlfahrtspflege und anderen Spezialfragen beschäftigten. Die meisten dieser Konferenzen hat der Parteivorstand beschickt. Hierbei ist zu bemerken, daß auf allen Konferenzen noch immer über mangelndes Interesse seitens der Vorstände und der Gesamtbewegung geklagt wurde. Läßt sich auch ein Teil der Klagen in ihren Ursachen auf die mangelnde Kenntnis des organisatorischen und politischen Lebens zurückführen, so müssen uns trotzdem die übrigbleibenden berechtigten Klagen zu denken geben. Die gegnerischen Parteien werben jetzt um ihrer Selbsterhaltung willen sehr interessiert und mit unleugbarem Geschick und Erfolg um die Stimmen der Frauen, wieviel mehr aber hat die Partei es nötig, die den Frauen das Wahlrecht erkämpft hat und die um ihrer Ideale und Zukunftsziele willen an dem geistigen Aufstieg der Frauen interessiert ist. In jeder Konferenz fand ein reger Meinungsaustausch statt. Ganz unleugbar hat sich nachher stets ein regerer Arbeitseifer unter den Genossinnen gezeigt. Das sollte für die Bezirksleitungen Anlaß genug sein, mindestens einmal im Jahre, vielleicht im Anschluß an den Bezirksparteitag auch eine Frauenkonferenz abzuhalten.

An Schriften zur Belehrung und zur Agitation sind im laufenden Jahre vom Parteivorstand herausgegeben:

1. Marie Juchacz: „Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung";
2. Adele Schreiber: „Schutz unsern Frauen und Mädchen";
3. Gertrud Hanna: „Frauenarbeit und Frauenorganisation";
4. Henriette Fürth: „Die Sozialisierung der Wohlfahrtspflege".

Zur Reichstagswahl sind sieben besondere Frauenflugblätter herausgegeben. Drei Nummern der „Gleichheit" wurden besonders zu Werbezwecken ausgestattet und den Bezirken zum Massenbezug angeboten. Dabei ist zu bedenken, daß sich außerdem fast sämtliche von der Partei herausgegebenen Schriften und Flugblätter gleichmäßig an Männer und Frauen wenden, letzteren also ebenfalls Aufklärung und Belehrung geben. Das beste Aufklärungsmaterial für die Frauen, in der Schulungs- und Agitationsarbeit noch immer zu wenig ausgenutzt, ist die „Gleichheit". Aus den schriftlichen und mündlichen Berichten der Genossinnen geht hervor, daß die regelmäßige

Zustellung der Frauenzeitschrift sehr zu wünschen übrig läßt, wodurch naturgemäß die Werbearbeit für die Zeitschrift erlahmen muß. Die „Gleichheit" gibt Anregungen für die praktische Frauenbewegung, nimmt Stellung vom Frauenstandpunkt zu den politischen Tagesfragen und Zeitströmungen und gibt dem Kreis der geistig und praktisch arbeitenden Genossinnen Gelegenheit, sich zu den Problemen der Zeit und den schwebenden Tagesfragen zu äußern; sie berichtet über die Vorkommnisse und den jeweiligen Stand der Frauenbewegung, sie ist das geistige Band, das die Frauenbewegung umschlingt. So ist aus vielen Orten von Genossinnen berichtet worden, daß die „Gleichheit" regelmäßig und mit gutem Erfolg zur Unterlage für Diskussionen in Frauenabenden gemacht worden ist. Die als Beilage der „Gleichheit" erscheinende Zeitschrift „Die Frau und ihr Haus" ergänzt die politische Zeitschrift auf das trefflichste. Sie ist nicht etwa eine „Modebeilage" schlechthin, wie immer fälschlich angenommen wird, sondern sie ist, wie man schon ihrem Titel entnehmen kann, in allen den Kulturfragen, die die Frau der heutigen Zeit als Mutter und Hausfrau lösen soll, in allen Fragen, die Kleidung, Hygiene, Gesundheit, Heim betreffen, ein verständiger Ratgeber.

Die Verbreitung der Zeitschrift sollte deshalb aus den angeführten Gründen mehr als bisher gefördert werden.

Eine Zahl von Frauen sind außer in Reichs- und den Landesparlamenten in den Kommunen als Stadtverordnete und Bürgerdeputierte tätig. Ganz unverkennbar ist der Einfluß der Frauen auf die Gesetzgebung und das ganze öffentliche Leben. Ihre Lieblingswünsche: Umgestaltung des bürgerlichen Rechts und des Strafrechts, grundlegende Aenderungen auf dem Gebiete des Jugendlichen-Strafrechts u. a. sehen die Frauen noch nicht erfüllt. Nach dem geistigen Leben in der Organisation und den Aeußerungen der Genossinnen in der Presse wird man auch die außerhalb der Parlamente Stehenden auf dem Posten finden, wenn die Fragen gesetzgeberisch in Angriff genommen werden. Dieselbe Aufgabe erblüht den Frauen bei der sozialpolitischen Gesetzgebung. Das Jugendwohlfahrtsgesetz muß uns gewappnet finden; bei dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gilt es, schlimme Ausnahmegesetze gegen die Frauen zu beseitigen. Der Ausbau der Sozialversicherung muß so gestaltet werden, daß die Mutterschaft zu einer reinen Quelle der Freude und des Glücks für alle Frauen wird. Im Wochenfürsorgegesetz ist ein sehr bescheidener Anfang dazu gemacht worden.

Eine Quelle der Unzufriedenheit für die Frauen ist ihre wirtschaftliche Gebundenheit, hervorgerufen durch die schlechte Lage des Arbeitsmarktes, verschärft durch die Verordnungen des Demobilmachungsamtes. Wohl ist durch die Gesetzgebung für die weiblichen Beamten gesorgt worden. Aber die Frauen der Industriearbeiterschaft, ebenso die in Handel und Gewerbe tätigen, leiden wirtschaftlich und in ihrer freien Selbstbestimmung unter den Verhältnissen. Die Gesundung unseres Wirtschaftslebens muß uns hier auf dem Plan finden, um die errichteten Schranken wieder abzubauen.

Wir können in diesem Jahr über eine organisatorische Neugründung, den

Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt,

berichten, dessen vorläufige Satzungen wir weiter unten folgen lassen.

Die organisatorische Zusammenfassung (darin liegt der Hauptwert) unter dem Namen Arbeiterwohlfahrt machte sich notwendig aus der Entwicklung der allgemeinen sozialen Arbeit innerhalb der Partei. Die Gründung ist keine rein weibliche, doch kann man wohl sagen, daß im Gegensatz zu der sonstigen Beteiligung an den Spezialaufgaben der Partei die Frauen nicht nur Mitwirkende, sondern Hauptträgerinnen der Bewegung sind.

Schon vor dem Kriege hatten wir in der Partei kräftige Ansätze zur sozialen Arbeit, während des Krieges, unter der Einwirkung der sozialen Not, wurden die Männer und Frauen der arbeitenden Klasse mehr als bisher zur sozialpflegerischen und -fürsorgerischen Tätigkeit herangezogen. Die Demokratisierung unseres gesamten Verfassungswesens gab die Möglichkeit der verstärkten Teilnahme an der sozialen Arbeit, die aus Lebensmittelnot und Teuerung, aus Arbeitslosigkeit, Krankheit und den vielen Kriegsfolgen gesteigerten sozialen Bedürfnisse erheischten eine starke aktive Anteilnahme auf diesem Arbeitsgebiet. Dazu kommt noch, daß sehr viele Frauen für die praktische soziale Arbeit in ganz hervorragendem Maße geeignet sind.

Bis jetzt ist seit Bestehen des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt die Gründung von 18 Bezirksausschüssen und 49 Ortsausschüssen gemeldet. Die Zahl der letzteren ist größer, weil einige Bezirksausschüsse, die geographisch günstig liegen, gleich selbst den Verkehr mit den Ortsgruppen übernommen haben. Mit den anderen geschieht vorläufig der Verkehr noch durch die Zentralstelle. Publikationsorgan für den Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt ist „Die Gleichheit".

* * *

Richtlinien.

§ 1. Der „Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt" bezweckt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen. Im besonderen will er die gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege und ihre sachgemäße Ausführung fördern.

§ 2. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

1. Zusammenfassung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Frauen und Männer;
2. die Gewinnung neuer Kräfte;
3. die Schulung der bereits tätigen und der neu herangezogenen Kräfte;
4. Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege in der Oeffentlichkeit und ihre wissenschaftliche Durcharbeitung;
5. die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter bei der Besetzung von Stellen und bei der Vermittlung ehrenamtlicher Hilfskräfte für die öffentliche Wohlfahrtspflege;
6. die Vertretung der Arbeiterschaft bei den Behörden des Reiches, der Länder und der Selbstverwaltungskörper, bei Zusammenschlüssen der Wohlfahrtsorganisationen sowie der Zusammenarbeit mit gleichartigen Organisationen.

§ 3. Zur Erfüllung dieser Aufgabe hat sich der „Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt" gebildet. Er setzt sich zusammen aus einem geschäftsführenden Ausschuß von 7 Mitgliedern mit dem Sitze in Berlin und einem Beirat aus allen Teilen des Reichs und in der Wohlfahrtspflege erfahrenen Personen. Der Beirat kann durch Vertreter von Arbeiterorganisationen ergänzt werden.

§ 4. In den Ländern, Bezirken und Gemeinden werden „Unterausschüsse für Arbeiterwohlfahrt" (Landes-, Bezirks- und Ortsausschüsse) gebildet. Der Hauptausschuß ist gleichzeitig Landesausschuß für Preußen. Die Unterausschüsse haben die in § 2 genannten Aufgaben innerhalb ihres Bezirkes zu erfüllen, der Hauptausschuß hat sie dabei durch Richtlinien zu unterstützen.

§ 5. Der Hauptausschuß ist verpflichtet, mindestens einmal jährlich mit Vertretern der Unterausschüsse eine gemeinsame Besprechung abzuhalten. Im ersten Jahre des Bestehens des Hauptausschusses soll die Besprechung besonders der Prüfung von Satzung und Richtlinien der Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt dienen.

Zu Punkt 3 und 4 der Leitsätze ist zu berichten, daß es unserer noch jungen Organisation möglich gewesen ist, zu erreichen, daß das Reichsministerium des Innern einen großen Geldbetrag für die Ausbildung von Arbeiterinnen zur berufsmäßigen Ausübung der Wohlfahrtspflege bewilligt hat. Die sozialen Frauenschulen in Berlin-Schöneberg, Hamburg, München und Köln teilten sich in die Aufgabe, in halbjährigen Sonderlehrgängen Frauen und Mädchen mit Volksschulbildung für den sozialen Beruf zu schulen. Unsere Aufgabe muß es weiter sein, darauf zu drängen, daß es möglich wird, befähigten Arbeiterinnen die Möglichkeit zur Teilnahme an den ordentlichen Lehrgängen zu geben. Für die Schulung ehrenamtlicher Kräfte sind ebenfalls Mittel gegeben worden. Aus den über 50 000 Einwohner zählenden Städten versammelten sich die Teilnehmerinnen — die überwiegende Zahl bestand aus Sozialdemokratinnen — im Jugendheim zu Charlottenburg, um dort an einem kurzen praktischen Kursus, der nach der Aussage der sozialistischen Teilnehmerinnen sehr fruchtbar war, teilzunehmen. Außerdem ist dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt zur selbständigen Abhaltung eines Kursus über Jugendwohlfahrt ebenfalls eine Geldsumme bewilligt worden. Er wird voraussichtlich Ende Oktober stattfinden.

Der Hauptausschuß besteht aus einigen Mitgliedern des Parteivorstandes und einer größeren Zahl von Sachverständigen, die ihrerseits den Ortsausschuß in den verschiedensten zentralen Wohlfahrtsveranstaltungen vertreten. Die Beschlußfassung über Teilnahme geschieht von Fall zu Fall. Es kann gesagt werden, daß dieser jüngste Zweig unseres großen Arbeitsgebietes einen vielversprechenden Anfang genommen hat.

Jugendbewegung.

Das Geschäftsjahr vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 stand im Zeichen des Wiederaufbaues. Die Beschlüsse des Parteitages in Weimar vom Juni 1919 dienten dabei als Grundlage. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend löste sich auf; an ihre Stelle trat: Der Hauptvorstand des „Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands". Das während des Krieges verwaiste Sekretariat wurde mit dem Genossen Aug. Albrecht-Hamburg neubesetzt und im Laufe des Jahres den wachsenden Arbeiten entsprechend durch Hilfskräfte erweitert. Dem Hauptvorstand gehören fünf von dem Berliner Arbeiterjugendverein gewählte Jugendgenossen und -genossinnen an; vom Parteivorstand wurden ebenfalls fünf Genossen gewählt, und zwar Genossin Juchacz sowie die Genossen Fr. Bartels, J. Sassenbach, Heinrich Schulz und R. Weimann. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Genosse Heinrich Schulz, zu seinem Stellvertreter Jugendgenosse Rüdiger, als Kassierer Genosse Fr. Bartels gewählt.

Der Hauptvorstand sah seine wichtigste Aufgabe darin, die durch den Krieg erschütterte Bewegung überall wieder mit neuem Leben zu erfüllen und neu aufzubauen. Zu diesem Zwecke wurde eine Anzahl Flugblätter neu herausgegeben („Organisiert Euch", „Jugend und Bildung", „An die Eltern der arbeitenden Jugend") und die älteren neu bearbeitet, so daß zurzeit neun Flugblätter für die Agitation zur Verfügung stehen. Ferner wurde das „Erziehungs- und Jugendschutzprogramm der Arbeiterjugend", unsere Denkschrift an die Nationalversammlung und die Reichsregierung neu aufgelegt. Von den alten Schriften wurden weiter vertrieben: Heinrich Schulz „Gehörst Du zu uns?" (20 Pf.), „Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche" von Rob. Schmidt (25 Pf.), das „Volksliederbuch" von Böse (7,50 Mk.) und ältere „Jungvolk-Kalender" (1 Mk.). An neuen Schriften gab der Hauptvorstand eine Neubearbeitung unseres „Jugendliederbuches" (1,50 Mk.) heraus, ebenso den „Jungvolk-Kalender" für 1920 (3 Mk.). Vor allem begannen wir aber mit der Herausgabe der bereits vor dem Kriege beschlossenen „Jungvolk-Bücherei". Als erstes Buch erschien „Sonnige Jugend, Festgedanken und Feierstunden" von E. R. Müller (2,40 Mk.). Es folgten „Der junge Arbeiter, ein Ratgeber für sozialistische Jugendarbeit" von E. R. Müller (3 Mk.), „Frohes Wandern" von C. Schreck und eine kleine Agitationsbroschüre „Willst Du mich hören?" als Weckruf an die weibliche Jugend von Frau Clara Bohm-Schuch.

Um die Verwaltung in dem neugeschaffenen Verband der Arbeiterjugend-Vereine zu vereinheitlichen, ließ der Hauptvorstand Verwaltungsmaterial zum Gebrauch in allen Jugendvereinen herstellen, das zum Selbstkostenpreis an die Vereine abgegeben wurde. (Mitgliedsbücher für vierzehntägliche oder monatliche Beitragszahlung, Mitgliedsmarken von 20 bis 100 Pf., Fördererkarten, Fördermarken zu 50 und 100 Pf., Sparkarten, Sparmarken zu 25, 50 und 100 Pf., Kartothekkarten für monatliche und vierzehntägliche Beitragszahlung, Kartothekkarten für den Vertrieb der „Arbeiter-Jugend"; ferner „Berichtsbogen des Ortsvereins" für die vierteljährliche Berichterstattung an den Bezirk und „Berichtsbogen des Bezirks" zur vierteljährlichen Berichterstattung an den Hauptvorstand.)

Die „Arbeiter-Jugend" wurde entsprechend dem Beschlusse des Parteitages von 8 auf 12 Seiten erweitert. Der vierteljährliche Bezugspreis mußte leider im Laufe des Jahres von 1 Mk. auf 2 Mk. für ein Exemplar erhöht werden. Die Auflage betrug am Anfang des Berichtsjahres 38 000, sie stieg im Laufe des Jahres auf 58 000. Ein guter Fortschritt, wenn man bedenkt, daß bis in den Hochsommer 1919 hinein noch fortwährend Absplitterungen zur linksradikalen Jugendbewegung stattfanden.

Das „Rundschreiben" des Hauptvorstandes erschien im Berichtsjahre in sieben Nummern in Auflagen von 5—6000. Es erscheint nunmehr als Monatsschrift für die Vorstände, Funktionäre und Mitarbeiter der Arbeiterjugendbewegung. Bezugspreis 8 Mk. für ein Jahr. (Durch alle Postanstalten oder direkt vom Hauptvorstand zu beziehen.)

Für unsere Mitglieder wurde auf vielfach geäußerten Wunsch der Jugendlichen ein einfaches Verbandsabzeichen eingeführt. Ferner wurden zwei große, zweifarbige Plakate herausgegeben; das erste enthält unsere Jugendschutzforderungen, das zweite die Vereinssatzungen.

*

Die linksradikale Jugendbewegung, die sich während des Krieges und besonders nach der Revolution von uns trennte, ist im Laufe der Zeit in sich zerfallen. Als Hauptrichtungen sind hervorzuheben: Die „Sozialistische Proletarierjugend" (U. S. P. D.), die „Freie sozialistische Jugend" (K. P. D.), dazu neuerdings noch kleine kommunistische Sondergruppen, die anarchistische „Freie Jugend" und eine syndikalistische Jugendorganisation. Im Reiche gibt es hier und da noch kleine Gruppen, die über oder „zwischen den Parteien" stehen wollen und meistens von U.-S.-P.-Idealisten geführt werden. Alle Jugendorganisationen links von uns besitzen zusammen wohl kaum die Hälfte der Mitglieder unseres Verbandes.

Die bürgerlichen Jugendpflege-Vereine rechts von uns haben im allgemeinen ihren Stand gehalten. Dort macht sich ein immer stärkerer Drang bemerkbar, in ihrem Vereinsleben der Jugend selbst mehr Rechte einzuräumen, weil man fürchtet, daß die Jugend sonst nicht kommt. So

wird das „Führer-Problem", die Loslösung von der Jugendpflege und die Selbstverwaltung der Jugend in wachsendem Maße in den bürgerlichen Jugendzeitschriften und auf den Tagungen erörtert.

Die Jugendbewegung der intellektuellen Jugend krankt an innerer Zerrissenheit. Zwei Gruppen sind dort besonders stark: die „Aelterenbewegung", die hauptsächlich die Jugend über 20 Jahre sammelt, und die Wandervogelbewegung, die vornehmlich die Jugend der gleichen Jahrgänge umfaßt wie die Arbeiterjugendbewegung. Die „Aelterenbewegung" ist in viele Gruppen und Grüppchen geteilt wie: „Freideutsche Jugend", „Aelterenbewegung der Wandervögel aller Bünde", den deutsch-völkischen „Jungdeutschen Bund" u. a. Der einstmals stolze Wandervogel E. V. ist zerfallen in einen radikalen, sozialistischen Teil und einen deutsch-völkischen. Daneben bestehen noch ein „Alt-Wandervogel", ein „Jung-Wandervogel" und viele kleinere Gruppen. Hier sehen wir in der Nachkriegszeit eine ähnliche Neugruppierung wie in der Arbeiterjugendbewegung.

Als politische Jugendorganisationen mit starker Unterstützung ihrer Parteien sind entstanden die Demokratische Jugend, die Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationale Jugendbund, endlich die Windthorstbünde des Zentrums.

*

Die Entwicklung des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands kann zahlenmäßig leider nur sehr ungenau angegeben werden. Eine regelmäßige Berichterstattung für jedes Quartal wurde erst seit dem 3. Quartal unseres Geschäftsjahres, 1. Oktober 1919, eingeführt. Bis jetzt liegen nur die Zahlen dieses Quartals vor. Von 35 Jugendbezirksleitungen berichteten aber bis jetzt (Ende Juli) nur 26. Acht Bezirke versagten in der Berichterstattung vollständig, sie haben über ihre Tätigkeit dem Hauptvorstand keinerlei Angaben gemacht. Da es sich dabei teils um sehr große Bezirke mit vielen Arbeiterjugend-Vereinen handelt, ist es sehr zu bedauern, daß trotz mehrfacher Mahnungen kein Bericht zu erlangen war. In Zukunft werden solche säumigen Bezirke im Jahresbericht namhaft gemacht werden.

Die berichtenden 26 Bezirke hatten am Anfang des Quartals (1. Oktober 1919) insgesamt 361 Vereine. Am Ende des Quartals berichteten die gleichen Bezirke bereits über 446 angeschlossene Vereine. Die 361 Vereine hatten am 1. Oktober 19 258 männliche, 9185 weibliche, insgesamt 28 443 Mitglieder, die 446 Vereine am 31. Dezember hatten 29 814 männliche, 9925 weibliche, insgesamt 31 739 Mitglieder. An Neuaufnahmen erfolgten im 3. Quartal 3641 männliche, 1424 weibliche gleich 5065 Mitglieder, an Austritten wurden im 3. Quartal gemeldet 2166 männliche, 1350 weibliche, gleich 3516 Mitglieder.

Ueber das Alter der Funktionäre berichteten die obigen 446 Vereine wie folgt:

von 14—16 Jahren 562 männliche, 204 weibliche = 766 Funktionäre,

von 16—18 Jahren 587 männliche, 206 weibliche = 793 Funktionäre,

über 18jährige und Erwachsene 486 männliche, 123 weibliche = 609 Funktionäre.

Diese Zahlen gestalten einen Rückschluß auf die Arbeit in der Bewegung. Die Jugend stellt erfreulicherweise den überwiegenden Teil der Funktionäre. Interessant ist ferner, daß die Zahl der weiblichen Funktionäre, die im Jugendalter stehen, im Verhältnis zu den gleichaltrigen männlichen bedeutend höher ist als bei den älteren und erwachsenen Mitarbeitern sowie Helfern.

Ueber die Veranstaltungen im 3. Quartal berichten die 446 Vereine:

1. Einzelvorträge aus allen Wissensgebieten	1329	mit	41 272	Teilnehmern
2. Unterrichts- und Vortragskurse	107	„	8 473	„
3. Lese- und Diskussionsabende	636	„	22 081	„
4. Wanderungen	713	„	14 636	„
5. Außenspiele und Volkstänze	481	„	11 290	„
6. Unterhaltung und Geselligkeit	2226	„	61 084	„
7. Künstlerische Feste (Jugendfeiern, Elternabende usw.)	351	„	43 539	„
8. Führungen (Museen, Ausstellungen, technische Betriebe usw.)	167	„	3 658	„
9. Theater- und Konzertbesuche	192	„	7 604	„
10. Mitgliederversammlungen	1012	„	30 298	„
11. Oeffentliche Versammlungen	117	„	16 239	„
12. Jugendkonferenzen	9	„	429	„
Veranstaltungen insgesamt	7340	mit	260 603	Teilnehmern

(und zwar Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren).

Es ist zu beachten, daß das 3. Quartal (Oktober bis Dezember) ein Winterquartal ist, in dem die körperliche Betätigung, wie Wanderungen und Spiele stark zurücktritt. Ungesund stark tritt „Unterhaltung und Geselligkeit" hervor. „Führungen" wie „Konzert und Theaterbesuche" müßten mehr gepflegt werden.

Ueber ihren Kassenbestand berichteten etwa 300 Vereine; sie besaßen zusammen am Anfang des Quartals die Summe von 53 949,44 Mk. und am Ende 59 179,66 Mk. — Die 300 Vereine hatten eine Einnahme von 205 561,60 Mark und eine Ausgabe von 200 340,38 Mk. Das ist eine erhebliche Summe, wenn man bedenkt, daß von 650 bestehenden Vereinen nur 300 berichteten, also die wirkliche Summe mindestens doppelt so hoch sein wird. Von den 26 berichtenden Bezirken machten 12 Bezirksvorstände Angaben über ihre Kassen: Der Gesamtbetrag betrug danach am 1. Oktober 19 971,79 Mk., am 31. Dezember 1919 29 380,87 Mk. Die Ausgaben beliefen sich in derselben Zeit auf 38 120,38 Mk., die Einnahmen auf 33 206,16 Mk. 23 Bezirke berichteten nicht, was seinen Grund darin hat, daß die Ausgaben vom Verein des Hauptortes übernommen und dort verbucht wurden; meistens aber übernehmen die Bezirksvorstände der S. P. D. die laufenden Ausgaben, so daß unsere Bezirksvorstände oft keine eigentlichen Kassen besitzen. Bestimmte Beiträge der Arbeiterjugend-Vereine an ihre Bezirksleitung wurden nur in wenigen Fällen abgeführt; im Laufe des Jahres setzte in vielen Bezirken hierzu eine Bewegung ein, die darauf hinzielte, daß die Ortsvereine regelmäßig kleine Beträge (pro Mitglied etwa 10 Pf im Quartal) an die Bezirke abführen.

Man bedenke, daß zu Anfang des Berichtsjahres noch zahlreiche Absplitterungen erfolgten und oft ganze Vereine sich von uns lossagten, um im Radikalismus ihr Heil zu versuchen. Mit vieler Mühe und großen Opfern mußten wir wieder in diese Orte eindringen. Wo dies noch nicht gelungen ist, ist es eine Pflicht der Parteigenossen und -genossinnen, uns dabei zu helfen, die entstandenen Lücken baldigst wieder auszufüllen. Die beste Waffe bei Absplitterungen nach links ist immer der sofortige Gegenstoß durch die Neugründung eines Arbeiterjugend-Vereins.

Am inneren Ausbau unseres Verbandes arbeiteten wir kräftig durch die Erweiterung des „Rundschreibens" in eine Monatsschrift. Aber auch unsere

Jugendbezirksleitungen arbeiteten in dieser Richtung durch Abhaltung von Jugendkonferenzen und Jugendleiterkursen, an denen die Jugend sich stark beteiligte.

Jugendkonferenzen fanden statt: in Hessen-Darmstadt, Cassel (2), Schleswig-Holstein, Hamburg (2), Danzig, Zwickau, Ostpreußen, Hannover, Unterfranken, Breslau, Mittelfranken, im westlichen Westfalen, in Ostsachsen, im östlichen Westfalen, in Görlitz, Magdeburg-Anhalt, Chemnitz, Mecklenburg-Lübeck, Württemberg, Brandenburg (2), Niederrhein, Halle, Thüringen, Hessen-Frankfurt und Oldenburg. — Der Hauptvorstand unterstützte die meisten Konferenzen durch Entsendung eines Referenten. In der Regel nahm der Geschäftsführer des Verbandes an den Konferenzen teil.

Jugendleiterkurse hielten ab die Bezirke: Groß-Berlin, Brandenburg, Magdeburg-Anhalt, Württemberg, Hamburg. Daneben fanden in einigen Bezirken und Unterbezirken Funktionärkurse für Jugendliche statt, die sich allgemein bewährten.

So sind die Hoffnungen, die im letzten Parteitagsbericht ausgesprochen wurden, zum Teil bereits in Erfüllung gegangen. Mögen alle Genossen und Genossinnen am weiteren Wachstum der Arbeiterjugendbewegung mitarbeiten! Noch gehören weite Kreise unserer Arbeiterjugend den bürgerlichen Vereinen an, noch ist die große Masse der Arbeiterjugend unorganisiert und lebt dumpf in den Tag hinein. Helfen wir unserer Jugend, so helfen wir uns und der Gesamtheit!

Zentralbildungsausschuß.

(Dreizehnter Jahresbericht 1919/20.)

Mit Beginn des Geschäftsjahres nahm der Zentralbildungsausschuß seine Tätigkeit, die er in den letzten Kriegsjahren fast gänzlich hatte einstellen müssen, wieder auf. Zum Geschäftsführer wurde Genosse Richard Weimann bestellt, da der bisherige Geschäftsführer Genosse Heinrich Schulz in den Parteivorstand und später zum Staatssekretär im Reichsministerium des Innern berufen wurde. Der Parteitag zu Weimar wählte die folgenden Genossen in den Zentralbildungsausschuß: Heinrich Cunow, Dr. Franz Diederich, Hugo Heimann, Max Hellmann, Karl Korn, Paul Löbe, Karl Schreck, Heinrich Schulz, Frau Bohm-Schuch; zu seinem Vorsitzenden wählte der Zentralbildungsausschuß in seiner ersten Sitzung den Genossen Heinrich Schulz.

Zunächst mußten die Bildungsausschüsse in den einzelnen Orten, die zum großen Teil eingegangen waren, wieder ins Leben gerufen werden. Den ersten Anstoß dazu gab ein Aufruf durch die Presse und ein besonderes Rundschreiben an die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Zahl der gegen Ende des Geschäftsjahres beim Zentralbildungsausschuß angemeldeten örtlichen Bildungsausschüsse betrug ungefähr 400.

Die Bildungsausschüsse fanden eine völlig veränderte politische und gesellschaftliche Situation gegenüber der Zeit vor dem Kriege vor, die auch auf die Bildungsarbeit zurückwirkte und ihr zum Teil neue Wege vorschrieb. Der alte Obrigkeitsstaat war verschwunden, an seine Stelle war der demokratische Volksstaat getreten. In ihm nahm die Partei nicht mehr die isolierte Oppositionsstellung von einst ein, sie befand sich nun mit entscheidender Bedeutung in der Regierung und nahm an dem Aufbau des neuen Staates hervorragenden Anteil. Damit war ihr die Gemeinschaftsarbeit im Staate mit allen für die junge Republik positiv schaffenden Kräften zur Pflicht

geworden, sie konnte sich diesem Gebot der neuen Zeit auch auf dem Gebiete des Bildungswesens nicht entziehen, hier um so weniger, als die Revolution neue geistige Kräfte im Volke geweckt und einen regen Bildungsdrang hervorgerufen hatte. An dieser geistigen Neueinstellung des Volkes, die in der Einrichtung zahlreicher neuer Bildungsstätten ihren sichtbaren Ausdruck fand, durfte die Partei nicht achtlos vorübergehen. Als eigentliche Trägerin der maßgebenden sozialistischen Idee und als die jahrzehntelange Erziehungspartei der deutschen Arbeiterklasse war gerade sie berufen, vorwärtstreibend und zielweisend mitzuarbeiten.

So nahm denn auch das erste Mitteilungsblatt des Zentralbildungsausschusses Anfang Mai 1919 zu den neuen Fragen Stellung und richtete an die Bildungsausschüsse die Aufforderung, sich so weit als möglich an der gemeinsamen Arbeit auf kulturellem Gebiete zu beteiligen. Besonders galt dies für die Mitarbeit an der neu aufkommenden Volkshochschule, die zu einer wertvollen Bildungsstätte des Volkes werden kann. In manchen Gemeinden sind auch bereits Volksbildungsämter eingerichtet worden, an denen unsere Bildungsausschüsse hervorragend mitwirken.

Der Zentralbildungsausschuß betätigte sich gleichfalls in diesem Sinne und nahm an den Beratungen des „Ausschusses der deutschen Volksbildungsvereinigungen", dem alle großen zentralen Volksbildungsorganisationen angehören und dessen Mitglied er bereits während des Krieges geworden war, lebhaften Anteil. Inzwischen ist ein engerer Zusammenschluß der beteiligten Organisationen zum „Verband der deutschen Volksbildungsvereinigungen" erfolgt. Ferner trat der Zentralbildungsausschuß der „Gesellschaft zur Förderung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht" sowie dem „Deutschen Volkshausbund" bei.

Die Gemeinschaftsarbeit hat zwei natürliche Grenzen. Einmal ist sie nur möglich mit Organisationen, die wirklich ernsthafte Volksbildungsarbeit leisten. In dieser Beziehung ist eine gewisse Vorsicht am Platze, da sich mit dem Neuerblühen der Bildungsbewegung seit der Revolution vielfach Leute und Organisationen recht zweifelhafter Natur auf diesem Gebiete betätigen. Man wende sich daher in Zweifelsfällen stets an den Zentralbildungsausschuß. Zum anderen kommt die Gemeinschafsarbeit nur in Betracht für Gebiete, bei denen die weltanschaulichen und parteipolitischen Gegensätze nicht die entscheidende Rolle spielen, also für die meisten Gebiete der Kunst, für Volksbibliotheken, für Wissensvermittlung, besonders soweit es sich um die naturwissenschaftlichen Kenntnisse handelt, ferner für die Organisation und Technik der Bildungsarbeit. Hier kann uns durch die Gemeinschaftsarbeit ein gut Teil unserer eigenen Veranstaltungen abgenommen oder erleichtert oder verbilligt werden, so daß diese Entlastung die Bildungsausschüsse in den Stand setzt, sich um so mehr ihrer eigentlichen Aufgabe zu widmen: der besonderen sozialistischen Bildungsarbeit und der parteipolitischen Schulung unserer Anhänger.

Bei seiner praktischen Arbeit hat der Zentralbildungsausschuß das Hauptgewicht auf die Förderung der örtlichen Bildungsausschüsse gelegt. Leider konnten die vor dem Kriege erfolgreich durchgeführten Wanderkurse nicht wieder aufgenommen werden; die gegenwärtig damit verbundenen hohen Kosten sowie die schwierigen Verkehrsverhältnisse stehen dem im Wege. Die Bildungsarbeit mußte daher organisatorisch auf eine neue Grundlage gestellt werden, indem auf die Bezirkseinteilung und die Betätigung der Bezirksbildungsausschüsse größeres Gewicht als früher gelegt wurde. An die Stelle der Reichszentrale müssen — soweit es sich um Wanderkurse und andere Ver-

anstaltungen dieser Art handelt — die Bezirkszentralen treten. In den räumlich kleineren und daher viel leichter zu bearbeitenden Bezirken lassen sich die vorhandenen Kräfte und Möglichkeiten besser übersehen und zweckmäßiger ausnutzen; viele der für das Reich damit verbundenen Schwierigkeiten und Kosten fallen zum guten Teil fort.

Leider hat vorläufig nur ein geringer Teil der Bezirksbildungsausschüsse — davon drei mit eigenen Bildungssekretariaten (Berlin, Schleswig-Holstein, Magdeburg-Anhalt) — eine nennenswerte Tätigkeit nach dieser Richtung ausgeübt. In den meisten Bezirken hat man sich lediglich darauf beschränkt, das von der Zentrale herausgegebene Material an die Ortsausschüsse weiterzugeben. Dies ist vielfach darauf zurückzuführen, daß in manchen Bezirken besondere Bezirksbildungsausschüsse noch nicht bestehen, sondern die Parteisekretariate die Bildungsangelegenheiten nebenbei mit erledigen müssen, ein Nothehelf, von dem die intensive Wiederbelebung des parteigenössischen Bildungswesens in den Bezirken nicht erwartet werden kann.

Auf vielfache Anregung aus dem Reiche und auf Wunsch des Parteitages veranstaltete der Zentralbildungsausschuß im Einvernehmen mit dem Parteivorstand in der Zeit vom 24. November bis zum 20. Dezember 1919 einen vierwöchigen Ausbildungskursus, an dem 30 Parteigenossen aus verschiedenen Bezirken des Reiches teilnahmen. Leider hatten gerade einige Bezirke mit vorwiegend ländlichem Einschlag darauf verzichtet, einen Teilnehmer zu entsenden, obwohl es in diesen Fällen besonders notwendig gewesen wäre. (Nichtvertreten waren die Bezirke: Ostpreußen, Oberschlesien, Halle, Oberrhein, Niederrhein, Unterfranken, Oberpfalz, Niederbayern, Oberfranken, Ostsachsen, Baden, Hessen, Mecklenburg-Lübeck). Der Kursus war seiner ganzen Anlage nach vornehmlich auf Lehrer und andere Intellektuelle zugeschnitten, die denn auch zwei Drittel der Teilnehmer bildeten. Behandelt wurden folgende Gebiete: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus; Lektüre ausgewählter Kapitel aus Marx' Schriften (Lehrer: Konrad Schmidt), Geschichte des Sozialismus (Paul Lensch), Geschichte und Literatur der deutschen Sozialdemokratie (Max Grunwald), die Theorie und Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung (Ludo Hartmann), Grundzüge der Marxschen Soziologie (Heinrich Cunow), Kommunalsozialismus (Simon Katzenstein), die Organisation der Partei (Otto Wels), die Bildungsarbeit der Partei (Heinrich Schulz), die Jugendbewegung (Karl Korn), außerdem fanden noch einige Einzelvorträge statt.

Der Hauptzweck des Kursus war, den Teilnehmern eine Einführung in den theoretischen und praktischen Sozialismus und damit die notwendigen geistigen Voraussetzungen für eine rege Mitarbeit in der parteigenössischen Bildungs- und Jugendbewegung zu geben. Insbesondere sollte dieser Kursus dazu dienen, die Lücke, die durch das Fehlen unserer früheren Wanderkurse entstanden ist, mit ausfüllen zu helfen. Es wurde darum Gewicht darauf gelegt, die Teilnehmer an die Quellen des sozialistischen Wissens heranzuführen und sie mit den praktischen Fragen unserer Bildungs- und Jugendarbeit vertraut zu machen, damit sie den Bildungsausschüssen und Jugendvereinen als Vortragende und Kursusredner wertvolle Dienste leisten können. Der Kursus verursachte dem Parteivorstand eine Ausgabe von rund 18 000 Mk.

Vom Mitteilungsblatt des Zentralbildungsausschusses erschienen drei Nummern: Nr. 1 im Umfang von 8, Nr. 2 und 3 im Umfang von je 16 Seiten. Die Auflage betrug jedesmal etwa 5000. Während die ersten beiden Nummern unentgeltlich abgegeben wurden, mußte für die Nummer 3 im Hinblick auf die gestiegenen Druckkosten eine Gebühr von 50 Pf. für das Exemplar erhoben werden.

Zur Unterstützung der örtlichen Bildungsarbeit gab der Zentralbildungsausschuß ferner gegen Berechnung einer geringen Gebühr verschiedene Materialien heraus, so zur Revolutionsfeier zwei Prologe von Bröger, zur Maifeier ein Programmheft nebst einer Vortragsdisposition von Adolf Braun, für die Weihnachtszeit ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften, außerdem zwei Kursusdispositionen: Reimes, Wirtschaftsgeschichte, und Laukötter, Die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens. Da diese Materialien gute Aufnahme fanden, ist der weitere Ausbau dieser Abteilung des Zentralbildungsausschusses geplant.

Das Lichtbilderverzeichnis wurde neu zusammengestellt und als Broschüre „Anleitung zu Vorträgen mit Lichtbildern und einem Verzeichnis von Lichtbilderreihen" herausgegeben. Die Lichtbildzentrale erfreute sich einer regen Benutzung. Die Entleihung einzelner Serien für eine einmalige Vorführung erfolgte 190mal. Ferner wurden 17 Vierteljahres-, 31 Monats- und 7 Wochenabonnements vergeben. Das Sekretariat hatte 2359 Eingänge und 5556 Ausgänge zu verzeichnen.

Ueber die Tätigkeit der örtlichen Bildungsausschüsse liegen etwa 220 Berichte vor, von denen aber nur ein geringer Teil sich auf das ganze Geschäftsjahr bezieht. Der größere Teil der Bildungsausschüsse hat seine Tätigkeit erst im Laufe des Geschäftsjahres aufgenommen und infolgedessen überhaupt nicht oder nur sehr unvollkommen berichtet. 64 Ausschüsse berichten über 1112 Vorträge (darunter 26 mit Lichtbildern). Die Besucherzahl wird angegeben mit 25 322. In 21 Orten wurden 94 Vortragskurse veranstaltet mit 488 Vorträgen, die 2128 Besucher aufwiesen. 42 Orte veranstalteten 702 Theatervorstellungen mit 125 635 Besuchern. Feiern und sonstige künstlerische Veranstaltungen fanden in 60 Orten mit 180 Veranstaltungen statt, die 75 730 Besucher zählten. Ihre Gesamteinnahmen und Ausgaben gaben 183 Orte an, und zwar Einnahmen: 913 746,46 Mk., Ausgaben 833 098,20 Mk.

Die Berichte spiegeln die veränderten Zeitverhältnisse wider. Verschiedentlich wird mitgeteilt, daß durch die Tätigkeit der Volkshochschule und der Volksbildungsämter die Ausschüsse stark entlastet sind. In anderen Fällen wird wieder die Bildungsarbeit beeinträchtigt durch die politische Zerklüftung der Arbeiterbewegung. Es besteht dann der wenig ideale Zustand, daß die beiden sozialistischen Parteien sowie die Gewerkschaften eigene Bildungsausschüsse haben. Berücksichtigt man noch die hochgespannte politische Situation, die die Kraft und den Opfermut der Parteigenossen in noch nie dagewesener Weise in Anspruch nahm, dann kann man verstehen, um wieviel schwieriger heute die Durchführung unserer Bildungsarbeit gegenüber früheren Jahren ist.

Wenn trotzdem unsere Bildungstätigkeit im vergangenen Jahre in erheblichem Umfang wieder aufgenommen wurde, kann ist das ein Zeichen von der gesunden inneren Kraft der Partei, die ihr die Möglichkeit gab, trotz der gewaltigen politischen Aufgaben der Gegenwart, die sie in besonderem Maße zu erfüllen berufen ist, auch noch ein Stück wichtiger Kulturarbeit zu leisten. Am deutlichsten kommt dies zum Ausdruck in der Tatsache, daß trotz der Ungunst der Verhältnisse der Zentralbildungsausschuß mit Zustimmung des Parteivorstandes sich entschlossen hat, sein bisheriges Mitteilungsblatt unter dem Titel „Arbeiter-Bildung" zu einer Monatsschrift für die Bildungsausschüsse und die Jungsozialisten zu erweitern. Die erste Nummer ist bereits am 1. Juli 1920 erschienen. Die neue Schrift soll für die in unserem Bildungswesen tätigen Genossen ein Wegweiser sein und ihnen das notwendige geistige Rüstzeug für ihre Tätigkeit im Interesse der Partei geben. Dar-

über hinaus ist sie ein Bildungsorgan für die jüngeren Parteigenossen wie überhaupt für alle, die den Sozialismus nicht nur als Gefühlssache, sondern zugleich als Sache innerer Ueberzeugung und eigener wissenschaftlicher Erkenntnis ansehen.

Mögen daher unsere Parteiorganisationen für die weiteste Verbreitung der „Arbeiter-Bildung" wirken und sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die sozialistische Bildungs- und Aufklärungsarbeit überall Wurzel schlägt, die Köpfe erleuchtet und damit die geistigen Voraussetzungen für die aufbauende Tätigkeit der Sozialdemokratie schafft.

Parteiarchiv.

In dem vorjährigen Bericht wurde auf die erschwerten Umstände bei der Beschaffung der Literatur während des Krieges hingewiesen. Die dadurch entstandenen Lücken konnten inzwischen, trotz größter Mühe, nur zum Teil ausgefüllt werden. Die anfangs schier unübersehbare Kriegs- und Revolutionsliteratur ist nunmehr gesichtet und katalogisiert worden; damit ist aber diese Sammlung keineswegs abgeschlossen. Auch die Plakate und Flugblätter aus dem Reichstagswahlkampf 1920, wie die des wertvollen Materials über den Kapp-Lüttwitz-Putsch sind gesammelt und dem Archiv einverleibt.

Die Reichhaltigkeit und Vollständigkeit dieser Dokumente der Zeitereignisse dürften dem späteren Geschichtschreiber wertvolle Dienste leisten. Das Forschen und Suchen des Archivs nach Parteidokumenten, seien es Briefe, Photographien, ältere Prozeßakten, Broschüren und Flugblätter aus den Anfängen der Parteibewegung, wird von den Genossen vielfach unterschätzt oder gar nicht gewürdigt. Da das Archiv fast ausschließlich auf Einsendungen und Vermächtnisse der Parteigenossen angewiesen ist, wäre es wünschenswert, daß die Genossen der Bereicherung und Vervollständigung des Parteiarchivs größeres Interesse zeigen würden. Das Interesse für ältere Parteischriften, noch mehr für Briefe und Dokumente aus der Geschichte unserer Partei nimmt erfreulich zu. Auch die sprunghafte Steigerung der Bücherpreise führt zu einer stark wachsenden Inanspruchnahme des Archivs. Die Bedeutung unseres Parteiarchivs findet allgemeine Anerkennung und Wertschätzung.

Die Bücherei des Archivs wurde während der Berichtszeit um rund 1160 Werke durch Neuerwerbungen vermehrt. Dieser Zugang verteilt sich auf folgende Abteilungen: Volkswirtschaft (Sozialisierung) 67, Sozialwissenschaft 119, Sozialismus und Sozialdemokratie 96, Geschichte 145, Staatswissenschaft 197, Rechtswissenschaft 45, Kriegs- und Heerwesen 77, Bildungs- und Erziehungswesen 49, Religion und Philosophie 45, Geographie, Naturwissenschaften, Medizin 57, Sprach- und Literaturwissenschaft 61, Lexika, Bibliographie und Biographie 85 und Periodica 117.

Nicht mit eingerechnet sind die Eingänge zur Vervollständigung der Zeitschriften früherer Jahrgänge. Ueber die Zahl der Neuerwerbungen und über den Verkehr im Archiv wird nach jedem Vierteljahre im „Vorwärts" berichtet.

Das Archiv blickt heute auf eine 38jährige Tätigkeit zurück. Aus den denkbar bescheidensten Anfängen heraus sind die Bestände auf 16 000 laufende Nummern angewachsen. Die Erwartungen der Begründer des Archivs (Bebel und Schlüter) haben sich vielfach erfüllt. Diese Entwicklung verpflichtet uns aber auch, das Parteiarchiv immer weiter auszugestalten, um den ständig wachsenden Anforderungen an unsere Sammlung von parteigeschichtlicher Literatur und Dokumenten entsprechen zu können.

Reichstagswahlen.

Früher als allgemein erwartet, fanden die Wahlen zum ersten Reichstag der Republik statt. Bevor die Grenzen der Republik feststehen, mußten die Wahlen zum Reichstage stattfinden. Das hatte zur Folge, daß die Bezirke, in denen erst durch Abstimmung entschieden werden soll, ob sie ganz oder teilweise Glieder der deutschen Republik bleiben, jetzt an den Wahlen nicht teilnehmen konnten. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung noch Westpreußen und Posen, sowie das Saarrevier mitwählten, schieden bei der Reichstagswahl nicht nur die bereits abgetretenen Gebiete aus, sondern es konnten auch jene Gebiete nicht mitwählen, wo in einzelnen Teilen über die fernere Zugehörigkeit zu Deutschland abgestimmt werden sollte. Nicht gewählt wurde in Ostpreußen und den Teil von Westpreußen, der beim Reiche verblieben ist, ferner wurde nicht gewählt in Oberschlesien und Schleswig-Holstein. Auch die aktiven Soldaten, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung mitwählten, haben zum Reichstag nicht mitgewählt. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung 37 828 000 Wähler in den Wählerlisten eingetragen waren, waren in den Wählerlisten der Gebiete, die nun an der Reichstagswahl teilnahmen, nur 32 587 000 Namen in den Listen verzeichnet. Die Ziffern, das Ergebnis der Wahl, sind daher wenig vergleichbar. Die Wahlbeteiligung war annähernd die gleiche. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 100 eingeschriebenen Wählern 80,4 gültige Stimmen abgegeben wurden, wurden nun von 100 eingeschriebenen Wählern 79,8 gültige Stimmen abgegeben.

Starken Stimmenverlust hatten die drei Koalitionsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und die Deutschen Demokraten. Der Stimmenverlust erscheint bei einzelnen Parteien größer als er in Wirklichkeit ist, indem die scheinbar verlorenen Stimmen als Stimmen einer Partei wieder erscheinen, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung nicht als selbständige Partei auftraten. So waren z. B. bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Stimmen der Bayerischen Volkspartei mit als Zentrumsstimmen verzeichnet. Rechnet man die Stimmen der Bayerischen Volkspartei mit als Zentrumsstimmen, dann bleibt ein Rückgang von 19,7 Proz. auf 18,1 Proz. Ferner wirkt mit, daß Oberschlesien, wo das Zentrum bei den Wahlen zur Nationalversammlung 48,4 Proz. der Stimmen hatte, bei den Reichstagswahlen nicht mitwählte.

Bedenklich für uns ist der Stimmenrückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Wenn auch der größte Teil des Verlustes darauf zurückzuführen ist, daß proletarische Wähler, die sonst für unsere Partei stimmten, nun für Unabhängige und Kommunisten ihre Stimme abgaben, indem sie glaubten, dadurch ihre sozialdemokratische Gesinnung schärfer zum Ausdruck bringen zu können, so zeigt sich doch, daß der Bruderzwist einen Verlust für die gesamte proletarische Bewegung gebracht hat. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung die beiden sozialdemokratischen Parteien trotz des schon damals tobenden Bruderzwistes noch 45,5 von 100 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten, brachten es jetzt die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen nur auf 42,1 v. H. Es ist dieses seit 1881 das erstemal, daß bei einer allgemeinen Wahl die Sozialdemokraten nicht nur keinen Gewinn, sondern einen Verlust zu verzeichnen haben. Ein prozentualer Rückgang war auch 1907 zu verzeichnen. Während wir 1903 schon 31,71 v. H. Stimmen gehabt hatten, hatten wir 1907 nur 28,94. Dieser relative Rückgang war auf die stärkere Wahlbeteiligung zurückzuführen, denn während 1903 nur 76,1 v. H. der eingeschriebenen Wähler sich an der Wahl beteiligt hatten, stimmten 1907

84,9 v. H. eingeschriebene Wähler. Unsere Stimmenzahl war von 3 010 771 Stimmen im Jahre 1903 auf 3 259 029 im Jahre 1907 gestiegen.

Den stärksten Verlust hatte die Deutsche Demokratische Partei, deren Stimmenanteil von 18,5 v. H. auf 8,5 v. H. zurückging. Was die Mittel- und Linksparteien als Verlust hatten, konnten die Rechtsparteien als Gewinn buchen. Die früheren Nationalliberalen, jetzt Deutsche Volkspartei, hatten einen Stimmenzuwachs von 1 345 638 auf 3 606 316 und stieg damit ihr Stimmenanteil von 4,4 v. H. auf 13,9, und der Anteil der früheren Konservativen, jetzt Deutschnationale Volkspartei, stieg von 10,3 auf 14,3 v. H. Der Anteil der beiden Rechtsparteien stieg also von 14,7 auf 28,2 v. H. Die Tatsache sollte ein Ansporn sein zu verstärkter Propaganda. Wie wir früher aus den politischen Fehlern der Gegner immer den größten Nutzen hatten, so daß man von dem Schweineglück der Sozialdemokraten sprach, so haben jetzt die Reaktionäre das Schweineglück, daß in dem Augenblick, in dem die Arbeiter die Früchte des Kampfes einheimsen könnten, durch den Bruderkampf große Massen in die Reihen der Reaktion getrieben werden. Hoffentlich erkennen die Arbeiter rechtzeitig die Wirkungen des Bruderzwistes und bringen es dahin, daß das diesjährige Wahlresultat die einzige Ausnahme in der Siegesgeschichte der Sozialdemokratie bleibt.

Die Wahlergebnisse der beiden Wahlen nebeneinander gestellt, geben folgendes Bild:

	Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919		Bei der Reichstagswahl 1920	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Sozialdemokraten	11 509 048	37,9	5 614 456	21,6
Unabhängige	2 317 290	7,6	4 895 317	18,8
Kommunisten	—	—	441 995	1,7
Sozialdemokraten und Kommunisten	13 826 338	45,5	10 951 768	42,1
Zentrum	5 980 216	19,7	3 540 830	13,6
Bayerische Volkspartei	—	—	1 171 722	4,5
Demokraten	5 641 825	18,5	2 202 334	8,5
Deutschnationale Volkspartei	3 121 479	10,3	3 736 778	14,3
Deutsche Volkspartei	1 345 638	4,4	3 606 316	13,9
Andere Parteien	484 848	1,6	807 842	3,1
	30 400 344		26 017 590	

Landtagswahlen.

Der Sturmwind der Revolution hatte in den Novembertagen des Jahres 1918 die Musterkarte reaktionärer Wahlgesetze für die Landtagswahlen der deutschen Bundesstaaten hinweggefegt. Die ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts brachten denn auch ein für die Sozialdemokratie günstiges Resultat. Von den insgesamt 1897 Mandaten wurden 755 von der sozialdemokratischen Partei, 146 von den Unabhängigen, 15 von den Kommunisten und 981 von den bürgerlichen Parteien erobert. Es standen also den 916 Vertretern proletarischer Parteien 981 Vertreter bürgerlicher Parteien gegenüber. In einer Anzahl Klein- und Mittelstaaten hatten die Arbeitervertreter die Mehrheit. Neuwahlen fanden im Laufe des Jahres in Bayern, Württemberg, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und den thüringischen Staaten statt. Das Ergebnis der Neuwahlen war durchweg wenig befriedigend. In den Ländern, wo die

Arbeiter sich am heftigsten bekämpfen, hatten die bürgerlichen Parteien den größten Stimmenzuwachs und Mandatsgewinn. Die Ziffern sind aber wenig vergleichbar. So ist z. B. Coburg an Bayern angeschlossen, und die acht thüringischen Staaten haben ihre Selbständigkeit aufgegeben und einen gemeinsamen Landtag gewählt. Erheblichen Mandatsverlust hatten wir in Bayern und Württemberg. Ein Teil der verlorenen Mandate fiel den Unabhängigen und den Kommunisten zu. In beiden Ländern war eine bedeutend schwächere Wahlbeteiligung als im Vorjahr. Während in Bayern 1919 3 354 424 Wähler gestimmt hatten, erschienen 1920 nur 2 967 969 Wähler an der Wahlurne. In Württemberg sank die Wahlbeteiligung von 1 314 234 auf 1 096 286. Es scheint aber ein Umschwung in der Stimmung einzutreten. Dieses geht aus dem Wahlresultat von Mecklenburg-Schwerin hervor. Freilich ist auch ein allgemeiner Stimmenrückgang von 321 155 auf 302 773 zu verzeichnen. Auffällig aber ist der Umschwung im Vergleich zu den Reichstagswahlen, die eine Woche früher stattfanden. An Stimmen wurden abgegeben:

	Reichstagswahlen	Landtagswahlen
für Sozialdemokraten	119 823	128 473 (+ 8 650)
„ Unabhängige	36 062	24 567 (— 11 495)
„ Kommunisten	2 668	1 178 (— 1 490)
„ Deutschnationale	74 051	71 840 (— 2 214)
„ Volkspartei	51 593	48 717 (— 2 876)
„ Dorfbund	27 845	24 188 (— 3 647)
„ Demokraten	28 265	22 202 (— 6 063)

Während alle anderen Parteien einen erheblichen Stimmenverlust hatten, hatte die sozialdemokratische Partei einen Gewinn von 8650. Unser Stimmenanteil stieg von 38,6 Proz. auf 40 Proz.

In den neugebildeten Landtag des Freistaates Thüringen wurden gewählt: 11 Sozialdemokraten, 15 Unabhängige, 4 Demokraten, 8 Deutsche Volkspartei, 4 Deutschnationale und 11 Bauernbündler. In allen Landtagen, die neu gewählt wurden, ist die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten etwas kleiner als sie in den zuerst gewählten Landtagen war.

Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen, Kreisausschüssen und Provinziallandtagen.

Im Bericht an den vorjährigen Parteitag konnte eine genauere Uebersicht über die Anzahl der Parteigenossen und Parteigenossinnen, welche in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialvertretungen, wegen der kurzen Zeit, die zwischen den gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesen Gebieten und der Berichterstattung lag, nicht gegeben werden. Eine genaue Aufstellung ist letztmalig an den Parteitag zu Jena 1913 berichtet worden. Damals wirkten in 509 Städten 2753, in 2973 Landgemeinden 8928 Parteigenossen als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei. Außerdem amtierten als Magistratsmitglieder in 65 Städten 133 und als Beisitzer in 120 Gemeindevorständen 187 Mitglieder unserer Partei.

Durch die politische Umwälzung ist auch ein frischer Luftzug durch die Rats- und Gemeindestuben gegangen, die früher zum großen Teil mit Vertretern bestimmter Interessenklüngel angefüllt waren. Auch auf dem Gebiet der Kommunalpolitik sieht sich unsere Partei und ihre Vertreter vor neue und nicht immer leichte Aufgaben gestellt.

Als Folge der einschneidenden Veränderungen des Kommunalwahlrechts in allen Ländern, ist daher ein starkes Anschwellen der Ziffern sozialdemokratischer Kommunalvertreter verständlich. Dabei muß der Umstand in Berücksichtigung gezogen werden, daß durch die Spaltung der Partei auch die Unabhängigen eine nicht unerhebliche Zahl von Gemeindevertretern in den einzelnen hier in Betracht kommenden Körperschaften stellen. Der sozialdemokratische Einfluß macht sich daher in stärkerem Maße geltend, als dies in unseren Zahlen zum Ausdruck kommt. Durch die Veränderung der wahlrechtlichen Bestimmungen ist den weiblichen Personen über 20 Jahre das Wahlrecht zugestanden; dieser Umstand ist in unserer Aufstellung besonders berücksichtigt. Leider können diese Zahlen auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben. Ein nicht unerheblicher Teil der Ortsvereine hat an die zuständige Bezirksorganisation nicht berichtet. Es kommt hinzu, daß selbst Bezirksorganisationen teilweise nur lückenhaft berichtet haben. So haben über die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten keine Angaben gemacht: Ostpreußen und Württemberg, über Gemeindevertreter Ostpreußen und Oberpfalz-Niederbayern.

Angaben über die Zahl sozialdemokratischer Magistratsvertreter fehlen aus den Bezirken Ostpreußen, Crefeld, Württemberg, Franken, Oberpfalz-Niederbayern, Oberbayern und Schwaben. Ueber Vertretung in den Gemeindevorständen fehlen die Angaben aus den Bezirken Ostpreußen, Leipzig, Crefeld, Württemberg, Oberbayern und Schwaben. Wir richten an die Bezirksorganisationen hiermit das dringende Ersuchen, in Zukunft sich dieser Unterlassungen nicht schuldig zu machen, wenn einigermaßen ein vollständiges Bild dieser doch immerhin nicht unwichtigen Zusammenstellung gegeben werden soll.

Aus den gemachten Angaben ist zu entnehmen, daß unsere Partei in 1041 Städten durch 7582 männliche und 386 weibliche, in 5682 Landgemeinden durch 28 570 männliche und 413 weibliche Vertreter an der Gestaltung des öffentlichen Gemeindelebens teilnimmt.

Als Magistratsmitglieder, teils besoldet, zum großen Teil teils unbesoldet, wirkten in 525 Städten Parteigenossen. In den 2506 Gemeindevorständen sind wir mit 4045 männlichen und 24 weiblichen Beisitzern und Schöffen vertreten.

Ein völlig neues Gepräge haben insbesondere in Preußen die Kreisausschüsse und Provinziallandtage erhalten. Früher Gebilde ausschließlich agrarischer und kapitalistischer Inzucht, haben diese Kreise der Sozialdemokratie Platz machen müssen.

In 304 Kreistagen zählen wir 3262 Vertreter, darunter einen weiblichen; in den Provinziallandtagen vertreten 448 Parteimitglieder, darunter 2 Frauen, die Grundsätze sozialdemokratischer Parteipolitik. Die als Anlage angefügte Tabelle gibt über die weiteren Einzelheiten über die Verteilung in den verschiedensten Landesteilen Auskunft.

Bei der Neugestaltung der Dinge auch im kommunalen Leben Deutschlands konnte nicht ausbleiben, daß Parteigenossen als Stadtverordnete und Gemeindevertreter gewählt wurden, die bis dahin keine Möglichkeit hatten, sich besondere kommunalpolitische Kenntnisse anzueignen und sich daher vor völlig neue Aufgaben gestellt sahen. Dieser Kreis unter unseren Parteigenossen ist nicht klein. Es hat sich deshalb bald das Bedürfnis des Gedankenaustausches und der gegenseitigen Belehrung herausgestellt. Wo sich dieses Bedürfnis noch weiter zeigt oder wo solche gegenseitigen Aussprachen namentlich für einheitliche Wirtschaftsgebiete oder bestimmte Landesgebiete sich notwendig machen, sollten die Bezirksorganisationen ihr Augenmerk darauf richten, diesen Wünschen helfend zur Seite zu stehen.

Uebersicht über die Vertretungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Gemeinden, Kreis- und Provinziallandtagen 1919/1920.

Bezirk	Stadtverordnete		Gemeindevertreter		Magistrate		Gemeindevorstände			Kreistage			Provinziallandtage		
	Städte	männl.	weibl.	Orte	männl.	weibl.	Städte	männl.	weibl.	Orte	männl.	weibl.	Kreise	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	42	—	19	—
Pommern	48	405	27	18	358	19	4	88	—	64	104	—	11	72	—	13	—
Brandenburg	74	574	24	205	854	5	57	117	—	108	170	—	22	188	—	47	—
Groß-Berlin	15	222	22	135	699	80	14	58	—	120	172	2	4	80	—	10	—
Görlitz	40	320	46	255	895	68	40	91	—	255	458	—	20	172	—	1	—
Breslau	47	375	28	417	1623	39	47	67	1	344	863	—	23	216	1	2	2
Oberschlesien	12	43	1	212	504	4	6	6	—	80	90	—	—	—	—	—	—
Halle	23	83	2	89	149	—	12	15	—	29	35	—	18	25	—	1	—
Magdeburg	45	455	20	245	1334	11	38	61	—	175	872	—	14	198	—	29	—
Mecklenburg-Lübeck	49	320	7	20	187	—	14	24	—	4	4	—	—	—	—	32	—
Schleswig-Holstein	38	387	11	178	959	3	17	47	—	12	14	—	17	115	—	24	—
Hamburg Bremen	11	75	7	105	210	10	10	11	—	21	29	—	15	62	—	1	—
Hannover-Braunschweig	47	415	81	867	2175	85	19	88	—	40	60	—	40	334	—	27	—
Groß-Thüringen	41	228	13	286	1456	15	22	217	—	90	258	20	3	19	—	1	—
Leipzig	12	107	—	21	95	—	9	25	—	—	—	—	5	10	—	—	—
Dresden	32	232	14	431	1720	12	26	62	—	73	86	—	6	84	—	—	—
Chemnitz	54	515	27	336	1815	62	41	134	—	161	173	—	6	103	—	—	—
Hessen-Kassel	27	175	5	146	743	—	4	25	—	32	46	—	12	72	—	19	—
Hessen-Nassau	29	190	7	206	955	—	21	42	—	149	219	—	19	100	—	—	—
Nordl. Westfalen	24	156	11	197	765	30	15	33	—	54	60	—	8	26	—	—	—
Oldenburg	7	67	18	18	148	—	5	14	—	4	4	—	—	—	—	—	—
Süd Westfalen	53	411	15	255	1062	35	29	62	—	118	161	—	17	197	—	23	—
Niederrhein	33	275	17	31	93	10	11	15	—	1	1	—	6	84	—	—	—
Crefeld	11	97	4	60	176	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberrhein	25	159	12	199	930	5	10	15	—	4	4	—	7	33	—	1	—
Hessen	15	148	2	282	1385	—	7	8	—	50	385	—	18	123	—	37	—
Pfalz	16	94	—	56	171	—	13	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Baden	30	225	—	280	3594	—	34	69	—	421	716	—	8	65	—	63	—
Württemberg	?	?	?	121	1711	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Franken	22	178	12	290	828	15	—	—	—	39	89	—	3	20	—	—	—
Oberpfalz-Niederbayern	141	555	3	—	—	—	—	—	—	58	62	2	2	12	—	96	—
Oberbayern-Schwaben	20	96	—	241	1046	—	—	—	—	—	—	—	2	15	—	—	—
	1041	7582	386	5682	25570	413	525	1308	1	2506	4045	24	304	2361	1	448	2

Insbesondere kann durch derartige Aussprachen erreicht werden, daß bei unseren in der Gemeindepolitik tätigen Genossen kirchtumspolitische Gesichtspunkte, vom engen Standpunkt ihrer örtlichen Verhältnisse diktierte Politik von vornherein soweit als möglich oder überhaupt ausgeschaltet werden. In die Fehler bürgerlicher Gemeindepolitiker, die wir früher sehr oft und mit Recht bekämpft haben, dürfen unsere Parteigenossen nicht verfallen.

Zudem bietet die kommunalsozialpolitische Literatur und die aufmerksame Lektüre des kommunalen Parteiorgans die „Kommunale Praxis" den Gemeindevertretern ausgiebiges Material, um sich theoretisch und praktisch weiterzubilden. Auf Einzelheiten, die sich bemerkbar machen, für bestimmte Landesteile besondere Unterorgane für Kommunalpolitik zu gründen, kann hier nicht näher eingegangen werden.

Auch im Berichtsjahre sind leitende kommunale Stellen von Parteigenossen besetzt worden, so der Posten des Oberbürgermeisters in Cassel durch den Genossen Scheidemann. Die Wahl des Genossen Ritter, Mitglied des Parteivorstandes, als zweiter Bürgermeister des zukünftigen Groß-Berlin, ist von dem Ausschuß zur Wahl des neuen Magistrats kürzlich beschlossen und dürfte demnächst definitiv erfolgen.

Parteipresse.

Auch diesmal sind wir in der angenehmen Lage, von einer erfreulichen Zunahme der Parteiblätter berichten zu können.

Im Vorjahre zählten wir 95 Parteizeitungen, zurzeit verfügt die Partei über 147 Zeitungen, die zum großen Teil in eigenen Druckereien hergestellt werden. Nach Provinzen und Landesteilen geordnet verteilt sich die Parteipresse wie folgt:

Anhalt 2, Baden 7, Bayern 14, Braunschweig 2, Freie Städte 5, Hessen 4, Mecklenburg 2, Oldenburg 4, Brandenburg 12, Hannover 11, Hessen-Nassau 5, Ostpreußen 5, Westpreußen 2, Lippe 1, Pommern 6, Posen 1, Rheinprovinz 11, Provinz Sachsen 8, Schlesien 10, Schleswig-Holstein 8, Westfalen 9, Sachsen 9, Sachsen-Altenburg 1, Sachsen-Koburg-Gotha 1, Sachsen-Meiningen 3, Sachsen-Weimar-Eisenach 2, Württemberg 7.

Leider ist wie kaum ein anderes Gewerbe das Zeitungsgewerbe den außerordentlich ungünstigen Wirkungen der anhaltenden Wirtschaftskrise unterworfen. Insbesondere trifft das für eine Presse mit einer bestimmten politischen Tendenz wie die unsere zu. Die wahnsinnig gestiegenen Preise für Rohmaterialien, Maschinen und Papier zwangen immer wieder zu einer Erhöhung der Preise für Abonnement und Inserate. Daß unter diesen Umständen die im vorigen Jahr dank der politischen Umwälzung sprunghaft gestiegene Abonnentenziffer relativ eine Senkung erfahren hat, versteht sich am Rande.

Leider ist bei der Gründung einzelner Parteiblätter nicht immer mit der nötigen Sorgfalt verfahren und die gehörige Rücksicht auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse genommen worden. Die Folge davon war, daß einige Kopfblätter, die nicht genügend fundiert waren, sich nicht halten konnten. Es muß deshalb auch an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betont werden, daß Neugründungen zu vermeiden sind, solange nicht alle beteiligten kompetenten Instanzen unterrichtet sind und sich von der Lebensfähigkeit überzeugt haben.

Revisionen der Parteigeschäfte fanden im Berichtsjahr 44 statt. Und zwar wurden 29 Geschäfte einmal, 9 zweimal, 2 dreimal, 2 viermal, 1 Geschäft sechsmal und 1 Geschäft siebenmal revidiert.

Konferenzen der Geschäftsführer fanden zwei statt: im Juni und im Dezember 1919.

Der Gedanke der Gründung einer Einkaufszentrale, der seit Jahren die Geschäftsführerkonferenzen beschäftigte, geht jetzt seiner Verwirklichung entgegen. Die Einkaufszentrale wird noch im Laufe dieses Jahres errichtet werden.

„Vorwärts".

Das verflossene Geschäftsjahr stand im Zeichen fortgesetzt steigender Druck- und Papierpreise.

Während es dem Verlag in der ersten Hälfte des Jahres noch möglich war, die Ausgestaltung des „Vorwärts" durch Herausgabe der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" zu fördern, mußte er in den darauffolgenden Monaten, infolge der ununterbrochenen Preissteigerungen der Herstellungsmaterialien sowie der Lohn- und Gehaltserhöhungen, der größten Mäßigung in bezug auf Erweiterung und Ausgestaltung des „Vorwärts" sich befleißigen.

Um so mehr, da auch die sich aus den allgemeinen Preissteigerungen notwendig machende Erhöhung des Abonnementspreises in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage unseres Leserkreises nicht im Verhältnis zu den sprunghaft steigenden Druck- und Papierpreisen erfolgen konnte. Auch die Erhöhung der Inseratenpreise mußte im Rahmen des Möglichen gehalten werden.

Die Papierpreise sind um das Zwanzigfache des Friedenspreises gestiegen, wogegen der Abonnementspreis nur um zirka das Neunfache erhöht wurde. Unter dem Druck der sich allmonatlich wiederholten Preiserhöhungen der Materialpreise stand die gesamte Presse und beeinflußte naturgemäß auch sehr merkbar den Etat des „Vorwärts".

Die Zustellung des „Vorwärts" an die Abonnenten wurde am 1. Dezember 1919 einer Zeitungsbetriebsgesellschaft, der „Zeitungs-Zentrale", übertragen, die sich gegründet hatte mit dem Ziel, durch Zusammenlegen der Bestellung möglichst aller Berliner Zeitungen die Zustellung rationeller zu gestalten, insbesondere Kräfte zu sparen, die Bestellbezirke zu verkleinern und durch Zahlung höherer Löhne an die Austräger den sich nach der Revolution in allen Berliner Zeitungen stark fühlbar machenden Mangel an Botenfrauen zu beseitigen.

Die Postbehörde, die bereits im Anfang des vorigen Jahres ersucht worden war, die Zeitungsbestellungen örtlich zu organisieren, hatte die Uebernahme der Bestellung der gesamten Zeitungen durch Zeitungsboten abgelehnt.

Der von der „Zeitungs-Zentrale" übernommene Straßenverkauf wird vom Verlag durch von ihm selbst angestellte Händler nachdrücklich gefördert.

Der Inseratenumfang des „Vorwärts" hat, da er als Zentralorgan der Partei in allen Kreisen der Bevölkerung gelesen und dadurch als Publikationsmittel für Anzeigen aller Art von den Inserenten geschätzt wird, wesentlich zugenommen.

Der „Vorwärts" hat auch im vergangenen Jahre den Kampf für den Sozialismus auf demokratischer Grundlage mit Entschiedenheit geführt. Seine

besondere Aufmerksamkeit galt der Verteidigung der Republik und der Errungenschaften des 9. November. Der „Vorwärts" bekämpfte nach wie vor Diktaturgelüste und Putschismus der äußersten Linken, deren Treiben nur der Wiedererstarkung der Reaktion dienen mußte. Als auf der andern Seite die Reaktion, durch die Putsche von links gekräftigt, kühner ihr Haupt zu erheben begann und namentlich in der Reichswehr sich ein Bollwerk schuf, hat der „Vorwärts" rechtzeitig und nachdrücklich auf die drohende Gefahr hingewiesen und vor ihr gewarnt, leider ohne daß seine Warnungen allerorts die genügende Beachtung gefunden hätten.

Unmittelbar nach dem Friedensschluß von Versailles machte sich ein Wechsel in der Chefredaktion des „Vorwärts" notwendig, weil Genosse Stampfer, der bis zuletzt Gegner der Unterzeichnung gewesen war, in Konsequenz seiner von dem Beschluß der Fraktionsmehrheit abweichenden Anschauung sein Amt niederlegte. Nach längeren Verhandlungen gelang es, als seinen Nachfolger den bisherigen Chefredakteur der Magdeburger „Volksstimme", Genossen Bader, zu gewinnen, der sich jedoch nur auf ein Provisorium von sechs Monaten verpflichtete. Nach Ablauf dieser Zeit wünschte Genosse Bader nach Magdeburg zurückzukehren, worauf Genosse Stampfer wiederum die Chefredaktion übernahm. Am 15. Mai trat Genosse Franz Klüß-Magdeburg in die Redaktion ein.

Hatte das vergangene Berichtsjahr dem „Vorwärts" zwei Besetzungen durch Linksputschisten gebracht, so sollte er in diesem Jahr eine Besetzung durch Rechtsputschisten erleben. Eine der ersten Handlungen der in Berlin einziehenden Kappisten bestand in der Nacht vom 12. zum 13. März darin, daß sie sich des „Vorwärts"-Gebäudes bemächtigten. Die morgens ihren Dienst antretenden Redakteure fanden die Eingänge des Gebäudes von Truppen besetzt, die ihnen zwar den Eintritt gestatteten, aber erklärten, den Auftrag zu haben, jede Herausgabe der Zeitung zu unterbinden. Ein normales Erscheinen des „Vorwärts" war damit unmöglich gemacht. Trotzdem haben Redaktion und Geschäftsleitung des „Vorwärts" keine Anstrengungen unterlassen, um in den kritischen Tagen an ihre Leser und die Bevölkerung heranzukommen. Leider entsprach der Erfolg nicht der angewandten Mühe. Am 14. März stellten zwei Redakteure mit Hilfe von freiwilligem Personal im „Vorwärts"-Gebäude selber hinter dem Rücken der Besatzung eine Extraausgabe her. Diese konnte gerade noch über die hintere Mauer hinausexpediert werden, ehe der überwachende Hauptmann Lunte roch und einschritt. Es waren aber nur 15 000 Exemplare, weitere 20 000 wurden dann noch in einer kleinen Druckerei der Nachbarschaft hergestellt, für Groß-Berlin ein Tropfen.

Nach dem Sturz der Kappregierung erschwerten Generalstreik und Strommangel das weitere Erscheinen. Trotzdem gelang es, noch zwei weitere Extraausgaben herauszubringen. Am Montag, den 22. März, wurde die erste regelmäßige Abendausgabe hergestellt. Der Druck mußte jedoch außerhalb Berlins in Spandau und Luckenwalde erfolgen. Die Anfuhr der dort hergestellten Exemplare verzögerte sich jedoch unerträglich. Am Dienstag verhinderte wieder der Strommangel jede Tätigkeit. Erst von Mittwoch, den 24. März, ab war das ungestörte und regelmäßige Erscheinen des „Vorwärts" möglich.

Infolge eines Abkommens mit der Austrägerinnen, die einen freien Tag für sich wünschten, mußte die Montag-Morgenausgabe des „Vorwärts" von Mai 1920 ab in Fortfall kommen, so daß der „Vorwärts" jetzt nur noch 12mal wöchentlich erscheint.

„Neue Zeit" „Gleichheit" und „Der wahre Jacob".

Nachdem die Frauen durch die Revolution gleichberechtigte Staatsbürgerinnen geworden sind, und sie somit einen politischen Machtfaktor bilden, muß besonderes Gewicht darauf gelegt werden, dieselben zu uns heranzuziehen. Die mündliche Agitationsarbeit unter den Frauen aber tut es allein nicht. Sie wird zum großen Teil unwirksam bleiben, wenn sie nicht durch fortlaufende schriftliche Aufklärungsarbeit unterstützt wird. Es müssen aus den Begeisterten Wissende und Erkennende herangebildet werden. Für jede Partei bildet die Heranziehung der Frauen eine Lebensnotwendigkeit. Aus diesen Erwägungen heraus wurde vom Parteivorstand beschlossen, unser Frauenblatt „Die Gleichheit" ab 1. Juli v. Js. wöchentlich, anstatt zweimal monatlich, erscheinen zu lassen. Gleichzeitig wurde, einem Bedürfnis entsprechend, der „Gleichheit" die Kultur- und Modebeilage „Die Frau und ihr Haus" beigefügt. Durch diese Ausgestaltung erhöhte sich natürlich der Bezugspreis unseres Blattes. Er blieb an sich mit 30 Pf. für die Nummer und 1,20 Mk. im Monat gewiß sehr niedrig, aber viele der bisherigen Leserinnen glaubten doch, den erhöhten Preis nicht zahlen zu können und die Abonnentenzahl sank. Vor allen Dingen wurde das Obligatorium in den Bezirken, wo es bis dahin noch bestand, aufgehoben, weil dieselben den Frauen nicht zumuten wollten, einen erhöhten Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Dieser Rückgang der Leserinnen ist im Interesse unserer Partei sowohl wie der gesamten politischen Entwicklung außerordentlich zu bedauern. Die Gesetzgebung ist so ungeheuer reich an Material, welches unbedingt zur Kenntnis der Frauen kommen muß, daß es gar nicht möglich ist, es in einem vierzehntäglich erscheinenden Blatt unterzubringen. Es würde dann für die systematische sozialistische Begründungsarbeit überhaupt kein Raum übrig bleiben. Notwendig ist aber beides, die Schulung im Sozialismus wie die Schulung zur politischen Mitarbeit an der Gesetzgebung und an der Durchführung der geschaffenen Gesetze.

Das System der Einzelabonnements, wie wir es haben, hat den Vorteil, daß das Blatt von jeder Bezieherin wirklich gelesen wird. Andererseits bleibt natürlich der Nachteil, daß der Kreis der Leserinnen ein verhältnismäßig enger ist.

Der kommende Parteitag wird sich deshalb mit der Frage zu beschäftigen haben, ob es einen Weg gibt, die Gleichheit allen sozialistisch denkenden Frauen zugänglich zu machen. Die Lösung der Frauenfrage schlechthin ist eine Forderung des Kulturfortschrittes, der Menschheitsentwicklung geworden. Für die Partei aber bedeutet die Organisierung der Frauen und ihre politische Schulung die Lebensmöglichkeit.

Auch im letzten Geschäftsjahr hatten „Neue Zeit" und „Wahrer Jacob" einen Rückgang des Abonnentenstandes zu verzeichnen.

Die fortwährenden Erhöhungen des Abonnements hatten zur Folge, daß ein Teil der Leser, in der Annahme, „Neue Zeit" und „Wahrer Jacob" gehörten nicht unbedingt zu den lebensnotwendigen Dingen, das Abonnement abbestellten. Durch die verringerten Absatzmöglichkeiten gestaltete sich der Etat der Zeitschriften passiv. Deckte der „Wahre Jacob" bisher aus seinen Ueberschüssen das Defizit der „Neuen Zeit", so war er im letzten Geschäftsjahr dazu nicht in der Lage.

Eine Besserung dürfte erst mit Sinken des Papierpreises eintreten.

Buchhandlung Vorwärts.

Im Berichtsjahre gelangten 42 Neuerscheinungen mit insgesamt 647 200 Exemplaren und 23 Nachdrucke alter Verlagswerke mit 226 900 Exemplaren zur Ausgabe, wie folgt:

Neuerscheinungen:

	Auflage
Apel, Die Volkshochschule	5 000
Volksschule, Einheitsschule	5 000
Arbeiter-Notizkalender 1920	5 000
Bahlke, Weltliche Schule	5 000
Bernstein, Wirtschaftswesen	10 000
Bischoff, Die Entlarvung der deutsch-bolschewistischen Verschwörung	3 000
Böse, Volkslieder	5 000
Ad. Braun, Der Ententefriede und die Arbeiterklasse	23 000
Sturmvögel der Revolution	23 000
Geldrevolution und Arbeitslohn	20 000
Cleinow, Erlebnisse im sterbenden Rußland	100 000
A. Conrady, Reichsgründung u. Kommune	3 000
Demokratie in England	5 000
Douai, Gott, Glauben, Freiheit	5 000
Felden, Kirche, Religion und Sozialdemokratie	15 000
Flatow, Kommentar zum Betriebsrätegesetz	60 000
Was ist der Sozialismus	10 000
Für Republik und Demokratie	20 000
Frauenstimmen	5 000
Betriebsrätegesetz	20 000
Gemeindewahlen	20 000
Keil, Kriegssteuer 1918	1 200
Friedr. Krasser, Antisyllabus	15 000
Kuttner, Erdolchte Front	20 000
Lohmann, Die Arbeit im Elternbeirat	10 000
Programm und Organisation der sozialdemokrat. Partei	20 000
Protokolle der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1919	10 000
Quarck, Reichsverfassung	5 000
Renner, Was ist Klassenkampf	5 000
Smilg, Quintessenz des Bolschewismus	5 000
Stampfer, Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus	45 000
Striemer, Zur Kritik der freien Wirtschaft	5 000
Verbrechergeschichten II	10 000
Steiner-Jullien, Wilh. Picard	20 000
Osterroth, Vom Beter zum Kämpfer	20 000
Tänrow, Butu Simbas Mission	20 000
Arthur Zickler, Im Tollhause	15 000
Die Brotwinsel	10 000
Berliner Putsche	4 000
Schmidt, Sozialdemokratie und Landwirtschaft	20 000
Schiff, Stimme aus dem Grabe deutsch	5 000
französisch	15 000

Nachdrucke:

	Auflage
Barth, Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot	10 000
Bebel, Attentate und Sozialdemokratie	5 000
Christentum u. Sozialismus	25 000
Bernstein, Ferdinand Lassalle	5 000
Böse, Volkslieder	15 000
Bracke, Nieder mit den Sozialdemokraten	30 000
Braun, Zeitungsfremdwörter	15 000
David, Referentenführer	10 000
Diederich, Marx-Brevier	5 000
Engels, Grundsätze des Kommunismus	15 000
Entwicklung des Sozialismus	25 000
Die Versorgung der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen	5 000
Hausenstein, Die großen Utopisten	5 000
Kautsky, Die historische Leistung von Karl Marx	5 000
Ferdinand Lassalle, Ueber Verfassungswesen	5 000
Die Wissenschaft der Arbeiter	5 000
Wilhelm Liebknecht, Wissen ist Macht	5 000
Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital	15 000
Engels kommunist. Manifest	10 000
Mehring, Deutsche Geschichte	4 500
Preczang, Töchter der Arbeit	1 200
Der verlorene Sohn	1 200
Schulz, Sozialdemokratie und Schule	5 000

Die Maizeitung fand in 150 000 Exemplaren Verbreitung.

Der Abschluß des Geschäftsjahres zeigt nachstehendes Ergebnis:

Aktiva. Bilanz am 31. März 1920. Passiva.

	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.
Kassenbestand	18 099	96	Postscheckkonto	322	80
Warenbestand	327 766	50	Kreditoren	546 100	59
Debitoren	580 314	—	Stammkapital	21 000	—
Inventarbestand	10 000	—	Reservefonds	368 757	07
Summa	936 180	46	Summa	936 180	46

Debet. Gewinn- und Verlustrechnung. Credit.

	Mark	Pf.		Mark	Pf.
Inventarkonto: Wertabschreibung	3 564	15	Dubiosenkonto	6 784	18
Steuerkonto	5 562	10	Warenkonto	512 787	79
Lohn- und Gehaltskonto	149 661	63			
Personalversicherungskonto	8 421	41			
Unkostenkonto	48 811	79			
Vertriebsspesenkonto	24 558	82			
Zinsenkonto	17 924	50			
Gewinn	261 067	57			
Summa	519 571	97	Summa	519 571	97

Ueber den Stand der im Vertrieb der Buchhandlung befindlichen Zeitschriften **„Gleichheit", „Der freie Lehrer", „Kommunale Praxis", „Arbeiterjugend"**, gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Zeitschrift	Abonnentenstand am 31. März 1920	Gewinn und Verlust vom	bis	Ueberschuß Mk.	Pf.	Zuschuß Mk.	Pf.	Bemerkungen
Gleichheit	13 000	1. 7. 19	31. 3. 20	—	—	37 368	—	am 1. 7. 1919 in Vertrieb genommen
Der freie Lehrer	1 900	1. 7. 19	31. 3. 20	—	—	22 041	87	
Kommunale Praxis	6 000	1. 4. 19	31. 3. 20	3 064	36	—	—	
Arbeiterjugend	80 000	1. 4. 19	31. 3. 20	—	—	27 954	47	

Am 1. Januar 1920 trat Genosse Michael Jakubowicz in die Geschäftsleitung ein. Erfreulicherweise nehmen die Geschäfte trotz der allgemeinen Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse einen guten Aufschwung.

Agitation.

Trotz der vielfachen Erschwerungen ist die Agitation für die Partei ununterbrochen und mit befriedigendem Erfolge betrieben worden. Erschwerend wirkten die schlechten Verkehrsverhältnisse im allgemeinen, die Besetzung erheblicher Landesteile, die fortgesetzte Abberufung eingearbeiteter Funktionäre in amtliche Stellen und die gegen unsere Partei von der U. S. P. D., K. P. D. und K. A. P. D. betriebene wüste Agitation. Auch die reaktionären Parteien haben es an Gehässigkeiten und Verleumdungen bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten gegen unsere Partei nicht fehlen lassen. Mit dem Kapp-Putsch in den Märztagen 1920 hat diese Hetze ihren Höhepunkt erreicht und sich bis zur Propadanda für die Reichstagswahlen gehalten. Wenn trotz alledem die Sozialdemokratische Partei bei den Wahlen noch verhältnismäßig

gut abgeschnitten hat, die Zahl der organisierten Mitglieder und der Ortsvereine beträchtlich zunahm, so sind das die untrüglichsten Beweise für die Werbekraft unserer Weltanschauung, der zu ihrer Durchführung eingeschlagenen Taktik und, das darf mit Genugtuung gesagt werden, für die unermüdliche Tätigkeit in der Klein- und Aufklärungsarbeit der Parteigenossen. Gerade die letzten Vorgänge in der Politik bestätigen die von uns vertretenen Auffassungen.

Der Parteivorstand hat alle Maßnahmen getroffen und Anregungen unterstützt, die ihm geeignet erschienen, für die Sozialdemokratische Partei neue Anhänger zu gewinnen und sie mit dem Rüstzeug sozialistischer Literatur, in die Denkweise des proletarischen Klassenkampfes einzuführen. Wir erinnern hier nur an die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für die sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen, deren erste Konferenz am 21. April in Berlin stattfand; die geschaffene Zentralstelle für die Beamtenagitation, für die ein fast unübersehbares Agitationsfeld noch zu beackern ist. In verschiedenen Landesteilen haben sich Bauern-, Winzer- und Handwerkerorganisationen auf sozialdemokratischer Grundlage gebildet. Zur Zusammenfassung der taubstummen Genossen werden für den Taubstummen Parteibund besondere Beitragsmarken verausgabt, deren Verrechnung nach Verständigung mit den in Betracht kommenden Bezirksleitungen direkt mit dem Parteivorstand geschieht, um so in ständiger Fühlung mit diesen Genossen zu bleiben. Ihr Publikationsorgan „Wochenschrift des Taubstummenbundes" wurde aus Parteimitteln finanziell unterstützt.

Die Einrichtung der besonderen Marken und Bücher für die Binnenschiffer wurde aufgehoben, da bei der jetzigen Organisationsform es den Genossen möglich ist, einheitliche Agitation zu betreiben und die regelmäßigen Beiträge abzuführen.

Gut bewährt haben sich die Betriebsvertrauensleute. Wo solche noch nicht ernannt sind, ist zu empfehlen, das Versäumte nachzuholen.

Die an das wöchentliche Erscheinen der „Gleichheit" mit der Beilage „Die Frau und ihr Haus" geknüpften Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt.

Zur Unterstützung der Agitation unter den Frauen gelangten in Massenauflagen zur Verbreitung die Broschüren „Schutz der Frauenarbeit", „Frauenarbeit und Frauenorganisation", „Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung". Weiter wurde verbreitet die Agitationsschrift: „Sozialdiktatur oder Sozialdemokratie?". Die Broschüre: „Was ist, was will der Sozialismus?" behandelt in leicht verständlicher Form einige Grundthesen des Sozialismus.

Zur Aufklärung des Betriebsrätegesetzes wurden die Parlamentsreden der Genossen Bender und Osterroth als Broschüre verteilt.

In Massenauflagen gedruckt und zur Verteilung gelangten die Flugblätter: „Deutsches Volk, schmiede dein eigenes Schicksal!", „Der 13. Januar 1920" u. a. Bei den verschiedensten Gelegenheiten wurden Rededispositionen für Referenten herausgegeben.

Eine Reihe von Flugblättern fanden anläßlich des Kapp-Putsches, ein Flugblatt fand für die heimkehrenden Krieger und eines für die Eisenbahner weiteste Verbreitung. Die Höhe der Auflagen sind nicht genau festzustellen, da die Bezirksleitungen vielfach wegen der Versandschwierigkeiten die Matern von der Zentrale bezogen und den Druck selbst besorgen ließen. Dadurch ermöglichte sich eine schnellere Verteilung, außerdem wurden auch Kosten erspart.

Die Revolutionsfeier am 9. November wurde, hauptsächlich in den Städten, durch besondere Veranstaltungen agitatorisch ausgenützt.

Die sozialdemokratische Fraktion, angeregt durch den Parteivorstand, stellte in der Nationalversammlung den Antrag, den 1. Mai wie im Vorjahre als gesetzlichen Feiertag festzulegen. Die bürgerliche Mehrheit lehnte diesen Antrag ab. Dem Aufrufe des Parteivorstandes, den 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe zu begehen, leistete die Arbeiterschaft unter reger Beteiligung Folge. Die Maifeier selbst galt auch als Auftakt zu den Reichstagswahlen.

Vielfach sind an den Parteivorstand Anforderungen herangetreten, aus seinen Reihen und Abgeordnetenkreisen zugkräftige Versammlungsredner den einzelnen Landesteilen zur Verfügung zu stellen. Soweit irgend möglich, wurde dem entsprochen, jedoch ließen sich nicht alle Wünsche realisieren. Dem Referentenmangel kann zum Teil dadurch abgeholfen werden, daß die Bezirke Redner austauschen. Durch die Zentrale läßt sich erfahrungsgemäß nicht immer dem Rednermangel abhelfen.

Die Versammlungstätigkeit war äußerst rege. Die außerordentlich harten Friedensbedingungen, die an vielen Orten eifrig diskutierte Frage der Einigung mit der U. S. P. D., die Forderung der Rückkehr der Kriegsgefangenen, die Betriebsräte, die Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften und Elternbeiratswahlen, die Stellungnahme zu den Steuergesetzen u. v. a. m. boten Gelegenheiten, daß die Volksgenossen ihre Meinungen in Versammlungen austauschten. All das hat mit dazu beigetragen, die Massen in die sozialistische Gedankenwelt einzuführen und sich in deren Ideen zu vertiefen.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands.

Jahresbericht 1919–20.

Am 21. April 1919 hatte der Parteivorstand eine Konferenz von parteigenössischen Lehrern nach Berlin zusammenberufen, um über den Zusammenschluß aller in der Partei organisierten Lehrer zu beraten. Das Ergebnis war die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer", deren Förderung durch Beschluß des Weimarer Parteitages zur Parteisache erklärt wurde. Zweck und Ziel dieser Organisation im Rahmen der Partei lagen von vornherein in zwei Richtungen: erstlich in der Förderung derjenigen Arbeiten innerhalb der Partei, für die der Lehrer auf Grund seines Berufes besonders geeignet erscheint, in erster Linie der Bildungsarbeit und der Jugendbewegung, und zweitens in der Unterstützung und Förderung der Schulpolitik der Partei.

Beide Aufgaben können natürlich nur im engsten Anschluß an die Partei und im stetigen Einvernehmen mit ihr gelöst werden. Ein großer Teil der in der Partei organisierten Lehrer gehörte aber bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft bereits jenen Vereinigungen an, die sich aus Lehrern aller sozialistischen Richtungen zusammensetzten und sich zu einem „Verbande sozialistischer Lehrer" zusammengeschlossen hatten. Die Haltung dieses Verbandes zwang unsere Arbeitsgemeinschaft leider bald nach ihrer Gründung zu einem Abwehrkampf, in dem wir das Ziel einer Klärung der verschiedenen Anschauungen allmählich erreichen konnten. Anfänglich stand dieser Verband sozialistischer Lehrer, in dem die radikalen Parteien immer mehr das Uebergewicht erhielten, der Ausbreitung unserer Arbeitsgemeinschaft recht hinderlich im Wege und noch jetzt ist beispielsweise in Bayern die Bewegung deshalb

nicht zu ihrer vollen Auswirkung gekommen. In den übrigen Bezirken des Reiches konnte im Laufe des Jahres die Organisation, häufig unter heftigen Kämpfen gegen rechts und links, gefestigt und ausgebaut werden.

Nach dem im Mai dieses Jahres beschlossenen Organisationsplan, der sich aufs engste an die Bezirkseinteilung der Partei anschließt, umfaßt die Arbeitsgemeinschaft 30 Bezirksgruppen mit rund 2500 Mitgliedern. Die notwendige Verbindung mit der Partei ist in fast allen Bezirken dadurch hergeführt, daß der Vorsitzende der Bezirksgruppe gleichzeitig dem Bezirksvorstande der Partei angehört; auch in größeren Städten besteht eine ähnliche Verbindung unserer Ortsgruppen mit der lokalen Parteiorganisation. Im allgemeinen ist die Mitarbeit der Lehrerschaft überall in der Partei mit Freuden begrüßt worden, und die einzelnen Bezirke haben es bereits im ersten Jahre verstanden, sich die Vorteile der besonderen Lehrerorganisation zunutze zu machen. Nur vereinzelt stand anfangs ein gewisses Mißtrauen einer gedeihlichen Zusammenarbeit im Wege, an dessen Beseitigung von beiden Seiten im Interesse der Partei gearbeitet worden ist und auch weiterhin gearbeitet werden muß. Daß die Hilfe, die die Arbeitsgemeinschaft bei der Aufklärungsarbeit der Partei leisten kann, nicht gering angeschlagen werden darf, ersieht man schon jetzt am Schlusse des ersten Berichtsjahres aus folgenden noch nicht vollständigen Zahlenreihen. Von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft waren tätig:

in der Jugendbewegung	410
in der Bildungsarbeit	638
in der Wahlagitation	694

Gerade die Kleinarbeit auf dem Lande kann durch die Mithilfe der parteigenössischen Lehrerschaft ganz erheblich gefördert werden; haben doch schon bei der letzten Reichstagswahl die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft hier weit über 2000 Versammlungen abgehalten. Auch in der Jugend- und Bildungsarbeit, wo es überall noch an Kräften fehlt, ist die Mithilfe der Lehrerschaft da gern angenommen worden, wo sie sich bereits auf den besonderen Charakter dieser Arbeit eingestellt hatte. Die Vorarbeit für diese Aufgaben wurde in den Orts- und Bezirksgruppen der Arbeitsgemeinschaft geleistet, die ihrerseits durch Vorträge und Kurse für die Schulung ihrer Mitglieder und ihre Vorbereitung für die Aufklärungsarbeit Sorge trugen. An dem Ausbildungskursus, den der Parteivorstand im November und Dezember 1919 in Berlin zur Einführung in den theoretischen und praktischen Sozialismus veranstaltete, nahmen gegen 20 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft teil, um die dort erhaltenen Anregungen als Kursusredner und Agitatoren in ihren Bezirken praktisch zu verwerten.

Auf dem eigentlich schulpolitischen Gebiete konnten sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft durch Unterstützung der Arbeit unserer Fraktionen in den Stadtparlamenten und Gemeindevertretungen und namentlich bei den Wahlen zu den Elternbeiräten im Frühjahr 1920 betätigen. Hier zeigte es sich, daß die Partei sich in ihrer Lehrerorganisation ein Instrument geschaffen hat, durch das jederzeit besondere Aufgaben auf schulpolitischen Gebieten geleistet werden können, wenn die Parteiorganisationen selber den nötigen Wert auf diese Mitarbeit legen. Die Arbeitsgemeinschaft ihrerseits ist überall bereit, Ratschläge und Gutachten in sachlichen und persönlichen Fragen, die die Schulpolitik der Partei betreffen, abzugeben.

Als inneres Band der Arbeitsgemeinschaft erscheint seit Juli 1919 eine besondere Wochenschrift „Der freie Lehrer". Bei der schwierigen Lage der gesamten Presse mußte dieses Organ von vornherein mit starken Zuschüssen durch den Parteivorstand rechnen. Der Parteivorstand hat dieses

Opfer gebracht in der klaren Erkenntnis, daß die eigene Zeitschrift den festesten Rückhalt jener neuen Organisation bildet, und daß es für die Partei von außerordentlich großer Bedeutung ist, wenn gerade die vereinzelten sozialistischen Lehrer auf dem flachen Lande, die Vorposten unserer Bewegung, in stetiger Fühlung mit dem Leben der Partei gehalten werden. Nachdem die Abonnentenzahl auf 2500 gestiegen und der Abonnementspreis auf 6 Mk. für das Vierteljahr erhöht ist, wird sich der erforderliche Zuschuß schnell verringern, um so mehr, als die Mitgliederzahl und damit auch die Zahl der Dauerbezieher der Zeitschrift beständig weiter wächst.

Als Redakteur der Zeitschrift und zugleich als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft wurde Richard Lohmann-Berlin vom Parteivorstand bestellt. Ihm liegt damit zugleich die Leitung der Zentralstelle der Arbeitsgemeinschaft ob, die sich in Berlin im Vorwärtshause befindet. Den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft führt Heinrich Schulz, dem als Mitglieder des Hauptvorstandes Heinrich Cunow, Hugo Hennicke, Udo Meyer, Elfriede Pöckel und Erich Thaus zur Seite stehen.

Der Hauptausschuß besteht aus 15 Mitgliedern, die als Vertreter der einzelnen Bezirke aus allen Teilen des Reiches gewählt sind. Er trat im ersten Jahre dreimal in Berlin auf Einladung des Parteivorstandes zusammen. In seiner ersten Sitzung am 29. Mai 1919 beschäftigte er sich namentlich mit den Schwierigkeiten, die durch das Verhalten des „Verbandes sozialistischer Lehrer" zur Arbeitsgemeinschaft entstanden waren und erklärte den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft für die Pflicht jedes parteigenössischen Lehrers. Die zweite Sitzung am 24. August legte die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft zum Schulkompromiß fest und erörterte die Aufgaben, die daraus für die Bewegung gestellt sind. Die letzte Tagung am 26. bis 27. Mai diente der Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft auf Grund der Erfahrungen des ersten Jahres sowie der Vorbereitung der Reichsschulkonferenz.

Die laufenden Geschäfte wurden im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand, der häufig zusammentrat, durch die Geschäftsstelle erledigt.

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft deckt ihre laufenden Ausgaben durch einen Sonderbeitrag von 3 Mk., der von jedem Mitglied erhoben wird. Der Eingang dieser Mitgliederbeiträge seitens der Bezirksgruppen ließ im ersten Jahre noch viel zu wünschen übrig, da die Bezirksgruppen selbst bei ihrer Gründungsarbeit mit erheblichen Kosten zu rechnen hatten. Die hohen Druck- und Papierkosten legten überdies der Geschäftsstelle auch an und für sich die Pflicht zu besonderer Sparsamkeit auf. Gleichwohl konnten im Laufe des Jahres drei allgemeine Flugblätter zur Agitation unter der Lehrerschaft herausgegeben werden, und es wurden während der Wahlbewegung fünf Sonderflugblätter den einzelnen Parteibezirken für die Agitation unter der Lehrerschaft zur Verfügung gestellt.

Der Briefwechsel der Geschäftsstelle war gleich von Anfang an äußerst rege; im ersten Jahre wurden bereits 2207 Eingänge und 2797 Ausgänge verbucht. Einen großen Teil dieses Schriftwechsels bildeten die Beschwerden parteigenössischer Lehrer über Drangsalierung aus politischen Beweggründen. Die Geschäftsstelle hat diese Beschwerden persönlich bei den zuständigen Behörden vertreten und kann zu ihrer Freude feststellen, daß überall da, wo sie sich für den Beschwerdeführer aus persönlichen und sachlichen Gründen einsetzen konnte, ein Erfolg zu erzielen war, wenn auch der maßlos langsame Geschäftsgang bei unseren Ministerien und Regierungen die Geduld der Beteiligten häufig auf eine allzu harte Probe stellte.

Die aus allen Teilen der Republik mit Nachdruck geforderte Demokratisierung der Schulverwaltungen konnte im Berichtsjahre nur in ihren allerersten Anfängen durchgesetzt werden. Der rückständige Geist in den mittleren und höheren Verwaltungsstellen bildet eins der stärksten Hemmnisse für den Fortgang der Bewegung. Auch hier kann nur durch enge Zusammenarbeit der Partei, der Fraktionen usw. mit der Arbeitsgemeinschaft Wandel geschaffen werden.

Zentralstelle für Beamtenagitation.

Dem Parteivorstand ist von dem Parteitag zu Weimar der Antrag 240 überwiesen worden, der diesen Wortlaut hat: Zur Förderung der politischen Aufklärung und Organisation der Beamten im sozialistischen Sinne ist schleunigst eine Zentralstelle beim Parteivorstand zu schaffen.

In Verfolg dieses Beschlusses hat sich der Parteivorstand in mehreren Sitzungen mit dem Inhalt des ihm überwiesenen Antrages beschäftigt und beschlossen, der Errichtung einer solchen Zentralstelle seine Zustimmung zu erteilen.

Soweit Vorarbeiten zur Gründung dieser Zentralstelle nötig waren und soweit es sich um die Erledigung der Reichsgeschäfte bis zur Einrichtung der Zentralstelle handelte, ist ihr von dem örtlichen Werbeausschuß Berlin anerkennenswerte Unterstützung zuteil geworden.

Der aufgestellte Organisationsplan geht dahin, daß an jedem Ort, an dem die Voraussetzungen gegeben sind, sogenannte Werbeausschüsse zur Gewinnung sozialdemokratischer Mitglieder unter den Beamten zu errichten sind.

Die Ausgestaltung der Werbeausschüsse kann sehr verschieden sein und muß den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepaßt sein.

In kleineren Städten bzw. Distrikten wird mit der Bildung **eines** Werbeausschusses den Ansprüchen genügt werden. Die Zahl der Beamten, die für die Agitation in Betracht kommen, ist dort nicht so erheblich, daß den Leitern der Werbeausschüsse der notwendige Ueberblick verloren geht und ihre physische und geistige Arbeitskraft nicht über Gebühr in Anspruch genommen wird.

Die Werbeausschüsse in diesen Orten oder Distrikten werden die Beamten aller Kategorien, ob Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamte oder anderer Beamten öffentlich-rechtlicher Körperschaften, gemeinsam propagandistisch zu bearbeiten haben. Anders ist die Tätigkeit des oder der Werbeausschüsse in großen einheitlichen Wirtschaftsgebieten und Großstädten. In diesen Gebieten muß, wenn die Agitationsarbeit praktischen Erfolg haben soll, zur Spezialisierung bzw. Dezentralisation geschritten werden. In Großstädten und in großen einheitlichen Wirtschaftsgebieten muß für jede Beamtenkategorie ein **besonderer** Werbeausschuß unter den in Betracht kommenden Beamten seine Tätigkeit entfalten. Diese Werbeausschüsse können der Einheitlichkeit der Agitation und der Kosten wegen in einem losen Kartellverhältnis, vielleicht in einer Arbeitsgemeinschaft zueinander stehen, die praktische Agitationsarbeit wird aber ihren Schwerpunkt der Tätigkeit in einer bestimmten Beamtenkategorie finden müssen.

Allen diesen Werbeausschüssen steht die Zentralstelle für Beamtenagitation in Berlin, als einer vom Parteivorstand unterhaltenen Einrichtung zur Seite. Neben dieser Zentralstelle sind außerdem als Stützpunkte für die Agitation zwei weitere Stellen geschaffen, die teils einen organisatorisch-agitatorisch, teils kontrollierenden Charakter tragen: Die Einteilung des Reichs in acht Bezirke und der der Zentralstelle beigeordnete Reichsbeamtenbeirat. Die Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats haben in den einzelnen Bezirken wiederum ihren Sitz und bilden die Verbindungslinie zwischen der Zentralstelle in Berlin und den örtlichen Werbeausschüssen im Reich. Die Einteilung der Bezirke ist diese: Groß-Berlin, Ostpreußen, Mittelfranken, Schlesien-Breslau, Pommern, Hamburg, Dresden, Hessen-Nassau.

Dieser Organisationsplan wurde in der Parteiausschußsitzung vom 14. Dezember 1919 zum Vortrag gebracht und einstimmig gutgeheißen. Entsprechend der Bezirkseinteilung wurden vom Parteiausschuß folgende Parteigenossen als Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats gewählt:

1. M. Gronefeldt, Obertelegraphenassistent, R. Herrmann, Stadtsekretär, W. Thurau, Eisenbahnassistent, E. Ruben, Landrichter, sämtlich zu Berlin;
2. F. Legatis, Eisenbahnsekretär, Königsberg;
3. G. Köhler, Eisenbahnsekretär, Fürth i. Bayern;
4. J. Fiedler, Oberpostschaffner, Dortmund;
5. F. Seppel, Postschaffner, Breslau;
6. P. Cohn, Strommeister, Stettin;
7. R. Biebrach, Landesversicherungssekretär, Dresden;
8. F. Cornemann, Stadtsekretär, Frankfurt a. M.

Die Berliner Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats bilden in Gemeinschaft mit dem Sekretär der Zentrale und dem von dem Parteivorstand abgeordneten Mitgliede den Arbeitsausschuß der Reichsbeamtenzentrale.

In wiederholten Rundschreiben sind örtliche Werbe- und Bezirksvorstände auf die Pflicht gegenseitiger Hilfe bei den Agitationsarbeiten hingewiesen worden. Die parteigenössischen Beamten und solche, die zur Partei stehen, müssen stets des Umstandes eingedenk sein, daß sie als Beamte und Parteigenossen keinen besonderen „Staat im Staate" bilden, sondern Parteigenossen sind, die in Reih und Glied mit anderen gleichgesinnten im Volke zu marschieren haben.

Wenn dieser Gedanke bei den Beamten mehr und mehr Durchbruch findet, werden auch die Klagen, daß Beamten-Parteigenossen mit minderem Recht behandelt werden, allmählich verstummen.

Der Apparat der Zentralstelle sowie der örtlichen Werbeausschüsse und Arbeitsgemeinschaften hatte gelegentlich der letzten Reichstagswahlen zum ersten Male Gelegenheit, in praktische Wirksamkeit zu treten und dürfte sich im allgemeinen bewährt haben. Zur Massenverbreitung unter den Beamten gelangten im ersten Vierteljahr 1920 an Flugblättern vier Ausgaben in Gesamtauflage von 140 000 Stück; an sechs verschiedenen Broschüren 180 000 Stück zur Ausgabe. Zur Verbreitung an die in der Beamtenagitation tätigen Funktionäre kamen zur Verteilung elf verschiedene Broschüren verschiedenen Inhalts in einer Auflage von 39 500 Stück.

Von der Zentralstelle mußte verschiedentlich über nicht genügende oder ungenügende Unterstützung durch die Bezirksorganisationen bei dem Parteivorstande Klage geführt werden.

Wir bitten die Parteigenossen auch an dieser Stelle dringend, den Vorgängen in der deutschen Beamtenbewegung im allgemeinen größere Beachtung zu schenken sowie auf die Wünsche der Zentralstelle die weitgehendste Rücksicht zu nehmen.

Nur wenn die Bezirksvorstände sich dieser Pflicht voll und ganz bewußt sind, wird es gelingen, die Beamten jenen Konventikeln zu entziehen, die bestrebt sind, sie an ihren früheren kleinlichen Anschauungen festzuhalten, um damit reaktionär-politische Geschäfte zu betreiben. Die Ideenwelt des Sozialismus auch in diesen Kreisen zu verbreiten, ist geradezu ein Bollwerk in

dem unter der Oberfläche sich abspielenden Kampfe um die Existenz der deutschen demokratischen Republik. Bei der Gewinnung dieser Kreise muß in maß- und taktvoller Weise auf Anschauungen, mit denen das gegenwärtige Beamtentum noch groß geworden ist, die gebührende Rücksicht genommen werden, ohne parteiprogrammatische Grundsätze zu verlassen.

Seit der Gründung der Zentralstelle ist der Reichsbeamtenbeirat zweimal zur Beratung zusammengezogen worden: Einmal im Monat Januar d. J., um verschiedene Wünsche aus den Kreisen der Beamten zu beraten und sie den zuständigen Körperschaften zu übermitteln, zum zweiten Male kurz vor den Reichstagswahlen, um zu diesen Stellung zu nehmen. Bezüglich der näheren Ausführungen sei auf die betreffenden Protokolle verwiesen, die den Bezirksorganisationen zugegangen sind.

In geschäftlicher Beziehung waren bis zum Schluß des ersten Halbjahres dieses Jahres an Eingängen 428, an Ausgängen 3963 Briefe, Drucksachen, Telegramme usw. zu verzeichnen.

Der Parteiausschuß

trat Ende August zu einer zweitägigen Sitzung zusammen, um sich in längeren Diskussionen mit der politischen Lage zu beschäftigen. Außerdem gab Wels in dieser Sitzung einen Bericht über die internationale Konferenz in Luzern. Eine kurze Debatte über die Bezirkseinteilung, Organisationsfragen und neues vom Parteivorstand vorgelegtes Organisationsmaterial beschloß die Beratungen der Konferenz.

In einer Sitzung vom 13. Dezember 1919 wurde kurz die parteipolitische Organisation besprochen und dann einige organisatorische Fragen zur Beschickung des Internationalen Kongresses in Genf. Weiter wurde der Parteiausschuß über die Skandalaffäre Sklarz durch Scheidemann unterrichtet. Nicht weil auch nur der leiseste Verdacht aufkam, daß einer der angeschuldigten Parteigenossen in der Sache nicht rein dastände, sondern nur um durch ein Kollegium von Unparteiischen einwandfrei auch der Oeffentlichkeit gegenüber festzustellen, daß alle ominösen Anschuldigungen gegen einzelne unserer bekannten Genossen Kombinationen sind. Ein vom Parteiausschuß eingesetzter Untersuchungsausschuß, dem die Genossen Sindermann, Sollmann, Vogel, Klupsch, Th. Fischer, Taubadel und Beims angehörten, kam denn auch nach eingehender Prüfung zu der Erkenntnis, daß von den erhobenen Anschuldigungen auch nicht das geringste bestehen blieb.

Eine kombinierte Sitzung des Parteiausschusses, an der die politischen Redakteure unserer Parteipresse und auch die parteigenössischen Mitglieder der Regierung teilnahmen, tagte am 27. Januar 1920 im Reichstagsgebäude. Gegenstand der Erörterung war in der Hauptsache das Treiben einzelner reaktionärer Offiziere, und vom Parteivorstand wurde insbesondere bekanntgegeben, daß seiner Ansicht nach die Aufhebung des Belagerungszustandes am Platze sei. Genosse Noske besprach in längeren Ausführungen diese Situation und glaubte sagen zu können, daß die Putschgefahr von rechts im Lande vielfach zu gefahrdrohend angesehen würde, nicht ahnend, daß bald darauf Kapp und seine Spießgesellen seine Vertrauensseligkeit arg zerstörten und das deutsche Volk in die größte Gefahr brachten. Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt sprach über die wirtschaftlichen Fragen, insbesondere über die Lebensmittelversorgung. Seinem Referat folgte eine ausgedehnte sachliche Debatte, in der die Vertreter der verschiedenen Landesteile Beschwerden über die Lebensmittelverteilung vorbrachten. Die Beratungen der Konferenz dienten im wesentlichen der Information unserer Parteiredakteure. In einer einstimmig angenommenen Erklärung sprachen die Teilnehmer der Konferenz den Parteigenossen in der Reichsregierung ihr Vertrauen aus. Mit einem Appell an die Opferfreudigkeit der Genossen in Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen schloß die Tagung.

Bald nach dem Kapp-Putsch trat der Parteiausschuß am 30. und 31. März 1920 zur Beratung zusammen. Nach eingehender Diskussion und Berichterstattung über die Vorgänge im Lande anläßlich des Putsches beschäftigte sich die Sitzung mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl und beschloß, an Stelle eines außerordentlichen Parteitages eine Reichskonferenz für Anfang Mai einzuberufen.

Die Internationale.

Im Bericht an den Parteitag zu Weimar konnte der Parteivorstand über die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen berichten, die seit den Konferenzen zu Bern und Amsterdam auch im Berichtsjahr fortgesetzt wurden und zu einer steigenden Annäherung und Verständigung über die gemeinsamen Aufgaben des internationalen Proletariats führten. Das in Bern eingesetzte internationale Exekutivkomitee berief die Vertreter der der Internationale angeschlossenen Parteien zur Beratung über die internationale Situation und des Organisationsstatuts nach Luzern. An der vom 1. bis zum 10. August 1919 tagenden Konferenz nahmen auch zum letzten Male Vertreter der deutschen Unabhängigen teil. Die Beratungen über die allgemeine Politik führten sowohl in den sehr ausgedehnten Kommissionsverhandlungen wie im Plenum zu gründlichen Auseinandersetzungen über die parteipolitischen Differenzen in Deutschland. Der Gegensatz, der auch in der französischen Delegation offen zutage trat, führte zur Feststellung von besonderen Resolutionen der Mehrheit und der Minderheit über die allgemeine Politik, während über die Einzelfragen innerhalb derselben ein gemeinsamer Text festgestellt werden konnte. Die Vertreter unserer Partei erklärten, sowohl der Resolution der Mehrheit wie der der Minderheit zustimmen zu können. Bei der geschichtlichen Bedeutung, die diese Auslassungen erlangen werden, geben wir sie hier im Wortlaut wieder:

I. Resolution über die allgemeine Politik.

A. Text der Mehrheit:

Die in Luzern tagende sozialistische Internationale fordert die Sozialisten aller Länder zum Studium der wirtschaftlichen und politischen Fragen über die durch den Krieg geschaffene Lage auf, im Hinblick auf eine entscheidende Aktion.

Es werden gegenwärtig in der ganzen Welt vom Kapitalismus große Anstrengungen gemacht, um eine beherrschende Macht in Politik und Wirtschaft beizubehalten. Die Tragweite dieses Konfliktes zeigt sich in allen großen Ereignissen der Gegenwart: in der Pariser Konferenz, der Intervention in Rußland, der Finanzpolitik der Regierungen, der hohen Lebensmittelteuerung.

Die Internationale begrüßt die bewundernswerten Anstrengungen der Arbeiterklasse, an Stelle des Kapitalismus den Sozialismus zu setzen und zu verhindern, daß die alte Ausbeutungspolitik noch weiter die Welt beherrsche. Sie begrüßt besonders mit Begeisterung die neuen sozialistischen Regierungen. Sie verlangt für sie von den assoziierten Regierungen die Freiheit der inneren politischen Aktion und das Recht der Selbstbestimmung und verspricht den sozialistischen Regierungen die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung.

Die Internationale weiß, daß in einer Welt, welche durch die revolutionäre Lage beherrscht wird, die notwendig dem Kriege folgt, neue Probleme auftauchen und die alten Probleme an Wichtigkeit zunehmen. Somit sieht sich die Internationale genötigt, ihren Standpunkt, den sie diesen Fragen gegenüber einnimmt, näher zu bestimmen.

Insbesondere wird sie die Formen der Demokratie und der Vertretungseinrichtungen, die Rolle der Revolutionen in der sozialen Umwälzung, sowie die Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen und politischen Organisationen und der Aktion der Massen einer Prüfung unterziehen müssen. Sie wird ferner sich mit Plänen der Sozialisation befassen, angesichts des nun begonnenen entscheidenden Weltkampfes zwischen dem Proletariat und der kapitalistischen Macht.

Die Konferenz gibt dem Aktionskomitee den Auftrag, die Berichte zu entwerfen und sie den angegliederten Sektionen spätestens einen Monat vor der Abhaltung des Kongresses in Genf zuzustellen.

Die Arbeiterklasse aller Länder weiß, daß die beste Friedensgarantie darin liegt, daß sie selbst zur Macht gelangt. Sie weiß, daß ein wirklicher internationaler Friede nie errichtet und gesichert werden kann, solange die nationale Politik der großen Länder von den reaktionären Elementen beherrscht wird.

Auf der anderen Seite erweist sich der Kapitalismus als ohnmächtig, die Schwierigkeiten, die aus seiner wirtschaftlichen Zerrüttung folgen und durch den Krieg noch verschlimmert wurden, zu lösen.

Nie war somit eine Lage in ihrem Wesen so tief revolutionär, nie war die Gelegenheit günstiger, eine sozialistische Organisation aufzubauen, um die kapitalistische Ausbeutung abzuschaffen, um die normale Produktion sowie die gerechte Verteilung der Naturschätze und der Arbeitsprodukte zu sichern.

Die Völker müssen daher die sich ihnen bietende Atempause zunutze machen, um in der ganzen Welt einen derartigen Zustand von Sozialismus und Demokratie herbeizuführen, damit die Wiederkehr des Krieges ausgeschlossen wird.

* * *

Die Konferenz begrüßt es mit Freuden, daß endlich der Friede unterzeichnet ist, bedauert aber, daß die durch die Diskussion herbeigeführte Verzögerung eine so große gewesen ist.

Nur wenn alle zur Kriegsbeendigung nötigen Verträge unterschrieben sind, wird die Internationale daran gehen können, die neuen internationalen Ungerechtigkeiten gutzumachen, die sich aus gewissen Klauseln dieser Verträge ergeben. Vor allem aber muß man aus dem Krieg herauskommen.

Die Internationale glaubt nicht, daß alle hartnäckigen Kriegsherde nur durch die Unterzeichnung der Verträge zu löschen sind; aber die Völker hören auf von der brutalen Waffengewalt bedroht zu werden, können ihre Selbständigkeit festigen und endlich das durch den Krieg unterbrochene wirtschaftliche Gleichgewicht wiederfinden.

Es wird dann Sache der zähen und beharrlichen Arbeit des Sozialismus in allen Ländern sein, die diplomatische Atmosphäre zu reinigen, und zwar durch die Einführung einer freimütigen und offenen Diplomatie, durch die Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen, die nicht dazu bestimmt sein sollen, sich nationalen Interessen zu widersetzen oder Erbitterung auszulösen, sondern sie in Einklang zu bringen, damit alle Völker der Erde an den Weltschätzen in vollem Maße teilnehmen können.

Die Internationale stellt wiederholt fest, daß die vorliegenden Friedensverträge nicht so beschaffen sind, diese Arbeit zu ermöglichen und empfiehlt daher allen angeschlossenen Parteien, mit aller Energie für eine Aenderung dieser Verträge einzutreten in einem für die Versöhnung der Völker günstigen Sinne.

Sie richtet sich in erster Linie an die siegreichen Völker, daß sie ihre Regierungen in diesem Sinne beeinflussen.

Diese Regierungen haben in der Tat mächtig organisierte Armeen beibehalten. Sie haben somit keine unmittelbare Aktion ihrer ehemaligen Gegner zu befürchten. Wenn sie gewillt sind, können sie den durch sie ins Leben gerufenen Völkerbund zu friedlichen Zwecken und nicht zu denen der Herrschaft benutzen.

Fehlt ihnen der gute Wille, so werden die Völker sie dazu zwingen.

Durch seinen Minister des Auswärtigen, Hermann Müller, hat sich Deutschland bereit erklärt, alle Anstrengungen zu machen, um in loyaler Weise in den Grenzen der Möglichkeit dem unterzeichneten Friedensvertrag nachzukommen. Die Internationale betrachtet diese Worte als den nötigen Ausgangspunkt zum Aufbau der neuen Beziehungen zwischen den Völkern der Welt.

Diese Worte sind geeignet, das durch die kaiserlichen Herren geschaffene Mißtrauen gegen Deutschland zu zerstreuen, die die Mittelmächte ins Verderben brachten.

Die Internationale betont, daß diese fortdauernde Haltung geeignet ist, die siegreichen Regierungen zu einer Politik der Mäßigung zu verpflichten und die Bemühungen der Internationale selbst zugunsten der Revision der Verträge zu erleichtern.

* * *

Die Internationale erklärt, daß der Völkerbund einen Zusammenschluß kapitalistischer und bürgerlicher Staaten darstellt. Vorerst ist er aber der erste wirksame internationale Organismus. Er ist ein Keim der Rechtsorganisation der Welt, die bestimmt ist, bei Streitigkeiten zwischen Völkern die Anwendung von Waffengewalt auszuschließen.

Je mehr ihn der Sozialismus durchdringt, wird seine Rolle wirksamer werden. In gleicher Weise wie die Anstrengung des Proletariats auf die Umwandlung eines jeden kapitalistischen Staates in einen sozialistischen gerichtet ist, soll die Internationale danach streben, diesen durch die kapitalistischen Nationen gebildeten internationalen Kapitalistenstaat in einen internationalen sozialistischen Staat umzuwandeln.

So wird der Völkerbund um so mehr seinem Zweck entsprechen, je mehr jeder Staat, der ihm angehört, von dem Geiste der Demokratie und des Sozialismus durchdrungen ist.

Aber der gegenwärtige Völkerbund muß sofortigen tiefgehenden Aenderungen unterzogen werden:

1. Der Völkerbund muß alle Völker einschließen in dem Maße, als sie sich dank ihrer demokratischen Verfassung als fähig erweisen, eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen; es ist dies unerläßlich, damit seine Autorität eine wirkliche sei und seine Entschlüsse allgemeine Anerkennung finden, damit er nicht zu einem Organismus im Dienste großer, herrschender Mächte werde, sondern damit er in Wirklichkeit ein Bund freier Nationen, mit gleichen Rechten und Pflichten sei.

2. Der gegenwärtige Völkerbund ist eine Allianz von Regierungen, in der die Völker kein direktes Mitbestimmungsrecht haben.

Die Verfassung des Völkerbundes muß abgeändert werden, damit ein wirkliches „Weltparlament" gebildet wird.

3. Die Verfassung hält noch das Recht zum Kriege aufrecht. Sie muß so revidiert werden, daß sich kein Staat den schiedsrichterlichen Entscheidungen eines normal konstruierten Völkerbundes entziehen kann, der das Recht haben muß, strenge Maßnahmen gegen jene Völker zu ergreifen, die die eingegangenen Verpflichtungen verletzen.

4. Die bestehende Verfassung, indem sie die private Rüstungsindustrie nicht verbietet und keine eigentliche allgemeine Kontrolle der Rüstungen schafft, sondern sich auf eine Ueberwachung Deutschlands beschränkt, ermöglicht dadurch die unumschränkte Erhaltung dieser Industrien auf unbestimmte Zeit.

Die Verfassung muß daher revidiert werden, um zur vollständigen Abrüstung zu führen.

Der Völkerbund muß sogleich auf das genaueste das möglichst niedrig gehaltene Maximum an Rüstungen bestimmen, das jeder Nation zu Lande und zu Wasser gestattet wird.

Der Völkerbund muß in weiterer Konsequenz die Perioden der militärischen Besetzung verkürzen.

5. Die Verfassung organisiert in keiner Weise die Mittel zur Internationalisierung der Rohmaterialien, des Schiffsraumes, der Verkehrsmittel, des Valuta- und Münzwesens und der Zahlung der Kriegsschulden.

Es ist daher wichtig, daß der oberste Wirtschaftsrat der Alliierten in einen Wirtschaftsrat des Völkerbundes umgewandelt wird, der alle Nationen einschließt, konstituiert in gleicher Weise, wie die allgemeine Konferenz für Arbeitsorganisation, die in Washington tagen wird.

Dieser Rat müßte den raschen Aufbau des Wirtschaftslebens der Welt durch Ausschaltung des Protektionismus und durch die internationale Organisation des Kredits und der Liquidation der Kriegsschulden in die Hand nehmen. Er müßte ferner dafür sorgen, daß die alten wirtschaftlichen Gegensätze verschwinden, denn eine Wiederholung derselben würde eine ständige Gefahr neuer Konflikte bedeuten und wäre ein Hindernis für die Entwicklung eines wahren Völkerbundes.

Die Internationale verlangt endlich eine sofortige Einberufung des Völkerbundes, damit er sofort in Aktion treten könne.

B. Text der Minderheit.

Die Internationale Sozialistenkonferenz, die in Luzern tagt, erklärt, daß die wiederaufgebaute Internationale nach den durch den Imperialismus hervorgerufenen Kriegen die Pflicht hat, die proletarischen und revolutionären Kräfte der ganzen Welt im Denken und Handeln zusammenzuschließen.

Sie begrüßt die bewunderswerten Anstrengungen der Arbeiterklassen, um die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umzuändern und um die Wiederherstellung des alten Ausbeutungssystems zu verhindern; sie begrüßt insbesondere mit Begeisterung die Siege der Arbeiterklasse, die dadurch die ausübende Macht erworben hat, und verlangt für die von ihr neugebildeten Regierungen Handlungs- und Bestimmungsfreiheit.

Ihr Zweck ist, die durch den Krieg geschaffenen revolutionären Situationen auszunützen, um überall die politische Macht zu erobern und auszuüben, um zur Realisierung des Sozialismus und der Abschaffung der Klassen zu gelangen. Die Konferenz stellt die Pflichten fest, die sich dem Proletariat aufdrängen angesichts der gegenwärtigen großen Ereignisse: der Friedenskonferenz, der Intervention in Rußland, der Finanzpolitik der Regierungen, der hohen Preise für den Lebensunterhalt.

Während die allgemeinen Fragen der sozialistischen Taktik über den Wert von Demokratie und Diktatur, sowie die Beziehungen zwischen der politischen und wirtschaftlichen Organisation des Proletariats dem nächsten Internationalen Kongreß vorbehalten sein sollen, erklärt sie, daß sich ein fruchtbares Einverständnis zwischen allen Sozialisten der Welt nur dann herbeiführen läßt, wenn es auf der festen Grundlage der standhaften Prinzipien der Internationale, d. h. dem Klassenkampf, der ohne Kompromiß mit den Bourgeosiparteien weiterzuführen ist, und der je nach den Bedingungen energisch geführten Aktion aufgebaut ist.

Sie erklärt, daß die strenge Befolgung aller dieser Prinzipien hauptsächlich in revolutionären Perioden durchaus nötig ist, um die Entwicklung der proletarischen Kräfte durch Kompromisse mit der Bourgeoisie nicht zu schwächen.

Sie beauftragt die permanente Kommission und das Aktionskomitee, die Berichte über diese Fragen vorzubereiten und sie wenigstens einen Monat vor Abhaltung des Genfer Kongresses den angegliederten Organisationen zuzustellen und gleichzeitig auch die Mandate aufzustellen, um je nach den Umständen mit der Schärfe, welche die revolutionären Bedingungen verlangen, handeln zu können, und endlich, wenn es die Lage fördert, sich nicht an die Regierungen, sondern an die Völker selbst zu wenden.

Die Konferenz ist der Meinung, daß sie schon jetzt die absolute Pflicht hat, sich über zwei Fragen klar und energisch auszusprechen: über den Friedensvertrag und die Politik, welche von den siegreichen Nationen gegenüber Rußland und Ungarn, sowie anderen Nationen, die bereits sozialistische Regierungen haben, oder solche schaffen, befolgt wird.

Angesichts des Friedensvertrages erneuert die Konferenz ihre Erklärungen, die in Bern und Amsterdam gemacht wurden. Es ist dies ein von Siegern den Besiegten aufgezwungener Vertrag. Die siegreichen Staaten der Entente haben dem Kriege einen kapitalistischen und nationalistischen Schluß verliehen, ein Gepräge, wie es durch die Zentralmächte gegeben worden wäre, falls diese triumphiert hätten. In dem Maße, in welchem der Vertrag die Forderungen der Demokratie befriedigt, geschieht dies in einer solchen Weise, daß es ihnen nicht die verlangte Freiheit gibt. Die Wiederherstellung und der gerechte nationale Wiederaufbau gewähren nicht einmal eine oberflächliche Sicherheit. Die kapitalistischen Siegerstaaten haben keinen anderen Wunsch gehabt, als den Sieg auszubeuten und für ihre führenden Klassen Luxus und Gewinnquellen zu vermehren.

Die Konferenz denunziert die durch den Vertrag geschaffene Vergewaltigung des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Politik, kraft welcher die Befreiung der neuen Nationalitäten darin endet, daß Haß und nationale Kämpfe sich vermehren, wodurch die allgemeine Unsicherheit und der Weltmilitarismus sich weiter erhalten.

Sie widersetzt sich dem Ausschlusse Deutschlands, Oesterreichs und Rußlands, ohne welche Staaten kein Völkerbund existieren kann; sie sieht in dem geschaffenen Bund nur eine Allianz von Regierungen und fordert Völker und Parlament dringend zur Umänderung dieser Klausel auf. Die abscheulichen Bestimmungen in bezug auf einseitige Entwaffnung beweisen, daß der Kapitalismus nicht auf die Vernichtung des Krieges hinarbeitet, sondern nach dem Weltbrand genau die gleichen Ansichten vertritt wie vordem. Die Konferenz sieht sich jedoch veranlaßt zu erklären, daß, wie dringend und nötig auch für die durch den Versailler Friedensvertrag geknechteten und zu opfernden Völker eine Revision der Bestimmungen ist, welche am schroffsten gegen die Gerechtigkeit verstoßen, so kann sie doch den Völkern keine täuschenden Hoffnungen vorspiegeln. Der einzig dastehende Zusammenbruch der Thesen Wilsons auf der

Pariser Konferenz genügt, um zu beweisen, daß der Kapitalismus der Entente völlig entschlossen ist, sich die Siegesfrüchte nicht nehmen zu lassen. Die Konferenz ist entschlossen, mit vollen Kräften an der Revision des Vertrages nach den angegebenen Prinzipien zu arbeiten und zu diesem Zwecke alle Mittel anzuwenden, die ihr die wachsende Macht der in der ganzen Welt organisierten Arbeiterklasse gewährleisten; aber sie erinnert doch alle Unterdrückten der Klasse, der Nationalität oder der Rasse daran, daß einzig der Weltsieg des Sozialismus es ermöglichen wird, Gerechtigkeit zwischen den Nationen und den Nationen und den Individuen walten zu lassen.

Sie erklärt, daß je mehr das Proletariat sich zur Macht emporschwingen und sozialistische Regierungen einsetzen wird, desto sicherer den verschiedenen Nationalitäten Gerechtigkeit widerfahren wird.

Um diese Möglichkeit zu beschleunigen, fordert sie die Organisationen der Arbeiterklasse aller Länder auf, sich zu einigen. Sie bedauert aufs tiefste die durch die gegenwärtigen revolutionären Bedingungen geschaffenen Spaltungen und bietet ihre Dienste zur Beratung und Versöhnung an, damit der geeinigten Kapitalistenfront sich überall eine einige Front des Proletariats gegenüberstellt, gebildet auf der Basis der in dieser Resolution enthaltenen Prinzipien der Internationale.

Die Konferenz hat die Berichte zahlreicher neuer Nationalitäten, die sich auf ihr Unabhängigkeitsrecht berufen, angehört. Sie erinnert daran, daß die Internationale dieses Recht stets anerkannt hat, vorausgesetzt, daß es die in regelrechter Weise zu Rate gezogenen Einwohner klar ausgesprochen haben.

Während sich die Konferenz zum Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes oder Volksteiles bekennt, hat sie doch die Pflicht, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die eine Balkanisation Europas und der Welt mit sich bringen könnte; diese übermäßige Vermehrung kleiner Staaten ohne wirtschaftliche Kraft, ohne Kulturmittel, ohne Hilfsquellen für den sozialen Fortschritt, würde diese Staaten den Begierden großer kapitalistischer Länder in unheilbringender Weise ausliefern.

Sie erinnert daran, daß nach Marxschen Prinzipien der Triumph des Sozialismus nur bei höchster Entwicklung aller produktiven Kräfte möglich ist.

In dieser Beziehung kann eine Lehre aus den Schlußfolgerungen gezogen werden, zu denen im Jahre 1912 die Balkansozialisten gelangten, indem sie als nötige Ergänzung zu ihrer Unabhängigkeit und unerläßlichen Friedensgarantie die Schaffung einer republikanischen Balkanföderation verlangten.

Die Konferenz erinnert an die letzthin getroffenen gemeinsamen Vereinbarungen der sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands und Italiens und erhebt ihre Stimme zum energischen Protest gegen die von den Alliierten befolgte Politik in bezug auf Rußland und Ungarn.

Ohne über die Methoden der russischen Bolschewisten ein Urteil zu fällen, erklärt sie, daß der Haß, mit dem sie durch die kapitalistischen Regierungen verfolgt werden, ohne jeden Zweifel seinen Ursprung in den bolschewistischen Anstrengungen hat, um soziale Umwälzungen herbeizuführen; ein Ziel, das ja allen Sozialisten gemeinsam ist. Wenn sich die Internationale die Debatten über die taktischen Fragen vorbehält, ist es somit ihre Pflicht, die russische Revolution zu verteidigen, welche erst die Gewalttaten des Kaiserismus und Pangermanismus in Brest-Litowsk über sich ergehen lassen mußte und hernach jene der kapitalistischen Ententestaaten.

Die Konferenz protestiert gegen die militärische und finanzielle Unterstützung der Gegenrevolution durch die alliierten Mächte, hat die doch zaristische Agenten wie Denikin und Koltschak an der Spitze, gegen deren Herrschaft sich die russischen Arbeiter- und Sozialistenorganisationen einstimmig auflehnen.

Sie betrachtet diese Unterstützung als eine Herausforderung an die Demokratie und als eine Bedrohung aller Formen sozialistischer Regierungen durch kapitalistische Regierungen.

Sie erhebt sich mit der gleichen Stärke gegen das Attentat, dem das ungarische Volk zum Opfer fiel, brandmarkt die Erdrosselung seiner sozialistischen Republik durch die von der Entente unterstützte rumänische Oligarchie und die Besetzung Budapests, welche ohne den Schatten eines Vorwandes durch die neue Heilige Kapitalisten-Allianz ins Werk gesetzt wurde.

Die Konferenz stellt daher ihre ganze moralische Kraft zur Verfügung der durch das Ausland vergewaltigten russischen und ungarischen Völker. Sie wiederholt ihre Forderung, von ihrem Rechte, eine Untersuchungskommission nach Rußland zu entsenden, Gebrauch machen zu dürfen, damit diese den internationalen Sozialismus und die öffentliche Meinung über alle Tatsachen der Revolution aufklären kann, sowie auch über die Schliche der Gegenrevolution, des ausländischen Militarismus in Rußland, des deutschen Militarismus und jenem der Entente.

Sie fordert alle proletarischen Organisationen der Welt auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeiterrevolution gegen die reaktionären Unternehmungen zu verteidigen.

Es wird wohl kein Mitglied der Partei geben, das nicht gleich unseren Delegierten beiden Teilen zustimmen kann. Das geht auch aus dem Studium der einheitlich festgestellten Resolutionen zu den Einzelfragen hervor. So beschloß die Konferenz zu dem Kapitel

Territoriale Fragen:

Die Internationale stellt fest, daß der Friedensvertrag in gewissen Beziehungen die an Völkern, wie z. B. jenen von Elsaß-Lothringen, Schleswig und Polen, verübten Vergewaltigungen gutgemacht hat.

Jedoch betont die Internationale, daß die alliierten Regierungen in dem diktierten Frieden zu oft demokratische Beratungsformen beiseite geschoben haben, die anwendbar wären, sei es, um berechtigte Lösungen feierlich zu bestätigen, sei es, um sich über Fragen auszusprechen, die vom historischen oder ethischen Standpunkt aus beanstandet werden.

Die Alliierten haben sich sogar dazu hinreißen lassen, neue Ungerechtigkeiten zu begehen, indem sie vorsätzlich Völkern das Recht entzogen, ihren Willen bekanntzugeben. Dadurch sind bereits die Keime da zu neuen Konflikten, die sich entwickeln werden, wenn der Völkerbund untätig bleibt oder von imperialistischen oder nationalistischen Motiven geleitet wird.

Dies trifft zu für folgende Fragen, welche bereits durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages seitens Deutschlands definitive Formen angenommen haben und die eine Revision erheischen:

1. Die Entschädigung Frankreichs mit der Kohle des Saartales ist gerecht, aber nichts rechtfertigt das Regime, welches die Einwohner des Saartales des Rechtes ihrer politischen Souveränität beraubt, noch die Ankündigung einer nachträglichen Abstimmung, um die endgültige Lostrennung von Deutschland vorzubereiten und die Annexion durch eine lange Okkupation zu versichern.

2. Alle Einschränkungen, welche auf die Rechte Deutschösterreichs Bezug nehmen, die künftigen Beziehungen mit Deutschland zu bestimmen, sollen fallen gelassen werden.

3. Den vorherrschend deutschen und ukrainischen Gegenden der Tschechoslowakei soll Bewilligung erteilt werden, ihre politische Zukunft zu bestimmen.

4. Das gleiche Recht soll den deutschen Gegenden Tirols gewährt werden, die man dem italienischen Staate einverleibte.

Die vorwiegend deutschen westpreußischen Gegenden sollen das Recht haben, deutsch zu bleiben. Polen soll der Zugang zum Baltischen Meere zugesichert werden durch die Internationalisierung der Weichsel und durch die Schaffung des Freihafens Danzig; die auswärtigen Beziehungen dieser Stadt sollen nicht unter der Kontrolle Polens stehen, sondern des Völkerbundes, während ihre interne Politik von ihr selbst kontrolliert werden soll, aber nicht von Polen.

6. Die Volksabstimmungen in Schlesien und Ostpreußen sollen unter der Ueberwachung des Völkerbundes und nicht einer interalliierten Kommission stehen. Alle Vorschriften wie jene des Zusatzes zu Art. 88 des Vertrages, welche die Auflösung von Arbeiter- und Soldatenräten vor der Volksabstimmung verlangt, sollen gestrichen werden.

7. Die souveränen Rechte Chinas sollen in der Provinz Shantung völlig anerkannt und beschützt werden und die Abkommen, welche die Alliierten zu Mitschuldigen der ärgsten Art von Imperialismus stempeln und welche dem Völkerbund zur Annahme vorgelegt werden sollen, müssen aufgehoben werden.

Die Nationalitätenfrage

zeitigte folgenden Beschluß:

Die Internationale begrüßt die Wiederauferstehung zur Selbständigkeit neuer Nationen, welche gewaltsam dem Joche gewisser Staaten (z. B. Oesterreich und Rußland) unterworfen waren.

Aber die Internationale ist der Ansicht, daß weder der Friedensvertrag, noch die Gesetzgebung des Völkerbundes die Unabhängigkeit dieser neuen Staatengebilde anerkennt, die indessen auf Grund des Volkswillens entstanden sind.

Alle politischen und sozialen Einrichtungen, die durch die neuen Republiken wie Armenien, Estland, Georgien, Lettland, Litauen, Ukranien, Kaukasus, ins Leben gerufen wurden, stehen auf breiten demokratischen Grundlagen.

Die Regierungen dieser Republiken wurzeln so tief und untrennbar in der Bevölkerung, daß diese Tatsache sogar von der Friedenskonferenz anerkannt werden mußte.

Aber die offizielle Anerkennung fehlt diesen Republiken immer noch und es ist ihnen unmöglich, normale internationale Beziehungen anzuknüpfen. Dadurch setzen sie sich beständig der Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruches aus und sehen sich überdies fortwährend bedroht, ihrer politischen Prinzipien durch gegenrevolutionäre Mächte beraubt zu werden.

In Rußland drohen Koltschak und Denikin und zu ihrem tiefsten Schmerz sehen diese Republiken, wie die großen alliierten Demokratien solche verruchten Unternehmungen mit Geld, Lebensmitteln und Munition ausstatten.

Es gibt jedoch keine andere sichere Politik für die Zukunft, als den demokratischen Kräften überall Vertrauen einzuflössen und der Unabhängigkeit der Völker zu dienen.

Zweifellos mag in der großen Bewegung der modernen wirtschaftlichen Konzentration sich das Leben für die kleinen Völker schwierig stellen, ebenso wie die großen zusammengeschlossenen Reiche sich nicht erhalten können. Aber die Staatenbunde schon unabhängiger Völker mit gleichen oder ähnlichen Interessen werden sich in freier Weise konstituieren können und die Internationale sieht in der Föderation das Mittel, viele Mißverständnisse zu beseitigen und sich in vielen Ansichten zu einigen. Die Internationale empfahl seinerzeit, den Balkan in einen Staatenbund zu einigen. Es ist durch ähnliche Verfahren, daß die kleinen Nationen der Absorbierung durch große Staaten entgehen und ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in freundschaftlicher Weise entwickeln können.

Im Völkerbund, der in seiner perfekten Form die höchste Bürgschaft für den Frieden bietet, können diese Föderationen selbst zu ausgleichenden Elementen zwischen den großen Mächten werden, die sich bis jetzt die Welt streitig machten, und sie sichern kleinen Völkern die Gleichheit zu, die früher zu oft durch ehrgeizige Rivalen angetastet wurde, in deren Grenzbereich solche Völker lagen.

In diesem Sinne ersucht die Internationale die alliierten Regierungen dringend, die Unabhängigkeit aller jener Völker sofort und offiziell anzuerkennen, die ihren Wunsch ausgedrückt haben, frei sein zu wollen, und sie als freie Staaten in den Völkerbund aufzunehmen.

Die Internationale verlangt, daß die alliierten Regierungen die Politik aufgeben, welche darin besteht, kleine Völker der Allianz von europäischer und russischer Gegenrevolution zu opfern.

Die Internationale fordert endlich das Proletariat und ihre Vertreter im Parlament, hauptsächlich der Ententeländer, auf, die Regierungen zu veranlassen, diese Ansichten zu verwirklichen.

Wichtig ist auch die Stellung zu dem Kapitel:

Wirtschaftliche Fragen.

Die Revision der Verträge mit Deutschland und Oesterreich muß auch folgenden Punkten gerecht werden:

1. Die von Deutschland geforderte Entschädigungssumme soll in kürzester Zeit fixiert werden.

2. Die Summe darf nicht eine Höhe erreichen, die die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse dauernd unter die der andern Nationen herabdrückt, da dadurch die Gefahr deutscher Lohndrückerei hervorgerufen würde.

3. Entschädigungsabkommen sollen nicht zu verschleierten Annexionen mißbraucht werden, oder um dadurch Arbeiter unter eine Regierung zu stellen, an der sie keinen Anteil haben. Das Saartalabkommen soll so umgeändert werden, daß Frankreich die nötige Kohle zugesichert wird, ohne die Bevölkerung französischer Herrschaft auszusetzen oder sie sonst von einem durch sie gewählten Anschluß zu trennen.

4. Das Abkommen in bezug auf die Sicherstellung der Zahlung (Entschädigungskommission) soll durch den Völkerbund getroffen werden und nicht durch die Alliierten.

5. Der Zugang zu Rohmaterialien und die Möglichkeit ökonomischer Entwicklung sollen Deutschland und Deutschösterreich durch definitive Bestimmungen gesichert werden unter Garantie des Völkerbundes, und nicht einfach der Willkür der ehemaligen Gegner und gegenwärtigen wirtschaftlichen Rivalen Deutschlands überlassen werden.

6. Die Abkommen über die Ueberwachung von Kredit, Schiffahrt, Nahrungsmitteln, Rohmaterialien, sollen endgültig Körperschaften überwiesen

werden, in denen die ehemaligen feindlichen Staaten innerhalb des Völkerbundes eine Vertretung erhalten, anstatt daß sie (wie dies der Fall ist), in den Händen von Körperschaften sind, die von zwei oder drei der Hauptalliierten dominiert werden.

Als leitendes Prinzip bei der Zuteilung von Lebensmitteln soll der Grad des dringenden Bedarfs und nicht der der Zahlungsfähigkeit gelten.

7. Alle ökonomischen Bestimmungen im Vertrage bezüglich Meistbegünstigung, Eisenbahnverkehr, Internationalisierung von Flüssen und Kanälen sollen auf Gegenseitigkeit aller Staaten beruhen, d. h. alle Staaten sollen an ihren Vorteilen und Verpflichtungen beteiligt sein.

Kolonien.

Die Internationale erklärt, daß sie sich, was die Prinzipienfrage wegen der Kolonien anbelangt, auf den Standpunkt der ehemaligen internationalen Kongresse in bezug auf die Rechte der Eingeborenen und der Ungesetzlichkeit der kolonialen Ausbeutung durch den Kapitalismus der großen Mächte stellt.

Da jedoch das Kolonialsystem aufrechterhalten bleibt, erklärt die Internationale, daß die Friedenskonferenz Deutschland seine Kolonien nicht hätte wegnehmen sollen. Dies ist gleichzeitig eine Ungerechtigkeit und ein Fehler.

Eine Ungerechtigkeit, weil die übrigen Nationen sich kaum auf eine höhere moralische koloniale Verwaltung beziehen können.

Ein Fehler, weil dadurch Deutschland einer Möglichkeit beraubt wird, sein Wirtschaftsleben aufzubauen im Augenblick, wo ihm nach gerechten Normen gewisse Teile des Landes abgetrennt werden, die zu ihrer früheren nationalen Gemeinschaft übertreten und im Augenblick, wo an Deutschland schwere Entschädigungsansprüche gestellt werden zur Gutmachung verursachten Schadens.

Aber in Anbetracht der Lage, die durch die Mandatsysteme, welche von der Friedenskonferenz angenommen wurden, entstanden ist, erklärt die Internationale, daß auf jeden Fall folgende Grundsätze beachtet werden müssen bei der Revision des Art. 19 des Vertrages:

1. Gleichheit ökonomischer Möglichkeiten in allen Kolonien ohne Selbstverwaltung soll durch den Völkerbund verbürgt werden.

2. Alle derartigen Kolonien und nicht nur die eroberten deutschen Kolonien sollen dem Mandatprinzip unterworfen sein.

3. Die Mandate dürfen nur von dem Völkerbund und nicht von den Alliierten abgetreten werden. Die eroberten Kolonien müssen an den Völkerbund und nicht an die Alliierten abgetreten werden.

4. Deutschland muß die Möglichkeit gegeben werden, ein Mandatar des Bundes zu werden.

Wir hatten der Konferenz eine besondere Denkschrift über die Kriegsgefangenenfrage überreicht, die folgende **Resolution über die Kriegsgefangenen** zeitigte:

In Erwägung, daß zehn Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durch alle Kriegführenden und mehrere Wochen nach der Friedensunterzeichnung in verschiedenen Ländern Europas noch fast anderthalb Millionen Krieger als Gefangene oder Internierte zurückgehalten werden;

daß Deutschland allein über 800 000 Gefangene hat, wovon 345 000 durch Frankreich, 200 000 durch England, 50 000 durch Amerika, 50 000 durch Belgien und fast 50 000 sowohl in Serbien als in Rumänien und Sibirien zurückgehalten werden;

in Erwägung, daß Rußland noch über 300 000 kriegsgefangene Soldaten hat, wovon 240 000 in Deutschland sind, welche allem Anschein nach durch die Entente Denikin und Koltschak für ihre reaktionären Unternehmen ausgeliefert werden sollen, und 72 000 sich in Frankreich befinden, und daß der größte Teil dieser Soldaten Freiwillige sind, die sich anboten, für die Sache der Alliierten zu kämpfen, für welche sie ihr Blut vergossen, und trotzdem als eigentliche Gefangene behandelt werden; daß unter diesen als Russen klassifizierten Gefangenen eine gewisse Zahl von neuen Staaten gehören, die durch die fremdstammigen Bevölkerungen des alten Rußlands ins Leben gerufen worden sind;

in Erwägung, daß noch über 110 000 bulgarische Soldaten gefangen sind, wovon sich 80 000 auf Mazedonien und 30 000 auf Frankreich, Serbien und Griechenland verteilen, daß somit dieses durch drei aufeinanderfolgende Kriege erschöpfte Land auf grausame Art seit fast einem Jahre eines großen Teiles seiner männlichen Arbeitskraft beraubt ist;

erhebt sich die Internationale Sozialistenkonferenz in Luzern mit Entrüstung gegen eine eigentliche Versklavung von 1 500 000 Menschen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen sich seit dem Waffenstillstand in beängstigender Weise verschlimmert haben, die es ihnen oft verunmöglichen, mit ihren sich ängstigenden Familien in Verbindung zu kommen und manchmal nicht einmal wissen, ob ihre Eltern, Söhne oder Frauen gesund oder krank oder überhaupt noch am Leben sind; daß eine derartige Lage nur den furchtbaren nationalen und dem Krieg entsprungenen Haß weiter fortpflanzt. In Erwägung, daß die nötige Wiederherstellung der durch den deutschen Militarismus in schrecklicher Weise zerstörten Gebiete in Frankreich keine so schändliche Versklavung von Hunderttausenden von Männern zulassen dürfe, die als Krieger ihre Pflicht getan haben und die der Kapitalismus als Streikbrecher gegen die französischen Arbeiter verwenden möchte, sondern daß dieser Aufbau sofort und wirkungsvoll durch freie Arbeiter gesichert werden müsse, deren Arbeit übrigens der schwer geprüften Bevölkerung der zerstörten Gegenden das Brot nicht wegnehmen soll; und

in Erwägung, daß ohne jedes Recht und Billigkeit viele Tausende von Zivilinternierten noch in Konzentrationslagern zurückbehalten werden,

erklärt die Konferenz, daß

1. die Gefangenen und Zivilinternierten sofort in ihre Heimat zu entlassen sind;

2. daß die Sozialisten aller Länder die dringende Pflicht haben, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf ihre einzelnen Regierungen einzuwirken, damit diese Heimbeförderung an die Hand genommen werde;

3. für die Länder, in denen die Beziehungen zwischen den Regierungen noch nicht hergestellt sind, das Internationale Rote Kreuz und seine verschiedenen lokalen Ausschüsse sich mit dem Abtransport der Gefangenen beschäftigen sollen, und daß zu diesem Zweck die Regierungen alle nötigen Erleichterungen gewähren;

4. daß die freie Willensäußerung peinlich genau respektiert werden soll in bezug auf ihren Wunsch, in ihre Länder, gleichgültig welche Regierungsform sie haben, zurückzukehren, oder daß ihnen, unter dem Schutze des Roten Kreuzes, die Möglichkeit gewährt wird, vorläufig in den Ländern zu bleiben, in denen sie bereits sind; daß kein Druck ausgeübt werden soll, um sie zu veranlassen, sich für irgendwelche Truppenkörper anwerben zu lassen.

* * *

Die Konferenz zu Luzern beschloß, den Internationalen Kongreß zum 1. Februar 1920 nach Genf einzuberufen. Sein Zusammentritt wurde jedoch auf Veranlassung verschiedener Glieder der Internationale bis zum 31. Juli hinausgeschoben. Die Partei war in Genf durch die Genossen Bernstein, Buck, Dr. Braun, Frau Juchacz, Meerfeld, Molkenbuhr, Scheidemann, Stampfer und Wels vertreten. Die ebenfalls als Delegierte gewählten Genossen Loebe und Müller waren durch die Tagung des Reichstags an der Reise nach Genf verhindert. Der Internationale Kongreß stimmte dem Entwurf für das neue Statut der Internationale zu, der von der Luzerner Konferenz beraten und den einzelnen Sektionen der Internationale zur Begutachtung vorgelegt war. In steigendem Maße wuchsen die herzlichen Beziehungen zwischen den Vertretern der einzelnen Länder. Waren in Bern im persönlichen Verkehr besonders zwischen den Vertretern Frankreichs auf der einen Seite, sowie denen Deutschlands und Oesterreichs auf der anderen, noch starke Hemmungen vorhanden, so schwanden diese insbesondere nach der Erledigung des Kapitels der Verantwortlichkeit am Kriege und machten einem durchaus herzlichen Verkehr Platz, der sich in nichts von dem vor dem Kriege üblichen unterschied. In Bern und Luzern war dem Internationalen Kongreß die endgültige Stellung zu dieser Frage überwiesen worden. Alle bisherigen Beschlüsse konnten nur als vorläufige bezeichnet werden. Es ist bezeichnend für den Geist von Genf, daß die englische Delegation mit großem Nachdruck darauf drang, eine Beschlußfassung über die Schuldfrage überhaupt aufzugeben, und sich lediglich aufbauender Zukunftsarbeit zuzuwenden. Es waren die Vertreter der neutralen Staaten, denen sich auch der zunächst allein anwesende deutsche Delegierte Dr. Braun anschloß, die durch einen Beschluß in der Frage der Verantwortlichkeit einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen empfahlen, um so nicht eine bisher unausgetragene Streitfrage fernerhin als Pfahl im Fleisch der Internationale zu wissen. Die Resolution über die Schuldfrage ist stark angegriffen worden. Es muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß sie mit keinem Wort das enthält, was ursprünglich in ihr zum Ausdruck kommen sollte: eine Schuld der deutschen Sozialdemokratie. Die in der ursprünglichen Kommissionsfassung enthaltene Bemerkung, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht frühzeitig und energisch genug den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus geführt habe, wurde von der deutschen Delegation abgelehnt, weil die deutsche Sozialdemokratie unter Hinweis auf die Lebensarbeit eines Bebel und Wilhelm Liebknecht mit Recht von sich sagen konnte, daß sie sich in der Intensivität ihres Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus von der Partei keines anderen Landes habe übertreffen lassen. Die Delegation hatte aber keine Veranlassung, sich gegen Feststellungen in der Resolution zu wehren, die sie selbst schriftlich und nach dem Kriege durch ihre Redner im Deutschen Reichstag vorgenommen hatte. Das bezog sich sowohl auf die jetzige Stellung der Partei zur elsaß-lothringischen Frage, wie zur Verletzung der belgischen Neutralität. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Resolution nicht einheitlich von einer deutschen Schuld am Kriege spricht, sondern mit scharfer Präzision das kapitalistische System mit seiner Rachsucht und Uebertreibung seiner Interessenpolitik als eine der tiefsten Ursachen des Krieges bezeichnet. Die Resolution lautet in ihrem Wortlaut wie folgt:

In Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Denkschrift selbst erklärt, daß die deutsche Revolution zum großen Unglück der Welt und ganz besonders des deutschen Volkes selbst um fünf Jahre zu spät ausgebrochen ist, ferner, daß sie bedauert, daß sie im Kriege den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus nicht mit ausreichendem Erfolg geführt hat, vor allem

hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Politik, die der Kontrolle der Volksvertretung entzogen war,

in weiterer Erwägung, daß der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Kommission über die Schuldfrage die nachstehenden Erklärungen abgegeben hat:

„1. Das Bismarcksche Deutschland hat, wie schon Marx und Engels erkannt haben, den Weltfrieden auf das schwerste erschüttert, indem es Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 mit Gewalt annektiert hat. Für Deutschland darf es keine elsaß-lothringische Frage mehr geben.

2. Das kaiserliche Deutschland hat ein neues Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens verletzte und sich durch die Mißhandlung der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegen die Gesetze der Menschlichkeit verginge.

3. Das republikanische Deutschland selbst fühlt sich verpflichtet zur Wiedergutmachung der Folgen des Angriffs, die das kaiserliche Deutschland ausgelöst hat, nachdem es das noch am Vorabend des Konflikts mögliche Schiedsgericht abgelehnt hatte,"

nimmt der Kongreß diese Erklärungen zur Kenntnis und erneuert die Erklärung der alliierten Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Uebertreibung seiner Interessenpolitik und seiner Raffsucht eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist, und erklärt gleichzeitig, mit den gleichen Ausdrücken wie die deutsche Denkschrift,

„daß sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopflosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber lag."

Der Kongreß gibt die Urheber der abscheulichen Schlächterei, die Europa und die Welt mit Blut gebadet haben, dem Abscheu der Völker preis und bekräftigt seinen festen Willen, all seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von nun an zu kämpfen gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale.

Die Bedeutung dieser Resolution wird aber erst allgemein verständlich durch die einmütige Feststellung des Kongresses, daß sie als einheitliche Auffassung zugleich mit der über den Friedensvertrag zu Versailles getroffenen Entschließung zu betrachten ist. Der Versailler Friedensvertrag wurde in Luzern bereits scharf kritisiert. Die Genfer Resolution aber stellt die denkbar schärfste Kritik des allgemein als unhaltbar betrachteten Vertrags dar. Es ist nicht ohne Interesse hier festzustellen, daß der eigentliche Verfasser derselben ein Franzose war, und als Berichterstatter im Plenum des Kongresses der belgische Genosse Lafontaine fungierte. Er wies darauf hin, daß der Versailler Friedensvertrag völlig unbrauchbar als Ausgangspunkt dauernden Friedens wäre, daß durch ihn vielmehr der Militarismus zu einer stärkeren Macht und gefährlicheren Provokation geworden ist, als er es selbst vor dem Kriege gewesen sei. Die nachstehende Resolution fand die einstimmige Zustimmung des Kongresses.

„Der Internationale Sozialistenkongreß stellt fest, daß der Krieg, der Europa dem wirtschaftlichen Untergang zugeführt hat, mit einem Frieden beschlossen worden ist, der die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit beläßt.

Im Namen der nach Frieden und Neuorganisierung des desorganisierten politischen und wirtschaftlichen Lebens verlangenden Menschheit protestiert der Kongreß gegen jene Bestimmungen des Versailler Vertrages und der Ver-

träge, die ihm gefolgt sind, deren einseitiger Charakter für die Aufrichtung eines dauernden endgültigen Friedens ein Hindernis bildet. Der Geist des Imperialismus, der die Vorbereitung des Krieges beherrschte und die Verfasser der Friedensverträge erfüllte, fährt fort, einen verhängnisvollen Einfluß auszuüben. Er legt in einer Zeit, wo sozialer Wiederaufbau und Tilgung der Kriegsschuld die schwersten Anforderungen stellen, den Völkern immer neue Lasten auf. Die Unerträglichkeit der mit Recht zu kritisierenden Verträge hat bei den besiegten Völkern Proteste hervorgerufen und dadurch wiederum bei den Siegervölkern Angstgefühle geweckt, die von den führenden imperialistischen Kreisen zur Fortsetzung und Stärkung des Militarismus ausgenützt werden. Die Verteilung verschiedener Teile der Erde zu ausschließlichem Nutzen der Kapitalisten verschiedener Länder ruft Schwierigkeiten und in ihrem Gefolge militärische Vorbereitungen und Operationen hervor, die neue Millionen verschlingen.

Im gleichen Sinne protestiert der Kongreß gegen die Ausschreitung des Militarismus in den gegenwärtig besetzten Gebieten. Er warnt vor jeder Verletzung der Neutralität und vor weiteren Besetzungen. Daneben ist es die Angst vor der russischen Revolution, die den Kriegszustand aufrechterhält. Das bringt mit sich, daß die russischen Randstaaten immer wieder in neue militärische Aktionen hineingeführt werden. Gegen diese offene oder verdeckte Intervention fremder Regierungen in Rußland erhebt der Kongreß energisch Protest. Der Zustand, der durch diese Wühlarbeit des Imperialismus geschaffen wird, droht die Politik des sozialistischen Proletariats gegen den Militarismus um ihre Früchte zu bringen.

Der Untergang der russischen, deutschen und österreichischen Kaiserreiche hat die verderblichsten Kriegsverursacher verschwinden lassen. Die Aufrichtung der Demokratie in den vordem der Autokratie und dem persönlichen Regiment unterworfenen Ländern gibt der Welt eine neue Friedenshoffnung, die der Kongreß mit Freuden begrüßt. Aber diese Hoffnung würde getäuscht werden, wenn das Proletariat nicht seine unermüdlichen Anstrengungen fortsetzen würde, um seine Rechte auf Kontrolle der auswärtigen Politik sicherzustellen und seine Friedensaktionen je nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen jedes Landes zu verstärken. Darum fordert der Kongreß das Proletariat auf, sich seiner geschichtlichen Aufgabe in dem gegenwärtigen Augenblick bewußt zu sein. Diese Aufgabe besteht darin, sich an die Spitze aller auf Erhaltung des Friedens gerichteter Bestrebungen der werktätigen Bevölkerung zu stellen, um gegen Imperialismus und Militarismus den Kampf entschiedener und rücksichtsloser als je zuvor aufzunehmen mit allen verfügbaren politischen und gewerkschaftlichen Mitteln. Dieser Kampf soll nicht wider den Völkerbund, vielmehr zu dessen Beeinflussung und Eroberung geführt werden. Der Friedensvertrag hat eine Organisation des Völkerbundes geschaffen, die die arbeitenden Klassen im Interesse des Friedens nicht mit Feindseligkeit und Gleichgültigkeit behandeln können. Aber sie haben die Verpflichtung, das Ungenügende und die Fehler dieses Völkerbundes klarzustellen, deren verdammungswürdigster die durch Artikel 12 des Vertrages erfolgte Anerkennung des Rechtes auf Krieg ist. Der Völkerbund kann nur dann eine tatsächliche Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen demokratischen Organismus wird, der alle Völker ohne jede Ausnahme zusammenfaßt. Und wenn er die Mittel der Kontrolle und der Sicherung hat, die ihm ermöglichen werden, durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Meere durchzusetzen. Es genügt nicht, daß der Völkerbund eine demokratische Verfassung erhält, vor allem durch die Wahl des ausführenden Rates im Schoße der Versammlung aller Delegierten. Es ist außerdem die Ausdehnung seiner Befugnisse zu wünschen hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Lebensmittel und des Kredits und auch der finanziellen Kriegslasten, die nicht ohne Ungerechtigkeit zum größten Teile zur Last der Nationen verbleiben können, die am meisten unter der Geißel des Krieges gelitten haben.

Der Völkerbund wird so vervollständigt und verbessert das natürliche Werkzeug abgeben für die notwendige Umwandlung des Friedens von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Festhaltend am Grundsatze der Wiedergutmachung wird er deren gerechte Anwendung ermöglichen in der Art, daß den Völkern Mitteleuropas die Mittel gegeben werden, sich im gemeinsamen Interesse der Welt wieder zu erholen. Er wird die Landesgrenzen, die durch den Vertrag willkürlich festgesetzt sind, durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen.

Der Internationale Sozialistenkongreß fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtigen Organisationen des Völkerbundes Eingang zu verschaffen, um auf diese Weise seine innere Zusammensetzung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern, um die Garantie zu verschaffen für die Sicherheit und die Uebereinstimmung aller Völker, die gleichmäßig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Der Kongreß fordert, daß die Delegiertenversammlung des Völkerbundes sofort in ihren ersten Sitzungen die Zulassung der Zentralmächte und der anderen den Anschluß verlangenden Republiken verkündet."

Durch diese Beschlüsse hat der Genfer Kongreß mit Erfolg zur Beilegung des Streites zwischen den Mitgliedern der Internationale gearbeitet. Die Tatsache, daß eine Reihe Sektionen der Internationale in Genf nicht vertreten waren, die anerkannten Schwierigkeiten, zu einer Einigung des Proletariats angesichts seiner Zerreißung in mehrere feindliche Lager zu kommen, führten zur Annahme einer Resolution, die der englischen Labour Party die Aufgabe zuweist, die zerrissenen Fäden nach Möglichkeit wieder zu knüpfen. Der Text der Entschließung über die Einigung wurde wie folgt festgestellt:

„Zu dem Zweck, alle Möglichkeiten, eine umfassende Internationale herzustellen, voll anzuwenden, beschließt der Kongreß, daß die britische Sektion die Verantwortung übernimmt, als Vermittler aufzutreten, mit der Aufgabe, Fühlung zu nehmen mit den sozialistischen und Arbeiterorganisationen der Länder, welche auf dieser Konferenz nicht vertreten sind, und die nötigen Schritte einzuleiten, um ihren Entschluß zu bewerkstelligen, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Kongresses."

Zur Frage der Unterstützung des hungernden Mitteleuropas kam der Kongreß zur Annahme einer Resolution, welche von der englischen Regierung Erleichterung für die Durchführung der Nahrungsmitteltransporte für die von Amerika zu liefernden Milchkühe mit den zu ihrer Ernährung nötigen Futtermitteln nach Deutschland verlangt. Eingehende Entschließungen wurden zur Frage der Sozialisierung gefaßt, und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker nahm das vom Kongreß gebildete Exekutivkomitee Stellung, ebenso zur Frage des russisch-polnischen Krieges, wie auch gegen die verbrecherischen Umtriebe der ungarischen Reaktion.

Alle Arbeiten des Kongresses waren von dem einen Gedanken geleitet, den Krieg in der Gedankenwelt der Arbeiterschaft zu über-

winden, gegenseitige Duldsamkeit und Toleranz waren das Zeichen, unter dem er tagte. Ganz anders verlief die fast zu gleicher Zeit tagende Konferenz der Dritten Internationale zu Moskau. Dort strengste Prüfung der aufnahmesuchenden Parteien auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, der Geist der Exkommunizierung und Verdammung, Unduldsamkeit und hochmütiges Aburteilen über andere Parteien. Dort die Forderung unbedingter Unterwerfung unter den Willen eines der breiten Masse der Arbeiter unbekannten Exekutivkomitees, in Genf dagegen das alte Bekenntnis zur Demokratie und zum Sozialismus, dort das Bekenntnis zur Gewalt, und hier der unbeugsame Friedenswille, entsprechend den Traditionen des Sozialismus, der den Kampf der Geister über alles stellt, während der Bolschewismus im bewaffneten Aufstand sein Ziel zu erreichen sucht. Klar kam bei der Erörterung über „Demokratie und Diktatur des Proletariats" zum Ausdruck, daß die Zweite Internationale von der Notwendigkeit durchdrungen ist, alle die wirtschaftlichen Kräfte, die die Entwicklung Europas bestimmen werden, zu erkennen, und in diesem Sinne praktische, für die Arbeiterschaft der Welt nützliche Politik zu leisten, die vor Illusionen und schlimmen Enttäuschungen bewahrt.

Kassenbericht.

Der starke Mitgliederzuwachs, der nach der Revolution eintrat und, wie unter „Organisation" berichtet ist, im letzten Geschäftsjahr weiter sich entwickelte, kam natürlich auch in den Beitragseinnahmen der Hauptkasse zur Geltung. Diese haben sich mehr als verwierfacht und stiegen von 298 546,13 Mk. auf 1 433 956,68 Mk. Das ist die sprunghafteste Steigerung der Beitragsabführung, die bis jetzt zu verzeichnen war! — Auch die „Sonstigen Beiträge" haben sich mehr als verdoppelt. Letzteres ist in der Hauptsache auf den Beschluß des letzten Parteitages zurückzuführen, der die Parteigeschäfte verpflichtet, von ihren Reingewinnen 20 Proz. an die Parteikasse abzuführen. 25 Geschäfte sind im Berichtsjahre dieser Parteipflicht nachgekommen und haben zusammen 458 522,90 Mk. abgeführt. Eine restlose Erfassung dieses Pflichtbeitrages bedeutet dieser Betrag nicht. Wenngleich die schwierige Lage der meisten Parteiunternehmungen, die infolge der Teuerung trotz buchmäßigen Reingewinns Mangel an Betriebsmitteln hatten, in Betracht zu ziehen ist, muß auf Erfüllung des Parteitagsbeschlusses gedrängt werden, da die Parteikasse diesen Beitrag dringend benötigt.

Erklärlicherweise haben sich auch fast alle Ausgabepositionen erheblich erhöht. Die Wahlausgaben sind nur deshalb niedriger, weil die Aufwendungen für die Reichstagswahl erst nach Abschluß des Kassenberichtes in Erscheinung traten. Die für Wahlzwecke verausgabten 212 247,79 Mk. sind zum größten Teil nachträgliche Ausgaben von den Wahlen des Vorjahres. Stark angewachsen sind die Ausgaben des Darlehenskontos, die auf die Schwierigkeiten unserer weniger gut fundierten Preßunternehmungen zurückzuführen sind.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Ueberschuß ab, was seit Jahren nicht mehr der Fall war. Dieses günstige Bild ist jedoch lediglich dadurch entstanden, daß, wie bereits erwähnt, Ausgaben für die Reichstagswahl in dem Abschluß noch nicht enthalten sind. Immerhin läßt der Abschluß hoffen, daß die Finanzgebarung der Partei die schwierigste Zeit überwunden hat und nunmehr wieder eine gesundere Grundlage bekommen wird.

Außer den Darlehen wurden nachstehende Beträge der Parteipresse als Zuschüsse gegeben:

Ort und Name der Zeitung	1918/19 Mk.	Pf.	1919/20 Mk.	Pf.
Arnstadt, „Volkszeitung"	480	—	—	—
Coburg, „Volksblatt"	100	—	—	—
Danzig, „Volkswacht"	560	—	2 000	—
Delmenhorst, „Volkswacht"	—	—	1 500	—
Elbing, „Volkszeitung"	—	—	10 000	—
Eßlingen, „Volkszeitung"	1 000	—	—	—
Gießen, „Volkszeitung"	2 600	—	2 400	—
Lüdenscheid, „Volksstimme"	2 400	—	2 000	—
Reutlingen, „Freie Presse"	1 000	—	—	—
Stade, „Volksblatt"	—	—	2 000	—
Ulm, „Donauwacht"	1 000	—	—	—
Summa	9 140	—	19 900	—
Die Revisionskosten betrugen	13 772	45	32 471	30

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920

mit den Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme.	1918/19 Mark	Pf.	1919/20 Mark	Pf.
Beiträge:				
a) Von den Organisationen	298 546	13	1 433 956	68
b) Sonstige	308 646	74	640 000	26
„Vorwärts"-Ueberschuß	37 709	72	10 571	91
Buchhandlung Vorwärts	—	—	—	—
Darlehnskonto	239 885	92	158 620	43
Zinsen	72 415	02	67 694	90
Pressebureau	15 027	27	—	—
Diverse	28 380	59	29 958	40
Gesamteinnahme	1 000 611	39	2 335 802	58
Dem Vermögen entnommen	185 803	16	—	—
Bestand am Jahresbeginn	29 378	86	171 735	97
Summa	1 215 793	41	2 507 538	55

Ausgabe.	1918/19 Mark	Pf.	1919/20 Mark	Pf.
Allgemeine Agitation	332 057	43	771 739	08
Pressebureau	24 329	82	84	95
Zentrale für Beamtenagitation	—	—	10 160	50
„Partei-Correspondenz"	40 425	63	63 464	56
Früheres Soziald. Bureau für Rheinland-Westfalen	14 881	23	4 705	—
Archiv	7 736	70	15 827	50
Bildungsausschuß (davon Mk. 18408,— f. Bildungs-Kursus)	5 458	32	40 556	54
Arbeitsgem. soziald. Lehrer	—	—	16 932	80
Jugendagitation	—	—	63 790	18
Pressezuschuß und Revision der Parteipresse	23 137	45	52 871	30
Wahlagitation	326 728	72	212 247	79
Prozeßkosten und Anwaltgebühren	2 097	25	5 698	24
Unterstützungen	3 000	—	4 700	—
Darlehnskonto	148 235	61	644 075	75
Gehälter und Verwaltung	93 841	—	146 759	85
Diverse	22 188	28	59 993	12
Gesamtausgabe	1 044 057	44	2 112 952	16
Dem Vermögen zugeführt	—	—	179 037	47
Bestand am Jahresschluß	171 735	97	215 548	92
Summa	1 215 793	41	2 507 538	55

Berlin, den 28. Juli 1920.

Revidiert und für richtig befunden

Die Kontrollkommission.

Aug. Brey. Fr. Brühne. Fr. Fischer. Helene Grünberg. L. Gruenwald. Kl. Hengsbach. P. Löbe. H. Müller. K. Pinkau.

	Ortsvereine 1. 4. 1919	1. 4. 1920	Beitragshöhe pro Woche Pf.	Männliche Mitglieder 1. 4. 1919	1. 4. 1920	Zunahmen männl.	Abnahmen männl.	Beitragshöhe pro Woche Pf.	Weibliche Mitglieder 1. 4. 1919	1. 4. 1920	Zunahmen weibl.	Abnahmen weibl.
Ostpreußen	81	248	20	28 195	22 525	—	5 670	15	13 589	6 930	—	6 659
Pommern	210	271	25	21 511	20 461	—	1 050	20	7 174	6 348	—	826
Brandenburg	498	545	20	36 259	34 802	—	1 957	15	8 734	10 212	1 478	—
Groß-Berlin	140	226	60 mtl.	36 979	44 389	7 410	—	40 mtl.	8 721	11 481	2 760	—
Görlitz	121	298	20	8 455	23 608	15 153	—	15	3 585	5 315	1 730	—
Breslau	119	276	20	26 581	39 977	13 396	—	15	12 968	15 898	2 930	—
Oberschlesien	108	112	20	9 434	6 753	—	2 681	15	1 660	1 548	—	112
Halle	98	104	20	4 599	4 343	—	256	10	552	485	—	67
Magdeburg	262	404	20	49 339	47 880	—	1 459	15	21 744	17 275	—	4 469
Mecklenburg-Lübeck	119	140	20	23 815	25 901	2 086	—	15	6 766	5 435	—	1 331
Schleswig-Holstein	256	282	20	60 816	61 378	532	—	15	21 053	16 860	—	4 193
Hamburg-Bremen	91	103	20	73 048	75 024	1 976	—	15	23 202	19 532	—	3 670
Hannover-Braunschweig	401	638	20	47 523	72 105	24 582	—	15	13 450	15 463	2 013	—
Groß-Thüringen	380	407	20	14 796	25 926	11 130	—	15	3 524	4 113	589	—
Leipzig	19	53	20	1 640	4 389	2 749	—	15	192	809	617	—
Dresden	246	257	20	31 805	32 310	505	—	15	6 162	5 602	—	560
Chemnitz	295	310	20	27 270	29 918	2 648	—	15	8 292	6 864	—	1 428
Kassel	282	318	20	13 800	20 126	6 326	—	15	1 220	1 055	—	165
Frankfurt	350	555	40	25 090	28 583	3 583	—	25	2 912	3 263	351	—
Nördl. Westfalen	225	244	20	18 011	20 263	2 252	—	15	4 347	3 913	—	434
Oldenburg	62	86	25	4 392	15 065	10673	—	15	763	3 222	2 459	—
Südl. Westfalen	233	361	25	39 450	40 582	1 132	—	20	15 256	12 223	—	3 033
Niederrhein	100	69	40	30 808	17 367	—	13 441	20	8 260	3 446	—	4 814
Krefeld	—	64	40	—	6 801	6 801	—	15	—	1 314	1 314	—
Oberrhein	140	259	25	19 654	51 267	31 613	—	15	4 347	3 888	—	459
Hessen	348	404	20	23 834	30 071	6 237	—	15	1 819	2 117	298	—
Pfalz	199	267	20	12 929	18 107	5 178	—	15	590	946	356	—
Baden	313	359	20	35 699	41 115	5 416	—	15	5 646	5 847	201	—
Württemberg	502	520	20	39 622	33 400	—	6 222	15	4 483	2 926	—	1 557
Franken	283	438	20	32 500	39 700	7 200	—	15	3 600	5 600	2 000	—
Oberpfalz-Niederbayern	—	254	20	—	13 276	13 276	—	15	—	1 026	1 026	—
Oberbayern-Schwaben	192	264	20	38 290	26 289	—	12 001	15	9 152	6 051	—	3 101
	6 673	9 236		836 084	978 201	181 854	44 737		223 763	207 007	20 122	36 878

	Verkaufte Beitragsmarken männlich wöchentl.	monatl.	Verkaufte Beitragsmarken weiblich wöchentl.	monatl.	Streikbrecher-Lohnmarken	Orte mit Ausschüssen für Bildung	Jugend	Frauen-Aufklärungs-Kurse	Mitglieder-Zahlung	Reichstagswahl 1920 gültige Stimmen	davon S. P. D.	Prozent. Verhältnis in den Städten	Auf 100 total. Gewerk. kommen Stimmen
Ostpreußen	1 516 672	143 460	9 786	78 245	—	2	11	—	—	Nicht gewählt			—
Pommern	883 184	—	—	301 561	—	—	—	—	—	841 661	174 540	20,4	15,3
Brandenburg	—	—	—	—	—	30	37	19	8	2 462 225	511 669	30,0	9,2
Groß-Berlin	—	369 605	—	120 421	3 577	51	45	40	7	1 068 715	187 474	17,5	29,2
Görlitz	382 707	45 025	96 286	17 449	—	17	18	8	6	573 150	184 631	32,2	15,6
Breslau	559 366	183 495	185 139	99 063	—	7	3	4	3	880 321	317 839	36,0	17,5
Oberschlesien	96 699	37 691	37 631	16 270	8 469	—	—	—	—	Nicht gewählt			—
Halle	104 774	—	15 190	—	—	12	—	—	1	687 837	60 870	9,5	8,1
Magdeburg	2 979 443	—	841 290	—	—	30	87	—	—	825 756	276 944	31,0	28,5
Mecklenburg-Lübeck	1 061 062	—	131 567	87 180	—	10	17	4	3	467 992	172 948	37,0	18,1
Schleswig-Holstein	?	?	?	?	—	47	89	43	35	Nicht gewählt			—
Hamburg-Bremen	1 527 390	481 060	363 573	140 927	105 089	85	2	—	82	561 464	215 293	38,3	48,9
Hannover-Braunschweig	1 331 448	270 673	310 846	78 172	—	35	36	2	3	1 467 659	407 548	27,7	21,5
Groß-Thüringen	591 768	—	60 725	—	—	—	—	—	—	1 058 980	162 567	15,3	18,1
Leipzig	129 586	—	26 456	—	—	2	—	—	—	686 042	67 749	9,0	12,3
Dresden	1 606 923	—	353 619	—	—	11	29	6	21	878 186	240 977	27,4	15,7
Chemnitz	656 960	—	175 113	—	—	9	11	11	15	890 664	288 052	31,7	19,0
Kassel	807 757	—	88 136	—	—	1	3	—	2				—
Frankfurt	499 603	151 377	68 422	22 904	—	1	6	—	1	1 136 256	310 785	27,3	27,3
Nordl. Westfalen	470 988	95 575	95 528	26 042	—	19	18	—	3	1 004 216	219 134	21,9	17,8
Oldenburg	231 868	84 037	56 920	21 881	—	12	6	—	—	645 951	112 624	17,4	11,0
Südl. Westfalen	503 785	192 911	229 257	73 242	—	75	144	—	77	1 178 103	243 920	12,3	15,0
Niederrhein	880 007	112 852	236 739	—	—	—	—	—	—	1 687 190	—	—	21,6
Krefeld	137 528	—	29 456	—	—	5	4	—	—		198 255	11,4	—
Oberrhein	1 847 009	—	113 270	—	—	10	—	—	—	1 382 640			15,0
Hessen	1 046 104	wöchtl. einheitl.	—	—	—	2	4	2	2		284 794	17,0	23,9
Pfalz	202 021	116 444	9 066	5 299	—	5	6	—	—	592 622	179 800	30,3	18,0
Baden	749 288	Beitragsmarken	129 123	—	—	12	7	2	2	960 680	88 197	21,8	24,4
Württemberg	—	nur für die Zeit vom 1. 10. 19 bis 31. 3. 20 ausgegeb.	—	—	—	26	20	—	2	946 366	190 295	21,0	24,6
Franken	—	—	—	—	—	48	—	—	14	1 131 146	179 332	16,8	20,2
Oberpfalz-Niederbayern	47 774	54 858	6 612	6 136	—	3	4	—	1	1 057 004	184 068	17,4	24,6
Oberbayern-Schwaben	684 461	197 610	180 093	86 924	—	4	4	—	21	1 107 205	174 515	16,6	18,6
	21 594 850	2 596 113	3 849 860	1 091 168	117 185	498	581	98	287	39 017 890	5 614 456	21,5	22,6

Die Reichstagswahl.

Die Sozialdemokratie mußte, als 1918 der Krieg verloren war und die Revolution als unausbleibliche Folge ausbrach, die Führung der Regierungsgeschäfte übernehmen und sie mußte, als die Wahlen zur Nationalversammlung ihr 166 von insgesamt 423 Abgeordnetensitzen brachten, die führende Partei im Reichsparlament und in der Regierung bleiben. Hätte sie damals die bequeme Taktik der Unabhängigen eingeschlagen und sich nicht an der Regierungsbildung beteiligt, dann wäre der demokratische Aufbau, der sich in der Verfassung trotz mancher Mängel zeigt, stark verkümmert und die durch den Krieg arg zerrüttete Volkswirtschaft wäre völlig zugrunde gerichtet worden.

Durch die Mitarbeit in der Regierung hat die Sozialdemokratie eine ungeheure Verantwortung übernommen; aber sie hat es tun müssen unbekümmert der Schädigungen, die sich daraus für die Parteiorganisation ergeben mußten. Denn in dieser schweren Zeit galt für die einflußreiche Sozialdemokratie mehr denn je der Grundsatz: Das Wohl des Volkes steht über der Partei.

Es war vorauszusehen, daß durch die Regierungsarbeit die Zufriedenheit der mehr als 11 Millionen sozialdemokratischer Wähler nicht ausgelöst werden konnte und darum war es selbstverständlich, daß ein großer Prozentsatz der Wähler, die nach Beendigung des furchtbaren Weltkrieges zum ersten Male in politischer Begeisterung sozialdemokratisch gewählt hatten, entweder weiter nach links oder wieder nach rechts einschwenkten.

Die Sozialdemokratie hat in dem Wahlkampf zur Nationalversammlung keine unerfüllbaren Versprechungen gemacht; sie hat vielmehr immer mit aller Deutlichkeit erklärt, daß, wenn die Sieger im Weltkriege dem deutschen Volke einen drückenden Friedensvertrag aufzwingen, die Gesamtheit des deutschen Volkes einer sorgenreichen Zukunft entgegengeht.

Der Krieg hat die Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden völlig zerrüttet, er hat schwere soziale Lasten im Gefolge, er hat den blühenden Außenhandel vernichtet und damit die Volkswirtschaft aufs allerschwerste geschädigt, er hat die Verkehrsmittel und -wege verwüstet und er hat einen Friedensvertrag gezeitigt, der die Auspressung des deutschen Volkes für die Zwecke der Sieger im Weltkriege zur traurigen Tatsache macht.

Damit war die Möglichkeit geraubt, nach Kriegsschluß schnell finanziell zu gesunden und die Volkswirtschaft, das Fundament, auf dem der Volkswohlstand aufgebaut werden kann, schwer erschüttert. Damit zugleich war der Grund zur Radikalisierung der Wählermassen gegeben. Denn große Wählermassen übersehen ganz die gewaltigen Schwierigkeiten, die einer Besserung der Lebensverhältnisse des deutschen Volkes entgegenstanden. Sie sehnten sich mindestens zurück nach den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege waren. Die großen politischen und auch wirtschaftlichen Errungenschaften an Freiheit und Gleichberechtigung wurden nur verhältnismäßig gering oder als selbstverständlich eingeschätzt und viele wähnten, daß die wirtschaftliche Not nur die Folge einer falschen Politik oder einer mangelnden Fähigkeit zum Regieren sei. Und diese Auffassung wurde, je mehr Revolution und Krieg zeitlich in den Hintergrund traten, von den Parteien, die der Koalitionsregierung feindlich gegenüberstanden, in der stärksten Weise und mit den unlautersten Mitteln genährt.

Wenn trotz des intensiven Kampfes und trotz der außerordentlich ungünstigen Situation die Sozialdemokratie 5 614 456 Stimmen zur Reichstagswahl mustern konnte und kraft ihrer Stimmenzahl 113 Abgeordnete, einschließlich der 18 Abgeordneten, die in den Abstimmungsgebieten gewählt sind, und die vorläufig weiter amtieren, in den Reichstag schicken kann, so ist das Beweis genug, daß sie sich eines gesunden Vertrauens beim Volke erfreut und daß sie zu kräftiger Mitwirkung bei der Gesetzgebungsarbeit berufen ist.

Die Regierungsbildung.

Der Ausfall der Reichstagswahl bedeutet einen Zusammenbruch der alten Regierungsmehrheit. Während die Regierungsparteien in der Nationalversammlung über 329 Sitze von insgesamt 423 verfügten und selbst, als die Demokraten aus der Regierung ausgeschieden waren, noch ein Stimmenübergewicht von 56 bestand, verfügten nunmehr Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten nur noch über 225 von 466 Reichstagssitzen. Selbst angenommen, daß die vom Zentrum losgelösten christlichen Föderalisten mit ihren 21 Mandaten sich zur Regierungsbildung bereitfanden, war die Mehrheit von 12 Stimmen schon um deswillen nicht tragfähig, weil die Wähler in den Abstimmungsbezirken noch nicht mitgewählt hatten und weil auch für diese Bezirke ein Stimmungsumschlag in Rechnung gestellt werden mußte. Die Regierungsbildung auf der alten Grundlage wäre also entgegen dem Willen der Wähler gewesen, die bei der Wahl stark nach rechts und links gewichen sind.

Reichskanzler Hermann Müller, der, als das Wahlergebnis zu übersehen war, sofort vom Reichspräsidenten den Auftrag zur Neubildung des Reichsministeriums erhielt, wandte sich deshalb zunächst an den Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratie, dessen Partei mit 81 Abgeordneten als zweitstärkste in den Reichstag einzog.

Nachdem die Unabhängige Sozialdemokratie endgültig den Eintritt in die Regierung abgelehnt und deren Vorsitzender in hochmütigen Worten erklärt hatte, daß sie nur gewillt sei, in eine rein sozialistische Regierung, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet, einzutreten, legte der Reichskanzler Hermann Müller den Auftrag zur Regierungsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurück. Dadurch war eine Regierung, in der die sozialdemokratischen Fraktionen tonangebend sein konnten, unmöglich geworden. Der Reichspräsident war daher gezwungen, einem führenden Politiker der Rechtsparteien den Auftrag zur Regierungsbildung zu erteilen und er bedachte damit den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze.

Die Sozialdemokratische Fraktion nahm in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß in einer Konferenz am 18. Juni zur Frage des Wahlausfalles und der Regierungsbildung Stellung. Hermann Müller legte eingehend die innen- und außenpolitischen und parteitaktischen Gründe dar, die für die Sozialdemokratie maßgebend sind, weder die alte Koalitionsregierung weiter bestehen zu lassen, noch in eine nach rechts erweiterte einzutreten. Zugleich aber führte er aus, daß, wenn die Sozialdemokratie in die Opposition tritt, doch ein grundsätzlicher Unterschied in der Kritik der Unabhängigen und der Sozialdemokratie bestehen müsse. Die Sozialdemokratie könne nur Opposition unter dem Gesichtspunkt der positiven Arbeit treiben und sie könne nicht die negative Politik der Unabhängigen mitmachen und das um so weniger, als die Sozialdemokratie durch die Macht der Verhältnisse bald wieder gezwungen sein könne, in die Regierung einzutreten.

Die Auffassung, die alte Regierungskoalition beieinander zu halten, auch wenn sie nicht über eine Mehrheit im Reichstage verfügt, wurde zwar von zwei Rednern vertreten, aber sie wurde von den Teilnehmern der Konferenz nahezu einmütig abgelehnt.

Die Konferenz beauftragte den Parteivorstand, ein Kommuniqué zu veröffentlichen, und sie legte ihre Auffassung in folgenden Beschlüssen fest:

1. Die Bildung einer Linkskoalition ist nicht möglich angesichts der Ablehnung der Unabhängigen. (Einstimmig beschlossen.)

2. Die Sozialdemokratie ist nicht bereit, in eine nach rechts erweiterte Koalition einzutreten. (Einstimmig angenommen.)

3. Eine Fortsetzung der bisherigen Koalition ist gegenwärtig unmöglich. (Gegen sechs Stimmen beschlossen.)

Die Konferenz beauftragte die Genossen Hermann Müller und Löbe, die Unterhandlungen in der Frage der Regierungsbildung für die Partei zu führen.

Für den Abend desselben Tages waren die Genossen Müller und Löbe von dem mit der Regierungsbildung beauftragten Dr. Heinze zu einer Besprechung in das Haus des Reichspräsidenten geladen. An der Besprechung nahm außerdem teil der Abgeordnete v. Kardorff, der Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist.

Dr. Heinzes Versuch scheiterte.

Nach dem vergeblichen Versuch Dr. Heinzes übernahm der Zentrumsführer Trimborn den Auftrag zur Regierungsbildung. Auch er legte besonderen Wert darauf, die Sozialdemokratie in den Regierungsblock zu bekommen und er stellte die Frage, ob die Sozialdemokratie bereit wäre, in die Regierung einzutreten, wenn das Zentrum die Führung übernimmt oder ob sie sich nicht dazu verstehen könne, den alten Regierungsblock beizubehalten. Beide Fragen wurden verneint und zugleich wurde erklärt, daß eine Weiterexistenz des alten Blockes in Beachtung des Volkswillens, der sich gegen die bisherige Koalition entschieden hat, nicht in Frage käme.

Von der Zentrumsfraktion wurde zunächst der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, ersucht, den Kanzlerposten anzunehmen. Er lehnte ab. Schließlich fand sich Fehrenbach, nachdem er lange abgewehrt hatte, bereit, das Kanzleramt anzunehmen.

Damit waren aber die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung nicht behoben, denn eine tragfähige Mehrheit ohne Sozialdemokraten war für die Regierung nur vorhanden, wenn auch die Deutschnationalen der Regierung das Vertrauen bekundeten. Aber schon in Rücksicht auf die Verhandlungen in Spa glaubte Fehrenbach sein Kabinett nicht auf die Stimmen der Deutschnationalen stützen zu dürfen. Das Zentrum war daher nur geneigt, die Führung in der Regierung zu übernehmen, wenn die Sozialdemokratische Fraktion der neugebildeten Regierung kein Mißtrauensvotum ausspricht. Die Demokraten wollten gar ihren Eintritt in die Regierung davon abhängig machen, daß die Sozialdemokratie der Regierung ein Vertrauensvotum gibt.

Die Sozialdemokratische Fraktion lehnte das demokratische Ansinnen ab, ließ aber zugleich erklären, daß sie in Rücksicht auf die wichtigen und dringlichen Verhandlungen in Spa der Regierung keine Schwierigkeiten machen werde und daß sie ihre endgültige Entscheidung erst zu fassen vermöge, wenn das Kabinett zusammengestellt und das Programm der Regierung vorliegt. Sie beschloß auch, als ihr die Kandidaten für das Reichsministerium zur Kenntnis gebracht wurden, von einer Entschließung darüber abzusehen, und zwar in Rücksicht darauf, daß die Fraktion dadurch eine Verantwortlichkeit auf sich nimmt, die sie als außerhalb des Regierungsblocks stehend, nicht zu tragen hat. Indes wurden die Unterhändler ermächtigt, ihre persönliche Ansicht über die Ministerkandidaten zum Ausdruck zu bringen. Starke Bedenken wurden von der Fraktion gegen den Ministerkandidaten v. Raumer, der das Reichsschatzministerium übernehmen sollte, vorgetragen.

Einige Mitglieder der Fraktion verfochten die Ansicht, daß die Fraktion weder einem Vertrauensvotum, noch einer motivierten Erklärung zustimmen dürfe; die überwiegende Mehrheit der Fraktion aber beschloß, daß in Rücksicht darauf, daß die Beteiligung an der Regierung abgelehnt worden war, und daß die Regierung für die Verhandlungen in Spa eine feste Mehrheit hinter sich haben muß, ihr die Lebensbedingungen des parlamentarischen Systems zu gewähren. Sie lehnte daher mit allen bürgerlichen Parteien zusammen den Antrag der Unabhängigen: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags", ab, und stimmte in namentlicher Abstimmung dem nachfolgenden Antrag zu, der mit 253 gegen 62 Stimmen, bei 54 Enthaltungen, angenommen wurde:

Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung vom 28. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie diesen Erklärungen entsprechend die Politik des Reichs, insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa führen wird.

Trimborn und Fraktion. Dr. Stresemann und Fraktion. Schiffer und Fraktion. Leicht und Fraktion.,

Die Konstituierung des Reichstags.

Der Alterspräsident der Nationalversammlung war ein Sozialdemokrat, Wilhelm Pfannkuch. Der erste Deutsche Reichstag der Republik wurde wieder von einem sozialdemokratischen Alterspräsidenten, dem 77 Jahre alten Abgeordneten Rieke (Braunschweig) eröffnet.

In der Nationalversammlung hatte die Sozialdemokratische Fraktion den Präsidentensitz, obwohl sie die stärkste Fraktion war und nach parlamentarischem Brauch Anspruch auf den Präsidentensitz hatte, an die Fraktion des Zentrums abgetreten. Das geschah, weil die Sozialdemokratie den Reichspräsidenten und auch den Ministerpräsidenten stellte.

Bei der Beratung der Frage der Präsidentenwahl in der Fraktion wurde die Ansicht vertreten, daß eine Festlegung darauf, daß der stärksten Fraktion unter allen Umständen der Präsidentensitz überlassen wird, nicht angebracht sei, daß es wohl möglich sein könne, dem Regierungsblock den Sitz zu überlassen, und daß es schwer sei, von dem Regierungsblock zu verlangen, der Sozialdemokratie, die außerhalb der Regierung steht, die Präsidentschaft einzuräumen.

Die Fraktion stellte sich aber durch Beschluß auf den Standpunkt, daß nach parlamentarischem Brauch die stärkste Fraktion des Reichstags den Präsidenten zu stellen hat, und sie brachte einstimmig den Genossen Löbe, der sich sehr gegen die Präsidentschaft gesträubt hatte, dafür in Vorschlag, der dann auch in der zweiten Sitzung am 25. Juni mit 397 von 420 abgegebenen Stimmen gewählt wurde. Die Wahl ist insofern als eine glückliche zu bezeichnen, als Löbe sich der allgemeinen Achtung der Reichstagsmitglieder erfreut und weil er in der Handhabung der Geschäftsordnung des Reichstags Routine, Loyalität und eindrucksvolle Sprechweise mit Mutterwitz zu verbinden versteht.

Stellungnahme zur Regierungserklärung.

Das Reichskabinett konnte nach dreiwöchigen Bemühungen endlich am 28. Juni dem Reichstage vorgestellt und durch Abstimmung in der Sitzung vom 6. Juli aus der Taufe gehoben werden.

Als erster Redner der Sozialdemokratischen Fraktion nahm Genosse Scheidemann am 28. Juni zu der vom Reichskanzler Fehrenbach verlesenen Regierungserklärung das Wort. Er erklärte, daß das Regierungsprogramm manches vermissen lasse, daß die Sozialdemokratie aber gleichwohl abwartende Stellung einnehmen wird, um zu sehen, wie sich die Reichsregierung zu den brennenden Tagesfragen stellt. Die Sozialdemokratie setze in die Person des Reichskanzlers das Vertrauen, daß er die freie Staatsform beschützt. Sodann erklärte er, daß die Sozialdemokratische Fraktion unbefangen die Taten der Regierung prüfen und daß sie an der Seite der Regierung stehen wird, wenn sie für das Wohl des arbeitenden Volkes wirkt, daß sie aber in schärfste Opposition tritt, wenn die Regierung den entgegengesetzten Weg einschlägt. Sodann hob er hervor, daß, wenn es nach dem Wunsche der Sozialdemokratie ginge, auf der Regierungsbank nur Vertreter des arbeitenden Volkes säßen und daß die Sozialdemokratie nicht ohne schwere Bedenken die Veränderung, die sich auf der Regierungsbank vollzogen hat, betrachtet, und er knüpfte daran die Behauptung, daß die Schuld daran, daß zum ersten Male wieder seit der Revolution eine sozialistenreine Regierung vorhanden ist, allein auf die Unabhängigen fällt. Nach der unvermeidlichen Abrechnung mit den Unabhängigen und nach einer Abstrafung der Deutschen Volkspartei, die im Wahlkampf in schamlosester Weise gegen Reichspräsident und sozialdemokratische Minister gewütet hatte, ging er dazu über, die dringlichsten Forderungen vorzutragen.

Scheidemann verlangte namens der Sozialdemokratie die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und er fand dabei treffende Worte der Kritik über den Freispruch der Marburger Studenten, die bekanntlich 15 fliehende Menschen erschossen haben. Weiter forderte er: ein Gesetz über den Volksentscheid, damit die politische Demokratie fertig ausgebaut werden kann; das Reichsschulgesetz; die Ueberführung der dazu reifen Betriebszweige in öffentliche Bewirtschaftung; die Beseitigung des privaten Großgrundbesitzes; das Selbstbestimmungsrecht der wirklich Schaffenden für alle Zweige der Wirtschaft durch Ausbau des Rätewesens; ausreichende Fürsorge für die Erwerbslosen und schleunige Maßnahmen zur Behebung des Wohnungselends.

Zur auswärtigen Politik übergehend, verlangte er, daß eine offene, ehrliche Friedenspolitik — vor allem auch mit dem russischen Volke — betrieben wird und daß die durch den Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen bis an die äußerste Grenze des Könnens erfüllt werden. Er forderte aber auch, daß darauf hinzuwirken sei, daß die Bestimmungen über den internationalen Arbeiterschutz zur Anerkennung kommen, und er schloß mit dem Bemerken, daß der Sozialismus nach den Gesetzen der Entwicklung kommen muß und daß zusammengehören: Deutschland, Republik und Sozialismus.

Als zweiter Redner der Sozialdemokratischen Fraktion nahm Genosse Hermann Müller das Wort. Er beschränkte sich in seiner Rede auf die notwendigsten Erwiderungen gegen den Abgeordneten Ledebour mit der treffenden Bemerkung: „daß durch solche Auseinandersetzung zwischen Vertretern beider sozialistischer Parteien die Arbeiter draußen weder einen Brocken Fleisch, noch einen Laib Brot, noch eine Stunde Arbeitsgelegenheit mehr bekommen und daß diese Streitigkeiten nicht einmal eine geistige Stärkung für die deutsche Arbeiterklasse bedeuten". Er legte dann noch einmal die Gründe dar, die für die Sozialdemokratie maßgebend waren, nicht die alte Koalitionsregierung fortzuführen, und rechnete sowohl mit Herrn Heydt als auch mit dessen Partei ab und stellte dann fest, daß die Sozialdemokratie ablehnen mußte, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung zu bilden, weil nicht anzunehmen ist, daß mit der Deutschen Volkspartei eine auswärtige Politik zu betreiben ist, wie die Sozialdemokratie sie betrieben wissen will, und wie sie allein nur zu verantworten ist. Und er zog dabei den Sammelruf der Deutschen Volkspartei zum Wiederaufbau Deutschlands vom 8. Juni 1920 in Erinnerung, in dem eine Neuorientierung für die auswärtige Politik verlangt worden ist, und in dem kosmopolitische Schwärmereien abgelehnt worden sind. Demgegenüber hob er hervor, daß wir nicht nur Deutsche und Europäer und Kosmopoliten sind und daß somit neben einer deutschen und einer europäischen auch kosmopolitische Politik betrieben werden muß. Der Sammelruf hatte seine Tendenz gegen die Sozialdemokratie, die seit mehr als einem Jahre die Hauptverantwortung für die auswärtige Politik getragen hat und die den eingeschlagenen Weg für richtig gehalten hat und die nicht gewillt ist, von ihm abzuweichen.

Er hob ferner hervor, daß von der Deutschen Volkspartei nicht zu erwarten steht, daß sie auf sozialpolitischem Gebiet das nötige Verständnis für die Erfordernisse der Zeit zeigen kann und daß sie gegenüber den Kapitalisten, die den Wahlkampf der Deutschen Volkspartei finanziert haben, nicht bereit sein wird, die großen Gewinne der Kohlenbarone, Eisenbarone und der Kaliindustrie zu beschneiden. Schließlich entkräftete er noch eine Anzahl Vorwürfe von der angeblichen Schuld der Sozialdemokratie und der Regierung an den traurigen Wirtschafts-, Finanz- und Moralverhältnissen des deutschen Volkes und beleuchtete das demagogische Geschrei nach Fachministern, von denen man jetzt nichts sieht, und er schloß mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie zwar das Steuer des Schiffes aus der Hand gelegt habe, daß sie aber das Schiff nicht verläßt, sondern daß sie mitzuarbeiten bereit ist, damit das Schiff über Wasser gehalten werden kann.

Nach dem Genossen Müller traten noch zehn Regierungs- und Fraktionsredner ans Pult. Dann war die erste große Redeschlacht erledigt, die das weiter vorn angegebene Ergebnis zeitigte. Ein Teil der Regierungsmitglieder, unter Führung des Reichskanzlers Fehrenbach, begab sich eiligst zu den Verhandlungen nach Spa.

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

beschäftigte den Reichstag in der Sitzung vom 3. Juli 1920.

Die Nationalversammlung hatte bereits einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der eine umfangreiche Arbeit begonnen hat und der in weitestgehendem Maße von den reaktionären Zeitungen und Rednern angegriffen wurde.

Für die Sozialdemokratische Fraktion sprach die Genossin Schuch in dem von der Fraktion beschlossenen Sinne. Sie führte an, daß gerade die Tatsache, daß die Vertrauensleute des deutschen Volkes, und zwar die aller Parteien, in den Ausschuß delegiert werden, dafür Bürgschaft sei, daß der Ausschuß über den Parteien steht. Sie führte weiter aus, daß die Frage, wer schuld am Kriege ist, das ganze deutsche Volk interessiert, und daß schon in Rücksicht darauf, daß auch Italien einen Ausschuß zur Untersuchung der Schuld am Kriege und der Kriegführung eingesetzt hat, sich für Deutschland das Erfordernis ergäbe, den Ausschuß einzusetzen. Würde die Einsetzung unterbleiben, dann wäre dem Ausland nur der Beweis erbracht, daß Deutschland die Oeffentlichkeit zu scheuen habe. Die Sozialdemokratie sei, so fuhr sie fort, heute mehr denn je der Meinung, daß Deutschland nicht einseitig die Schuld an diesem Kriege trägt, sondern daß die Schuldursachen einfach in dem kapitalistischen System liegen, welches in allen am Kriege beteiligten Staaten verankert war. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses wurde somit nicht nur von mehr als einem Fünftel der abstimmenden, sondern von der Mehrheit der Mitglieder des Reichstags beschlossen.

Die Ernährungsfrage.

Weite Kreise des Volkes leiden heute noch unter Ernährungssorgen. Das hat seine Ursache darin, daß die Gesetze der Zwangswirtschaft immer weniger beachtet werden, daß weite Kreise der Landwirtschaft einen Teil ihrer Produktion in die Kanäle des Schleichhandels fließen lassen und daß ein Heer von Schiebern und Wucherern die Preise unglaublich in die Höhe treibt. Die Hauptursache aber liegt darin, daß die ganze Volkswirtschaft und die Finanzen Deutschlands durch den Krieg zerrüttet worden sind, und daß damit sowohl die Kaufkraft der Masse des Volkes als auch die des Reiches erheblich gesunken ist. Wie es den Angehörigen des werktätigen Volkes schwer fällt, die Geldmittel für die nötigen Nahrungsmittel aufzubringen, so ist es dem Reiche auch nur unter den größten Schwierigkeiten gelungen, die ungeheueren Zahlungsmittel aufzubringen, die zur Bezahlung der großen Mengen Auslandslebensmittel benötigt werden.

Dieser Zustand wird sich auch in der nächsten Zeit gar nicht bessern können, denn erstens ist vorauszusehen, daß die Zwangswirtschaft, gegen die die agrarischen Interessenten mit einem großen Anhang mit Erfolg Sturm gelaufen sind, in ganz kurzer Zeit völlig zusammenbrechen wird, und zweitens sind die Aussichten, daß sich unsere Rohstofferzeugung und unsere industrielle Leistungsfähigkeit wieder annähernd auf den Grad der Vorkriegszeit heben werden, sehr schlechte. Der Reichstag wird daher in der nachfolgenden Zeit noch oft Gelegenheit nehmen müssen, sich mit den Fragen der Ernährung des Volkes zu beschäftigen. Er hat das bereits getan in den Sitzungen vom 5. Juli, in der zwei Interpellationen zur Beratung standen.

Nach den Interpellanten nahm für die Sozialdemokratische Fraktion der Genosse Käppler das Wort. Er führte aus, daß nach den vorliegenden Ernteergebnissen ohne Schwierigkeiten pro Kopf und Tag 260 Gramm Mehl hätten gegeben werden können, daß es aber nicht möglich war, weil Millionen des Volkes — Produzenten und Konsumenten — Tag für Tag gegen die Rationierung gesündigt haben. Falsch sei die Anreizpolitik der alten kaiserlichen Regierung gewesen, denn dadurch ist die Preissteigerung hervorgerufen, die notwendig wiederum eine Lohn- und Gehaltssteigerung im Gefolge haben mußte, die wiederum eine Erhöhung der Produktionskosten zeitigte. Er verlangte, daß die Landwirtschaft mit dem Abbau und der Stabilisierung der Preise vorangeht, und erklärte, daß darin die Industrie nicht vorangehen, sondern nur nachfolgen könne. Sodann wandte er sich scharf gegen die hohen Obst- und Gemüsepreise und gegen die Forderungen der Landwirtschaft, die die Heraufsetzung der Getreidepreise auf 1500 Mk. pro Tonne verlangen, gegenüber den Durchschnittspreisen von 160 bis 200 Mk. pro Tonne in der Vorkriegszeit. Er verlangte, daß nach Hereinbringung der neuen Ernte eine erhöhte Brotration ausgegeben wird, und daß dem Brot keine Streckungsmittel mehr zugesetzt werden. Ein unhaltbarer Zustand sei es, daß in einzelnen Kommunalverbänden reines Roggenbrot gebacken würde, während in anderen ein Gebäck hergestellt wird, das der Mensch nicht zu verdauen vermag. Die Frühdruschprämie sei nicht zu vermeiden, denn ohne diese würde das Getreide aus der neuen Ernte nicht zeitig genügend abgeliefert werden, und es müßten dann noch große Mengen von teuerem Auslandsgetreide eingeführt werden; dagegen dürften weitere Lieferungsprämien nicht gewährt werden. Namens der Fraktion wandte er sich gegen jede weitere Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verlangte, daß, wenn auf irgendeinem Gebiete der Zwangswirtschaft Lockerungen unvermeidlich erscheinen, der Reichstag dazu gehört wird. Weiter forderte er, daß, wenn Landwirte zur extensiven Landwirtschaft übergehen, dem dadurch entgegengewirkt wird, daß die Enteignung und Zwangsverwaltung von Gütern ermöglicht wird, und daß zur Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers eine Reichskriminalpolizei geschaffen wird.

In der Sitzung vom 6. Juli hatte der Reichstag nun über den

Entwurf eines Gesetzes über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für Zwecke der Uebergangswirtschaft

zu beraten. Danach wird einem Ausschusse für Volkswirtschaft des Reichstags Vollmacht erteilt, Stellung zu Verordnungen der Regierung und des Reichsrats über volkswirtschaftliche Fragen zu nehmen und Beschluß zu fassen. Ohne das Gesetz waren Reichsregierung und Reichsrat allein in der Lage, über wichtige volkswirtschaftliche Fragen selbständig zu entscheiden. Es lag aber gerade in Rücksicht darauf, daß der Reichstag auf längere Zeit vertagt werden sollte und mußte, die Notwendigkeit vor, dem Reichstagsausschuß ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Um so mehr verwunderlich war es, daß die Unabhängigen gegen die sofortige Verabschiedung des Gesetzes Einspruch erhoben und damit verschuldeten, daß das Gesetz erst am 30. Juli vom Reichstag angenommen wurde. Im Auftrage der Sozialdemokratischen Fraktion hat der Genosse Molkenbuhr erklärt, daß wir dem Gesetzentwurf zustimmen.

Mit der Kartoffelbewirtschaftung beschäftigte sich der Ausschuß für Volkswirtschaft in seiner Sitzung am 17. August. Dabei stimmten die bürgerlichen Vertreter der Verordnung des Reichsernährungsministers zu, wonach die Kartoffelzwangswirtschaft vom 15. September ab aufgehoben wird. Nach der Verordnung wird nur eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentner sichergestellt. Der Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses, daß die Reichskartoffelstelle bei Abschluß von Verträgen an Mindestpreise nicht gebunden ist, wird gegen die Stimmen aller sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt.

Der Ausschuß nahm dann in später folgenden Sitzungen zu weiteren Fragen der Ernährungswirtschaft Stellung.

Die Reform des Einkommensteuergesetzes.

Das Einkommensteuergesetz ist seit seiner Schaffung Gegenstand schärfster Bekämpfung geworden. Die Rechtsparteien und deren Anhänger bekämpfen es wegen der hohen Steuersätze, die bis 60 Proz. steigen, und erklären, es komme in seiner Wirkung einer Vermögenskonfiskation gleich. Aus Arbeiterkreisen kommen die gleichen Proteste; vor allem aber wird von ihr Sturm gelaufen gegen den Steuerabzug vom Lohne. Es haben auch eine ganze Anzahl Streiks wegen des Steuerabzugs stattgefunden, die von den Unabhängigen und Kommunisten mit angezettelt und unterstützt wurden und deren größter wohl der Stuttgarter Generalstreik im August-September dieses Jahres gewesen ist und der mit einer furchtbaren Niederlage der am Streik beteiligten Arbeiter geendet hat.

Die Unabhängigen haben in ihrer Agitation gegen den Steuerabzug leider immer verschwiegen, daß der Steuerabzug in Deutschland zwar eine Neuerung darstellt, daß er aber seit langer Zeit in England mit Erfolg und zur Zufriedenheit der Arbeiter und Beamten durchgeführt ist.

Die Sozialdemokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß das Einkommensteuergesetz wie auch die Besitzsteuergesetze einer Revision unterzogen werden müssen, aber sie hält fest an dem Prinzip des Steuerabzugs. Bei den steigenden Anforderungen an das Reich ist es unmöglich, dem Verlangen auf Beseitigung des Steuerabzugs und auf völlige Steuerbefreiung großer Teile der arbeitenden Bevölkerung nachzukommen.

Gleich nach Zusammentritt des Reichstags nahm die Sozialdemokratische Fraktion Stellung zu der Frage der Abänderung des Einkommensteuergesetzes und sie brachte nach Vereinbarung mit allen bürgerlichen Fraktionen des Reichstags einen schleunigen Antrag ein, der eine wesentliche Milderung für die Arbeiter und Beamten mit kleinen Einkommen und eine Verschärfung für solche mit größeren bedeutet.

Die Erwerbslosigkeit.

In Rücksicht auf die steigende Erwerbslosigkeit und die steigende Not der Erwerbslosen brachte die Sozialdemokratische Fraktion am 25. Juni die folgende Interpellation ein:

Was gedenkt die Reichsregierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun?

Wie gedenkt sie insbesondere in der jetzigen Krise die Stillegung von Betrieben zu verhindern und Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen zu beschaffen?

Die Interpellation stand in den Sitzungen vom 4. und 5. August zur Beratung und wurde vom Genossen Körsten begründet. Der Redner zeigte, daß die Zahlen der Erwerbslosen erschreckend in die Höhe gehen und daß in zunehmendem Maße Arbeitsverkürzungen und Stillegungen von Betrieben in die Erscheinung treten. Er räumte mit dem Vorwurf auf, daß die Mehrzahl der Arbeitslosen nicht arbeitswillig sei, indem er nachwies, daß bei der gesunkenen Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung und bei erheblicher Stockung der Ausfuhr ein Aufblühen von Handel und Wandel nicht in Frage kommen kann. Die Unterbringung Erwerbsloser im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau sei wegen des Mangels an Wohnungen beinahe unmöglich, wobei allerdings zu bemerken sei, daß in der Erschließung neuer Braunkohlenfelder und der Errichtung neuer Wohnstätten an diesen Orten nicht genügend Tatkraft gezeigt würde. Die Landwirtschaft zeige eine Abneigung gegen Arbeiter aus der Stadt und stelle lieber Polen als Deutsche ein. Auch auf dem Lande müßten die Vorarbeiten zum Zwecke der Einstellung deutscher Arbeiter durch Beseitigung der unhaltbaren Wohnungsverhältnisse schnellstens in Angriff genommen werden. Der Redner wies die Behauptung zurück, daß die Löhne zu hoch seien, und er legte dar, daß die Einkommen der Arbeiter und Beamten meist nicht ausreichen, um die nötigsten Bedürfnisse des Lebens zu befriedigen, denn die Preise für Nahrungsmittel, Heizmaterial und Kleidung und Schuhe seien viel mehr gestiegen als die Löhne und Gehälter. Er wies ferner darauf hin, daß das Unternehmertum in der guten Zeit die großen Gewinne eingesteckt habe und daß sich daraus die Pflicht ergäbe, in der schlechten Zeit Opfer zu bringen.

Im Auftrage der Fraktion stellte er dann die folgenden Forderungen:

1. Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, evtl. zu Gewerbehilfe.
2. Schärfere Beachtung der Verordnung, betreffend Einstellung deutscher Arbeiter an Stelle polnischer Arbeiter in der Landwirtschaft.
3. Verbot von Entlassungen, bevor nicht die Arbeitszeit auf wöchentlich mindestens 24 Stunden herabgesetzt ist.
4. Sofortige Vorarbeit und Inangriffnahme von Torfstechereien als Notstandsarbeiten.
5. Nachprüfung der Bestimmungen für Notstandsarbeiten im Baugewerbe.
6. Förderung von Siedlungs- und Unterkunftsbauten im Bergbau und in der Landwirtschaft.
7. Schleunige Inangriffnahme von Meliorationen, Kanal-, Brücken- und Straßenbauten.
8. Umstellung der Trieb- und Beleuchtungskraft der Eisenbahnen in elektrische.
9. Bewilligung besonderer Geldmittel zum Zwecke der Unterstützungsgewährung an solche Erwerbslose, die länger als zwei Monate erwerbslos sind.
10. Die Unterstützungen der Gewerkschaften dürfen auf die Erwerbslosenunterstützung nicht angerechnet werden.

Die Besprechung endete damit, daß die vorliegenden Anträge dem Ausschuß für Volkswirtschaft zur Bearbeitung überwiesen wurden, der sich dann auch in der Woche vom 5. bis 11. September damit beschäftigte.

Das Ergebnis der Besprechung war, daß fast alle sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge abgelehnt wurden. Die Ablehnung erfolgte zumeist mit 16 bürgerlichen gegen die 12 Stimmen der beiden sozialistischen Parteien, hin und wieder auch mit 15 gegen 13 Stimmen. Das kam daher, weil das Zentrum alle Arbeitervertreter, die es früher für sozialdemokratische Anträge delegierte, aus dem Ausschuß zurückgezogen hat und bei den Demokraten nur der Abgeordnete Erkelenz als Arbeitnehmervertreter stimmte. Daß die beiden Rechtsparteien keinen Arbeitervertreter in ihren Reihen zählten, wird man demnach verstehen. Fabrikbesitzer, Bergwerksdirektoren, Verbandssyndizi und dergleichen waren ihre Sachverständigen für Arbeitslosenfragen. Kein Wunder, daß sogar die selbstverständliche Forderung, die Sätze der Erwerbslosenunterstützung den besonderen Bedürfnissen des Winters anzupassen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen erkämpft werden mußte.

Die Kriegsgesellschaften.

In der 7. Sitzung wurde verhandelt und erledigt der Antrag Hamm auf Auflösung der Kriegsgesellschaften.

Ein Antrag auf Auflösung der Kriegsgesellschaften war in der Nationalversammlung bereits angenommen, denn schon damals stand fest, daß mit den überflüssigen Gebilden aufgeräumt werden muß, und zwar im beschleunigten Tempo. Der Redner der Deutschnationalen, Abgeordneter Bruhn, konnte natürlich nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, um in antisemitischer Tendenz erneut darzulegen, daß die Kriegsgesellschaften in der Hauptsache Niststellen für Anhänger jüdischen Glaubens sind, und daß sich in den Kriegsgesellschaften viele Kriegsdrückeberger festgesetzt haben. Mit Recht hob unser Genosse Hoch hervor, daß es hier gelte, nicht mehr zu reden, sondern zu handeln, und daß es Zeit wird, einen Ausschuß einzusetzen, der tüchtige Arbeit leistet. Der Antrag wurde, nachdem auch die Reichsregierung ihr Einverständnis mit dem Antrag durch den Reichswirtschaftsminister Scholz zum Ausdruck gebracht hatte, einstimmig angenommen.

Das Diätengesetz für die Reichstagsmitglieder

wurde in der 9. Sitzung vom Reichstag verabschiedet. Namens der Unabhängigen erklärte der Abgeordnete Ledebour, daß sie gegen den § 3 des Gesetzes sind, und daß sie schließlich das ganze Gesetz wegen des § 3 ablehnen. In diesem Paragraph ist gesagt, daß den Mitgliedern des Reichstags für das Fehlen in einer Sitzung oder bei namentlicher Abstimmung 50 Mk. von den Diäten in Abzug gebracht werden. Ledebour bezeichnete die Bestimmung als eine Strafbestimmung, die für Abgeordnete unwürdig sei. Die übrigen Fraktionen stimmten dem Gesetz zu.

Die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht

wurde in der 14. Sitzung des Reichstags gegen die Stimmen der Konservativen beschlossen. Die Notwendigkeit dazu ergab sich aus dem Friedensvertrag, der Deutschland nur ein Heer von Berufssoldaten von höchstens 100 000 Mann beläßt.

Die Aussprache über Spa.

Die Aussprache über die Verhandlungen in Spa nahm nicht den Verlauf, der allgemein angenommen wurde. Wohl hielt der Reichskanzler Fehrenbach eine auf die Verhandlungen in Spa bezugnehmende allgemeine Rede, aber der Reichsminister Dr. Simons griff viel weiter aus und rollte in seiner Rede die ganze Auslandspolitik auf, und er nahm vom Standpunkt des auf dem Völkerrecht stehenden Staatsmannes Stellung zu einer Reihe von Vorkommnissen, die sich in Deutschland zugetragen hatten, und er versuchte sowohl die Basis für spätere Verhandlungen mit den Vertretern der Entente günstiger zu gestalten, als auch der Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Osten die Türen zu öffnen. Er hieb in seiner Rede sowohl auf die deutschnationalen Hetzer, die den Flaggenzwischenfall hervorgerufen haben, als auch auf die Reichswehr ein, die in unverantwortlichem Aufzug den Franzosen Genugtuung boten, und er stellte sich auch im Falle Dorten auf den Standpunkt des Völkerrechts. Seine Rede war frei von Rücksichten auf die Reichswehr und auf die halbnationalistischen Ansichten seiner Ministerkollegen, die der Deutschen Volkspartei angehören. Die erste Wirkung der Rede rief ganz allgemein den Eindruck hervor, daß eine Ministerkrise unausbleiblich sei.

Aber noch ehe der erste Redner der Parteien zu Worte kam, stellte sich Dr. Simons, von dem man fast versucht war, anzunehmen, daß er ein neuer Mann mit frischem Geist und starkem Charakter sei, als alter Bekannter in die Reihe der mißverstandenen Staatsmänner. Er hufte zurück!

Diese Tatsache wurde denn auch von unserem Genossen Stampfer, der als erster Redner zu Worte kam, gebührend festgestellt. Nachdem Stampfer das Treiben eines Teiles der Reichswehr und das Verhalten der Paßbehörde in Flensburg und das eigentümliche Verhalten der bayerischen Regierung in der französischen Gesandtschaftsfrage gekennzeichnet hatte, erklärte er namens der Fraktion, daß den Vertretern der Regierung in Spa nichts anderes übrig blieb als so zu verfahren, wie sie es getan hat. Er warnte die französische Regierung, den Weg zu betreten, den die deutsche Regierung unternommen hat, als Rußland besiegt war. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß Deutschland versuchen muß, die Bedingungen von Spa zu erfüllen, und er forderte zum Zwecke der Durchführung der Kohlenlieferung die Ueberführung der Kohlenproduktion in den hochentwickelten sozialistischen Produktionsprozeß. Er schloß seine Rede mit der Hoffnung, daß für Weltfrieden und Weltfreiheit, für Demokratie und Sozialismus auf den internationalen Kongressen der Sozialisten und der Bergarbeiter in Genf Fortschritte erzielt werden.

Die Aussprache endete, nachdem der deutschnationale Abgeordnete Dr. Hoetzsch der deutschen Delegation nationale Festigkeit und Würde abgesprochen hatte und nachdem für die Sozialdemokratische Fraktion der Genosse Hermann Müller das Wort noch einmal genommen hatte, mit der Annahme der folgenden Entschließung, gegen die die Unabhängigen und Deutschnationalen gemeinsam stimmten:

Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spa unterzeichnet hat, und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, rückhaltlos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde die vom Genossen Stampfer angeregte und von Unabhängigen eingebrachte folgende Entschließung abgelehnt:

Der Reichstag verlangt von der Reichsregierung als notwendige Voraussetzung der Durchführung des Abkommens von Spa die sofortige Sozialisierung des Bergbaues.

Das Entwaffnungsgesetz.

Nach den Bestimmungen des Vertrages von Spa ist die deutsche Regierung verpflichtet, die Entwaffnung der Bevölkerung vorzunehmen. Nach Schätzungen der Regierung beläuft sich die Zahl der im Besitz der Bevölkerung befindlichen Waffen auf 1,9 Millionen. Feststehende Tatsache ist, daß in der Zeit nach Beendigung des Krieges zahlreiche Personen und Organisationen sich Militärwaffen angeeignet haben.

Die Regierung unterbreitete daher auch dem Reichstag den Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Bevölkerung.

Die Fraktion hat sich mit dem Gesetzentwurf eingehend beschäftigt. Sie stellte sich von vornherein auf den Standpunkt, daß die Entwaffnung einmal nach dem Abkommen von Spa durchgeführt werden muß, und daß sie auch in Rücksicht auf die innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchzuführen ist. Sie hatte aber von vornherein Bedenken gegen eine große Anzahl Bestimmungen des Entwurfes. Darum erklärte auch der Redner unserer Fraktion, anläßlich der ersten Beratung des Gesetzentwurfes, Genosse Lübbring, daß die Sozialdemokratische Fraktion zwar zur Mitarbeit an dem Gesetz bereit ist, daß aber wesentliche Abänderungen vorgenommen werden müßten, wenn sie zustimmen soll. Nach Auffassung der Sozialdemokratischen Fraktion bot der Entwurf nicht genug Garantien, daß neben der Entwaffnung der Einwohnerwehren, der Selbstschutzverbände, des Pommerschen Landbundes und der Organisation des Forstmeisters Escherich durchgeführt werden kann. Weiter kam es der Fraktion darauf an, zu erreichen, daß die Bestimmungen des Gesetzes, welche Personen und Organisationen Waffen behalten können, klar umrissen werden. Besonders verlangt wurde auch, daß die Reichswehr mit der Entwaffnungsaktion nicht betraut wird, sondern daß diese durchgeführt wird von den Polizei- und Sicherheitsorganen. Die Fraktion war weiter bestrebt, zu erreichen, daß in besonders schweren Fällen der Widersetzlichkeit eine Vermögenskonfiskation Platz greift, und daß dem einzusetzenden Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat zur Mitwirkung beigegeben wird und daß für die abgelieferten Waffen eine Vergütung gewährt wird.

Es war nur zu selbstverständlich, daß der Vertreter der Deutschnationalen Aussetzungen an der Vorlage machte. Ihm paßte es nicht, daß in notwendig erscheinenden Fällen der Eid zu leisten ist, und daß auf die Verletzung desselben die Strafvorschriften Anwendung finden; er hatte auch Bedenken dagegen, daß nötigenfalls das Brief-, Post-, Telegramm- und Telephongeheimnis aufgehoben werden soll, und er hatte auch schwere Bedenken gegen den parlamentarischen Beirat.

Die Unabhängigen sahen in dem Gesetzentwurf von vornherein ein konterrevolutionäres Instrument, das nur gegen die Arbeiterschaft angewendet werden solle. Sie bestritten auch, daß nach dem Abkommen von Spa eine zwingende Notwendigkeit zum Erlaß des Gesetzes vorliegt. Aber sie verhielten sich doch bei der ersten Beratung ziemlich ruhig. Später sahen sie in dem Entwurf nur noch ein Schandgesetz gegen die Arbeiter und sie ließen aus dem Grunde ganze Serien Redner gegen das Gesetz los. Sie übersahen vollständig, daß das reaktionäre Bürgertum heute in viel stärkerem Maße im Besitz der Waffen sich befindet, als die revolutionäre Arbeiterschaft, und daß von da aus der jungen Deutschen Republik mit seinen freiheitlichen Einrichtungen die allergrößten Gefahren drohen.

Die bürgerlichen Parteien haben lange gezögert, den von der Sozialdemokratischen Fraktion gestellten Forderungen nachzukommen. Die Fraktion erklärte daher, dem Gesetze die Zustimmung zu versagen. Es kam jedoch vor der dritten Lesung in den hauptsächlichsten Fragen zu einer Verständigung, weshalb die Sozialdemokratie dem Gesetz in der dritten Lesung zustimmte, während die Unabhängigen und Kommunisten dagegen stimmten.

Das Amnestiegesetz.

Gleich nach ihrem Zusammentritt hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion den folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend der Bielefelder Vereinbarung vom 24. März 1920 gewährleistet wird.

Das Amnestiegesetz war schon um deswillen eine Notwendigkeit, weil in der Kapp-Zeit, besonders im Ruhrgebiet, Tausende deutscher Frauen und Männer wegen Uebertretung der Strafgesetze inhaftiert und abgeurteilt worden waren. Die meisten Inhaftierungen und Aburteilungen waren gegen solche Personen erfolgt, die sich gegen die Kapp-Verbrecher und für die Regierung der Republik eingesetzt hatten.

Das Amnestiegesetz war Gegenstand eingehender Beratungen der Parteien untereinander. Die Sozialdemokratie und die Unabhängigen erstrebten eine möglichst umfassende Amnestie zu erreichen, während die bürgerlichen Parteien den Kreis nur eng begrenzt wissen wollten und auch dazu nur schweren Herzens zu haben waren. Die Deutschnationalen bezweckten natürlich die Amnestie so auszudehnen, daß möglichst keinem am Kapp-Putsch Beteiligten noch ein Haar gekrümmt werden kann. Die Verhandlungen gestalteten sich so schwierig, daß die Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion sich veranlaßt sahen zu erklären, daß, wenn das Amnestiegesetz nicht zur Verabschiedung gelangt, auch nicht zugelassen werden könne, daß der Notetat verabschiedet wird.

Die Sozialdemokratische Fraktion erstrebte auch die Amnestierung der Verurteilten aus der Zeit der Bayerischen Räteherrschaft und der Aufstände in Berlin und im mitteldeutschen Gebiet. Die bürgerlichen Parteien waren aber für ein so weitgehendes Gesetz nicht zu haben, und so mußte die Sozialdemokratische Fraktion sich damit abfinden, sollte überhaupt etwas erreicht werden, daß das Bielefelder Abkommen zugrunde gelegt wurde und daß das Gesetz auch Anwendung findet auf eine große Anzahl derer, die im Lager Kapps gestanden haben.

Der Redner der Sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Dr. Radbruch, verlangte mit Nachdruck in der 17. Sitzung, daß, wenn den Kappisten Straffreiheit gewährt wird, auch den Revolutionären des Jahres 1919, die schon einen großen Teil ihrer Strafe verbüßt haben, Straffreiheit gesichert wird. Er erklärte sich auch dagegen, daß Straffreiheit nur denen gewährt werden soll, die Maßnahmen gegen das Reich unternommen haben, so daß die Amnestie auf Bayern und andere Landesteile Deutschlands nicht Anwendung findet. Unser Redner nahm auch Veranlassung, sich dagegen zu erklären, daß von der Amnestie nur diejenigen ausgenommen werden sollen, die „Urheber und Führer" des Kapp-Unternehmens waren, die sich ja nicht einmal in den Händen der Staatsanwaltschaft befanden. Schließlich forderte er, von der Straffreiheit nur ausgenommen zu wissen vorsätzliche Tötungshandlungen und Brandstiftungshandlungen. Die Münchener Geiselmörder, die Hötzschen Brandstifter und die Marburger Studenten sollten von der Straffreiheit ausgeschlossen sein.

In der Abstimmung wurde zunächst der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen beider sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Abgelehnt wurden auch die Anträge der Deutschnationalen, die einerseits völlige Straffreiheit für die Kapp-Verbrecher bezweckten, und die andererseits die Strafmöglichkeiten für die Angehörigen der arbeitenden Klassen erweitern wollten. Abgelehnt wurden ebenfalls die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Einstimmig angenommen wurde sodann der Antrag der Regierungsparteien.

Die Verlängerung der Gültigkeit der Kohlensteuer.

Die Gültigkeit des Kohlensteuergesetzes war bis zum 31. Juli 1920 befristet. Die Regierung brachte daher, weil sie den Ertrag der Steuer, der auf viereinhalb Milliarden Mark bezifftert wird, benötigt, einen Gesetzentwurf ein, der die Gültigkeitsdauer der Kohlensteuer bis zum 31. Juli 1921 vorsah. Die Steuer ist auf 20 Proz. des Wertes bemessen und betrug bei ihrer Einführung ungefähr 4 Mk. pro Tonne. Durch die ungeheure Steigerung der Kohlenpreise ist auch die Kohlensteuer erheblich gestiegen und beträgt heute ungefähr 34 Mk. pro Tonne Steinkohlen.

Die Sozialdemokratische Fraktion nahm zu der Frage Stellung. Bei der Erörterung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Kohlensteuer nicht nur eine Finanzfrage, sondern im hohen Grade eine volkswirtschaftliche ist. Die Kohlensteuer verteuert nicht nur den Hausbrand, sondern auch die Gestehungskosten für alle Erzeugnisse in starkem Maße. Das brachte auch unser Fraktionsredner, der Genosse Keil, anläßlich der Beratung der Kohlensteuer zum Ausdruck. Er legte dar, daß durch die Kohlensteuer die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie im Ausland erschwert wird und daß mit einem Abbau der Preise, der notwendig sei, nicht begonnen werden kann, wenn die Kohlensteuer in ihrer ungeheuerlichen Höhe unverändert verlängert und damit zugleich auch die Steigerungen in Kauf genommen werden, die sich aus den weiteren Bestrebungen auf Erhöhung der Kohlenpreise ergeben. Er legte weiter dar, daß durch die Kohlensteuer auch in weitem Maße das Reich mit seinen großen Eigenbetrieben belastet wird und daß allein für die von den Eisenbahnen verbrauchten Kohlen eine Steuer in Höhe von 500 bis 600 Millionen Mark jährlich zu entrichten ist. Dasselbe trifft zu auf die Betriebe der Länder und Gemeinden. Die Rückwirkung der Kohlensteuer mache sich auch geltend in den Forderungen der Beamten und Arbeiter der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen und -betriebe, die auf Erhöhung ihrer Bezüge zum Ausgleich der eingetretenen Teuerung dringen. Für den Wohnungsbau würden Hunderte von Millionen an Baukostenzuschüssen gewährt; durch die Verteuerung der Kohlen aber würden die Preise für die Baustoffe ins Riesenhafte gesteigert. Unser Redner nahm auch Veranlassung, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Besitzsteuergesetzgebung in überaus schleppender Weise durchgeführt worden ist und daß gerade deshalb die arbeitenden Massen, angesichts der Wirkungen des Einkommensteuergesetzes, außerordentlich unzufrieden sind.

Schließlich empfahl unser Redner die von der Fraktion gestellten Anträge.

Der erste Antrag spricht nur die Bewilligung der Steuer bis zum 31. Oktober 1920 aus, während die Vorlage des Ausschusses die Bewilligung bis

zum 31. März 1921 vorsieht. In der Ausschußsitzung wurde der Antrag mit 16 gegen 11 sozialdemokratische Stimmen abgelehnt. Der Reichstag lehnte den Antrag ebenfalls ab und nahm den Ausschußantrag an. Die Unabhängigen hatten im Ausschuß den Antrag gestellt, die Steuer auf 4 Mk. pro Tonne zu begrenzen. Dem Antrag kommt insofern auch Bedeutung zu, als damit die Unabhängigen, die vorgeben, prinzipiell gegen indirekte Steuern zu sein, sich bereit fanden, für die indirekte Kohlensteuer zu stimmen. Der Antrag wurde im Reichstag ebenfalls gestellt und gegen die Stimmen beider sozialdemokratischer Fraktionen abgelehnt. Ebenso erging es dem sozialdemokratischen Antrag, der bezweckte, daß die Kohlensteuer bei Erhöhung der Kohlenpreise, die damals bereits wieder in Aussicht stand, nicht mehr erhöht werden darf. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wurde auch der Antrag der Unabhängigen abgelehnt, wonach die Hausbrandkohle von der Steuer befreit sein soll.

Die Aufhebung der Militärgerichte.

In zwei Anläufen hatte die Nationalversammlung versucht, die Militärgerichtsbarkeit, die nach der Reichsverfassung aufzuheben ist, zu beseitigen.

Die Sozialdemokratische Fraktion brachte, um die Aufhebung schnellstens zu erreichen, schon Mitte Juni einen Gesetzentwurf ein, in dem die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit festgelegt ist.

Mit einiger Spannung konnte man dem Verhalten der Deutschen Volkspartei, die ja inzwischen Regierungspartei geworden war, entgegensehen. Die alte Regierung hatte der Nationalversammlung den Gesetzentwurf vorgelegt und ihn vertreten, und so mußte eigentlich vorausgesetzt werden, daß die in die Regierung eingetretene Deutsche Volkspartei nun ebenfalls für den Entwurf eintreten würde. Das war aber nicht der Fall. Sowohl der General v. Gallwitz, der für die Deutschnationalen sprach, als auch der Admiral Brüninghaus, den die Deutsche Volkspartei vorschickte, lehnten den Entwurf ab.

In den Verhandlungen bemühten sich die Rechtsparteien, wobei sie vom Zentrum und dem größten Teil der Demokraten unterstützt wurden, den Entwurf wesentlich zu verschlechtern. Sie setzten durch, daß die Militärgerichtsbarkeit ganz allgemein für Vergehen an Bord bestehen bleibt. Der sozialdemokratische Antrag, auch die Angehörigen der Reichsmarine, sofern sie an Bord im Hafen sind, der Militärgerichtsbarkeit zu entziehen, wurde mit 188 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Mit den sozialdemokratischen Abgeordneten haben nur fünf Demokraten gestimmt. Ebenso abgelehnt wurden alle weiteren Anträge der Sozialdemokratie und der Unabhängigen.

Für die Sozialdemokratische Fraktion sprachen die Genossen Schöpflin und Dr. Radbruch. Sie legten scharf dar, daß den Militärgerichten vom Volke das tiefste Mißtrauen entgegengebracht wird, und daß sich in den Urteilen im Liebknecht-, Luxemburg-, Marloh- und Marburger Studentenprozeß eine unerhörte Justizschmach offenbart habe, mit der endlich Schluß gemacht werden müsse.

Das Gesetz wurde in der Sitzung vom 30. Juli mit einer verfassungsändernden Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Die Ergänzungsetats.

Die seit Kriegsbeginn aufgestellten Etats sind im Laufe der Zeit immer über den Haufen geworfen worden. Die Zerrüttung der Reichsfinanzen durch den Krieg und seine Folgen, die Erschließung nötiger Einnahmequellen und die Feststellung der Ausgaben für die einzelnen Ministerien waren derart schwierig, daß sich die gesetzgebende Körperschaft damit abfinden mußte, umfangreiche Ergänzungsetats zu verabschieden. Mit diesem Zustand muß und soll gebrochen werden. Das erste ordentlich aufgestellte Etatsgesetz soll aber dem Reichstage bald nach seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden, und damit wird die ordentliche geschäftsmäßige Beratung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs wieder beginnen, und damit kommt auch die Zeit, wo die einzelnen Kapitel wieder eingehender Beratung unterzogen werden können.

Der Reichstag hat bereits zwei Ergänzungsetats zu verabschieden gehabt.

Anläßlich der Beratung des ersten Ergänzungsgesetzes wurde in der 7. Sitzung des Reichstags bei dem Kapitel Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft dem folgenden Antrag zugestimmt:

Bei den einmaligen Ausgaben: Zuschuß des Reichs zu den durch die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben (Auslandshilfe) entstehenden Kosten 13 025 000 Mk.

Die Summe ist bestimmt zur Bestreitung der Ausgaben, die bei der Verteilung der Liebesgaben, die dem Deutschen Reiche zur Verteilung an Bedürftige von ausländischen Organisationen übermittelt werden, entstehen.

Die Unabhängigen erklärten durch den Mund des Abgeordneten Crispien, daß sie der Regierung das Vertrauensvotum versagt haben und daß sie in Konsequenz ihrer Haltung auch den Nachtragsetat ablehnen, unbeschadet dessen, daß einzelne Forderungen auch ihre Billigung finden.

Bei der Beratung des zweiten Ergänzungsetats übte der Abg. Vogtherr (Unabh.) scharfe Kritik an dem Reichspräsidenten, weil er Todesurteile bestätigt und nicht genügend von seinem Begnadigungsrecht für die bei den blutigen Ruhrkrawallen Beteiligten Gebrauch gemacht hat. Darauf antwortete der Genosse Hermann Müller, daß der Reichspräsident bis zum 29. Juli von 1277 anhängig gemachten Fällen bereits 567 durch Begnadigung erledigt habe und daß eine große Anzahl weiterer Fälle zurzeit bearbeitet würde. Todesurteile habe der Reichspräsident nur zwei oder drei bestätigt, und die in Betracht kommenden Menschen seien scheußlicher Verbrechen überführt und sie könnten auch nicht für die Arbeiterklasse reklamiert werden. Es sei aber auch zu berücksichtigen, daß der Reichspräsident kein Parteimann sei, sondern daß er seine Tätigkeit pflichtgemäß nach den Bestimmungen der Reichsverfassung zu erfüllen habe. Die Reichsverfassung aber sieht die Todesstrafe vor. Weiter führte unser Redner an, daß die radikalen Parteien, als sie in Bremen die Regierungsgewalt in der Hand hatten, das Standrecht erlassen und auch die Todesstrafe für bestimmte Verbrechen angedroht haben und daß auch in Sowjetrußland die Todesstrafe eingeführt sei und in weitestem Maße angewendet würde.

Bei der Beratung des Kapitels „Reichswehrministerium" übte der Genosse Schöpflin scharfe Kritik an der großen Zahl höherer Offiziere in der neuen Hunderttausend-Mann-Wehrmacht. Danach sind von rund 4000 vorgesehenen Offiziersstellen 55 für Generale, 133 für Obersten, 617 für Stabsoffiziere, 1058 für Hauptleute und 1788 für Leutnants vorgesehen. Weiter übte er Kritik daran, daß für das kleine Heer nicht weniger als 42 500 Pferde benötigt würden, und er kündigte an, daß schon in Rücksicht auf die Finanznotlage des Reichs bei der Beratung des Etats für 1921 diese Ausgaben zum Gegenstand eingehender Kritik gemacht werden.

In der Etatsberatung nahmen noch das Wort Genosse König zu den Vorgängen im Ruhrrevier; Genossin Schulz zum Schulstreik in Herne; die Genossen Giebel, Schlicke und Bauer über die Anstellung von Privatbeamten und Kriegsbeschädigten bei den Versorgungsbehörden; Genosse Kotzur über die Bereitstellung der Mittel zur Durchführung des Tarifvertrags für die Arbeiter bei den Reichseisenbahnen und Genosse Bauer über den für die Reichseisenbahnen eingesetzten Untersuchungsausschuß für die Vorgänge in der Kappzeit.

Interpellationen.

In der 7. Sitzung vom 3. Juli 1920 stand die Interpellation Ledebour und Genossen betreffend die **Vorgänge in Thal** bei Ruhla in Thüringen auf der Tagesordnung.

Der Reichsminister Dr. Geßler erklärte, daß die Reichsregierung bereit ist, die Interpellation zu beantworten, wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist. Die Unabhängigen wollten aber unbekümmert darum die sofortige Besprechung herbeiführen, was aber nur eintreten kann, wenn die Mehrheit des Reichstags das beschließt.

Die Sozialdemokratische Fraktion hatte sich in einer Sitzung mit der Interpellation beschäftigt und beschlossen, für die sofortige Besprechung zu stimmen, und zwar in Rücksicht darauf, daß die Vorgänge in Thal außerordentlich beklagens- und verurteilenswerte waren. Sie hat sich bei dem Beschluß aber auf den Standpunkt gestellt, bei der Besprechung nur die Vorgänge zu erörtern und nicht den richterlichen Entscheidungen vorzugreifen. Die Besprechung wurde aber mit 182 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien haben geschlossen gegen die Vornahme der sofortigen Besprechung gestimmt; sie wird somit erst nach Inkrafttreten des Urteils besprochen werden können.

Interpellation betreffend **Unterstellung verschiedener Ortschaften unter polnische Staatshoheit.**

Die Interpellation wurde von der Sozialdemokratischen und allen bürgerlichen Fraktionen unterzeichnet.

Die Interpellation wurde in der 12. Sitzung behandelt. Für die Sozialdemokratische Fraktion sprach der Genosse Schulz (Westpreußen). Reichsminister Dr. Simons, der die Interpellation beantwortete, wie alle Redner der Parteien, einschließlich des Abgeordneten Ledebour, sprachen sich gegen die Abtrennung der Ortschaften und des Landstreifens vom Deutschen Reiche aus und waren sich einig darin, daß gegen die Losreißung scharfer Protest einzulegen ist.

Schutz für werdende Mütter.

Der Bevölkerungsausschuß des Reichstags und der Reichstag werden sich in kurzer Zeit mit der Frage der Aufhebung oder Abmilderung der §§ 218, 219 und 220 des Strafgesetzbuches zu beschäftigen haben.

Zu der Frage sind zwei Anträge eingegangen, und zwar von den Unabhängigen und von einer großen Anzahl Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion.

Die in den Anträgen aufgeworfene Frage ist außerordentlich schwierig und daher wohl in fast allen Fraktionen umstritten. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich in mehreren Sitzungen mit der Frage beschäftigt und kam zu dem Ergebnis, es den Mitgliedern der Fraktion anheimzustellen, dem nunmehr gestellten Antrage die Unterschrift zu geben. Einigkeit besteht darin, daß aus sozialen, bevölkerungspolitischen und ethischen Gründen heraus nach dem Wortlaut des Strafgesetzbuches nicht mehr verurteilt werden darf. Einmütigkeit besteht wohl auch darüber, daß der Antrag der Unabhängigen nicht angenommen werden kann, denn die Beseitigung des § 220 würde einen unzulässigen Eingriff in die unveräußerlichen Rechte der werdenden Mütter ohne weiteres gestatten.

Kleine Gesetze und Beschlüsse.

An kleineren Gesetzen wurden erledigt: Gesetz betreffend ein deutsch-französisches Abkommen über elsaß-lothringische Rechtsangelegenheiten. (5. Sitzung.)

Gesetz betreffend die Anwendung der Meistbegünstigung auf nicht meistbegünstigte Länder. (9. Sitzung.)

Gesetz über Ergänzung der Vorschriften über den juristischen Vorbereitungsdienst. (10. Sitzung.)

Gesetz betreffend das Berner Abkommen vom 30. Juni 1920. (10. Sitzung.)

Gesetz über die Aenderung des § 21 Abs. 1 und 2 des Umsatzsteuergesetzes. (14. Sitzung.)

Gesetz betreffend das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Lettland. (16. Sitzung.)

Annahme des am 11. Mai 1920 im Haag unterzeichneten Vertrags zwischen der deutschen Regierung über Kredit und Steinkohlen. (16. Sitzung.)

Gesetz zur Aenderung des Art. 168 der Reichsverfassung. (16. Sitzung.)

Gesetz betreffend Abänderung des Gesetzes über Postgebühren vom 29. April 1920. (16. Sitzung.)

Gesetz zur Ergänzung des Art. 178 der Reichsverfassung. (16. Sitzung.) (Betrifft das Wahlrecht der Helgoländer. Die Unabhängigen lehnen ab.)

Gesetz zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, über gemischte Schiedsgerichte und die Vollstreckung ausländischer Urteile. (17. Sitzung.)

Gesetz über Enteignung von Grundeigentum usw. bei der Neckar-, Main- und Donau-Kanalisierung. (17. Sitzung.)

An wichtigen, einstimmig angenommenen Beschlüssen sind die nachfolgenden zu verzeichnen:

Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die aus dem Abschluß des Reichslohntarifs für die Verkehrsarbeiter notwendig werdenden Mittel sowie die daraus sich ergebenden Ausgleichszulagen für die Beamten ausgezahlt werden;

der Reichstag erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bei der eingeleiteten Nachprüfung des Reichsbesoldungsgesetzes die Folgerungen aus den Landbesoldungsordnungen und den im Reich bereits vorgenommenen Einstufungen gezogen werden, soweit dies mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbesoldungsordnung vereinbar ist, und daß die sich ergebenden Vorschüsse gezahlt werden.

Nachdem das Reich mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des besetzten Gebiets den dortigen Beamten, Angestellten und Lohnempfängern des Reiches eine sogenannte Besetzungszulage bewilligt hat, erscheint es nicht angängig, den in gleicher Lage befindlichen Beamten, Angestellten und Lohnempfangern der Länder und Gemeinden, soweit ihr Diensteinkommen dasjenige der Klasse 13 der Reichsbesoldungsordnung nicht übersteigt, diese Zulage vorzuenthalten.

Da die Länder und Gemeinden erklären, die Mittel für diese Besetzungszulagen nicht aufbringen zu können, ist es notwendig, daß das Reich den Ländern und Gemeinden einen Zuschuß zu den entstehenden Kosten gewährt.

Der Ausschuß richtet daher an die Reichsregierung das Ersuchen, mit den in Frage kommenden Ländern und den Gemeinden eine Verständigung über den vom Reich zu tragenden Anteil an den Kosten herbeizuführen.

Den Gemeindebeamten wird die Besetzungszulage nur gewährt, wenn die Gemeindebeamten keine höheren Gehaltssätze beziehen als die gleichartigen Beamten des Reiches und der Länder.

Im außerordentlichen Haushalt — B. Heerwesen — unter b ist zu setzen: 8 000 000 Mk. zur Unterstützung der infolge der Heeresverminderung auf Fürsorge zur Entlassung Kommenden bei Beschaffung von Zivilkleidung.

Sozialisierung.

So stark auch die Steuerschrauben, direkte und indirekte, angezogen werden und so sehr auch der Grundsatz der Sparsamkeit zur Anwendung gelangen mag, so steht doch fest, daß Deutschland ohne Ausbau der Gemeinwirtschaft aus dem finanziellen und wirtschaftlichen Elend nicht herauskommen kann.

Der Weg der Sozialisierung ist beschritten. Das Sozialisierungsgesetz ist geschaffen. Damit haben wir die Grundlage für die gesetzgeberische Arbeit. Wenn jenes Gesetz nicht so ausgefallen ist, wie wir Sozialdemokraten es wünschten, so hat es seine Ursachen darin, daß wir eine Mehrheit in der Nationalversammlung nicht haben. Kohlen- und Kaliproduktion und neuerdings auch die Eisenwirtschaft, sind heute schon zum Teil Organen unterstellt, die vom Reich, Produzenten und Konsumenten gebildet wurden.

Mit der Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der Sozialisierung gemacht worden. Gerade bei Beratung dieses Gesetzes hat sich deutlich gezeigt, wie notwendig eine sozialdemokratische Mehrheit ist. Alle bürgerlichen Parteien sind mehr oder weniger darauf eingestellt, die Vorrechte derer zu sichern, die im Besitze der Produktionsstätten sind. Die allergrößten Widerstände wurden mit von den Vertretern der Demokraten aufgerichtet. Es ist unseren Vertretern im Ausschuß nicht gelungen, die Entschädigungsfrage so zu lösen, daß nur der buchmäßige Anlagewert bezahlt wird. Aus dieser Probe ist deutlich ersichtlich, daß die Arbeiterschaft bei den bevorstehenden Wahlen alle Ursache hat, darauf hinzuwirken, daß eine sozialdemokratische Mehrheit im Reichstage vertreten ist.

Mit Nachdruck verfochten die Genossen Dr. Braun, Molkenbuhr, Kahmann, Hue, Osterroth und Krüger die Verbesserung der Gesetze.

Die Ernährungsfrage.

Die Ernährungsfrage steht im Vordergrunde der Interessen des ganzen deutschen Volkes. Von einer ausreichenden und gut geregelten Nahrungsmittelversorgung, unter erträglichen Preisverhältnissen, hängt der dringend notwendige und ungestörte Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens ab.

Daher beobachtet die Sozialdemokratische Partei das ganze Gebiet der Ernährungswirtschaft mit steigendem Interesse. Sie hat deshalb eine Kommission, bestehend aus Abgeordneten der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung, eingesetzt und ihr den Auftrag erteilt, in Gemeinschaft mit den verantwortlichen Stellen im Reiche und in Preußen die Ernährungswirtschaft in Deutschland zu prüfen und sie haben das Ergebnis in einem Bericht niedergelegt.

Der Kapp-Putsch und die Regierungsumbildung.

Nachdem im Herbst 1919 die Demokraten wieder in die Regierung eingetreten waren, wurde sie durch den Kapp-Putsch genötigt, Berlin am 13. März 1920 vorübergehend zu verlassen. Sie ließ sich zunächst einige Tage in Dresden nieder und siedelte dann nach Stuttgart über, wohin auch die Mitglieder der Nationalversammlung berufen wurden. Der Kapp-Putsch löste den Generalstreik und in einigen Teilen Deutschlands blutige Unruhen aus. Eisenbahn und Post ruhten; Arbeiterschaft und Beamte nahmen fast ausnahmslos Stellung gegen die reaktionären Umstürzler, und so war es denn selbstverständlich, daß die „Kapp-Regierung" schon nach einigen Tagen kapitulierte. Die Nationalversammlung trat daher nur für einen Tag, und zwar am 18. März, im Kunstgebäude in Stuttgart zusammen und nahm Stellung zum Kapp-Putsch. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach der Genosse

Scheidemann. Im Anschluß daran fuhren Regierung und Abgeordnete nach Berlin zurück.

Dort nahm die Fraktion sofort Stellung zu der brennend gewordenen Frage der Regierungsumbildung. Genosse Noske, der bis dahin Reichswehrminister war, legte sein Amt nieder. Als Ministerpräsident wurde an Stelle des Genossen Bauer Hermann Müller berufen, der zunächst auch die Leitung des Außenministeriums in Händen behielt und das später dem Genossen Adolf Köster übertragen wurde. Genosse Bauer übernahm das Reichsschatzministerium und der demokratische Justizminister Dr. Schiffer wurde durch seinen Fraktionskollegen Dr. Blunck ersetzt. Das Reichswehrministerium übernahm der Demokrat Dr. Geßler.

Das Kabinett stellte sich in der Sitzung vom 29. März vor. Zu der Regierungserklärung sprachen die Genossen Legien und Wels für die sozialdemokratische Fraktion.

Kleine Gesetze.

An kleinen Gesetzen sind erledigt:

Gesetz zur Ergänzung der Steuerflucht.
Gesetz über den Eintritt der Freistaaten Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft.
Gesetz über die Landkrankenkassen, Kassenangestellte und Ersatzkassen.
Gesetz über den § 323 der Zivilprozeßordnung.
Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold.
Gesetz über ergänzende Maßnahmen gegen Kapitalabwanderung ins Ausland.
Gesetz über die Entschädigung von Offizieren und Deckoffizieren.
Gesetz zur Ergänzung der militärischen Versorgungsgesetze.
Gesetz betr. Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben.
Gesetz betr. die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens.
Gesetz über Postgebühren.
Gesetz zur Aenderung des Postscheckgesetzes vom 26. Mai 1914.
Gesetz betr. Telegraphen- und Fernsprechgebühren.
Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung.
Gesetz betr. einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 sowie die Ausgabe von Inhaberpapieren mit Prämien.
Ausführungsgesetz zum Friedensvertrag.
Gesetz über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrags zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten.
Gesetz betr. den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit.
Gesetz betr. Aenderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol.
Gesetz über die Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.
Gesetz über die Eisenbahnaufsicht.
Gesetz betr. die vorläufige Regelung der Luftfahrt.
Gesetz betr. Aenderung des Bankgesetzes.
Gesetz über weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften.
Gesetz gegen das Glücksspiel.
Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919.
Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über die Vergütung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiet vom 2. März 1919.
Gesetz über die Erhebung der Biersteuer von dem auf Grund des Friedensvertrages zur Einfuhr kommenden Biere.
Gesetz betr. Aenderung des Konsulatsgebührengesetzes.
Gesetz: Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche.

Gesetz über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken.
Gesetz über Bildung einer vorläufigen Reichswehr bzw. Reichsmarine.
Gesetz zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes.
Gesetz über Wiederbeginn und Ablauf von Fristen.
Gesetz betr. Aburteilung der an hochverräterischen Unternehmen Beteiligten aus dem März 1920.
Gesetz über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele.
Gesetz über Enteignungsrecht von Gemeinden betr. Rayonbeschränkungen.
Aenderung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge.
Gesetz über die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen.
Gesetz: Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern.
Reichsausgleichgesetz.
Gesetz betr. die Wahl des Reichspräsidenten.
Gesetz betr. die Befriedung der Gebäude des Reichstags und der Landtage.
Reichswahlgesetz.
Gesetz betr. die Vereinigung Coburgs mit Bayern.
Gesetz betr. das Land Thüringen.
Gesetz über Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarsachen.
Gesetz betr. das deutsch-französische Abkommen über die Zahlung der elsaß-lothringischen Pensionen.
Gesetz betr. den Uebergang der Post- und Telegraphenverwaltung Bayerns und Württembergs auf das Reich.
Gesetze über Telegraphen- und Fernsprechgebühren, Postgebühren und das Postwesen des Deutschen Reichs.
Gesetz betr. Gewährung einer Entschädigung an versetzte Beamte und von Umzugskosten beim Wohnungswechsel am Orte.
Gesetz betr. Auskunftspflicht über Güter usw. im Gebiet der alliierten und assoziierten Mächte.
Gesetz betr. Abänderung des Betriebsrätegesetzes.
Gesetz über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.
Reichsheimstättengesetz.
Gesetz betr. die Uebernahme einer Haftung des Reichs für Lasten des Saarbrücker Knappschaftsvereins.
Gesetz über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung.
Gesetz betr. Wiederaufnahme gegen Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte.
Gesetz betr. die steuerliche Behandlung der im Reichsausgleichgesetz usw. geregelten Ansprüche und Verbindlichkeiten.
Gesetz über Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung.
Gesetz betr. Verordnung über eine militärische Amnestie.
Gesetz betr. Erteilung einer Kreditermächtigung.
Gesetz betr. Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Costa Rica.
Gesetz über die Entschädigung verhafteter oder verurteilter Elsaß-Lothringer.
Gesetz betr. die Erteilung einer Kreditermächtigung.

Interpellationen

standen drei sozialdemokratische zur Beratung. Die erste, die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne betreffend, wurde bei der Beratung der Steuergesetze mit erledigt. Die Notlage der Zivil- und Militärrentenempfänger wurde vom Genossen Meier begründet und vom der Genossin Reitze wirkungsvoll vertreten. Die Steigerung der Preise für Häute und Leder wurde vom Genossen Becker begründet.

Bericht

der sozialdemokratischen Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung des Deutschen Reichs

Mai 1919 — April 1920

Vorwort.

Wie nicht anders anzunehmen war, hat die verfassunggebende Nationalversammlung sich nicht darauf beschränken können, das Fundament des Reiches, die Verfassung, zu schaffen und den Frieden herbeizuführen, sondern sie wurde von der Not gezwungen, große Gesetzeswerke zu erledigen.

Der in den 15 Monaten, die die Nationalversammlung gearbeitet hat, aufgearbeitete Stoff hätte in der Vorkriegszeit zwei Legislaturperioden ausgefüllt, aber Krieg und Kriegsausgang haben die Verhältnisse umgestülpt, neue Wert- und Zeitgrade geschaffen und verursacht, daß Regierung und gesetzgebende Körperschaft ein Arbeitstempo einschlagen mußten, das zehnmal schneller ist als das frühere.

Trotzdem die Nationalversammlung länger tagte, als es den Oppositionsparteien von links und rechts zusagte, ist eine Anzahl sehr wichtiger und dringlicher Gesetzesarbeiten nicht erledigt worden. Die Lebensdauer der Nationalversammlung hätte bis zum Herbst ausgedehnt werden müssen, wenn das gesteckte Ziel erreicht werden sollte.

Der gutorganisierte militärische Putsch der Kapp und Lüttwitz hat die politische Spannung, unter der die Parteien standen, bedeutend verstärkt und hat den Entschluß ausgelöst, die Wahlen zum Reichstage bereits im Juni vornehmen zu lassen. Der Reichstag hat also die Aufgabe, die von der Nationalversammlung nicht oder nur zum Teil erledigten Arbeiten in beschleunigtem Tempo fortzuführen.

Wir nehmen die Berichterstattung über die Tätigkeit der Nationalversammlung da auf, wo sie im Protokoll über den Parteitag in Weimar schließt und können den Bericht aus Mangel an Zeit und in Rücksicht auf den Umfang des verarbeiteten Stoffes und andere Hindernisse nicht ganz ausführlich gestalten.

Verfassung des Deutschen Reichs.

Als der Parteitag im vorigen Jahre in Weimar zusammentrat, lagen erst die Ergebnisse der Verfassungsberatung aus der ersten Lesung des Plenums und der ersten Lesung des Ausschusses vor, über die ein umfassender Bericht aus der Feder des Genossen Katzenstein vorlag und der uns der Pflicht ent-

hebt, eine ausführliche Darstellung zu bringen. Wir beschränken uns deshalb darauf, über die nachfolgenden Verhandlungen zu berichten.

Die zweite Beratung der Verfassung begann am 2. Juli, und sie wurde erledigt an 13 Beratungstagen am 22. Juli 1919. Genosse Dr. Quarck trat dafür ein, daß die Ueberschrift lautet: Verfassung der Deutschen Republik. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wurde beantragt, die Reichsfarben schwarz-rot-gold abzulehnen und schwarz-weiß-rot beizubehalten, und sie wurden in ihrem Vorgehen unterstützt von einem großen Teile der Demokraten. Der Antrag wurde aber abgelehnt und mit 211 gegen 89 Stimmen wurde beschlossen, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sind.

Angekämpft wurde ferner von Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei gegen die Bestimmung, wonach jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß, daß die Volksvertretung in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen ist, daß die Landesregierung des Vertrauens der Volksvertretung bedarf und daß die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung auch für die Gemeindewahlen gelten. Genosse Dr. Quarck trat mit Nachdruck und Erfolg für die zwingenden demokratischen Grundsätze ein. Von den beiden Rechtsparteien wurde auch versucht, das Wahlalter zu erhöhen. Die Deutschnationalen beschränkten sich darauf, zu beantragen, in der Reichsverfassung kein Wahlalter zu benennen und es im Wahlgesetz festzulegen, und sie hatten dabei ganz offenbar den Gedanken, daß es ihnen bei Beratung des Wahlgesetzes möglich werden kann, das Wahlalter erheblich hinaufzusetzen. Die Deutsche Volkspartei dagegen beantragte, das Wahlalter auf 24 Jahre festzusetzen. Beide Anträge wurden von dem Genossen Katzenstein bekämpft und danach abgelehnt. Mit Erfolg wehrte auch der Genosse Katzenstein die Angriffe gegen die dreijährige Wahlperiode ab. Für die Rechte des Reichstags bei Kriegserklärungen, bei Abschluß von Verträgen und für Aufhebung der Geheimverträge bei Gründung eines Völkerbundes trat der Genosse Dr. Quarck ein. Der sozialdemokratische Antrag, wonach Männer und Frauen dieselben Rechte haben, wurde von der Genossin Juchacz und dem Genossen Dr. Quarck vertreten, aber von der bürgerlichen Mehrheit mit 144 gegen 128 Stimmen abgelehnt. Für die Abschaffung des Adels stimmten 127 Mitglieder der Nationalversammlung, während 153 dagegen waren. Für die Aufhebung der Todesstrafe sprachen die Genossin Pfülf und Genosse Dr. Sinzheimer. Die Aufhebung der Todesstrafe aber wurde mit 153 gegen 128 Stimmen abgelehnt. Genossin Röhl und Katzenstein traten mit Erfolg für die Ausdehnung des Schutzes der Mutterschaft und die Rechte der unehelichen Kinder ein. Für die Ueberführung der Bodenschätze und Naturkräfte in Gemeineigentum sprachen die Genossen Osterroth und Katzenstein mit dem Erfolg, daß ein dahinzielender Antrag mit 123 gegen 117 Stimmen angenommen wurde. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde auch die hartumstrittene Bestimmung angenommen, daß kein Mitglied der Familie eines Landesherren zum Präsidenten der Deutschen Republik gewählt werden kann.

Die dritte Beratung der Verfassung begann in der 69. Sitzung am 29. Juli. In der Generaldebatte sprach für die sozialdemokratische Fraktion der Genosse Katzenstein. In seiner Rede forderte er, dem Reichstag und Reichsrat die Wahl des Reichspräsidenten zu überlassen und die Amtsdauer des Reichspräsidenten auf fünf Jahre herabzusetzen. Der zur ersten Frage gestellte Antrag wurde aber von der Fraktion zurückgezogen, während der zweite Antrag abgelehnt und die Amtsdauer auf sieben Jahre festgesetzt wurde. Die Rechtsparteien wiederholten bei der dritten Beratung ihre Verschlechterungsanträge und sie hatten vielfach Erfolg dabei. So erreichten sie durch Annahme eines Antrags Heinze, daß dem Artikel 17 ein Absatz angefügt wurde, wonach durch Landesgesetz bestimmt werden kann, daß durch Landesgesetz die Wahlberechtigung von der Dauer des Aufenthalts in der Gemeinde bis zu einem Jahre abhängig gemacht werden kann. Die Wahldauer des Reichstags war von dem Ausschuß in zweiter Lesung auf fünf Jahre festgesetzt. Die Rechtsparteien bemühten sich, diese Position zu verteidigen, während von unserer Seite versucht wurde, die dreijährige Wahldauer zu erreichen. Angenommen wurde ein Antrag der Demokraten, wonach der Reichstag auf vier Jahre gewählt wird. Die Rechtsparteien rannten auch in der dritten Lesung gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit an; sie hatten aber kein Glück damit. Ebenso versuchten sie ihre Geburts- und Standesvorrechte von der Verfassung unberührt zu lassen. Zwar wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, wonach die öffentlichrechtlichen Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes aufgehoben sind; aber immerhin wurde doch ein Zentrumsantrag angenommen, wonach die Vorrechte und Nachteile der Geburt und des Standes aufzuheben sind. Die Beseitigung der Todesstrafe, die in der zweiten Lesung beantragt, aber abgelehnt wurde, ist in dritter Lesung nicht beantragt worden, und zwar um deswillen, weil dafür keine Mehrheit zu haben war. Dafür aber ist eine Entschließung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, alsbald einen Gesetzentwurf über die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs mit dem Ziel der Beseitigung der Todesstrafe dem Reichstage vorzulegen. Die von unserer Seite bei Beratung des Artikels 119 beantragte Erweiterung der Rechte der unehelichen Kinder wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Bei Beratung des Artikels 152 wurde der in der zweiten Lesung angenommene und vom Ausschuß wieder beseitigte Antrag betreffend Ueberführung der Bodenschätze und Naturkräfte in Gemeineigentum wiederholt und von den bürgerlichen Parteien mit 170 gegen 152 Stimmen abgelehnt. Der Versuch der Rechtsparteien, Mitgliedern der Familien von Landesherren das Recht zu erkämpfen, Reichspräsident zu werden, schlug fehl, denn die Stellungnahme des Ausschusses wurde mit 198 gegen 141 Stimmen aufrechterhalten.

In der Generaldebatte hatte für die Deutschnationalen der Abgeordnete Dr. Düringer erklärt, daß sie der Verfassung nicht zustimmen, da sie nicht konservativ genug sei. Nach ihrer Meinung sei ein starkes Preußen und eine föderalistische Grundlage notwendig. Sie seien für die Monarchie, die auch dem Volke sympathischer wäre, während die Republik ihm wesensfremd sei. Gegnerschaft bekundeten sie auch zum Prinzip der Sozialisierung, das in der Verfassung festgelegt sei. Dr. Heinze erklärte für die Deutsche Volkspartei, daß sich ihre Auffassung über Monarchie und Republik mit der von Dr. Düringer vorgetragenen decke. Die Verfassung zeige den Geist der extremen Demokratie, den sie ablehnen. Die Bestimmungen über das Gemeindewahlrecht seien ein schwerer Eingriff in die Rechte der Länder und Gemeinden, und sie könnten aus all den Gründen den Tag nicht feiern, an dem mit den neuen Reichsfarben schwarz-rot-gold kundgetan wird, daß die neue Verfassung in Kraft getreten ist; sie stimmten daher gegen die Verfassung.

Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte der Genosse Löbe vor der Schlußabstimmung, daß es ihr schwer falle, der Verfassung zuzustimmen, weil viele unserer Wünsche von der geschlossen dastehenden Front der Bürgerlichen abgelehnt wurden. Die Zustimmung aber würde gegeben in der Hoffnung, daß die lebendigen Kräfte der Entwicklung stärker sein werden als die papiernen Hindernisse, die mit der Verfassung aufgerichtet werden.

Die Verfassung ist sodann in namentlicher Abstimmung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Enthaltung in der Sitzung vom 31. Juli angenommen worden. Dagegen gestimmt haben Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Unabhängige Sozialdemokraten.

Der Friedensvertrag.

Obwohl Fraktion und Nationalversammlung am 12. Mai die Friedensbedingungen der Entente als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt hatten, mußten sie sich in den Junitagen 1919 nach tiefgehenden Erörterungen zu deren Annahme entschließen.

Der Entschluß darüber war um deswillen so schwer, weil die Wünsche der deutschen Regierung fast unbeachtet geblieben waren und die beiden Rechtsparteien ihn geschlossen, die Demokraten in Mehrheit ihn ablehnten, und weil sowohl im Zentrum als auch in unserer Fraktion Mitglieder waren, die unter Anführung guter Gründe eine bessere Lösung in dem Nein sahen.

Zu denen, die den Vertrag ablehnten, gehörten der Ministerpräsident Scheidemann und der Justizminister Landsberg, der der Friedensdelegation mit angehörte. Die Frage wurde noch verschärft dadurch, daß das Offizierkorps wegen der geforderten Auslieferung angeblich schuldiger Offiziere mit dem Rücktritt drohte und daß sich daraus der Zerfall der eben erst leidlich aufgerichteten Wehrmacht ergeben konnte.

Die Unabhängigen hatten sich bereits am 12. Mai für ein glattes Ja entschieden, und sie haben in der nachfolgenden Zeit in ihrer Presse immer wieder betont, daß uns nichts weiter übrig bleibe, als den Friedensvertrag zu unterzeichnen; sie haben damit der Entente, besonders aber den Franzosen, die beste Begründung für ihr unerhörtes Verlangen gegeben.

Ausschlaggebend für das Ja unserer Fraktion war, daß die Entente von neuem Kriegsmaßnahmen gegen Deutschland unternehmen, unsere in Sehnsucht nach der Heimat schmachtenden 800 000 Kriegsgefangenen weiter zurückhalten, daß sie das Ruhrgebiet und andere wichtige Teile Deutschlands besetzen und die Blockade in verschärftem Maße über Deutschland verhängen würde.

Die Regierung wurde am 22. Juni ermächtigt, zu unterschreiben, in der festen Hoffnung, daß die Zeit für Deutschland arbeitet und daß durch spätere Verhandlungen das Unerträgliche aus dem Vertrage von Versailles herausgebrochen wird.

In der namentlichen Abstimmung stimmten 237 für und 138 gegen Unterzeichnung des Friedensvertrages, während 5 Mitglieder sich der Stimme enthielten.

Mit der Annahme des Friedensvertrages schieden die Demokraten aus der Regierung aus. Sozialdemokraten und Zentrum übernahmen allein die Regierungsgeschäfte. Aus der Regierung schieden aber auch aus die Genossen Scheidemann und Landsberg.

Die Kanzlerschaft übernahm Genosse Bauer und an die Spitze des Ministeriums des Auswärtigen trat an Stelle des Grafen Brockdorf-Rantzau, der ebenfalls zurücktrat, der Genosse Hermann Müller. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach der Genosse Löbe. Er führte aus, daß die Fraktion die Haltung der Regierung billigt und daß sie daher dem Vertrauensvotum zustimmt.

Die Vertrauensfrage für die Regierung wurde mit 235 gegen 89 Stimmen bejaht, während 69 Mitglieder sich einer Erklärung enthielten.

Das Gesetz über den Friedensvertrag wurde in allen drei Lesungen in der Sitzung vom 9. Juli angenommen. Für die sozialdemokratische Fraktion gab der Genosse Krätzig eine zustimmende Erklärung ab. In der namentlichen Abstimmung stimmten 209 Abgeordnete mit Ja und 116 mit Nein. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei stimmten geschlossen gegen das Gesetz, während die Demokraten eine Minderheit für und eine Mehrheit gegen das Gesetz stellten.

Das Betriebsrätegesetz.

Die Revolution hat die politische Demokratie gebracht und mit dem Betriebsrätegesetz ist die Grundlage für die Demokratie in den Wirtschaftsbetrieben gelegt. Das unhaltbare Vorrecht der „Herren im Hause" ist beseitigt. Den Arbeitnehmern sind Rechte der Mitbestimmung eingeräumt, die zwar nicht unsere Wünsche befriedigen, die aber ein guter Anfang sind und die, wenn sie klugen und entschiedenen Vertretern übertragen werden, eine Macht in den Händen der Arbeitnehmer sind.

Das Gesetz zeigt an vielen Stellen die üblen Spuren des Kompromisses und an vielen unsere politische Schwäche. Wenn das Gesetz nicht so aussieht, wie es zahlreiche Arbeiter und Angestellte und wir wünschen, dann liegt es in erster Linie daran, daß das Volk am 19. Januar 1919 nicht in Mehrheit sozialdemokratisch gewählt, sondern eine bürgerliche Mehrheit geschaffen hat. Zentrum und Demokraten wollten und konnten bei Schaffung des Betriebsrätegesetzes nicht soweit gehen, als wir das verlangten, denn beide Parteien haben starke Wählermassen hinter sich, die dem Betriebsrätegesetz ablehnend gegenüberstehen.

In zweiter Linie aber liegt die Schuld daran, daß nicht mehr erreicht wurde, bei den Unabhängigen.

Diese Maulhelden sind nicht müde geworden, von Anfang an das Betriebsrätegesetz als ein Schandgesetz zu bezeichnen. Kein Tag verging, an dem sie nicht die völlige Unbrauchbarkeit dieses Gesetzentwurfes erklärten. Aber wie bei fast allen anderen Beratungen haben sie auch hier völlig versagt.

Obwohl ihnen bekannt ist, daß in den Ausschußberatungen in der Hauptsache die Würfel über die Gesetze fallen, haben sie es vorgezogen, sich von der Arbeit des Ausschusses bei Beratung des Betriebsrätegesetzes weidlich zu drücken. Zwei Sitze hatten die Unabhängigen im Ausschuß, aber fast immer fehlte einer ihrer Vertreter, häufig sogar beide. Zudem schickten sie die „lahmsten Pferde aus dem Stalle" an diesen wichtigen Arbeitsplatz, wo um jeden Paragraphen gekämpft werden mußte. So kam es, daß eine Anzahl wichtiger Verbesserungsanträge fielen, weil die unabhängigen „Arbeitervertreter" ihre Pflicht nicht erfüllten.

Nach den gemachten Feststellungen hat bei 72 Abstimmungen immer ein Vertreter der Unabhängigen gefehlt.

Von den 236 im Ausschuß gestellten Anträgen trägt nur einer den Namen der Unabhängigen, und zwar des Abgeordneten Laukant. Der Antrag verlangt die Streichung einiger Worte, so daß die Betriebsräte auf unbestimmte Zeit gewählt werden sollten, und er hätte bei Annahme im Gefolge gehabt, daß in Betrieben, in denen die Unternehmer großen Einfluß auf die Arbeitnehmer haben, die Betriebsräte alle „hundert Jahre" neugewählt werden. Der Antrag hatte also wenig revolutionären Geist des Klassenkampfes. Außerdem hat derselbe Abgeordnete mündlich beantragt, auch in Gefängnissen Betriebsräte zu

wählen, wobei er allerdings vergaß, mitzufordern, daß die Gefängnisbetriebsräte auch über Einstellung und Entlassung der „Beschäftigten" die Entscheidung haben.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprachen die Genossen Bender und Osterroth.

Der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag.

Die Nationalversammlung hat im vorigen Jahre den 1. Mai als gesetzlichen Nationalfeiertag für das Jahr 1919 erklärt. Schon damals waren bei allen bürgerlichen Parteien erhebliche Widerstände zu überwinden, und es bestand in unserer Fraktion kein Zweifel darüber, daß die gesamten bürgerlichen Parteien ein zweites Mal den 1. Mai nicht wieder als gesetzlichen Feiertag festlegen würden.

Trotzdem hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der Arbeit zu erklären. Absichtlich haben wir vermieden, ihn als Nationalfeiertag gesetzlich stempeln zu lassen, denn wir können und wollen nicht mit den Deutschnationalen und ihrem linken Anhang den 1. Mai zusammen als Festtag der Nation feiern.

Der Antrag — die Unabhängigen hatten einen ähnlich lautenden gestellt —, wurde von der Nationalversammlung so ungefähr zwischen Tür und Angel verhandelt und vom Genossen Hausmann begründet. Obwohl bereits einige Länder beschlossen hatten, den 1. Mai als Feiertag gelten zu lassen und obwohl in zahlreichen Gemeinden das gleiche beschlossen war und obwohl weiter feststand, daß die gesamte Arbeiterschaft den 1. Mai durch Arbeitsruhe festlich begehen würde, haben die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen unsern Antrag gestimmt.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen.

Für diese Opfer des Krieges hat die Nationalversammlung am 28. April 1920 ein Gesetz verabschiedet.

Das neue Gesetz kennt die Unterschiede der alten Gesetze nicht mehr. Es behandelt alle Beschädigten gleich, ob Soldat, ob Unteroffizier oder Offizier; sie werden alle gleich hoch entschädigt. Kriegsbeschädigung oder Beschädigung in der Garnison werden gleichgeachtet. Die Kriegszulage fällt weg, ebenso die Verstümmelungszulage, an deren Stelle die Schwerbeschädigtenzulage tritt, die alle die Beschädigten erhalten, die eine Rente von 50 Proz. und mehr beziehen.

Die verschiedenen Zuschläge und Zulagen, die zu den Renten gewährt werden, machen das Gesetz etwas unübersichtlich. Wer nur flüchtig hineinsieht und dabei sich nur an die fixierte Grundrente hält, kann deshalb zu ganz falschen Schlüssen gelangen. Ein Ueberblick über die verschiedenen vorgesehenen Leistungen wird das zeigen.

Das Gesetz kennt die sogenannte Grundrente und die sogenannte Schwerbeschädigtenzulage.

Dazu kommt die Ausgleichszulage in den Fällen, wo der Beschädigte seinen früheren Beruf nicht mehr ausüben kann, falls er erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erforderte. Sie beträgt 25 Proz. der Grundrente und der Schwerbeschädigtenzulage. Erfordert der Beruf auch noch ein besonderes Maß von

Leistung und Verantwortung, so beträgt sie 50 Proz. Grundrente, Schwerbeschädigtenzulage und Ausgleichszulage zusammen bilden die Vollrente.

Für Kinder — dazu gehören auch die Pflege- und Adoptivkinder sowie die unehelichen —, wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres eine Kinderzulage gewährt, und zwar für jedes Kind 10 Proz. der Vollrente.

Hilflose Beschädigte, die nicht ohne fremde Pflege und Wartung bestehen können, bekommen eine Pflegezulage, die, je nachdem, 600, 1000 oder 1500 Mk. beträgt.

Um dem Rechnung zu tragen, daß an den verschiedenen Orten die Lebenshaltung verschieden teuer ist, wird zur Vollrente und Ausgleichszulage eine Ortszulage zugeschlagen.

Zu den herauskommenden Beträgen kommt eine Teuerungszulage, die jährlich neu festgesetzt wird. Zurzeit beträgt sie 25 Proz. aller Gebührnisse.

In den Fällen, wo ein Heilverfahren notwendig wird, besteht darauf ein Rechtsanspruch. Ebenso auf Berufsausbildung.

Witwen und Kindern bei der Ausbildung und bei der Ausübung des Berufs behilflich zu sein, sind die Fürsorgestellen verpflichtet.

Die Elternrente beträgt, wenn beide Eltern noch leben, 30 Proz., sonst 20 Proz. der Vollrente. Dazu kommen Orts- und Teuerungszulage. Voraussetzung der Gewährung ist, daß der Verstorbene die Eltern ernährt hat oder später ernährt hätte. Auch bedürftig müssen die Eltern sein.

Stirbt ein Beschädigter, laufen zunächst seine Bezüge drei Monate weiter; auf diese Gebührnisse werden allerdings dann die der Hinterbliebenen aufgerechnet. Auch wird, je nach der Ortsklasse, ein Sterbegeld von 400, 350, 300, 250 Mk. gezahlt.

Zum Erwerb oder der wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes können Beschädigte und Witwen mit einem Teil ihrer Bezüge abgefunden werden. Abgefunden werden auch die Witwen, die sich wieder verheiraten.

Die Gebührnisse, die das Reich jährlich aufbringen muß, belaufen sich auf rund 4¾ Milliarden Mark. Zu entschädigen sind schätzungsweise 1 350 000 Beschädigte, 520 000 Witwen, 1 130 000 Waisen.

Bedauerlich ist es, daß es nicht gelungen ist, in der Kommission mit einer Reihe von Anträgen durchzudringen. So ist der Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion, die Rentenzahlung bereits bei 10 Proz. Dienstbeschädigung stattfinden zu lassen, abgelehnt worden. Für die jetzt eine solche Rente Beziehenden ist eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der Rente vorgesehen. Ebenso fand der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Witwenrente im Falle der Wiederverheiratung, für welche ebenfalls eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages vorgesehen ist, wieder aufleben zu lassen, falls binnen sechs Jahren erneut Witwenschaft eintritt, keine Annahme.

In der zweiten Beratung sprach für die sozialdemokratische Fraktion der Genosse Meier. Er hob hervor, daß der Entwurf vom Ausschuß wesentlich verbessert worden ist, daß aber trotzdem alle unsere Wünsche nicht befriedigt worden sind und daß der Reichstag jederzeit Gelegenheit nehmen kann, das Gesetz zu ändern. Er wandte sich dann noch gegen die Agitationsanträge der Deutschnationalen, die in schreiendem Widerspruch zu ihrem früheren Verhalten stehen und die um so mehr Verwunderung erregen müssen, als die Deutschnationalen dem Reich weder Steuern noch den Etat bewilligen.

Die Sorge für die Opfer des Krieges und der Arbeit.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat vom ersten Tage ihrer Tätigkeit an ihr Augenmerk den berechtigten Interessen der Opfer des Krieges und der Arbeit gewidmet. Sie hat sich nach Kräften bemüht, dem Arbeitsprogramm, das der Ministerpräsident Genosse Scheidemann am 13. Februar 1919 der Nationalversammlung vorlegte, lebendige Gestalt zu geben, und sie hat in zahlreichen Fraktionssitzungen auf die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder eingewirkt, dahin zu streben, daß mit größter Beschleunigung die Ansprüche der Kriegsverletzten, der Kriegshinterbliebenen, der Zivilrentner und Arbeitslosen den veränderten Verhältnissen entsprechend gesetzlich geregelt werden.

Nachdem die Anfrage des Genossen Meier-Sachsen, ob die Regierung bereit sei, die Alters-, Invaliden- und Unfallrenten zu erhöhen, am 24. Juni dahin beantwortet war, daß zurzeit darüber Verhandlungen schweben, hat derselbe Genosse im Auftrage der Fraktion die Regierung am 14. Juli über die Notlage der Zivil- und Militärrentenempfänger interpelliert. Er hat darauf hingewiesen, daß die bereits im Oktober 1917 von sozialdemokratischer Seite geforderte Erhöhung aller Renten von der Regierung nicht durchgeführt wurde und daß die im Juni 1918 vom Reichstag angenommene Resolution, in der die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Neuregelung der Kriegsrenten und die vorläufige Erhöhung aller Kriegsrenten um 100 Proz. gefordert wurde, völlig ungenügend beachtet worden sei. Der Redner wies nach, daß die Preise für die Lebensnotwendigkeiten gewaltig gestiegen sind, daß die im Jahre 1918 vorgenommene Erhöhung der Alters-, Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Unfallrenten völlig unzureichend ist und daß sich die Opfer des Krieges und der Arbeit zum größten Teil in schlimmster Notlage befinden. Er erklärte, daß wir bei aller Achtung vor dem Grundsatz notwendiger Sparsamkeit doch der Regierung die Pflicht auferlegen, ausreichend für die bedürftigen Rentner zu sorgen, und er gedachte in seiner Rede auch der Notlage der bedürftigen Kriegsveteranen von 1870/71, denen die völlig unzureichende Jahresrente von 150 Mk. und eine einmalige Zuweisung von 25 Mk. für das Jahr 1917/18 zustand.

Der Arbeitsminister Schlicke antwortete, daß die bedürftigen Rentenempfänger aus der gemeindlichen Kriegswohlfahrtspflege, an deren Kosten das Reich mit einem Drittel beteiligt ist, Zuschüsse beanspruchen können und daß er baldigst einen Gesetzentwurf vorlegen wird, worin eine erhöhte Fürsorge für die Rentenempfänger festgelegt wird.

Vom Vertreter des Kriegsministeriums wurde geantwortet, daß zunächst durch Verordnung die Renten der versorgungsberechtigten Militärpersonen erhöht worden sind und daß die Reform der Militärversorgungsgesetze in Arbeit sei, zu deren Erledigung die Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zur Mitarbeit herangezogen würden.

In der weiteren Debatte sprach noch die Genossin Reitze wirkungsvoll für die Rentner und forderte, daß zum Zwecke der sozialen Aussöhnung denen gegeben werden solle, die nichts haben, und denen genommen werden solle, die reichlich und allzu reichlich besitzen.

Ohne Debatte wurde in der Sitzung vom 21. August 1919 der folgende von allen Parteien unterstützte Antrag Löbe angenommen:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen:

1. sofort ausreichende Mittel zur schleunigen Gewährung von Beihilfen an notleidende Kriegshinterbliebene zur Verfügung zu stellen;

2. vor dem Erlaß der entsprechenden Bestimmungen die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge vertretenen Organisationen zu hören;

3. der Nationalversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritt eine genaue Darlegung über die bisherigen Aufwendungen für Kriegshinterbliebene nach Art und Höhe vorzulegen, unter besonderer Berücksichtigung der infolge dieses Beschlusses aufgewendeten Mittel;

4. das in Aussicht gestellte Mannschafts- und Hinterbliebenenversorgungsgesetz schleunigst vorzulegen.

Dazu hatte der Reichsfinanzminister erklärt, daß mit der Gewährung von Beihilfen bald vorgegangen werden solle.

Die Gesetzgebung hat sich auch der **Fürsorge der Schwerbeschädigten** angenommen, das war um so notwendiger, als sich sehr bald herausstellte, daß die kapitalistisch orientierten Unternehmer nicht freiwillig den schwerbeschädigten Kriegsteilnehmern den Dank des Vaterlandes abstatten werden. Immer mehr stellte sich heraus, daß sie nicht geneigt sind, schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer zu beschäftigen, oder daß sie diesen für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn wie gesunden Arbeitskräften zahlten.

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter beschränkt sich nicht auf schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer, sondern ist erfreulicherweise ausgedehnt auch auf die Schwerunfallbeschädigten.

Bei der Beratung ist ausdrücklich festgelegt, daß die gewährte Rente nur eine Entschädigung für den Teil der Arbeitsfähigkeit darstellt, den der Beschädigte verloren hat, und daß es Aufgabe des Gesetzes sein soll, die Möglichkeit zu bieten, daß der Schwerbeschädigte seine noch vorhandene Arbeitskraft zweckentsprechend dem Dienst der Allgemeinheit widmen kann.

Nach dem Gesetz ist jeder Arbeitgeber, der einen Arbeitsplatz besetzen will, verpflichtet, einen Schwerbeschädigten, der für diesen Arbeitsplatz geeignet ist, anderen Bewerbern vorzuziehen. Der Reichsarbeitsminister ist auch ermächtigt, anzuordnen, daß das Reich, die Länder und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts zahlenmäßig bestimmte Bruchteile ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten zu besetzen haben. Das Recht kann er auch ausüben auf private Arbeitgeber.

Die Arbeitsvermittlung an Schwerbeschädigte ist nicht den Arbeitsnachweisen, sondern den Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte überlassen, die aus Zweckmäßigkeitsgründen zur Mitwirkung Vertreter der Berufsgenossenschaften, der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Vereinigungen Unfallbeschädigter hinzuzuziehen haben. Ein besonderer Schutz der Schwerbeschädigten ist im § 11 festgelegt, wonach in Betrieben mit wenigstens 100 Arbeitnehmern ein Vertrauensmann, der tunlichst ein Schwerbeschädigter sein soll, von der Arbeitnehmerschaft zu stellen ist. Ein wesentlicher Schutz liegt auch darin, daß nach § 12 Schwerbeschädigte nur mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen entlassen werden können, sofern nicht durch Gesetz oder Vertrag eine längere Frist vorgesehen ist und daß jede Kündigung eines Schwerbeschädigten der Hauptfürsorgestelle angezeigt werden muß.

Nach § 14 werden private Arbeitgeber, die vorsätzlich oder in grober Fahrlässigkeit gegen die Vorschriften des Gesetzes verstoßen, von dem Schlich-

tungsausschuß auf Antrag der Hauptfürsorgestelle für jeden einzelnen Fall des Verstoßes mit einer Buße bis zu 10 000 Mk. belegt.

In der Debatte stellte der Redner unserer Fraktion, der Genosse Jansche, fest, daß die Unternehmer aus eigenem Antriebe den Schwerbeschädigten wenig Dank für ihre Leistungen im Kriege gezeigt haben. Deshalb sei das Gesetz eine Notwendigkeit. Besonders erfreulich sei die getroffene Fürsorge für Unfallverletzte. Es sei notwendig, daß private, staatliche und kommunale Arbeitgeber in größter Weitherzigkeit das Gesetz ausführen. Er brachte zum Schluß noch zum Ausdruck, daß unsere Fraktion für den Antrag Heinze stimme, in dem eine besondere Fürsorge für die Kriegsblinden gefordert wird.

In der 175. Sitzung verabschiedete die Nationalversammlung noch das Gesetz über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung. Durch dieses Gesetz soll den Alters- und Invalidenrentnern eine monatliche Zulage von 30 Mk. gewährt werden, den Empfängern von Witwen- oder Witwerrenten 15 Mk., den Empfängern einer Waisenrente monatlich 10 Mk. Dafür ist ein erhöhter Wochenbeitrag vorgesehen, in Lohnklasse I von 90 Pf., II 100 Pf., III 110 Pf., IV 120 und V 140 Pf.

In der Ausschußberatung wurde von unseren Genossen beantragt, diese Zulagen bereits am 1. Juni 1920 zu gewähren. Der Antrag wurde indes gegen unsere Stimmen abgelehnt und beschlossen, daß sie vom 1. Juli 1920 an in Kraft treten. Die Haltung der Bürgerlichen ist geradezu unverständlich, denn auch ihnen muß klar sein, daß die Invalidenrentner sich in bitterster Notlage befinden.

Außerdem hat der Genosse Meier in unserem Auftrage, unter Unterstützung der Unabhängigen, nachfolgenden Antrag gestellt:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. sofort einen Betrag von 500 Millionen Mark zur Gewährung einer Teuerungszulage an die notleidenden Unfall-, Invaliden-, Alters-, Witwen- (Witwer)- und Waisenrentner (mit Ausnahme der Witwen und Waisen, die auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes Rente beziehen), zur Verfügung zu stellen:

2. vor Ausführung der erforderlichen Maßnahmen die Vertreter der Interessenten über die der Reichsregierung gemachten Vorschläge zu hören.

Auch dieser Antrag ist von der Nationalversammlung abgelehnt worden. Wesentliche Verbesserungen sind auch für die Unfallrentner erzielt.

Die Beamtenfürsorge.

Die mittleren und unteren Beamten wurden im kaiserlichen Deutschland zur Unterwürfigkeit erzogen und schlecht bezahlt.

Man hatte sie in ungezählte Gruppen zergliedert und damit die für die damalige „Ordnung" notwendige Zwietracht geschaffen.

Für die Besoldung der Beamten mußte ein Gesetz mit neuer Grundlage geschaffen werden. Die Entwertung des Geldes hatte alle gültigen Grundsätze über den Haufen geworfen.

Die geschaffene Besoldungsordnung kann natürlich nicht als ein in allen Teilen befriedigendes Werk bezeichnet werden. Dazu reichte erstens nicht die Zeit aus, die der Nationalversammlung bei der Beratung zur Verfügung stand. Zweitens aber auch nicht die Mittel, über die heute das verarmte Deutsche Reich verfügt.

In mehrmonatigen Verhandlungen ist der Gesetzentwurf unter weitgehender Hinzuziehung der Vertreter der Beamtenschaft zustande gebracht. Nach aller Erfahrung hätte die gesetzgebende Körperschaft drei Monate an der Erledigung dieses wichtigen Gesetzes zu arbeiten gehabt. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben sich bemüht, für die unteren und mittleren Beamten höhere Einnahmen zu erzielen, und es ist erfreulicherweise der Erfolg zu verzeichnen, daß die Grundgehälter, vornehmlich der unteren Klassen, nicht unwesentlich erhöht worden sind. Nicht zu erreichen war, daß eine wesentliche Abstufung der Teuerungszuschläge für die oberen Klassen eintritt. Ein großer Erfolg besteht auch darin, daß die unzähligen Beamtengruppen in insgesamt nur 13 zusammengefaßt worden sind und daß die Möglichkeit des Aufstieges aus der einen in andere Klassen gegeben ist. Damit bekommt der Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen" lebendige Gestalt. Bei der zur Verfügung stehenden Zeit war es nicht möglich, die Einstufung vorzunehmen, und bleibt diese Arbeit dem Reichstag zur Erledigung vorbehalten. Bei der Besprechung der Vorlage traten die Genossen Steinkopf und Hoch besonders für die Besserstellung der Diätare ein.

Mit der Besoldungsordnung ist keineswegs die Lösung der sozialen Frage der Beamten erledigt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß, wenn eine weitergehende Entwertung des Geldes eintritt, erneut die Frage der Gewährung von Zuschüssen aufgeworfen und erledigt werden muß.

Die Kriegsgefangenen.

Mit großer Anteilnahme verfolgte unsere Fraktion, die Nationalversammlung und die Regierung das Geschick der zahlreichen deutschen Kriegsgefangenen. 800 000 Männer befanden sich, als das blutige Ringen beendet war, in den Händen unserer Feinde. Während Deutschland nach den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages die im Lande vorhandenen Kriegsgefangenen der Entente sofort zurücktransportieren mußte, behielt sich die Entente vor, die Freilassung der deutschen Gefangenen erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages durchzuführen.

Am 20. August 1919 nahm die Nationalversammlung eine gemeinsame Erklärung zugunsten der Kriegsgefangenen an. In ihr wurde erneut an die Gefühle der Menschlichkeit unserer Feinde appelliert und gebeten, die unschuldigen Kriegsgefangenen nicht länger leiden zu lassen, und einstimmig wurde ein Antrag Löbe angenommen, wonach der Wortlaut der Erklärung durch Funkspruch den Parlamenten in Frankreich, England, Nordamerika und Italien zur Kenntnis gegeben werden soll. Eine weitere Entschließung zugunsten der noch vorhandenen 500 000 Kriegsgefangenen wurde am 18. Dezember 1919 angenommen.

Die Wohnungsfrage.

Während der Kriegszeit war die Errichtung von Wohnhäusern fast völlig unterbunden, und sehr bald machte sich dann auch ein unerträglicher Mangel an Kleinwohnungen bemerkbar.

Wären nach dem Kriegsschluß unsere Wirtschaft und der Verkehr intakt gewesen und hätten wir leidlich stabile Preise für Rohstoffe und Arbeitslöhne gehabt, konnte es wohl möglich sein, mit Beschleunigung an die Beseitigung der Wohnungsnot heranzugehen. Aber es fehlte zunächst an Kohlen, und es konnten weder Ziegel noch Kalk gebrannt noch Zement erzeugt werden. Die

Preise für alle Baumaterialien und auch die Löhne sprangen ruckartig in die Höhe, und die Möglichkeit, durch Private Wohnhäuser herzustellen, war völlig ausgeschlossen.

Es blieb daher nichts weiter übrig, als daß das Reich in weitem Ausmaße Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen zur Verfügung stellte und daß mit Gesetzen und Verordnungen helfend eingegriffen wurde. Der Reichstag hatte der Regierung bereits im Mai 1918 einen Kredit von 500 Millionen Mark zur Errichtung von Kleinwohnungen angeboten, die später von der Regierung angefordert wurden. In Wirklichkeit sind sie aber bis 1919 nicht verbraucht worden, weil nicht gebaut werden konnte.

In einer Interpellation, die vom Abgeordneten Wachhorst de Wente eingebracht und begründet worden ist, wurden weitere Mittel als die bereits bewilligten 500 Millionen gefordert. Der Arbeitsminister Genosse Schlicke erklärte, daß weitere 150 Millionen Mark angefordert sind und daß die Regierung alles tun wird, um eine Besserung der Lage des Kleinwohnungswesens herbeizuführen.

In der Besprechung wurde von unserem Redner, dem Genossen Gölzer, mit Nachdruck die Notwendigkeit der Gewährung größerer Reichszuschüsse gefordert und besonders betont, daß auch dem platten Lande Zuschüsse gegeben werden müssen.

In einer Anfrage des Genossen Hoch wurde gefordert, daß gemeinnützigen Baugesellschaften billiges Bauholz zur Verfügung gestellt wird und Genosse Löbe forderte in einer Anfrage, daß Kasernen und sonstige militärfiskalische Gebäude den Gemeinden zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Die Regierung erklärte zu beiden Anfragen ihre Bereitwilligkeit und verwies auf das Wohnungsgesetz, in dem vorgesehen sei, daß den Gemeinden Kasernen und militärfiskalische Gebäude zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt werden können.

Zur Linderung der Wohnungsnot wird auch die Schaffung des Reichsheimstättengesetzes beitragen. Danach können vorzugsweise Kriegsteilnehmer, insbesondere Kriegsbeschädigte sowie Witwen der im Kriege Gefallenen und kinderreichen Familien durch gemeinnützige Unternehmungen Heimstätten gegeben werden.

Die Unabhängigen haben das Gesetz, das einer großen Zahl unglücklicher Kriegsteilnehmer und deren Angehörigen die Möglichkeit bietet, ein eigenes Heim zu angemessenem Preis zu erwerben und gleichzeitig ein Anwesen zu besitzen, das ihnen das Lebensdasein wesentlich erleichtert, abgelehnt, obwohl sie in der Ausschußberatung nicht einmal den Versuch, das Gesetz zu verbessern, gemacht haben.

Schließlich hat die Nationalversammlung noch das Wohnungsgesetz verabschiedet.

Dabei wurde ein Antrag Osterroth angenommen, nach dem, wie bereits der Kohlenbergbau, so auch der Kalibergbau und die Eisenindustrie aus den erzielten Ausfuhrgewinnen erhebliche Beträge für die Errichtung von Arbeiterwohnungen bereitzustellen haben.

Reichssiedlungsgesetz.

Zum Zwecke der Behebung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit zugleich, ist das Reichssiedlungsgesetz geschaffen. Danach sind die Länder verpflichtet, Siedlungsunternehmungen zu gründen, damit Kleinbetriebe in der Größe, daß sie eine selbständige Ackernahrung gewährleisten, geschaffen werden können. Zu diesem Zwecke sollen Staatsdomänen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist den Siedlungsunternehmen ein Vorkaufsrecht auf Grundstücke im Umfange von mehr als 25 Hektar eingeräumt. Die nach dem Gesetz zu schaffenden Landlieferungsverbände haben auf Verlangen gemeinnützigen Siedlungsunternehmen geeignetes Land aus dem Bestand der großen Güter zu einem angemessenen Preise zu beschaffen und zwar in dem Umfange, bis ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der großen Güter (über 100 Hektar einschließlich der Domänen) für Siedlungszwecke bereitgestellt ist oder die landwirtschaftliche Nutzfläche dieser Güter nicht mehr als zehn vom Hundert der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Ansiedlungsbezirkes beträgt.

Ein großer Vorteil besteht darin, daß sich das Gesetz nicht nur auf die Schaffung dieser Siedlungen beschränkt, sondern ausdrücklich auch die Vergrößerung kleiner Stellen und Güter für alle diejenigen Familien ins Auge faßt, denen der bisherige landwirtschaftliche Besitz nicht genügend Nahrung gewähren konnte. Schließlich bietet das Gesetz noch die Möglichkeit, Güter, die während des Krieges von Personen erworben sind, welche die Landwirtschaft nicht im Hauptberufe betreiben oder betrieben haben, und solche, die im Laufe der letzten 20 Jahre mehrfach den Besitzer gewechselt haben und schlecht bewirtschaftet werden, und andere, zwangsweise für die Zwecke der Siedlungsunternehmen zu enteignen.

Die Ausführung dieses Gesetzes liegt den Ländern ob, und es liegt an der sozialdemokratischen Vertretung, das Gesetz so durchzuführen, daß es seinem wirklichen Zwecke gut dienen kann.

Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung.

Zum Schutze der ärmeren Bevölkerung, die am meisten unter Ernährungssorgen zu leiden hat, wurde das Gesetz einer Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung beschlossen. Das Gesetz bietet die Möglichkeit, den Hunger der Kleinbesitzer nach Land zu befriedigen, und es stellt einen Schutz der Pächter gegen die Ausbeutung der Landbesitzer dar.

Reichseisenbahnen.

In der Reichsverfassung ist festgelegt, daß die Eisenbahnen der Länder spätestens am 31. März 1921 an das Reich übergehen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Verfassungsausschusses haben bei Beratung jenes Artikels mit Entschiedenheit darauf hingewirkt, daß jene Frist möglichst kurz gesteckt wird. Sie waren schon damals überzeugt davon, daß Reichseisenbahnen ein starkes Band für die junge deutsche Republik sind und daß damit alle Loslösungsbestrebungen ertötet werden. Sie waren sich aber auch klar darüber, daß das Verkehrselend nur überwunden werden kann, wenn das ganze Verkehrswesen und vor allem die Eisenbahnen unter einheitliche Leitung kommen und daß es notwendig ist, es von da aus den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen.

Die Materie ist nicht durch Reichsgesetz, sondern in einem Staatsvertrag, der unter Mitwirkung aller Eisenbahnländer und des Reichs zustande kam und der, wenn er perfekt werden sollte, in den Parlamenten aller Eisenbahnländer und der Nationalversammlung unverändert angenommen werden mußte, geregelt.

Die Fraktion hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Staatsvertrag beschäftigt. Sie hat einen Vortrag des Herrn Geheimrat Kirchhoff, der seit vielen Jahren für die Verreichlichung der Eisenbahnen gekämpft hat und der den Vertrag als unerträglich für das Reich bezeichnete, entgegengenommen.

Die Fraktion hatte gegen den Staatsvertrag weitgehende Bedenken und er wurde von mehreren Mitgliedern in der schärfsten Form kritisiert. Besonders hervorgehoben wurde, daß durch den Staatsvertrag die eisenbahnlosen Länder in weitgehendem Maße benachteiligt werden.

Schließlich aber hat die Fraktion, wie alle anderen, dem Vertrag ihre Zustimmung gegeben, weil eine andere Lösung viel kostbare Zeit erfordert hätte und weil kaum eine günstigere materielle Lösung zu finden gewesen wäre.

Sie hat zugleich einer Erklärung zugestimmt, in der gesagt ist, daß die eisenbahnlosen Länder durch den Staatsvertrag benachteiligt wurden und in der die Regierung ersucht wird, einen Ausgleich für diese Länder nach Möglichkeit anzustreben.

Die Reichsbetriebe.

Die Reichsbetriebe, Eisenbahnen und Post, die in der Vorkriegszeit erhebliche Ueberschüsse abwarfen, sind nachgerade das Schmerzenskind des Finanzministers geworden. Nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers erfordern diese beiden sozialisierten Reichsbetriebe für das laufende Jahr einen Zuschuß in der unerhörten Höhe von rund 13 Milliarden Mark.

Um diesem Zustande ein Ende zu machen, nahm die Nationalversammlung folgende Entschließung an:

Da die Reichsbetriebe, Post und Eisenbahn, im laufenden Etatsjahr eine Unterbilanz von 13 Milliarden Mark erbringen dürften, hat die Reichsregierung alsbald eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Nationalversammlung, der Länder, hervorragenden Fachleuten und Volkswirtschaftlern sowie der Beamten und Arbeiter zu bilden, mit der Aufgabe, neue Grundlagen für unsere Staatsbetriebe zu suchen, durch die die Rentabilität dieser Betriebe und ihre Leistungsfähigkeit sichergestellt werden.

Die Kriegsgesellschaften.

Diese Organisationen sind ein Produkt des Krieges wie die ganze Zwangswirtschaft. Sie waren geschaffen, damit das Hindenburgprogramm durchgeführt werden konnte. Die ganze Wirtschaft mußte für die Bedürfnisse der Kriegsführung eingestellt und alles, Menschen und Produktion, unter Zwang gestellt werden.

Zu ihrer endgültigen Beseitigung hat die Nationalversammlung beigetragen, indem sie folgende Entschließung annahm:

Grundsätzlich haben alle Kriegsgesellschaften sofort die Liquidation einzuleiten. Bis zum 1. Oktober 1920 haben diese Gesellschaften die Hälfte ihrer Räumlichkeiten für Wohn- und Geschäftszwecke abzugeben. Neue Räumlichkeiten dürfen ihnen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Damit hat unsere Fraktion nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß nun das freie Spiel der Kräfte wieder beginnen solle. Es wird vielmehr eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung sein, und die Fraktion hat das öfters zum Ausdruck gebracht, Produktion, Ausfuhr und Einfuhr nach neuen volkswirtschaftlichen Grundsätzen aufzurichten.

Das Zündwarensteuergesetz.

Bei der Zündwarensteuer ist festgestellt, daß bis zum 31. März 1921 das Herstellermonopol in Kraft treten muß, so daß dieses Gesetz nur noch etwa drei Vierteljahre nach dem Wahltage in Kraft sein wird. Die Steuer beträgt 2—3 Pf. für jede Schachtel der üblichen Streichhölzer. Erwägt man, wie stark aus anderen Gründen die Preise sowohl des Tabaks und der Tabakprodukte wie der Zündhölzchen gesteigert wurden, so muß man diese Steuern in ihrer Wirkung auf die Preisgestaltung nicht als ausschlaggebend betrachten. Wir müssen Tabakfabrikate und Streichhölzchen durch eine andere Wirtschaftspolitik, die uns, nicht zuletzt durch die Steuern, eine Verbesserung des Geldwesens schafft, verbilligen. Bei den heutigen Preisen ist die Steuer am wenigsten für die Preisgestaltung verantwortlich.

Die Spielkartensteuer

beträgt für das übliche Kartenspiel 2 Mk.; sie beträgt für andere Kartenspiele 1 bzw. 3 Mk. Diese Steuer wird man nicht als besonders drückend empfinden, wie man auch über das Kartenspiel denken mag, denn auf den einzelnen Spielabend entfällt ja nur ein sehr geringer Bruchteil dieser Steuer. Wenn Verschwender an jedem Spielabend neue Karten haben wollen, dann mögen sie diese Steuer auch an jedem Spielabend bezahlen.

Das Tabaksteuergesetz

führt überaus das Prinzip der Progression. Während die niedrigsten im Preise stehenden Zigarrensorten, die freilich im Augenblick nicht vorhanden sind, mit noch nicht 1 Pf. für das Stück versteuert werden, steigt mit dem Wachstum der Zigarrenpreise auf über 3 Mk. das Stück die Steuer auf 1,60 Pf. für jede Zigarre. Ebenso steigt bei den Zigaretten die Steuer von den billigsten bis zu den teuersten Sorten von 1 bis auf 30 Pf. für das Stück. Beim feingeschnittenen Rauchtabak beträgt der Steuersatz für die billigsten Sorten 1,50 Mk. für das Pfund, bei den teuersten Sorten 30 Mk. für das Pfund. Beim Pfeifentabak steigert sich der Steuersatz für das Pfund von 50 Pf. bei den billigsten Sorten auf 4,50 Mk. bei den teuersten. Ebenso steigern sich die Sätze für Kautabak von 1½ Pf. auf 10 Pf. für das Stück, bei Schnupftabak von 50 Pf. auf 2 Mk. für das Pfund. Man erkennt daraus, daß der Luxuskonsum durch die Tabaksteuer um ein Vielfaches dessen belastet ist als der Verbrauch der breiten Massen.

Das Umsatzsteuergesetz.

Weit stärker als diese Steuern wirkt das Umsatzsteuergesetz. Es erfaßt die allgemeinen Umsätze mit 1½ Proz. des Wertes bei jedem Umsatz. Aber diese Steuer erhöht sich auf 15 Proz. bei allen Umsätzen von Luxuswaren, wie den teueren Schmuckgegenständen, den feinen Porzellanen, den Luxusspiegelgläsern, den aus fremden Hölzern hergestellten Möbeln, bei Bildhauerarbeiten, bei Verwendung von Brokat, Samt u. dgl. zur Inneneinrichtung, bei Billards, Federboas, bei großen Puppen, teueren Teppichen und allen anderen Luxusgegenständen. Man erkennt daraus, daß der Konsum der breiten Massen nur ein Zehntel der Steuer zu tragen hat wie der Luxuskonsum der Reichen

und Reichsten. Also auch bei dem Umsatzsteuergesetz ist das Prinzip der Kopfsteuer energisch verlassen und ein klarer Unterschied gemacht worden zwischen der Belastung der breiten Massen und der Reichen und Reichsten.

Noch niemals ist ein indirektes Steuersystem so emsig und so erfolgreich befreit worden von den Vorwürfen, die man durchaus mit Recht dem System der indirekten Steuern entgegengesetzt. Wäre nicht die finanzielle Not des Deutschen Reiches und auch der einzelnen Länder und Städte und kleineren Gemeinden so überaus groß, wäre nicht die erwähnte Steuerbestimmung im Versailler Friedensvertrag, so hätte sich unsere Partei nicht entschließen können, diese Steuern zu bewilligen. Jede andere Partei, die die Verantwortung für die künftigen Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden zu tragen gehabt hätte, jede Partei, die nicht will, daß der Feind uns in unsere eigenen Angelegenheiten hineinredet und unsere Steuerbelastung bestimmt, hätte genau ebenso wie wir für diese indirekten Steuern stimmen müssen. Notgedrungen haben wir diese indirekten Steuern beschlossen, damit ihnen von den Durchsetzern des Versailler Friedensvertrags nicht noch härtere aufgezwungen werden.

Das Schaumweinsteuergesetz.

Schon in Rücksicht darauf, daß die Weinsteuer wesentlich erhöht ist und auf 20 Proz. des Verkaufspreises festgesetzt wurde, war die bisher bestehende Schaumweinsteuer völlig unzulänglich. Das von der Nationalversammlung verabschiedete Gesetz bringt denn auch eine Erhöhung des Steuersatzes für Schaumwein, der aus Wein hergestellt ist, auf 12 Mk. pro Flasche, während der Schaumwein, der aus Früchten hergestellt wird, eine Steuer von 3 Mk. pro Flasche zu tragen hat. Wir glauben, daß auch mit der Herausarbeitung dieses wesentlichen Unterschiedes der Grundsatz gewahrt ist, daß die indirekte Steuer in erster Linie den Verschwender und Besitzenden treffen soll.

* * *

Das Entscheidende der Steuerpolitik unserer Partei war der Ausbau des direkten Steuerwesens, das einen ganz bedeutsamen, praktischen wie prinzipiellen Fortschritt in der Gestaltung des Reichshaushalts herbeigeführt hat.

Durch das **Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe** für das Rechnungsjahr 1919 blieb frei der Betrag von 3000 Mk., mit dem das Kriegseinkommen im Jahre 1919 das Friedenseinkommen überstieg.

Die Abgabe beträgt für die ersten 10 000 Mk. des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 Proz. und steigt bereits bei 400 000 Mk. Mehreinkommen auf 70 Proz.

Weit schärfer noch werden die Kriegsgewinne erfaßt durch das Gesetz über eine **Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.** Abgabepflichtig ist der Zuwachs an dem gesamten steuerbaren Vermögen nach dem Stand am 30. Juli 1919, wobei als Anfangsvermögen das Vermögen gilt, das nach dem Besitzsteuergesetz vom 3. Juli 1913 (Wehrbeitrag) veranlagt worden ist. Da die meisten Kapitalisten beim Wehrbeitrag ihr Vermögen zu gering angegeben haben dürften, so ergibt sich, daß der Vermögenszuwachs dementsprechend größer berechnet werden muß zum Schaden der Kapitalisten und zum Vorteil des Reiches. Abgaben sind nur zu entrichten für Kapitalien, die 10 000 Mk. übersteigen, und wenn der Vermögenszuwachs mehr als 5000 Mk. beträgt. Die ersten 5000 Mk. bleiben von der Steuer frei, wodurch, ganz abgesehen von den niedrigen Sätzen, bei kleinem Vermögenszuwachs diese verhältnismäßig gering besteuert werden, während die großen Kriegsgewinne mit äußerster Schärfe erfaßt werden.

Die Kriegsabgabe beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 Mark des abgabepflichtigen Vermögenszuschusses 10 Proz. und beträgt bei 480 000 Mk. Mehrvermögen bereits 100 Proz.

Demnach ist der Forderung, daß die Kriegsgewinne zugunsten des Reiches steuerlich erfaßt werden, in hohem Maße Rechnung getragen. Auch der größte Kriegsgewinnler kann nicht mehr als 178 000 Mk. von seinem Kriegsgewinn behalten. Alles übrige fällt der Reichskasse zu. Da diese 178 000 Mk., die dem reichsten Kriegsgewinnler verbleiben, auf fünf Jahre verteilt sind, so entfällt auf jedes Kriegsjahr im äußersten Falle ein Kriegsgewinn von 35 600 Mk., was natürlich den Kriegsgewinnlern aus der Munitionsindustrie nur als eine lächerlich geringe Summe erscheint.

Die Kriegssteuergesetzgebung der Deutschen Republik greift somit mit der äußersten Schärfe in die in den weitesten Kreisen, nicht nur in denen der Arbeiter, auf das schärfste verurteilten Kriegsgewinne ein.

Nicht weniger scharf wirkt die Gesetzgebung über die Vermögenssteuer. Sie ist gekennzeichnet durch das Gesetz über das **Reichsnotopfer.** Hier ist abgabepflichtig nur der den Betrag von 5000 Mk. übersteigende Teil des Vermögens. Soweit das Vermögen von Ehegatten zusammenzurechnen ist, ermäßigt sich das abgabepflichtige Vermögen um weitere 5000 Mk. Für das zweite und jedes weitere Kind wird ein Betrag von je 5000 Mk. von der Abgabe freigestellt. Zugleich wird von dem der Zahl der Kinder entsprechenden Vielfachen von 50 000 Mk. des abgabepflichtigen Vermögens die Abgabe nur in der Höhe von 10 Proz. erhoben. Auch hier zeigt sich somit weitgehende Schonung der kleinen Leute und ihrer Ersparnisse.

Die Abgabe beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 Mk. des abgabepflichtigen Vermögens 10 Proz. und steigt nach starker Progression bei einem Vermögen von 7 Millionen und mehr auf 65 Proz.

Man ersieht hieraus, daß diese Steuer eine vollkommene Verschiebung der Vermögen vom privaten Besitz zugunsten des Reichs herbeiführt. Bis annähernd zwei Drittel der größten Vermögen gehen damit in den Besitz der Allgemeinheit über. Dabei ist zu beachten, was für die Beurteilung des ganzen Steuersystems von höchster Wichtigkeit ist, daß nun alle beschlossenen Steuern als eine Gesamtheit zu betrachten sind.

Das Erbschaftssteuergesetz enthält drei Steuern: vor allem die Nachlaßsteuer, die den Abschluß der Besteuerung des Verstorbenen bildet und damit die Möglichkeit schafft, festzustellen, ob vom Verstorbenen Steuern hinterzogen wurden, die dann mit überaus hohen Geldstrafen, einem Vielfachen des hinterzogenen Betrags, geahndet werden, so daß diese Feststellung zu einer vollkommenen Enterbung der Erben führen könnte, was weit mehr als alle Predigten die Erziehung zur Steuermoral erzwingen wird. Die Nachlaßsteuer ist an sich unerheblich. Bei den kleinen Nachlässen bleiben die ersten 20 000 Mk. frei von jeder Nachlaßsteuer und steigt bei Nachlässen von mehr als 2 020 000 Mk. auf 5 Proz.

Ist die Nachlaßsteuer der Abschluß der Besteuerung des Vermögens des Verstorbenen und wirkt sie mehr als Kontrolle und weniger finanziell einschneidend, so ist von desto größerer materieller Wirkung zum Schaden der Erben und zum Vorteil des Reichs die zweite Erbschaftssteuer: **die Erbanfallsteuer.**

Soweit das Erbe 500 Mk. nicht übersteigt, ist es nicht steuerpflichtig. Die Erbanfallsteuer wirkt in dreifacher Form progressiv: Erstens nach der verwandtschaftlichen Entfernung des Erben vom Erblasser. Hier wurden sechs

Klassen festgestellt. In der ersten Klasse, die unter die niedrigste Progression fällt, fallen der Ehegatte und die ehelichen Kinder des Erblassers und andere Kinder, soweit ihnen die rechtliche Stellung ehelicher Kinder zukommt, mit Ausnahme der an Kindes Statt angenommenen Personen. Außerdem auch noch die unehelichen Kinder der Mutter und die vom Vater anerkannten unehelichen Kinder. Je nach der Entfernung der Verwandtschaft fallen die übrigen Erben in die weiteren Klassen, die entferntesten Verwandten, die sogenannten „lachenden Erben", und die überhaupt nicht verwandten Erben kommen in die sechste Klasse. Für die nächstverwandten Erben, wozu auch Eltern, Großeltern, an Kindes Statt angenommene Personen gehören, bleiben 5000 Mk. Erbgut unversteuert.

Die zweite Progression richtet sich nach der Höhe des steuerpflichtigen Erwerbs.

Eine dritte Progression geht von dem gesunden Gedanken aus, daß der Erbanfall desto stärker besteuert werden muß, je reicher der Erbe schon vor dem Erbanfall gewesen ist. Da diese Progression das ganze Erbe erfassen könnte und dann nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Erbschaft ausgeschlagen würde, da es nach dieser Progression möglich wäre, daß mehr Steuer bezahlt werden müßte, als tatsächlich an den Erben entfallen würde, so hat das Gesetz festgestellt, daß nicht mehr als 90 Proz. des Erbes an das Reich fallen dürfen. Aber da bei den großen Erbschaften auch 5 Proz. Nachlaßsteuer in Frage kommen, so fallen von den größten Erbschaften, die ja zumeist auch reichen Leuten zufallen, 95 Proz. an das Reich und nur 5 Proz. an den Erben, der der Erbschaft nicht bedarf. Hieraus erkennt man, welch gewaltige Kapitalverschiebung eingetreten sein wird, wenn der wesentliche Teil der jetzigen Generation durch die folgende ersetzt sein wird.

Bei der Erbschaftssteuer war stets zu befürchten, daß sie leicht umgangen werden könnte, wenn man nicht den Todesfall abwarte, sondern von dem noch Lebenden über das hinterlassene Vermögen verfügt wird. Dem setzt das neue Erbschaftssteuergesetz die Schenkungssteuer entgegen, die Schenkungen über 1000 Mk. den gleichen Gesetzen unterwirft wie die Erbanfälle. Ermäßigungen der Erbanfallsteuer sind bei Stiftungen und Schenkungen an Gemeinden, Kirchen und inländischen Vereinigungen vorgesehen, die sich die gemeinschaftliche Pflege der Weltanschauung zur Aufgabe machen, wie etwa freireligiöse Gemeinden, denen die Rechte juristischer Personen zustehen.

Das Kapitalertragssteuergesetz ist in seiner Wirkung erst richtig zu erkennen, wenn auch die Wirkung des Einkommensteuergesetzes berücksichtigt wird. Die Steuer bietet die ideale Möglichkeit, das unverdiente Einkommen an der Quelle zu erfassen. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion konnte es nur sein, die Steuer nicht auswirken zu lassen auf die sozialen Institute und vor allem nicht auf die Körperschaften der organisierten Arbeiterschaft, die ja wohl ausnahmslos keine Erwerbsgesellschaften sind. Nach dieser Richtung hin sind die Bestrebungen von vollem Erfolg begleitet gewesen. Von den Kapitalerträgen sind 10 Proz. zu entrichten. Leider läßt sich technisch nicht durchführen, daß die großen Erträge aus Kapitalien stärker zur Abgabe herangezogen werden. Aber dieser Mangel wird ja ausgeglichen durch das Reichseinkommensteuergesetz, das Abgaben bis zu 60 Proz. vorsieht, und da die großen Einkommen zum überwiegenden Teil aus Kapitalerträgen herrühren, wird also die Einkommensteuer durch die Kapitalertragsteuer wesentlich verschärft.

Das Körperschaftssteuergesetz

ist eine Ergänzung des Kapitalertragsteuergesetzes und gibt die Möglichkeit, die großen Erwerbsgesellschaften, Aktienunternehmungen, Syndikate usw. in nicht unwesentlicher Weise vorweg zu besteuern. Bei Betrachtung der Steuersätze ist zu berücksichtigen, daß die Beträge, die von den in dem Gesetz bezeichneten Körperschaften ausgeworfen werden, von den Kapitalbesitzern, den Aktionären usw. als Einkommen versteuert werden müssen. Die Körperschaftssteuer ist daher auch nur eine Ersatzsteuer, dazu bestimmt, das Einkommen, das nicht aus Erwerbsarbeit stammt, möglichst stark zu belasten. Aufgabe der Sozialdemokratie mußte es auch hier sein, die Körperschaften des sozialen Gebiets von der Steuerleistung zu verschonen und das Gesetz möglichst einträglich zu gestalten. Während das erstere Bestreben vollen Erfolg hatte, ist das letztere nicht völlig erreicht. Die Deutschnationalen beabsichtigten eine Schonung der großen Versicherungsgesellschaften, die ausländische Werte versichert haben, sie sind aber dabei von der Nationalversammlung nicht unterstützt worden.

Die Abgabe beträgt 10 Proz. des gesamten steuerbaren Einkommens und wird durch Zuschläge verschärft, die von 4 bis zu 10 Proz. der zur Ausschüttung gelangenden Beträge gestaffelt sind.

Das Grunderwerbssteuergesetz

stellt ebenfalls eine Belastung der Besitzenden dar und wird erhoben bei Besitzwechsel, und zwar in einer Höhe von 2 bis 6 Proz. des gemeinen oder des Verkaufswertes. Besonders geschont sind die kleinen Grundstücke und die Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen. Sie wird nicht erhoben, wenn der Grundstückswechsel durch Erbe oder Schenkung erfolgt, denn die beiden letzteren Fälle werden durch die Erbschafts- und Schenkungssteuer betroffen.

Die Einkommensteuer.

Während die Gesetze über die Kriegsabgabe von Vermögenszusatz, über das Reichsnotopfer und über die Absatzsteuer nur einen einmaligen Eingriff vorsehen, ist die Reichseinkommensteuer alljährlich zu erheben. Sie tritt an die Stelle aller bisherigen Einkommensteuern der Länder und gleichzeitig an die Stelle der Zuschläge, die die Gemeinden von den Einkommensteuern erheben konnten. An Stelle der mannigfachen Steuerarten und Steuerhöhen tritt nun eine vollständige Gleichmäßigkeit der Besteuerung in allen Landesteilen, und nur eine starke Verschiedenheit hinsichtlich der Besteuerung von Reichen und Armen wird eintreten. Die einheitliche Reichseinkommensteuer schafft den Ausgleich, der bisher gefehlt hat. Sie wirkt damit auch vereinheitlichend auf die gesamte deutsche Steuergesetzgebung, sie verschließt stark den Weg zu einer Steuerumgehung. Durch die Festsetzung des Tarifs wird ein beträchtlicher Teil der kleinsten Einkommen steuerfrei gelassen und werden die kleinen Einkommen vielfach geringer mit Steuern belastet, als sie bisher, wenigstens in den Großstädten und allen Industriezentren, herangezogen wurden. Dagegen werden bis annähernd 60 Proz. des Einkommens der Reichsten weggesteuert. Endlich wird durch die Mannigfaltigkeit der Steuersätze eine Anpassung an alle Schichtungen des Einkommens herbeigeführt. Die Steuer-

gesetzgebung der Deutschen Republik erreicht somit in hohem Maße das Ideal der steuerlichen Gerechtigkeit. Bei den kleinen Einkommen wirkt die mit der Zahl der zu versorgenden Kinder wachsende Steuerbefreiung in hohem Maße gerecht. Damit führt diese Steuer einen starken Schritt auf dem Wege des sozialen Ausgleichs vorwärts. Mit diesen Gesetzen in Zusammenhang stehen das Landessteuergesetz, worin die Steuergesetzgebung der Länder geregelt sind, die Reichsabgabenordnung und das Reichsausgleichsgesetz.

Die Debatte in Steuerfragen wurde in der Hauptsache von den Genossen Keil und Dr. Braun geführt. In den Verhandlungen der Ausschüsse sowohl als auch im Plenum der Nationalversammlung ist versucht worden, die Besitzsteuern und die Einkommensteuer noch wesentlich schärfer für die Besitzenden und die großen Einkommen zuzuschneiden. Wenn das nur zum Teil gelang, lag es daran, daß die Bürgerlichen stärker waren als die Sozialdemokraten. Jedenfalls kann bei Betrachtung der gesamten Steuerarbeit gesagt werden, daß Erhebliches erreicht wurde.

Sachregister des Anhanges.

Agitation 45.
Altersrenten, Erhöhung der — 100—102.
Amnestiegesetz 84.
„Arbeiterjugend" 45.
Arbeiterwohlfahrt, Hauptausschuß für — 24.
Arbeitsgemeinschaft soz. Lehrer 47.

Beamtenfürsorge 102, 103.
Betriebsrätegesetz 97, 98.
Buchhandlung Vorwärts 44.

Diätengesetz 82.

Einkommensteuer 111, 112.
Einkommensteuergesetz, Reform 80.
Entwaffnungsgesetz 88.
Erbschaftssteuergesetz 109.
Ergänzungsetat 86.
Ernährungsfrage 78, 90.
Erwerbslosigkeit 80.

Frauenbewegung 22.
Friedensvertrag 96, 97.

Gemeindevertretungen 37.
Gemeineigentum 95.
Gesetze und Beschlüsse, Kleine — 89, 91.
„Gleichheit" 43, 45, 46.
Grunderwerbssteuergesetz 111.

Internationale, Die — 53.
Interpellationen 88, 92.
Invalidenrenten, Erhöhung der — 100—102.
Jugendbewegung 26.

Kapitalertragssteuergesetz 110.
Kapp-Putsch 9, 90.
Kassenbericht 68.
Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung 105.
Kohlensteuer 85.
„Kommunale Praxis" 45.
Körperschaftssteuergesetz 111.
Kreisausschüsse 37.
Kriegsabgabe, Gesetz über die außerordentliche — 108.
Kriegsgefangene 103.
Kriegsgesellschaften 81, 106.
Kriegshinterbliebene 98, 99.
Kriegsteilnehmer, Die Versorgung der — 98, 99.

Landtagswahlen 36.
„Lehrer, Der freie" — 45, 48.

Mai, Der erste — 98.
Militärgerichte, Aufhebung der — 86.
Militärrentenempfänger 100—102.
Mütter, Schutz für werdende — 88.

„Neue Zeit" 43.

Organisation 19.

Parteiarchiv 34.
Parteiausschuß 52.
Parteipresse 40.
Provinziallandtage 37.
Putschtaktik 7.

Regierungsbildung 74.
Regierungserklärung, Stellungnahme zur — 76.
Reichsbetriebe 106.
Reichseisenbahnen 106, 106.
Reichsfarben 94.
Reichsnotopfer 109.
Reichsfiedlungsgesetz 104, 105.
Reichstags, Konstituierung des — 76.
Reichstagswahlen 35, 78.

Schaumweinsteuergesetz 108.
Schwerbeschädigte 101, 102.
Sowjetrußland 5.
Sozialisierung 90.
Spa, Aussprache über — 82.
Spielkartensteuer 107.

Tabaksteuergesetz 107.
Todesstrafe 95.

Umsatzsteuergesetz 107, 108.
Unfallrenten, Erhöhung der — 100—102.
Untersuchungsausschuß 78.

Verfassung des Deutschen Reichs 93—96.
Vermögenszuwachs, Kriegsabgabe vom — 108.
„Vorwärts" 41.

„Wahrer Jacob" 43.
Waisenrenten 101, 102.
Wehrpflicht 82.
Witwenrenten 100—102.
Wohnungsfrage 103, 104.

Zentralbildungsausschuß 30.
Zentralstelle für Beamtenagitation 50.
Zündwarensteuergesetz 107.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Bureau des Parteitages	3
Geschäftsordnung	3
Tagesordnung	4
Protokoll	5
Anträge	274
Bericht über die Frauenkonferenz	336
Anwesenheitsliste des Parteitages	407
Sprecherregister des Parteitages	414
Sachregister des Parteitages	415
Ergebnis der Abstimmungen	416
Anwesenheitsliste der Frauenkonferenz	418
Sprecherregister der Frauenkonferenz	420
Sachregister der Frauenkonferenz	420

Anhang.

Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919	1
Bericht der Reichstagsfraktion	73
Bericht der Fraktion der Nationalversammlung	93
Sachregister des Anhanges	113